Deutsche Reichsgeschichte

im Zeitalter

Friedrich III. und Max I.

Mit besonderer Berücksichtigung

der österreichischen Staatengeschichte.

Von

Dr. Adolf Bachmann,

Professor der österreichischen Geschichte an der deutschen Universität zu Prag.

Erster Band.

Leipzig,
Verlag von Veit & Comp.
1884.

Deutsche Reichsgeschichte

im Zeitalter

Friedrich III. und Max I.

Mit besonderer Berücksichtigung

der österreichischen Staatengeschichte.

Von

Dr. Adolf Bachmann,

Professor der österreichischen Geschichte an der deutschen Universität zu Prag.

Erster Band.

Leipzig,

Verlag von Veit & Comp.

1884.

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

Vorrede.

Zum erstenmale wird in dem vorliegenden Werke der Versuch unternommen, die Entwickelung der deutschen Dinge in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts vom gesamtstaatlichen Standpunkte darzustellen, eine Reichsgeschichte dieser Zeit zu schreiben. Daß solches nicht früher geschehen, ist sicher wohl begründet, und braucht hier nicht näher untersucht zu werden. Das Zurücktreten des kaiserlichen Ansehens und der deutschköniglichen Machtmittel der nun ziemlich vollkommen ausgebildeten Territorialität gegenüber, die zerfahrenen, in vieler Hinsicht mißlichen Zustände im Innern, die Ohnmacht und teilweise Entgliederung des Reiches nach außen, kurz wirklicher und vermeinter Mangel gemeinsamer historischer Momente und daher auch einheitlicher Gesichtspunte der Darstellung mußten für eine Betrachtung der deutschen Verhältnisse jener Tage als Lebensäußerungen eines großen, staatlich und monarchisch organisierten Volkes als solche Schwierigkeiten erscheinen, daß die Bewältigung dieser Aufgabe vielfach ebensowohl für unmöglich als andererseits für undankbar gehalten wurde.

Der Verfasser, seit mehr denn zehn Jahren mit Arbeiten über das 15. Jahrhundert beschäftigt, hat jene Schwierigkeiten weder verkannt noch ganz zu vermeiden vermocht, um so weniger, als die Zahl neuerer, brauchbarer Vorarbeiten keineswegs groß ist und ein guter Teil des einschlägigen Quellenmateriales überhaupt erst aus Archiven und Bibliotheken zu beschaffen war. Ob es ihm aber trotz der Mühe von Jahren gelungen ist, alles hierher gehörige zusammenzubringen; ob er auch Selbstbeherrschung genug besaß, um, festhaltend an der Entwickelung der Gesamtverhältnisse, an den beherrschenden und leitenden Momenten, was da nicht allein und nicht leicht möglich ist, auch die Detailerzählung im gehörigen Gleichmaße zu halten, besonders dann wenn ihm reiches neues Material, das ja dem Finder gern wichtiger erscheint, als Anderen, zu Gebote stand, oder wenn eingehendere Prüfung der Quellen den Wert der gewonnenen Ergebnisse vielleicht für größer annehmen ließ; ob endlich, da auch bei dem Kaiser territoriale Interessen voranstanden, die notwendige Rücksichtnahme auf die österreichischen Verhältnisse nicht zu allzu eingehender Behandlung derselben führte: alles dies wird der prüfende Leser beurteilen und billig in Rechnung bringen.

Nicht ohne innere und äußere Gründe wurde der erste Band mit den Jahren 1460/61 und 1467/78 abgegrenzt. Anknüpfend an die Arbeiten

Chmels, Pückerts u. s. w. habe ich in einer Reihe Abhandlungen die Stellung des deutschen Königtums im Reiche 1452—1457, sowie Kaiser Friedrichs zu den neu entstehenden nationalen Herrschern Ungarns und Böhmens gezeigt (1457—1459), dann in der Monographie „Böhmen und seine Nachbarländer unter Georg von Podiebrad und des Königs Bemühungen um die deutsche Krone 1458—1461", bereits wesentlich auf den Gang der Reichsgeschichte in diesen Jahren Rücksicht genommen. In mehrfacher Hinsicht liegt also in diesem Werke die Fortsetzung der früheren Arbeiten vor. Ferner tritt in diesen Jahren (besonders aber 1462 und 1463) der Gedanke einer Verbindung der Häuser Habsburg und Burgund-Valois, die für die Zukunft so bedeutungsvoll werden sollte, und damit auch zum erstenmale der Kaisersohn Maximilian trotz der geringen Zahl seiner Jahre in politische Rechnung. 1460—1468 sind die ereignisreichen Jahre, in denen das deutsche Königtum nach Abweisung der Versuche einer Teilung der obersten Gewalt zwischen einem theoretischen Kaisertume und einem regierenden römischen Könige in den direkten Kampf gegen die durch jene Bewegungen noch unbotmäßiger gewordene fürstliche Territorialität eintreten muß (1460/61), Kampfesjahre, welche, wenn sie auch weniger eine Kräftigung der Centralgewalt als die Erschöpfung der Parteien im Reiche zuwegebringen, doch allgemein-pacifikatorische und reformatorische Anläufe herbeiführen, bis der Ausbruch des zweiten Hussitenkrieges, die Herbeiziehung Ungarns zu den Reichsangelegenheiten, der Plan des Ungarkönigs, das Regiment im Reiche zu erlangen (1467/68), die kaiserliche Politik in die Bahnen zurückzwingt, die sie seit 1452—1460/61 gewandelt war.

Viel schärfer heben sich die Grenzlinien der in den nachfolgenden Bänden darzustellenden Ereignisse ab. Die Gegnerschaft zu Böhmen, der ungestüme Ehrgeiz des mächtigen und kühnen Ungarkönigs nötigen den Kaiser, bei der Eifersucht, Ohnmacht und Teilnahmslosigkeit der deutschen Fürstenhäuser immer wieder auf Burgund als mächtigen Rückhalt zu rechnen: es gilt aber diesen zu finden ohne zu schwere Opfer auf Kosten seiner kaiserlichen Macht und der Interessen des Hauses Österreich. Mit der Heirat Maximilians im Jahre 1477 ist diese Aktion in der Hauptsache gelungen und abgeschlossen (II. Band 1468—1477). Und wenn auch die burgundische Heirat den Kaiser und das Reich im Osten nicht entlastet: es wird seitens Friedrich III. wenigstens dafür gesorgt, daß die Lande durch die Person des Herrschers bei dem Reiche bleiben und die Reichsgewalt sich für ihre Aufgaben im Westen und Osten auf gleich günstig gelegene Territorien, Österreich und Burgund, zu stützen vermag: das ist die Bedeutung der Königswahl Max I. für das Reich (III. Band 1477—1486). Dabei bleiben die Verhältnisse im Westen, Osten und Norden des Reiches gleichmäßig zu berücksichtigen. Andererseits bedingen

die Erwerbung Burgunds und die Sicherung der deutschen Krone die Gründung der Großmacht des Hauses Habsburg.

Schließlich hoffe ich bei Durchführung der Arbeit bis 1486 jene genaue Kenntnis der inneren Zustände des deutschen Volkes in jenen Jahrzehnten zu erlangen, die mir eine getreue und zusammenhängende Darstellung derselben ermöglicht.

Für den Stand der Vorarbeiten zu unserem Buche ist wohl bezeichnend, daß, abgesehen von dem betreffs der Reichsgeschichte betonten Mangel, weder der Kaiser noch sein bedeutendster Zeitgenosse im Reiche, Albrecht von Brandenburg-Hohenzollern, bis heute einen Biographen gefunden. Chmels gutgemeinte Arbeit ist nur bis 1452 gediehen; F. Kurz' Darstellung der österreichischen Verhältnisse ist längst veraltet, Lichnowskys Art zu schreiben bekannt. Hier mußte um so mehr vom Grunde aus gebaut werden, als auch die bedeutendsten Quellen in durchaus unzulänglicher Form zu Gebote standen. Es war meine Absicht, die über die Pez'sche Ausgabe der Chronik Ebendorfers, über die Werke Hinderbachs, M. Beheims, Wolfgangs von Steier, des Anonymus, angestellten Untersuchungen dem vorliegenden Buche als Exkurse beizugeben; ich mußte mich aber hier mit Rücksicht auf dessen ohnehin bedeutenden Umfang mit gelegentlichen Andeutungen begnügen. Das betreffs einer Geschichte Markgraf Albrechts allein in Betracht kommende Werk, Droysens Geschichte der preußischen Politik, II. 1, hat sich diese Aufgabe weder gestellt, noch sie gelöst. Bei den bekannten Vorzügen der Droysen'schen Bücher erweist sich der betreffende Abschnitt als sehr unverläßlich im Detail, auch ist es bei des Verfassers Art zu reflektieren und zu konstruieren geradezu verhängnisvoll geworden, daß er das 1461 aufgegebene römische Königsprojekt Georg Podiebrads bis 1464 bestehend geglaubt hat und die Dinge unter diesem Gesichtspunkte darstellt. Die verdienstlichen Monographien über Enea Silvio (Papst Pius II.), Ludwig den Reichen von Bayern-Landshut, Friedrich den Siegreichen von der Pfalz und Diether von Isenburg u. s. w., die tüchtigen Handbücher zur Geschichte Württembergs (v. Stälin), Nassaus (v. Menzel), Böhmens (Palacky), Tirols (J. Egger), Görz' (v. Czörnig), Oberösterreichs (Pritz) u. s. w. kommen natürlich vielfach der Kenntnis der allgemeinen Verhältnisse zu gute, und die fürstliche Persönlichkeit, die damals vor allem im Vordergrunde der Ereignisse stand, der Hussitenkönig Georg Podiebrad, ist auch nach Palacky noch mehrfach Gegenstand historischer Studien (namentlich H. Markgrafs in Breslau) gewesen. Freilich machte die Darstellungsweise Palackys in seiner Geschichte von Böhmen (IV. Band 2. Abteilg.), in mehrfacher Hinsicht ein historischer Roman mit dem Haupthelden Georg Podiebrad und nicht mehr historische Darlegung, sehr eingehende Korrekturen G. Voigts, H. Markgrafs u. A. notwendig;

weitere dürften sich aus den nachfolgenden Ausführungen ergeben, obwohl hier und sonst polemische Bemerkungen in der Regel unterblieben und sich Hinweise auf die Ansichten anderer wesentlich nur dann finden, wenn auch diese möglich schienen.

Die Durchforschung einer größeren Anzahl von Archiven und die freundschaftliche Förderung vieler Herren Archiv- und Bibliothekvorstände und Fachgenossen hat es mir ermöglicht, meiner Arbeit auch ungedrucktes Material im reicheren Maße zu Grunde zu legen. Die verhältnismäßig größte Ausbeute bot das Kgl. Kreisarchiv zu Bamberg, in dem sich die Hauptbestände des einstigen hohenzollerschen Archives auf der Plassenburg befinden, dann das Großherzogl. und Herzogl. Gesamtarchiv zu Weimar. Den sehr eingehenden und genauen Relationen der von Herzog Wilhelm von Sachsen-Thüringen während seiner Reise in das heilige Land 1461 eingesetzten Statthalter („Anwälte") entnahm ich eine große Anzahl der wichtigsten Meldungen über die Vorgänge in Thüringen, Meißen, Franken, die Rheinlande, Böhmen, die Marken und Schlesien. Jenen Archiven zunächst steht das Kgl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden, dann das Geh. Hausarchiv zu Wien, das Staatsarchiv in Berlin, das Allgem. Reichsarchiv in München, das Kgl. Kreisarchiv zu Würzburg, die städtischen Archive zu Eger, Frankfurt, Breslau, Nürnberg, Schweidnitz, das Archiv des Prager Metropolitankapitels, endlich die Universitätsbibliotheken zu Prag, Wien und Leipzig, die Bibliothek des böhmischen Museums und des Fürsten Lobkowitz in Prag. Es ist mir eine erfreuliche Pflicht, Allen, die mir bei meiner Arbeit fördernd und helfend zur Seite standen, besonders dem Herrn Geheimen Rate und Archivdirektor Prof. Dr. von Löher in München und dem Herrn Geh. Rate und Archivdirektor von Witzleben in Dresden, den freilich diese Zeilen nicht mehr unter den Lebenden treffen sollten, dann den Herren Oberarchivar Dr. Burckhart und Archivar Dr. Wülcker in Weimar, Archivrat Dr. Ermisch in Dresden, Archivar und Bibliothekar Dr. Markgraf und Archivrat Prof. Dr. Grünhagen in Breslau, Kreisarchivar Dr. Jung und Archivsekretär Dr. Wittmann in Bamberg, Archivar Dr. Grotefend in Frankfurt, Archivar H. Gradl in Eger, Prof. Dr. F. von Krones in Graz, endlich in Prag den Herren Hofrat Prof. Dr. von Höfler, Landesarchivar Prof. Dr. Gindely als Lobkowitz'schem Bibliothekar, J. Zeidler, Vorstand der Universitätsbibliothek, und F. Patera, Kustos der Bibliothek des hochw. Domkapitels, aufrichtigen Dank zu sagen.

Prag, 19. Mai 1883. D. B.

Inhalt.

Erster Band.

Erster Band.

Kaisertum und Territorialität.

Anfänge der Großmacht des Hauses Habsburg.

Einleitung.

Mit begreiflicher Vorliebe wendet sich die deutsche Geschichtschreibung jenen Epochen der Reichs- und Stammesgeschichte zu, in denen der germanische Volksgeist besondere Proben ungeahnter und eigenartiger Lebenskraft gegeben hat. In umfangreichen Werken, hervorragend durch eindringende Forschung und Kunst der Darstellung, hat sie uns die fernen Zeiten zu zeichnen gewußt, in denen die deutschen Stämme durch Grenzwälle, Standlager und Stromflotten ausgeschlossen vom Boden des römischen Imperiums, das die Ergebnisse menschlicher Arbeit, die Kultur von Jahrtausenden in sich faßte, aus dem reichen Borne ihres innersten Wesens die Entfaltung echten, eigenen Volkslebens gewannen, jenes Jünglingsalter der germanischen Welt, das sich in seiner ganzen fröhlichen Kraft, Natürlichkeit und Einfachheit in den „Leges“ wiederspiegelt. Und welche lange Reihe von deutschen Gelehrten hat sich mit der Pflege der politischen und Staaten-Geschichte, dem Wachstum von Litteratur, Kunst und Philosophie in Deutschland um die Wende des 18. Jahrhunderts beschäftigt, wie sicher wissen wir heute, daß, während das heilige Reich zum Spotte der Nachbarn geworden war, die vielgeteilten Stämme willenlos den Befehlen dienten, die aus den Ratsstuben der Fürsten kamen, während diese, nicht bloß der deutschen Sitte, sondern auch heimischer Sprache und dem eigenen Volkstume fast entfremdet, vor den Herrschern des Westens und Ostens im Staube lagen, daß da jene herrliche Blütezeit des inneren nationalen Strebens, jener Aufschwung von Kunst, spekulativer und realer Wissenschaft, jene ideelle Einigung, Erhebung, Befreiung sich vollzog, die dann die machtvolle Wiedererhebung eines deutschen Gesamtstaates im 19. Jahrhunderte in erster Linie herbeiführte?

So großen Geschicken die späteren Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts an die Seite zu stellen, scheint mehr als kühn, das mindere Gewicht,

das auf die geschichtliche Entwicklung jener Zeit gelegt zu werden pflegt, aus dem Mangel an umfassenden, tiefer eindringenden Arbeiten darüber erklären zu wollen, ein bedenklicher Grund. Denn wenn hier der Historiker weniger der Verlockung begegnete, auf fruchtbarem Boden seines Werkes zu pflegen, liegt nicht schon darin ein Gegenargument? Und gleicht nicht nach der gewöhnlichen Schilderung diese Epoche den früheren vor allem darin, daß die äußere Lage der Nation bedenklich in hohem Grade geworden war, ohne daß ebenso reiches Licht tröstend zum Schatten sich gesellte?

Gewiß war damals die Auflösung des römischen Reiches deutscher Nation in eine große Anzahl fast selbständiger Herrschaftsgebiete weit vorgeschritten, hatten dagegen kaiserliches Regiment und Reichsgesetzgebung so gut wie aufgehört. Deutschland besaß, während das kaiserliche Hofgericht nur mangelhaft den fehlenden Oberhof ersetzte,[1] weder gemeinsame Finanzen noch ein Reichsheer. Während im Innern territoriale Interessen die Fürsten einten und entzweiten, des Reiches Nutz und Frommen, wenn es ja betont ward, insgemein nur der Selbstsucht zum Deckmantel diente, während der Kaiser kaum anders als durch seine Hausmacht und persönliche Verbindungen im Reiche Bedeutung besaß, ja nur, wenn das Geleite seiner Stände ihn deckte, sicher die Straße durch ihre Gebiete zu fahren vermeinte, wurden die Grenzlande täglich mehr gefährdet, rissen im Süden, Westen, Norden und Nordosten Nachbarn, die sich einst vor dem deutschen Kaisertume willig gebeugt, wichtige Außenlande los,[2] bedrohte vom Südosten her jene ungeheure Türkenmacht, die soeben durch die Einnahme Konstantinopels den ganzen Weltteil in Schrecken versetzt hatte, die ein tapferer, erbarmungsloser Krieger, wie Mohammed II. es war, lenkte, den Bestand des Ganzen. Und um jener Zeit den Stempel

[1] Hier bleibt noch manches zu thun. Man vergleiche aber J. Tomaschek, Die höchste Gerichtsbarkeit des deutschen Königs und Reiches im 15. Jahrhundert. Sitzber. der philos. histor. Klasse der Wiener kaiserl. Akademie XLIX (1865) 523 ff. Auch A. Luschin von Ebengreuth, Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich, Weimar 1879, 273 ff.

[2] Man wußte doch schon 1427 nicht mehr sicher, was eigentlich zum Reiche noch gehöre, was Reichsrecht sei. Im Süden ging nicht bloß Mailand nach der Usurpation Franz Sforzas (Th. Sickel, Beiträge und Berichtigungen zur Geschichte der Erwerbung Mailands durch Franz Sforza I., Archiv f. K. österr. Gesch. XIV (1855) 192 ff., 216—217) so gut wie seine Wege, sondern hatte auch sonst die Hoheit des Reiches aufgehört. Vergl. Johannis Rabensteinensis dialogus, Archiv f. österr. Gesch. LIV. Band, 2. Hälfte 1876, 387—388. Im Westen und Nordwesten greifen Frankreich und Burgund um sich, im Norden kommt Holstein an Dänemark, im Nordosten Westpreußen an Polen, bald Mähren, Schlesien, die Lausitz an Ungarn.

der Größe aufdrücken zu können, suchen wir umsonst nach gewaltigen Kriegsthaten, deren weitreichende Erfolge die Deutschen begeisterten und mit sich fortrissen, nach der tiefeinschneidenden gesetzgeberischen Thätigkeit großer Männer, die der Nation in den ihrer Art und Bedeutung zusagenden politischen und kirchlichen Verhältnissen die Bahnen ebneten zu allseitiger geistiger und materieller Entwicklung. Aber wir gewinnen ihn vielleicht, wenn wir, den Andeutungen weniger folgend, wieder in die Werkstätten geistigen Schaffens, vor allem des deutschen Gelehrten und Denkers, des wohlbegüterten deutschen Bürgertumes jener Zeit, zu blicken versuchen: Kaum ein Volk glich in der That in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts dem deutschen im emsigen Sammeln und Vermehren seines geistigen Eigens, an allseitiger Liebe und Pflege der Wissenschaft und Kunst, an lebhaftestem Interesse für die reichen Errungenschaften der Zeit auf allen Wissensgebieten. In Deutschland erblühten binnen wenig mehr als einem Menschenalter sieben neue Universitäten, hier fand die Leuchte des Humanismus ihre fleißigsten, gründlichsten, wenn auch vielleicht nicht begabtesten Jünger, hier wurden mathematische und Naturwissenschaften in rastlosem Eifer geübt und vervollkommnet,[1] hier fanden alle Impulse des Zeitalters, der großartigen Epoche der Erfindungen und Entdeckungen, den nachhaltigsten Wiederhall, hier erdachte man das allmächtige Werkzeug für rasche Wirkung auf Tausende und in ferne Lande und Zeiten, die Kunst Johannes Fusts, Schöffers und ihrer Genossen, hier fand sie fruchtbaren Boden und rasches Gedeihen.[2]

Freilich, weil eine Periode deutscher Geschichte nachfolgte, die von der unleugbarsten Bedeutung für die Kulturentwicklung der gesamten Neuzeit geworden ist, jene gewaltigen, erhebenden und zerstörenden, streit- und kampferfüllten Jahrzehnte, in denen das deutsche Volk Reform und Erneuerung des kirchlichen und geistigen Lebens erzwang und begann innerhalb und außerhalb der alten Kirche, hat man sich gewöhnt, das Cinquecento als die Zeit der Vorbereitung bloß im Vorbeigehen zu streifen, in ihm fast allein als der Forschung würdig anzusehen, was unmittelbar dem Verständnisse von Personen und Verhältnissen des 16. Jahrhunderts dienen konnte. Wo ja einmal das Gegenteil geschah, hatte dies wieder

[1] Wie das reichhaltige Nürnberger Nationalmuseum allein den Besucher lehren kann.

[2] Belege dafür bietet jede Geschichte der Buchdruckerkunst, am lehrreichsten ist vielleicht wieder ein Besuch des Nürnberger Nationalmuseums. Vgl. auch Joh. Janssen, Geschichte des deutschen Volkes im Mittelalter I. 10 ff., 130—131 (ich citiere nach d. 4. Auflage, Freiburg i. Br. 1876).

seinen besonderen Grund: die Gegenwart einseitig zu erheben auf Kosten der Zukunft. Mit Unrecht! Die Kultur-Entwicklung des 15. Jahrhunderts ist eine durchaus selbständige, wie jede andere auf den Errungenschaften der Vergangenheit fußend, nur ist sie gleichmäßiger, tiefgehender, als zu jeder andern Periode des Mittelalters. Die Nation ist wie nachmals im 18. Jahrhunderte rastlos bestrebt, ihr geistiges Eigen zu sichern und zu vermehren, und sie gewinnt aus dem so gesammelten Schatze von Wissen und Wollen, Anschauungen und Ideen, idealer und materieller Mittel und Kräfte in der That allein die Möglichkeit, in den geistigen Kampf um die Erneuerung des religiösen Lebens, in dem Franzosen und Engländer, Czechen und Italiener erlegen sind, wohlgerüstet einzutreten und ihn siegreich durchzukämpfen. Für all dies den Beweis zu erbringen, bleibt Aufgabe der allseitigen Forschung über diese Zeit. Hier wird zunächst die Klarstellung des politischen Lebens im Reiche versucht werden.

Aber auch in zweiter, rein staatlicher, Hinsicht haben jene Jahrzehnte deutscher Geschichte eine ganz außerordentliche Bedeutung. Seit den ersten Erhebungen kleiner Dynasten zu Beginn des Wahlreiches hatte man sich in Deutschland an die großen Geschlechter, die Wittelsbacher, Luxemburger, Habsburger, bei Vergebung des Königtums gehalten. Es geschah, so das Reich und sich selbst zu erhalten. Griff später ja wieder ein Graf nach der Krone, leicht „deuchte es allen ein Spott, daß ein solcher König war." Jetzt, im 15. Jahrhunderte, in dem Momente, wo die Territorialität zum unbedingten Siege gelangt und damit die Auflösung des alten Reichskörpers in viele Staatswesen mit vielerlei Bestrebungen und Sonderinteressen entschieden ist, wo aber im Westen Europas die starken, einheitlichen romanischen Reiche sich organisieren, im Osten die Türkenmacht aufs höchste steigt, so die Gefahr für den Besitz, ja den Bestand des heil. Reiches deutscher Nation ungeheuer geworden ist, da erhebt sich eines seiner Fürstenhäuser zur europäischen Großmacht, und, indem es zugleich an der Spitze Deutschlands stehend, die centrifugalen Kräfte da, wo das Ansehen und Vermögen der Obergewalt versagt, durch seine eigene Macht und Hauspolitik zusammenhält und zur Abwehr eint nach Osten und Westen, bewahrt es trotz allem die Nation und sich selbst doch vor dem äußersten. Man darf sagen: Daß dem deutschen Volke zu solcher Friedensarbeit die Muße blieb, daß, trotz des Haders der heimischen Fürstenhäuser und der losen Gliederung des Ganzen, das heilige Reich doch zusammenhielt und den mächtigen Gegnern im Westen und Südosten gegenüber doch seine Kernlande behauptete, war das Verdienst seiner Kaiser aus dem habsburgischen Hause.

Daß nur ein Habsburger, der Herr der südöstlichen Grenzlande des

Reiches, und der Inhaber oder doch nächste Sippe des Königs von Ungarn und Böhmen, der Nachkomme eines so alten, hochstrebenden, mächtigen Fürstenhauses, der Türkengefahr gegenüber, die, von Geschlecht zu Geschlecht sich vererbend, jeder neuen Generation bedrohlicher gegenübertrat, im 15. Jahrhunderte deutscher Kaiser sein könne, zumal nachdem das Haus Österreich in die Machtstellung des Hauses Luxemburg eingetreten war, das haben die deutschen Kurherren bei der Wahl König Albrecht II. und König Friedrich IV. (III.) offenbar sehr wohl gewußt. Das wäre schwerlich anders geworden, wenn gewisse Historiker und Publizisten statt im 19. in der ersten Hälfte des 15. Säculums geschrieben hätten.[1] Aber wenn derselbe Beruf auch noch dem Herrscherhause Österreich verblieb, als es die Kronen von Ungarn und Böhmen verloren hatte: wie sollte es ihn jetzt erfüllen? Erst spät gewann es geringen Ersatz in der Abrundung des Hausbesitzes infolge der Einziehung der cilly'schen Lande und der Vereinigung der albrechtinischen Herzogtümer mit der Hauptmasse der leopoldinischen Gebiete nach dem Tode Ladislaus' Posthumus und Albrecht VI. (1457 und 1463), dann in der Erwerbung theoretischer Ansprüche auf die ungarische Krone (1463) und der Festigung seiner Machtstellung in Oberdeutschland. Aber es reichte erst wieder wie früher an seine Aufgabe hinan mit der Erlangung der reichen burgundischen Erbschaft, welche die Habsburger zu natürlichen Vorkämpfern gegen den französischen Westen machte, wie sie schon die Nachbarschaft ihrer Erblande zur steten Bekämpfung der Türken zwang. Erst nachdem Burgund erworben war, besaß Österreich wieder die nötige eigene Macht, auch die Gewalten im Reiche mit Erfolg zu beherrschen, nur mußten die Fürsten zur Verbindung der getrennten Kräfte die Hand bieten und die Wahl Maximilians, des Erbherrn von Österreich und Gemahls Marias von Brabant, zum deutschen König die beiden Pfeiler österreichischer Macht in weitem Bogen verbinden, was 1486 gelang. Seitdem dann die Habsburger auch Ungarn und Böhmen, die aragonesischen und kastilianischen Reiche mit ihren Dependenzen beherrschten, da war wenigstens der äußere Bestand des Reiches in der Hand seiner Kaiser gesichert, so wenig diese der neuen inneren Entwicklung der religiösen und politischen Dinge hold sein mochten.

Dagegen bedeutet jene Zwischenperiode (von 1458—1486) naturgemäß auch eine Zeit des Schwankens, der Ohnmacht des Kaisertums nach innen

[1] Man vergl. meine Ausführungen in der „Zeitschrift für die österr. Gymnasien", 1880, 1. Heft, 36—38. Auch 1657/58 erkannte dies Kurfürst Friedrich Wilhelm I. sehr wohl. Vgl. J. G. Droysen, Geschichte der preuß. Politik III. 2. (2. Auflage, Leipzig 1871) 285.

und außen, und eben da ist Friedrich III. Herrscherzeit und Herrscherart von Bedeutung und Interesse für das ganze Reich geworden. Wer erwägt, wie der Kaiser, ebenso wie seine älteren Zeitgenossen auf den deutschen Fürstenthronen, in Denken und Streben so ganz und gar in den Verhältnissen der Vergangenheit wurzelte, wie wenig dieses, wenn auch ehrenfeste, regsame, so doch durchaus kleinliche, selbstsüchtige Geschlecht fähig war, die Verfassung des alten Reiches nicht nur zeitgemäß oder gar nach den Forderungen der Zukunft umzuwandeln, wie rücksichtslos bei den vielfältigen Versuchen, eine Besserung der öffentlichen Rechtszustände, der Verwaltung und des Kriegswesens des Reiches herbeizuführen, sich die eigennützigen Bestrebungen der einzelnen mächtigen Stände in den Vordergrund drängen, der wird Friedrich III. Unthätigkeit nicht gar zu hart verurteilen. Indem er mit unerschütterlicher Zähigkeit durch ein halbes Jahrhundert der gefährlichsten Erschütterungen, denen sein Regiment fast continuierlich ausgesetzt war, auch den lockendsten Versuchungen widerstand, „ein mächtiger Regierer zu sein seine Lebtage aus", sobald es sich um die Preisgebung auch nur eines der Prärogative des alten Kaisertumes handelte, indem er unentwegt festhielt an der theoretischen Vollgewalt und Machtfülle der alten Kaisergewalt trotz der Schwere der Zeiten, deren Ohnmacht und Hilflosigkeit jenen Ansprüchen gegenüber als trauriger Hohn erscheinen konnte, hat er, soweit es an ihm und dem Kaisertume lag, den in den Anschauungen des Zeitalters der Entdeckungen aufwachsenden Nachkommen für jede, auch die durchgreifendste Regenerierung des Reiches den Boden freigelassen, es ihnen ermöglicht, in völliger Freiheit die Frage zu entscheiden, ob das deutsche Volk mit einheitlich monarchischer, ob es in ständisch-republikanischer Ordnung seines Staatswesens eintreten wolle in die Neuzeit.

Friedrich III. besaß Sinn und Neigung für diplomatische Thätigkeit. Aber in seinem Wesen gesellten sich zu einem weiten politischen Blicke, der im raschen Wandel der Zeiten und Verhältnisse das Bleibende, Beherrschende fand und festhielt,[1] dem selbst ins Große gehende Entwürfe nahe lagen, die eigentümlichsten Beigaben. Eben weil der Kaiser, über das enge Getriebe des täglichen Lebens, die Leidenschaften der Menge sich erhebend, in allem die Regel sah, zu der die Ordnung der Dinge trotz aller Abweichungen doch wieder zurückkehren müsse, übersah er nur zu leicht das nahe und nächstliegende. Ihm fehlte die frische Beweglichkeit, aber

[1] Man vergl. L. v. Ranke, Deutsche Geschichte im Reformationszeitalter I. (der ges. Werke Bd. 1, Leipzig 1873, 5. Auflage) 63—65.

auch die Hingebung und Neigung, die Wechselfälle des Tages zu berechnen, die Individualitäten der handelnden Personen zu erwägen und in den Kreis seiner Berechnungen zu ziehen. So blieb er sorglos, wo für jeden andern die Gefahr unverkennbar, so erlitt er nur zu leicht unerwartet, aus eigenster Schuld, empfindlichen Schaden, wo dieser ohne Schwierigkeit ganz vermieden werden konnte. Und wie leicht vertrug sich mit solcher Anschauung seine Neigung zur Zwischenhandlung, da es ja genügte, die Rückkehr der Dinge zur normalen Entwicklung zu fördern, ja selbst, wenn die Vermittlung aus irgend einem Grunde unthunlich schien, zu unthätigem Zuwarten, da die Zeit zum Handeln nicht ausbleiben könne? Wie leicht erschien aber solch berechnendes Zaudern als verwerflicher Hang zum Nichtsthun? So konnte es geschehen, daß, während Friedrich in Rom sich die Kaiserkrone aufs Haupt setzen ließ, ihm die Landstände der Gebiete, von denen er den Namen trug, die Treue aufkündigten, daß zur selben Zeit, in der er im Vereine mit Papst Nikolaus V. der Welt verkündete, er wolle sich an die Spitze der vereinten geistlichen und Laien-Fürsten Europas stellen und die Türken verjagen, ein oberösterreichischer Raubgeselle[1] an der Spitze einer Hand voll Bewaffneter ihm den Besuch des Regensburger Konventes unmöglich machte, daß die Bürger Wiens, die noch 1461 mit seltener Treue und Opferwilligkeit für ihn eingetreten waren, sich kaum ein Jahr später, weil der Kaiser stets nur neue Leistungen forderte, mit blinder Wut gegen ihn erhoben, ihn in der eigenen Burg belagerten, mit Gemahlin und Söhnlein in die schwerste Bedrängnis brachten.

Aber die Grundanschauungen, die sich der Kaiser von dem Gange der Dinge zu seiner Zeit geschaffen, waren richtig. So reich an kühnen Entwürfen für weitausgreifende territoriale Veränderungen und Neugestaltungen, an stürmischen Ansätzen zu energischer Reform in Kirche und Staat diese Jahrzehnte auch waren, so vielfach es in der Gesellschaft zu gären, sich zu regen begann, an den Universitäten sich die Diplomaten und kirchlichen Umsturzmänner der Zukunft heranbildeten, die fahrenden Schüler und die landstreichenden Humanisten, politische Abenteurer und Tausendkünstler, die einen unerhörten Aufschwung von Land- und Bergbau, Gewerbe und Industrie zu bringen verhießen, wenn man sich ihrer Weisheit bedienen wolle, auch auf die große Masse ihre Wirkung üben mußten: im ganzen standen Deutschlands Fürsten und Völker gleich dem Kaiser doch wesentlich in den Gedankenkreisen des Mittelalters, galt das

[1] Nachbuchodonosor Nankenreutter.

Althergebrachte als die unabänderliche Regel und Norm, und entsprachen, so sehr man die vielfachen Mängel empfand, die Reformversuche und Umsturzprojekte, von denen keines eine freiere staatsmännische Erfassung der Verhältnisse, neue politische Ideen festzuhalten versteht, doch nur dem unklaren Drange nach Neuerung und dem Eigennutze, der dann die Gegenwirkung notwendig rasch genug hervorrief. So kam es, daß der Kaiser schließlich, da ihm ein langes Leben beschieden war, doch selbst dort recht behielt, wo er gar nicht oder doch nur, um die Rechtsform zu wachen, den Versuch gemacht hatte, die schwache Stimme des Reichsoberhauptes zur Geltung zu bringen.

Der Kaiser, der Sohn Ernst des Eisernen und der starken Cimburgis von Masovien, war in jüngeren Jahren ein schöner, stattlicher Mann; sein Antlitz mit den charakteristischen Eigentümlichkeiten des Habsburger Geschlechtes erinnerte nicht undeutlich an die Züge König Albrecht I.[1] Ihn zierten Rechtlichkeit und frommer Sinn, der jedoch weit entfernt war von religiöser Unduldsamkeit, Mäßigkeit und reiner Wandel, Achtung vor Wissenschaft und Kunst, Liebe und Neigung für die Freuden im Kreise der Seinen. Aber auch wenn er die Juden schützte, den Dichter krönte, den Jünger von Guttenbergs Kunst förderte, immer behielt er im wesentlichen den praktischen Erfolg solcher Thätigkeit im Auge. Selbstsucht, rastlose Begehrlichkeit, aber auch unermüdetes Streben, die feste Zuversicht auf die künftige Größe seines Hauses waren ihm eigen.

Von den mitlebenden Fürsten von Österreich war Herzog Sigmund von Tirol, der Sohn Herzog Friedrich IV., zugleich Herr der Vorlande, des Kaisers Bruder, Erzherzog Albrecht, seit 1458 „Regierer" von Österreich ob der Enns. Jener, ein lebenslustiger, freigebiger Herr sicherte sich in den Gängen der Reichsgeschichte, die hier zu betrachten sind, eine ehrenvolle Stellung durch sein mutiges Ringen mit der päpstlichen Obergewalt um die Wahrung landesherrlicher Befugnisse. Seitdem er sich im Verlaufe dieses Kampfes dem Kaiser genähert, wird er ihm zur gewichtigen Stütze für die Reichsgewalt in den oberen Landen.

Nicht so der Erzherzog. Gar manches der nachfolgenden Blätter wird erfüllt sein von seinem Sinnen und Streben, mit der Darstellung seiner Zwietracht, des offenen Krieges gegen den kaiserlichen Bruder. Aber vielleicht lassen eben sie die sicheren Züge seines Bildes und Wesens erkennen. Denn der wüste Kriegsmann allein, als den man Albrecht VI. darzustellen pflegt, ist er nicht gewesen. Hoch gewachsen und stattlich wie

[1] Ich habe da die Bilder der Ambraser Sammlung vor Augen.

der Kaiser, aber das mehr runde Antlitz milder, von dichtem Lockenhaar umrahmt, ging er Friedrich gleichwohl voran an Strenge und Festigkeit des Willens, an energischer Thatkraft. Albrecht war ein Freund der Bildung, wie seine Schöpfung, die Freiburger Hochschule, bezeugt, er war ebenso beherzt in der Gefahr wie gewandt in der Rede, wohl fähig Liebe und Treue zu erwecken und zu gewähren. Inmitten bittern Streites mit seinem Bruder ging er aus dem Leben.

Nicht mit so schrillem Mißtone hatte der einstige Streit eines in gewisser Hinsicht ähnlichen Brüderpaares geendet, dessen hier, weil auch dem Kaiser sonst nahestehend, sofort gedacht sein mag: Kurfürst Friedrich II. von Sachsen und Herzog Wilhelms von Sachsen-Thüringen. Der ältere, kein Kriegsmann, aber doch gemeint, die frühere Geburt, kurfürstlichen Vorrang dem stürmischen, waffenfrohen und lebensfreudigen Wilhelm gegenüber zur Geltung zu bringen, hatte dadurch einst ein Kriegsfeuer in den wettinischen Landen entzündet, das, von eigennützigen Vasallen geschürt, zugleich mit der böhmischen Grenzfehde alle Furien entfesselte und den Zeitgenossen noch Jahrzehnte im Gedächtnisse blieb. Aber das wohlverstandene eigene Interesse hatte sie zusammengeführt und versöhnt. In brüderlicher Eintracht traten sie seitdem miteinander ein für jedes Interesse, das den einzelnen und das Gesamthaus betraf. Aus dem unbändigen Landgrafen ward ein besonnener rechnender Herr, dessen Kampflust sich zu landesherrlicher Strenge gewandelt, dessen Stimme in den Händeln ringsum Gewicht gewonnen hatte. Leicht trat da der sanftmütige Friedrich, dem zudem tüchtige Söhne nachwuchsen, in den Hintergrund. Und seitdem man sich mit Böhmen verständigt, genossen die sächsischen Fürstentümer eines langen Friedens, den auch die wiederholten Rüstungen, in welche man sich der engverbundenen Hohenzollern in der Mark und in Franken wegen warf, nicht ernstlich störten. Aber es bedurfte wahrlich nicht geringen Geschickes, sich nicht allzu tief in den Kriegsstrudel zwischen den brandenburgischen Markgrafen und den mit den fränkischen Bischöfen geeinten Fürsten von Wittelsbach-Landshut, -Neumarkt und -Pfalz, reißen zu lassen, der Jahre hindurch die oberen Reichslande erfüllte.

Von den vier Söhnen des ersten hohenzoller'schen Markgrafen von Brandenburg glich Friedrich II., der Kurfürst, dem Vater an ritterlicher Art und fürstlichem Selbstgefühl, an Besonnenheit und Festigkeit, rastlosem Streben, „sich weiten" zu lassen. Nur ward seine Thätigkeit in den Schatten gestellt durch den Namen und die weitgehenden Pläne des jüngeren Albrecht, der sich mit Markgraf Johann in die Verwaltung der fränkischen Hausgebiete teilte, eine Fürstengestalt des mittlern 15. Jahr-

hunderts, die sich mit jeder andern an Bedeutung messen darf, an Interesse alle weit hinter sich läßt. Welch frischer, kräftiger Zug geht durch die ganze Persönlichkeit und das Wesen dieses Mannes! Ihm ist in gewandter Führung des Schwertes, in klug berechnender Rede nicht leicht einer gewachsen. Klar und scharf erfaßt er seine Ziele, unermüdet schafft er die Mittel zur Ausführung, und mit mutiger Thatkraft strebt er ihr entgegen. Sein narbenbedeckter Körper beweist, daß er die persönliche Gefahr mit dem letzten der Krieger zu teilen pflegt. Durch keine Niederlage, keinen verlorenen Feldzug gebeugt, gedenkt er mit neuen Verbündeten und frischen Kräften den Verlust auszugleichen. Ihn bringt kein vereitelter Plan aus der Fassung; denn nie hat er seine Entwürfe auf eine Rechnung gestellt, und unverdrossen beschreitet er den zweiten Weg, wenn der erste versagt hat.[1] So kam es, daß der Markgraf im Kreise der fürstlichen Hierarchie ein Ansehen, einen Einfluß gewann, der mit dem mäßigen Umfange seiner Territorien in keinem Verhältnisse stand, daß er im kraftvollen Vorwärtsstreben weite Gesichtspunkte festhalten, mit beträchtlichen Mitteln, als das Haupt und die Seele einer großen fürstlichen Vereinigung erst die Interessen der Nobilität gegen das Bürgertum, dann die Erhebung des fränkisch-hohenzoller'schen Fürstentumes über die angrenzenden hochkirchlichen und wittelsbachischen Territorien zu unternehmen vermochte, Versuche, die gewaltige Erregung in weite Kreise tragen mußten. Mit manch schönen Beinamen hat die Mit- und Nachwelt diesen Hohenzoller geehrt.[2] Wir finden keinen, der seine Art von so charakteristischer Seite kennzeichnen würde, wie Michel Beheims, des gekrönten Dichters, Ausdruck, wenn er in seiner „Rheimchronik" Albrecht den „Sinnreichen von Brandenburg" nennt,[3]

„mit seinen subtilen Fünden,
die niemand kann ergründen."[4]

---

[1] Ranke, Deutsche Geschichte im Reformationszeitalter I. 46—47. Vergl. die Bemerkungen in A. Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer unter Georg von Podiebrad 1458—1461 und des Königs Bewerbung um die deutsche Krone, Prag 1878, 21—22.

[2] Ich verweise auf die Zusammenstellung der Aussprüche von Papst Pius II. (Eaen Silvio), G. von Roo, Paulus Longius, J. Campanus, Gobelinus, Ämil. Cimbrianus, Ludwigs von Eyb, des Cardinals Ursini bei J. von Minutoli, Das kaiserliche Buch des Markgrafen Albrecht Achilles, II. (kurfürstliche Periode), Berlin 1850, 522—529.

[3] In „Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte" III. München 1864, 95. Man vergl. des Campanus Bezeichnung Albrechts als „Vulpes Germaniae".

[4] Ebendort 53.

War es aber nicht bezeichnend, daß auch ein solcher Mann durchaus in den kirchlichen und politischen Anschauungen seiner Zeit stand und beharrte, daß er trotz des rastlosen Aufwandes seiner reichen intellektuellen, der eigenen und sonst verfügbaren materiellen Mittel nicht imstande war, auch nur einen seiner großen Entwürfe zu verwirklichen, überhaupt bedeutendere Erfolge zu erreichen?

Allerdings entbehrten die Fürsten des wittelsbachischen Hauses, die berufen waren, ihm die Wagschale zu halten, weder der persönlichen Bedeutung noch der entsprechenden materiellen Macht. Es waren Friedrich I. der Siegreiche, Pfalzgraf bei Rhein, und Ludwig der Reiche, Herzog von Bayern-Landshut.

Von ihnen stand der letztere dem habsburgischen Hause durch seine Mutter Margaretha, eine Tochter Herzog Albrecht IV.[1] und Schwester Albrecht V., des späteren römischen Königs, nahe, mit Kurfürst Friedrich von Sachsen und Markgraf Albrecht von Brandenburg trat er in enge Familienverbindung, indem er wie Albrecht eine der Töchter des Kurfürsten heiratete, die wittelsbachischen Vettern zu München und Neumarkt-Mosbach wie der Pfalzgraf waren mit ihm gegen die alte Gewohnheit des Hauses zumeist in freundschaftlichen, ja innigen Beziehungen. Ludwig war kein Mann von den hervorragenden Geistesgaben wie sein brandenburgischer Schwager, er verstand sich besser auf das Schwert als die Feder, sein streng kirchlicher Sinn mochte ihn wohl einmal zu harten Maßregeln gegen die wucherischen Juden verleiten.[2] Aber Land und Leute lagen in der Hand des freigebigen und lebenslustigen Herrn, der gleichwohl den von dem Vater vererbten Schatz zu erhalten strebte, überall auf strenge Ordnung, genaues Recht sah, wohlgeborgen. Voll fürstlichen Selbstgefühles wachte er darüber, daß niemand von den Seinen, sei es in Österreich, in Franken, in Böhmen, ungebührlich beschwert werde, und mit zähem Nachdrucke setzte er Geld und Verbindungen, die ganze Kraft seines Fürstentumes ein, wenn es galt Neuerungen abzuwehren, die ihm die territoriale Selbständigkeit Bayerns auch nur zu berühren schienen. Der stolze Fürst besaß Hingebung und Vertrauen genug, durch lange Jahre die Leitung seiner Politik dem Heidelberger Dr. Martin Mair zu überlassen, der wohl mit dem kaiserlichen und hohenzollerischen Diplomaten rivalisieren konnte.

---

[1] Bei A. Kluckhohn, Ludwig der Reiche, Herzog von Bayern, Nördlingen 1865, 26—27 „Tochter des Herzogs Ernst von Östreich." Obige biographische Daten nach den dortigen Angaben 27—31.

[2] A. Kluckhohn a. a. O. 36 ff.

Kein deutscher Fürst in jenen Tagen konnte sich gleich glänzender Siege, so ausgiebiger Vergrößerung seines Stammbesitzes rühmen als der Pfälzer Kurfürst Friedrich I., ein schöner Mann, ruhmliebend und hochstrebend, lebenslustig und ein Freund von Dichtkunst und Gelehrsamkeit, vor allem ausgestattet mit den bedeutendsten militärischen Talenten, aber auch streng, hochfahrend, rücksichtslos in der Wahl der Mittel und gegen den überwundenen Feind. „Denn gegen den Pfalzgrafen hilft kein Güten, sondern allein die That muß ihn erweichen", schreibt Markgraf Albrecht nach der Seckenheimer Schlacht,[1] und als „der böse Fritz" lebte er im Munde des Volkes. Banden Markgraf Albrecht bei aller Betonung der Hausinteressen denn doch die Forderungen der großen gemeinsamen Reichsangelegenheiten, seiner fürstlichen Reputation, so wechselte der Pfalzgraf die Partei nach Lust und Vorteil, und gab es für ihn weder Papst noch Kaiser noch Reich. Dies, und weil seine Macht von Haus aus bedeutender und die nachbarlichen Verhältnisse ungleich günstiger waren und wurden, half ihm voran, während der Nürnberger Burggraf und Herr des Ansbacher Ländchens so mühsam vorwärts strebte; denn die Brüder in der Mark hatten ihre besondere Last zu tragen. Zwischen einem solchen Fürsten und dem Kaiser konnte keine Freundschaft bestehen, auch wenn nicht die „Arrogation" Friedrichs, die Ansichnahme des Kurfürstentumes für seinen unmündigen Neffen Philipp, die Friedrich III. Anschauungen von Legitimität und Fürstenrecht an sich und in der Art, wie sie erfolgte, so sehr zuwider war, vom Anfange an einen tiefen Riß zwischen beiden aufgethan. Der Kaiser hat die Arrogation niemals bestätigt, so wenig als Franz Sforza von Mailand von ihm die Investitur mit dem usurpierten Herzogsstuhle erlangte, er hatte kaum auch je, obwohl mehrfach davon die Rede war, die ernstliche Absicht es zu thun.[1]

Noch bleibt in kurzen Worten der beiden Fürsten zu gedenken, die dem Pfalzgrafen ähnlich nach streng monarchischem Prinzip gegen das Herkommen ihre hohe Stelle einnahmen, der „offgeruckten" Könige von Böhmen und Ungarn, ersterer der „oberst" weltliche Kurfürst, dieser des Kaisers glücklicher Rivale im Streite um die ungarische Krone.

Der Mann, der sich in der wüsten Zeit nach König Albrecht II. Tode vom böhmischen Barone, auch da keiner der ersten Familien angehörig, aber ihnen doch verwandt und verschwägert, zum Throne emporgearbeitet hatte, konnte keine unbedeutende Persönlichkeit sein, und war es

[1] Brief etwa vom 5. Juli 1462 im Bamberger Kreisarchiv, 1907 (des märkischen Kataloges), Nr. 293.

auch nicht. König Georg erscheint ebenso als kraftvoller fürsorglicher Herrscher, wie als trefflicher Familienvater. Er war ein tüchtiger Krieger und geschickter Unterhändler, der den augenblicklichen Vorteil sehr wohl auszunützen verstand, ein Meister in den kleinen diplomatischen Winkelzügen und dabei doch eine größer angelegte Natur, der kühne Pläne jederzeit zusagten. Des Königs Bildung war gering, — an den Zügen seiner Schrift erkennt man, wie hart ihm das Schreiben ankam —, er war so sehr Slave, daß ihm selbst die Kenntnis des Deutschen völlig abging. Aber zweierlei stellt ihn hoch über seine Zeitgenossen und so viele seiner Verehrer bis zum heutigen Tage: er war ebenso frei von nationaler Unduldsamkeit wie von religiösem Fanatismus. Aus den nachfolgenden Blättern wird weiter erhellen, wie wenig der König ein eifriger Verehrer des Hussiten-Kelches, ein zielbewußter Verfechter der reformatorischen Ideen seiner Zeit war, ebenso kein weitsichtiger Diplomat, der mit der Größe der Entwürfe die materiellen Mittel in Einklang zu bringen versteht, kein unbedingt gebietender Geist.[1]

Dagegen war Matthias Hunyadi, König von Ungarn, zugenannt Corvinus, eine geborene Herrschernatur, nicht der Abstammung nach, sondern „von Gottes Gnaden“, trotz der geringen Zahl seiner Jahre ein Fürst von gereifter Einsicht und Selbständigkeit, voll unvergleichlicher Energie und Thatkraft, Meister und Förderer in allen Künsten des Krieges und Friedens, unstreitig der bedeutendste Herrscher, der seit den Tagen Stefan des Heiligen über das Magyarenvolk gebot. Von ihm noch weiteres zu melden, soll in weit höherem Grade die Erzählung seiner Kämpfe im zweiten und dritten Bande dieses Werkes die Gelegenheit bieten.

[1] Man vergl. damit meine Ausführungen in der „Allgem. Deutsch. Biographie“ im Auftrage der königl. Akademie der Wissensch. zu München, redig. v. Freiherrn von Liliencron und F. X. Wegele, Art.: „Georg von Kunstatt auf Podiebrad“, und „Jobst von Einsiedel, Ritter von Tyrzow“; Litterar. Beilage zur „Montags-Revue“, Wien 1881, Nr. 12.

Erstes Kapitel.

Politische Verhältnisse im Reiche zu Beginn 1461. Kaiser Friedrich und Erzherzog Albrecht. Die Zustände in Österreich.

Unfreundlich gleich dem Frühling, der nach einem leidigen Winter voll Regengüssen und Schneestürmen ins Land ging,[1] lagen zu Anfang 1461 die Verhältnisse in den Staaten Mitteleuropas und vor allem im deutschen Reiche. Jene allgemeine unklare Spannung, jene Unruhe, die bedeutsamen Ereignissen vorauszugehen pflegt,[2] legte ihren schweren Druck auf die Gemüter. Von der Hütte des „Armmannes" im einsamen Dorfe bis hinauf zu den vielgeschäftigen Höfen der beiden Häupter der Christenheit, in Rom und im steierischen Graz, herrschte die Sorge vor schwerem Unheil, verderblicher Neuerung.

Nicht als ob gewaltige Katastrophen die Geschicke des Reiches in neue Bahnen geleitet hätten! Aber weil die alten Schäden nun zu gleicher Zeit hervorbrechen und neue Übel sich hinzugesellen, weil die Fürstengruppen des Reiches, schon vordem in vielfachem Zwiste, alten und neuen Streit mit dem Schwerte auszutragen bereit sind, während die zahlreichen Gegner des Kaisers wie des römischen Stuhles sich zu rücksichtslosem Kampfe gegen den weltlichen und geistlichen Oberherrn verbündet zu haben scheinen, weil, so sehr bereits die materielle Not auf weiten Landstrecken lastet, die Ungunst des Wetters nun in sonst gesegneten Strichen die Pflanzenkeime im Schoße der Erde zurückhält,[3] neuer Mißwachs droht, die

[1] Th. Ebendorfer, Chronicon Austriacum, apud. H. Pez, Scriptor. rer. Austriac. II. (Lipsiae 1725) col. 929: Nam hyems plurimum autumni naturam tenuit, ver autem plurimum ventosum totum pluviosum et frigidum hyemis qualitatem abundavit. Vergl. die Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis 16. Jahrhundert, herausgeg. v. C. Hegel, Nürnberg IV, 260, 261. Th. Pešina, Mars Moravicus, Pragae 1677, 719.

[2] Vergl. A. Bachmann, Böhmen und seine Nachbarländer ꝛc. 1458—1461, 271.

[3] Th. Ebendorfer l. c. „adeo ut in festo Ascensionis vix vinearum gemmae fructus ostenderent.

Elemente so in verderblicher Empörung gegen die ewigen Gesetze der Natur sich gesellen wollen zu dem Zusammenbruche der alten, gewohnten Ordnung in Kirche und Staat, schienen die jetzigen Läufe gefährlicher, drangvoller, als seit langem.

Kaiser Friedrich sah seinen Streit mit einem Teile der Landstände Niederösterreichs, das er nach dem Tode seines Vetters Ladislaus, des Königs von Ungarn und Böhmen, nicht ohne schwere Mühe in seinen Besitz gebracht,[1] dem offenen Kampfe entgegenreifen. Und bekamen die aufrührerischen Barone nicht Hilfe aus Mähren und Böhmen, dessen König sie zu seinern „Dienern" angenommen hatte,[2] aus Ungarn, das, von dem Kaiser seit 1459 befehdet, dafür jene furchtbaren Söldnerscharen, die Zebraken, nach Österreich sandte? Drohten bei solcher Lage der Dinge nicht der Ehrgeiz, die Unbeständigkeit Erzherzog Albrechts, des Bruders des Kaisers, der Unmut des Baiernherzogs Ludwig von Landshut, der wegen seiner Übergriffe im Reiche bei Friedrich III. noch immer „in vorbehaltener Strafe und Ungnade" stand, größere Verwicklungen? Aber es handelte sich lange nicht um Niederösterreich allein. Das Horoskop des Jahres 1461 verkündete, wie der österreichische Chronist nicht ohne Vorbehalt meldet,[3] dem Kaiser schweres Unheil für den Herbst, dem Könige von Böhmen Glück, aber Pest und Seuche daneben. Diesmal schien der Aberglaube als prophetische Voraussicht sich zu erweisen: Thatsächlich steht der Böhmenkönig, der kluge und mächtige Georg Podiebrad, im Vordergrunde der Ereignisse; auf dem Fürstentage zu Eger (Lichtmeß 1461), den er, der oberste weltliche Kurfürst des Reiches, der Freund und Verbündete der meisten Herrscherfamilien ringsum, berufen hat, greift er nach der römischen Königskrone, trotz allem und jedem doch die Wurzel der Macht Friedrichs von Österreichs, das feste Fundament für die künftige Größe seines Hauses. Die altbewährte Energie des Königs, die Zähigkeit, mit der er seit zwei Jahren trotz der ablehnenden Haltung des Kaisers dem gleichen Ziele zustrebte, ließen besorgen, daß er trotz des Mißerfolges von Eger, und obwohl ihn auch die Kurfürstenversammlung (Ende Februar 1461) auf einen neuen „Tag" vertröstet hatte, seinen Plan nicht aufgeben, vielmehr mit der eigenen starken Waffenmacht und mit Hilfe seiner Bündner

---

[1] H. v. Zeißberg, Der österreichische Erbfolgestreit ꝛc. 1457—1458, Wien 1879.

[2] Böhmen und seine Nachbarländer 1458—1461, 169 ff. Über die Art des österreichischen Adels, früher und später, s. man v. Karajan, Über den Leumund der Österreicher, Böhmen und Ungarn, Sitzungsber. der phil. histor. Klasse der Wiener kaiserl. Akademie XLII. Band (Wien 1863), 451 ff.

[3] Ebendorfer l. c. 928.

sich jetzt die Krone geradezu erzwingen werde. Schon in Eger und vordem hatte ja der König auch in dieser Hinsicht Schritte gethan. Nicht das kaiserliche Ansehen im Reiche, das, untergraben durch die Vorgänge der vierziger Jahre (1444, 1447/48), dann durch den österreichischen Vormundschaftsstreit die schwerste Einbuße erlitten hatte (1452), und seitdem infolge der unaufhörlich wiederkehrenden Königsprojekte (1454, 1455, 1457, 1459/1461)[1] noch stetig gesunken war, sondern das Bedenkliche der Sache an sich, die Persönlichkeit des Bewerbers bestimmten die Wahlherren, in Nürnberg das römisch-böhmische Königtum abzulehnen.

In ihrem Schreiben vom ersten März hatten sie sich aber von Nürnberg aus mit dem entschiedenen Verlangen nach Reformen im Reiche auch gegen den Kaiser gewendet, und ebendort erlebte Diether von Isenburg, der Erzbischof von Mainz und Führer der kirchlichen Opposition gegen Papst Pius II., den stolzen Triumph, daß die Fürsten seiner Appellation gegen die beabsichtigte Besteuerung des Reiches für den Türkenkrieg beitraten, daß sich ihm die Aussicht eröffnete, die ganze Nation zum Widerstande gegen die Übergriffe Roms vereinigen zu können.

Des Papstes Persönlichkeit und Vergangenheit bot dem Kaiser die sicherste Gewähr, daß er ihm jederzeit mit ganzer Kraft beistehen werde. Traf da aber nicht jeder Schlag, der dem Ansehen des römischen Stuhles galt, auch den Kaiser? Und wie schwierig war seit dem Mantuaner Kongresse und bei den Zuständen Italiens und des Südostens von Europa die Lage der Kirche, wie ganz unleidlich wurden die Gegnerschaften dem Papste persönlich! Gegen jenen Herzog Sigmund von Österreich-Tirol, der einst sein Verehrer und Gönner gewesen war,[2] hatte er den Bann der Kirche geschleudert, die Schweizer, die Erbfeinde des Hauses Habsburg, in die Waffen gerufen. Die kirchliche Ordnung im Reiche, die er einst in Rom, Aschaffenburg, Mainz und Wien hatte begründen helfen, sah er nun in kühner Herausforderung angefeindet von dem ersten Bischof und Kurfürsten Deutschlands, Diether von Mainz, hinter ihm eine mächtige Partei von Gegnern und in ihrer Mitte Fürsten, auf die der römische Hof seit Jahren bei jeder Gelegenheit sicher zu zählen gewohnt war. Und wie weit waren eben sie, die Markgrafen von Brandenburg und Herzoge von Sachsen, überhaupt noch Freunde des Kaisers, dessen festeste Stützen sie bisher im Reiche gewesen?

---

[1] Vergl. A. Bachmann, „Die ersten Versuche zu einer römischen Königswahl unter Friedrich III.“ Forschungen zur deutschen Geschichte XVII. Band, 1877, 277—330.

[2] G. Voigt, Enea Silvio de' Piccolomini als Papst Pius II., 3 Bände, Berlin 1856—1863, I. 287, II. 291.

Schon in den letzten Jahren hatte die Brandenburg freundliche Politik des Kaisers, vor allem die stete Mehrung der Privilegien des Nürnberger Landgerichtes bewirkt, daß ihm der altbefreundete Landshuter Herzog entfremdet wurde. Daß einst die Markgrafen dem Herzoge bei dem Anschlage auf Donauwörth Waffenhilfe gethan,[1] hinderte sie nicht, hinterher deswegen den Kaiser zum Einschreiten gegen Baiern aufzurufen. Jetzt wieder befand sich inmitten der Unterschriften, mit denen der Mahnbrief an den Kaiser vom 1. März versehen war, auch jene Friedrichs von Brandenburg. Sehr wohl wußte man in Graz, wie weit die Markgrafen reichs- und kaisertreu waren, um wie vieles lieber sie sich des kaiserlichen Ansehens bedienten zur Verfolgung ihrer Pläne.

Ihnen zu zürnen hatte man deswegen wenig Grund. Die brandenburgische Politik, weitaus die konsequenteste, zielbewußteste, die je in jenen Tagen ein deutsches Fürstenhaus verfolgte, von einem hochbegabten, außerordentlich scharfblickenden und rührigen Staatsmann, eben Markgraf Albrecht von Ansbach, geleitet, war territorial, wie damals jede Politik und bis zu einem bedeutend hohen Grade auch die des Kaisers, aber sie war auch kaisertreu und konservativ, jederzeit willig, mit allen Mitteln dem Reichsoberhaupte beizustehen, wenn es galt, weitausgreifende, gefährliche Neuerungen abzuwehren. Unzweifelhaft hatten die Markgrafen in Eger in erster Reihe deshalb die verlockenden Anerbietungen des Böhmenkönigs abgelehnt,[2] weil ihnen der ehrgeizige, mächtige Emporkömmling, der Freund der feindlichen Wittelsbacher, als deutscher König zuwider war, weil er ohnehin bereits als Nachbar am Fichtelgebirge, an der Oder und Spree auf sie drückte. Aber war die Vereitlung so ungesunder Entwürfe nicht auch eine That für Kaiser und Reich?

Jetzt galt ihr Anschluß an die Oppositionsparteien dem Zwecke, sich damit gegen die Rache des beleidigten Böhmenkönigs sicherzustellen. Er bewirkte aber nur ihre Isolierung, eine gefahrvolle Erschütterung ihres ganzen politischen Systemes. Und stand nicht der alte Konflikt mit Baiern des Nürnberger Landgerichtes wegen, mit Böhmen wegen der Lausitzer Vogtei und Kottbus, mit Würzburg ob des fränkischen Herzogtitels drohend im Hintergrund! — Was die sächsischen Herzoge betrifft, so kennt man Kurfürst Friedrich II. wenig thatkräftige Art. Er war zwar völlig geleitet

[1] Die Absage der Markgrafen an Donauwörth und weitere auf den Überfall bezügliche Schriftstücke finden sich im königl. Kreisarchiv zu Bamberg 1906 (des märk. Kat.), fol. 115a.

[2] Böhmen und seine Nachbarländer 263 ff.

von den brandenburgischen Bündnern. Aber seine Politik trägt in jenen Tagen selbst dem eng befreundeten Kaiserhause gegenüber den Stempel vorsichtiger Zurückhaltung.[1] Der jüngere Wilhelm von Thüringen rüstete eben zu einer Fahrt ins heilige Land. Überdies befanden sich die Herzoge, befreundet und verbündet mit Baiern, Böhmen und Brandenburg, ganz abgesehen von der geographischen Lage ihre Lande, beim drohenden Ausbruche eines Kampfes zwischen Brandenburg und Baiern, Böhmen und der Mark in äußerst unbehaglicher Stellung! Und der Markgrafen Schwankung in Nürnberg riß auch sie auf die abschüssige Bahn der Entfremdung von Papst und Kaiser. Jetzt zumeist ward verschuldet, was 1463 Albrecht von Ansbach beklagt, daß das Ansehen von Brandenburg und Sachsen „etlichermaß erloschen sei".[2]

So blieben von der alten kaiserlichen Partei nur noch die älteren badischen Brüder, die Markgrafen Karl und Marx, dann Georg, Bischof von Metz, und Erzbischof Johann von Trier, ferner die Grafen von Wirtemberg und die Reichsstädte. Unbedingt zu zählen war aber nur auf die Herren von Baden. Und was konnten sie helfen, wenn der Kampf an der Enns, Donau und March begann, wenn der Böhmenkönig den Kaiser anfiel? So unklug es aber von dem Könige war, die Einungen mit Brandenburg und Sachsen, den Gewinn erfolgreicher Friedenspolitik, aufs Spiel zu setzen durch den engsten Anschluß an den Landshuter Herzog, so gefährlich für ihn, wenn er nach dem Egerer Tage die katholische Restauration in Böhmen in Angriff nahm, so abenteuerlich, wenn er vermeinte, dadurch und durch den Hinweis auf seine Macht und seine Bundesgenossen den Papst zu gewinnen für die Entthronung des Kaisers: er schritt tollkühn voran auf der betretenen Bahn.[3] Schon ward die Aktion in Österreich eingeleitet, und des Kaisers Bruder, Erzherzog Albrecht, war des Königs vornehmstes Werkzeug.

Seitdem einst, im Dezember 1282,[4] König Rudolf zu Augsburg seine beiden Söhne „zur gesamten Hand" mit den einst babenbergischen Landen belehnt, dann aber am 1. Juni 1283 von Rheinfelden aus dem

[1] Vergl. die Instruktion der sächsischen Gesandten für den nachfolgenden Mainzer Tag, königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden, Kurfürsten- und Fürstentage, Nr. 1, fol. 1.

[2] Das kaiserliche Buch des Markgrafen Albrecht Achilles, herausgeg. von Dr. C. Höfler, Bayreuth 1850, 93.

[3] Böhmen und seine Nachbarländer 292 ff.

[4] Daß die Belehnung nicht am 27. Dezember, sondern früher, zwischen dem 17. und 23. d. M. stattfand, hat soeben H. v. Zeißberg nachgewiesen in der Abhandlung: Rudolf von Habsburg und der österreichische Staatsgedanke, Festschrift zur sechshundertjährigen Gedenkfeier des Hauses Habsburg mit Österreich, Wien 1882, I. (s. p.).

älteren, Albrecht, allein die Verwaltung der Herzogtümer übertragen hatte, trat im habsburgischen Hause immer wieder die Frage in den Vordergrund, ob lediglich der erstgeborene des Hauses im Namen der Herzoge das Regiment in den ungeteilten Erblanden führen (Majorat) oder ob eine Aufteilung in mehrere Verwaltungsgebiete stattfinden sollte („Auszeigung" der Erben).[1] So schwer die Hausordnung Herzog Albrecht II. und das Abkommen Rudolf IV. mit seinen Brüdern für das erstere Prinzip in die Wagschale fielen: Seit den Teilungen Albrecht III. und Leopold III. (1370—1379) war die Zerschlagung der Hauslande in zwei gesonderte Herrschaftsgebiete Thatsache, und eine „Auszeigung" erfolgt, für deren Aufrechterhaltung das Auseinandergehen des Hauses in zwei Linien maßgebend blieb. Die einzelnen Herzoge freilich traten für gemeinsame Herrschaft oder Teilung ein, je nachdem sie sich davon Vorteil versprachen.

Auch jetzt war dies der Fall. Der Kaiser suchte als der älteste der Söhne Ernsts von Innerösterreich, seit 24. Juni 1439 Senior der beiden Zweige der Leopoldiner, mit dem Tode König Albrecht II. (27. October 1439) aus der albrechtinischen Linie „Ältester und Regierer des Namens und Stammes des Fürstentumes und des ganzen Hauses Österreich," mit der ihm eigenen zähen Konsequenz bei jedem Anlasse als Inhaber des Majorates aufzutreten.[2] Der jüngere Herzog, Albrecht VI., hielt unverrückt an dem Grundsatze fest, den er 1439 zum erstenmale bekannt hatte, auch er sei „ein rechter Herr von Österreich", und habe alle Lande mit seinem Bruder ungeteilt und gemeinsam. So befanden sich die Brüder, bei denen der frühe Tod der Eltern die traditionelle Zuneigung und Hingebung der Familienmitglieder im österreichischen Hause nicht erstarken ließ, vom Anfange an gerade in der für den Territorialherrn des 15. Jahrhundertes bedeutsamsten Frage im entschiedenen Widerspruche. Der Gegensatz wurde stärker, je öfter gerade in jenen Jahren Vormundschafts- und Erbfälle zu Auseinandersetzungen nötigten. Er führte endlich, da beide Herzoge, ihrer Charakteranlage folgend, im eifrigen Verlangen nach Vermehrung ihres Herrschaftsgebietes sich über verwandtschaftliche Rücksichten hinwegsetzten, bald genug dazu, daß sie in Zorn und Hader des gemeinsamen Interesses vergaßen, einander mehr und mehr entfrembet wurden. Wer möchte aber bezweifeln, daß ein solches

[1] Vergl. dazu die eingehende Untersuchung H.'s von Zeißberg, Der österreichische Erbfolgestreit 1457—1458, 1—67.

[2] Zu den von Zeißberg angeführten Belegen s. man J. J. Müller, Reichstagstheatrum unter Friedrich V., Jena 1713, II. 60.

Verhältnis zu dem einzigen Bruder auf den heranreifenden Albrecht VI. auch sonst schlimmen Einfluß üben mußte? Und wenn man sich, die prinzipielle Frage ganz beiseite gelassen, einfach auf den Boden der Thatsachen stellt, hatte er nicht recht, von Friedrich, seit 1440 auch römischer König, eine „Auszeigung" zu fordern, da auch die beiden anderen mitlebenden Habsburger, Sigmund von Tirol und der Albrechtiner Ladislaw, obwohl jünger als Albrecht, in wichtigen Teilen der Hauslande gleich selbständigen Herrschern regierten?

Albrecht hatte im Vertrage vom 13. Mai 1436, der ganz im Sinne der rudolfinischen Ordnung von 1364 gehalten ist, seinem Bruder vorerst die Verwaltung der gesamten väterlichen Lande überlassen müssen,[1] und erst in der Haller Übereinkunft vom 5. August 1439, als Friedrich die Vormundschaft über den jungen Sigmund von Tirol übernahm, die Regierung der zu dem tirolischen Verwaltungsgebiete gehörigen schwäbischen Besitzungen Habsburgs auf drei Jahre, und dazu einige Einkünfte aus Innerösterreich erlangt.[2] Nachdem dann 1440 Friedrich III. auch Vormund von König Albrecht II. nachgeborenem Söhnlein Ladislaw geworden war, drängte zwar Albrecht VI. den Bruder zu einer Vermehrung seiner Einkünfte bis auf zwei Fünftel aller Renten (Heimburg, 23. August 1440),[3] was deren Teilung in zwei Hälften, aber wiederum zunächst nur auf zwei Jahre, vorbereitete (Wiener-Neustadt, 30. März 1443).[4] Auch mehrfache weitere Abmachungen, im ganzen zu Albrechts Gunsten, folgten nach. Aber dessen Anspruch auf einen Anteil an der Regierung der väterlichen Lande blieb unbefriedigt. Der Herzog vermochte sich in der Verwaltung Tirols, das ihm 1444 König Friedrich vorübergehend zugewiesen hatte,[5] nicht zu behaupten, die Landvogtei von Schwaben, die ihm von den Truchsessen zu Waldburg abzulösen gestattet ward,[6] aus mehrfachen Gründen nicht an sich zu bringen, und wenn ihm auch der Tiroler Herzog die Regierung der Vorlande auf Lebenszeit übertrug:[7] lag nicht eben darin ausgesprochen, daß nicht Albrecht, sondern Sigmund der eigentliche

[1] Zeißberg, 38—39. Der Vertrag bei J. Chmel, Materialien zur österreichischen Geschichte, 2 Bände, Linz 1832, Wien 1838, I. 39, Nr. XXII.

[2] Zeißberg, 41. Vergl. Chmel, Materialien I. 56, Nr. XXXVII.

[3] Der Vertrag bei Chmel, Materialien I. 82. Nr. IX. Vgl. Zeißberg, 46.

[4] F. Kurz, Österreich unter König Friedrich IV., 2 Teile, Wien, 1812, I. 254—258, Beil. VI. Zeißberg, 47.

[5] Zeißberg, 49 ff.

[6] Die Materialien über diesen lange dauernden Handel im Münchener Allgem. Reichsarchiv, „Österreich-Churbaiern", IV. fol. 5, 31.

[7] Chmel, Materialien II. 152—153, Nr. XXII. Zeißberg, 62.

Herr dieser Besitzungen sei? Nicht mit Unrecht durfte darum jener noch 1458 behaupten, „er sei noch nicht mit Land versehen".[1]

Und persönlich stand der Erzherzog mit seinem Bruder, seitdem er 1455 den unbedachten Anlauf genommen, römischer König zu werden,[2] noch weniger gut als zuvor. Doch merkte man wohl, daß er sich zu bescheiden suchte. Er wandte seine ganze Thätigkeit den anvertrauten Vorlanden zu. Mit seiner Gemahlin, der edlen Mechtild, ging er 1457 an die Gründung der Freiburger Universität. Sie sollte, wie Wien im Osten, so für die habsburgischen Westlande die geistige Leuchte sein, und im Wettstreite mit jener emporblühen. Da schuf das plötzliche Hinscheiden des Königs Ladislaw (23. November 1457) neue Verhältnisse.

Von dem althabsburgischen Erbe der Albrechtiner, den beiden Österreich, erlangte nun Albrecht nicht bloß wie Sigmund von Tirol das Drittel der Einkünfte, sondern auch Oberösterreich als eigene Herrschaft.[3] Trotzdem hielt er sich für benachteiligt. Während der Kaiser Gesamt-Innerösterreich besaß und dazu jetzt Niederösterreich mit Wien erwarb, mußte er die Vorlande dem Tiroler Vetter zurückerstatten (10. Mai 1458). Und welch geringe Rücksicht auf die beiderseitigen Rechte hatten auch da die Fürsten wieder gezeigt,[4] unter welchen Umständen war der Streit um Österreich zu Ende gegangen! Von Georg Podiebrad aus dem Felde geschlagen, unter dem Drucke einer übermächtigen böhmischen Invasion, die zunächst Albrecht und Sigmund, dann den Wienern galt, so sehr der Krieg thatsächlich im Namen des Kaisers geführt wurde, hatte der Erzherzog in allen Punkten nachgeben müssen. Meinte man doch deshalb in der Ferne, der Böhmenkönig sei nach Österreich gezogen, dem Kaiser zu helfen.[5]

Übrigens gab sich Albrecht äußerlich zufrieden, und der Kaiser zeigte sich entgegenkommend, indem er den Bruder zu seinem Rate mit einem

[1] Copey-Buch der Gemainen Stat Wienn 1454—1464, herausgeg. von Zeibig, Fontes rer. Austriac. II. Abt. VII. (Wien 1853) 91.

[2] Forschungen zur deutschen Geschichte XVII. 31.

[3] Vertrag vom 27. Juni 1458 bei Chmel, Materialien II. 154, Nr. CXXV. Vergl. Zeißberg, l. c. 142, Anm. 1.

[4] Michl Beheim vergleicht sie (Zehn Gedichte M. Beheims zur Gesch. Österreichs und Ungarns, herausgeg. von Th. G. v. Karajan, Quellen und Forschungen zur vaterländischen Litteratur und Kunst, Wien 1849, 33) mit zwei bissigen Löwen,

Die zankten sich nür vmb ain pain,
yglicher wolt es han alain,
wider ain warn sy stieben
vnd hart paissen auff ainander.

[5] So Dlugoš und Johannes von Guben; vergl. „Ein Jahr böhmischer Geschichte", Archiv für österr. Gesch. LIV., Wien 1876, 124—125 (des Separatabdr.).

Gehalte von 4000 Pfund Pfennigen aus den Einkünften des kaiserlichen Kammergerichtes ernannte und auch sonst bezüglich ihrer gegenseitigen Forderungen sich mit ihm gütlich zu vertragen suchte.[1] Die Frage war nur, ob nach so langem Zwiste, bei dem gleich selbstsüchtigen Wesen beider Fürsten, ein brüderliches Zusammenstehen noch möglich war, um so mehr, als der Kaiser die gesamte cilly'sche Erbschaft eben wieder für sich allein behielt.

Als Erbherr von Oberösterreich begann der Erzherzog eine bedeutendere Rolle als zuvor unter den regierenden Fürsten des Reiches zu spielen. Es galt, für eine der beiden großen Fürstengruppen Partei zu nehmen, die sich zufolge des Streites um das Nürnberger Landgericht und dessen neue Privilegien gebildet hatten, deren Häupter Markgraf Albrecht von Brandenburg und Herzog Ludwig von Niederbaiern-Landshut waren, von denen die brandenburgische im engen Anschlusse an den Kaiser ihre Zwecke verfolgte. Albrecht trat auf die wittelsbachische Seite. Schon längst befreundet mit dem Pfälzer Kurfürsten, Friedrich I., schloß er am 29. Mai 1459 mit dem Landshuter Herzoge auf dessen Residenz Burghausen ein Bündnis auf ihr „beider Lebtage". Sie wollten sich, hieß es da, in jeglicher Weise fördern, ihre Lande und Leute „bei gleichem Rechte und altem Herkommen" zu behalten; im Kriegsfalle hilft jeder dem andern mit 500 Reisigen binnen Monatsfrist, falls aber eines Land überzogen wird, mit 1000 Reisigen und 2000 Fußknechten; zum Angriffe auf fremdes Gebiet beträgt das Kontingent je tausend Reiter und Fußgänger. Ausgenommen ward von den Fürsten der Gegenpartei keiner. Auch der Kaiser nur „an dem heiligen Reiche".[2] Man weiß, wie gut sich im 15. Jahrhunderte die Gegner des Reichsoberhauptes darauf verstanden, darzuthun, wie es ganz wohl angehe, mit dem Kaiser zu kriegen und mit dem Reiche im Frieden zu bleiben.

Im Juli 1459 war der Erzherzog auf dem Nürnberger Tage geschäftig, mittelst der „blinden Sprüche" die streitenden Fürsten versöhnen zu helfen.[3] Viel Dank von seiten des Pfalzgrafen, in dessen Streitsachen er sich mit Johann von Eichstädt mächtigte, hat er damit nicht verdient; er meinte wohl hinterher selbst, die Sache sei „zu schwer" für

[1] J. Chmel, Regesten Kaiser Friedrich III., 2 Teile, Wien 1840, II. 361, Nr. 3625; ferner II. 362, Nr. 3630, 3635.

[2] Chmel, Materialien II. 171, Nr. CXXXVIII.

[3] Böhmen und seine Nachbarländer, 119ff. A. Kluckhohn, Ludwig der Reiche, Herzog von Bayern, 105ff.

Friedrich.[1] Doch blieben beide Fürsten in leidlicher Freundschaft. Bedeutungsvoller war, daß der Böhmenkönig, mit dem der Erzherzog bereits wegen Aufrechthaltung der Ruhe an der böhmisch-oberösterreichischen Grenze in Beziehungen getreten war,[2] unter der Vermittlung der Landshuter Herzoge auch Albrecht die Hand bot zu enger Verbindung für weitergehende Entwürfe.

Schon gelegentlich der geheimen Verhandlungen mit König Georg im Mai 1460, die Baiern Waffenhilfe für den Krieg mit Brandenburg, dem Könige die Unterstützung der Wittelsbacher für sein römisches Königsproject sicherten, konnte Herzog Ludwig auf ähnliche Bereitwilligkeit auch bei dem Erzherzoge hinweisen. Albrecht allein ward in einem besonderen Beibriefe bedingungslos ausgenommen.[3] Noch aber zögerte er, dem verdächtigen Nachbar sich weiter zu nähern, die abschüssige Bahn der Konspiration gegen den kaiserlichen Bruder zu betreten. Da veranlaßten ihn die Zustände in Niederösterreich, sich zu Eger (Februar 1461) dem Böhmenkönige doch in die Arme zu werfen.

Schwere Jahre waren unter der Regierung des jugendlichen Ladislaw über Österreich dahingegangen. Unermeßlich aber hatten sich in der kurzen Herrscherzeit des Kaisers die Leiden der Landschaft, infolge der großen böhmischen Invasion im Sommer 1458 und der unablässigen Grenzfehden,[4] durch den steten Krieg in Ungarn, die Söldnerwirtschaft, die Verschlechterung der Münze, die Lässigkeit des Kaisers in Verwaltung und Gericht, vermehrt und gesteigert.[5] Und doch wurden neue Mauten und Zölle auferlegt,[6] ward die von der Landschaft bewilligte Steuer eifrig gefordert![7]

---

[1] Auf dem Tage zu Passau, 26. Februar 1460. Vgl. K. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen. Quellen und Erörterungen zur baierischen und deutschen Geschichte II., München 1862, 321 ff.

[2] Kurz, Österreich unter Friedrich IV., II. 211—214, Beil. XXIII.

[3] G. Freih. v. Stockheim, Herzog Albrecht IV. von Baiern und seine Zeit, 2 Bände, Leipzig 1865, II. (Urkunden und Beilagen) 171—176, Nr. XXXV.

[4] Besonders gegen Böhmen und Mähren. Über die Art dieser Kämpfe vergl. man Th. Ebendorfer, l. c. 895, auf den sich auch G. Th. v. Karajan, Über den Leumund der Österreicher, Böhmen und Ungarn in den heimischen Quellen des Mittelalters, Sitzungsbericht der phil. histor. Kl. der kaiserl. Akademie zu Wien XLII. (1863), 479—480 bezieht.

[5] Böhmen und seine Nachbarländer, 169 ff.

[6] Ebendorfer, l. c. 898.

[7] Die „Verwilligung" der Steuer auf sechs Jahre bringt Chmel, Materialien II. 270—271, freilich ohne die Bedeutung des Stückes zu kennen und daher an ungehörigem Orte (zu 1462). Auch die nachfolgenden Nummern gehören in das Jahr 1460.

Um Abhilfe zu schaffen, hielten die Stände Tage auf Tage.[1] Im Sommer 1460 wurden unter Vermittlung böhmischer Räte und des Kardinallegaten Bessarion langwierige Verhandlungen mit dem Kaiser in Wien gepflogen. Der Kaiser versprach auch in allen berechtigten Wünschen nachzugeben.[2] Es ward die Münzkalamität, nachdem sie dem Lande unersetzlichen Schaden gebracht, zum Teil behoben,[3] wurde noch nach Schluß des Wiener Tages die Last der neuen Zölle beseitigt,[4] ein allgemeiner Landtag nach Tulln ausgeschrieben.[5] Aber die Erhöhung der früher bestandenen indirekten Abgaben, die Steuer auf Eisen, Salz und Wein, blieb, da sie der Kaiser aufgelegt „nach seinen Notdurften“ und die Stände sie „mit Rat am besten angesehen“ hätten.[6] Auch von Gamaret Fronauer, der mit dem Kaiser um das Schloß Ort im Streite lag, von den Eizingern und ihren Genossen, welche alte Forderungen beglichen haben wollten oder überhaupt eine Änderung der politischen Zustände des Landes wünschten, war kein Vertrag zu erlangen. Noch im Herbste 1460 begannen sie aufs neue den Kampf gegen den Landesherrn.

Fronauer eroberte Trübensee, das dem Bischofe von Passau gehörte, bedrohte die Festen Marchegg, Rußbach u. s. w., legte neue Mauten auf,[7] zwang alles, ihm zu huldigen, während die kaiserlichen und das ständische Aufgebot sich umsonst bemühten, Ort, die Ursache der ganzen Fehde, einzunehmen.[8] Und auch als die Belagerer, von einer starken Schar Žebraken unterstützt, Ort gewannen,[9] half dies wenig. Fronauer machte nun das

[1] Böhmen und seine Nachbarländer, 175 ff. [2] Ebendort 191 ff.

[3] Man vgl. das Münzdekret vom 2. August 1460 bei Chmel, Regesten II. 181, Nr. 3821; dazu Copey-Buch der Gemainen Stat Wienn 203 ff.; 219—220. Anonymi chronicon Austriacum ab anno 1454—1467, apud Senckenberg, Selecta juris et historiarum tom. 6, Francof. 1732—1742, V. 118. Ebendorfer, l. c. 902. Copey-Buch 219: wen all krieg, Raub vnd praunt das land nicht so hoch erermet, das allain die münss.

[4] Ebendorfer, 920.

[5] Ebendort: Imperator diaetam ad tunc instans festum sancti Andreae apostoli instituit Tulnae celebrandam.

[6] Copey-Buch 215.

[7] Anonymi chron. apud Senckenberg, l. c. 117. Das Schlimmste dabei war, daß sich der Kaiser mit Fronauer's Bruder Gerhard früher wegen Orts in einen nicht ganz unverdächtigen Handel eingelassen hatte. Vgl. Böhmen u. seine Nachbarländer, 174—175.

[8] Anonym. chron. Austriac. 103, 106. Copey-Buch 234. Chmel, Mat. II. 226. Regesten II. 382, Nr. 3824.

[9] J. Hinderbachii Continuatio historiae Austriacae Aeneae Silvii apud A. F. Kollar, Analecta monumentorum omnis aevi Vindobonensia, tom. 2, Vindob. 1762, II. 561. Ort ward dem Jan von Teinitz zu getreuen Handen übergeben. Vgl. Chmel, Reg. II. 382, Nr. 3823; 385, Nr. 3850. Anonym. chron. 109.

Kirchenkastell Schweinbarth zum Mittelpunkte seiner Unternehmungen.[1] Die „frommen" Söldknechte des Kaisers wetteiferten daneben mit den Gegnern in gründlicher Aussaugung der Landschaft,[2] um schließlich, weil der Sold ausblieb, gar mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.[3]

Dazu war infolge der Dürre des Sommers die Weinernte mißraten,[4] während die herrlichen Fluren zu beiden Seiten der Donau, die sonst das Gebirge mit Getreide versorgten, des Krieges und Mangels an Arbeitern wegen ohnehin zum Teile unbebaut lagen.[5] Der fremde Kaufmann blieb aus, weil er die unsicheren Straßen und die schlechte Münze scheute.[6] Es fehlte die Zufuhr von Lebensmitteln, an barem Verdienste. So stieg die Not den Winter über ganz entsetzlich. Die Leute aßen Baumrinde und wilde Früchte, selbst zermahlene Holzfaser. Brod ward ein Leckerbissen, den sich der Arme kaum den vierten oder fünften Tag gönnen konnte. Wie sollte er auch anders, da ein mäßiger Esser leicht für acht Denare zu einmaliger Sättigung bedurfte?[7] Der Hunger löste schließlich selbst die geheiligten Bande der Natur, so daß Eltern ihre Kinder verkauften, um sie vom Tode zu erretten, andere, wenn alle Mittel erschöpft waren, sie allein in die Häuser sperrten oder ins Freie trieben, um nicht sehen zu müssen, wie sie dahinstarben.[8] Daß dabei Krankheiten einrissen und reichlich Opfer suchten, liegt auf der Hand. Auch Ulrich Eizinger, der Vater so vieler Umtriebe und einer der Haupturheber der letzten Wirren,

---

[1] Ebendorf, l. c. 900.

[2] Hinderbach, l. c. 561—562. Ebendorfer, 900, 902.

[3] Hinderbach, 562—563. Vergl. Chmel, Mat. II. 236, Nr. CLXXXIX.: „Ich Herman Rewtter vnd ich Jörg Marschalh, Haubtlevt der rot, die ynez in sambnung wider vnsern allergnedigistn hern kaiser als von vnsers verdienten solds wegen stand, seiner gnadn land vnd lewtn darumb abgesagt habn, bekennen für vns, vnser hellser vnd helffershelffer ꝛc. „Swarczenau am montag vor vnser lieben frawntag der kündung" (23. März 1461).

[4] Ebendorfer, 902—903. Copey-Buch 235.

[5] Copey-Buch 199—200.

[6] Copey-Buch 202. Vgl. ebendort 204, 212, 215. Wie man unter diesen Dingen auch in Baiern litt, zeigt v. Stockheim, Urk. u. Beil. 296, Nr. LIII.

[7] Ebendorfer, 901. Über Gehalt und Wert der Münzen vergl. den Aufsatz von Dr. Schalk in der „Numismatischen Zeitschrift", XII. Wien 1880. Der Münzfuß der Wiener Pfennige in den Jahren 1424 bis 1480, 186—282; 324—378; XIII. (Wien 1881) 53—87; dazu XIV. (Wien 1882) „Zur Geschichte des österreichischen Münzwesens im 15. Jahrh." 306—317. Herzogl. Anwalt war damals Hans v. Rorbach (ebendort 317 u. Birk, Urk.-Auszüge im Archiv f. Kunde österr. Gesch. X. 239, Nr. 434).

[8] Ebendorfer 902. Die Angaben des Chronisten bestätigen übrigens auch die Wiener, Copey-Buch 203—204.

ward jäh hinweggerafft.[1] Davon unberührt wandelten aber seine Brüder und die gleichgesinnten Barone des Landes die alten Wege.

Die Hauptschuld an der verzweifelten Lage der Landschaft ward dem Kaiser zugemessen. Der Tullner Landtag war nur von einer geringen Anzahl der Stände besucht. Viele, heißt es, waren zu spät, andere gar nicht eingeladen.[2] Der Hauptgrund liegt tiefer. Zu all den vorhandenen Übeln gesellt sich ein neues, schlimmeres. Die verbündeten Herren wollten nicht länger nutzlos bei dem Kaiser die Besserung der Dinge betreiben. Von dem offenen und geheimen Widerstande gegen den Landesherrn gingen die Stände einen Schritt weiter: Sie sannen direkt auf die Beseitigung der kaiserlichen Herrschaft. Aber auch die wenigen Herren, welche des Kaisers Räte, der Kanzler Ulrich, Bischof von Gurk, Rüdiger von Stahremberg und Georg von Volkensdorff in Tulln trafen, weigerten sich, auch nur auf die Beratung der Vorschläge des Landesherrn, wie man Rat und Hilfe gegen Fronauer schaffe und jene Landsassen des Erzherzogtumes, die sich unter dem Vorwande der Friedensstiftung unter den Schutz des Königs von Böhmen begeben hätten, zum Gehorsame zurückbringe, einzugehen, obwohl der Kaiser verhieß, er wolle sich letzteren so gnädig erweisen, als sei nichts vorgefallen. Nach kurzer Beratung gaben die Anwesenden den kaiserlichen Bevollmächtigten die Erklärung ab, sie könnten sich wegen ihrer geringen Anzahl nicht auf Beschlüsse über so wichtige Dinge einlassen; ihr Rat sei aber, der Kaiser möge bald nach Neujahr einen allgemeinen Landtag nach Wien ausschreiben und namentlich auch jene berufen, die des Böhmenkönigs Diener geworden seien; ebenso möchte er den vom Könige nach Olmütz angesagten Tag nicht unbesucht lassen.[3]

Noch ward versucht, den Streit mit Fronauer zu Ende zu bringen. Derselbe erbot sich, die Sache wegen Ort dem Ausspruche von Schiedsrichtern, über dessen Giltigkeit oder Ungiltigkeit im Falle der Uneinigkeit der Böhmenkönig zu entscheiden habe, oder der Entscheidung des österreichischen Landtages zu überlassen; bis dahin sollten Ort, Schweinbarth und Trübensee in den Händen der Landschaft sein.[4] Fronauer und seine Freunde verwarfen damit auch jetzt den Spruch, den das kaiserliche Hof-

[1] Ebendorfer 920, 921: nonnulla, quae vidi et ab ejus .... didici, silentio supprimo, ne videar contumeliam irrogare defuncto.

[2] Ebendort 922: attento, quod nonnullis pro hac dieta scriptum fore dubitabatur, aliis vero primo ipsa die indictae dietae litterae vocationis sunt allatae.

[3] Über den Tag spricht nur Ebendorfer, l. c. 921—922.

[4] Ebendort 922.

gericht unter dem Vorsitze des römischen Kanzlers betreffs Ort gefällt; eine solche Entscheidung sei Sache des ordnungsmäßigen Landesgerichtes unter dem Vorsitze des Landesmarschalls. Daran scheiterten die Verhandlungen.[1]

Auch von der Universität dringend ermahnt,[2] säumte der Kaiser in der That nicht, den Olmützer Tag, auf dem sich die Könige von Böhmen und Ungarn persönlich treffen sollten, zu beschicken. Unter dem Vorsitze des Böhmenkönigs verhandelten hier seine Räte Graf Sigmund von Pösing, Herr Georg von Volkensdorff und Hans Rorbacher mit den anwesenden frondierenden Herren und den Boten Fronauers. Das Ergebnis kennzeichnet sich durch die Person des Vermittlers. Oder war jetzt, unmittelbar vor dem Egerer Tage dem Könige nicht alles daran gelegen, daß des Kaisers Verlegenheiten nicht geringer wurden?[3] Er mochte seine Freude daran haben, wie Friedrich III. selbst solche Wünsche förderte!

Statt mit aller Macht im eigenen Lande den Herd der gefährlichsten Verwicklungen zu ersticken, wenigstens den wilden Freibeuter niederzuwerfen, begnügte sich der Kaiser zu thun, was er Fronauer gegenüber und in Olmütz gethan hatte: es folgte die entschiedene theoretische Betonung seiner landesherrlichen Rechte. In Wiener Neustadt, wohin er am Tage vor Neujahr gekommen, lebte er dann, allein mit der Prägung der Münze beschäftigt,[4] in stiller Zurückgezogenheit, als ob Österreich sich völligen Friedens erfreue. Und als er im Februar sich hinter die steirischen Alpen nach Graz zurückzog, den Geschäften des Kammergerichtes sich zu widmen, ohne freilich die Vorgänge selbst im Norden des Reiches aus dem Auge zu verlieren,[5] gewann der Fronauer im Lande unter der Enns erst recht Raum für seine kecken Unternehmungen. Vermittelst Befestigungen, die

[1] Anonymi chronic. Austriac. 101—102.

[2] Das Gutachten der Universität (das aber nicht in das Jahr 1461, sondern in den November 1460 gehört) bei Chmel, Materialien II. 257 Nr. CXCIX.

[3] Anonymi chronic. Austriac. 122. Pešina, Mars Morawicus 720. Vgl. Böhmen und seine Nachbarländer 254 ff.

[4] Ebendorfer, 923. Chmel, Reg. II. 384, Nr. 3847. Übrigens hat der Kaiser wenigstens den berüchtigten Ladwenko (Mladwaněk) zur Ruhe gebracht. Vgl. Chmel, Regesten II. 385, Nr. 3850.

[5] Ebendorfer, l. c. 926. Vgl. Chmel, Regesten II. 385, Nr. 3851, 3852, 3855, und F. Krones, Vorarbeiten zur Geschichte und Quellenkunde des mittelalterlichen Landtagswesens der Steiermark, Beitr. zur Kunde steiermärkischer Geschichtsquellen II. (Graz 1865) 83. Im Streite zwischen den Herzögen von Braunschweig und der Stadt Lüneburg beauftragt am 16. Dezember 1460 der Kaiser den König Christian von Dänemark, von Reichs wegen einzuschreiten. Birk, Urkunden-Auszüge 58, Nr. 435 und Anhang XII. Vergl. Chronik des Franziskaner-Lesemeisters Detmar, herausgeg. von F. H. Grautoff, 2 Teile, Hamburg 1830, II. 229 ff., 246.

er an beiden Ufern der Donau anlegte, brachte er den Stromlauf in seine Gewalt,[1] und zwang jedes Kaufmannsschiff zu einer Abgabe. Er suchte die Güter des Passauer Bischofes und der anderen Herren, die im Streite um Ort den Spruch gegen ihn gethan, mit furchtbarer Verheerung heim. Er belegte die geistlichen Stifter mit schwerer Schatzung, er hob Mauten und Zölle ein wie der Landesherr, schuf an allen Punkten, die ihm günstig schienen, starke Haltepunkte.[2] Daß die Wiener wiederholt ihr Stadtvolk gegen ihn aussandten,[3] fruchtete wenig, da die Landesherren, sei es auch Furcht, sei es weil sie selbst sein Beginnen nicht ungern sahen, keine Hilfe leisteten.[4] Auch vom Winterfroste erwartete Fronauer eben nur, daß er ihm allenthalben bequeme Brücken über den Donaustrom baue.[5] Als das Frühjahr herankam, hatte der kecke Räuber eine Reihe fester Plätze im Norden des Flusses in seiner Gewalt und gebot er auf dem Südufer von Sankt Pölten bis an die Enns im Westen und ostwärts bis vor die Thore von Wien.[6]

Solche Verhältnisse mußten schließlich auch getreue Diener des Kaisers erbittern, und selbst in Wien, wo doch ein unbedingt ergebener Rat die Bürgerschaft im Zaume hielt, veränderte sich die Stimmung mehr und mehr. Zwar erklärte man nach wie vor, man wolle „an seiner kaiserlichen Majestät nichts anders thun, als getreue Unterthanen ihrem allergnädigsten Erbherrn und Landesfürsten schuldig und pflichtig sind".[7] Aber als auf wiederholte bewegliche Bitten und Klagen[8] nichts erfolgte als kaiserliche Briefe und Vertröstungen, als dafür die Gerüchte sich mehrten von einem bevorstehenden neuen Kriege mit Ungarn und Böhmen,[9] da wurden die Wiener doch unwillig, und ganz entschieden gaben sie der Ansicht Ausdruck, daß, falls der Kaiser die Notlage „nicht wenden wolle, was sie doch nicht hofften, sie solches Hungers und Verderbens nicht länger zu dulden vermöchten".[10] Und doch sollte eben das neue Jahr die Treue der Bürgerschaft in das glänzendste Licht stellen.

[1] Anonym. chron. Austriac. 123. [2] Ebendort 123—124. Ebendorfer, 923.
[3] Copey-Buch 234. Ebendorfer, 927.
[4] Vgl. Ebendorfer's Angaben über die Haltung der Barone im Viertel ob des Manhartsberges l. c. 927.
[5] Ebendorfer, 923.
[6] Die Darstellung bei Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 4ff. wirft die Zustände und Ereignisse von 1459—1461 zusammen.
[7] Copey-Buch 237.
[8] Vgl. die Anbringen der Stadt im Copey-Buch 203ff., 222ff., 229ff., 234ff.
[9] Copey-Buch 223—224, 228, 234. [10] Copey-Buch 203.

Zweites Kapitel.

Des Erzherzogs Einmischung in die niederösterreichischen Händel. Seine Bündner gegen den Kaiser.

Mit gesteigertem Interesse sah Erzherzog Albrecht die wachsende Bedrängnis seines Bruders in Niederösterreich. Das Treiben Fronauers, die Haltung der Lichtenstein, Eizinger u. s. w., die eines fremden Fürsten „Diener" geworden,[1] mißfiel ihm entschieden. Als deshalb die in Göllersdorf tagenden Stände (Ende Januar 1460) an ihn, wie an Herzog Sigmund von Tirol, wie schon früher, die Bitte richteten, für sie in ihrer Bedrängnis bei dem Kaiser Fürsprecher zu sein, wies er sie ab; auch später wieder, als sie ihr Ansuchen wiederholten.[2] Freilich hatte der Kaiser nicht unterlassen, den Erzherzog vertraulich aufmerksam zu machen, daß es sich den Unzufriedenen doch nur in erster Reihe darum handle, die landesherrlichen Rechte in Österreich zu verringern.[3] Albrecht bedachte das wohl. Und wie sollte er auch gegen den Kaiser Anklagen vertreten, die seine eigenen Unterthanen mit ähnlichem Rechte gegen ihn erheben konnten? Prägte er nicht selbst in Oberösterreich eine so schlechte Silbermünze, daß rasch genug das helle Kupfer hervorschaute?[4] Und fehlte es etwa sonst an Klagen über die Abgabenlast und sonstigen Druck?[5] Auch bezüglich seines Verhaltens beim Fortgange des Streites zwischen dem Kaiser und den Herren behaupteten wenigstens hinterher der Erzherzog und seine Freunde, daß es durchaus uneigennützig, und allein auf die Herstellung des Friedens gerichtet gewesen sei. Schon sei er (Juni 1460), um zu vermitteln, auf dem Wege nach Wien gewesen und in Sankt Pölten eingetroffen, als er erfahren habe, daß böhmische Räte und der Legat

[1] Copey-Buch 221.

[2] Ebendorfer, 902. Vergl. Chmel, Materialien II. 193—195, Nr. CLX. mit ähnlicher Meldung von einem neuen Tage zu Gundramsdorf vom 5. März.

[3] Chmel, Mater. II. 257, Nr. CXCVII., aber mit unrichtigem Datum und an ungehörigem Orte. Das für den Zusammenhang der Dinge wichtige Schreiben gehört in den Januar 1460 und stammt von einem Geistlichen, denn, weil „non concordat psalterium cum cithara", bittet er von ihm bei Beschickung des Tages von Göllersdorf abzusehen. Göllersdorf liegt an der Schmida, nördl. v. Stockerau.

[4] Ebendorfer, 902.

[5] V. Preuenhuber, Annales Styrenses, Nürnberg 1740, 112. F. X. Pritz, Geschichte Österreichs ob der Enns, 2 Bände, Linz 1847, II. 140. Die oft citierte Stelle über die Verzweiflung der Oberösterreicher ob der Finanzwirtschaft des Herzogs entstammt aber dem Anonymus 255—256.

die Ausgleichung übernommen hätten.[1] In der That war er dann (August 1460), einem Rufe des Kaiser folgend, nach Wiener Neustadt gekommen, und hatte sich dort anheischig gemacht, mit befreundeten Fürsten in Österreich und im Reiche Ordnung zu schaffen. Seine Art sich zu geben, freimütig zu loben und zu tadeln, erregte bei dem mißtrauischen Friedrich Argwohn statt Freundschaft. Unlustig, ohne etwas gethan zu haben, ritt Albrecht vom Hofe weg.[2] Er sah auch zu, wenn sein Diener und Pfleger, Nachbuchodonosor Nanckenreutter, in die niederösterreichischen Händel sich mischte.[3] Offen war Albrecht aber von 1458 bis zum Egerer Tage 1461 dem Kaiser nicht wieder entgegengetreten, wenn man von einer kurzen Fehde 1459 absehen will.[4] Noch war er dessen Rat und Diener. Da riß der Böhmenkönig den Ehrgeizigen mit sich fort.

Um Georg Podiebrad zu fördern bei der Bewerbung um die Wahl zum römischen Könige, war Albrecht nach Eger gekommen. Als dies mißlungen war, scheute er sich nicht, alsbald in die Reihe jener Fürsten einzutreten, mit denen der Böhme eventuell den Kaiser gewaltsam zu entfernen gedachte. Der Bundesbrief besagte: Da das Verderben Niederösterreichs und der Unfriede und Unwille in diesem Lande infolge der Mißregierung des Kaisers so groß geworden seien, daß dadurch leicht die Landschaft dem Hause Habsburg verloren gehen könnte, so verpflichtet sich der Böhmenkönig, dem Erzherzoge als natürlichem Erbherrn des Landes zu dessen Regierung zu verhelfen, „doch also, daß seine Liebe (der Erzherzog) mit seiner Macht und auch mit Hilfe und Beistand anderer Fürsten und Herren, die er zu diesen Sachen erlangen und ziehen vermag“, dabei mitwirke. Der Böhmenkönig wird unverweilt jenen, die er in Österreich in seinen Schutz und Schirm genommen, Kunde thun und sie an den Erzherzog weisen. Beide Fürsten wollen nach vorheriger Übereinkunft zu gleicher Zeit im Felde sein; keiner sich ohne den andern mit dem Kaiser vergleichen.[5] Dazu ward auch das Schutzbündnis vom 28. Dezember 1459 erneuert und bestimmt, daß die Verbindung auf

[1] So erzählt der Herzog in seinem Ausschreiben vom 9. Juni 1461 gegen den Kaiser. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 297ff., Nr. LIV.

[2] Ebendort 298. [3] Chmel, Materialien II. 214—215, Nr. CLXVII.

[4] E. Birk, Urkunden-Auszüge zur Geschichte Kaiser Friedrich des III., Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen X., XI., Wien 1853, 147—148 (des Separatabdruckes), Anhang IX. Vgl. Böhmen und seine Nachbarländer 94.

[5] Die Urkunde vom 18. Februar 1461 vollständig bei Kurz, Österreich unter Friedrich IV., II. 215—218, Beil. Nr. XXIV. Vgl. E. Birk, Regesten zu Lichnowsky, Geschichte des Hauses Habsburg, Band VII., Wien 1843, CCCXVIII., Nr. 476. Jos. Chmel, Reg. II. 385, Nr. 3853.

Lebenszeit abgeschlossen bleibe. Ausgenommen wurde von beiden Parteien allein Herzog Ludwig von Bayern; sonst seitens des Königs seine Erbeinungen mit den Bischöfen von Metz und Würzburg, dem Pfalzgrafen Friedrich, den Markgrafen von Brandenburg und Herzog Wilhelm von Sachsen; seitens des Erzherzoges niemand.[1] Doch behält er sich in einem besonderen Beibriefe vor, seinen Vetter Sigmund von Tirol in Einung und Vertrag bringen zu dürfen, worüber er bis künftigen Ostertag des Herzogs Erklärung dem Könige zumitteln solle.[2]

Es wird nicht auffallen, daß so bedeutsamer Zusage des Königs und der weiteren Verpflichtung, jeden, der im Lande unter der Enns nicht Albrecht nach altem Herkommen huldigen wollte, „darzu helfen zu bringen, alles auf seiner selbst Kosten und Schaden", nur eine Verschreibung des Erzherzoges gegenübersteht, dahin lautend, daß nach Einantwortung des Landes oder eines Teiles desselben aus der Landsteuer dem Könige 50000 ungarische Gulden zu zahlen seien.[3] Welch ungeheuren Erfolg bedeutete es für Podiebrad, wenn im Momente, in dem er dem Hause Österreich die deutsche Krone entreißen wollte, ein Erzherzog von Österreich, Friedrich III. eigener und einziger Bruder, sich auf den Kaiser warf, ihm die Unterthanen zu entfremden, sein bedeutendstes Fürstentum mit Gewalt zu nehmen? Jener unbekannte Diplomat des Prager Hofes, der jetzt „die Unterrichtung des Handels an den Papst" arbeitete, hat dies auch sehr wohl gewürdigt. Er hebt aus der Reihe von Momenten, die des Königs Bestellung zum Reichsoberhaupte auf dem Wege päpstlicher Provision unterstützten, mit Nachdruck hervor, daß auch Albrecht von Österreich „zum Könige gebrüdert sei und also verschrieben", daß er sich in allen Sachen, es sei „gegen den Kaiser oder sonst", gänzlich nach seinem Freunde richte.[4]

Mit einer Rührigkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, wenig wählerisch in der Wahl seiner Mittel, begann der Erzherzog alsbald seine Vorbereitungen. Der König selbst half ihm den ersten Erfolg erringen.

---

[1] Vertrag vom 18. Februar bei Kurz, l. c. 218—219, Nr. XXV. Im Texte muß es natürlich 219, Z. 13 v. u. heißen: „Den Marggrafen" statt „dem M." Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 477. Chmel, Regesten II. 385, Nr. 3854. Vergl. auch F. Palacky, Urkundliche Beiträge 1450—1471, Fontes rer. Austriac. II. Abt., XX. (Wien 1860) 239 Nr. 234.

[2] Vertrag vom 20. Februar 1461. Kurz, l. c. 220, Nr. XXVI. Chmel, Regesten II. 285, Nr. 3856. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 478.

[3] Fontes rer. Austriac. 2. Abt. XX. 240, Nr. 235.

[4] Bei v. Stockheim, Urk. u. Beilagen 309, Nr. LV.

Weil der Kaiser gegen die Unzufriedenen in Österreich und vor allem gegen Fronauer, dem ein neuer Raubgenosse, Götzersdorff, mit einer starken Schar sich beigesellt, und der auf den Trümmern des Schlosses Chuenring, der Stammburg des berühmten Herrengeschlechtes, eine starke Feste geschaffen hatte,[1] jetzt zu ernstlichen Maßregeln griff, weil Truppen aus Innerösterreich gesandt, alle Getreuen, namentlich aber die Wiener, gegen die Ruhestörer aufgerufen wurden,[2] wandten sich die unzufriedenen Barone an ihren Schutzherrn, den Böhmenkönig.[3] Dem aber fiel auf einmal ein, daß „derer von Österreich noch zwei wären". An diese wies er sie an nach seiner in Eger übernommenen Verpflichtung. Vor die Herzoge möchten die Herren „ihre Sache zu bringen", und „einen erwählen, der sie bei ihren Freiheiten und Gerechtigkeiten behalte". Er wolle gerne den Fürsten schreiben, hoffe auch, sie würden sorgen, daß das Land Österreich nicht in fremde Hand käme.[4]

Nun hatte das Regiment Albrechts in Oberösterreich wenig Verlockendes. Viel lieber hätten die Herren Sigmund von Tirol ins Land gerufen. Aber Sigmund schlug ihren Abgesandten — es war offenbar zwischen den Herzogen und dem Könige alles vereinbart — die Bitte rundweg ab und fertigte sie nach Linz an Albrecht, bei dem sie denn auch freundliche Aufnahme fanden.[5] Da beide Teile engen Anschluß aneinander wünschten, kam man rasch überein. Es ward eine Zusammenkunft des Herzogs mit der Gesamtheit der unzufriedenen Stände nach Sankt Pölten (Ende März) vereinbart und zu Wege gebracht. Eingehend setzten hier die Herren die unheilvollen Zustände im Lande, die Lässigkeit, Eigenmächtigkeit und Ungerechtigkeit der kaiserlichen Herrschaft auseinander. Zum Schluß baten sie den Erzherzog, sich ihrer anzunehmen; sie wollten dafür „als getreue Landleute seiner Gnaden gehorsam und gewärtig sein und ihm mit ihrem Leib und Gut helfen, daß er zu der Regierung des Landes eingesetzt werde". Das ward angenommen.[6] An den Kaiser aber, in dessen Lande man sich eigenmächtig versammelt hatte, ließ nun der Erzherzog schreiben, daß er, weil ihm Gehalt und Anteil an den

[1] Ebendorfer, l. c. 929. [2] Copey-Buch 230 a. A.

[3] Anonymi chron. Austriac. 124. [4] Ebendort 124—125.

[5] Ebendort 125.

[6] Ebendort 126—127. Die Zeit läßt sich danach und mit Rücksicht auf Copey-Buch 233 leidlich bestimmen. Über den Gang der Sache berichtet der spätere Absagebrief der Lichtensteiner an den Kaiser, Birk, Urkunden-Auszüge 65, Nr. 498, daß sie Albrechts, Erzherzogs von Österreich „nach geschefft vnsers genedigsten herrn des kunigs von Beheim als landsessen seiner kunigelichen gnaden . . . diener worden sein".

Einkünften des Kammergerichtes nicht ausgezahlt würden, auch nicht länger kaiserlicher Rat und Diener sein könne.[1]

Für ihn gab es bereits keine Umkehr mehr. Während er seinen Rat Nachbuchodonosor Nankenreutter mit anderen Edlen nach Ungarn sandte,[1] den König Matthias zu gleichzeitigem Angriffe auf den Kaiser zu bewegen, eilte er selbst zu seinem Vetter nach Innsbruck. Es galt, sich mit diesem zu vertragen und zu einigen über mehrfache Angelegenheiten. Albrecht brauchte eine Parteinahme Herzog Sigmunds für das Oberhaupt des Hauses nicht zu fürchten, so wenig als er selbst wohl vom Anfange an auf direkte Hilfe aus Tirol rechnete. Auch bei Sigmund trat das gemeinsame Interesse zurück vor dem eines Herrn von Tirol und der Vorlande und gegenüber der alten Entfremdung von dem Kaiser. Aber war er nicht auch selbst Erbherr von Niederösterreich, und verlangte nicht sein schwerer Streit mit dem Papste und der von diesem hervorgerufene Krieg mit den Eidgenossen eine besondere Rücksicht auf das Reichsoberhaupt? Eben jetzt trat ja nicht ohne die Schuld heißblütiger Ratgeber Sigmund's diese Fehde, in die ihn die langwierigen Händel mit dem Brixener Bischofe, dem Kardinal Nicolaus von Cues, gebracht, in ein Stadium, in dem der langmütige Papst nicht bloß mehrfache Gerechtsame der Brixener Kirche, sondern auch das Ansehen der obersten Disciplinargewalt des römischen Stuhles mit unnachsichtlicher Strenge vertreten zu müssen glaubte.[2] Des Herzogs Appellation gegen die früheren Prozesse vom 16. März 1461, aus Gregor Heimburgs leidenschaftlicher Feder hervorgegangen, brach jeder weiteren Vermittlung vorerst die Spitze ab; denn spiegelte sie selbst eben nur die gewaltige Erbitterung wieder, die den Herzog erfüllte,[3] so galt sie hinwieder dem bisher vielgeduldigen Kirchenoberhaupte als übermütiger Trotz, gefährliche Rechthaberei, welche die schwerste Ahndung finden müsse.[4] Unter solchen Umständen war der Wiederbeginn der Feindseligkeiten mit den Eidgenossen, wo im September 1460 der Bannstrahl des Papstes den für Österreich

---

[1] Copey=Buch 232.

[2] A. Jäger, Der Streit des Cardinals Nicolaus von Cusa mit dem Herzoge Sigmund von Tirol, 2 Bände, Innsbruck 1862, II. 182 ff. J. Egger, Geschichte Tirols, 3 Bände, Innsbruck 1872—1881, I. 578 ff.

[3] Die Appellation des Herzogs größtenteils gedruckt bei M. Goldast, Monarchia Romani imperii, part. 3, Hanov., Francof. 1611—1614, II. 1580—1583. Vgl. Chmel, Reg. II. 386, Nr. 3860.

[4] Die Fehdeansagen von Rapperswyl, Unterwalden, Zug und Luzern (20. September bis 3. Oktober) bei Lichnowsky, Regesten zu VII., CCCXV, Nr. 432—435.

verlustvollen Turgauer Krieg entzündet hatten,[1] mit Sicherheit zu erwarten. Zu Pfingsten (24. Mai) lief auch schon der Waffenstillstand ab, den die Bischöfe von Konstanz und Basel dem Unwillen des heiligen Vaters zum Trotz am 7. Dezember 1460 zu Konstanz vermittelt hatten.[2]

Eine Reihe von Verträgen läßt uns da erkennen, worüber die Fürsten bei solcher Lage der Dinge des Rates pflegten.[3] Am 30. März übertrug Herzog Sigmund alle seine Lande „jenseit des Arls und Ferners" zwischen dem Boden- und Wallensee, jedoch mit Vorbehalt der Wiederabtretung, an seinen Vetter, damit durch ihn der Krieg gegen die Eidgenossen besser geführt werden könne.[4] War diesen aber nicht vielmehr vermittelst der Abtretung die Möglichkeit genommen, weitere Teile der Vorlande gewaltsam an sich zu bringen? Albrecht dachte übrigens auch nicht an Krieg mit den Schweizern. Mit dem Beistande Herzog Ludwigs von Baiern und des Pfalzgrafen bemühte er sich, alsbald zu einer Verständigung zu gelangen. Weitere Akte wurden Zeugnis eines innigen persönlichen Verhältnisses zwischen beiden Habsburgern. Am 31. März setzte der Erzherzog den Herzog von Tirol für den Fall, als dieser ihn und seine männliche Nachkommenschaft überlebe, zum Erben ein in allen seinen Landen, da Sigmund ihm nicht nur jetzt die Regierung der vorderen Lande abgetreten, sondern auch sonst in seinen „großen Nöten und schweren Anliegen" Hilfe geleistet habe, was er mit dreimalhunderttausend Gulden nicht auszugleichen vermöchte. Schon jetzt sollen die Unterthanen eidlich verpflichtet werden, den Herzog als künftigen Erbherrn anzusehen; auch wird diesem für den Fall des Todes des Kaisers die ganze Cilly'sche Erbschaft zugesichert.[5] Weiter bestätigte und bekräftigte Albrecht die von Sigmund

[1] Schon in der allgemeinen Bannbulle vom 2. April 1461 waren Herzog Sigmund und Gregor Heinburg ausdrücklich genannt. Lichnowsky, Reg. zu VII., CCCXX., Nr. 497. Die Bannbulle vom 2. November 1460 bei Raynaldus, Annales ecclesiastici, Colon. Agripp. 1691, tom. XIX. ad ann. 1460, No. 35.

[2] Chmel, Materialien II. 227—229. Reg. II. 383, Nr. 3840. Lichnowsky, Reg. zu VII., CCCXVII., Nr. 454. Daß auch bereits der Böhmenkönig mit dem Herzoge angeknüpft hatte, zeigt seine Verwendung bei den Eidgenossen (Chmel, Reg. II., Anhang CXXIV., Nr. 103; Brief vom 3. Dezember) gleich den Königen von Frankreich und Schottland (Chmel, Mat. II. 232—234).

[3] Über die früheren Beziehungen der Herzoge zu einander vgl. bes. Diplomatarium Habsburgense ed. J. Chmel, Fontes rer. Austriac., II. Abt. II. (Wien 1850) 291. Die „ettlich artikel" gehören, wie ihr Inhalt zeigt, nicht in das Jahr 1458, sondern zu 1460.

[4] Chmel, Reg. II. Anhang CXXVI.—CXXVII., Nr. 106. Lichnowsky, Reg. zu VII., CCCXX., Nr. 493.

[5] Kurz, Österreich unter Friedrich IV., II. 220—223, Nr. XXVII. Chmel, Reg. II. 386, Nr. 3862.

seiner Gemahlin Eleonore von Schottland gemachten Verschreibungen von zehntausend rhein. Gulden auf gewisse Schlösser und Renten, die ihr auch im Falle des Ablebens ihres Ehegemahls unbeirrt ausgezahlt werden sollten.[1] Die Erklärung Albrechts zum Erben des Tiroler Herzogs war dem vorangegangen. Endlich enthält eine Urkunde vom 9. April die Übereinkunft der Fürsten, daß Sigmund von nun an an Stelle des ihm gebührenden Drittels der Einkünfte Oberösterreichs rund dreitausend Gulden jährlich erhalten solle.[2] — Die Herzöge nützten sofort auch ihre politischen Verbindungen für einander. Unter Albrechts Vermittlung schloß Sigmund von Tirol am 30. April einen Bund mit Herzog Ludwig von Baiern. Die Fürsten wollen in Hinkunft in guter Nachbarschaft ihrer Herrschaft walten, Streitigkeiten friedlich austragen, wenn einer als Helfer in Krieg gerät, sich mit hundert Reisigen unterstützen, wenn aber sie selbst einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg unternehmen, einander 300 Reiter und 1000 Fußgänger zu Hilfe schicken. Bedeutsamer war die Thatsache, daß Herzog Sigmund damit dem Wittelsbachischen Bunde rückhaltlos beitrat. Albrecht von Brandenburg, mit dem er erst am 28. Dezember 1460 zu Innsbruck ein Bündnis auf fünf Jahre geschlossen, ward in dem neuen Vertrage nicht ausgenommen.[3]

Andererseits brachte Herzog Sigmund eine Annäherung des Erzherzoges an die Grafen von Görz zustande.

Im Verlaufe weniger Jahre hatte das Görzer Haus im Streite mit dem Kaiser als Herrn von Innerösterreich wiederholt schweren Verlust erlitten. Als nach dem Tode des Grafen Heinrich († 1454) dessen Witwe Katharina aus dem ungarischen Magnatengeschlechte der Gara erst mit den Ständen, dann mit ihrem ältesten Sohne Johann in Streit geriet, überwies die leidenschaftliche ehrgeizige Frau ihren ungarischen Besitz an

[1] Chmel, Reg. II. 387, Nr. 3864. Lichnowsky, a. a. O. Nr. 505.

[2] Kurz, a. a. O. II. 223—234, Nr. XXVIII. Chmel, Reg. II, 387, Nr. 3865. Lichnowsky a. a. O. Nr. 507. Man vgl. für die Vereinigung der Herzoge noch Chmel, Materialien II. 237—238, Nr. CLXXX und CLXXXI vom 8. April, ebenso 253 Nr. CXCII. Über die Verschreibungen der Landschaft (Wilhelms von Thierstein, Ortolfs Geumann, Jorgs von Stein u. s. w.), die den Pflegern zu Ehrenberg und Neuattersee, Lemprecht vom Graben und Ortolf Geumann zu getreuen Handen übergeben wurden, s. unten noch Kap. 18 und 19.

[3] Bei Chmel, Materialien II. 238—240, Nr. CLXXXII; Regesten II. 387, Nr. 3870. Bezüglich des Markgrafen schlossen die Fürsten eine Sonderübereinkunft ab, der zufolge Sigmund in den nächsten vier Jahren Markgr. Albrecht gegen Ludwig und die Seinen nicht helfen, sonst den Vertrag mit jenem (bei Lichnowsky, Regesten zu VII., CCCXVII., Nr. 463) halten sollte. Vgl. Chmel, Regesten II. 387, Nr. 3871.

den jüngeren Sohn Leonhard, dagegen die Güter Grünberg und Mösburg „mit etlichen andern Geschlössern und Stücken", auf die ihr einst der Gemahl Hairatsgut und Heimsteuer gelegt hatte, an den Kaiser.[1] Graf Johann konnte die Besitznahme seitens Österreichs nicht hindern; noch 1460 sicherte Friedrich III. der Gräfin den lebenslänglichen Genuß der Einkünfte jener Schlösser zu.[2]

Nicht minder schmerzlich fiel es beiden Görzer Brüdern, als sie ihre Ansprüche auf das Erbe der Grafen von Cilly (1456 erloschen), die sie durch die Verträge von 1436 und 1455 für gesichert glaubten, durch die Dazwischenkunft des Hauses Österreich hinfällig werden sahen, und ihr Versuch, sich des reichen Besitztumes mit Gewalt zu bemächtigen, von den kaiserlichen Heerführern, dem berühmten Kriegshauptmann Jan von Wittowetz und dem Grafen Sigmund von Sankt Georgen und Pösing, mit überlegener Macht zurückgewiesen wurde.[3] Bald sogar im eigenen Besitze bedroht, da der Landeshauptmann von Kärnthen, Balthasar von Weißbriach, auch die Görzer Vasallen aufrief, in Feistritz dem Kaiser Huldigung zu thun,[4] willigten die Grafen am 25. Januar 1460 in einen demütigenden Frieden,[5] dessen Stachel um so bitterer war, als der in den Grafenstand erhobene Wittowetz als „Ban in den Windischen Landen"[6] rücksichtslos für den Kaiser auch ferner in Anspruch nahm, was irgendwie zu den neugewonnenen Schlössern gehörte.

An der Neigung der Görzer, bei günstiger Gelegenheit mit dem Kaiser anzubinden, fehlte es da nicht. Dafür war auch kein Hindernis, daß die Freundschaft zwischen Herzog Sigmund und Graf Leonhard so innig geworden war, daß ihn dieser zuletzt für den Fall seines kinderlosen Todes zum Erben einsetzte (1462).[7] Noch leichter fiel es jetzt Erzherzog Albrecht, in Innsbruck die Grafen vorerst zu einem allgemein gefaßten Bündnisse zu bewegen. Eine Urkunde, von den Fürsten am 9. April

---

[1] C. Freih. v. Czörnig, Das Land Görz und Gradiska, Wien 1873, 563—564.

[2] Chmel, Regesten II. 379, Nr. 3800.

[3] Czörnig, 559—560, 564. Über den Krieg vgl. Anonym. chron. Austriac. 104 ff. Gegen die Görzischen Ansprüche waren auch die Herzoge Albrecht und Sigmund aufgetreten. Vgl. Chmel, Regesten II. 353, Nr. 3528.

[4] Chmel, Regesten II. 378, Nr. 3786. B. v. Weißbriach ist später in salzb. Diensten.

[5] Der Friede kam in Anwesenheit kärnthnischer und bambergischer (=kärnthnischer) Landstände in Počernitz zustande. Die Urk. bei Chmel, Materialien II. 188—189, Nr. CLV.

[6] Chmel, Regesten II. 379, Nr. 3796.

[7] Czörnig, Görz und Gradiska 565.

unterfertigt, besagte in den gewöhnlichen Wendungen, daß der Erzherzog und die Brüder Johann und Leonhard von Görz in den nächsten fünf Jahren nicht wider einander sein, auch jede Beschädigung aus den beiderseitigen Gebieten verhindern, vielmehr Handel und Wandel zwischen diesen in der alten Weise beschützen wollen. Wo grenzten aber die Lande der Görzer und des Erzherzoges aneinander? Und warum waren wohl Sigmund von Tirol und die Republik Venedig, keineswegs aber der Kaiser ausgenommen?[1] Es hatte eben der Vertrag vom 9. April die Grundlage zu bilden für die weitere Beredung eines gemeinsamen Angriffskrieges gegen Friedrich III., da auch die beiden Herzoge Opfer auf Rechnung der Cilly'schen Erbschaft nicht bringen wollten, Sigmund ja eben jetzt selbst Eventualansprüche auf sie erworben hatte. In der That sollte die Rechnung des Erzherzoges nicht fehlgehen.

In eben jenen Tagen erfreute ihn erwünschte Botschaft aus Ungarn. Es bedurfte bei König Matthias infolge seiner alten Fehde mit dem Kaiser der Empfehlung des Böhmenkönigs nicht, um der Werbung des Erzherzoges, sich mit ihm zum Angriffe auf Niederösterreich zu vereinigen, die freundlichste Aufnahme zu sichern. Auf königlichen Befehl unterhandelten der Bischof von Gran Johannes Vitéz, der Bischof Johann von Czanad, der königliche Kanzler Nikolaus Bodo, Propst zu Stuhlweissenburg, und der Palatin Michael Orszagh von Guth mit den erzherzoglichen Räten, dem Nankenreutter, Eustachius Fronacher und Georg Marschall von Reichenau vorerst einen Defensivvertrag. Die alten freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn sollen wiederhergestellt, der alte freie Verkehr zwischen den Vasallen, Kaufleuten, überhaupt den Unterthanen beider Gebiete wieder gestattet sein. Keines der Lande darf von dem andern aus beschädigt werden. Etwaige Streitigkeiten werden in Güte oder durch Schiedsspruch beigelegt. Wird der Erzherzog in Österreich oder in Steiermark angegriffen, so schickt ihm der Ungarkönig eine Hilfsschar von 1500 Reitern; ist König Matthias im eigenen Lande angefeindet, so soll ihm der Erzherzog mit 500 Reisigen je auf Erforderung Beistand thun. Dieser Vertrag wird durch anderweitige Verträge beider Fürsten nicht berührt werden und auf Lebenszeit gelten.[2]

Der Hilfsfall mußte aber unverzüglich eintreten, da der Kaiser, der natürlich nicht ausgenommen war, eine Reihe von Festen in Ungarn be-

---

[1] Der Vertrag bei Chmel, Materialen II. 188—189, Nr. CLV. Über den Krieg vgl. noch A. Dimitz, Geschichte Krains, 1. Teil (Laibach 1874), 274.

[2] Chmel, Regesten II. Anhang CXXVII—CXXIX, Nr. 107. Pray, Annales Hungar. III. 262.

saß und der Erzherzog geradezu im Vertrage als Erbherr von Österreich und Steier figuriert. Man versäumte auch nicht, dafür besondere Vereinbarungen zu treffen. Die Fürsten geloben, bis zum kommenden Johannestage (24. Juni) mit ihrer Truppenmacht im Felde zu erscheinen, und zwar der König, wenn ihn nicht der Türkenkaiser persönlich oder doch die Hauptmacht der Osmanen bedroht, in Steiermark, der Erzherzog in Österreich. Ein Ausgleich und Friede mit dem Kaiser soll nicht früher abgeschlossen werden, als bis Matthias die Krone seines Königreiches und die von Österreich besetzten Burgen und Landstriche, der Erzherzog den Verzichtsbrief auf Österreich und alles Gut diesseit des Semmering thatsächlich in den Händen hat. Plätze, welche etwa im Laufe des Krieges der König in Österreich, der Herzog in Ungarn besetzen läßt, werden nach Beendigung des Streites zurückgestellt. Ausgenommen sind nur die Verträge beider Fürsten mit König Georg von Böhmen. Den gegenwärtigen geloben sie eidlich bei Gott und allen Heiligen auszuführen.[1]

Solchen Verträgen gegenüber kam die ältere Verbindung Erzherzog Albrechts mit Kurfürst Friedrich von Sachsen, obwohl auch sie für gewisse Fälle bewaffnete Hilfe stipulierte, nicht in Betracht. Ohnehin in allgemeinen Ausdrücken abgefaßt, nahm sie sorgfältig Rücksicht auf die freundlichen Beziehungen des sächsischen Hofes zu dem Kaiser, auf die Erbverbrüderung mit den Brandenburgern und den hessischen Landgrafen.[2]

Auch die Übereinkunft Albrechts mit der Ritterschaft vom Sankt Georgenschild, die nun, offenbar auf Zuthun des Tiroler Herzoges,[3] zu Zell am Untersee abgeschlossen ward,[4] galt in erster Reihe der Absicht, den für den Erzherzog neu gewonnenen Vorlanden den Frieden zu sichern, während er selbst in Österreich mit dem Kaiser kriegte.

Aber auch so schien Friedrich III. von einer Kette mächtiger Gegner umschlossen. Kein Wunder, daß sie, vor allem der Böhmenkönig und der Erzherzog, das Gelingen ihrer Anschläge mit Zuversicht hofften.

---

[1] Chmel, a. a. O. Nr. 109. Reg. II. 387, Nr. 3867. Pray a. a. O. III. 262.

[2] Chmel, Mat. II. 179, Nr. CXLVI. Vgl. auch Hauptstaatsarchiv zu Dresden. Copialbuch 1317, fol. 272. Urk. vom 25. August 1459.

[3] S. dessen Vertrag vom 23. August 1460 bei Chmel, Materialien II. 222—224, Nr. CLXX.

[4] Chmel, Regesten II. Anhang CXXXIV—VI, Nr. 112.

Drittes Kapitel.

Kaiserliche und päpstliche Politik. Ausgleichsversuche des Kaisers. Entwürfe der Brandenburger. Der Fürstentag zu Mainz. Niederlage der kirchlichen Opposition.

Friedrich III. Haltung der wachsenden gegnerischen Bewegung in Österreich und im Reiche gegenüber, ist mit Recht getadelt worden.[1] Trotzdem dürfte die Mißbilligung ziemlich gemildert werden, sobald es gelingt, genaueren Einblick in des Kaisers damalige Thätigkeit zu gewinnen, und wenn man den Stand der Verhältnisse, vor allem im Reiche, mit nüchternem Blicke ins Auge faßt. Das eben bleibt für den Geschichtschreiber Kaiser Friedrich III. das große Hemmnis, daß er nur äußerst selten einzudringen vermag in den kühl bedachten, wohlgefügten Bau der kaiserlichen Entwürfe. Es fehlen jene eingehenden Berichte, Protokolle, Instruktionen, Memoranden, die uns für die Beurteilung der Politik etwa eines Markgraf Albrecht zur Verfügung stehen. Aus der immerhin bedeutenden Anzahl kaiserlicher Urkunden, nach den Berichten von Zeitgenossen, deren keiner je den Schlüssel gewann zu dem Herzen und Vertrauen der kaiserlichen Majestät, muß der Spätgeborene sich bemühen, den Gang der Politik Friedrich III. zu ergründen.

Und wenn unser Sinn gerne weilt bei dem Bilde eines mächtigen Reichsoberhauptes, das, mit starker Hand die Mittel zum Widerstande zusammenfassend, die Gegner niederwirft und das Reiches Ansehen in Ehren hält: wo fand denn der Kaiser, selbst wenn er die Thatenlust und Tapferkeit seines Sohnes Max I. besaß, jene Mittel gegen die Empörung seiner Fürsten, gegen Verrat und Überfall?

Zur Zeit als der Böhmenkönig den Fürstentag von Eger ausschrieb, hatte der Kaiser von all dem, was sich vorbereitete, kaum die dunkle Ahnung. Er stand gut mit den altbefreundeten Fürstenhäusern, er neigte zum Ausgleiche mit Ludwig von Baiern und verhandelte mit dem Pfalzgrafen,[2] sein Bruder war ihm nicht fremder als oftmals vordem, der Böhmenkönig heuchelte nach wie vor die gleiche Ergebenheit.[3] Wenn Friedrich III.

[1] Droysen, Voigt, Kluckhohn (Ludwig der Reiche 181, 184).

[2] Böhmen und seine Nachbarländer 257.

[3] Auch selbst nach dem Egerer Tage blieben die Fürsten in Verkehr. Man s. den Bericht der „Anwälte" (Statthalter) Herzog Wilhelms von Sachsen an diesen, Weimarer Gesammt-Archiv Reg. A, 26[a], fol. 53.

trotzdem seinem Schwager, dem sächsischen Kurfürsten, gebot, in Eger zu sagen, daß nichts gegen die Ehre und Würde des Reiches geschehe und sich deswegen mit den befreundeten Fürsten zu verständigen,[1] so war dies die Stimme seiner Erfahrung, seines Mißtrauens. Nun kamen aber bald Meldungen über die Vorgänge in Eger und Nürnberg, des Böhmenkönigs Absichten, kam das ernste Mahnschreiben der Kurfürsten vom 1. März. Erschreckt durch die drohenden Gefahren schickte sich der Kaiser zur Abwehr. Während er sich um Hilfe dorthin wandte, wo er hoffen durfte, sie stets zu finden, nach Rom,[2] während er sich mit Ludwig von Baiern in Güte zu vertragen gedachte, traf er nun endlich auch ernstliche Vorkehrungen gegen das schmählichste aller Übel, das Räuberunwesen in Niederösterreich.

Jan Giskra von Brandeis, der alte ruhmgekrönte Heerführer der Könige Albrecht und Ladislaw, ließ sich, da er seine Sache vom Böhmenkönige politischen Rücksichten geopfert sah,[3] bewegen, in des Kaisers Dienst zu treten. Am 10. März 1461 huldigte Giskra Friedrich III. als Könige von Ungarn,[4] am 26. bestellte ihn der Kaiser zum Feldhauptmann in Österreich und besonders gegen Gamaret Fronauer.[5] Durch das ganze Land ward geboten, ihm zuzuziehen. Wohl fanden kaiserliche Befehle bereits wenig Gehör in dem Erzherzogtume; selbst die Wiener bedachten sich.[6] Aber des Feldherrn Name und Kriegskunst waren an sich schon ein großer Gewinn;[7] die Bürgerschaft Wiens machte der Kaiser willig, indem er ihre Forderungen anerkannte und teilweise berichtigte;[8] für die ganze Landschaft ward ein neuer Tag nach Tulln angesagt.[9]

---

[1] Brief vom 24. Januar 1461 bei Müller, Reichstagstheatrum II. 4.

[2] Des Kaisers Brief ist verloren und sein Inhalt nur aus dem Antwortschreiben des Papstes zu ersehen.

[3] Böhmen und seine Nachbarländer 256, 257.

[4] Pray, Annales Hungar. III. 262. Vgl. Chmel, Reg. II. 386, Nr. 3858.

[5] Copey-Buch 230—231.

[6] Copey-Buch 229—230. Der österreichische Kanzler, Bischof Ulrich von Gurk, gesteht den Wienern: Wann ir selbs wol verstet vnd wisst, das mit gemainer lantschafft swer wer, nach gelegenhait der krieg vnd leuff . . . sopald in dem ichts versenklichs fürczenemen."

[7] Es zeigt den moralischen Eindruck, wenn sich im Reiche die Meldung verbreitete, der Kaiser habe allein 5000 reisige Pferde im Felde, er selbst werde sich an die Spitze des Heeres stellen u. s. w. Ber. der Statth. H. Wilhelms v. Sachsen, Weim. G.-Arch. Reg. A, fol. 26^{a}, Nr. 60.

[8] Copey-Buch 238, 239.

[9] Das Ausschreiben ist nicht vorhanden. Die Einberufung bezeugt ein Brief Konrads v. Pappenheim, Pfleger von Koburg, an die Statthalter Herzog Wilhelms

Schon war auch die Curie in den Konflikt eingetreten. Stets wachsam und gerüstet hatte Papst Pius, lange ehe der Breslauer Warnung ob der Nürnberger und Egerer Vorfälle eingelaufen war, eine Legation ins Reich gesendet. Kam sie auch zu spät für den Nürnberger Kurfürstentag,[1] so ging sie doch unverweilt daran, den der kirchlichen Autorität drohenden Sturm zu beschwichtigen. Mit sanfter kluger Mahnung half der heilige Vater nach bei den Fürsten,[2] mit ernster Bitte bei dem Kaiser.

Dessen Schreiben hatte den ersten Schrecken über die Anschläge von Eger wiedergegeben. Der Papst war gefaßter. Es schien ihm nicht so leicht, „den apostolischen Stuhl und das römische Reich mitsammen umzuwerfen." Aber indem er den Kaiser seines steten Beistandes versicherte und seine Ergebenheit betheuerte, selbst wenn er unangenehmes melden müßte, mahnte er ihn doch sehr entschieden, unverweilt energische Maßregeln zu ergreifen, wo möglich selbst ins Reich zu ziehen.[3] Kaiser Friedrich antwortete am 6. April.[4] Auch er betonte das gemeinsame Interesse beider Höfe in so wichtigen Angelegenheiten, das es wohl mit sich brächte, daß „jeder auch von der Bürde des andern in opferwilliger Hingebung sein Teil auf sich nehme,"[5] damit die Einsicht und materiellen Mittel, die Freunde und Bündner des einen auch dem andern zu Trost und Hilfe gereichten gegen die Widersacher und deren verwerfliche Winkelzüge. Der Kaiser weist auf das Gebaren der Fürsten hin, die da unter dem Vorwande, die Zustände des Reiches bessern zu wollen, doch nur ihre selbstsüchtigen Zwecke ver-

---

v. Sachsen. Weim. Ges.-Arch. Reg. E, fol. 5b, Nr. 18, und der Bericht derselben an ihren Herrn, ebendort Reg. A, fol. 26a, Nr. 60.

[1] Peter Knorre an Kurfürst Friedrich v. Brandenburg am 26. März. Dresdner Haupt-Staats-Arch. Lib. unionum II. fol. 330. Die Legaten hatten ersucht, den Tag bis zum 15. März zu erstrecken; aber schon war ein Teil der Fürsten weggeritten.

[2] Vgl. den Brief vom 18. April an Markgraf Albrecht im Münchner allgemeinen Reichsarchiv, Päpstl. Privilegien und Bullen 13. Vgl. Jung, Miscellan. II. 181 ff.

[3] Pii secundi epistol., edit. Mediolan. Nr. 22, Brief vom 7. März 1461.

[4] Bei Birk, Urkunden-Auszüge 158, Anhang Nr. XIII (die Seitenzahl hier nach dem Separatabdrucke).

[5] Et cum in conventiculis huiusmodi, qui conveniunt, non solum beatitudini vestre ac sedi apostolice, sed nobis legem sepius in nostris superioritatibus imponere et auctoritatem tam sancte Romane ecclesie, quam imperii sacri attenuare ausu sacrilego multipliciter querunt, expedit, ut alter nostrum alterius onera in caritate portet. Georg Voigt (Enea Silvio III. 352) und nach ihm Aug. Kluckhohn (Ludwig der Reiche 181) haben hier eine Erklärung des Kaisers herausgelesen, daß er wegen seiner Hilfsbedürftigkeit des Papstes Tadel und Belehrung „in Liebe" tragen wolle.

folgten;[1] er verabscheut vor allem das Vorgehen des Erzbischofs Diether von Mainz, der in frevlem Übermute, statt Buße zu thun, zu kecker Erhebung gegen den römischen Stuhl sich fortreißen lasse; sein Rat und Wille sei, Diether in gebührender Weise die Zügel anzulegen. Am selben Tage ergingen kaiserliche Briefe an die Fürsten und Städte des Reiches, den in Nürnberg beschlossenen Frankfurter Tag nicht zu besuchen; nicht um die Besserung des Gemeinwesens handle es sich da, sondern um eigenmächtige Umtriebe, die nur schweren Schaden bringen könnten.[2] Dem Frankfurter Rate ward verboten, die Versammlung in seine Mauern aufzunehmen.[3] Und unverweilt gesellte Pius II. der Mahnung des Reichsoberhauptes jene der Kirche hinzu. Er beschwor Prälaten, Fürsten und Städteboten bei ihrer Ergebenheit gegen den heiligen Stuhl, mit dem Hinweise auf die schwere Verschuldung, die jeder sich auflaste, der Ärgernis giebt, sich keinem Schritte gegen ihn oder den Kaiser anzuschließen.[4] Dabei konnte es sich der heilige Vater nicht versagen, seiner Besorgnis, der Kaiser möchte trotzdem nicht eifrig genug die Abwehr betreiben, in einem neuen drängenden Schreiben nach Graz, das zeigte, wie sehr die Kurie sich ihrer Bedeutung als verbündete Macht bewußt war, Ausdruck zu leihen.[5] Aber war es nicht Thatsache, daß ihrerseits wenigstens nichts versäumt ward? Trat nicht auch in Ungarn jetzt der Kardinallegat Carvajal mit seinem gebietenden Ansehen den Kriegsgelüsten des Königs gegen Friedrich III. machtvoll in den Weg?[6]

Noch fehlte dem Kaiser der volle Einblick in seine Lage. Er hatte zu Anfang April den Marschall Heinrich von Pappenheim ins Reich geschickt,

---

[1] . . . sub colore tamen indictionis huiusmodi, quando conveniunt, postpositis autem non principalibus rebus, de quibus agendum foret, que sua sunt et familiaria comoda, his preferunt tractanda.

[2] Ausschreiben an einen Fürsten (6. April 1461) bei Birk, Urkunden-Auszüge 61, Nr. 460; an die Frankfurter bei J. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. (Freiburg 1866) 152—153, Nr. 250. Die Rothenburger, Windsheimer &c. im Bamb. Archiv, Rothenburger Chronik fol. 3. Auf jene an Herzog Wilhelm von Sachsen, Speier und Straßburg verweist schon Voigt, Enea Silvio III. 252, Anm. 1.

[3] Speiersche Chronik bei Mone, Quellensammlung der badischen Landesgeschichte, 4 Bände, Karlsruhe 1848—1867, I. 450.

[4] Müller, Reichstagstheat. II. 20—21. Raynaldus, Annal. ecclesiast. ad. ann. 1461, Nr. 14. Über das Datum s. Voigt a. a. O. 253, Anm. 1.

[5] Raynaldus, Annal. eccles. ad. ann. 1461, Nr. 14. Vgl. J. Graf Majláth, Geschichte der Magyaren, 5 Bände, Wien 1852—53, III. Anhang 128 u. nochmals in anderer Fassung 138. Über das Verhältnis beider s. Voigt, Enea Silvio III. 253, Anm. 2.

[6] S. unten.

die befreundeten Fürstenhöfe zu besuchen, mit den Reichsstädten sich zu benehmen, alles in der Treue gegen den Kaiser zu befestigen. Bei den Eidgenossen warb er unter baden'scher Vermittelung.[1] Noch hoffte er mit dem Landshuter Herzoge friedlich übereinzukommen, war sein Bruder nicht offen sein Feind. Als ihm in jenen Tagen ein Bündnis gegen seine Feinde im Reiche mit weitgehenden Ehrerbietungen und Verpflichtungen angeboten wurde, that er keinen Schritt heraus aus seiner zuwartenden Politik. Erst der Monat Mai brachte ihm eine gründliche Belehrung.

In Voraussicht eines mühevollen, kampferfüllten Sommers hatte sich Herzog Ludwig von Baiern schon um den Anfang März nach Gastein begeben, in der Gebirgswelt der Alpen seine Kraft zu stählen. Drei oberste Hauptleute sorgten inzwischen, daß seine Lande in Kriegsbereitschaft traten.[2] Da ward ihm ein Schreiben des Kaisers mit dem Ersuchen, über die ohne kaiserlichen Auftrag abgehaltenen Fürstentage von Bamberg und Eger Nachricht zu geben, zugleich ihn behufs Abstellung ihrer obschwebenden Zwistigkeiten in Graz zu besuchen oder seine Räte zu schicken.[3] Da der Herzog darauf keine Antwort gab, lief wenige Wochen darauf ein neues Schreiben aus Graz ein, das die früheren Aufforderungen noch dringender wiederholte: Da die Lage der Dinge in Österreich und im Reiche immer gefahrdrohender werde, so sei es notwendig, auf geeignete Gegenmittel zu denken; dies könne schwer geschehen, so lange nicht aller Groll und Widerwille zwischen dem Oberhaupte des Reiches und dessen Gliedern aufgehoben sei; der Kaiser, bei dem der Herzog noch in Ungnade stünde, wäre deshalb geneigt, mit dem Herzoge oder dessen Räten in Graz sich auszugleichen.[4]

Ludwig ordnete nun eine Botschaft mit ausführlicher Instruktion ab. Sie war noch nicht am Ziele ihrer Reise angelangt, als ein vertrauter Agent des kaiserlichen Hofes, Gebhard Peuscher, bei dem Herzoge erschien, und sich zu direkter Verhandlung erbot. Er brachte ein Beglaubigungsschreiben auch seitens des kaiserlichen Rates, Dr. Ulrich Riederer, in welchem sich dieser bereit erklärte, im Falle der Not persönlich bei dem

---

[1] Bericht der Statth. Herzog Wilhelms v. Sachsen, Weim. Archiv, l. c. fol. 54.

[2] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 348—349, Nr. LX.

[3] Kluckhohn, Ludwig d. Reiche 184 (mit unrichtigem Datum). Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 164. Ein Bruchstück des Schreibens bei Müller, Reichstagstheatrum II. 67 mit dem Datum: „Sonntag nach Letare" statt: Sonntag Letare".

[4] Schreiben vom 6. April. Vgl. Janssen, a. a. O. 164. v. Stockheim, Urk. und Beilagen 516.

Herzoge eine Vereinbarung über alle gegenseitigen Forderungen zu verhandeln. Auch Peuscher betonte des Kaisers Friedensgeneigtheit auf das nachdrücklichste.[1]

Der Herzog begnügte sich, die Nichtbeantwortung des ersten Schreibens damit zu entschuldigen, daß er in Gastein keine Räte bei sich gehabt habe. Im übrigen verwies er auf die Absendung seiner Botschaft, die mit hinlänglicher Vollmacht versehen sei. Doch kam es schließlich mit dem Gesandten zu Besprechungen.

Die bairischen Forderungen, die inzwischen in Graz eingebracht wurden, entsprachen der politischen Situation. Der Herzog forderte die Reichsstadt Donauwörth als Pfand des Reiches; doch könne man die Pfandsumme statt auf 70000 auf 40000 Gulden beziffern. Er verlangte die Ordnung der Streitsache die Judensteuer in Regensburg und das Schloß Neuburg am Inn betreffend nach seinem Interesse, während der Kaiser auf alle Gegenforderungen, sei es von Reichs wegen, sei es als Fürst von Österreich, verzichten sollte. Das Reich anbelangend, wünschte Ludwig, daß Friedrich III. dem Ersuchen der Kurfürsten, das jetzt in Nürnberg geschehen sei, nach Möglichkeit nachkomme, ihn selbst aber zum obersten Hauptmann und Schutzherrn über Nürnberg und die Reichsstädte in Schwaben bestelle, auch die Richtung von Roth und den Vertrag mit Bischof Johann von Eichstädt ausdrücklich bestätige. Endlich verlangte der Herzog bezüglich Niederösterreichs die Abstellung der Steuerhöhung, sowie des Aufschlages auf Wein, Salz und Eisen, soweit die bairischen Prälaten dadurch beschwert würden.

Es befanden sich unter diesen Forderungen mehrere Punkte, auf die einzugehen der Kaiser auch nicht von ferne dachte. Auf andere machte man Gegenvorschläge, die aber erfolglos blieben, weil sich die Gesandten an die genaue Festhaltung der ursprünglichen Bedingungen gebunden erklärten.[2] So führten die Besprechungen, trotzdem dieselben bis zum

---

[1] Nach Stockheim, Urk. u. Beil. 294—295, Nr. LI. Dieses Schriftstück gehört aber nicht in den März, wie Stockheim, Inhaltsverzeichnis·XI., oder Mai, wie Kluckhohn, 185, Anm. * glaubt, sondern wahrscheinlicher in den April, da Peuscher nach dem Schreiben des Kaisers (vom 6. April), und ehe die daraufhin nach Graz geschickte Gesandtschaft ihren Bestimmungsort erreicht hatte, eintraf. Auch ist es nicht „die Werbung Gebhard Peuschers“, sondern der Bericht eines Augenzeugen (an einen Unbekannten oder für die bairische Kanzlei) über das Anbringen des kaiserlichen Boten und die darauf von Herzog Ludwig erteilte Antwort, letztere aus den drei Schlußabsätzen bestehend.

[2] So scheint mir der Widerspruch zwischen den verschiedenen Meldungen über diese Sache auch von bairischer Seite, der Kluckhohn (Herzog Ludwig 185—186) zu

18. Mai fortgesetzt wurden, zu keinem Ziele, und es hieß deren Scheitern und den drohenden Bruch nur notdürftig verhüllen, wenn der Kaiser den Gesandten bei ihrem Abscheiden erklären ließ, er sei nach wie vor bereit, mit dem Herzoge zu verhandeln und wollte dies auch mit ihnen thun, wenn sie nur genügende Vollmacht besäßen. Viel ernster gemeint war die Mahnung, ihr Herr möge ja nicht, wie die Gegner des Kaisers sich rühmten, sich zu feindseligen Schritten hinreißen lassen; er möge bedenken, wie er durch die Bande des Blutes und sonst dem Reichsoberhaupte verbunden sei.[1]

Was wollten solche Vorstellungen, wenn des Kaisers eigener Bruder dagegen taub blieb? Der Erzherzog hatte sich nach seiner Rückkehr von Innsbruck nach Freistadt in Oberösterreich verfügt, wo jetzt, wie offenbar bereits zu Sankt Pölten verabredet worden war, die Gesamtzahl der unzufriedenen Niederösterreicher, dann Räte des Böhmenkönigs, wohl auch sonst kriegslustige Herren aus Böhmen und Mähren, und Fronauer sich einfanden. Hier ward zu Ende gebracht, worüber man bisher verhandelt hatte. In einem eigenen Briefe verpflichtete sich Albrecht, die Landschaft bei ihrer Freiheit und ihrem alten Herkommen lassen, alle ungehörigen Neuerungen abstellen zu wollen, verpflichteten sich die Stände, bei dem Erzherzoge als ihrem Herren treu auszuharren und mit ganzer Macht

---

der Meinung brachte, daß es überhaupt nicht zu eigentlichen Verhandlungen über die bairischen Vorschläge gekommen sei, auf einfache Weise zu beheben. Daß überhaupt Verhandlungen stattfanden, liegt ebenso in der Natur der Dinge, wie durch den langen Aufenthalt der bairischen Räte am kaiserlichen Hofe und gelegentlich, obwohl man sich sonst gegenseitig die Schuld am Scheitern einer friedlichen Vereinbarung zumaß, durch das eigene Geständnis bairischer Räte bestätigt wird. Als es sich nämlich im Novbr. 1461 auf dem Prager Tage darum handelte, für Baiern unbequeme böhmische Vermittlungsvorschläge abzuweisen, erklärten die Räte Herzog Ludwigs: „Nu hiet vnnser herre der kaiser vnnserm gnedigen herrn, soballd er vom tag [zu] Nurmberg anhaim vnd in die Gastein komen were, fruntlichen vnd gnedigklichen geschriben, auch nachmals aber geschriben vnd sein botschafft bey im gehabt, vnd sich auf das fruntlichist gegen seinen gnaden erboten, auch ettliche mittel ainer fruntlichen bericht zwischen irn gnaden auf merer vnd pesser weg, dann vnnser vertzaichnuss seinen koniglichen gnaden vbergeben innen hielt, furhalten lassen, die aber vnser gnediger herre hertzog Ludwig ettwas wider wiellen ettlicher seiner gnaden rat abslug." Es bedarf doch keines weitern Beweises, daß Erbietungen, die der Kaiser durch Peuscher in Landshut thun ließ, noch bequemer während der Grazer gleichzeitigen Verhandlungen geschehen konnten.

[1] Der kurze Abschied bei v. Stockheim, Urk. u. Beilagen 295, Nr. LII. Das nachfolgende Bruchstück der bairischen Forderungen gehört wohl der sonst verlorenen Instruktion für die Gesandten an.

dazu zu helfen, daß ihm die Regierung des Landes zufalle.[1] Auch Fronauer trat mit all seinen Festen und Kriegsmitteln auf Albrechts Seite. Den böhmischen Herren wurde auf die Hilfezusage hin, die sie im Namen ihres Königs abgaben, die Verschreibung der vereinbarten Kriegsentschädigung erneuert. Mit anderen wurden Soldverträge abgeschlossen,[2] und, nachdem die Herren dem Erzherzoge einige aus ihrer Mitte als Räte beigegeben hatten, beschlossen, in beiden Österreich unverzüglich zu rüsten. Am 8. Juni sollte jeder im Felde sein.[3]

Nun warf Albrecht auch dem Kaiser gegenüber die Maske völlig ab. Als ihn vordem Friedrich auf die Erklärung, er wolle nicht länger sein Rat sein, um eine persönliche Beredung oder die Abordnung seiner Bevollmächtigten gebeten hatte, da hatte er zwar abgelehnt, „weil er eine Reise zu Herzog Sigmund seinem Vetter zu thun vorgenommen habe", aber erklärt, „alsbald er herwider käme, wolle er das gern thun", und „seine kaiserliche Gnade sollte solche seine Antwort im besten und gnädiglich aufnehmen". Nun aber fertigte er den kaiserlichen Boten, der ihn ersuchte, Tag und Ort der Verhandlung zu bestimmen und die kaiserlichen Gesandten dazu mit Geleite zu versehen, mit dem mündlichen Bescheide ab, „er habe seine Räte jetzt nicht bei sich und möge dem jetzt nicht nachkommen".[4] Erschrocken ließ der Kaiser alsbald den Wienern gebieten, falls der Erzherzog im eigenen oder im Namen Herzog Sigmunds von Tirol um Einlaß in die Stadt ersuchen würde, ja nicht darein zu willigen, sie hätten denn zuvor von ihm die Weisung.[5] Nicht ohne Bedenken versprach der Rat dies zu thun, da die Stadt auch den Herzögen geschworen habe.[6]

---

[1] J. Rousset, Supplém. au Corps universel diplomat., V volum., Amsterdam et à la Haye 1739ff., II. 2. 421. Vertragsbrief vom 28. April, wonach sich auch die genaue Zeit der Freistädter Verhandlungen ergiebt.

[2] Mit Albrecht Kostka von Postupitz u. s. w. s. unten.

[3] Über den Tag haben wir dürftige, aber sich ergänzende Notizen bei Ebendorfer, l. c. 937 und dem Anonymus 127; hier auch die Meldung den Fronauer betreffend. Vgl. Pritz, Geschichte des Landes ob der Enns II. 141.

[4] Copey-Buch, 236—237. Die Korrespondenz über diese Dinge ist verloren, doch ergiebt sich die Zeit des ersten Schreibens des Kaisers aus dem Zeitpunkte der Innsbrucker Reise des Erzherzoges (Ende März).

[5] Copey-Buch, 232—234. Danach läßt sich auch der Zeitpunkt ermitteln, in dem die Verhandlungen abgebrochen wurden. Am 18. Mai antworten die Wiener auf den Befehl des Kaisers, der gewiß sofort nach des Erzherzoges kurzer Ablehnung geschrieben ward. Diese mag also, mehrfache Beratungen der Wiener mit gerechnet, um den 8.—10. Mai erfolgt sein.

[6] Ebendort 233.

So fiel der Bruch mit Herzog Ludwig zusammen mit der deutlichen Kriegsdrohung des Erzherzoges, auch Ungarns, des Böhmenkőniges. War es da ausreichend, daß nach Heinrich von Pappenheim[1] weitere kaiserliche Boten die Fürstenhöfe des Reiches zur Treue mahnten,[2] daß die Verhandlungen mit den Eidgenossen Erfolg versprachen,[3] die Hilfe des römischen Stuhles sicher war? Mußte jeder Beistand nicht lange zu spät kommen?

Wenn sich aber auch in jenen Tagen Kaiser Friedrich in seiner Weise noch immer nicht entschließen konnte, der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zu entsagen, mit allen Mitteln zum unvermeidlichen Kriege sich vorzubereiten, so unterzog er dafür gewisse brandenburgische Ratschläge um so reiflicherer Erwägung.

Die Markgrafen Albrecht und Friedrich hatten in Nürnberg wegen des drohenden Konfliktes mit dem Böhmenkönige, dessen Räte noch während des Tages ungemessene Drohungen laut werden ließen, sich der Opposition angeschlossen, weil diese mehr als der ferne, diplomatisierende Kaiser Schutz verhieß. Daß Albrecht sich mit Ludwig von Landshut völlig vergleiche, war freilich unerläßliche Bedingung, und Erzbischof Diether von Mainz und Pfalzgraf Friedrich boten in der That alles auf, die Fürsten zur Einigkeit zu bringen. Aber auch Herzog Ludwig durchschaute die Situation. Ihm hatte der König in Eger versprochen, er wolle ihn „vor allen Dingen der Ehren halber nach Notdurft versorgen". Wenn Krieg zwischen Böhmen und Hohenzollern ausbrach, die böhmischen Heere in Franken erschienen, wenn sie jetzt „mit dem Kurfürsten in der Mark die Fastenheringe aßen", wo blieb da die Macht der Brandenburger? Wozu sollte er also jetzt weichmütig nachgeben? Da zog er „die Sache so hoch an, daß sich die Freundschaft nicht wollte finden". Markgraf Albrecht, so verlangte er, sollte 1) die zwischen beiden streitigen Schlössern — hohenzoller'scher Besitz — von ihm zu Lehen nehmen und ihm stets offen halten; 2) wo er ihn mündlich oder schrift-

---

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 19, wo es aber an entscheidender Stelle (bezüglich des Besuches des Frankfurter Tages) statt „mit zu besuchen" heißen muß „nit zu besuchen". Uber Pappenheims Thätigkeit vgl. noch Bamb. Kreisarchiv 1906 (des märkischen Kataloges) fol. 22.

[2] Schreiben des Pflegers von Koburg, Konrad von Pappenheim, an die thüringischen Statthalter. Weim. Arch. Reg. E, fol. 5[b], Nr. 18.

[3] Des Kaisers Ersuchen vom 6. April 1461 bei Äg. Tschudii, Chronicon Helveticum, ed. J. R. Iselin, part. II., Basil. 1736, II. 612. Der Kaiser ersucht um 3000 Knechte, denen er entsprechenden Sold verheißt. Bericht der Statth. Wilhelms von Sachsen. Weim. Arch., a. a. O. fol. 54.

lich geschmäht, dort Widerrufung thun; 3) sich verpflichten, in Ewigkeit nicht wieder gegen das Haus Baiern zu sein; Sachsen, Wirtemberg, Baden und Hessen verbürgen sich, daß der Markgraf also thue, und werden Helfer gegen ihn, wenn er sein Wort bricht.

Begreiflich, daß der Markgraf erklärte, lieber lasse er es nochmals zum Kriege kommen und sich aus dem Lande jagen, ehe er solche Bedingungen annehme.[1] So blieb es bezüglich dieser Sache bei den Bestimmungen des Egerer Tages, die sie an die Entscheidung des Böhmenköniges wiesen.[2]

Die Hohenzollern konnten bemerken, daß sie im Begriffe standen, die alten Beziehungen zu beiden Häuptern der Christenheit zu Gunsten einer Opposition aufzuopfern, die jede Interessengemeinschaft ablehnte, sobald territoriale Fragen ins Spiel kamen. Noch in Nürnberg faßten sie daher ihre Entschlüsse. Das erste war, daß die Margrafen noch vor Schluß des Tages wegritten. Das Ende abzuwarten hieß nach dem allen, was man bisher gebilligt hatte, dem Abschiede des Tages, der das weitere Programm der Opposition enthalten mußte, beitreten.[3] Das ward vermieden. Die Räte, welche die Brüder zurückließen, übernahmen bloß die Verpflichtung, die gefaßten Beschlüsse an ihre Herren und den Kurfürsten von Sachsen zu bringen; „wås ihr beider Meinung sein würde, sollte dann dem Erzbischofe von Mainz verkündigt werden".[4] Der Abschied ward denn auch nur so, „wie von ihnen darin geschriben steht", bewilligt, und wenn es auch bei dem Beitritte zur Nürnberger Appellation gegen den Zehnten, Zwanzigsten und Dreißigsten sein Verbleiben hatte,

---

[1] Diese und weitere Nachrichten ergeben mehrere Aktenstücke des königl. Hauptstaatsarchives zu Dresden, und zwar: 1. (loc. 10669) der Bericht der brandenburgischen Räte über den Egerer und Nürnberger Tag für Kurfürst Friedrich von Sachsen, ungenau „Handel vf dem tage zu Egra gehapt 2c." betitelt. Ein Bruchstück davon (jedesfalls nach dem für Herzog Wilhelm gefertigten Exemplar des Weimarer Archives) bringt Müller, Reichstagstheatrum II. 13—14. Vgl. K. Menzel, Diether von Isenburg, Erzbischof von Mainz, Erlangen 1868, 101. 2. Ein Brief Dr. Peter Knorres an Kurfürst Friedrich von Brandenburg vom 26. März (Liber unionum II. [Copiale 1317] fol. 330) mit einer Kopie der Darlegung der Sachlage für den sächsischen Kurfürsten (ebendort fol. 331). 3. Der Abschied des Nürnberger Tages (ebendort fol. 332—333). Vgl. K. Menzel, Diether von Isenburg 124ff., und Anm. 45.

[2] Des Königs Erklärung zu Eger vom 19. Februar auch im Bamb. Arch. 1906 (des märk. Katal.).

[3] Beide blieben aber bis ziemlich zu Ende, wie das kaiserliche Buch des Markgrafen Albrecht Achilles, 1. Abteil., h. von Dr. Höfler, 91, bezeugt.

[4] Es dauerte bis zum 26. März, ehe Peter Knorre in der Lage war, den Abschied des Tages mit weiteren Meldungen dem Kurfürsten Friedrich zugehen zu lassen.

der Rückzug nach Rom wie zum Kaiser wurde unverweilt angetreten. Denn das war Markgraf Albrechts scharfem Verstande alsbald klar geworden, daß es jetzt kein anderes Mittel gebe, der drohenden Überwältigung durch die vereinigten böhmischen und bayrischen Streitkräfte zu entgehen, als das innigste Zusammengehen mit dem Reichsoberhaupte. Nur indem man in des Kaisers Fehde mit Ludwig von Bayern die Rolle des Vorkämpfers übernahm, gewann man die Möglichkeit, den eigenen Krieg mit dem Herzoge zusammenzuwerfen mit dem Reichskriege, und die Mittel, die Kaiser und Papst mit ihrer Auktorität noch ins Feld zu bringen vermochten, zugleich verwendbar zu machen für die Wahrung der brandenburgischen Interessen, zur Verteidigung der vererbten Lande und Rechte.

Das Schwanken in der markgräflichen Politik war zu kurz gewesen, um die äußere Verbindung der Markgrafen mit dem Kaiser unterbrechen zu können. In ihrem Gefolge waren dessen Boten nach Nürnberg gekommen.[1] Schon von Nürnberg aus hatte Dr. Leubing an den Kaiser geschrieben und die alte Ergebenheit zum Ausdrucke gebracht.[2] Soeben war wieder Georg von Wembdingen nach Ansbach gekommen, den genauen Bericht über die letzten Ereignisse für den Hof zu Graz einzuholen.[3] Aber nicht Wembdingen, „da er alt und krank“, sondern den Kaplan Wenzel Reman, einen der gewandtesten Unterhändler aus der ansbachischen Schule, ersah der Markgraf dazu, den Bericht seines Bruders, des Kurfürsten,[4] und die eigene „heimliche Werbung“ dem Kaiser zu überbringen.[5] Letztere sollte er allein in Gegenwart des Marschalls von Pappenheim, der aber die vollste Verschwiegenheit geloben müsse, vortragen. Sie enthielt alles, was der Markgraf wußte, von den Bemühungen des Böhmenkönigs um das Reich, und vor allem, welches Verdienst sich die Brandenburger um Bereitlung des Planes erworben; sie charakterisierte in grellen Zügen die gefährdete Lage des Kaisers den böhmischen Anschlägen, der Macht Georg Podiebrads und seiner Verbündeten gegenüber; sie führte endlich eingehend aus, welche Mittel Friedrich III. ergreifen müsse, „damit die Kette sollte zerrissen werden“.

Der Markgraf versicherte, daß er und seine Brüder dafür „ihr Leib

[1] Kaiserliches Buch, 1. Abteil. 82. [2] Ebendort 80. [3] Ebendort 78.

[4] „Werbung herrn Wentzlawen an den kayser, Letare anno 1461“ (15. März), Kaiserl. Buch, I. Abteil. 78–80.

[5] „Heymlich werbung an den kayser durch herrn Wentzlaw gescheen anno 1461“ (15. März), ebendort 80–85. Kluckhohn hat übersehen, daß die „Werbung“ an den Kaiser kam (ca. Anfang April), als dessen Verhandlungen mit Herzog Ludwig begonnen hatten. Sein Raisonnement (184) ist danach wohl zu modifizieren.

und Gut für den Kaiser in Gefahr setzen wollten“. Aber es sei notwendig, daß dieser sich auch der Treue und Hilfe von Sachsen, Baden, Württemberg, Trier, Köln u. s. w., und vor allem der Reichsstädte versichere, damit sie auf dem bevorstehenden Frankfurter Tage fest zu ihm stünden, wie er zu ihnen. Er solle zu diesem Tage den Markgrafen Karl von Baden an der Spitze einer „trefflichen Botschaft“ abordnen, und den Papst bestimmen, ein gleiches zu thun; doch sei (der am kaiserlichen Hofe weilende) Kardinal Bessarion ungeeignet dazu, da er sich auf dem vorjährigen Wiener Reichstage mißliebig gemacht habe. Es sei ferner notwendig, daß die Kirche durch kluge Nachgiebigkeit in der Zehntenfrage und im Streite mit Herzog Sigmund von Tirol die gährenden Gemüter in Deutschland besänftige. Für den Kaiser möchte es gut sein, seinen Streit mit König Matthias von Ungarn auf den Spruch des Papstes und der Kurfürsten zu stellen; dadurch verliere der König von Böhmen eine Handhabe gegen ihn. Erzherzog Albrecht, der jetzt die Lande vor dem Arlberg und um den Bodensee innehabe,[1] könne vielleicht dadurch gewonnen werden, daß der Kaiser ihm einen Stillstand mit den Schweizern verschaffe. Am besten werde dieser aber seinem Ansehen dienen, wenn er zu Michaelis ins Reich komme, die Kurfürsten, Fürsten und freien Städte zu sich entbiete und mit ihnen als das Reichsoberhaupt berate des Reiches Notdurft. Immer zwar werde Markgraf Friedrich bei den Kurfürsten, er bei den Fürsten für den Kaiser thätig sein. Doch nur wenn dieser selbst entschieden auftrete und im festen Vertrauen auf sie mutig vorangehe, könne sich noch alles zum besten ordnen.

Man vergaß nicht, in des Kurfürsten Bericht dem Kaiser anzudeuten, wie er sich so getreuen Fürsten erkenntlich zeigen könne: die neuerliche Bestätigung der Privilegien des Nürnberger Landgerichtes, eine günstige Entscheidung in dem Streite Bischof Georgs von Bamberg mit dem brandenburgischen Vasallen Lutz von Rotenhan, die Verleihung der Grafschaft Holstein, die König Christian von Dänemark in Besitz genommen habe, ohne die ordnungsmäßige Belehnung nachzusuchen, an Kurfürst Friedrich wurden gelegentlich gefordert.[2]

Daß die Ausführungen der Markgrafen tendenziöse, den Zielen der

[1] Da die Abtretung der Vorlande erst am 30. März erfolgte (s. o.), so mußte der Markgraf bei Abfassung seiner Werbung (vom 15. März) bereits Kenntnis haben, daß jenes sicher geschehen werde.

[2] Detmar, Lübeck'sche Chronik bei Grautoff, II. 223. Vgl. auch Broderi Boissen, Chronicon Slesvicense apud Mencke, Scriptor. rer. German. III. 622.

brandenburgischen Politik angemessene waren, ist nicht zu leugnen.[1] Aber waren ihre Ratschläge nicht klar, zutreffend, sachgemäß, bildet die Werbung nicht trotz allem ein glänzendes Zeugnis für die staatsmännische Art, den weiten Blick, die rasche Entschlossenheit Markgraf Albrechts?

Viel leichter als bei dem Kaiser, den kein fremder Ratschlag je irre machte auf den Bahnen der eigenen Politik, fand Markgraf Albrecht bei der Kurie den Weg zu neuem Zusammengehen.

So freundlich Erzbischof Diether von Mainz auf der Rückreise von Nürnberg in Ansbach aufgenommen worden war,[2] auch die päpstlichen Gesandten, Meister Rudolf von Rüdesheim, Dechant zu Worms, und Franz von Toledo fanden kurz darauf bei dem Markgrafen nicht bloß freundliches Gehör, sondern auch guten Rat und Unterstützung. Rasch und geschickt fanden sich die Kurialen in die Situation. Der Papst, so versicherten sie, sei wohl gesonnen, den zehnten, zwanzigsten und dreißigsten Pfennig für den Türkenkrieg zu fordern, aber nie sei es ihm in den Sinn gekommen, dies in Deutschland zu thun ohne den Rat und den Willen der Nation. Die Drohworte, deren sich Bessarion in Wien bedient, habe er nicht befohlen gehabt; man möge sie mit seinem Eifer für die gute Sache, mit dem Schmerze über so vielfache Hindernisse, entschuldigen. Sie rechtfertigten ebenso nach Möglichkeit das Vorgehen des heiligen Vaters gegen den Tiroler Herzog und sein bisher freundliches Verhalten dem Könige von Böhmen gegenüber.[3]

Der Markgraf beeilte sich, die goldene Brücke zu beschreiten, die man ihm baute. Sein Rat ging dahin, die Legaten möchten sich direkt an den Erzbischof von Mainz wenden. Gebe der Papst nach, wie sie versicherten, und werde man nach einer weiteren Andeutung von ihrer Seite dem Kurfürsten klar machen, daß der heilige Vater auch gegen die Zusammenberufung eines Konziles nicht so viel einzuwenden habe, wobei freilich die geistlichen Herren zugleich erleben würden, daß Papst Pius die Durchführung der Reformbeschlüsse den weltlichen Fürsten übertrage,[4]

---

[1] Es ergiebt sich aus einer Vergleichung der Darstellung der Nürnberger Verhandlungen über das römische Königsprojekt für den Kaiser (in der Werbung) und für König Georg von Böhmen (Kaiserl. Buch 85—91), daß sich der Markgraf keine sachliche Unrichtigkeit erlaubte.

[2] Bericht Peter Knorres an Kurfürst Friedrich von Sachsen fol. 131. Vgl. Menzel, Diether von Isenburg, 127 und Anm. 48, 49.

[3] Bericht Peter Knorres, fol. 131—132.

[4] Der Ausspruch der Legaten betr. der Ansicht der Kurie über ein eventuelles Konzil bereits gedruckt bei C. Höfler, Böhmische Studien VIII, im Archiv für österr.

dann, meinte Albrecht, werde Diether recht wohl bedenken, ob es nicht besser sei einzulenken. In der That zogen jene dem Rheine zu, zunächst nach Worms. Hatte Papst Pius noch am 6. April[1] vorsichtig kühl den Markgrafen ersucht, auf Diether von Isenburg versöhnlich einzuwirken, so folgte nun auf der Legaten Bericht ein Brief voll Lob und Ermunterung,[2] der Albrecht aufs neue der Förderung der Kirche vergewisserte.

Die Parteien hielten damals Tage auf Tage. Während der Bischof von Bamberg sich in Mergentheim bemühte, die Streitigkeiten zwischen Mainz und Würzburg beizulegen, eilte der Markgraf unmittelbar nach dem Abzuge der päpstlichen Gesandtschaft (25. März) nach Elwangen zu einer Beredung mit Graf Ulrich von Württemberg,[3] folgte am 30. März zu Baiersdorf seine Zusammenkunft mit dem auf dem Zuge nach Palästina begriffenen Herzoge Wilhelm von Sachsen-Thüringen[4] und gleichzeitig der Tag zwischen den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg zu Jüterbog, nachdem Friedrich von Brandenburg bereits auf dem Heimritte von Nürnberg sich mit den beiden sächsischen Brüdern beraten hatte.[5]

Seit Jahren waren die Beziehungen zwischen den Hohenzollern und Wettinern derart innige, daß nicht bloß eine Erbverbrüderung alle wichtigeren Angelegenheiten des einen Hauses auch bedeutsam für das andere erscheinen ließ, sondern ihre Politik förmlich von einem Staatmanne, Markgraf Albrecht, geleitet wurde. Jetzt war die sächsische Freundschaft für die Markgrafen von besonders hohem Werte. Die sächsischen Lande vermittelten den Zusammenhang zwischen der Mark und den Besitzungen der Hohenzollern in Franken; Sachsen war, weil mit Böhmen nahe verwandt, geeignet, zwischen Brandenburg und dem Könige ausgleichend zu

---

Geschichtsquellen XII. 351. (Bei Menzel, Diether von Isenburg 135 Anm. 12 irrig Band XV., jedoch mit Berichtigung des Datums.)

[1] Münch. allgem. Reichsarchiv, Päpstl. Privil. und Bullen Nr. 9.

[2] Ebendort Nr. 10. Vgl. Jung, Miscellan. II. 181ff.

[3] Nach den Zusätzen Peter Knorres zu seinem Briefe an Kurfürst Friedrich von Brandenburg.

[4] Vgl. J. G. Kohl, Pilgerfahrt Wilhelm des Tapferen von Thüringen zum hl. Lande im Jahre 1461, Bremen 1868, 74—75. Am 30. kam erst Markgraf Johann hin, und spät Abends Albrecht, der am folgenden Tage Wilhelm nach Nürnberg begleitet. Vgl. auch Dr. Joh. Falke, Herzog Wilhelm III. Reise in das heil. Land 1461, Archiv für sächs. Gesch., herausgeg. von Dr. K. Weber, IV. Band, 3. Heft (Leipzig 1865), 282ff.

[5] Eine Sendung Herrn Stefan Scheuchs, Chorherrn zu Ansbach, an die sächs. Fürsten war bereits vorausgegangen. Vgl. Urkunden und Aktenstücke zur österr. Geschichte 1440—1471, herausg. von A. Bachmann, Fontes rer. Austriac. II. Abteil. XLII. 320, Nr. 236.

wirken; seine Hilfe mußte die fränkischen Bischöfe lähmen und schuf dem Markgrafen den Rücken frei. Freilich waren auch die Beziehungen zwischen den Herzogen und den Wittelsbachern auf nahe Verwandtschaft gegründet; des Kurfürsten Tochter war Herzogin von Bayern-Landshut und seines Ältesten, Ernst, Gemahlin eine Schwester der Münchener Herren. Und Böhmen gegenüber galt es vorsichtig die Erneuerung jener schweren Kämpfe zu vermeiden, deren Leiden noch frisch in aller Gedächtnis waren. Kein Wunder, daß die sächsischen Herzoge mit ihren Hilfezusagen sehr zähe waren und nicht einmal gern den Wunsch Albrechts erfüllten, zu dem bevorstehenden Prager Sühnetage mit Bayern ihre Räte den seinigen zuzugesellen. Sie sollten, so hatte Herzog Wilhelm den Seinen befohlen, den König ersuchen, die Sache, die ihr Herr zu Roth begonnen habe, zu Ende zu führen, sich aber sonst in keiner Weise in den Streit selbst mischen, und jedes spezielle Zeugnis zu Gunsten des Markgrafen ablehnen, auch gelegentlich den Räten Herzog Ludwigs von Bayern mitteilen, ihre Anwesenheit am Tage bedeute keine Parteinahme, sondern sei ein Freundschaftsdienst für den Markgrafen, den ihr Herr auf Ersuchen auch dem Herzoge gern erwiesen hätte.[1]

Der Prager Tag (24. April) erschien übrigens Albrecht von Ansbach mit Recht von hoher Bedeutung. Dort war die letzte Möglichkeit, den Wiederausbruch des Krieges mit Bayern zu verhindern, dort mußte ihm Klarheit werden über die Haltung Böhmens, woher immer wieder Kriegsrufe erschollen.[2] Er hatte deshalb auch bereits Mitte März seine Botschaft gerüstet,[3] als Jobst von Einsiedel, des Königs Sekretär, seine Ankunft in Anspach ankündigte[4] und Albrecht bewog zuzuwarten. Aber Einsiedel blieb aus und die brandenburgischen Räte fanden bei den damaligen Verhältnissen in Prag[5] schwerlich Gelegenheit, dem zweiten Auftrage, den ihnen ihr Herr mitgegeben, nach Wunsch gerecht zu werden. Es galt nämlich, die Haltung der Markgrafen in der römischen Königsfrage vor dem Böhmenfürsten zu beschönigen, seinen Zorn zu beschwören, keine leichte Aufgabe, die aber getrost versucht ward. Vor allem ließ der Markgraf dem Könige ins Gedächtnis zurückrufen, wieweit er bei seinem letzten Aufenthalte in Prag (Martini 1460) bezüglich des deutschen

[1] Ebendort 323.

[2] Peter Knorre am 26. März: „Item eyn guth freund had warnunge getan, myn gnädiger herr sulle noch fur ostern aber kurczlich darnach vbirczogen werdenn von Beheim."

[3] Peter Knorre a. a. O. [4] Kaiserl. Buch, I. Abteil. 85.

[5] s. unten Kap. 5.

Königsprojektes ihm beigestimmt habe, wieweit nicht. Was er dann mit seinem Bruder in Eger gethan, stehe damit in keinem Widerspruche; sie hätten ehrenhalber nicht anders handeln können. Auch der Verlauf der Nürnberger Verhandlungen ward nochmals, zwar im ganzen richtig, aber doch in dem für die Markgrafen günstigsten Lichte dargestellt. Albrecht beruft sich gegen jede etwaige andere Darstellung auf das Zeugnis der mitanwesenden Kurfürsten, er weist auf seine stete Dienstbereitschaft für den König hin, sowie er sich noch zuletzt der böhmischen Gesandtschaft in Nürnberg gegenüber erboten habe. Er schließt im eigenen und seines Bruders, Markgraf Friedrich's, Namen mit der Bitte, „sie und ihre Sache sich gnädiglich lassen befohlen sein".[1]

Man merkt nicht, daß der König seine Gesinnung gegen die Markgrafen änderte. Sie sollten empfinden, daß man ihm nicht ungestraft entgegentreten dürfe. Er war deshalb auch keineswegs gemeint, sich jetzt sonderliche Mühe zu nehmen, um ihren Streit mit dem Herzoge Ludwig von Bayern zu Ende zu bringen, vielmehr verlangte ihn, als Partei neben dem Herzoge ihnen entgegenzutreten. Als sich daher gleich zu Beginn Kompetenzstreitigkeiten ergaben, die brandenburgischen Räte behaupteten, dem Könige komme nur die Rolle eines freundschaftlichen Vermittlers zu, während die Bayern von ihm einen endgültigen Schiedsspruch verlangten, dem beide Parteien nachzukommen hätten, ergriff der König Georg die Gelegenheit, sich kurzhin der ganzen Sache zu entäußern: gleich am 20. April ward dies beiden Parteien kundgethan.[2] Alsbald begannen die diplomatischen Zänkereien zwischen dem Markgrafen und dem Herzoge.

Aber das große öffentliche Interesse blieb doch dem Konflikte zwischen den beiden Häuptern der Christenheit und der oppositionellen Bewegung im Reiche zugewendet.

Der Kaiser hatte in seiner kühlen Art aus den Ratschlägen des Markgrafen sich angeeignet, was ihm im eigenen Interesse gut schien, im übrigen seine zuwartende Haltung nicht geändert. Aber wenn er auch den direkten Bund mit Brandenburg, den ihm (Anfang Mai) eine

[1] Kaiserl. Buch I. Abteil. 85—91.

[2] Müller, Reichstagstheatrum II. 14—16. Der Widerspruch zwischen der hier vorkommenden Behauptung des Königs, die bayrischen Räte seien nicht beim Tage gewesen, und der Bemerkung Herzog Ludwigs dem Markgrafen gegenüber (Brief vom 2. Mai 1461, Königl. sächs. Haupt-Staatsarchiv loc. 9132, fol. 43), daß in Gegenwart der bayrischen Räte den Markgräflichen des Königs Brief übergeben worden sei, läßt sich vielleicht aus dem verspäteten Eintreffen jener (nach dem 20. April) erklären.

besondere Gesandtschaft des Markgrafen anbot, noch ablehnte[1]: der im Reiche weilende Marschall von Pappenheim bekam doch Befehl, vor allem mit Albrecht im guten Einvernehmen zu bleiben,[2] und energisch unterstützte Friedrich die Bemühungen, die gutgesinnten Fürstenhöfe und vor allem die Reichsstädte zu einer kaisertreuen Partei zusammenzufassen.[3] Der am 27. April von Pappenheim nach Nördlingen berufene Städtetag, den Nürnberg, Augsburg, Ulm, Konstanz, Eßlingen mit fünfzehn anderen schwäbischen und fränkischen Städten besuchte, erklärte denn auch, die Frankfurter Versammlung nicht beschicken zu wollen. Betreffs der weiteren Forderung des Reichsmarschalles, sich zu rüsten, um im Notfalle dem Kaiser Hilfe zu leisten, erbat man sich Bedenkzeit.[4]

Rastlos arbeiteten auch die päpstlichen Sendboten an ihrer Aufgabe, vom heiligen Vater mit „trefflichen und gütigen Brevia" unterstützt. Aber ob sie auch, trotzdem der päpstliche Befehl an das Mainzer Domkapitel eintraf, zur Neuwahl eines Erzbischofes zu schreiten, gegen Kurfürst Diether sich erboten, zu vermitteln, daß noch alles in Ordnung komme, wenn er nur seine unbegründete Appellation widerrufe, ob auch der eigene Klerus mit der Weigerung, sich ihm anzuschließen, die Bitte verband, nachzugeben, der Erzbischof von dem starren Gregor Heimburg, dem eifrigen Gegner kurialer Übergriffe, beraten, verharrte in seinem Beginnen.[5] Als der Rat von Frankfurt dem kaiserlichen Gebote gemäß es ablehnte, die Versammlung in seine Mauern aufzunehmen, benannte Diether am 21. Mai die Stadt Mainz als Beratungsort, wo nun Ende Mai — aus der in Nürnberg festgesetzten Vorversammlung der Fürsten am 22. Mai wurde nichts — die Teilnehmer am Tage sich nach und nach einfanden.

---

[1] „Werbung her Stefans Scheuchen an vnnsern herrn den kaiser." 9. Mai. Bamb. Arch. Inner. Gew. IV. Kast. 726, fasc. 1.

[2] Kaiser an Pappenheim am 17. Mai, Bamb. Arch. 1906 (d. märk. Katal.).

[3] Ebendort. Der Kaiser erklärt: Wenn der Marschall rate, daß er Fürsten und Städte aufmahnen solle, so möge er wissen, daß dies täglich geschehe. Vgl. das Schreiben der Nürnberger an die Rothenburger vom 27. April. Bamb. Arch., Rothenburger Chronik fol. 5.

[4] Der Abschied des 1. Nördlinger Tages mit dem Beisatze, daß die Städte sich am 29. Juni neuerdings versammeln wollten, im Bamb. Arch., Rothenb. Chronik, fol. 6.

[5] Brief der Legaten an den Markgraf, Mitte Mai, im Bamb. Archiv 1906 Nr. 22; vielleicht identisch mit dem von K. Menzel im Münchener allgem. Reichsarchive gefundenen Briefe. Vgl. Diether von Isenburg 139, Anm. 22. Die päpstliche Bulle an den Basler Domherrn Werner Flassland betreffs der Absetzung Kurfürst Diethers bei Raynaldus, Annal. ecclesias. ad. ann. 1461, Nr. 29. Vgl. Pii secundi Commentar. lib. VI. (Francof. 1614) 146. Menzel, Diether v. Isenburg 138 und 150ff. Voigt, Enea Silvio III. 274ff.

Es lohnt wohl, die Aussichten des Mainzer Tages zu übersehen vor seinem Beginne! In dem Momente, in dem Albrecht von Österreich und Ludwig von Bayern sich der Verhandlung mit den Eidgenossen, Markgraf Albrecht seinem Handel mit Herzog Ludwig und den fränkischen Bischöfen, die Landgrafen von Hessen sich der Fehde mit Braunschweig zuwandten, da der Pfalzgraf zum Kriege gegen die Grafen von Leiningen rüstete, alles wieder in territoriale Händel versunken war, versuchte ein Fürst des Reiches gegen Kaiser und Papst eine prinzipielle Opposition. Und lagen nicht selbst auch Diethers von Mainz Bemühungen für die allgemeinen kirchlichen Fragen wohlbekannte persönliche Motive zu Grunde? Danach nahm sich jeder das Maß für das eigene Verhalten.

Der Besuch des Tages war kläglich. Sämtliche Reichsstädte, dann die Kurfürsten von Köln, Trier und Böhmen waren unvertreten. Der Böhmenkrieg sagte noch am 22. Mai ab; obwohl ihm der Tag nur aus dem Berichte seiner Räte, die er in Nürnberg gehabt, bekannt sei und er keine Einladung erhalten habe, so verhinderten ihn nur „etliche merkliche Geschäfte", „womit er beladen sei" und „die sein Königreich und die Seinen hoch und tief berührten", persönlich zu erscheinen, oder auch nur seine Räte zu schicken; er verlangt von den Kurfürsten, ohne ihn „in den Handlungen, die sie als des heiligen Reiches Churherren vornehmen", nichts zu beschließen. Man meinte wohl in Prag, es handle sich jetzt, wie eben zu Eger und Nürnberg, auch wieder um die Wahl eines römischen Königes.[1] Markgraf Albrecht kam nicht, obwohl ihn die Legaten darum dringend gebeten hatten; er sandte dafür nach ihrem Wunsche den Meister Peter Knorre. Dafür waren die Gesandten der Kurfürsten von Sachsen, Brandenburg und der Pfalz zugegen. Aber der Pfalzgraf schickte nur, um zu erfahren, was geschehe;[2] er selbst zog schon am 8. Juni ins Feld gegen Leiningen und seinen Vetter Graf Ludwig von Pfalz-Veldenz.[3] Und sandten die von Sachsen und Brandenburg nicht eigentlich in der Absicht, damit, „falls die Fürsten etwas da beginnen und den Kaiser

---

[1] Übrigens war ja der König selbst in Nürnberg auf den Frankfurter Tag vertröstet worden. Sein Schreiben als Kopie im Haupt-Staatsarchiv zu Dresden loc. 7384, fol. 189. Über das Verhalten der Frankfurter vgl. man Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 158—159, Nr. 256.

[2] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms von Sachsen an diesen. Weim. Arch. a. a. O. fol. 58. Vgl. K. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen, Kurfürst von der Pfalz, Quellen und Erörterungen zur bayrischen und deutschen Geschichte II. 358ff. Diether von Isenburg 142.

[3] Bericht der Statthalter a. a. O. Sie beziehen sich auf einen eben von Mainz heimgekehrten Boten. Menzel, Diether von Isenburg 142; Reg. 366: am 8. Juni.

absetzen wollten nach Inhalt der Einung", ihr „zweier Räte dabei wären und solches wendeten"?[1] Man beachte nur die Instruktion, die Friedrich von Sachsen seinen Gesandten Dietrich Propst von Bautzen und Jan von Sleinitz mitgab.

Sie sollten dem Erzbischof von Mainz in der Sache der Annaten u. s. w. adhärieren, aber in einem besonderen Gegenbriefe sich von ihm versprechen lassen, daß auch er beitreten werde, falls einmal die Bischöfe von Merseburg, Meißen oder Naumburg in irgend einer Angelegenheit gegen den Papst appellieren würden; ebenso sollten sie neue Konstitutionen des Papstes, die er „in des Herzens Bitterkeit zum Nachteile und Verdrusse des Klerus" etwa erlassen wolle, vereint mit den übrigen Kurfürsten und Fürsten nicht annehmen, und sich dabei auf die Satzungen der großen Konzilien berufen. Dagegen ist von dem Verlangen nach demnächstiger Berufung eines Konziles oder auch nur von weiteren Schritten gegen den Papst in Verfolgung der bereits gethanen keine Rede.

Die Reform des Reiches anbelangend sollten sie in keinerlei willigen, was seine kaiserliche Majestät, seine Würde oder seinen Stand verletzen könnte. Würden die übrigen Kurfürsten ja etwas dergleichen thun wollen, so sollten sie nicht beistimmen, sich damit auf die kurfürstliche Einung berufen und stets dabei bleiben, sie müßten die Sache erst an ihren Herrn bringen; und zu einer ähnlichen Haltung sollten sie auch alle Freunde Sachsens zu bestimmen suchen. Selbst wenn der Böhmenkönig nach dem Reiche griffe, hätten sie sich nicht anders zu verhalten, obwohl man mit ihm verwandt und in Einung sei u. s. w.[2]

Von ähnlicher Beschaffenheit waren unzweifelhaft auch die Aufträge der kurfürstlich-brandenburgischen Boten.

Noch waren anwesend außer Kurfürst Diether und seinem Rate und Kanzler, dem gebannten Gregor Heimburg, die Sendboten des Papstes,[3] Landgraf Heinrich von Hessen, der Graf von Katzenellenbogen, Räte Herzog Sigmunds von Tirol und des Domkapitels von Brixen, des Bischofs von Würzburg.[4] Thatsächlich stand der Erzbischof allein mit

[1] Riedel, Codex diplomaticus Brandenb. II. Abteil. Band V. (Berlin 1848) 57—58. Brief Kurfürst Friedrichs von Brandenburg an Friedrich von Sachsen vom 2. Mai 1461.

[2] Ihre Beglaubigung, Meißen 17. Mai, im Dresdner H.-St.-Arch., Kur- und Fürstentage loc. 7385, fol. 1 (in der Kopie heißt es irrig „Freitag nach Oculi" statt „nach Letare"). Die Instruktion ebendort loc. 7384. „Das römisch Reich betreffend" fol. 186—188.

[3] Ihre Beglaubigung vom 14. Mai im Bamb. Arch. 1906 des märk. Katal.

[4] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms fol. 51.

den Tiroler Abgesandten; es waren eben alle, aber auch nur jene, die aus privaten Ursachen sich mit der Kirche in Streit befanden!

Gleich bei Eröffnung der Verhandlungen, am 4. Juni,[1] maßen sich die Parteien. Die Legaten verlangten vom Mainzer Stadtrate, daß er Gregor Heimburg, der im Banne der Kirche sei, von der Versammlung ausschließe. Der Erzbischof gab den Mainzern die Ausrede an die Hand, sie hätten den Tag nicht berufen; es stehe ihnen daher auch kein Recht zu, von vornherein jemanden zuzulassen oder auszuschließen.[2] Als aber nun die Legaten darauf die Versammlung verließen, ward Heimburg doch vermocht, sein Fernbleiben von den Sitzungen zuzusagen.[3] Es war ein schlimmer Anfang für die Opposition! Die Sache des Tiroler Herzoges vertraten nun Heimburgs Mitbevollmächtigte und die Brixener Boten. Heimburg aber verfocht seine persönliche Haltung in einem öffentlichen Manifeste an die deutsche Nation, in dem er den Papst und die Kurie wegen der Mantuaner Bulle „Execrabilis", der Verletzung der Dekrete von Konstanz und Basel, heftig ergriff, gegen die über ihn verhängten Censuren an ein allgemeines Konzil appellierte und erklärte, ebenso die Appellation des Mainzer Kurfürsten unterstützen zu wollen.[4]

Die erste (und einzige) feierliche Versammlung des Tages fand nun am folgenden Tage statt.[5] Der Mainzer Kurfürst ergriff persönlich das Wort. Ausgehend von der ungerechten Bedrückung, welche die Kurie durch die Erhöhung der Palliumgebühr ihm gegenüber geübt, von den Prozessen, in die er dadurch geraten war, kam er auf die Übergriffe des Kirchenoberhauptes im allgemeinen zu sprechen, auf die Zehntenforderung

[1] Menzel, Diether von Isenburg 143, Anm. 42.

[2] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms v. Sachsen, Weim. Arch. a. a. O. 51. Vgl. Jäger, Streit des Kardinals Nicolaus von Cusa mit Herzog Sigmund von Tirol II. 222, Anm. 38.

[3] Daß Gregor Heimburg nicht an der Versammlung teilnahm, sein Manifest also gewissermaßen ersetzen sollte, was er in der Versammlung vorzubringen beabsichtigt hatte, zeigt der Bericht der thüring. Statthalter vom 4. Juli, Weim. Arch. a. a. O fol. 100: „Item doctor Gregor Heimburg ist vf denselbigen tag komen; er had aber nicht mogen gehort werden, verhindert durch den bebstlichen legaten."

[4] Die Instruktion im Cod. Monac. german. 975 fol. 72, den bereits G. Voigt und K. Menzel benützt, lag auch mir vor. Vgl. Enea Silvio III. 256; Diether von Isenburg 143.

[5] So scheinen es die Verhandlungen über die Zulassung Gregors vom 4. und daß der Legat bereits in der Lage war, auf Heimburgs Manifest, das er wohl noch am 4. Juni veröffentlichte, zu antworten, zu verlangen. Oder sollte sich das alles am 4. ereignet haben? Der kurze Abschied des Tages ließ sich recht wohl vom 5. auf den 6. Juni fertigen.

des Kardinals Bessarion, die Bulle Execrabilis, auf die mit den Interessen der Kirche schwerlich zu vereinigende Politik Papst Pius II. in den neapolitanischen und böhmischen Angelegenheiten. Er scheute sich nicht, auch jetzt durchblicken zu lassen, daß er der Kurie zutraue, sie werde die für den Türkenkrieg gesammelten Gelder irgend einem anderen Zwecke zuwenden. Diethers Meinung ging dahin: So wie seine Appellation, wenn sie auch zunächst persönliche Abwehr bezwecke, doch eine weitere Berechtigung habe, da er damit seine Unterthanen, auf die ja schließlich doch die Last falle, in Schutz nehme, so liege es auch im gemeinsamen nationalen Interesse, daß die Fürsten durch den Beitritt zu der Appellation dem apostolischen Stuhle erklärten, sie würden dessen ungerechte, drückende Herrschaft nicht länger dulden.[1]

Maßvoll in der Form, klug entgegenkommend in den Fragen von allgemeiner Bedeutung, weit ausgreifend, entschieden abweisend, wo es sich im besonderen Falle um das Interesse der kirchlichen Macht und Lehre handelte, war die Antwortrede des Wormser Dechantes. Er durfte es der Geduld seiner Zuhörer zumuten, wenn er in breiter Rede auch auf Gregor Heimburgs Verhältnis zu dem Tiroler Herzoge und dem heiligen Vater, seinen Anteil an dem Brixener Streite zu reden kam, wenn er das eben veröffentlichte Manifest unverweilt mündlich bekämpfte. Dem Mainzer Kurfürsten ward in Zahlen, durch einen Vergleich mit dem, was die Trierer Kirche an Papst Calixt III. gezahlt,[2] nachgewiesen, daß er nicht über Gebühr belastet sei; seine Appellation sei also in der Hauptsache ungerechtfertigt. — War die Gruppierung der Summe vielleicht willkürlich: sie wirkte verblüffend und auch der Erzbischof nahm sie ohne Widerrede hin. Die Steuerforderung des Papstes, die Drohworte des Kardinales Bessarion in Wien bekamen eine andere Erklärung, als sie wohl gleichfalls ursprünglich in ihnen lag und im Reiche gefunden wurde. Aber das einzige, woran allen lag, ward auch weislich zugestanden: Es sei durchaus irrig, wenn man meine, einfach auf die Beschlüsse des Mantuaner Kongresses hin und ohne die Zustimmung der Fürsten und Prälaten werde der Papst von der deutschen Nation den Türkenzehent verlangen und mit kirchlichen Strafen vorgehen gegen alle, die sich dessen weigern.

Was der Legat sonst noch erörterte über Bedeutung, Möglichkeit und Bedenklichkeit der Berufung eines ökumenischen Konziles, die Bulle

[1] Pii II. Commentar. 143. Vgl. Menzel, Diether von Isenburg 144, Anm. 1.
[2] Menzel, Diether von Isenburg 144—145.

Execrabilis, die politische Haltung der Kurie: es war von dieser Versammlung kaum notwendig.[1] Selbst das Haupt der Gegner beugte sich, so schien es, unbedingt, als die Legaten auf die einzige Frage Diethers, ob, was Rudolf bezüglich des Zehnten vorgebracht, auch wirklich die Meinung des heiligen Vaters sei, geradezu erklärten, der heilige Vater werde in einer besonderen Bulle die deutsche Nation dessen versichern, und als sie hinzufügten, die Mittel und Wege, wie der Türkenkrieg zu führen sei, möge man von Reichs wegen auf einem neuen Tage zu Mainz, etwa am 30. September, ausfindig machen.[2]

Der Abschied des Tages, bereits am nächsten Tage (6. Juni) verfaßt, bestimmte denn auch: Da eine Anzahl Fürsten die Versammlung nicht besucht, vielmehr das Verlangen nach einem andern Tage geäußert habe, weil ferner, sowenig der heilige Vater die Absicht habe, das Reich ohne Zustimmung der Nation zu beschweren, andererseits doch zufolge des Wiener Reichstagsbeschlusses etwas für den allgemeinen Heereszug gegen die Türken geschehen müsse, so sei man übereingekommen, zu Michaelis neuerdings in Mainz zusammenzutreten. Der Erzbischof von Mainz nimmt es auf sich, allen nicht anwesenden Reichsständen diesen Abschied zu verkünden und die Könige, Herzoge, Fürsten, Universitäten und Kommunen zum Besuche des neuen Tages einzuladen, worauf ihm jeder bis Jacobi (25. Juli) schriftliche Antwort thun soll.[3]

Nach so kläglichem Mißerfolge dachte auch Kurfürst Diether daran, seinen Frieden mit Rom zu machen. Im Stillen widerrief er in Anwesenheit der markgräflich-brandenburgischen und päpstlichen Gesandten seine Appellation gegen den Papst, damit natürlich jeder weiteren Opposition entsagend.[4] Gregor Heimburg legte sein Kanzleramt nieder; „er sei

[1] Die Rede der Legaten, wie sie in der Fürstenversammlung gehalten wurde, fand ich im königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 7384, „das römische Reich betreffend", fol. 191—192. Vgl. Pii II. Comment. 144—146.

[2] Erzbischof Diether verlangte hinterher die Reden der Legaten schriftlich, was auch geschah. Sie finden sich im Cod. Monac. 975, fol. 237—272 und im königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 7384, fol. 193—199. Bruchstücke sind gedruckt bei Palacky, Fontes rer. Austriac., II. Abteil. XX. 245, Nr. 240; Senckenberg, Selecta juris IV. 391—392. Sitzungsberichte der Wiener kaiserl. Akademie der Wissenschaften V. (1850) 680—681; einen vollständigen Abdruck bringt neuestens J. Zaun, Rudolf von Rüdesheim, Fürstbischof von Lavant und Breslau, Frankfurt 1881, Anhang 61 ff.; er bildet den wertvollsten Teil dieser Schrift.

[3] Der Abschied des Tages bei Stockheim, Urk. u. Beil. 336—337. Nr. LVII. Die an den Kurfürsten von Sachsen gebrachte Kopie, Hauptstaatsarchiv zu Dresden, loc. 7384, fol. 190 stimmt damit bis auf einige dialektische Abweichungen überein.

[4] Voigt, Enea Silvio III. 275; Menzel, Diether von Isenburg 147—149.

krank", schrieb er, „und da der Bischof mit schweren Läufen behaftet sei, so könnte etwas versäumt werden".[1] Der Erzbischof mußte hoffen, daß, wie die Legaten dem Markgrafen Albrecht schrieben, nun auch in seiner persönlichen Angelegenheit „Wandel geschafft", wie für die anderen, so auch für ihn der Streit gütlich enden werde.[2] Er sollte schwer enttäuscht werden! Ihm, der so trotzig sich herausgenommen gegen den Stachel zu lenken, sollte die Strafe nicht geschenkt sein.

Während man in Mainz tagte, ging auch anderwärts die Saat wuchernd auf, welche die Kurialen so geschickt und rastlos in den Westlanden ausgestreut hatten. Zu Köln trafen jetzt mit Kurfürst Dietrich Jakob von Trier, Karl von Baden, Georg von Metz, Ulrich von Württemberg, Ludwig von Hessen und Adolf von Nassau, Domherr von Mainz und Provisor zu Erfurt, zusammen und hier ward nach kurzer Beratung Graf Adolf bewogen, die ihm von Papst und Kaiser angetragene Mainzer Kurwürde anzunehmen, und ihm allseitige Unterstützung dabei zugesichert.[3]

Viertes Kapitel.

Ausbruch des Krieges in Österreich. Der Streit um die ansbachischen Städte und Schlösser. Rüstungen und Verhandlungen im Reiche.

Der Ausgang des Mainzer Fürstentages bezeichnet einen Wendepunkt in dem Gange der Reichsgeschichte für eine Reihe von Jahren.

Die letzten Ziele der Opposition gegen das päpstliche Regiment, die Beschwerden gegen den Kaiser, die sogar einen neuen Versuch, die römische Königskrone anderweitig zu vergeben, hervorgebracht hatten, sie waren, so vielfach persönliche Motive und Interessen dabei maßgebend blieben, doch Angelegenheiten, die die Nation als ein ganzes berührten und beschäftigten, auch weitere Kreise zur Parteinahme brachten für und wider. Es blieb freilich schlimm, daß die Einheitlichkeit des geschichtlichen Lebens

[1] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms fol. 101: Item doctor Heimburg had dem bischoue von Mentz die cantzlie abgeschriben vnd ym dorzu vrsache geschepft, der bischoff sey mit sweren loufften behefftet, so sey er kranck, vnd mocht durch yn gesumpt werden. Man meynd aber, das sey die vrsache, nachdem er ꝛc."

[2] Menzel, Diether von Isenburg a. a. O.

[3] Pii II. Commentar. 146. Voigt, Enea Silvio a. a. O. Menzel, Diether von Isenburg 151—152. Bericht der Statthalter a. a. O. fol. 58—60.

des deutschen Volkes sich bereits weniger in großen gemeinsamen Unternehmungen zur Ehre und zum Nutzen des Reiches, als in der mehr oder minder allgemeinen Unzufriedenheit und Auflehnung gegen die herrschenden Ordnungen geltend machte. Aber es war bei solchem Anlasse doch auch die Rede von dem, was gemeinem deutschen Wesen geziemend, nützlich, notwendig, was ihm abträglich sei. Man gestand die vorhandenen Schäden, wies hin auf die wunden Punkte, bei denen eine bessernde Hand die Heilung beginnen mußte.

Das ward jetzt anders. Die Kirche hatte den Kampf mit der Opposition energisch aufgenommen; sie kämpfte ihn weiter, auch nach dem Mainzer Siege, bis zum vollkommenen Erfolge. Das schuf ihr Ruhe von seiten der deutschen Gegner auf Jahre hinaus. Die Bewegung gegen das Reichsoberhaupt war dagegen an ihrer inneren Schwäche und Selbstsucht in sich zusammengebrochen, ohne daß der Kaiser sich Sieger nennen konnte. Sie hatte die offensive Kraft verloren, — die Königsprojekte verstummen nun fast auf zehn Jahre, — aber das Ansehen des Reichsoberhauptes hatte nicht zugenommen. Im Ringen mit der Territorialität, die sich nun rücksichtsloser, ungestümer als irgend einmal geltend macht, muß es sich wieder zu erhöhter Bedeutung emporarbeiten.

In Niederösterreich kam der Tullner Landtag nicht zustande. Darum zögerte Johann Giskra nicht, unverzüglich gegen Fronauer und wer sich sonst unbotmäßig erwies, mit Waffengewalt vorzugehen. Schwerer noch schien aber die Landschaft durch äußere Feinde bedroht, und als nun im Mai die Meldungen über die Vorbereitungen und Absichten der Nachbarfürsten immer lauter und bestimmter wurden, da baten auch wieder die Wiener den Kaiser, für die Sicherheit der Hauptstadt Vorkehrungen zu treffen. Von Haus zu Haus hätten sie sich überzeugt, wie gering die Vorräte in der Stadt wären; es fehle aber auch den Leuten an Geld, dem Markte an Zufuhr; würde so die Stadt von einem Feinde belagert, sie wäre rettungslos verloren.[1] Unverzüglich versprach der Kaiser, dem nachzukommen,[2] und am 23. fügte er hinzu, daß er demnächst in Person nach Wien kommen und auch etliche der innerösterreichischen Herren mit sich bringen werde. Dann sollte alles geschehen, den Bürgern „als seinen Getreuen und Gehorsamen zu Hilfe und Trost und gnädigem Beistand". Er bat nur, daß die Wiener keinen Anstand erheben möchten,

[1] Copey-Buch 234—235.

[2] Copey-Buch 236—238. Die beiden Berichte ohne Datum; doch ergiebt sich dies mit Sicherheit nach dem Inhalte derselben. Die Stadt sandte an den Kaiser eine Botschaft, die auch die Antwort zurückbrachte.

das neue Geld, das er in Wiener-Neustadt wie in Graz und in Kärnthen und Krain schlagen lasse, und das dem ihren gleiche „an Korn und Aufzahl", von seiner Hofhaltung und den anderen Gästen anzunehmen.[1]

Wer aber nicht kam und wenig that, war der Kaiser; nur Giskra erhielt geringe Verstärkung. Weiteres zu thun, verbot Friedrich sein leerer Säckel. Dafür kam aber Anfang Juni die Meldung von dem Aufgebote in Oberösterreich. Es folgten die Fehdebriefe Albrecht Kostkas und seiner Genossen, nach allem die sicheren Vorläufer eines böhmischen Einfalles, da Kostka dem Könige so nahe stand; auch ein drohendes Schreiben Stefan Eizingers lief ein. Nun riß die allgemeine Aufregung in den Erblanden endlich auch den Kaiser mit sich.

Am 6. Juni erließ er an seinen Bruder, den Erzherzog, und an Georg von Böhmen Ausschreiben, in denen er sie als Oberhaupt des Reiches, „als ein ordentlicher Richter und rechter Herr des Rechtens und der Gerechtigkeit", bei ihrer Pflicht gegen die kaiserliche Majestät und das heilige Reich abmahnte, etwas gegen ihn, seine Lande und Leute zu thun, und sie anwies, etwaige Ansprüche an ihn nach Recht und Billigkeit zu verfolgen, wozu er sich völlig und willig erbiete.[2] Dieses Schreiben ward zwei Tage darauf dem Herzoge Ludwig von Bayern, den Prälaten, Herren und Städten der Krone Böhmen und des Landes ob der Enns mitgeteilt mit der Mahnung und Bitte, den König und Erzherzog bei ihrem Vorgehen gegen den Kaiser, ihren Lehensherrn, nicht zu unterstützen, sie vielmehr daran zu weisen, über ihre wirklichen oder vermeintlichen Forderungen sich nach Recht oder in Güte mit ihm zu vertragen.[3] Es erging ebenso an alle Stände des Reiches,[4] und mit neuen Werbungen für die befreundeten Höfe, mit dem Ersuchen an Markgraf Albrecht,

---

[1] Copey-Buch 238—239. Zum Schlusse ersucht der Kaiser nochmals, dem Giskra „fürderlich freuntliche Gunst" zu erweisen.

[2] Der Brief an den Böhmenkönig bereits gedruckt bei J. G. v. Ludewig, Reliquiae manuscriptorum etc., tom. 12, Francof. et Lipsiae 1720—1731, X. 517. Man vgl. ferner Müller, Reichstagstheatrum II. 63—65. Mone, Quellensammlung zur badischen Landesgeschichte, Karlsruhe 1848ff., I. 452—454. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 161, Nr. 260.

[3] Des Kaisers Brief an die böhmischen Stände im Copey-Buch 245—248; an Herzog Ludwig von Bayern bei Kremer, Urkunden zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich I. von der Pfalz, Mannheim 1766, 228—230, Nr. LXXVII.; an die Oberösterreicher im Bamb. Archiv 1906 (des märk. Katal.).

[4] Das Schreiben an Herzog Wilhelm bei Sachsen (fehlerhaft) bei Müller, Reichstagstheatrum II. 54—55. Vgl. königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden, Copiale 17, fol. 83—85.

bereit und gerüstet zu sein,[1] für des Reiches Gerechtsame einzutreten, ward dem Marschall von Pappenheim der Auftrag, einen allgemeinen Reichstag auf Bartholomäi (24. August) nach Nürnberg anzukündigen. Im übrigen ging der Hof die gewohnten Wege. Dem Eizinger ward erwidert, der Kaiser lehne es nicht ab, ihm und seiner Familie zu erfüllen, wozu er sich gegen seinen Bruder Ulrich verpflichtet habe;[2] dem Kostka, der gleichfalls alte unerfüllte Verheißungen zum Vorwande genommen hatte, erklärt, der Kaiser sei sich solcher zwar nicht bewußt, aber bereit, sie anzuerkennen, wenn sich ihre Berechtigung nachweisen lasse.[3]

Und es schien wirklich, als ob die Abmahnungen des Reichsoberhauptes von Wirkung sein sollten, die Gefahr nicht so groß sei. Der 8. Juni kam und ging vorüber, ohne daß ein Einbruch in Österreich erfolgte. Aus dem Reiche brachte Georg von Absberg die Versicherung, sein Herr, Markgraf Albrecht, sei dem Kaiser durchaus zu Willen, nur müsse auch er rüsten mit aller Macht.[4] Es kam die Meldung von den kriegerischen Anstalten Württembergs, Badens,[5] auch der Reichsstädte.[6] Dazu schien Ungarn durch die Kirche zur Ruhe genötigt. Aus Böhmen, dessen König erst im Mai den Kanzler Prokop von Rabenstein bei dem Kaiser gehabt hatte, erschien jetzt statt der gefürchteten Absage wieder der Sekretär Jobst von Einsiedel, der alle kriegerischen Absichten seines Herrn in Abrede stellte, und forderte, daß eine persönliche Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und König demnächst stattfinde, wozu der König auch seine Bündner einladen, und wo alle Streitsachen in Ordnung gebracht werden könnten.[7] Kein Wunder, daß man in Graz zu hoffen begann, es werde nun auch der Erzherzog, trotz seiner entschieden feindlichen Kundgebungen, den Kampf

---

[1] J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik, II. Band, 1. Abteil. (zweite Auflage, Leipzig 1868), 179, Anm. 1. Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms fol. 54, 65—69.

[2] Copey-Buch 242; der Inhalt des Schreibens läßt sich aus dem Berichte über die Verhandlungen des Melker Landtages ziemlich sicher erschließen; vgl. Copey-Buch 243—244.

[3] Ebendort. Woher Kostkas Ansprüche datieren, ist unbekannt. Übrigens wandte sich der Kaiser an eine Anzahl böhmischer und mährischer Herren noch besonders mit der Bitte, Albrecht Kostka von der Fehde gegen Österreich zurückzuhalten (Copey-Buch 242).

[4] v. Stockheim, Albrecht IV. von Bayern 147 ff., aber mit unrichtiger Zeitangabe. Vgl. ebendort Urk. u. Beil. 350—356, Nr. LXI—LXIV. Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1. Abteil. 180.

[5] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms von Sachsen fol. 58—60.

[6] Ebendort fol. 53. Vgl. oben das über den 1. Nördlinger Tag Gesagte.

[7] Bericht der Statthalter fol. 59—60. Den spezielleren Nachweis s. in Kap. 5.

nicht wagen, und daß man überhaupt ohne Krieg in Österreich durchkommen werde. Wir hören jetzt auch nichts von weiteren Werbungen des Kaisers, von einem Aufgebote durch die inneren Lande.

Aber schon hatte in Niederösterreich der Geist der Empörung zu weit um sich gegriffen.

Giskras Feldherrntalent allein konnte natürlich den Krieg gegen die Rebellen nicht beenden. Er hatte eben nur 300 Mann aus Steiermark erhalten; die Truppen, die er im Lande fand, waren wenig zahlreich, ohne Geld, ohne Vorräte; auch sonst begegnete ihm bei den Ständen nur Abneigung und Verdrossenheit. So kam er nicht vorwärts, auch als er 1000 Mann der Žebraken in Sold genommen hatte, die Gebirgsbauern in seine Scharen einzureihen begann, und wenigstens die Wiener ihm bereitwillige Hilfe leisteten.[1] Vor Fronauers Feste Eisdorf[2] gelagert, wagte der kaiserliche Feldherr, trotzdem er seit Wochen sich vergeblich mühte, den Sturm nicht, da er große Opfer kosten mußte und die Gegner wohlgerüstet zum Entsatze bereit standen. So sehr war der Räuber im Übergewicht, daß sich eine Wiener Hilfsschar auf dem Zuge zum kaiserlichen Heere genötigt sah, vor ihm nach Tulln zu weichen und dann gar den Heimweg anzutreten. Und wieder zwang die Not auch die kaiserlichen Truppen, den armen Leuten gleichwie den Gegnern den schwersten Schaden zu thun.[3] Zum Mißerfolge im Kampfe gesellte sich schließlich die unbotmäßige Haltung der Landschaft.

Als die Kunde von den Rüstungen in Oberösterreich, die Meldung vom unmittelbar bevorstehenden Zuge des Erzherzogs über die Enns kam, versammelte sich ein Teil der Herren, die südwärts der Donau gesessen waren, in Melk. Es fiel ihnen nicht schwer, einen Vorwand zu finden, unter dem sie sich der Pflicht, dem Kaiser als dem rechtmäßigen Landesherrn zuzuziehen, entschlagen könnten. Dies gehe nicht an, behaupteten sie, weil es sich um einen Kampf gegen Erzherzog Albrecht handle, dem sie als Abkömmling des Fürstenhauses Österreich, der „vom Lande

[1] Die Unternehmungen Giskras begannen um die Mitte April. Die Angabe Ebendorfers, 929, daß Giskra erst um Christi Himmelfahrt ins Feld gezogen sei, ist unrichtig. Er selbst leitet spätere Vorkommnisse (l. c. 930) durch die Angabe „elapsis festis Paschalibus“ ein. Vgl. auch Copey-Buch 238, 239, Nr. CXI.

[2] Ebendorfer 929 und sonst: Eysdorff. Copey-Buch 234: Eystorff. Es ist Eisdorf bei Absdorf in der Wachau, nordwärts von Tulln. Artaria's Generalkarte von Niederösterreich.

[3] Die Darstellung nach des greisen Ebendorfer sehr oft dunklen Angaben l. c. 929—930.

den Namen trage", gleichfalls geschworen hätten. Doch faßten sie wegen ihrer geringen Anzahl noch keinen bindenden Beschluß, luden vielmehr ihre Nachbarn ob dem Wienerwalde zu gemeinsamer Beratung auf den 15. Juni neuerdings nach Melk.[1]

Nicht besser war die Stimmung im Viertel über dem Manhartsberge. Heinrich Strein von Schwarzenau, Wernhard Truchsäß von Staatz, die von Puchheim und andere kamen da kurzweg überein, „da es sich um einen Krieg handle zwischen zwei leiblichen Brüdern, die beide Fürsten von Österreich seien, so wollten sie getreulich helfen, daß man zu einem Frieden komme, aber keinem der Fürsten Beistand thun".[2]

Wegen so bedenklicher Anzeichen schrieb der Kaiser einen allgemeinen Landtag auf den 15. Juni nach Korneuburg aus, wohin er seinen Kanzler, den Bischof von Gurk, mit anderen Räten abordnete.[3] Aber die Absicht ward nicht erreicht. Während in Melk eine zahlreiche Versammlung tagte, fanden sich in Korneuburg kaum ein Dutzend Landstände, darunter die Prälaten von Klosterneuburg und Mauerbach, der Abt zu den Schotten und der Propst von Sankt Dorothea in Wien und die Wiener Boten zusammen.[4] Es half auch nichts, daß man in der Voraussetzung, die Melker würden doch noch kommen, mit der Eröffnung der Beratungen bis zum 17. Juni zögerte. Statt ihrer langte aus Melk die Meldung ein, die dort versammelten Stände hätten bereits am 15. einstimmig beschlossen, nichts zu thun, als an Kaiser und Erzherzog Abgeordnete aller drei Ständekurien zu schicken, die um die Bewahrung des Friedens bitten sollten. Nach Korneuburg zu kommen ward ausdrücklich abgelehnt. — Das entschied auch das Schicksal der hier tagenden Versammlung. Man hieß gut, was die kaiserlichen Räte über die Maßnahmen dem Eizinger und Kostka gegenüber vortrugen, aber die Antwort auf die Anträge und Anfragen der Räte, besonders darauf, ob man im Falle des Krieges dem Kaiser helfen wolle oder nicht, ward mit dem Hinweise auf die geringe Zahl der Anwesenden abgeschlagen, vielmehr erklärt, daß man die Haltung

[1] Diese Thatsachen ergeben sich aus dem Copey-Buch 239, Nr. CXIII. (Werbung an den Kaiser nach dem zweiten Melker Tage vom 15. Juni.)

[2] Chmel bringt, Materialien II. 256—257, Nr. CXCVIII. s. d. (gehört in den August 1461) die spätere Werbung dieser Gruppe von Ständen an den Erzherzog, aus der sich der obige Beschluß erkennen läßt. Die nachfolgende Nummer Chmels gehört in den Oktober 1460.

[3] Copey-Buch 241: Nu hiet sein K. G. geschriben allen Prelaten, Herren, Rittern vnd Knechten vnd auch den von Steten nyderhalb der Enns, . . vnd . . der tag gelegt wer an sand Veitstag.

[4] Copey-Buch 245.

der Melker Versammlung, soweit sie die Herstellung des Friedens betreffe, nur billigen könne.[1] Diese schickten auch wirklich Boten an den Erzherzog und den Kaiser. Am 26. Juni wollten sie deren Bericht auf einem dritten Tage zu Melk entgegennehmen.[2] Aber ihre Bemühungen wurden rasch überholt durch den Gang der Ereignisse.

Ende Mai hatten in persönlicher Anwesenheit der Herzoge Albrecht von Österreich und Ludwig von Bayern, des Kardinalbischofes von Augsburg und der Bischöfe von Basel, Konstanz, Speyer und Worms, der Räte des Pfalzgrafen und Markgraf Karls[3] von Baden die Friedensberedungen zwischen Österreich und den Eidgenossen begonnen, von denen Zürich, Bern, Luzern, Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Glarus, Appenzell, Sangallen, Schaffhausen und Freiburg im Üchtlande[4] vertreten waren. Nach mühevoller Verhandlung vermochte Ludwig von Bayern am 1. Juni als Teidingsmann den Spruch zu verkünden, dessen Hauptbestimmung eine schwere Einbuße für das Haus Österreich bedeutete: Alle im Laufe des Krieges von den Schweizern eroberten Teile der österreichischen Vorlande, hieß es da, bleiben in ihren Händen bis zu einer besonderen Vereinigung, welche Herzog Ludwig und der Pfalzgraf während der beginnenden Waffenruhe vermitteln sollen; diese dauert fünfzehn Jahre; kommt keine Einigung während dieser Zeit zustande, so bleiben diese Erwerbungen den Eidgenossen seine ganze Dauer hindurch, worauf die Besitzfrage wieder offen wird. Weitere Bestimmungen betrafen die Forderung der Berner an Österreich, Österreichs an Rapperswyl. Jene sollten bis zum Definitivfrieden, eventuell die Waffenruhe aus, diese auf

[1] Der Bericht über den Korneuburger Tag im Copey-Buch 241–245. Vgl. Ebendorfer, l. c. 937. Wenn, woran nicht zu zweifeln, der Copey-Buch 240 genannte Ziegelhauser identisch ist mit dem Wiener Bürger gleichen Namens, so ergiebt dies, daß auch Wien in Melk vertreten war. Vgl. übrigens auch Copey-Buch 241.

[2] Die Werbung an den Kaiser: Copey-Buch 239—240; an den Erzherzog vom 17. Juni ebendort 240—241. Vergl. Copey-Buch 248–249, wo sich der sehr verworrene Bescheid findet, den Albrecht am 22. Juni den Ständen erteilte.

[3] Nach dem Verzeichnisse Ebendorfers, l. c. 937, das aber in mehrfacher Hinsicht verdächtig ist. So war der gleichfalls genannte Albrecht von Brandenburg sicher nicht anwesend, ebensowenig die damals in Köln tagenden Brüder Karl von Baden und Johann von Trier; wenig glaublich erscheint ebenso die Anwesenheit von französischen, schottischen und burgundischen Gesandten. Ebendorfer mag die Meldung über die oben berührten Verwendung beider Könige im Vorjahre dabei im Sinne gehabt haben. Nach Tschudi, Chron. Helvet. II. 612 intervenierten bloß Herzog Ludwig, die Bischöfe Johann von Basel und Heinrich von Konstanz, dann Vertreter der Städte Basel und Konstanz.

[4] Nach dem Verzeichnisse der Vertragsurkunde.

ein Jahr hingelegt sein. Ebenso ruhen alle anderen Ansprüche. Keine der Parteien nimmt die Unterthanen der Gegenseite in ihren Schirm; den Eidgenossen steht dies nur dann frei, wenn der betreffende bei ihnen wohnen will; doch soll der „nachfahrende Herr" jederzeit sein Recht bekommen. Zwischen den österreichischen und eidgenössischen Besitzungen findet jede Art von Verkehr ungehindert statt, u. s. w.[1]

So war der äußeren Bedrohung der habsburgischen Westlande ein Ende gemacht. Jener Vertrag mit den Rittern vom Georgenschilde, den der Erzherzog am selben Tage unterschrieb, sicherte auch deren inneren Frieden. Unbehindert konnte er sich jetzt den Angelegenheiten des Ostens zuwenden.

Wohl drängte es Albrecht, rasch nach Österreich zu kommen. Der 8. Juni war ja vor der Thür, schon mochten die Böhmen, die Niederösterreicher, wie es beredet war, losschlagen. Aber auch mit Ludwig von Bayern wollte er sich noch weiter einigen. Gemeinsam mit ihm verließ er am 3. Juni Konstanz,[2] um auf einem Schiffe die Donau hinabfahrend nach Linz zu kommen.[3] Aber in Ingolstadt gab es wieder Verzögerung. So viel man auch unterwegs verhandeln mochte, so sehr der Erzherzog zu Opfern für ausgiebige bayrische Hilfe bereit war, die Forderungen des Herzoges waren selbst dem wenig skrupulösen Manne zu hoch. Immerhin mußte sich die Einigung finden lassen. Daher erließ Albrecht am 9. Juni von Ingolstadt aus ein Manifest an die Reichsstädte, in dem er offen seine Absicht bekannte, seinem kaiserlichen Bruder die Regierung von Niederösterreich zu entreißen, und diese mit dem Hinweise auf die im Lande herrschenden Übelstände, die bis zum offenen Aufstande gegen den Kaiser geführt hätten, mit den eigenen erfolglosen Versuchen, eine Besserung der Verhältnisse durch freundlichen Rat herbeizuführen, und schließlich damit zu rechtfertigen versucht, daß er es als das einzige Mittel

[1] Der Vertrag bei Äg. Tschudi, Chron. Helvet. II. 612—615; Chmel, Regesten II. Anhang CXXXII, Nr. 111. v. Stockheim, Urk. und Beilagen 338—343, Nr. LVIII. Von den Verhandlungen ist auch sonst in Aufzeichnungen aus jener Zeit (Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms von Sachsen a. a. O.) vielfach die Rede.

[2] Noch am 2. Juni thut Herzog Ludwig von Konstanz aus an den Tiroler Herzog Meldung von dem Ausgange des Tages und benennt für die Verhandlung des definitiven Friedens den 2. Februar 1462. Stockheim, Urk. u. Beilagen 344—345, Nr. LXIII[a]. Lichnowsky, Regesten zu VII. CCCXXII, Nr. 524. Über die weiteren zunächst fruchtlosen Verhandlungen, bei denen Herzog Sigmund auf alles von den Eidgenossen seit den Tagen der Konstanzer Kirchenversammlung seinem Hause zugefügte Unrecht zurückkam, vgl. Tschudi, Chron. Helvet. II. 617—618.

[3] Bericht der Statthalter fol. 59.

hinstellt, das Land dem Hause Österreich zu erhalten. Er halte sich nicht bloß für berechtigt, sondern als geborener von Österreich und Fürst des Reiches auch für verpflichtet, dazwischenzutreten.[1] Auch Herzog Ludwig sandte als Helfer des Erzherzoges dem Kaiser seinen Fehdebrief. Da änderte sich nochmals die Sachlage.

Papst Pius hatte zugleich mit der Mahnung an den Kaiser, er möge alles thun, um Ehre und Würde zu behaupten,[2] sich auch an den Ungarkönig gewendet und am 20. Mai seinen Legaten, den Kardinal von Sankt Angelo, zum höchsten Eifer in der Friedensvermittelung zwischen Ungarn und Österreich angetrieben; „das sei eine Aufgabe" für Carvajal, „die er höher achte als alle anderen".[3] Bereits aber hatte der Kardinal seine volle Schuldigkeit gethan. Dem Andringen des um ihn und das ganze Königreich hochverdienten Mannes sich fügend, hatte König Matthias Mitte Mai seine Räte nach Graz gesandt und dann in die Ansetzung eines Friedenstages nach Raab auf den 4. Juni gewilligt. Ein Bote des Königes weilte in Linz, des Erzherzoges Ankunft erwartend. Jetzt kam er nach Ingolstadt. „Allein die Besorgnis, als Störer des Friedens und ungehorsamer Sohn der Kirche zu erscheinen", schrieb Matthias, „habe ihn bewogen, in Verhandlungen mit dem Kaiser zu Raab zu willigen"; er bat den Erzherzog, dorthin gleichfalls seine Räte zu schicken.[4] Und eben jetzt stellte sich der Burggraf auf Rabenstein, Johann Zalta von Steinberg, aus Böhmen ein mit der Meldung des Königes für Herzog Ludwig, es sei Georg jetzt unmöglich, die versprochene Hilfe gegen den Kaiser zu leisten; er werde vielmehr mit Friedrich III. in Verhandlungen treten, und ersuche den Herzog, dieselben gleichfalls womöglich persönlich zu besuchen.[5]

Das waren höchst unangenehme Zeitungen! Eilboten holten nun rasch die Absage Herzog Ludwigs zurück.[6] Dafür beantwortete derselbe

[1] Gedruckt schon bei S. Birken, Spiegel der Ehren des Erzhauses Őſterreich, Nürnberg 1668, lib. V. 665; sonst mehrmals, zuletzt bei v. Stockheim, Urk. und Beilagen 297—300, Nr. LIV.

[2] Am 14. Mai, s. o.

[3] Brief vom 20. Mai bei Kaprinai, Hungaria diplomatica tom. 2, Viennae 1751, II. 491.

[4] Kaprinai II. 494. Pešina, Mars Moravicus 723. Vgl. Chmel, Reg. II. 388, Nr. 3876 und Brief Konrads von Pappenheim v. 9. Juni an die thüringischen Statthalter, Weim. Archiv a. a. O.

[5] Bericht der Statthalter fol. 60—67. Palacky, Urkundl. Beitr., Fontes rer. Austriac. XX. 246, Nr. 242.

[6] v. Stockheim, Urk. und Beilagen 399: Markgraf Albrecht an seine Räte: Item dem keiser auch warlich zu sagen, das Herzog Ludwigs veintbriue hinwegk

des Kaisers Ausschreiben mit einem Briefe, der zwar kurz und unfreundlich die direkte Verständigung mit dem Reichsoberhaupte ablehnte, dabei aber doch verhieß, daß bairische Räte bei den Verhandlungen zwischen Böhmen und Österreich zugegen sein würden.[1] Der Erzherzog aber verließ am 12. Juni Ingolstadt, ohne mit Ludwig völlig eins geworden zu sein. Doch ließ er mehrere seiner Räte, Düring von Hallwill und den Kanzler Jörg von Stein, mit entsprechenden Vollmachten zurück.[2] Nach Prag ging ein Bote, König Georgs überraschende Sinnesänderung zu ergründen.[3]

Welcher Bescheid nun aus Böhmen kam, ist unbekannt. Jedenfalls vertrauten der Erzherzog und Herzog Ludwig auch fernerhin dem Könige. Sicher ist ferner, daß Herzog Ludwig doch schon nach dem früheren Vertrage zu Hilfe verpflichtet blieb,[4] und die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Ungarn sich zerschlugen, daß ferner, wenn auch ein Türkeneinfall den König selbst nach dem Süden rief, Matthias doch die Hilfezusage an Albrecht erneuerte.

Darauf entschloß sich dieser, den Kampf aufzunehmen, so oder so. Nachdem er mit möglicher Eile seine Rüstungen vollendet und der Landschaft geboten hatte, am 20. Juni bei Enns kriegsgerüstet im Felde zu erscheinen, kündigte er am 19. Juni in einem zweiten ausführlicheren Rundschreiben seinem Bruder den Krieg an. Das Land Niederösterreich, führte der Erzherzog aus, sei gänzlich zerrüttet, am Rande des Verderbens. „Damit aber das äußerste abgewendet, das Erzherzogtum wenigstens seinem Fürstenhause erhalten bleibe, habe er sich entschlossen, die vom Kaiser abgefallenen Landstände unter seinen Schirm zu nehmen, und wolle er, damit das ganze Herzogtum zu einer einheitlichen Regierung komme, sich unterstehen, den andern Teil des ganzen Landes Österreich niederhalb der Enns durch Waffengewalt oder, wie er ihn sonst am füglichsten bekommen

---

was vnd wolt des kaisers veint worden sein; da kam im für ein gerucht, wie wir zu feld ziehen wolten, schickt er drey eilent knecht nach dem briue vnd lies im den wider bringen." Der Markgraf schreibt, wie man sieht, das Verdienst sich zu!

[1] Palacky, Urk. Beitr., Fontes rer. Austriac. XX. 246, Nr. 242. Vgl. auch die weiteren Bemerkungen dieser Nummer.

[2] Ergiebt sich aus dem Berichte über diese Verhandlungen bei Stockheim, Urk. und Beil. 363—367, Nr. LXVII[a] ff.

[3] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms von Sachsen fol. 67.

[4] Thatsächlich war man deswegen bis zum 19. Juni eins geworden und verpflichtete man sich am selben Tage, sich nur gemeinsam mit dem Kaiser auszugleichen. Stockheim, Urk. u. Beil. 383, Nr. LXXVII.

möge, mit Gottes Hilfe, der jeder gerechten Sache beisteht, zu seinen Handen bringen."

Es folgte die Absage an den Kaiser und alle seine Erblande und die Unterthanen, dem Hause Österreich angehörend, die ihm in diesem Kriege helfen würden; dagegen wurden des deutschen Reiches Kurfürsten und Fürsten, geistlich und weltlich, Prälaten, Grafen, freien Herren, Ritter und Knechte, Städte und alle Unterthanen ausgenommen.[1]

Am selben Tage sandten auch die Landherren von Oberösterreich, dann so viele der Barone von Niederösterreich sich an den Erzherzog angeschlossen hatten, und einige Herren aus den Vorlanden, endlich neuerdings auch Albrecht Kostka von Postupitz mit der ganzen Sippe gleichgesinnter böhmischer und mährischer Edlen und Parteigänger[2] dem Kaiser die Fehdebriefe. Bis zum 22. Juni hatten nicht weniger als 486 Herren, Ritter und Knechte solches gethan, darunter die Brüder Heinrich und Georg von Lichtenstein auf Nikolsburg,[3] Jörg von Stein und dessen Vetter Wolf von Stein, Nachbuchodonosor Nankenreutter, Georg Pirkheimer und Benedikt Schiefer, Hans und Hardmann von Traun, Reinprecht von Wallsee,[4] Sigmund Eizinger von Eizing, Andreas von Polheim, Hans von Fraunsperg, Pankraz von Auersperg, Ludwig und Konrad von Hornheim, Konrad Metz zu Millein, Eberhard Truchseß von Waldburg und Hans Erhard von Maßmünster und andere. Die Fehdebriefe vieler, wie z. B. Wilhelms, Grafen von Thierstein, Sigmunds von Schaumburg, Ortolfs Geumann auf Neuatterſee sind verloren. Auch hier waren das heilige Reich und dessen Stände insgemein ausgenommen.[5]

Nun erst, als es fast zu spät war, wandte auch der Kaiser alles auf, dem Gegner die Spitze bieten zu können. Freilich klangen auch die Hilferufe der Wiener geradezu verzweiflungsvoll. „Es fehle in der Stadt, wo es so viele Esser gebe, wo die hochwürdigen Doktores, die Meister und Studenten der hohen Schule, so viele Priester, Handwerker u. s. w. wären und armes Volk die große Menge, durchaus an den nötigen Vor=

---

[1] Copey=Buch 251—253. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXIII, Nr. 530.

[2] Copey=Buch 249: „Desgleichen haben auch her Heinrich von Lichtenstain vnd sein bruder, auch der Kostka vnd ander abgesagt, das wir nicht gern gehort haben." Das Datum bei Birk, Urkunden=Auszüge 65, Nr. 498 ist in „19." Juni abzuändern.

[3] Birk, Urkunden=Auszüge 65, Nr. 497, 498.

[4] Die Schadlosverschreibung des Erzherzoges für den von Wallsee bei Chmel, Diplomatar. Habsburg., Fontes rer. Austriac. II. Abteil. II. 119, Nr. XV.

[5] „Der Lanndlewt Absag" im Copey=Buch 253.

räten. Da die Donau fast gesperrt sei, so sei auch die Herbeischaffung sehr schwierig, der Kaiser möge bedenken, wie lange eine so große Stadt ohne Nahrung bestehen könne; es handle sich bei Wien nicht um einen Ort gleich so vielen anderen, sondern um des Landes Hauptstadt mit allem, was sie erfülle und ziere vor anderen Städten. Es sei ja auch ihre gnädigste Frau, des Kaisers Gemahlin, sein Söhnlein, mehrere seiner Räte und die hohe Schule innerhalb ihrer Mauern, die er doch nicht werde in die Hände der Feinde fallen lassen."[1]

Das Schreiben hatte noch kaum die Wanderung nach Graz angetreten,[2] als den Wienern vom Kaiser erwünschte Kunde kam. Er meldete, daß er sich mit Andreas Baumkircher, seinem Hauptmann und Gespan zu Preßburg, und durch ihn mit den Grafen Johann und Sigmund von Sankt Georgen und Pösing und mit Ulrich Grafenecker, seinem Hauptmann und Gespan zu Ödenburg, geeinigt; sie würden binnen zwölf Tagen mit 3000 Mann zu Roß und zu Fuß sicher zu Wien sein. Bis dahin wolle auch er dort eintreffen, „der Sachen uns und unser Lande und Leute antreffend wider unsere Feinde nach Notturft nachzugehen."[3] Eiligst wurden die Truppen geworben, suchte der Kaiser die nötigen Geldsummen zusammenzubringen.[4] Zugleich erhielt Giskra Befehl, mit seiner Macht sich gegen die Hauptstadt zurückzuziehen.

Es war dem alten Kriegsmanne gegönnt, den Feldzug wenigstens mit einer gelungenen Waffenthat zu beschließen. Noch lagerte er vor Eisdorf und war ihm der kaiserliche Befehl nicht zugekommen, als ihm Erzherzog Albrecht brieflich mitteilte, er habe Eisdorf und die anderen von den kaiserlichen Truppen belagerten Burgen unter Vermittlung des Königs von Böhmen käuflich an sich gebracht und befehle daher, unverweilt von dort abzuziehen.[5] Darauf antwortete der Feldherr rasch ent-

[1] Brief vom 28. Juni 1461 im Copey-Buch 249—251. Vgl. Birk, Regesten zu Lichnowsky VII. CCCXXIII, Nr. 533.

[2] Des Kaisers Brief vom 24. Juni mußte am 28. oder 29. in Wien sein, da ein gewöhnlicher Bote 4—5 Tage von Graz nach Wien brauchte. Der Brief vom 28. ward am 3. Juli in Graz übergeben. Vgl. Birk, Urkunden-Auszüge 66, Nr. 496.

[3] Chmel, Reg. II. 388, Nr. 3883. Birk, Urkunden-Auszüge 65, Nr. 495. Eine ernste Mahnung, in so schwieriger Zeit die Treue zu bewahren, die dann der Kaiser am 5. Juli wiederholte (Copey-Buch 254—255), war ebenfalls in dem Schreiben enthalten.

[4] Der Kaiser borgt und verkauft an mancherlei Orten, um Geld zusammenzubringen. Vgl. Chmel, Reg. II. 388, Nr. 3881. Birk, Urkunden-Auszüge 66, Nr. 503, 508, 510. Birk, Reg. zu Lichnowsky VII. CCCXXIII, Nr. 532.

[5] Ebendorfer, l. c. 930: Sed cum dux Albertus Austriae sibi (Giskrae) litteris suis insinuasset, hanc bastitam et alias, quas in Austria incastellaverat,

schlossen am 15. Juni mit einem allgemeinen Sturme auf die Feste, der beim dritten Anlaufe, namentlich durch die Tapferkeit der deutschen Truppen,[1] gelang. Die Besatzung, aus nur 120 Köpfen bestehend, ward fast völlig zusammengehauen, der Rest gefangen. Nicht ohne vielfältigen Schaden auch an dem Gute der kaiserlich Gesinnten und der Wiener anzurichten, zogen sich Giskra's Scharen langsam auf die Hauptstadt zurück. Es mußte der Kaiser ihm noch besonders gebieten, sich auf die Güter seiner und der Landes-Feinde zu legen, „deren wir manchen um euch haben".[2]

Am letzten Junitage überschritt der Erzherzog bei Enns den Grenzfluß gegen Niederösterreich, zog rasch auf Ybbs, das sich ohne Widerstand ergab,[3] und verfolgte ebenso ungehindert die Straße nach Melk, wo er vorerst stehen blieb. Nun erhoben sich auch allenthalben im Lande seine Parteigänger. Sie wandten sich gegen Sankt Pölten, hier ihre Truppen, wie geboten war, mit dem Heere des Erzherzoges zu vereinigen. Der Krieg hatte an der mittleren Donau begonnen.[4]

Schon ward er auch im Reiche unvermeidlich.

Die markgräflichen Boten waren noch nicht von Prag nach Ansbach zurück, als hier die Aufforderung Herzog Ludwigs von Landshut einlief, Albrecht solle ihm Kosten und Schäden des letzten Krieges ersetzen und die gebrauchten unziemlichen Worte widerrufen.[5] Der Markgraf antwortete sofort: Noch habe er vom Böhmenkönige keine Nachricht; aber wie immer auch die laute, er hoffe, der Herzog werde ihn gütlich zu dem Seinen kommen lassen; wenn nicht, so wolle er ihm durch eine Gesandtschaft rechtliche Erbietung thun.[6]

ad votum regis Bohemiae suo pretio redemisse, mandasset quoque ab eadem se quantocyus submovere, . . . (Giskra) aggressum instituit.

[1] Wie Ebendorfer a. a. O., wie es scheint, absichtlich hervorhebt. Das Treffen ward in der Ferne wie gewöhnlich übertrieben; vgl. Ber. d. Statth. fol. 66.

[2] Copey-Buch 254—255. Schreiben des Kaisers vom 5. Juli.

[3] Copey-Buch 250 mit Rücksicht auf Ebendorfer 937.

[4] Anonym. chron. Austriac. 128.

[5] Schreiben des Herzogs vom 27. April bei Müller, Reichstagstheatrum II. 67. Eine bessere Kopie im Dresdner Hauptstaatsarchiv loc. 9132, fol. 43a. Es kam dem Herzoge darauf an, der erste Kläger zu sein; daher seine Eile. Vgl. v. Stockheim, Urk. und Beil. 347, Nr. LIX: „Nu habt ir vns nu vnder anderm", schreibt Markgraf Albrecht am 20. Juni 1461 an seine in Graz weilenden Räte, „geschriben, wie der herczog maister Mertein hab lassen reden, ir habt die sach nicht förmlich furbracht an dem punckt, das wir nicht vor geantwort haben zu seinen spruchen, nachdem er der erst cleger sey nach dem entslache vnnsers herrn des konigs" 2c., wobei ich die unsinnige Interpunktion Stockheims ändere.

[6] Müller, Reichstagstheatrum II. 67—68. Dresdner Hauptstaatsarchiv loc. 9132, fol. 43b.

Damit war zugleich wieder der Gegensatz zwischen beiden Fürsten in ganzer Schärfe zum Ausdrucke gekommen. Rasch entwickelte sich der Streit. Der Landshuter erklärte es für leere Ausrede, wenn Albrecht noch keine Meldung über den Ausgang des Prager Tages haben wolle; sei ja doch des Königs Brief in Gegenwart der bayrischen Gesandtschaft seinen Räten übergeben worden; er verlange nochmals deutliche Antwort.[1] Der Markgraf unterdrückte seinen Verdruß über eine solche Art. „Der Herzog habe Eile", schrieb er, „und das freue ihn; könne er doch so hoffen, eher wieder zu dem Seinen zu kommen; inzwischen (1. Mai) sei auch seine Botschaft aus Prag heimgekehrt und er habe mit den Räten die Sache überlegen können; ein Teil derselben solle unverzüglich seine Entschlüsse nach Landshut überbringen; Ludwig möge bestellen, daß sie am 10. Mai in Eichstädt ins Geleite genommen würden."[2]

Der Herzog gab nur bedingte Zusage. Er habe sich auf Bitten Albrechts von Österreich erhoben nach Konstanz zu reiten, wisse also nicht, ob er nächsten Sonntag (10. Mai) „inlendisch" sei.[3] Ihn verlangte überhaupt nicht nach langwieriger Verhandlung. Trotzdem ordnete der Markgraf eine sehr stattliche Gesandtschaft, Balthasar von Mobschiedel, den Erwälten von Agram, Heinz von Seckendorff, Wilhelm von Kreulsheim, Burkhard von Wolmarshausen und den Kanzler Stefan Scheuch nach Landshut ab, und die eingehende Instruktion, die sie erhielten, bewies, wie sorgsam Albrecht bei aller Wahrung seiner Ansprüche sich bemühte, die Möglichkeit einer friedlichen Übereinkunft offen zu erhalten. Sie sollten verlangen:

1. Daß der Herzog die zu den eroberten und zerbrochenen Schlössern Stauff, Landeck und Schönberg gehörigen Renten und Gülten, die er seit ihrer Eroberung für sich eingenommen habe, wiedererstatte.

2. Daß er die Stadt Roth und die dort fälligen Einkünfte herausgebe.

3. Die Ritterschaft „auf dem Rathmannsberg und darum gesessen" der ihr aufgedrungenen Eide ledig sage, und sie „freie Franken, Ritter und Knechte" bleiben lasse.

4. Daß der Herzog und seine Amtleute ihrem Herrn nicht weiter in sein Geleite greifen; es gehöre dieses wie auch die Zölle und Renten

---

[1] Brief vom 2. Mai im Dresdner Hautstaatsarchiv fol. 43b.

[2] Brief vom 4. Mai ebendort, fol. 43b—44a.

[3] Brief vom 6. Mai ebendort, fol. 44. Vgl. zu dieser Korrespondenz Kluckhohn, Herzog Ludwig 183—184. v. Stockheim, Albrecht IV. 144—145. Sehr gut unterrichtet sind die thüringischen Statthalter a. a. O. fol. 52—54.

nicht zu den streitigen Schlössern, sondern zur Nürnberger Burggrafschaft.

Andererseits sollten sie anbringen: Einen Schadensersatz müsse der Markgraf ablehnen; er habe solchen nicht versprochen, auch keinen Schaden gethan, außer in ehrlichem Kriege. Was die Schmähworte betreffe, so habe er sich eben verteidigt, da der Herzog mit unfreundlichen Worten angefangen. Über diese und alle anderen Stücke erbiete er sich aber zu Recht auf Kurfürst Diether von Mainz oder Johann von Trier u. s. w., besonders aber auf Herzog Wilhelm von Sachsen, und da dieser nicht anheim sei, auf dessen obersten Statthalter, den Grafen Heinrich von Schwarzburg, Herrn zu Arnstadt und Sondershausen.[1]

Darin und daß er nicht direkt die Rückgabe der Schlösser verlangte, glaubte wohl Albrecht die Handhabe zu haben, wenn auch nicht eine Übereinkunft, so doch weitere Verhandlung zu erreichen. Er war sehr in Ängsten, von Herzog Ludwig und Böhmen ungerüstet angefallen, „übereylet" zu werden,[2] und die Sorge wuchs, als wegen des Konstanzer Tages die Sendung nach Landshut unterbleiben mußte.[3]

Unverzüglich fertigte er Stefan Scheuch nach Graz ab, Rat und Hilfe vom Kaiser zu fordern; man wisse wohl, wie er „seiner Gnaden halben in die Sache gekommen sei, Wörth und Dinkelsbühl halben antreffend, wiewohl man der Ursache einen andern gefärbten Titel gab." Scheuch sollte an seines Herrn Stelle „in Recht Forderung und Klage thun" vor dem kaiserlichen Hofgerichte[4] wegen der zerbrochenen Schlösser, und zwar zuerst schlichte Ladung nehmen auf jedes davon und die Stadt Roth besonders, dann eine andere „auf Herzog Ludwig personaliter"; die erste „der Schlösser halb werde gesetzt peremptorie, die andere nach fürstlicher Gewohnheit zu Hofe". So hoffte Albrecht, daß man „die Vorclage" gewinnen oder daß aufs mindeste die Sache „in sentencia diffinitiva" werde „geendet" werden.[5]

Inzwischen konnte der Markgraf sich klar machen, daß ein böhmisch-bayrischer Angriff auch die Bischöfe von Bamberg und Würzburg gegen

[1] Instruktion im Dresdner Hauptstaatsarchiv loc. 9132, fol. 41—42.

[2] Berichte der Statthalter a. a. O.

[3] Die Räte Albrechts bekamen unterwegs, in Neuburg, die Mitteilung, daß der Tag nicht stattfinden könne, weil Herzog Ludwig nach Konstanz gezogen sei. Danach berichtigen sich die Angaben Kluckhohns u. s. w.

[4] Die Vollmacht für Stefan Scheuch am 9. Mai, unmittelbar nach der Rückkehr der Räte verfaßt, im Bamb. Arch. 1906 (des märk. Katal.).

[5] Instruktion St. Scheuchs vom 9. Mai im Bamb. Arch., Inner. Gewölbe IV, Kast. 726, fasc. I. Nr. 1906.

ihn ins Feld bringen werde. Schon im Herbste 1460 war er über die Deutung der Rother Richtung mit Johann von Würzburg in einen bitteren Briefwechsel geraten, den ein Tag zu Kitzingen (November) zwar endete, ohne aber die Streitfragen zu lösen.[1] Jetzt erhob Bischof Johann neue Klagen über Beschädigung seines Landes durch ansbachische Unterthanen; er verlangte zugleich, daß der Markgraf der Richtung von Roth nachgehe. Albrecht forderte dagegen Ersatz für den Schaden, den Würzburger Dienstleute den Seinen zu Ostheim gethan. Der Vorwand zur Absage, wie ihn die Bischöfe liebten, war da. Rasch genug sah sich der Markgraf in ganz ähnlicher Art mit Georg von Bamberg ebensoweit.[2] „Von Würzburg und Bamberg kam" dem Markgrafen „als wohl Warnung als von Bayern."[3]

Da gebot er allen Rittern und Knechten, allen den Seinen in den Städten und Ämtern sich zu rüsten, um am 22. Juli im Felde zu sein. Seine Gemahlin und Kinder sandte er in das Land „auf dem Gebirge". Unermüdlich strebte er neue Freunde zu gewinnen, die alten Bündner zu energischer Hilfeleistung anzuspornen.

Am 14. Mai tagte Albrecht mit Ulrich von Württemberg zu Schwäbisch-Gmünd. Noch ließ sich der Württemberger nicht unmittelbar in das brandenburgische Schlepptau nehmen. Die Fürsten beredeten die Stiftung eines großen Vereines fränkischer, schwäbischer und rheinischer Fürsten, an dem sie beide, dann Baden, Mainz, Pfalz, unter gewissen Voraussetzungen auch Markgraf Johann von Kulmbach, Albrechts Bruder, Graf Ludwig von Pfalz-Veldenz, ja auch Ludwig von Landshut und die Bischöfe von Würzburg und Bamberg teilnehmen sollten. Die Vorbedingung für den Beitritt sollte in dem Gelöbnisse bestehen, in der kommenden Zeit nicht mit Bundesgliedern fehden zu wollen; das nähere wird auf einem Tage zu Baden vereinbart.[4]

[1] Darüber mehrfache Stücke im Manuskr. Sternberg. (der fürstl. Lobkowitzschen Bibliothek in Prag), so fol. 482—483, 483—486, 486 - 490. Die Stücke sehr fehlerhaft und offenbar nach den von Würzburg nach Böhmen geschickten Kopien von einem czechischen Schreiber eingetragen.

[2] Darüber zahlreiche Akten im Bamberger Archiv, Kasten 28, fasc. 3, Abteil. 3. Vgl. auch oben Peter Knorre's Brief an Kurfürst Friedrich vom 26. März a. a. O.

[3] Brief des Markgrafen an Wenzel Reman vom 15. Juni im Bamb. Arch., Inner. Gew. IV. Kast. 726, fasc. 1, fol. 1906.

[4] Ein Bruchstück der Verhandlungen im Bamb. Arch. a. a. O. Vgl. Bericht der Statthalter vom 15. und 28. Juni, Weim. Archiv a. a. O. Die Grundlage für das Abkommen zwischen Albrecht und Graf Ulrich bildet der Aschaffenburger Vertrag vom 27. Oktober 1460. Vgl. Stockheim, Urk. und Beil. 333 und 405. Kaiserl. Buch des Markgrafen Albrecht Achilles, 1. Abteil. 95.

In die Mark zu seinem Bruder, dann den Herzogen von Sachsen sandte Albrecht Mahnung auf Mahnung. Noch vor Herzog Wilhelms Abreise nach Jerusalem[1] hatte Heinrich von Aufseß mit beiden Brüdern verhandelt und auch, freilich allgemein gehaltene, Zusagen erlangt. Wilhelm hatte aber seinen Statthaltern bloß befohlen, sich den Schritten des Kurfürsten anzuschließen. Sowie Ende April der Federkrieg mit Herzog Ludwig begann, folgte Aufseß der Kaplan Wenzel Reman, um in Berlin, Torgau und bei den Statthaltern gleichmäßig Markgraf Albrechts Bitte vorzubringen, ihn, falls er von Herzog Ludwig überzogen würde, nicht zu verlassen.[2] Reman verlangte als erste Hilfe von den Statthaltern 400 Reisige, von dem Kurfürsten 1000 Reisige und 4000 Fußgänger, im Falle der Not aber Zuzug mit aller Macht.[3] Da von den thüringischen Herren keine bestimmte Zusage zu erhalten war und auch Kurfürst Friedrichs Erbietungen weit hinter der gewünschten Anzahl zurückblieben, sandte der Markgraf Ende Mai wieder den Heinrich Seybot vom Rampach nach Weimar. Er vermochte aber nichts anderes zu erlangen als die Zusage, die Räte würden dem nachgehen, was ihr Herr in Leipzig Heinrich Aufseß versprochen, sonst sich nach ihrem „alten“ Herzoge (Kurf. Friedrich) richten.[4] In der ersten Junihälfte endlich machte neuerdings Wenzel Reman die Runde durch alle drei Höfe, gab Kunde von der seinem Herrn nun auch von Bamberg und Würzburg drohenden Gefahr, und bat, die versprochenen Hilfstruppen zuverlässig am 22. Juli bei Bayreuth oder Kulmbach im Felde zu haben.[5] In schwerer Verlegenheit versuchte Friedrich von Sachsen, weil auch Ludwig von Bayern als sein Schwiegersohn Hilfe von ihm forderte, zwischen den Gegnern zu vermitteln. Ein allgemeiner Friedenstag ward auf den 15. Juni nach Nürnberg angesagt. Herzog Ludwig versprach, ihn in eigener Person zu besuchen.

Der so scharfblickende Ansbacher Markgraf gab sich in jenen Tagen einer Täuschung hin, ähnlich wie der Kaiser. Als weder aus Böhmen noch aus Bayern, trotz alles Kriegslärmes, etwas von einem Auf-

---

[1] Vgl. darüber die Berichte der Statth.; auch die Monographie von J. G. Kohl, Pilgerfahrt des Landgrafen Wilhelm von Thüringen nach dem heil. Lande 67 und 74—75.

[2] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms, Weimarer Gesammtarchiv Reg. A, fol. 26ª, Nr. 60, fol. 52, 53. Hier auch das über die Werbung Heinrichs von Aufseß Erwähnte.

[3] Ebendort fol. 53. [4] Ebendort fol. 52—53.

[5] Nach dem Schreiben des Markgrafen an Reman vom 15. Juni; Bamb. Arch. Inner. Gew. IV. Kasten 726, fasc. I., Nr. 1906.

gebote verlautete, als die Nachricht kam, der Tag von Konstanz wolle nicht gelingen, dagegen Sachsen vermittelnd zwischen ihn und Niederbayern trat, da hoffte er nochmals auf Erhaltung des Friedens.[1] Ein Schweizerkrieg, meinte er, gebe dem Erzherzoge und Ludwig von Bayern „so viel zu schaffen, daß sie seiner vergessen würden". Er wollte sofort nach Ludwigs Rückkehr die Verhandlungen mit ihm wieder aufnehmen, und rechnete zuversichtlich darauf, daß man sich einigen werde.

Eben jetzt stellte in Ansbach ein Gast sich ein, der gern gesehen wurde wie wenige, Jobst von Einsiedel, der vertraute Sekretär Georgs von Böhmen. Und noch erfreulicher war, was er im Auftrage seines Herrn zu melden hatte: Der König wolle „nicht mehr nach dem Reiche stehen", er habe mit Erzherzog Albrecht den Zug gegen den Kaiser aufgeschoben, da ihm das zur Stunde nicht thunlich sei, er werde auch veranlassen, daß seine und die kaiserlichen Räte zwischen Österreich und Mähren zusammenkämen, und wünsche, daß auch der Markgraf dazu Gesandte schicke.

Dieses und noch vieles andere wußte der wackere Egerer mitzuteilen in alter Vertraulichkeit, „des sich Markgraf Albrecht tröstete", das ihn vertrauen ließ, „die Sachen würden noch alle gerichtet werden dem römischen Kaiser zu gute".[2]

Bald kamen dann Meldungen aus Böhmen, die man mit Staunen hörte, die des Königs unerwartete Milde begreifen ließen, Berichte über das Wiederaufflammen der religiösen Streitigkeiten, über Zwiespalt zwischen dem Könige und mächtigen Baronen. Dem Markgrafen war nun schon die böhmische Vermittelung zwischen dem Kaiser und Herzog Ludwig nicht ganz angenehm. Er hatte es deshalb abgelehnt, seine Räte zu jener Zusammenkunft zu schicken.[3] War er selbst vor Böhmen sicher, dann lag ihm nicht so viel am Frieden mit den anderen Gegnern. Die neuen Nachrichten ließen ihn jetzt vollends jede Sorge aufgeben. Schon zögerte er nicht länger, dem Landgrafen Ludwig von Hessen zuzusagen, ihm bis Ende Juni 50 Gleven mit den dazu gehörigen Wägen und Kriegsgeräte gegen

---

[1] Bericht der Statthalter l. c. „Nach demselben tage (von Konstanz) wulle der marggraf sein rete wider zu ym fertigen vnd ym durch die so glich vfrichtige gebote furhalten lassen, dadurch er sicher sehe, es kome nicht wider zu krign ꝛc. So verneme er noch keyn vfgebot in Beyern, auch wo die sache mit den Switzern ꝛc.

[2] Bericht der Statthalter vom 15. Juni, Weim. Archiv a. a. O. fol. 53—54.

[3] Ebendort: Vnd er Jobst hedte gern gesehen, das der marcgraf sin rete auch dahin geschickt hedte; der marcgraf habe aber das nicht wullen thun etlicher vrsachen halben, die dann doby nicht entdackt sind.

den von Braunschweig-Grubenhagen zu senden. Auch Kursachsen leistete an Hessen die vertragsmäßige Hilfe.[1]

Und war denn auch nicht das Zusammengehen Herzog Ludwigs von Bayern mit dem Erzherzoge fraglich geworden? Schon was der Erzherzog persönlich hatte in Ingolstadt für die bayrische Hilfe zugestehen wollen, erschien seinen Räten allzu schwer. Doch mühten sie sich umsonst, eine Ermäßigung der Bedingungen zu erreichen. Als nun aber die in der bayrischen Kanzlei gefertigten Vertragsbriefe ganz neue Forderungen enthielten, so vor allem, daß für den Fall des kinderlosen Ablebens der Herzoge Albrecht und Sigmund von Österreich dem Herzoge 300000 fl. auf das Land Oberösterreich verschrieben werden sollten, da verweigerte der erzherzogliche Kanzler, Jörg von Stein, deren Annahme. Ludwig sandte daher mit ihnen den Hans Seyboltsdorffer zu Albrecht und ermächtigte ihn, eventuell in Schärding mit dem bereits in Österreich weilenden Kanzler Dorner die Verhandlungen weiter zu führen.[2]

Den Frieden, wenn es sein müsse, mit Opfern zu erhalten, fehlte aber doch auf allen Seiten der gute Wille.

Der Markgraf sandte zum Nürnberger Tage wieder den Bischof von Agram, dann Hans von Birkenfeld, Konrad von Eib, Heinrich von Lichtenstein, Jörg von Wembingen und den Doktor Laurenz Schaller.[3] Ihre Instruktion wird von jener für die Landshuter Verhandlungen nicht wesentlich verschieden gewesen sein. Albrecht selbst traf in jenen Tagen in Gmünd neuerdings mit Ulrich von Württemberg zusammen.[4]

Dagegen trafen neben Herzog Ludwig die Bischöfe von Würzburg und Bamberg persönlich in Nürnberg ein, für das Zusammengehen der Fürsten immerhin von Bedeutung. Denn während Konrad von Metsch, der für Friedrich von Sachsen die Vermittelung versuchte, schon bei den ersten Beratungen erkennen mußte, daß so verwickelten Streitsachen gegenüber seine Bedeutung und Vollmacht weitaus unzureichend sei, während er daher nur daran arbeitete, die Ansetzung eines neuen Friedenstages zu erwirken, auf dem sein Herr oder dessen ältester Sohn Herzog Ernst persönlich den Ausgleich verhandeln könne, schlossen eben in Nürnberg

[1] Bericht der Statthalter fol. 59.

[2] Den Bericht über die Ingolstädter Verhandlungen und die Instruktion Seyboltsdorffers bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 363—376, Nr. LXVII[a]. Daß sie zwischen dem 12.—14. Juni fallen, ist leicht zu erweisen.

[3] Ihre Kreditive bei Herzog Ludwig vom 17. Juni erwähnt v. Stockheim, Herzog Albrecht IV. 145, Anm. 1.

[4] Bericht der Statthalter fol. 53.

der Herzog und die Bischöfe einen Vertrag, der den gemeinsamen Krieg gegen den Markgrafen zur Folge haben mußte: Keiner von ihnen solle sich ohne die anderen mit Albrecht „richten lassen"; die Vorbedingung jeder weiteren Verhandlung, auch der Vermittelung des sächsischen Kurfürsten, sei, daß der Markgraf zuerst erfülle, wozu er durch den Vertrag von Roth verpflichtet sei. Metsch, davon verständigt, kam selbst nach Gmünd, um des Margrafen Zusage zu holen.[1]

Der Ansbacher merkte wohl, was diese Forderung feindseliges enthielt. Er hatte Belege dafür. Aber er berücksichtigte Sachsen. Den Vertrag von Roth, erklärte er, habe er gehalten und werde ihn halten; er weigerte sich auch nicht, die Beschickung des Friedenstages zuzusagen, der in persönlicher Anwesenheit Kurfürst Friedrichs am 20. Juli in Nürnberg vor sich gehen sollte. Ganz anders aber lauteten die Meldungen und Befehle an seine Räte: „Uns ist wahrscheinlich angelangt", schrieb er dem Bischofe von Agram, „daß der Herzog und die Bischöfe mit uns kriegen werden". Er befahl ihm und den anderen möglichst vorsichtig und zurückhaltend zu sein, auch nicht weiter sich über etwaige Forderungen Herzog Ludwigs, die mit der Stadt Roth und den Schlössern nichts zu thun hätten, zu Recht zu erbieten. Diese müßten ihm vor allem wieder werden. Bei den sächsischen Räten sollten sie ihr ganzes Augenmerk darauf richten, daß ihm seitens ihres Herrn im Kriegsfalle Hilfe werde.[2]

Es kam in Nürnberg zu nichts weiter. Nur ward der Friedenstag nach Neumarkt in der Oberpfalz verlegt. Dagegen einten sich der Bayerherzog und die Bischöfe vor dem Abscheiden dahin, nun in ihren Landen mit ganzer Macht zu rüsten, und zugleich, auf einem Tage zu Würzburg zu versuchen, wie man den Streit des Mainzer Kurfürsten mit dem von Rieneck und der fränkischen Ritterschaft schlichte und diese an sich ziehe. Gelinge das, so solle der Markgraf von den drei Fürsten von drei Seiten angegriffen werden; wenn nicht, so werde Bischof Johann seine Macht

[1] Bericht der Statthalter fol. 59—60. Man vgl. die Erzählung bei Müller, Reichstagstheatrum II. 83.

[2] Brief des Markgrafen an den von Agram und seine Räte vom 20. Juni bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 346—347, Nr. LIX. Der Markgraf schreibt weiter, den Konrad Metsch betreffend: „Das moget ir im also furhalten auff daz ernstlichst, domit zufurkomen, das er kein botschafft hinder sich (Stockheim: hinderlich) thue, sundern wollet ine von unnsern wegen biten, das er sich yzund auff mondtag (Juni 22) zu uns gen Onolczpach fuge und uns des yn nicht versage noch aussen bleybe, dann wir allerley mit im zu reden haben ꝛc."

gegen den Mainzer kehren, aber doch auch das ansbachische nach Möglichkeit bedrohen.[1]

Auch Markgraf Albrecht war nicht vergebens in Gmünd gewesen. ~~Jedem~~ er versprach, alle Forderungen Graf Ulrichs bei dem Kaiser zu unterstützen, indem er ihm auseinandersetzte, wie sich jetzt die Gelegenheit biete, des Kaisers Fehde im Reiche an der Spitze aller jener, die der oberherrlichen Auktorität gehorchten, besonders aber der mächtigen Reichsstädte durchzukämpfen, dabei auch die eigenen Interessen allen Gegnern gegenüber auf das nachdrücklichste zur Geltung zu bringen, gelang es ihm, den Württemberger völlig zu gewinnen.[2] Und waren die Aussichten nicht tröstlich? Von dem Böhmenkönige besorgte man nichts, der Pfalzgraf lag im Kampfe mit Leiningen und Veldenz, der Würzburger hatte Händel mit Mainz. Dagegen durften sie den Beitritt Karls von Baden zu ihrem Bunde als sicher ansehen, rechnete man auf Sachsen, Brandenburg, Trier, Köln, die Reichsstädte, die Eidgenossen. Nur war es unumgänglich notwendig, Sorge zu tragen, daß der Kaiser mit ganzem Nachdrucke an die Sache ging, daß er in förmlichen Verträgen sich verpflichtete, dafür daß sie seine Feinde im Reiche bekämpften, auch bei ihnen zu stehen und ihre Sache zu fördern den ganzen Handel aus. Dies zu erreichen war die Aufgabe Dr. Jörgs von Absberg, der nun, während sofort die Verständigung mit Baden gesucht wurde, mit Stefan Scheuch und mit württembergischen Räten zum Kaiser zog.[3]

Zu gleicher Zeit aber ritten Hans Rabensteiner und Sebastian von Wallenrodt zum Könige von Böhmen. Ihr Herr, meldeten sie, habe nach des Königs Wunsche zur friedlichen Beilegung seines Streites mit Ludwig von Bayern die Sache vor das kaiserliche Hofgericht gebracht; sollten ihn der Herzog und die fränkischen Bischöfe trotzdem deswegen befehden, so hoffe er, der König werde ihn gemäß der Einung zwischen beiden Fürstenhäusern nicht ohne Beistand lassen. Seit langem erwarte der Markgraf, daß der König seinen mit dessen Töchterlein verlobten Sohn, wie Herr Jobst zugesagt, nach Ansbach sende; man werde den

[1] Bericht der Statthalter fol. 60. Der Würzburger Bischof war bereits in Rüstung und hatte der Ritter wegen Mainz abgesagt, auch dem Pfalzgrafen Hilfe geschickt.

[2] Nach den gemeinsamen Anträgen bei dem Kaiser. Bamb. Arch. Inn. Gew. IV, Kasten 726, fasc. I. Nr. 1906.

[3] Ebendort. Vgl. Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1. 180. Anfang Juli gingen dann Heinz von Seckendorff und Hilpold Hausner von seiten des Markgrafen zu dem Württemberger, um das gleichzeitige Erscheinen im Felde (am 22. Juli) zu bereden. Vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 147, Anm. 1.

Prinzen hochwillkommen heißen. Auch einen Rat wolle der Markgraf erteilen: es erscheine ihm für des Königes als des obersten Kurfürsten Ruf und Ansehen im Reiche sehr bedenklich, wenn er wirklich dem Erzherzoge Albrecht, wie allgemein verlaute, helfen sollte, den Kaiser zu bekriegen.[1]

So vertrauensvoll wußte Albrecht dem Könige zu nahen. Traute er noch immer nicht dessen plötzlicher Versöhnlichkeit?

Den Gesandtschaften voraus hatte der Markgraf von Gmünd dem Kaiser geschrieben. Das stets zögernde Reichsoberhaupt anzuspornen, für die Anträge gefügig zu machen, stellte er die Sachlage im schlimmsten Lichte dar: Doch „solches zu melden, bewege ihn die Treue, aber auch, weil es sein und seiner Freunde Notdurft fordere; denn sollte er in den Krieg kommen, so sei es sein und der Seinen Sterben und Verderben"; das bittet er zu bedenken. Bei Friedrich III. beseitigte aber jetzt seines Bruders Absage, verscheuchten die täglich einlaufenden Fehdebriefe jedes weitere Zögern.[2]

Schon mit jenen Ausschreiben vom 30. Juni, die zum Besuche des Reichstages zu Nürnberg auf Bartholomäi mahnten, betrat der Kaiser die Bahnen der brandenburgischen Politik. Dem Markgrafen teilte er mit, daß „er alle Stände des Reiches, auch die Städte und gemeinen Eidgenossen auf einen allgemeinen Tag für den 24. August nach Nürnberg beschieden habe. Weil ihm aber sein Bruder Krieg angekündigt und er noch weiterer Absagen gewärtig sein müsse, so sei es nötig, sofort Gegenvorkehrungen zu treffen. Der Markgraf möge daher an seiner Statt und in seinem Namen unverweilt die Fürsten und Städte des Reiches aufrufen und mit ihnen schaffen, daß dem Reichsoberhaupte förderlichst Hilfe und Beistand werde".[3]

Da nun hatte der Markgraf endlich die lange ersehnte Vollmacht! Er griff zu mit beiden Händen, und obwohl er annehmen konnte, seine Räte seien inzwischen in Graz angelangt, und nichts würde versäumt werden, so sandte er doch alsbald nach Empfang des kaiserlichen Schreibens neue Ermunterungen und Mahnungen: Herzog Ludwig werde nur durch die Besorgnis vor Brandenburg abgehalten, seinen Fehdebrief dem Kaiser zu schicken, man bearbeite die Reichsstädte, indem man ihnen vorrede,

[1] Bamb. Archiv Inn. Gew. IV. Kasten 726, fasc. I. 1906.

[2] Droysen, Gesch. d. preuß. Politik a. a. O.

[3] Das Ausschreiben an die Städte und der Brief an den Markgrafen bei Müller, Reichstagstheatrum II. 51—52. Droysen, Gesch. d. preuß. Politik II. 1. 180, datiert den Brief vom 2. Juli.

es handle sich nicht um einen Krieg gegen den Kaiser, sondern gegen den Herrn von Österreich, von Böhmen sei in keiner Weise etwas zu besorgen, da die böhmischen Herren, die von Sternberg ausgenommen, die katholischen Ritter und Städte in Böhmen und Mähren und voraussichtlich auch die Breslauer und die Mehrheit der Schlesier eher geneigt seien, in kaiserlichem Dienste zu handeln. Darum möge der Kaiser „kecklich anheben" und „fallen dann die Fürsten oben im Reiche ihm zu" und kommen „die Städte ins Spiel", so werde „er seiner Sache ein Ende nach seinem Willen schaffen und in mächtiger Regierung bleiben, bis an sein Ende".[1]

Weil Albrecht der erhaltene Auftrag zu unbestimmt war, auch des Marschalls von Pappenheim Vollmacht zu „linde" den klug zögernden, stets hinterhältigen Kommunen gegenüber, mahnte er neuerdings, daß es nun nötig sei, „kaiserliche Hauptleute einzusetzen und ihnen des Reiches Banner zu übergeben, dann den Kurfürsten, Fürsten, Grafen, Herren und Städten zu gebieten bei strengster Ahndung, den Befehlshabern mit aller Macht Hilfe und Beistand zu thun". Dabei vermag sich der Markgraf noch immer nicht der Sorge zu entschlagen, daß der Kaiser sich in Güte vergleiche. Geschehe das, bittet er ja seiner, des von Württemberg, Heinrichs von Pappenheim und des Eichstädter Bischofes nicht zu vergessen.[2]

All dies Kümmern und Drängen war überflüssig. Als der Erzherzog bereits in Niederösterreich stand, ringsum Abfall sich zeigte, böhmische Scharen über die Grenze brachen, die Kunde vom Zuzuge mächtiger bayrischer Heerhaufen sich verbreitete,[3] da entschloß sich der Kaiser auch seinerseits, alle Rücksichten beiseite lassend, die Mittel zur Abwehr zu ergreifen, wo er sie fand. Nun befahl er seinen Räten, nach dem Anerbieten Württembergs und des Markgrafen die Bundesurkunde auszufertigen. Nun ward am 13. Juli an Ludwig von Bayern-Landshut der kaiserliche Absagebrief gerichtet,[4] wurden am 15. Juli Markgraf

---

[1] Brief vom 11. Juli bei Stockheim, Urk. u. Beilagen 399—401, Nr. LXXII c. Vgl. Ber. d. Statth. fol. 67.

[2] Aus der Mitte Juli (oder ging er gleichzeitig mit dem Schreiben an die Räte am 11. Juli ab?) im königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 9132, fol. 49.

[3] Der Markgraf fand es für notwendig, den Kaiser deswegen besonders zu beruhigen. S. Stockheim, Urk. und Beilagen 351, Nr. LXI.

[4] Müller, Reichstagstheatrum II. 68—69. Vgl. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 191, Anm. * und bezüglich des Datums 189—190, Anm. †. Zur völligen Klarstellung sei bemerkt, daß der Margarethentag im Umfange des ganzen Salzburger Erzbisthumes auf den 12. Juli fiel. Vgl. Grotefend, Handbuch der christlichen Chronologie, Leipzig 1872, und Jos. Emler, Rukovět chronologie křesťánské, Prag 1786, 81; dagegen A. J. Weidenbach, Calendarium historico-christianum medii et novi aevi, Regensburg. 1855, 168—169.

Albrecht von Brandenburg und Graf Ulrich von Württemberg,[1] am 16. Juli auch Markgraf Karl von Baden zu Hauptleuten des Reiches gegen den Erzherzog und Ludwig von Landshut ernannt,[2] am 18. alle Reichsstände aufgerufen, ihnen mit ganzer Macht zuzuziehen.[3] Am 16. war auch der Bundesbrief mit Ansbach und Württemberg unterzeichnet worden.

Der Markgraf hatte besonders begehrt, daß man ihm die Ladung „auf seine Güter" gebe, „und darauf fürderlich Recht ergehen lasse", der Württemberger, daß sein Streit mit dem Abte von Zwiefalten, dann mit Memmingen und die Bestätigung des Propstes zu Elwangen betreffend, zu seinen Gunsten entschieden werde.[4] Darüber, sowie bezüglich der gleichfalls geforderten Verleihung erledigter Reichslehen, mußten sich die Fürsten mit einer allgemeinen Versicherung der steten kaiserlichen Gnade begnügen. Aber was die Einleitung des Reichskrieges betraf, so geschah alles, wie die Hauptleute es verlangten, und nach ihrem Begehren ward verheißen, der Kaiser werde sie „ihre Lebtage ganz aus wider männiglich zu Recht handhaben, schützen, schirmen und unvergewaltigt halten", sich ohne ihren Willen und ihre Vollmacht nicht richten, und wenn sie je in eigener Sache in Händel gerieten, sie „als ihr gnädiger Herr mit Leib und Gut und allem seinem Vermögen im Reiche unterstützen und in der Not nicht verlassen".[5] Dagegen verschrieben sich die Fürsten, den Reichskrieg mit ganzem Ernste führen, die Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier, Sachsen und Brandenburg, die Herzoge Johann und Sigmund von

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 52—53.

[2] Bamb. Arch. Inner. Gewölbe IV. Kast. 726, fasc. 1, Nr. 1906. Ebendort findet sich darüber vom selben Tage auch ein weiteres Notifikations-Schreiben an die beiden bereits ernannten Reichshauptleute.

[3] Das Schreiben an Herzog Wilhelm von Sachsen bei Müller, Reichstagstheatrum II. 54—55. An die Stadt Speyer bei Mone, Quellensammlung (Speyer'sche Chronik) I. 352—354. An die Schweizer bei Äg. Tschudi, Chron. Helvet. II. 615—617. An die Reichsstädte Nürnberg, Rothenburg, Dinkelsbühl u. s. w. im Bamb. Arch., Rothenb. Chronik fol. 16—18. An einen Unbekannten bei Kremer, Urkunden zur Geschichte Friedrichs I. von der Pfalz (mit fehlendem Eingang und ungenauem Datum) 228—230, Nr. LXXVII. Dem Schreiben an Herzog Wilhelm war aber ein zweites beigefügt, in welchem der Kaiser sich der in der Aufmahnung enthaltenen strengen Gebote und Drohungen wegen entschuldigt; dies sei geschehen, weil man gleichlautend an alle Reichsstände schreiben wollte; der Kaiser wisse aber wohl, daß der Herzog nicht erst solcher Erinnerung an seine Pflicht bedürfe. Hauptstaatsarchiv zu Dresden, Cop. 17, fol. 85—86.

[4] „Werbung an vnnsern herrn den keyser von beder meiner gnedigen herren marggraue Albrechts und des von Wirtemberg wegen." Bamb. Arch. a. a. O.

[5] Bamb. Arch. a. a. O.

München, den Markgrafen Karl von Baden und alle Reichsstände „in die kaiserliche Hilfe bringen", und die Hauptmannschaft „seinen Gnaden und dem heiligen Reiche in solchem zu Ehren und Gut nach ihrem besten Vorstehen und Vermögen getreulich tragen und verwesen" zu wollen.[1]

Des Kaisers Fehdebrief an den Bayerherzog kreuzte sich mit dessen Schreiben vom 16. Juli, in dem er als Helfer Erzherzog Albrechts absagte, sorgfältig aber dabei seine Pflichten gegen das Reich und die Reichsstände sich vorbehaltend.[2]

In den Tagen vom 8. bis 10. Juli waren nämlich im Feldlager vor Melk die Verhandlungen zwischen den Fürsten zum Abschlusse gediehen. Der Erzherzog verschrieb das wichtige Neuburg am Inn, obwohl es dem Kaiser gehörte, mit den Festen Frauenhaus, Wernstein und Neuenfels dem Landshuter Herzoge auf die Pfandsumme von 45000 fl. ungar.[3] Er versprach, sobald er zur Regierung des Landes Niederösterreich und der Stadt Wien komme, den Hof, den einst hier Graf Ulrich von Cilly erbaut und besessen, dem Herzoge zu überlassen,[4] endlich alle neuen Mauten, Zölle, sowie die Steuer auf Wein, Salz, Eisen u. s. w., soweit damit bayrische Prälaten und Landsassen beschwert würden, aufzuheben.[5] Dafür wird Ludwig 1000 Reisige und 1000 Fußgänger nach Österreich zum Kriege gegen den Kaiser senden, doch auf des Erzherzoges Kosten und Schaden. Der Unterhalt für dieselben ist auf sechs Wochen durch die Pfandsumme von Neuburg gedeckt; bleiben sie länger, so wird der Betrag auf das Schloß Kammer und andere österreichische Schlösser sichergestellt.[6] Über weitere Punkte dauerten noch die Verhandlungen.[7]

Die kaiserlichen Befehlsbriefe waren noch nicht „ins Reich" hinaufgelangt, als die sächsische Friedensvermittelung, wenn auch verspätet und doch wieder in Nürnberg, begann. Zwar war, nachdem Wettiner und Hohenzollern Ende Juni nochmals in Jüterbock getagt hatten,[8] Ernst

[1] Chmel, Materialien II. 243—244. Bamb. Arch. a. a. O.

[2] Königl. allgem. Reichsarchiv zu München, Neuburg. Kopialb. XII, fol. 21—23.

[3] v. Stockheim, Urk. und Beil. 368—369, Nr. LXVIII.

[4] Ebendort 371, Nr. LXX.

[5] Ebendort 372, Nr. LXXI.

[6] Ebendort 373, Nr. LXXI. Statt Kammer wurde später Frankenburg gesetzt.

[7] Was Stockheim von weiteren Zugeständnissen, besonders die 300000 fl. und event. 100000 fl. auf Österreich sagt, ist irrig; denn Urk. und Beil. 363ff. enthält nicht Zugeständnisse des Erzherzoges, sondern bayrische Forderungen, die nach 364 abgelehnt wurden.

[8] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms fol. 69, 70, 72—73.

von Sachsen, des Kurfürsten älterer Sohn, rechtzeitig aufgebrochen, aber schon in Hof kam ihm ein Schreiben Ludwigs von Landshut zu, daß er den Tag nicht besuchen könne. Erzürnt ritt der Herzog über Amberg direkt nach Landshut, und es gelang ihm wirklich, Ludwig mit sich nach Nürnberg zu bringen.[1] Sächsische, brandenburgische und bischöfliche Räte harrten hier bereits; Markgraf Albrecht war nicht zugegen.

Aber der Anfang des August war da, mit ihm langten die kaiserlichen Briefe für den Markgrafen ein: da schuf er in trotziger Entschlossenheit der lästigen Verhandlung ein drastisches Ende. Er ließ, während Fürsten und Fürstenräte berieten, das kaiserliche Patent gegen den Bayerherzog zu Nürnberg an das Thor des Rathauses anschlagen, damit jedermann lese, wie schwer sich Ludwig gegen das Reichsoberhaupt vergangen habe. Darüber befahl er einen weiteren Anschlagezettel zu heften, in besonders großen Buchstaben geschrieben, mit dem er seinerseits das Benehmen Herzog Ludwigs aufs schärfste verurteilte und die Annahme der Hauptmannschaft des Reiches verkündete.[2] Die kaiserlichen Briefe sandte er unverweilt bis in die entferntesten Teile des Reiches, auch nach Böhmen und Schlesien.[3]

Ihr Inhalt und das Vorgehen des Markgrafen erbitterten den Herzog in gleichem Grade. Nach drei Tagen ließ auch er ein Plakat veröffentlichen, in dem er sein Verhalten gegen Kaiser und Reich rechtfertigte, entschieden dagegen protestierte, daß man eine Angelegenheit, die allein das Haus Österreich berühre, zu einer Sache des Reiches stempele, und, während er sich vor einer großen Anzahl von Reichsständen zu Recht erbot, sich namentlich gegen den Markgrafen wandte, dessen selbstsüchtige, gewaltsame Art ja weit und breit bekannt sei, der, so wie er stets der Störer des Reichsfriedens gewesen, sicher auch diese ungünstigen und ungerechten kaiserlichen Mandate gegen ihn veranlaßt habe.[4] Ausschreiben ähnlichen oder gleichen Inhaltes ließ der Herzog unverweilt an alle befreundeten und unparteiischen Fürsten und Städte des Reiches entsenden.[5]

---

[1] Ebendort fol. 67—68. Unter den Vermittlern befand sich übrigens auch Herzog Otto von Neumarkt-Mosbach. Neuburger Kopialbuch im Münchener allgem. Reichsarchiv XII. fol. 82. Vgl. Stockheim, Albrecht IV. von Bayern 169.

[2] Müller, Reichstagstheatrum II. 56—58; vgl. ebendort 70. Am 4. August.

[3] Der Brief an die Frankfurter bei J. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 162, Nr. 263. Die Schreiben an die Lausitzer, Prager, Breslauer, die schlesischen Fürsten s. unten.

[4] Müller, Reichstagstheatrum II. 70—72. Am 7. August.

[5] Das Ausschreiben an die Reichsstädte und den Kurfürsten von Sachsen im Dresd. Arch., Cop. 17, fol. 51—54 u. 54—56, an Sigmund von Tirol bei Chmel,

Noch gab der Markgraf auch darauf Antwort; hatte der Herzog besonders auf seine alte Fehde mit Nürnberg hingewiesen, so erbot er sich geradezu vor dem kleinen Rate der mächtigen Reichsstadt zu Recht.[1] Eine Bedeutung gewann dieser Wortstreit nicht weiter. Schon am 14. August sandte der Bayerherzog nach Ansbach seinen Feindsbrief,[2] und als des Kaisers Helfer und Hauptmann in dem Kriege des Reiches gegen Ludwig erwiderte den 17. August Albrecht von Brandenburg die Fehdeansage.[3] Auch hier mußte das Schwert entscheiden.

Fünftes Kapitel.

Politik und Intervention des Böhmenköniges.

Unstreitig war, was man seit Monaten von den Plänen des Böhmenköniges sagte, und was er that, gleich ungewöhnlich und widerspruchsvoll. Weder war von Georg Podiebrad die imponierende Waffenhilfe, deren sich seine Freunde von ihm versahen, irgendwo geleistet, noch hatte er selbst machtvoll jene gestraft, die seinen so zäh verfolgten Entwürfen entgegengetreten waren. Noch mehr! In dem Momente, wo Böhmens Gegner voll Sorge erwarteten, der König, der in seinem Lande so feste Ordnung hielt, der seines Volkes mächtig schien wie je einer, werde, vorbrechend über die beherrschenden Gebirgsmauern des Kernlandes der Krone, seine schwere Hand auf sie legen, kamen Meldungen über Schwierigkeiten, die zwischen den Baronen und dem Herrscher sich erhoben, über wiederausbrechenden scharfen Zwist zwischen Utraquisten und Katholiken, bedenkliche Spaltung da und dort. Was war geschehen?

Auch nach dem Egerer, dem Nürnberger Tage hatte der König das Streben nach der deutschen Königswürde nicht aufgegeben, bewahrte die böhmische Politik den großen Zug, der sie in der letzten Zeit charakterisierte. Es ward Albrecht von Österreich angespornt gegen den Kaiser, der Landshuter vermocht, die Erbietungen des Markgrafen abzuweisen; es

---

Materialien II. 244—247; seine Darlegung an den Kaiser vom 15. August ebendort 247—250 a. A. Sein Schreiben vom 18. August an Graf Ulrich von Württemberg erwähnt bei Stälin, Wirtemb. Gesch. III. 528, Anm. 7.

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 72.

[2] Bamb. Arch., Rothenb. Chronik fol. 34—35. [3] Ebendort fol. 49—50.

entstand jener umfassende Entwurf, die eigenen Waffen und die Machtmittel der verbündeten Fürsten zur Verdrängung des Kaisers zu gebrauchen, die Wahl durch die Kurherren zu ersetzen durch die Bestallung des heiligen Vaters, im engsten Zusammengehen mit diesem zugleich auch die böhmische Kirchenfrage, seit langen Jahren Gegenstand der Mühe und Sorge Roms, in Ordnung zu bringen. Und war es des klugen Königes nicht völlig würdig, wenn er die kirchliche Union, zu der er bereits verpflichtet war, sich ein zweitesmal lohnen lassen wollte durch die Provision mit dem Reiche? Hier zunächst offenbart sich der Angelpunkt der böhmischen Politik.

Der König hatte einst vor seiner Krönung in die Hände der ungarischen Bischöfe, die dabei nach Kardinal Carvajals Instruktion handelten, im geheimen persönlich den hussitischen Irrtum abgeschworen, worüber kein Dokument gefertigt wurde,[1] dann einen weiteren Eid, gleichfalls nur in Anwesenheit weniger zum Stillschweigen verpflichteter katholischer Geistlichen und Edlen, geleistet, in dem er zusagte, jede Besonderheit im Ritus und Kultus in Böhmen, also die Kompaktaten, zu beseitigen und die völlige Gleichförmigkeit und Einigung der böhmischen mit der römischen Kirche herzustellen.[2] War der König sich auch der Bedeutung des ersteren Schrittes bewußt:[3] man wird nicht vergessen dürfen, daß vor nicht zehn Jahren die Hasenburge, Sternberge, Neuhause u. s. w. ebenfalls zum Katholicismus zurückgekehrt waren, seine Gemahlin katholisch war, wie seine Söhne es später wurden, trotz allem was geschehen ist. Auch hatte er sich ausdrücklich für seine Person und für die Durchführung der kirchlichen Union Frist ausbedungen, da er durch den Utraquismus emporgekommen war und ihn und seine Bekenner auch noch für die nächste

[1] Politische Korrespondenz Breslaus im Zeitalter Georgs von Podiebrad, herausgeg. von H. Markgraf, Scriptor. rer. Silesiacarum VIII. (Breslau 1873) 7—8 Nr. 10. Brief Kardinal Carvajals an Papst Calixt III., 9. August 1458, Ofen: Abjuratio erroris non est scripta in juramento etc. Vgl. Ein Jahr böhmischer Geschichte, Arch. für österr. Gesch. LIV. Bd. (1876) 93 ff.

[2] Ego Georgius . . . . promitto spondeo polliceor atque juro, quod . . . populum mihi subjectum secundum prudentiam a deo datam ab omnibus erroribus etc. revocare et ad vere catholice et orthodoxe fidei observationem ac obedientiam, conformitatem, unionem ac ritum cultumque sancte Romane ecclesie reducere et restituere volo et laborabo. Ebendort 99 (des Separatabdruckes); vgl. 101—102. Der Eid ist seitdem nochmals gedruckt bei A. Frind, Kirchengeschichte Böhmens, IV. Band (Prag 1878), 465—466.

[3] Politische Korrespondenz von Breslau l. c.: . . . quia dixit rex, quod satis erat quod faceret eam (sc. abjurationem) presentibus illis, quia non erat honestum, cum ipse erat laicus litterarum ignarus, non pertinax sed educatus in illa natione secundum institutionem presbyterorum, quod audiverat etc.

Zeit als die erste Stütze seines Thrones ansehen mußte. So trank denn der König nach wie vor aus dem Kelche und galt er Rokyzana und den Seinen auch weiterhin als der Gönner und Beschützer des Hussitismus. Und war auch die Freundschaft der Kurie für den König auffällig in Böhmen wie in Deutschland, und ob auch die päpstliche Vermittelung ihm die Breslauer unterwarf und so seine Anerkennung in den Kronlanden vollendete: Jene Eide blieben nach wie vor tiefes Geheimnis, und bis in das dritte Jahr harrte die Kurie geduldig auf den Moment, in dem der König, seines Thrones und Volkes sicher, die Restauration einleiten, seine Huldigungsbotschaft die bedingungslose Unterwerfung Böhmens unter den heiligen Stuhl, das Ende der hussitischen Ketzerei, verkünden würde. Aber der König machte keine Anstalten dazu. Er war längst im sicheren Besitze der Kronlande, befriedet und in Einungen mit seinen Nachbarn, gesucht und gefürchtet von den Parteien im Reiche wie von dem Kaiser, kaum stand, so schien es, irgendwo ein Fürst aus altem Geschlechte so fest im von den Vorfahren ererbten Lande. Aber während der König geschäftig war im eigenen Interesse und für seine politischen Freunde, während er kühn vorwärts schritt zu neuen Ehren, erlangte die Kurie sowenig für die große gemeinsame Sache der Christenheit, den Türkenkrieg, der ihr so sehr am Herzen lag, als hinsichtlich der Erfüllung der Krönungszusagen Podiebrads etwas anderes, als schöne Worte.

Sie begann nun zu mahnen. Eben jene Legaten, welche im Winter 1459—1460 die Aussöhnung mit den Breslauern vermittelten, wiesen auch ernstlich auf die alten Verpflichtungen des Königes hin, deren Erfüllung der heilige Vater gewärtige. Das ward auch für die nächste Zeit in bestimmte Aussicht gestellt.[1] Aber der Frühling und der Sommer vergingen, und in Rom war von einer böhmischen Gesandtschaft nichts zu hören. Dafür kamen Warnungen, der König meine es nicht aufrichtig, Klagen des Kaisers über dessen Einmischung in interne Angelegenheiten des Fürstentumes Österreich, wohl auch über die Umtriebe im Reiche. Darauf erschien in Prag der königliche Prokurator am päpstlichen Hofe, Fantinus de Valle, mit derartig strengen Aufträgen Pius II., daß der König doch erschrak.

Aber der Prokurator ward überzeugt, daß die Union zweifellos erfolgen werde.[2] Den Papst suchte der König noch besonders in einem

[1] Dazu und zum nachfolgenden s. H. Markgraf, Über das Verhältnis des Königs Georg von Böhmen zu Papst Pius II. 1458—1462. Programm des Breslauer Friedrichs-Gymnasiums 1867, 18—20.

[2] Diese Überzeugung vertrat er unerschütterlich bis August 1462.

Briefe voll demütiger Entschuldigung, durch die Zusage, die Gesandtschaft werde möglichst bald eintreffen, zu beschwichtigen.[1] „Der alte Streit zwischen Herren und Rittern", schrieb er, „über die Besetzung des Landesgerichtes sei wieder ausgebrochen; man hätte die Sache an ihn gebracht und ihn vor eine sehr unangenehme Entscheidung gestellt;[2] das habe die Abordnung seiner Boten verzögert, die er nun aber alsbald und spätestens bis 2. Februar 1461 schicken werde. Der Papst möge deshalb gnädig unterlassen, was er durch Fantinus angedroht habe".[3] Wirklich kündigte Georg am 1. November 1460 in Rom seine Gesandtschaft an, und zwar den Bischof Protas von Olmütz, den Kanzler Prokop von Rabenstein und andere Edle und Räte; sie würden die Erfüllung aller Zusagen überbringen.[4]

Es war dem Könige Ernst damit. Was hoffte er aber auch bis Lichtmeß 1461 alles zu erreichen? In jenen Tagen hatte Martin Mair die Rundreise für des Königes Wahl bei den rheinischen Kurfürsten begonnen; Albrecht von Brandenburg, der maßgebende Faktor des kursächsischen und kurmärkischen Hofes, benahm sich bei seinem Prager Besuche (Martini) wenigstens so, daß hier keine prinzipielle Gegnerschaft zu fürchten schien.[5] So hoffte der König damals mit Zuversicht auf seine Erhebung im Reiche. Und auch als der König, weil das Geschäft sich doch verzögerte, da Pfalz und Mainz ihn im Dezember in Prag besuchen ließen, er im Januar mit Matthias von Ungarn sich treffen sollte, den entscheidenden Fürstentag erst auf den zweiten Februar nach Eger ausschrieb, schien ihm das Gelingen des Planes so wahrscheinlich wie zuvor.[6]

Was bedeutete aber das ernstliche Streben nach der deutschen Krone für des Königes Stellung zu der kirchlichen Frage in Böhmen? Er hat sich diese Frage wohl vorgelegt, und sie nicht unbeantwortet gelassen.

---

[1] Über die Zeit von Fantins Reise und Ankunft in Prag vergl. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 45—46, Nr. 42.

[2] Der Brief des Königes an den Papst vom 12. September ebendort 47—48, Nr. 45.

[3] Ebendort: Rogamus igitur sanctitatem v. obnixe, indignationem, siquam contra nos paterna concepit solicitudine, moderari dignetur, . . . nec in nos regnumque nostrum, qui jussis apostolicis et paremus et parere semper intendimus, ea non intentet, que per prefatum Fantinum fuerant comminata.

[4] Die Belege dafür in „Böhmen und seine Nachbarländer" 266—267.

[5] Böhmen und seine Nachbarländer 240—241. Den ausführlichen Bericht über diese Verhandlungen fand ich im Weim. Gesamt-Archiv Reg. C, pag. 3, Nr. 3, vol. I, fol. 137—143. Der Markgraf versprach doch viel mehr, als er hernach behauptete.

[6] Ebendort 246, 250.

Georg sah ein, daß ein Utraquist nicht römischer König sein könne. Das hatte als unerläßliche Voraussetzung auch sofort Erzbischof Diether von Mainz hingestellt. Aber wir wundern uns nach den Vorgängen vor Podiebrads Krönung nicht, daß er hierin kein Hindernis sah. Er durfte sich ja bereits als geheimen Katholiken betrachten. Der Mainzer ward demnach auch völlig beruhigt.[1] In Eger gab dann der König den katholischen Herren neuerdings bezügliche direkte Zusagen, und sein erster Berater in dieser Zeit, Bischof Jobst von Breslau, wird ähnliches auch in Nürnberg gethan haben.[2] Naturgemäß konnte man sich dabei an die altkirchliche Partei anlehnen. Durchwegs Katholiken, neben Bischof Jobst noch Wilhelm von Risenburg, Johann von Hasenburg, Zdenko von Sternberg, Prokop von Rabenstein, Jobst von Einsiedel[3] befinden sich im engeren Rate und in der Umgebung des Königes. Und die Utraquisten? Der König, selbst ohne sichere religiöse Überzeugung, mochte hoffen, daß auch sie der Glanz der deutschen Krone blenden, daß sie es um solchen Preis begreiflich fänden, wenn er den Kelch aufgab. Und bot ihm das römische Königtum nicht auf jeden Fall einen moralischen und materiellen Rückhalt, sobald er die kirchliche Union in Böhmen, zu der er bereits eidlich verpflichtet war, in Angriff nahm? So baute der König kühn Entwurf auf Entwurf. Nur mußte der ganze Bau zusammenstürzen, wenn ein Pfeiler morsch war. Und wie viele waren es!

Daß die Gesandtschaft nach Rom bis nach Lichtmeß 1461 verschoben worden war, bedeutete wenig, wenn nur der Tag von Eger gelang. Er mißglückte aber. Ehe des Königes neue Entwürfe durchführbar wurden, mußten mindestens wieder Wochen vergehen. Es blieb nichts anderes übrig, als den heiligen Vater, dessen Mißtrauen und Ungeduld inzwischen wahrlich nicht geringer geworden waren,[4] um eine neue Erstreckung der Frist zu bitten. So ging denn noch im Feber der Franzose Antonio Marini, ein vielgewandter Abenteurer, nach Rom, den König zu

[1] Zeigt, daß der Vertrag zustande kam; in Eger erklärte der König ausdrücklich, daß er der Stimmen von Pfalz und Mainz sicher sei. Böhmen und seine Nachbarländer 263 nach dem kaiserl. Buche des Kurf. Albr. Achilles, Abt. I. 89.

[2] Böhmen und seine Nachbarländer 272.

[3] Zdenko Kostka von Postupitz, der gelegentlich auch beigezogen wird, war dem Könige unbedingt ergeben.

[4] Des Papstes Schreiben an den König vom 28. November 1460 (Antwort auf jene Ankündigung vom 1. November) brachte eine ernstliche Abmahnung an den König wegen seiner Einmischung in den Streit in Österreich, ein gleichzeitiges Schreiben an Prokop von Rabenstein ebenso in der deutschen Königssache. Vgl. Raynaldus, annal. ecclesiast. ad. ann. 1460, Nr. 82, 83, S. 62—63.

entschuldigen, so gut es ging.[1] Er sollte den Boden vorbebreiten für jenes „Anbringen an den Papst". In Böhmen aber versuchte man wirklich die Beseitigung der Kompaktaten.

Man bemerke den Wechsel in der Sachlage, die wachsenden Schwierigkeiten für Podiebrad! Noch eben nach der deutschen Krone greifend, um durch sie gedeckt und geschützt dann den Utraquismus um so leichter aufgeben zu können, muß er jetzt den Streit mit den Anhängern des Kelches zuvor durchkämpfen, damit Rom ihm zur Erhebung im Reiche helfe.

Aber er geht im kühnen Wagen voran. In Prag und auf dem Lande beginnt die scharfe Verfolgung der Irrgläubigen. Es werden die Ketzermandate Karl IV., die natürlich nur Katholiken und Häretiker, keinen Utraquismus kennen, erneuert.[2] Der König beginnt zugleich mit den Inhabern des in den Hussitenkämpfen entfremdeten Kirchengutes die Verhandlungen über die Rückgabe.[3] Die katholische Priesterschaft arbeitet rastlos, und in der Hauptstadt nicht ohne bedeutenden Erfolg.[4] Von den Herren war ohnehin die Mehrheit katholisch.[5] Der Breslauer Bischof wagt es endlich, in der Prager Domkirche die Kompaktaten als nichtig zu bezeichnen, nicht wert, die religiöse Einheit des Landes zu hindern.[6]

Nun aber einigt die Größe der Gefahr auch rasch die Andersgläubigen zum nachdrücklichsten Widerstande. Unter Rokyzanas Führung erheben sie sich in gewaltigem Unmute. Die Sorge für den bedrohten Glauben bringt jede Scheu auch vor dem Könige zum Schweigen. Er sieht sich sofort von ihnen, der Mehrheit der Nation, verlassen, aufs

[1] Schon am 5. April berichtete Fantinus über Marinis Ankunft und Verrichtung, was bereits einen längeren Aufenthalt des Gesandten in Rom voraussetzt. Die Reise von Prag nach Rom erforderte 3—4 Wochen. Der Brief in Font. rer. Austriac. XX. 243, Nr. 238.

[2] Man vergl. Böhmen und seine Nachbarländer 300—302. Ebendort 301, Anm. 1 ist auch die dafür maßgebende Litteratur sowie das Quellenmaterial verzeichnet.

[3] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms a. a. O. fol. 66. Sie haben hier sehr wichtige Nachrichten.

[4] Ebendort: „Item Clauß saget, das XLIIII studenten von dem Rockenzcan in vnsserm cristen glauben sein getreten." Was P. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau, 2 Bände 1827—1828, herausgeg. v. J. G. Kunisch I. 177 meldet, gehört in die Zeit nach dem 15. Mai und ist in dieser Form schwerlich richtig.

[5] Bericht der Statthalter a. a. O.: „Als sullen der in vnsserm ufrichtigem glauben XXIIII hern vnd in dem andern irn glauben XX hern sin gewest." Es waren natürlich Herren und Ritter. Dies Verhältnis bestand übrigens schon seit 1448.

[6] Böhmen und seine Nachbarländer 302—303.

heftigste befehdet. Aber auch die katholische Partei im Lande, die katholischen Barone, verweigern die Unterstützung.

Das eben war der Unterschied zwischen diesen Herren und der utraquistischen Menge, daß, während hier die Hingebung an die religiöse Sache noch lebendig war, das alte Feuer der Begeisterung wenigstens momentan wieder erregt werden konnte, bei den altgläubigen Adelshäuptern immer und überall das persönliche Interesse maßgebend blieb. Wenn ihnen der König für die Restauration des Landes in katholischem Sinne zumutete, dafür opferwillig die in ihre Hand gelangten Güter der Kirche zurückzugeben,[1] und ihn mit allem Nachdrucke zu unterstützen, so irrte er weit. Nicht einmal so weit kamen sie entgegen, daß sie in diesem Momente die von ihm geschaffenen Ordnungen im Lande ungestört ließen und ihm die geziemende Botmäßigkeit bezeugten![2]

Ebenso mühte sich König Georg umsonst, den utraquistischen Adel auf seinen Standpunkt hinüberzuführen, und so in dem einflußreichsten Kreise seiner Unterthanen sich die Stütze zu verschaffen, die ihm bisher das von seinen Priestern geführte hussitische Volk gewesen war.[3]

Da blieb ihm schließlich keine Wahl. Während Rokyzana in Prag die alten Beschlüsse erneuern ließ, daß niemand das Bürgerrecht der Stadt erlangen, in eine Handwerksinnung eintreten, in den Besitz von Häusern und Erbgütern gelangen dürfe, der nicht zuvor eidlich gelobt, er wolle bei dem Kelche stehen und das Abendmahl unter beiden Gestalten empfangen, berief der König die Stände des Königreiches auf den 15. Mai zu einer außerordentlichen Versammlung. Hier gab er die feierliche Versicherung, daß er beim utraquistischen Glauben bleiben wolle sein Leben lang.[4] So ward die Aufregung beschwichtigt. Bald erscheint auch das frühere Verhältnis zwischen dem Könige und der Kelchnerpartei im ganzen wiederhergestellt.

---

[1] Bericht der Statthalter vom 4. Juli 1461, Weim. Arch. a. a. O. fol. 100: „Item ꝛc. so sey der konig von Behemen mit dem von Jleburg vnd etlichen mer Behemischen hern vneyns von der geistlichen guter wegen, die sie innehaben vnd nicht meynen abezutreten." Es war demnach der spätere bezügliche Vorwurf der Breslauer gegen die Rosenberge schwerlich aus der Luft gegriffen.

[2] Ber. der Statth. fol. 100.

[3] Ebendort fol. 66: „Item mer saget der Claus (es war der nach Prag entsendete Bote der Statthalter), das der konig vnd die Behemischen hern alle wol acht tage geteidingt haben von des cristen glauben wegen vnd sein an ende abgeschieden." Diese Verhandlung ging offenbar der Erklärung vom 15. Mai voraus.

[4] Die Urkunde (nach Palacky) im kgl. Wenzelsarchive zu Prag, das hoffentlich demnächst wieder zugänglich wird.

Georg Podiebrad war keinen Augenblick im Zweifel, daß mit seiner Erklärung vom 15. Mai auch seine Stellung zum römischen Hofe eine durchaus neue geworden sei. Ebensowenig konnten die Folgen derartiger politischer Niederlagen, wie sie die vereitelte Erhebung im Reiche, die mißlungene Union in Böhmen waren, ausbleiben.

Die katholische Partei fand sich bei der unerwarteten Wendung der kirchlichen Dinge, der Art, wie Rokyzana und seine Priester triumphierten,[1] doppelt gekränkt. Es ist sehr bezeichnend, daß eben die Barone die ersten waren, welche den König an seine in Eger gemachten Zusagen erinnerten.[2] So arg ward die Erregung, der gegenseitige Haß, daß, als am Fronleichnamstage die Prozessionen beider Bekenntnisse durch die Straßen Prags geführt wurden, wobei der König und die Königin in der utraquistischen, die Rosenberg, Sternberg u. s. w. in der katholischen mitzogen, daß „die in der frommen Prozession alle mit langen Messern unter ihren Schauben und sonst nach Notdurft geschickt" waren, und als beim Begegnen an einer Straßenecke der hussitische Pöbel die Katholiken beschimpfte, der von Sternberg dazwischen treten mußte; „sonst mocht gar leichtlich ein groß Schlagen" entstanden sein.[3]

Und welche mächtige moralische Wirkung übte des Königes Abweisung im Reiche, sein feindliches Verhältnis zu dem Kaiser! Es schien, als ob alles, was der König in langen Jahren für die Befriedigung des Landes gethan, mit einemmale zusammenbrechen sollte, als ob die Treueide, die man ihm geschworen, vergessen seien![1] Es kam zwischen König Georg und den Herren Wilhelm von Ilburg, dem von Risenberg, dem mächtigen gewaltthätigen Burian von Guttenstein zu einem heftigen Zusammenstoße, einem andern Widersacher ließ der König geradezu seine Burg in der Leitmeritzer Gegend wegnehmen.[4] Als Podiebrad darauf, um seiner Bundespflicht gegen Ludwig von Bayern und den Erzherzog zu entsprechen, ein allgemeines Aufgebot erließ, mit der Weisung, sich bereit zu halten, damit man auf einen zweiten Ruf ihm unverweilt zuziehen könne, da fand er Widerspruch bei den Herren beiderlei Bekennt-

[1] Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 169. Vgl. oben.

[2] Böhmen und seine Nachbarländer 266—267, Anm. 2.

[3] Die hussitische ging von der Teynkirche unter Rokyzanas Leitung, die katholische von der dahinter liegenden Jakobskirche aus. So konnte der Zusammenstoß leicht erfolgen. Vgl. den Ber. der Statth. fol. 72.

[4] Ber. der Statth. fol. 66: „So sein etlich behemische hern, nemlich der von Ileberg, her Burjan, der von Risenberg vnd der Gerungk, dem der konig ein sloß by Lautmeritz angewonnen habe, wider den konig vnd mit ym vneins, dadurch er selbs im lande zu schicken habe ꝛc."

nisses: Sie seien nicht verpflichtet, ihm in den Krieg zu folgen, „dieweil die Sache die Krone von Böhmen nicht angehe noch berühre".[1] Hingegen scheuten manche sich nicht, dem Markgrafen Albrecht sich mit jenen hochverräterischen Erbietungen zu nähern: Sie würden auf Befehl und im Solde des Kaisers gegen den eigenen Landesherrn die Waffen ergreifen.[2]

Doch schon hatte der erschreckte König den Rückzug angetreten. Wir sahen oben, wie Jobst von Einsiedel Ende Mai nach Ansbach kam, welche Botschaft er dem Markgrafen brachte. Die Meldungen des Kanzlers Prokop von Rabenstein, der gleichzeitig zu dem Kaiser ritt, eröffneten auch hier die Aussicht auf friedliche Verständigung.[3] Offenbar um dieselben Wochen wird auch der Botschafter in Rom entsprechende neue Weisungen des Königes erhalten haben.[4]

Das römische Königsprojekt war so aufgegeben für immer. Lenkte aber Podiebrad auch sofort und konsequent ein in die Bahnen seiner neuen Politik?

Es blieb mit Recht vorerst für des Königes Verhalten maßgebend, bei seiner jetzigen Stellung zu dem Oberhaupte der römischen Kirche, den offenen Konflikt mit dem Kaiser zu vermeiden. Denn ob er, durch die Verhältnisse in Böhmen gezwungen, bei der Kurie versuchte, von der Erfüllung der Eide losgesprochen zu werden, ob er wirklich mit dem Papste deswegen in Kampf geriet, es gab ja bei Pius II. keinen gewichtigeren

---

[1] Bericht der Statthalter fol. 65. „Es sey wol war, das der konig uffgeboten habe zu ander siner schrifft (so melde ihnen Kurfürst Friedrich) vff zu sin vnd ym zufolgen, er sey auch versehenlich zu ziehen wol geneigt, wanen er die folge hedte; dann man sage in landmannswiese, etlich Behemische hern wollen ym nicht helffen nach mit ym ziehen ꝛc." Vgl. auch fol. 67 und fol. 100. Markgraf Albrecht schreibt dann am 11. Juli dem Kaiser: Item geratslaget durch die Beheimischen hern vnd sunst, das der babst einen trefflichen proceß lies ausgeen, dorinn er by dem pan geböt, das kein man in der Cron zu Behemi ꝛc. sein helffer sej . . ., so sind wir glaublich verwenet, das von beden teilen, vnnsers glaubens vnd auch jhene, nicht wider den keiser sein wurden, die namhaft weren, angesehen ꝛc. Stockheim, Urk. und Beil. 399—401, Nr. LXXVII c.

[2] Stockheim a. a. O. 399.

[3] Ber. der Statth. fol. 67: Die rede gehe zu Prag, der konig habe seinen kantzler vßgeschickt, in den Dingen zu teydingen.

[4] Man wußte schließlich ziemlich allgemein, woran das deutsche Königsprojekt gescheitert sei. So melden die Statthalter Herzog Wilhelms nach einem Berichte aus Schlesien: „Item Hake saget, der konig habe in der Slesie mit macht vffgeboten zu ander sine schrifft vff zu sin, vnd man sage, er wulle vf maregrauen Fridrichen in die Mark zihen; daby gehe ein gemeyn rede, das der konig von Beheimen nicht Romischer konig worden sey, das habe ein man geweret, nemlich maregraf Friderich, doran er allen Slesiern zu libe gethan habe." A. a. O. fol. 72.

Fürsprecher, im Streitfalle keinen besseren Rückhalt als Kaiser Friedrich. Aber der Freund des Kaisers war auch nicht der Feind der kaiserlichen Bündner, der Helfer seiner Gegner. Darum nahte der König dem Markgrafen, als ob nichts störendes zwischen ihnen vorgefallen wäre, lud er Herzog Ludwig und Albrecht von Österreich, statt ihnen zuzuziehen, zu der gemeinsamen Verhandlung ein, die Rabenstein mit dem Kaiser beredet hatte. Noch weiterzugehen hinderte ihn jedoch sein Groll gegen die Hohenzollern, den er nicht zu überwinden vermochte,[1] hielt seine Schlauheit auch zunächst nicht für notwendig.

Kaum in einer zweiten Phase der böhmischen Politik jener Jahre kommt des Königes besondere Eigenart so sehr zum Ausdrucke, sein klug berechnetes Hinhalten und sein verstecktes Drohen, seine diplomatische Feinheit in kleinen Listen und Winkelzügen und sein heißes Empfinden, seine Untreue, seine Selbstsucht. Den Bündnern jetzt von dem Wandel in seiner Politik Aufschluß zu geben, was freilich eine Lösung des bestehenden Verhältnisses bedeutet hätte, fiel Georg nicht ein. Ihren Boten ward vielmehr Mitte Juni neuerdings versichert, der König werde seine Zusagen gegen den Kaiser erfüllen. Ebenso wie die sächsischen Herzoge[1] rechnet Ludwig von Bayern noch bis in den November mit des Königes Absichten auf Erlangung der deutschen Krone.[2] Weit weniger freilich dachte Podiebrad daran, seinen Sohn nach Ansbach zu schicken. Des Markgrafen Botschafter, Hans Rabensteiner, erhielt in Prag keinen oder nichtssagenden Bescheid.[3]

Andererseits ließ sich aber der Kaiser durch freundliche Erbietungen nicht über Thatsachen täuschen. Als ihm Albrecht Kostka zu Beginn Juni absagte, da erging am 6., trotz der in Aussicht genommenen Verhandlungen, seine Abmahnung auch an den König, und folgte am 8. Juni auch jenes Schreiben an die böhmischen Stände, das als kaiserliche Mahnung an die Unterthanen des böhmischen Kurfürstentumes gerade unter den jetzigen Verhältnissen dem Könige sehr empfindlich sein mußte. Dies und die Mahnung des Erzherzoges nach seiner Absage an den Kaiser, der König möge nun die versprochene Waffenhilfe leisten, eine Mahnung, die Albrecht, natürlich umsonst, zu gleicher Zeit an den

[1] „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen 1462", von A. Bachmann, Archiv für österr. Gesch. LXIV. (1882), 269, 314.

[2] v. Stockheim, Urk. und Beil. 462, Nr. LXXXIX.

[3] Der Markgraf bezieht sich später wohl auf die durch Rabensteiner gestellte Bitte, nicht aber auf eine Antwort des Königes.

sächsischen Kurfürsten richtete,[1] rissen den heißblütigen Fürsten neuerdings zu Akten der Feindschaft hin gegen das Reichsoberhaupt fort. Nun wurde in Böhmen aufgeboten, freilich, wie bemerkt, mit kläglichem Erfolge. Nun erließ nach des Königes „Begehren und Verlassen" auch Herzog Ludwig von Bayern den Ruf zu den Waffen:[2] Noch am 23. Juli verbanden sich König und Herzog neuerdings, daß keiner von ihnen ohne den andern einen Frieden mit dem Kaiser eingehen werde.[3] Und als dann die verbündeten Fürsten ihr Ausschreiben an die Reichsstädte richteten, in denen sie ihre Zwistigkeiten mit dem Kaiser als territoriale Angelegenheiten darstellten, die Friedrich III. als Herrn von Niederösterreich, aber nicht als Haupt des Reiches berührten, da ward wieder der König von Böhmen in erster Reihe als Gegner des Kaisers genannt.[4] Und was that der König daneben?

Die Waffenhilfe ward dem Erzherzoge doch wieder nicht gewährt, mit dem Hinweise auf den Widerstand, dem der König dabei bei den Ständen des Reiches begegnet sei.[5] Es mochte ihm denn doch bei ruhigerer Erwägung ein solcher Schritt allzu bedenklich erscheinen. Dafür ging Jobst von Einsiedel Ende Juni mit Entschuldigungen zu dem Kaiser.[6] Aber war es ein Wunder, daß er nichts erreichte, daß auch der auf den 2. Juli bestimmte Fürstentag nicht zustande kam, wenn der König auch jetzt noch nichts gethan hatte, um Albrecht Kostka und die mährischen Herren zur Ruhe zu verweisen und dem Erzherzoge die Bedrängung des Kaisers zu wehren? Der Kaiser traute der böhmischen Vermittelung selbst dann nicht weit, als der König, durch die wachsende Bewegung in seinem Reiche gedrängt, unmittelbar nach Einsiedel den Kanzler Prokop von Rabenstein zum zweitenmale nach Graz sandte, und die Abhaltung eines

---

[1] Ber. der Statth. fol. 66.

[2] v. Stockheim, Urk. und Beilagen 469, Nr. XC. Die bayrischen Räte sollen auf dem nachfolgenden Tage für Herzog Ludwig „in Copie hören lassen," „wie wir das aufbote nach seiner k. wirde begern vnd verlassen getan haben." Das Aufgebot des Königes erging am 5. Juli und lautete für den 10. August. Vgl. Archiv cesky (von Franz Palacky I—VI, Prag 1840—1864) V. 285. Brief des Königes an Jan Bechyně von Lažan.

[3] Urkundliche Beiträge, Font. rer. Austriac. XX. 247, Nr. 243.

[4] v. Stockheim, Urk. und Beil. 468, Nr. XC: Item vor allen dingen auch fleis zu tun bey vnserm Herrn vnd Sweher dem kung, damit die Reichstete auch in die bericht in ainen sundern artickel begriffen vnd furgesehen werden, wenn vnser Herr und Sweher der kung ist Im das selbs schuldig vnd pflichtig zutun, angesehen, das sy seinen geschriften vnd beten in solchem gutwillicliche nachgeuolget. Vgl. auch vor allem ebendort 400 und Kluckhohn, Ludwig der Reiche, Exkurs VIII, 372.

[5] Ber. der Statth. fol. 66. [6] s. oben.

Tages zu Korneuburg am 25. Juli, zu dem der Kaiser, der König von Böhmen und Matthias von Ungarn, Erzherzog Albrecht und Herzog Ludwig persönlich kommen sollten, verabredet worden war.[1] In dem kaiserlichen Ausschreiben vom 18. Juli gegen Ludwig von Bayern war nicht bloß jenes Schreiben vom 6. Juni, das ja auch gegen Georg von Böhmen gerichtet war, inseriert, sondern sind unter jenen, die zu bekämpfen bei den schwersten Strafen geboten wird, auch „etwieviele des Königs von Böhmen Landsassen und Unterthanen" ausdrücklich genannt. Und je ärger des Kaisers Bedrängnis in Österreich wurde, je sicherer er andererseits auf das nachdrücklichste Eingreifen der brandenburgischen Partei im Reiche zu seinem Gunsten rechnen konnte, desto mehr entbrannte sein Zorn gegen König Georg. Nun wurde auch der Korneuburger Tag widerboten; der König war bereits bis Kuttenberg gekommen, als ihm kurzweg vom Kaiser gemeldet ward, die Begegnung könne nicht stattfinden.[2] Die Breslauer, die bei der Wendung der Dinge unverweilt die alte feindliche Stellung gegen den König eingenommen hatten und eifrig rüsteten, sich gegen jeden Handstreich zu sichern, wurden versichert, man werde sie ohne Hilfe und Beistand nicht lassen.[3] Ebenso schürte der Kaiser in Böhmen und Mähren nach des Markgrafen Rate das Feuer der Empörung. Als Podiebrad seiner Gewohnheit gemäß eine ledig gewordene mährische Stadt und Burg einziehen wollte, widersetzte sich die Bürgerschaft, und nahm des Königes Streit mit dem Kaiser zum Vorwande.[4] Man erwartete Mitte Juli den offenen Abfall der Sternberge, Rosenberge, Schwamberge, der Breslauer, Pilsner und anderer Städte, ja es ging die Rede, die Absage sei bereits geschehen.[5] Der Kaiser aber schrieb am 18. Juli dem Herzoge Wilhelm von Sachsen, er sei mit dem Könige

---

[1] v. Stockheim, Urk. und Beil. 476, Nr. XCIII.

[2] v. Stockheim, Urk. und Beil. 476, Nr. XCIII.

[3] Ber. der Statthalter fol. 71—72. „Item der keyser habe die von Presla vertrostet, dem, als sie angefangen haben, zu folgen, er wulle sie an hulffe vnd bystand nicht laßen." Über die Rüstungen s. P. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau, 169—170.

[4] Ber. der Statth. fol. 72.

[5] Ebendort fol. 71. „Item als diese schrifft biß daher geschriben was, wart vns durch ern Ulrich Sacks (Pfleger zu Kinsperg bei Eger) schrifft zu verstehen, ym wer gesagt worden, das der von Sternberg, Rosenberg, Swanberg vnd andere herren, auch die von Presla und Pilsen mit sampt vil andern steten des konigs von Behemen abgesagte fihende sullen worden sin ꝛc." Von den damaligen Bewegungen in Böhmen hatte auch Palacky einige Kunde; vgl. Geschichte von Böhmen IV. 2. 200. Hierher gehört auch Font. rer. Austriac. XX. 263, Nr. 268. Das Datum irrig.

von Böhmen in Krieg geraten und bedürfe dringend ausgiebiger Hilfe,[1] und ähnliche Schreiben gingen an demselben Tage an die Reichsstädte, den Landgrafen Heinrich von Hessen und die Eidgenossen.[2]

Wir wissen nicht, wie der König jenen anarchischen Bewegungen ein Ziel setzte. Thatsache ist, daß sich seit August 1461 ähnliche Meldungen aus Böhmen nicht mehr wiederholen. Aber auch der Kaiser kam in eben jenen Tagen, in denen er ernstlich zum Kriege gegen Böhmen mahnte, infolge der kriegerischen Ereignisse in Niederösterreich in die Lage, nun doch seinerseits des Königs Beistand suchen zu müssen.

Der Erzherzog hatte sich noch während der Ruhepause im Lager vor Mölk, welche die Unterhandlungen mit Bayern bedingten, auch gleich an die Wiener gewendet. Er erhebt die alten Beschuldigungen gegen den Kaiser, bringt die früheren Gründe für sein Vorgehen an. Nicht aus Verachtung oder Liederlichkeit habe er der Mißregierung im Lande so lange zugesehen, sondern aus Scheu, seinem Bruder entgegenzutreten. Wien sei von vielfachen Gegnern bedroht, den Einwohnern stehe leicht Verlust der Habe und des Lebens bevor, der Stadt sogar die Zerstörung. Die Bürgerschaft möge darum sich nicht in den Streit mengen, sondern ruhig sitzen, bis er selbst binnen wenigen Tagen in ihre Nähe komme. Er werde dann sorgen, daß sie in Ordnung und Ruhe der alten Freiheiten genießen könne. Widerstand sei, da die und die Fürsten mit ihm verbündet seien, vergebens.[3]

Die Stadt erwiderte erst am 20. Juli: Sie wisse nicht, welche Feinde sie bedrohten; doch dem sei wie immer, sie hoffe, sich mit Hilfe des Kaisers derselben zu erwehren. Wäre der Erzherzog im Frieden mit dem Kaiser, so wäre ihr sein Nahen wie sonst höchst willkommen. Auf Albrechts eigenen Befehlsbrief hätten sie einst dem Kaiser, seiner Gemahlin und seinem Sohne (!) geschworen; sie könnten also jetzt ohne dessen Befehl nichts thun.[4] Natürlich geschah auch diese Antwort nach dem kaiserlichen Willen.

Der Erzherzog war inzwischen nach Sankt Pölten weitergezogen, wo er die niederösterreichischen Aufgebote an sich zog, und hatte sich dann mit drei Heerhaufen[5] nordöstlich zur Donauebene zurückgewendet, gegen

---

[1] Ludewig, Reliquiae manusc. X. 570. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXV. Nr. 557.

[2] Tschudi, Chron. Helvet. II. 615—617. Vergl. Lichnowsky a. a. O. Nr. 558 und 559.

[3] Brief vom 9. Juli. Copey=Buch 255—256. [4] Copey=Buch 258.

[5] Ebendorfer l. c. 938. Ber. der Statth. fol. 100. Nach Ebendorfer hätte

das wichtige Tulln. Schon stand er im Herzen des Landes, das nach Möglichkeit geschont ward. Kein Gegner schien ihn zu bekämpfen. Giskra, der kaiserliche Feldherr, zum offenen Kampfe viel zu schwach, begnügte sich, von seinem Lager bei Königstätten aus den Gegner zu beobachten, die Päſſe des Wiener Waldes zu decken.[1] Er rechnete auf Tulln. Aber die Tapferkeit der Besetzung, die entschlossene Treue des Hauptmannes Friedrich Zenger vermochte dem Kaiser die Stadt nicht zu bewahren. Die Bürgerschaft drängte zur Übergabe. Beim ersten Sturm des Herzoges zugleich von den Tullnern im Rücken angegriffen, verlor Zenger die Kirche vor der Stadt und zwei Vorstädte. Als er dann die hier lagernden Feinde überfiel und hart mitnahm, versuchte man hinter ihm das Ausfallsthor zu sperren. Am nächsten Tage (18. Juli) ward der Herzog durch Verrat eingelassen, wurden Zenger und die Seinen gefangen.[2] Ihm lohnte hernach der Kaiser mit der Hauptmannschaft von Güns.

Giskra räumte nach dem Falle von Tulln sein Lager westlich des Gebirges und führte seine Scharen auf die Hauptstadt zurück.[3] Noch aber blieb Herzogenburg und die Umgebung von böhmischen Söldnern im Dienste des Kaisers besetzt, und sie begannen sofort im Rücken des Erzherzoges, damit der Kampf der Verwüstung nicht entbehre, den verheerendsten Freibeuterkrieg gegen alle Freunde Albrechts bis westwärts unter die Thore von Steier.[4]

Dagegen öffneten sich dem Erzherzoge die Mauern von Klosterneuburg ohne Schwertstreich. Als hier Fronauer, am Tage nach dem Falle Tullns, erschien, sandte die Bürgerschaft, alsbald willig, sich zu ergeben, mit dem Propste Simon mehrere aus ihrer Mitte in das erzherzogliche Lager bei Königstätten, wo man sich rasch einigte. Albrecht nahm persönlich die Bevölkerung Neuburgs in Eid und Pflicht.[5] Voll stolzer

---

Fronauer nicht in Sankt Pölten, sondern schon in Melk sich mit dem Erzherzoge vereinigt. Vgl. sonst Anonym. chron. Austriac. 128.

[1] Copey-Buch 258—259.

[2] Über die Belagerung und Einnahme Tullns berichtet am eingehendsten Michel Beheim in seinem „Buch von den Wienern" 1462—1465, herausgeg. von Th. G. v. Karajan, Wien 1843, 208—214. Vergl. Anonym. chron. Austriac. 128—129.

[3] Copey-Buch a. a. O. und nach dem Berichte der Wiener an den Kaiser vom 25. Juli, ebendort 260—262.

[4] Ihr Anführer, Wenzel Wiltschko (Wölfel) von Cerhow, war erst unlängst aus dem Dienste des Erzherzoges getreten, weil er seinen Sold nicht erlangen konnte. Vgl. Chronic. monaster. Mellicensis apud H. Pez, Scriptor. rer. Austriac. I. 260. Preuenhuber, Annales Styriae 114.

[5] Ebendorfer 938. Anonym. chron. Austr. 130.

Zuversicht, in kurzem am Ziele seines Unternehmens zu sein, wagte er auch wieder die Hauptstadt aufzufordern, ihre Gesandten an ihn zu schicken,[1] erhielt aber keine Antwort. Darauf führte Herr Georg von Pottendorff, den der Erzherzog zum obersten Hauptmanne bestellt hatte, noch am selben Tage (30. Juli) das Heer durch die Schluchten des Gebirges über Mauerbach nach Hadersdorf und von da am nächsten Tage nach Hiezing, die Hauptstadt unmittelbar bedrohend.[2] Schon durchbrach auch im Heere die Zerstörungs- und Beutelust die Schranken der Disciplin. Ein Teil der herrlichen Weinberge am Außengelände des Wiener Waldes ward gräulich verwüstet.[3]

Der Herzog hatte inzwischen ein drittesmal, am 31. Juli, an die Wiener geschrieben, und begehrt, sie möchten unverzüglich einige aus ihrer Mitte zu ihm schicken, mit denen er „um seines Herzuges wegen" reden könne.[4] Die Bürgerschaft antwortete ihm am 4. August, nochmals ablehnend: Es füge ihnen nicht, „außwendig des Kaisers Wissen und Willen zu ihm zu kommen".[5] Trotzdem blieb Albrecht noch weitere acht Tage ruhig im Lager auf den Wiesen bei Inzersdorf.[6] Er hoffte auf Bewegungen in der Stadt, herbeigeführt durch die drohende Heeresmacht vor den Mauern, und durch den Mangel, der sich bei so starker Bevölkerung, und weil er schon gleich nach der Einnahme Klosterneuburgs die Zufuhr vom Westen her versperrt hatte, einstellen mußte.[7] Er harrte aber auch des Zuzuges der bayrischen und der ungarischen Hilfstruppen, die König Matthias, weil die Verhandlungen mit dem Kaiser zu keinem

[1] Copey-Buch 262—263. Brief vom 30. Juli vom „Felde am Gluthafen". Diese Örtlichkeit finde ich auch in der k. k. Generalstabskarte, Wien und Umgebung, 1 : 75000, nicht genannt. Es ist wohl die Donaubeuge bei Greizenstein (?).

[2] Anonym. chron. Austriac. 130. Ebendorfer 938.

[3] Preuenhuber 114: Sein Feldhauptmann, Georg von Pottendorff haußet in Österreich vbel, beraubte Kirchen, Flecken und Dörffer, ließ die Weingärten verwüsten und mit Wurzel und Stiel ausreissen. Vergl. Copey-Buch 261.

[4] Am 31. Juli; Copey-Buch 264. Vgl. Anonym. chron. Austriac. 131. Es sei hier daran erinnert, daß im erzherzoglichen Lager und wohl als Leiter der erzherzogl. Kanzlei der alte Feind des Papsttumes und des Kaisers, Gregor Heimburg, sich befand. Auf diesem Zuge verfaßte er die bekannte Schrift gegen Pius II. in der Tiroler Streitsache.

[5] Copey-Buch 264—265.

[6] Ebendorfer 938: ubi et collectis viribus se ad prata Inzersdorff contulit. Anonym. chron. Austriac. 131: „schlug sich underen bey Yntzerßbach nider auff die wisen." Es ist das heutige Inzersdorf am Wienerberg, südöstlich von Hietzing und genau südlich von Wien. K. k. Generalstabskarte.

[7] Copey-Buch 261.

Ziele geführt, zu schicken versprochen hatte.[1] Und Wien war ja nichts weniger als wehrlos!

Als das Kriegsgewitter drohend näher kam und, trotzdem der Kaiser am 19. Juli versichert hatte, Graf Johann von Pösing, Propst Johann von Fünfkirchen und Ulrich Grafeneck rüsteten mit Macht, der Stadt zu Hilfe zu kommen, und Andreas Baumkircher und Berthold von Ellerbach stünden mit ihren Scharen schon in Wiener-Neustadt,[2] bis am 25. Juli kein Hilfsheer sich zeigte, da hatten die Wiener eilends eine Gesandtschaft nach Graz abgeordnet, bei dem Kaiser das äußerste zu versuchen. Schon sei der Erzherzog nahe, sei der Wiener Wald verhackt und jede Zufuhr dort abgesperrt, es handle sich um die Stadt Wien, „die das Herz ist in Österreich", und um die beiden höchsten Kleinode des Kaisers, die eben in Wien seien, um die Kaiserin, ihre gnädigste Frau, und ihren jungen Herrn, sein Söhnlein Maximilian. Würde der Kaiser, so drohten schließlich die Bürger, dieser Bitte und Ermahnung nicht gnädig und ohne Säumen nachkommen, dann wollten sie, falls die Stadt mit Gewalt zu anderen Dingen gedrungen würde, ihre Pflicht gethan haben.[3] Der Kaiser gab tröstlichen Bescheid,[4] und glücklich trafen die einzelnen Abteilungen seines Heeres vor Wien ein, ehe der Gegner die Umschließung begonnen hatte. Jetzt fühlte sich auch Giskra stark genug, das Heer aus der Stadt zu führen und in den Weinbergen bei Sankt Thiebolt gelagert, die Anstalten der Gegner zu überwachen.

Trotzdem kam Wien in schwere Gefahr, weil wirklich Parteigänger des Erzherzoges sich in der Stadt befanden, die ihm den Weg in die Umzäunung zu bahnen suchten. Am 12. August brach der Erzherzog das Lager bei Inzersdorf ab, um weiter ostwärts bei Schwechat eine neue Stellung zu nehmen. Aber die Bewegungen beim Abmarsche sollten zugleich die Vorbereitungen zum Überfalle der Stadt verdecken. Plötzlich wandte sich Albrecht mit einer starken Schar gegen den äußeren Wall und die Umzäunung in der Nähe des Stubenthores, und da hier seine Freunde in der Stadt die Nacht vorher mit Brettern eine Brücke über

---

[1] Vgl. Pray, Annales Hung. III. 262, der freilich glaubt, daß die ungarischen Hilfstruppen sich schon in Sankt Pölten dem Erzherzoge anschlossen. Pray's Darstellung ist auch sonst durchaus parteiisch.

[2] Copey-Buch 259—260. Vgl. F. v. Hormayr, Geschichte Wiens II. 118.

[3] Es waren Johann Kannstorffer, Johann Tannhauser und Meister Ulrich Griessenpeck. Ihr Auftrag im Copey-Buch 260—262; ihre Verrichtung ebendort 265—267. Sie kamen am 11. August zurück.

[4] Seine Danksagung an die Stadt vom 6. August: Copey-Buch 267—268.

den Graben gebaut hatten, gelang es ihm wirklich hinüberzukommen und sich des Nikolaiklosters vor dem Thore zu bemächtigen. Aber früh genug ward der Angriff bemerkt: Nun tönten die Sturmglocken in der Stadt, die kaiserlichen Söldner, die Bürgerschaft unter ihren Viertelmeistern, strömten in dichten Scharen zur Verteidigung herbei, selbst die Kaiserin erschien zu Pferde mit ihren Jungfrauen, um zur Treue und Tapferkeit anzueifern. Nach dreistündigem Ringen sah sich der Erzherzog genötigt, den verlustreichen Kampf abzubrechen und das Kloster wieder aufzugeben. Wer ihm hineingeholfen, blieb unentdeckt.[1]

Wiederum trat vor Wien eine lange Ruhepause ein. Der Erzherzog mochte erkannt haben, daß die Hauptstadt doch nicht so leicht zu bezwingen sei. Er erwartete die heranrückenden Bayern, die ungarische Hilfe, ehe er wieder angriff. Ihn drängte wider alles Erwarten der Böhmenkönig.

Auf der andern Seite nützte man die Frist zur Fortsetzung der aufgenommenen Vermittelungsversuche. Kardinal Bessarion, seit dem Vorjahre in der Stadt weilend, war schon im Lager bei Inzersdorf erschienen, Albrecht zum Frieden zu mahnen: Es sei sein Heimatland, das der Krieg verwüste, und niemand ziehe davon größeren Gewinn, als die Türken, die sich bereits zur Unterdrückung des christlichen Namens anschickten. Der Kardinal erhielt die bekannte Antwort: Der Kaiser sei am Kriege schuld, der Erzherzog vertrete nur das Interesse des Landes und seines Hauses.[2]

Ebenso aussichtslos war das Beginnen der Universität, eine Verhandlung einzuleiten. Eine Deputation von acht älteren Mitgliedern aller Fakultäten sollte sich, so war beschlossen, zugleich an den Kaiser und den Erzherzog wenden. Die Vermittelung unterblieb, weil andere Ereignisse dazwischen traten und Professor Thomas Ebendorfers schöne Rede über

[1] Am eingehendsten ist darüber der Anonymus 130—134. Doch ist seine Erzählung hier wie oft in zwei Teile zerrissen und ist zwischen den Nachrichten sorgfältig zu unterscheiden. Nach 132 könnte es scheinen, als ob die Kaiserin nicht während des Kampfes, sondern bei anderer Gelegenheit und um eine Art Heerschau zu halten, bei den Truppen erschienen wäre; nach 131 „und als der Hertzog aufbrach, schlueg man an die Glockhen, da besambt sich das Volckh ꝛc., an welche Stelle die Meldung über die Kaiserin angefügt wird, ist dies unmöglich. Die Verluste waren nach 133 nicht groß. Ebendorfer (938) steht in diesen Dingen bereits thatsächlich auf der Seite des Erzherzoges; er stellt das ganze als harmlose Rekognoszierung des Erzherzoges dar; in der Ferne machte man mehr daraus. Vgl. Bericht der Statthalter fol. 79—80 und E. Birk, Leonor von Portugal, Gemahlin Kaiser Friedrich des Dritten, Sitzungsber. der Wiener kaiserl. Akademie der Wissenschaften, 1858, 186—187.

[2] Ebendorfer, l. c. 938—939. Anonym. chron. Austriac. 134.

die Süßigkeit des Friedens und die Pflichten der Landesherren blieb ungesprochen.[1]

Schlimmer und schlimmer gestaltete sich die Lage des Kaisers und seiner Getreuen. Noch am 16. August mahnte er die Mannschaft im Viertel ob dem Momhartsberge, sich mit Heinrich Strein von Schwarzenau zur Bekämpfung der feindlichen Invasion zu vereinigen.[2] Statt dessen erschienen Strein, Sigmund von Puchheim, der von Plankenstein im Lager des Erzherzoges, und veröffentlichten ihre Absagebriefe an den Kaiser. Fast der ganze Adel des Landes folgte diesem Beispiele,[3] und die wenigen, die übrig waren, stellten sich unter den Schutz des Bischofes von Passau und erklärten sich für neutral. Daneben war Georg von Pottendorff rastlos bemüht, durch Gewalt und Drohungen die festen Orte des Wiener Beckens bis zum Neustädter Steinfelde, daruntrr auch das wichtige Perchtoldsdorf, zur Unterwerfung unter den Erzherzog zu bringen.[4] Und schon erhob sich im Süden ein neuer Gegner.

Der Kaiser hatte den langen Streit mit Venedig wegen Portenauer Lehen, die mit dem gesamten Gebiete seiner Gemahlin auf ihr Heiratsgut verschrieben waren, am 1. Juli zu Ende gebracht. Gegen eine Geldentschädigung ließ er der auf der Terra firma rastlos um sich greifenden Republik die angemaßten Besitzungen und Rechte.[5] Dagegen wurden die Beziehungen zu Görz stets feindseliger. Die Grafen empfanden es als direkte Bedrohung, daß Herr Johann von Wittowetz, der gefeierte Kriegsmann, als Inhaber von Lienz und des daneben gelegenen Schlosses Bruck stets gerüstet an ihrer Grenze stand.[6] Sie fürchteten um das Schloß

---

[1] Ebendorfer 939—943. Die Rede ist offenbar von ihm entworfen, er hat sie deshalb auch in seine Chronik aufgenommen. Vergl. Aschbach, Geschichte der Wiener Universität, Wien 1865, 232. Für Müller, Reichstagstheatrum II. 64 ist Ebendorfer Quelle.

[2] Chmel, Regesten II. 389, Nr. 3892. Vgl. Lichnowsky, Regesten zu VII. CCCXXVII, Nr. 581.

[3] Ebendorfer l. c. 938: ibique Switenses (sic!) immo fere tota nobilitas patriae, quae usque parti Imperatoris favere visa est, confluxit.

[4] Ebendorfer a. a. O. Anonym. chron. Austriac. 137, wo die Wiedereinnahme eines Teiles dieser Orte durch die Kaiserlichen gemeldet wird.

[5] Chmel, Reg. II. Anhang CXXXVI—VIII, Nr. 113. Lichnowsky, Reg. zu VII. a. a. O. Nr. 537. Der Unterhändler Peter Funtz empfing das Schloß „Piemont in Isterreich"; s. Birk, Urkunden-Auszüge zur Geschichte Friedrich III. Nr. 505. Über die Geldsumme, die der Kaiser erhielt, gingen im Reiche abenteuerliche Gerüchte. Vgl. Ber. der Statth. fol. 100.

[6] Chmel, Reg. II. 378—379, Nr. 3794. Lienz im Pusterthale.

Klausen und die wichtigen Gebirgspässe, die es deckte.[1] Noch im Juli hatte der jüngere Görzer, Graf Leonhard, dem Kaiser abgesagt, und sich mit reisigem Gefolge in des Erzherzoges Heer begeben.[2] Der ältere Graf hielt zwar zurück, aber auch er war in Rüstung, um jeden Augenblick losbrechen zu können. So blieb Wittowetz mit seinen Scharen im Süden festgehalten. Was den Kaiser sonst etwa hinderte, die ständischen Aufgebote wenigstens der Steiermark und Kärnthens nach Österreich zu entsenden, ist unbekannt. Es genügte wohl, daß Graf Johann auf die besondere Aufforderung seines Bruders und gegen die Verpflichtung des Erzherzoges, sich nicht ohne ihn zu richten, zu Beginne September wirklich seinen Fehdebrief sandte, und der Grenzkrieg allerorten begann.[3]

Der Erzherzog, dessen Truppen in den sumpfigen Niederungen zwischen Schwechat und Simmering bald an Krankheiten zu leiden hatten,[4] war inzwischen durch die Völker Herzogs Ludwig, und am 26. August endlich auch durch 4000 ungarische Reiter und 1200 Fußgänger unter der Führung des Palatins Michael Orszagh de Guth, Rinolds von Roßgon und Peters von Palota verstärkt worden.[5] Er war nach dem Zeugnisse Leonhards von Görz ohne die Bayern und Ungarn an Reisigen stärker, als „Herzog Ludwig (von Bayern) gegen Markgraf Albrechten in seinem Heer überall gehabt hatte". Seine Hauptposition, von den Ober- und Niederösterreichern festgehalten, war jetzt bei Laxenburg; von da dehnten sich die ungarischen Stellungen gegen Nordosten, die der Bayern gegen Südwesten und Westen. Fronauer, mit dem Albrecht wegen seiner Unersättlichkeit uneins geworden war, hatte sich mit den Seinen schon in der alten Stellung auf der Simmeringer Haide getrennt, da er seine Verschanzungen decken müsse.[6] Für den 31. August oder

---

[1] Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 453.

[2] Copey-Buch 266. Vgl. Chmel, Mater. II. 251.

[3] Chmel, Mater. a. a. O. Brief vom 29. August. Daß der Kampf wirklich sofort begann, beweist der auf Görz bezügliche Passus der Friedensurkunde vom 6. September. s. u. Der Landtag, der Ende Juni 1461 in Graz stattfand, hatte zwar eine Steuer zu bewilligen, wir vernehmen auch von der Absage des Erzherzoges und von den Kriegsmitteln des Kaisers, aber nichts von einem Aufgebote. Vergl. Krones, Vorarbeiten für das steir. Landtagswesen, Beiträge II. 83, III. 98.

[4] Ebendorfer 938. Es waren die ersten Boten der herannahenden Pest.

[5] Ebendorfer 943. Anonym. chron. Austriac. 134. Pray a. a. O. Chmel, Mat. II. 251. Danach kündigten die Ungarn an, daß auch der König selbst eventuell mit ganzer Macht erscheinen werde.

[6] Ebendorfer 943. Fronauer namque alias a Simering cum suis se separavit ab exercitu, suas anhelans firmare bastitas pro eo, quia ea, quae petierat obtinere nequivit.

1. September erwartete man den Angriff der gesamten Macht auf die Stadt. Da trat eine neue Wandlung der Dinge ein.[1]

Als Niederösterreich bis auf Wien und wenige feste Plätze in der Gewalt des Erzherzoges war, aus dem Reiche statt einer mächtigen Diversion, die der Kaiser mit der Eröffnung des Reichskrieges bezweckt hatte, nur die Meldungen kamen über kriegerische Drohungen der Parteien gegen einander, da sah Friedrich III. allein noch Rettung vor schwerer Niederlage und Demütigung bei dem Böhmenkönige. Wohl mochte dem stolzen Fürsten nach dem, was eben zwischen ihm und dem Könige vorgegangen, die Bitte schwer fallen, Georg möge von seinem Kanzler Rabenstein, den der Kaiser gleichzeitig instruierte, wie von einem kaiserlichen Bevollmächtigten weitere Eröffnungen freundlich entgegenzunehmen. Sie bestanden kurz darin, der Kaiser übertrage dem Könige ganze Gewalt, ihn mit seinem Bruder, dem Könige Matthias von Ungarn, und Herzog Ludwig von Bayern in Güte oder nach Recht zu vergleichen, vor allem aber zu bewirken, daß der Erzherzog und seine Bündner aus dem Felde zögen.[2]

König Georg nützte die Gelegenheit, aus der Feindschaft mit dem Kaiser herauszukommen, sich ihn zu verpflichten. Er brachte die Sache vor seine Barone. Sie erhoben keinen Widerspruch gegen die Vermittelung, rieten vielmehr zu Gunsten des Kaisers dem Kriege in Österreich ein Ziel zu setzen.[3] Die vornehmsten Mitglieder der Landstandschaft, Zdenko von Sternberg, Oberstburggraf, Johann Zajic von Hasenburg, Oberstlandrichter, Burian Trczka von Lipa, Oberstlandschreiber, und Wilhelm von Riesenburg und Rabie der Jüngere, dann der Kanzler Prokop von Rabenstein und der Sekretär Jobst von Einsiedel, die drei letzteren dem Könige persönlich nahestehend und geschäftsgewandt, übernahmen darauf die Sendung nach Österreich.[4]

Am 8. August trafen die Böhmen in Wien ein,[5] und schon am

---

[1] Leonhard von Görz an seinen Bruder Johann am 29. August a. a. O.: Wir versteen auch nicht anders, dann man werd sich auff nachstkomenden montag oder erichtag mit ernnst fur Wyenn slahen.

[2] Stockheim, Urk. und Beilagen 476—477, Nr. XCIII. Möglich ist, daß der Kaiser schon bei der letzten Anwesenheit Rabensteins in Graz mit ihm eine bezügliche Abrede traf. Bezüglich der Nachrichten aus dem Reiche s. v. Stockheim, Urk. und Beil. 350—355, Nr. LXI—LXIV.

[3] Brief Erzherzog Albrechts an Herzog Ludwig von Bayern vom 15. August 1461 bei Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXVI, Nr. 580.

[4] Anonym. chron. Austriac. 132. Vgl. Ebendorfer 938 mit der Angabe, daß sie der Erzherzog, während er bei Inzersdorf lagerte (4—12. Aug.) empfing.

nächsten Tage brachten sie ihre Botschaft an den Erzherzog. Er empfing sie wenig freundlich. Was da für und gegen den Frieden gesprochen wurde, ist unbekannt. Albrecht mag wohl auch auf des Königs Verschreibungen, in Eger und Freistadt ausgestellt hingewiesen haben. Schließlich wies er die böhmischen Räte ab wie den apostolischen Legaten.[1]

Damit war die Sache jedoch nicht abgethan. Die Böhmen erklärten, sie selbst würden zwar zu ihrem Herrn, ohne ihren Auftrag vollführt zu haben, zurückkehren, aber die Abberufung der böhmischen Völker aus dem erzherzoglichen Heere und die bewaffnete Intervention ihres Königes würden nachfolgen.[2] Es kam dazu, daß der Erzherzog jetzt am 12. August jene Schlappe auf der „Landstraße" erlitt, die ihn die Schwierigkeit seines Unternehmens besser erkennen ließ. Er lenkte nun ein. Der Erzherzog, so meldeten die österreichischen Räte den böhmischen Herren, hätte nie einen Zweifel gesetzt in seinen Herrn und Bruder den König, er hoffe auch jetzt noch, der König verhelfe ihm zu dem, weswegen er diese Sache begonnen habe; gehe dies auf friedlichem Wege, desto besser; er wisse sich, wenn Verhandlungen stattfinden müßten, keinen besseren Vermittler, als den König. Aber der Erzherzog sei verpflichtet, ohne Zustimmung seiner anderen Freunde keinen Vertrag mit dem Kaiser einzugehen; er könne also jetzt auch nichts weiter thun. Aber er erwarte die Hauptleute und Räte seiner Bündner, die vielleicht auch zu Verhandlungen ermächtigt seien; mit denen wolle er sich ins Einvernehmen setzen, und dann weitere Antwort geben.[3]

Das gestanden die Gesandten zu. Albrechts Verpflichtung war auch ihnen bekannt; sie ward überdies gerade dem Könige Georg gegenüber von ungarischer Seite entschieden betont.[4] Man kam überein: Die Verhandlungen ruhen, bis die Bayern und Ungarn angekommen wären, der Erzherzog von den Anschauungen seiner fürstlichen Freunde hinlängliche Kunde hätte. Weder aus der Stadt und seitens der kaiserlichen Heerführer, noch von seiten des Erzherzoges darf während dieser Zeit etwas feindliches geübt werden, auch nicht gegen die sonstigen kaiserlichen Städte und Schlösser, es gelte denn die Abwehr. Den Wienern und Kaiserlichen gestattet der Erzherzog diesseits (südlich) der Donau zu foura-

---

[1] Zeigt der Eingang zu dem Berichte über die nachfolgende Beredung.

[2] S. Anm. 3 S. 108.

[3] „Herczog Albrecht in dem veld vor Wienn", Fontes rer. Austriac. XLII. 352—353, Nr. 263. Ich stelle diesen wichtigen Bericht, den ich im Wiener Hausarchive fand, jetzt unbedenklich hierher. Er gehört zum 13./14. September 1461.

[4] Ebendorfer 938.

gieren, doch nur etwa in Scharen von 10 bis höchstens 30 Pferden. Das alles thut er dem Könige und seiner Gesandtschaft zu Gefallen und zu Ehren.[1]

So folgte denn die mehr als vierzehntägige Ruhepause. Aber den Frieden schien sie nicht zu bringen. Die bayrischen Hauptleute waren ohne jede Vollmacht für Unterhandlungen.[2] Die Ungarn ebenso. Sie begehrten entschieden, daß man erst ihren König verständige.[3] Der Erzherzog, der glücklich ein so beträchtliches Heer um sich sah, war entschlossen, lieber mit Gewalt ein Ende zu machen.[4] Da, als entscheidende Kämpfe drohten, traten wieder die Böhmen dazwischen. Sie hatten mit möglichster Berücksichtigung der Ansprüche aller Parteien einen Vertragsentwurf gefertigt, dem auch der Kaiser, von Prokop von Rabenstein persönlich unterrichtet, die Zustimmung erteilte.[5] Nun befahlen sie, um aller Welt die Friedensgeneigtheit des Reichsoberhauptes vor Augen zu stellen, dessen Feldherrn aus dem Felde zu ziehen, was unverweilt geschah.[6] Dem Erzherzoge aber ließen sie die Wahl zwischen Annahme des Friedens oder Krieg mit dem Könige von Böhmen.[7]

Albrecht gedachte erst nicht nachzugeben. Als aber die österreichischen Barone, die von einem Kriege mit Böhmen ihr völliges Verderben be-

[1] „Taiding Zedl, so ynez im Veld geschehen ist, beschehen durch des Kunigs von Behem Ret &c.“ Copey-Buch 268—269. Auch dieser „Zettel“ ist unstreitig zu den Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen dem Erzherzoge und den Gesandten des Böhmenkönigs gehörig. Er gehört auf den 13.—15. September 1461.

[2] Herzog Ludwig meldet auf das Schreiben des Erzherzoges (vom 15. Aug.) noch am 23. August, daß ihm König Georg noch nicht angezeigt habe, wann und wohin er zu der Friedensverhandlung seine Bevollmächtigten schicken solle. Daraus ergiebt sich obiges von selbst.

[3] Jos. Graf Teleki, Hunyadiak kora Magyarországon, XII Bde., Pest 1852 ff., XI. 18—19, Nr. CCCXIV. Der König, dem Georg von Böhmen durch seinen Hofmarschall Bořita von Martinitz die Vereitlung des Korneuburger Tages gemeldet hatte, verlangt sehr energisch, daß ohne sein Wissen und Zuthun keine Friedensverhandlungen stattfinden sollten. Vgl. Chmel, Mat. II. 251: „Die Hungarn sein vast wider taiding zu thun.“

[4] Brief Graf Leonhards von Görz a. a. O. „Nu will hertzog Albrecht dhainer taiding ingen, dann sy sey nach allem seinen willn.“

[5] Ebendorfer 939: Tum Procopius cancellarius ab imperatore reversus tractatus interruptos pacis reincepit. Die Darstellung ist, worüber man sich bei dem 80jährigen Manne nicht wundern wird, sehr verwirrt.

[6] Anonym. chron. Austriac. 135. Der Passus „nach geschäfft des khünigs“ zeigt, daß inzwischen auch der König von dem Stande der Dinge verständigt worden war, und die Räte nach seinem Befehle handelten.

[7] Ebendorfer 938. Das hier Gesagte gehört unzweifelhaft noch mehr zu dem zweiten Konflikte zwischen den Gesandten und dem Erzherzoge.

sorgen mußten, ihrerseits in Verhandlungen mit den königlichen Räten traten, blieb kein weiterer Ausweg.[1]

So ward am 6. September im Feldlager vor Laxenburg die Friedensurkunde unterzeichnet. Sie bestimmte:

1. Zwischen dem Kaiser, Erzherzog Albrecht, König Matthias von Ungarn und Herzog Ludwig von Bayern herrscht Waffenruhe bis Johannis Baptistä 1462 (24. Juni). Der König von Böhmen ist ermächtigt, während dieser Zeit an einem passenden Orte einen Friedenstag abzuhalten, den er den Parteien einen Monat vorher verkünden soll. Er mag hier die Fürsten mit ihrem Wissen und Willen in Güte ausgleichen. Gelingt dies nicht, so hat nichtsdestoweniger der Stillstand seine Frist auszudauern. Keiner Partei soll daraus irgend eine Schädigung ihrer Rechte erwachsen.

2. Der Friede gilt auch für die ungarischen Herren im Dienste des Kaisers, nämlich alle Grafen von Pösing, Berchtold von Ellerbach, Andreas Baumkircher und Ulrich von Grafeneck; er gilt auch für Johann Giskra, doch ist der Kaiser berechtigt, ihm im Kampfe um seine Schlösser in Oberungarn Hilfe zu leisten, wogegen die Ungarn sich natürlich wehren dürfen.

3. Der König von Böhmen wird seinen Fleiß anwenden, daß der Kaiser die gegen Herzog Ludwig von Bayern von Reichs wegen erlassenen Mandate widerrufe. Vermag er das nicht zu erreichen, so steht es dem Erzherzoge zu, dem Herzog Ludwig und ebenso dem Kaiser, dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg im Reichskriege Beistand zu thun, dem Frieden in Österreich aber unbeschadet.

4. Alle in diesem Kriege Gefangenen sind frei, doch gegen die Zusage, sich eventuell am 24. Juni des kommenden Jahres wiederzustellen.

5. Den Grafen von Görz wird das im Laufe des Kampfes entrissene Gut zurückgestellt.

6. Der Erzherzog verpflichtet sich, am Tage Mariä Geburt (8. September) das Lager aufzuheben, und sein Heer ohne weitere Schädigung Niederösterreichs in die Heimat zurückzuführen.

Ein beigefügter Zettel wahrt dem Grafen Johann von Wittowetz und dem Propste von Fünfkirchen das Recht, binnen vier Wochen, sei es

---

[1] Anonym. chron. Austriac. 135: „darnach haetten auch die landtleutt ain verdrießen in dem veldt und stießen wieder an ain thaedtung mit des khünigs räthen und wordt da endtlich beschlossen ain fridt ꝛc.“

als Diener des Kaisers, sei es des Ungarkönigs, dem Frieden beizutreten.[1]

Noch galt es, auch den Fronauer, der alldem ferne geblieben war, zur Annahme einer Waffenruhe zu vermögen. Es gelang den böhmischen Gesandten, von ihm auf ihrer Rückreise am 10. September zu Hollenburg die Zusage zu erlangen, von nun an mit dem Kaiser im Frieden bleiben zu wollen, wogegen es ihm und den Seinen gestattet bleibt, in „seiner Gnaden Städten und Märkten zu reiten, zu ziehen, zu handeln und zu wandeln". Der König von Böhmen soll über Fronauers Streitsachen mit dem Kaiser in Güte oder nach Recht endgültig entscheiden. Die beiderseitigen Gefangenen, außer Hans von Lichtenstein, bezüglich des gleichfalls der König entscheiden wird, sollen ledig sein.[2]

Damit war der Böhmen Thätigkeit im Lande zu Ende. Den getreuen Wienern wurde jetzt zum Lohne vom Kaiser ein neues Stadtwappen, der doppelköpfige goldene Adler im schwarzen Felde, verliehen.[3] Aber wie heillos standen doch die Dinge in Niederösterreich auch nach dem Frieden.[1] Es war zwar noch während der Verhandlungen beschlossen worden, „daß alle Prälaten, Herren, Ritter, Knechte und Bauern, Städte, Märkte und Dörfer, daß ebenso Umgeld und Mauten, die Herzog Albrecht in dem Kriege mit dem Schwerte in sein Gewahrsam gebracht, auch die Leute, die ihm zugesagt und gehuldigt hätten," in seiner Regierung bleiben sollten bis zum Ende der Waffenruhe.[4] Aber im Friedensvertrage war nichts enthalten. Und wie sollte es sonst mit den landesherrlichen Rechten gehalten werden? Hier fand die Eigenliebe der Herzoge nur allzu rasch den Anlaß zu neuem Streit, da der Erzherzog wenigstens in den Teilen Niederösterreichs, die er sich unterworfen, sich als den regierenden Fürsten ansah. Mit dem Böhmenkönige verband er sich übrigens dennoch wieder.

---

[1] Der Vertrag ist vielfach gedruckt, so schon bei Sigm. Birken, Spiegel der Ehren des Erzhauses Österreich 667—668; dann bei F. Kurz, Österreich unter Friedrich IV. 224—227, Beil. XXIX. J. Müller, Reichstagstheatrum II. 64—66. Lünig, Deutsches Reichs-Archiv, Part. spec. contin. I. 1. 36, am besten bei Du Mont, Corps diplomatique univers. du droit des gens, Amsterdam und La Haye 1726, 269—270, Nr. CCVI. Vgl. auch Chmel, Reg. II. 389, Nr. 3898 und nach dem Hauptinhalte Ebendorfer l. c. 943—945. Der Zusatzzettel war Ebendorfer und F. Kurz unbekannt.

[2] Copey-Buch 269—270. Dort auch ein weiteres Schreiben Fronauers wegen des von ihm gefangenen Hans von Lichtenstein an Bischof Ulrich von Passau. Trübensee am 22. September. Copey-Buch 270—271.

[3] Leoben am 26. September 1461. Vgl. A. Camesina, Zur Wiener Geschichte, Wien 1853, 2—3.

[4] Anonym. chron. Austriac. 135—136.

Noch heftigeren Unmut, größere Überraschung erweckte der jetzige Friedensschluß bei dem Ungarkönige. Wie erregt schrieb doch der leidenschaftliche Corvine an seinen Schwiegervater, den von Böhmen, als er, eben willens zu dem Beginne der Verhandlungen seine Zustimmung zu geben, die Kunde erhielt, der Friede sei bereits geschlossen, sein Heer auf dem Heimwege! Er sei erstaunt, daß der König zugestimmt habe, ohne nur seine Antwort zu erwarten, und der Erzherzog sich ohne ihn mit dem Kaiser verglichen habe. Ihm sei der Wortlaut der Urkunde noch unbekannt, aber das wisse er, daß er niemandem eine Vollmacht erteilt habe, auch den Führern seiner Truppen nicht, und das vermute er, daß wieder einmal der Kaiser in seiner beliebten Weise in nichts gewilligt, und doch die Anstalten und Bemühungen seiner Gegner vereitelt haben werde.[1] Man erwäge des jungen Königes Zorn, als er sich im Friedensvertrage gänzlich außer acht gelassen sah! In der That blieben dem Könige die Früchte seines Bundes mit dem Erzherzoge verloren.[2] Sich zum zweitenmale als Werkzeug der böhmischen Politik gebraucht und mißbraucht sehend, verlor er das Vertrauen zu seinem Bündner in Böhmen und gewann es nie wieder.

Dafür hatten sich König Georg und der Kaiser vollständig gefunden. Schon am 16. August meldete der Kaiser dem Marschall von Pappenheim, von Böhmen sei nach seiner Meinung nichts zu besorgen.[3] Und vier Tage später verkündete er seine freundlichen Beziehungen zu Podiebrad auch dem Markgrafen Albrecht, damit er sich danach zu richten wisse.[4] Es war dem Könige ein Beweis für die Wiedererlangung der vollen kaiserlichen Gnade, daß Friedrich III. am 25. August ihm und seinen Söhnen als Erben der Luxemburgischen Herrscher Böhmens die Anwartschaft auf die Grafschaft Katzenellenbogen verlieh.[5] Und der Friede vom 6. September, bedeutete er nicht die Errettung des Kaisers aus wahrhaft großer Bedrängnis? Mußte er nicht die Fürsten noch inniger aneinander knüpfen, zumal die eigentliche Entscheidung der Streitfragen noch fehlte und wesentlich bei dem Böhmenkönige stand?

Es war nur verhängnisvoll, daß Kaiser und Kaiser betreffs der Ordnung der deutschen Wirren ihre Hintergedanken hatten: Nun des

---

[1] J. Teleki, Hunyadiak kora Magyarországon XI. 18—19, Nr. CCCXXIV.

[2] Vgl. Böhmen und seine Nachbarländer 223 ff.

[3] v. Stockheim, Albrecht IV. 170.

[4] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXVII, Nr. 582. Vgl. Ber. der Statth. Herzog Wilhelms 79—80.

[5] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXVII, Nr. 587.

Königes sicher, hoffte Friedrich III., den trotzigen Landshuter Herzog durch seine Hauptleute im Reiche um so empfindlicher demütigen zu können. Andererseits säumte König Georg, weil er den Kaiser sich tief verpflichtet wußte, nicht länger, den klug verhaltenen Grimm an dem Markgrafen von Ansbach zu fühlen. Der Unterschied war nur der, daß der Kaiser offen vorging, während der König versteckt arbeitete.

Kaiser Friedrich hatte in den Briefen an Pappenheim und den Markgrafen aus dem guten Verhältnisse zu Böhmen vor allem gefolgert, daß man nun um so energischer gegen Herzog Ludwig vorgehen müsse. Als während der Laxenburger Beredungen die bayrischen Hauptleute erklärten, sie könnten die Feindseligkeiten nur dann einstellen, wenn der Kaiser die Prozesse des Reiches gegen ihren Herrn widerrufen und bei der Fehde Ludwigs mit Markgraf Albrecht ruhiger Zuschauer bleiben würde, ließ dieser erklären, daß er hierin niemals willigen werde. Lieber sollten alle Verhandlungen sich zerschlagen, als daß er den Markgrafen im Stiche lasse.[1] Aber obwohl er dann am 1. September nochmals die Stände des Reiches aufrief, diesmal vor allem gegen den Herzog von Landshut,[2] so war er doch wieder sofort bereit, den Reichskrieg gegen Ludwig einzustellen, so wie der König, wie man in Laxenburg schließlich vereinbart hatte, den Frieden zwischen dem Herzoge und ihm und Albrecht mit Ernst betreiben würde.[3]

Der König aber übernahm formell die Friedens-Vermittlung, und hetzte daneben den Herzog auf den Markgrafen. Er mahnte die Reichsstädte, Herzog Sigmund von Tirol u. s. w.[4] ab, Albrecht zuzuziehen, eben weil er Verhandlungen einzuleiten übernommen hätte, und sagte zu gleicher Zeit Albrecht ab als Helfer Herzog Ludwigs. Mehr als irgend wann galt wirklich von dieser Zeit, was der biedere Stadtschreiber von Bres-

[1] Joh. Hinderbach an Markgraf Albrecht von Brandenburg am 14. September, Font. rer. Austriac. XX. 248—249, Nr. 247.

[2] Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. a. a. O. Nr. 589—592. Das Ausschreiben des Kaisers an die Reichsstädte vom 14. August bei Müller, Reichstagstheatrum II. 76—77, vom 1. September ebendort 74—76.

[3] Hinderbach a. a. O.: Dessħalb s. k. m. her zu dem konig geschickt und begern hat lassen, sich in disen sachen auch zu seczen, damit der krieg niedergelegt werde ꝛc.

[4] Chmel, Materialien II. 252—253. Vgl. Lichnowsky, Regesten zu VII. CCCXXVIII, Nr. 593. Über die Mahnung an die Reichsstädte s. Kluckhohn, Ludwig der Reiche, Exkurs 8,372. Des Königes Brief an den Landgrafen Ludwig von Hessen bei Müller, Reichstagstheatrum II. 57—59; an die Ulmer u. s. w. vom 27. August im Frankf. Stadtarch. Kaiserbriefe V. Nr. 2.

lau, Peter Eschenloer, schreibt: „Girsik (Georg von Böhmen) war itzo diesem Fürsten, morgen jenem günstig; alle suchten sie Hilfe bei ihm; er konnte sie leisten und wußte wohl, sie zuzusagen, zu verweigern, die Fehde anzuzünden, auszulöschen: denn welchem Teile er beilag, mußte der andere unterliegen“.[1]

Sechstes Kapitel.

Kriegsrüstungen im Reiche. Die kaiserlichen Hauptleute und die Reichsstädte. Der Bartholomäustag zu Nürnberg. Haltung des Böhmenkönigs. Beginn des Reichskrieges gegen Herzog Ludwig von Bayern. Die Überziehung der ansbach'schen Lande. Böhmen und Kurbrandenburg.

Es erwies sich in jenen Tagen, wie schwer es im Reiche geworden war, große gemeinsame Angelegenheiten vorwärts zu bringen. Wie ward der Reichskrieg, und gleich die Vorbereitung desselben, zur unerträglichen Geduldprobe für den frischen Thatenmut des Markgrafen!

Seit Beginn des Frühjahres erscholl bereits der Kriegslärm, im Juli war man im Aufgebote, um die Mitte August erfolgten allmählich die Absagen. Und immer noch mußte man den Ausgang des Nürnberger Reichstages abwarten und galt es, die letzten Vorbereitungen zum Kampfe zu treffen. Am 21. August schlossen der Markgraf und Ulrich von Württemberg, der sich noch eben auch mit seinem Vetter Eberhard von Aurach versöhnt hatte,[2] ein Bündnis mit Graf Ulrich von Öttingen, das letzterem wesentliche Vorteile in Aussicht stellte.[3] An seinen Bruder Friedrich, dann Hessen, das aber unter dem unglücklichen Ausgange des

---

[1] Geschichte der Stadt Breslau I. 173. Man vgl. den Brief der Breslauer an den Papst vom 22. März 1463 in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 180—182, Nr. 147. Bezeichnend genug ist auch, was Jacob degli Amanati (Jacobi cardinalis Papiensis commentarii, Francofurti 1614) 431 sagt: Georgius, . . . vel cum principes consumpti invicem essent, vel ad alterutros inclinare victoriam noscebat, pietatem simulans oratores mittebat de pace, cogebatque vel invitos latis a se conditionibus assentiri metu illato adhaesurum se hosti, ni ita acciperent. Das war aber nicht Laune, sondern Ausfluß seines politischen Systems.

[2] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 421—423 Nr. LXXVII (nicht LXXII) k u. l.

[3] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXIV. Nr. 543.

gegen Braunschweig-Grubenhagen gethanen Zuges stand,[1] Kursachsen und Thüringen ergingen seitens Albrechts die letzten Mahnungen.

War ihre Hilfe auch jetzt sicher? Hessen und Thüringen blieben bei allgemeinen Redensarten. Sachsen sagte ein mäßiges Kontingent zu, weil es auf die Mark „ein Aufsehen haben" müsse.[2] Kurfürst Friedrich war entschlossen, mit Macht zu helfen. Aber wenn, wie die Rede ging, wie die Art, in der Georg von Böhmen sich jetzt um des Kurfürsten Streit mit Zdenko von Sternberg wegen Kottbus kümmerte, ahnen ließ, der König es auf die Lausitzer Mark abgesehen hatte, stand da nicht Albrecht von Brandenburg und Sachsen verlassen? Darum sein rastloses Werben bei seinen Freunden oben im Reiche und bei den Städten.

Die Verhandlungen des Reichsmarschalls von Pappenheim auf dem zweiten Nördlinger Tage (27. bis 29. Juni) hatten kaum mehr Erfolg gehabt, als die verschiedenen Anschauungen zum Ausdrucke zu bringen, die in den Kommunen herrschten. Nur wenige folgten dem Beispiele des mächtigen Augsburg und seiner Erklärung, wie es „sich rüste und schicke", „mit Leib und Gut Hilfe und Beistand zu thun". Andere behalfen sich mit allgemeinen Redensarten, ohne ausdrücklich eine Zusage zu thun. Nürnberg, die Städte am Bodensee, wollten dem Kaiser selbst Antwort geben. Der Marschall konnte mit den „linden Befehlen", die er besaß, nichts weiter erreichen.[3]

Dafür sprang Markgraf Albrecht, als ihm des Kaisers Vollmacht vom 30. Juni zugekommen war, mit ganzem Ernst in die Sache. Auf den 28. Juli beschied er die Städte zu einem Tage nach Dinkelsbühl. Die Boten von 19 Orten,[4] darunter jene Augsburgs, Nürnbergs, Ulms, Eßlingens, traten hier mit ihm, Graf Ulrich von Württemberg und Heinrich von Pappenheim in persönliche Verhandlung. Der Hohenzoller bot alles auf, um einen günstigen Beschluß zu erzielen. Er wies nach, daß es sich, was die Gegner leugneten, thatsächlich um wichtige Interessen des Reiches handle, nicht bloß um territoriale Angelegenheiten des Kaisers, er versicherte ihnen für ihre Treue und Willfährigkeit dessen

[1] Bericht der Statthalter fol. 89. Brief an Herzog Wilhelm von Sachsen vom 7. August im Dresdner Hauptstaatsarchiv Cop. 17, fol. 86. Über die Verhandlungen zwischen Brandenburg und Sachsen am 14. Juli zu Jüterbogk s. Bericht der Statthalter fol. 89.

[2] Instruktion der sächsischen Gesandten für den Nürnberger Reichstag, Dresdner Hauptstaatsarchiv 7384, fol. 88—89.

[3] Bericht über den II. Nördlinger Tag im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Kataloges) fol. 76.

[4] Nach dem Nürnberger Berichte (s. u.) waren es nur 16.

vollen Dank und Lohn, er rechnete ihnen die Hilfsmittel der reichsfreundlichen Fürsten, die Macht der Reichshauptleute vor, die für sich allein 2000 Reisige und 10000 Fußgänger ins Feld stellen würden mit Geschützen, Wagenburg und sonstigem „Zeuge", er verlangte schließlich, auch die Städte sollten mit größtem Eifer und Nachdrucke rüsten. Es werde ihnen leicht sein, 7000 zu Fuß und tausend Reiter nebst 600 Wägen aufzubringen; dann sei man aber den Gegnern mehr als gewachsen.

So weit war es damit aber noch lange nicht. Mit grundsätzlichem Mißtrauen traten die Ratsboten an die Sache heran. Der gewaltige Kampf, den sie vor zwölf Jahren gegen die Nobilität mühsam bestanden hatten, stand lebhaft in der Erinnerung. Gerade der Markgraf, der sie jetzt an seine Seite rief, war der gefährlichste, entschiedenste Widersacher gewesen. Seine Fehde mit dem Bayerherzog jetzt durchkämpfen zu helfen, waren sie in keiner Weise geneigt. Anders freilich war es, wenn es Kaiser und Reich galt. Da lehnten sie ihre Verpflichtung nicht ab; aber sie mußte ihnen auch völlig nachgewiesen werden.

Mit Feuereifer ging Albrecht daran, diesen Beweis zu führen: Es solle ein Reichskrieg mit rechtem Grund und in rechter Art geführt werden. Aber auch die Darlegungen Herzog Ludwigs, der sich während des Tages in einem Schreiben an die Städte wandte, blieben nicht ohne Eindruck. Danach gestaltete sich denn auch das Ergebnis des Tages. Die Städteboten erklärten wegen ihrer geringen Anzahl und weil sie auch für so weitgehende Bewilligungen nicht mit den nötigen Vollmachten versehen wären, sich erst mit ihren Bürgerschaften und Freunden beraten zu wollen. Der Markgraf, um nicht noch mehr zu verderben, stimmte endlich zu, daß am 10. August zu Nürnberg ein neuer Tag stattfinde, den alle Städte durch vollmächtige Gesandtschaften beschicken, und wo „ohne weiteres Hintersichbringen" die Hilfeleistungen der einzelnen festgesetzt werden sollten.[1] Am 5. August kündigte er diesen Tag nicht bloß denen an, die in Dinkelsbühl unvertreten geblieben waren, sondern zugleich mit der

[1] Über den Tag vgl. den „Abschied" im Bamb. Archiv, Rothenb. Chronik fol. 7; den Bericht der Nürnberger nach Rothenburg ebendort fol. 9—11 und die Aufzeichnungen von markgräflicher Seite bei Stockheim, Urkunden und Beilagen 388—398, Nr. LXXVII b. Das Schreiben Herzog Ludwigs vom 27. August in der Rothenb. Chronik fol. 18b und im Münchner allgem. Reichsarchiv. Neuburg. Copialbuch XII. fol. 25. Über jene an Graf Ulrich von Württemberg vom 28. Juli und 18. August von Stälin, Wirtembergische Geschichte III. 528 u. Anm. 7. Von der Verpflichtung der Städte, den Krieg als Reichskrieg anzusehen, war übrigens nicht einmal der Kurfürst von Sachsen überzeugt. Man vergl. die Instruktion für seine Gesandten zum Nürnberger Reichstage, Dresdner Hauptstaatsarchiv a. a. O.

erneuten Einladung zu dem Bartholomäusreichstage allen Ständen des Reiches.[1] Daß er nicht ohne Besorgnis war, ist unverkennbar; sie war auch allzusehr gerechtfertigt. Der zuversichtliche Ton in dem Berichte an den Kaiser[2] ist leicht zu begreifen.

Auch der Nürnberger Tag führte zu nichts. Der Markgraf zwar meinte, die Zusage müsse ihm werden, und in einer langen Rede, „der Predigt", wie es die Bayern nannten,[3] wies er haarscharf nach, daß es sich um die wichtigsten Prärogative des Reiches handle, und auch er vor allem des Kaisers wegen die Kriegslast auf sich nehme. Die Städte, zum Teile wie Ulm, Nördlingen, Giengen, Boppfingen, Aalen in alten Beziehungen zu dem Herzoge von Landshut,[4] gaben auch diesmal nur ausweichende Antwort. In welcher Erregung der heißblütige Markgraf sich befand, erfahren wir aus der Erzählung des Hofer Chronisten, der Markgraf sei während der entscheidenden Beratungen des Nürnberger engeren Bürgerausschusses ungerufen in den Sitzungssaal eingedrungen, obwohl darauf nach kaiserlichem Privilegium der Stadt die Todesstrafe gesetzt war, und habe, als der Beschluß des Rates auf Neutralität lautete, den Haupturheber davon, Niclas Müffel, übel gescholten.

Der Hohenzoller ergriff nun ein anderes Mittel. Der Abschied des Tages trug die Form eines Befehles der kaiserlichen Hauptleute: „Jede des heiligen Reiches Stadt", so ward geboten, „soll am 4. September bei Nördlingen im Felde sein nach ihrem Vermögen gerüstet und mit aller Notdurft geschickt, Schlösser und Städte zu erobern und Streites zu erwarten"; ebenso muß jeder Handel und Wandel mit den Landen des Bayerherzoges aufgegeben werden. Die Form der Absage an den Herzog wurde für die Städte schon jetzt festgestellt.[5]

Wie weit man aber die kaiserlichen Briefe im Reiche beachtete, ließ sich noch früher auf dem Nürnberger Reichstage erkennen. Schon der Besuch war kläglich. Neben Räten von Kursachsen und Kurbrandenburg,

---

[1] v. Stockheim, Albrecht IV. 167. Vergl. den Brief Markgraf Albrechts an Wilhelm von Sachsen im Dresdener Archiv Cop. 17, fol. 86.

[2] Bei Stockheim, Urk. und Beil. a. a. O.

[3] Brief des Markgrafen an den Kaiser vom 17. August bei Stockheim, Urk. und Beil. 402—403, Nr. LXXVII cc.

[4] Vgl. Chmel, Mat. II. 240.

[5] „Abscheit zu Nurnberg am Donrstage nach Laurenti ꝛc." Bamb. Archiv Roth. Chronik fol. 21—22. Frankf. Arch. Kaiserbriefe V. Nr. 8. Die Erzählung über den Vorgang im Nürnberger Rathause in Enochi Widemanni Chronicon Curiae ap. Mencke, Scriptor. rer. German. III. 716.

Herzog Ludwigs von Landshut[1] und Ottos von Mosbach, der Bischöfe von Bamberg und Würzburg, des Deutschmeisters, Boten der Grafen Wilhelm von Henneberg und Heß von Leiningen, der fränkischen Bünde und der Städte Frankfurt, Mainz und Wetzlar, dann von Hanau, Halle, Goslar, Mülhausen und Nordhausen waren als Vertreter des Kaisers der Bischof von Agram und der Reichsmarschall von Pappenheim,[2] als Anwalt der kaiserlichen Hauptleute der markgräflich ansbachische Kanzler Meister Job von Ried erschienen. Der in Person anwesende Johann von Würzburg kam, weil kein Fürst erschienen war, auch nicht zu den Beratungen.[3] Als bis zum 27. August die Zahl der Reichstagsbesucher sich nicht mehren wollte, ward der Tag eröffnet. Meister Job verkündete die kaiserliche Proposition: Sie enthielt die bekannten Klagen gegen den Landshuter Herzog und schloß mit dem ernsten Befehle, alle Glieder des Reiches hätten bei den höchsten Pönen den vom Kaiser bestellten Feldhauptleuten mit aller Macht Beistand zu thun. Mit neuen kaiserlichen Befehlsbriefen wurde die mündliche Werbung unterstützt.[4]

Die bayrischen Räte, die gleichfalls ein Schreiben ihres Herrn an die Reichsversammlung produzierten,[5] hatten dagegen leicht ankämpfen. Nur die kurbrandenburgischen Räte traten entschieden für die Gewährung der Reichshilfe ein, sonst niemand. Die Sendboten von Halle und Hanau und von Mülhausen, Goslar und Nordhausen waren augenscheinlich nur gekommen, um sich von dem Stande der Dinge zu unterrichten, die aus den rheinischen Städten sagten ebensowenig zu. Alle anderen, mit Ausnahme von Sachsen, erklärten: Da dieser Tag doch keineswegs eine Versammlung der Kurfürsten, Fürsten, Herren, Ritter und Städte des Reiches sei, wie man ihnen vorher verkündet habe, so seien sie auch nicht in der Lage, irgend einen Bescheid zu geben; würde aber ein solcher allgemeiner Reichstag zustande kommen, dann wollten ihre Herren gerne bei der Beratung mithelfen, auch in eigener Person kommen.[6] Die Städteboten versprachen, die Sache an ihre Freunde zu bringen.

[1] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 403: „wir haben auf des kaisers begern vnnser räte auf den Tag gein Nurnberg geschickt."

[2] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 163, Nr. 268.

[3] Ber. der Statth. im Weim. Archiv fol. 79.

[4] Bruchstück eines Berichtes über den Tag im Bamb. Arch., Rothenb. Chronik fol. 31—33.

[5] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 162, Nr. 267. Vgl. ebendort die Relation der Frankfurter Boten über den Tag II. 161—169, Nr. 268 und Ber. der Statth. a. a. O.

[6] Nach dem Berichte der Rothenb. Chronik fol. 31—33.

Übrigens fand der Reichstag noch ein Nachspiel. Die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, die sich doch in der Eigenschaft als Bündner des Bayerherzoges nicht behaglich fühlen mochten bei ihrer doppelten Stellung zu dem Kaiser und dem ihm enge verbündeten Papste, hatten bereits vordem im Vereine mit dem Kardinallegaten Bessarion zu vermitteln gesucht.[1] Ein ähnliches war seitens der fränkischen Rittervereine[2] und Herzog Ottos von Mosbach geschehen.[3] Jetzt, nach Schluß der Beratungen, erschienen Pfalzgraf Friedrich, Erzbischof Diether von Mainz und Graf Eberhard von Württemberg unerwartet in Nürnberg, und indem sie den Markgrafen, der sich bereits bei seinem Aufgebote im Lager bei Neustadt an der Aisch befand, nach Nürnberg entboten, sprachen sie ihren Vorsatz aus, den drohenden Kampf noch in letzter Stunde zu verhindern; sie wollten auch die Gegenpartei zu persönlichem Kommen veranlassen.[4]

Der Markgraf war aber jeder Verhandlung gründlich satt: Es sei ihm ehrenhalber nicht möglich, aus dem kaiserlichen Heere und von dem kaiserlichen Banner zu weichen; noch weniger stehe es ihm zu, in des Kaisers Dinge zu taidingen; doch den Fürsten zu gefallen wolle er seiner eigenen Angelegenheiten willen seine Räte nach Nürnberg senden.[5] Dies sein Bescheid. Da ritten jene von dannen.

Am 17. August hatte Markgraf Albrecht das Feldlager bezogen. Am 1. September sollten die Kontingente von Sachsen, dann derer von Plauen und Schaumburg zu Hof sein, um dieselbe Zeit der „reisige Gezeug" seines Bruders aus der Mark im Lande „auf dem Gebirge" (dem Bayreuth'schen).[6] Er war guten Mutes. „Ich weiß nicht über 1000 Pferd außerhalb der meinen und des von Württemberg, die auf dasmal

---

[1] Neuburger Copialbuch XII. fol. 82. Vgl. v. Stockheim, Herzog Albrecht IV. von Bayern 169.

[2] Bericht der Statthalter fol. 78—80 mit vielfachen Notizen über die Versammlungen der Bünde zu Schweinfurt und Haßfurt, die Abordnung ihrer Gesandten zum Nürnberger Tage, zu dem Markgrafen, dem Bischofe von Würzburg u. s. w.

[3] v. Stockheim a. a. O.

[4] Bericht der Statthalter fol. 79—80. Man vgl. Lorenz Friese bei G. Ludwig, Geschichte von dem Bistum Würzburg 827. Speiersche Chronik bei Mone, Quellensammlung I. 451, woraus sich auch das Datum ziemlich genau bestimmen läßt. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 162, Nr. 266. Brief Erzbischof Diethers vom 23. August an den Pfalzgrafen.

[5] K. Höfler, Quellensammlung zur fränkischen Geschichte. Des Ritters Ludwig von Eyb zu Eybburg Denkwürdigkeiten brandenburgischer (hohenzollerscher) Fürsten, Bamberg 1852, 127. Sonst vgl. Anm. 4.

[6] v. Stockheim, Albrecht IV. 146, Anm. 3. Vgl. Ber. d. Statth. a. a. O.

zu mir kommen", schrieb er dem Kaiser, „aber", fuhr er fort, „von der letzten Sammung (der Reichsstädte), wie sie Euer Gnaden hiermit gemeldet wird, hoffe ich Euer Gnaden Heeres an der Stärck große Besserung". Sein Heer, soweit es im Felde verwendbar wäre, zähle allein gegen 14000 Mann, die Hilfstruppen aus der Mark und aus Sachsen werde er zum Schutze seines Landes zurücklassen; noch trage er die Last des Krieges fast allein, auch sei ihm von der zugesprochenen Städtesteuer so gut wie nichts eingegangen; der Kaiser möge ja ohne ihn keine Richtung und keinen endlichen Frieden eingehen, es wäre sein Verderben an Leib und Gut.[1]

Albrecht gedachte den Feldzug mit einer energischen Offensive zu beginnen. Zugleich sollte Ulrich von Württemberg mit 6—7000 Mann in das Brenzthal vorbrechen, und die bayrischen Besitzungen an der Donau angreifen.[2] Er ahnte nicht, welch schwere Prüfungszeit für ihn herannahte trotz der neuen entschiedenen Befehlsbriefe, die auf seinen Bericht hin am 1. September der Kaiser ins Reich sandte.[3]

Der dritte Nördlinger Tag sah die Reichsstädte in seltener Zahl vertreten. Von 38 Kommunen nicht bloß Frankens und Schwabens, sondern auch aus den Rheinlanden, ausgenommen jedoch Mainz, Frankfurt und Wezlar, waren die Ratsboten erschienen.[4] Der Markgraf, der nicht, wie Heinrich von Pappenheim persönlich, erschien, hoffte sicher, daß nach dem Vorgange der Rotenburger, deren Aufgebot bereits in seinen festen Städten lag,[5] nun endlich auch die übrigen Bürgerschaften Hilfe zusagen würden. Dann kam sie zeitgerecht für die Eröffnung des Krieges.

Aber alles wurde vereitelt durch eine Meldung aus Prag. Der Kaiser habe, so schrieb Georg von Böhmen an die Städte, seinen Streit mit

---

[1] Brief des Markgrafen an den Kaiser vom 17. August bei Stockheim, Urk. und Beil. 402—403, Nr. LXXVII cc.

[2] Bericht der Statth. fol. 79—80: Im (Konrad von Pappenheim) habe auch er Heinrich sein bruder geschriben, der marcgraf habe vast ein rustig gud heer von rewsigen gezuge vnd von fußvolke alles ußerlesen vnd als er here von den, die sich das verstehen 2c. Ebendort s. die Bemerkungen über die Rüstungen des Württembergers.

[3] Der Brief an Herzog Wilhelm von Sachsen bei Müller, Reichstagstheatrum 74—76; an die Stadt Speier bei Mone, Quellensammlung I. 454—456. Die Abmahnung an Joh. von Würzburg bei Müller a. a. O. 80—81. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXVII—VIII. Nr. 589—592.

[4] Vgl. die Nachrichten über den Tag im Bamberger Archiv, Rothenb. Chronik fol. 57—58, 59—60. v. Stockheim, Albrecht IV. 169—170.

[5] Rothenb. Chronik fol. 32—33.

Ludwig von Bayern auf den Spruch des Königes gestellt und er die Vermittelung auch angenommen: Es sei sein ernstlicher Wille, daß die Reichsstädte dem Markgrafen von Brandenburg in der Fehde mit dem Herzoge keine Hilfe leisteten.[1]

Es war umsonst, daß auch Pappenheim und die Markgräflichen ihre kaiserlichen Briefe mitteilten, in denen befohlen war, unverweilt und energisch gegen den Herzog von Landshut vorzugehen.[2] Eine so triftige Ausrede, wie sie die Meldung aus Böhmen gewährte, ließen sich die Städte nicht entgehen. Auch der Markgraf gestand zu, daß man erst über den Stand der Dinge genauere Erkundigung einhole, dann sollten aber am 27. September in Ulm die letzten Beschlüsse gefaßt werden.[3] Was konnte freilich bis dahin alles geschehen sein? Ein noch gewaltigerer Schlag traf den Hohenzoller durch die direkte Absage, die jetzt aus Böhmen kam.

Nach allen Seiten vorsichtig, merkte Albrecht nicht die Wetterwolke, die von Böhmen her drohte. Wie sollte er es auch nach den Meldungen des Kaisers und aus Prag selbst? Am 10. August, nach dem völligen Bruche mit Herzog Ludwig, hatte er Kunz Rot von Bayreuth nach Prag geschickt. Er sollte nochmals den Hergang der Sache erzählen, hervorheben, daß sein Herr nur durch die Drohungen und Rüstungen der Gegner gezwungen worden sei, sich zum Kriege vorzubereiten, daß er den kaiserlichen Hauptmannschaftsbrief zwar „gehorsamlich habe angenommen, doch mit der Protestation, ob der König auch in diesen Handel komme, das doch der Markgraf nicht hoffe, daß er und der von Württemberg gegen den König nicht sein, sondern alles das halten wollten, das sie ihm und der Krone verbunden, schuldig und pflichtig seien zu thun“. Das möge der König zu Herzen nehmen und dem Markgrafen „ein gnädiger Herr“ darin sein, auch den Seinen nicht gestattet, um irgend jemandes willen ihn und seine Lande und Leute zu beschädigen.[4] Der Markgraf unterließ nicht, am 17. August eine Abschrift des eben eingelangten bayerischen Fehdebriefes dem Könige zu übermitteln.[5] Es war alles

---

[1] Bamb. Archiv fol. 58—59. Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe V. Nr. 21. Brief des Königes vom 27. August.

[2] Es sind die Briefe vom 18. und 20. August.

[3] Rothenb. Chronik fol. 60. Kluckhohn a. a. O. Exkurs 8. Während des Tages fanden auch mit Ulrich von Württemberg Verhandlungen über die Eröffnung des Krieges statt. Rothenb. Chronik fol. 59—60.

[4] „Werbung an den konig von Beheim durch Cunczen Roten von Beyreut zu Nurmberg außgangen 2c.“ Bamb. Arch. Inn. Gew. IV. Kast 726, fasc. I., Nr. 1906.

[5] Ebendort Nr. 1906.

vergeblich. Aber kein Anzeichen verkündete den nahenden Sturm. Der Bescheid, den Rot erhielt, mag jenem Rabensteiners ähnlich gewesen sein. Genug, daß der Markgraf bis in den September hinein von der Seite nichts besorgte.[1]

Als im Juni die böhmischen Herren das Aufgebot gegen den Kaiser versagten, war der König, ohnehin durch die letzten Vorgänge im Lande genötigt, eine stärkere Truppenmacht zu halten, für sich in Rüstung getreten. Weil der Ausbruch des Krieges im Reiche warten ließ, verwandte er seine Söldnermacht für eine andere Unternehmung, Balthasar, den Herzog des schlesischen Sagan, zu strafen, der noch immer in alter Hartnäckigkeit allein von den großen Kronvasallen Podiebrad die Huldigung verweigerte. Vergebens eilte der Bedrohte, des Königes Ernst gewahrend, nach Rochlitz, um Kurfürst Friedrich von Sachsen um Hilfe zu bitten,[2] umsonst auch waren seine Bemühungen bei den Breslauern,[3] in deren Frieden mit dem Könige zu treten, er sich zu Beginn des Vorjahres hochmütig geweigert hatte. Da gab er Sagan auf und ging in die Fremde. Die Bürger aber boten den heranrahenden Königlichen die freiwillige Übergabe der Stadt an, die angenommen wurde. Über das Fürstentum setzte König Georg den Herzog Johann, des Geflüchteten Bruder.[4] So war mit den in Böhmen stehenden Truppen auch das schlesische Heer wieder verfügbar. Um so weniger zögerte der König, als endlich die Zeit gekommen war und der Bayerherzog um die vertragsmäßige Hilfe mahnte, auch draußen am Main einzugreifen.

Am 24. August schrieb er dem Herzoge Wilhelm von Sachsen, daß er zum Kriege gegen Markgraf Albrecht von Brandenburg entschlossen sei, und deshalb ihn wie den gleichfalls verbündeten Herzog Ludwig von Bayern ersuchen müsse, ihm entsprechend den zwischen ihnen bestehenden Einungen zuzuziehen.[5]

---

[1] Die Briefe des Markgrafen bis zum 9. September zeigen keine Spur einer solchen Befürchtung. Doch hatte er sicher zu Beginn September von des Königs Absicht Kunde.

[2] Ber. der Statth. Herzog Wilhelms, Weim. Arch. a. a. O. fol. 80—81. Vgl. oben die Instruktion der sächs. Gesandten für den Reichstag zu Nürnberg, a. a. O. fol. 89. Balthasar war am 15. August in Rochlitz.

[3] Der König forderte am 14. August die Breslauer auf, gegen den ungehorsamen Herzog Zuzug zu leisten. Kloses Breslau in den Scriptor. rer. Silesiac. III. 7.

[4] Ber. der Statthalter a. a. O. P. Eschenloer, Historia Wratislawiensis, ed. H. Markgraf, Scriptor. rer. Silesiac. VII. (Breslau 1872) 99.

[5] Hauptstaatsarchiv zu Dresden Cop. 17, fol. 92—93. Vgl. auch loc. 9132, fol. 57.

Der König kündigte sich hier als kriegführende Hauptmacht an. Um eine Ursache für seine Absage war er nicht verlegen. Der Markgraf hatte die kaiserlichen Befehlsbriefe vom 18. Juli auch in die Lausitzer, nach Schlesien, ja selbst nach Prag und hier an die Universität und Rokyzana versendet.[1] Wir wissen, wie empfindlich der König war, wenn man über ihn hinweg sich an seine Unterthanen wandte, auch selbst wenn es der Kaiser that. Um so zorniger war Georg jetzt. Am 29. August hielt er Albrecht in herben Worten sein unstatthaftes Vorgehen vor, und forderte geradezu die für eine solche Verletzung der Privilegien des Königreiches fällige Pön von 500 Mark löthigen Silbers.[2] Umsonst betheuerte der Markgraf, es sei ihm nie eingefallen, in die Rechte der böhmischen Krone zu greifen; er habe, genau dem Befehle des Kaisers gehorchend, dessen Briefe wie im ganzen Reiche so auch in den böhmischen Landen verkündet; er erbiete sich, falls der König damit nicht zufrieden sein wolle, zu Recht auf den Kaiser, und erwarte, der König werde dies Recht annehmen „als der oberste Kurfürst des heiligen Reiches", und ihm ein gnädiger Herr sein, auch ihm schriftliche Antwort und Hilfe thun, wie er ihn durch Hansen Rabensteiner „billig habe ersuchen lassen".[3] Als Albrecht dies am 9. September im Lager vor Schwabach schrieb, war König Georgs Fehdebrief gegen ihn bereits unterwegs. „Weil der Markgraf der Krone Böhmen nicht gehalten habe, wozu er nach der Egerer Einung von 1459 verpflichtet sei, weil er Georg in Schlesien und den Lausitzen „in das Regiment gegriffen", und „mit fremden Hauptmannschaften, auch sonst mit verdeckten Worten und fremden Sachen sich unterstanden, ihm und der Krone widerwärtig zu Schaden zu sein", sei der König zu diesem Akte der Notwehr gedrungen.[4]

---

[1] Bezüglich der Erforderung an die Sechsstädter vgl. Archiv český V. 286. Nr. 26 und Anm. *. Die Görlitzer, Bautzener und Zittauer brachten die Briefe sofort an den Landvogt Joh. von Wartemberg. Der König teilt die Sache dem Herrn von Rosenberg mit, so wie er sonst bemüht ist, mit den Baronen einträchtig vorzugehen. Vgl. Bericht der Statthalter fol. 82—83. Über die nach Prag gesandten Schreiben s. den Brief Bischof Josts von Rosenberg aus Prag vom 5. Oktober im Breslauer Archiv MMM8; ebenso die Antwort der Breslauer an den Kaiser vom 25. August im Bamb. Archiv Nr. 1906. Jnn. Gew. IV. 2c.

[2] Kgl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 7384, fol. 57^{a}.

[3] Ebendort fol. 57^{a-b}. Ein kurzes Bruchstück des Schreibens nach einer Weimarer Kopie in Font. rer. Austriac. XX. 247—248, Nr. 245.

[4] „Veintzbriue des konigs von Beheim." Hauptstaatsarchiv zu Dresden Cop. 17, fol. 58. Vgl. das Reg. bei Palacky, Urk. und Beil. in Font. rer. Austriac. XX. 247, Nr. 245.

Am selben Tage (1. September) erließ der Prager Hof Ausschreiben an die Fürsten und Städte des Reiches, in denen er unter dem Hinweise auf die Beweggründe, die den König zur Absage an Markgraf Albrecht vermocht, verlangt, daß niemand diesem Hilfe leiste.[1] Zugleich sandten auch die böhmischen Herren nach des Königs Wunsche ihre Fehdeansagen,[2] erging ein allgemeines Aufgebot im ganzen Reiche und an alle Vasallen der böhmischen Krone in Deutschland, nun nach ihrer Lehenspflicht dem königlichen Heere in Franken zuzuziehen, und zwar nicht bloß an Graf Heinrich von Schaumburg, die von Schwarzburg, Gera, Plauen u. s. w., sondern auch an Herzog Albrecht von Sachsen, des Königes Mann für den reichen böhmischen Besitz jenseit „des Waldes" (Erzgebirges), und Kurfürst Friedrich von Brandenburg als Pfandinhaber der Niederlausitz.[3] Selbstverständlich, daß der letztere weit entfernt war, dem Briefe nachzukommen. Auch Kurfürst Friedrich von Sachsen berief die Stände seines Landes nach Chemnitz, mit ihnen die entsprechende Form der Ablehnung zu beraten.[4] Ebenso fanden die thüringischen Herren Ausflüchte;[5] ja sogar die Bürgerschaften von Elbogen und Eger mit den Mannen ihrer Landschaft,[6] während die böhmischen Herren auch nach der Absage unthätig blieben.

Der König aber sandte zugleich mit seiner Absage[7] einen Heerhaufen von 3—4000 Mann unter der Führung seines Schwagers Leo von Rosenthal und des Hofmeisters Peter Kdulinetz von Ostromiersch über den Böhmerwald. Sie zogen direkt über Furth, Cham und Amberg auf

[1] Des Königes Schreiben nach Regensburg bei Stockheim, Urk. und Beilagen 424—426, Nr. LXXVIII; an Sigmund von Tirol bei Chmel, Materialien II. 252—253; an Mainz s. Font. rer. Austriac. XX. 250 Nr. 249 und Stockheim, Albrecht IV. 177, Anm. 2.

[2] Vgl. Brief Jobsts von Breslau vom 5. Oktober. Die Absage Johanns von Wartenberg im Bamb. Archiv, Inn. Gew. IV. ꝛc. Nr. 1906.

[3] Berichte der Statthalter Herzog Wilhelms fol. 88, fol. 97.

[4] Bericht der Statthalter fol. 88. [5] Ebendort fol. 89.

[6] Font. rer. Austriac. 2. Abteil. XLII. 329, Nr. 242. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 507, Nr. CIII.

[7] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 192 läßt das böhm. Heer bereits am 18. August die böhmische Grenze überschreiten. Nach dem Ber. des Hausvogts der Plassenburg, Sebastian von Seckendorff vom 6. September (Bamb. Archiv 1906 des märk. Katal.) standen sie am 5. September in Tachau; am 12. (Font. rer. Austriac. XLII. 326—327, Nr. 240) lagerten sie in Amberg. Selbst wenn sich dies, was ausdrücklich widerlegt wird, nur auf die zweite Abteilung beziehen sollte, so ist jenes Datum verfrüht.

Altdorf vor Nürnberg ins Bayerlager.[1] Ihnen folgte etwas später eine stärkere Schar, jene, die vor Sagan gewesen, befehligt von dem Burggrafen auf Rabenstein, Johann Calta von Steinberg, und dem Unterburggrafen von Karlstein, Benesch von Weitmül.[2] Streng hatte der König die Führer zur Eintracht, die Söldner zu Zucht und Ordnung ermahnt.[3]

In Bayern war, wie der Aprillandtag bewiesen hatte, die Lust zum Kriege nicht groß.[4] Aber es wäre seitens der Reichshauptleute ebenso eitel gewesen, darauf Hoffnungen zu bauen, wie auf die Rücksendung des kaiserlichen und markgräflichen Fehdebriefes durch Herzog Ludwig, und auf dessen noch bei dieser Gelegenheit gethane Rechtgebote.[5] Die Übergriffe des markgräflichen Landgerichtes empfanden auch die Stände des Bayerlandes als schwere Schmach, und als es jetzt zu neuem Kriege kam, that jeder seine Schuldigkeit. In beträchtlicher Stärke zogen um den 25. August die Bayern von Ingolstadt nach Altdorf.[6] Am selben Tage trafen die Bischöfe von Bamberg und Würzburg bei Hirscheid,[7] südlich von Bamberg zusammen. Ihr Heer, von Wilhelm von Henneberg geführt, zählte nicht über 7000 Mann, darunter kaum 600 Reisige. Auch war namentlich die bambergische Ritterschaft schlecht gerüstet.[8] Aber die Verbündeten waren schon jetzt, nachdem sie sich zwischen Frauenaurach und Katzenelwangen vereinigt,[9] und Otto von Neumarkt, der am 24.

[1] Ber. der Statthalter fol. 82—83. Über die Zahl der böhmischen Truppen vgl. noch Kluckhohn 194—195, Anm. **.

[2] Bericht der Statthalter fol. 92.

[3] Bericht der Statthalter fol. 79—80. „Darumb so sollen sie der gerechtikeit bijlegen, bichten vnd sich zum strite schicken." Vgl. v. Stockheim, Urk. und Beil. 489, Nr. XCVIII, woraus sich ergiebt, daß des Königes Mahnung an die Führer dennoch fruchtlos blieb.

[4] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 194.

[5] Chmel, Mat. II. 247—250. Kremer, Urkunden zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 231—235, Nr. LXXVIII. Des Herzogs Schreiben vom 19. August an Markgraf Albrecht im Bamb. Arch. Rothenb. Chronik fol. 49—50.

[6] Schreiben an die von Speier vom 27. August aus dem Lager bei Altdorf bei Kremer, Urkunden zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 236, Nr. LXXIX.

[7] Hirscheid, damals Hirzheid, Hirzhede, 1½ Meile südlich von Bamberg. Vgl. Archiv des histor. Vereines für Unterfranken und Aschaffenburg, Bd. 24, Würzburg 1880, Heft 2 und 3: Über die Konstatierung von Wüstungen in Unterfranken und Aschaffenburg" von Dr. A. Schäffler und E. Brandl, 199.

[8] Ber. der Statth. fol. 78—79. Die Absage der Bischöfe vom 31. August u. a. im Bamb. Archiv, Rothenb. Chronik fol. 35—57 und 37—38; Original ebendort 1906 des märk. Katal.

[9] Ber. der Statth. fol. 78.

August absagte, zu ihnen gestoßen war,[1] dem Markgrafen überlegen, um so mehr als selbst der Württemberger ihm bloß einige Tausend Mann ins Heer sandte.[2] Das rechtzeitige Eintreffen der Böhmen gestaltete die Überlegenheit der Gegner zur erdrückenden Übermacht, machte Albrecht gerade feldunfähig.[3] So begann der Krieg.

Wie eine verheerende Sturmflut ergossen sich die verbündeten Heere über den Norden und Nordosten des markgräflichen Landes. Es fielen nach einander die Städte Langenzenn, Markterlbach, Pegnitz, die Schlösser Hoheneck, Dachsbach, Obernzenn, Niedernzenn, Trautskirchen, Frankenburg, Kammerstein u. s. w.[4] Nirgends vermochte der Markgraf sich zu halten, da er mit Recht besorgte, die Gegner würden ihn „einthun, umziehen und belagern, wenn er an einem Orte still liege".[5] Wohin die Böhmen kamen, ging alles in Flammen auf.[6] Da fiel Furcht und Zagen in die wehrlose Bevölkerung. „Sie schmiegten und drückten sich an allen Orten, und wohin die Kriegsfürsten kamen, gingen Thür und Thor auf".[7] Die Seckendorffe und Konrad von Luckau, der Deutschherrenmeister zu Virnsberg Martin von Eib, Martin von Wildenberg, Graf Michael von Seinsheim mit allen seinen Schlössern und Dienern entzogen sich dem augenscheinlichen Verderben, indem sie Herzog Ludwig oder den Bischöfen huldigten, und gelobten, während des Krieges nicht mehr gegen Bayern in die Waffen zu treten.[8] Nur vor Neustadt an der Aisch, das sich mannhaft wehrte, kam der Kampf zum Stehen.

Noch aber war für Markgraf Albrecht der Höhepunkt der Drangsal nicht gekommen. In ohnmächtigem Grimme hatte er bis jetzt im Lager bei Schwabach zusehen müssen, wie seine Schlösser erobert, seine Landschaft überzogen, verheert, niedergetreten wurde. Seine eigenen Mannschaften,

---

[1] Stockheim, Albrecht IV. 174.

[2] Vgl. unten des Markgrafen Brief an Graf Ulrich vom 21. September.

[3] Sein Brief an seinen Bruder in Font. rer. Austriac. XX. 252—253, Nr. 253; s. übrigens unten.

[4] Vgl. Stockheim, Urk. und Beil. 457—458, Nr. LXXXVIII; Ludwig von Eybs Denkwürdigkeiten 127. Rothenb. Chronik des Bamb. Arch. fol. 52. Die Schreibweise nach der Cotta'schen Karte des Königreichs Bayern in 15 Blättern nach der Übersichtskarte des Generalquartiermeisterstabes.

[5] Droysen, Gesch. der preuß. Politik, II. 1. 184.

[6] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 172. Vgl. über die böhmische Kriegführung auch Eikhart Artzts Chronik von Weissenburg in den Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte II. 177; Font. rer. Austriac. XLII. 87—93; Neues Archiv für sächs. Geschichte und Altertumskunde Bd. II. Heft 2 (1881) 107; Ebendorfer bei Pez, Scriptor. rer. Austriac. II. col. 895.

[7] Droysen II. 1. 183—184. [8] v. Stockheim, Urk. u. Beil. a. a. O.

die er um sich hatte, beliefen sich nicht über 8000 Mann, darunter 800 Reisige. Aus dem Reiche war ihm noch keine nennenswerte Hilfe geworden; denn die Mannen derer von Öttingen, Heinrichs von Pappenheim, Krafts von Hohenlohe, Konrads von Fürstenberg und derer von Bodmann betrugen kaum einige Hunderte zu Roß und zu Fuß. Was Ulrich von Württemberg betraf, so stieg dessen Kontingent im markgräflichen Lager nicht über zweitausend Streiter, und selbst diese verließen wieder bis auf dreizehnhundert das Heer. Indem sie ihre Wägen mitnahmen, bekam der Markgraf, wie er selbst schreibt, „ein groß' weits Loch in die Wagenburg".[1] Albrecht hatte aber auf 6—7000 Württemberger gerechnet; er war noch Mitte September entschlossen, den Feldstreit zu wagen, wenn ihm Graf Ulrich nur 4000 Mann sende;[2] aber sie kamen nicht. Dafür neue Hiobsposten. Am 8. September sandte Erzherzog Albrecht von Österreich seinen Fehdebrief.[3] Darauf erklärten Graf Konrad von Fürstenberg die von Bodmann und andere heimziehen zu wollen, da sie nicht gegen den Herzog von Österreich sein wollten.[4] Es war ihnen noch mehr um den Vorwand zu thun, das Reichsheer verlassen zu können. Von da und dorther meldete man neuen Verlust.

Der Markgraf bemühte sich mit rastlosem Eifer, seine Lage zu verbessern. Aber welches Mittel sollte da noch rechtzeitig verfangen?

Von den Reichsstädten hatten zwar bis zum 21. September Esslingen, Weil, Rothenburg an der Tauber, Donauwörth, Schweinfurt, Wimpfen, Schwäbisch-Gmünd Hilfe zugesagt[5] und zum Teile, wie Rothenburg auch einige Unterstützung gethan. Aber es waren dies weder die mächtigsten Kommunen noch ihre Aufgebote ihren Kräften entsprechend. Als dann am 18. und 19. September die Ratsboten der Reichsstädte sich in Ulm versammelten, da war auch schon die Meldung von dem Laxenburger Frieden ins Reich gedrungen, und verweigerten die 23 Städtegesandtschaften, die anwesend waren, mit dem Hinweise darauf jede Zusage. Trotzdem die kaiserlichen Hauptleute versicherten, der Krieg gegen Herzog Ludwig und seine Helfer werde davon nicht berührt, bewirkten die Vorstellungen der gleichsfalls erschienenen bayerischen und böhmischen

---

[1] Die vorstehenden Daten nach den Briefen des Markgrafen an den Kaiser vom 21. und an Graf Ulrich von Württemberg am 22. September bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 404—410 Nr. LXXVII^d u. ^e.

[2] Ebendort 404.

[3] Bamb. Archiv, Rothenb. Chronik fol. 38. „Geben im feld bey Leyenburg" (Laxenburg).

[4] v. Stockheim a. a. O. 404—405. [5] Ebendort 410.

Gesandten so viel, daß beschlossen wurde, vorerst noch durch besondere Boten in Österreich genaue Kunde einzuholen und dann auf einem neuen Tage zu Ulm am 28. Oktober endgültige Antwort zu geben.[1] Ein letztes Ersuchen der kaiserlichen Anführer vom 29. September blieb wirkungslos.[2] Die Städte blieben dem Kriege vorerst fern. Als gehaltlose Drohung durfte der Bayerherzog auch die Fehdebriefe betrachten, welche ihm die Herzoge Wilhelm der Ältere, Heinrich und Friedrich von Braunschweig, die Bischöfe Ernst von Hildesheim und Gerhard von Bremen auf Markgraf Friedrichs Drängen übersandten.[3] Zu gleicher Zeit unterhandelte Dr. Peter Knorr wieder umsonst mit den Statthaltern Herzog Wilhelms von Thüringen. Sie waren selbst dann nicht zur Hilfeleistung zu bewegen, als Knorr es unternahm, die hessisch-braunschweigische Fehde, auf die sie sich ausredeten, beizulegen.[4] Die Herren wollten eben nicht helfen; sie priesen es sich hinterher bei dem Herzoge als kein geringes Verdienst an, daß sie inmitten des Kriegsgetümmels ringsum seinem Lande die Kosten und Schäden des Krieges erspart hätten. Vergeblich endlich versuchten der Kurfürst von Sachsen und, auf die Bitten des Markgrafen Albrecht, auch die Egerer, den König von Böhmen dahin zu bringen, daß er die Fehde gegen Ansbach-Brandenburg einstelle. Weder Herr Jan von Schleinitz, der die sächsische Botschaft führte,[5] noch der Egerer Ratsfreund Paul Rudusch erhielten günstige Antwort. Ja letzterer ward kurz auf den Bescheid verwiesen, der Schleinitz wenige Tage früher erteilt worden war.[6]

Bei alledem mehrten sich Macht und Zahl der Gegner. Nun war auch die zweite böhmische Schar, welche Calta von Steinberg und der Weitmüler herbeiführten, eingetroffen.[7] Von Niederösterreich zogen die

[1] Über den Städtetag zu Ulm s. Bamb. Archiv, Rothenb. Chronik fol. 68—70. Unter den 23 Städten befanden sich nicht einmal die Augsburger. Am 18. September verhandelten die oberrhein. Städte zu Nürnberg mit dem Pfalzgrafen und Albrecht von Österreich, also mit Fürsten der Gegenpartei über gemeinsame Maßregeln gegen die Fehmgerichte. Vgl. Äg. Tschudi, Chron. Helvet. II. 618.

[2] Ausschreiben an die von Nürnberg, Rothenburg u. s. w. Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 76—77.

[3] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 410.

[4] Bericht der Statthalter fol. 83. Vgl. Detmars Lübeck'sche Chronik bei Grautoff II. 243.

[5] Ber. der Statth. fol. 107.

[6] Über seine Sendung vgl. Font. rer. Austriac. XLII. 327—329, Nr. 241—243; Brief des Breslauer Bischofs Jobst von Rosenberg vom 5. Oktober 1461 a. a. O.

[7] Ihre und anderer Rottmeister Absagen aus „Stein" vom 13. September im Bamb. Arch. 1906 des märk. Katal.

Truppen eilig herauf, die Herzog Ludwig dem Erzherzoge gegen den Kaiser geliehen hatte. Sie nahten, wie es hieß, von erzherzoglichen Völkern verstärkt.[1] Aus dem Westen her reichte der Pfalzgraf, der mit einer Reiterschar in das Markgräfliche eingedrungen war, nachdem er am 10. September abgesagt hatte,[2] nach der mühelosen Besetzung von Uffenheim dem vor Neustadt lagernden Heere der Verbündeten die Hand.[3] Und auch diese Stadt fiel jetzt. Am 16. September erklärte die Besatzung, sie sei zur Übergabe bereit, falls bis Sonntag den 18. keine Hilfe käme. Sie bedang sich freien Abzug aus. Die aus dem Amte Neustadt in die Stadt geflüchtete Habe, so wurde vereinbart, sollte wie jene der Bürger, verschont bleiben; die fremde Habe und des Markgrafen Büchsen, Proviant und Gelder sollten den Siegern gehören; die Stadt wird dem Herzoge und den Bischöfen huldigen.[4]

Nun stieg die Gefahr für den Markgrafen aufs Äußerste. Selbst die ersehnte Annäherung seines Bruders Kurfürst Friedrichs, der sich am 14. September mit mindestens 1000 Reitern zu Treuenbrietzen in der Mark erhoben hatte[5] und in stürmischer Eile, vereint mit dem Bischofe von Havelberg[6] und Herzog Heinrich dem Jüngeren von Braun-

---

[1] Ber. der Statth. fol. 92.

[2] Bamb. Archiv 1906 des märk. Kataloges. v. Stockheim, Albrecht IV. von Bayern 174.

[3] Auf die Quellen sowie auf die verschiedenen Angaben über die Stärke des pfalzgräflichen Heerhaufens verweist Kluckhohn, Herzog Ludwig 197, Anm. * Die Statthalter berichten a. a. O.: Item der pfalzgraf sulle als man sage mit VI^c pferden zu den fursten komen vnd vf hient zu Yphouen oder by der Nuenstadt im felde bie yn sein." Sie berichten noch fol. 92 von dem beabsichtigten Zuge gegen Kitzingen. Die Angabe bei Matthias von Kemnat, Quellen und Erörterungen II. 39, stimmen mit jenen im wesentlichen überein, und beide beanspruchen jedesfalls mehr Glauben als die Äußerung Markgraf Albrechts in seinem Schreiben an Ulrich von Württemberg, wo er ihn durch große Zahlen nicht entmutigen wollte. Auch sonst schätzt A. die Gegner geringer. Die Art, wie Uffenheim fiel, ergiebt sich gegen Matthias' von Kemnat Darstellung aus dem Berichte des Frankfurter Stadtschreibers Hans Brune bei Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 171—172, Nr. 279.

[4] Die Bedingungen nach den Berichten der Statthalter Herzog Wilhelms fol. 92. Vergl. Nürnberger Jahrbücher des 15. Jahrhunderts in den Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis ins 16. Jahrhundert, herausgeg. von K. Hegel X. (Nürnberg 4) 264; Chronik des Burkard Zink aus Augsburg ebendort V. (Augsburg 2) 244.

[5] Schreiben Sebastians von Seckendorff vom 2. September im Bamb. Archiv, Rothenb. Chronik fol. 58. Seine gnade werde mit „eigentlich nicht vnter tausent pferden . . zuziehen." Die Statthalter nennen fol. 97 die Zahl 1700. Vergl. die Angabe Markgraf Albrechts in seinem Briefe an den Kaiser vom 21. September bei Stockheim, Urk. und Beil. 405: 1636, doch mit den Bischöflichen und Braunschweigischen.

[6] Konrad Gans von Putlitz. Er dankte bald darauf zu Gunsten seines Sohnes

schweig, bereits vom 19. September mit 1600 Pferden in Hof einritt,[1] dann die späte Hilfe Sachsens, das nun ernstlich rüstete, der beste Wille bei Kaiser und Papst, an die er sich durch Boten[2] und Briefe[3] wendete, schienen ihn nicht retten zu können. Die Kriegsfürsten, wenn sie mit Ernst vorgedrückt hätten, sagt die Würzburger Erzählung,[4] hätten den Markgrafen „landräumig gemacht", ihn „in die Mark gewiesen".[5] Albrecht kannte auch seine Lage. Seine Briefe an den Kaiser, seine Bitten an den Württemberger Grafen zeigen, wie mannhaft er sich stellte gegen die Ungunst der Verhältnisse; er zeichnet sie eben so drastisch als beweglich und treffend. Aber jetzt retteten ihn nicht so sehr die Klarheit und Energie seines Wollens, die stets frische Spannkraft seines Geistes, als die Fehler der Gegner.

Im verbündeten Lager bei Neustadt ward Kriegsrat gehalten. Man beschloß, daß der Bischof von Bamberg heim eile, und, ohne eine Schlacht anzunehmen, Städte und Burgen gegen den brandenburgischen Kurfürsten „im täglichen Kriege" verteidige.[6] Die übrigen Fürsten teilten die Heere so, daß der Würzburger und der Pfalzgraf auf Kitzingen zogen und zugleich das Rothenburgische heimzusuchen gedachten; die Hauptmacht der Bayern und Böhmen unter Herzog Ludwig und Otto von Moosbach sollte südwärts durch das Burggrafenland gegen Lautersheim, Gunzenhausen, Wassertrudingen sich wenden und dann die Grafen von Öttingen und die Nördlinger angreifen.[7] Statt den Gegner mit vereinter Macht zu erdrücken, verzettelten so die Fürsten ihre Kräfte bei Neben-Unternehmungen.

Und doch war der Verlust auch nur von zwei Wochen hinreichend, um dem niedergeworfenen schon halb verlorenen Markgrafen neue, günstigere Verhältnisse zu schaffen.

Wedego ab. Vgl. Matthiae Doeringii continuatio Chron. Theod. Engelhusii ap. Mencke, Scriptor. rer. German. part. III., Lipsiae 1730, III. 27.

[1] Fontes rer. Austriac. XLII. 327—328, Nr. 241. Der Egerer Gewährsmann nennt 1500 Reiter, doch ist jedesfalls die genaue Angabe des Markgrafen hier vorzuziehen. Die Statth. l. c. schlagen die Braunschweigischen auf 700 Reisige an. Bez. Sachsens s. Font. rer. Austriac. XLII. 329.

[2] Der Bericht des an den Kaiser gesandten Boten vom 11. Oktober im Bamb. Arch.

[3] Schreiben an den Papst vom 30. September in Fontes rer. Austriac. XX. 230—231, Nr. 251.

[4] Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1. 185.

[5] Ludwig v. Eyb, Denkwürdigkeiten 127.

[6] Ber. der Statth. Herzog Wilhelms von Sachsen fol. 92.

[7] Bericht der Statth. fol. 92. J. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 179—180, 184, Nr. 286, 298.

Zunächst machte das entschiedene Eingreifen Markgraf Friedrichs in den Kampf, die Art und Weise, wie er dem Bamberger im Lande hauste, diesem doch viel mehr zu schaffen, als man erwartet hatte.[1] Dazu trat auch der Kaiser mit größerem Nachdrucke gegen Bischof Georg auf, indem er nach des Markgrafen Rate[2] dessen innerösterreichische Besitzungen wegzunehmen drohte. Und wenn der Würzburger Bischof sich bereits gedrängt fühlte, bei dem Kurfürsten von Sachsen der Rüstungen wegen anzufragen,[3] so kehrte eben jetzt auch Herzog Wilhelm von Thüringen aus dem heiligen Lande heim, freundlich vom Kaiser begrüßt, da dieser mit Recht ein energisches Eingreifen Wilhelms in die Kämpfe in Franken erwarten durfte.[4] Bei der Stimmung, die wie im Bambergischen so im Bistum Würzburg des Krieges wegen herrschte,[5] mußte Bischof Johann bei einem Angriffe von Sachsen und Thüringen her schwere Verluste erleiden. Minder wichtig war es, daß Erzbischof Diether von Mainz, trotzdem von der kaiserlichen und päpstlichen Partei bereits ein zweiter Bischof, Adolf von Nassau, gegen ihn erhoben war, und sein Bruder, Graf Ludwig von Isenburg, 300 Reiter ins Reichsheer sandten.[6]

Unmittelbar nach seiner Rückkehr ließ es sich Herzog Wilhelm von Sachsen, der im Vorjahre den Frieden vermittelt hatte, angelegen sein, unterstützt von den Räten der Münchener Herzoge[7] auf einem Tage zu Nürnberg den Kampf zu Ende zu bringen. Der Markgraf war

---

[1] Ber. der Statth. fol. 110: Item vf hud haben wir vmb Cranach, Statsteinach vnd darumb in der gegend by zehen fuern gesehen vnd als man sagt, so sul marcgraf Fridrich das vf den bischof von Bamberg getan haben. Vgl. Janssen a. a. O. 171—172, 179, 181, Nr. 279, 286, 290.

[2] Brief des Markgrafen vom 21. September bei v. Stockheim a. a. O. 408. Vgl. Johannes Brune an den Stadtrat zu Frankfurt am 5. Oktober bei Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 180—181, Nr. 290: Item sagt man, unser allergnedigster herre der keyser stee nach Villach und dem lande in Kernten, das des bischofs von Babenberg ist.

[3] Ber. der Statth. a. a. O. Über die Maßregeln des Kaisers gegen ihn s. Müller, Reichstagstheatrum II. 80 a. a. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXVIII. Nr. 592.

[4] Brief des Kaisers vom 18. September im Weim. Gesamtarchiv, Reg. E, fol. 5b, pag. 19.

[5] Ber. d. Statth. fol. 108—109. Janssen, Frankf. Reichsk. II. 190—191, Nr. 290.

[6] Ber. der Statth. fol. 91—92. Sie heben ausdrücklich hervor, daß der Erzbischof dafür auf kräftige Unterstützung des Markgrafen in seiner Sache hoffe. Albrecht hatte sich auch wirklich wiederholt für Diether beim Kaiser verwendet. Vgl. v. Stockheim, Urk. und Beil. 353—355, Nr. LXIII—LXIV.

[7] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 171—172, 178—179, Nr. 279, 286. Der Tag blieb ohne allen Erfolg.

gerne bereit, es geschehen zu lassen, schon deswegen, weil dadurch Zeit gewonnen wurde.[1] Das eben hoffte er, daß die Feinde, die ihm im Sommer zu stark waren, des Wetters halber nicht lange das Feld halten würden; im Winter wollte er sie „hellig" machen.[2]

Jetzt entließ Albrecht, da er aus den Bewegungen der Feinde merken konnte, daß es nicht zu einer raschen, gewaltsamen Entscheidung kommen werde, die Mannschaft aus dem Lande „auf dem Gebirge".[3] Während der Bayerherzog langsam südwärts zog, Heilsbronn mit den Schlössern Merckendorf, Bauhof und Neuhof zur Huldigung nötigte, Windsbach ausbrannte, Tann und andere Festen und Märkte eroberte, auch die Stadt Roth wiedergewann,[4] suchte der Markgraf, nachdem er das Lager bei Schwabach aufgehoben[5] in kleinen Kämpfen und Streifzügen den Gegnern zu schaden, vor allem die Hauptstadt Ansbach zu decken.[6]

Wenn da Herzog Ludwig wirklich nicht einmal ernstlich an die Belagerung von Schwabach oder Ansbach ging,[7] so kann nur das Zusammentreffen zahlreicher, widriger Umstände ihn vor dem Vorwurfe wenig geschickter Kriegführung rechtfertigen. Die furchtbare Verheerung und Verödung des Landes,[8] welche, vor allem infolge der Zügellosigkeit der böhmischen Truppen, rasch eintrat,[9] während man sich sonst des Brennens enthielt,[10] die wachsende Schwierigkeit der Verpflegung,[11] die vom Anfange

[1] Janssen a. a. O. Ber. der Statth. fol. 109. Vgl. auch Font. rer. Austriac. XX. 252—253, Nr. 253.

[2] Font. rer. Austriac. a. a. O. 253.

[3] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 172, Nr. 279.

[4] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 457—458, Nr. LXXXVIII. Ludwig v. Eyb 127. Rothenb. Chronik fol. 52 a. a. Janssen II. 180—181, Nr. 290. Matthias v. Kemnat in Quellen und Erörterungen II. 39.

[5] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz a. a. O.

[6] Er vergaß aber nicht auch Schwabach „mit luten, provisien und geschutze wol" zu „speisen". Janssen, a. a. O. 181, Nr. 290.

[7] Der Herzog stand noch am 14. Oktober bei Tann, dessen Befestigungen er wiederherstellen ließ. Janssen, a. a. O. 182, Nr. 296.

[8] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 182, Nr. 296 „Vnd ist vil elendes in diser gegende." Burkard Zink, Städtechroniken V. 244.

[9] Vgl. oben und Burkard Zink a. a. O. „sie namen freunden und feinden, was sie mochten und prachen überall kirchen auf und namen darauß, was darinn was: meßgewand, buecher und köllich und all ornat; die da waren, und monstrantzen . . . und schonten weder gottes noch der hailigen und lepten unchristenlich ꝛc."

[10] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 172, Nr. 279. „Auch geschieht den von Nurenberg vil schadens, aber man bornet nit, sunder die Behemer, der uff VI^m sin sal, schonen widder kyrchen oder klusen."

[11] Janssen a. a. O. 181, Nr. 290. Vgl. auch Burkard Zink a. a. O.

an infolge der Absperrung der Straßen nach allen Seiten, und weil der Markgraf alles Schlachtvieh weit und breit in die festen Orte geschafft hatte,[1] erschwert war, Verdrießlichkeiten der böhmischen Krieger, vor denen kein Kloster, keine Kirche sicher war, die Uneinigkeit der königlichen Anführer,[2] Herzog Ludwigs Erkrankung,[3] endlich die wachsende Herbstkälte, die in diesem Jahre ungewöhnlich früh sich einstellte,[4] störten und hinderten größere Unternehmungen. Der Zuzug Erzherzog Albrechts war ohnehin, da es ihm an Mitteln fehlte, ausgeblieben.[5] Und nun machte sich der vereinigte Widerstand der brandenburgisch-kaiserlichen Parteigänger doch auf allen Seiten geltend.

Der Kaiser bewirkte im Vereine mit dem päpstlichen Legaten, daß Claus von Giech, der bambergische Vicedom von Wolfsberg in Kärnten nach Franken ritt, seinen Herrn aus dem Felde zu bringen, da sonst aller Besitz des Stiftes im Süden verloren sei. Mit Mühe hatten Claus und sein Bruder Balthasar dafür einen Monat Frist erlangt.[6] Zugleich erließ der Kaiser am 25. September ein neues Ausschreiben an die Reichsstädte, und wenn er nach der Richtung in Österreich eine Zeitlang weniger Ernst gezeigt und sich in seinen Briefen bloß auf die früheren Mandate berufen hatte,[7] so befahl er jetzt den Bürgerschaften von Nürnberg, Rothenburg, Dinkelsbühl, Hall, Weissenburg, Windsheim und Schweinfurt,[8] dann in einem zweiten Mandate vom selben Tage denen von Eßlingen, Rottweil, Reutlingen, Heilbronn, Wimpfen und Weil bei Strafe

[1] Janssen a. a. O. Burkard Zink: auch so was es gar teuer in hertzog Ludwigs veld, daß sie großen not muesten leiden.

[2] v. Stockheim, Urk. und Beilagen 489, Nr. CVIII: [Der konig] hat sunder mißfallen an dem, das her Lebe vnd [der] hoffmeister (Peter Kdulinetz) unainig gewesen 2c.

[3] Matthias v. Kemnat, Quellen und Erörterungen II. 39.

[4] Burkard Zink a. a. O. 244: Dann es ward kalt, das man nit wol zu veld beleiben mocht vor kelt. Vgl. auch Font. rer. Austriac. XX. 252—253, Nr. 253 und Janssen, Frankf. Reichsk. II. 178, Nr. 286.

[5] Janssen, Frankf. Reichsk. II. 176, Nr. 286. Die Absage des Tiroler Herzogs vom 25. September (Bamb. Arch. 196 [des märk. Kat.] und Rothenb. Chron. fol. 39) blieb bedeutungslos.

[6] Bericht des brandenb. Botschafters vom 11. Oktober im Bamb. Archiv 196 (des märk. Katal.).

[7] Johannes Brune an die Frankfurter bei Janssen, Frankf. Reichsk. II. 179, Nr. 286: „Item vnnser gnedigster herr der keyser 2c. darnach Exaltacionis crucis nach der bericht aber mit slechter forme mit inczihunge der vor ußgangen schriffte geschriben.“ Vgl. ebendort 178. Der Brief vom 15. September an Herzog Wilhelm von Sachsen im Hauptstaatsarchiv zu Dresden Cop. 17, fol. 89.

[8] Janssen a. a. O. II. 170, Nr. 277.

von tausend Pfund lötigen Goldes, bei Verlust aller Freiheiten und unter Androhung von des Reiches Acht und Aberacht, und daß im Falle des Ungehorsames sie, und zwar alle ihre Mitbürger, Einwohner und Hintersassen, für Kaufmannschafts- und sonstiges Gut überall im Reiche keine Sicherheit mehr haben sollten, mit ganzer Macht in den Krieg gegen Herzog Ludwig einzutreten.[1] Daraufhin beriefen die kaiserlichen Hauptleute die Städter zu einem neuen Tage nach Eßlingen (10. Oktober),[2] der von 23 Städten beschickt wurde. Und wenn es auch jetzt noch nicht zu einem einhelligen Beschlusse kam,[3] so sagten doch Rottweil, Gmünd, Bopfingen, Dinkelsbühl, Schweinfurt und Nördlingen Hilfe zu.[4]

So stand bereits die Mehrheit der Reichsstädte im Kriege; andere, wie Augsburg, Straßburg, Constanz,[5] ja selbst das mächtige Nürnberg, begannen zu rüsten.[6] Da der Markgraf voraussichtlich wie von der Kriegführung seines Bruders und der Waffenhilfe der sächsischen Herzoge so auch von dem Papste, an den er sich am 30. September mit der dringenden Bitte, mit dem Banne einzuschreiten, gewendet hatte, da „sonst alle Obrigkeit beider Häupter im geistlichen und weltlichen Stande erlöschen würde“,[7] kräftige Unterstützung erwarten durfte, so fing er bereits wieder an, sich zu trösten. Gelang es ihm nur, Schwabach und Ansbach, zwischen denen er hin- und herzog, die er mit allem nach Möglichkeit versorgt hatte, zu behaupten, so ließ sich ja das Übrige zuletzt wiedergewinnen. Da griff neuerdings der Böhmenkönig ein.

Der König hatte wohl gehofft, daß die gewaltige Übermacht der Verbündeten den Markgrafen rasch erdrücken oder doch gründlich demütigen werde. Dann mochte Albrecht gleich dem Kaiser als Schutz-

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 77—79. Lünig, Cod. Germ. dipl. I. 450. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCVIII. Nr. 600.

[2] Am 29. September. Vgl. Janssen, Frankfurts Reichsk. II. 175, Nr. 284. Speiersche Chronik bei Mone, Quellensammlung I. 456—457. Der kaiserliche Brief kam also diesmal binnen vier Tagen von Leoben in der Steiermark nach Ansbach.

[3] Über den Eßlinger Tag vgl. Speiersche Chronik bei Mone, Quellensamml. I. 459—460. Frankfurter Stadtarch. Kaiserbriefe V. Nr. 70. Vgl. Burkhard Zink bei Hegel, Städtechroniken V. 247 und Anm. 1 und Janssen, Frankfurts Reichsk. II. 183, Nr. 297.

[4] Janssen, Frankfurts Reichsk. II. 192, Nr. 360. [5] Ebendort.

[6] Janssen II. 184—185, Nr. 298: Item die von Nurenberg rusten ir geschutze und ordnen zu fuße und pherde lude uß den rotten, wan man sie mane und yne zceichen gebe, das sie bereit sijen ußzuczichen.

[7] Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 250—251, Nr. 251. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 637—638, Nr. CXLII a. Das Schriftstück stammt aus dem Ende September oder Anfang Oktober.

flehender dem böhmischen Hofe nahen, und war er, der König, der Schiedsrichter zwischen den streitenden Parteien auch im Reiche draußen. Aber der kraftgeniale Hohenzoller, dem Könige an Schlauheit und scharfem Blicke zum mindesten gleich, an Feinheit, Gründlichkeit und politischer Erfahrung in weitgreifenden Händeln weitaus überlegen, erwies sich zäher als der Kaiser. Albrecht antwortete, nachdem er des Königs Absage erhalten hatte, mit einem Ausschreiben, welches zwar eine weitere Entschuldigung seines Vorgehens dem Böhmen gegenüber sein sollte, das aber, weil wieder über dessen Kopf hinweg an die Insassen der Krone gerichtet, unter den obwaltenden Umständen einem Gegenschlage gleichkam. Den König wenigstens mußte es noch heftiger erbittern, als jetzt der Markgraf am 16. September „gen Böhmen, in die Schlesien und gen Mähren" Briefe sandte, in denen er nachzuweisen versuchte, daß, weil ja König Georg selbst vom Kaiser zu Hilfe aufgeboten worden sei, doch in einer Aufforderung, die königlichen Unterthanen möchten im Reichskriege ihrer Pflicht nachkommen, keine so schwere Verletzung der Freiheiten der Krone liegen könne. Albrecht berief sich auf die Breslauer, auf die böhmischen und schlesischen Herren und die Sechsstädter, sie sollten sagen, „groß oder klein", ob er jemals etwas gegen die Krone und den König von Böhmen gethan habe.[1] Wieder wurden die Schreiben auch an die Prager Universität und an Rokyzana gesendet.[2]

In seinem Zorne ergriff der König darauf gegen die Brandenburger die äußersten Maßregeln. Er hatte in dem alten Streite Markgraf Friedrichs mit Zdenko von Sternberg um Kottbus eine Sitzung des Hoflehengerichtes auf den 29. September nach Prag anberaumt.[3] Es handelte sich eigentlich nach einem früheren Spruche des Gerichtes, einer sogenannten „Interlocution",[4] jetzt nur um die Frage, ob in dem Prozesse, wie der Kurfürst behauptete, die einheimischen lausitzischen Gerichte ordnungsmäßig und kompetent seien, oder nicht.[5] Trotz des Widerspruches

[1] Der Brief vom 16. September nun in genauem Abdrucke in der Politischen Korrespondenz von Breslau 1454—1463, herausgeg. von Dr. Herm. Markgraf in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 63—66, Nr. 63. Vgl. auch Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 9374, fol. 59—60.

[2] Brief des Breslauer Bischofes vom 5. Oktober. Breslauer Stadtarchiv, MMM 8.

[3] Über den Kottbuser Streit vgl. meine Abhandlung „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen 1462", im Archiv für österr. Geschichte, LXIV. Band, 1. Hälfte (Wien 1882) 253—254. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 1. 351.

[4] „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen" 259. Die dafür und für die sächsische Vermittlung ꝛc. maßgebenden Aktenstücke sind ebendort 296—361 mitgeteilt.

[5] „Die Wiedervereinigung der Lausitz ꝛc." 254—255.

des brandenburgischen Vertreters, Meister Sigmunds von Rothenburg, ließ aber der König die Streitsache selbst in Verhandlung nehmen, und noch am selben Tage wurde Kottbus, Stadt, Burg und Herrschaft, dem Sternberg zugesprochen. Unverweilt erteilte auch der König seinem Oberst-Burggrafen und alten Freunde die angesuchte Belehnung, und ging dieser daran, mit Hilfe seiner Freunde eine Heerschar zu rüsten, um sein neues Besitztum eventuell mit Gewalt in seine Hand zu bringen.[1] Natürlich stand der König drohend im Hintergrunde.

Aber er hatte bereits auch direkt mit dem Kurfürsten Friedrich Streit erhoben. Der Markgraf habe, so klagte der König, den flüchtigen Herzog Balthasar von Sagan, seinen Feind, gegen die Bestimmungen der Einung von Eger bei sich aufgenommen, gehauset und gehofet; er habe die Grenze zwischen Brandenburg und dem Herzogtume Glogau „zerstört und eingeworfen".[2] Der König war eben von vornherein entschlossen, dem Markgrafen während der jetzigen Reichshändel die Vogtei über die Lausitz wegzunehmen, und ihm zu widersagen, sobald er der Erforderung dem böhmischen Heere zuzuziehen zum Trotze[3] seinem Bruder nach Franken zu Hilfe eile und die Bischöfe angreife.[4] Da auch dies schon im September geschah, zögerte er nicht länger.

Im Namen des Königes brachten um Galli Paul Rudusch und Otto von Sparneck, die Hauptleute der Stadt Eger, an Kurfürst Friedrich nach Kulmbach die Forderung, die Lausitzer Vogtei sofort abzutreten; er werde am 29. Oktober zu Luckau königliche Räte finden, die ihm die Pfandsumme von 7800 Schock Groschen auf die Lausitzer Mark gegen Herausgabe der Verschreibungen bezahlen würden.

Der Markgraf machte gute Miene zum bösen Spiele. Er erklärte, daß er das Land gerne zurückstellen werde, wenn er sein Geld bekomme![5]

Wenige Tage darauf[6] vernahm er aber die Kunde von dem Heereszuge Sternbergs gegen Kottbus, und deswegen, und weil er mit Recht weitere feindselige Schritte des Königes besorgte, dann um den Luckauer Termin nicht zu versäumen, sah er sich sehr gegen seine Neigung gezwungen, den kaum begonnenen Krieg in Franken eiligst aufzugeben.

Zuvor schloß aber der Kurfürst unter der Vermittelung des aus Graz herbeigeeilten Claus von Giech, der zugleich als kaiserlicher Be-

[1] „Die Wiedervereinigung der Lausitz ꝛc. 261. [2] Ebendort 259.
[3] Ber. der Statth. Herzog Wilhelms fol. 88.
[4] Brief Josts, Bischofs von Breslau, vom 5. Oktober a. a. O.
[5] „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen 1462," 260.
[6] Um den 20. Oktober. „Die Wiedervereinigung der Lausitz ꝛc." 261.

vollmächtigter auftrat,[1] am 20. Oktober zu Zwernitz einen Waffenstillstand mit Bischof Georg von Bamberg. Beide Parteien, auch Markgraf Albrecht, dessen sich der Kurfürst völlig mächtigte, lassen bis Johanni (24. Juni) 1462 die Waffen ruhen, und dies selbst dann, wenn das Domkapitel von Bamberg zu den für den definitiven Frieden in Aussicht genommenen Abmachungen seine Zustimmung verweigern würde; die Gefangenen beider Parteien sind ledig, Ehrbare und Reisige auf Urfehde, Bürger und Bauern gegen Bürgschaft; jede noch nicht thatsächlich geleistete Lieferung und Schatzung hat wegzufallen.[2]

Der Kurfürst bewilligte noch von Zwernitz aus dem Herzog Wilhelm von Sachsen, in seinem Streite mit Zdenko von Sternberg einen Schiedsspruch zu Recht zu thun, und ersuchte zugleich, ihn in diesen Händeln nicht ohne Beistand zu lassen.[3] Dieselbe Bitte trug er auf dem Heimwege durch Sachsen dem Kurfürsten Friedrich II. zu Zeitz persönlich vor.[4] Als er aber dann in Dahme nahe bei Luckau den Ausgang der Einlösungsverhandlungen abwartete, da kam ihm nicht bloß die Meldung, daß Sternberg trotz der eiligen Verwendung der sächsischen Herzoge bei dem Könige bereits vor Kottbus eingetroffen sei,[5] sondern es wurde ihm durch seine Räte aus Luckau auch die verläßliche Kunde,[5] daß der König ihm selbst am 13. Oktober abgesagt habe.[7]

So waren auch im Norden des Reiches die Würfel zum Kriege gefallen. Selbstverständlich wurde jetzt aus der Einlösung der Mark in Luckau nichts. Die brandenburgischen Räte gaben die Erklärung ab: Weil die böhmischen Bevollmächtigten gewisse Geldforderungen des Königes an den Markgrafen erhoben hätten, welche von der Pfandsumme in Abzug gebracht werden sollten, während sie ihrer Instruktion zufolge darauf bestehen müßten, daß erst das Geld unverkürzt erlegt werde, da ferner

---

[1] Vgl. den mehrerwähnten Bericht des markgräfl. Gesandten vom 13. Oktober an Albrecht von Brandenburg. Bamb. Arch. a. a. O.

[2] Bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 440, Nr. LXXXIII[a].

[3] „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen 1462," 296. Schreiben vom 20. Oktober.

[4] Ebendort 262.

[5] Ebendort und 307—308. Schreiben des Markgrafen an den König vom 15. November.

[6] Am 29. oder 30. Oktober, wie sein Brief an die Lausitzer vom 30. Oktober beweist. „Die Wiederv. der L. mit B. 1462," 298. Vgl. auch Fontes rer. Austriac. XX. 253, Nr. 254.

[7] Der Fehdebrief bei Stockheim, Urk. u. Beil. 429—431, Nr. LXXX. Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 253, Nr. 254.

jetzt der von Sternberg Kottbus mit Gewalt bedrohe, so könne sich der Kurfürst nicht ohne weiteres „aus der Mark weisen lassen"; sei die Bezahlung erfolgt, so werde ihr Heer gerne leisten, was er der Krone Böhmen schuldig sei. Aber obzwar sie dafür selbst Bürgen stellen wollten, wurde darauf von böhmischer Seite jede Vereinbarung abgelehnt.[1]

Ohne großes Bangen ließ Markgraf Albrecht bei dem neuen Schachzuge des Königes seine Lage den Bischöfen gegenüber sich verschlimmern, so sehr er befürchtete, daß auch die Lande seines Bruders der Verheerung durch böhmische Scharen preisgegeben würden. Ihn ermutigte nicht wenig, was er sonst ringsum in Franken geschehen sah.

Siebentes Kapitel.

König Georg von Böhmen und der Kaiser. Umschwung der Dinge in Franken. Der Prager Friedenstag.

Im Königshofe zu Prag galt auch im Herbste 1461 jene doppelzüngige Politik, deren letzte Ziele, den Kaiser zu gewinnen und daneben dessen Feldhauptmann und bedeutendsten Anhänger im Reiche zu demütigen, schwerlich vereinbar waren. Man bedenke nochmals: In offenbarem Mißbrauche des ihm vom Kaiser geschenkten Vertrauens hatte der König Markgraf Albrecht durch Herzog Ludwig angreifen lassen, hinderte er unter dem Vorwande, die Fehde zwischen den streitenden Parteien im Reiche mit Zustimmung des Kaisers beilegen zu wollen, das rechtzeitige Eintreten der Reichsstädte in den Krieg; während man die Reichshauptleute aus Graz und Prag der guten Absichten des Königes versicherte, hausten seine Scharen im Gebiete des Markgrafen am schlimmsten, zwangen ihn böhmische Heerführer fast zur Flucht aus dem Lande.

Und noch länger versuchte der König sein falsches Spiel fortzusetzen. Mitte September vereinbarte er in Prag mit dem kaiserlichen Gesandten, dem Propste Johannes Hinderbach, daß er zu Galli (16. Oktober) den Kaiser in Wien besuchen solle, um in persönlicher Beredung, worauf der König immer wieder zurückkam, alle strittigen Fragen zu ordnen.[2]

---

[1] „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen 1462," 262—263. Vergl. ebendort 326—327; 331—332.

[2] Nach v. Stockheim, Urk. u. Beil. 417, Nr. LXXVII[h].

Daß er im Reiche nicht länger kriege, schien da selbstverständlich. Und doch geschah das Gegenteil.

Aber die Vorgänge in Franken ließen sich doch nicht verbergen, und des Markgrafen Berichte und Klagen, dessen dringendste Bitten, ihn in der Not nicht zu verlassen und allen Ständen des Reiches zu schreiben,[1] verschafften dem Kaiser bald völlige Klarheit.

Er erzürnte sich nicht wenig über den König. Während er deshalb gleichwie den Reichsstädten, so auch den Kurfürsten und der Ritterschaft am 25. September in den stärksten Ausdrücken gebot, den Reichsfeldherren zu helfen,[2] wandte er sich am folgenden Tage auch an die Stände des böhmischen Königreiches. Sie sollten den König daran weisen, befahl er, seinen Krieg mit dem Markgrafen einzustellen; ihre Pflicht sei, ihm als römischem Kaiser und den Hauptleuten, die er gegen seine Feinde bestellt und denen er die Führung des Reichsbanners verliehen habe, getreue Hilfe und Beistand zu thun, und sich durch niemanden gegen jene Hauptleute bewegen zu lassen, wie sie das ihm und dem heiligen Reiche, ihnen selbst und der würdigen Krone zu Böhmen schuldig und pflichtig seien. Der Kaiser verlangte darauf sofortige und ausdrückliche schriftliche Zusage bei dem Überbringer des kaiserlichen Gebotsbriefes.[3]

Erst drei Tage später (29. September) schrieb der Kaiser dem Könige. Ohne Empfindlichkeit, aber in entschiedenem Tone ermahnte er ihn, von der Fehde gegen Markgraf Albrecht abzustehen, und vielmehr diesem und den übrigen Anführern des kaiserlichen Heeres entsprechend seiner Pflicht, Zuzug zu leisten; über etwaige gerechte Forderungen, die er an den Markgrafen habe, sei er als römischer Kaiser bereit und willig, in Güte oder nach Recht zu entscheiden. Auch vom Könige ward verlangt, daß er ungesäumt durch den kaiserlichen Boten endgültigen schriftlichen Bescheid gebe.[4]

In eben jenen Tagen stellte sich in Leoben, wo jetzt der Kaiser

---

[1] Fontes rer. Austriac. XX. 248, Nr. 246. Als Datum des Schreibens darf mit großer Sicherheit die Zeit unmittelbar nach Empfang des königlichen Fehdebriefes (Mitte September) angenommen werden. Der Markgraf legt die Kopien der königl. Schreiben vom 28. Aug. und 1. Septbr. und seiner Antwort vom 9. Septbr. bei.

[2] Müller, Reichstagstheatrum II. 77—79. Janssen, Frankf. Reichsk. II. 170, Nr. 277. Vgl. auch v. Stockheim, Albrecht IV. 186.

[3] Das Schreiben vom 26. September bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 435—437, Nr. LXXXII. Vgl. Lichnowsky a. a. O. 601.

[4] Bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 432—435, Nr. LXXXI. Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 250, Nr. 250. Lichnowsky, Reg. a. a. O. Nr. 599 mit unrichtigem Datum.

Hof hielt, der Sekretär des Böhmenkönigs, Jobst von Einsiedel, ein, um noch weiteres wegen der Zusammenkunft der Fürsten zu bereden und vor allem die Wahl eines anderen Ortes vorzuschlagen. Das Sterben sei in Wien, so brachte Einsiedel vor, so groß, daß der König nicht wohl dorthin kommen möge; es habe ja auch des Kaisers Gemahlin und Söhnlein deswegen die Stadt verlassen. Der König bitte, daß der Kaiser sich nach Laa, Retz, Eggenburg oder Seefelden begebe; er selbst wolle nach Znaim kommen und zwischen diesen Orten könnten sie an geeigneter Stelle zusammentreffen.[1]

Der König spielte also den Unbefangenen auch jetzt noch!

Der Bescheid des Kaisers entsprach dafür um so mehr den Umständen. Das Sterben, das in Wien regiere, ließ er antworten, sei auch in jenen Grenzstädten vorhanden; dazu sei der Weg dahin wegen der nicht entlohnten Söldner Erzherzog Albrechts, die im Lande herumzögen, und weil in der Nähe mehrere der österreichischen Barone säßen, die dem Kaiser feindlich gesinnt wären, ganz und gar unsicher. Aus „diesen und anderen merklichen Ursachen, die jetzt zu erklären nicht notthue," könne der Kaiser diesmal nicht mit dem Könige zusammenkommen, so sehr dies für sie, ihre Lande und ihre Leute von Nutzen sein möchte. Ihretwegen werde aber der Kaiser in eine Zusammenkunft mit dem Könige willigen und ihm darüber binnen drei Wochen nach Galli weitere Botschaft thun. Kaiser Friedrich mahnte nochmals mit ganzem Ernste, daß der König, wie ihm bereits befohlen sei, von der Befehdung Markgraf Albrechts ablasse, und bei Erzherzog Albrecht darauf dringe, daß die Laxenburger Beredung erfüllt werde; all das möge der König in Freundschaft und in allem Guten hinnehmen, so wie der Kaiser darin sein Vertrauen zu ihm habe.[2]

Der Wunsch, nicht ganz mit dem Könige zu brechen, wie ihn die letzten Worte des Kaisers verrieten und wie er bei dessen schwieriger Lage wohl begreiflich war, fand noch entschiedeneren Ausdruck in einem Schreiben,[3] das die Kaiserin dem böhmischen Gesandten mitgab. Wenn auch etwas

---

[1] Das Anbringen Jobsts von Eynsiedel ist verloren, läßt sich jedoch deutlich genug aus der Antwort des Kaisers ersehen.

[2] „Gedennkh Zedl hern Jobsten von Einsidel des kunigs von Beheim Senndtboten ꝛc." bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 416—417, Nr. LXXII^{h}. „In leuben (Leoben) prima die mensis Octobris anno etc. lx 1mo", was Stockheim nicht hindert, das Stück vom 5. Oktober zu datieren.

[3] Schreiben vom 5. Oktober bei v. Stockheim, Urk. und Beilagen 438—439, Nr. LXXXIII.

milder in der Form, enthielt es jedoch im wesentlichen die gleichen Ermahnungen und Forderungen.[1]

Der König empfing Brief und Bericht von Einsiedel am 14. Oktober, am Tage nach seiner Kriegserklärung an Kurfürst Friedrich von Brandenburg.[2] Er ließ sich zunächst in seinem Beginnen dadurch nicht beirren. Am 16. Oktober wurden die verbündeten sächsischen Herzoge,[3] am 17. Graf Ulrich von Württemberg[4] als Lehensmann der böhmischen Krone in weitläufiger Auseinandersetzung über die Streitsache belehrt und aufgefordert, dem Könige die schuldige Hilfe zu leisten. Ebenso ergingen an die Reichsstädte Ausschreiben, welche gleichfalls in Kürze die Übergriffe, deren sich Kurfürst Friedrich von Brandenburg an der Krone Böhmen schuldig gemacht, aufzählten.[5] Was endlich die Fehde mit Markgraf Albrecht anbelangt, so wurde dem Kaiser gegenüber eben wieder hervorgehoben, daß der König ihn lediglich deshalb bekriege, weil ihm derselbe in seine landesherrlichen Rechte gegriffen und die Einung nicht gehalten habe, die sie gegenseitig verpflichtete. Das einzige, was Podiebrad zugestand, war, daß er erklärte, er werde das Eintreffen der kaiserlichen Räte in Geduld abwarten und ihnen dann „als der, der gern zu Frieden und Einigkeit geneigt sei und sich des kaiserlichen Willens nach Ziemlichkeit befleißen wolle", seinen Willen völlig erkennen geben.[6] Viel freundlicher waren die Erbietungen des Königes der Kaiserin Eleonore gegen-

[1] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 190f. kennt den „Gedennkh Zedl" nicht, sonst hätte er wohl unterlassen, seiner Erzählung jene Färbung zu geben, als sei die Kaiserin, über das unbesonnene Benehmen ihres Gemahles dem Könige gegenüber erschrocken, nun ihrerseits an letzteren um so höflicher herangetreten, und hätte ihr zu Liebe auch König Georg eingelenkt. Die Kaiserin unterstützt das Begehren ihres Gemahles, nachdem sie bereits früher mit dem Könige in Verkehr getreten, und wiederholt vor allem nochmals, der König möge den wichtigsten Stein des Anstoßes, die Fehde gegen Markgraf Albrecht, beseitigen.

[2] Nach der Antwort des Königes an den Kaiser vom 15. Oktober in Fontes rer. Austriac. XX. 253—254, Nr. 255.

[3] Das Schreiben an den Kurfürsten bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 441—445, Nr. LXXXIV. Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 254, Nr. 257. Jenes an Herzog Wilhelm im Hauptstaatsarchiv zu Dresden, Cop. 17, fol. 94—98.

[4] Bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 446—449, Nr. LXXXV. Vgl. Font. rer. Austriac. XX. 254, Nr. 258.

[5] Fontes rer. Austriac. XX. 256—257, Nr. 260 mit zwei Schreiben vom 17. und 19. Oktober an die in Ulm versammelten Städteboten und die Antwort der Städter.

[6] Der Brief des Königes vom 15. Oktober mit der Angabe: „wir haben vf hewt ainen brieue von ewr durchluchtigkeit ausgangen empfangen" in Font. rer. Austriac. XX. 253—254, Nr. 255; XLII. 330—331, Nr. 244.

über. Nur die Kürze der Zeit, versicherte er, verhindere ihn, bis zum Eintreffen der Gesandtschaft des Kaisers auch gleich mit Albrecht von Brandenburg in Verhandlung zu treten; er sei stets bereit, ihr und dem Kaiser getreulich zu dienen.[1]

Der König that dann aber wirklich einen Schritt, der von der höchsten Bedeutung war, für den Gang des Krieges in den Mainlanden: er rief sein Söldnerheer zurück,[2] er schrieb zugleich dem Bayerherzoge, nun „sein Feldlager von des Markgrafen Gütern zu wenden", da er es versuchen werde, auf einem allgemeinen Friedenstage in seiner Hauptstadt Prag, den er zu Allerheiligen zu eröffnen gedenke, allen Zwist im Reiche und in erster Linie ihn mit dem Markgrafen auszugleichen.[3]

Schon am 17. Oktober ergingen dazu seine Einladungen nicht bloß an die beteiligten Fürsten, sondern auch an Nürnberg, Augsburg, Ulm, Regensburg und Nördlingen als die bedeutendsten der Reichsstädte.[4] Dabei unterließ der König nicht, die Kommunen neuerdings von jeder Unterstützung des Markgrafen abzumahnen, da Herzog Ludwig ihm verbündet sei, und er ihn nicht ohne Hilfe lassen könnte.[5]

Es lohnt sich wohl, diesem anscheinend widerspruchsvollen Beginnen Georg Podiebrads auf den Grund zu sehen und damit zugleich die Erklärung zu gewinnen für eine ganze Reihe von Thatsachen während des nachfolgenden Prager Friedenstages selbst.

Da treten dann in erster Reihe die wachsenden Schwierigkeiten entgegen, in denen sich der König dem römischen Stuhle gegenüber befand, Verlegenheiten, die ihn gebieterisch zum Einlenken drängten.

Der Bote, den König Georg im Februar nach Rom geschickt hatte, das Ausbleiben seiner Gesandtschaft zu entschuldigen und um eine neue

[1] Der Brief an die Kaiserin vom 15. Oktober bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 440, Nr. LXXXIII[a]. Vgl. Font. rer. Austriac. XX. 254—255, Nr. 256. Auch des Königes Antwort an die Kaiserin war wesentlich dieselbe wie jene an den Kaiser: er wolle thun „das seiner vnd ewer durchluchtigkeit annemig vnd gefellig sey". Bezüglich des Markgrafen verwies er sogar die Kaiserin einfach auf die ihrem Gemahl gegebene Antwort.

[2] Schon am 18. Oktober hatte man davon in Eger die Kunde. Vergl. Fontes rer. Austriac. XLII. 330, Nr. 243. Von ihrem Abzuge sprach man jedoch in Nürnberg bereits am 16. Oktober. Vregl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 182, Nr. 296.

[3] v. Stockheim, Urk. und Beil. 472, Nr. XCI.

[4] Fontes rer. Austriac. XX. 255—256, Nr. 259. Vgl. v. Stockheim, Urk. und Beil. 483, Nr. XCVI.

[5] Vgl. die Ausschreiben an die Städte vom 17. und 19. Oktober, Fontes rer. Austriac. 256—257, Nr. 260.

Frist für deren Abordnung zu bitten, der Franzose Antonio Marini, mochte sich immerhin schmeicheln, alles zu Gunsten seines Herrn geordnet zu haben. Was der König sonst über die Stimmung des Papstes vernahm, was er die Kurie thun sah, war wenig erfreulich. In großer Erregung schrieb am 5. April sein eifriger Prokurator in Rom, Fantinus de Valle: „Anton aus Frankreich, den Euere Majestät für die Ausrichtung euerer Geschäfte beglaubigt hat, ist eingetroffen und hat unter leichtfertigen, um nicht genauer zu sagen, unsinnigen Entschuldigungen neuen Aufschub in der Entsendung euerer Machtboten angekündigt. Er sagt nämlich, daß ihr, weil mit Fürstentagen beschäftigt, bisher die Sache der Religion zurückgelegt hättet, nun aber ohne längere Säumnis die Gesandten zu schicken bereit seid. Diese Worte beweisen nichts, als daß es für euch dringende Notwendigkeit geworden ist, jene abzuordnen. Euere Majestät weiß aber wohl, daß dort, wo der Zwang eintritt, das Verdienst aufhört. Ich werde unablässig mahnen: schicket die Gesandten! Thut ihr das nicht, und thut ihr es nicht sehr bald, so werdet ihr Schande ernten. — Das eine weiß ich, daß man mir nichts mehr glaubt, daß man mich überall als Lügner ansieht u. s. w.".[1] Es ist der Notschrei eines treuen Dieners, der für die Sache seines Herrn und für den eigenen ehrlichen Namen zittert.

Es mußte den König um so mehr erregen, als Fantinus unter anderen Neuigkeiten meldete, es sei am Charfreitage die Sekte Wycliffes, und seien alle, die sie duldeten und hegten, selbst wenn sie bischöflichen und königlichen Ranges wären, mit dem Banne der Kirche belegt, und jeder geistlichen oder weltlichen Ehrenstelle für verlustig erklärt worden. Gegen wen anders, als gegen ihn, wandte sich in erster Reihe, wenn auch nur indirekt, dieses Vorgehen der Kurie?

Und die weitere Thätigkeit eines so phantasie- und wortreichen, aber oberflächlichen und schwindelhaften Mannes wie Marini[2] konnte dessen Vollmachtgeber nur abträglich sein. Auch darüber schreibt schon der Prokurator: „Seit der Ankunft des Antonius richte ich nichts mehr aus, weil alle die Meinung in sich aufnehmen, Euere Majestät wolle nichts ersprießliches thun, und es gelte bloß durch weiteres Hinhalten und die Eröffnung neuer Aussichten die Zeit hinzubringen."

---

[1] Der Brief in den Font. rer. Austriac. XX. 243—244, Nr. 238. Vergl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 213—214.

[2] Vgl. über ihn H. Markgraf, Über Georgs von Podiebrad Plan eines christlichen Fürstenbundes, v. Sybels histor. Zeitschr. XXI. 264 ff. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 130 ff.

Marini freilich wußte noch am 8. August dem Könige anscheinend erfreulichen Bericht zu erstatten. Aber auch seine Weisheit gipfelte schließlich in denselben Worten, die Fantinus geschrieben hatte: Die Gesandtschaft müsse sobald als möglich geschickt werden, dann könne sich noch alles günstig gestalten.[1]

Es war da allein der Langmut und Vertrauensseligkeit Papst Pius II. zuzuschreiben, daß trotz des Widerstrebens im Schoße des Kardinalskollegiums am 1. Juni ein neuer Geleitsbrief für die böhmische Botschaft ausgestellt wurde, der für 9 Monate Gültigkeit besaß.[2]

Die Situation blieb aber unverkennbar eine ernste. Sie war es noch mehr, wenn man die Zustände in Böhmen und den Gang der Dinge im Reiche ins Auge faßt. Seit dem 15. Mai war die Position des Königes zu Rom vom Grunde aus anders geworden. Nun galt es für ihn nicht mehr, die kirchliche Union in Böhmen durchzuführen, sondern den römischen Hof dahin zu bringen, daß er darauf verzichte, ja noch mehr, daß der Papst womöglich die Kompaktaten bestätige und so den Utraquismus als rechten Katholicismus ausdrücklich sanktioniere.

Es gehörte ein starker Glaube, eine geringe Kenntnis der römischen Traditionen dazu, wenn der König dieses überhaupt für erreichbar hielt. Er glaubte es! Aber das sah er wohl ein, daß man der Kirche für die Aufgebung so lange gehegter Hoffnungen, die sie in dem Momente fahren lassen sollte, in dem sie die sichere Erfüllung derselben nach des Königes Zusage erwartete und forderte, daß für die Erlassung jener Bedingungen, unter denen er gekrönt und anerkannt worden war, ein hoher Preis, ein außerordentlicher Ersatz geboten werden müsse. Diesen also galt es zu finden und dabei den eigenartigen Verhältnissen Böhmens Rechnung zu tragen, wobei noch eins schwer in die Wagschale fiel: daß der König auch nicht länger zögern durfte, entschiedene Schritte zu thun.

Wir wissen, wie schwierig nach jener offenen Erklärung für den Utraquismus Georgs Stellung zu den Katholiken Böhmens geworden war, wie die eifernde hussitische Geistlichkeit die Erregung gegen den Wunsch des Königs steigerte.[3] Wir kennen jene verräterischen Erbietungen

[1] Sein Brief aus Viterbo im Časopis společnosti vlastenského Musea v Čechách (Zeitschrift der Gesellschaft des vaterländischen Museums in Böhmen), II. Jahrg. 1828, III. 21—24.

[2] Vergl. darüber und über weitere Maßregeln der Kurie Herm. Markgraf, Das Verhältnis König Georgs von Böhmen zu Papst Pius II. 1458—1462, 23 und ebendort Anm. 3.

[3] In diese Zeit kann nur gehören, was Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau I. 177 berichtet: „Auch etliche stätlein den kelch ufnamen, die sich vor allezeit darwider

aus Böhmen an den brandenburgischen Markgrafen, des Königes Weiterungen mit den Baronen. Hier lag, wenn der König auch nur die Hände in den Schoß legte, und noch mehr, wenn es zum Bruche, zum Kampfe mit dem römischen Stuhle kam, reichlicher Zündstoff aufgehäuft. Der König brauchte, wenn er ja schwankte, nur auf das Beginnen der Breslauer hinzusehen.

Erfüllt von altem Hasse und Übelwollen gegen ihn hatten sie klarer und rascher als irgend jemand die Bedeutung der Prager Vorfälle im Mai und Juni erkannt.[1] Sie sahen jetzt voll Genugthuung in Erfüllung gehen, was sie stets behauptet hatten, daß der König entschieden zu den hussitischen Ketzern stehe, und alsbald und ärger als zuvor begannen ihre Priester gegen den König und alle „Blutfresser“, d. i. jene, die aus dem Kelche tranken, zu predigen.[2] Mit welch' tödlichem Grimme verfolgten, verdächtigten diese unversöhnlichen Feinde alle Schritte Podiebrads! Wie unablässig schwankend war aber auch die Haltung der Stadt, wie krankhaft reizbar ihr politisches Leben! Kecker Übermut und bange Verzagtheit wechselten da unmittelbar ab, wie überall dort, wo die große Volksmasse die Herrschaft führt.

Das Ausschreiben des Kaisers vom 8. Juni mit der bekannten Abmahnung, dem Könige irgend welche Hilfe gegen das Reich zu leisten, die Briefe des Markgrafen Albrecht als kaiserlichen Feldhauptmannes und die Haltung des römischen Stuhles schufen den Breslauern erst großes Selbstbewußtsein; auf keine Weise wollten sie dem Könige huldigen.[3] Als dann der Zug gegen Sagan anbefohlen und durchgeführt wurde, erfaßte sie wieder plötzliche Furcht, der König möchte es auch auf sie abgesehen haben. Nun ließ man große Vorratshäuser anlegen, die von der Stadt selbst mit Getreide gefüllt wurden, nun befahl der Rat jedem Bürger, sich mit einer bestimmten Menge Korn zu versorgen; die Wälle und Mauern wurden in besseren Verteidigungszustand gebracht, selbst Namslau stärker befestigt.[4] Aber während die Breslauer mit Vergnügen ver-

---

gesetzt hatten.“ Eschenloer schiebt, was die utraquistische Geistlichkeit that, mit Unrecht dem Könige in die Schuhe; daß er von irgend jemandem einmal den Übertritt zum Utraquismus gefordert hätte, läßt sich in keiner Weise behaupten.

[1] Eschenloer klagt a. a. O.: Aber leider die christlichen Unterthanen wolten das nit zu Herzen nemen . . . . Wenn er sprach, er wolde from werden, so glaubten sie ihm.

[2] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms fol. 71. [3] Ebendort.

[4] Eschenloer, Geschichte der Stadt Breslau I. 169, 175, 177. Ber. der Statth. Herzog Wilhelms a. a. O. Vgl. Markgraf, Verhältnis König Georgs zu Papst Pius II. 1458—1462, 25 und ebendort Anm. 1.

nahmen, daß des Königes deutsche Pläne gescheitert seien, während sie es rundweg ablehnten, nach seinem Gebote zu rüsten,[1] dafür aber den Domherrn Johann Kitzing nach Rom schickten, um dem heiligen Vater vollends die Augen zu öffnen über den böhmischen Ketzer und die Interessen der Stadt an maßgebender Stelle zu wahren:[2] da ließen sie sich gern den Schutz des Königes gefallen, der ja auch sonst nach des Stadtschreibers, P. Eschenloer, Zeugnis „ganz wohl alles hielt, was die Legaten vereinbart hatten".[3] Aber auch die Dinge im Reiche nötigten König Georg, sich mit dem römischen Stuhle baldigst zu verständigen.

Markgraf Albrecht hatte vom Anfange an auch auf den Beistand des Papstes gerechnet, und, wie erwähnt, selbst und vermittelst des Kaisers seit Mitte Juli in Rom alles in Bewegung gesetzt, Pius II. zum Einschreiten gegen des Kaisers und seine Feinde im Reiche zu bewegen.[4] Der Markgraf wußte wohl, welch' furchtbare Waffen die Kirche gerade gegen den Böhmenkönig besaß. „Geböte der Papst mit dem Banne", schrieb er dem Kaiser schon zu Beginn des Reichskrieges, so stehe zu erwarten, daß kein Mann aus der Krone, aus Böhmen, Mähren und Schlesien wider den Kaiser und seine Helfer sein würde, sowie er dann glaublich unterrichtet sei, daß ohnehin die Mehrheit nicht bloß der Katholiken, sondern auch der Utraquisten nicht gegen das Reich helfen würde.[5]

Wieweit der Kaiser dem sofort entsprach, ist unbekannt. Als er aber Ende September sich von dem Könige hintergangen sah, da betrieb er mit der Entschiedenheit, die seinem Zorne gegen den Böhmen entsprach, nicht bloß durch Schreiben bei der Kurie die Anwendung von Kirchenstrafen, sondern er forderte in Gegenwart des brandenburgischen Gesandten von dem Kardinal Bessarion, der an seinem Hofe weilte, persönlich, daß der Papst sofort mit dem Bannstrahle dazwischentrete.[6] Ein besonderer Bote des Kaisers brachte diese und des Legaten Ersuchungen an Pius II.[7]

Man begreift aber, wenn der heilige Vater eben jetzt, wo er den entscheidenden Vereinbarungen mit dem Könige von Böhmen in der Frage

---

[1] Bericht der Statthalter fol. 71—72. [2] Markgraf a. a. O. 24.

[3] Eschenloer, Geschichte der Stadt Breslau I. 169.

[4] Vgl. oben und bes. Font. rer. Austriac. XX. 248, Nr. 246.

[5] Schreiben des Markgrafen vom 11. Juli 1461 bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 399—401, Nr. LXXVII c.

[6] Nach dem Berichte des brandenburgischen Gesandten am kaiserlichen Hofe vom 14. Oktober im Bamb. Arch. a. a. O.

[7] Vgl. noch Stockheim, Albrecht IV. von Bayern 188—189.

der Kompaktaten entgegensah, sich nur ungern zu Schritten gegen die Feinde des Reichsoberhauptes und somit auch gegen Georg Podiebrad entschloß.

Aber etwas mußte geschehen. Bischof Peter von Augsburg bekam als Kardinallegat der römischen Kirche Vollmacht, im Notfalle geistliche Censuren über die Feinde des Kaisers zu verhängen.[1] Zugleich wurde eine besondere Legation zum Zwecke der Friedensstiftung im Reiche angekündigt.[2]

Es dauerte nicht lange, und man wußte in Bayern und anderswo zu erzählen, der Bannstrahl der Kirche würde demnächst den König von Böhmen, Herzog Ludwig von Landshut und alle Feinde des Kaisers und der Kirche treffen.[3] Wirkte das auf König Georg?

Der König empfing derlei Meldung wohl erst zu Beginn November, etwa durch die bayerischen Räte, die zum Friedenstage nach Prag kamen. Aber die Stellung des Papstes in den Händeln im Reiche, dessen Freundschaft mit dem Kaiser waren ihm von vornherein bekannt, und was zuletzt von der Kurie verlangt worden war, wird sein Sekretär erfahren haben, während er beim Kaiser in Leoben weilte. Das zwang zum Handeln, und um die Mitte des Oktober hatte der König auch seine Entschlüsse über die Haltung, die er Rom gegenüber befolgen wollte, gefaßt.

Nur aus dem, was später geschah oder doch unzweifelhaft angestrebt wurde, läßt sich erkennen, was damals in Prag in gewiß sorgenvollen Beratungen schließlich als der Weg angenommen ward, der zum Ziele führen konnte. Welche Berater dabei dem Könige zur Seite standen, ist gleichfalls unbekannt. Den Ausgangspunkt der königlichen Aktion bildet die Zusage eines Türkenkrieges, den Georg an der Spitze der christlichen Völker mit ganzem Nachdrucke einleiten und durchführen wollte. Es war das so oft in diesen Tagen gebrauchte und mißbrauchte diplomatische Mittel, das, ganz abgesehen davon, daß es auf thatsächliche Verhältnisse gegründet war, doch jederzeit gerade bei Papst Pius II. seine Wirkung that. Die natürliche Vorbereitung zu einer so großen Unternehmung mußte eine Pacifikation der christlichen Völker Europas und vor allem im Deutschen Reiche sein: Sie sollte vom Könige jetzt in Prag begonnen,

---

[1] Raynaldus, Annal. ecclesiast. tom. XIX. ad ann. 1461, Nr. 15.

[2] Markgraf, König Georg und Papst Pius II. (1458—1462), 25.

[3] v. Stockheim, Urk. und Beil. 476, Nr. XCIII. Janssen, Frankf. Reichskorrespondenz II. 193, Nr. 300: Hans Brune an den Rat von Frankfurt über seine Unterredung mit Markgraf Albrecht: „Auch vermerkte ich an myns gnedigen herren des marggraven ridden so vil, das ich mich versehe bebstliche gebote komen werden.“

und in Preußen, Polen, Ungarn, Österreich und anderswo fortgesetzt werden; sie sollte ihm schon jetzt das Wohlgefallen der kurialen Kreise wieder gewinnen und seiner Gesandtschaft, die unausweichlich zu Beginn des Jahres 1462 geschickt werden mußte, in Rom die Wege ebnen.

In solcher Absicht wurde also der Prager Friedenstag unternommen. Der König übersah dabei, wie wenig gerade er nach der Entwickelung der Ereignisse im Reiche berufen sei, zwischen den kriegenden deutschen Fürsten zu vermitteln. Er bedachte ebensowenig, daß vor allem die Brandenburger nach ihrer ganzen Art schwerlich geneigt sein dürften, einen „abgesagten" Feind als Schiedsrichter anzunehmen. Aber er rechnete in erster Linie auf den Einfluß des Kaisers, der hier für den Frieden eifern und in Rom der Fürsprecher sein sollte, — ihn strebte er von nun an nach Möglichkeit für sich zu gewinnen. Was den Markgrafen von Ansbach betraf, so war derselbe, wie es schien, bereits hart genug gedemütigt; auch wenn der König jetzt dem Kaiser zu Liebe seine Truppen aus Franken abberief; es blieben gegen ihn ja immer noch der Bayernherzog und die beiden Bischöfe mit den übrigen wittelsbachischen Helfern im Reiche in den Waffen. Den Kurfürsten in der Mark aber gedachte der König eben noch selbst rasch heimzusuchen, und ihn nicht bloß zur Herausgabe der Lausitzer Vogtei zu bringen, sondern auch zu nötigen, gleichfalls um Einstellung des Kampfes zu bitten[1] oder doch die dargebotene Friedenshand anzunehmen.

So standen die Dinge bei Beginn des Prager Tages. Der Aufforderung des Königes, seine Räte und zugleich etliche aus der Landschaft nach Prag zu schicken, entsprach von den Fürsten eigentlich nur Ludwig von Bayern. Doch traf auch dessen Botschaft, zu der der Propst von Altaich, dann Dr. Martin Mair, Dr. Wilhelm Frauenkircher und die Herren Christoph Parsberger, Hans Seyboltsdorffer, Hans Putzner,

[1] Es sei gestattet, hier eine Vermutung bezüglich der Zeit der Absage an den Kurfürsten Friedrich vorzutragen. Es fällt auf, daß der Fehdebrief des Königes vom 13. Oktober, seine Notifikationsschreiben an Sachsen, Württemberg und die Reichsstädte erst vom 16., 17. und 19. Oktober datiert sind. Bedenkt man, daß Kurfürst Friedrich den Absagebrief erst am 27./28. Oktober in Dahme erhielt, ferner daß am 15. Jobst von Einsiedel aus Leoben seine Meldungen brachte, die den König zur Zurückrufung seines Heeres nach Franken zwangen, so erscheint es nicht unmöglich, daß der Absagebrief an Kurfürst Friedrich, der nach allem erst nach dem in Luckau zu gewärtigenden Bruche erfolgen sollte, erst am 15. oder 16. Oktober erlassen, jedoch mit Rücksicht auf den Kaiser auf den 13. Oktober, die Zeit v o r dem Einlangen Jobsts und der kaiserl. Briefe in Prag, zurückdatiert wurde.

Hans Leytgeber, Hans Fischer und der Kanzler Christoph Dorner gehörten,[1] gleichfalls einige Tage nach dem bestimmten Termine ein.[2]

Herzog Ludwig befand sich zur Zeit ihrer Abordnung in sehr unerquicklicher Lage. Er hatte, nachdem die böhmischen Söldner abgelöhnt und weggezogen waren,[3] auf die dringenden Bitten des Bamberger Bischofes[4] diesem Hilfe geschickt, und dann nach dem Wunsche des Königes mit Hinterlassung von mäßigen Besatzungen in den wichtigsten eroberten Städten und Schlössern das markgräfliche Gebiet geräumt.[5] Er war aber noch einen Schritt weitergegangen: weil der Mangel an Lebensmitteln stets größer wurde und Gewand und Rüstung der Heerleute in den Feldlagern verdorben waren,[6] hatte er auch das bayerische Aufgebot in die Heimat entlassen. Es war dies in der Nähe eines Gegners, der, trotz aller empfangenen Schläge, doch in keinem eigentlichen Feldstreite überwunden war und über bedeutende Mittel gebot, selbst dann ein gewagter Schritt, wenn der Herzog wie es scheint der Meinung war, daß der König auch von dem Markgrafen die Zustimmung zur Einstellung der Feindseligkeiten eingeholt habe. Überdies waren auch der Pfalzgraf und Bischof Johann von Würzburg bereits heimgezogen.

Aber obwohl der Herzog momentan so kriegsmüde war, daß er ein ähnliches auch auf Seite des Markgrafen voraussetzte, und so eingehend und genau auch in der Instruktion der bayerischen Gesandten Ludwigs Forderungen für einen definitiven Frieden angegeben und erläutert waren, wobei man alsbald auf die eventuellen Gegenforderungen des Kaisers Bedacht genommen hatte:[7] der Herzog war trotz allem ungleich weniger zu friedlichem Ausgleiche geneigt, als zur Fortsetzung des Kampfes. Es kam nur darauf an, daß er fernere ausreichende Unterstützung von König Georg erhielt. Dann gedachte er noch im Spätjahre durch einen neuerlichen Kriegszug gegen den Markgrafen seinen Ansprüchen Nachdruck zu geben. Mit jener Vertraulichkeit, die zwischen enge verbündeten Höfen

---

[1] S. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 471, Nr. XCI.

[2] Ebendort. Sie hatten am 5. November die erste Audienz.

[3] Am 19. Oktober. Vgl. Janssen, Frankf. Reichsk. II. 184, Nr. 298; 182, Nr. 296.

[4] Vgl. v. Stockheim, Urk. und Beil. 469, Nr. XC; auch Janssen, Frankf. Reichsk. II. 184, Nr. 298.

[5] v. Stockheim, Urk. und Beilagen 469—470, Nr. XC; vgl. auch 457—458, Nr. LXXXVIII.

[6] v. Stockheim a. a. O. 469.

[7] Bei v. Stockheim, Urk. und Beilagen 461—471, Nr. LXXXIX und XC. Allgemeine Instruktion (Nr. XC) und specielle bezüglich der Streitigkeiten mit dem Kaiser (LXXXIX).

zu herrschen pflegt, näherten sich die bayerischen Räte dem Könige. Herzog Ludwig hatte nicht unterlassen, freundliche Erbietungen an die Königin Johanna, an Herzog Viktorin, des Königes ältesten Sohn, ja auch an die Hauptstadt Prag ihnen aufzutragen.

Bei den Verhandlungen, die am 6. November begannen, — am 5. war bloß erster Empfang und die formelle Eröffnung —, waren weniger die Forderungen Ludwigs an den Kaiser und Markgraf Albrecht Beratungsgegenstand, als des Herzoges politische Lage und weitere Entwürfe. Im festen Glauben, daß weder der König selbst so sehr nach dem Frieden trachte, noch der Kaiser anderes bezwecke, als jenem „die Zeit mit schönen Worten aus der Hand zu spännen", mahnten die Bayern zu neuer Waffenrüstung in Böhmen wie im Landshuter Herzogtume. Dem Markgrafen diene, so setzten sie auseinander, die jetzige Kampfespause doch nur dazu, um sich allenthalben durch Verträge zu stärken und einen Rückhalt zu sichern. Die Kaiserlichen hätten bereits mit Ungarn wie mit Frankreich angeknüpft. Magister Peter Knorre weile im Auftrage Markgraf Albrechts bei Herzog Philipp von Burgund und bearbeite ihn für den Bund mit dem Kaiser, indem er zugleich ausstreue, König Georg und Herzog Ludwig seien verbündet, um dem Könige die deutsche Krone und das Land Luxemburg zu verschaffen, worauf an Herzog Ludwig zum Lohne Holland und Seeland als einst wittelsbachische Lande fallen sollten. Schon sei auch die Rede von päpstlichen Prozessen gegen den König und die übrigen Gegner des Kaisers im Reiche, und sei mit Sicherheit vorauszusagen, daß auf dem kommenden Eßlinger Tage (9. November) auch die Reichsstädte zu dem Beschlusse kommen würden, endlich als des Kaisers Helfer am Kriege teilzunehmen;[1] ein gleiches würden etliche Reichsfürsten thun. Die Räte wiesen darauf hin, daß ihr Herr jetzt, den Wünschen des Königes entsprechend, seine Truppen aus dem Felde geführt und den erfolgreich begonnenen Krieg abgebrochen habe, daß andererseits König Georg vordem in Eger versprochen habe, ihn „vor allen Dingen der Ehre halber nach Notdurft zu versorgen." Das könne nur durch energische Fortsetzung des Krieges und eifrige diplomatische Verwendung geschehen. Der Herzog sei seinerseits bereit, eine Gesandtschaft an Philipp von Burgund, mit dem er alte Beziehungen habe,[2] zu schicken,[3] und stehe

---

[1] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 194, Nr. 302.

[2] de Barante, Histoire des ducs de Bourgogne de la maison de Valois 1364—1477, 13 volum. Bruxelles 1839, VI. 102 a. a. Vergl. Forschungen zur deutschen Geschichte XVII (1877), 285.

[3] Nach des Königes Wunsche. S. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 475, Nr. XCIII.

bereits in Verhandlung mit dem Grafen von Öttingen, ihn womöglich von der Sache des Kaisers zu scheiden.[1] Mit dem Markgrafen dagegen Beredungen zu beginnen und sich ihm gegenüber zu Recht zu erbieten, heiße, wie sich oft genug erwiesen habe, eine Sache anfangen, die nimmermehr ein Ende nehmen könnte; am allerwenigsten könnten Verhandlungen über die Richtung zu Roth stattfinden.[2]

Die Räte ließen dabei merken, daß, wenn der König eben nur verhandeln wolle, dies ihr Herr auch sonst haben könne, da Herzog Wilhelm von Sachsen jetzt auf Martini die streitenden Parteien zu einem Friedenstage nach Nürnberg berufen habe.

Das Ansinnen ging schließlich dahin: Obwohl der Herzog sein Heer entlassen habe, da er Bamberg Hilfe senden mußte und es den anderen Truppen an Speise und Kleidung gebrach, so sei es doch notwendig, noch im November die markgräflichen Lande wieder anzugreifen. Der König möge daher 200—300 Reisige und eine tüchtige Anzahl Fußgänger in das Bayreuthische entsenden; die bayerische Macht würde mit den Seinen nachdrücklichst zusammenwirken; sei dann der Zug vorüber, so möge man sich den Winter über nach Besetzung der festen Orte „zur Führung des täglichen Krieges schicken".[3]

Natürlich war es dem Prager Hofe ganz anders gemeint. Dem Könige kam der völlige Rückzug der Bayern zwar sehr unerwünscht: der Markgraf sollte ja in der Klemme bleiben, damit er willig den Frieden aufnahm, der jetzt in Prag zustande gebracht werden sollte; Georg hatte auch noch zuletzt dem Herzoge versprochen, sich des Herzoges Angelegenheiten, gleich als wären es seine eigenen, bei den Verhandlungen annehmen zu wollen. Aber von einer Wiederaufnahme des Krieges in Franken war der König weit entfernt. Alles, was er in dieser Beziehung versprach und zu thun vorgab, war eitler Schein.[4]

So ließ er, um die Bayern zu täuschen, in seinem Rate beschließen, daß sein Sohn Viktorin nach des Herzoges Begehren einen Heerhaufen nach Franken führen und am 25. November in Eger sein solle. Die Gesandten wurden ersucht, ihrem Herrn des Königes Wunsch mitzuteilen, daß er nicht bloß sein Heer bis zum 19. November wiederversammle, sondern auch seine Bündner, den Pfalzgrafen, Herzog Otto von Neumarkt

---

[1] v. Stockheim, Urk. und Beil. 476.

[2] Dies und das obige nach v. Stockheim, Urk. u. Beil. 465—470, 471—473, Nr. XC und XCI.

[3] Ebendort 476, Nr. XCIII.

[4] So richtig schon Kluckhohn, Ludwig der Reiche 203.

und den Bischof von Würzburg bewege, nochmals ein Aufgebot zu erlassen. Es wurde bestimmt, daß der Herzog mit den Fürsten erst das Ansbachische überziehe, dann auf dem Heimzuge mit Prinz Viktorin bei Hersbruck in Verbindung trete, um mit ihm durch 8—14 Tage das Land auf dem Gebirge heimzusuchen. Bezüglich des von Öttingen gab der König den Rat, ihn, wenn er sich nicht füge, mit Heereskraft zu überziehen und rasch niederzuwerfen, dann aber durch linde Bedingungen auf die bayerische Seite zu bringen.[1] Ja, um ganzen Eifer zu beweisen, that der König, als ob er auch in Person zu Felde ziehen wollte, und zwar gegen den zweiten Hohenzoller, den Kurfürsten Friedrich von der Mark. Er ließ sich deswegen eine Abschrift der Forderungen Herzog Ludwigs an Markgraf Albrecht geben für den Fall, als es während des Krieges mit Friedrich II. zu Verhandlungen käme.[2]

Die bayerischen Räte thaten, was der König verlangt hatte. Thatsächlich ward im Landshutischen für den 19. November aufgeboten, und auch bei den Bundesgenossen ein gleiches bestellt.[3]

Sehr ungern sah der König die vermittelnde Thätigkeit Herzog Wilhelms von Sachsen. Sie konnte ihm ja, wenn sie Erfolg hatte, den ganzen Plan zerstören. Deshalb verlangte er von den Bayern, ihrem Herrn zu schreiben, daß er in Nürnberg ja keinen endgültigen Vertrag abschließe, vielmehr jederzeit daran festhalte, daß er sich zunächst mit seinen Bündnern, vor allem dem Erzherzoge Albrecht von Österreich, und mit ihm, dem Könige, verständigen müsse. Dieselbe Forderung findet sich entschieden wiederholt in jenem Gutachten, welches Herzog Ludwigs Räte in Prag für die Verhandlungen zu Nürnberg, wohl nach des Königes Wunsche, entwarfen und am 9. November ihrem Herrn zusandten.[4] Zum Überflusse schrieben endlich noch Johann Calta von Steinberg und Herr Apel Vitzthum in dieser Angelegenheit besonders nach Landshut, „nur des Herzoges wegen sei der König der Markgrafen Feind geworden; dieselben versuchten jetzt täglich[5] ihn von Bayern zu trennen, so daß er leicht

[1] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 483, 489, Nr. XCVI und XCVIII.

[2] Ebendort 498—501, Nr. CI. Zu dem vorausgehenden vgl. man noch ebendort 482, 485—487, 488, 489, 491.

[3] Janssen, Frankf. Reichsk. II. 195, Nr. 304. Vgl. v. Stockheim, a. a. O. 475, Nr. XCIII.

[4] Ebendort 485—487, Nr. XCVII.

[5] Dies ist wenigstens, was den Markgrafen Friedrich betrifft, unwahr. Vergl. Archiv für österr. Geschichte LXIV. 274, Anm. 4. Markgraf Albrecht anbelangend vgl. man v. Stockheim, Urk. und Beil. 488, Nr. XCVIII.

erreichen könnte, was er wolle. Statt dessen werde er aber in eigener Person gegen Kurfürst Friedrich, und werde sein Sohn Viktorin gegen Markgraf Albrecht ins Feld ziehen und „den Ernst fürderlich beweisen"; und sollte die Sache mit dem Kaiser „nicht friedlich gewendet werden", so „geschehe auch gegen ihn der Ernst". Der Herzog werde deshalb, wie sie hofften, jetzt in Nürnberg weder „Frieden noch Richtung oder Fürwort mit dem Markgrafen außerhalb des Königes aufnehmen".[1] Als dann der Herzog seinen Gesandten nach Prag meldete, es werde am 30. November ein Tag der gesamten antikaiserlichen Partei zu Forchheim stattfinden und dort unter bambergischer Vermittlung auch wohl zu Ausgleichsversuchen kommen, hielten die Räte aus eigenem Antriebe ein die Zwernitzer Richtung behandelndes Schreiben Ludwigs an den König zurück und rieten ihrem Herrn, dort „keinen endlichen Beschluß zu thun noch Antwort zu geben."[2]

Trotzdem geriet der Prager Tag in Gefahr zu scheitern. Mitte November war gekommen, und mit Ausnahme Sigmunds von Eizing und des von Seussenek, die Erzherzog Albrecht von Österreich sandte, war noch niemand zu den Verhandlungen erschienen. Ja der Pfalzgraf, die Bischöfe von Bamberg und Würzburg und die Reichsstädte mit Ausnahme von Regensburg entschuldigten nicht einmal ihr Fernbleiben. Der Markgraf aber blieb dabei, er führe den Krieg als des Kaisers Hauptmann und stehe mit diesem also auch in und außerhalb des Friedens. Von den kaiserlichen Räten, die längst hätten kommen sollen, war nichts zu vernehmen. Die Gesandten der sächsischen Brüder, Haug von Schleinitz und Konrad Metsch, die sich am 9. November eingestellt hatten, kamen lediglich, um in der Fehde um die Lausitz und wegen Kottbus zu vermitteln, und entfernten sich rasch wieder, als der König in die Abhaltung eines Tages darüber zu Katharina (25. November) gewilligt hatte.[3]

Am liebsten wären auch die Bayern wieder heimgekehrt, obwohl endlich am 15. November ein Brief der kaiserlichen Räte Hans Rorbacher und Hans von Mülfeld deren unverweilte Ankunft angekündigt hatte.[4] Die Herzoglichen blieben überzeugt, jene kämen nicht, um den Frieden abzuschließen, sondern die den Gegnern günstige Jahreszeit verstreichen zu lassen. Aber auf des Königes wiederholten und entschiedenen Wunsch, es

[1] Bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 491, Nr. XCIX. Das Schreiben ist vom 10. November.

[2] Ebendort 511, Nr. CIV.

[3] Archiv für österr. Geschichte LXIV. 269—270. Vgl. Beilagen V. S. 299.

[4] v. Stockheim, Urk. und Beil. 510, Nr. CIV.

möchten wenigstens etliche von ihnen in Prag zuwarten, er werde die Sache zu Ende bringen so oder so, entschlossen sie sich zum Bleiben.[1] Noch mehr als zuvor zeigte man sich dafür böhmischerseits bemüht, bei ihnen Eifer und Vertrauen durch fleißige Erörterung all der Pläne, die zur Überholung und Lahmlegung der gegnerischen Machinationen dienen sollten, durch Beratungen, wie man Frankreich und Burgund, Venedig und die Schweizer, den Papst und König Matthias von Ungarn gewinnen, die eigenen Mittel entsprechend verwerten,[2] Johann Giskra vom Kaiser auf die Seite Erzherzog Albrechts ziehen könne, rege zu erhalten.[3]

Darüber kam aber, gewiß zur Verwunderung der bayerischen Gesandten, die Nachricht, Zdenko von Sternberg habe die Belagerung von Kottbus aufgegeben und seine Truppen zum Teile entlassen. Der König half sich mit der Ausrede, daß dies ohne seine Zustimmung geschehen sei und ihm durchaus mißfalle.[4] Thatsächlich war aber nach allem Sternberg nur einer Weisung nachgekommen, da der König die Lausitz bereits ziemlich in seiner Hand hatte, und, nach den Ausführungen der sächsischen Räte zu schließen, der Märkischen Verlangen nach friedlicher Verständigung unzweifelhaft war.[5]

Aber es war auch der Termin nahe, an dem Herzog Viktorin die Fahrt nach Eger und weiter ins Bayreuthische antreten sollte. Nun blieb nichts übrig, als die Maske wenigstens zur Hälfte abzuwerfen. Es wurde also den bayerischen Räten mitgeteilt, daß Viktorins Zug aufgegeben sei, ebenso die Heerfahrt des Königes in die Mark;[6] doch werde der Oberstburggraf mit frischen Truppen verstärkt werden, „den täglichen Krieg wider Markgraf Friedrich mit Ernst den Winter auszuüben".[7] Die Einwendungen und Vorstellungen der Bayern blieben erfolglos.

Zum Glück waren aber am 17. November endlich die kaiserlichen Botschafter eingetroffen und konnten die eigentlichen Friedensberedungen beginnen. Da sich am 22. November als Gesandte der sächsischen Fürsten Jan von Schleinitz, Burkard Schenk von Tautenberg und Günther Zilchender

[1] Vergl. den Bericht der Räte vom 15. November, doppelt, da er vorsichtshalber zwei Boten übergeben wurde, bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 502—504, 505—509, Nr. CII und CIII.

[2] „Hienach folgen ettlich mittl vnd wege, dy furan furczunemen sein, ob dy sachen hie nit gericht würden ꝛc." v. Stockheim, Urk. u. Beil. 492—497, Nr. C.

[3] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 196—197.

[4] v. Stockheim, Urk. und Beil. 503, Nr. CII.

[5] Vgl. Archiv für österr. Geschichte LXIV. 272—273.

[6] Vgl. die Berichte vom 15. November bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. a. a. O.

[7] Ebendort 512, Nr. CIV.

einstellten, und zwar nicht bloß, um in der Lausitzer Streitsache ein Abkommen zu vermitteln, sondern auch, da Ernst und Albrecht, des Kurfürsten Söhne, dann auch Wilhelm von Thüringen[1] inzwischen dem Bischofe von Würzburg abgesagt hatten, um an der allgemeinen Pacifikation entsprechend teilzunehmen,[2] da ferner Kilian von Bibra als Vertreter des Würzburger Bischofes nach Prag gekommen war,[3] so gewannen die Verhandlungen zuletzt sogar eine gewisse Vielseitigkeit.

Sofort fanden aber die bayerischen Boten Grund zu neuem Verdrusse. Sie hatten zwar endlich Gelegenheit gefunden, auch die Königin im Namen ihres Herrn zu begrüßen, — der König scheint dies absichtlich verzögert zu haben, um nicht durch allzu intimen Verkehr mit dem Gesandten Herzog Ludwigs seine unparteiische Haltung verdächtig zu machen: aber die Bayern vermochten es weder dahin zu bringen, daß sie zugleich mit den kaiserlichen Räten gehört wurden, worauf dann der König als der in Aussicht genommene Teidingsmann über Forderung und Gegenforderung seine Sprüche thun sollte, noch auch nur genau zu erfahren, was der Kaiser von ihrem Herrn verlange.[4] Ebenso mißriet der Versuch, mit Hilfe der Königin die Angelegenheiten Herzog Ludwigs vorwärts zu bringen. Johanna war mit formellen Versicherungen ihrer Freundschaft für den Herzog noch freigebiger als ihr Gemahl. Sie entschuldigte ihre bisherige Unnahbarkeit mit wenig glaubwürdigen Erdichtungen, wie, sie sei während der letzten Wochen abwesend gewesen und habe eine Wallfahrt nach Bayern gemacht bis in die Nähe des herzoglichen Heeres, inzwischen aber in Prag verbreiten lassen, sie wäre krank u. s. w.[5] Auch was die Gesandten weiterhin von ihr bezüglich ihrer Anteilnahme an dem Gange der Friedensvermittelung vernahmen, war schwerlich der Wahrheit entsprechend. Ihre Versicherungen, sie wolle für den Herzog das Beste thun, klangen zudem in dem Ansinnen an die Gesandten aus, dieselben möchten ihr ein gewisses kostbares Halsband von ihrem Herrn verschaffen.[6] Dies ward zugesagt,

---

[1] v. Stockheim, Urk. und Beil. 506, Nr. CIII.

[2] Vgl. Archiv für österr. Geschichte LXIV. 275ff. Über die unrichtigen Daten bei Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1, 188 und Palacky, IV. 2, 197, vgl. ebendort 276, Anm. 4 und v. Stockheim, Urk. und Beil. 512, Nr. CIV.

[3] Wie die Würzburg betreffenden Friedensurkunden beweisen.

[4] Der König versicherte freilich, daß er stetig mit der Friedensstiftung umgehe. v. Stockheim, Urk. und Beil. 514, Nr. CIV.

[5] Ebendort 534—539, Nr. CVIII.

[6] Die Gesandten berichten davon bei v. Stockheim, a. a. O. 539—540; 541—542, Nr. CIX und CX.

sobald die Königin bei ihrem Eheherrn eine Reihe von Punkten durchgesetzt hätte, die ihr die Räte schriftlich übergaben.[1]

Die Schwierigkeit, zu einem ersprießlichen Ende zu kommen, lag aber nicht bloß in des Königes vom Anfange an schiefer Stellung zu den Parteien, sondern war nur zu sehr begründet in der Instruktion der kaiserlichen Räte, die im Einverständnisse mit Markgraf Albrecht entworfen, ja geradezu von diesem geprüft und verbessert worden war.[2]

Darin lehnte der Kaiser, was die Landshuter richtig vorausgesehen hatten, jede definitive Abmachung in Prag von vornherein ab. Der Kaiser verlangte, daß der König die Fehde gegen Markgraf Albrecht abstelle, und ihm die Entscheidung über seine Beschwerden und Forderungen Albrecht gegenüber anheimstelle. Was Herzog Ludwig betreffe, so hätte derselbe überhaupt keine irgendwie thatsächlich begründeten Ansprüche an Österreich; doch sollten die Boten dem Könige sagen, daß dem Herzoge Billigkeit und Recht nicht abgeschlagen würde, und sei der Kaiser nicht abgeneigt, ihm dazu an seinem Hofe einen Tag zu benennen; nicht minder auch denen, die ihm verbündet sind. Der Herzog müsse aber zurückstellen, was er gegen des Reiches Recht und Freiheit an sich gebracht, und, nachdem er Mutwillen getrieben und dem Kaiser Schaden gethan, dafür eine Buße sich gefallen lassen. Dem Markgrafen habe er die jetzt und früher entrissenen Schlösser wiederzugeben, und alles abzustellen, wozu Albrecht und seine Ritterschaft gedrungen worden seien. Ebenso solle der von Eichstädt seine Verschreibung wiedererhalten, und müsse das Interesse Graf Ulrichs von Württemberg, des Marschalls von Pappenheim und Graf Ulrichs von Öttingen in den etwaigen Abmachungen gewahrt werden.[3]

Danach konnten des Königes Bemühungen nur darauf gerichtet sein, die bayrischen Bevollmächtigten zum Abschlusse eines Waffenstillstandes zu bewegen, binnen dessen der definitive Friede geschlossen werden könnte. Aber hiezu waren sie in keiner Weise geneigt. Deshalb mußte der König nach zehntägigen fruchtlosen Bemühungen doch noch den Versuch unternehmen, endgültige Abmachungen zu erzielen. So wurden denn nach dem Wunsche der Landshuter Räte die Forderungen des bayerischen Herzoges an

---

[1] v. Stockheim, a. a. O. 542.

[2] Dies beweisen die eigenhändigen Zusätze des Markgrafen auf der Abschrift, die sich im Bamb. Archiv (als aus dem Plassenburger Archive stammend) findet, und vielfach auch der Wortlaut des Schriftstückes.

[3] Dieses wichtige Schriftstück befindet sich im Bamb. Arch. 1906 (des märk. Kat.).

die kaiserlichen Bevollmächtigten übergeben;[1] der König erreichte auch, daß die Österreicher auf einem Zettel verzeichneten, was sie von den Ansprüchen, die der Kaiser an Herzog Ludwig hatte, wußten. Aber ausdrücklich war darin betont, daß diese Darlegungen nur ihre persönliche Meinung enthielten.[2] Die Bayern vermochten natürlich damit nichts weiter anzufangen. Aber da sie, wie bemerkt, ihrerseits einen bloßen Waffenstillstand verwarfen als einen „blinden Handel", aus dem nichts Gutes hervorgehen möge, und andererseits die Gesandten des Kaisers es für notwendig erklärten, für jede Art von Stillstand und Frieden die Zustimmung der Reichsfeldherren und besonders des Markgrafen Albrecht einzuholen, so schien ein Gelingen des Tages überhaupt unmöglich zu sein.[2]

Es war so ein bedeutender Erfolg des königlichen Ansehens und diplomatischen Geschickes, daß es Podiebrad schließlich doch noch gelang, die bayrischen Räte zur Annahme einer Waffenruhe zu vermögen, und ebenso die kaiserlichen Räte dahin zu bringen, daß sie dieselbe auch für den Markgrafen bewilligten, und dessen Zustimmung als die Bedingung für die Gültigkeit des Stillstandes nur privatim sich vorbehielten.

Am 5. Dezember konnte der König bereits den Entwurf eines Abschiedes des Tages vorlegen, in welchem es hieß:[4] Der Krieg zwischen den streitenden Parteien und allen ihren Helfern, Dienern und Unterthanen ist abgethan. Die Forderungen, die der Kaiser und Herzog Ludwig an einander haben, werden von beiden längstens binnen vier Wochen nach Beginn der Waffenruhe dem Könige zugemittelt, der sie dann den Adressaten überschickt; Herzog Ludwig solle erklären, ob er nach wie vor die Entscheidung darüber auf den König stelle. Alle beteiligten Fürsten werden sich zu Dorothea 1462 (6. Februar) zu Znaim in Mähren persönlich einfinden, und dort sollen alle Streitsachen, besonders auch die der Herzog und seine Bündner mit Markgraf Albrecht haben, von den Herren in Person oder durch vollmächtige Botschafter entschieden werden. Die Waffenruhe habe am Thomastage (21. Dezember) zu beginnen, und bis Georgi

[1] Die Denkschrift ist gedruckt bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 498—501, Nr. CI. Vgl. 553—555, Nr. CXIV a. a.

[2] v. Stockheim, Urk. und Beil. 556—557, Nr. CXV.

[3] Man vgl. v. Stockheim, 515—547, Nr. CV—CXIII. 558—568, Nr. CXVI.

[4] v. Stockheim, Urk. und Beil. 565—567, Nr. CXVI. „Auf solichs wurden wir sambstag nach Barbara anno etc. LX. primo frue fur vnnsern herrn den kunig gefordert; do lies vns sein gnad sagen, das er den abschid diss tags also machen wollt ꝛc."

(24. April) 1462 zu dauern. Die Gefangenen beider Parteien sind frei. Noch nicht geleistete Schatzung ist aufgehoben u. s. w.

Das ward angenommen. Die Bedenken der kaiserlichen Gesandten betreffs der Zustimmung des Markgrafen beschwichtigte der König dadurch, daß er Albrecht einen bedingungslosen Frieden mit der Krone Böhmen bewilligte: Alle Kriege zwischen beiden Fürsten und ihren Helfern und Helfershelfern sollten abgethan, alles während der Fehde von beiden Seiten Geschehene vergeben und vergessen sein; der Forderungen und Ansprüche wegen, die der König an den Markgrafen zu haben vermeint, sei er auf die Bitte des Kaisers und seiner Räte „bei dem obgenannten seinem allergnädigsten Herrn dem römischen Kaiser in der Freundschaft verblieben".[1] So glaubte man an der Bereitwilligkeit Albrechts, den Prager Frieden gutzuheißen, nicht zweifeln zu dürfen.

Die Schlußredaktion der Vertragsbriefe hatte Dr. Martin Mair übernommen. Sie waren am 7. Dezember ausgefertigt und besagten mit den in dem königlichen Abschiede enthaltenen Bestimmungen die Einstellung der Fehde zwischen dem Kaiser und seinem Feldhauptmanne im Reiche einerseits und Herzog Ludwig von Bayern andererseits,[2] ebenso zwischen Bischof Johann von Würzburg und dem Markgrafen,[3] zwischen diesem und Bischof Georg von Bamberg,[4] dem Würzburger Stifte und Kurfürst Friedrich von Sachsen mitsamt seinen Söhnen, den Herzogen Ernst und Albrecht.[5]

Und tags vorher war man nach gleichfalls schwieriger Verhandlung auch bezüglich des Krieges in der Lausitz und Mark zu einem Abkommen gelangt. Zwar gab der König seine Absicht, das Lausitzer Land wieder mit der Krone zu vereinigen, keineswegs auf. Sein vertrauter Sekretär, Jobst von Einsiedel, hat später in Brüx gelegentlich neuer Verhandlungen über diese Sache ganz offen gestanden, daß es seines Herrn, des Königes, Meinung dabei gewesen sei, die Mark Lausitz an sich zu bringen und bei seinen Lebzeiten einen seiner Söhne damit auszustatten, nachdem er ein schwerer Herr sei und nicht wisse, wann oder wie sichs mit ihm schicken

---

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 91—92. du Mont, Corps diplomatique 274, Nr. CCX. Font. rer. Austriac. XLII. 531—532, Nr. 245.

[2] Müller, Reichstagstheatrum II. 89—91. du Mont 274—275, Nr. CCXI. v. Stockheim, Urk. und. Beil. 573—575, Nr. CXVIII.

[3] v. Stockheim a. a. O. 576—577, Nr. CXIX.

[4] Vgl. Font. rer. Austriac. XX. 261, Nr. 265; vgl. ebendort 262, Nr. 266.

[5] Müller, Reichstagstheatrum II. 92. du Mont 275, Nr. CCXII. v. Stockheim, Urk. und Beil. 571—572, Nr. CXVII.

möge, und da dort sein Sohn an den benachbarten und enge befreundeten sächsischen Fürsten einen sicheren Rückhalt habe.[1] Der König wollte zudem jetzt wie zuvor den Markgrafen zur Rückgabe der Pfandschaft drängen, ohne die Pfandsumme ganz auszuzahlen,[2] und hatte deshalb wirklich seinen Hofmeister Peter Kdulinetz Herrn Zdenko von Sternberg zu Hilfe geschickt, den Markgrafen weiter in Schach zu halten.[3] Aber schließlich war doch von der böhmischen Deputation, die bei den Beredungen intervenierte, Herrn Johann von Hasenburg, dem Kanzler Prokop von Rabenstein und Jobst von Einsiedel, so viel im Namen des Königes zugestanden worden, daß ein neuer Friedenstag zu Brüx am 13. Januar 1462 stattfinden sollte, zu dem die sächsischen Brüder oder neben Herzog Wilhelm des Kurfürsten Söhne persönlich erscheinen, und wohin sie auch Friedrich von Brandenburg mitbringen wollten. Sei letzterer einverstanden, so möge Herzog Wilhelm dies unverweilt dem Könige melden; darauf werde seinerseits binnen acht Tagen die Einstellung der Feindseligkeiten in der Lausitz und der Mark erfolgen, wozu sich auch der Kurfürst verpflichten müsse.[4] Das geschah. Um den 22. Dezember verstummte damit im Norden der Waffenlärm,[5] sowie ja auch im Süden tags vorher der allgemeine Friede anheben sollte.

Nachdem der König bereits am 23. November seinen Marschall ausgeschickt hatte, um dem Polenkönige seine Vermittelung in dem schweren und langwierigen Kriege mit dem deutschen Ritterorden anzukündigen,[6] konnte er endlich von den Prager Erfolgen an jenem Orte Meldung thun, an dessen Wohlwollen ihm vor allem gelegen war, bei Papst Pius II. In dem so bedeutsamen Schreiben vom 11. Dezember 1461 enthüllte der König zugleich die Motive seiner jetzigen und künftigen Politik: „Von schwerem Unheile, das der Feind des Menschengeschlechtes ausgesäet habe, seien, wie dem heiligen Stuhle wohl bekannt, diese Zeitläufte erfüllt; Raub, Mord und Brand würden nicht bloß von Fürsten des Reiches, sondern sogar von verschwägerten und blutsverwandten Herrschern gegen einander geübt, derart, daß niemand so verhärtet, niemand

---

[1] „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen", Archiv für österr. Geschichte LXIV. 291; vgl. 347, Beil. Nr. XXVI.

[2] Ebendort LXIV. 273 a. a. [3] v. Stockheim, Urk. und Beil. 512.

[4] Archiv für österr. Geschichte LXIV. 279—280. Vgl. ebendort 320—321 Beil. X.: „Anlas zu Prage beteidingt anno et lx primo."

[5] Vergl. die Ermittlung des Datums im Archiv für österr. Geschichte LXIV. 281—282.

[6] v. Stockheim, Urk. und Beil. 512, Nr. CCV.

so aller Menschlichkeit vergessen sein möchte, der dies ohne Thränen in den Augen ansehen könnte. Da habe sich denn der König gemüht, dem nach Kräften abzuhelfen. Er habe weder Arbeit noch Nachtwachen, noch Anstrengungen jeder Art gescheut, um solche Kriege, so schreckliche Kämpfe zu Ende zu bringen. Und der Herr habe seine Mühe angesehen und gesegnet! Zwischen dem Kaiser und Herzog Ludwig und allen Fürsten, die sich am Kriege beteiligt, habe er nach langen und schwierigen Verhandlungen mit aller Zustimmung einen Frieden zustande gebracht, wie die beifolgenden Abschriften dies dem heiligen Vater ersichtlich machen werden. Ebenso habe er, bekümmert ob des alten, harten Streites zwischen dem Könige von Polen und dem Deutschherrnorden, an beide seine Botschaft geschickt und sie, namentlich aber den Hochmeister, dazu willig gefunden, daß durch ihn ein friedlicher Vergleich zwischen den Parteien vermittelt werde. Die gleiche Zusage erwarte er von Kasimir, dem er die Antwort des Ordens zu wissen gethan habe." — Es heißt dann weiter: „Alles dies haben wir bewegten Herzens und in der Absicht gethan, um Gott und der heiligen triumphierenden Kirche Lob und Preis zu verschaffen, und damit Eure Heiligkeit und unser durchlauchtigster Herr und Schwager, der Kaiser, als die von Jesus Christus bestellten obersten Würdenträger auf der Welt, Ehre und Sieg davontragen, damit die ganze streitende Kirche und das heilige Reich wachse und gestärkt werde, damit der Türke und die übrigen Feinde des christlichen Namens heimgesucht und von der Bekämpfung der Christen, die sie voll Übermut begonnen haben, abgebracht werden. Uns aber dürfen wir als getreuer Fürst und christlicher König den Friedensstifter nennen! Und weil, während dies geschah, wir der Dienste unseres Kanzlers, des edlen Prokop von Rabenstein, und unserer übrigen Getreuen dafür bedurften, so darf sich Eure Heiligkeit nicht wundern, daß binnen so langer Zeit unsere Gesandtschaft nicht zu den Füßen Eurer Heiligkeit erschienen ist. Jetzt aber sind wir ganz und gar gesinnt, ohne Aufschub den genannten Prokop mit einigen anderen zu eiliger Fahrt auszurüsten und mit den nötigen Weisungen gänzlich zu versehen, um mit Gottes Hilfe Herstellung der Einigkeit in unserem Königreiche gedeihlich und glücklich zustande zu bringen." [1]

Der König hatte während des Tages alles gethan, um die kaiserlichen Räte von seiner unbedingten Ergebenheit gegen ihren Herrn zu

[1] Polit. Korrespondenz von Breslau 1454—1463, Scriptor rer. Silesiac. VIII. 67—68, Nr. 66; böhm. und ohne Datum im Manuskr. Sternberg, fol. 263—264.

überzeugen und sie selbst persönlich zu gewinnen. Von gegenseitigen Forderungen, von der oft betonten Notwendigkeit, die Fürsten müßten selbst an einem Orte zusammentreffen, um ihre Angelegenheiten ins Reine zu bringen, ist nun in Prag nicht mehr die Rede. Der König erklärte vielmehr ausdrücklich, daß er „keiner Verhörung von unserem Herrn, dem Kaiser, bedürfe". Dafür war den Boten des Kaisers sorgsam nahegelegt worden, welch großen Werth der König auf die Fürsprache ihres Herrn bei dem römischen Stuhle lege. Und als sie jetzt nach Schluß des Tages heimwärts zogen, befand sich Jobst von Einsiedel in ihrem Gefolge, Friedrich III. diese Bitte König Georgs, so wie dies nach allem schon früher gleichfalls geschehen war, direkt zu unterbreiten und um überdies des Königes Wunsch auszusprechen, daß der Kaiser die böhmischen Gesandten von einer eigenen Botschaft nach Rom begleiten lasse.

Wie alle anderen beteiligten Fürsten erhielt auch Markgraf Albrecht von König Georg Abschriften der ihn betreffenden Stillstandesurkunden zugefertigt. Viel wichtiger waren das Schreiben und die mündliche Botschaft, welche Hans Rorbacher und Hans Mühlfelder gleich am 8. Dezember aus Prag nach Ansbach gelangen ließen.[1] Sie stürzten den sonst rasch entschlossenen Hohenzoller in schwere Sorgen und Bedenken.

Achtes Kapitel.

Die Absetzung des Erzbischofes von Mainz. Ausbruch der Stiftsfehde. Markgraf Albrecht und König Georg. Der Wiederausbruch des Reichskrieges.

Fast zur selben Zeit, in der das böhmische und bayerische Heer seinen Rückmarsch antrat und letzteres sich auflöste, vernahm Markgraf Albrecht, daß auch das Nordheer der Gegner, die Scharen des Würzburgers und des Pfalzgrafen, die Kitzingen eingeschlossen hatten, im Auseinandergehen begriffen sei. Als Johann von Würzburg die Seinen gegen Nordosten weggeführt hatte, um dem Angriffe von Sachsen und Thüringen her zu begegnen, hatte sich zwar der Pfalzgraf zunächst nach Forchheim in die Nähe der Bayern zurückgezogen;[2] aber von Haus aus an der Spitze

[1] Fontes rer. Austriac. XLII. 332—333, Nr. 246; Brief vom 8. Dezember.

[2] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 184—185, Nr. 298.

einer wenig starken Schar und von Herzog Ludwig nicht weiter unterstützt, mußte auch er den Heimweg antreten. Er gewann bald genug in der Mainzer Stiftsfehde ein neues Feld für seine kriegerische Thätigkeit.

Am 4. September hatte Papst Pius II. in einem Breve an die deutschen Fürsten betreffs der Erhebung des Türken-Zehnten, Zwanzigsten und Dreißigsten erfüllt, was die Legaten auf dem Mainzer Tage in seinem Namen versprochen.[1] Damit erschien der letzte Konflikt der römischen Kurie mit der Nation abgethan, und nun zögerte man auch nicht länger, die Strafe zu vollziehen, die über das Haupt der gewesenen Opposition bereits verhängt war.

In feierlicher Sitzung des Mainzer Domkapitels und in Gegenwart Kurfürst Diethers von Isenburg verkündete am 26. September Adolf von Nassau dessen Absetzung und die eigene Ernennung. Wohl erhob der Gemaßregelte sofort dagegen Protest, und die anwesenden sieben Domherren trugen billig Bedenken, von dem „alten Bischofe“ abzufallen, wie auch die Stadt Mainz an ihm festhielt, ja selbst die Veröffentlichung der päpstlichen Bullen ablehnte. Das Blatt wandte sich aber rasch. In den nächsten Tagen traten die angesehensten und energischesten Mitglieder des Domkapitels nach den Geboten des Papstes auf die Seite des Nassauers, und kam es zwischen ihnen und der Stadt Mainz zu einer Verständigung, der zufolge die Bürgerschaft sich verbürgte, für die Erhaltung der Ordnung in der Stadt durch Bewaffnete zu sorgen. Am 2. Oktober ward Adolf von Nassau feierlich als Erzbischof installiert, worauf nicht bloß ein Teil der bischöflichen Beamten, sondern auch der gesamte Rheingau ihn anerkannten.

Kurfürst Diether machte energische Anstrengungen, sich trotzdem zu behaupten. Während er eine eingehende Defensionsschrift ausarbeiten ließ, in der er nochmals öffentlich gegen die päpstlichen Bullen und seine Absetzung protestierte, eilte er, unterstützt von seinem treuen Freunde, dem Grafen Emicho von Leiningen, die Städte und Burgen des Erzstiftes zu verwahren, und sich der Treue der Unterthanen zu versichern. Auch die überwiegende Mehrheit der Mainzer sprach sich endgültig für ihn aus.

Viel schlimmer stand es mit seinen auswärtigen Verbindungen. Die Kollegen im Kurvereine rührten keine Hand ihm beizustehen, trotzdem noch kein Jahr seit Diethers Aufnahme in denselben verflossen war; die ganze Verbindung war hinfällig geworden. Das Häuflein der Freunde Diethers war überhaupt verschwindend klein der großen Zahl von Fürsten

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 29.

gegenüber, welche dem von Nassau Hilfe zugesagt hatten. Den Pfalzgrafen aber, der allein mächtig genug war, ihn zu halten, vermochte er trotz aller Mühe und weitgehender Erbietungen nicht auf seine Seite zu ziehen, da auch die Gegenpartei unter der Vermittlung Markgraf Karls von Baden, und bald auch Erzbischof Adolf selbst, ihn eifrig umwarb, und der kluge kriegsgewandte Pfälzer durch berechnetes Zuwarten bestrebt war, einen möglichst hohen Gewinn für seine Waffenhilfe herauszuschlagen. Durch Wochen zögernd,[1] wies Friedrich der Siegreiche noch am 8. November die Anerbietungen Adolfs, ein oder zwei Tage darauf auch die Gesandten Diethers, die eine endgültige Erklärung verlangten, ab. Auch weigerte er sich, einen Tag zu Oppenheim, den beide Parteien auf Martini (11. November) verabredet hatten, zu beschicken.

Da brachte Kurfürst Diethers momentane Verzagtheit einen raschen Wandel in die Sachlage. Am 11. November beugte er sich vor seinem Gegner und gab gegen die Lossprechung vom Kirchenbanne und ausgiebige Entschädigung an Land und Leuten auf Kosten des Stiftes das Erzbisthum auf. Besorgt, um die reiche Beute zu kommen, bot ihm aber eben jetzt der Pfalzgraf Hilfe mit aller Macht an, und Kurfürst Diether, charakterschwach wie stets, ließ sich bewegen, am 12. November zu Oppenheim den tags vorher mit der Gegenpartei beschlossenen und versiegelten Vertrag zu brechen. Am 19. November ward die Urkunde ausgefertigt, in der sich Diether und Kurfürst Friedrich zur Behauptung des Erzstiftes für ersteren verbanden, und dem Pfalzgrafen schöne Teile der Kurlande als Lohn für seinen Beistand zugesprochen wurden. Bald erfüllte weithin verheerender Kampf die Rheinlande.[2]

Es war ein tückischer Zug des Geschickes, daß in dem Momente, in wechem Georg von Böhmen sich mühte, den Krieg überall im Reiche, dann in Polen und Preußen zu beenden, bei der Kurie den Titel eines Friedensfürsten zu verdienen, ein Kriegesfeuer im fernen Westen des Reiches entbrannte, wo ein nachdrückliches Eingreifen des Königes ziemlich ausgeschlossen war. Aber standen denn die Dinge auch in Franken auf Frieden?

---

[1] Der Abzug Friedrichs aus Franken, der am 19. Oktober erfolgte (Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 184—185) kann daher nicht, wie Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1. 185 glaubt, mit dem Abschlusse des Bündnisses mit Diether von Isenburg in Zusammenhang gebracht werden.

[2] Obige Darstellung nach den genauen Ausführungen von K. Menzel, Diether von Isenburg, Erzbischof von Mainz, 154—168. Vgl. Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau, IV. (1880), 243, und J. Voigt, Enea Silvio III. 277—282.

Für Markgraf Albrecht war, nachdem er so lange vor übermächtigen Gegnern sich hatte drücken und schmiegen müssen, nun erst nach deren Abzuge die Zeit zum Handeln gekommen. Nun hoffte er wieder, „trotz Bayern und Würzburg in fürstlichem Stand und Wesen zu bleiben".[1] Mit einem Feuer, einem Ungestüm, als stände man eben am Beginne des Krieges, eilte der Markgraf, unterstützt von den Rothenburgern,[2] seinem älteren Bruder Johann[3] und wenigen anderen Helfern, von Unternehmung zu Unternehmung. Dabei entfaltete er im Vereine mit dem Kaiser eine weitausgreifende diplomatische Thätigkeit. Nie war er unermüdlicher, als im Unglücke.

Zunächst suchte er mit Bischof Georg von Bamberg auf Grundlage der Zwernitzer Abmachungen völlig in Ordnung zu kommen, wiewohl er dem Kaiser versicherte, der Vertrag sei für den Bischof günstiger als für ihn.[4] Unter weiterer Vermittelung des Wolfsberger Viztums Claus von Giech wurde am 3. November vereinbart, daß Albrecht und der Bischof die Waffen niederlegen, die Richtung von Roth von beiden Seiten getreulich erfüllt, die von dem Markgrafen gewonnenen bischöflichen Städte und Dörfer zurückgestellt, und während des bis Georgi 1462 dauernden Stillstandes ein bleibender Friede zwischen den Fürsten gefunden werden sollte. Sämtliche regierende Markgrafen, und neben dem Bischofe auch das Bamberger Kapitel, werden den Vertrag untersiegeln.[5]

Bezeichnender ist Markgraf Albrechts Haltung Böhmen gegenüber. Mit Jobst von Einsiedel stand er auch nach Ausbruch des Krieges in Verkehr. Er hatte ihn zuerst dazu benützt, über des Königes Undank zu klagen; — bei Papst und Kaiser habe er Georg gepriesen und „hätte er ihm mögen den Himmel zuneigen, er wäre des Willens gewesen". Er wies darauf hin, daß es unter solchen Umständen mit einer Heirat seiner Tochter und des Prinzen Heinrich doch nichts werde sein können; wenigstens möge der König, das sollte Jobst erbitten, die Fehde einstellen.[6]

Als dann die feindlichen Heere dem Markgrafen im Lande standen,

---

[1] Brief vom 3. November an Herzog Wilhelm von Sachsen bei Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1, 185.

[2] Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 108, 138, 139—140.

[3] Janssen, Frankf. Reichst. II. 195, Nr. 302.

[4] Brief vom 4. Dezember 1461 im Bamb. Arch. 1906 (des märk. Kataloges). Vgl. des Markgrafen Schreiben an Bischof Georg vom 12. Dezember 1461. Bamb. Arch. III. Kast. 28, Nr. 76.

[5] Die Urkunde bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 450—456, Nr. LXXXVI.

[6] Der Brief, etwa aus dem Anfange Oktober, im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.) Nr. 212.

da sprach er freilich noch anders zu dem Könige. Jetzt zeigte er sich gebeugt, kam er als Schutzflehender, eben wie es der König wünschte; Herr Matthias Schlick von Ellbogen und wieder Jobst von Einsiedel unterbreiteten „in großem Geheim" seine demütigen Ersuchen, der König möge ihm ein gnädiger Herr sein und von seinem Zorne gegen ihn lassen; er werde sich gern nach des Königes Willen eine Richtung gefallen lassen.[1]

Aber die gewohnte Vorsicht vergaß der Markgraf auch jetzt nicht. Er lehnte es ab, den Prager Tag durch eine förmliche Gesandtschaft zu beschicken, da er den Krieg führe als des Kaisers Hauptmann, und also auch zugleich mit dem Kaiser zu Frieden komme. Er wollte die Freiheit seiner Entschließungen nicht voreilig aufgeben. Aber sein Rat Hans Rabensteiner weilte während der ganzen Zeit der Verhandlungen als geheimer Agent in Prag, um alles zu sehen und zu berichten.[2] Zudem gedachte der Markgraf durch den Kaiser auf den König einwirken zu lassen, indem er eine Lösung der Streitfrage zwischen Friedrich III. und Ludwig von Bayern in Anregung brachte, bei deren Annahme seitens des Königes auch dessen Freundschaft mit dem Herzoge zu Ende gewesen wäre. Wohlbekannt mit König Georgs lebhafter Geldliebe und leeren Kassen riet nämlich Albrecht, dem Bayerherzoge ein schweres Strafgeld, etwa 100 000 Gulden, aufzulegen und davon und von den Pönen der ungehorsamen Reichsstädte Podiebrad einen größeren Anteil zu versprechen, damit er die Sache unterstütze, ja „desto tiefer dareingreife".[3]

Das alles war aber nicht die Hauptsache. Während der König zu Prag mühsame Verhandlungen pflog, in seinem Eifer und seiner Zuversicht, den Frieden zuwege zu bringen und zu erhalten, durch neue Erbietungen des Markgrafen bestärkt, während dieser jegliche Aufklärung gab über sein Eintreten für das Reichsoberhaupt und die Annahme der Reichshauptmannschaft, welche er aber jetzt abzulegen gern bereit sei,[4] war der Hohenzoller in Graz und in Rom, bei den Reichsstädten, den Schweizern[5] und den Reichsfürsten, am französischen und burgundischen Hofe rastlos thätig, seine Stellung zu festigen. Zugleich geschah seinerseits alles, mit Waffengewalt das im Kriege Verlorene wiederzugewinnen, den Reichskrieg erst recht

---

[1] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 488, Nr. XCVIII.

[2] Dies erfahren wir zufällig aus den zu Beginn des Feldzuges von 1462 zwischen dem Markgrafen und Herzog Ludwig gewechselten Streitschriften. S. u.

[3] Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1, 190. Vergl. die Citation der Ulmer durch den kaiserl. Fiskal vom 12. Nov. Bamb. Arch. 1906 (des märk. Kat.).

[4] Beweist des Markgrafen Brief vom 3. Dezember. Vgl. Droysen a. a. O.

[5] v. Stockheim, Albrecht IV. 201.

in Gang zu bringen, gerade jetzt von des Königes Gunst und Zorn sich unabhängiger zu machen, als er selbst vor Beginn des Feldzuges gewesen war.

Bischof Johann von Würzburg geriet vor allem ins Gedränge. Schon am 1. September hatte der Kaiser die Verleihung des goldenen Zolles, dann des Landgerichtes im Herzogtume Franken, des Zehnt- und Brückengerichtes in Würzburg widerrufen.[1] Er hatte sich zugleich nach dem Wunsche des Markgrafen, dem die schwierigen Verhältnisse im Bistume wohl bekannt waren,[2] nochmals besonders an die größere und kleinere Vereinigung der Ritterschaft in Franken gewendet und ihr bei einer Pön von 1000 Pfund Goldes und des Reiches Acht und Aberacht geboten, dem Reichspanier zuzuziehen.[3] Da der Markgraf auf dem Vereinstage zu Schweinfurt alles aufbot, die Ritter durch Verheißungen und Drohungen auf seine Seite zu ziehen,[4] so konnte Bischof Johann zuletzt nur mit bedeutenden Opfern die Bünde an sich fesseln.[5] Trotzdem blieb der Markgraf, der in Meißen hatte werben lassen und „viel reisigen Gezeuges und der Provision nach Notdurft" besaß,[6] überlegen. Sofort ging er jetzt daran, seine Städte, Burgen und Märkte wiederzuerobern und „den Bischof zu strafen".[7] Da fielen erst Langenzenn und Markt-Erlbach, die Markgraf Johann besetzte,[8] dann gewann Albrecht selbst Uffenheim und das Schloß Hoheneck und alle Schlösser, die in jenen Strichen den Feinden gehuldigt hatten.[9] Die Meldung von dem neuerlichen Aufgebote in Bayern, wo jeder vierte Mann ins Feld rücken sollte, von den Rüstungen der Amtleute in der Ober-Pfalz[10] konnte des Markgrafen Energie nur noch steigern: Am 25. November eroberte er durch eine glänzende Waffenthat auch das wichtige Neustadt an

---

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 80—81.

[2] Markgraf Albrecht an den Kaiser am 1. August bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 393, Nr. LXXVII b. Ber. d. Statth. a. a. O. Fontes rer. Austriac. XLII. 333—336, Nr. 247 für den Beginn des Jahres 1462.

[3] Am 28. September; v. Stockheim, Albrecht IV. 193.

[4] Ebendort 193—194. [5] Ebendort.

[6] Janssen, Frankf. Reichsk. II. 193, Nr. 300.

[7] Sein Brief an den Kaiser vom 4. Dezember im Bamb. Arch. 1906 des märk. Kataloges.

[8] Brief Joh. Brune an die Frankfurter vom 11. November bei Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 194—195, Nr. 302. Diese Orte fielen also schon vor dem 11. November.

[9] Vor dem 20. November. Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 196, Nr. 305. v. Stockheim, Urk. und Beil. 506, Nr. XCVIII.

[10] Janssen, Frankf. Reichsk. II. 196, Nr. 305.

der Aisch zurück, und die gesamte Besitzung fiel in seine Hände.[1] Nun kehrten auch die meisten der übrigen Ritter und Schloßherren, die Abdingung gemacht hatten, unter brandenburgische Botmäßigkeit zurück.

Schon hatte auch der Angriff auf die würzburgischen Stiftslande mit der Überziehung und Verheerung des nächst Nürnberg gelegenen Bischofsgutes begonnen.[2] Es fielen die Schlösser Röthelsee, Bibelried, Estenfeld, Lengfeld, die Orte Mainstockheim, Albertshofen und andere. Dabei wurde geheert und gebrandschatzt und reiche Beute an Wein, Geld, Schlachtvieh und Getreide gewonnen.[3] Unlust und Klagen gegen den Bischof waren im ganzen Stifte die Folge. Es ging die Rede, könnten der Reichsfeldherr und Herzog Wilhelm von Sachsen ihr Heer gegen Würzburg führen und nur drei Tage vor demselben ausharren, die Stadt würde sich ihnen anschließen.[4] So in schwer gefährdeter Lage und ohne Aussicht, aus Bayern und von dem Pfalzgrafen Hilfe zu erlangen, entschloß sich der Bischof, mit Markgraf Albrecht einen Waffenstillstand einzugehen, der diesen vorerst im Besitze seiner Kriegsbeute ließ.[5]

Endlich hatten zur Freude des Markgrafen auch die Reichsstädte genug beraten, gezaudert und gekundschaftet. Jetzt auf den Städtetagen zu Ulm (29. Oktober),[6] dann zu Eßlingen (1. und 22. November),[7] nötigte, trotzdem die Nürnberger, Augsburger und Ulmer noch immer zögerten,[8] und die bedeutendsten rheinischen Städte Mainz, Straßburg, Worms,

---

[1] Des Markgrafen Bericht darüber an die Rothenburger vom 25. November im Bamb. Arch. Rothenb. Chronik 142—143; hier auch das genaue Verzeichnis der Gefangenen. Vgl. die Erzählung bei Burkard Zink, Städtechroniken V. 245; dann der Nürnberger Jahrbücher des 15. Jahrhundertes, Städtechroniken X. 264 u. Anm. 2.

[2] Burkard Zink a. a. O. 245—246.

[3] Bericht Heinrichs von Pappenheim an den Kaiser vom 15. November bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 418—420, Nr. LXXVII[1]. Vgl. Burkard Zink a. a. O. und Fontes rer. Austriac. XLII. 336, Nr. 247. Sämmtliche Orte liegen zwischen Kitzingen und Würzburg. Für „Lengfeld" hat Pappenheim noch „Langenfeld", für „Albertshofen" „Albenhofen".

[4] Bericht der Statthalter Herzog Wilhelms a. a. O.

[5] Fontes rer. Austriac. XLII. 334, Nr. 247.

[6] Er ward auf dem ersten Eßlinger Tage festgestellt. Vgl. den Abschied dieses Tages vom 16. Oktober im Frankfurter Archiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 7. Kluckhohn, Exkurs 8, 373.

[7] „Abscheit der stete, so vff dem tage in Eßlingen vff Omnium sanctorum gewest sein." Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 69. Bericht der in Eßlingen anwesenden Städteboten nach Frankfurt ebendort Nr. 68. Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 199—200, Nr. 310. Kluckhohn, Exkurs 8 a. a. O.

[8] Brief der Frankfurter an ihren Stadtschreiber Hans Brune vom 12. November im Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 73.

Speyer und Köln noch immer offen widerstrebten,[1] schon die Besorgnis, in der Hilfe des Kaisers lässiger zu erscheinen als die Nachbarn, die bereits abgesagt hatten, die Kommunen oben im Reiche zu endgültigem Beschlusse. Nun sagten erst Reutlingen und Nördlingen ab,[2] dann folgte am 14. November Frankfurt,[3] um dieselbe Zeit auch Augsburg, Ulm und eine Reihe anderer.[4] Der Markgraf durfte sich rühmen, daß er „nicht hart auf die Städte gedrungen habe".[5] Jetzt befahl er, wohlberechnend, daß, wenn sie nur einmal im Kriegsfeuer stünden, sie auch gewiß ihre Schuldigkeit thun würden,[6] daß jede Stadt zunächst 12 gut ausgerüstete reisige Pferde auf je 100 Einwohner für das Reichsheer bereit halte, sonst aber die Zusagen noch geheim bleiben sollten.[7]

Da kamen — der Nürnberger Martinitag war wieder resultatlos vorübergegangen — die Meldungen von dem Abschlusse des Prager Friedens. Sie fanden sehr verschiedene Aufnahme.

Herzog Ludwig von Bayern nahm die Abmachungen ohne Zögern an. Mit steigender Beunruhigung hatte er die Fortschritte des Markgrafen, dessen Friedensschluß mit Bamberg, die Verhandlungen mit Johann von Würzburg verfolgt. Wenn jetzt, nachdem der Pfalzgraf durch die Mainzer Stiftsfehde voraussichtlich völlig in Anspruch genommen wurde, auch der Böhmenkönig sich ohne ihn mit dem Kaiser und Markgraf Albrecht ausglich, so war er bis auf seine minder mächtigen oder, wie Sigmund von Tirol und Albrecht von Oberösterreich, anderweitig beschäftigten und von Geldnot bedrängten Bündner isoliert und bekam er der vereinten Macht der Reichshauptleute und Reichsstädte gegenüber einen sehr schweren Stand;[8] denn die Einung, die Ludwig soeben am 9. Dezember mit seinen Münchener Vettern Johann und Sigmund zu Lauingen abgeschlossen hatte, besagte zwar für den Fall des Krieges eine

[1] Bericht der Städteboten nach Frankfurt vom 4. November. Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 68. Sie behaupteten, zu keiner Hilfe verpflichtet zu sein, denn „sie seien gefürstete freie Städte". Brief der Frankfurter vom 12. November.

[2] Vgl. den Abschied des Eßlinger Tages vom 1. November.

[3] Ihr Brief an Markgraf Albrecht vom 14. November im Frankf. Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 85. Vgl. Janssen, Frankf. Reichsk. II. 198, Nr. 307.

[4] Burkard Zink, Städtechroniken V. (Augsburg 2) 247, u. Anm. 1. Kluckhohn, Exkurs 8, 373.

[5] Janssen, Frankf. Reichsk. II. 192, Nr. 300.

[6] „Denn wie der Haas in den pfeffer komen, so wer er darin, vnd es wurd sich von tag zu tag bessern", schreibt er am 29. September seinem Bruder.

[7] v. Stockheim, Albrecht IV. 187—188. Rothenb. Chronik. d. Bamb. Arch.

[8] Diese Erwägungen bringt er in einem Briefe an den Pfalzgrafen selbst vor. v. Stockheim, Urk. und Beil. 580—581, Nr. CXXI. (soll heißen CXXII.).

gegenseitige Waffenhilfe von 50 Reisigen, aber es waren nicht bloß in dem Hauptbriefe von beiden Teilen alle alten Kriege und offenen Feindschaften,[1] sondern in einem Beibriefe noch besonders für die nächsten sieben Jahre Markgraf Albrecht von Brandenburg, Graf Ulrich von Württemberg und die Stadt Augsburg ausgenommen.[2] Von Rain aus, wo ihm seine Räte am 17. Dezember die Prager Friedensurkunden übergaben, befahl daher Ludwig ungesäumt seinen Hauptleuten und Pflegern, die Fehde gänzlich einzustellen,[3] und wurde zugleich dem Böhmenkönige verkündet, daß man ihm zu Liebe die Waffen werde ruhen lassen, wiewohl es dem Herzoge, nachdem er „von Gottes Gnaden wohl gerüstet sei, etwas unfüglich wäre, solche Abstellung der vorberührten Kriege und Fehden anzunehmen".[4]

Für den Bischof von Würzburg bedeutete der Friede die Befreiung aus einer unangenehmen Doppelstellung. Obwohl mit dem Markgrafen in eifriger Verhandlung, schrieb er jetzt, sowie ihm Otto von Lichtenstein verläßliche Meldung aus Prag überbracht hatte, dieselbe ab mit der Erklärung, am Bunde mit Bayern festhalten zu wollen. Dafür behielt der Markgraf auch das gewonnene Würzburger Gut ferner in seiner Hand.[5]

Dem Frieden günstig gesinnt waren auch der Pfalzgraf und Herzog Otto von Neumarkt. Während daher Ludwig von Bayern durch den Bischof von Salzburg den Versuch machte, mit dem Kaiser direkt zu verhandeln, da er einen gütlichen Ausgleich über so manche Forderung dem eventuellen Spruche des Böhmenköniges vorzog,[6] ermahnte er zugleich alle seine Bündner, nachdem sie Ende November auch zu Forchheim Vorberedungen gepflogen hätten,[7] sich mit ihm am 12. Januar persönlich in Nürnberg über ihre weitere Haltung, besonders auf dem Znaimer Friedenstage, zu verständigen.[8] So nahm, etwa die beiden Habsburger allein

---

[1] Bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 588—592, Nr. CXXV. Vgl. ebendort 511, Nr. CIV.

[2] Ebendort 593—594, Nr. CXXV° (soll heißen CXXV a).

[3] Ebendort 579, Nr. CXXI. [4] Ebendort 578, Nr. CXX.

[5] Font. rer. Austriac. XLII. 334, Nr. 247. Diese Aufzeichnungen sind vom 10. Januar zu datieren, wie die Bezeichnung des Nürnberger Tages vom 12. Januar als auf den „nächsten Sonntag" fallend und des Donnerstags als des „gestrigen" Tages zeigt.

[6] v. Stockheim, Albrecht IV. 214—215.

[7] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 511, Nr. CIV. Vgl. die Meldung Georgs von Bamberg darüber vom 12. Dezember an Herzog Ludwig im Bamb. Archiv III. Kast. 28, Nr. 72.

[8] Font. rer. Austriac. XLII. 334—335, Nr. 247. v. Stockheim, Urk. und Beil. 581, Nr. CXXII.

ausgenommen, die ganze bayerische Partei auf den Prager Stillstand ausdrücklich Rücksicht.

Es ist doch auffallend, daß keiner der vielen bayerischen Berichte über die Prager Friedensverhandlungen irgend eine Andeutung enthält, daß des Königes Verhalten während des Tages und die Art des Abschlusses den bayerischen Räten bedenklich oder verdächtig erschienen sei. Hatte König Georg ihnen so ganz und gar den freien Blick benommen, oder wollten sie an des Königes Vertragstreue ihrem Herrn gegenüber keinen Zweifel aufkommen lassen? Bei den Herzogen von Sachsen wenigstens,[1] dann den Reichsstädten, die ja auch die Friedensbotschaft willkommen hießen, erregte es doch großes Staunen, daß der König nun auf einmal von dem Kaiser und dem Markgrafen nichts zu fordern hatte. „Es geht", schreiben die von Ulm nach Frankfurt,[2] „mancherlei Rede und viele meinen, es sei nichts daran und der Anstand werde nicht gehalten werden". Anderswo nahm man dafür die Botschaft aus Prag gläubig und freudig auf. Auf das Gebot des Papstes hin hatte sich Kardinal Peter von Augsburg mit den Herzogen von Oberbayern-München verständigt und vereint mit ihnen eine Gesandtschaft ausgeschickt, um zu teidingen. Ihre Boten, Graf Johann von Werdenberg, Domherr zu Augsburg, Mang, Marschall zu Hohenreich, Asmus vom Thor zu Eirasburg und Hans Schmidhauser waren in Nürnberg eingetroffen und erwarteten eben eine Einladung Markgraf Albrechts nach Ansbach, als ihnen die Prager Friedensurkunden, Briefe und Siegel des Königes zu Gesichte kamen. Da sahen sie ihre Aufgabe anderwärts gelöst und ritten heimwärts.[3]

Entschieden gegen den Frieden waren dafür Graf Ulrich von Württemberg und Graf Ulrich von Öttingen, der denn auch unbeirrt die Beschädigungen bayerischen Landes und bayerischer Unterthanen fortsetzte.[4] Erst als solches geschah, wandte sich Herzog Ludwig an den Markgrafen mit der Anfrage, ob der Waffenstillstand gelten solle oder nicht.[5] Thatsächlich lag bei diesem die Entscheidung.

---

[1] Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1, 190—191.

[2] Am 6. Januar. Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 89.

[3] Ihr Schreiben vom 20. Dezember an Markgraf Albrecht im Bamb. Arch. 1906 (des märk. Katal.). Vgl. ebendort 1907, Nr. 364.

[4] Vgl. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 584, Nr. CXXIV.

[5] Brief vom 26. Dezember im Cod. 156, fol. 8—9 des Geheim. Hausarchives zu Wien. Übrigens ließ der Herzog in seinem Schreiben vom 1. Januar 1462 an Herzog Wilhelm von Sachsen (Müller, Reichstagstheatrum II. 85—89) bereits auch wieder seinem Unwillen gegen Markgraf Albrecht freien Lauf.

Des ansbacher Fürsten Empfindungen waren aber sehr gemischt und wechselnd. Erst freute ihn die Kunde. Er ließ den Frieden, wie die bayerische Meldung besagt, unter Glockengeläute ausrufen und feierlich das Te deum singen.[1] Oder war das nur Verstellung? Jedenfalls kamen ihm rasch Bedenken. Seine Angelegenheiten fügten sich allenthalben zum Besten. Er glaubte alles von der Wiedererneuerung des Krieges erwarten zu dürfen, und nun bot man ihm eine allseitige Waffenruhe an! Wie denn, wenn, was wohl mit größerer Wahrscheinlichkeit zu erwarten war, ihm der Tag zu Znaim keinen definitiven Frieden brachte? War er auch dann noch sicher, daß der Württemberger, der von Öttingen fest zu ihm standen, daß die Reichsstädte, die endlich jetzt auf dem letzten Tage zu Ulm (16. Dezember) erklärt hatten, unverweilt absagen und in den Krieg eintreten zu wollen, sich auch dann noch der Sache annehmen würden?[2] Sein Unwille richtete sich gegen den Kaiser und gegen die Räte desselben, welche sich zu Prag ohne seinen Willen dazu herbeigelassen hatten. Aber gebunden sah sich Albrecht keineswegs. Die kaiserlichen Bevollmächtigten hatten ihn zwar von Prag aus gebeten, die Abmachungen gutzuheißen, aber zugleich auch durch ihren Boten berichten lassen, der Markgraf möge sich benehmen nach seinem Willen, da der Kaiser Annahme und Ablehnung des Vertrages auf sein Gefallen setze; es sei ihnen dies ausdrücklich in ihrer Fertigung zum Tage befohlen.

Der Markgraf beschloß, die Sache mit Ulrich von Württemberg zu bereden, und schickte deshalb Dr. Jorg von Absberg nach Stuttgart, um ein Zusammentreffen der beiderseitigen Räte zu vereinbaren.[3] Zwei Tage später (am 23. Dez.) langten in Ansbach die Kopien der Vertragsbriefe und ein Brief König Georgs an, der dem Markgrafen bewies, daß dem Könige doch sehr an dem Stillstand gelegen sei. Mit Nachdruck wurde da hervorgehoben, daß den Frieden nicht annehmen so viel bedeute, als den König neuerdings auf die Seite des Bayernherzoges drängen; denn er müßte diesem dann ehrenhalber beistehen, während er jetzt mit seiner Zustimmung aus dem Kriege komme. Dies bestätigten auch andere Mel-

---

[1] Nach den weiter unten erwähnten Streitschriften vom Ende Januar 1462 ꝛc.

[2] Vgl. darüber die Schriftstücke bei Janssen, Frankf. Reichsk. II. 206—208, Nr. 328 und Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 92—93; fol. 93—96. Frankf. Arch., Kaiserbriefe 5, Nr. 113.

[3] Daß Absberg im ganzen dem Frieden ungünstige Mitteilungen zu machen hatte, seine Sendung also noch vor die Ankunft der böhmischen Boten fiel, zeigt das Schreiben Graf Ulrichs von Württemberg vom 30. Dezember. Vgl. v. Stockheim, Urk. und Beil. 603—604, Nr. CXXVIII. Stockheim hat hier wie gewöhnlich die Situation nicht überblickt.

dungen aus Böhmen, die Albrecht von befreundeter Seite wurden. Es schien doch gefährlich, „des Königes von Böhmen Siegel zu verachten, der nun mit Markgraf Friedrich und mit ihm nach ihrem Gefallen gerichtet sei".

Die Instruktion der ansbachischen Räte, die jetzt mit jenen Ulrichs von Württemberg zusammentrafen, trug deshalb ein milderes Gepräge.[1] Blieb der Böhmenkönig, so ließ der Markgraf auseinandersetzen, sein Gegner, so sei zu besorgen, daß es ihm heuer (1462) so gehe wie die beiden vorhergehenden Jahre. Wäre daher Aussicht, daß die Städte auch noch später in dem Kriege helfen würden und seien Württemberg und Öttingen dazu bereit, so dünke es ihm besser, den Frieden anzunehmen, was man ohnehin thun müßte, wenn die Bürgerschaften auch jetzt noch widerspenstig wären. Die Neutralität des Böhmenköniges sei an sich hochwichtig, sie mache aber auch Wilhelm von Sachsen und Ludwig von Hessen frei, und die Bischöfe blieben dann gleichfalls nicht zu fürchten.

Wirklich schickte Albrecht am 28. Dezember die Reisigen, die ihm Kurfürst Friedrich von Sachsen geliehen hatte, in ihre Heimat zurück, nicht ohne seinem Schwiegervater herzliche Worte des Dankes zu entbieten für den „väterlichen Beistand", durch den „wir unser Vaterland haben errettet und behalten".[2]

Aber Graf Ulrich war durchaus kriegerisch gesinnt. Schon war der Bund des Pfalzgrafen mit Diether von Isenburg allgemein bekannt. Der Pfalzgraf hatte damit seinen Waffen kein geringes Ziel gesetzt. Um so weniger glaubte der lauernde Württemberger als Hauptmann des Reiches zögern zu dürfen, gleichfalls im Mainzer Stiftskriege Partei zu ergreifen. So sagte er denn am 28. Dezember dem Pfalzgrafen und Herzog Otto von Neumarkt-Mosbach ab, weil sie ihn an der Erfüllung seiner Pflicht gegen das Reich gehindert hätten, und rüstete sofort im Vereine mit einer Anzahl Reichsstädte zu einem Einfalle in das gegnerische Gebiet.[3]

Dem Markgrafen aber setzte er auseinander: In den Frieden zu willigen, wäre schwer und verderblich aus vielen Gründen. Die Hauptsache

---

[1] Bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 600—602, Nr. CXXVII. als „Protestation des Markgrafen gegen den Prager Frieden" gedruckt! Die Räte kamen zu Graf Ulrich am 29. Dezember.

[2] Der Brief an den Kurfürsten bei Riedel, Codex diplomat. Brandenb. II. Abteil. 5, 67—68. Das unrichtige Datum hat schon Palacky, Gesch. v. Böhmen IV. 2, 199 richtig gestellt.

[3] v. Stockheim, Albrecht IV. 219.

sei, daß sie nun von der Gnade Gottes besser gerüstet seien, als die Gegner, und imstande, ihnen nicht bloß Widerstand, sondern auch Leid und Schaden zu thun. Nicht bloß die Reichsstädte, sondern auch Karl von Baden mit seinen Brüdern und ihr Anhang würden sich jetzt am Kriege beteiligen. Dem Böhmenkönige traue er nicht, nachdem er in den vergangenen Tagen, trotz seiner Einung mit Albrecht und seinen Brüdern, so an ihnen gehandelt; es sei ihm auch nur darum zu thun, sie um die günstige Gelegenheit zum Kampfe zu bringen. Der Graf erklärte, „er könne und wolle den Anstand oder Frieden nicht leiden“.[1] So hielt es auch Ulrich von Öttingen.[2] Ihre Entschiedenheit riß Markgraf Albrecht mit sich fort. Er entschloß sich, den Stillstand abzulehnen und schon am 3. Januar that er dem Kaiser entsprechende Meldung. Er könne sich nicht genugsam verwundern über das zu Prag Geschehene, schrieb er. Das Benehmen der kaiserlichen Räte beim Tage entspreche durchaus nicht der Instruktion, die ihm seine Gnade habe zusenden lassen; ein solcher Friede könne allein den Gegnern Förderung bringen. Albrecht bat den Kaiser, „zustundan und fast eilig den Fürsten und Städten ernstlich schreiben zu lassen, sie hätten seinen früheren Briefen ohne weiteres nachzukommen und sich an keinen Frieden und sonst an nichts Herzog Ludwig gegenüber zu kehren“.[3] Des Markgrafen gewandter Agent, der Kaplan Wenzel Reman, wurde überdies nach Graz geschickt.

Nun hatte der Kaiser am 20. Dezember, noch ehe er von dem Frieden wußte, neuerdings die Reichsstädte zum Kriege aufgemahnt.[4] Seine Befehle kamen erst um den 5. Januar ins Reich, und Albrecht konnte danach vorgeben, daß auch der Kaiser den Frieden nicht annehme.

Daß er dies selbst glaubte, ist freilich nicht wahrscheinlich. Er fand ja in dem Schreiben vom 20. Dezember keine Bemerkung über die Verwerfung des Friedens und den Frieden selbst. Im übrigen hatte sich der Markgraf die Sachlage sehr geschickt zurecht gelegt: Er war bereit,

---

[1] Der Brief Graf Ulrichs vom 30. Dezember bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 603—604, Nr. CXXVIII.

[2] Auf die Anfrage der bayrischen Pfleger, des Grafen Konrad von Helfenstein zu Graispach, und Jan Holubs von Stockach zu Mattighofen, antwortete er kurz (31. Dezember), ihm sei von einem Waffenstillstande nichts bekannt. Geh. Hausarchiv zu Wien, Cod. 156, fol. 5, 6, 7.

[3] Brief vom 3. Januar 1462 bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 605—606, Nr. CXXIX.

[4] Der kaiserliche Brief vom 20. Dezember erwähnt bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 617, Nr. CXXXIV. Vgl. den Brief vom 14. Dezember an die Frankfurter bei Janssen, Frankf. Reichsk. II. 200, Nr. 311.

den Frieden mit dem Könige, dann mit Bamberg und Würzburg zu halten, dagegen den Stillstand mit Ludwig von Bayern, weil es der Kaiser verbiete, abzuweisen. Dies meldete er nun auch Ludwig auf dessen Anfrage, indem er hervorhob, daß er, soweit es sich um ihn handle, gern die Prager Abmachungen gelten ließe.[1] Und ebenso schrieb er König Georg, er halte den Frieden mit den Bischöfen ihm zu Ehren, was aber den Landshuter Herzog betreffe, so sei ihm soeben der kaiserliche Befehl zugekommen, „den Krieg gegen seine und des Reiches Feinde, das nun Herzog Ludwig ist, zu üben".[2] Dem Herzoge hatte er überdies zu verstehen gegeben, daß er nur in den Frieden gegangen, weil er sich vor den Reichsstädten gefürchtet habe.[3]

König Georg hatte am 14. Januar seine Gesandtschaft nach Rom abgeordnet. Der Kaiser war gern bereit gewesen, sie durch einen eigenen Abgeordneten unterstützen zu lassen;[4] er hatte auch zugesagt, seine Ansprüche an Herzog Ludwig zu übermitteln, wozu letzterer gleichfalls erbötig war.[5] So empfand der König furchtbar hart den Schlag, den ihm der Markgraf mit seiner Absage versetzte. Aber umsonst versuchte er in Ansbach wie bei dem Kaiser durch Bitten, Vorstellungen, Drohungen die Annahme des Friedens zu erreichen. Ja auch nachdem Podiebrad auf dem Brüxer Tage (11.—17. Januar) dem Markgrafen Friedrich einen weiteren Waffenstillstand auf unbestimmte Dauer, jedoch gegen dreiwöchentliche Kündigung bewilligt hatte,[6] beharrte der Markgraf bei seiner Erklärung vom 12. Januar, und der Kaiser, durch vielfache übertriebene Meldungen aus dem Reiche über des Königes Umsturzgelüste bereits wieder mißtrauisch geworden,[7] pflichtete Albrecht von Brandenburg bei, und that ebenso nach Prag zu wissen, daß es ihm unthunlich erscheine, persönlich in Znaim zu tagen.[8] König Georg sah sich vor die Wahl gestellt, entweder auf

[1] Fontes rer. Austriac. XLII. 335, Nr. 247.

[2] Brief vom 12. Januar bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 607—608, Nr. CXXV.

[3] Fontes rer. Austriac. XLII. 335, Nr. 247.

[4] v. Stockheim, Urk. u. Beil. 617, Nr. CXXXIV.

[5] Die beiden Verzeichnisse bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 583, 585—587, Nr. CXXIV. (letzteres ohne Datum, ersteres (Herzog Ludwigs) vom 29. Dezember). Die Forderungen des Kaisers brachte wohl schon Jobst von Einsiedel mit nach Prag.

[6] „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen" 283—286. Die Akten zu dem Tage ebendort 323—335.

[7] Man vgl. den Brief Pappenheims vom 16. November bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 418—420, Nr. LXXVII[1], der offenbar bereits das Ausschreiben des Kaisers vom 20. Dezember veranlaßt hatte, dann vor allem Janssen, Frankf. Reichsk. II. 189—190, 197 a. a.

[8] Sein kurz abweisendes Schreiben an den König vom 9. Februar, das eines

sein mühevoll zustande gebrachtes Friedenswerk, dem ohnehin kein weiterer Erfolg in Preußen und anderswo sich an die Seite stellte, zu verzichten, und neuerdings nach seiner Bundespflicht an der Seite Herzog Ludwigs von Bayern in den Krieg einzutreten; — das ward ihm in dem Momente, in dem seine Bevollmächtigten am päpstlichen Hofe erscheinen sollten, sehr bitter; — oder er nahm die Interpretation an, die der Markgraf dem Frieden gab, und ließ ihn und den Kaiser gegen Herzog Ludwig gewähren. Dann wurde eben auch gekriegt und opferte er zudem noch die letzte der Verbindungen, die ihn mit den deutschen Fürstenhäusern seit 1459 verknüpft hatten, dann war er vollständig isoliert. Jetzt erntete der König die schlimme Saat, die seine rücksichtslos-egoistische Politik seit mehr denn Jahreslänge ausgestreut hatte. Es war für den ungestümen, heftigen Fürsten in solcher Zeit eine grausame Strafe. Aber ihm blieb zum Erwägen wenig Muße. In raschem Zuge drängten sich, trotz der Rauheit des Winters, die Ereignisse.

Die Reichshauptleute waren zu Beginn des neuen Feldzuges im Vorteile. Während der Kaiser den Antrag Erzbischof Burkards von Salzburg, mit Herzog Ludwig eine geforderte Verhandlung zu pflegen, ablehnte, da er notwendig erst des Markgrafen Meinung darüber einholen müßte,[1] während der von dem Herzoge nach Nürnberg einberufene wittelsbachische Bundestag infolge der begründeten Ablehnung des Pfalzgrafen, Herzog Ottos von Neumarkt und Bischof Georgs von Bamberg nicht zustande kam, und Ludwig so auf die eigenen Mittel angewiesen blieb, eröffnete Markgraf Albrecht bereits am 13. Januar mit den Grafen von Württemberg und Öttingen vereint den Krieg wieder, indem er bei Graisbach[2] in das Bayerische einbrach, mehrere Märkte und Dörfer eroberte und niederbrannte, die Einwohner gefangennahm, dann im Feindeslande sein Lager aufschlug.[3] Bei einem zweiten, größeren Zuge an der Donau hinab trat auch schon die Macht der Städte ein.

Auf dem Ulmer Tage (11. bis 16. Dezember) war man endlich, wie bereits bemerkt wurde, zu definitiven Abmachungen mit den oberdeutschen Kommunen, jedoch Nürnberg, Regensburg und einige kleinere ausgenom-

früheren (verlorenen) Schreibens ähnlichen Inhaltes Erwähnung thut, bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 616—618, Nr. CXXXIV.

[1] v. Stockheim, Albrecht IV. 215.

[2] Östlich von Donauwörth am linken Ufer der Donau.

[3] Vgl. den Brief Herzog Ludwigs an König Georg von Böhmen vom 17. Januar 1462 bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 609—611, Nr. CXXXI; auch Fontes rer. Austriac. XLII. 335, Nr. 247, wo der Markgraf die Absicht ausspricht, zunächst „etlich kuwe zu holen". — Vgl. das Ausschreiben Herzog Ludwigs gegen den Markgrafen vom 21. Januar bei Müller, Reichstagstheatrum II. 96—97.

men, gelangt,[1] nachdem der Kaiser bereits eine Reihe derselben, darunter Nürnberg, Augsburg, Ulm, Weißenburg, wegen ihres Ungehorsams als in die Pönen des Reiches verfallen erklärt, und dem Fiskal befohlen hatte, gegen sie im Rechtswege voranzugehen.[2] Der Markgraf und Ulrich von Württemberg sicherten den Städten insgesamt und jeder besonders zu, ihnen auch ihrerseits mit ganzer Macht beizustehen, und ihnen vor allem im Falle der Belagerung Entsatz bringen zu wollen, ohne sie keinen Vertrag mit den Feinden einzugehen, und falls eine Stadt wirklich den Gegnern in die Hände fallen sollte, ihr spätestens beim Friedensschlusse zur Reichsfreiheit wieder zu verhelfen. Städte und Schlösser, die erobert würden, sollten jenen gehören, die sie eingenommen hätten; wegen Schäden, die von den städtischen Aufgeboten im Laufe des Krieges der Gegenpartei zugefügt würden, dürfen sie in keiner Weise von dem kaiserlichen Fiskal belangt werden; der Kaiser verbleibt den Städten ihr gnädiger Herr und Schirmer.[3] Dafür verpflichteten sich die Kommunen, schon jetzt ihre Fehdebriefe den Hauptleuten des Reiches zu überantworten, die sie dann am Neujahrstage an Herzog Ludwig schicken sollten.[1] In der That hatten dem Markgrafen von den 42 Reichsstädten,[3] „die in des Kaisers Hilfe getreten waren", bis Mitte Januar 31 ihre Feindsbriefe gegen den Bayerherzog zustellen lassen.[5] Außerdem waren noch die Grafen Hans von Wertheim und Kraft von Hohenlohe und eine Anzahl Ritter zur Absage entschlossen.[6]

Nochmals trafen die Städteboten, nachdem der Markgraf durch seine Räte mit den Kommunen in den ersten Tagen des neuen Jahres verhandelt und sie mit Mühe bewogen hatte, an den vorigen Beschlüssen

[1] Der Abschied des Tages im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.) Nr. 310. Vgl. ebendort Rothenb. Chron. fol. 97—99. Das Datum ist vom 21. Dezember.

[2] Vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 221.

[3] Die Verschreibung der Reichsfeldherren für die Frankfurter bei Janssen, Frankf. Reichsk. II. 206—208, Nr. 328 (erst vom 31. März datiert). Kopie der vom 16. Dezember datierten Briefe für die übrigen Städte im Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 92—93. Vgl. Frankf. Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 113. Die Zusage an die Rothenburger vom 4. Januar 1462, Rothenb. Chron. fol. 100—103. Zu gleicher Zeit fanden in Ulm Verhandlungen über die Errichtung eines engeren Bundes zwischen den Städten nach Art „der alten Vereinigung" statt, über welche die Roth. Chron. fol. 93—96 einen unvollständigen Bericht enthält.

[4] Fontes rer. Austriac. XLII. 335, Nr. 247.

[5] Brief des Herzoges vom 17. Januar an König Georg von Böhmen bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 609—611, Nr. CXXXI.

[6] Ebendort 609.

festzuhalten,[1] zu sorgfältiger Vereinbarung über alle Punkte mit den Gesandten der kaiserlichen Hauptleute in Ulm zusammen.[2] Hier verständigte man sich nach dreitägiger Beratung (18. bis 20. Januar) dahin, Herzog Ludwig als Feind des Reiches sofort den Krieg zu erklären, und zwar sollten die Fürsten für sich selbst absagen, und im Namen der Reichsstädte die Boten von Augsburg, Ulm, Eßlingen und Reutlingen die Fehdebriefe überbringen.[3] So geschah es auch. Obwohl noch am 23. zu Augsburg der Versuch gemacht wurde, im letzten Augenblicke eine friedliche Vereinbarung zwischen den Parteien zu erzielen, und obwohl die Städter selbst jetzt die bisherige Bedächtigkeit darin bewiesen, daß sie die Anberaumung eines neuen Tages nach Ulm auf den 6. Februar durchsetzten, wo über das Detail der Kriegführung beraten werden sollte, so war doch bis zum 24. Januar die Kriegserklärung seitens der Reichsfeldherren und von 30 Reichsstädten und anderen Helfern erfolgt,[4] und hatte am 24. Januar der Bayerherzog die Absage erwidert. Auch jetzt verkündete Ludwig, obwohl er des Kaisers und des Reiches Feind nicht sei, so wolle er doch, da man ihm abgesagt habe, sich mit den Seinen auf das nachdrücklichste verteidigen und hiermit seine Ehre gegen jedermann bewahrt haben.[5] Da der Herzog aber auf den Angriff der Gegner noch

---

[1] Bericht der Räte an den Markgrafen vom 3. Januar im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Kat.), Nr. 292: „Der furgenomen fribe hat vns groß irrung vnd hindernis gebracht, daß wir biß heut nit konnten antwort von den steten erlangen." Der Ort der Verhandlung scheint wieder Ulm gewesen zu sein.

[2] Burkard Zinks Augsburger Chronik, Städtechroniken V. 247. Brief der Ulmer an die Frankfurter vom 6. Januar 1462 im Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 89.

[3] Burkard Zink, Städtechroniken V. 247—248; und 247, Anm. 1. Müller, Reichstagstheatrum II. 104. Der Abschied des Tages im Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 104—105; fol. 109. „Anslег zu Ulm" ꝛc. ebendort fol. 113.

[4] Müller, Reichstagstheatrum II. 96. Geheimes Hausarchiv in Wien, Cod. 165, fol. 10—11. Die Absage der Augsburger ebendort Cod. 158, fol. 11 und bei Burkard Zink 248, Anm. 1. Feindsbrief der Eßlinger bei Datt, De pace imperii publica 113; der Frankfurter im Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 110 (Originalpare) und 113 (Kopie). Vgl. auch Höfler, Einleitung zu Ludwig von Eybs Denkwürdigkeiten 89—90. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 612, Nr. CXXXII. (Brief Herzog Ludwigs an König Georg von Böhmen vom 24. Januar).

[5] S. Birken, Spiegel der Ehren des Erzhauses Österreich 674, dem Müller, Reichstagstheatrum II. 104 richtige und unrichtige Daten entnimmt. Vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 226. Kopie auch im Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 109—110. Der neuerliche Fehdebrief des Markgrafen vom 24. Januar, aus Gunzenhausen datiert, im Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 110—111. In der nächsten Zeit regnete es Fehdebriefe nach beiden Seiten; es finden sich Absagen der bayrischen Helfer im

nicht gefaßt war, so mußte er in Ingolstadt unthätig zusehen, wie der Markgraf in jenem zweiten Verstoße Ende Januar sein Gebiet bis auf das Südufer der Donau heimsuchte. Doch nötigten die schwere Kälte und der entschlossene Widerstand, zu dem sich die bayerische Ritterschaft unter der Führung des Tessares von Frauenhofen zusammenthat, die Verbündeten bald wieder zum Rückzuge[1] bis auf 2—3 Meilen vom eigenen Gebiete.[2] Hier erwarteten sie weiteren Zuzug der städtischen Kontingente.

Zu Ulm wurde am 7. Februar, auf welchen Tag die Verhandlung verschoben worden war,[3] beschlossen, daß die Aufgebote von Augsburg, Nördlingen, Rothenburg, Hall, Dinkelsbühl, Schweinfurt und Donauwörth am 21. Februar sich bei Donauwörth versammeln sollten, um sich dann mit dem Heere des Markgrafen zu vereinigen. Andererseits erreichte Graf Ulrich durch den Hinweis darauf, daß er wegen des Krieges im Mainzischen seine eigenen Streitkräfte teilen müsse, daß die Mannschaften von Ulm und aller übrigen Städte ihm zugewiesen wurden. Die städtischen Truppen sollten soweit mit Lebensmitteln versehen sein, daß sie vierzehn Tage im Felde auszuharren vermochten.[4] Wohlgemut fanden sich darauf Markgraf Albrecht von Brandenburg, Markgraf Karl von Baden und Graf Ulrich in Eßlingen ein. Sie hatten erreicht, daß der Kaiser ihnen als seinen Hauptleuten gegen Bayern für die Führung des Krieges den goldenen Opferpfennig der Juden überwies,[5] und speciell

---

Bamb. Archive vom 23., 24., 25., 30. Januar, 3., 6., 13. Februar, 11., 12., 18. März (Nr. 53, 55, 81, 91, 93, 95, 96, 97, 98, 99, 111, 112, 114, 168, 171, 178, 181 u. s. w.) unter 1907 (des märk. Katal.). Vgl. auch Inner. Gew. III. Kast. 28.

[1] Auf die Quelle (Veit Arnpeck bei Pez, Scriptor. rer. Austriac. III. 404) verweist schon Kluckhohn, Herzog Ludwig 208, ohne aber zwischen den zwei Streifzügen des Markgrafen im Januar 1462 zu unterscheiden.

[2] v. Stockheim, Urk. und Beil. 612, Nr. CXXII.

[3] Schreiben der Ulmer an die von Dinkelsbühl im Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 119—120.

[4] Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 111—114: „Vnd abscheide zu Vlme daruff gefatzt ut sequitur" (vom 11. Februar). Es wurde zugleich die Einsetzung einer Art ständigen Kriegsrates zu Ulm, auf dem alle Städte vertreten sein sollten, beschlossen, und von den Hauptleuten auf das genaueste bestimmt, wie die Kontingente der Städte ausgerüstet sein sollten. Man vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 226—227, 232, doch ist die Darstellung wie so oft ganz confus und unbrauchbar.

[5] Fontes rer. Austriac. XLII. 336, Nr. 247: Nota. Der keiser hat auch dem marcgraven alle gult, die die richstete einem Romischen konig reichen sullen, vor eym jar verseſſen vnd hewr fellig, darzu auch alle juden, sin camerschriber, gebin; das meynt er zubringen vf XXX[r] gulden vnd aber ein ziet mit kriegen.

dem Markgrafen gestattete, von den Reichsstädten die seit Martini 1461 fälligen Reichssteuern für das laufende Jahr einzunehmen.[1] Jetzt schlossen sie in der frohen Voraussicht eines erfolgreichen Feldzuges am 14. Februar ein neues enges Bündnis miteinander. Da der heilige Vater, Papst Pius II., seine Prozesse gegen Herzog Ludwig von Nieder- und Oberbayern habe ausgehen lassen, da der Kaiser sie gegen ihn und seine Helfer zu Feldhauptleuten ernannt, so wollten sie auch darin getreulich zusammenstehen und keiner ohne die anderen mit den Gegnern einen Frieden aufnehmen. Aber auch sonst wollten sie „ihr Lebtage aus bei einander also sitzen", daß keiner des anderen Feind werde, und würden Erzherzog Albrecht von Österreich oder Herzog Sigmund von Tirol, Bischof Johann von Würzburg, Bischof Georg von Bamberg, Pfalzgraf Friedrich, Herzog Ludwig von Bayern einen von ihnen angreifen, so wollten sie einträchtig den Krieg gegen den oder die Angreifer aufnehmen. Dieser Bund wird binnen Jahresfrist erneuert.[2]

Es läßt sich begreifen, daß gerade an diesem Tage der Markgraf auf Herzog Ludwigs letztes scharfes Ausschreiben gegen ihn vom 5. Februar[3] vollwichtige Antwort gab.[4] Seine Sache schien ja nach allen Seiten auf das beste bestellt, und wenn es wahr ist, daß in jenen Tagen neuerdings aus Böhmen dem Markgrafen Erbietungen zukamen, welche der Geneigtheit so mancher Barone, gegen den eigenen Herrn Waffendienste zu thun, nicht bezweifeln ließen,[5] so wird klar, weshalb bei dem Markgrafen kein Bangen betreffs der weiteren Haltung des Böhmenköniges aufkommen konnte. Jetzt war seine einzige Sorge, die Mittel, welche er für den Krieg verfügbar hatte, aufs äußerste auszunützen, vor allem den Kaiser zur Ausdauer anzuspornen. Das that er in seiner Art

---

[1] Vgl. noch den Brief der Frankfurter an Markgraf Albrecht vom 5. Februar mit der Meldung, sie hätten bereits mittelst Wechsel die Steuersumme an des Kaisers Kammer angewiesen, wollten aber sorgen, daß am richtigen Termine (7. März) das Geld an ihn in Nürnberg ausgezahlt werde. Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe 5, Nr. 95. Vgl. Gemeiner, Regensburg. Chron., 4 Bände, Regensburg 1800—1824, III. 354, und Anm. 653.

[2] Der Vertrag bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 621—622, Nr. CXXXVI.

[3] Müller, Reichstagstheatrum II. 100—101.

[4] Ebendort 101—104; auch die lange Reihe der sonstigen Streitschriften der beiden Parteien ist hier abgedruckt. Vgl. die Origin. teilweise im Bamb. Arch. 1906 (des märk. Katal.).

[5] Fontes rer. Austriac. XX. 263, Nr. 268. Es ist mir kaum zweifelhaft, daß das von Palacky-Burckhardt in den Januar 1462 gestellte Schriftstück nicht wirklich hierher, sondern in den Sommer 1461 gehört. Die Nachricht steht für diese Zeit ganz isoliert.

in einem eingehenden Berichte vom 24. Februar über den gegenwärtigen Stand der Dinge und die eben errungenen Erfolge, und wohl mochte es nach den Erfahrungen der Vorjahre das Selbstgefühl des Kaisers neu beleben, wenn der Markgraf schrieb: „Euer Gnaden habe keine Sorge, daß sich irgend ein Mensch ohne Euch richten lasse; — denn die Eueren sind alle erquickt und haben die Häupter hoch auf; wir sterben alle bei Euer Gnaden als Biederleute".[1]

Neuntes Kapitel.

Letzte Vermittlungsversuche des Böhmenköniges im Reiche. Der Fürstentag zu Budweis. Die böhmische Obedienzgesandtschaft vor Papst Pius II.

Herzog Ludwigs Kriegslust war im neuen Jahre noch geringer als im Oktober des Vorjahres. Seine Geldmittel waren durch die letzten Feldzüge erschöpft, schon begann auch er in kleinen Summen zu borgen.[2] Der Kreis verbündeter Fürsten, die helfen konnten, war enger geworden. Kein Wunder, daß er, trotz aller Beschwerden und Klagen, die über die Gegner dem Böhmenkönige zugingen, fast bis zum Austausche der Fehdebriefe auf die Gültigkeit des Prager Stillstandes rechnete und immer wieder dafür des Königes Thätigkeit und Fürwort bei dem Kaiser und dem Markgrafen in Anspruch nahm.

Als aber die Würfel gefallen waren, schritt Herzog Ludwig mit Eifer an die Zurüstungen zur Abwehr. Ein allgemeines Aufgebot erging durch das niederbayerische Fürstentum. In den Gerichten hielten die Amtleute und Pfleger Heerschau über alle, welche die Waffen führen konnten.[3] Des Herzoges Räte und diplomatischen Agenten waren geschäftig, auch die befreundeten Fürsten zu energischen Anstrengungen zu vermögen. Der Erfolg dieser Bemühungen war aber gering. Während auf den Pfalzgrafen und die beiden Habsburger von vornherein nicht zu

[1] Brief vom 24. Februar aus dem Heerlager bei Monheim in den Fontes rer. Austriac. XX. 264, Nr. 270.

[2] Gemeiner, Regensburg. Chron. III. 353. Vgl. auch Kluckhohn, Ludwig der Reiche 213.

[3] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 209.

rechnen war,[1] während Bischof Georg von Bamberg all sein Streben darauf richtete, den Zwernitzer Vertrag, den die Markgrafen noch nicht untersiegelt hatten, perfekt zu machen,[2] zögerten jetzt sogar auch Otto von Mosbach und Johann von Würzburg mit ihren Hilfezusagen. Jener, dessen Macht ohnehin gering war, wurde vom Kaiser im Namen des Reiches mit neuen Geboten bedrängt.[3] Johann von Würzburg sah sich infolge der Haltung des Bambergers und des Pfalzgrafen im Norden isoliert und zudem einem neuen Gegner, dem heimgekehrten, energischen Wilhelm von Sachsen-Thüringen, gegenüber.[4] Noch weniger konnte Herzog Ludwig hoffen, anderweitig Bündner zu gewinnen. Die Vettern von München, gleichfalls neuerdings vom Kaiser zum Zuzuge ins Reichsheer aufgemahnt,[5] wiesen des Herzoges Ersuchen, ihm wenigstens gegen die Grafen von Öttingen und Tierstein mit einer Anzahl Reisiger und Schützen auszuhelfen, rundweg ab, „nachdem die Kriegsläufe noch nicht geschieden oder gesondert seien".[6] Sie erboten sich eben nur wieder zu vermitteln, und wandten sich wirklich deswegen direkt an den König von Böhmen.[7] Auf diesen eben setzte aber der Landshuter Herzog für den Krieg alle Hoff-

[1] Albrecht von Österreich hatte selbst, weil die Kaiserlichen gegen die von ihm in Niederösterreich besetzten Plätze den Krieg wiederbegannen, Ende Dezember von Herzog Ludwig eine Zusammenkunft in Wasserburg begehrt und als ihn dafür Ludwig (für den 12. Januar) nach Nürnberg lud, geradezu am 2. Januar von ihm Hilfe verlangt. Der Brief vom 2. Januar im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 312. Vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 228, Anm. 1.

[2] Die ganze Reihe der darauf bezüglichen Korrespondenzen zwischen Bischof Georg und Markgraf Albrecht, diesem mit seinem Bruder, dem Kurfürsten, zwischen Claus von Giech, dann dem Bamberger Domdechant Hertnid vom Stein im Bamb. Arch. III. Kast. 28 und Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 9132.

[3] Schreiben des Kaisers an den Herzog vom 18. Februar im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 436. Vgl. auch die Meldung Herzog Ludwigs nach Prag bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 609—611, Nr. CXXXI, vom 17. Januar, so daß also jener Aufforderung eine ähnliche vorausgegangen war.

[4] Er stand übrigens neuerdings, unter der Vermittlung der fränkischen Ritterschaft, in Verhandlungen mit Markgraf Albrecht. Vgl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 9132, fol. 80: „Vnnser, marggraff Albrechts, erbietung gen dem bischoff von Wurczpurg der ritterschaft zu eren vnd gefallen." Aus dem Januar 1462.

[5] Vergl. die Werbung Parcival Eichbergers bei König Georg von Böhmen. v. Stockheim, Urk. und Beil. 630—632, Nr. CXL (das Stück gehört auf den 19.—24. März 1462).

[6] v. Stockheim, Albrecht IV. 228.

[7] Am 29. Januar 1462 mit einem Hinweise auf die Verheerungen, die der Krieg bereits angerichtet habe, und der Mitteilung, daß Herzog Johann sich jetzt zu Lichtmeß persönlich zu Markgraf Albrecht nach Ulm begeben wolle. Vgl. Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 304.

nung, nicht bloß, weil die Macht Böhmens jene aller Fürstentümer des Reiches gar sehr übertraf, sondern auch weil die Verpflichtung des Königes, Bayern zu helfen, ganz unzweifelhaft war.

Aber noch war der König weit entfernt, an die Eröffnung des Krieges zu denken. Sein ganzes Sinnen und Trachten ging dahin, den Prager Stillstand zu einem wirklichen Frieden gedeihen zu lassen, Kaiser und Markgraf dafür zu gewinnen. So ernstlich aber der König mahnte und auf die neue Kriegsgefahr hinwies, so sehr sich Markgraf Albrecht sagen mußte, daß neue Weiterungen mit Böhmen auch den Krieg in der Mark wieder entzünden müßten: er ließ sich von seinem Entschlusse, zu kriegen, nicht abbringen. Sein Schreiben an den König vom 27. Januar diente lediglich dem Zwecke, seine Handlungsweise als rechtlich wohlbegründet darzustellen: Der Waffenstillstand hätte ihm schweren Schaden bringen müssen, weshalb er auch den Kaiser schon vor den Verhandlungen zu Prag dringend ersucht habe, in eine einstweilige Richtung nicht zu willigen; niemand habe von ihm in Prag irgend welche Vollmacht gehabt, er sei daher auch zu nichts verpflichtet; glaube der König aber trotzdem, daß er sich mit Recht über ihn beklagen könne, so wolle er sich deswegen gern vor dem Papste, vor dem Kaiser oder dem Kollegium der Kurfürsten verantworten.[1] Aber diese Erklärungen schienen noch nicht deutlich genug. König Georg wollte selbst jetzt nicht glauben, seine Friedensarbeit sei umsonst gewesen, ja er meinte immer noch, er brauche bloß dem Markgrafen, der es eben darauf ankommen lasse, jeden Zweifel zu benehmen, daß demnächst, im Falle der Friede abgeschlagen werde, wieder neben den Bayern böhmische Heere gegen ihn im Felde erscheinen würden, und er werde sich alsbald vor seinem Willen beugen.[2] Aber der König harrte diesmal lange vergebens auf Antwort. Erst als er, um die Mitte Februar,[3] neuerdings nach Ansbach hatte schreiben lassen, wie ihm so sehr viel an der „Richtigung" gelegen sei, da kam ihm, gegeben am 22. Februar im Heerlager vor Truhendingen, ein Brief des Markgrafen zu, dessen Ausführungen nicht länger mißzuverstehen waren. „Wolle der König", so schrieb Albrecht kurz und derb, „wirklich den Frieden haben, so müsse er einen „gütlichen"

[1] Brief des Markgrafen an den König aus Truhendingen vom 27. Januar 1462 im Münchener Allgem. Reichsarchive; vergl. v. Stockheim, Albrecht IV. 231, und Anm. 1.

[2] Brief des Königes an den Markgrafen vom 27. Januar, vom selben Tage oder früher, als er den Brief Herzog Ludwigs von Landshut vom 24. Januar erhielt, v. Stockheim, Albrecht IV. 229, und Anm. 2.

[3] Der Markgraf erhielt den Brief am 22. Februar; s. dessen Beantwortung.

Tag, am besten in eine Reichsstadt, die noch nicht abgesagt habe, hinauf ins Reich anberaumen, wohin der Kaiser, er selbst, die Kurfürsten und die anderen reichsunmittelbaren Stände sicher zu kommen vermöchten. Es sei aber dafür zu sorgen, daß dies den kaiserlichen Hauptleuten mindestens einen Monat zuvor verkündigt werde. Wüßten dann des Kaisers Gegner nach Billigkeit und ohne Hochmut sich zu benehmen, so möge man etwas ausrichten; ohne dies schaffe man nichts. Herzog Ludwig von Bayern müsse reden, was die kaiserliche Majestät und andere gern hören, oder er möge sich ihrer aller erwehren. Das sei zwar nur seine persönliche Meinung, aber auch die Dinge im Reiche seien jetzt bei Fürsten und Städten nicht danach angethan, daß man Krieg oder Frieden haben wolle, wenn Meister Martin[1] dies wünsche, oder daß sie in ihrer aller Briefe setzen lassen, was er in seinen Büchern lese".[2]

Des Königes Antwort auf diesen Brief war am 5. März von Budweis aus seine Absage an Albrecht von Brandenburg,[3] und seine Drohung an die Reichsstädte, im Falle von ihrer Seite auf Bayern ein Angriff geschehen würde, ihr Feind werden zu wollen.[4] Natürlich waren bereits Abmachungen zwischen dem Könige und dem Landshuter Herzoge vorangegangen.

Ludwig hatte erst (um den 10. Januar) seinen Rat Dr. Friedrich Mauerkircher nach Prag geschickt, den König von den ungünstigen Aussichten auf Erhaltung des Friedens zu unterrichten, für alle Fälle ein gemeinsames Vorangehen zu vereinbaren.[5] Der Herzog mußte dann bereits am 17. Januar weiter melden, daß die Absage des Markgrafen und der kaiserlichen Städte, des von Wertheim, Hohenlohe u. s. w. im Laufe der nächsten Woche zu erwarten sei und der Feind ihm bereits verheerend im Lande liege. Er teilte dann am 24. Januar nach Prag mit, die

[1] Mair.

[2] Das Schreiben findet sich in doppelter Fassung, in einer kürzeren, schärferen, die v. Stockheim, Urk. und Beil. 619—620, Nr. CXXXV giebt, und einer ausführlicheren, die sich im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 227 findet. Nach Böhmen ging wohl das erstere; vielleicht ließ ihm aber der Markgraf auch das zweite, das nochmals eine eingehende Rechtfertigung seines Verhaltens enthält, folgen.

[3] Bei Chmel, Reg. II. Anhang CXLIII—CXLVI, als Beilage a und b zu des Markgrafen Brief vom 16. März an den Kaiser findet sich des Königes Absage an Albrecht und die Stadt Ulm.

[4] Kopie in der Rothenb. Chronik fol. 115—116 des Bamb. Archives.

[5] Nach dem Briefe Ludwigs vom 17. Januar, der bezeugt, daß Mauerkircher abgegangen, aber noch nicht zurückgekehrt war: „Als dann der Ersam Vnnser Rat vnd lieber getrüer Maister Fridrich Mawrkircher, doctor, ewr koniglichenn wirde, als wir vns versehen, nu wol erczelt hat." v. Stockheim a. a. O.

Kriegserklärungen seien erfolgt, auch er stehe bereits im Felde. Sein Ersuchen an den König ging dahin, da nun wohl aus dem Tage zu Znaim nichts werde, eine persönliche Zusammenkunft nach Budweis zu bewilligen, wohin er auch Erzherzog Albrecht von Österreich mitbringen werde. Den Termin möge der König kurzweg bestimmen.[1] Darauf sandte der Herzog, als die Zustimmung eingelangt war, den Dr. Mauerkircher zum zweitenmale nach Prag, um das nähere bezüglich des Budweiser Tages zu bereden. Er wurde für den Anfang März angesetzt. Der König sprach zugleich den Wunsch aus, dort mit Herzog Otto von Neumarkt, mit dem er in Verhandlungen stand der böhmischen Lehenschaften in der Oberpfalz wegen, gleichfalls zusammenzutreffen.

In der That war der Konvent von Znaim definitiv fallen gelassen, trotzdem noch zuletzt der Kaiser versprochen hatte, seine Räte dahin zu schicken, und auch schon die Instruktion für diese bereit lag.[2]

Auch des Kaisers Haltung ist nicht ohne Interesse. Es ist unverkennbar, daß Friedrich III. bei der gefahrvollen Lage der Dinge in Österreich eine Erneuerung des Konfliktes mit dem Könige von Böhmen scheute. Darum hatte er, als die Nichtannahme der Verträge seitens seiner Hauptleute entschieden war, nicht bloß beim Könige sich entschuldigt, sondern auch den Rohrbacher und Mühlfelder, weil sie in Prag ihre Vollmachten überschritten hätten, gefangen gesetzt,[3] ohne freilich ihnen ernstlich gram zu sein.[4] Auch jetzt, als Georg Podiebrad den Tag von Znaim kurz abschrieb, da ihm, weil der Kaiser selbst nicht kommen wolle, mit dessen Räten nicht gedient sei, und zugleich, der Sache Herzog Ludwigs von Bayern sich mit Wärme annehmend, offen darauf hinwies, daß es ihm schwer fallen dürfte, bei Wiedererneuerung des Krieges einen so treuen Freund in seiner Bedrängnis zu verlassen,[5] antwortete der Kaiser ohne Schärfe, ja freundlich, indem er bloß in neuen Klagen über seinen Bruder, den Erzherzog, und über Ludwig von Landshut sich erging, die lange genug ihren Mutwillen an ihm geübt hätten. Der Bitte des Königes gegenüber, es möchte der Kaiser auf dem Markgrafen im Sinne eines friedlichen Ausgleiches auf Grund der Prager Richtung einwirken, ward

---

[1] Aus Ingolstadt bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 612—613, Nr. CXXXII.

[2] „Instruccion auf die senndbotten zum tag gen Cznaym." Graz am 27. Januar. Kopie im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Kat.), Nr. 165.

[3] Fontes rer. Austriac. XLII. 335, Nr. 247, a. a.

[4] Um dieselbe Zeit ist der von Rorbach erst recht des Kaisers Vertrauensmann auch in den österreich. Angelegenheiten; s. u.

[5] v. Stockheim, Albrecht IV. 231, Anm. 1 („Freitag vor sant Vinzenzentag").

aber klug ausweichend mit gutem Bedachte die Bemerkung beigefügt, „der Kaiser habe eben jetzt seine Gesandtschaft nach des Königes Begehren mit dessen Räten und Boten zu dem heiligen Vater nach Rom entsendet".[1] Das war es auch, was den König zwang, sich die kaiserliche Weigerung ohne weiteres gefallen zu lassen.

Der Tag zu Budweis erhielt ganz unerwartet ein freundlicheres Gepräge durch die Anwesenheit eines päpstlichen Legaten, des Erzbischofes von Kreta, Hieronymus Landus, und dessen pacifikatorische Thätigkeit. Landus war es, den Papst Pius II. schon im November 1461 in besonderer Mission an Kaiser Friedrich, die Könige von Ungarn, Polen und Böhmen zu entsenden entschlossen war, um allenthalben für friedliche Einigung einzutreten.[2] Wahrscheinlich hat dann die Ankündigung des Prager Friedenstages, die wohl der böhmische Specialgesandte in Rom, Marini, entsprechend zu verwerten wußte, den heiligen Vater bestimmt, seinen Legaten bis zum 23. Dezember zurückzuhalten.[3] Der Kaiser, an den sich Hieronymus zunächst wandte, versicherte seine Bereitwilligkeit, in einen Frieden zu willigen, den er ehrenhalber annehmen könne;[4] er schob alle Schuld an den jetzigen Wirren und Kämpfen seinen Gegnern zu. Deshalb erhob sich der Erzbischof nach vierzehntägigem Aufenthalte in Graz, um diese zu besuchen,[5] und es war ihm sehr willkommen, als er, am

[1] Brief des Kaisers an den König vom 9. Februar bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 616—618, Nr. CXXXIV.

[2] Nach Dubravius, Histor. Bohem. (Frankfurt 1687) 773—774 hätte der Erzbischof auch die Mission gehabt, zu der Beseitigung aller der Union in Böhmen entgegenstehenden Hindernisse die Hand zu bieten. Doch ist dies wohl nur eigene Kombination, oder besser Vermengung mit des Erzbischofes Sendung i. J. 1459—1460. Seine Instruktion vom 1. Dezember 1461 erwähnt bei Klose, Dokumentierte Geschichte und Beschreibungen von Breslau III. 1. (Breslau 1782) 129—130. Vgl. Script. rer. Silesiac. VIII. 68—69, Nr. 67. Brief des Erzbischofes nach Breslau vom selben Tage.

[3] Markgraf, Verhältnis König Georgs von Böhmen zu Papst Pius II. 1458—1462, 25, Anm. 2. Das dort erwähnte Schreiben des Erzbischofes vom 14. Dezember und Joh. Kitzings Bericht nach Breslau vom 24. Dezember sind jetzt gedruckt in der Polit. Korrespond. 1454—1463, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 68—70, Nr. 67 und 68. Vgl. Font. rer. Austriac. XX. 266, Nr. 273: Als wir nu nechst (erzählt Herzog Ludwig von Bayern) bei dem könig zum Budweis gewest sind, da ist ein bepstlicher legat daselbst auch erschinen vnd hat offenlich gesagt, dass ihm vnser heil. vater der babst befohlen hab getreuen Fleiss fürzukeren, damit die krieg zwischen vns vnd vnserm widertheil hingelegt vnd fride vnd einigkeit gemacht würde.

[4] Fontes rer. Austriac. XX. 266, Nr. 273.

[5] Vgl. des Erzbischofes Brief an die Breslauer vom 20. Februar 1462 in den Scriptor. rer. Silesaic. VIII. 75, Nr. 73.

16. Februar bei Erzherzog Albrecht in Linz angelangt, von diesem erfuhr, die Fürsten seiner Partei würden demnächst in Budweis zusammentreffen. Das schien ihm die günstige Gelegenheit, seine Friedensmission rasch vorwärts zu bringen. Am 17. Februar kündigte er dem Könige von Böhmen an, daß auch er an der Budweiser Zusammenkunft teilnehmen werde.[1]

Von neuem begann der König zu hoffen, da auch die Münchener Herzoge, durch die eigene unangenehme Lage gedrängt, ebenso entschieden für den Ausgleich der Parteien im Süden des Reiches eintraten, wie die Herren von Sachsen alles aufboten, den Wiederausbruch des Krieges in den Marken zu hindern. Jene hatten sich, während ihre Boten in Prag für den Frieden warben, gegen Ende Januar persönlich zu Markgraf Albrecht nach Ulm und zu ihrem Landshuter Vetter ins Rainer Heerlager begeben.[2] Als dann Herzog Sigmund im Februar nach Graz zum Kaiser ging, um die Lehen zu empfangen, bot er durch seine Räte Frauenkircher und Rößler dem vorsichtigen Ludwig nochmals die nachdrücklichste Fürsprache bei dem Kaiser an.[3] Es kam dazu, daß der päpstliche Legat, Podiebrad von seiner Breslauer Gesandtschaft 1459—1460 bekannt und befreundet und von ihm in Budweis geziemend begrüßt, auch seinerseits hier dem Könige mit dem alten Vertrauen entgegenkam, und nicht bloß für die Befriedung des Reiches, sondern auch für die Beilegung des Kampfes zwischen Polen und den Deutschherren, den lebhaftesten Eifer zeigte.[4] Natürlich traf er da mit den Wünschen des Böhmen zusammen.

Die Budweiser Verhandlungen, zu denen König Georg mit seiner Gemahlin Johanna gekommen war, während Bischof Protas von Olmütz und der Propst Johann von Rabenstein, zwei Katholiken, als die vornehmsten seiner Räte, bezeichnet werden,[5] waren der Verabredung gemäß außerdem besucht von den Herzogen Ludwig und Otto von Bayern, dem Erzherzoge Albrecht von Österreich und von Räten des Bischofes Johann von Würzburg.[6]

---

[1] Schreiben vom 17. Februar aus Linz in den Fontes rer. Austriac. XX. 263—264, Nr. 269.

[2] S. o. Vgl. auch Burkard Zink, Augsburger Chronik in den „Deutschen Städtechroniken" V. 24.

[3] v. Stockheim, Albrecht IV. von Bayern 230—231. Über die Belehnung erfahren wir jetzt nichts weiter. Vgl. aber Chmel, Reg. II. 424, Nr. 4157.

[4] Bericht eines Breslauers vom polnischen Hofe in den Scriptor. rer. Silesiac. 79—82, Nr. 77. Derselbe ist vom 24. März.

[5] Brief Nicolaus Merbots aus Breslau an den dortigen Ratsfreund Valentin Haunold, Budweis am 20. Februar, in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 75, Nr. 73.

[6] Ergiebt sich aus den weiter zu erwähnenden Aktenstücken.

Nach dem Stande der Dinge fanden neben den öffentlichen Beratungen, bei denen es sich unter der Vermittelung des Legaten um die Gewinnung von Grundlagen für eine allgemeine Pacifikation im Deutschen Reiche handelte, auch geheime Beredungen mit Ausschließung des Erzbischofes[1] statt, deren Zweck war, die Verpflichtungen der verbündeten Fürsten gegen einander festzustellen, falls der neubegonnene Krieg fortdauern sollte. Zur Freude des Legaten und des Königes brachte in diesen Tagen eine böhmische Gesandtschaft, bei der sich wieder Jobst von Einsiedel befand,[2] indem sie auf der Heimkehr vom kaiserlichen Hofe in Budweis den König aufsuchte, zugleich aus Graz freundliche Erbietungen für den Frieden mit, ja der Kaiser ließ, offenbar auf das Drängen des Erzbischofes von Salzburg und der Herzoge von München, jetzt auch an Ludwig von Bayern die Aufforderung richten, behufs besonderer Unterhandlungen Räte zu ihm zu schicken, eine Sache, um die der Herzog noch im Januar vergebens ersucht hatte.[3]

So ward denn beschlossen, daß am Sonntage Judica (4. April) ein neuer Friedenskongreß am böhmischen Königshofe zu Prag zusammentrete, den die Fürsten beider Parteien besuchen, auf dem der Gesandte des heiligen Vaters und der König die Friedensvermittelung übernehmen sollten.

Der Erzbischof von Kreta, ohnehin durch neue dringende Aufträge aus Rom nach Graz gewiesen,[4] erhob sich sofort, um bei dem Kaiser persönlich die Beschickung des Tages und die Anerkennung der Unterteidiger zu bewirken.[5]

In Budweis blieb es dafür dem Könige nicht erspart, den Forderungen seiner Bündner Rechnung zu tragen. Er versprach in Gegenwart Erz-

[1] Daß der Legat von den Abmachungen der Fürsten, die sich auf die Kriegsführung bezogen, nichts erfuhr, zeigt sein ganzes Verhalten.

[2] Sein Brief an Markgraf Albrecht vom 7. April bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 628, Nr. CXXXIX.

[3] Font. rer. Austriac. XX. 265, Nr. 272. Brief Herzog Ludwigs von Bayern an Bischof Johann von Würzburg vom 11. März. Vgl. auch die Werbung seitens des Herzog Ludwig durch Parcival Eichberger (Aichperger) an König Georg bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 631, Nr. CXL; und Jobst von Einsiedels Brief an den Markgrafen Albrecht vom 15. März bei v. Stockheim, a. a. O. Er hatte in Graz den markgräflichen Gesandten, den Kaplan Wenzel Reman, gefunden.

[4] Sein Brief an die Breslauer vom 27. April 1462 in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 92, Nr. 85.

[5] Derselbe an dieselben aus Budweis am 5. März 1462 in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 74 „Redimus ad dominum imperatorem pro re pacis tractanda, in dominica Judica in Praga celebranda.“

Herzog Albrechts und der würzburgischen Räte, dem Herzoge von Bayern, falls die Prager Verhandlungen keinen Ausgleich herbeiführen würden, gegen Markgraf Albrecht und die Reichsstädte u. s. w. getreuen Rat, Hilfe und Beistand zu thun und ein wohlgerüstetes Heer zuzuschicken, das noch vor Mittfasten (28. März) über den Böhmerwald ziehen werde.[1] Der Erzherzog erlangte von Podiebrad, daß er die alte Verpflichtung, Niederösterreich erobern zu helfen, neuerdings anerkannte: Der König werde, so kam man überein, erst gelegentlich eines Tages zu Prag versuchen, auf dem Wege von Verhandlungen Albrecht zu dem Lande zu verhelfen; füge sich der Kaiser nicht, so sollen er und König Matthias von Ungarn als des Erzherzoges Helfer Friedrich III. mit Gewalt dazu nötigen. Dafür wurde die in den früheren Verträgen für den König stipulierte Entschädigungssumme um 50000 fl. erhöht. Der König gestattete überdies schon jetzt, daß Albrecht Kostka von Postupitz, sein Rat und Diener, wie im Vorjahre mit 500 Pferden im eigenen Namen dem Kaiser die Fehde ankündige.[2]

Nachdem auch Herzog Ludwig mit dem Erzherzoge eine Vereinbarung getroffen, die Albrecht zu bewaffneter Hilfe gegen die Reichsfeldherren verpflichtete, war die Hauptsache gethan.

Unmittelbar nach dem Tage, von Freistadt aus, auf der Heimreise von Budweis nach Linz, sandte Albrecht dem Markgrafen seinen Fehdebrief.[3]

Noch bedeutsamer war, daß der Bayerfürst zu gleicher Zeit in Budweis mit einer Reihe böhmischer und österreichischer Herren Soldverträge einging, die eine bedeutende Verstärkung seiner Streitkräfte mit Fußgängern und Reisigen bewirken mußte. Ohnehin standen bereits zu Anfang des Jahres mehrere Edelleute aus dem südwestlichen Böhmen, wie Diepold von Schwihau, Johann von Janitz (wohl Janowitz), Pankraz von Haid u. s. w., als Rottmeister im Dienste Ludwigs, als dessen Diener sie am 25. Januar Markgraf Albrecht von Brandenburg ihre Fehdeansage zusandten.[4]

Der Herzog war eben nichts weniger als überzeugt, daß der neue Friedenstag auch wirklich die Aussöhnung bringen werde. Er rüstete sich daher, „gegen die Feinde den Ernst ernstlich zu üben".[5]

---

[1] Fontes rer. Austriac. XX. 265, Nr. 272.

[2] Abmachungen vom 4. März ebendort 264—265 Nr. 271.

[3] Am 8. März, nachdem er mit Herzog Ludwig bei Johann von Rosenberg in Krumau gewesen war. Chmel, Reg. II. 391, Nr. 3918.

[4] Bamb. Arch. 1907 (des märk. Kat.), Nr. 56. Vgl. auch Font. rer. Austriac. XX. 184—185, Nr. 186.

[5] Fontes rer. Austriac. XX. 265.

Hingegen klammerte sich König Georg mit der ganzen Kraft seines heißen Verlangens nach Frieden an die neu sich eröffnenden günstigen Aussichten. Obwohl er dem Markgrafen abgesagt hatte, lud er auch ihn am 14. März in einem besonderen ausführlichen Schreiben zu dem Prager Tage ein. Und schrieb er dabei in ziemlich frostigem Tone, so vermied er es doch, auf des Markgrafen beleidigende Erklärungen vom 22. Februar irgendwie zurückzukommen.[1]

Viel bezeichnender bleibt der Brief, in dem am nächsten Tage der Sekretär Jobst von Einsiedel das Begehren seines Herrn bei dem Markgrafen unterstützte. War der seinem Könige in unwandelbarer Treue ergebene Egerer Patricierssohn sonst ein weichmütiger Mann, der bei allem warmes Empfinden hervorzukehren pflegte, so klangen seine Worte vom 15. März an den Ansbacher Fürsten geradezu flehend: „Der Markgraf solle doch ansehen, welches Unheil noch aus dem Kriege hervorgehen könne, und daß, wenn das heilige Reich so zerrissen werde und in Zerrüttung komme, alle Schuld ihm allein werde zugemessen werden; er solle ansehen, wie des Glückes Läufe wankelmütig und unbeständig seien; ansehen seinen Leib, der hart wund sei und schon große Beschwerden habe ertragen müssen, seine Kinder, wie und wem er sie vertraut habe und neben wem sie sitzen in der Nachbarschaft". „Sehet an", fährt er fort, „wie mein Herr in diese Sachen gekommen ist, und warum und auf wessen Bitte er diese Richtung gemacht hat; — sehet an den Schimpf, den nun mein Herr empfängt, der auch die Ehre lieb hat, und erwäget die Geduld, die er darin bisher gezeigt hat, wie er um des Besten willen zu Schaden gekommen ist. Und darum besieget euern harten Mut und unterlasset es nicht und schicket euere Räte mit ganzer Vollmacht hierher nach Prag neben unseres Herrn des Kaisers Räte, und seid daran, daß seine kaiserliche Gnade ebenso hierher schicke".[2]

Bei dem Markgrafen waren aber auch die schönsten Worte, die beweglichsten Vorstellungen, nicht imstande, ihn von Entschlüssen abzubringen, die ihm der nüchterne Verstand geboten hatte.

Und doch bewies sich um dieselbe Zeit König Georg den Hohenzollern auf einer anderen Seite auffallend entgegenkommend: in der Lausitzer Sache!

Nach dem Budweiser Tage hatten böhmische Herren dem Mark-

[1] Brief vom 14. März bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 624—626, Nr. CXXXVIII.

[2] Ebendort 626—627, Nr. CXXXIX.

grafen Friedrich geschrieben, daß des Königes Plan, die Lausitz zu gewinnen, so fest stehe wie jemals.[1] Der Kurfürst und die sächsischen Herzoge, an die er sich um Beistand wendete, gerieten nochmals in schwere Sorgen. Die Herren von Sachsen fanden ohnehin, daß der Brüxer Friede mit seiner „Vorrede" als ein bloßer Stillstand auf Kündigung doch nur dazu diene, beide Parteien anzuspornen, sich für den voraussichtlichen Wiederausbruch des Krieges um so stärker zu rüsten.[2] Die Brüder kamen überein, den König zu bitten, daß er binnen vier Wochen seine Räte mit den ihrigen neuerdings in Brüx tagen lasse, die Lausitzer Sache besser und gründlicher zu bereden.[3] Und der König erklärte sich bereit, trotzdem die markgräflichen Dienstmannen sich wiederholter Friedensbrüche auch in der Lausitz schuldig gemacht hätten, und bestimmte den 10. April für die Eröffnung des Tages, zu dessen Beschickung auch die Hohenzollern eingeladen werden sollten.[4]

Übrigens suchte sich der brandenburgische Kurfürst von Liebe und Haß des Böhmenköniges ebenso unabhängig zu machen, wie sein Bruder in Franken. Am 28. März traf er mit König Christian von Dänemark und einer Reihe anderer Fürsten aus dem Norden des Reiches in Wilsnack zusammen, und rasch genug drang die Kunde auch bis nach Böhmen, der Dänenkönig habe vor vielen Herren und Städten „dem Markgrafen zu gut fast großer Hilfe zugesagt".[5] Freilich hatte dafür der Brandenburger seine Absicht, das Land Holstein zu gewinnen, opfern müssen.

Während man aber in Prag umsonst wochenlang auf eine freundliche Zusage des Markgrafen wartete, während Jobst von Einsiedel ihn in einem kurzen, aber eindringlichen Schreiben nochmals mahnte, wenigstens den Tag von Brüx zu beschicken, und zwar seinen Hauptmann im Lande

[1] „Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen 1462", Archiv für österr. Geschichte LXIV. Bd. 287. Vgl. J. G. Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1. Abteil. 193—194.

[2] Brief des Kurf. Friedrich an seinen Bruder Wilhelm vom 8. März. Archiv für österr. Geschichte LXIV. 335—336, Nr. XXI; vgl. ebendort Nr. XXII. u. XXIII.

[3] Ebendort 289—290.

[4] Fontes rer. Austriac. XLII. 340—341, Nr. 250. Vergl. auch Fontes rer. Austriac. XX. 266—267, Nr. 274.

[5] Die Meldungen über den Tag von Wilsnack habe ich bereits im Archive für österreich. Gesch. B. XIV. 288, Anm. 1 zusammengestellt; hier sei noch hingewiesen auf die Lübeckische Chronik des Franziskaner-Lesemeister Detmar bei Grautoff II. 244. Der Fehdebrief des Dänenköniges im Bamberger Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 290. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 202, Anm. 145 kennt ihn aus einem Cod. der Münchener Hof- und Staatsbibliothek, womit man die Angaben Chmels in den Sitzungsber. der kaiserl. Akad. zu Wien V. 693—694 vergleiche.

auf dem Gebirge, Heinrich von Auffeß, dorthin abzuordnen, und falls des Kaisers Räte, die man in Prag erwarte, nicht kommen würden, deren Absendung zu betreiben, damit dem Blutvergießen Einhalt geschehe,[1] hatte sich das Schicksal des Prager Tages an anderer Stelle erfüllt.

Es war verhängnisvoll, daß der Erzbischof von Kreta, neuen Befehlen des Papstes zufolge, sich an den Hof des Ungarnköniges begeben mußte. Die Aussöhnung des Königes mit dem Kaiser schien eben der Kurie noch wichtiger, als selbst der Friede im Reiche.[2] Mit dem Legaten verlor aber die Sache des Friedens ihren thätigsten Förderer!

Und doch wäre seine Anwesenheit gerade jetzt in Graz so notwendig gewesen! Denn was in Budweis zwischen den Häuptern der Opposition geplant worden war, das ließ sich auf die Dauer nicht verbergen. Der Kaiser erfuhr, König Georg von Böhmen sei neuerdings in den Bund gegen ihn eingetreten und habe versprochen, zur Bekämpfung der Hauptleute des Reiches seinen Sohn Viktorin mit einem Heere auszuschicken. Friedrichs Mißtrauen, sein Unwille gegen Podiebrad erwachten von neuem. Er erkannte in des Königes Verhalten die alte Doppelzüngigkeit, er gebrauchte die alten Mittel der Abwehr.

Statt einer österreichischen Botschaft zu friedlicher Verhandlung erschienen jetzt wieder strenge Abmahnungen an den König, und kaiserliche Briefe an die böhmische Landschaft, den König zur Erfüllung seiner Pflichten gegen das Reich anzuweisen. Den Markgrafen forderte der Kaiser auf, den Krieg mit allem Nachdrucke zu führen, auch die Fürsten und Städte im Norden des Reiches aufzubieten, vor allem, wie schon früher befohlen worden sei, den Dänenkönig, die Herren von Braunschweig und Lüneburg, die Seestädte zur Absage an die Reichsfeinde zu bewegen.[3] Friedrich III. wandte sich selbst an Erzbischof Adolf von Mainz und die Kurfürsten von Trier und Köln, an die Bischöfe Ruprecht von Regensburg, Reinhard von Worms, Johann von Eichstädt, den Kardinalbischof von Augsburg und Johann von Speier, an die Landgrafen von Hessen und sämtliche Grafen, Herren und Städte am Rheine, die noch nicht die Feindsbriefe gesandt, um sie, wieder unter Androhung der höchsten Strafmittel der Reichsgewalt, zur Unterstützung des Reichsheeres zu bewegen.[4]

---

[1] Bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 628, Nr. CXXXIX[a].

[2] Vgl. seinen oben erwähnten Brief an die Breslauer vom 27. April aus der ungarischen Hauptstadt.

[3] Der kaiserliche Brief vom 20. März bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 623, Nr. CXXXVII.

[4] „Gemainbrief wider all ungehorsam". Graz am 19. März im Bamberger

Dessen Hauptleute aber waren am 17. März um den Grafen Eberhard von Württemberg-Urach vermehrt worden, der, nachdem er bereits am 16. März dem Bayerherzog die Fehde angekündigt hatte, unverweilt in den Krieg eintrat.[1]

Nichts war dem Markgrafen erwünschter, als ein solcher Ernst des Reichsoberhauptes. Er selbst stand bereits inmitten allseitigen Kampfgetümmels. Vierzehn bayrische Schlösser und Märkte hatte er im Februar und der ersten Märzhälfte in seine Gewalt gebracht; zuletzt war auch das Schloß Graispach und die Stadt Mohnheim in seine Hände gefallen. Als dann Ulrich von Württemberg seinerseits Heidenheim und die Höllensteiner Burg eingenommen hatte, rückten beide Hauptleute des Reiches vor Gundelfingen, dessen regelrechte Belagerung sie begannen.[2] Man vergaß nicht, die erlangten Erfolge dem Kaiser und überallhin im Reiche zu verkünden.[3] „Alle Tage kommen Mären her", schreibt Friedrich Mauerkircher aus Prag an Herzog Ludwig von Landshut, „wie euer Gnade jetzt das Schloß, jetzt die Stadt verloren habe, jetzt „ein Zeug" niedergelegen sei; das geschieht durch die Markgräflichen."[4]

Arch. 1907 (des märk. Katal.) Nr. 359; ebendort Nr. 358, 360, 361 die neuerliche, wesentlich gleichlautende, kaiserliche Aufforderung an den Kardinalbischof Peter von Augsburg, Bischof Johann von Eichstädt und dessen Domkapitel und Erzbischof Adolf von Mainz; Nr. 184 die Erforderung des Kaisers vom 24. März an sämmtliche Städte des Reiches; Nr. 349 bringt die lange Reihe jener, die daraufhin oder infolge der früheren Ermahnungen absagten (darunter drei Herzoge von Braunschweig, der König von Dänemark, vier Herzoge von Mecklenburg, Otto von Stettin); Nr. 290 die Fehdeansage Kurfürst Friedrichs von Brandenburg.

[1] Auf die bezüglichen Schriftstücke verweist v. Stockheim, Albrecht IV. 234—235. Am 6. März erhielt Graf Eberhard von Markgraf Albrecht und Graf Ulrich von Württemberg die Zusicherung, sie wollten ihm mit ganzer Macht beistehen und sich nicht ohne ihn richten lassen. Münchener allgem. Reichsarchiv, Württemberg. Urk. fasc. XII.

[2] Des Markgrafen Briefe an den Kaiser (vom 24. Februar und 14. März bei Palacky, Urk. u. Beil. XX. 264, Nr. 270 u. Chmel, Reg. II. Anhang CXLII—CXLVI, Nr. 116); dann an seinen Bruder, Kurfürst Friedrich, vom Ende Februar im Bamberger Arch. Kast. 28, fasc. III. Nr. 86 a. a.

[3] Brief Pappenheims vom 15. März an den Kaiser bei Chmel, Reg. II. Anh. CXLVI, Nr. 118 (soll heißen 117). In einem Schreiben vom 2. März an Herzog Wilhelm von Sachsen erklärt Albrecht triumphierend: „Alßdann (sc. nach der Eroberung Gundelfingens) werden die drey here, das vnnser, vnnsers swehers von Wirtemberg vnd des heiligen reichs stete, der keins so schwach ist, es hab acht tausend man zu roß vnd zu fuß, zusamen stoßen, Hochstet vnd darnach Laugingen belegern ꝛc." Orig. im Weim. Gesamtarch. Reg. C, pag. 3 Nr. 3, vol. III, fol. 23—24.

[4] Brief an Herzog Ludwig vom 1. Februar im Bamberger Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 440. Mauerkircher hat vielleicht die ganze zweite Hälfte des Januar

Nur mit den Städten waren die kaiserlichen Befehlshaber noch immer sehr unzufrieden. Trotz der Ulmer Verabredungen, trotzdem genau festgestellt war, in welcher Stärke und Ausrüstung, wann und wo die Hilfe derselben im Felde sein sollte, fand doch aus den Bürgerschaften unzureichender Zuzug statt, ja die Truppen der südschwäbischen Reichsstädte blieben gänzlich aus, und die Bürger entschuldigten sich mit der Notwendigkeit, erst auf einem neuen Tage zu Konstanz darüber schlüssig zu werden,[1] was den Hauptleuten nicht geringen Verdruß bereitete. Da alle Bitten, Ermahnungen und Drohungen bei den Städtern nicht recht fruchten wollten,[2] wandten sich Markgraf Albrecht und Graf Ulrich an den Kaiser um neue Gebotsbriefe[3] und ward zudem für alle, die in des Reiches Hilfe wären, ein Tag nach Nördlingen auf den 28. März angesagt.[4]

Daneben blieben aber auch die Bestrebungen der Herzoge Johann und Sigmund von München für den Frieden fruchtlos, obgleich König Georg von Böhmen deswegen noch am 24. März Herrn Apel Vitzthum und den Karlsteiner Burggrafen Benesch von Weitmühl zu ihnen abordnete.[5] Ebenso wurde die Mühe des Salzburger Erzbischofes, die er sich noch im März um eine Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Landshuter Herzoge gegeben hatte,[6] eitel infolge der Meldungen, die aus Budweis eintrafen.

Während so im Reiche die Jammer des Krieges sich wiederholten,

---

und einen Teil des Februar in Prag zugebracht. Auch sonst läßt sich das Ab= und Zugehen von bayrischen Boten nachweisen.

[1] Ihr Schreiben an die Städte vom 15. März aus dem Feldlager vor Gundelfingen im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 201.

[2] Man s. ihre Schreiben an die Rothenburger vom 27. Februar, 19. und 24. März im Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 122—123, 126—127, 127.

[3] Man vgl. die infolgedessen neuerdings ausgesandten kaiserlichen Briefe vom 5. April an alle Reichsstädte (Bamberger Arch. 1907 des märk. Katal., Nr. 208) und die Ulmer, Haller, Rothenburger, Heilbronner, Schweinfurter, Wimpfener und Windsheimer besonders (Bamb. Arch., Rothenb. Chron. 116): „wie wol ir euch gegen vns vnd dem reich zu gehorsam verwilligt, . . . so sey doch dieselb antzale ewer hilff so gering vnd nicht so nach ewerem statlichem vermogen, als notdürftig were, bißhere gereicht vnd voltzogen worden" 2c.

[4] Das Ausschreiben der beiden kaiserlichen Feldhauptleute vom 15. März an die Rothenburger u. s. w. mit der Ankündigung des Nördlinger Tages im Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 123—124.

[5] Original des Beglaubigungsbriefes im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 278.

[6] Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 266, Nr. 273.

zogen die Boten des Böhmenköniges,[1] von Wolfgang Forchtenauer im Namen des Kaisers begleitet, im rauhen Februar über die schneeigen Kämme der Alpen und durch die Fluren Ober- und Mittelitaliens der ewigen Stadt entgegen. Bereits zur Zeit, als die Fürsten eben den Budweiser Tag verlassen (10. März), gelangten sie an das Ziel ihrer Fahrt.

Noch heute vermag man nur bewegten Herzens an den bedeutungsvollen geschichtlichen Moment heranzutreten, in dem die Würfel fielen über das Königtum Georgs von Podiebrad, in dem der Keim gelegt ward zu dem zweiten großen Hussitenkampfe, in welchem das Schicksal sich entschied von Tausenden von Menschenleben und Böhmen wie im dritten und vierten Jahrzehnt des Jahrhundertes abermals mit Brandstätten und Trümmerhaufen bedeckt werden sollte.

König Georgs Politik hatte nicht vermocht, für die Entscheidung, die in Rom fallen sollte, ausgiebige Fürsorge zu treffen. Im Königreiche selbst standen sich die religiösen Parteien schroffer als seit langen Jahren gegenüber: Auf der einen Seite beanspruchte Wenzel von Krumau, der Administrator der Prager Kirche, seitdem er zu Beginn 1460, offenbar mit entsprechenden Instruktionen versehen, aus Rom zurückgekehrt war, die Leitung des böhmischen Kirchenwesens nicht nur, soweit es römisch-katholisch war, sondern für den Umfang des gesamten früheren Erzbistumes.[2] Andererseits trat Johannes von Rokyzan, der Führer der Hussiten, seit des Königes Erklärung für den Utraquismus (15. Mai 1461) herausfordernder und rücksichtsloser auf als je.[3] Eben jetzt, am 1. März 1462, ließ er die Magister der Universität ausdrücklich schwören, nur sub utraque kommunizieren zu wollen.[4]

Des Königes Bemühungen zum Trotze hatte der Krieg im Reiche von neuem begonnen, ja er hatte im Vergleiche zum Vorjahre an Ausdehnung und Intensität außerordentlich zugenommen. Nun wurden nicht bloß Franken, Schwaben und Bayern, sondern auch die herrlichen Rhein-

[1] Ihre Instruktion vom 8. Januar 1462 bei A. Theiner, Vetera Monumenta Poloniae et Lithuaniae gentiumque finitimarum histor. illustrant., Romae 1861, II. 130—131, Nr. CLXIX. Prag verließen sie, wie bereits oben bemerkt, am 14. Januar.

[2] Während die früheren Administratoren sich „per venerabile Capitulum constituti“ nannten, wird er durch päpstliche Ernennung vom 11. April 1462 „Administrator per sedem apostolicam specialiter deputatus“. Die Bulle im Prag. Cap. Arch. Vgl. A. Feind, Die Kirchengeschichte Böhmens, IV. Band, (Prag 1878), 56.

[3] Vgl. oben die Ausführungen S. 143.

[4] Boh. Balbin, Bohemia docta, Prag 1776, 92. Vergl. die ziemlich gleichzeitigen Verfügungen Rokyzanas in den Font. rer. Austriac. XX. 267—268, Nr. 276.

gaue davon heimgesucht; keine Schonung, wie sie noch im vergangenen Herbste gewaltet, war weiter zu spüren; erbarmungslos ward gebrannt und verheert; es trieb die wildeste Leidenschaft die Kämpfenden. Auch der Ausgleich im preußischen Ordenslande war nicht erfolgt, ja nicht einmal ernstlich versucht worden. Die Lausitzer Streitsache war ebenso unerledigt. Wenn der König bei dem beharrte, worüber Kurfürst Friedrich in gerechter Erregung Klage führte, wenn er den Markgrafen „aus dem Lande weisen" wollte, ohne ihm sein Geld auszuzahlen, dann mußte es auch im Norden wieder zu Fehde kommen.[1] So stand es also mit der großen Gegenleistung, die der König dem römischen Hofe für die Gewährung seiner Bitten anbieten wollte, mit der allgemeinen Friedensstiftung als der Vorbereitung für einen großen Türkenzug.

Die schwere politische Niederlage, die Podiebrad mit seinem deutschen Königsprojekte erlitten hatte, die der König selbst im Reiche nie wieder wettzumachen vermochte, war übrigens den scharfsichtigen Diplomaten der Kurie nicht entgangen. „Der König", äußerte sich eben jetzt der Kardinal von St. Peter (Nikolaus Cusa), dem der Papst das Referat in den böhmischen Sachen übertragen hatte, „wird nie wieder so mächtig werden, als er bisher gewesen, sondern täglich schwächer, da die Fürsten seine Falschheit erkennen und von ihm fallen".[2] So genau war der römische Staatsmann über die böhmischen Angelegenheiten unterrichtet, daß er vor dem Eintreffen der königlichen Gesandtschaft Nachricht haben wollte, dieselbe sei keineswegs, wie es des Königes Verpflichtung erfordere, von der Gesamtheit der Stände der Krone Böhmens bevollmächtigt.[3]

Auch sonst hatten sich in Rom in letzter Zeit die Verhältnisse so ungünstig wie möglich für König Georg gestaltet. Es war gewiß von Übel, daß der mühsam erlangte Termin für das Eintreffen der Botschaft bereits wieder fast verstrichen war, ehe ihr Kommen außer Zweifel stand. Schon jubelten Podiebrads Gegner. „Man hört nicht singen und sagen von des Königes Botschaft", schrieb am 24. Dezember der Breslauer Ge-

[1] Des Markgrafen Brief vom 20. März an die sächsischen Fürsten in den Fontes rer Austriac. XLII. 339—340, Nr. 249: „Sollt er uns die briue nicht haldten, die er uns nicht vil lenger dann vor eyme jare geben hab, was solt er uns dann ander vorschribung haldten? er thu uns newrt kein unrecht, dann recht sal uns gegen ym wol und wee thun." (Vgl. des Kurfürsten Friedrich Schreiben an seinen Bruder Markg. Albrecht im Bamb. Arch. Kast. 28, fas. III. Nr. 88. Brief vom 22. Februar.)

[2] Brief J. Kitzings an die Breslauer vom 10. März. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 78—79, Nr. 77. Vgl. ebendort 77, Nr. 75.

[3] Ders. an dies. am 9. März a. a. O. 76—78, Nr. 75.

schäftsträger schadenfroh nach Hause.[1] Bereits fing man an, trotz der wortreichen Versicherungen Marinis die Ankunft der königlichen Räte überhaupt in Frage zu stellen, und beschäftigten sich die römischen Hofkreise mit der Erörterung der Art und Weise, wie der wortbrüchige König zur Verantwortung gezogen werden könnte.

Sogar der Papst, der sich und die anderen bisher in dem Glauben erhalten hatte, daß der Ausgleich mit Böhmen, so schwierig er sei, sicherlich nicht an des Königes Willen scheitern werde, den bis zum letzten Augenblicke seine Eigenliebe nicht eingestehen ließ, daß er getäuscht worden sei, machte darüber dem Prokurator Breslaus, Johannes Kitzing, eine Andeutung.[2] Unter solchen Verhältnissen trat Kitzing, dem man eben noch den Kaplan Johannes Sommerfeld zu Hilfe geschickt hatte, um so dreister gegen den König auf, während Fantinus de Valle voll Mißmut und Sorge sich zurückzog und der lügenhafte Franzose Marini ohnehin allen Glauben verloren hatte.[3] In den grellsten Farben wurde der Fanatismus Rokyzanas gegen die Anhänger der römischen Kirche, wurden des Königes Parteilichkeit und Heimtücke vor der Kurie geschildert. Aus Alarmnachrichten über die kirchlichen Zustände Böhmens, in denen Wahrheit und Dichtung bunt gemengt waren, wurde die Notwendigkeit abgeleitet, gegen einen Fürsten, der im Herzen stets ketzerisch gesinnt gewesen sei und nun offen sein Wort gebrochen habe, mit der äußersten Strenge voranzugehen.[4]

Man begreift daraus, daß mit der neuen Instruktion, die Papst Pius am 1. Januar dem Erzbischofe von Kreta nach Deutschland nachsandte, — es mögen inzwischen weitere bedrohliche Meldungen in Rom eingelaufen sein, sei es von Markgraf Albrecht von Brandenburg,[5] sei es aus Schlesien oder über den Krieg in den Marken,[6] — auch wirklich bereits

---

[1] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 69—70, Nr. 68. [2] Ebendort.

[3] Mit dem Briefe Fantins in Font. rer. Austriac. XX. 243—244 vgl. man den Bericht J. Kitzings vom 17. Februar 1462 (Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 74—75, Nr. 72: „allis, das Anthonius seyn procurator vnd sollicitator saget, derlogen ist; hiromb er vor eynen lugner von allen den, dy en zu Rome kennen, gehalden wird".

[4] Bruchstücke aus Kitzings Anklagen gegen den König, aus denen sich der Charakter dieser Mitteilungen klar genug ersehen läßt, bei M. Jordan, Das Königtum Georgs v. Podiebrad, Leipzig 1861, 389—393. Vergl. damit die oben erwähnten Verfügungen Rokyzanas in Font. rer. Austriac. XX. Nr. 276.

[5] Klose, Dokumentierte Geschichte von Breslau III. 1. 124. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 633, Nr. CXLI, woraus sich Albrechts stete Verbindung mit dem röm. Stuhle auch im Winter 1461/62 ergiebt. Vergl. ebendort 634—640, Nr. CXLI[a], CXLII, CXLII[a] und [b].

[6] Kitzing spricht in seinem Berichte vom 26. Januar (Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 73—74, Nr. 71) von Nachrichten, die durch Pilger nach Rom gebracht wurden:

mit den Feindseligkeiten gegen den König von Böhmen begonnen wurde. Der Erzbischof fand in den kurialen Weisungen die Vollmacht, den Breslauern für die bedingungslose Huldigung, die sie König Georg bis längstens Ende Februar 1463 zu leisten hatten, eine bestimmte weitere Frist (certam dilacionem) zu gewähren, da der König trotz vieler päpstlicher Briefe und Botschaften nichts von dem Versprochenen gehalten habe; es bleibe dem Legaten offengehalten, auch ohne irgendwelche Übereinkunft mit dem Könige die Erstreckung des Termines auszusprechen.[1]

Da endlich, um den 18. Januar, lief die Meldung ein,[2] die Gesandtschaft sei unterwegs und würde demnächst sicher eintreffen. Und so war es denn auch wirklich der Fall.

Mit Genugthuung empfing der römische Hof die lang ersehnte Kunde. Und in der That: Kam auch die Gesandtschaft lediglich unterstützt von dem Kaiser,[3] — und auch von diesem hieß es, daß er sich erst besonnen habe, ob er einen Boten schicken oder mit einem Briefe sich begnügen sollte, — es lag trotz allem, was man in Rom gegen den König gesagt und geplant hatte, doch immer alles daran, wozu sich seine Gesandtschaft erbieten würde.

„Auch lieben herren seyn vil pilgram aws Prewssen, aws der Slezien wnd von Glotcz ken Rom komen, dy ich gefroget habe umb newe czeytung yn der Slesien und yn Behm, die mir gemeniglich ytczlicher besunder eyner von dem andern unwissende yn eyner stymme gesaget haben, das dy Behmen uf den summer czyhen wollen yn dy Slezien vor Breslaw".

[1] Die Vollmacht vom 1. Januar in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 70—71, Nr. 69. Der Erzbischof erhält zugleich das Recht, schon jetzt zum Schutze der Breslauer Verbindungen zwischen den katholischen Schlesiern u. s. w. zu veranlassen: „Et si circa ea, que tibi justa et recta et necessaria videbuntur et fieri mandaveris, dictus rex non acquieverit, possis dictam communitatem et incolas cum quibuscunque regibus, principibus, ducibus, comitibus, baronibus, civitatibus, populis et aliis specialibus personis tam Slesitis quam circumadjacentibus ad intelligencias et ligas conjungere et federa inter eos inire ad eorum tutelam contra quoscunque et maxime contra dictum Georgium regem etc." Vgl. auch Klose a. a. O. und H. Markgraf, Das Verhältnis König Georgs zu Papst Pius II. 1458—1462, 40—41.

[2] Am 17. Januar wußte Kitzing noch nichts davon; in seinem Briefe vom 26. aber bezieht er sich auf ein (verlorenes) Schreiben vom 18. Januar, in dem er die Nachricht über die nahende Gesandtschaft nach Hause geschrieben. Sie wird auch erst an diesem Tage eingetroffen sein.

[3] Kitzing am 18. Februar nach Breslau (Script. rer. Silesiac. VIII. 74—75, Nr. 72): „abir des keyser schrift die lawtet czweyfelich"; er hat das „forsan" des Briefes aber mißverstanden, da der Kaiser nur darüber unschlüssig war, ob er die Unterstützung, die er dem Könige angedeihen lassen wollte, bloß brieflich oder durch eine eigene Gesandtschaft leiste.

Erbot sich nur der König zur Union, so waren ihm Aller Arme und Herzen geöffnet.

Einen um so schwierigeren Stand mußten aber die böhmischen Boten haben, wenn sie nicht brachten, was die Kurie seit Jahren vom Könige forderte, ja wenn sie, wie das wirklich der Fall war, selbst mit entgegengesetzten Wünschen an den römischen Stuhl herantraten.

König Georg hatte seine Vertreter mit gutem Bedacht gewählt. An ihrer Spitze stand Zdenko Kostka von Postupitz, jener utraquistische Baron, der zu seinen intimsten persönlichen Freunden noch aus der Gubernatorszeit her zählte und ihm mit seinem Bruder Albrecht die Erhebung in den Herrnstand verdankte. Beigeordnet war der Kanzler Prokop von Rabenstein, ein alter Genosse und Verehrer des Papstes, seitdem sie einst gemeinsam in der kaiserlichen Kanzlei[1] thätig gewesen waren, aber auch ein durchaus ehrenhafter, vaterländisch gesinnter, geschäftsgewandter Mann; dann zwei utraquistische Theologen, Wenzel Wrbensky, Dechant bei St. Apollinar zu Prag, und der Magister Wenzel Koranda aus Pilsen, zur Zeit Bürgermeister der böhmischen Hauptstadt. Auch der in Rom weilende Antonio Marini wurde für die Specialgesandtschaft mitbeglaubigt,[2] aber nicht Fantinus. Die Instruktion lautete übrigens dahin, die Boten des Königes hätten dem Papste im Namen ihres Herrn die feierliche Obedienz zu leisten und außerdem über besondere Anliegen desselben mit dem römischen Stuhle zu verhandeln.

Unverweilt wurde damit begonnen.[3]

---

[1] Vgl. Voigt, Enea Silvio I. a. m. O.

[2] Carbonista nennt ihn bei dieser Gelegenheit Cod. Lipsiens. 1237, worüber ich nichts anderes zu sagen weiß, als H. Markgraf, Über Georgs von Podiébrad Projekt eines europäischen Fürstenbundes, Heinr. v. Sybels Histor. Zeitschr. XXI. Bd., 268, Anm. 1.

[3] Es fehlt uns über die Verrichtungen und Erlebnisse der böhmischen Gesandtschaft in Rom nicht an eingehenden Nachrichten. Auf den (czechischen) Bericht des Mag. Koranda haben schon Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 1. 2, Jordan und G. Voigt, Enea Silvio III. 459, Anm. 1 hingewiesen. Eine zweite Handschrift desselben hat jüngst der Custos des böhmischen Museums Herr Patera in der Bibliothek des Prager Metropolitan-Domkapitels (Cod. O 77) aufgefunden und mir freundlichst zur Verfügung gestellt; auch sie ist in czechischer Sprache geschrieben und nicht ohne wesentlichere Abweichungen. Die wichtigen Berichte des Breslauer Sollicitators Joh. Kitzing finden sich jetzt gedruckt in der Polit. Korrespond. von Breslau 1454—1463, ed. H. Markgraf, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 82—83, Nr. 78; 87—89, Nr. 81; ebendort auch der Bericht eines Unbekannten nach Breslau über die Vorgänge in Rom (85—87, Nr. 80), der mir auch in einer Abschrift des Cod. biblioth. univers. Pragens. I. G. 11 (C. I. fol. 18) vorliegt, und die Briefe des Papstes, des Kardinals Nik. Cusa und des Erzbischofes von Kreta an die Breslauer in derselben Sache

Man darf voraussetzen, daß Papst Pius bereits durch Prokop von Rabenstein gelegentlich der ersten Begrüßung seitens desselben erfuhr, daß die Aufträge der Obedienzgesellschaft ganz anders lauteten als er wünschte. Aber er wollte in so wichtiger Sache sich erst auf das genaueste informieren und nach Möglichkeit die Objektivität bewahren; ohnehin war es des Papstes Grundsatz, nichts zu übereilen.

Am 13. März wurden Zdenko Kostka und der Kanzler privatim zu dem heil. Vater beschieden. Rabenstein brachte der Anwesenheit Kostkas wegen nochmals des Königes Aufträge und Bitten vor: Sie seien gekommen, dem römischen Stuhle, wie es üblich sei, den Gehorsam ihres Herrn zu leisten, den auch dessen Vorfahren geleistet hätten.

Der Papst machte darauf aufmerksam, daß er die Obedienz des Königes nicht ohne weiteres entgegennehmen könne, da derselbe als Utraquist sich nicht nach dem Ritus und Kultus der katholischen Kirche halte. Der König habe freilich bei seiner Krönung versprochen, nicht bloß selbst zu der Lehrmeinung der römischen Kirche sich hinkünftig verstehen, sondern auch sein Volk zur völligen Einheit und Gleichheit mit derselben bringen und zurückführen zu wollen, was er aber bis jetzt nicht gethan habe. Als Oberhaupt der Kirche könne ihm der Gehorsam des Königes und des böhmischen Reiches nur angenehm sein, wenn sie eidlich geloben würden, daß der König auch seine Zusagen erfülle. Sie möchten sich erinnern, mit welcher Entschiedenheit einst König Ladislaus, obwohl noch ein Kind, sich zum katholischen Glauben bekannt, und der Worte des Königes gedenken, die er einst zu ihm selbst in Beneschau gesprochen. — Die Barone mußten erklären, daß sie zu einer solchen Verpflichtung keine Vollmacht hätten.

(89—91, Nr. 82—84). Den Bericht eines Unbekannten vom 19. April bringen Font. rer. Austriac. XX. 270—271, Nr. 278, wo sich auch der Antrag des Glaubensprokurators da Gubbio findet (269, Nr. 276; derselbe bereits gedruckt bei Lünig, Cod. German. diplomat. I. 1510 und enthalten im oben erwähnten Cod. biblioth. univ. Prag. I. G. 11 fol. 21). Betreffs des kaiserlichen Gesandten W. Forchtenauer s. u. Die Rede des Papstes vom 31. März in Pii II. orationes ed. Mansi 93ff. Man vgl. außerdem P. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 180—187. Pii II. Commentar. (Francofurti 1614) lib. 188—189; Jacobi Cardin. Papiens. Comment. (ead. ed.) 432—434; Müller, Reichstagstheatrum II. 238—246; Raynaldi Annales ecclesiast. XIX. ad. ann. 1462, 114—115, Nr. 14—17; Klose, Dokumentierte Geschichte von Breslau III. 1. 131—139. Von neueren Darstellungen sind zu nennen Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 218—234; Voigt, Enea Silvio III. 458—468 und mit Hervorhebung der Hauptmomente H. Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1458—1462, 26—28. Die Ausführungen M. Jordans, Das Königtum Georgs von Podiebrad, 48—72 tragen noch im höheren Grade als die meisten Partien dieses Buches den Stempel der Unreife an sich.

Darauf kündigte ihnen der Papst an, daß er den Fall einer Kommission von vier Kardinälen zur Vorbereitung zuweisen werde; er wolle gern für König und Reich thun, was mit seiner und der Ehre des heiligen Stuhles verträglich sei. Die Gesandten aber hatten Gelegenheit gefunden, schon aus der Anfangsunterredung zu erkennen, daß die Kurie weit entfernt war, des Königes besonderen Wünschen irgendwie entgegenzukommen, daß es sich vielmehr in erster Reihe darum handeln werde, wie sie ihrerseits den kurialen Ansprüchen nachzugehen in der Lage wären. Sie vermochten sich davon noch deutlicher zu überzeugen in den beiden Konferenzen vom 14. und 16. März, zu denen sie von den für die Kommission designierten Kardinälen, darunter der eben von seiner großen ungarischen Mission heimgekehrte Johannes Carvajal,[1] Nikolaus Cusa und Bessarion[2] gerufen wurden. Alle Darlegungen des Kanzlers Prokop über die eigenartigen religiösen Verhältnisse in Böhmen, alle Beteuerungen Kostkas, daß Rokyzana und die Utraquisten in keiner Weise, auch wenn dieses der König mit allem Ernste verlange, vom Kelche lassen würden, vermochten die Überzeugung der Kardinäle nicht zu erschüttern, daß die Union Böhmens mit der katholischen Kirche möglich sei, sobald der König den Willen dazu habe. Sie wie überhaupt die kurialen Kreise waren der Meinung, daß ganz im Gegenteile die Katholiken Böhmens nie ihren Standpunkt aufgeben würden, und daß deshalb eine Bestätigung der Kompaktaten, welche den Utraquismus für alle Zukunft sichere, geradezu bedeute, die Spaltung im Königreiche dauernd und bleibend zu machen; der einzige Weg, die getrennten Söhne desselben Landes zur Einigkeit zurückzuführen, sei allein die kirchliche Union im katholischen Sinne.

Es war von großer Bedeutung, daß gerade der angesehenste Mann am römischen Hofe und in der Kommission, der strenge und vorsichtige Carvajal aus seinen persönlichen Erlebnissen, seiner Legation nach Böhmen im Jahre 1448 nachweisen zu können vermeinte,[3] daß die Beobachtung der Kompaktaten bei den utraquistischen Anführern weniger auf Überzeugung

---

[1] Voigt, Enea Silvio III. 511; vgl. ebendort 514 nach Jacobi Piccolomin. cardinal. Papiensis Commentar. 454.

[2] Der vierte war der Franzose D'Estouteville, Erzbischof von Rouen. Nach der Darlegung des Manuskr. O 74 waren am Sonntage, den 14. März, in der Wohnung des Kardinals von Nicäa nur noch Cusa und Carvajal zugegen.

[3] Man vgl. dazu Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 1. 184ff. Carvajal hatte damals wenigstens die gemäßigten Calixtiner, darunter Meinhard von Neuhaus, die Hasenburge, Kolowrate und einige andere Barone vermocht, sich wieder der katholischen Kirche anzuschließen (ebendort 191).

sich gründe als auf Opportunitätsgründe. Wenn da der König mit eigenem Beispiele vorangehe und zeige, daß ihm der Ausgleich mit der katholischen Kirche wirklich am Herzen liege, wenn der römische Stuhl, den Verhältnissen in Böhmen möglichst Rechnung tragend, ihn unterstütze, dann hielt er das große Werk für durchführbar; sich ernstlich der Sache anzunehmen, sei aber der König durch die vor seiner Krönung geleisteten Eidschwüre verpflichtet; jetzt freilich dauerten Irrtümer und Spaltungen im Königreiche fort, und der König kümmere sich nicht darum, sie auszurotten; er hege Utraquistische an seinem Hofe, und zwar Laien und Geistliche, ja seine Gemahlin und er selbst empfängen das Abendmahl unter beiden Gestalten.

Man war in Rom in jenen Tagen um so weniger geneigt, wichtige Entwürfe ohne triftigste Gründe fallen zu lassen, als ja eben auch die französische Nation den Nacken gebeugt hatte vor den Ansprüchen der Kirche und eine Gesandtschaft König Ludwigs XI. mit der Verzichtleistung desselben auf die durch die pragmatische Sanktion von Bourges (1438) der gallischen Kirche errungenen Freiheiten am päpstlichen Hofe eingetroffen war.[1]

Da man an beiden Verhandlungstagen um keinen Schritt vorwärts kam, so beschloß der Papst, sich nochmals persönlich mit Herrn Kostka, den er mit Recht für das wichtigste Mitglied der Botschaft ansah, zu bereden und ihn persönlich von der Rechtmäßigkeit und Ersprießlichkeit der kirchlichen Forderungen zu überzeugen. Das Gespräch fand am 19. März statt in Gegenwart des Kardinals von St. Peter (Cusa) und einiger Bischöfe.[2] Es blieb wieder fruchtlos. Der heilige Vater mochte dem Barone noch so schlagend mit all den bekannten Gründen die Ungültigkeit der Kompaktaten nachweisen: So wenig als Kostka imstande war, das gelehrte und besonders in der Geschichte Böhmens so wohl bewanderte Kirchenoberhaupt zu widerlegen, so wenig empfand er andererseits das Gewicht der scharfsinnigen Argumentation des Papstes. Am Schlusse stand er wieder dort, wo er zu Beginn gewesen war, daß das Basler Konzil den

[1] Am 13. März 1462. Vgl. Raynaldus, Annales eccles. XIX. 113—114, ad ann. 1463, Nr. 8—13, und Voigt, Enea Silvio III. 163—164; 459.

[2] Am Donnerstag den 18. waren die Gesandten bei dem Patriarchen von Konstantinopel und baten ihn, sich zu verwenden, daß ihr Gehorsam angenommen werde. Man. des Kap. Arch. zu Prag, O 74. Rabenstein gab dabei seiner Überzeugung Ausdruck, daß jetzt zwar die Union nicht möglich sei, der König sie aber zu gegebener Zeit durchführen werde. Der Patriarch mußte sich übrigens danach von seiner Erkrankung i. J. 1461 (Voigt, Enea Silvio III. 516) wiedererholt haben.

Böhmen die vier Artikel bewilligt hätte und man sie im Lande daher zu recht besäße, daß die Utraquisten trotz der Kompaktaten in der Einheit der Kirche sich befänden u. s. w.[1]

Nun änderte die Kurie ihre Taktik. Sie gab es auf, die Obedienzleistung von der Erneuerung der Krönungszusagen des Königes abhängig zu machen. Man entschloß sich vielmehr, den Gehorsam anzunehmen, wenn er nicht bloß im Namen des Königes und seines Hauses, sondern für das ganze Königreich dargebracht würde, dann aber auch daraus sofort die Konsequenz zu ziehen, daß nun König Georg und sein Reich sich den Befehlen des Papstes in kirchlichen Dingen zu fügen und vor allem der Entscheidung des römischen Stuhles über Gültigkeit und Ungültigkeit der Basler Abmachungen zu unterwerfen hätten.

So kam es am folgenden Tage, den 20. März, zur ersten öffentlichen Verhandlung. Nicht nur der Papst selbst, sondern auch die Kardinäle und sonst die ersten Würdenträger der Kirche waren zugegen.

Dem heiligen Vater gegenüber saßen 24 Kardinäle. Hinter ihnen befanden sich die Boten des Kaisers und des Böhmenköniges, denen man keinen Sitz anwies. Ringsum harrte eine tausendköpfige Zuschauermenge in lautloser Stille des Kommenden. Das Wort erhielt zuerst, wie dies dem Range entsprach, der kaiserliche Bevollmächtigte Wolfgang Forchtenauer. Er hob hervor, wie zu keiner Zeit das geistliche und weltliche Haupt der Christenheit sich in so inniger Interessengemeinschaft befunden hätten, als eben jetzt. Kein Kaiser sei jemals dem heiligen Stuhle und der Kirche treuer ergeben gewesen. Darum möge denn auch der heilige Vater, wenn jetzt Kaiser Friedrich die Bitte des Böhmenköniges unterstütze, und zwar nicht etwa bloß um einem Wunsche des Königes zu entsprechen, sondern auch zum Heile der christlichen Religion und der Ruhe der römischen Kirche, diese Bitten in gewohnter Milde und mit väterlichem Wohlwollen entgegennehmen. Könne der Kaiser dann etwa in den zwischen der Kurie und dem Königreiche Böhmen schwebenden Angelegenheiten irgendwie mit Rat und That Beistand leisten, so werde er es daran nicht gebrechen lassen.

---

[1] Im Laufe der Unterredung, die Man. O 74 weitläufig verzeichnet enthält, wurde auch Cusa gerufen, der sich lebhaft, aber gleichfalls umsonst, an der Widerlegung der Kompaktaten beteiligte. Kostka erzählte alles dem Kanzler, der meinte, er hätte ähnliches vor einigen Jahren in der Neustadt gehört. Die Worte über die zur Utraquistenpartei Gehörigen, von denen man nach der Darstellung Jordans, 51—52, Anm. 51 meinen möchte, sie kämen von Rabenstein, hat gleichfalls Cusa gebraucht. Sie gewinnen dadurch eine andere Bedeutung.

Er bat schließlich, daß die Geschäfte der Gesandtschaft möglichst bald erledigt und so ihr und ihm eine rasche Heimkehr ermöglicht werde.[1]

Dann sprach von den Böhmen Prokop von Rabenstein. Er entschuldigte erst die lange Säumnis seines Herrn in Abordnung dieser Gesandtschaft, dann leistete er im Namen des Königs den Gehorsam.

Es waren fast dieselben Erbietungen, dieselben Worte, welche einst in Siena des Kanzlers Bruder, Propst Johann von Wyschehrad, im Beisein weniger an den Papst überbracht hatte.[2]

Man hatte damals an der Heimlichkeit des Aktes Anstoß genommen: heute genügten aber auch die Worte nicht mehr. Ausdrücklich begehrte der Papst die Obedienzleistung im Namen des ganzen Königreiches. Der Kanzler zögerte unschlüssig; erst als Zdenko Kostka, der daneben stand, ihm zuredete, auch im Namen des Landes zu sprechen,[3] that er es.

Der Papst nahm den Gehorsam an, und forderte nun die Gesandten auf, vorzubringen, was ihnen ihr Herr etwa weiter aufgetragen habe.

Da ergriff der Magister Wenzel Koranda das Wort. Er brachte die Bitte vor, der heilige Vater möge dem böhmischen Volke die von dem Konzil von Basel bewilligten Kompaktaten bestätigen. In langer, oft heftiger und herausfordernder Rede suchte er seine Bitte zu rechtfertigen. Wohl mochten die gelehrten Kanonisten des römischen Hofes, wie einst die Väter in Basel, staunen und zürnen über diese Art von Theologen, über diesen rücksichtslosen aber überzeugungstüchtigen Predigerton, der da zu Tage trat. Es war jene ebenso schlagfertige wie einseitige und beschränkte Gattung von Lehrern des Evangeliums, welche die kirchliche nationale Bewegung des 15. Jahrhundertes in Böhmen hervorgebracht hatte. Da ward von dem Redner ausgeführt, wie Gott selbst die Böhmen erleuchtet

[1] Da denique operam, queso beatissime pater, ut et ego ad Serenissimum dominum imperatorem meum et hi clarissimi oratores ad inclitum regem suum, sanctitatem tuam laudibus extollentes et votorum nostrorum compotes quantocius redeamus. Bei J. Chmel, Handschriftenauszüge aus der königl. Hof- und Staatsbibliothek zu München, Sitzungsberichte der kaiserl. Akademie der Wissenschaften V. Bd. (Wien 1850) 591—728, 694—695. Das unrichtige Datum (XX. Maij) verbessert schon Chmel. Unsere czechischen Berichte bringen darüber nichts weiter, als „er meldete die Erbietungen des Kaisers und dessen Wunsch, daß die Bitten des Königes erhört würden".

[2] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. (Polit. Korrespond. von Breslau 1454—1463), 12—13, Nr. 16. Über das Datum des Eidesinstrumentes (9. März 1459) und die Obedienzleistung selbst s. Böhmen und seine Nachbarländer 78.

[3] Man. O 74: „Kostka sagte: Sprich für alle, denn was der König thut, da wird das Reich nicht dagegen sein, weil diese Dinge mit Zustimmung des ganzen Königreiches vor sich gehen".

habe, daß sie anfingen, den wahren Glauben zu erkennen und ihn in Werken auszuüben, wie der Herr sie wunderbar beschützte, als die grausamen Feinde sich mit gewaltiger Übermacht gegen sie erhoben, wie sie trotzdem, milde und nachgiebig, die Hand geboten hätten zu friedlichem Ausgleiche und zur Versöhnung, als deren Preis ihnen von der Kirchenversammlung zu Basel die Kompaktaten verliehen worden seien. Nichtsdestoweniger schmähe man die Anhänger des Kelches in liebloser Härte eben der vier Artikel wegen, nenne man sie Schismatiker und Ketzer, und dies werde nicht eher ein Ende haben, als bis der heilige Vater sich der Gedrückten gnädig annehme und durch die ausdrückliche Bestätigung jenes Vertrages ein friedliches Einvernehmen zwischen den utraquistischen Böhmen und Mährern und der übrigen christlichen Welt ermögliche. Solches werde der Gewohnheit des heiligen Vaters und des apostolischen Stuhles entsprechen, der gerne Barmherzigkeit übe an denen, die ihn suchen, das werde ihm Ehre, Ruhm und Ansehen vermehren, da Königreich und Markgrafschaft, des Friedens teilhaftig, um so williger gehorchen würden, das möge vor allem auch dem ersehnten Türkenzuge, zu dem sein König bereit sei, zu gute kommen.

Die Forderung der Kirche, die Utraquisten möchten ihre Besonderheiten aufgeben, wurde von dem Magister gar nicht berührt. Ein solches lag als etwas Unmögliches, Unfaßbares geradezu außerhalb seines Gedankenkreises, und der König hatte sich natürlich gehütet, ihm mitzuteilen, inwieweit er nach jener Richtung verpflichtet sei. Aber nationales Selbstgefühl, die erhebende Erinnerung an die glorreichen Waffenthaten seines Volkes, das Bewußtsein der guten Sache, zu der noch immer die große Mehrheit der böhmischen Nation treu und opferwillig stand, sprachen aus den Worten des Hussitenpriesters. Seine oft demütige Redeform vertrug sich wenig mit dem siegesbewußten Fluge des Gedankens und der raschen, stürmischen Art zu sprechen.

Koranda mochte im bornierten Selbstgefühle vermeinen, seine Sache glänzend geführt zu haben. Aber im Kreise seiner römischen Zuhörer, bei den Politikern der Kurie, war wohl kein Eindruck tiefer und lebendiger, als der, die böhmische Bewegung sei nach wie vor revolutionär, durchaus von unkirchlichem Geiste erfüllt. Man fand sie gefährlicher, als man geglaubt hatte; noch allgemeiner als zuvor ward die Meinung, man müsse sie um jeden Preis ausrotten. „Er errötete nicht", sagt ein Berichterstatter, der persönlich beigewohnt hatte, „vor so hochgelehrten Vätern zu behaupten, die Kommunion unter beiden Gestalten sei zur Seligkeit notwendig und entspreche der Vorschrift Jesu Christi; was er

vorbrachte, war zum guten Teile nichtig, ja unsinnig, lächerlich".[1] Gleich diesem fand sich die große Menge der niedriger gestellten Kurialen von der Art des Redners überrascht, zurückgestoßen, geärgert.[2]

Der heilige Vater selbst erhob sich, unverweilt ausführliche Antwort zu geben. Er griff in seinen geschichtlichen Ausführungen noch weiter aus als der Vorredner. Er ging hinauf bis zur Entstehung des böhmischen Staates, bis auf die Einführung des Christentumes. Mit schwungvoller Beredsamkeit pries er des Landes geistige und materielle Wohlfahrt und Blüte, die ihm in der Einheit mit der christlichen Welt zu teil geworden sei, in hohen Worten führte er den Zuhörern die Fülle der Segnungen echt christlichen und kirchlichen Lebens, die Böhmen im 13. und 14. Jahrhunderte genossen habe, vor die Augen, um dann die traurigen Vorgänge der hussitischen Periode in den grellsten Gegensatz dazu zu stellen, und auf die Verwüstung des Landes, den Verfall der kirchlichen Lehre einerseits und der Macht des Landes andererseits, auf die Zerstörung des inneren Friedens des Königreiches und die Zerreißung der Bevölkerung in zwei durch die Religion geschiedene Körperschaften hinzuweisen. Eine traurige Frucht dieser Wirren, eine Sache, die an sich niemals ordnungsmäßig von der Kirche zugestanden, dafür von den hussitischen Böhmen mit verwerflicher Hartnäckigkeit festgehalten werde, seien die Kompaktaten. Gerade sie bildeten nicht das Mittel, sondern das Hindernis für die völlige Einigung Böhmens mit der römischen Kirche, und den vollkommenen inneren Frieden im Lande herzustellen, welchen der päpstliche Stuhl so sehr wünsche.

Man müsse also besser die Frage erwägen, wie man die Kompaktaten beseitigen, als wie man sie bestätigen möge. Doch da dies eine Sache von hoher Wichtigkeit sei, und aus Rücksicht auf den König, wolle er, der Papst, sich erst mit den Kardinälen darüber beraten; dann solle den Gesandten endgültige Antwort zu teil werden.

In zweistündiger Rede[3] hatte der heilige Vater seine glänzende Vertrautheit mit der geschichtlichen Entwickelung Böhmens und besonders mit den Geschicken des Landes in der letzten Zeit, seine genaue Kenntnis der kirchlichen Lehre dargethan.

Ohne Zweifel waren auch die kurialen Teilnehmer an der Versamm-

---

[1] Anonymer Bericht aus Rom in den Script. rer. Silesiac. VIII. 86, Nr. 81.

[2] Raynaldus, Annales ecclesiastici ad ann. 1462, Nr. 19.

[3] „Nach Erstattung dieses Gesandtschaftsberichtes sprach der heilige Vater etwa zwei Stunden lang, und soweit wir uns erinnern können, sagte er folgendes." Czechischer Bericht.

lung über die Sache völlig im klaren, einig mit dem Papste in der Überzeugung, die Bitte der Böhmen könne nicht gewährt werden.

Sonst widerfuhr Papst Pius II., was seinem Vorredner aus Böhmen. Bei denen, an welche die Worte formell gerichtet waren, bei Zdenko Kostka und den utraquistischen Magistern, ging die päpstliche Darlegung wie es scheint spurlos vorüber. Nicht weil sie die Kompaktaten festhielten, sondern weil sich daneben kirchliche Meinung und religiöser Gebrauch in Böhmen so vielfach von dem altrömischen Wesen entfernt hatten,[1] befanden sie sich bei der Beurteilung dieser Dinge auf einem wesentlich anderen Standpunkte als der heilige Vater, und darum blieb es wirkungslos, wenn er ihren Glauben bekämpfte, widerlegte und verwarf.

Die ganze öffentliche Audienz war mit den Beweisführungen der beiden Redner ausgefüllt worden. Immerhin bleibt der Tag auch sonst von hohem Interesse. Oder stellten sich nicht in den Worten der Sprechenden, ja nach der Laune des Zufalles selbst in ihren Persönlichkeiten die großen Gegensätze dar, welche früher und später die christlichen Völker bewegten? Hier der hussitische Magister in der Vollkraft der Jahre, dem die unklare Empfindung, für den großen Gedanken geistigen Fortschrittes einzutreten, solche kühne, trotzige Worte in den Mund legte, Anschauungen, die aber, weil in Böhmen von den reformatorischen Ideen kaum mehr als die Form übrig war, mit hohlen Phrasen und lächerlicher Borniertheit sich paarten! Dort der bejahrte, gebrechliche Papst als der Vorkämpfer eines ebenso greisenhaften, an vielen Übeln krankenden Kirchenwesens, dessen wohlgefügtes Dogmengebäude ihm aber überall Stütze und Handhaben zur Abwehr und zum Angriffe bot, welche er im Bewußtsein berechtigten Anspruches an den Böhmenkönig und mit der ganzen ruhigen Überlegenheit seiner höheren Bildung meisterhaft zu verwerten verstand!

Die bisherigen Schritte der Gesandten König Georgs hatten, obwohl ja die Endantwort noch nicht erteilt war, doch für sie bereits das entschieden negative Resultat, daß die königliche Bitte um Bestätigung der Kompaktaten unzweifelhaft seitens der Kurie abgelehnt war. Aber damit war die Sache lange nicht erledigt. Man war nicht etwa in Rom willens, die böhmische Kirchenfrage auch nur in dem gegenwärtigen Zustande zu belassen. Hatte der römische Hof vordem mit unverkennbarer Deutlichkeit erklärt, daß er seinerseits nichts zugestehen könne und werde,

[1] G. Voigt, Georg von Böhmen, der Hussitenkönig, v. Sybel'sche Zeitschrift V. Bd. (1861) 432 ff. Vgl. Bachmann, „Böhmen u. seine Nachbarländer 1458—1461", 284—285.

so ließ man nun den Böhmen zehn Tage lang Zeit, darüber schlüssig zu werden, ob und wieweit ihr König imstande sein werde, der Kurie die alte Schuld abzutragen, und wieweit sie selbst in dieser Sache im Namen ihres Herrn sich verpflichten könnten. Die Kardinalskommission, mit der die Gesandten in der Zwischenzeit mehrfach verhandelten,[1] stützte ihre Forderungen jetzt, wie man schon vordem beschlossen hatte, einfach mit der Pflicht des Gehorsames, die sich aus der geleisteten Obedienz ergebe. Sie verlangte aber kurzweg die Rückkehr der Utraquisten zum katholischen Glauben. Mit ausdauernder Zähigkeit und unermüdeter Geduld suchte neben dem jugendlich eifrigen Carvajal vor allem der gelehrte Kardinalbischof von Brixen, Nikolaus von Cusa, die Bedenken und Zweifel der Böhmen zu entkräften. Cusa war es, der auf das nachdrücklichste betonte, daß die Böhmen, nachdem sie mit der Obedienzleistung das Recht des heiligen Vaters, in Glaubenssachen zu entscheiden, anerkannt hätten, nun auch verpflichtet wären, die Kompaktaten aufzugeben, sobald dies der Papst befehle. Daß der heilige Vater dazu entschlossen sei, war unverkennbar.

Die Einwendung der Gesandten, es werde dies gegenwärtig nicht möglich sein, bestritt wieder Carvajal aus den oben erwähnten Gründen. Nicht bloß die böhmischen Herren, sagte er, sähen mehr auf ihren Vorteil als auf den Glauben, sondern auch von einer Überzeugungsfestigkeit der utraquistischen Priesterschaft könne nicht die Rede sein. Magister Przibram habe während seiner Anwesenheit in Prag die Lehre von dem Genusse des heiligen Sakramentes unter beiden Gestalten verworfen und sei hinterher auch zum Katholicismus übergetreten, ja selbst Rokyzana sei damals schwankend geworden, und nur äußere Umstände hätten ihn gehindert, den Kelch preiszugeben. Der Kardinal hätte ebenso auf die Haltung des Pfarrers am Tein in den Jahren 1457—59 hinweisen können.[2] Die Gesandten sahen sich schließlich von den Gegnern derart in die Enge getrieben, daß sie, um nicht nachgeben zu müssen, sich hinter ihren Vollmachtsbrief zu flüchten versuchten, der ihnen in keiner Weise gestatte, über

[1] Dies geschah bereits wieder am 22. März bei Bessarion, wobei von böhmischer Seite der Kanzler fehlte, dagegen von kurialer Seite auch das vierte Mitglied der Kommission, D'Estouteville, Erzbischof zu Rouen (Rothomagensky Man. O 74; Voigt, Enea Silvio III. 460 hat also richtig vermutet) zugegen war. Bei der zweiten Beratung am 26. März erscheinen Rabenstein und Dr. Forchtenauer, und von den Kurialen Bessarion, Carvajal, der alte düstere Dominikaner Juan de Torquemada, Kardinalbischof von San Sisto, und der Bischof von Sorme anwesend. Man. O 74.

[2] Vgl. Bachmann, „Ein Jahr böhmischer Geschichte“, Archiv für österr. Gesch. LIV. Bd. 143—145; auch Böhmen und seine Nachbarländer 286—288.

die kirchliche Union abzuschließen. Dabei blieben sie stehen, obwohl sofort die Kardinäle sich bemühten, aus jener Wendung des Schriftstückes, in welcher der König erklärt, seine Botschaft solle die mit Rom schwebenden Angelegenheiten zu Ende bringen, ein solches Recht zu deduzieren. Auch die Forderung, die Gesandten möchten wenigstens für ihre Person, die Rechtmäßigkeit der kirchlichen Forderung anerkennend, sich für die Union verpflichten, lehnte Kostka entschieden ab; dies werde zu nichts führen, als sie bloßzustellen, da der König und ihre Glaubensgenossen doch nicht zustimmen würden. Als man zu drohen begann, auf die Machtmittel der Kirche gegen Ungehorsame hinwies, ward geantwortet, die Czechen hätten sich vordem dagegen behauptet und ihre Macht stünde auch jetzt noch aufrecht. So war alles vergeblich.

Die Gesandten bezeichneten es als die einzige Möglichkeit, zu Ende zu kommen, daß die Kurie einen Legaten nach Böhmen entsende, um über die jenseits ihrer Vollmacht liegenden Forderungen mit dem Könige selbst zu verhandeln.

Das ward beschlossen. Schon aus äußeren Gründen, wegen der ungeheuren Tragweite der ganzen Angelegenheit, erschien es notwendig, kein Mittel unversucht zu lassen, mit dem Böhmenkönige zu friedlicher Verständigung zu gelangen. Aber die Kurie unterließ nicht, förmlich und feierlich schon jetzt auf den einzigen Weg hinzuweisen, auf dem die Einigung zu finden war.

Mit großer Sorgfalt stellte der heilige Vater nochmals alles zusammen, was sich gegen die Erteilung und die Wirkungen, gegen Wesen und Erklärung der Kompaktaten sagen ließ. Selbst der Breslauer Prokurator, der mit nicht geringem Jubel diese Wendung der Dinge begrüßte, wurde aufgefordert, mitzuteilen, was er von den religiösen Übelständen in Böhmen erfahren habe. Seine Angaben waren aber scheint es noch einseitiger, leidenschaftlicher, verleumderischer, als vordem seine Nachreden über das Gebaren des Königes. Für eine öffentliche, feierliche Erklärung des Oberhauptes der Kirche, die, für die ganze christliche Welt bestimmt, bei aller Strenge in der Sache der Kompaktaten die Objektivität, Ruhe und Thatsächlichkeit gewissenhafter Prüfung des Gegenstandes zu zeigen und vor allem darauf Rücksicht zu nehmen hatte, eine friedliche Vereinbarung, die ja doch allein gesucht wurde, nicht zu erschweren, waren sie wenig geeignet. Die Rede des Papstes enthielt fast nichts davon.

Am 31. März empfing die böhmische Botschaft in öffentlichem Konsistorium, vor Tausenden von Neugierigen, den Endbescheid aus dem Munde Papst Pius II. Notare zeichneten auf, was der heilige Vater

sprach. In ruhiger leidenschaftsloser Weise erörterte, bekämpfte und widerlegte er die Kompaktaten; förmlich und feierlich ward die Bitte des Königes, der apostolische Stuhl möge sie bestätigen, abgeschlagen. Noch mehr! Als der Papst geendet, erhob sich der Glaubensprokurator Antonio da Gubbio zu nachfolgender Erklärung: „Die Kompaktaten, die das Basler Konzil den utraquistischen Böhmen zugestanden hat, sind vernichtet und vertilgt; die Kommunion unter beiden Gestalten ist zur Seligkeit nicht notwendig; der heilige Vater will den Gehorsam des Königes von Böhmen erst dann für Gehorsam erachten, wenn der König mitsamt seinem Reiche sich in allem und jedem der katholischen Kirche konformiert haben wird".[1]

Hatte Georg Podiebrad am 15. Mai 1461 seinem Volke erklärt, die Kompaktaten beobachten und schützen zu wollen bis ans Ende seiner Tage, so antwortete darauf die Kurie in dieser Stunde: Die Zeit, die alten Zusagen gegen die Kirche zu erfüllen, ist für den König unwiderruflich gekommen, ja der heilige Stuhl sieht die geschlossenen Verträge als bereits in Rechtskraft bestehend an, und überläßt es nun dem Könige, sie in seinem Lande auch praktisch zu verwirklichen. Ihm blieb bedingungslose Nachgiebigkeit.

Die tragische Verwicklung im großen böhmischen Königsdrama des mittleren 15. Jahrhundertes war eingetreten. Nur zu rasch drohte die vernichtende Katastrophe.

Durch einen Eilboten meldeten die Gesandten ihrem Herrn den Erfolg ihrer Botschaft.

In Rom hielt man Umschau, wer mit der schwerwiegenden Mission nach Böhmen zu betrauen sei. Die Wahl fiel auf Fantinus de Valle, des Königes bisherigen Sollicitator am römischen Hofe. Nicht bloß, daß ihn seine Vertrautheit mit den böhmischen Angelegenheiten, seine Kenntnis der Landessprache,[2] empfahl, daß ihn die Gesandten als den geeigneten Vermittler erbaten:[3] er selbst drängte sich zu der Legation. Weil seine schlimmsten Besorgnisse sich zu verwirklichen begannen, wollte er sich persönlich Klarheit über des Königes Gesinnung und Absichten verschaffen,

---

[1] Bezüglich der Erklärung des Glaubensprokurators vergl. man S. 198, Anm. Die Darlegungen Kitzings für den Papst bei Jordan, Das Königtum G. P.s 389—393.

[2] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 232.

[3] Man vgl. den Brief Kardinal Carvajals an Gregor Heimburg vom 31. Dez. 1465 in den Font. rer. Austriac. XX. 377—382, Nr. 345 und Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 234.

dann, wenn er sich treulos und unbeugsam erwies, zeigen, daß ihn selbst dabei keine Schuld treffe. In Fantinus' Instruktion wurde berücksichtigt, was für die Herstellung der Union in Böhmen praktisch von Bedeutung sein konnte;[1] die Endabmachungen blieben dem apostolischen Stuhle vorbehalten. Die Möglichkeit eines Konfliktes war aber von diesem schon jetzt ins Auge gefaßt.[2]

Der Papst lustwandelte am 1. April im Garten,[3] als die böhmischen Boten vor ihn traten, um sich zu verabschieden. Er empfing sie gütig, segnete sie. Daß er ihrem Könige die Bitte nicht gewährt habe, rechtfertigte er mit dem Stande der Verhältnisse, vor denen auch er sich beugen müsse; der König möge aber auch keinen weiteren Versuch in dieser Richtung anstellen, und mutig an die Herstellung der Union gehen; mache nur er selbst mit seiner Familie den Anfang, so werde die Nation ihm nachfolgen; die Gesandten möchten ihn dabei unterstützen, noch mehr aber dürfe er sich des Beistandes des apostolischen Stuhles versichert halten, der namentlich in der Sache der Kirchengüter keine Schwierigkeiten erheben werde. Der König solle auch dem Kaiser treu und ergeben bleiben, nicht bloß weil er die königliche Würde von ihm habe und ihm unterthänig sei, sondern auch aus Rücksicht auf ihn, den Papst. „Was immer euer König", sagte Pius II., „ihm gutes erweist, das werden wir dankbar anerkennen, als wenn es uns selbst geschehen; jede Kränkung aber, die dem Kaiser widerfährt, wird uns leid sein, als wäre sie uns angethan".

Am 3. April verließen die Gesandten Rom; der Kanzler Rabenstein folgte jedoch erst am nächsten Tage, noch später der Legat Fantinus. Um die Mitte Mai war die lange Heimreise beendet.

---

[1] S. unten die Erzählung seiner Verhandlungen mit dem Könige zu Prag im Juni und Juli 1462.

[2] Die neue Weisung an den Erzbischof von Kreta bezüglich der Huldigung der Breslauer spricht von „rebus Bohemicis nondum plene conclusis". Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 90, Nr. 83. Vergl. ebendort den Brief Cusas nach Breslau vom 15. April: 91, Nr. 84, und die Berichte Kitzings a. a. O.

[3] Nach den czechischen Berichten waren sechs Kardinäle und einige Bischöfe um ihn, also Zeugen in hinlänglicher Anzahl.

Zehntes Kapitel.

Des Böhmenkönigs Plan eines europäischen Fürstenbundes. Die Tage von Glogau und Guben. Die Sendung Antonio Marinis nach Venedig. Fantins Verhandlungen über die kirchliche Frage mit dem böhmischen Königshofe.

Solange der Böhmenkönig nicht über die Entschließungen des römischen Stuhles Nachricht hatte, suchte er zu vermeiden, daß man ihn tiefer in die Kriegshändel im Reiche verwickle. Darum ließ er sich die Äußerungen des kaiserlichen Zornes, die Vereitelung des neuen Prager Friedenstages gefallen, und zeigte er in der Lausitzer Sache auch fernerhin große Nachgiebigkeit. Die Rücksicht auf die sächsischen Fürsten, die ihm wertvolle Freunde waren, ob sich nun in Rom die Dinge so oder so entschieden, die Besorgnis, daß ihm nach dem, was sich über den Wilsnacker Tag gerüchtsweise verbreitete, der Handel schließlich eine Koalition der Fürsten im Norden des Reiches auf den Hals ziehen könne,[1] bestimmten Georg dazu. Auch ließ sich Kurfürst Friedrichs Fehde doch wohl von der feindseligen Haltung seines Bruders in Franken scheiden. So kam es zum Brüxer April-Tage.

Am Palmsonntage wurden die Verhandlungen eröffnet. Der König war durch die Räte Johann Hase von Hasenburg, Matthes Schlick auf Elbogen, Johann von Kolowrat, Jobst von Einsiedel und den Burggrafen von Brüx, Hermann Sirotek, vertreten, die sächsischen Boten Nikolaus von Schönburg, Hans Metsch, Schenk Hans von Tautenberg und Johann Sifrid, Kanzler Kurfürst Friedrichs, führte dessen Obermarschall Herr Jan von Sleinitz. In seinem Auftreten sprach sich die veränderte politische Lage aus: er wollte von Zugeständnissen, zu denen Markgraf Friedrich noch im Januar in Brüx bereit gewesen war, nichts wissen. Die einzige Lösung der Streitfrage, die seinen Herren „nach ihrer gehabten Erfahrung billig und glimpflich bedünke", sei, daß der König, „falls er das Land Lausitz von dem Markgrafen wieder haben wolle, ihm sein Geld nach Laut der Verschreibung herausgebe; so dies geschehe, wenn dann der König vermeine, der Kurfürst sei ihm fürder mehr abzutreten oder ledig zu geben pflichtig, so möge er ihn deswegen in der Form belangen, wie

[1] Man beachte darüber die verschiedenen Angaben der Berichte über die Brüxer Verhandlungen, Archiv für österr. Geschichte LXIV. 341, 348; vgl. 290—291.

dies ihre Einung vorschreibe". Er betonte mit Nachdruck, des Markgrafen Klage „erschalle allumb in den Landen", daß der König gegen Kaiser Sigmunds, König Ladislaws und seine eigene Verschreibung, sich unterfange, „ihn von dem Lande der Lausitz zu dringen", und solches „der König von Dänemark auf dem Tage zu Wilsnack vielen Fürsten und Städten erzählt haben solle".[1] Betreffs Kottbus schlugen die Sachsen vor, die Sache den Ständen der Lausitz zur Entscheidung zu weisen, oder auch nach den Bestimmungen der Egerer Einung vom 1459 zu verfahren.[2]

Die königlichen Gesandten zeigten sich überrascht, daß man sich auf der Gegenseite nicht einmal zu dem bereit erkläre, was der Kurfürst selbst schon im Januar hatte zugestehen wollen. Sie ersuchten, daß man darauf zurückkomme oder die sächsischen Räte möchten als die von beiden Seiten bestellten Zwischenhändler andere „fügliche Mittel" und Wege, eine Übereinkunft zu finden, angeben. Aber jene wußten keinen Ausweg: Was einst Brandenburg vorgeschlagen habe, daß der Markgraf das Land seine Lebtage behalte, und dasselbe nach seinem Tode „lediglich" an die Krone fallen solle, habe man abgelehnt, ebenso andererseits des Königes Erbieten, für die Lausitz 4000 und für Kottbus 1000 Schock gute Groschen zahlen zu wollen.

Es handelte sich nach kurzem Hin- und Widerreden nur um die Anberaumung eines neuen Tages, an dem womöglich die Fürsten selbst teilnehmen sollten. Man war darüber einig, daß eine Zusammenkunft am besten gelegentlich des Königes bevorstehender Reise zu einer Begegnung mit König Kasimir von Polen in Glogau stattfinde, doch verlangten die sächsischen Räte ausdrücklich, daß zuvor durch beiderseitige Botschaften, sei es in Kamenz oder Brüx, definitive Vereinbarungen erzielt würden; es möchte sonst ihren Herren schimpflich sein, wieder unverrichtetersache vom Tage scheiden zu müssen. Das gestanden jene zu. Die Wahl der Orte blieb dem Könige überlassen.[3]

Hatte der König im Januar in Brüx eine Äußerung gethan, aus der die sächsischen Fürsten entnehmen konnten, er besorge gewisse Forderung des apostolischen Stuhles nicht erfüllen zu können, und die Beilegung des Streites um die Lausitz sei ihm erwünscht,[4] so enthüllte jetzt

---

[1] Nach den Orig.-Ber. des Weim. Ges.-Arch. (Reg. C, pag. 2, Nr. 2, fol. 68—73) im Arch. für österr. Gesch. LXIV. 340—346; 346—349.

[2] So besagte wenigstens ihre Instruktion. Weim. Arch. Reg. C, pag. 1, Nr. 2, fol. 39—42.

[3] Archiv für österr. Geschichte LXIV. 290—291.

[4] Kitzings Bericht in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 93—94, Nr. 86.

sein Sekretär Jobst von Einsiedel in vertraulichem Gespräche mit dem Obermarschalle von Steinitz des Königes Endabsichten in dieser Sache, nicht ohne wiederum deutlich den ernstlichen Wunsch seines Herrn, sich deswegen mit dem Markgrafen zu verständigen, auszusprechen; es käme ihm auf ein paar tausend Schock mehr oder weniger wahrlich nicht an; nur ehrenhalber bestehe er auf seinen ursprünglichen Forderungen, die er, von einigen der Seinen übel beraten, erhoben habe.[1]

Trotzdem sah man nicht bloß in der Mark, sondern auch in Sachsen der Entwickelung der Dinge mit Sorgen entgegen, und in der That lauteten die Meldungen aus Böhmen bald wieder bedenklich genug.

Trotz aller Mühe gelang es dem Könige nicht, der Haltung des Markgrafen Albrecht gegenüber und wegen der Verpflichtungen, die er eben wieder in Budweis übernommen, sich auch nur einige Zeit eine neutrale Stellung im Reiche zu sichern. Kaum war der Tag zu Budweis zu Ende, so erschien ein Rat Herzog Ludwigs von Bayern, Parzival Aichperger, mit dringender Werbung: Sein Herr habe im festen Vertrauen auf den Beistand des Königes die besonderen Verhandlungen mit dem Kaiser, der dazu bereits den Geleitsbrief für die bayrischen Räte überschickt, wieder aufgegeben, und dies mit dem in Aussicht stehenden Prager Friedenstage begründet; nun sehe er sich aber durch den Markgrafen und das Reichsheer schwer bedroht und in Gefahr, allein überzogen zu werden; der Zuzug des böhmischen Heeres noch vor Mittfasten (28. März) sei dringend notwendig; mit ihm vereint und unterstützt von den Hilfsscharen des Pfalzgrafen, seiner Vettern von München und Herzog Sigmunds von Tirol, die er bis längstens Lätare (28. März) zu sich gegen Lauf ins Feld entboten habe, hoffe der Herzog dann den Gegnern getrost Widerstand zu thun.[2]

König Georg genügte seiner Bundespflicht. Am 20. März standen seine Truppen, geführt von seinem Schwager Leo von Rosenthal und Herrn Burian von Guttenstein bei Weiden in der Oberpfalz.[3] Dem ersten Heerhaufen folgten bald Brüderrotten und eine zweite königliche

[1] Archiv für österr. Geschichte LXIV. 346—349; vgl. 291: Bericht über die geheime Schlußunterredung des sächsischen Obermarschalles Jan von Steinitz mit Jobst von Einsiedel, Sayda 13. April.

[2] Seine Instruktion bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 630—632, Nr. CXL. Die Werbung mag um den 12. März in Prag geschehen sein, wie wenigstens der Zug des böhmischen Hilfsheeres annehmen läßt.

[3] Bericht Sebastians von Seckendorff an Markgraf Albrecht vom 21. März Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 441.

Schar, geführt von den Brüdern Apel und Bernhard von Vitzthum.[1] Bedrohten jene das „Land auf dem Gebirge" mit feindlicher Überziehung, zur Zeit, als der König zur Beschickung des Prager Tages den Markgrafen einlud, gewiß eine mächtige Handhabe, dessen Zusage zu erlangen, so bedeutete das Erscheinen der Vitzthum, der geschworenen Feinde des Thüringer Herzoges, zugleich für diesen die Warnung, auf der Hut zu sein. Der König ließ so auch ihn die Mittel sehen, die er zu rascher Bestrafung habe, falls Wilhelm nach seiner Neigung dem Markgrafen helfe.[2] Wirklich erfuhr man in Weimar bald genug, daß der Bischof von Würzburg unablässig dränge, ihn durch Entsendung eines böhmischen Heerhaufens gegen Thüringen und Meißen zu sichern,[3] und Apel Vitzthum es zunächst auf Orlamünde abgesehen habe.[4]

Aber zu handeln zögerte der König selbst jetzt noch. Die Antwort auf den Bericht seiner Räte über den Brüxer Tag wurde aufgeschoben. Die Hauptleute seiner Truppen bekamen Befehl, in der Oberpfalz stehen zu bleiben.[5] Die Absagen, die an den Markgrafen seitens böhmischer Herren erfolgten, geschahen im Namen der Königin,[6] oder weil sie Herzog Ludwigs Diener seien. Das alles änderte sich aber mit einem Schlage, als Herrn Zdenko Kostkas Eilbote aus Rom einlangte.

Wie auf allen Gebieten des kirchlichen und staatlichen Lebens, so macht sich auch in der Fortentwickelung der diplomatischen Beziehungen

---

[1] Hans von Waldenfels, Hauptmann der „Hofleute auf dem Gebirge" an Konrad Pappenheim, Pfleger von Koburg. Weim. Gesamtarchiv, Reg. C, pag. 3, Nr. 3, vol. III. fol. 40. Die vielfachen anderen Meldungen ebendort unterscheiden genau die von Herzog Ludwig geworbenen Brüderrotten von den beiden königl. Heerhaufen.

[2] Darum hatte der Markgraf durch Herrn Heinrich von Aufseß und Hans von Sparneck bei ihm geworben. Bericht des Hausvogtes der Plassenburg an Markgraf Albrecht vom 11. April im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 136. Des Herzoges Absage, die im Mai trotzdem an Würzburg erfolgte, im Weim. Gesamtarchiv a. a. O.

[3] Nach den Berichten über die Verhandlungen des Brüxer Tages. Archiv für österr. Geschichte LXIV. Bd. 349, Nr. XXVI.

[4] Nach einem Berichte Hans Rabensteiner des Älteren aus Hof an Herzog Wilhelm. Weim. Gesamtarchiv, Reg. C, pag. 3, Nr. 3, vol. III., fol. 45.

[5] Was von der Teilnahme der Böhmen an den Kämpfen an der oberen Donau gemeldet wird, geht auf die böhmischen Soldtruppen des Bayerherzoges. Die beiden königlichen Abteilungen, auch die im März ausziehende, fanden nur im Bayreuthischen Verwendung. Vgl. Font. rer. Austriac. XLII. 345—346, Nr. 254—255 und vielfache Meldungen des Weim. Gesamtarchives Reg. C, pag. III., Nr. 3, vol. III.

[6] „Item alle Behmen, so vns yczo ire vyhandsbriue ubersand haben, sint alleyne von der konigynn wegen von Behmen vyhandt wurden." Schreiben der Amtleute zu Plassenburg an Markgraf Albrecht, Weim. Gesamtarchiv l. c. fol. 39.

zwischen den christlichen Mächten Europas während der letzten Jahrzehnte des Mittelalters eine tiefgehende Veränderung bemerkbar. Längst waren das päpstliche und kaiserliche Staatensystem aus den Fugen gewichen, die Idee einer Vorherrschaft des deutschen Kaisertumes vor allen christlichen Nationen war verblaßt, sowie des Reiches Macht immer hinfälliger geworden war: Seit dem letzten verunglückten Versuche Kaiser Sigmunds zur Zeit der Konstanzer Kirchenversammlung hatten die deutschen Könige in dieser Richtung sich mit dem theoretischen Rechte begnügt. Dafür hatte namentlich die Macht und Bedeutung des französischen Königtumes in den Augen der Völker gewonnen, so daß man bereits den „allerchristlichsten König" auch als den mächtigsten Herrscher des Abendlandes bezeichnete.

Und wenn jene Anschauung von einer christlichen Staatenfamilie, deren Häupter der Papst und der Kaiser seien, deren gemeinsame Interessen in erster Reihe von diesen beiden Gewalten gewahrt würden, bis jetzt bei den Völkern lebendig war, so schien auch das anders zu werden.

Neue Ansichten über das Wesen und die Aufgabe des Staates, das Verhältnis der weltlichen Mächte zu einander und zur Kirche, moderne Anschauungen über Ziele und Mittel internationaler Politik, über Verträge und Völkerrecht ringen nun nach Geltung. Ihre Träger und Verfechter sind anfangs wie begreiflich noch unklar in ihren Bestrebungen und unglücklich in der Wahl der Mittel, vielfach beeinflußt von dem Bestehenden, allseitig gehindert durch dessen natürliche Trägheit und den bewußten Widerstand des Alten. Kein Wunder, daß die Versuche regelmäßig scheiterten, bis schließlich die neue Ordnung, weil innerlich berechtigt, sich siegreich Raum schuf, bis um die Wende des Jahrhundertes bereits die Grundanschauungen macchiavellistischer Politik sich erkennen ließen und das große System des europäischen Gleichgewichtes unbedingte Anerkennung fand, während Rang und Religion daneben in den Hintergrund traten.

Auch der Böhmenkönig war in einer Hinsicht ein echter Sohn seiner Zeit. Nicht bloß, daß er, der sich vom Barone zum Könige emporgeschwungen, nur ein Eindringling war in dem Kreise legitimer Herrscher, und daß er als Utraquist sich von Haus aus in gewissem Widerspruche zur alten kirchlichen Ordnung befand: Sein Wesen zeigt auch daneben einen Zug ins Große. Ihn zeichnet die leichte Entschlossenheit, die Lust und Neigung zu weit ausgreifenden, kühn reformatorischen Entwürfen auf staatlich-politischem und volkswirtschaftlichem Gebiete aus. Er suchte jetzt auch seinerseits Teil zu nehmen an der Bewältigung der großen Probleme seiner Zeit, freilich nur insofern, als er sie für seine persönlichen Pläne zu verwerten strebte.

Aber zum glücklichen Beginnen fehlen Georg die günstigen äußeren

Verhältnisse, und vor allem die nötigen persönlichen Eigenschaften. Der König besaß keine tiefere persönliche Bildung, keinen eigentlich weiteren staatsmännischen Horizont. Herangewachsen in den engen Verhältnissen eines verwickelten Parteilebens, darin gewandt und erfahren wie keiner, alles schlau erwägend und alle Wege berechnend, die zum Ziele führen konnten, zähe ausdauernd und, wo es notwendig war, rücksichtslos zufahrend, hatte er die Bahn zurückgelegt bis zur Höhe des Königsthrones. Hohe Umsicht und Fürsorge für die Ehre und Wohlfahrt des Reiches hatten ihn dabei nach Verdienst gefördert. Aber der äußeren Politik des Podiebradschen Königtumes fehlt die sichere Einsicht in Maß und Verhältnis zwischen dem eigenen und fremden Vermögen, mangelt mit den wohlgeordneten Principien für das persönliche Streben, die keine Schlauheit, keine Kunstgriffe und Winkelzüge des erfahrenen Faktionshauptes zu ersetzen vermögen, die Wertschätzung der ethischen Kräfte, die auch jetzt die Welt beherrschten, und so jener tiefgegründeten Anschauungen, durch welche immer noch Papsttum und Kaisertum gestützt wurden, und sie selbst wieder die damalige Welt in hervorragendem Grade beeinflußten.

So kam es, daß der König, überdies durch die Not der eigenen Lage gedrängt, sich immer aufs neue zu großartigen Projekten verleiten ließ, deren Unausführbarkeit, wenigstens nach dem Maße der verfügbaren Mittel, einem kühl berechnenden Kopfe klar war, die aber doch bei der allgemeinen Lage der Dinge anfänglich Aufsehen erregten und Erfolg versprachen; so suchte er auch dort noch Vermittelung, diplomatische Auswege, wo principielle Gegensätze allein den Kampf übrig ließen. Jederzeit standen aber mit den Aussichten auf Erfolg die üblen Konsequenzen im verkehrten Verhältnisse; denn selbst zugegeben, das Scheitern solcher Umsturzpläne sei an sich nicht allzu bedauerlich gewesen, so fiel naturgemäß jede derartige Niederlage schwer ins Gewicht, weil des Königes Zeit, Geld, persönliche und politische Verbindungen dafür im reichen Maße verwendet und verbraucht werden mußten. Oder war es, um nochmals bereits Erwähntes zu berühren, nicht ein politisches System der schlimmsten Art, ein verhängnisvolles Spiel mit Treue und Glauben, daß der König, als er im kühnen Ehrgeize danach strebte, deutscher König und Kaiser zu werden, erst den natürlichen Bund mit König Matthias von Ungarn, seinem künftigen Schwiegersohne, den ein ähnliches Geschick auf den Thron gehoben hatte, der Verbindung mit Kaiser Friedrich zum Opfer brachte, dann, um die Zustimmung der Wittelsbacher und der kirchlichen Oppositionspartei zu erlangen, das Verständnis mit dem Kaiser und mit dem Papste und die Einung mit den Hohenzollern in Frage stellte, endlich wieder einen

Augenblick bereit war, seine und seiner Verbündeten Macht dem heiligen Vater zur Verfügung zu stellen, um durch dessen Bestallung Kaiser und Kurfürsten zum Trotze römischer König zu werden? Und macht es dem Scharfblicke des Königes wenig Ehre, wenn man die Männer ins Auge faßt, die ihn zur Bewerbung um die Krone des deutschen Reiches geraten hatten, vor allem einen Martin Mair, oder die später als Leiter seiner auswärtigen Politik erscheinen, wie Gregor Heimburg, der trotz aller hervorragenden Eigenschaften, trotz aller staatsmännischen Bedeutung für den König die schlimmste Acquisition war, weil er ihn in den Kampf mit dem Kaiser hineinhetzte und die immer wieder von Podiebrad gesuchte Aussöhnung mit Rom von vornherein unmöglich machen mußte, so wurde es jetzt für den König geradezu verhängnisvoll, daß er in dem Momente, in dem er die Notwendigkeit empfand, die geistige Bewegung seiner Zeit gegen die Bevormundung Roms für den großen Kampf, den er mit dem Papsttume auszufechten hatte, zu nützen, in welchem er versuchte, das politische System Europas neuzugestalten und darin für die staatlichen Interessen, die er zu vertreten behauptete, sich einen Rückhalt zu sichern, daß er jetzt für seinen großen Plan eines europäischen Fürstenparlamentes keinen andern diplomatischen Berater zu finden verstand, als jenen mehrgenannten schwindelhaften Franzosen mit italienischem Namen, Antonio Marini aus Grenoble.

So ernstlich der König seit Monaten alles aufgeboten hatte, eine Verständigung mit der Kurie, trotz seiner Erklärung für die Kompaktaten, zu ermöglichen: der drückende Gedanke, es könne alles umsonst sein, der Kampf mit Rom werde trotzdem beginnen, kam ihm sicher oft und früh genug. Darf man eine Bemerkung Marinis gegen den König in seinem Berichte aus Viterbo vom 8. August 1461 wirklich auf den Plan, eine Verständigung zwischen den europäischen Fürsten zu bestimmten Zwecken anzubahnen, beziehen, so haben wir unstreitig ein Glied aus einer Reihe weiterer Korrespondenzen und Erwägungen vor uns, die zwischen dem Könige und dem Urheber des Projektes gepflogen wurden. Daß der König dann gelegentlich des Brüxer Tages den sächsischen Fürsten auseinandersetzte, er könne nicht wohl verhalten werden, seine Briefe und den Inhalt dessen, was er mit den Krönungsbischöfen beredet, dem römischen Stuhle zu erfüllen, soweit damit früher übernommene Verpflichtungen im Widerspruche stünden,[1] beweist, wie er bereits das Material zur Ver-

[1] So viel ist aus der Notiz im Berichte H. Kitzings vom 17. Mai 1462 nach Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 93, Nr. 86, wohl zu entnehmen.

teidigung des von ihm jetzt eingenommenen Standpunktes, soweit er das Dogma betraf, gesammelt hatte. Um dieselbe Zeit war wohl auch der Entwurf für den großen diplomatischen Feldzug fertig, da Marini als Mitglied der böhmischen Gesandtschaft schwerlich erst während deren Anwesenheit in Rom zu solcher Arbeit Muße fand. Sicher ist: Sobald dem Könige das Schicksal seiner römischen Legation bekannt war, vermochte er unverweilt an eine Aktion zu schreiten; es mußten also wenigstens deren Hauptaufgaben ihm klar vorliegen; war sie ja in einer Hinsicht sogar bereits begonnen. Der Hauptzweck des ganzen Planes ging dahin, zu verhindern, daß der König von Böhmen vor den Augen der Welt als Urheber des neuen Konfliktes zwischen seinem Volke und dem römischen Stuhle hingestellt wurde, oder daß man ihn vor den christlichen Völkern als wortbrüchig und meineidig brandmarkte, als einen Fürsten bezeichnete, der einst persönlichen Gewinnes wegen die Aufgebung des hussitischen Glaubens zugesagt habe, um hinterher die alten Gesinnungen wieder hervorzukehren. Nicht einmal als der specielle Schützer jener rituellen Sonderheiten, die sich einst die Böhmen im Kampfe mit dem katholischen Europa ertrotzt, wollte der König außerhalb Böhmens erscheinen. Ihn sollten materiell enge politische Verbindungen mit den mächtigsten Fürstenhäusern des Kontinentes, sollten berechtigte freiheitliche Anschauungen, die man im Interesse der gesamten Christenheit gegen den Papst und gegen den von ihm geleiteten Kaiser zu verteidigen sich Miene gab, ideell schützen. Das galt es jetzt ins Werk zu setzen.

Als Ausgangspunkt, beziehungsweise als Zweck des Entwurfes erscheint wieder ein energischer Türkenkrieg, zu dessen gemeinsamer Führung sich ein großer Bund europäischer Monarchen bilden sollte. Dafür wollte man König Ludwig XI. von Frankreich gewinnen, indem man ihm die Oberleitung neben dem Böhmenkönige zuwies, — Frankreich wurde damit förmlich der erste Rang unter den christlichen Mächten zuerkannt, und indem man den König durch weitere Vorteile wie bezüglich der Realisierung seiner Ansprüche auf Neapel anlockte. Ungarn und Venedig für die Vereinigung zu gewinnen, zweifelte König Georg nicht. Beide Reiche waren ja in erster Reihe von der Türkenmacht bedroht, und was König Matthias betraf, so glaubte der Böhme nur zu fest, den Schwiegersohn nach Belieben zur Mitwirkung bei seinen verschiedenen politischen Entwürfen bestimmen zu können. Daß man die große gemeinsame Sache der Christenheit, die Abwehr der Türken, zur Losung nahm, bot ferner die Handhabe, auch den Polenkönig, Herzog Philipp von Burgund und eines und das andere der bedeutendsten Fürstenhäuser Deutschlands zum Bunde

heranzuziehen. Dagegen war auf den Beitritt des Papstes und des Kaisers nicht gerechnet, ja nach den besonderen Intentionen des Böhmenköniges mußten sie geradezu ferngehalten werden.

Die verbündeten Herrscher wollten selbständig in den eigenen wie den gemeinsamen Angelegenheiten des Bundes und bei der Erreichung seiner Aufgabe vorangehen und bei den allfälligen Vereinbarungen den Königen von Frankreich und Böhmen die Führerrolle überlassen, jenem für die Angelegenheiten des Westens, diesem in Osteuropa. Was man in Prag damit im besonderen wollte, ist durchsichtig genug. Organisierte sich ein derartiger Verein mitteleuropäischer Herrscher, so ward er alsbald die bestimmende Macht des Erdteiles, vor der Papst und Kaiser wenigstens hinsichtlich ihrer materiellen Mittel zurücktraten. Kam es gar zu einem machtvollen Zuge gegen die Osmanen und zu ihrer glücklichen Zurückdrängung, dann war das Ansehen der beiden Häupter der Christenheit, die solange und stets mit so kläglichem Erfolge versucht hatten, den Krieg gegen die Türken in Gang zu bringen, in den Augen der Völker geradezu vernichtet.

Den Hauptvorteil mußte aber der Böhmenkönig erlangen. Ihn, den Urheber der Vereinigung, der zugleich als der Oberfeldherr gegen die Türkenmacht das erste Verdienst zu gewinnen gedachte, schützte dann eben diese im Interesse des gesamten Abendlandes übernommene Rolle um so nachdrücklicher gegen den in seiner Auktorität geschädigten päpstlichen Stuhl, den auf die Seite geschobenen Papst. Oder was vermochten die eventuellen Maßnahmen des erbitterten römischen Hofes den Sympathien gegenüber, welche die gegen den Erbfeind geschützten europäischen Nationen dem Könige entgegenbringen mußten? Ja, wurde es für die Kirche nicht geradezu innere Unmöglichkeit, jenen als Feind des Glaubens zu bekämpfen, der ihn so nachdrücklich verteidigte?

Es mag dabei dahingestellt bleiben, ob der König seine kühnen Gedanken bis zur Wiedereroberung von Konstantinopel und zur Erlangung der griechischen Kaiserkrone schweifen ließ. Später (1465) hat man sich jedenfalls am böhmischen Hofe mit ähnlichen Entwürfen getragen, und noch war ja kein Jahrzehnt verflossen, seitdem Mohammed II. auf der Hagia Sophia zu Byzanz den Halbmond an Stelle des Kreuzes aufgepflanzt hatte. Und wie viel ist problemereichen Köpfen, denen die Unterscheidung zwischen dem möglichen und unwahrlichen schwer fällt, zuzutrauen?[1]

---

[1] Man vgl. vor allem H. Markgraf, Über Georgs von Podiebrad Projekt eines

Um den 25. April erhielt König Georg die Meldungen aus Rom.[1] So schwer sie ihn treffen mochten: er fand sich so rasch in die neue Sachlage, als wenn er sie mit Sicherheit vorausgesehen hätte. Nun erwachte die alte Rührigkeit des Königes Podiebrad. Seinem Heere in der Oberpfalz gab er sofort Befehl, den Angriff auf die Lande des Markgrafen nachdrücklichst zu eröffnen.[2] Dazu wurde dem Herzoge Ludwig von Bayern geschrieben, daß der König ihm demnächst mit einem mächtigen Heere in Person zu Hilfe kommen werde.[3]

Es galt das militärische Ansehen der Macht Böhmens im Reichskriege zu behaupten. Dagegen wünschte Georg die Beendigung des Streites mit Markgraf Friedrich und wurde dem Kurfürsten von Sachsen gemeldet, daß man sich böhmischerseits die Verabredungen der beiderseitigen Räte zu Brüx gefallen lasse. Sowie der König nur durch die Hartnäckigkeit Friedrichs von Brandenburg genötigt worden sei, „seine Herrschaft, Lande, Städte und Leute zu handhaben und wieder an sich zu bringen, wie er auch mit Recht und mit gewaltsamer Hand gethan habe", so sei er auch jetzt gern bereit, den Streit um das Land Lausitz „nach Inhalt des Bündnisses und der Einung von Eger" durch eine Kommission, bestehend aus je drei böhmischen und brandenburgischen Räten, entscheiden zu lassen; die Kommission möge am 1. Juni in Beeskow zusammentreten; die sächsischen Herzoge könnten es also unterlassen, sich in dieser Sache weiter zu bemühen. — Dieser Brief des Königes beendete mit einem

christlichen Fürstenbundes zur Vertreibung der Türken aus Europa ꝛc. H. v. Sybels Histor. Zeitschr. XXI. 257 ff.

[1] Den Termin nehme ich von der Absendung seines Schreibens an Kurfürst Friedrich von Sachsen, die der König nach Schluß des Brüxer Tages doch offenbar nur deshalb verschoben hatte, um je nach dem Ausfalle der römischen Verhandlungen seine Maßnahmen zu treffen. Auch sonst stimmen die bezüglichen Daten, vor allem die Wegdauer von Rom nach Prag, mit diesem Termine zusammen.

[2] Der Angriff auf das Wunsiedler Gebiet, zu dem Herzog Ludwig auch bayrische und pfalzgräfliche Truppen in der Stärke von 3000 Fußgängern und 350 Reisigen absandte, begann schon Ende April. Ber. der Amtleute auf der Plassenburg im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 3, Nr. 3, vol. III., fol. 39. Vergl. ebendort vol. II., fol. 84—85 u. fol. 94 Briefe Herzog Wilhelms vom 1. u. 12. Mai an seinen Bruder, den Kurfürsten.

[3] Brief Herzog Ludwigs an die Herzoge von Bayern-München vom 8. Mai. Original im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 320. „Der König habe jetzt Herrn Leo von Rosenthal und Herrn Zalta von Steinberg (der also wohl Verstärkungen herbeiführte) gesandt, versehen mit allem Nötigen und besonders zwei mächtigen Büchsen." Auch dies beweist, daß das königliche Heer, obwohl es seit Ende März in Bayern stand, bisher am Kriege nicht teilgenommen hatte.

Schlage die Befürchtungen der Häuser von Sachsen und Brandenburg.[1]

Nachdem bereits in dem Vertrage vom 24. November 1460 eine Zusammenkunft der Könige von Böhmen und Polen zur Festigung der freundnachbarlichen Beziehungen beider Reiche auf den 1. Mai 1462 nach Glogau verabredet worden war,[2] hatte der Prager Hof in letzter Zeit um so ernstlicher für das Zustandekommen des Fürstentages Sorge getragen, als dieser Gelegenheit bieten konnte, im Falle des Bruches mit Rom sofort mit König Kasimir die Verhandlungen über dessen Eintritt in den europäischen Bund aufzunehmen. Nur war, eben deswegen, der Tag auf den 15. Mai verschoben worden.[3] Wohlbekannt mit der Prunk- und Schaulust der östlichen Bevölkerungen hatte König Georg sich und die Seinen stattlich für die Fahrt gerüstet und zugleich, um das äußere Gepränge des Zuges zu mehren, vielleicht auch mit berechnender Rücksicht auf die Lausitzer Streitfrage, eine Anzahl der buntgemischten sogenannten Brüderrotten in seinen Dienst genommen, die ihn auf dem Zuge durch die obere und niedere Mark in drohender Nähe an den brandenburgischen Kurlanden vorüber nach Glogau begleiten sollten.

Noch wirkten des Königes plötzliche Entschlüsse während der letzten Läufe in den Gemütern nach. Das Zusammenströmen bewaffneter Scharen bei Prag hatte die Meldung von gewaltigen Kriegsrüstungen nach Schlesien, Sachsen und in die Marken zur Folge.[4] Als der König am 27. April an der Nordgrenze Böhmens erschien, da zitterte nicht bloß Kurfürst von Brandenburg vor einem Einbruche der Böhmen in die Mark,[5] sondern es gerieten auch die Breslauer und die sächsischen Lande in Aufregung.[6] Es war hohe Zeit, daß am folgenden Tage Friedrich der Sanftmütige jenen Brief des Königes erhielt, der die Beilegung des Streites um die untere Mark mit Sicherheit hoffen ließ.

---

[1] Prag am 25. April 1462. Font. rer. Austriac. XLII. 341—343, Nr. 251.

[2] Böhmen und seine Nachbarländer 230—231.

[3] H. Markgraf, König Georgs Plan eines europäischen Fürstenbundes 275.

[4] Vergl. darüber Archiv für österr. Geschichte LXIV. 292. Man sprach von 11 000 Mann, die bei Prag versammelt stünden, es waren jedoch kaum 4000.

[5] Sein Schreiben an Kurfürst Adolf von Mainz ebendort 349, Beil. XXVII.

[6] Die Briefe Heinrichs von Bünau an Kurfürst Friedrich und des Kurf. an seinen Bruder Wilhelm vom 26. und 28. April im Archiv für österr. Gesch. LXIV. 350—351, Beil. XXVIII. und XXIX. Bezüglich Breslaus vergl. Kitzings Bericht vom 24. Juni, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 119, Nr. 102: „Item alles, das ir yn ewrem brieff berurt habt von gebewde an der stat, und wy ir soldener gehabt czu rosse vnd czu fusse yn der czeyt des tages czu Glogaw und sust alle andere sachen, habe ich vor vnsern heiligen vater bracht.“

Wir folgen dem Zuge des Königes. In Polen lagen die Verhältnisse für einen innigen Anschluß des Herrscherhauses an Böhmen nicht günstig. Es gab am Hofe eine starke Partei, an ihrer Spitze die Königin Elisabeth, die dem Podiebradschen Königtume vom Anfange an feindlich gesinnt war.[1] Die energische Frau sah in Georg den illegitimen Nachfolger ihres unglücklichen Bruders Ladislaw, den Usurpator; der König stand wesentlich unter dem Einflusse seiner Gemahlin. Dazu kam, daß für eine Vermittelung des Böhmenköniges in dem preußisch-polnischen Handel, einem der Hauptzwecke der Glogauer Zusammenkunft, sich keine Grundlage gewinnen ließ. So wie der Deutschherrenorden seine Sache viel lieber dem römischen Stuhle anzuvertrauen geneigt war,[2] so erhofften auch die Diplomaten am polnischen Hofe, besonders die Geistlichen unter ihnen, eine glückliche Beendigung der langjährigen Kämpfe nicht von dem stets unverläßlichen und eigennützigen Böhmenkönige, sondern von der Kurie.[3] Auch hatte ja bereits Papst Pius II. das Amt eines Friedensstifters an sich gezogen und den nach dem Norden gesandten Erzbischof von Kreta mit den bezüglichen Vollmachten versehen.[4] Hier winkte kaum ein Erfolg.

Bezeichnend war, daß König Kasimir sich bis zum letzten Augenblicke bedachte, und als er schließlich den Palatin von Kalisch, Stanislaus von Ostrorog, und den Johannis Tarnowski, Kastellan zu Sandecz, zu dem Könige von Böhmen schickte, um zu erklären, daß er Podiebrads Vermittelung in dem Kriege mit Preußen annehme, so war diese Zusage an die Bedingung geknüpft, daß in dem Schiedsspruche die Gebiete von Chelm, Michalow und Pomeranien an Polen gewiesen würden.[5] Damit

---

[1] Man vergl. die Äußerung Jobsts von Einsiedel in der erwähnten geheimen Unterredung mit dem sächsischen Obermarschall zu Sayda, Archiv für österr. Geschichte LXIV. 348: Had er Jobst gesagt, der konig von Polen sey den Behemen nicht hold; das wißen sie wol vnd es mache sin gemahel.

[2] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 81, Nr. 77: Ich hore sust von den, dy her komen von Prewssen, das der ordin anders geschicket ist aff richtunge, . . . und werdin nicht fulgin dem konige nach willen der Pulan, sundir vff den hern legatin postin (= passen, warten) sie wol.

[3] Dlugoš, Historiae Polon. lib. XIII. (Lipsiae 1712), col. 284. Der Breslauer Gesandte schreibt am 24. März aus Lowicz (Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 81, Nr. 77): Ist der herre legat mit euch, so schreybit, wen her komen wulle, her moge gerniglich, wil her den tag czurucke treybin. Der Erzbischof selbst schreibt, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 83—84, Nr. 79: Nulli nisi sedi apostolice rex (Polonie) honorem dabit ad paciscendum. Vgl. Markgraf 276.

[4] Vgl. seine Instruktion und Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 81, Nr. 77.

[5] Dlugoš col. 286.

war aber auch bereits der ganze Handel verfahren. Überdies erschien die Neigung des Polenköniges, seinen böhmischen Nachbar in Glogau zu sehen, so gering, daß er noch am 15. Mai, als man bereits die schlesische Grenze erreicht hatte, in Wschow Halt machte und drei Tage verweilte, unschlüssig, ob er nach Glogau weiterreiten sollte.[1]

Inzwischen war der Böhmenkönig in langsamem Zuge und auf weitem Umwege über Aussig, Karbitz, durch das Gebiet der Sechsstädte und Niederschlesien an Breslau vorbei, ohne natürlich die so feindselige Stadt zu betreten,[2] am 15. Mai in Glogau eingetroffen.[3] Ihn umgaben die Bischöfe Jost von Breslau, Prothas von Olmütz, die Herzoge von Glogau-Krossen, Johann von Sagan, Konrad der Weiße und Konrad der Schwarze von Öls und Prschemko von Teschen, dazu neben den Baronen Zdenko von Sternberg, Oberstburggraf von Prag, Herrn Heinrich von Michelsberg, den Brüdern Prokop und Johann von Rabenstein, Vertreter des Adels Böhmens, Mährens, der Lausitzen und Schlesiens mit zahlreichem Gefolge.[4]

Aller Glanz und Reichtum, den die Böhmen entfalteten, wurde aber in den Schatten gestellt durch den Prunk des Polenköniges und seiner Kastellane und Starosten mit den glänzenden Geschwadern ihrer berittenen Gefolgsleute und Diener, durch die Zahl des königlichen Gefolges, das einem Heere glich, die Kostbarkeit der königlichen Hofhaltung. Mit patriotischer Freude meldet der polnische Chronist, wie bei dieser Schaustellung der Macht beider Könige der Polenfürst den Böhmen durchaus übertraf.[5]

---

[1] Dlugoš col. 291.

[2] Annales Münsterbergenses bei Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. I. 189.

[3] Archiv für österr. Geschichte LXIV. 292—293. Eine Reihe von Daten über den Zug des Königes giebt Th. Schelz, Gesamtgeschichte der Ober- und Niederlausitz, 9. und 10. Buch (Neues Lausitzisches Magazin, 58. Band, Görlitz 1882) 89—90. Leider ist dem Verfasser dieser „Gesamtgeschichte" die bezügliche Litteratur der letzten 20 Jahre, Markgrafs Abhandlungen und Editionen nicht ausgenommen, ziemlich unbekannt geblieben.

[4] Th. Schelz a. a. O. sagt: „2000 Pferde".

[5] Über den Tag selbst vergl. man Dlugoš, Histor. Polon. lib. XIII. col. 290—292. P. Eschenloer, Geschichte der Stadt Breslau I. 188—190. Politische Korrespondenz von Breslau von 1454—1463, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 96, Nr. 87; 117—121, Nr. 102 (Bemerkungen in den Berichten J. Kitzings an die Breslauer vom 19. Mai und 24. Juli); 100—103, Nr. 89 (Meldungen der Breslauer vom 2. Juni an den Erzbischof von Kreta); 97—100, Nr. 88 („Concordia dominorum principum ac regis Bohemiae et Poloniae in Glogavia facta, anno 1462",

Darüber unterließ aber Kasimir keineswegs die politische Lage beider Könige und Reiche ruhig zu würdigen. Die Beredungen über einen Frieden mit dem deutschen Orden blieben, falls man überhaupt in Abwesenheit von Vertretern des Ordens sich ernstlich damit beschäftigte,[1] fruchtlos. Aber auch, als die Ordnung der Beziehungen der beiden eigenen Reiche zur Sprache kam, und der König von Böhmen die Grundzüge seines Planes einer Fürstenvereinigung zur Bekämpfung der Türken entwickelte, erwies sich der Pole sehr zähe und vorsichtig.[2] Nur die gewöhnlichen Verabredungen bezüglich des Verkehres und der Sicherheit an den Grenzen und eine sehr allgemein gehaltene Zusage, an einem Türkenkriege sich beteiligen zu wollen, war von ihm zu erreichen. Dem gegenüber fand sich König Georg schwerlich veranlaßt, den polnischen Diplomaten den ganzen Umfang seines Planes und vor allem dessen Endzweck mitzuteilen.

Nach neuntägigen Beratungen kam es zur Abfassung eines Vertragsbriefes, dessen einzig beachtenswerte Erkärung die Einleitung enthält: „Da der König von Böhmen es als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachte, die Christenheit gegen die wachsende Osmanenmacht zu verteidigen, dies auch ein Hauptgrund sei, weswegen er die Zusammenkunft in Glogau veranlaßt habe, so wird, wenn der Kampf begonnen hat und falls eines der beiden Königreiche Böhmen und Polen von den Türken bedroht wird, der andere König auf geschehene Aufforderung mit seiner ganzen Macht persönlich Hilfe bringen."

Dieses Verhältnis der beiden Königreiche zu einander findet seinen besonderen Ausdruck in nachfolgenden Vereinbarungen: 1) Kein König wird des andern Feind, auch nicht als Helfer einer dritten Macht, die römische Kirche ausgenommen. 2) Jede Fehde und Beschädigung zwischen

27. Mai). Urkundliche Beiträge in den Scriptor. rer. Austriac. XX. 416, Nr. 366. Sigismundi Rosicz chron., Neuausgabe von Dr. Wachter in Breslau in den Scriptores rerum Silesiacarum, XII., Breslau 1883, 78, und Chron. duc. Munsterberg. bei Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. I. 93, I. 189—190. Vgl. ebendort II. 86 und 342—343. Stenzel, Scriptor. rer. Silesiac. I. 344. Über die Bedeutung des Tages handelt zutreffend Markgraf, König Georgs Projekt eines christlichen Fürstenbundes 272 ff.

[1] Sed ex parte ordinis Prussie nemo ibidem apparuit. Scriptor. rer. Siles. VIII. 102.

[2] Die Breslauer (Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 102) wissen zu erzählen, daß der König von Kasimir Hilfe gegen den Kaiser, die Fürsten von Brandenburg und sie verlangt, ja alles aufgeboten habe (instantissime petivit), um sofort dessen Fehdebriefe zu erlangen.

den beiderseitigen Unterthanen wird eingestellt und findet auf dem Wege Rechtens ihre Erledigung, indem der Kläger den Geklagten belangt vor dessen rechtmäßigem Gerichte; jeder der beiden Könige sorgt dafür, daß man den Schaden ersetze, den die Unterthanen des andern auf seinem Gebiete oder von seinen Unterthanen erlitten haben oder erleiden werden. 3) Für Unterthanen beider Reiche sollen die Straßen frei und gesichert sein. Dies wird in den beiden Ländern öffentlich bekannt gegeben. 4) Schlechte oder falsche Münze darf in dem einen Lande sowenig wie in dem andern geschlagen und geduldet werden. 5) Alle die Streitsachen, die jetzt beide Kronen und Herrscher, ihre Fürsten, Barone, Ritter, Städte, Gemeinden und Untergebenen mit einander haben, sollen auf einer Zusammenkunft böhmischer und polnischer Räte ausgeglichen werden, die am 14. Januar 1463 in Bautzen zusammentreten; diese sind berechtigt, einen neuen Tag anzuberaumen, falls sich in Bautzen nicht alle Händel beilegen lassen. 6) Sowie alle diese Bestimmungen nur für die Lebenszeit des Königes von Böhmen Gültigkeit haben, so wird König Kasimir nicht drängen und mahnen, daß, solange König Georg lebe, die Forderungen, die er hinsichtlich der Aussteuer seiner Gemahlin Elisabeth an die böhmische Krone hat, beglichen werde.[1]

Es war materiell wenig, was Podiebrad in Glogau erreicht hatte, gar nichts, wenn man den Hauptzweck des Tages ins Auge faßt, König Kasimir zum Eintritte in den Fürstenbund, natürlich unter Anerkennung der Grundsätze desselben, zu bewegen, und ihn von den alten Beziehungen zu Rom loszulösen. Oder was bedeutete es, wenn er sich verpflichtete zu helfen, falls die Türken Böhmen bedrohen würden? Kam es erst soweit, gab es dazu wohl andere Nötigung, als sie dieser Vertrag enthielt?

Aber daß König Georg so entschieden das allgemeine Interesse der Christenheit betonte, und auch den Polenkönig bis zu einem gewissen Grade zu gleichem gebracht hatte, blieb ein diplomatischer Schachzug und verfehlte weithin in der Nachbarschaft, auch in Rom[2] und vor allem in Breslau, das nicht umsonst noch vor Beginn des Tages einen Ratsherrn

---

[1] Man s. zu diesem Vertrage noch nach Markgrafs Bemerkungen zu Scriptor. rer. Silesiac. VIII. Nr. 88, S. 100, wo auch bezüglich der Aussteuer auf Nr. 2, S. 3 verwiesen ist.

[2] Vgl. Kitzings Bericht vom 19. Mai l. c. und ebenso vom 24. Juli, Script. rer. Silesiac. VIII. 118. Es sei, meint der Prokurator, viel Geldes wert, daß man in Rom den schlimmen Gerüchten über den Glogauer Tag noch durch authentische Nachrichten entgegengetreten sei.

an die Königin von Polen abgeordnet hatte,[1] seine Wirkung nicht. Um so mehr beeilten sich die Bürger, als es ihnen gelungen war, eine Abschrift des Glogauer Vertrages und weitere Auskunft zu erlangen, diese nach Rom mitzuteilen, und zu versichern, thatsächlich sei der Glogauer Tag mißlungen, der König sei in ganz anderer Absicht mit Kasimir zusammengetroffen, als sich aus der Urkunde ergebe, deren Abschrift sie beilegten, nicht gegen den Türken, sondern gegen christliche Fürsten sinne er auf Krieg und Streit; er brauche sich also des Tages nicht zu rühmen.[2]

Die Glogauer Erfahrungen schreckten übrigens König Georg von seinem Plane nicht ab. Aber sie zeigten die vielfachen Schwierigkeiten, auf die man bei der Durchführung stoßen mußte. Nun machte er ein Ende mit Kurfürst Friedrich von Brandenburg wegen Kottbus und der Lausitzer Vogtei.

Nach Schluß des Glogauer Tages trafen sich der König und Markgraf Friedrich von Brandenburg in Guben. Ob zuvor ihre Räte hier oder in Beeskow die Sache ins reine gebracht hatten, ist ungewiß.[3] Aber schon am 5. Juni erfolgte die förmliche und feierliche Wiederaufrichtung der Egerer Einung zwischen Böhmen und dem brandenburgischen Hause vom 25. April 1459. Es wurde beschlossen, daß die Grenzlinie zwischen der Mark und dem Herzogtume Glogau nach den Bestimmungen früherer Verträge festgestellt werden sollte, zu welchem Zwecke der Markgraf und der Herzog baldigst ihre Bevollmächtigten zusammentreten lassen. Die Gefangenen wurden auf beiden Seiten ledig gesprochen; jede Art von Leistung, die noch ausstände, sollte wegfallen, die Lehen, welche aufgesagt oder verwirkt wären, den bisherigen und früheren Besitzern verbleiben.[4]

An demselben Tage gab König Georg seinen Brief darüber, daß Kurfürst Friedrich Stadt, Schloß und Herrschaft Kottbus, dann Pritz, Teupitz,

---

[1] Von ihm der oben erwähnte Bericht vom 24. März.

[2] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 102, Nr. 89 enthalten bloß die bezügliche Meldung an den Erzbischof von Kreta. Die Mitteilung an die Kurie, auf die auch Kitzing (ebendort 118) hinweist, ist leider verloren.

[3] Bachmann, Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen 1462, Archiv für österr. Gesch. LXIV. 294. Vergl. Annales Silesiae Nicol. Henelii apud Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. II. 242—243. Nach Th. Schelz a. a. O. ging auch die Hinreise nach Glogau über Guben; möglich, daß König Georg einen Teil seiner Räte zu Verhandlungen mit den markgräflichen hier zurückließ und diese, während man in Glogau tagte, eins wurden.

[4] Riedel, Cod. diplom. Brand. II. 5, 63—64, Nr. MDCCCXI. Sommerberg, Scriptor. rer. Silesiac. I. 1028—1029. Nr. CLI.

Bernwalde, Beeskow, Storckow und den Hof Groß-Lübben samt Zubehör erblich an sich gebracht habe; dieser gesamte Besitz gehe von der Krone zu Böhmen zu Lehen, und da der Kurfürst als solcher von dem Könige keine Lehen empfangen könne, so verleihe dieser ihn auf Markgraf Friedrichs Bitten dem Grafen Jakob von Lindau, Herrn auf Ruppin, unter Anerkennung der bezüglich Beeskow und Storckow zwischen dem Kurfürsten und Herrn Wenzel von Biberstein bestehenden Verträge.[1]

In welcher Weise man sich über die Auslösung des Landes Lausitz einigte, ist unbekannt. Die Mark befand sich fortan wieder in der Hand des Königs von Böhmen, und bedenkt man, daß bezüglich Kottbus den Hohenzollern völlig nachgegeben worden war, so erscheint, so sehr man bei dem Könige die Neigung voraussetzen darf, eine Einigung mit dem Kurfürsten auch gegen Opfer zu erreichen, jene Meldung glaublich, die in dem „Verzeichnisse der Äbte von Sagan" sich findet:[2] Die Stadt Kottbus, heißt es da, bisher zum Teile in des Königes, zum Teile in markgräflichem Besitz kam an den Markgrafen; dafür erhielt der König ohne Entgelt zurück, was sonst an jenen verpfändet war.[3]

Es fanden in Guben noch Beredungen darüber statt, wie die neu gestiftete Freundschaft auch auf Markgraf Albrecht ausgedehnt werden könne, ja wie man zu einer Friedensstiftung im Reiche gelange. Kurfürst Friedrich gab das Versprechen, daß er sich persönlich zu seinem Bruder nach Franken begeben werde.[4]

Auch der König zog heimwärts. Noch unterwegs unternahm er es, den Zwist zwischen Johann von Sagan und den Sechsstädtern, besonders Görlitz, über Straßenzug und Geleite auszugleichen, und gemeinsam mit Friedrich von Sachsen für die Sicherheit der Handelsbeziehungen zwischen Schlesien und der Lausitzen einerseits, Meißen und Thüringen andererseits besonders Sorge zu tragen.[5] Um die Mitte Juni war er wieder in

[1] Riedel, Cod. diplomat. l. c. 64—65, Nr. MDCCCXII.

[2] Stenzel, Scriptor. rer. Silesiac. I. (Breslau 1835), 345.

[3] Die gegenteilige Meinung, daß die Mark rückverkauft, d. h., daß die Pfandsumme vom Könige bezahlt wurde, in M. Doeringii Contin. chron. Theodor. Engelhusii apud Mencke, Scriptor. rer. German. III. 27. Vgl. dazu Archiv für österr. Geschichte LXIV. 295. Zdenko von Sternberg entsagte seinen Ansprüchen auf Kottbus erst am 12. Oktober 1462 (Raumer, Cod. diplom. Brandenburg. cont. I. 220) in einem zu Raudnitz ausgestellten Briefe, offenbar erst, nachdem er mit dem Könige über seine Entschädigung eins geworden.

[4] Stockheim, Albrecht IV. 242. Die dafür in Betracht kommenden Materialien s. unten.

[5] Schreiben des Königes vom 10. Juni 1462 aus Zittau. Königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden, Cop. 45, fol. 90b. Die Verhandlungen zwischen den Fürsten

Prag,[1] und konnten die wichtigen Verhandlungen mit dem päpstlichen Legaten Fantinus beginnen.

Der König hatte es damit keineswegs eilig. Er war scheint es von Prag deswegen früher gegen Glogau gezogen, weil er nicht mit dem Legaten, dem befohlen war, gleichfalls dem Fürstentage beizuwohnen,[2] zusammentreffen wollte. Die späte Rückkehr der römischen Gesandtschaft, mit der Fantinus kam (12.—13. Mai),[3] und die Weisung des Königes, der päpstliche Bote möge in Prag seine Entschließungen abwarten, hatten bewirkt, daß dieser auch nicht nach Glogau kam.[4] Jetzt gab es neue Zögerung. Marini wurde nach Venedig entsendet, den Eintritt der Republik in den Fürstenbund zu bewirken, während der Legat offenbar auf den Wunsch des Königes an einer Denkschrift arbeitete, in welcher er die Forderungen Roms darlegte und begründete.[5]

Indem der König die Entscheidung in der Kirchenfrage nach Möglichkeit verzögerte, hoffte er wohl mit der Durchführung seines Planes rasch vorwärts kommen und dann die Kurie mit unveränderlichen Thatsachen überraschen zu können.

Er irrte weit. Zwar hielt Papst Pius daran fest, daß die Sendung des Legaten nach Böhmen die Fortsetzung der in Rom geführten Verhandlungen bedeute,[6] ja es trug der Verkehr zwischen beiden Höfen wenig-

dauerten bis Mitte Juli und führten zur genauen Fixierung der Straßenzüge für alle, die zwischen den Ländern „reysen, ryten, triben unde faren wollen". Ebendort fol. 91. Diese Stücke sind Dr. J. Falke, Zur Geschichte der hohen Landstraße in Sachsen, Archiv für sächsische Geschichte VII. (Leipzig 1869) 130—131 entgangen. Vergl. auch J. A. E. Köhler, Geschichte der Oberlausitz bis 1815, 2. Aufl. Görlitz (ohne Jahreszahl) 137; Dr. Schönwälder, Lausitzsch. Magaz. 56. Jahrgang (1880), 355; und T. Schelz, Gesamtgeschichte ꝛc. 90. Die Verhandlungen hatten danach schon in Glogau begonnen.

[1] Zeigt Ort und Datum des vorerwähnten Briefes vom 10. Juni zusammengehalten mit Diplomat. Habsburg. in Font. rer. Austriac. II. Abteil. II. 307.

[2] „Debuit (Fantinus) comparuisse, ut intelleximus in dieta Glogoviensi." Die Breslauer am 2. Juni an den Erzbischof von Kreta.

[3] Staří letopisové čeští (Scriptor. rer. Bohemiarum III.) 177: Tiž poslové přijeli zase z Řima po welicé noci v půl čtvrté neděle. (Die Boten kamen aus Rom in der Hälfte der vierten Woche nach Ostern.)

[4] Soviel wird die Meldung aus Breslau: „Sed communi fama referebatur, quod idem Fantinus in Praga retentus fuit rege disponente, ut ad prefatam dietam venire nequivit" (ebendort) besagen.

[5] Darauf schließe ich aus dem Eingangssatze der Denkschrift (Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 107—110, Nr. 97).

[6] Vgl. das oben erwähnte Wort des Papstes an Hieronymus von Kreta: „in rebus Bohemicis nondum plene conclusis".

stens formell noch immer den Charakter eines internationalen Verständnisses. In einem Breve vom 1. Mai forderte Pius den König auf, sich der Feinde der Kirche und des Reiches im Kampfe um das Mainzer Erzbistum nicht anzunehmen, und selbst Gesandte des Pfalzgrafen oder Diethers von Isenburg nicht zu empfangen.[1] Auch meldet der Breslauer Geschäftsträger am 17. Mai ausdrücklich nach Hause: Hierumb, so wird den Geistlichen itzund nicht geschrieben, so lange bis unser heiliger Vater Antwort wird haben von Fantino und dem Könige.[2]

Aber der Fall, daß man in der Kompaktatenfrage zu keiner Vereinbarung komme, wurde in Rom ebenso scharf ins Auge gefaßt, wie am böhmischen Hofe. Auch die Aktion der Kurie gegen den König hatte bereits begonnen, nur noch einheitlicher, umfassender, wirkungsvoller, weil ausgehend von sicherern Grundlagen und rechnend mit gegebenen Verhältnissen und Mitteln.

Gleich Fantinus hatte noch besondere Vollmachten mitbekommen, Verbindungen mit den katholischen Herren Böhmens, mit den schlesischen Fürsten und dem Breslauer Bischofe anzuknüpfen, mit der Stadt weiteres zu verhandeln.[3] Ihr wurde am 10. April durch ein Breve des Papstes an Hieronymus von Kreta die Hinausschiebung der Huldigung neuerdings gesichert,[4] und gleichzeitig begann man jetzt jene so bedeutsamen Schriftstücke, die bisher ein sorgsam gehütetes Geheimnis geblieben waren, die Schreiben des Kardinales Carvajal an Papst Calixt III.[5] und vor allem des Königes Krönungseid zu publizieren. Es war ein wohlberechneter Schritt; denn hielt der König, was er versprochen hatte, so verrieten die Schriftstücke doch nur Dinge, die jetzt alle Welt wissen konnte; wenn nicht, so ward er eben durch sie als wortbrüchig und meineidig hingestellt.

Man war überhaupt in Rom weit entfernt, in dem Konflikte mit König Georg irgend etwas leicht zu nehmen. Am 19. Mai versichert Johannes Kitzing, „daß der Böhmen Sache unserm heiligen Vater mehr

[1] Raynaldus, Annales ecclesiast. ad ann. 1462, Nr. 25.

[2] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 94, Nr. 86.

[3] Seine Beglaubigung bei den Rosenbergen in Fontes rer. Austriac. XX. l. c. Bezüglich Breslaus s. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 106, Nr. 95. Brief Fantins an die Stadt vom 18. Juni; bezüglich des Bischofes und der piastischen Herzoge ebendort 101—102, Nr. 89.

[4] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 90, Nr. 83.

[5] Kitzing an die Breslauer am 17. Mai 1462, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 93, Nr. 86. Er schickt den Breslauern sofort Kopien.

anliege, als alle anderen Sachen der ganzen Christenheit".[1] Dazu trug bei, daß Kaiser Friedrich auch vor dem Papste über die Treulosigkeit, die der König während und nach dem Budweiser Tage bewiesen habe, Klage führte, ja selbst die Versicherung gab, er wolle hinfort von keinem Tage mit dem Könige weiter etwas wissen, noch ihn bei den bereits anberaumten Friedensverhandlungen zum Mittler haben.[2] Ebenso teilte Markgraf Albrecht mit, daß nicht bloß des Königes Friede nicht gehalten werde, sondern er selbst an der Seite der Reichsfeinde sich am Kriege beteilige.[3] So vermochten die Staatsmänner der Kurie klar genug zu erkennen, auf welchen krummen Wegen des Königes deutsche Politik im Jahre 1461 sich befunden hatte und noch immer wandelte. „Daß der Böhmenkönig große Kriege gemacht hat und noch danach stehet, daß er größere gerne machen wollte, ist nicht heimlich, sondern offenbar," schreibt wieder der Sollicitator von Breslau. Er konnte aber hinzufügen, daß der Papst entschlossen sei, sich des Markgrafen energisch anzunehmen und gegen den König, falls er sich nicht füge, die entschiedensten Maßregeln zu ergreifen, „denn wer wider den Markgrafen thut, thue wider den Kaiser und wer wider den Kaiser freventlich thue, der thut wider seine Heiligkeit".[4]

Vor allem auf den Bahnen der großen Politik bewährte die Kurie dem Könige gegenüber ihre Überlegenheit. Wie wenig man die deutschen Angelegenheiten vernachlässigte, bewies die Thätigkeit des Erzbischofes von Kreta zu Graz, Linz und Budweis, die päpstliche Intervention bei Bamberg und Würzburg, vor allem die konsequente Sorgfalt in der Mainzer Angelegenheit, wo Bullen und Legationen die Sache Adolfs von Nassau aufs nachdrücklichste förderten. In Preußen, Polen und Ungarn aber trat der römische Stuhl mit so viel Geschick und Eifer für die Herstellung des Friedens, den Schutz der Christenheit gegen den gemeinsamen Feind im Osten ein, daß sie, ohne noch des Königes neuestes Projekt zu kennen, sich bereits die feste Handhabe schuf, es zu nichte zu machen. Oder wie

[1] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 96—97, Nr. 87. Man vergl. bezüglich des Glogauer Tages die Worte Kitzings vom 9. Mai: „Item von dem tage czu Glogaw, von dem ir schribet, habe ich gewost vor metefasten (28. März) czu Rome; hiromb dem Cretensi eyn breve gesant ist, vorflossen yn eynen brieff von dem procuratore der Prewssen mit herren Johanni, dorynne wol berurt ist, wy er sich in allen dingen halden sulle, das nicht grosser vorbintnus geschehe mit den Behmen; wenne man das wol czu Rome bedocht hat."

[2] Kitzing am 19. Mai a. a. O.

[3] Kitzings Bericht an die Breslauer vom 17. Mai a. a. O.

[4] Aus dem umfangreichen Berichte vom 17. Mai.

ungleich schwerer wog die Intervention des heiligen Vaters bei dem Polenkönige und dem Hochmeister, als jene Georgs von Böhmen, wie sehr stand das Verdienst, König Matthias von Ungarn mit dem Kaiser zu versöhnen, die Kräfte Ungarns für den Türkenkrieg frei, die Unterstützung des Reiches möglich zu machen, über den Phrasen der Glogauer Fürstenvereinigung?

Mit Recht konnte der Erzbischof von Kreta, der sich dafür im Osten mit rastlosem Eifer mühte, die nach seiner Ankunft unablässig verlangenden Breslauer trösten: „Wir weilen hier in einer Angelegenheit, die im hohen Grade für das Wohl der gesammten Christenheit und vor allem auch für das eure von Bedeutung ist“.[1]

In Prag konnte sich Fantinus, unbeirrt durch die Haltung des Königes, der am 17. Juni mit seiner Gemahlin der von Rokyzana geführten utraquistischen Fronleichnamsprozession folgte, endlich seiner Mission entledigen. Er wies in dem Memorandum[2] auf alle Wohlthaten hin, die dem Könige seitens des römischen Stuhles zu teil geworden seien, vor allem auf dessen sofortige Anerkennung durch den Papst trotz aller Einsprachen der christlichen Fürsten; er hob besonders hervor, daß die Kurie ihn mit den Breslauern ausgesöhnt, indem sie die Legaten Hieronymus von Kreta und Franziscus von Toledo eigens dazu aussandte, daß man auch jetzt wieder seine Gesandtschaft in Rom so außerordentlich ehrenvoll empfangen und behandelt habe. Nur der Eid, den der König einst vor seiner Krönung in die Hände des Bischofes von Raab geschworen, in dem er verheißen habe, dem Papste als dem wahren und unzweifelhaften Statthalter Christi auf Erden gehorsam zu sein und zur katholischen Kirche zurückzukehren, habe den römischen Hof dazu bestimmt. Freilich müsse dieser auch gehalten werden, und zwar ohne Aufschub, da der heilige Vater den jetzigen Zustand der Dinge in Böhmen nicht länger dulden könne. Als eine besondere Rücksicht für sich habe es endlich der König zu nehmen, daß er, Fantinus, sein eigener Prokurator, zur Durchführung dieser Verhandlungen ausersehen worden sei. Schwerer als auf anderen laste auf den christlichen Königen und Fürsten, welchen die kirchliche Salbung und Krönung zu teil geworden, die Verpflichtung unverbrüchlichen Gehorsames gegen den heiligen Vater. Darauf möge man in Böhmen

[1] Brief vom 27. April; Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 92, Nr. 85.

[2] Als solches charakterisiert sich die Schrift durch den Schlußsatz: Alia scribere nunc non videtur necesse, quoniam mandatum sedis apostolice et summi pontificis habeo, ut prius super hiis, que sunt in mera et libera potestate serenitatis v., responsum detur.

auch jetzt achten, wo er aus all den genannten Gründen verlange, daß der König die unwiderrufliche Antwort auf seine Bitte, die ihm im öffentlichen Konsistorium gegeben worden sei, die Aufhebung der Kompaktaten, willig hinnehme und alsbald die Union zur That werden lasse.

Weiter setzte der Legat auseinander, in welcher Weise nach seiner Ansicht dies geschehen sollte. Der König möge zunächst im ganzen Umfange Böhmens und Mährens den Ausspruch des Papstes bekannt machen und dabei verkünden, wie ein jeder in die Gefahr verfalle, das Heil zu verlieren, der länger an der verpönten und verworfenen Kommunion unter beiden Gestalten festhalte; zugleich müsse er selbst mit seiner Frau, seinen Kindern und dem ganzen Hofe in der Prager Schloßkirche feierlich das heilige Sakrament unter einer Gestalt empfangen; er möge sich von den Priestern der Utraquisten fernhalten, und diesen überhaupt die Ausspendung des Altarssakramentes untersagen, da sie nicht imstande wären, solches rechtmäßig zu thun.

Durch einen wortreichen Hinweis auf das glänzende Beispiel des Gehorsames, das Ludwig XI. von Frankreich gegeben, suchte Fantinus den König anzueifern. Den etwaigen Einwand, daß er dem Könige ein ungemein schwieriges und kühnes Unternehmen auftrage, lehnte er im vorhinein ab; jedermann wisse, daß es für einen Fürsten von solcher Einsicht und Klugheit ungefährlich sei; um so größer werde der ewige Lohn sein, der den König erwarte.

Noch eins glaubte der Gesandte hinzufügen zu sollen: Der König möge sich ja hüten, nachdem er dem heiligen Vater den Gehorsam dargebracht habe, nun zu mißachten, was in Gegenwart der Kardinäle und der Vertreter der christlichen Völker als unabänderlicher Beschluß des römischen Stuhles verkündigt worden sei, und den Ruhm des böhmischen Namens, der unbefleckt geblieben durch so lange Zeiten, zu zerstören; dagegen werde ihm der Papst bei der Durchführung der kirchlichen Union in jeder Weise und nach allen seinen Mitteln beistehen.

Er habe, so schloß Fantinus, den Aufträgen des heiligen Stuhles entsprechend, alles dieses darlegen wollen, obwohl ihm aus des Königes Teilnahme an der utraquistischen Prozession bei dem jüngsten Fronleichnamsfeste dessen Gesinnung hinlänglich deutlich geworden sei.[1]

Zur Verhandlung kam es aber auch nach Überreichung der Denk-

[1] Das so wichtige Aktenstück publiziert von H. Markgraf in der Polit. Korresp. von Breslau 1454—1463, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 107—111, Nr. 97; deutsch in Eschenloers Geschichten der Stadt Breslau I. 191—193.

schrift noch nicht.[1] Der König bezeichnete es als notwendig, daß Fantinus sich über die Modalitäten, unter denen die Utraquisten zur alten Kirche zurückkehren sollten, und das Maß der Veränderungen, die dementsprechend in dem hussitischen Böhmen einzutreten hätten, deutlicher ausspreche; dann werde man ihm in öffentlicher Versammlung den Bescheid mitteilen. Fantinus, der erwartet hatte, daß die Sache längstens auf dem Jakobilandtage (25. Juli) ihre Entscheidung finden werde,[2] erfuhr zugleich,[3] daß der König für die Verhandlungen mit ihm auf Laurenzi (10. August) einen besonderen Hoftag nach Prag einberufen wolle.

Daß der König, indem er die Entscheidung bis in den dritten Monat hinausschob, vor allem für die Verrichtung seines Gesandten in Venedig wie für die Besserung seiner Stellung im Reiche durch diplomatische und militärische Erfolge Zeit zu gewinnen trachtete, liegt auf der Hand. Auch der Legat erkannte dies. Er hatte nach Rom Meldung gethan,[4] aber er blieb ohne Antwort. Obwohl man dort wiederholt betont hatte, daß der Beschluß des Königes sofort erfolgen müsse, obwohl er selbst immer wieder zur Eile drängte, fügte er sich jetzt. Mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er eigentlich die Grenzen seiner Vollmachten überschreite, und daß, was er vortrage, nur seine persönlichen Anschauungen enthalte, legte er dem Könige auch die gewünschte zweite Denkschrift vor.

Deutlich und entschlossen, wie das erste Mal, aber noch weniger zuversichtlich,[5] war seine Sprache. Der Hauptursachen, weshalb die Union schwierig durchzuführen sei, nennt Fantinus zwei: die Abneigung der Utraquisten gegen einen solchen Wechsel im Ritus, weil sie fürchteten, daß damit ihr bisheriger Gottesdienst als irrig bezeichnet werde, dann die Zurückstellung der in Böhmen dem Säkular- und Ordensklerus entrissenen Besitzungen. Der erste Punkt sei schwieriger und müsse mit aller Sorgfalt behandelt werden; aber der heilige Vater werde, wie es unlängst bei der Wiedervereinigung der griechischen Kirche geschehen sei, einen Weg finden, der dem Ehrgefühle der utraquistischen Böhmen nicht zu nahe trete. Ebenso könne die Frage der Wiedergabe des Kirchengutes

[1] Es scheint mir überhaupt wahrscheinlich, daß der König vor dem Augusthoftage eine persönliche Begegnung mit dem Legaten gemieden habe.

[2] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 106, Nr. 95.

[3] Er meldet dies schon am 22. Juni nach Breslau. Ebendort 107, Nr. 96.

[4] Kitzings Bericht vom 24. Juli. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 117—121, Nr. 102.

[5] „Alia scribere nunc non videtur necesse, . . . quoniam responsum futurum jam facta vestra processionalia indicant, de qua processione s^{mus} dominus noster plurimum turbabitur, et merito“, hatte er schon das erste Mal gesagt.

in einer Form gelöst werden, die zugleich dem Interesse der Kirche und dem der jetzigen Inhaber entspreche.

Der Legat bezeichnete nun aber, falls die kirchliche Union eine wahrhafte und fruchtbare sein sollte, eine ganze Reihe von Maßregeln für notwendig, die dem Übertritte des Königes und seines Hauses zum katholischen Glauben nachfolgen müßten:

1. Die utraquistische Geistlichkeit tritt in dasselbe Verhältnis des Gehorsames zu dem römischen Stuhle, in dem sich der Klerus der übrigen Christenheit befindet. Der böhmische Kirchengesang, die Disputationen über die katholischen und hussitischen Meinungen und Gebräuche, hören auf; dagegen können Scholaren und Magister, die dem katholischen Kirchenoberhaupte nicht feindlich gesinnt sind, ohne Unterschied zu den akademischen Graden und kirchlichen Ehrenämtern zugelassen werden.[1]

2. Zu Bürgermeistern und Schöffen in den Städten dürfen nicht wie bisher, was dem heiligen Vater und den Cardinälen wohlbekannt ist, Männer bestellt werden, die sich gegen alles Katholische feindlich verhalten. Es sollen vielmehr durch ein königliches Edikt alle jene mit Strafe bedroht werden, welche die freie Religionsübung der römischen Christen zu stören wagen.

3. Das geistliche Gericht, das mit Laien besetzt ist und unter Rokyzanas Leitung im Prager Rathause fungiert, wird als durchaus unkanonisch aufhören.

Endlich möge der König 4. mit dem Hinweise auf die Entscheidung des apostolischen Stuhles und auf das dem Seelenheile drohende Verderben das gesammte Volk von der Kommunion unter beiden Gestalten abmahnen.

Seien dann die Dinge so weit gediehen, dann wolle der Papst einen Legatus de latere in das Königreich entsenden, der die letzten Spuren der bisherigen Sonderstellung der Utraquisten beseitigen, dem Lande einen Erzbischof geben, und dem Könige noch höhere Gunst und Ehre zuwenden werde, als sie ihm als Haupt der böhmischen Nation ohnehin zukommen.

Der Legat erbot sich ausdrücklich, über etwaige zweifelhafte Punkte in seinen Ausführungen weitere Aufklärung zu geben; er, der die Worte niedergeschrieben, werde auch am ehesten in der Lage sein, ihren Sinn zu deuten.[2]

---

[1] Vgl. C. Höfler, Scriptores rer. Husiticarum III. in den Font. rer. Austriac. VII. 172 ff.

[2] Die Denkschrift in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 111—114, Nr. 97. Vgl. auch die Bemerkung des Herausgebers S. 114.

Man beachte wohl, wie genau der Kuriale darauf sah, des Königes persönliches Verhältnis zur Kirche in den Vordergrund zu stellen, wie sorgsam man es vermied, dem hussitischen Volke jene Glaubensfrage zu stellen, über die der kaum vor einem Menschenalter beendete Bürgerkrieg wieder entbrennen konnte. Kam es dann, weil der König seine Zusagen nicht hielt, trotzdem zum Kampfe, war nicht er die alleinige Ursache?

Daß aber die Hoffnung, den Frieden mit Böhmen zu erhalten, bereits sehr gesunken war, wird so recht deutlich, wenn ein Mann, wie der Erzbischof von Kreta, der seit seiner Breslauer Gesandtschaft 1459—1460 ein besonderes Vertrauen auf den König an den Tag gelegt hatte, und noch am 6. Juli einen Besuch in der böhmischen Hauptstadt ins Auge faßte,[1] drei Tage später auf die Meldungen der Breslauer hin schrieb, er glaube nicht, daß, was Fantinus anstrebe, zu gutem Ende kommen werde.[2]

Der Laurenziustag kam heran. Auch die äußeren Verhältnisse waren nun in der That danach, des Königes Selbstgefühl zu steigern, ihn nicht länger die Entscheidung fürchten zu lassen. Aus Venedig wußte Marini nach seiner Art nur erfreuliches über die ehrenvolle Aufnahme, die er gefunden, und die Geneigtheit der Republik, an der Seite des Königes die Türken zu bekämpfen, zu melden.[3] Im Reiche hatten am 30. Juni die Fürsten der kaiserlich-päpstlichen Partei am Rheine durch den Pfalzgrafen eine vernichtende Niederlage erlitten und waren fast sämtlich in dessen Hände gefallen. Ebenso hatte das vereinigte bayrisch-böhmische Heer das markgräfliche Gebiet um das Fichtelgebirge schwer heimgesucht, und war Markgraf Albrecht, der die Städte zu keiner energischen Kraftentfaltung zu bringen vermochte, nach gewaltigen aber fruchtlosen Anstrengungen ebenso wie der Kaiser bewogen worden, der Eröffnung von Friedensverhandlungen in Nürnberg zuzustimmen. Und noch unmittelbar vor Beginn des Hoftages zu Prag kam die Nachricht, das Reichsheer sei bei einem neuen Versuche, das Waffenglück an seine Fahnen zu fesseln, auf den Höhen nächst Giengen in die Flucht geschlagen worden und habe sogar die Wagenburg verloren. So fühlte sich der König als der Verbündete

[1] Sein Brief an die Breslauer in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 114—115, Nr. 98.

[2] Copiam literarum domini Fantini vidimus; magis placebit, si bonum, quod non credimus, res illa sortiretur effectum. Brief aus Graz an die Breslauer ebendort 116, Nr. 99.

[3] Die Korrespondenz Marinis mit dem Könige im Sommer und Herbst 1462 ist verloren; obiges darf man nach dem, was später der Senat von Venedig dem Könige schrieb, mit Sicherheit annehmen. S. u.

der siegreichen Wittelsbacher und an der Spitze der ungeschwächten Waffenmacht Böhmens eben jetzt mehr als je als der Herr der Situation im Reiche.

Georg meinte es aber auch in Böhmen zu sein. Wenn er jetzt kühnen Mutes inmitten der Seinen auf dem Tage zu Prag die bündige Erklärung des Papstes gegen die Kompaktaten ebenso förmlich und feierlich mit einer Erklärung für dieselben beantwortete, so meinte er durch seinen gebietenden Einfluß nicht bloß die Utraquisten, sondern auch die Katholiken Böhmens mit sich fortreißen zu können. Die Breslauer, denen er allein mißtraute, fürchtete er nicht: Sie suchte er durch die Absendung seines zweiten Sekretärs, Matthäus von Wřesowec, der in der Stadt bereits bekannt war[1] und nun die Versicherung überbrachte, alles, was man ihnen über das Scheitern der königlichen Gesandtschaft an den Papst gemeldet habe, sei nicht wahr,[2] zu täuschen und zugleich durch Zusammenziehung einer Truppenmacht in Schlesien einzuschüchtern.[3]

Zum Hoftage[4] versammelten sich die Stände des Königreiches in großer Anzahl. Waren es auch zumeist Böhmen und Utraquisten, und fehlten auch von den Katholiken die Hasenburge, Schwamberge, Kolowrate, Riesenburge, so waren doch auch sehr viele römisch gesinnte, darunter die Bischöfe von Breslau und Olmütz, Herr Johann von Rosenberg, der Oberstburggraf Zdenko von Sternberg und andere zugegen.

Die Sitzungen wurden am 12. August eröffnet. Herr Zdenko Kostka und die übrigen erstatteten erst Bericht über den Erfolg ihrer römischen Sendung. Der Legat war nicht anwesend. Hatte man in Rom unterschieden zwischen der Obedienzleistung und des Königes Bitte, so wollte der König auch jetzt erst erzählen lassen, was die Seinen ausgerichtet, dann auf die Forderungen des Papstes Antwort geben.

Die Darlegungen der Gesandten dauerten mehrere Stunden. Darauf ergriff der König selbst das Wort. Klar und bündig kennzeichnete er

---

[1] Qui cum paternitate vestra rev. ma (= archiepiscopo Cretensi) in civitatem hanc (Vratislaviensem) superioribus diebus venit.

[2] . . dicens (Mattheus), omnia non esse vera, que ex urbe intelleximus. Brief der Breslauer vom 16. Juni an den Erzbischof von Kreta. Script. rer. Silesiac. VIII. 104, Nr. 92.

[3] Ebendort: Rex Bohemie populum in Slesia vocat et congregat ad bellum, ex quo mala timemus.

[4] Über die Quellen handelt zutreffend und eingehend G. Voigt, Enea Silvio III. 471, Anm. 2. Vgl. Markgraf, Verhältnis König Georgs zu Papst Pius II. 1458—1462, 33, Anm. 1. Für die Darstellung s. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. Voigt, a. a. O. 471—477; Markgraf, a. a. O. 33—35.

seine jetzige Stellung zum apostolischen Stuhle, gab er für sein bisheriges Benehmen die notwendigen Aufklärungen. Georg wies nach, daß er, um den Frieden des Landes zu wahren, nicht anders habe handeln können; er habe geschworen, die Privilegien des Landes zu beobachten und zu schützen, zu denen auch die Kompaktaten gehörten, die einst das Basler Konzil, um den unheilvollen hussitischen Bürgerkrieg zu beendigen und um die Tugend und Frömmigkeit der Böhmen zu belohnen, dem Lande zugestanden habe; die gleiche Pflicht, für die Gerechtsame des Königreiches einzutreten, liege aber auch den Ständen ob; er zweifle nicht, erklärte der König, und müsse von ihnen fordern, zugleich mit ihm für die Erhaltung der Kompaktaten einzutreten, die abzuschwören er weit entfernt gewesen sei.

Der König las der Versammlung den Eid vor, den er den ungarischen Bischöfen vor der Krönung geleistet hatte: Darin habe er gelobt, in seinem Königreiche die Sekten und Irrlehren zu beseitigen; das solle künftig auch geschehen. Er schloß mit den Worten: Wisset fürwahr, daß, weil wir in der Kommunion unter beiden Gestalten geboren und in ihr nach dem Willen Gottes zum Throne gelangt sind, wir auch geloben, sie fest zu halten, zu schützen und bei ihr zu leben und zu sterben. Und wir glauben, daß es keinen anderen Weg zum Seelenheile giebt, als bei den Kompaktaten zu bleiben bis zum Tode, und unter beiderlei Gestalten nach der Vorschrift des Heilandes das heilige Sakrament zu empfangen. Auch unsere Gemahlin hier zu unserer Rechten, unsere Kinder und alle, die uns in Liebe ergeben sind, müssen gleich uns nach den Kompaktaten leben.[1]

Während die Versammlung noch unter dem Eindrucke stand, den

[1] Ich nehme den Passus von der Notwendigkeit des Genusses des Kelches, um das Heil zu erlangen, unbedenklich auf. Wenn Koranda ihn in Rom vor dem Papste und den Kardinälen aussprach, so daß Pius II. und der Glaubensprokurator ihn eben deswegen ausdrücklich zurückwiesen und verwarfen, so dürfen wir uns nicht wundern, ihn aus dem Munde des Königes zu hören. Es war eben, wie auch G. Voigt, Enea Silvio III. 473, Anm. 1 zugiebt, die gewöhnliche Lehrmeinung der Utraquisten. Eben deshalb ist auch der Einwand, daß König Georg doch die Rede zuvor wohl erwogen habe, kaum stichhaltig; es können doch nur utraquistische Priester gewesen sein, mit denen er diese Sätze feststellte, und ihnen fiel dann jener auf die Heilsnotwendigkeit bezügliche nicht auf. Für die Katholiken, die überrumpelt werden sollten, war sicher die ganze Rede vorher großes Geheimnis. Übrigens haben später Martin Mair und Gregor Heimburg so wenig versucht, diesen Ausspruch zu leugnen, wie die deutschen Fürsten, als man in Rom für den König Fürsprache einlegte. Vgl. Fontes rer. Austriac. XLII. 365, wobei wohl zu berücksichtigen ist, daß man diese Formel in des Königes eigener Kanzlei ausarbeitete.

diese bedeutsamen Worte und die ganze Haltung des Königes hervorbrachten, ließ dieser weiter die Handfesten der Kaiser und Könige Sigmund, Albrecht II. und Ladislaus, in denen sie, obwohl durchaus katholische Fürsten, die Basler Artikel anerkannten und bestätigten, vorlesen. Zuletzt wandte er sich mit der direkten Frage an die anwesenden Herren, ob sie ihm, falls er der Kompaktaten wegen mit jemandem in Streit und Krieg geriete, beistehen würden.

Dem Bestreben Roms gegenüber, die Kirchenfrage als eine persönliche Angelegenheit des Königes zu behandeln, machte also Podiebrad den Versuch, seinen Streit als im Interesse des Reiches entstanden darzustellen.

Es war aber gleich bezeichnend, daß Katholiken und Utraquisten sich sonderten, um über die Antwort zu beraten. Sie fiel denn auch sehr verschieden aus. Für die utraquistischen Stände redete Herr Zdenko Kostka: Aus seinen Worten sprach noch die tiefe freudige Bewegung, die des Königes Erklärung bei seinen Parteigenossen hervorgerufen hatte; sie wollten ihm, erklärte er, mit Leib und Gut helfen, die Kompaktaten zu behalten.

Im Namen der Katholischen gab der Oberstburggraf Zdenko von Sternberg die nachfolgende Erklärung ab: Sie hätten nie mit den Kompaktaten zu schaffen gehabt, und wollten es auch hinfort nicht; wie der König gedächten auch sie, in dem Glauben zu leben und zu sterben, in dem sie geboren seien, in der Einheit der römischen, katholischen Kirche. Gelte es aber des Königes und des Königreiches Ehre, so würden sie ihm nach ihrer Pflicht getreuen Beistand thun; was die Kompaktaten beträffe, so möchten ihm diejenigen helfen, die ihm geraten haben, sie zu behalten.

Freilich bot König Georg alles auf, eine günstigere Antwort zu erhalten. Sein Drängen war eitel: Die Bischöfe von Olmütz und Breslau, die noch das Wort ergriffen, sprachen im Sinne der Sternberg'schen Erwiderung; man betonte zudem, daß viele angesehene Katholiken nicht anwesend seien und man eine so wichtige Sache erst in sorgfältige Erwägung ziehen müsse. Mit Mühe unterdrückte der König den aufflammenden Zorn, und erlangten die Anhänger des römischen Ritus für eine endgültige Beschlußfassung eine Frist bis zum anderen Tage. Er wolle da, verkündete Georg, auch des Legaten Botschaft vernehmen.

Zu welchem Ergebnisse die Beratungen zwischen den katholischen Herren und den Bischöfen führen würden, war den Teilnehmern wohl von vornherein klar.

Was der König über den geheimen Krönungseid vorgebracht hatte, war ja an sich nicht gerade irrig. Aber seine Rede hatte jenen Passus, welcher der wichtigste war für die Verpflichtungen des Schwörenden, unberührt gelassen, daß er das ihm unterthänige Volk auch im Ritus und Kultus zur völligen Einheit, Einigkeit und Gleichförmigkeit (ad . . unionem, unitatem et conformitatem) mit der katholischen Kirche zurückführen werde, womit in erster Reihe die Kompaktaten aufgegeben waren. Die Mitglieder der römischen Partei wußten dies doch ebenso genau, als ihnen und vor allem dem Breslauer Bischofe bekannt war, daß der König bezüglich der vier Basler Artikel keineswegs stets der Meinung gewesen sei, die er heute mit solch' absichtlicher Entschiedenheit vorgebracht hatte.

Hier gab es auch für katholische Männer, die dem Könige seit langen Jahren nahe standen, wie der Oberstburggraf, und patriotisch gesinnt waren, wie Jost von Rosenberg, der Bischof zu Breslau und Großprior der Deutschherren in Strakonitz, keine Wahl. Hatten des Königes persönliches Fragen und Bitten, die Einmütigkeit, mit der die utraquistische Mehrheit der Anwesenden zu ihm stand, nicht hingereicht, in offener Versammlung die Katholiken für ihn zu gewinnen, so konnte eine ungehinderte Parteiberatung ihre Entschlossenheit nur befestigen.

Andern Tages wiederholte Bischof Jobst als Sprecher der Stände seines Glaubens die gestern erteilte Antwort. Es war ein schlimmer Anfang der Verhandlungen dieses 13. August.

So schwer den König die Erklärung seiner katholischen Unterthanen treffen mußte, so tief sie ihn erregte: ihnen gegenüber hielt er auch jetzt noch zurück. „Er hoffe", erwiderte er, „sie würden sich gegen ihn, als ihren Herrn nach Gebühr halten; was den Glauben betreffe, so werde er sorgen, daß niemand deswegen Streit erhebe".

Dann ward Fantinus de Valle empfangen, und stehend, wie die böhmischen Gesandten vor dem Papste, brachte er in Gegenwart der Stände die Forderungen des apostolischen Stuhles an den König vor; Johann von Rabenstein, Propst am Wyschehrad, verdolmetschte seine lateinischen Worte.

Der Legat begann, bezeichnend genug für die unfreundliche, drohende Haltung des Königes, mit der Bitte um Freiheit der Rede, mit dem Hinweise auf seine Eigenschaft als Gesandter des Oberhauptes der Kirche, die ihn unter den Schutz des Völkerrechtes stelle. Dann kam er alsbald auf die Kompaktaten zu sprechen. Er bemühte sich, in der bekannten Weise darzuthun, daß sie niemals rechtsgültig erteilt worden seien, vielmehr als das Hauptfindernis der religiösen Einigung der Bevölkerung

des Landes, als die Ursache von dessen Ausschließung aus der lebendigen Gemeinschaft mit den anderen christlichen Reichen betrachtet werden müßten. Dadurch sei jetzt der heilige Vater bewogen worden, ihre Aufhebung feierlich auszusprechen. Der König aber, der einst durch seinen Krönungseid die Verpflichtung auf sich genommen, die Besonderheiten der böhmischen Kirche zu beseitigen, der dem Papste soeben den Gehorsam gelobt habe, möge nun, dieser Pflicht des Gehorsames entsprechend, die durch den Spruch der Kirche begonnnene Union thatsächlich durchführen. Das sei das Begehren des heiligen Vaters.

Die klaren, streng sachlichen Ausführungen des Legaten wirkten ermutigend, überzeugend auf die anwesenden Katholischen, sie verfehlten, wenn man übrigens dem Zeugnisse des Breslauer Chronisten, der nach seiner Parteistellung diesen Vorgängen das höchste Interesse zuwendete, glauben darf, auch des Eindruckes bei den Bekennern des Kelches nicht. „So allein Girsik", sagt er, „hätte diese fünf Worte gesprochen: Ich will Papä gehorsam sein, alles Volk wäre bei ihm gestanden ohne alle Widerrede".[1]

Wieder ergriff der König selbst das Wort zur Erwiderung. Seine Ausführungen waren im wesentlichen dieselben wie am vorhergehenden Tage: Die Kompaktaten seien als Preis siegreicher Kämpfe und echter Frömmigkeit den Böhmen zu Recht verliehen, und bildeten ein teures Gut des Reiches; nie sei es ihm daher in den Sinn gekommen, die Aufgebung derselben zuzusagen; er wolle vielmehr bei denselben leben und sterben.

Der Legat war so mit den Forderungen des römischen Stuhles gänzlich abgewiesen.

Schwerlich hatte sich Fantinus mit großen Hoffnungen in die Versammlung begeben. Solcher Behandlung gegenüber stand er doch erschüttert! Daß der König jede Verpflichtung gegen die Kurie, alles, was er früher ausdrücklich zugesagt und als Zusage anerkannt hatte, rundweg ableugnete, traf ihn persönlich. Er hatte seit Jahren in Rom mit unerschütterlichem Glauben als böhmischer Prokurator seines Herrn Worttreue verfochten gegen jedes Mißtrauen, jede Anklage. Nun sah er sich öffentlich von dem, für den er gearbeitet, verleugnet, vor der Kurie als Thor oder Lügner gebrandmarkt.

Stand er aber nicht da als Vertreter des römischen Hofes, der so

[1] Geschichten der Stadt Breslau I. 195.

schwere Untreue niemals ungestraft lassen, der seine Diener zu schützen wissen würde? Schirmte ihn nicht persönlich das Völkerrecht?

Ob diese, ob andere Erwägungen die Brust des schwerbeleidigten, heißempfindenden Mannes durchstürmten, ingrimmig brach er los, ohne Rücksicht, ohne Zagen: Des Königes Eid, so führte er aus, werde von diesem jetzt völlig irrig erklärt; der König habe klar und deutlich die Union der Utraquisten mit der römischen Kirche zugeschworen, und sei deshalb zweifellos verpflichtet, dieselbe auch durchzuführen; thue er es nicht, und bleibe er bei seiner jetzigen Erklärung, so werde man ihn mit Recht eidbrüchig und meineidig nennen.

Hier fiel ihm der König zornig in die Rede. Aber mit gesteigerter Stimme fuhr der Legat fort in schonungsloser Anklage und Verurteilung des Trägers der böhmischen Krone vor ihm.

Er that auch den letzten Schritt: Da der heilige Vater die Kompaktaten unwiderruflich aufgehoben, und der König Gehorsam gelobt habe, so müßten nun die Böhmen unbedingt gehorchen und jene aufgeben; deshalb erkläre er hiermit kraft päpstlicher Auktorität alle Priester, die noch ferner an den Kompaktaten festhielten, als ihres Amtes verlustig, den König aber, falls er bei seiner irrigen Meinung beharre, mitsamt seiner ganzen Familie als verfallen in die Strafen der Kirche. — Was ihn selbst betreffe, so sei er Prokurator gewesen in dem festen Glauben, daß der König die Kompaktaten und die Kommunion unter beiden Gestalten aufgeben werde; jetzt, da er sich vom Gegenteile überzeugt habe, könne er nicht länger des Königes Diener sein. — Er wandte sich zum Gehen.[1]

Ein Moment furchtbarster Erregung folgte nach! Hier der König, der zornbleichen Antlitzes aufgesprungen war, Miene machte, „wie ein brüllender Löwe" sich auf Fantinus zu stürzen; dort der Legat, nicht minder ergrimmt, doch voll eisiger Entschlossenheit erwartend, was kommen würde.

Aber der Angriff unterblieb. Ungehindert vermochte sich Fantinus zu entfernen.

---

[1] Daß man eine zweimalige Rede des Legaten, unterbrochen durch den ablehnenden Bescheid des Königes, annehmen muß, zeigt der notwendige Verlauf der Geschäftsordnung. Fantinus konnte doch die Anfragen an den König und die Censuren nicht in einem Athem vorbringen. Übrigens unterscheidet auch Eschenloer, Geschichte der Stadt Breslau I. 195—196, die beiden Reden ganz sicher, nur setzt er die zweite auf einen späteren Tag. Aus Fantinus' Bemerkungen ergiebt sich ferner, daß der König wie tags vorher seinen Krönungseid auslegte; von den früheren Erklärungen konnte der Legat aber offiziell nichts wissen.

„Ihr böhmischen Herren“, rief der König den Ständen zu, als er wieder einigermaßen die Fassung gewonnen, „ihr habt vernommen, wie der Papst uns schilt und niemand von euch bemitleidet uns. Gut! Aber das erklären wir: Wir wollen nicht leben, es sei denn wir hätten Rache genommen an Fantinus, der solche Worte gegen uns zu sprechen wagte.“

Vor einer Gruppe der Auseinandergehenden machte dann der König seinem Schmerz und Zorn in schweren Verwünschungen Luft. „Man wisse wohl, wie er sein Lebenlang auf Ehre gehalten habe; dagegen sei nur zu gut bekannt, wie viele schlechte Päpste bisher gezählt worden; das sei nicht der heilige Stuhl, sondern der Sitz der Pest. Die Einheit aller Gläubigen bilde eigentlich den heiligen Stuhl, der freilich nicht zu Rom sich befinde.“ Das Gewaltthätige, Elementare im Wesen des Königes hatte seitdem die Schranken der gesellschaftlichen Formen niedergebrochen. Was er am nächsten Tage that, war weit entfernt von der gebührenden Rücksicht auf seine Lage, von staatsmännischer Klugheit, war der Ausfluß unbezähmbaren Racheburstes.

Am 14. August wurde Fantinus in eine Sitzung der königlichen Räte beschieden, sich als böhmischer Prokurator zu verantworten. Auch katholische Herren und Bischöfe waren zugegen. Nicht deswegen allein zürnte der König so sehr, daß der Legat es gewagt hatte, ihm, dem hochstrebenden ehrsüchtigen Manne, in Gegenwart der Stände des Landes Worte ins Antlitz zu schleudern, die er als die ärgste Bloßstellung, als schwere Schmach empfand. Viel strafbarer, geradezu unerträglich erschien es nach des Königs Auffassung, daß der von ihm für die Wahrung seiner Interessen bestellte Prokurator sich jetzt als das erlesene Werkzeug des römischen Stuhles gebrauchen ließ, daß Fantinus die Wünsche und Anschauungen des Papstes allein vertrat, daß er ohne Rücksicht, ohne Teilnahme für ihn, seinen König und Herrn, und für seine Lage die extrem kurialen Behauptungen in einer Weise vorgebracht hatte, welche den Bürgerkrieg im Lande entzünden konnte. Was Fantinus rechtfertigte, daß er sich getäuscht, in seiner Ehre gekränkt sah, vergaß der König in seinem Grimme nach jener Schwäche menschlichen Wesens, die aus dem berechtigten Widerstande des verhaßten Gegners gegen Gewaltthat das Recht und den Anlaß zu noch größerer Unbill ableitet.

Was da in geheimer Versammlung des Rates gesprochen wurde, und ob formell ein Urteil gefällt ward, ist nie genau an den Tag gekommen. Sicher ist, daß der Angeklagte sich nach besten Kräften verteidigte, daß auch der Kanzler Prokop von Rabenstein und die anwesenden katholischen Stände entschieden für ihn Partei nahmen. Sie erregten dadurch eben

nur des Königes Zorn auch gegen sich, ohne den Beschuldigten retten zu können. Fantinus ward schließlich in den Kerker des Altstädter Rathauses abgeführt, Prokop von Rabenstein seines Amtes entsetzt und ihm geboten, bis auf weiteres sein Haus nicht zu verlassen. Die katholischen Herren schieden in voller Bestürzung. Noch am selben Tage ritten der von Sternberg und der Breslauer Bischof aus Prag fort, ohne beim Könige Urlaub zu nehmen. Dessen unheilvolle Leidenschaftlichkeit drohte so alsbald zu dem einen Konflikte, dem mit dem römischen Hofe, einen zweiten hinzuzugesellen, der nicht minder gefährlich war.

Und was in den nächsten Tagen in Prag geschah, schien den Riß zwischen dem Könige und der römischen Partei unheilbar machen zu müssen. Als Herolde in den Straßen der Hauptstadt die Erklärung des Königes für die Kompaktaten verkündeten, da kannte die Freude des Pöbels, der Übermut der Priester von Rokyzanas Anhang keine Grenzen. Zu dem, was der König gethan hatte, gesellten sich die rohen Ausbrüche utraquistischen Selbstgefühles bei der Bevölkerung. Schimpfreden und Spottlieder gegen den Papst und die Kardinäle, gegen Fantinus, die katholischen Räte des Königes und besonders den Bischof von Breslau wurden laut, Schmähgedichte, schamlose Abbildungen wurden gezeigt, ja selbst an den Häusern Prags angebracht, daneben in eigenen Traktaten die Behauptungen der Gegenpartei über die Kompaktaten rücksichtslos gegeißelt.[1] Die mannigfaltigsten, natürlich übertriebenen Gerüchte verbreiteten sich: „Der gefangene Legat schwebe in Lebensgefahr, der König selbst sei zu ihm in den Kerker gekommen und habe, weil Fantinus sich auch jetzt unbeugsam erwiesen, sich nur mit Mühe enthalten, persönlich Hand an ihn zu legen.“ Es ist kein geringerer als Papst Pius II., der in seinen „Erinnerungen“ davon, offenbar nach Fantins eigener Aussage, erzählt.[2] Besondere Anklagen wurden aber diesbezüglich später gegen den König nicht erhoben, und Fantinus lag es wohl nahe, sein damaliges Martyrium hinterher entsprechend auszuschmücken.

Bald genug kam König Georg zur Besinnung. Nun wurde der Legat zwar nicht entlassen, — das hätte seine Gefangensetzung allzuklar als das Werk momentaner Erregtheit erscheinen lassen, — aber die Gefahr für sein Leben, die Zeit harter Behandlung waren vorüber. Mög-

[1] Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 259. Dlugoš, Histor. Polon. lib. XIII. 294, 295. Beide gehörten nicht zu den Freunden der hussitischen Bevölkerung Böhmens. Vgl. übrigens auch B. Dudík, Forschungen in Schweden für Mährens Geschichte, Brünn 1852, 352, 358.

[2] Pii II. Commentar. 241.

lich, daß der König den oben erwähnten Besuch im Kerker erst jetzt abstattete, wobei die Hartnäckigkeit, mit welcher der Gesandte wie früher der Strenge so jetzt freundlichem Entgegenkommen trotzte, ihn leicht zu einem neuen Zornesausbruch hinreißen konnte. Nicht minder erkannte Georg, daß er in unkluger Leidenschaftlichkeit auf dem besten Wege sei, seine katholischen Unterthanen von sich zu stoßen, und blindlings in den Konflikt mit der Kirche und der katholischen Welt hineinzurennen.

Nun schrieb er an den Papst und an die befreundeten Fürsten, sein Vorgehen gegen Fantinus entschuldigend und rechtfertigend.[1] Er wandte sich aber ebenso an die bedeutenderen katholischen Städte des Königreiches.[2] Sein Schreiben an die Egerer enthält hinter den gewöhnlichen Darlegungen, die sein Vorgehen gegen den Legaten betreffen, die bemerkenswerte Zusicherung, „er werde sie, wie er vormals zugesagt habe, bei der Gewohnheit und Ordnung der heiligen römischen Kirche bleiben lassen, sie nicht von ihr bringen, und niemandem dies zu thun gestatten".[3] Zugleich hatte der Administrator des Prager Erzbistumes, Dr. Hilarius aus Leitmeritz, einst Utraquist und Lehrer an der Prager Universität,[4] dann durch Rokyzanas Zelotismus auf die gegnerische Seite gedrängt,[5] nach des Königs striktem Befehle die gesamte katholische Geistlichkeit des Landes auf den 16. September nach Prag eingeladen; an diesem Tage, 9 Uhr vormittags, sollten sie sich in der Veitskirche auf dem Schlosse einfinden. Die Befehle waren streng. Der Administrator mußte sich über die erfolgte Einberufung mit den Empfangsscheinen der Dekane, die Dekane

---

[1] Des Königes Brief an den Papst ist verloren. Des Papstes Antwort vom 14. September in den Scriptor rer. Silesiac. VIII. 130, Nr. 108. Das Ausschreiben an Herzog Wilhelm von Sachsen bei Müller, Reichstagstheatrum II. 247 (mit unrichtigem Datum, wie schon Georg Voigt, Enea Silvio III. 481 bemerkt), und in den Fontes rer. Austriac. II. XLII. 349—350, Nr. 260; jenes an Matthias von Ungarn bei Pešina, Mars Moravicus 728.

[2] Das Schreiben an die Breslauer erwähnt Klose bei Stenzel, Scriptor. rer. Silesiacarum III. 7.

[3] Fontes rer. Austriac. II. XLII. 351, Nr. 261. Schreiben vom 20. August. Derselbe Passus findet sich offenbar in allen den an königliche Unterthanen gerichteten Schreiben.

[4] Monumenta universit. Pragens. II. 35, 42.

[5] Voigt, Enea Silvio III. 479. Frind, Kirchengeschichte Böhmens IV. 56. Vergl. auch Pešina, Phosphorus septicornis 244. Administrator ward er nach dem Tode Wenzels von Krumau am 11. April 1462. Archiv des Prager Metropolitankapitels.

mit jenen der Pfarrer ausweisen.[1] Ähnlich hielt es der König mit Rokyzana und der hussitischen Geistlichkeit.[2]

Die Versammlung wurde aus unbekannten Gründen auf den 28. September verschoben. Die Führer der Katholischen nützten die Frist, um sich für die Freilassung des päpstlichen Legaten zu verwenden,[3] die Ihren in der Treue gegen die Sache der römischen Kirche zu befestigen, die Zaghaften zu trösten und zu ermutigen. Nochmals am Morgen des festgesetzten Tages berief der Administrator den gesamten ihm unterstehenden Klerus in die Skt. Wenzelskapelle der Prager Domkirche, sich der festen Haltung, des treuen Zusammenstehens aller zu versichern. Bis ins kleinste ward bedacht und geordnet, was notwendig schien: wie sie sich auf dem Wege nach dem Altstädter Königshofe zu verhalten, in welcher Ordnung sie zu gehen hätten, wie sie sich vor dem Könige, gesondert von den Utraquisten, aufstellen sollten, wer reden, welche schweigen müßten. Streng ward verboten, sich in irgend eine Diskussion mit den Gegnern einzulassen, von allen verlangt, sie sollten, ob auch der König wüten und toben werde, oder ihnen Gewalt anthun wolle, bedenken, daß sie nur viele Glieder desselben Leibes seien und dem Unrechte nicht weichen dürften bis in den Tod. Dann zogen sie, — über 200 -- je drei und drei nebeneinander gehend, vor den König, wo sich bereits die utraquistische Priesterschaft, gegen 500 Köpfe stark, unter Rokyzanas Führung eingefunden hatte.[4] Auch er und die Seinen wahrten die Ordnung.

Des Königes Ansprache war streng, ja ungnädig: Während er sich unablässig bemühe, das Reich im Frieden zu erhalten, vermöchten allein die Priester sich nicht zu vertragen; fortwährend gebe es Streit, verketzere man sich gegenseitig, werde den Toten des anderen Bekenntnisses die Bestattung

[1] Das Einberufungsschreiben an den Dechant von Tepl, bereits am 17. August ergangen, in Fontes rer. Austriac. II. XX. 278, Nr. 282. Die Art der Weiterverbreitung der Einladung zeigt ebendort Nr. 283. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 252; Frind, IV. 59.

[2] Rex Georgius in Praga omnes presbiteros catholicos et hereticos convocavit. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 133—135, Nr. 111. Vergl. H. Markgraf, Verhältnis König Georgs von Böhmen zu Papst Pius II. 1462—1464, Forschungen zur deutschen Geschichte IX. 222, Anm. 1.

[3] Scriptor. rer. Silesiac. l. c. 135; es scheint mir nicht gut möglich, anzunehmen, daß diese Fürsprache früher stattgefunden; dagegen lag ein solcher Schritt den versammelten Mitgliedern des katholischen Klerus um so mehr nahe.

[4] Über die Anzahl der Priesterschaften vergl. G. Voigt, Enea Silvio III. 479, Anm. 3.

verweigert u. s. w. Dabei sei die Priesterwürde besudelt durch den Umgang mit verdächtigen Weibern und die Neigung zum Spiele. Höre das nicht auf, so müsse er, da sie keinen geistlichen Richter hätten, selbst an Gegenmittel denken. — Weiter wolle und gebiete er, daß die Kompaktaten, die dem Königreiche zur Herstellung des Friedens und der Eintracht verliehen seien, für die er einstehen werde, solange er lebe, ausnahmslos und genau von ihnen allen beobachtet würden. Darüber verlange er ihre bündige Erklärung, über die sie sich einigen sollten.

Die Utraquisten waren rasch bereit, die Antwort zu geben.

Rokyzana bekannte, daß seine Partei die Versicherung des Königes für die Kompaktaten mit freudigem Danke hinnehme, und ebenso ihrerseits seinem Wunsche entsprechen werde. Was die vom Könige gegen den Klerus erhobenen Vorwürfe betreffe, so fielen sie vor allem dem römischen Papste und seinen Priestern zur Last, deren Geldgier, Unkeuschheit und Hoffart bekannt seien.

Für die Katholischen ergriff der Administrator das Wort: „Was der König für den Frieden des Landes gethan habe, sähen er und die Seinen mit unbegrenztem Danke an. Sollten Priester seines Glaubens sich unrechtes erlauben, was ihm aber unbekannt sei, so sei er bereit, sofort zu ihrer Bestrafung die Hand zu bieten. Was aber die Kompaktaten betreffe, so habe er darauf nur die eine Antwort, gleich jener, welche die Barone unlängst gegeben hätten: Sie hätten der Kompaktaten nie bedurft und bedürften ihrer auch jetzt nicht, vermöchten auch nicht einzusehen, was sie zum Heile beitragen sollten; was aber an ihnen vom Frieden sei, das wollten sie gern annehmen. Er hoffe, der König werde wie seine Vorgänger die Prager Kirche bei ihrem Ritus schützen; der sei aber kein anderer als jener der heiligen römischen Kirche“.

Der Administrator wandte sich zu den Seinen mit der Frage, ob sie dieser Antwort beipflichteten. Sie bejahten es einstimmig.

Alle Versuche des Königes, die Wahrheit der Behauptungen über das anstößige Leben einzelner Geistlicher aus einem aufgefangenen Briefe zu erweisen, die Gefangennehmung des Nuntius zu rechtfertigen, die Kompaktaten in seinem Sinne als für alle Unterthanen der Krone verbindend hinzustellen, und so die katholische Partei für seine Auffassung, zur Verpflichtung für die Kompaktaten zu gewinnen, blieben wieder erfolglos.

Mit dem Bescheide, anderen Tages sämtlich oder doch in der Mehrheit wiederzukommen, wurden die Versammelten entlassen. Aber erst am 21. September wurden ihnen die Entschließungen des Königes mitgeteilt: Es sei sein ernstlicher Wille, daß die Priester beider Parteien

mit einander in Eintracht lebten; ein jeder solle seinen Oberen gehorsam sein; die Kompaktaten müßten von allen beachtet werden.

Wenigstens ein äußerlicher Friedensstand sollte so den klaffenden Riß, der durch die Bevölkerung des Königreiches ging, verdecken. Es war deshalb sehr zu unrechter Zeit, daß Rokyzana jetzt vor der Versammlung Klage erhob über einen Priester der katholischen Seite, der sich ihm unbotmäßig erwiesen hätte. Er holte sich von dem Könige eine scharfe Zurechtweisung.[1]

In der That beruhigte sich in Prag und Böhmen unter Georgs kräftiger Fürsorge die Bewegung wieder. Bald lenkten auch außerordentliche Vorgänge in den kaiserlichen Erblanden die Aufmerksamkeit der politischen Welt von dem Königreiche ab.

Elftes Kapitel.

Der Krieg an der Donau und am Rheine. Die Zustände in Niederösterreich. Neuer Streit zwischen Friedrich III. und Erzherzog Albrecht.

Ins dritte Jahr dauerten bereits die Kämpfe im Reiche. Die früheren Waffengänge hatten so wenig eine Entscheidung gebracht, daß jetzt die Anführer der anscheinend schwächeren Partei mit größeren Heeren als je und voll froher Zuversicht im Felde erschienen waren, ja alsbald auch bedeutende Fortschritte gemacht hatten.

Aber eins war geschehen: Der Markgraf von Ansbach gab jetzt, weil kein durchgreifender Erfolg zu erlangen war, sein oberstes Ziel, die Anerkennung des Nürnberger Landgerichtes von seiten Bayerns und der fränkischen Bischöfe zu erstreiten, auf; er kämpfte nur noch um die Wiedergewinnung seiner verlorenen Städte und Schlösser. Auch traten sich endlich die Gegner mit größeren Massen im offenen Feldstreite entgegen. Die Zeit war gekommen, in der sich das lange drohende Kriegsgewitter in schweren Schlägen zu entladen, auch der kampfesmutigste der streitenden Fürsten sich am Waffengetöse zu ersättigen vermochte.

Freich kam die Entscheidung nicht von der Stelle, von woher man sie am ersten hätte hoffen sollen, von den Häuptern der Christenheit.

---

[1] Über diese Verhandlungen vgl. noch Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 252. Voigt, Enea Silvio III. 479—480.

Wohl hatten Papst und Kaiser entschieden Partei genommen und ihre stumpf gewordenen Waffen, den Bann der Kirche und des Reiches Acht und Aberacht, häufig genug gebraucht. Materielle Interessen wogen aber bei den deutschen Fürsten des 15. Jahrhundertes längst schwerer, als die idealen Verpflichtungen gegen das Kaisertum und die Scheu vor den Geboten der Kirche. Zudem waren der geistliche und weltliche Stellvertreter Gottes auf Erden mit häuslichen Sorgen derart beladen, daß sie sich begnügen mußten, aus der Ferne zu drohen und zu verurteilen. So blieb in dem Kampfe um den Besitz der Mainzer Kurwürde, wie in dem Waffengange zwischen Wittelsbachern und Hohenzollern in Franken und Schwaben, die Menge der Verbindungen und das Schlachtenglück entscheidend.

Pfalzgraf Friedrich machte am 22. November dem Markgrafen Karl von Baden und dem Grafen Johann von Nassau, die zu einem neuen Versuche, ihn auf ihre Seite zu ziehen, nach Heidelberg gekommen waren, persönlich die Mitteilung von seinem Bunde mit Diether von Isenburg.[1] Er fügte die Erklärung hinzu, daß er entschlossen sei, dem neuen Freunde mit aller Macht bei Behauptung des Erzbistumes beizustehen.

Die Sache Diethers machte nun weitere Fortschritte. Am 2. Dezember schloß sich ihm nach längerem Schwanken die Stadt Mainz an. Die Bürger versprachen zwar nicht, dem Erzbischofe im Kampfe zu helfen, aber sie gelobten, ihn, den Pfalzgrafen und den Grafen von Katzenellenbogen mit 200 Mann in ihre Mauern aufnehmen zu wollen, so oft sie es begehrten, der isenburgischen Partei den freien Einkauf von Lebensmitteln überall bei den Ihren zu gestatten, endlich der Appellation Diethers gegen seine Absetzung beizutreten.[2] Dafür belohnte sie dieser mit mehreren wichtigen Gegenkonzessionen. Jetzt trat auch ein Teil der Domherren wieder auf die isenburgische Seite, eifrigst bestrebt, ihren Abfall zu Adolf durch größere Hingebung für den „alten Bischof" vergessen zu machen.[3]

Noch im letzten Monate 1462 war auch die Fehde entbrannt. Diether griff das Nassauische, Kurfürst Friedrich den stark besetzten Rheingau an, freilich beide ohne wesentlichen Erfolg. Denn die Verbündeten und Helfer blieben nicht müßig. Johann von Nassau vergalt die Verbrennung der

[1] K. Menzel, Diether von Isenburg 168.

[2] Joannis, Rerum. Moguntin. scriptores II. (Francofurt. 1722) 160. Speyersche Chronik bei Mone, Quellensammlung I. 461—462. Vergl. Menzel, Diether von Isenburg 169. G. Voigt, Enea Silvio III. 282.

[3] Speyersche Chronik bei Mone I. 462—463, Schreiben vom 26. Dezember 1462. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 201—203, Nr. 317.

königsteinschen Dörfer mit der Verheerung der Umgebung von Hochheim, während Erzbischof Adolf Gaubickelheim eroberte. Dann erfolgte die Absage Graf Ulrichs von Württemberg,[1] und alsbald brachen seine Scharen verwüstend in das pfälzische und herzoglich-neumärktische Gebiet. Auch Ludwig der Schwarze von Veldenz und Landgraf Ludwig von Hessen rüsteten sich, den Nassauern mit Macht zuzuziehen.[2] Nur die strenge Winterkälte machte zunächst weitere Unternehmungen unmöglich.[3]

Erzbischof Adolf und seine Freunde suchten die Zwischenzeit nach allen Kräften zu benützen, sowohl zum engeren Anschluß aneinander, als auch zur Vermehrung ihrer Mannschaften, über die schon am 7. Januar der kriegserfahrene Graf Ulrich von Sulz zum obersten Feldhauptmanne bestellt worden war,[4] und zur Gewinnung neuer Verbündeten.[5] Dasselbe thaten aber auch die Gegner. Am 6. Januar kam zu Frankfurt ein Vertrag zwischen Erzbischof Diether und Landgraf Heinrich von Hessen, wahrscheinlich unter Vermittelung von Heinrichs Schwiegervater, dem Grafen von Katzenellenbogen, zustande, in dem Diether dem Landgrafen für seine Waffenhilfe bedeutenden Besitz aus dem Stiftsgute verschrieb, der aber gegen 8000 Gulden wieder ausgelöst werden könnte.[6] Dagegen trafen sich Adolf von Nassau und die Fürsten seines Anhanges zu Beginn Februar zu Wiesbaden und später nochmals zu Bingen, um die energische Fortsetzung des Krieges zu beraten. Anfang März ritt Adolf zu Herzog Wilhelm von Sachsen nach Mühlhausen in Thüringen und bewog ihn,

---

[1] Über seinen Vertrag mit Erzbischof Adolf von Nassau vergl. v. Stälin, Wirtemb. Geschichte III. 530 und Anm. 4.

[2] Die Quellen bei Menzel, Diether von Isenburg 170—171 (und Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. (Wiesbaden 1880) 301 ff.); Ch. F. Sattler, Geschichte des Herzogtums Württemberg unter den Graven, 5 Teile, Tübingen 1767—1768, IV. 5. Man vergl. noch Kremer, Urk. II. 240—241, Nr. LXXXI, Schreiben des Kurfürsten Friedrich an die von Speyer; Koelhoff'sche Chronik in Deutsche Städtechroniken XIV. (Köln III.) 801 ff. nnd ungedruckte Schriftstücke in Cod. Lipsien. Univers. Nr. 1328 und Cod. 501 der Gießener Universitätsbibliothek (Vgl. L. Weiland im Neuen Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde, 1878, 69—72), endlich über den Beginn des Kampfes die Berichte der Statthalter Herzog Wilhelms, Weim. Gesamtarchiv l. c. fol. 100—101.

[3] Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 304—305.

[4] Gudenus, Cod. diplomat. anecdot. res Moguntinas illustrant. tom. V. (Göttingen, Frankfurt und Leipzig 1743—1758), IV. 348.

[5] Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 200, Nr. 313. Müller, Reichstagstheatrum II. 110.

[6] Der Revers über die Aufnahme des Landgrafen in den Bund Diethers und des Pfalzgrafen bei Kremer, Geschichte Friedrich des Siegreichen, Urk. 242, Nr. LXXXII[a].

am 7. März sich seinem Bunde anzuschließen. Als Entschädigung wurden ihm 14000 Gulden versprochen und dafür ein neuer Teil der bischöflichen Lande von Mainz als Pfand zugesagt.[1] Neue Verschreibungen für den Landgrafen Ludwig von Hessen schlossen sich daran an. Graf Haneman von Leiningen, Herr zu Formbach, ward zur selben Zeit gegen eine Jahresbestallung von 500 Gulden Adolfs Diener.

Im allgemeinen hielten es dabei die Helfer beider Erzbischöfe genau so wie der Pfalzgraf: Sie ließen sich je nach ihrer Macht und nach ihrem Kriegsrufe mit mainzischem Stiftsgute belohnen.[2] Mit Schmerz mußte der heilige Vater erfahren, daß die zur Wiederherstellung seiner apostolischen Auktorität verhängte Züchtigung des Isenburgers nicht ohne die furchtbarste Spoliierung des ersten geistlichen Fürstentumes des Reiches zu geschehen vermochte. Und daran änderte weder sein noch des Kaisers Einschreiten etwas.

In einer Bulle vom 8. Januar wurde erst der abgesetzte Diether nochmals aufs äußerste bedroht. Nur kurze Frist war ihm gelassen für die Überweisung des Erzbistumes an Adolf von Nassau und die Ersetzung des diesem zugefügten Schadens.[3] Als diese verstrichen, griff Pius II. zu noch wirksameren Mitteln. Am 1. Februar ward in einer eingehenden Denkschrift der Bann über die Ungehorsamen in der Mainzer Sache gerechtfertigt, und Erzbischöfen und Bischöfen befohlen, die Censur jeden Tag in ihren Kirchen verkündigen zu lassen.[4] Legaten waren bestimmt und unterwegs, an Ort und Stelle die päpstlichen Gebote für den nassauischen Prätendenten in die Wagschale zu legen.[5]

Die Kurie richtete ihre Angriffe aber auch gegen den Pfalzgrafen, obwohl dieser, um den Zorn des heiligen Vaters von sich abzulenken, bereits am 15. Januar, ehe noch die Bulle vom 8. am Rheine eingetroffen sein konnte, ein demütiges Entschuldigungsschreiben nach Rom gesandt hatte. Er führte darin seine Einmischung auf rein weltliche,

---

[1] Darüber zuletzt Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 306—307.

[2] Voigt, Enea Silvio III. 282, 283. Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 304ff.

[3] Bei Sattler, Geschichte Württembergs unter den Graven, Fortsetzung II. Beil. Nr. 127.

[4] Pius Briefe 5, edit. Med. Über die Bedeutung der Schrift und die Stellung des Papstes in der ganzen Frage s. Voigt, Enea Silvio III. 288—289.

[5] Ihre Beglaubigung bei Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 201, Nr. 314. Über sie vergl. noch ebendort 208—210, Nr. 330 und G. Voigt, Enea Silvio III. 289 und Anm. 2. Es waren der Dechant Franz von Toledo, ein vielgebrauchter Diplomat, und der Auditor des päpstlichen Palastes Pietro Ferrici.

territoriale Motive zurück, was ihn bei aller Ergebenheit gegen den römischen Stuhl hindere, nach dessen Wunsche von der Mainzer Fehde zurückzutreten. Darum durfte er den über die „Genossen" des gebannten Diether ausgesprochenen Fluch auch auf sich beziehen.

Aber in Berücksichtigung der allgemeinen Lage im Reiche, wohl auch der Stellung der Kurie in Böhmen, scheute sich der Papst, durch ein zu entschiedenes Vorgehen die Zahl der kirchlichen Gegner in Deutschland zu vermehren. Am 23. Februar wandte er sich nochmals persönlich an Kurfürst Friedrich: Er könne ihn weder „geliebter Sohn" nennen, noch segnen, denn einer, der die Güter der Mainzer Kirche an sich ziehe, der sich nicht scheue, die Waffen mit denen des gebannten Diether von Isenburg zu vereinigen, der die päpstlichen Mandate von seinem Gebiete ausschließe u. s. w., könne kein geliebter Sohn, und, weil ihn selbst der Bann der Kirche belaste, für keine Segnung empfänglich sein; aber er möge wohl bedenken, was er thue, und die warnende Stimme hören; Mauern und Befestigungen jeder Art seien nicht imstande, so wenig wie dem Blitze Gottes dem päpstlichen Anathema den Zugang zu ihm zu verwehren, falls er sich nicht bessere; noch sei er in väterlicher Milde bereit, ihn als reuigen Sohn aufzunehmen.[1]

Das Schreiben blieb wirkungslos wie das kaiserliche Mandat vom 1. Mai, in dem nochmals Fürsten und Städte und alle Glieder des Deutschen Reiches unter Androhung der äußersten Strafmittel der Kirche aufgefordert wurden, Adolf von Nassau beizustehen.[2] Die Gebannten begnügten sich, in gewohnter Weise gegen die geistlichen Censuren zu appellieren, auch möglichst viele andere zu bewegen, ihnen dabei zu adhärieren.[3]

Noch größer, aber nicht von glücklicherem Erfolge war des Kaisers zorniger Eifer gegen den Pfalzgrafen, dem er nie recht hold war. Gegen ihn vornehmlich war die Ernennung des Grafen Eberhard von Württem-

---

[1] Gedruckt in Pii opera, edit. Basil. ep. 383, und edit. Mediol. ep. 36; dann Öfele, Scriptor. rer. Boicar. II. 244. Deutsch bei Bodmann, Rheinisches Archiv für Geschichte und Litteratur, Mainz 1811, IV. 138. Eine Kopie des latein. Origin. im Dresdener Hauptstaatsarchiv, Cop. 1317, fol. 279. Vgl. auch G. Voigt, Enea Silvio III. 285, Anm. 1.

[2] Die Encyclica bei Gudenus, Cod. diplomat. IV. Nr. 163.

[3] Voigt, Enea Silvio III. 285—287. Das Manifest Kurfürst Diethers vom 30. März in Höchst gefertigt, ist die erste durch Guttenberg gedruckte Streitschrift; davon ein schönes Exemplar im Frankfurter Stadtarchive, Kaiserbriefe V. Vgl. auch Voigt, Enea Silvio III. 289. Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 309.

berg-Aurach zum Reichsfeldherrn gerichtet,[1] und selbst der seit dem Budweiser Tage von neuem drohende Konflikt mit Böhmen hinderte nicht die formelle Eröffnung des Reichskrieges. Als Graf Eberhard und Markgraf Karl von Baden kampfgerüstet im Felde standen, befahl der Kaiser am 30. März seinen Stellvertretern im Reiche, dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg, Karl von Baden und Ulrich von Württemberg, die Landvogtei im Elsaß, die ihm und dem Reiche ohne Mittel zugehöre, dem Herzoge Friedrich, Pfalzgrafen bei Rhein, wegzunehmen, da er viel und mancherlei mutwillig gefrevelt und gröblichen Ungehorsam bewiesen habe.[2] Am selben Tage wurde dies auch der Landschaft kundgethan,[3] und allen Ständen des Reiches befohlen, den genannten Fürsten, die der Kaiser besonders wegen Friedrichs Unbotmäßigkeit gegen ihn und den römischen Stuhl zu Hauptleuten des Reiches bestellt habe, zuzuziehen.[4] Seitdem schlossen sich die getrennten Kriegsschauplätze des mittleren und westlichen Deutschlands über Schwaben hin zu einem mächtigen Kriegsbrande zusammen, mußten aber Vorteile, die eine der kriegführenden Parteien da oder dort errang, auch auf weitere Entferung ihre Wirkung üben. Das geschah noch im März.

Als der Pfalzgraf nach furchtbarer Verheerung des badenschen Besitzes um Pforzheim und im Pfinzthale sich gegen die württembergischen Vasallen wandte, und im kühnen Zuge bis in die Nähe Stuttgarts vordrang, da sah sich Graf Ulrich genötigt, gerade in dem Momente, in dem man an der oberen Donau hochwichtiger Entscheidung entgegensah, das kaiserliche Heerlager von Gundelfingen zu räumen und heimzueilen.[5]

Der Bayerherzog hatte mit äußerster Anstrengung gerüstet. Wer nur immer waffentüchtig war, mußte ihm ins Feld folgen, so „daß man meinte, es wären kaum zwanzig reisiger Pferde [mehr] in Bayern“.[6] So war Ludwig von Ingolstadt ausgezogen.

---

[1] Am 17. März; Lünig, Reichs-Archiv, part. spec. contin. II. 690. Vergl. oben.

[2] Kopie im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 280. [3] Ebendort.

[4] Kopie im Bamb. Archiv l. c. Nr. 361. Die Widerspenstigkeit des Pfalzgrafen wird vornehmlich auf die Nichtanerkennung seiner Arrogation seitens des Kaisers zurückgeführt. Vgl. auch Lichnowsky, Regesten zu VII. CCCXXXII., Nr. 1462.

[5] Math. v. Kemnat, Quellen und Erörterungen III. 41. Das Ausschreiben des Markgrafen Karl von Baden gegen Kurfürst Friedrich von der Pfalz vom 16. März bei Kremer, Urkunden 241—249, Nr. LXXXII. Burkard Zink in Deutsche Städtechroniken V. 264. Speyersche Chronik 466. Vgl. F. Chr. v. Stälin, Wirtemb. Geschichte III. 535ff. Menzel, Diether von Isenburg, 177.

[6] Burkard Zink, Städtechroniken V. 264.

In der zweiten Hälfte des März trafen nach und nach die gemieteten böhmischen Truppen ein, geführt von Dobrohost von Ronsperg auf Bischofteinitz, Burian von Guttenstein auf Breitenstein, einem Vitztum, Dietrich von Janowitz nächst Klattau, Etibor von Wolfstein auf Triebl, Calta von Steinberg auf Rabenstein und anderen Herren des südwestlichen Böhmen.[1]

Auch Erzherzog Albrecht von Österreich löste sein Wort ein. Unter dem Befehle Graf Wolfgangs von Schaumburg sandte er Ludwig eine starke Schar jener Žebraken, die im Vorjahre in Österreich gekämpft hatten zu Hilfe, während zugleich dem Landmarschalle in den Vorlanden, Düring von Hallwill, befohlen wurde, den Bayern, falls der Krieg nach Schwaben verlegt würde, in jeder Weise beizustehen, und die erzherzoglichen Schlösser offenzuhalten.[2] So nachdrücklich daher Herzog Ludwig durch Herrn Parzival Aichperger in Prag König Georg mahnen ließ, „sein Heer zum Ernste wohlgerüstet ihm fürderlichst zu senden", er fühlte sich bereits ohne die königliche Hilfe stark genug, „von Stund an mit einer streichenden Wagenburg sich gegen die Feinde zu schlagen", die Gundelfingen hart bedrängten.[3]

Hier kam es auch am 24. März zu einem ernstlichen Zusammenstoße. Das kaiserliche Heer hatte sich derart gelagert, daß es die Verbindung zwischen den bayerischen Städten Gundelfingen und Lauingen, die beide am Nordufer der Donau gelegen und stark besetzt waren, vollständig unterbrach.[4] Nachdem der Bayerherzog mit seiner Hauptmacht von Höchstädt herangezogen war und in und bei Lauingen sein Lager aufgeschlagen hatte, rückte er am genannten Tage in drei Abteilungen gegen die Wagenburg der Kaiserlichen heran.

Sein Plan war, durch eine Schar von 800 Mann, die scheinbar als Verstärkung in die belagerte Stadt geworfen werden sollten, den Gegner zum Verlassen seiner festen Stellung zu reizen, und dann mit ganzer Macht anzugreifen und zu beschäftigen; inzwischen sollte nach

---

[1] Fontes rer. Austriac. II. XX. 185, Nr. 186. Gemeiner, Regensburgische Chronik III. 356. Vergl. auch Buchner, Herzog Ludwigs Krieg mit Markgraf Albrecht u. s. w., Abhandlungen der histor. Klasse der königl. bayerischen Akademie der Wissenschaften, III. Abteil. II. 74.

[2] v. Stockheim, Albrecht IV. 201.

[3] v. Stockheim, Urk. und Beil. 630—632, Nr. CXL. Vergl. über die Zeit der Werbung oben S. 187.

[4] Nach dem Berichte des Marschalls Heinrich von Pappenheim an den Kaiser vom 13. April. Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 285.

Verabredung die Besatzung Gundelfingens ausfallen und die Werke der Kaiserlichen zerstören.[1]

Aber der Anschlag gelang nicht oder fiel vielmehr zum Nachteile der Bayern aus.

Als zur bestimmten Stunde die 800 an dem feindlichen Lager vorüber gegen die Stadt zogen, blieb das Reichsheer gegen alles Erwarten in der Wagenburg. Es begnügte sich, jenen mit einigen Kanonenkugeln das Geleite zu geben, weshalb auch Herzog Ludwig, für heute keinen Kampf weiter erwartend, abzog. Aber die in der Stadt hatten bereits alles für den Überfall vorbereitet, und brachen auch wirklich aus. Ungestüm vordringend, thaten sie an den Belagerungswerkzeugen mehrfachen Schaden und töteten und fingen einige Kaiserliche. Aber von keiner Seite unterstützt und mit großer Übermacht angegriffen, wurden sie schließlich in die Stadt zurückgetrieben.[2] Was Herzog Ludwig als Sieg über die Reichshauptleute und Städter dem Pfalzgrafen verkündete, war thatsächlich eine Niederlage, die er mit dem dreifachen Verluste des Gegners bezahlte.[3]

Auch war Gundelfingen durch den Kampf nichts weniger als entsetzt. Die Kaiserlichen besserten rasch die geschädigten Belagerungswerke aus, neuer Zuzug rückte heran,[4] darunter die Augsburger, die allein fast 1000 Mann stark schon am Tage des Gefechtes eintrafen, so daß sie die im Kampfe Erschlagenen noch auf der Wahlstatt liegen sahen.[5]

---

[1] Nach Herzog Ludwigs eigenem, freilich etwas konfusem Berichte an den Pfalzgrafen in der Speyerschen Chronik bei Mone, Quellensammlung I. 469—471.

[2] Da schicket man darüber, . . . daz sy die veind, die vber die büchssen geloffen warn, mit gewalt abtriben und jr ob zway hunderten erschlugen vnd viengen. Vnd triben sy gar hinein biß an die statt greben, damit wir daz veld behielten ꝛc. Bericht Pappenheims.

[3] Zu den Berichten des Herzogs und Pappenheims, den bereits Sigmund Birken, Spiegel der Ehren 679, freilich in unrichtigem Zusammenhange verwertete (vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 239), kommt noch die Erzählung Burkard Zinks, Städtechroniken a. a. O. 261—262, des großen Regensburger Stadtbuches fol. 221, das zwischen den Phasen der Belagerung nicht genau unterscheidet, und die Darlegung Herzog Wilhelms von Sachsen in einem Briefe vom 1. Mai an seinen Bruder den Kurfürsten. Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 2, Nr. 2, vol. II. fol. 84—85; dann in der Rothenb. Chronik fol. 114.

[4] Von dem Zuzuge des Fußvolkes Eberhards von Württemberg, der, nachdem die Reiter bereits eingetroffen, unmittelbar bevorstehe, berichtet Pappenheim.

[5] Burkard Zink a. a. O. Die weiteren Verstärkungen der Augsburger, dann die Kontingente der Rothenburger, Heilbronner, Haller, die im Anzuge waren, rückten dann auf die Nachricht von der Aufhebung der Belagerung wieder nach Hause. Burkard Zink 264—265. Sigmund Birken, Spiegel der Ehren 680.

Frohe Zuversicht beseelte denn auch im Angesichte des feindlichen Heeres die Reihen der Kaiserlichen. Am 27. März wurde Kriegsrat gehalten, und beschlossen, der Entscheidung einer Feldschlacht nicht aus dem Wege zu gehen. Des Reiches Banner wurde entfaltet, „und flog der Adler gar herrlich und war die Meinung, er sollte also fliegen, bis Gundelfingen gewonnen ward, und sollt danach geflogen sein bis Lauingen und Hochstädt".[1]

Aber die Bayern, die andern Tags wirklich ausrückten, hielten nicht Stand; sie im Lager anzugreifen fanden die Feldherren des Reiches allzugefährlich, zumal jene an den beiden Städten zu festen Rückhalt besaßen.[2] Als dann Graf Ulrich von Württemberg mit der Hauptmacht der Seinen abziehen mußte, den Pfalzgrafen zurückzutreiben, war die günstige Zeit für das Reichsheer vorüber.

Schon bedrängte schwerer Futtermangel die Kaiserlichen.[3] Deshalb und weil die Hoffnung, Gundelfingen zu nehmen, eitel schien, verließ der Markgraf am 30. März die ausgesogene Landschaft, wobei er einen Teil des Geschützes und sonstigen Belagerungswerkzeuges auf den grundlosen Wegen nicht mit fortzubringen vermochte,[4] und wandte sich, nachdem er umsonst den Gegnern nochmals die Schlacht angeboten,[5] gegen das von den Württembergern besetzte Heidenheim an der Brenz, unter dessen Mauern er sich lagerte.

In den ersten Tagen des April zog Albrecht nach Auflösung des Reichsheeres[6] mit der Hauptmacht seiner Reisigen südwärts, um, gestützt auf das mächtige Augsburg, den Krieg nach Bayern hineinzutragen. Dagegen erhob sich jetzt Herzog Ludwig zu selbständigen Unternehmungen.

Am 28. März hatten die Ratsfreunde der 31 Reichsstädte, die dem Kaiser Hilfe zugesagt hatten, mit den Boten der Reichshauptleute zu Nördlingen getagt. Noch am selben Tage war man einig. Die Städte sollten für einen neuen Feldzug 8000 Mann, die Fürsten und ihre Verbündeten

---

[1] Burkard Zink 262.

[2] Bericht Pappenheims vom 13. April an den Kaiser.

[3] Pappenheim l. c.: Da gewann wir solchen abgang an fütrung, daß wir biß an den sechßten tag kein fütrung gehaben mochten. Desshalben ꝛc. Vergl. auch den Brief Herzog Wilhelms vom 1. Mai: „vnd darnach vnser sweher marcgraue Albrecht von Gundelfingen futters halben vfgebrochen ist". Freilich stammt auch diese Nachricht aus dem kaiserl. Lager, ja stützt sich höchstwahrscheinlich auf eine direkte Mitteilung Markgraf Albrechts.

[4] Burkard Zink 265. [5] Nach Pappenheims Bericht.

[6] Damit steht die Umkehr jener Kontingente, und stehen die Beschlüsse des Nördlinger Tages in zweifellosem Zusammenhange. Über die Heidenheimer Beschlüsse s. u.

12000 aufbringen; die Heere werden mit aller Notdurft versehen sein, mit Büchsen, Pulver, Pfeilen, Wurf- und Schleudersteinen und Werkzeugen aller Art; je 10 Mann von den Fußtruppen sollen einen wohlgerüsteten Wagen haben; der vierte Teil derselben sollen Spießer, ein anderes Viertel Hellebarder sein; am zweiten Ostertage (20. April), vor Beginn des neuen Feldzuges, treten die Abgeordneten der Städte und Fürsten nochmals zu endgültiger Beschlußfassung in Ulm zusammen; auch die Eidgenossen sollen aufgefordert werden, dem kaiserlichen Heere Zuzug zu leisten.[1] Fürwahr schöne Beschlüsse, wenn sie gehalten wurden!

Ohne besondere Sorge vor dem Gegner blieb der Markgraf in Augsburg, „das Land zu Bayern über den Lech hinein fast mit Brand und Nahme" hart heimsuchend.[2] Es kam aber bald anders.

Herzog Ludwig that erst den Augsburgern einigen Schaden. Dann, nachdem er Miene gemacht, Ulm zu belagern und die Umgebung der Stadt verwüstet hatte, nahm er Langenau und Neresheim und wandte sich nordöstlich in das Wörnitzgebiet, das „Ries", die Besitzungen des Marschalles von Pappenheim und das Öttingen'sche bedrohend.[3] Da Markgraf Albrecht verläßliche Kunde zu haben meinte, daß das bayerische Heer nicht über sechstausend Mann stark sei, so begnügte er sich, in seinem Lande aufzubieten mit dem Befehle, im Falle der Not sich alsbald gerüstet bei Gunzenhausen oder Truhending einzufinden und ein gleiches von den Reichsstädten nordwärts der Donau zu fordern.[4]

Aber die drohende Haltung Johanns von Würzburg, der in jenen Tagen, durch die Nähe des bayerischen Heeres ermutigt, dem Markgrafen die Fehde ankündigte, lähmte den Widerstand der Städter[5] und Markgräflichen. Ulrich von Öttingen, den Bayern gegenüber ohne ausreichende Hilfe gelassen und allein zum Widerstande zu schwach, sah sich genötigt, mit Herzog Ludwig ein Abkommen zu suchen. Während der Markgraf mit den Städtegesandtschaften zu Augsburg die Fortsetzung des Krieges

[1] Der Abschied des Nördlinger Tages im Bamb. Archiv, Rothenb. Chronik fol. 125—126.

[2] Pappenheims Bericht vom 13. April. Vergl. Burkard Zink 270. Danach und nach anderen Meldungen s. Birken, 679—680.

[3] Burkard Zink 267ff., 270—271. Bericht Pappenheims vom 13. April.

[4] Sein Brief an die Rothenburger vom 11. April. Rothenb. Chron. fol. 128: „Begernde, das ir mit den ewern zu roß vnd zu fuß uff das aller rustgist und statlichst ir mogent, jn bereytschafft sitzen ꝛc. . . . So haben wir alle vnnser ritter, lantschafft vnd knecht deßgleichen beschieden."

[5] Schreiben der Rothenburger an den Markgrafen vom 14. April. Bamb. Arch., Rothenb. Chronik fol. 117—118.

beriet, drohte ihm der Abfall eines sehr rührigen, bisher unbedingt verläßlichen Bundesgenossen.

Umsonst eilte Albrecht auf diese Nachricht noch am 21. April bis gegen Nördlingen, zog er auch das württembergische Volk, das bei Ulm gelagert war, an sich, und wurden die Städter aufgeboten.[1] Es war zu spät. In dem am 28. April unterzeichneten Vertrage verpflichteten sich die beiden Grafen Wilhelm und Ulrich von Öttingen mit allen ihren Vasallen und Schlössern, die ganze fernere Dauer des Krieges aus gegen Bayern still zu sitzen, und dem Kaiser allein mit ihrer Stadt Wemdingen, und in eigener Person mit sechzig Reisigen, die dem Bayerherzoge namentlich bekannt gegeben werden, nach ihrer Pflicht Hilfe zu leisten.[2]

Dafür wurde ihr Gebiet der Bedränger ledig. Bald sah sich dann Herzog Ludwig bestimmt, vor der Übermacht Markgraf Albrechts und Graf Eberhards von Württemberg seine Heeresmacht überhaupt aus dem Felde zu führen. Er zog sich wieder auf Lauingen und Hochstädt.[3] Abermals trat eine längere Kampfespause ein.

Unlustig war Herzog Ludwig in den Krieg eingetreten, unlustig führte er ihn. Ihm, dem milder gesinnten Manne, ging das steigende Kriegeselend mehr zu Herzen, als dem Markgrafen. Aus dem bisherigen Verlaufe der Dinge und den beiderseitigen Machtverhältnissen merkte er, daß seine Erfolge ihm höchstens sicherten, was er erobert hatte. Dazu kam, daß seine Mittel vollständig erschöpft waren. Seit Beginn des Jahres führte er den Krieg mit fremdem Gelde. Jetzt brauchte er täglich 3000 fl. für Sold und Nahrung. Das vermehrte seine Verlegenheiten von Tag zu Tag.[4]

Aber auch der Markgraf ließ nun vollends die stolzen Hoffnungen sinken, die er auf die Wiedererneuerung des Krieges gesetzt hatte. Das gehoffte Übergewicht im Felde hatte sich nicht gezeigt und mochte sich auch fernerhin nicht zeigen, da die Mainzer Stiftsfehde die kaiserlichen Feldherren zwang, ihre Kräfte zu teilen und die Hilfeleistung der rheinischen Städte, auch Frankfurts, das bereits abgesagt hatte, un-

[1] Burkard Zink 270—271. Der Brief an die Frankfurter vom 25. April aus Donauwörth im Frankfurter Stadtarchiv, Kaiserbriefe V. Nr. 126. Vergl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 206, Nr. 327.

[2] Rothenb. Chronik fol. 114. Vergl. Stälin, Wirtemb. Geschichte III. 535. v. Stockheim, Albrecht IV. 240.

[3] Burkard Zink, Städtechroniken V. 271.

[4] Gemeiner, Regensb. Chronik III. 352 und Anm. 648. Vgl. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 213.

möglich machte. Und welche Erfahrungen hatte der Markgraf eben wieder auf dem Städtetage zu Augsburg gemacht, nachdem er doch zuvor im Lager vor Heidenheim die Nördlinger Beschlüsse hatte erneuern lassen?[1] Nur 14 Städte waren vertreten; zehn, darunter Rothenburg und Lindau, ließen schreiben, daß ihnen die Forderungen der Reichsfeldherren „zu schwer und unvermöglich seien"; die übrigen, unter ihnen Eßlingen, Hall, Wimpfen, kümmerten sich gar nicht um den Tag. Obwohl da Markgraf Albrecht statt der geforderten 8000 Mann nur etwas über 5000 Reiter und Fußgänger von den Städtern verlangte[2]: es war unmöglich, eine Bewilligung zu erreichen, und mußte eben wieder ein neuer Tag nach Ulm ausgeschrieben werden.[3] Er ward von den Ulmern, denen dies überlassen war, auf den 5. Mai angesetzt.[4] Von Reichsfürsten hatten neben den Brüdern Markgraf Albrecht und dem Könige von Dänemark zwar die Bischöfe Ernst von Hildesheim und Gerhard von Bremen, dann die Herzoge Wilhelm, Heinrich und Friedrich von Braunschweig, Hans, Albrecht, Heinrich und Magnus von Mecklenburg, Otto von Stettin, dazu noch der Graf Johann von Wertheim abgesagt.[5] Aber von letzterem abgesehen, rührte sich keiner zu wirklicher Hilfeleistung. Und mit den Bullen des Papstes und den Befehlsbriefen an die Städte, die nach Albrechts Begehren am 5. April der Kaiser nochmals ins Reich sandte,[6] ließ sich eben nichts weiter ausrichten.

Noch schlimmer sah der Markgraf im Mai seine Lage sich gestalten, nicht nur, weil Sigmund von Tirol und Johann von Würzburg abgesagt hatten, und ein gleiches von Bamberg zu erwarten war, sondern vor allem infolge des Eingreifens der königlichen Truppen aus Böhmen.[7]

[1] Der mehrberührte Heidenheimer Städtetag fand jedesfalls vor dem Auseinandergehen des Reichsheeres, also zu Anfang April statt. Vergl. den Abschied des nachfolgenden Augsburger Tages.

[2] 968 Reisige und 4220 Fußgänger.

[3] Der Abschied des Tages im Bamb. Arch., Rothenb. Chron. fol. 121—122.

[4] Schreiben der Ulmer an die Rothenburger vom 25. April. Rothenb. Chronik fol. 120—121.

[5] „Die fürsten, herrn vnd stete, so in vnnsers herrn des Romischen keysers hilff sind." Original-Zettel im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 349.

[6] Der Kaiser an Ulm, Eßlingen u. s. w. im Bamb. Archiv 1907, Nr. 208. Ebendort an Hall, Rothenburg u. s. w. (auch Rothenb. Chronik fol. 116); an die Frankfurter; Lindau, Bibrach u. s. w.; Nördlingen, Dinkelsbühl u. s. w.; Memmingen, Kempten u. s. w.

[7] Der Markgraf kriegte übrigens mit geborgtem Gelde wie sein Gegner. Vgl. das Anlehen bei seinem Bruder Johann (Berl. Hausarchiv, in den von Bamberg ab-

Der Angriff Leo Rosenthals richtete sich, weil im Westen der große Krieg ruhte,[1] gegen das Bayreuthische. Vom Süden zogen die Scharen heran, die bisher in der Oberpfalz gelagert, vereint mit bayerischen und pfalzgräflichen Abteilungen gegen 4000 Mann.[2] Ihnen folgten Brüderrotten, geführt von Apel und Bernhard von Vitzthum.[3] Endlich kamen neue königliche Truppen zur Verstärkung des von Leo von Rosenthal geführten Hauptheeres.[4] Dieser schloß Wunsiedel ein, kam aber nur langsam vorwärts, da er das Belagerungsgeräte aus weiter Ferne, zum Teile sogar aus Prag herbeischaffen mußte,[5] während die Egerer und Elbogener aus mancherlei Gründen sich dem Auftrage, ihre Aufgebote ins Heer zu schicken, zu entziehen strebten.[6] Dagegen verbreiteten sich die Žebraken weit über das Land, plünderten Kirchen und Dörfer, stürmten Märkte und Edelsitze, gewannen Neustadt und das Schloß Rauhenkulm, dann Kreusen, verbreiteten Schrecken bis nach Thüringen hinein. In der That trat Herzog Wilhelm in Rüstung, da ihm von mehreren Seiten Meldung kam, es sei nach der Einnahme von Hof auf seine Lande abgesehen, und als er von Apel Vitzthums Plänen Kunde erhielt.[7] Aber das Markgräfliche zu schützen ließ er sich durch keine Bitten bestimmen: In ohnmächtigem Zorne mußte Albrecht die Verwüstung über das Land geschehen lassen. Daß er im Bayerischen nach Kräften Vergeltung übte, entsprach seiner Art; so recht kam jetzt sein Ausspruch zu Ehren, daß „der Brand den Krieg ziere, wie das Magnifikat die Vesper".[8]

Aber erreicht wurde durch solche Streifzüge im Feindeslande, die

---

getretenen Materialien) und bei Werner Redwitzer (1500 rhein. Gulden). Bamb. Arch. 1907, Nr. 220.

[1] Trotzdem bleibt dies die einzige Zeit, in der Herzog Victorin zu Ludwig von Bayern nach Lauingen kommen konnte. Palacky, Geschichte v. Böhmen IV. 2. 203, Anm. 246, dürfte also irren.

[2] Bericht der Statthalter auf der Plassenburg vom Anfang Mai. Weim. Gesamtarchiv, Reg. C, pag. 3, 403 vol. III., fol. 39.

[3] Auch sie hatten bisher im bayrischen Heere an der oberen Donau gekämpft und zwar als Soldtruppen. Vgl. Gemeiner, Regensb. Chron. III. 356.

[4] Dieses kam dadurch bis auf 9000 Mann. Bericht des Hans von Waldenfels vom 9. Mai an Herrn Konrad von Pappenheim. Weim. Gesamtarchiv a. a. O. fol. 40.

[5] Font. rer. Austriac. II., Abteil. XLII, 345—346, Nr. 255.

[6] Ebendort Nr. 254. Darüber weitere Korrespondenzen in Copiale II. des Egerer Stadtarchives.

[7] Darüber zahlreiche Berichte u. Korrespondenzen im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 3, Nr. 3, vol. III., fol. 40, 42—46 u. s. w. Vgl. auch die Werbung Heinrichs von Aufseß und Hans' von Sparneck im Namen des Markgrafen im Bamb. Archiv 1907, Nr. 136.

[8] Höfler, Einleitung zu Ludwigs von Eib Denkwürdigkeiten 77.

gleichförmig in ihrem Verlaufe, ohne Entscheidung für den großen Gang der Ereignisse, dem armen Lande die schrecklichsten Wunden schlugen und es auf meilenweit mit Trümmerhaufen und Brandstätten erfüllten, wenig. Selbst der zornigste Kampfesmut mußte sich daran abkühlen.

So kam es, daß endlich die rastlosen Friedensmahnungen des Kardinalbischofes von Augsburg und der Herzoge von Bayern-München, welch' letztere am kaiserlichen Hofe zu Graz wie in den fürstlichen Heerlagern zu Rain am Lech und zu Augsburg persönlich vorgesprochen hatten,[1] gehört wurden. Als selbst der Kaiser für Verhandlungen seine Stimme erhob, mußte auch Markgraf Albrecht sich damit befreunden.[2]

Um so friedloser gestalteten sich eben jetzt die Dinge in Niederösterreich. Der Waffenstillstand, den die böhmischen Gesandten am 6. September 1461 im Lager vor Wien abgeschlossen hatten, brachte ein Aufatmen der geängstigsten Gemüter, aber keine Erholung von den Schäden, kein wohlthätiges Entfalten friedlicher Thätigkeit. Die Schuld trifft die Stände des Landes, ihre Sorglosigkeit, unpatriotische Selbstsucht und Unbotmäßigkeit, den Erzherzog, der sich ohne Scheu über die Vertragsbestimmungen hinwegsetzte, und zu jedem Mittel bereit war, das ihm die Erlangung der Herrschaft über ganz Niederösterreich, des Zieles seines Ehrgeizes, in Aussicht stellte. Sie trifft aber auch den Kaiser. Als wenn alles ringsum in Eintracht und Ordnung stünde, ging Friedrich III. seinen Plänen in die Weite nach: In gewohnter Weise wurde das notwendige vernachlässigt, fanden weder die Getreuen den verdienten Schutz und Lohn noch die Übelgesinnten ihre Strafe, blieben auch die schreiendsten Übelstände ohne hinlängliche Abhilfe. Kein Wunder, daß schließlich selbst in Männern, erfüllt von treuer Vaterlandsliebe, der Gedanke Boden gewann, aus der Regierung eines solchen Fürsten könne dem Lande kein Heil erblühen.

Da in den Verhandlungen von Laxenburg bloß allgemein bestimmt worden war, es solle jeder Teil von Niederösterreich, was er innehabe, besitzen und genießen, so waren, um Streit und Gewaltthat zu verhindern, weitere Abmachungen notwendig. So war es fraglich, ob der Erzherzog mit der Erlangung einer Reihe von Städten und Schlössern zugleich auch die landesherrlichen Rechte überkommen habe, oder ob sie wie bisher

[1] Die bezüglichen Korrespondenzen im Weim. und Bamb. Archiv. Vergl. auch Burkard Zink, Städtechroniken V. 271.

[2] Am 13. Juni gab er den Räten des Kardinales und der Münchener Herzoge, Graf Joh. von Werdenberg, Erasmus von Thor und Hans Rößler seine Zusage. Bamb. Arch. 1907, fol. 36.

der Kaiser im ganzen Lande zu üben hätte. Albrecht bejahte ersteres so entschieden, als Friedrich III., in solchen theoretischen Fragen stets empfindlich und unnachgiebig, es verneinte.

Eine Vereinbarung wurde nicht getroffen.

Das Söldnerunwesen blieb auch ferner die Landplage, die es seit dem Tode des Königes Ladislaus gewesen war. Erzherzog und Kaiser glichen sich darin, daß man die Rotten nicht ablöhnte und außer Landes brachte, andererseits aber auch nicht gehörig für ihren Unterhalt sorgte, und sie in Zucht und Ordnung hielt. So ward berechtigte Selbsthilfe der Vorwand für ihre Raublust, und ihr gewaltsames Wesen, die sie zur Geisel machten für Freund und Feind.[1] Erst das Frühjahr brachte dem Lande Erleichterung infolge der Sendung Georgs von Schaumburg, und weil andere Scharen in die Dienste König Georgs von Böhmen übergingen.

Für die bewiesene Treue und Opferwilligkeit durfte die Stadt Wien die weitgehende Rücksicht seitens des Kaisers erwarten. Auch hatten die Belagerung und die Kämpfe um das Weichbild das Vermögen vieler Bürger schwer geschädigt. Gab es 1461 auch, wie es scheint, eine reiche Weinernte,[2] so schädigte der Mangel an Weinhäuern, der hohe Arbeitslohn den Gewinn, noch mehr aber das Versiegen des Fremdenverkehres,[3] das Ausbleiben des fahrenden Kaufmannes[4] wegen der schlechten Münze, der drückenden Mauten, Zölle und Abgaben, deren Zahl noch stetig im Wachsen war, und der Unsicherheit der Straßen. Und wie hätten in dem materiell so schwer getroffenen Lande die Wissenschaften eine fröhliche Stätte finden können? Hatte sich doch, während die Zahl der Studierenden an der Rudolfinischen Hochschule stetig abnahm, selbst die Lehrerschaft

[1] Brief der Wiener an die Kaiserin vom 27. November 1461. Copey-Buch 282. Vgl. ebendort 285 u. Ebendorfer 945. Zu den Forderungen des Burggrafen Michael von Maidburg s. Chmel, Materialien II. 255, Nr. CXCV; Reg. II. 390, Nr. 3905. Lichnowsky, Regesten zu VII. CCCXXIX. Nr. 608.

[2] Dies zeigen die Bestimmungen über den Verkehr mit Most und Wein und besonders die Zufuhr fremder Weine. Copey-Buch der Stadt Wien 271—274; 275—276. Im Reiche war übrigens schon 1460 ein gutes Weinjahr. Vgl. Burkard Zink 242.

[3] Copey-Buch 287; vgl. auch 202.

[4] Vergl. Copey-Buch 223; Ebendorfer, col. 944 bis 945, bestätigt durch Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 197, Nr. 306: Jedoch hait er sich bedaicht, und mir uff hute widder gesaget, das sterbens, unsicherheit und ander besorgunge halber die kaufflude mit yrem handel sich von Wiene ziehen, deshalb er das gelt zu Wiene und sunderlich an Rynschem golde nit truwe uffzubrengen.

derselben binnen zehn Jahren fast um die Hälfte veringert![1] Die Folge all dieser Umstände war aber seit langem das Daniederliegen des Handwerkes und kleinen Gewerbes, die Verarmung der Massen, wachsende Unzufriedenheit.[2] Denn von jeher waren die Wiener ein Völkchen, „nicht gewohnt Mangels zu pflegen“.[3] Trotzdem band noch alle die patriotische Gesinnung, die scheue Ehrfurcht vor dem Herrscher.

Endlich schien der Kaiser auf das Land und die Stadt etwas mehr Bedacht zu nehmen. Er traf Anstalten, die schlechte Münze definitiv außer Kurs zu bringen, indem er seinem Hofmarschalle Georg Fuchs, seinem Kämmerer Sigmund Spaur, und dem Andreas von Trautmannsdorff, dem Burggrafen von Wiener-Neustadt und dem Bürgermeister und Rate dieser Stadt befahl, die „Schinderlinge“ nach Kräften zu vertilgen. Eigene Münzprobierer, die in Graz und Wiener-Neustadt bestellt wurden, sollten die Münze überwachen, und welche schlechter wäre, als die in Wien oder Graz geprägte, einziehen.[4] In denselben Tagen machte der Kaiser den Anfang mit Bezahlung seiner Schuld an die Stadt, indem er dem Lorenz Haider, Brückenmeister an der großen Donaubrücke zu Wien, befahl, vom kommenden Martinitage an die einfließenden Gelder so lange an den Rat auszufolgen, bis 3000 Pfund Pfennige gezahlt wären.[5] Es war das alles wenig. Aber von der Ankunft des Kaisers, der ja mit dem Böhmenkönige in Wien zusammentreffen sollte, erwartete die Bürgerschaft weitere Besserung. Schon war ein allgemeiner Landtag nach Wien ausgeschrieben.[6] Mit Sehnsucht sah man dem Eintreffen Friedrichs III. entgegen. Da fand sich ein unerwartetes Hindernis.

Schon im Jahre 1460 hatten sich die ersten Anzeichen einer verheerenden Seuche gezeigt, die zwei gesonderte Herde, in Nordosteuropa[7] und auf dem griechisch-kleinasiatischen Inselgebiete, besaß. Hier sollen auf Rhodus volle zwei Drittel der Bevölkerung gestorben sein.[8]

---

[1] Aschbach, Geschichte der Wiener Universität I. 355, Anm. 1. Im Jahre 1462 lasen 53, 1463 gar nur 46 Docenten gegen 103 des Jahres 1452.

[2] Copey-Buch 203, 223 a. a. O. zu 1461. [3] Copey-Buch 223.

[4] Chmel, Regesten II. 390, Nr. 3903. Vgl. Böheim, Geschichte von Wiener-Neustadt I. 143.

[5] Am 24. Oktober. Birk, Urkunden-Auszüge zur österr. Geschichte 1452—1467, Archiv für österr. Geschichte X. 381, Nr. 528.

[6] Ebendorfer col. 945.

[7] Annales Wratislawiens. ad 1460 apud Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. II. 175. Oder hat man es hier mit einem chronolog. Irrtum zu thun?

[8] Malepiero, Storia di Venezia, Archivio italian. VII, Firenze 1844. Vgl. Voigt, Enea Silvio III. 653.

Der nasse Winter auf 1461, der rauhe Frühling, welcher nachfolgte, leisteten der Krankheit mächtig Vorschub und ermöglichten ihre Ausbreitung nach dem Herzen Europas. Im Hochsommer war sie bereits, vielleicht durch die ungarischen Hilfsscharen eingeschleppt, in Niederösterreich und decimierte die Belagerer Wiens.[1] Im Herbste verbreitete sie sich über das ganze Land bis an die mährisch-böhmischen Grenzen. Zu sehr hatte das Mißgeschick der letzten Jahre, Hunger und Elend, an der Kraft der Bevölkerung gezehrt. Der Krankheit wegen entschlossen sich jetzt der Kaiser und Georg von Böhmen, Wien und Österreich fernzubleiben.[2]

Die Pest gewann übrigens in der Folge für ganz Europa eine Furchtbarkeit, wie kaum vor fast vier Menschenaltern „der schwarze Tod". Der Thalfurche der Donau folgend, zeigte sie sich 1462 in Bayern, Franken und Schwaben,[3] erschien aber zu gleicher Zeit, offenbar durch Schiffer aus der Levante übertragen, in Italien und griff hier so schrecklich um sich, daß allein in Rom in diesem Jahre Tausende starben, und, wer nur konnte, durch die Flucht ins Gebirge sich zu retten suchte.[4] In Deutschland wütete die Seuche vor allem in den großen Städten Augsburg und Nürnberg. An letzterem Orte forderte sie gleich zu Beginn viele Opfer; deren Zahl stieg bis 1463 auf 10000 Köpfe.[5] In Augsburg, wo man anfangs das Übel gering geachtet und „getanzt und gehochzeitet hatte", als wenn es nichts gäbe, riß später der Tod so grimmige Lücken, daß die Bürger voll Grausen die Stadt verließen und „es überall weit ward in den Kirchen und auf den Gassen".[6] Ähnlich war es in Regensburg und in den Städten Bayerns.[7] Nun wandte sich die Krankheit nordwärts. Nachdem sie bereits 1462 in Thüringen aufgetreten war, wütete sie 1463 und 1464 gleichzeitig hier, am oberen und mittleren

---

[1] Thom. Ebendorfer, Chron. Austriac. col. 938, welche Nachricht ich um so unbedenklicher hierher beziehe, als die Pest in Österreich wenige Wochen später sicher bezeugt ist.

[2] Die bezüglichen Korrespondenzen der Fürsten vom Ende September und Anfang Oktober s. oben. Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 197, Nr. 306. Copey-Buch 290. Chronicon Monasterii Mellicensis apud H. Pez, Scriptor. rer. Austriac. I. col. 259. Die Chronologie des Melker Benediktiners zeigt freilich bedenkliche Versehen.

[3] Burkard Zinks Augsburger Chronik 293. Nürnberger Jahrbücher, Städtechroniken X. 281 u. f. w.

[4] Die Berichte Kitzings nach Breslau vom 24. Juli und sonst in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 118 a. a. Brief des Erzbischofes von Kreta vom 9. Juli ebendort 116. Übrigens fiel der Breslauer Prokurator selbst der Krankheit zum Opfer.

[5] Nürnberger Jahrbücher a. a. O. [6] Burkard Zink a. a. O.

[7] Gemeiner, Regensb. Chronik III. 371 a. a.

Rhein,[1] dann in Meißen, Böhmen,[2] den Lausitzen,[3] Schlesien[4] und in ganz Niedersachsen.[5] Der östliche und westliche Seuchenherd trafen da zusammen: Ihre Kraft schien jetzt noch vermehrt, so daß in Leipzig die Hörsäle der Universität verödeten, und in Herfort, wie erzählt wird, 18000 Menschen starben. Am Pfingsten 1464 kam sie „an die See", suchte Lüneburg, Hamburg, Lübeck, Weimar, Rostock heim, wo besonders junge Leute ergriffen wurden. Im Herbste zeigte sie sich auch in Dänemark und weit im Osten in Preußen und Livland.[6]

Die Krankheit war übrigens nicht der einzige Grund, weshalb der Kaiser zögerte, nach Wien zu kommen; auch scheint seine Furcht nicht allzugroß gewesen zu sein, da er ja seine Gemahlin und sein Söhnlein im Lande ließ. Ihn bestimmten in noch höherem Grade die Mißhelligkeiten mit König Georg von Böhmen und die Absicht, sich zunächst für den Fall der Wiedererneuerung des Krieges auch den Beistand der Stände von Inneröstcrreich zu sichern. Mit ihnen verhandelte er damals in Marburg;[7] hinterher versprach er, bald nach dem 30. November nach Wien zu kommen.

Schon war auch der Streit zwischen dem Kaiser und dem Erzherzoge wieder ausgebrochen. Unmittelbar nach Entlassung seines Heeres hatte Albrecht alle getreuen Stände nach St. Pölten beschieden und dort mit ihnen die Abhaltung eines Landtages zu Melk für den 9. Oktober vereinbart.[8] In heftigem Unwillen untersagte der Kaiser die Beschickung des Tages, zu dessen Berufung sein Bruder in keiner Weise berechtigt wäre; und wirklich hielt sich die Mehrheit der Barone, die von dem stets

---

[1] In Basel, Straßburg, Speyer. Vgl. a. a. Detmar, Lübeckſche Chronik II. 278.

[2] Staří letopisové čeští in den Scriptor. rer. Silesiac. III. 180. S. unten zahlreiche weitere Belege in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. und IX. und in den Akten des Bamb. Archives.

[3] Scriptor. rer. Lusatic. I. 83.

[4] Vgl. besonders Eschenloer, Geschichte der Stadt Breslau I.

[5] Matthaei Doeringii contin. Theodor. Engelhusii apud Mencke, III. 28, 62. Adamus Ursinus apud Mencke, III. 1337.

[6] Detmar, Lübeckſche Chronik II. 278. Broderi Boissen, Chronicon Slesvicense apud Mencke, III. 622.

[7] Krones, Vorarbeiten zur Quellenkunde und Geschichte des mittelalterl. Landtagswesens der Steiermark, 2. Jahrg., Graz 1865, 84; 6. Jahrg., Graz 1869, 66—67; der Landtag fand aber bedeutend später statt. Vgl. Ebendorfer 945: „dietam [imperator] in Marchburg Stiriae indixit, qua conclusa mox post Andreae se Viennam venturum devovit. Eine solche Zusage konnte doch nicht im August, sondern nur im Oktober—November geschehen.

[8] Ebendorfer 944.

geldbedürftigen Herzoge neue Forderungen, wie er sie an den Klerus gethan, besorgte, fern und enttäuscht, voller Ingrimm, kehrte der Erzherzog nach Linz zurück.[1]

Nun begannen auch bald die Feindseligkeiten im Felde wieder, da die unbezahlten kaiserlichen Söldner zunächst nach dem Gute jener griffen, die sich der Sache des Erzherzoges angeschlossen hatten. Der Oberfeldherr Giskra selbst führte seine Scharen in die Gegend von St. Pölten, dessen Umkreis auf meilenweit grauenhaft ausgesogen wurde. Andere Rotten, wie jene des Hinko von Teinfalt und Smikovsky, thaten ähnliches in dem Lande nordwärts der Donau, im Marchfelde und dessen Nachbarschaft. Auf Befehl des Kaisers mußten sich die Wiener herbeilassen, den Raubscharen den Durchzug zu gestatten.[2]

Unter solchen Umständen dachten auch der Erzherzog und die Barone seiner Partei an Abwehr und Vergeltung. Mitte November trafen Georg von Pottendorff und Nachbuchodonnosor Nanckenreutter, der erzherzogliche Hauptmann im Lande ob dem Wiener Walde, die nötigen Verabredungen;[3] dann schritten sie alsbald zur That. Nanckenreutter ließ in Klosterneuburg die alte Feste wieder aufbauen, und zwang die Bauern der Umgebung, dabei Robot zu leisten, ebenso sicherten er und Pottendorff, der Hauptmann des Viertels unter dem Wiener Walde, die Ihren durch Anlegung und Befestigung unterhalb des Wiener Waldes, zu Wöhr am Kahlenberge, zu Gundramsdorf,[4] Perchtolsdorf und Traiskirchen, wobei gleichfalls das Landvolk zu Hand- und Spanndiensten genötigt wurde, dann durch Errichtung neuer Zölle und Mauten auf Wasser- und Landstraßen.[5]

Dies drohte dem Handel der Wiener vollends den Todesstoß zu geben. Dabei waren der Erzherzog und die Barone seiner Partei thätig, die Unzufriedenheit in Wien zu nähren, und Albrechts Geld[6] und die Lockungen der Herren, die in der Stadt Häuser hatten und oft dort verkehrten, verfehlten ihre Wirkung nicht.[7] Als deshalb der Kaiser im Dezember wieder

---

[1] Ebendorfer 935: Furibundus ad propria remeavit, sicque abs fructu praefata dies in fumum resoluta disparuit.

[2] Copey-Buch 279, 281, 282. Ebendorfer, col. 245.

[3] Schreiben der Wiener an den Kaiser vom 20. November. Copey-Buch 279.

[4] Südöstlich von Wien nächst Laxenburg.

[5] Copey-Buch 277, 286.

[6] Am 30. Oktober zeigt Pottendorf die Verabreichung von 100 Dukaten an Dr. Hans Kirchheim an. G. Zappert, Einleitung zu dem Büchlein, „Herzog Albrecht VI. zugesandt von seinem Kapplan", Archiv für österr. Gesch. XIX. 149—150.

[7] Copey-Buch 169: „Wann die maist sambnung der soldner in Edellewt Hewsern beschiecht.

nichts von sich hören ließ, dagegen ein allgemeiner Landtag nach Zistersdorf ausgeschrieben wurde, wozu man auch die Stadt einlud, als ferner die Meldung kam, der Erzherzog und die Seinen seien in voller Rüstung, Albrecht werde in Klosterneuburg erwartet, ja er habe bereits wieder an den König von Ungarn geschickt, ihm zu helfen,[1] da wandte sich die Stadt mit dem dringenden Ersuchen nach Graz, der Kaiser möge sein Eintreffen nicht länger verzögern: Die Pestilenz sei im Abnehmen begriffen; viele der Landleute wären geneigt, sich wieder auf seine Seite zu schlagen, wogegen, falls er nicht käme, weiterer Abfall zu besorgen sei. Sie konnten dabei auf die Abredungen der Korneuburger mit dem Nanckenreutter hinweisen.[2]

Der Kaiser kam nicht. Auf seine Mahnung unterließen die Wiener auch die Beschickung des Zistersdorfer Ständetages.

Es fehlte hier nicht an patriotischer Thätigkeit. Was dem Lande Abtrag that, wurde ins Auge gefaßt, und durch eine ganze Reihe von Beschlüssen suchte man Abhilfe zu schaffen. Für das ganze Erzherzogtum wollte man einen Frieden ausrufen, der bis Michaelis 1463 zu dauern hätte; alle neuen Abgaben, soweit sie nicht im Herkommen begründet wären, sollten abgeschafft werden. „Das Landrecht wird, so war ferner beschlossen, mit einem Landeshauptmann und mit Beisitzern besetzt, die zu gleicher Zahl — dies traf die alte Streitfrage darüber — dem Herren- und Ritterstande entnommen werden sollen; wo neue Befestigungen („Neuerungen", „new auffeng") errichtet wurden, müssen sie beseitigt werden ohne irgend jemandes Schaden; zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung wird ein oberster Hauptmann über das ganze Land gesetzt, unter dem Hauptleute aus der Mitgliedschaft der vier Stände die Viertel verwalten; der Landesherr und die „Landschaft" bewilligen ihnen zur Ausübung ihres Amtes eine gewisse Anzahl Söldner, wogegen bei Krieg, Aufruhr und fremdem Angriffe jedermann verpflichtet ist, nach bestem Vermögen gerüstet dem Hauptmanne zuzuziehen; die Ämter und Pflegen des Erzherzogtumes werden mit Mitgliedern der Stände besetzt, und zwar nach dem Rate von Männern, die von der „Landschaft" dem regierenden Erbherrn beigegeben sind; ohne Wissen und Willen der Stände darf keine Versetzung, Verleihung und Verschreibung der Schlösser, Renten, Nutzungen und Gülden des Fürstentumes geschehen; niemand soll von der herzoglichen Kanzlei und bei dem Landrechte wider Gebühr beschwert werden,

[1] Schreiben der Wiener an den Kaiser vom 27. November. Copey-Buch 277.
[2] Copey-Buch 285. Das Schreiben ist vom 4. Dezember datiert.

überhaupt jedermann bei seinen hergebrachten Rechten belassen bleiben; der Landesherr wird vor allem dahin streben, daß die Münze wieder in richtigen Stand komme".[1] Endlich kam man überein, die gefaßten Beschlüsse beiden Fürsten zur Genehmigung vorzulegen und sich am 26. Dezember in Retz[2] oder in Gundramsdorf zu versammeln, auch die Wiener neuerdings zur Teilnahme aufzufordern.[3]

Der Erzherzog zeigte sich den Wünschen der Herren entgegenkommend. Schon vordem hatte er aus dem Kreise seiner Anhänger Hauptleute in den Vierteln des Landes bestellt, und ihnen die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit befohlen,[4] während er zugleich sein Verhältnis zu Sigmund von Tirol definitiv regelte und dessen Vollmachtträger für die Überlassung des dritten Teiles der Einkünfte Oberösterreichs, wie dies der Vertrag vom 9. April 1461 besagte, das Schloß Werfenstein am Struden und die Stadtsteuer von Linz überwies.[5] Nun ließ er zu Enns eine weiße Münze schlagen, und zwar Pfennige und Halblinge, von denen sechs Schilling Pfennige auf einen ungarischen, und fünfthalb auf einen rheinischen Gulden gingen, und befahl überall strenge, dieses Korn zu bewahren. Die Ausfuhr von Silbergeld und anderen Münzsorten wurde untersagt.[6]

Anders der Kaiser. Er sah in dem Beginnen der Stände nichts als den eigenmächtigen Eingriff in seine landesherrlichen Befugnisse. Ihre Wünsche zu beachten, verbot ihm sein Princip, selbst wenn die gefaßten Beschlüsse noch heilsamer gewesen wären. Was er that, beschränkte sich darauf, sich das wichtige Wien zu sichern, und auf neue schwache Versuche, den schreienden Übelständen, über welche die Bürger klagten, abzuhelfen.

---

[1] Gedruckt bei F. Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 227—230, Nr. XXX, der aber so wenig als andere die Zugehörigkeit des Stückes erkannte. Vgl. dazu Copey-Buch 279.

[2] Südlich von Znaim an der österreichisch-mährischen Landesgrenze.

[3] Anbringen der Wiener an den Kaiser vom 17. Dezember. Copey-Buch 291.

[4] Es war freilich wesentlich eine Defensivmaßregel. Von den Hauptleuten wurden Georg von Pottendorff und Nachbuch. Nanckenreutter bereits genannt.

[5] Chmel, Mat. II. 253—254, Nr. CXCII. Vgl. den Gelöbnisbrief Wolfgangs von Wallsee vom 16. März 1462, die Hauptmannschaft im Lande ob der Enns und über das Schloß Linz für Herzog Sigmund führen zu wollen. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXXII. Nr. 644.

[6] Der Befehl an die Ennser bei Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 231—232, Beil. XXX. Kurz nennt ihn Münzpatent, doch muß er davon unterschieden werden; das Patent wurde jedesfalls früher erlassen. Über die Münzwerte 2c. vergl. Dr. Schalk, Numismatische Zeitschrift XII., Wien 1880, 324—378; XIII., Wien 1881, 53—87.

Er hatte, um den bisherigen durchaus verläßlichen Stadtrat und Bürgermeister am Ruder zu erhalten, seinen Wunsch aussprechen lassen, daß die städtischen Würdenträger für diesmal nicht am Sankt Thomastage, dem gewöhnlichen Termine, ihre Ämter niederlegen, sondern sie verwesen sollten, „bis er demnächst ins Land komme, was, wie er hoffe, baldigst geschehen werde".[1] Der Rat lehnte dieses Ansinnen rundweg ab, da es gegen der Stadt Freiheiten verstoße; auch habe jeder von ihnen das ganze Jahr viel Arbeit, Mühe und Sorge im Amte gehabt, die sie gern durch „gemeine Wahl" auf andere übergehen sähen, und könne aus solchem Beginnen leicht Ungehorsam gegen sie und eine Schädigung des kaiserlichen Ansehens erwachsen.[2] Als dann die Meldungen Heinrich Pappenheims die Lage des Reiches als bedrohlich darstellten, den Gerüchten von dem Zuge des Böhmenköniges gegen Frankfurt Ausdruck gebend, als die Kunde kam vom neuerlichen Aufgebote in Bayern und den verbündeten Landschaften, ließ der Kaiser in Wien feierlich gebieten, „daß ein jeder mit Harnisch, Büchse, Armbrust, mit Waffen und Wägen und anderem, so zur Wehre gehört, zu Roß oder zu Fuß, ohne alles Verziehen und ohne Widerrede bereit sei, sobald man ihn aufforderе".[3] Der Ratsbotschaft, die sich am 17. Dezember in Graz einstellte, ward die Beschickung des neuen Ständetages seitens der Stadt dringend widerraten, dagegen auf die Beschwerde, daß gegen die Privilegien der Stadt gewisse Freibriefe von der kaiserlichen Kanzlei ausgegangen seien, erklärt, daß der Kaiser diese Sache, die durch die Schuld der Kanzleibeamten geschehen sei, nach seiner Ankunft in Wien ordnen werde, auf die Bitte des Rates um Beseitigung der neuen Mauten und Zölle, versprochen, man werde deswegen schreiben lassen.[4] Es geschah, fruchtete aber nichts. Jene zweite Sache unterblieb sowie die Ankunft des Monarchen. Auf die eigenen Kräfte gestellt, mußte die Stadt zu besserer Sicherheit eine Söldnerschar in ihren Dienst nehmen.[5]

Dafür betrieb jetzt der Kaiser mit allem Eifer die Heiligsprechung des Kreuzpredigers Kapistran,[6] wurde die Organisierung der Kirche

[1] Copey-Buch 287—288. Schreiben des Kaisers vom 6. Dezember.

[2] Schreiben an den Kaiser vom 13. Dezember. Copey-Buch 288—289.

[3] Befehl vom 19. Dezember. Copey-Buch 289—290. Vergl. Anonym. chron. Austriac. apud Senckenberg, Sel. jur. et histor. V. 136—137.

[4] Copey-Buch 292—293. [5] Copey-Buch 297.

[6] Chmel, Regesten II. 390, Nr. 3906—3907. Der Kaiser forderte alle Fürsten Europas auf, sich in gleichem Sinne zu verwenden. Vergl. Kaprinai, Hungar. diplomat. II. 508. Wadding, Analecta Franciscan. XIII. 188. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 94 (Verwendung des Königes von Ungarn). Koehler, Geschichte der Oberlausitz 158 (Verwendung der Görlitzer, Bautzener und Kamentzer).

Krains durch die am 6. Dezember 1461 ausgesprochene Gründung des Bistumes Laibach zum Abschlusse gebracht, und die neue Hochkirche mit den Einkünften des Schlosses Görtschach, des Klosters Oberburg und von acht Pfarreien ausgestattet,[1] auch sonst in freundlicher Fürsorge für die Gotteshausleute eine Reihe von Ordenssitzen begnadet.[2]

Der Tag der Landstände hatte keinen Erfolg. In gar merkwürdiger Weise ging eben jetzt, nach Abschluß des Prager Friedens, der Kaiser auf die pacifikatorischen Bestrebungen des Königes von Böhmen ein.

Als die aus Prag heimkehrenden Räte die Versicherung Podiebrads überbrachten, er werde dem Kaiser gegen seinen Bruder mit Rat und That nachdrücklich beistehen, da beschloß Friedrich unverweilt, die von Georg von Pottendorff besetzten Märkte und Burgen zurückzuerobern.[3] Jener Hans von Rohrbach, über den die Rede ging, der Kaiser habe ihn wegen seines eigenmächtigen Benehmens auf dem Prager Tage gefangen gesetzt, schaltete jetzt in Wien, als wäre er Landesherr selbst.[4] Den ganzen Januar wurde gekämpft. Die Kaiserlichen gewannen, verstärkt durch die aus dem Marchfelde verdrängten Brüderrotten, Mödling, Traiskirchen, bedrängten Perchtoldsdorf und Gundramsdorf, dessen Kirche Georg von Pottendorff zu einem festen Kastelle umgestaltet hatte. Ein Sturm, den die Brüderscharen am Neujahrstage unternahmen, wurde mit schweren Verlusten abgeschlagen, und ebensowenig vermochten die Belagerer zu hindern, daß die Hauptleute des Erzherzoges, der von Pottendorff, Georg von Stein und Hardmann von Traun, die zum Entsatze herbeigeeilt waren, Verstärkungen in die Kirche warfen. Bei dem Kampfe, der darüber entbrannte, wurde der eine der kaiserlichen Hauptleute schwer verwundet, der andere gefangen. Dafür rückten jetzt die Wiener mit bedeutenden Streitkräften heran, und die Parteien hielten sich wieder das Gleichgewicht.[5]

---

[1] Marian, Geschichte der Klerisei IV. 7, 301—312. J. Caesar, Annales ducatus Styriae III. 510. A. Dimitz, Handbuch der Geschichte Krains I. 301 ff.

[2] Die Cistercienseräbte zu Reun, Neuberg und Wiener-Neustadt, die Dominikaner und Franziskaner in Pettau, das Frauenkloster zu Göß u. s. w. Chmel, Reg. II. 389—391, Nr. 3899, 3900, 3901, 3909, 3915; Anhang Nr. 110 und 114. Diplomatarium sacri ducatus Styriae (ed. Frölich et Pusch) II. 40, I. 59. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXIX, Nr. 611.

[3] Anonymus bei Senckenberg V. 137: Vnd am freytag vor S. Thomas tag (19. Dezember).

[4] Ebendorfer, col. 945—946: . . . qui se quasi pro persona imperatoris (scil. gerens) etc.

[5] Ebendorfer, col. 946. Anonymus 138—139.

Am 8. Februar vermittelte Herr Veit von Ebersdorff einen „getreuen, aufrichtigen Frieden" bis zum 7. März. Binnen dieser Zeit sollten der Kaiser und der Erzherzog die Erklärung abgeben, ob der Waffenstillstand bis Johanni (24. Juni) fortan gehalten werden sollte oder nicht. Beide Parteien verpflichteten sich zugleich, ihre Truppen von Gundramsdorf wegzuführen, alle Gefangenen ledig zu sagen, die Straßen zu Wasser und zu Lande einem jeden für Handel und Wandel offen zu lassen.[1]

Die Wiener begleiteten das bezügliche Ansuchen an den Kaiser, zu dem eine besondere Botschaft geschickt wurde, wieder mit jener langen Reihe von Vorstellungen über die Leiden und die Bedrängnis der Stadt, die sich in gleich trostloser Einförmigkeit und Erfolglosigkeit so oft in jenen Tagen wiederholten. Man ging in beweglichen Ausführungen abermals bis an und über die äußerste Grenze dessen, was Unterthanen dem Herrscher gegenüber sagen dürfen: Die Leute hätten „ein großes Verdrießen, und vermöchten solches Darlegens nicht länger"; wolle der Kaiser aber trotzdem Krieg führen, so müsse er „sich anders dazu schicken und stellen, wie das einem regierenden Fürsten des Landes zur Bewahrung und Beschirmung seiner Gebiete gebührt, mit größerer Heeresmacht und in besserer Ordnung, als dies bisher geschehen sei; denn seine Gnade wisse wohl und empfinde es, daß ihm der bisherige Krieg an Land und Leuten mehr Schaden als Nutzen gebracht habe".

Auch die in Wien weilenden Räte des Kaisers konnten nicht umhin, sich dem mit einer ehrerbietigen, aber sehr nachdrücklichen Vorstellung anzuschließen: Wolle Friedrich jetzt den Frieden nicht halten, so würden sie sich auch seiner Sachen nicht weiter annehmen; denn sie wüßten nicht, wie sie ihm dann hier zu Dienst und Nutzen sein könnten.[2]

Der Kaiser bestätigte den Waffenstillstand und versprach, ihn, solange es der Laxenburger Vertrag vorschreibe, zu beobachten. Damals mahnten der Erzbischof von Salzburg und der päpstliche Legat Hieronymus zum Frieden mit Ludwig von Bayern. Zugleich begann die folgenreiche Verhandlung mit König Matthias von Ungarn zur Herstellung eines lang ersehnten Einverständnisses. Der König, der soeben seine mächtigste Stütze, den Kardinallegaten Carvajal, verloren hatte, da dieser nach Rom zurück-

[1] Perchtoldsdorf am Sonntag nach Agathe. Copey-Buch 297—298. Ebendorfer, col. 916.

[2] Copey-Buch 298—300. Die Wiener Boten Nic. Teschler, Simon Pötel, Wolfgang Holnbrunner und Hans Meilinger wurden etwa am 9. Februar gefertigt. Es waren jenes natürlich die Räte aus der Mitte der Landschaft wie Rüdiger von Stahremberg 2c.

ging,[1] und den gänzlichen Zusammenbruch des bosnischen Reiches besorgte, dem die Überziehung Ungarns durch Mohammed II. nachfolgen mußte,[2] zeigte endlich das notwendige Entgegenkommen.

Trotzdem ward Niederösterreich kein Friede zu teil. Erzherzog Albrecht vermied es, sich über die Gundramsdorfer Abmachungen zu äußern.[3] Aber er erklärte, daß er eine Anzahl Dörfer und Märkte, die man ihm während des Waffenstillstandes abgenommen habe, wieder zu seinen Handen bringen wolle:[4] Der Budweiser Tag hatte eben die Hoffnung, Herr von ganz Niederösterreich zu werden, neu belebt. Auch der Bayerherzog brach die Verhandlungen mit dem Kaiser ab. Albrecht that ein Weiteres: Am 22. März sagte Nanckenreutter den Wienern ab, ihm folgte Siegmund Eizinger,[5] am 1. Mai auch Georg von Pottendorff[6] und die Führer der im Solde des Erzherzoges stehenden „Brüder", der Marschall von Reichenau und auch wieder Hinko Teinfalt von Lutschka.[7]

Umsonst hatten die kaiserlichen Räte, unterstützt von Wiener Abgesandten, sich bemüht, die Söldnerführer mit dem Kaiser auszugleichen.[8] Auch Wolfgang von Wallsee leistete den Herzoglichen Hilfe, nachdem ihm voller Schadenersatz und zugleich mit den Seinen in St. Pölten der freie Eintritt und Durchzug zugesagt worden war.[9]

Aber die Wiener wehrten sich mannhaft. Zwar besetzten die Feinde Döbling, Heiligenstadt und Nußdorf, wo man überall die von der Fehdeansage überraschte Bevölkerung zur Huldigung zwang und jedermann verbot, auf den Weingärten der Wiener zu arbeiten.[10] Dagegen bemäch-

---

[1] Wir fanden ihn bereits vor Ankunft der böhmischen Gesandtschaft dort. G. Voigt, Enea Silvio III. 668 sagt „um Ostern"; was die dort vorausgehenden Bemerkungen betrifft, so mag auf die Thätigkeit des Kardinales, im April und Mai 1461 den Ausbruch des Krieges zwischen dem Kaiser und Ungarn zu hindern, verwiesen sein.

[2] Voigt, Enea Silvio III. 671.

[3] Ebendorfer l. c.: Albertus silentio se tenuit.

[4] Ebendorfer l. c. Anonym. 140.

[5] Anonym. l. c. Ebendorfer col. 146.

[6] Anonym. 144. Copey-Buch 306. Ebendorfer 946. Das verschiedene Datum (1. und 2. Mai) erklärt sich daraus, daß der Anonym. den Tag des Eintreffens der Fehdeansage in Wien, die anderen jenen der Ausfertigung angegeben.

[7] Anonymus 144. Den vollen Namen Hinkos bei Birk, Urkunden-Auszüge, Archiv für österr. Geschichte X. 387, Nr. 579.

[8] Copey-Buch 309. Der Kaiser hatte bereits bestimmte Bedingungen dafür genehmigt.

[9] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXXII. Nr. 650. Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 46.

[10] Anonym. 140—141.

tigten sich die Städter am 10. April durch List und Gewalt des festen Schlosses auf dem Kahlenberge, das sie mit Recht als eine unerträgliche Bedrohung ansahen,[1] und nachdem am 17. April ein allgemeines Aufgebot ergangen war,[2] erstürmten sie am 22. die Befestigungen der Gegner zwischen dem Wienerwald und der Donau.[3]

Auf die Dauer freilich wäre die Stadt auch so nicht in der Lage gewesen, Widerstand zu thun, und unablässig gingen Bitten und Mahnungen nach Graz, der Kaiser möge helfen und in eigener Person im Lande Ordnung schaffen;[4] schon wurde ganz unumwunden erklärt, es sei so weit gekommen, daß geistlich und weltlich sie als die Ursache des Krieges und des Verderbens des Landes ansehe und sie deswegen von allen Seiten anfeinde. Es war die Mahnung, daß es nur ihres Übertrittes zu dem Erzherzoge bedürfe und mit der kaiserlichen Herrschaft im Lande sei es vorüber.[5] Aber es schien ja endlich auch die Hilfe nahe.

Die Neigung der Österreicher, den wüsten Albrecht zum Herrn zu bekommen, war trotz alledem nicht groß.[6] Statt seinem Rufe, am 1. Mai in Tulln zu einem Landtage zusammenzutreten, zu entsprechen, versammelten sich die Städte am 2. in großer Anzahl in Städteldorf, wohin sie auch die Wiener berufen hatten. Aber eine Besprechung, welche der Stadtrat mit den übrigen kaisertreuen Städten des Herzogtumes, Korneuburg, Krems und Stein, Laa, Eggenburg, Zwettel, Weitra, Bruck an der Leitha und Hainburg behufs gemeinsamer Stellungnahme einleiten wollte,[7] kam nicht zustande oder brachte einen ablehnenden Beschluß.

Die Städteldorfer einigten sich daher, zunächst bei dem Kaiser und dem Erzherzoge einen achtwöchentlichen Stillstand zu erwirken, während welcher Zeit beide Parteien jedermann Sicherheit und freies Geleite geben und Fürsten und Landstände an tauglichen Orten zusammentreten sollten, um sich weiter über die Befriedung des Landes zu beraten; dann, weil

---

[1] Ebendorfer 947. Anonym. 141—143. Copey=Buch 302.

[2] Copey=Buch 302. [3] Am Fuße des Kahlen= und Leopoldsberges.

[4] Schreiben der Wiener vom 7. und 26. April, 1. Mai im Copey=Buch 301, 302—303, 304—306.

[5] Schreiben vom 1. Mai a. a. O.

[6] Diplomatarium Habsburgense, Fontes rer. Austriac. II. Abteil. II. (ed. J. Chmel) 306—307: Vnd haben (einige treue Anhänger des Erzherzoges) kain gevallen an dem furnemen, so die zu Stetldorff bei einander gewesen sein, tan haben, vnd solt die vntrew nit sein vnter den, die wir fur die vnnsern hallten, wir wolten palld hinter Wienn kommen. Jörg von Stein, Albrechts Kanzler an Parzival von Annenberg. Vgl. Anonym. 144.

[7] Brief an die Städte vom 20. April. Copey=Buch 303—304.

ein Einverständnis mit den Wienern unumgänglich nötig erschien, beschloß man auch da weitere Schritte zu thun.[1] Noch am 2. Mai fanden sich zwei von Lichtenstein und Veit von Ebersdorff in der Stadt ein, und schon am folgenden Tage entschloß sich die auf dem Rathause vereinigte Bürgerschaft unter Gutheißung der kaiserlichen Räte, dem Beschlusse des Städteldorfer Tages beizutreten.[2] Es war der erste Schritt, mit dem die Hauptstadt von ihrer bisher bedingungslos kaisertreuen Haltung hinüberlenkte zunächst zu der Reihe zwischen den Parteien neutraler, den Frieden aufrichtig suchender Prälaten und Herren.

Mit Rüdiger von Stahremberg, dem Abgesandten der Städteldorfer, ging Mitte Mai unter dem Geleite Georgs von Pottendorff, Hinko Teinfalts und des Nanckenreutter[3] eine Wiener Ratsbotschaft unter Führung des Bürgermeisters Jakob Storch, zugleich als Überbringerin besonderer Anliegen der Stadt, nach Graz,[4] eine Anzahl anderer aus Städten und Herren nach Linz zu Erzherzog Albrecht.

Wieder wirkten die Verhältnisse im Reiche auf die Entwickelung der Dinge in Österreich zurück und umgekehrt. Die heimischen Wirren bewogen den Kaiser, jetzt dem Vorschlage der Münchener Herzoge behufs Abhaltung eines Friedenstages in Regensburg zuzustimmen, den ihr Hofmeister Hans Frauenburger überbrachte. Den österreichischen Gesandten gab er freundlich gewährenden Bescheid: er sei zu einem Abkommen gern bereit und wolle auch sonst, was man in Städteldorf vereinbart habe, gutheißen. Bei den Wienern entschuldigte er sich noch besonders ob der langen Verzögerung seines Kommens; erst hätten ihn die Verhandlungen mit Matthias von Ungarn völlig in Anspruch genommen; dann, als er bereits ganz und gar geschickt gewesen zur Reise, hätten ihm der Hinko und die „Brüder“ den Weg verlegt; einstweilen schicke er Geld, um die Söldner zu bezahlen, er selbst wolle aber sich alsbald erheben und mit seinen Ständen von ganz Niederösterreich sich bereden und ihnen Hilfe und Beistand thun „als ihr gnädiger Herr und Landesfürst“.[5]

Um dies mit entsprechendem Nachdrucke thun zu können, beschied der Kaiser die Stände von Steiermark, Kärnthen und Krain zu gemeinsamer Beratung nach Marburg, wo nun seit Beginn Juni in langwierigen

---

[1] „Vermerckt das furnemen, das von herren, rittern und knechten yecz zu Steteldorf betracht vnd fürgenomen worden ist.“ Copey-Buch 312—313.

[2] Anonym. 145. Copey-Buch 310.

[3] Ihre Geleitsbriefe im Copey-Buch 313—315.

[4] Ihr Beglaubigungsbrief vom 13. Mai im Copey-Buch 313.

[5] Copey-Buch 325—329 zum 23. Mai.

Sitzungen neben mancherlei anderen Gegenständen besonders auch über den Krieg gegen den Erzherzog und die anderen Feinde des Kaisers beraten wurde.[1]

Wochen vergingen und nichts war geschehen. Die Wiener meinten, man habe sie eben wieder abgefertigt „mit einer Meinung, aus der nichts ward“.[2] Ihre Ungeduld war um so größer, als das Verderben ihnen thatsächlich täglich näher rückte.

Was den Kaiser zur Nachgiebigkeit bewog, das drohende Übergewicht der reichsfeindlichen Partei auf den Kriegsschauplätzen, das bestimmte seinen Bruder zu trotziger Ausdauer im Streite. Zwar offen das Begehren der Friedenspartei abzuweisen, wagte er auch diesmal nicht;[3] die Boten der Städteldorfer meinten sogar verstanden zu haben, daß Albrecht nicht gegen den Waffenstillstand sei.[4] Aber der Erzherzog war entschlossen, unverweilt sein Ziel zu erreichen und durch die Einnahme der Hauptstadt dem Kampfe in Niederösterreich ein Ende zu machen.[5] Dafür hatte er bereits umfassende Vorkehrungen getroffen und schon jetzt die Kriegsvölker derart verteilt, daß die Stadt von ihnen im weiten Bogen umschlossen und cerniert schien. Es lagerte, wenn wir dem Berichte der Wiener an den Kaiser vom 25. Mai folgen wollen,[6] Blasius Podmanicky mit 3000 Mann zu Roß und zu Fuß in dem Kastelle Schweinbart,[7] der Fronauer, der aber dem von dem Böhmenkönige vereinbarten Waffenstillstande bisher nachging, zu Trübensee nördlich von Tulln, hier selbst der Marschall von Reichenau, der eben die Bauerschaft des Tullnerfeldes aufgeboten hatte, der Nanckenreutter zu Korneuburg, Georg von Pottendorff zu Perchtoldsdorf und Gundramsdorf, Hinko Teinfalt und Georg von Lichtenburg und Vöttau in den gewonnenen Plätzen im Südosten der Stadt und an der Straße nach Wiener-Neustadt; andere Scharen standen endlich im Norden der Donau am Eingange des Marchfeldes zu Stadt-Enzersdorf

[1] Krones, Vorarbeiten zur Quellenkunde und Geschichte des mittelalterl. Landtagswesens &c. Beitr. II. 84—85, Nr. 124. Im Copey-Buch zahlreiche Schriftstücke; s. unten. Dimitz, Geschichte von Krain I. 275.

[2] Anonymus 146—147.

[3] Copey-Buch 318—319 mit der Meldung, daß der Erzherzog sich „von der friedlichen anstand wegen bedachtnuß genommen hab“.

[4] Copey-Buch 330.

[5] Brief Jorgs von Stein an den Rat Herzog Sigmunds von Tirol, Parcival von Annenberg vom 19. Mai: „doch hoff ich, wir wellen vns allso darin hallten vnd schicken, dardurch vnser baid (Albrechts und Sigmunds) herrn ir sachen nach eren aussgangen. Diplomat. Habsburg., Fontes rer. Austriac. II. 306.

[6] Copey-Buch 315—316. [7] Nordöstlich von Wien im Marchfelde.

und Sachsengang, am Südostabhange des Wienerwaldes und ostwärts zu Münchendorf, Achau, Ebenfurt.

Der Erzherzog gedachte, ehe er den Kampf offen begann, sich der Zustimmung seiner Bundesgenossen und Landstände zu versichern. Deshalb wurde im Vereine mit Herzog Sigmund von Tirol eine Gesandtschaft an König Georg von Böhmen[1] und nach Ungarn[2] vorbereitet und wurden die Anhänger Albrechts in Niederösterreich zu einem Landtage gerufen, von dem man in erster Reihe die Bewilligung einer Kriegssteuer zu erlangen strebte.[3]

In der That gelang es den Bemühungen des Kanzlers Jörg von Stein und anderer, die Versammlung dazu zu bringen. Freilich setzten die Herren dagegen eine Reihe von Beschlüssen durch, deren Ausführung die anwesenden Räte des Herzoges geloben mußten: Die Steuer solle nach der Verteilung, wie sie die Stände treffen würden, erhoben und allein zur Ablöhnung des Podmanitzky und seiner Scharen verwendet werden, worüber Rechnung zu legen ist; die Befestigungen von Schweinbart müssen sofort aufgelassen und zerstört werden, ebenso dürfe von Ort, Rabenstein und anderen Plätzen aus dem Lande kein weiterer Schaden geschehen; die Befehlshaber und Pfleger der herzoglichen Schlösser und Ämter werden aus der Mitte der Stände genommen, und sie vor allem haben zu sorgen, daß der Kaufmann auf den Straßen und der Landmann auf dem Felde geschützt werde; der Erzherzog möge die Botschaften nach Ungarn und Böhmen sofort absenden, auch Schritte thun, mit den Wienern und den auf Seite des Kaisers stehenden Herren und Städten ein Übereinkommen über die Erlangung eines allgemeinen Friedens zu erreichen; über die Freiheiten des Landes verspricht Albrecht den vier Ständen einen besonderen Bestätigungsbrief zu erteilen; er wird dem von Eckartsau 4000 Gulden auszahlen, um endlich die vitzthumsche Streitsache zur Ruhe zu bringen;[4] er wird sich ehebaldigst in Person nach Niederösterreich, nach Tulln oder Klosterneuburg verfügen, „dadurch geistlich und weltlich sich seiner Gnade Schirm und Zuflucht desto mehr versehen und trösten".[5]

---

[1] Diplomatarium Habsburg. in Fontes rer. Austriac. II. 306—307.

[2] Ergiebt der Inhalt der Landtagsbeschlüsse.

[3] Der Ort der Beratung ist unbekannt; der Zeit nach fällt sie auf Ende Mai oder Anfang Juni.

[4] Vgl. Böhmen und seine Nachbarländer 1458—1461, 99—100.

[5] Copey-Buch 335—336 gehört hierher. Bezüglich der Steuer heißt es schließlich: Item die stewr ist dieczeit furgenomen von aim lehen 1 Pfd. vnd von aim halben lehen LX dn. vnd von ainer hofftat XXX dn.

Der Erzherzog sagte zu, was man wünschte. Von St. Pölten aus erklärte er dann, daß er einen weiteren Waffenstillstand über den 24. Juni hinaus nicht annehmen könne und schickte dem Kaiser seinen Fehdebrief; die Wiener aber ließ er auffordern, sich gleich der großen Zahl ihrer Landsleute an ihn zu halten.[1] Um so ernstlicher verlangte der Kaiser, indem er den Ständen der inneren Lande seines Bruders Absage vorlegte, von ihnen ausgiebige Unterstützung, während die Wiener Albrechts Forderungen ablehnten.

Die Bedrängnis der Stadt, die ohnehin nie aufgehört hatte, wurde nun noch ärger. Die Feinde eroberten nach Gewinnung von Achau, das einem Wiener Bürger gehörte, Weiteneck und Baden, welches gänzlich ausgebrannt wurde, während das Schloß Rauheneck sich behauptete. Von den besetzten Orten und von verschanzten Lagern (Possatken = posadky) aus, deren Zahl sich stets mehrte, und nach denen nun auch die Söldner von der ungarischen Grenze, von St. Peter und St. Veit, zuströmten, wurde unabläſſig in der Umgebung der Stadt geheert, die Bestellung der Äcker und Weinberge verhindert, jeder Verkehr mit der Außenwelt verhindert, die Bürger gefangen weggeführt, selbst an Geistlichen und Gotteshäusern unerhörter Frevel geübt.[2]

Die Stadt traf da natürlich die energischesten Maßregeln zur Verteidigung, zur Erhaltung der inneren Ordnung[3] und wandte sich wieder um Hilfe an den Kaiser, aber ebenso an die innerösterreichischen Herzogtümer und die Städteldorfer Verbündeten.[4]

Ohnehin waren letztere nicht geneigt, die begonnene Vermittlung ohne weiteres aufzugeben. Am 18. Juni versammelten sie sich zu St. Pölten, „um des Landes Österreich täglich neue verderbliche Beschädigung zu wenden“. Das Einverständnis mit den Wienern zu sichern, schickte man eine Gesandtschaft, den Propst Simon von Klosterneuburg, vordem ein entschiedener Anhänger des Erzherzoges, Herrn Sigmund von Töpl, den Edlen Christoph Pöttinger und Jakob Heller, Bürger zu Klosterneuburg, das gleichfalls jetzt der Partei der Unabhängigen sich zugesellt hatte, nach

[1] Die bezüglichen Korrespondenzen sind zum Teile verloren. Das obige ergiebt sich aus dem Schreiben des Kaisers vom 4. Juli aus Marburg nach Wien. Copey-Buch 339—340.

[2] Man s. die Schreiben der Wiener an den Kaiser vom 25. Mai, 9. u. 12. Juni. Copey-Buch 315—316, 318—319, 320—322.

[3] Copey-Buch 317, 319—320.

[4] Schreiben vom 12. Juni, Copey-Buch a. a. O.

[5] „Ain Credenczbrief derer, so zu sand Pölten beieinander sein, fur Ire potschafft gen Wienn.“ Copey-Buch 329—330. 18. Juni. Ersuchen um Geleite ebendort

Wien.[5] Man verlangte die Beschickung eines neuen gemeinsamen Tages, der am 2. Juli zu Tulln beginnen sollte.

Wieder gab die Hauptstadt eine Probe ihrer loyalen Gesinnung gegen den Kaiser: Sie lehnte die Beschickung des Tullner Tages ab, da der Kaiser willig zugesagt habe, was man unlängst in gemeinsamer Werbung von ihm begehrt. Da er aber in seinem Bescheide vor einem allgemeinen niederösterreichischen Landtage gesprochen hatte, so schlugen sie vor, einen solchen nach Wien zusammen zu rufen; sie wollten dann nach Kräften helfen, den Frieden zu finden.[1]

Das ward, scheint es, von den Abgesandten zugesagt. Schon am 22. Juni gab Wien den befreundeten Städten, außer den obgenannten noch Drosendorf, Waidhofen an der Thaya, Langenlois, Marchegg, Mödling und Gumpoldskirchen, von der Sachlage Nachricht[2] und zwei Tage später wurde Rüdiger von Starhemberg ersucht, mit den anderen „Herren, Rittern und Knechten“ seiner Partei für die baldige Einberufung eines Landtages nach Wien noch vor der beabsichtigten Tullner Versammlung zu sorgen oder, falls in der Hauptstadt zu tagen nicht thunlich schiene, „eine andere fügliche Statt“ dafür zu erwählen; dort sollten die in Städteldorf gefaßten Beschlüsse durchgeführt werden.[3] Das Schreiben der Bürger an die Innerösterreicher enthielt dagegen vor allem die Bitte, sie möchten sich verwenden, daß, „sowie Erzherzog Albrecht sich denen zu Troste, die sich zu ihm halten, hier in Niederösterreich bei ihnen befinde“, auch der Kaiser ihnen zum Schutze sich in ihre Nähe verfüge.[4]

In Marburg hatte man inzwischen vereinbart, daß eine Zuschrift an den Erzherzog gerichtet werden solle mit der Erklärung, die Stände würden, falls er von seinem Beginnen nicht ablasse, den Kaiser unterstützen.[5] Nun kam es zu dem weiteren Beschlusse, daß die gesamte Landschaft von Steiermark, Kärnten und Krain auf das stärkste und beste gerüstet im Felde erscheinen und da zwei Monate auf eigene Kosten dem Herrscher dienen sollte. Dagegen übernahm der Kaiser den Ersatz für allen Schaden, den die Landherren empfangen würden. Er bekannte, daß ihnen diese Dienstleistung, welche sie über ihre Verpflichtung hinaus aus gutem

---

330—331. Geleitsbrief 331—332. Vgl. Chmel, Mat. II. 278 an ungehöriger Stelle und mit irrigem Datum.

[1] Bescheid der Wiener vom 22. Juni im Copey-Buch 332—333. Chmel a. a. O.

[2] Copey-Buch 333—334. [3] Am 24. Juni, Copey-Buch 334—335.

[4] Schreiben vom 26. Juni. Copey-Buch 349—351.

[5] Das Schreiben der Stände an den Erzherzog ging am 4. Juli ab. Copey-Buch 337—339.

Willen übernommen, an ihren Freiheiten in keiner Weise Eintrag thun dürfe.[1] Den Wienern meldeten die Stände, was früher[2] und jetzt dem Erzherzoge gegenüber geschehen, und daß sie ihre Bitten mit jenen der Stadt vereinigen wollten, um den Kaiser zur Reise nach Österreich und zu ihnen, „die sich so löblich, treulich und tröstlich in diesen Läufen gehalten", zu bewegen.[3] Ein gleiches versprach Friedrich III. wiederum selbst, mit dem Beifügen, er habe sich auch bereits um die Anwerbung von Kriegsvolk bekümmert und dürfe dessen Eintreffen demnächst gewärtigen.[4]

Es war nur verhängnisvoll, daß nochmals kostbare Wochen verfließen sollten, ehe er mit entsprechendem Nachdrucke in die österreichischen Verhältnisse eingriff.[5]

Zwölftes Kapitel.

Der Reichskrieg am Rhein und in Franken. Die Schlachten bei Seckenheim und Giengen. Fortgang der österreichischen Fehde: Umtriebe der Freunde Erzherzog Albrechts in Wien.

Bereits schien die Friedensaktion im Reiche in vollem Gange. Nach vielfachen Verhandlungen zwischen den vermittelnden Fürsten einerseits, dem Kaiser, den Hauptleuten des Reiches, den Höfen von Böhmen, Sachsen und der fränkischen Bischöfe andererseits,[6] war ein „unverbun-

---

[1] Copey-Buch 348. Mitteilung des Kaisers an die österreichischen Stände vom 18. Juli mit dem Verlangen, gleichfalls zu helfen.

[2] Der Brief vom 4. Juli weist auf ein früheres Schreiben der Stände hin, was auch die Überschrift des Kopisten: „Wie die stennt der dreyr furstentumben &c. . . . den von Wienn aber zugeschriben habent", bezeugt.

[3] Schreiben vom 4. Juli im Copey-Buch 340—341.

[4] Sein Schreiben vom 4. Juli an die Stadt a. a. O. Das gleiche Datum einer Reihe von Schriftstücken weist auf den endlichen Abschluß der Beratungen hin.

[5] Der Kaiser ist erst noch einen Teil des Juli in Cilly, südlich von Marburg. Vergl. A. Muchar, Urkunden und Regesten für die Geschichte Innerösterreichs 1312—1500, Archiv für Kunde österr. Gesch. Quellen II. (1849) 1. 462, Nr. 178. Birk, Urkunden-Auszüge, Archiv für österr. Geschichte X. 386, Nr. 374 u. 475.

[6] Darüber zahlreiche Schriftstücke aus dem Mai und Juni in den Archiven von Dresden, Bamberg und Weimar.

dener gütlicher Tag" auf den 18. Juli angesetzt worden,[1] zu dem der Markgraf am 13. Juni in Ansbach, Herzog Ludwig am 17. in Rain die Zustimmung gaben. Als Verhandlungsort wurde schließlich Nürnberg in Aussicht genommen.[2] Aber es dauerte noch länger. Schon seit Mitte Mai schwebten Besprechungen zwischen den verbündeten Fürsten über ihr Vorgehen auf dem Tage und die zu erhebenden Forderungen, aber erst am 8. Juli stellte der Kaiser in Feistritz den Geleitsbrief für Herzog Ludwig, dessen Räte und Verbündeten mit einem Gefolge bis zu 400 Pferden aus.[3]

Inzwischen hatten sich die Verhältnisse auf dem rheinischen Kriegsschauplatze mächtig geändert, und bald stießen auch an der oberen Donau die Gegner nochmals mit starker Macht aufeinander.

Seitdem Bischof Johann von Würzburg abgesagt,[4] ohne aber wegen der schroffen Haltung Sachsens und weil die erwarteten böhmischen Truppen nicht kamen, wesentliches zu unternehmen, war bis auf Bischof Georg von Bamberg die Reihe der vorjährigen Gegner des Kaisers und Ansbachs wieder vollzählig. Aber auch mit Bamberg war der Konflikt unvermeidlich.

Seit Dezember[5] verhandelte Bischof Georg mit dem Markgrafen, ohne die Untersiegelung des Zwernitzer Vertrages erreichen zu können. Es handelte sich um die Aufnahme einer Bestimmung, wie sich der Bischof im weiteren Verlaufe des Krieges zu seinen Bundesgenossen stellen solle, bezüglich der in Zwernitz zwischen Kurfürst Friedrich und

---

[1] Die Angaben v. Stockheims, Albrecht IV. 246—247, sind völlig irrig und stützen sich auf ein unrichtig datiertes kaiserliches Schreiben (im Bamb. Archiv) aus dem Jahre 1471.

[2] Noch am 17. Juni meldeten die Münchener und Bisch.-Augsburger Räte, daß Herzog Ludwig den vom Kaiser vorgeschlagenen Beratungsort, Regensburg, gelten lasse. Bamb. Archiv 1906 (des märk. Katal.), Nr. 293.

[3] München. Allgem. Reichsarchiv. Österreich. Sach. fasc. XII. 135/4. Lichnowsky, Regesten zu VII. CCCXXXIV. Nr. 667. Herzog Ludwig hatte für den Kaiser und alle seine „Mitgewandten" sein Geleite bereits am 26. Juni von Rain aus zugesichert. Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 403.

[4] S. oben S. 255. Die Rothenburger und andere benachbarte Reichsstädte sandten dafür ihre Fehdebriefe nach Würzburg. Rothenb. Chron. fol. 117—118.

[5] Brief Markgraf Albrechts vom 10. Dezember aus Donauwörth. Bamb. Arch., Inneres Gewölbe III., Kast. 28, Nr. 76. Dann ebendort sub 1907 (des märk. Kat.) und unter loc. 9132 des Dresdener Hauptstaatsarchives zahlreiche interessante Schriftstücke. Die Beziehungen zwischen Ansbach-Hohenzollern einerseits, Bamberg und Würzburg andererseits danach bis ins Detail klarzustellen, sei hiermit den betreffenden Geschichtsvereinen und Lokalhistorikern empfohlen.

dem Bamberger nur eine mündliche Vereinbarung getroffen war. Der Kurfürst behauptete, daß Gumprecht, der Vikar des Kapitels von Bamberg, und der Vicedom von Wolfsberg, Klaus von Giech, ihm zugesagt hätten, „der Bischof werde, solange dieser Krieg, der des Kaisers halber geführt werde, dauere, ganz still sitzen und wider Friedrichs Bruder als kaiserlichen Hauptmann nichts thun, noch jemanden gegen ihn schicken"; und dies habe Georg zuletzt auch selbst mündlich zugesichert.[1]

Ein gleiches bezeugten auch die brandenburgischen Räte. Dagegen wollte Bischof Georg von der „heimlichen Abrede" nichts wissen und trotz des Zwernitzer Vertrages das Recht haben, Herzog Ludwig, dem Bischofe von Würzburg und dem Pfalzgrafen laut seiner Einung mit ihnen zu helfen.[2] Die Bemühungen des kaiserlichen Bevollmächtigten Klaus von Giech und Hertnids vom Stein, des Domdechanten zu Bamberg, die aufklärenden Schreiben des Kurfürsten von Brandenburg und Herzog Wilhelms von Sachsen, das letztere über die Rother Richtung von 1460, die Tage zu Forchheim (6. Febr.) und Nürnberg (5. April) blieben erfolglos. Am 12. April wandte sich auch die Bamberger Landschaft auf Ersuchen des Bischofes noch selbst mit der Bitte an den Markgrafen, in Anbetracht der guten Dienste, die sie und ihre Eltern dem Hause Hohenzollern erwiesen, und zur Vermeidung größeren Unwillens den Vertrag zu vollziehen.[3] Auch dies umsonst: Kein Wunder, daß bereits am 12. Mai der Bischof seinem Kapitel gegenüber erklärte, daß ihm von dem Markgrafen ungütlich geschehe und er „der Kläger sein müsse, wiewohl er dessen viel lieber übrig gestanden wäre".[4] Als dann die böhmische Invasion begann und zu Beginn Juni die Lage Albrechts und der kaiserlichen Partei überhaupt sich verschlimmerte, da machte freilich dieser seinerseits bei den Landständen des Hochstiftes[5] Vermittlungsvorschläge. Aber nun war es zu spät. Am 8. Juni erfolgte die Fehdeansage Bischof Georgs, am 10. die Bischof Johanns von Würzburg,[6] nachdem er bereits am 7. von Volkach heranziehend, sich bei Gerolzhofen

[1] Schreiben vom 19. März an Prälaten, Ritterschaft und Landschaft des Stiftes Bamberg. Dresdener Hauptstaatsarchiv l. c. fol. 71. Vgl. ebendort fol. 68.

[2] Schreiben des Markgrafen an seinen Bruder, den Kurfürsten, Januar 1462. Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 238.

[3] Dresdener Hauptstaatsarchiv loc. 9132, fol. 70.

[4] Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 225.

[5] Durch Heinrich von Aufseß und Ludwig von Eib unter Vermittlung des Claus von Giech. Am 8. Juni. Dresdener Hauptstaatsarchiv 9132, fol. 77.

[6] Aus dem Feldlager bei Volkach. Original im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.); Kopie im Dresdener Hauptstaatsarchiv a. a. O. fol. 78.

mit der böhmischen Schar vereinigt hatte,[1] welche ihm Leo von Rosenthal nach seines Königes Gebote über Creussen und Gefrees zusandte.[2]

Wie sehr fand Markgraf Albrecht seit Mitte Mai die Lage der Dinge geändert! Er hatte am 19. dem Herzoge Wilhelm von Sachsen voll froher Zuversicht gemeldet, daß er am Sonntage Trinitatis (13. Juni) mit den anderen kaiserlichen Hauptleuten, den Fürsten, Städten und Schweizern ins Feld rücken werde mit einem Heere, „daß seinesgleichen an der Menge und Ausrüstung in deutschen Landen nie gesehen worden sei".[3] Jetzt mußte er, während die Gefahr für das Kulmbachische mächtig wuchs, gegen die Bischöflichen und Böhmen bedeutende Streitkräfte absenden, die er unter Führung Sigmunds von Schwarzenberg, Hans von Absberg, Heinz von Luckau und Lorenz von Eberstein gegen Schwarzenberg dirigierte;[4] und wieder blieben die städtischen Kontingente trotz der letzten Ulmer Beschlüsse weit hinter der Zusage zurück, von Nürnberg, Regensburg und den mächtigen rheinischen Städten nicht zu reden, die mit einziger Ausnahme von Frankfurt trotz aller kaiserlichen Gebote in der Neutralität verharrten.

Trotzdem war der Markgraf entschlossen, den neuen Kriegszug zu unternehmen. In den ersten Junitagen beriet er sich mit den Ratsboten zu Schwäbisch-Gmünd. Es wurde beschlossen, daß die Städtetruppen am 20. Juni halb bei Donauwörth und zur Hälfte bei Giengen im Felde sein sollten.[5] Thatsächlich versammelte sich Ende dieses Monates ein kaiserliches Heer von bedeutender Stärke um die genannten Plätze. Aber noch war man nicht dazu gekommen, etwas von Belang zu unternehmen, als vom Rheine her wie ein betäubender Donnerschlag die Kunde eintraf, die verbündeten kaiserlichen Hauptleute seien am 30. Juni ihren Gegnern bei Seckenheim gänzlich unterlegen.

Im Kampfe um das Mainzer Erzstift, welchen die gewöhnliche litterarische Fehde der Streitenden, hier besonders zwischen dem Pfalzgrafen und Markgrafen Karl von Baden begleitete,[6] hatte es bis in den Sommer

---

[1] v. Stockheim, Albrecht IV. 245.

[2] Über die Beziehungen zwischen Würzburg und Böhmen s. o.

[3] Schreiben im Dresdener Hauptstaatsarchiv 9132 fol. 87—93; Zettel zu einem Briefe, des Herzoges Haltung in dem bamberg.-ansbachischen Streite betreffend.

[4] v. Stockheim, Herzog Albrecht IV. 245, Text und Anm. 4.

[5] „Abschiede der keyserlichen Hauptleute von dem tage zu Gemunde." Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 380.

[6] Ausschreiben des Markgrafen Karl gegen Pfalzgraf Friedrich vom 16. März, dessen Antwort vom 9. April, Replik des ersteren vom 4. Juni bei Kremer, Geschichte Friedrich des Siegreichen, Urkunden 241—249, 251—260, 260—268,

hinein keiner der beiden Elekten zu bedeutenden Erfolgen gebracht. Weder war es Kurfürst Diether und dem Pfalzgrafen gelungen, sich des Rheingaues, der treuen und festen Burg der Gegner, zu bemächtigen, noch hatten die Angriffe Erzbischof Adolfs und seiner Freunde auf das Pfälzische, Isenburgische und die Lande Heinrichs von Hessen besondere Wirkung geübt.[1] Im ganzen waren die Fürsten der kaiserlichen Partei unternehmenslustiger. Sie hatten bereits im März einen nachdrücklichen Schlag gegen die Feinde geplant: Herzog Wilhelm von Thüringen, den Papst Pius noch besonders zu eifriger Hilfeleistung aufgefordert hatte,[2] sollte vereint mit Landgraf Ludwig von Hessen vom Osten, von der Wetterau aus die noch von den Mannen der Isenburger besetzten Teile des Mainzer Stiftes angreifen, während die anderen Verbündeten, die Erzbischöfe Adolf von Mainz und Johann von Trier, die Bischöfe Johann von Speyer und Georg von Metz, Pfalzgraf Ludwig von Veldenz, Markgraf Karl von Baden, die Grafen Ulrich von Württemberg und Johann von Nassau die Gegner dies- und jenseit des Rheinstromes in Schach halten wollten. Nach der Vereinigung beider Heere hoffte man, das widersässige Mainz sicher bezwingen zu können. Aber der Thüringer Herr, der weder das Eichsfeld noch Erfurt in seine Gewalt zu bringen vermochte, bezeugte keine Lust zu so ferner Kriegsfahrt; auf die Meldung, daß er erst im September an den Rhein ziehen könne, blieben auch die Hessen zu Hause; und obwohl die westlichen Verbündeten rechtzeitig im Felde waren und mehrfache Streifzüge, Belagerungen und Eroberungen kleiner Orte geschahen, so mußte die geplante Hauptunternehmung doch wegfallen.[3]

Wieder trat die Friedensvermittlung, einerseits von dem Kurfürsten von Brandenburg und den sächsischen Herren, andererseits von burgundischen Räten betrieben, in den Vordergrund. Nach Mühlhausen in Thüringen wurde auf den 15. Mai ein Tag angesagt. Als aber Friedrich von Brandenburg wegen der drohenden Nähe des zur Glogauer Zusammenkunft mit einem förmlichen Heere ziehenden Böhmenköniges die Verhandlungen verschob,[4] dagegen neue Briefe des Kaisers vom 26. Mai

Nr. LXXXII, LXXXIII und LXXXIII a. Vergl. auch Müller, Reichstagstheatrum II. 129—134 und Hauptstaatsarchiv zu Dresden Cop. 1317, fol. 270ff.

[1] Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 309ff.

[2] Breve vom 30. April bei Müller, Reichstagstheatrum II. 119—120. Hauptstaatsarchiv zu Dresden Cop. 1317, fol. 279.

[3] Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau a. a. O. Hier auch die einschlägigen Quellen.

[4] Die Schreiben des Kurfürsten vom 22. April an Adolf von Mainz und die sächsischen Herzoge im Archiv für österr. Geschichte LXIV. 103—104.

das ganze Reich bis nach Lothringen hinein und nordwärts bis Pommern und Mecklenburg gegen den verhaßten Pfalzgrafen und den Landshuter Herzog in die Waffen riefen,[1] da ließen sich auf dem westlichen Kriegsschauplatze die kaiserlichen Feldherren durch die Bemühungen der Burgunder nicht länger zurückhalten. Vor allem die Lande Friedrich des Siegreichen wollte man gründlich heimsuchen. Daher versammelten sie, obgleich ihre Zustimmung zu der von den Vermittlern auf den 4. Juli nach Frankfurt angesetzten Tagfahrt bereits erfolgt war, ja als bereits beide Erzbischöfe, Dietrich und Adolf, von der Bürgerschaft das Geleite erbeten hatten,[2] am 25. Juni eine Schar von 2000 Fußgängern und 800 Reitern bei Pforzheim: Unverweilt brach man nächst Heidelberg dem Pfalzgrafen ins Land. Die Fürsten meinten wohl, da sie noch eben den Gegnern das Gebiet geräumt, sie sicher gemacht zu haben; den Pfalzgrafen wähnten sie fern an der oberen Donau im bayerischen Heerlager. Es war ein verhängnisvoller Irrtum!

Kurfürst Friedrich stand bereits mit den Seinen in der Nähe der Gegner, als sie Heidelsheim berannten. Wie sie dann in stolzer Sicherheit auf Heidelberg selbst zogen und, nachdem sie ihr Fußvolk auf speyerisches Gebiet in Sicherheit gebracht, an Heidelberg vorbei alles verwüstend den Weg gegen die Bergstraße nahmen, da trat ihnen am 30. Juni beim Vorrücken aus den Wäldern nächst Seckenheim der Pfalzgraf vereint mit Kurfürst Diether im freien Felde mit solcher Übermacht entgegen, daß Rückzug und Kampf gleich sicher den Untergang zu bedeuten schienen.

Rasch entschlossen nahm der ritterliche Karl von Baden mit seinem Metzer Bruder und Graf Ulrich von Württemberg das Treffen auf. Mit glänzendem Mute stritt die kleine Schar gegen die Überzahl. Niemand dachte an Flucht. Aber während Feind und Freund im Getümmel der Reiterschlacht durcheinander wogt und ineinander hängt, gelingt es dem Pfalzgrafen vermöge seiner numerischen Überlegenheit, die Gegner zu überflügeln und endlich völlig einzuschließen. Nicht bloß der Sieg, sondern auch die Freiheit wurden jetzt Einsatz im Kampfe. Allmählich

[1] Die Schreiben und ein Verzeichnis all' derer, an welche überhaupt Briefe geschickt wurden, im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), 372, 376, 377, 378, 192 u. s. w.; im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 301, Nr. 3, fol. 1. Beachtenswert ist, daß der Kaiser wieder auch an sämtliche Fürstlichkeiten Schlesiens sich wendete, und ebenso daß man in der kaiserlichen Kanzlei nicht einmal genau wußte, wie die Herren hießen, und ob sie noch am Leben seien oder nicht. Die Schriftstücke sind auch vom 24. u. 28. Mai datiert.

[2] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 216—217, Nr. 332—338.

erlahmt die Kraft der Württemberger, Badener, aller: die scheidende Sonne des 30. Juni sah die Scharen der Reichsfeldherren völlig geschlagen und gesprengt; sie selbst mit dem Bischofe Georg von Metz und mehr als der Hälfte ihrer Truppen in den Händen des siegreichen Pfalzgrafen.[1]

Es war ein Ereignis von größter Bedeutung. Die ersten Folgen waren die Bedrängung des speyerischen Bischofes und das Scheitern der Frankfurter Verhandlungen, die jetzt Kurfürst Diether als Preis des Friedens kurz forderte, sein Gegner habe auf das Erzbistum zu verzichten.

Außerordentlich war der Jubel über die Siegesbotschaft von Seckenheim bei den Freunden des Pfalzgrafen im Reiche und besonders im Bayerheere, ebensogroß Bestürzung und Sorge überall bei der kaiserlichen Partei. Markgraf Marx von Baden, des gefangenen Karl und Bischof Georgs von Metz jüngerer Bruder schrieb in diesen Tagen an Albrecht von Brandenburg in Ausdrücken, welche den niederschmetternden Eindruck der Nachricht bei den Betroffenen drastisch kennzeichnen. Flehentlich bittet Marx um Hilfe und Rat zur Befreiung seiner unglücklichen Brüder, um nachdrückliche Unterstützung dergleichen Bitten bei Kaiser und Papst und bei allen Gutgesinnten.[2]

---

[1] Die Schlacht ist bereits sehr eingehend und genau dargestellt bei K. Menzel, Diether von Isenburg 179—183, wo sich auch die Quellen verzeichnet finden. Vergl. Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 312. G. Voigt, Enea Silvio III. 289—291. Stälin, Wirtemberg. Geschichte III. 537—538 und die besondere Untersuchung Chr. Roders, „Die Schlacht bei Seckenheim in der Pfälzer Fehde von 1461—1463", Beilage zum Progamm des Realgymnasiums zu Villingen, 1877. Vgl. noch Äg. Tschudi, Chron. Helvet. II. 624—625 mit besonderer Hervorhebung des Anteiles, den des Pfalzgrafen geworbene eidgenössische Scharen am Kampfe hatten (2000 Knechte unter Hans Waldmann aus Zürich, ebendort 622—623). Der erste Bericht des Pfalzgrafen über die Schlacht an Herzog Ludwig von Bayern findet sich bei Lehmann, Speyerer Chronik 944 (Ausg. von 1612); Helvich, Mogontia devicta, apud Joannis Rer. Mogunt. scriptor. II. 176—177; Müller, Reichstagstheatrum II. 137. Das Verzeichnis der Gefangenen ist oft (nicht übereinstimmend) gedruckt, so bei Joannis l. c. II. 176—177; Fugger-Birken, Spiegel der Ehren 681; Kremer, Geschichte Friedrich des Siegreichen, Urkunden LXXXVII; Speyersche Chronik bei Mone 472—474; Nürnberger Jahrbücher des 15. Jahrhundertes bei Hegel, Städtechroniken X. (Nürnberg 4) 274—279, wo auch des Pfalzgrafen Schreiben 269—271 sich findet, außerdem öfter handschriftlich vorhanden. Ein ausführlicheres Schreiben Diethers von Isenburg an die Amtleute des Stiftes in den Nürnberger Jahrbüchern, Städtechroniken X. 271—274 und v. Stockheim, Urk. und Beilagen 647—648, Nr. CXLV, sowie ein kürzeres an Dr. Johann von Allenblumen, Provisor zu Erfurt, in den Sitzungsber. der phil. histor. Klasse der Wiener Akademie V. 696—697 und bei W. Wattenbach, Peter Luder, Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins XXII. 123—124.

[2] v. Stockheim, Herzog Albrecht IV. 247—248.

Auch der starkmütige Markgraf war erschüttert. Wohl mahnte er den jungen Badenerfürsten, „sich zu entschlagen, was zur Schwermütigkeit dienen möge und sich gefaßt gegen den Fall zu stellen". Aber wie sehr ihm der Ernst der Sachlage klar war, offenbarte doch gleich dasselbe Schreiben. Albrecht fordert Marx auf, „daran zu setzen Sterben und Verderben und seines Bruders Land und Leute, ihn ledig zu haben, alle seine Freunde, besonders seinen Bruder von Trier um Hilfe und Beistand anzurufen, und zu rüsten, es koste was es wolle"; gegen den Pfalzgrafen helfe nichts als die äußerste Gewalt.[1]

Das Mißlingen bei Seckenheim benahm aber dem Hohenzoller nicht die Kampfeslust. Sein ritterlicher Sinn sah in der Niederlage der Waffengenossen vor allem die Verpflichtung, nun seinerseits im offenen Kampfe das äußerste zu wagen, die Gefangenen zu retten. Mit der ihm eigenen Umsicht und Unermüdlichkeit traf er die Vorbereitungen. Er eilte nach Ulm, mit den Räten Ulrichs von Württemberg das weitere zu beraten, sie zur Ausdauer im Widerstande, zur kräftigen Unterstützung des Reichsheeres zu bringen. An den kranken Eberhard von Württemberg-Aurach, die oberen Reichsstädte, an den kaiserlichen Hof und überallhin, wo Teilnahme und Beistand zu erhoffen waren, gingen seine Boten. Als die Städte zusagten, wurden ihre Kontingente für den 11. Juli nach Ulm beschieden. Um recht ausgiebige Hilfeleistung von dem Uracher Grafen zu erlangen, besuchte ihn Albrecht noch selbst. Dabei versammelte er die eigenen Vasallen um sich. Am 11. Juli hoffte er den entscheidenden Feldzug beginnen zu können. Nur darüber war der Markgraf noch unschlüssig, ob er Herzog Ludwig aufsuchen und ihn zu einer entscheidenden Schlacht zwingen, oder ob er mit dem kaiserlichen Heere direkt auf Heidelberg vordringend die Gefangenen zu befreien versuchen solle. Diese Unklarheit wird ihm aber rasch benommen durch das offensive Vorgehen des Gegners.

Auch der Bayerherzog und sein Heer ersehnten die Feldschlacht, aber aus anderem Grunde als der Markgraf: Ludwig fühlte sich stark genug, den Lorbeeren seines siegreichen Freundes gleich glänzende an die Seite zu stellen. So erhob er sich unverweilt zur That.

Zunächst galt es, das in diesem Jahre Verlorene wieder zu gewinnen. Daher begann Ludwig, indem er den Bischof von Würzburg und die

---

[1] Das Schreiben aus den ersten Julitagen. Zum Schlusse erwähnt Albrecht bereits der offensiven Bewegungen Herzog Ludwigs. Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 415.

mit ihm vereinigten böhmischen Scharen aufforderte, „den Ernst ganz fürter gegen den Markgrafen zu üben“, schon am 4. Juli den Angriff auf das Schloß Höllenstein.[1] Nach dessen Einnahme ward Heidenheim belagert. Noch zeigte sich der Markgraf nicht im Felde.

Albrecht hatte am 5. Juli an Marx von Baden geschrieben, zöge jedermann zu, so kämen die Bayern in die Enge und man könnte ein Ende machen. Aber er harrte vergebens auf die Scharen des Grafen Eberhard. Dieser wollte erst zu Tübingen mit seiner Landschaft tagen, dann persönlich kommen,[2] was aber wieder seine Erkrankung verhinderte. Erst als ihm die Meldung ward, die Reichsstadt Giengen sei bedroht, sandte er 2000 zu Roß und zu Fuß ins Heer, rief aber am 17. Juli wieder 800 Mann davon ab, da das begründete Gerücht ging, die Bayern seien auf dem Rückzuge.[3]

Mit kaum 7000 Mann hatte sich der Markgraf, da auch die städtischen Aufgebote nicht in voller Stärke eintrafen, 10000 Bayern gegenübergesehen. Er blieb trotzdem, wie jedermann im Heere,[4] entschlossen, „daß man stracks an den Herzog heranziehe und mit ihm fechten solle, er sei stark oder schwach, damit man der Sache ein End und ausmache“. Aber Albrecht bedachte auch den Fall einer Niederlage. Vorsorglich schrieb er am 8. Juli, als der Kampf unmittelbar bevorzustehen schien, an seine Brüder; auch seinen Räten in Ansbach wurden für den Fall, daß er gefangen würde, Befehle gesandt, welche sie unbedingt, bei seiner offenen Ungnade, ausführen sollten: sowenig als die Württemberger und Badener ihre Herren „schätzen“ ließen, da sie noch acht Herren von Baden und Württemberg hätten, sowenig hätten sie ihn loszukaufen und etwa dadurch Land und Leute ins Verderben zu bringen; sie sollten darin handeln „als Biederleute“; er werde sich nicht martern lassen, sondern unterschreiben, was man von ihm begehre.[5]

---

[1] Brief Ludwigs aus Lauingen an die Regensburger vom 4. Juli 1462. Gemeiner, Regensb. Chron. III. 356—357: Wir haben uns auch geworben und ziehen mit heereskraft auf die Feinde &c., um den ernnst ganz fürter gegen ihn zu üben. Desgleichen thun unser besonder lieben freunde von Würzburg vnd unsers l. herrn und swehers des königs ze Behaim volk, das er auf dem Bamberger gebirg hat.

[2] Des Markgrafen Brief vom 8. Juli an seine Räte nach Ansbach s. unten.

[3] Sein Schreiben an den Markgrafen vom 17. Juli im Bamb. Archiv 1907, Nr. 264: Den Tübinger Tag habe er „Blödigkeit seins leibes wegen“ nicht gehalten. Vgl. auch Würdinger, Kriegsgeschichte von Bayern, Franken u. s. w. von 1347—1506, II. (München 1869) 52, Anm. 4.

[4] Der Markgraf meldet dies ausdrücklich.

[5] Brief und Zettel im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 415. Ein

Als sich die Bayern am 17. zurückzogen, führte der Markgraf das kaiserliche Heer sofort auf Heidenheim und begann es zu beschießen. Aber die Gegner waren keineswegs fern, wie man meinte. Sie eilten die Stadt zu entsetzen. Vor ihnen wich am 19. Juli das kaiserliche Heer auf Giengen zurück, wo es sich auf den Höhen vor der Stadt in Schlachtordnung aufstellte. Ihm nach die Herzoglichen. Die Entscheidung war da.

Noch hatte der Markgraf „seine Wagenburg nicht recht geschlossen und die Ordnung ganz gemacht", als auch schon das bayerisch-böhmische Heer anlangte, und sofort, das Fußvolk voran, die Reisigen in zweiter Linie, den Sturm auf die Stellung der Kaiserlichen begann.[1]

Eine Zeitlang standen der Markgraf und die Seinen „hart" und „wehrten sich tröstlich"; schon wandten sich einige aus dem Fußvolk der Gegner zur Umkehr.[2] Aber die Masse der bayerischen Reisigen drängte ungestüm vorwärts: Sie zwingen auch das eigene Vortreffen zu neuem Angriffe; sie durchbrechen endlich an zwei und drei Stellen zugleich die Wagenburg, zerreißen des Markgrafen Reihen. Nun begann ein Teil des städtischen und markgräflichen Fußvolkes zu flüchten, „es fiel über den Berg ab gegen Giengen". Bald ward die Flucht allgemein, schließlich wurden auch die Reisigen mit fortgerissen. Der Tag war für das kaiserliche Heer verloren.

Auch der Markgraf rettete sich in die Reichsstadt. Er hatte nur einige Hundert Mann an Toten und Verwundeten verloren; auch wenig mehr an Gefangenen, darunter 19 württembergische, 2 ansbachische und

Schreiben ähnlichen Inhaltes vom 11. Juli bei v. Stockheim, Urk. und Beilagen 645—646, Nr. CXLIV; Minutoli, Kais. Buch 450. Die Schreiben waren an die Räte und Hauptleute Jörg von Ehenheim, Hans von Absberg, Burkard von Wolmershausen, Ludwig von Eib „und andere" gerichtet.

[1] Über die Schlacht handelt Kluckhohn, Ludwig der Reiche, Exkurs 9, 374—376, wo auch das ungedruckte Quellenmateriale erwähnt ist. Einige ungedruckte Akten des Bamb. Archives finden weiter unten Erwähnung. Vgl. auch Buchner, Abhandlung der Münchener königl. Akademie, phil. histor. Klasse III. Abteil. 2, 80. Ich stütze meine Darstellung wesentlich auf den Bericht des Reichsmarschalles von Pappenheim an seinen Bruder Konrad, Pfleger zu Koburg, der darüber an Herzog Wilhelm nach Weimar schreibt. Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 3, Nr. 3, vol. III., fol. 58; vgl. auch Kluckhohn 374. Man vgl. ferner Nürnberger Jahrbücher in den deutschen Städtechroniken X. 266—269. Öfele, Scriptor. rer. Boic. I. 398, Anm. (Meldung des Hans „Magensreitter" = Mengersreuter). Für die Darstellung A. Kluckhohn 216—219; Würdinger, Kriegsgeschichte von Bayern II. 51 und Stälin, Wirtemb. Geschichte III. 540—541.

[2] Es waren nach des Markgrafen Brief vom 27. Juli an seine Räte zumeist Leute aus Ingolstadt und Lauingen, denen man hinterher die Köpfe vor die Füße legte.

2 reichsstädtische Herren und Ritter.[1] Aber das Panier des Reiches, die Fahnen der Reichshauptleute, derer von Ulm u. s. w., dann eine reiche Kriegsbeute an Wägen, Geschütz und Vorräten[2] aller Art fielen den Bayern und Böhmen in die Hände. Dadurch gewann das Gefecht, abgesehen von seiner hohen moralischen Bedeutung, auch äußerlich den Charakter eines glänzenden Sieges.

Von Giengen, zu dessen Belagerung sich Herzog Ludwig anschickte, eilte Markgraf Albrecht am Tage nach der Schlacht gegen Ulm. Damit die Seinen nicht durch falsche Nachrichten verwirrt würden, gab er selbst von dem Unfalle Nachricht. Er forderte sie auf aus allen Kräften zu rüsten, sowie auch er an nichts denke, als an neuen Kampf. „Wir sind", schrieb er, „in unzweiflicher Hoffnung, uns kürzlich wieder mit Macht in das Feld zu rüsten, unsere guten Freunde und Gesellen, die in merklicher Zahl gen Giengen in die Stadt gekommen sind, zu retten". Er befahl dies auch seinem Bruder, Kurfürst Friedrich, und den anderen Statthaltern und Hauptleuten unter und auf dem Gebirge zu verkündigen; auch sie sollten alles aufbieten, denn „wir ja nicht nachlassen wollen, diesen Krieg mit unseren Mitverwandten ehrlich zu vollführen";[3] schon ziehe ihm „täglich merklich Volk wieder zu von den von Württemberg und den Reichsstädten". In der That drängte er die beiden Württemberger Landschaften um Hilfe, bat und beschwor er die Reichsstädte, nun als „fromme Leute" nach ihrer Pflicht und ohne sich lange mahnen zu lassen, ihm die Ihrigen so stark und gerüstet als möglich zuzusenden, um Giengen zu entsetzen, da dort „der Leute viel, und das Städtlein klein ist".[4] In der That blieb Giengen unerobert.

Es wäre aber weit gefehlt, zu glauben, daß der Markgraf etwa

---

[1] Das namentliche Verzeichnis der gefangenen Herren und Ritter in dem erwähnten Berichte Konrads von Pappenheim. Daneben existiert die bayerische Liste. Vgl. das Schreiben Herzog Ludwigs an den Pfalzgrafen vom 19. Juli bei Mone, Quellensammlung I. 473; auf andere Angaben verweist Hegel, Städtechroniken X. 267, Anm. 4. Nach dem Briefe Markgraf Albrechts an seine Brüder Johann und Friedrich vom 25. Juli aus Ulm betrug die Gesamtzahl der Gefangenen, „edel vnd unedel" 240, darunter 24 „namhaftig" und bei 40 reisige Knechte; 130 seien tot und von einer Anzahl versehe man noch, daß sie sterben. Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 263.

[2] Der Markgraf sagt 282—284 Wägen, 1 große Büchse, 60 Centner schwer, „acht haffnicz vnd Darraßpüchsen vnd etlich hütten". a. a. O.

[3] Schreiben vom 20. Juli aus Ulm bei Müller, Reichstagstheatrum II. 124—125.

[4] Das bezügliche Schreiben an die Augsburger vom 20. Juli bei Müller, Reichstagstheatrum II. 124.

seine Niederlage leicht ertrug. Sie traf den stolzen, ehrgeizigen Fürsten schwer genug. Wohl noch härter aber mußte ihm der Gedanke sein, daß bei Giengen das Schicksal seines Nürnberger Landgerichtes und all der hohen Pläne, die er darauf gebaut hatte, besiegelt sei.

Und wenn doch nur, während er vor der Überzahl der Gegner aus dem Felde flüchtig wurde, die Seinen, welche gegen die Bischöfe kämpften, einen tüchtigen Streich geführt hätten! Hatten aber nicht die bayerischen und pfälzischen Besatzungen sich aus Stein, Lauf, Heideck, Hersbruck ziehen und den Feldtruppen des Herzoges anschließen können, ohne daß seine Hauptleute es wehrten oder etwas gegen die fast entblößten Orte unternahmen?[1] Ingrimmig schalt er sie, namentlich Hans von Absberg: „Könne er schon nichts Tüchtiges vollführen, so solle er sich doch irgendwie den Anschein dazu geben, auf Bamberg ziehen, und sengen und brennen, daß doch wenigstens ein kleines Geschrei sich da erhebe; er möge nicht so schändlich feiern, und wenigstens ein altes Weib in der Nacht verbrennen lassen, daß er doch etwas schaffe".[2]

Aber Albrechts Mahnung, das belagerte Prikfenstadt[3] zu retten, kam zu spät. Am 22. Juli fiel es in die Hände Johanns von Würzburg, und als nun der Markgraf, aufs äußerste erbittert, gebot, mit aller Macht auf des Bischofes Lande zu ziehen und sie ohne Gnade zu verwüsten, denn länger zu harren und zu zögern, bis einem eine gebratene Taube in den Mund fliegt, bedeute soviel, als sich demnächst der dreifachen Anzahl der Gegner, die auch schon vom Rheine her, aus Bayern und Böhmen heranrückten, gegenüber zu sehen, da war die günstige Zeit zum Handeln vorüber.

Am 22. Juli hatte in Nürnberg in Anwesenheit des Kurfürsten Friedrich von Brandenburg, des päpstlichen Legaten Hieronymus von Kreta, der besonders von Graz herbeigeeilt war, des Kardinales von Augsburg, der Herzoge von München und der Räte der am Kampfe beteiligten Fürsten die formelle Eröffnung des Friedenskongresses stattgefunden. Der Markgraf ließ es geschehen, so rastlos er die neuen Rüstungen betrieb. Und wenn auch die Waffen nicht ruhten, so blieb doch, was er mit den Württembergern und den Reichsstädtern gegen Würzburg, was das

[1] Des Markgrafen Brief an seine Räte vom 25. Juli. Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 392.

[2] Das Schreiben vom 25. Juli; vgl. an dieselben das Schreiben vom 27. Juli Bamb. Arch. a. a. O. Nr. 391.

[3] Die Schreibweise nach Guembels geognost. Karte des Königreiches Bayern, München 1858.

bayerische Heer im Juli und August ferner gegen die oberen Städte unternahm, ohne Entscheidung.[1]

Erst die Friedensstiftung brachte das Reichsoberhaupt und die kaiserliche Autorität, die, angewiesen auf theoretische Gerechtsame und freundliche Vermittlung, im Kriegsgetümmel fast verschollen waren, wieder mehr in den Vordergrund.

Seit Monaten hatte der Kaiser nur Hiobsposten aus dem Reiche vernommen. Den Meldungen aus Budweis waren die Berichte über die Fortschritte der Bayern, von dem neuerlichen Eingreifen Böhmens in den Reichskrieg, über die Tage von Glogau und Guben gefolgt. Nun hatte in erster Linie wieder König Georg von Böhmen eingelenkt.

Als auf dem Heimwege aus Rom Prokop Rabenstein in Graz vorsprach, da fand er eine sehr ungnädige Aufnahme.[2] Kaum, daß ihm der Kaiser schließlich einen Zettel nachsandte, auf dem seine Beschwerden gegen den König: der Vorwurf, daß er dem Bayerherzoge helfe, daß er es gewagt habe, zwischen ihm und Gamaret Fronauer eine Tagfahrt anzusagen, daß des Königes Haltung unverläßlich sei, verzeichnet waren. In dessen später Antwort vom 23. Juni fand der Kaiser neben dem unverkennbaren Wunsche Podiebrads, mit ihm in freundlichen Beziehungen zu bleiben, und vielfachen Entschuldigungen auch die Nachricht, in Guben habe sich zum Zwecke der Friedensstiftung der König des Herzoges von Bayern, Kurfürst Friedrich seines Bruders gemächtigt und der Markgraf sei deshalb nach Franken geritten.[3] Lebhafter als alles beunruhigte dieser Teil der Gubener Abmachungen den Kaiser. Und konnten sie nicht wirklich hochgefährlich werden, der Anstoß zum Abfalle seiner Getreuen im Reiche?

Friedrich III. begnügte sich, dem Könige am 5. Juli mit einem Schreiben voll der heftigsten Klagen über seinen Bruder Albrecht zu antworten und ihn sonst kurz an seine Pflicht zu mahnen.[4] Wegen jener unwillkommenen Friedensvermittlung wandte er sich an Kurfürst Friedrich selbst und bat ihn, die kaiserliche Sache nicht zu verlassen, sowie auch er treu zu den Seinen stehen wolle.[5] Vor allem aber ergingen an Mark-

[1] Vgl. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 221.

[2] Nach des Königes Schreiben vom 23. Juni an den Kaiser.

[3] Des Königes Schreiben im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 407.

[4] Schreiben vom 5. Juli aus Marburg. Allgem. Reichsarchiv zu München, Österreich. Sach., fasc. XII.

[5] Schreiben vom 18. Juli aus Graz. Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 406.

graf Albrecht eindringliche Vorstellungen: Oft habe der Kaiser sich „des löblichen und treuen" Beistandes von Albrechts Bruder, Kurfürst Friedrich, getröstet; Albrecht möge daher allen Fleiß anwenden, daß Friedrich, „ob er je zum Abfalle oder zur Sonderung seines Leibes und Gutes durch jemanden der Feinde oder ihrer Helfer angelangt oder ersucht wäre oder würde, sich darein nicht begebe"; schon ziehe die kaiserliche Botschaft nach Nürnberg, wo sie treu zu dem Markgrafen stehen und, was die Händel mit Herzog Ludwig, Bamberg und Würzburg betreffe, mit ihm und nach seinem und der anderen Hauptleute Rate handeln werde. Der Kaiser befahl dem Markgrafen wieder, bei Sachsen, Braunschweig, Pommern, Schlesien, den Hansestädten und dem Könige von Dänemark alles aufzubieten, daß sie auch wirklich in des Reiches Hilfe kämen; er habe ebenso die Konstanzer bereits nach Albrechts Begehren ermahnt und wolle seine Sache, die Bischöfe betreffend, bei dem Papste vertreten ꝛc.[1]

Um diese Zeit kam die Seckenheimer Nachricht. Der Kaiser war aufs äußerste betroffen. Es schien ihm unumgänglich notwendig, das Unglück wieder gutzumachen. Er hatte unlängst dem Grafen Ulrich von Württemberg gestattet, die den Truchsessen von Waldburg verpfändete Landvogtei in Schwaben an sich zu lösen.[2] Er forderte jetzt die württembergischen Räte und Stände auf, mit allen Kräften die Befreiung ihres Herrn anzustreben; mit den eigenen Mitteln versprach er ihnen beizustehen.[3] Es wurde Sachsen gemahnt zu helfen,[4] den in Ulm versammelten Kriegsräten der Städte geboten,[5] den Kampf aufs ernstlichste fortzusetzen; der Kaiser wandte sich sogar an Herzog Philipp von Burgund und den König von Frankreich und verlangte, sie sollten den unbotmäßigen Pfalzgrafen mit Waffengewalt demütigen;[6] er vergaß nicht seinen treuesten Verbündeten, den päpstlichen Stuhl.

[1] Schreiben vom 18. Juli. Bamb. Arch. a. a. O. Nr. 404. Vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 251—252.

[2] Graz am 29. Juni. Birk, Regesten zu Lichnowsky, VII. CCCXXXIII. Nr. 663.

[3] Birk, Regesten zu Lichnowsky VII. l. c. Nr. 671. Sattler, Württemberg unter den Grafen IV., Urk. Nr. 23. Zur Haltung der Württemberger vgl. v. Stälin, Wirtemb. Geschichte III. 542ff.

[4] Vgl. den Brief Kurfürst Friedrichs an seinen Bruder Wilhelm vom 1. August im Weim. Gesamtarchiv Reg. A, fol. 28a, Nr. 65.

[5] Müller, Reichstagstheatrum II. 125—126. Lichnowsky, Reg. zu VII. a. a. O. Nr. 672.

[6] Sitzungsber. der phil. histor. Klasse der Wiener Akademie V. 657, 658. Vgl. Sattler, Geschichte von Württemberg unter den Grafen l. c. Nr. 17 und 18. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 669—670.

Hier griff Friedrich III. zu den gewichtigsten Vorstellungen. Es ward verlangt, daß der heilige Vater die ganze Fülle seiner Machtmittel entfalte und nicht bloß zur Exkommunikation und anderen kirchlichen Censuren schreite, sondern kurzweg allen Gläubigen, auch wenn sie Könige wären, bei dem Banne der Kirche gebiete, den Pfalzgrafen und seine Helfer zu bekämpfen, bis die Gefangenen befreit wären; schon sei auch er geschickt, mit Heereskraft gegen seinen Bruder und dessen Verbündete auszuziehen.[1] Es war dies jetzt keine bedeutungslose Zusage. Wenigstens der Kaiser sah in den Kämpfen im Osten wie im Westen des Reiches das gleiche Ringen der unbotmäßigen Nobilität gegen seine Obergewalt.

Man erwog in Rom die Sache kaltblütiger. Die Kurie wußte, daß es sich jetzt in Deutschland lange nicht mehr um die Existenz von Kaisertum und Papsttum handele, sondern um sehr begrenzte territoriale und materielle Interessen der Streitenden. Hatte doch auch bereits Herzog Ludwig von Bayern vor Papst Pius versichern lassen, daß seine Verbündung mit dem Böhmenkönige ihn keineswegs verleiten werde, diesen etwa in einer Glaubensfrage zu unterstützen.[2] Man lehnte es also in Rom ab, das Kreuz zu predigen, wies aber die jenseit der Alpen weilenden Legaten an, zur Herstellung des Friedens die Hand zu bieten.[3]

Die Meldung von der Katastrophe bei Giengen brachte am kaiserlichen Hofe zwar nicht die mächtige Erschütterung, wie jene vom 30. Juni hervor: Der Fall war doch anders, auch standen ja die Sitzungen des Nürnberger Tages unmittelbar bevor.

In gewohnter Lässigkeit hatte der Kaiser seine Gesandtschaft verzögert. Am 27. Juli war sie noch in Leoben im Steierischen. Nun freilich, nach Giengen, schuf ihr ihres Herrn aufrichtiger Wunsch, daß wirklich Friede werde, stürmische Eile.[4]

Es war auch hohe Zeit. Schon dachten die in Nürnberg Versammelten, völlig resultatlos auseinander gehen zu müssen, und erklärten die Gesandten König Georgs von Böhmen, sie hätten Befehl heimzuziehen, da sie bei dem bevorstehenden Hoftage zu Laurenzi in Prag sein sollten;

[1] Sitzungsberichte der Wiener Akademie V. 656—657.

[2] Joh. Kitzings Bericht an die Breslauer vom 24. Juli. Script. rer. Silesiac. VIII. 117—121, Nr. 102.

[3] G. Voigt, Enea Silvio III. 263.

[4] Ulrich Bischof von Gurk bittet am 27. Juli von Leoben aus die in Nürnberg versammelten Fürsten und Gesandtschaften um Verzeihung ob seines Zögerns, und verspricht die Reise möglich zu beschleunigen. Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 413.

auf des Kaisers Botschaft hätten sie lange genug gewartet. · Der Erzbischof von Kreta bemühte sich, wie es scheint, auch mit Erfolg, sie zum Bleiben zu bewegen.[1]

Und welche scharfen Gegensätze traten hervor, welch' unvereinbare Forderungen wurden gestellt, als man nach so langer Kampfeszeit jetzt zum erstenmale freundliche Vereinbarung erstrebte?[2] Auch hatte ja Markgraf Albrecht nur in den Friedenstag gewilligt, weil er des Kaisers aufrichtigen Wunsch, zu Ende zu kommen, kannte, und seine Sache nicht von ihm scheiden lassen durfte. Wie konnte er aber jetzt, nach den kriegerischen Ereignissen der letzten Zeit, bei dem Friedensschlusse von den Gegnern irgend welche Nachgiebigkeit und für sich ein günstiges Ergebnis hoffen? Seinen Interessen entsprach daher wohl eine Waffenruhe von einigen Monaten, die ihm Rüstungen, die Gewinnung neuer Freunde gestattete, die Dinge in Böhmen und Österreich zu seinem Gunsten ändern konnte, aber nichts mehr: Seine Räte und sein Bruder waren denn auch nur in dieser Richtung thätig.[3] Auf der andern Seite fehlte es ebensowenig an solchen, die den Tag nur notgedrungen beschickten. Erzherzog Albrecht von Österreich wenigstens wünschte, daß er rasch und gänzlich scheitere, um im Kampfe um das Land unter der Enns ans Ziel zu kommen.

Die vermittelnden Fürsten und Räte mühten sich übrigens redlich, einen „endlichen" Frieden zu finden; sie „nahmen die Sachen zum treuesten und besten vor". Ihre Vorschläge vom 15. August, wie man den Kaiser mit Ludwig von Landshut versöhnen könnte, wiesen im ganzen dem Reiche zu, was dem Reiche gehörte: Donauwörth sollte frei sein und die bayerische Forderung von 75000 fl. fallen, der Bischof von Eichstädt seine Verschreibung von Haus Bayern-Landshut wiedererhalten; dagegen wird der Kaiser als Landesfürst von Niederösterreich den berechtigten Forderungen des Herzoges entsprechen.

Im Streite zwischen Markgraf Albrecht und Ludwig verlangten die

---

[1] Seine Rede an die Gesandten im Manusc. Sternberg. der Lobkowitzschen Bibliothek zu Prag fol. 257—258, ohne Datum. Sie gehört, da der Legat bereits jenes Leobener Schreibens gedenkt, auf den 4.—5. August. Daß die Räte des Königes ausharrten, schließe ich aus dem unter Anm. 2 erwähnten Aktenstücke.

[2] Verzeichnis der Forderungen des Markgrafen an Herzog Ludwig, Ludwigs und der Bischöfe von Bamberg und Würzburg an Albrecht im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 117. Die böhmischen Gesandten erklären, ihr König sei „vmb hoch gegrunt merclich vrsach" des Markgrafen feind worden, sie wollten sie aber „auf dasmal vnfürgebracht rwen" lassen, doch mit dem Vorbehalte, es noch zu thun.

[3] Nach der Korrespondenz des Markgrafen mit seinen Räten im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.). Vgl. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 223.

„Unterteidinger" Vollmacht, die auf den König von Böhmen in der Rother Richtung gestellten Sprüche zu thun; sie kündigten an, daß sie die Schlösser wieder dem Markgrafen zuweisen würden, sowie daß der Herzog die Ritterschaft, „so gedrungen ist", freigeben müsse mitsamt dem ihnen genommenen Gute, „daß die hinfort dienen könnte, wem sie gelüste". Dagegen wurden aber von kaiserlicher und markgräflicher Seite mancherlei Einwendungen erhoben.[1] Sie, aber auch die bayerischen Räte brachten zahlreiche Punkte vor, die man gleichfalls ordnen müsse.

Noch weniger gingen die Verhandlungen zwischen Brandenburg und der Pfalz, Bamberg und Würzburg voran, am wenigsten die Beredungen über Beilegung des Zwiespaltes zwischen den habsburgischen Brüdern. So weit vergaßen sich die erzherzoglichen Boten in ihrem Bestreben, jede Einigung zu vereiteln, daß sie, als man bereits allgemein die Abschließung eines Stillstandes ins Auge gefaßt, währenddessen, womöglich in persönlicher Anwesenheit der Fürsten zu Augsburg und Friedberg, der Definitivfriede geschlossen werden sollte, am 21. August, ohne Abschied zu nehmen, von Nürnberg wegritten und so selbst ihre Freunde in Verlegenheit brachten, da niemand sich des Erzherzoges mächtigen wollte.[2] Doch blieb der beabsichtigte Erfolg aus. Schon am nächsten Tage hatte man sich geeinigt, daß, falls der Erzherzog die Waffenruhe verwerfe, ihm Herzog Ludwig, der König von Böhmen und die Bischöfe keine Hilfe leisten sollten. Nun konnten die Verträge unterzeichnet werden.[3]

Mit Zustimmung der kaiserlichen Bevollmächtigten, des Kurfürsten Friedrich von Brandenburg, des Bischofes von Gurk und des Marschalles Heinrich von Pappenheim, sowie Herzog Ludwigs von Bayern erklärten die Teidingsherren, der Kardinal Peter von Augsburg, der päpstliche Legat und Johann und Sigmund, Herzoge von Bayern-München, daß am nächsten Freitag (27. August) zwischen Kaiser Friedrich, Herzog Ludwig und allen ihren Helfern ein Frieden anhebe, der bis Michaelis 1463 dauern solle; obwohl sich der Stillstand auch auf Pfalzgraf Friedrich als Helfer Ludwigs erstrecke, so wollen die vermittelnden Fürsten doch noch besondere Botschaft an ihn thun, ihn mit dem Reichsoberhaupte

[1] „Furgenomen mittel durch die teidingsherrn an montag nach Assumpcionis Marie anno etc. lx. II^do." Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 79.

[2] Schreiben der Räte Markgraf Albrechts an diesen vom 21. August. Bamb. Arch. a. a. O. Nr. 105.

[3] Nach Th. Ebendorfer, Chron. Austriac. col. 953, weilte der Erzherzog selbst in der Nähe; kam er vielleicht ebenjetzt nach Nürnberg?

auszugleichen, auch ihn zu bewegen, „die Fürsten, Grafen, Ritter und Knechte, die gefangen in seinen Händen sind, zu ledigen oder doch über die Zeit der Waffenruhe zu betagen"; sie werden ebenso versuchen, den Streit um das Mainzer Erzstift beizulegen. Zur Erzielung einer endgültigen Vereinbarung zwischen dem Kaiser, Herzog Ludwig und dem Pfalzgrafen findet zu Galli (16. Oktober) ein neuer „gütlicher, unverbundener" Tag zu Regensburg statt; alle Gefangenen beider Parteien sind, falls sie dies binnen vier Wochen nach Verkündigung dieses Briefes begehren, über die Zeit des Friedens hin zu erledigen; jede noch nicht entrichtete Schatzung ist aufgehoben.[1]

In einem zweiten Ausschreiben vom selben Tage verkündeten die Vermittler den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen dem Kaiser und seinem Bruder, der vom 14. September 1462 bis Michaelis 1463 währen, und ebenfalls zu weiterer Verhandlung in Regensburg benützt werden sollte.[2] Endlich untersiegelte am nächsten Tage Kurfürst Friedrich von Brandenburg einen Vertrag, in dem sich sein Bruder Albrecht und Kurfürst Friedrich von der Pfalz, obwohl in dem ersten Briefe als Helfer mitinbegriffen, noch besonders verschrieben, die Waffenruhe getreulich gegeneinander beobachten zu wollen.[3]

Bereits hatten die kaiserlichen Hauptleute auf einem neuen Städtetage zu Nördlingen (am 15. August) die Vorbereitungen für den Wiederbeginn des Kampfes getroffen: Donauwörth, Bopfingen, Giengen, Aalen sollten durch besondere Besatzungen geschützt, die anderen städtischen Aufgebote dem Grafen Ulrich von Öttingen zugewiesen werden.[4] Es war die Einrichtung eines Verteidigungssystemes für die noch bleibende Herbstzeit, bis mit Eintritt des Winters für den Markgrafen wieder der Augenblick zum Angriffe kommen würde. Die Nürnberger Meldungen zerstreuten rasch alle Kriegssorgen. Auch in Österreich?

Das Ersuchen der Wiener, Rüdiger von Starhemberg möge mit seinen Freunden einen allgemeinen Landtag nach der Hauptstadt ausschreiben, war erfolglos geblieben. Die Städteldorfer folgten vielmehr dem Rufe Erzherzog Albrechts, der auf den 10. Juli eine Ständeversammlung nach Tulln angesagt hatte. Aber das Endergebnis der Be-

---

[1] Der Vertrag bei J. Chmel, Regesten II. Anhang CXLVII—CXLVIII, Nr. 118b. Das Original im Münchener allgem. Reichsarch. „Österreich", fasc. XII.

[2] Der Vertrag bei Chmel a. a. O. Nr. 118a.

[3] Orig. (Perg. cum sig. pend.) im Bamb. Arch. Gew. I., Kiste 29, Lade 5, Nr. 35. Vgl. Kremer, Urkunden zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 283—284.

[4] Kopie des Abschiedes im Bamb. Arch. 1907 (des märk. Katal.), Nr. 265.

ratungen war doch wieder nur, daß man für notwendig fand, ein Zusammengehen mit den Wienern anzubahnen.[1] Vor Schluß des Tages erschienen daher Veit von Ebersdorff, Erbkämmerer in Österreich, und Georg von Seussenecf in Wien, und verkündeten der auf dem Rathause versammelten Gemeinde die Beschlüsse des Tullner Tages: Alle „Landleute" und Städte sollten ohne Unterschied der Partei in Wien zusammenkommen, „sich zu unterreden, wie das Land in Fried möge gesetzt werden"; der Erzherzog bewillige dazu freies Geleite; schon sei der Tag verkündet.[2]

Es waren unter den in Tulln Anwesenden auch Rüdiger von Starhemberg und andere Räte des Kaisers. Auch hatte ja Friedrich die Absicht ausgesprochen, mit der Gesamtheit der Stände in der Hauptstadt zu tagen. Deshalb bedachten sich die Wiener nicht, in das Verlangen der Herren zu willigen und einige der Ihren mit nach Tulln zu senden. Dann ordneten Rüdiger von Starhemberg, Heinrich von Lichtenstein auf Nikolsburg und Veit von Ebersdorff in Wien das weitere mit dem Rate: Wer in die Stadt komme, müsse geloben, hier dem Kaiser und der Gemeine in keiner Weise zu schaden; wer in Stadt oder Land Aufruhr erzeugt, soll deswegen gestraft werden; die Wiener entbieten auch die anderen Städte zu dem Tage, sowie der Erzherzog bereits noch etlichen Landherren von Österreich geschrieben habe, die auch kommen würden.[3]

Die Wiener luden darauf zwar auch die in Neustadt weilenden landesherrlichen Räte in ihre Stadt ein; aber erst am 21. Juli thaten sie dem Kaiser von der Übereinkunft mit den Herren einfache Meldung:[4] Noch deutlicher als zuvor machte sich ein Schwanken in der Stimmung der Bürgerschaft bemerkbar. Schon blieb eine kaiserliche Weisung, vor der Ankunft seiner Räte und, da er „furderlich mit seinen Hauptleuten in eigener Person mit Macht kommen werde", keinen Landtag zu gestatten, unberücksichtigt.[5] Das allgemeine Aufgebot vom 18. Juli gegen

---

[1] Copey=Buch 345: ain furnemen geschehen, das die lanndlewt daselbs ain zesamenkomen den Prelaten, Herrn, Ritter vnd Knechten vnd den von Steten ausgeschriben haben an vercziehen her gein Wienn zekomen.

[2] Durch Heinrich von Lichtenstein auf den 25. Juli. Anonym. chron. Austriac. 154—155.

[3] Copey=Buch 342—343. Das Schreiben der Wiener an die kaisertreuen Städte ebendort 343—344. Vgl. Ebendorfer col. 951.

[4] Copey=Buch 345.

[5] Schreiben vom 21. Juli (also ehe ein städtischer Bericht nach Graz gekommen war) im Copey=Buch 345—346. Die Antwort der Wiener vom 25. Juli, ebendort

seinen Bruder,[1] zu einer Zeit erlassen, in der alles nach Frieden rief und ihn von den bevorstehenden Verhandlungen erhoffte, weckte eine mächtige Aufregung in der Stadt, und umsonst bemühte sich die entsendete Deputation der kaiserlichen Gewaltträger,[2] Dr. Ulrich Riederer, Dompropst zu Freising, Friedrich von Graben, Hans von Rorbach, Andreas Baumkircher, Gespan zu Preßburg, Ulrich von Grafeneck, Gespan zu Ödenburg, und Wolf Kadauer, dieselbe zu beschwichtigen.

So kam es zur Eröffnung des Wiener Jacobilandtages. Zahlreich waren die Vertreter aller Stände erschienen,[3] auch aus Oberösterreich mehrere Herren anwesend.[4] Wer einritt in das Stadtthor, leistete den von der Obrigkeit bestellten Bürgern das verlangte Gelöbnis. Trotzdem wurde der Aufenthalt der Städteldorfer und „Erzherzoglichen" bedeutsam für die weitere Haltung der Wiener.

Längst war die große Masse der Bevölkerung ungeduldig und mißmutig. Es war das Verdienst des Bürgermeisters Brenner und der Mehrheit des Rates, die unentwegt in der gelobten Treue gegen Kaiser ausharrten, daß die Stadt nicht, der bisherigen loyalen Haltung vergessend, sich bedingungslos den Städteldorfern beigesellte und nachdrücklichst auf Beendigung des Bruderzwistes drang. Aber mehr und mehr schwand den „Kaiserern", wie man die Anhänger Friedrich III. nannte, der Boden unter den Füßen, und als zu den ungeheuren Opfern, die der jetzige Zustand der Kommune auferlegte, noch gewichtige Zweifel, ob man auch sie zu bringen verpflichtet sei, sich hinzugesellten, da war ihr Schicksal entschieden. Dafür aber ward jetzt die Haltung der Universität von nicht geringer Wichtigkeit.

Als sich im Oktober 1461 die Wiener, aufs neue durch die Söldner und Parteigänger des Erzherzoges bedroht, zum Widerstande rüsteten und die Beihilfe der Hochschule erbaten, da hatte auf den Rat angesehener Magister die Gesamtheit der Professoren den Beschluß gefaßt, neutral zu bleiben und die Studierenden ebenso anzuweisen, im Falle eines Kampfes ihre Wohnungen nicht zu verlassen; nicht um zu kämpfen, sondern um zu lernen, seien sie nach Wien gekommen. Der Kaiser hatte ein solches

---

346—347, ergänzt zugleich unsere Kenntnis über die Vorgänge seit Beginn des Tullner Tages.

[1] Copey-Buch 348.

[2] Ihre Beglaubigung vom 21. Juli im Copey-Buch 349.

[3] Ein Verzeichnis der Anwesenden in Beheims Buch von den Wienern 22ff.

[4] Ebendorfer col. 951: Sicque vocati sunt omnes (?) etiam super Anasum, qui per certos de majoribus omnium nomine se representarunt.

Vorgehen wie begreiflich sehr übel genommen; war er ja doch der rechtmäßige Landesherr und zudem das Ansuchen der Stadt mit seiner ausdrücklichen Gutheißung gestellt worden.[1] Seit dieser Zeit sah er auch in völliger Gleichgültigkeit auf das Wohl und Wehe der Universität hin; weder auf die Bezahlung der Gehalte noch die Sicherung des Einkommens der Kollegien und Präbenden verwendete er die geringste Sorge, selbst dann nicht, als die Bürgerschaft, weil wegen der Verminderung der Professorenzahl und der Auswanderung der Schüler eine weitere wichtige Nahrungsquelle für viele Familien empfindlich geschädigt ward, sich der Sache mit Nachdruck annahm.[2] Aber wenn so die „Meister, die gemeiniglich wenig oder nichts besaßen", bis in das siebente Vierteljahr hinein keine Besoldung bekamen, während ihre sonstigen Einkünfte sich verringerten und die Teuerung wuchs, so war es begreiflich, daß dadurch ihre Hingebung um nichts wärmer wurde einem Landesfürsten gegenüber, dem es in der kurzen, stürmisch bewegten Zeit seines Waltens im Erzherzogtume noch nicht zu teil geworden war, der Hochschule ein Zeichen sonderlicher Fürsorge zu geben. Es hatten sich vielmehr, von der Not gedrängt, Rektor und Magister am 6. Juni an die Herren Heinrich von Lichtenstein und Veit von Ebersdorff,[3] ja geradezu an Erzherzog Albrecht selbst mit der Bitte gewendet,[4] er möge die der Universität zugewiesenen Einkünfte der Maut zu Ybbs nicht länger aufhalten. Immerhin war bereits eine Beziehung zwischen dem Erzherzoge und der Hochschule vorhanden und bald schien sie geradezu Partei zu nehmen. Von den Landständen und der Bürgerschaft gleich bedrängt, wandten sich nämlich während des großen Landtages Bürgermeister und Rat an die Magister mit der Anfrage, ob es mit ihrem dem Kaiser geleisteten Eide verträglich sei, zur Befriedung des Landes mit der Landschaft Hand in Hand zu gehen. Da lehnten diese die Auskunft ab: Es sei nicht ihre Sache, fremde Eide zu interpretieren oder sich über deren freiere Auffassung auszusprechen; die Stadt möge sich darüber mit dem Kaiser selbst ins Einvernehmen setzen.[5] Trotz dieses Zusatzes willigten darauf die Lenker der Kommune ein, daß man gemeinsam je vier aus der Gesamtheit der Stände an beide Fürsten abordnen und ihnen mit der Bitte um Herstellung des Friedens zugleich den Beschluß der vereinigten Landschaft, selbst nach Kräften dabei mithelfen

[1] Aschbach, Geschichte der Wiener Universität 232.

[2] Schreiben der Wiener an den Kaiser der Universität wegen vom 1. Mai 1462 im Copey-Buch 307—308.

[3] Copey-Buch 323—325. [4] Copey-Buch 322—323.

[5] Hinderbach, Histor. Austriac. contin. 600—601.

zu wollen, unterbreiten solle. Propst Simon von Klosterneuburg, die Herren Georg von Lichtenstein und Sigmund Eizinger von Eizing, dann Jakob Storch aus Wien sollten zu dem Erzherzoge gehen, der Propst von Sankt Dorothea in Wien, der Baron Rüdiger von Starhemberg und Heinrich Druchsäß von Staatz, wurden mit dem Wiener Bürger Ritter Heinrich von Reicholf bestimmt, den Kaiser zu besuchen.[1] Noch hatten aber letztere die Hauptstadt nicht verlassen,[2] als der lange drohende Umsturz erfolgte.

Das besonnene Vorgehen des Rates, der sich nur schwer vorwärts drängen ließ, befriedigte weder die Landstände noch die Gemeinde. Dazu kam, daß sich Reimprecht von Ebersdorff durch sein gegebenes Wort nicht binden ließ, gegen den Willen des Stadtoberhauptes eine Bürgerversammlung zu den Minoriten zu berufen und hier vor den zahlreich Anwesenden offen zu wiederholen, was schon früher laut geworden war: die Haltung der Wiener sei das Haupthindernis, den Frieden im Lande herzustellen; würden sie mit den Ständen gemeinsame Sache machen und aufhören, dem Kaiser in allem zu Willen zu sein, so müßte er rasch nachgeben und so dem Herzogtume die ersehnte Ruhe gönnen.[3] Ähnlich benahmen sich andere der Herren.[4] Das Gutachten der Fakultäten entschied die Sache. Alle Elemente des Widerstandes mußten sich gegen die selbstgewählte Obrigkeit vereinigen, wenn da die Lehrer des Rechtes erklärten, ihr Vorgehen nicht vertreten zu wollen; es war noch wirksamer, als wenn dort so angesehene Männer sie geradezu beschuldigten, daß sie der Hauptstadt, ja des Landes Interesse versäume, und der von Ebersdorf sein Vorangehen mit der Notwendigkeit, für des Vaterlandes Nutzen und Bestes einzutreten, rechtfertigte.[5] Als nun auch, wir wissen nicht, ob mit oder ohne Grund aber gewiß mit Absicht jetzt hervorgeholte, schwere Anklagen gegen einzelne Mitglieder des Rates in Umlauf kamen und

---

[1] Bericht des Kaspar von Laubenberg zum Stein an Herzog Sigmund von Tirol. Tulln am 9. August 1462. Chmel, Mat. II. 267—268. Anonym. chron. Austriac 155. Ebendorfer col. 952.

[2] Die beiden für die Deputationen in Aussicht genommenen Wiener Bürger befinden sich unter den am 12. August auf dem Rathause verhafteten.

[3] Anonym. chron. Austriac. 156.

[4] M. Beheim, Buch von den Wienern:

Man spricht, das etlich diser hern,
Da mit den nalschen Wienern wern,
Vnd suchten in den reten,
Wy sy den dingen teten.

[5] Anonym. chron. Austriac. 157.

man Bürgermeister und Ratherren schmutzigen Eigennutzes zum Nachteile der bedrängten Kommune beschuldigte,[1] da wurde die Spaltung offenbar. „Die Gemeine hielt sich der Landschaft, und die Bürger hielten sich des römischen Kaisers".[2] Die Mehrheit der Magister und Studenten schloß sich der ersteren an. Aus ihrer Mitte, in dem Ratsherrn und Mitgliede der medizinischen Fakultät Johannes Kirchheim, einem der berühmtesten Ärzte Wiens, aber auch einem alten Streithahn und Gegner der regierenden Herren in der Stadt, gewann die Bewegung ihr Haupt.[3]

Die Zeit, während welcher man über die Abordnung der Gesandten zu Rate ging, wurde für die Agitation in der Stadt weidlich ausgenützt. In geheimen Zusammenkünften in Kirchheims Hause ward erwogen, was zu thun sei,[4] und rasch erkannte man, daß der jetzige Rat und Bürgermeister mit gutem Willen zur Aufgebung der kaiserlichen Sache nicht zu bringen seien. So sollten sie denn fallen, und Dr. Kirchheim unternahm es, nachdem er sich die ausreichende Anzahl bewaffneter Männer hatte zur Verfügung stellen lassen, den Streich zu führen.

Als am 12. August der Stadtoberste Brenner und mehrere Ratsgenossen nichts Arges ahnend auf dem Rathause ihres Amtes walteten, erschien der Doktor mit 60 Begleitern, alle in Wehr und Waffen, er selbst im Harnisch, und erklärte ihnen, daß es nach dem Willen der Gemeinde mit ihrem Regimente zu Ende sei; sie selbst seien seine Gefangenen. Es waren nebst Brenner die wegen ihrer Kaisertreue bekannten Mitglieder des Rates Jakob Storch, Heinrich von Reicholf, Hans Tanhauser, Damian Breit, Michel Mansdorffer, Heinrich Hinderbach, Stefan Trinkhart, Ulrich Korner, Hans Kanstorffer, Wolfgang Ruland und der Münzmeister Jakob Teschler. Sie wurden zum Teile in der Ratsstube, zum Teile in einem Gewölbe des Hauses untergebracht,[5] zwei

---

[1] Vgl. Hinderbachs Erzählung bezüglich des fremden Weines, Histor. Austriac. 582. Anonym. chron. Austriac. 158.

[2] Anonym. a. a. O.

[3] Anonym. chron. Austriac. 157—158. Von Kirchheims Streit mit dem Rate u. s. w. 1455—1456 handelt eingehend das Copey-Buch 24—51. Beheim ist natürlich auf Kirchheim sehr schlecht zu sprechen; er reimt 5, 2: Er hieß

Maister Hons Kirchamer,
Ains pinder son auß Swaben her,
Ain grober hochvertiger gaul.

[4] Bericht des Kaspar Laubenberg zum Stein a. a. O.

[5] Nicht ganz übereinstimmende Meldungen bringen Anonym. chron. Austriac. 159—160 und J. Hinderbach, Contin. Histor. Austriac. apud Kollar 582—584, doch kommen die unrichtigen Namen des letzteren auf Rechnung der schlechten Aus-

Tage später Reicholf mit vier anderen in den Kärntner Turm übergeführt.[1]

Mit einem scharfen Trunke städtischen Weines belohnten sich Kirchheims Mannen für die am heißen Augusttage vollführte Heldenthat.[2] Aber keine Gewalt war den Gestürzten angethan, kein Tropfen Blutes geflossen! Welch furchtbare Gräuel geschahen dagegen wenige Monate später bei gleichem Anlasse innerhalb der Mauern von Danzig! Wie wußte früher und nachher (1483) der Prager Pöbel derlei Gelegenheit zu Plünderung und Zerstörung zu benützen?

Die Stadtobrigkeit ward natürlich sofort mit der Umsturzpartei angehörigen Männern neubesetzt. Da Dr. Kirchheim und andere Häupter der Bewegung, wie Friedrich Wissendorffer, als Zugewanderte nicht hinlänglich mit den Rechten und Gewohnheiten Wiens vertraut schienen, erlangte der Viehhändler Wolfgang Holzer, schon seit fast zwei Decennien wiederholt in die Reihe der Stadträte[3] und zu Ulrich Eizingers Blütezeit Hub- und Münzmeister des Landes Niederösterreich,[4] durch die Wahl der Bürgerschaft die maßgebende Stelle bei der Leitung des Gemeinwesens. Es war ein energischer Mann voll volkstümlicher Beredsamkeit, ebenso klug berechnend wie unzuverlässig, habsüchtig, brennend von Ehrgeiz.

Die Kunde von solchen Vorgängen in der großen Hauptstadt des Landes unter der Enns erregte die höchste Aufmerksamkeit bei Freund und Feind. Herzog Ludwig von Landshut, des Kaisers Gegner, sandte Räte, genaue Kundschaft zu erlangen. Ein Vertreter Sigmunds von Tirol erschien, darüber zu wachen, daß bei weiterem Wandel der Dinge, die man voraussah, des Herzogs Rechte als Mitherrn von Österreich

gabe. Der Hauptunterschied liegt in der (irrtümlichen) Zeitangabe des Anonym. (Pfingstag nach statt vor unser lieben frauen tag Assumptionis).

[1] Ebendorfer col. 952 „quinque cum prefato Reicholfo“. Da sonst nur noch vier genannt werden ist es „Reicholf selbfünft“.

[2] Hinderbach 586: Fama est, quatuor vasa grandia, quae plaustra (Plutzer?) vocant, quorum quodlibet triginta duarum urnarum erat, brevi horula exhausta fuere; adeo calor Augustalis effervuerat.

[3] Als im März 1454 die Stadt die Thore bewahrte, wurde Holzer Hauptmann beim Stubenthore und standen unter ihm vier Unterhauptleute. Neben ihm waren Friedrich Ebner und Jakob Storch, also sehr angesehene Männer. S. Copey-Buch 5; vergl. ebendort 10, 11; an letzterer Stelle erscheint er bereits (Mai 1454) als Münzmeister.

[4] Copey-Buch 348.

nicht verletzt würden. Den Kaiser rissen die bedrohlichen Nachrichten von der langsamen Vorbereitung und Zurüstung des Zuges nach Wien, in der er den ganzen Monat Juli, freilich vielfach mit den Angelegenheiten des Reiches beschäftigt, hingebracht hatte, zu seltenem Eifer fort.

Dreizehntes Kapitel.

Zug des Kaisers nach Wiener-Neustadt. Verhandlungen mit den Wienern und der Landschaft. Zug auf Wien und Ereignisse vor der Stadt. Der Kaiser endlich eingelassen. Neuer Zwist mit der Bürgerschaft.

Seit 6. August[1] versammelten sich die Aufgebote der Steirer, Kärntner und Krainer zu Bruck an der Mur, zu zweimonatlicher Heerfahrt gerüstet. Bedeutende Söldnerscharen hatte der Kaiser selbst angeworben, darunter auch wieder, wir wissen nicht, wie die Vereinbarung gelang, den gefürchteten Hinko Teinfalt von Lutschka.[2] Auf die erste Meldung von der Erhebung der Gegenpartei in Wien zog das Heer am 15. August über den Semmering nach Wiener-Neustadt, und wurden die getreuen Edlen der Umgebung, wie die Ungnad, dann die waffentüchtigen Hauptleute der besetzten ungarischen Grenzgebiete hierher zum Zuzuge entboten. Aus stets neuen Berichten, die von der Hauptstadt einliefen, erkannte der Kaiser die wachsende Gefahr seiner Getreuen. Trotzdem ging in dem noch am 15. August zu Neustadt zusammentretenden Kriegsrate die Meinung der Mehrheit dahin, noch einige Tage zuzuwarten, bis die Verstärkungen eingetroffen, die Zurüstungen vollendet wären; inzwischen könne man weitere Nachrichten einholen, und vor allem die Kaiserin in Wien von dem Nahen des Heeres verständigen. Nur zu sehr entsprach solche Bedachtsamkeit des Kaisers Wesen. Er pflichtete bei; der um Mitternacht gegen Wien aufbrechende Bote meldete Frau Leonor die Ankunft ihres Gemahles und der Inneröstérreicher längstens bis zum 24. August.[3]

---

[1] Copey-Buch 348.

[2] J. Hinderbachii contin. histor. Austriac. apud Kollar II. col. 563. M. Beheim, Buch von den Wienern 32—33. Bezüglich Hinkos s. Birk, Urkunden-Auszüge zur österr. Geschichte, Archiv für österr. Geschichte X. 387, Nr. 579.

[3] Hinderbach apud Kollar 568—570.

Auch in die Stadt kam die Kunde vom Heranziehen einer kaiserlichen Heeresmacht. Wie gewöhnlich übertrieb das Gerücht bedeutend die Truppenzahl. Darauf fanden sich am 18. August nicht bloß die Deputierten des Wiener Ständetages geführt von Rüdiger von Starhemberg in Neustadt ein, sondern auch Abgesandte der jetzt die Hauptstadt beherrschenden Partei, unter ihnen Dr. Kirchheim selbst.[1] Sie kamen, durch die Sage von der großen Macht des Kaisers erschreckt, um mit eigenen Augen zu sehen, was daran sei, wohl auch um durch Scheinverhandlungen Zeit zu gewinnen. Formell freilich erbaten und erlangten sie Gehör, indem sie erklärten, das in letzter Zeit Geschehene rechtfertigen, sich des Kaisers Verzeihung erbitten zu wollen.

Ungescheut nahm da Kirchheim als Abgeordneter der Bevölkerung Wiens die Verdienste der Gegenpartei und des ganzen Gemeinwesens für sich in Anspruch. Er wies hin auf die treuen Dienste, welche die Stadt im Vorjahre geleistet, auf ihre mannhafte Verteidigung gegen die Feinde; habe man den Bürgermeister und einige des Rates gefangen genommen, so sei es geschehen um ihrer üblen Thaten wegen, und sie blieben zu Handen des Kaisers, dem man treu und gehorsam sein wolle; man habe also damit das Interesse der Stadt und des ganzen Landes gewahrt; es sei aber der lebhafte Wunsch der Bürgerschaft, daß die Städte des Erzherzogtumes als der vierte Stand mit den anderen drei Gruppen sich zur Herstellung des Friedens vereinigten;[2] das möge der Kaiser gnädig gestatten. In letzterem Sinne sprachen sich auch die Deputierten des Landtages aus. Der Bescheid ward für später versprochen.

Man war in der Umgebung des Kaisers klug genug, um die Auseinandersetzungen der Wiener für das zu nehmen, was sie waren.[3] Aber die Neigung, mit dem Kaiser im Einverständnisse zu bleiben, ergab sich ja doch, schien es, aus der Thatsache der Sendung, auch wenn man den

---

[1] Beheim, Buch von den Wienern 33. Hinderbach l. c. 571. War Kirchheim ein Schwabe, so stammte ein anderes Haupt der „Gemeine" Odenacker aus Bayern. Hinderbach sagt da sehr bezeichnend über den unablässigen Zuzug fremder Elemente in die große Donaustadt: Ita enim fuit, ut pauci incolae Viennenses proavos suos habeant, sed ab exteris potius nationibus habitatur et incolatur." In gewissem Grade gilt bekanntlich ein gleiches bis heutzutage.

[2] Beheim a. a. O. Hinderbach 573—574. Sie erklären dabei ausdrücklich: (se) fideliter ac inviolabiter cum sua Majestate persistere et perdurare, neque unquam de alio domino cogitasse sive cogitare. Ebendort 575.

[3] Quae omnia Caesare quo recepit animo (sic! muß natürlich heißen Caesar suo) et sumpta diliberatione pauca pro tempore respondere jussit, postea magis deliberate ad ea omnia responsurus. Hinderbach, col. 575.

Versicherungen nicht traute; und wenn die Boten etwa bloß einen Aufschub des Zuges anstrebten, so war dieser ohnehin beschlossen. Bis zum 21. nachts wurde deshalb den Landtagsgesandten, wie Kirchheim und seinen Gefährten nichts geantwortet. Hartnäckig hielt man an dem ursprünglichen Beschlusse fest trotz wiederholter Meldungen der Kaiserin und der in Wien weilenden Räte, die Erregung in der Stadt sei im Wachsen, der Beitritt der Bürgerschaft zu der erzherzoglichen Partei unmittelbar bevorstehend. Als aber jetzt ein neuer Bote die dringende Bitte brachte, nicht länger zu zögern, es würden sonst alle Getreuen in der Stadt, ja die Monarchin selbst und ihr Söhnlein, in Gefahr geraten,[1] da ward der sofortige Zug in Aussicht genommen. Noch in der Nachtstunde wurden die Wiener vorgerufen und abgefertigt. Der Kaiser erklärte, daß er, wohl eingedenk der vielen und großen Verdienste der Bürgerschaft um ihn, trotz des Geschehenen ihr gnädiger Herr sein wolle; aber er stelle die Forderung, ernstlich dafür zu sorgen, daß in der Stadt keine weiteren Unordnungen vorkämen. Andern Tages erteilte er auch den Ständegesandten kurzen und klaren Bescheid: Er habe stets die Ordnung geliebt und wolle sie auch jetzt; sein Bruder habe ihn jedoch mit Krieg überzogen und genötigt, sich und die Seinen vorzusehen und Maßregeln zu treffen, daß ein ehrenhafter Friedenszustand gesichert werde; dies und nichts weiteres bedeute die Waffenrüstung, in der man ihn und die Herren aus den inneren Landen erblicke. Der Deputation wurde mitgeteilt, daß, weil eben die österreichischen Stände in Wien versammelt seien, um über die Beruhigung des Erzherzogtumes zu beraten, auch der Kaiser mit den Seinen sich am morgigen Tage erheben und gleichfalls hinziehen werde, dort in freundlicher Gemeinschaft mit ihnen des Landes Bestes zu suchen; die Gesandten möchten sich daher zum Zuge bereit machen.[2]

Vollständig überrascht, wie es scheint, baten Rüdiger von Stahremberg und seine Begleiter, sie sofort zu beurlauben. Noch am selben Tage ritten sie mit unserm Gewährsmann, dem Dompropst J. Hinderbach und einigen anderen kaiserlichen Räten, die unter dem Schutze einer von Heinrich Druchsäß von Staatz geführten Söldnerabteilung zur Kaiserin vorausgingen, nach der Hauptstadt. Allen aber eilten die Wiener Boten voraus, um noch vor der Ankunft der Räte die Kunde zu bringen und mit den Parteigenossen zu beraten, was zu thun sei. Dabei stieß ihnen

[1] Hinderbach l. c. 575.

[2] Nach Hinderbachs sehr ausführlicher oder keineswegs klarer Erzählung l. c. 577—581.

ein Unfall zu, der nicht so sehr unangenehm für die Beteiligten war, als er von einer gewissen Bedeutung wurde für die Entwicklung der Dinge in der Stadt.

Kirchheim sah sich nämlich auf der Wiener-Neustädter Straße von erzherzoglichen Völkern überfallen, wurde mit seinen Gefährten rein ausgeplündert und gegen Perchtolsdorf geführt. Nun kamen zwar einige Städter des Weges, welche die Gefangenen kannten und ihre rasche Befreiung erwirkten. Dennoch drang eine dunkle Kunde nach Wien, den Boten der Stadt sei übel mitgespielt worden, und sofort gestaltete das böse Gewissen der Menge daraus die Schauermär: der Kaiser habe die Gesandten ergreifen und zum Tode führen lassen; er selbst rücke mit gewaltiger Macht gegen die Hauptstadt, ja er sei bereits vor den Mauern, im Begriffe, die Seinen zum Angriffe zu ordnen; es werde allen an das Leben gehen.

Ungeheuer war die Aufregung, der Schrecken. Es traf sich, daß eben jetzt die Truppen Heinrichs des Druchsäß mit ihren Wägen, die kaiserlichen Räte und Ständegesandten mit ihrem Gefolge sichtbar wurden, wie sie dem Stadtthore zuzogen. Nun glaubte man das Gerücht bestätigt. Im Momente blinder Bestürzung entstand der Entschluß, niemanden, weder Kaiser noch Heer, in die Stadt zu lassen: Die Sturmglocken ertönten, die Thore wurden verrammelt, die Mauern besetzt; in gewaltiger Zahl erfüllten bewaffnete Haufen die Straßen und Plätze.

Auch Wolfgang Holzer, der Bürgermeister, war, den Helm auf dem Haupte, auf die Mauer geeilt. Er zeigte sich am erbittertsten. Mit Schelten und Vorwürfen trat er den kaiserlichen Räten, die inzwischen bis an das äußere Thor herangekommen waren, entgegen: Sei das der Lohn für die so opferwillig erwiesene Treue, schrie er zu ihnen hinunter, daß der Kaiser nun die Stadt mit einem Heere überfalle, um sie mit Feuer und Schwert heimzusuchen? Man möge nur nicht glauben, daß man die Wiener täuschen könne. Es sei wohlbekannt in der Stadt, daß Ulrich Grafenecker und der Baumkircher sich vom Kaiser die Ehre des ersten Angriffes erbeten hätten. „Doch", rief er drohend, „sie mögen nur kommen, es wird ihnen übel genug ergehen und falls es etwa besonders gilt, die gefangenen Ratsherren und den Bürgermeister zu befreien, so kann es leicht geschehen, daß man sie ihnen vor die Mauern heraussende, aber ohne Kopf!"

Die draußen Harrenden bemühten sich, dem Tobenden und seiner Umgebung klar zu machen, weshalb sie kämen, und daß des Kaisers Absichten die friedlichsten seien, lediglich darauf gerichtet, der Stadt und des

Landes Sicherheit zu gewährleisten. Es hätte schwerlich etwas geholfen, wenn nicht inzwischen Kirchheim und die anderen Stadtboten gleichfalls vor dem Thore angelangt wären. Nun erst wurden zunächst die ständischen Abgeordneten, und nach neuen Erwägungen endlich auch die Räte des Kaisers eingelassen, aber nur unter der Bedingung, daß sie gelobten, nichts gegen die Sicherheit der Stadt zu thun, und jeden Augenblick auf Geheiß des Rates selbe wieder zu verlassen.

Von ihnen erfuhr jetzt die Kaiserin, daß die Ankunft ihres Gemahles endlich unmittelbar bevorstehe. Dagegen lehnte Holzer hochmütig jede Verhandlung mit Hinderbach und den anderen Räten ab; „dazu sei morgen Zeit; für heute habe er für die Sicherheit der Stadt Sorge zu tragen",[1] und Meister Ulrich Riederer und Herr Hans von Rorbach, jene aus des Kaisers Rat und Umgebung, die den Bürgern am verhaßtesten waren, wurden gleich darauf aufgefordert, sich „mit ihrem Anhange aus der Stadt Wien zu heben noch heute fürderlich und herwieder in selbe nicht zu kommen".[2]

Der Abend brach heran, die Menge fing an, sich in die Wohnungen zu zerstreuen,[3] die Bewaffneten waren zurückgezogen, die Erregung schien geschwunden. Schon glaubte man, daß der Kaiser heute (23. August) nicht mehr in die Stadt wolle, und etwa in der Umgebung von Laxenburg ein Lager aufschlagen werde, als seine Vortruppen nahe der Sankt Marxer Linie bemerkt wurden.[4] Darob nun derselbe ungeheure Tumult auf den Straßen, derselbe trotzige Mut der Bürgerschaft wie am Nachmittage, die gleichen Verteidigungsmaßregeln.

Aber der Kaiser dachte nicht an Gewalt. Er ließ, als man die Thore geschlossen fand, durch einige der Seinen freien Einzug fordern; er wartete geduldig, bis es nach langem Hin- und Herreden finstere Nacht wurde,[5] und er ließ sich zu alledem auch den Endbescheid gefallen: Für heute könne das Heer die Stadt nicht mehr betreten, man müsse sich draußen gedulden, bis das Volk die Sache erwogen hätte; der Kaiser möge sich aber selbst die Schuld beimessen, da er so unversehens

[1] Über die Heerschau, die Holzer einige Tage zuvor vor den Augen der Kaiserin und der Räte hielt, „zu erproben, wie weit ihm die Menge gehorsam wäre," und die mehrfachen Proben, die Bürgerschaft durch Glockenschlag in die Waffen zu rufen, berichtet Hinderbach col. 591, 592.

[2] Bei Müller, Reichstagstheatrum II. 153.

[3] In suas quisque aedes aut casas revertitur.

[4] Hinderbach col. 612.

[5] Interea nox obscura supervenit. Hinderbach col. 613.

und mit so starker Heeresmacht herangerückt sei, ohne dies auch nur zwei oder drei Tage voraus zu verkünden.

Da die benachbarten Ortschaften rein ausgesogen waren und daher dem Heere wenig Bequemlichkeit bieten konnten, so beschloß man zu lagern, wo man stand; nur die Wagenburg wurde zurückgenommen und hinter dem rechten Flügel auf der gegen Ungarn führenden Straße aufgestellt. Allein auf friedliche Verständigung bedacht, ertrugen der Kaiser und seine Scharen Hunger und Kälte.[1] Dafür wurden kurz vor dem Tagesgrauen des 24. August 400 Reisige, die sich Holzer von Erzherzog Albrecht erbeten hatte, heimlich in die Stadt gelassen.[2]

In der Kaiserburg zu Wien bedachte am Morgen die Kaiserin, die jetzt wie stets männliche Ruhe und Festigkeit zeigte, mit den Räten, wie dem draußen lagernden Heere hereinzuhelfen sei. Man beschloß, den Beistand Rüdigers von Starhemberg, der als ein kluger und rechtlich denkender Mann galt, anzurufen, jedoch mit wenig Erfolg. So sehr manche der Bürger wegen der Aufnahme erzherzoglichen Volkes in die Stadt der Eigenmächtigkeit Holzers zürnten: der Anblick des vor den Mauern lagernden Heeres vereinte dann doch wieder alles zu den Zurüstungen für die entschiedenste Gegenwehr. Wieder läuteten die Glocken, strömten die bewaffneten Massen auf die Mauern, wurden Geschütz und Werkzeuge bereit gemacht.

Es war schon viel, wenn Starhemberg und die kaiserlichen Räte den Beschluß herbeizuführen vermochten, daß Abgeordnete der Stadt zugleich mit den Räten in das Lager hinausgehen und sich von den eigentlichen Absichten des Kaisers überzeugen sollten. Auch Kirchheim hatte dies empfohlen.

Die Gesandten wurden aufs freundlichste empfangen. Der Monarch wiederholte trotz der Vorgänge des gestrigen Tages vollinhaltlich, was er in Wiener-Neustadt der Stadt versprochen hatte. Die Wiener waren ganz beschämt über so viel Milde und Nachsicht. Auch die Menge nahm ihren Bericht freudig auf. Die Häupter der Umsturzpartei aber gerieten in große Verlegenheit, da ihnen des Kaisers Friedensliebe völlig unerwartet kam. Bis zum Nachmittage ratschlagten sie über ihre weitere Haltung. Dann erst zog der Bürgermeister Holzer mit den Häuptern seines

---

[1] Sicque tota nocte non sine gravi multorum frigore et penuria demoratum est. Hinderbach col. 614.

[2] Hinderbach col. 614. Vergl. auch Diplomat. Habsburg., Fontes rer. Austriac. 2. Abteil. II. 121. Sie kamen jedenfalls von Klosterneuburg, wo der Ranckenreutter befehligte.

Anhanges und ganzen Scharen von Wienern selbst nochmals zum Kaiser hinaus: Er wolle es aus Friedrich III. eigenem Munde vernehmen, daß er das Geschehene vergessen und nichts Feindliches gegen die Stadt oder die Bewohner derselben vornehmen werde; sei der Kaiser überdies bereit, seine Verzeihung schriftlich zuzusichern, so wolle man ihm den Einzug in die Stadt nicht länger weigern.[1]

Man sieht; es war das äußerste, was Unterthanen dem Landesherrn zumuten konnten. Fast möchte man meinen, es suchten der Bürgermeister und seine Freunde den Bruch um jeden Preis. Aber auch dieser letzte Versuch mißlang.

Der Kaiser zeigte sich freundlich wie am Vormittage. Er entwaffnete dadurch selbst Holzer: In ehrerbietigen Worten versicherte dieser seine und der Stadt Treue und Gehorsam. Und alles, was man forderte, ward zugesagt: Vergeben und Vergessen all' des, was vorüber sei, die kaiserliche Huld und besondere Fürsorge für die Hauptstadt in Hinkunft; darüber eine besondere Verschreibung mit Unterschrift und Siegel.

Wieder zeigte es sich auch, daß die Gemüter der Wiener nicht verhärtet waren; es reichten wenige Worte aus des Kaisers Munde hin, die Menge seltsam zu bewegen, die schlummernde Liebe und Hingebung zu dem Herrscher zu wecken. Allenthalben wurden Stimmen laut, könnte man nur stets mit dem Kaiser selbst reden, träten nicht gleisnerische Räte, wie Ulrich Riederer, zwischen ihn und die Seinen, leicht würde alles gut sein.[2] Auch die Glieder des Rates standen unter demselben Eindrucke; Holzer sprach nur noch als der getreue Unterthan: Nur weil man sich mit vielen, die aus mancherlei Ursachen nicht da seien, ins Einvernehmen setzen müsse, und die Nacht herannahe, möchten sie den Kaiser bitten, nicht gleich am heutigen Tage in die Stadt einzuziehen; aber morgen würden ihm und allen mit ihm, die geworbenen Truppen allein ausgenommen, die Mauern offenstehen.

Und wieder harrte Friedrich III. geduldig die Nacht im offenen Feldlager aus, zu sehen, ob sich ihm wohl am nächsten Tage die Thore öffnen würden.

Viele freilich dachten anders, vor allem die Kaiserin. Ihrem südlich

[1] Daß diese Deputation — gegen die Angabe Hinderbachs, sie sei am nächsten Tag geschehen, — auf denselben Tag zu setzen ist, bedarf kaum des Beweises. Der Kaiser nächtigte nur zwei Tage vor den Mauern, auch ist nicht zu glauben, daß es vom 24. vormittags bis zum 25. abends dauerte, ehe die Verhandlungen fortgesetzt wurden.

[2] Vgl. die Erzählung in Pii II. Comment. lib. II. pag. 241.

erregbaren Wesen war diese Art ihres Gemahles, kühl und verstandesmäßig selbst dort sein Thun abzuwägen, wo es sich um seine fürstliche Ehre handelte, völlig unverständlich. Ihr heißes Gemüt wallte auf in zornigem Stolze, als sie von den Räten vernahm, wie Friedrich, statt übermütigen Empörern den ganzen Ernst zu zeigen, sich auf Verhandlung und Bitten verlege, als er so mit einem starken Heere unthätig vor den Stadtmauern saß: „Wüßte ich", sprach die kaiserliche Frau zu ihrem Söhnlein Max, dem künftigen Beherrscher des deutschen Reiches und der habsburgischen Lande, „daß du solches Sinnes würdest, ich bedauerte, daß du ein Fürst bist."[1]

Bei der friedfertigen Stimmung der Bevölkerung hielten es auch die Landherren, von denen neben Rüdiger von Starhemberg, Heinrich von Lichtenstein und den Brüdern von Ebersdorff die Barone Georg von Pottendorff, Niklas Druchsäß von Grub, Georg von Eckartsau, Erhard Toß, Sigmund Eizinger von Eizing die angesehensten waren,[2] an der Zeit, über ihre Haltung schlüssig zu werden. Eine ganze Reihe dieser Männer galt aus diesem oder jenem Grunde als mit dem Kaiser persönlich zerfallen;[3] mehrere, wie Pottendorff, waren mit dem Erzherzoge im Vorjahre gegen ihn im Felde gewesen, und hatten ihn vor kurzem neuerdings abgesagt. Das neue freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Landesherrn und den Bürgern der Hauptstadt war ihnen darum sehr zuwider, und sie wünschten nicht Geringeres, als womöglich durch eine Intervention des Landtages die Eintracht zu stören.

Aber in der darüber einberufenen Sitzung der Stände zeigte sich die Mehrheit, besonders der größere Teil der Prälaten,[4] von den Erbietungen des Kaisers befriedigt, und jene vermochten nur soviel durchzusetzen, daß man beschloß, noch ein drittesmal, und zwar Abgeordnete aller Stände und der Wiener, hinauszusenden und den Kaiser zu fragen, ob er die gleichen entgegenkommenden Gesinnungen auch bezüglich der in Wien versammelten Landherren hege.

---

[1] Hinderbach (neben Beheims Buch von den Wienern für alle diese Vorgänge die Hauptquelle) col. 622.

[2] M. Beheim, Buch von den Wienern 35.

[3] Vergl. J. Hinderbach 604 sq.

[4] Hinderbach 628—629. Daß er dabei das Verdienst seiner Standesgenossen zu hoch anschlägt, ist leicht zu erweisen. Bezüglich des Melker Prälaten sagt M. Beheim in seiner derben Weise, Buch von den Wienern 34:

Der erst der abt von Melke,
Der stercket ach by schelke.

Der Kaiser bestand auch diese letzte Probe seiner Friedfertigkeit, ja er ging noch weiter als am vorhergehenden Tage: Bis vor die Linien des Lagers kam er den Herren entgegen, schon um freier in ihrer Mitte verkehren zu können; er reichte ihnen die Hand, begrüßte sie, seine Unterthanen und erklärten Feinde, als wären es alte treue Diener und Freunde. Es geschah nicht ohne Absicht! Und offenbar ebenso wohl berechnet waren die Worte des Monarchen: Von furchtbarem Kriegesjammer sei das gemeinsame Vaterland heimgesucht; wer die Schuld davon trage, sei aller Welt bekannt, und doch wage man offen, sie ihm beizumessen, obwohl er niemals anders als notgedrungen zu den Waffen gegriffen habe; so sei er auch jetzt in Rüstung, weil es keinen anderen Ausweg mehr gebe; auch jetzt werde er sich aber begnügen, zurückzufordern und zu behaupten, was sein Eigen sei, dagegen sich fern halten von Rachsucht und Feindseligkeit. Zum Schlusse erklärte der Kaiser den Herren ohne Rückhalt, wie er zu ihnen stehe: Er wolle sie halten als Fürst von Österreich, wie seine Vorfahren gethan hätten; für jetzt begnüge er sich, von jenen aus ihrer Mitte, die sich gegen ihn erklärt hätten, zu begehren, daß sie ihre Absage zurücknähmen und sie alle zu ermahnen, mit ihm, der die schweren Beleidigungen vergessen wolle, zum Heile und zur Befriedigung des Vaterlandes sich zu vereinigen.

Aber die Herren waren in ihrer Selbstsucht verhärteter, nicht so leicht mit schönen Worten zu gewinnen, wie der gemeine Mann, der fremdem Impulse nachzugeben gewohnt ist. Sie antworteten kühl: Ohne den Erzherzog, dem sie sich eidlich verbunden hätten, könnten sie in nichts willigen; doch seien sie zu allem bereit, was für die Herstellung der Ruhe und Ordnung im Herzogtume geschehe.

Den wahren Sinn dieser Erklärung wohl würdigend, gab sich der Kaiser keine weitere Mühe. Auch seine fast unerschöpfliche Geduld war zu Ende: „Sie hätten ja auch ihm als Landesherrn erst einen Eid geleistet und diesen hinterher gebrochen; wenn sie also ein solches Vergehen jetzt so hoch anschlügen, was seien sie dann ihm gegenüber?“ Schließlich willigte der Kaiser in die Fortdauer des Landtages und für die Herren, die sich ihm feindlich gezeigt, in eine Bedenkzeit von 15 Tagen. Damit war die Gesandtschaft entlassen. Der umstehenden Menge aber, deren Beifall wieder völlig dem angestammten Herrscher gehörte, wurde verkündet, Kaiser Friedrich werde noch am heutigen Tage (25. August) in seine Hauptstadt einziehen.

So geschah es. 1200 Steirer, 800 Kärntner, 500 Krainer und die getreuen Herren und Ritter aus dem Erzherzogtume besetzten Burg und

Stadt; die Söldnerfähnlein, etwa 800—1200 Mann, bezogen draußen an geeigneter Stätte ein Lager.[1]

Die Verhandlungen des Ständetages, die jetzt in Anwesenheit[2] des Kaisers in der Burg stattfanden, gingen nicht rascher vorwärts als früher. Man kam über allgemeine Wünsche und Friedensversicherungen nicht hinaus. Deshalb verlangte Kaiser Friedrich, der nach den gelegentlich seines Einzuges gemachten Erfahrungen schwerlich viel von der Bereitwilligkeit der Herren erwartete, man möchte direkt angeben, was seinerseits für das Land zu geschehen habe. Das geschah. Es waren ziemlich die Punkte, deren Bewilligung man vor kurzem auch von Erzherzog Albrecht in Sankt Pölten begehrt hatte: Die Ernennung eines obersten Hauptmannes für das ganze Fürstentum, der mit den über die Landesviertel gesetzten Unterhauptleuten jede weitere Störung des Friedens hintanzuhalten habe; ein Verbot, neue Befestigungen zu errichten; die Revision der öffentlichen Abgaben, Mauten, Zölle, ob sie nun in des Landesherrn oder in den Händen Privater sich befänden; die Vereinigung aller gegen böswillige Unruhestifter u. s. w.

Aber die Anträge wurden nicht mit Zustimmung der gesamten „Landschaft" eingebracht: Die einen widersprachen, weil sie um willkürlich in Besitz genommene oder widerrechtlich festgehaltene Einkünfte der landesfürstlichen Kammer, um geistliche Zehnte oder sonst occupiertes Kirchengut zu kommen besorgten; andere wieder fanden die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht hinreichend, so unheilvolle Wirren im Lande zu beheben.

Deshalb trat der Kaiser seinerseits mit einem schriftlichen Reformationsentwurfe hervor. Die Grundlage eines dauernden Friedens, hieß es darin, könne nur gewonnen werden, wenn man Gewohnheiten und Rechte des Fürstentumes wie des einzelnen strenge beobachte. Die Stände möchten daher:

1. Dem Kaiser raten, wie das oberste Landesgericht zu besetzen sei; er sei bereit, dieser Sache seine ganze Sorgfalt angedeihen zu lassen.

2. Jedes Mitglied des Landtages willigt ein, nach dem Maße seines

---

[1] Das Vorausgehende nach Hinderbach, l. c. 630 sq., mit dem sich M. Beheim, Das Buch von den Wienern 36—37, in leidlicher Übereinstimmung befindet. Die anderen Berichte berühren diese Vorgänge ungleich kürzer, aber Anonym. 162 durchaus zutreffend.

[2] Es wäre sehr interessant, wenn sich feststellen ließe, ob und inwieweit etwa die anwesenden Herren aus Steiermark, Kärnten und Krain an den Beratungen Anteil hatten, oder sie doch beeinflußten. Vergl. F. Krones, Vorarbeiten zur Quellenkunde und Geschichte des steir. Landtagswesens im Mittelalter, Beiträge zur Kunde steierm. Geschichtsquellen II. 85, Nr. 125.

Vermögens eine bestimmte Menge Kriegsvolkes zu stellen, so oft immer ein allgemeines Aufgebot im Lande ergeht.

3. Die Landschaft bestimmt, auf welche Weise die dem Kaiser und seinen getreuen Unterthanen geistlichen und weltlichen Standes entrissenen Städte, Burgen, Märkte, Dörfer, Zinsen, Nutzungen und Gerechtsame zurückgestellt werden sollen.

4. Sie möge auch bündig aussprechen, welche Unterstützung der Kaiser von ihr zu erwarten habe, falls nach dem Zustandekommen der jetzt beantragten Beschlüsse sich jemand dawider erheben würde.

Man sieht, wie scharf die Meinungen sich gegenüberstanden. Die Stände waren willens, die Entwicklung der Dinge in der letzten Zeit hinzunehmen, wenigstens soweit als sie ihnen zusagte. Und indem sie für sich den Kern der Sache, die Frage, ob der Kaiser oder sein Bruder Herr im Lande sein solle, beiseite ließen, wollten sie durch eine generelle Friedensforderung an beide Fürsten sie zu einer Vereinbarung drängen. Der Kaiser, an seinem landesherrlichen Rechte starr festhaltend, suchte noch jetzt über die durch den vorjährigen Kriegszug des Erzherzoges bis vor Wien und die teilweise Occupation Niederösterreichs geschaffene Sachlage zur Tagesordnung überzugehen, und forderte dabei den Rat und die Unterstützung der Stände als seiner geschworenen Unterthanen, wofür er auch des Landes Wohl hochzuhalten versprach. Eine Lösung fand sich nicht. Aus ihrer neutralen Haltung den streitenden Erbherren gegenüber ließen sich die Stände bereits so wenig herausführen, als der Kaiser je in eine Verhandlung willigte über sein positives Recht. Natürlich trat er auch auf das entschiedenste der Absicht der Wiener entgegen, mit den übrigen getreuen Städten sich als vierter Stand den neutralen Städteldorfern anzuschließen. — Noch vor dem 11. September, dem Tage, an welchem das freie Geleite für die Landtagsbesucher zu Ende ging, wurden die Verhandlungen ohne Resultat geschlossen.[1]

Dem Kaiser erschien hinterher sein Verhältnis zu der weitaus überwiegenden Mehrheit der Stände des Erzherzogtumes doch gefährlich, um so mehr, als auch das Einverständnis mit den Wienern nicht vorhielt, die Dienstzeit der Herren aus Innerösterreich bereits zu Ende ging, und so die Besorgnis, in den österreichischen Konflikten demnächst wieder bloß auf die eigene Kraft angewiesen zu sein, völlig begründet war. Zum erstenmale seit Beginn des Streites suchte er jetzt direkte Verständigung

[1] Wir sind dabei leider auf den sehr ungleichmäßigen Bericht des greisen Th. Ebendorfer, Chron. Austriac. col. 953—954, angewiesen.

mit seinem Bruder, und da Albrecht des Nürnberger Friedenstages wegen ins Reich gezogen war, wenigstens eine vorläufige Vereinbarung mit dessen im Lande weilenden Räten. Seine Vorschläge, durch die Herren Rüdiger von Starhemberg und Oswald Eizinger nach Tulln überbracht, verrieten den ernstlichen Friedenswunsch: Wohl müsse der Kaiser glauben, daß er allein in Niederösterreich der Herr sei; aber vermeine der Erzherzog berechtigte Ansprüche zu haben und sei es ihm unmöglich, die im Lande gewonnenen Städte und Burgen den früheren Eigentümern zurückzustellen, so möchten selbe wenigstens einem dritten zu getreuen Handen übergeben werden, bis man sich billig verständige.

Der Kaiser ließ vorschlagen, den Streit entweder durch einen Schiedsspruch der beiderseitigen Räte, die in gleicher Anzahl in Gegenwart der Fürsten oder mit ganzer Vollmacht derselben zusammentreten sollten, oder auf dem Wege des strengen Rechtes entscheiden zu lassen; die gesamte Landschaft soll sich verbürgen, daß der einstimmig oder mit Mehrheit gefällte Spruch oder das rechtmäßige Urteil ohne weiteres anerkannt werde, eine Berufung dagegen unstatthaft sein; wer sich dennoch nicht fügt, gegen den treten alle in die Schranken.

Ehe die Antwort des Erzherzoges eintreffen konnte,[1] änderte sich in der Hauptstadt die Sachlage noch mehr.

So weitgehende Selbstverleugnung und Nachsicht, wie sie der Kaiser den tumultuarischen Elementen der Wiener Bevölkerung gegenüber gezeigt hatte, konnte nie vom Heile sein. Sie entsprach nicht der Rücksicht auf seine Stellung als Landesherr, als Hüter des Rechtes und Schirmer der Wohlgesinnten, sie gewann aber auch die Ungehorsamen nicht, erschien viel leichter als Schwäche, als Ermunterung zu weiterem Trotze. Dies zeigte sich sofort. Schon jener Brief, in dem der Kaiser das seit dem 12. August Geschehene verzieh und die Beobachtung der städtischen Freiheiten zusagte, gab neuen Anlaß zum Streite mit dem Stadtrate. Man fand die hier ausgesprochenen Bürgschaften ungenügend, nicht übereinstimmend mit den mündlichen Zusagen des Monarchen; man war dreist genug, die Ausfertigung einer neuen Urkunde zu fordern.[2] Dagegen sträubte Holzer sich selbst jetzt noch, die gefangenen Anhänger des Kaisers sofort, wie verlangt wurde, in Freiheit zu setzen, was der Kaiser

[1] Super quibus responsionem praestolamur sabbatho Prothi et Hyacinthii (11. September), Viennae sexagesimo secundo“ sagt Ebendorfers hier völlig gleichzeitige Erzählung (col. 954).

[2] Anonym. chron. Austriac. 163.

als keine geringe Mißachtung hinnahm. Es dauerte bis zum 9. September, ehe man in der Sache einig wurde, und der Bürgermeister Brenner und die Ratsherren ledig waren.[1] Um so mehr hielt es Friedrich III. für notwendig, sein Verhältnis zu der Bürgerschaft auf eine festere Basis zu stellen, und das Regiment der Stadt in getreue Hände zu bringen.

Am 8. September wurden ergebene Männer in genügender Anzahl in die Burg beschieden. Hier forderte man sie auf, als Vertreter der Bürgerschaft ein neues Stadtoberhaupt zu wählen, was auch geschah. Die Wahl traf Sebastian Ziegelhauser, einen in den Geschäften der Kommune wohlerfahrenen, rechtlich denkenden Mann, an dessen Kaisertreue nicht zu zweifeln war.[2] Seine Berufung wurde denn auch von dem Landesherrn ohne weiteres gutgeheißen, ebenso die der gleichgesinnten Ratsherren.

Um so größer war das Staunen, der Unwille über den freilich ziemlich formlosen Vorgang in der Gemeine, die Erbitterung des in seiner Eitelkeit gekränkten Holzer. Die Privilegien der Hauptstadt, hieß es, seien durch diese ungehörige Wahl verletzt, der Erkorene ein durchaus untauglicher Mann, nicht einmal von ehrlicher Geburt. Gegen ihn richteten sich zunächst, da man den durch seine Söldner und die anwesenden Innerösterreicher geschützten Kaiser nicht direkt herauszufordern wagte, die gegnerischen Angriffe. Gemeint war aber in höherem Grade er selbst, als der Urheber des Geschehenen.[3] Und ungeduldig ersehnte Holzer die Zeit, wo man handeln konnte.

Während er nämlich mit seinen Freunden Mittel und Wege beriet, wie man die Wahl, die nicht zu ertragen sei, umstoße und das Regiment in der Stadt zurückgewinne, stand er bereits in hochverräterischen Verbindungen mit mehreren Hauptleuten Erzherzog Albrechts, besonders Nachbuchodonosor Nanckenreutter, dem Befehlshaber zu Klosterneuburg, und dem Kanzler Jörg von Stein. Durch Überlassung von 500 Fußknechten sollten sie das Gelingen des beabsichtigten Handstreiches sichern.[4] Aber der Kaiser sah sich rasch genug in der Lage, den Bürgern ohne jegliche Gewaltthat gewähren zu müssen, was sie forderten.

---

[1] M. Beheim, Buch von den Wienern 38. Anonym. chron. Austriac. 160.

[2] Schon 1457, nach dem Tode des Königs Ladislaw, war Ziegelhauser einer von den vier „Obristen Haubtlewten", geordnet „vber alles Volck", Copey-Buch 54. Vgl. ebendort 106, 117, 133, 142 u. s. w.

[3] Beheim a. a. O. Anonym. chron. Austriac. 163—164.

[4] Brief Jörgs von Stein an Erzherzog Albrecht vom 22. September. Diplom. Habsburg. in Font. rer. Austriac. 2. Abteil. II. 121. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. CXXV. Nr. 686.

Mitte September kam die Nachricht von dem Nürnberger Stillstande nach Wien.[1] So wenig der Erzherzog und seine Hauptleute deswegen ihre Haltung veränderten:[2] die innerösterreichischen Herren verlangten nun um so entschiedener, der Kaiser möge sie beurlauben. Umsonst bat er sie, noch einige Zeit auszuharren. Er mochte ihnen vorstellen, daß ihre Anwesenheit es wesentlich erleichtern werde, seinen Bruder zu einem Abkommen zu bringen und mit den Wienern einig zu werden. Nach vielfachen, mitunter stürmischen[3] Verhandlungen ward der 24. September als der äußerste Termin, den man abwarten wolle, festgesetzt.[4]

Dringender und ungestümer wurde nun auch in der Stadt das Verlangen, Ziegelhauser und die neuen vom Kaiser eingesetzten Ratsherren sollten zurücktreten, und der Gemeine die Wahl der Stadtoberen in gewohnter Weise freigegeben werden.[5] Da gab Kaiser Friedrich zum letztenmale nach. Der am 8. gekorene Stadtrat dankte freiwillig ab, und nun wählte die Bürgerschaft am 19. September Wolfgang Holzer in rechter Wahl zum Bürgermeister, und Herrn Friedrich Ebner, Dr. Hans Kirchheim, Burckard Odenacker, Valentin Teschler, Johann Haselbach und dreizehn andere, natürlich insgemein Freunde Holzers und der Sache des Volkes, in den Rat. Am selben Tage, an dem die Steirer abzogen, leistete die neue Obrigkeit im Propsthofe dem Kaiser und seinen Erben „als natürlichen Herrn und Landesfürsten" den vorgeschriebenen Eid. Damit war der letzte Stein des Anstoßes beseitigt. Es schien lediglich ein weiterer Schritt zu sein, dem Lande den so nötigen Frieden zu sichern, wenn die Stadtherren darauf den Kaiser baten, nun auch sein Söldnerheer zu entlohnen und abzudanken, damit es niemandem länger zur Last falle.[6]

---

[1] Wenigstens macht der Kaiser erst am 15. den Frankfurtern die Beschlüsse des Nürnberger Tages bekannt. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 217, Nr. 341.

[2] Noch am 22. September meldet Jörg von Stein dem Erzherzoge: Item ich pin gantz darnach gericht hye zu Neuburg vnd Berchtholczdorff, wann man mir entput, mit macht hinein zu ziechen, vnd hilff mir got hinein, ich wil ob gott will, nit wider heraus."

[3] Diplomat. Habsburgense l. c.: Item die Steyrer haben ain grosse zwitracht mit dem kayser vnd haben heut weg wöllen.

[4] Anonymus 164 gegen das Diplom. Habsb. l. c., welches den 23. September als den Tag des Abzuges der Steirer bezeichnet.

[5] Beheim, Buch von den Wienern 38—39. Es ist sehr bedauerlich, daß uns hier Hinderbach im Stiche läßt.

[6] Man vergl. die Bemerkung der Wiener in ihrer gegen den Kaiser gerichteten Erklärung vom 5. Oktober: Nachmals haben wir ewr k. g. offt ersucht vnd vntertenigklich gepeten, daz ewr k. g. auf den aufgenomen vnd geruffften frid ewrer gnadn

War es dies? Weilten nicht nach wie vor Vertraute des Erzherzoges in der Stadt? Bestanden nicht genaue Verabredungen zwischen Holzer und Albrechts Hauptleuten nach wie vor? Dachte etwa auch der Erzherzog daran, seine Söldner zu entlassen, seine drohende Haltung aufzugeben? Kein Zweifel, daß der Bürgermeister entschlossen war, wenn nicht die Stadt dem Erzherzoge auszuliefern,[1] so doch der Gemeine jene freie Bewegung für die Zukunft zu sichern, welche die Städteldorfer für sich in Anspruch nahmen. Entließ der Kaiser aber zu dem ständischen Aufgebote auch noch die geworbenen Scharen, so war er machtlos, außer stande, der Stadt anscheinend berechtigte Wünsche zu versagen.

Und doch war Friedrich bereit, auch darin zu willfahren. Nur begehrte er, die Wiener möchten ihm gegen entsprechende Sicherheit 6000 fl. vorstrecken, da er nicht die nötigen Beträge zur Bezahlung der Söldner besitze.

Davon aber wollten die Ratsherren durchaus nichts hören: die Stadt sei so arm an Geldmitteln, daß sie kaum die eigenen Auslagen zu erschwingen vermöge. Dabei blieben sie.

Es ist nun wohl denkbar, daß sie in der Forderung nur einen Vorwand des sparsamen Fürsten sahen, Geld zu erlangen; wahrscheinlicher aber fehlte es an gutem Willen, dem Kaiser aus einer Verlegenheit zu helfen. Denn mit gleicher Hartnäckigkeit wies man jede Zahlung auch dann zurück, als die Summe auf 5000, 4000, 3000 fl. ermäßigt wurde; und als die Wiener sich endlich zur Leistung von 2000 fl. herbeigelassen, zahlten sie doch nichts.

Der Kaiser, der in der That des Zuschusses dringend bedurfte, suchte nun durch Verpfändung einiger Schlösser[2] sowie des Kastengeldes beim Rotenturme in Wien die Soldtruppen zu befriedigen. Als aber die Bürgerschaft auch gegen letzteres lärmend Einsprache erhob, da erfaßte ihn nur zu begründete Entrüstung: Er müsse, ließ er erklären, ihr Vorhalten auf Böswilligkeit zurückführen und wolle dessen eingedenk sein. Nun wurden die Verhandlungen mit den Söldnerführern gänzlich abgebrochen und der Stadt anheimgestellt, zu thun, was ihr angemessen scheine; dem Rate verweigerte Friedrich in mehreren Anliegen, die sie vor

---

soldner irs solds entrichten, si aus dem lannd abuertigen wolt ꝛc. Chmel, Mat. II. 268—270, Nr. CCIX. Adrian Rauch, Script. rer. Austriac. III. 64. Müller, Reichstagstheatrum II. 139—140.

[1] Dies ist bei dem selbständigen Manne nicht sicher zu glauben trotz aller Beredungen mit Albrechts Räten; er hat auch hinterher erst dann sich dem Erzherzoge in die Arme geworfen, als die Burg sich wider Erwarten nicht gewinnen ließ.

[2] Marchegg, Baden, Pottenburg, Pottenstein.

ihn brachten, jedes Entgegenkommen; ja er verbot den Seinen in der Burg geradezu den gewohnten freien und freundlichen Verkehr mit der Stadt.[1]

Reißend schnell nahte das Verhängnis. Am 29. September sagten die Truppenführer des Soldes wegen dem Kaiser ab, und alsbald begannen sie, an Stadt und Land sich nach Kräften schadlos zu halten. Natürlich traf es am schwersten Wien und die Umgebung. Die bei der Weinernte beschäftigten Bürger wurden gefangen und gebrandschatzt, die Ernte selbst beschädigt und ihr Einbringen gehindert, die Straßen durch Verschanzungen gesperrt, den Fuhrleuten Roß und Wagen genommen, die Dörfer zum so und so vieltenmal geplündert, Gundramsdorf, Achau, Münchendorf, Traiskirchen völlig zu Grunde gerichtet.[2]

Nun wandten sich die Bürger doch wieder mit trotziger Forderung an den Kaiser: Er solle ihnen nach seiner Pflicht den Frieden schaffen und wenn er dies nicht vermöchte, wenigstens gestatten, daß sie der Vereinigung der Landschaft beiträten.[3] Es wurde rundweg abgeschlagen. Und war es nicht beleidigend, daß man mit den Städteldorfern sich zu gemeinsamen Maßregeln verbinden wollte, dem Kaiser aber zur Behebung des Übels jede Unterstützung, selbst die Zahlung einer so geringen Summe verweigerte? Aber die Erregung in der Stadt und die Erbitterung gegen den Monarchen stiegen jetzt so hoch, daß jeder Vorschlag gegen ihn Billigung finden konnte.

Am 5. Oktober beriefen Bürgermeister und Rat die Gemeinde in den Propsthof. Auch der Kaiser war eingeladen; er hatte aber das Erscheinen abgelehnt.[4] Zu den Versammelten sprach W. Holzer. Er führte aus,

---

[1] M. Beheim, Buch von den Wienern 39, 41—43. Anonymus 165—166; 169—177. Ebendorfer, Chron. Austriac. col. 955. Fugger-Birken, Spiegel der Ehren 690—691.

[2] Erklärung der Wiener an den Kaiser vom 5. Oktober. Anonym. chronic. Austriac. 165. Beheim, Buch von den Wienern, 41. Ebendorfer col. 954—955. Man vgl. auch die Erzählung des Papstes in Pii Comment. lib. II. 241.

[3] Anonym. chron. Austriac. 166 nach dem Anbringen des Rates an die am 5. Oktober versammelte Gemeinde.

[4] In seinem Briefe an seine Schwester, die Kurfürstin Margarete von Sachsen, deutet Friedrich an, daß er besorgte, man möchte ihn gefangen nehmen, oder daß er doch hinterher zu dieser Überzeugung kam; der Brief bei Müller, Reichstagstheatrum 150—153, mit unrichtigem Datum, da es statt „Mittwoch sant Erharts Tag", was unmöglich ist, heißen muß „Mittwoch vor/nach s. E. T." (5./12. Januar 1463). Gegen die Erzählung bei Fugger, Spiegel der Ehren 691 u. a., daß Ulrich Riederer und Ulr. von Grafeneck am 5. Oktober in jener Versammlung im Namen des Kaisers die Beschlüsse der Bürgerschaft zu hindern versuchten, spricht des Kaisers Darlegung, und damit im Zusammenhange noch ein und der andere Grund.

wie so viele und ernstliche Mühe die Wiener sich lange Zeit hindurch gegeben, den unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen, wie oft man den Kaiser gebeten habe, seines Fürstenamtes zu pflegen und wenigstens der Stadt im Vereine mit der Landschaft Eigenhilfe zu gestatten, alles umsonst; da bleibe nun nichts anderes übrig, als selbst mit der That voranzugehen; man müsse dem Landfriedensbunde gegen den Willen des Kaisers beitreten, sich der Eide und Gelübde, die man ihm geschworen, „urlauben und müssigen", ihm weder Umgeld, noch Mauten, Bürgersteuer oder sonstige Abgaben und Renten reichen, ihn so mit Gewalt „in den Frieden werfen"; habe man dann, mit den Ständen des Erzherzogtumes vereint, als der vierte Stand für die Herstellung der Ordnung gesorgt und Einigkeit im Lande geschaffen, dann wolle man nach seiner Pflicht auch wieder dem Kaiser gehorsam sein und ihm dienen.

Vor der Aussicht, den ersehnten Frieden zu erlangen, und dabei als die erste und an Volkszahl und sonstigen Mitteln hervorragendste Kommune des Landes eine gewichtige Rolle zu spielen, vor der Abneigung gegen den Fürsten kamen die Stimmen des Rechtes und der Treue zum Schweigen: Die ganze Gemeinde stimmte dem Sprecher zu. Noch am selben Tage ward der Brief gefertigt und durch Boten des Rates, denen Tausende bewaffneter Bürger drohend und prahlend ob ihrer Macht und ihres Mutes vor die Burg das Geleit gaben,[1] dem Kaiser überbracht.[2]

Wohl standen die Dinge schlimm genug. Aber war auch der offene Bruch schon da? Immerhin hatte man noch versichert, es „solle solche Handlung seinen kaiserlichen Gnaden, auch seiner geliebten Gemahlin und dem jungen Herrn und den Ihren keinerlei Schaden an Leib noch Gut nicht bringen",[3] und hatte man dem jetzigen Beginnen eine patriotische Färbung zu geben gesucht; denn „durch den Landesfrieden", den die Bürgerschaft mit den „dreien Parteien" zu Wege bringen wolle, kämen „Land und Leute wieder in altes[4] Wesen und gewöhnliches Herkommen,

---

[1] Vgl. darüber Beheim, Buch von den Wienern 54—55. Zwischen dieser Botschaft und jener des Hollerpeck mit der formellen Absage ist wohl zu unterscheiden.

[2] Die Erklärung vom 5. Oktober, die der Kaiser in dem Schreiben an seine Schwester als „verpetschedten Zeddel" mit der „Auffag all Irer Eyde, Gelübde und Pflicht" verzeichnet bei Chmel, Mater. II. 268—269. Vergl. Anonym. 166—167. Beheim, 43—44. Ebendorfer 955. Die Angabe des letzteren, es habe die Entziehung des Blutbannes den letzten Anstoß zum völligen Bruche gegeben, die sonst immer wiederholt wurde, ist wenigstens in jenem Briefe vom 5. Oktober nicht hervorgehoben, und deswegen auch hier nicht in die Erzählung aufgenommen.

[3] Anonym. chron. Austriac. 167. Brief vom 5. Oktober.

[4] Chmel druckt: „alles".

und aus dem Landsfrieden gehe das Landesrecht, und dasselbe Recht schütze und schirme den Landfrieden und Männniglich vor Gewalt und Unrecht", womit dem Kaiser, als dem Herrn und Fürsten von Österreich, „desterbaß gedienet mag werden".

Schon der nächste Tag bewies, wie weit solcher Zusage zu trauen sei.

Vierzehntes Kapitel.

Feindselige Haltung der Wiener gegen den Kaiser. Beginn und Verlauf der Belagerung der Burg. Die Maßregeln zum Entsatze. Des Kaisers Befreiung und Bündnis mit König Georg von Böhmen. Lohn und Entschädigung der Getreuen.

Kaiser Friedrich und seine Räte mochten sich den hohen Ernst der Lage schwerlich verhehlen.[1] Aber hatte man dem Ungehorsam und der Anmaßung nachgegeben zur Zeit, als hinlängliche Machtmittel da waren, sie nieder zu brechen, so schuf jetzt die Not zur Tugend, was vordem kluge Voraussicht mißbilligen mußte. Statt die Erklärung der Wiener mit einer entschiedenen Betonung seiner Gerechtsame abzuweisen, nahm sie der Kaiser nicht bloß, wie es scheint, geduldig hin, sondern er bewilligte auch, was sonst die Boten von ihm fordern mochten.[2]

Im Vertrauen auf die friedlichen Versicherungen verkehrten die Seinen ab und zu wieder aus der Burg mit der Stadt, und versahen sich die Getreuen unter den Bürgern keiner Gewalt.[3]

[1] Man s. unten die Verhandlungen, welche schon im September mit Böhmen gepflogen wurden. In seinem Schreiben vom 1. Oktober an Papst Pius, das Fontes rer. Austriac. XX. 280, Nr. 285 bringen, beschäftigt sich der Kaiser mit gutem Grunde allein mit den böhmischen Verhältnissen.

[2] Beheim, Buch von den Wienern 55:

Der kaiser gab in alles nauch,
Waz sy wolten. Daz must er auch,
Wann er waz nun in irer pflicht.

Es sei hier besonders erinnert, daß wir es bei Beheim mit einem „Entwurfe", aber keiner gefeilten und durchkorrigierten, oder auch nur betreffs der Daten und Thatsachen geordneten Erzählung zu thun haben. Karajan hat diese Stelle völlig mißverstanden.

[3] Der Kaiser beschäftigt sich noch am 6. Oktober mit Reichsangelegenheiten (Chmel, Reg. II. 395, Nr. 3947, 3948), urkundet am 8. für Erzbischof Burckard

Aber die Gegner waren fern davon, sanftmütig zurückzuweichen. Unverweilt nahmen der Holzer und sein Anhang gleich am nächstfolgenden Tage die gefaßten Beschlüsse in Ausführung, indem sie alle Einkünfte der kaiserlichen und landesherrlichen Kammer zu Handen der Stadt mit Beschlag belegten. Noch mehr: Am Abende wurden M. Ulrich Riederer, der sich nach Sankt Stefan zu einer Taufhandlung begeben wollte, der Münzmeister Johann Teschler, einst Bürgermeister von Wien, und einige andere auf den Gässen verhaftet, der kaiserliche Rat und Hauptmann von Ödenburg, Ulrich von Grafeneck, von dem Bürgermeister in sein Haus gelockt und nach mannhafter Gegenwehr gleichfalls gefangen genommen, viele Anhänger des Kaisers unter den Bürgern bedroht, mit Hausarrest belegt, der abwesende Kaufherr Simon Bötel, durch gut kaiserliche Gesinnung längst bekannt, geächtet und nach schnöder Behandlung und Ausweisung seiner Gattin von Holzer seines Vermögens beraubt. Machte dabei das selbstsüchtige Stadthaupt die Menge zur Teilhaberin an der Beute und frevelhafter Gewalt, so ward sie auch zugleich Genossin seiner Schuld: Von jetzt an ruhte das Schicksal der Stadt ohne Widerspruch in seinen Händen.[1]

Fast rühmte man sich des Geschehenen: Als am selben Tage Bürgermeister und Rat an die Stände des Erzherzogtumes insgesamt Ausschreiben richteten, und darin nach kurzer Darlegung der letzten Vorkommnisse und der Gründe ihres Verfahrens ankündigten, sie hätten, um „zu den vier Parteien auch in den Landsfrieden" zu kommen, dem Kaiser alle Eide und Gelübde aufgesagt „und sich davon gemüßigt", da wurde auch der Gefangennehmung der Räte nebst der Wegnahme der kaiserlichen Einkünfte gedacht. Die Stände wurden gebeten, ohne Verziehen in die Stadt zu kommen und sich darin durch nichts beirren zu lassen, damit man das Friedenswerk sofort beginnen möge; ihnen und allen den Ihren sei der Stadt Sicherheit und Geleite verbürgt.[2]

---

von Salzburg (Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXXXVI, Nr. 695), und nimmt am 13. Oktober die württembergischen Klöster Elwangen und Murhard in seinen Schutz (ebendort Nr. 697).

[1] Über diese Vorgänge berichtet am ausführlichsten Beheim 50ff. Man vergl. ferner die Erzählung des Kaisers in dem erwähnten Schreiben an seine Schwester; des Papstes in Pii II. Comment. l. c.; Ebendorfers 955; des Anonymus 166—167; Konrad Kreigs in seinem Schreiben an die Frankfurter vom 31. Oktober bei Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 220—221, Nr. 346; Gerh. Roos, Annales Austriae (Innsbruck 1592) 254; Fugger-Birkens, Spiegel der Ehren 692ff.; endlich der Wiener in ihrem Schreiben an die österreichischen Stände vom 6. Oktober.

[2] Bei Chmel, Mater. II. 260, aber mit unrichtigem Datum (soll heißem „am

Die Wiener waren verblendet genug, daß sie nicht merkten, wie sie durch die Gefangennehmung der Räte und die Mißhandlung ihrer Mitbürger alles Maß hintangesetzt, und bereits die schroffe Scheidewand aufgerichtet war zwischen ihnen und allen denen, die vernünftig und rechtlich dachten und es aufrichtig mit dem Frieden meinten. Es wurde daher am 7. Oktober an Herzog Sigmund von Tirol in ähnlicher Weise, wie an die österreichischen Stände, geschrieben, und ihm zugleich die Versicherung gegeben, daß man sein Drittel von den mit Beschlag belegten Renten ausscheiden werde;[1] desgleichen offenbar an Erzherzog Albrecht und an die Kurfürsten des Reiches, damit „dieselben Fürsten solcher Handlung ein dester besser Wissen hätten", und die Stadt bei ihnen „gerechtfertigt" wäre.[2]

Auch in der Burg athmete jetzt alles Zorn und Rachbegier. Zwar offener Feindseligkeit gegen die Stadt enthielt man sich noch sorgsam. Aber des Schlimmsten gewärtig, hatte der Kaiser Friedrich Zenger, den eben in Wien weilenden Hauptmann von Güns, zu seinen Räten nach Wiener-Neustadt gesandt, und ihnen befohlen, in Eile alles zu veranlassen, was in so schwerer Zwangslage geschehen könne.[3] Er selbst und die Getreuen um ihn versäumten inzwischen nichts, die Wiener Kaiserburg wehrhaft zu machen.

Die Burg von Wien, im Süden der Stadt und einst außerhalb derselben gelegen, ein Bau, der im Vergleiche mit den ersten bescheidenen Verhältnissen der städtischen Ansiedelung einen imponierenden Umfang aufwies, bildete ein längliches Gevierte, dessen Ecken starke Türme markierten und verteidigten, und dem auch sonst keine Zuthat mittelalterlicher Befestigungskunst mangelte.[4] Die Burg hatte sich steter Sorgfalt der regierenden Herzoge erfreut; sie war erst in den Jahren 1444 und 1447 durch neue Zubauten vergrößert und restauriert worden. Aber sie hatte ebenso in den Wechselgeschicken der Vergangenheit wiederholt eine wichtige Rolle gespielt, nicht bloß als starke Schutzwehr gegen die andrängenden Reiterschwärme des Ostens, sondern auch als treues Bollwerk in der Hand

---

mittichen vor sand Kolomans" statt „Scholastica", wie das gleichförmige Datum des Schreibens an die Innerösterreicher bezeugt. Ist dies etwa ein freilich etwas starker Lesefehler Chmels?

[1] Bei Chmel, Mat. II. 270. Ebendort vom selben Tage ein Schreiben Martin Neidegkers an den Herzog von ähnlichem Inhalte und mit der Aufforderung, der Herzog möge selbst womöglich nach Österreich gehen.

[2] Dies thun zu wollen, sprechen die Wiener in dem an Herzog Sigmund gerichteten Briefe aus.

[3] M. Beheim, Buch von den Wienern 136—137.

[4] Th. G. v. Karajan, Die alte Kaiserburg zu Wien, Wien 1863, 11.

des Landesherrn der leicht beweglichen Bevölkerung der Hauptstadt gegenüber.[1] Noch 1450 nannte Kaiser Friedrich das Herzogtum Österreich das Stammland seines Hauses, die Burg von Wien seine Festung. Bei alledem hatten die letzten Zubauten mehr der Bequemlichkeit als Sicherheit gedient.[2] Manches war wieder schadhaft geworden. Mit fieberhafter Hast, mit Aufbietung aller Kräfte waren daher die jetzigen Bewohner bemüht, es herzustellen, die Feste wehrfähig zu machen.[3]

Die streitbare Umgebung des Kaisers war im Vereine mit der gewöhnlichen Besatzung stark genug, die Werke besetzen und auch gegen große Übermacht halten zu können. Zweiundachtzig Männer von edler Geburt, eine Anzahl Wiener Bürger, die bei Beginn des Tumultes gegen die Kaisertreuen in die Burg geflohen waren,[4] gegen anderthalbhundert Söldner,[5] dazu in hinlänglicher Zahl Gefolgsleute und Diener, Büchsenmeister und Wundärzte, Barbiere, Boten und Trompeter waren vorhanden; ferner Büchsen und Armbrüste, Kriegs- und Mundvorräte in großer Menge. Freilich mochten letztere eher für die gewöhnliche Stärke der Besatzungsmannschaft, nicht für die dreihundert überzähligen Esser, Frauen und Edelknaben, Priester und Magister, Köche und Kinder berechnet sein.[6]

So bunt gemischt die Besatzung war, — wir finden neben einander den Propst von Preßburg, Georg von Schönberg und Herrn Wolfgang Forchtenauer, kaiserlichen Geheimschreiber, die Grafen Ulrich und Hugo

---

[1] Ebendort 14ff., 24ff., 38ff.

[2] Th. Ebendorfer, Chron. Austriac. col. 871. Vgl. Sitzungsber. der philos. histor. Klasse der Wiener kaiserlichen Akademie XVIII. 93. Karajan, Die alte Kaiserburg 19.

[3] Man vergl. des Kaisers Darlegung über die Bauten in der Burg in seinem Schreiben an die „Leinpater" Zeche vom 18. Oktober bei Schlager, Wiener Skizzen aus dem Mittelalter III. 395—397. Vergl. Birk, Urkunden-Auszüge 76, Nr. 588 (des Separatabdruckes).

[4] Beheim 64: Der Kanstorfer, Tanhauser, Bermann, Stadler, Hartung, Kornfail, Hans Ingelstädter, Mautner am rothen Thurm.

[5] Sie waren zum Teile aus Böhmen. S. Beheim 62.

[6] Die Zahl der Wehrhaften beziffert Beheim, 71, 24 auf „zweihundert oder mehr", die der Eingeschlossenen, „klein und auch groß, Jungfrauen, Kinder, Weib und Mann" wohl auf sechsthalbhundert Personen. Anonym. 168: „als auf zwey hundert". Vergl. G. Roo, 255—256. Fugger-Birken, 695—696. Unrichtig sagen Pii II. Comment. lib. II. 241: Imperator . . . togatos tantum et inermes curiales retinuerat. Mancherlei Kriegsgeräte war erst im August, beim Zuge des Kaisers nach Wien, herbeigeschafft worden. Man vgl. die Worte Hinderbachs über den Einzug des Kaisers in die Stadt (col. 637): Post hos [a quibus vestes, argentum, pecuniae et thesauri vehebantur] reliqui, bombardas, munitiones et alia necessaria ferentes.

von Werdenberg mit ihren jugendlichen Söhnen, die Herren Sigmund von Sebriach und Georg von Kainach, Hartneid von Puchheim und Matthias von Wilhelmsmauer, den Hofmarschall Hans von Preisingen, fünf von Spaur, je einen Eizinger, Saurau, Teufenbach, zwei von Morsperg, zwei Auersperge, Giech, Herberstein, Castelbarko, Hans von Rorbach, Günther von Brandenstein, Laurenz von Preisingen, den Pirkheimer, Sitzenberger, Kadauer, Sibenhirter, Augsburger, einen von Ladendorf, von Melchingen, zwei von Mend und von Arnstein, einen von Boskowitz — also Österreicher und Tiroler, Bayern, Franken und Schwaben, Kärntner, Krainer und Mährer —, sie standen zusammen mit rühmlicher Treue und Ausdauer. Jeder erhielt seinen Platz, seine Verrichtung zugeteilt. Sigmund von Spaur, die von Sebriach und Kainach, Hans von Preisingen übernahmen, unterstützt von Viertelmeistern, den Oberbefehl über die vier Türme und Mauerfronten. Die zehn Büchsenmeister setzten Mörser, Büchsen und Gezeug in Bereitschaft.[1] Damit aber der Entsatz nicht fehle, eilte Heinrich Harttung nach Regensburg, um den zum dortigen Friedenstage gesandten Bevollmächtigten, dem Bischofe von Gurk und dem Reichsmarschall Heinrich von Pappenheim die Weisung zu überbringen, die Hilfe des Reiches aufzurufen, wandte sich der Kaiser an den Papst, den König von Böhmen, die Herzoge Friedrich und Wilhelm von Sachsen und offenbar auch die anderen befreundeten Fürstenhöfe mit dem Ersuchen um schleunigen und machtvollen Beistand.[2]

In der Stadt blieb man inzwischen auch nicht müssig. Zu dem mächtigen Heere, das Bürgerschaft und Gemeine aufzubringen vermochten und den Söldnern im Dienste des Rates, warb man noch eine Anzahl Brüderrotten, und stärkte so die fremde Besatzung bis auf 2000 Köpfe.[3] Aber eine Ernüchterung, scheint es, trat in den nächsten Tagen doch ein. Weder einer von den Landherren, noch auch der Erzherzog, der wohl eine direkte Parteinahme der Stadt für seine Sache erwartet, regte sich, dem Beginnen der Empörer beizutreten, ihnen zu helfen. Deshalb gedachten Bürgermeister und Rat, sich mit der Überweisung der Burg die

---

[1] Vor allem nach M. Beheims Buch von den Wienern 56—72.

[2] Diese Schreiben sind nicht erhalten; aber es ergiebt sich obiges aus des Papstes Antwort vom 31. Dezember 1462, Sitzungsber. der Wiener Akademie XI. 305; vgl. Urkundl. Beiträge in Font. rer. Austriac. XX. Nr. 294; aus dem Schreiben König Georgs von Böhmen an Herzog Wilhelm von Sachsen vom 30. Oktober, Müller, Reichstagstheatrum II. 142—143, sowie der damaligen Korrespondenz der sächsischen Brüder. Weim. Gesamtarchiv pag. 241, Nr. 4 aa.

[3] Brief K. Kreigs an die Frankfurter vom 31. Oktober a. a. O.

völlige Freiheit ihrer Entschließungen zu sichern, und ferner keinerlei Gewalt zu üben: Man bot dem Kaiser freien Abzug an, doch ohne den Rorbacher und Wolfgang Kadauer.[1] Aber nie und nimmer hätte dies Friedrich zugestanden, auch ohne jene beleidigende Zumutung. Und als die eigenen Räte ihn baten, wenigstens Gemahlin und Söhnlein in Sicherheit zu bringen, so wies er auch dies ab: er wolle vereint mit ihnen dem Geschicke Stand halten und entweder siegen oder umkommen.[2]

So beschloß man denn in der Stadt, die Burg mit Gewalt zu nehmen. Noch am 16. Oktober waren zwei Boten des Bürgermeisters in der Burg erschienen und hatten verlangt, man solle keine neuen Bauten aufführen zur Bedrohung der Stadt. Man hatte dies zugesagt. Aber schon in der Nacht vom 16. auf den 17. Oktober begann der Angriff, indem eine Schar Städter nahe am Widmer-Thor aus Balken, Brettern und mit Erde gefüllten Fässern eine Schanze aufzuwerfen begann. Doch merkten die Verteidiger dies rechtzeitig. Sie erhellten die Nacht mit Fackeln und Pechkränzen und steckten durch Feuerspieße und Feuerpfeile das Holzwerk der Wiener in Brand, so daß sie wichen.[3]

Rasch kam der Kampf in rechten Fluß. Leute aus der Stadt, groß und klein, die sich andern Tags zu nahe an die Burg wagten, wurden mit Pfeilen getötet oder verwundet.[4] Dafür richteten die Wiener gleich am 17. Oktober ein heftiges Feuer gegen die Gemächer der Kaiserin und die Burgkapelle, und zwar mit solchem Erfolge, daß die Fürstin in ein Gemach hinter dieselben zurückweichen mußte. Am 19. waren bereits

---

[1] Brief des Bamberger Dombechants Hertnid vom Stein an Konrad von Pappenheim im Weim. Gesamtarchiv, Reg. C, pag. 241, Nr. 4aa. Brief vom Anfang November.

[2] Ebendorfer, Chron. Austriac. 955. Daß eine solche Mahnung nur jetzt und seitens der kaiserlichen Räte erfolgen konnte, bedarf kaum des Beweises. Den Wienern war, wie ihr späterer Angriff auf die Frauengemächer und ihre Fühllosigkeit auch dem kaiserlichen Kinde gegenüber zeigt, derlei Rücksicht fremd.

[3] Beheim 72—74, überhaupt für die Belagerung der Haupt- und Augenzeuge; denn er ist als Diener der Kaiserin in der Burg. So sehr die Nachricht über die Wiener Ereignisse in die Ferne drangen, so wenig haben wir, von Beheim abgesehen, genügende Aufzeichnungen von Gegenwärtigen. Das Copey-Buch schweigt für ein ganzes Jahr, es scheinen die bezüglichen Schriftstücke absichtlich beseitigt, Hinderbach und der Anonymus standen zwar auch wie Beheim inmitten all der aufregenden, erschütternden Begebnisse, aber die gewaltige und wechselnde Fülle der Erlebnisse, die stürmisch bewegte Folgezeit, verwehrte die geordnete und gesichtete Darstellung wenigstens der Hauptereignisse; Ebendorfers Erzählung ist im höchsten Grade senil, das Itinerarium Wolfgangi weniger eingehend.

[4] Ebendorfer 955.

drei Schanzen fertig und mit schwerem Belagerungsgeschütze armiert.[1] Aber erst am nachfolgenden Tage brachte „der Krämer Hollerpeck" die Fehdeansage der Stadt vor die Burgmauern. Sehr unangenehm war an diese Ehrenpflicht gemahnt worden.

Auf Zengers Botschaft hatten Graf Ulrich von Schaumburg und die sonst in Wiener-Neustadt weilenden Räte sich eiligst mit Herrn Andreas Baumkircher, Gespan zu Preßburg, Ulrich von Grafeneck, Hauptmann zu Ödenburg, Ulrich von Fladnitz, Sigmund von Weißbriach, Hauptmann auf Forchtenstein und anderen ergebenen Dienern des Kaisers beraten, Truppen geworben, sich mit den Brüderhäuptern Heinrich Smikowsky, Johann Towatschowsky, Hinko Teinfalt, Jan von Teinitz in Verbindung gesetzt.[2] Man verfügte bereits über einige tausend Bewaffnete, als nach den Kampfestagen des 16. und 17. Oktober neue Meldung vom Kaiser eintraf:

„Wie er mit Ängsten und Gewalt
Behauet und umsessen wär,
Und auch gearbeit also sehr
Mit überschweren Lästen
In dieser seiner Festen."

Da sandten die Herren am 19. ihre Fehdebriefe in die Stadt, und indem sie unverweilt die Verheerung des Weichbildes begannen, rüsteten sie sich zugleich zu einem Handstreiche auf Wien selbst.[3] Aber der erste Anschlag, derart berechnet, daß eine starke Abteilung unversehens in eine der Vorstädte einbrechen und sich da halten sollte, bis die übrigen alle mit ganzer Macht herbeikämen, kam nicht zur Ausführung. Die Rottenführer Franz von Hag und Wenzel Wiltschko, die 1600 tüchtige Mannen befehligten, verweigerten, weil wahrscheinlich zu gleicher Zeit auch mit den Wienern in Verhandlung, zuletzt die Mitwirkung. Die anderen fanden sich nun nicht stark genug.[4]

Trotzdem versuchte man rasch einen zweiten Anschlag. Eine Abteilung der „Brüder", von dem tüchtigen Towatschowsky geführt, schwamm an der Nordseite der Stadt über die Donau und gewann durch List das innere Brückenkastell, dessen Besatzung floh oder niedergemacht wurde. Schon war der Weg in die Stadt selbst frei, sehnsüchtig harrte man der Verstärkungen, als mit wüstem Schalle, von den Flüchtlingen gerufen, 2000 Städter unter Holzers persönlicher Führung herandrängten und Towatschowsky genötigt ward, nach Verbrennung der Werke gegen Enzers-

[1] Beheim 76. [2] Beheim 137.

[3] Beheim 137; Anonym. chron. Austriac. 178. [4] Beheim 139—140.

dorf zu flüchten, wo ihn die nachrückenden Scharen aufnahmen und die verfolgenden Wiener gegen die Stadt zurückscheuchten.[1] Kostbare Tage waren darüber vergangen. In schweren Sorgen bedachten die Räte und Hauptleute, wie man den Eingeschlossenen nachdrückliche Hilfe bringen könne; denn hart bedrängten sie die Meldungen aus der Stadt, die steigende Heftigkeit des Kampfes.

Nach den ungeregelten Angriffen der ersten Tage, und da weder das Feuer gegen die Frauengemächer die Verteidiger erschütterte, noch die Versuche, den Burgbrunnen zu verschütten,[2] gelangen, hatten die Wiener sich zu ordnungsmäßiger Umlagerung und Beschießung der Feste entschlossen.

Nun brachten sie grobes Geschütz in Position und deckten es mit Schirmdächern und Brustwehren. Alle Häuser rings um die Burg, groß und klein, wurden mit Armbrust und Bogenschützen bewehrt, bald kamen von allen Straßen und Gassen her, aus allen Winkeln und Ecken die Geschosse geflogen. Nach und nach gelangten 66 große Steinbüchsen, darunter vier, welche Steine schossen drei Centner schwer, in Thätigkeit; daneben Hackenbüchsen von enormer Größe und Stabschlingen in ungezählter Menge. Begann dann der Geschützangriff ringsum, dann tönten wie eine Orgel bald grob und dumpf, bald hell und scharf die Schläge, erdröhnte die Burg und ihre Nachbarschaft von dem Gekrache der Mörser und dem Geschreie der Kämpfer, flogen Steine und Pfeile um die Feste „wie Heuschrecken und Schneeflocken". Durch rastlosen Angriff bei Tag und Nacht hoffte man die Verteidiger zu ermüden, keine Uhr, kein Glockenschlag verkündete ihnen die Stunde, kein Fest- und Ruhetag gewährte Erholung. So rang man mit dem Aufgebote aller Kräfte um den Besitz der Feste.

Die Bürger zweifelten auch nicht, zumal wenn sie des Weines voll waren, an ihrem Siege; mit Hohn und Schimpf begleiteten sie die Wirkung ihrer Geschosse und ein Tusch mit Posaunen, Pauken und Trompeten kündigte es den Belagerten an, wenn einer der großen Steinmörser zum Abfeuern bereit lag.[3]

Aber auch die in der Burg legten die Hände nicht in den Schoß. Gab es bald kein sicheres Plätzchen mehr, brachen Mauern und Gewölbe krachend zusammen: in der steten gleichen Todesgefahr verband alle die

---

[1] Beheim 142—145. Es ist dies natürlich Enzersdorf an der Fischa auf dem südlichen Stromufer.

[2] Am 21. Oktober. [3] Wesentlich nach Beheim 83ff.

gemeinsame Not zu gemeinsamer todesmutiger Ausdauer und Entschlossenheit. Womöglich noch einheitlicher, energischer als der Angriff war die Abwehr. Auch trotzten die Hauptmauern, die gewaltigen Ecktürme dem wütendsten Feuer der Städter, und vermochte man aus ihrer freieren, beherrschenden Höhe, hinter Schutz- und Schirmwerk mancherlei Art auf das Feuer der Belagerer mit einem Hagel von Geschossen von mörderischer Wirkung zu antworten. Bald lagen die nächsten Stadthäuser, die eigentlichen Bollwerke der Wiener gegen die Burg, großenteils[1] in Schutt und Trümmern. Die Büchsenmeister schossen Schirmdächer und Mauerwerk in den Grund, und mancher Schuß riß dazu zwei und drei der Angreifer für immer aus den Reihen. Mit dem sichern Pfeil und Bogen trafen andere jeden, der sich vorwagte und bloßstellte. Fast geschah es in grausamem Wetteifer. Gern hätte man auch mit brennenden Pfeilen die nahen Holzdächer in Brand gesetzt, und in herbstdürrer Zeit ringsum die Stadt den Flammen preisgegeben, doch untersagten dies mit gutem Bedachte der Kaiser und einige der Herren: Dazu sei Zeit, wenn man mit Sturm die Feste bedrohe, oder es gelte, beim entscheidenden Ausfalle oder dem Angriffe eines Entsatzheeres in die Haufen der Städter Verwirrung zu tragen.[2] Mit unermüdlicher Wachsamkeit bemerkten die Kaiserlichen jede zum Überfalle nahende Schar und zwangen sie zu verlustreichem Rückzuge. Jede Nacht machten zwei Hauptleute oder Rottmeister unablässig die Runde durch alle Teile der Burg, und blieb der vierte Teil der Besatzung wach und in Rüstung. Daß alle sich einmütig teilten in die Gefahr, daß die edlen Herren, ja der Kaiser selbst rüstig zugriffen, wenn es notthat, daß auch er sich preisgab wie der letzte, das schuf den Bedrängten Trost und feste Zuversicht.[3]

Anders in der Stadt. Man hatte sich in der ersten Hitze die Hörner gewaltig eingerannt. Nicht nur daß viele tot oder wund waren, andere schweren Schaden erlitten an Hab und Gut: Noch ärger schien, was man gethan gegen den unbefleckten Ruf der Fürstentreue, den die Stadt von den Vorfahren überkommen. Bei allem war bisher nichts ausgerichtet. Die Prahler verloren sich, da die leichtbewegliche Menge zu zagen begann, die Freunde des Friedens durften es wieder wagen, ihre Stimme zu erheben.[4]

Doch Holzers Widerspruch brachte sie rasch wieder zum Schweigen.

---

[1] Vgl. Beheim 95—96. [2] Beheim 100—102. [3] Beheim 104.

[4] Vgl. Beheims Erzählung 104—106. Schon konnte ein Priester das Volk auffordern, durch Unterwerfung und demütige Abbitte des Kaisers Gnade und den Frieden wieder zu gewinnen.

Entschlossen zu vollbringen, was in solcher Art begonnen war, griff er zu den entschiedensten Mitteln: Wer von Friede und Nachgiebigkeit sprach, sah sich hart bedroht,[1] wer irgendwie als kaiserfreundlich erschien, wurde gefangen oder zur Flucht gebracht, seines Besitzes beraubt.

So versicherte sich der gebietende Bürgermeister aufs neue seiner Gemeine; mit der Beute an Geld und Kostbarkeiten, den reichen Weinvorräten manches der Gestraften zog er noch einmal die Menge an sich.[2] Daß man aber mit eigener Kraft schwer ans Ziel kommen werde, das sah auch er ein, auch wenn nicht die Absage des Böhmenkönigs inzwischen eingelangt wäre. Er zögerte daher nicht länger, zu raten, daß man mit dem offenen Übertritte zu Erzherzog Albrecht dessen Waffenhilfe erkaufe. So ergingen denn in den letzten Oktobertagen Ruf und Bitte an den Erzherzog, der Stadt zu helfen, und als der Vormund des jungen Maximilian, ihres rechten Erbherren, sich der Regierung des ganzen Landes anzunehmen.[3]

Albrecht war mit starken Streitkräften zu Beginne des Streites bereit gewesen, den Empörern zu helfen und Wien besetzen zu lassen. Daß die Stadt erst versuchte, den eigenen Weg zu gehen, machte ihn zum ruhigen Zuschauer bei der Entwickelung des Dramas. Aber dann versammelte er plötzlich, offenbar auf Nachrichten Holzers, seine Landschaft um sich; er hielt Schiffe und Mannschaft bereit,[4] versicherte sich der Vasallen,[5] und als nun der Ruf der Bürger, wenn auch wohl wieder in der erwähnten unerwarteten Form, an ihn erging, eilte er unverzüglich von Melk, wohin er sich nach Schluß des Landtages begeben,[6] gegen Wien, wo er am Allerseelentage mit 600 Reitern[7] seinen Einzug hielt. Weitere Scharen folgten, auch schweres Belagerungsgeschütz wurde herbeigeführt.

---

[1] Jener Priester floh, da man, wie Beheim 102 erzählt, die Absicht hatte, ihn in der Nacht heimlich zu ertränken.

[2] Beheim 109—112. Gerh. de Roo 258—259.

[3] In dieser Form wurde das Anerbieten jetzt an den Herzog gestellt und bekam es schon am 28. Oktober ein Bote aus dem Reiche in Linz mitgeteilt. Brief Hertnids v. Stein an den Koburger Pfleger Konrad von Pappenheim. Weim. Gesamtarchiv a. a. O. Den Hergang erzählt wieder schlicht und treu der Anonymus 168.

[4] Brief Konrad Kreigs an die Frankfurter vom 31. Oktober.

[5] Vgl. Diplomat. Habsburg. 122—123.

[6] Dort weilt er bereits am 29. Oktober. Diplomat. Habsburg. l. c.

[7] So Hertnid v. Stein in seinem Briefe. Kreig spricht dagegen von 1000 Mann. Brief an die Frankfurter vom 15. November bei Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 222—223, Nr. 348. Der Anonymus sagt (178): „mit viel Volckh".

Schon am andern Tage erschien der Erzherzog in der Versammlung der Gemeinde. Er selbst, der des Wortes in nicht gewöhnlichem Grade mächtig war, sprach zu der Menge: Bereits im Vorjahre sei es zwischen ihm und seinem Bruder zum Kriege gekommen, weil kein anderes Mittel übrig schien, das Land Österreich wieder in geordnete Verhältnisse zu bringen; da sie fest bei der Sache des Kaisers ausgeharrt, habe er auch gegen sie die Waffen führen müssen; nun aber, nachdem sie andern Sinnes geworden seien, wolle er ihnen gern ihre Haltung in vergangener Zeit vergeben und mit ihnen und der Landschaft in einen Bund treten, jenes gemeinsame Ziel zu erreichen; nur müßten sie sich verpflichten, darin getreulich auszuharren.[1] Das ward zugesagt. Darauf traten die herzoglichen Räte mit den Städtern und den zahlreich mit dem Fürsten eingelangten Baronen und Rittern aus der Landschaft[2] sofort in die Beratung über die Landfriedensurkunde ein, deren Bestimmungen, da man sich begnügte, auf die früheren Vereinbarungen der Stände mit dem Herzoge und die Städteldorfer Beschlüsse zurückzugehen, rasch vereinbart waren. Am 5. November wurde der Vertrag untersiegelt.[3] Er sollte in Kraft bleiben bis Michaelis (29. September) 1464.

Auch der neue Friedensbund sah seine nächste Aufgabe darin, den Kaiser mit Gewalt aus dem Lande zu weisen. Doch versuchte man es vorerst noch einmal mit Unterhandlungen. Nach dem Wunsche der Wiener ließ nämlich der Erzherzog seinem Bruder freien Abzug mit all' den Seinen, den Rorbacher und Kadauer ausgenommen, anbieten. Es galt aber bloß die eigene Selbstsucht mit dem scheinbaren Eingehen auf dies Verlangen der Friedenspartei zu verschleiern, wenn Albrecht zugleich erklären ließ, er und die gesamte Landschaft mit ihm würden die Waffen niederlegen, wenn der Kaiser die Regierung über Niederösterreich auf zwei bis drei Jahre einer Regentschaft überlasse, die im Namen seines Sohnes Maximilian die Verwaltung zu führen, aber auch alle Neuerungen abzustellen, Recht und Gericht die jetzt verschlossenen Wege wieder zu eröffnen, damit Ruhe und Ordnung mit ganzem Ernste zu schaffen habe. Der Kaiser möge sich inzwischen mit der Regierung der übrigen Erblande

[1] Nach Hinderbachs leider unausgeführt gebliebenem Entwurfe für eine Erzählung dieser Ereignisse l. c. 640.

[2] Anonymus 178—179. Man vergl. die Fehdebriefe, die jetzt dem Kaiser zukamen.

[3] Anonymus 179. Hinderbach 640. Gerard de Roo 258. Die Vertragsurkunde bei Kurz, Österreich unter Friedrich IV., II. 227—230, Beil. Nr. XXX.

begnügen, die Kaiserin aber mit ihrem Sohne in Wien verbleiben.[1] Natürlich geschah, was der Erzherzog wohl sicher erwartet hatte: der Kaiser wies so demütigende Anträge völlig ab.[2]

Schon brauchte sich auch Albrecht wie er meinte nicht weiter um den Nürnberger Stillstand zu kümmern. Am 4. November sandte er seine Absage in die Burg. Ihm folgten am selben und in den nächsten Tagen die Landherren aus Oberösterreich, darunter Wilhelm Graf von Tierstein, drei Grafen von Schaumburg, Reimprecht von Wallsee, Wilhelm von Puchheim, Hans und Ulrich von Starhemberg, der Kanzler Jörg von Stein, dann wieder die niederösterreichischen Barone, die schon im Vorjahre auf des Erzherzoges Seite gestanden, wie Heinrich von Lichtenstein, Georg von Pottendorff, Andreas von Polheim, Veit von Ebersdorff, Sigmund von Eizing, Stefan von Hohenberg, Erhard Toß, Sigmund von Töpl mit all ihren Dienern und Helfern und den Anführern der erzherzoglichen Soldtruppen.[3]

So begann denn das Ringen um die Burg von neuem. Mit gestärktem Mute, wetteifernd mit den kriegserfahrenen Mannen des Erzherzoges und den Aufgeboten der Landherren, griffen die Wiener an, noch heftiger als zuvor wurde die Beschießung betrieben, vermittelst neuer Kampfesmittel, der Erbauung von „Lehnbänken",[4] von denen aus Geschütze in beherrschender Lage die Mauern niederwerfen sollten, mit Laufgräben und Minen rückte man den Belagerten zu Leibe.[5]

Aber auch diese strengten die äußersten Kräfte an, griffen zu den letzten Mitteln. Mit verdoppelter Wachsamkeit ward jeder Überfall entdeckt und abgewiesen, auf die Lehnbänke richteten die Büchsenmeister Hans Gerstner, Sebald Graber und Georg von Auspurg ein so verheerendes Feuer, daß die Gegner zuletzt vom Platze flohen,[6] den Minen und „Wieseln"[7] begegnete man mit Gegenminen und zerstörte sie in plötzlichen Ausfällen oder durch nachdrückliche Beschießung, die vergifteten, hohlgeschliffenen Pfeile vergalt man mit Feuerpfeilen und Brandspießen:

---

[1] Ebendorfer 976. Vgl. Beheim 124—125. Anonymus 180.

[2] Anonym. a. a. O. „[der Kaiser] ließ allweg fürhalten, das Geschloß mueste sein Freythoff seyn".

[3] Die Absagebriefe, vom 4.—25. November datiert, verzeichnet Chmel, Reg. II. 395—397, Nr. 3949. Vgl. Beheim 115—117.

[4] Nach Karajan, Die alte Kaiserburg 85: an feste Punkte gelehnte schiefe Ebenen aus Pfosten.

[5] Beheim 90, 118, 120. [6] Beheim 90—91.

[7] Unregelmäßige Laufgräben. Karajan, Kaiserburg 89.

Jetzt hätte man unbedenklich ringsum eine mächtige Flammenstätte geschaffen und die Gegner in die Ferne gescheucht; aber ein leichter Schnee war gefallen, die Geschosse wollten nicht zünden.[1] So mußte man sich begnügen, mit Pfeil und Armbrust zu treffen, was sich in der Nähe zeigte; nicht bloß zur Notwehr geschah es, sondern fast schon aus grauser Mordlust. Immer furchtbarer entflammten vergebliche Mühe, schmerzliche Verluste, rücksichtsloseste Gewalt drinnen und draußen die Leidenschaften.

Und doch! Wenn Übermüdung die Kämpfer zur Ruhe zwang, wohl auch wenn der Abend kam und die Schatten der Nacht Spaten und Schwert den Händen entnahmen, dann versprach man sich Friede auf kurze Frist mit Wort und Handschlag, und alsbald begann munteres Treiben in der Burg und vor den Mauern, ertönte klingendes Saitenspiel und „süßer sanfter Melodien lieblich Jubilieren“. So verleugnete der Wiener seine Art nicht selbst in härtester Zeit. War dann die bestimmte Stunde vorbei, griff man wieder zu Schwert und Rüstzeug und mochte der Streit aufs neue beginnen.[2]

Trotz allem machten aber jetzt die Belagerer Fortschritte. Ihre Werke rückten näher und näher.[3] Schon fürchteten der Kaiser und die Seinen, es werde zum Sturm kommen und rüstete man sich, womöglich auch diesen zu bestehen. Nicht nur die Männer, auch Frauen, Knaben und Jungfrauen sollten mithelfen beim hartnäckigsten Widerstande.[4] Noch schlimmer aber war, daß ein neuer Feind sich meldete, vor dem schließlich aller Heldenmut zu Schanden werden mußte, der Hunger.

So wohl die Burg offenbar mit allem, was die gewöhnliche Besatzung bedurfte, ausgestattet war, um auf Monate hin vor Mangel geschützt zu sein, so sehr auch in letzter Stunde jeder persönlich getrachtet, sich mit Mundvorrat zu versorgen:[5] die Zahl der müßigen Esser, die jetzt im Gefolge des Kaisers und der Kaiserin in der Feste bangten, war allzugroß. Als dann die Belagerung und Umschließung wochenlang dauerte, da schmolzen die Vorräte mächtig zusammen. Bald gingen Brod und Fleisch, auch der Wein auf die Neige, — das letzte Fäßchen bewahrte man für die Kaiserin und ihre Frauen —, bald bildeten Erbsen und Gerstengraupen die tägliche Nahrung. Wie schwer traf so manchen die ungewohnte Entbehrung, gepaart mit doppelter Sorge und Anstrengung!

[1] Beheim 100—102. [2] Beheim 121. [3] Beheim a. a. O.

[4] Beheim 123—124.

[5] Nach Beheims Bericht, daß viele noch Nahrung besaßen, als andere, die weniger vorgesorgt hatten oder auf den gemeinsamen Proviant angewiesen waren, bereits darbten.

Und wenn das, was man erhielt, wenigstens zur Sättigung gereicht hätte! Aber „für fünf und sechs Mann ward gegeben, was kaum für einen genug war“.

Und die Not ward fühlbarer und drückender, so sehr der Mangel den Scharfsinn anspornte, stets neue Abhilfe zu schaffen. Da ward Haber geröstet und Mus gekocht, und buk man Kuchen aus Kleien; andere suchten zusammen, was an Brodrinden verworfen war; mochten sie auch schimmelig und hart sein, sie schmeckten als „wären sie Zucker“; andere kratzten die Mühlsteine aus, um aus den Stäubchen Mehl Brod zu backen, oder stellten den Hunden und Katzen nach. Selbst ein Geier, der wohl dreißig Jahre zu den Bewohnern der Burg gehört hatte, ward aufgegessen; einen zahmen Raben rettete nur sein neckisches Wesen, so klein der Braten gewesen wäre. Und fast noch schwerer entbehrte mancher wackere Streiter den gewohnten Becher Weines! Sich den öden Trunk Wassers mundgerecht zu machen, mischte Graf Haug von Werdenberg Honig hinein, einem und dem anderen spendete wohl auch die Kaiserin einen Schluck vom letzten Vorrate.[1] Das eben ließ auch jetzt nicht Kleinmut und Verzweiflung überhandnehmen, mochte der Hunger noch so grimmig alle quälen, daß der Hohe mit dem Niedrigen darbte, der Besitzende, solange er besaß, teilte mit dem Notleidenden. Eine Ausnahme machten wenige, sowie denn Eigenliebe überall ihre Stätte findet. Fast wie ein Wunder aber sahen es alle an, als dem Kaisersöhnlein, dem noch nicht vierjährigen Maximilian, ein junger fränkischer Kriegsmann, Kronberger, Geflügel in dem Augenblicke brachte, als die Kaiserin, außer stande des Kindes Bitte um Fleisch zu erfüllen, es ermahnte, Gott darum zu bitten. Der Brave hatte es mit wahrer Lebensgefahr aus dem Burgzwinger geholt.[2] — Endlich als die Bedrängnis — bereits in die neunte Woche dauernd — auf das höchste gestiegen war, kam die ersehnte Hilfe.

Als die kaiserlichen Anführer und Räte den Kampf um die Burg immer heftiger entbrennen, sich selbst aber zum Entsatze zu schwach sahen, da schien ihnen rasch nur ein Ausweg übrig: den mächtigen Böhmenkönig

---

[1] Nach Beheim 126—136. Itinerarium ven. P. Wolfgangi de Styra apud H. Pez, Scriptor. rer. Austriac. II. 453.

[2] Beheim 134 nennt dafür den Thomas Siebenbürger, „einen Meister auf der Schule“. Es ist dies derselbe, der mit Pfeilen Zettel in die Burg schoß, auf denen er den Beginn des Minenkrieges ankündigte. Möglich und wahrscheinlich, daß er hinterher selbst in die Burg flüchtete. Kronbergers That bezeugt Gerh. Roo 258 (vergl. Fugger-Birken l. c.), der daneben auch Siebenbürgers Verdienste nicht verschweigt (259).

zum Zuge gegen die Stadt zu bewegen. Herr Andreas Baumkircher, der riesenstarke Ritter, übernahm selbst die Botschaft. Mit vierzig Begleitern brach er auf gegen Prag und mit vieren ritt er am dritten Tage (29. Oktober) in die böhmische Königsburg ein; zu zweien und dreien waren die Gefährten der Anstrengung des furchtbaren Rittes am Wege erlegen.[1]

Der König hatte den enthafteten und wieder in sein Amt eingesetzten Kanzler Rabenstein erst unlängst — um die Mitte September — in Wien gehabt. Seitdem Georg die nüchterne Erwägung seines Verhältnisses zu Rom wieder möglich geworden, schien ihm des Kaisers Freundschaft unentbehrlich. In jenen Tagen der wachsenden Spannung zwischen Friedrich und den Wienern kam der Kanzler auch unschwer ans Ziel. Der König versprach Waffenhilfe im Falle der Not, der Kaiser seine sofortige Verwendung bei dem heiligen Stuhle. Und so wie am 1. Oktober der Kaiser wirklich nach Rom schrieb, die Kurie möge sich ja bedenken, im Streite mit dem Könige etwas zu übereilen, schon aus Rücksicht auf die böhmischen Katholiken, die bei unklugem Vorgehen leicht der Wut der empörten utraquistischen Menge zum Opfer fallen könnten, es sei am besten durch einen Legaten de latere die Sache untersuchen und entscheiden zu lassen:[2] so genügte der König seiner Vertragspflicht, indem er nach Ausbruch der Empörung die Wiener in einem Schreiben ernstlich von ihrem Beginnen abmahnte und das Erscheinen seiner Räte zum Zwecke der Friedensvermittelung ankündigte. Schon hatte er auch, weil dies wirkungslos blieb,[3] der Stadt seinen Fehdebrief zugesandt.[4]

Nun auf die Bitten der Räte und des treuen Baumkirchers erhob er sich zu höchster Energie. Nicht bedurfte der Getreue des Hinweises auf den Dank des Kaisers für eiligste Hilfe, nicht brauchte er sein Hab und Gut, ja sein unmündiges Söhnlein als Pfand dafür anzubieten:[5] Für König Georgs Entschließungen stand Größeres zu betrachten. Nach den schweren Wechselfällen der letzten Monate wandte ihm das alte Glück wieder lächelnd das Antlitz zu; er sicherte sich jetzt in dem Kaiser den mächtigen Freund und Fürsprecher, und unmöglich konnte Papst Pius II.

---

[1] Beheim 146. Nickel von Koferitz an den Senat von Görlitz am 9. November in Fontes rer. Austriac. XX. 283—284, Nr. 288.

[2] Brief vom 1. Oktober in Fontes rer. Austriac. XX. 280, Nr. 285. Im Manusc. Sternberg. fol. 404.

[3] Die Wiener gaben weder dem Könige Antwort, noch wollten sie auch sein Schreiben an den Kaiser gelangen lassen. Archiv český V. 288.

[4] Nach des Königes Ausschreiben vom 29. und 30. Oktober.

[5] Beheim 145—150.

die Hand vernichtend gegen den erheben, der den Kaiser, den alten Gönner und Freund, gerettet! Unbedenklich sagte er zu.

Noch am selben Tage[1] erging ein allgemeines Aufgebot durch ganz Böhmen; jeder sollte sich rüsten mit ganzer Macht, auf ein zweites Gebot dem Könige ins Feld zuzuziehen; er sei entschlossen, den von den Wienern bedrängten Kaiser nach seiner Pflicht als Kurfürst des Reiches und wegen des Hochmutes der Wiener Hilfe zu bringen.[2] Die vornehmsten Barone lud der König erst auf den 4. November zu sich nach Prag,[3] dann weil mancher ob der Kürze der Zeit nicht zu kommen vermochte,[4] befahl er allen, am 11. November wenigstens mit ihren Reisigen und der unerläßlichen Anzahl Fußgänger bei Znaim zu ihm zu stoßen.[5] Der in in Regensburg tagenden Fürstenversammlung und den befreundeten Höfen im Reiche wurde am 30. Oktober gleichfalls der Entschluß des Königs gemeldet. Er sprach die Erwartung aus, „sie würden sich selbst und die Ihren als des Römischen Reiches Mannen und Unterthanen erwecken und aufbringen mit allem und bestem Vermögen, damit desto „besser und stattlicher solcher erschrecklichen Gewalt und Frevel Widerstand geschehe", und auch sie und andere Oberhand nicht so mutwillig unterdrückt, beleidigt oder genötigt würden; was er mit seinem „Königreiche, Fürstentümern, Landen und Leuten vermöge, wolle er nicht sparen".[6] Von vornherein sichert sich so der Böhmenherrscher nach allen Seiten das Verdienst des Befreiers und Erretters der bedrängten Fürsten- und Kaisergewalt.

Er ward es aber in der That. Gleich am Morgen des 30. Oktober[7]

---

[1] Was Fabelhaftes des Königes Entschließung umrankt (auch noch bei Palacky, IV. 2. 259—260), habe ich unbedenklich weggeschnitten. Schon Beheims Erzählung entbehrt nicht ganz des poetischen Schmuckes.

[2] Des Königes Schreiben vom 29. Oktober an Herrn Johann von Rosenberg im Archiv český V. 288. An Johann von Wartenberg vom 2. November in Font. rer. Austriac. XX. 282, Nr. 288.

[3] Zettel zu dem obigen Schreiben an Rosenberg ebendort; der König wollte sich nicht den Vorwurf der Eigenmächtigkeit zuziehen.

[4] Rosenbergs Antwort vom 3. November ebendort 288—289. Wartenberg intimiert des Königes Aufgebot den Sechsstädtern erst am 8. November. Fontes rer. Austriac. XX. 282—283.

[5] Neuer Brief und Zettel des Königes an Joh. v. Rosenberg vom 5. November, Archiv český l. c. 289. Vgl. den Brief des von Kockeritz „ad senatum Gorlicensem" vom 9. November l. c.

[6] Das Schreiben an den Regensburger Konvent im Weim. Gesamtarchiv pag. 241, Nr. 4a—b. Jenes an Herzog Wilhelm von Sachsen ebendort Nr. 4aa, danach gedruckt bei Müller, Reichstagstheatrum II. 142—143.

[7] In dem Schreiben vom selben Tage nach Regensburg sagt der König, sein Sohn sei bereits ausgezogen. Baumkircher blieb also nur wenige Stunden in Prag.

war Prinz Victorin mit dem Baumkircher, der einen reitenden Boten voraussandte, mit dem Oberstburggrafen Zdenko von Sternberg und 600 Reisigen[1] von Prag ausgezogen; am vierten Tage hielt er mit den Seinen vor Korneuburg, das ihn andern Tages als Helfer des Kaisers willig aufnahm. Mächtiger als die Waffenhilfe war der moralische Eindruck. Nun erhob sich ringsum die getreue Landschaft für den rechtmäßigen Herrn, da sie bisher der Mahnung der kaiserlichen Räte nicht zu folgen gewagt.[2] Am 5. November sagten Krems, Stein, Korneuburg ab; die anderen Städte und Herren, darunter Georg von Kuenring, Rüdiger von Stahremberg, Heidenreich Druchsäß, Jorg von Volkensdorff, Wolfgang von Roggendorf, Hans Hofkircher, Achaz Bohunko, der Deutschordensmeister zu Mailberg, folgten nach: Während der wenigen Tage, welche die Böhmen in Korneuburg rasteten, sah Herzog Victorin seine Schar bis auf 1100 Pferde angewachsen.[3] Dann erhoben sich die Böhmen und, Wien am Nordufer der Donau umgehend, zogen sie über Ort im Marchfeld, wo sie Jan von Teinitz freundlich aufnahm und verstärkte, den Strom hinab, gewannen zugleich mit Gamaret Fronauer, der nun die bisherige Neutralität zu Gunsten des Kaisers aufgab,[4] das rechte Gestade des Flusses und die Vereinigung mit den Scharen Schaumburgs, Baumkirchers und der kaiserlichen Soldhauptleute.

Auch von anderer Seite nahte Hilfe. Es mochten den innerösterreichischen Herren während ihres Weilens in Wien mancherlei Dinge vorgekommen sein, da sie noch vor ihrem Abzuge sich beredeten, zu Anfang Oktober einen Landtag aller drei Herzogtümer in Leibnitz abzuhalten.[5] Daß dies ohne Erlaubnis des Landesherrn geschah, erregte im Vereine mit dem Verhalten der Wiener, die am 12. Oktober ihre Absage auch nach Leibnitz mitteilten,[6] in gleichem Grade Unruhe und Verdruß am

[1] So berichtet Nickel von Koteritz. Beheim sagt „mit zwai tausent mannen“. Die Möglichkeit, beide Angaben zu vereinigen, läge darin, daß die fehlenden 1400 Fußgänger gewesen. Doch greift Beheim gern hoch.

[2] Beheim 189.

[3] Beheim 151—161. Anonym. chron. Austriac. 180. Ebendorfer 957. Schreiben Nickels von Koteritz vom 9. November a. a. O.

[4] Beheim 117—118.

[5] Krones, Vorarbeiten zur Quellenkunde &c. des Landtagswesens der Steiermark, Beiträge zur Kunde steir. Geschichtsquellen II. 87 (Schreiben der Steirer an die Kärntner und Krainer vom 20. Oktober). Daß es sich lediglich um die Interessen des Kaisers und der Lande handelte, wie sie hernach versicherten, bleibe dahingestellt. Man vgl. aber Punkt 2 in der Werbung der kaiserl. Kommissäre in Leibnitz.

[6] Krones a. a. O. 85, Nr. 126. Gegeben „Wienn an sand Kolmans abent“.

kaiſerlichen Hofe: Man verbot den Tag, der aber gleichwohl, wenn auch nur von der Minderheit der Stände,[1] beſucht wurde.

Doch wurde Friedrich III. raſch genötigt, ſich mit der formellen Wahrung ſeiner Rechte zu begnügen. Nachdem die Räte in Wiener-Neuſtadt am 13. Oktober im Namen des Kaiſers ein Sendſchreiben an die Stände der drei Fürſtentümer, „ſo jetzt bei dem Landtag zu Leibnitz ſein", gerichtet und zur Kriegsrüſtung aufgefordert hatten,[2] erſchienen am 17. Oktober Dr. Sigmund Drechsler, Georg Sauerer von Saurau und Sigmund Roggendorfer auf dem verbotenen Tage ſelbſt, und wenn ſie auch des Kaiſers „hohes Verdrießen" über die Eigenmächtigkeit der Herren zum Ausdrucke brachten, ſo traten ſie doch ſofort in die Verhandlungen ein, damit von ſelbſt die Verſammlung legitimierend. Sie verlangten unter Darlegung der Sachlage in Wien den ſofortigen Zuzug nach Wiener-Neuſtadt.

Nun konnten die Stände ſich zwar nicht enthalten, über des Kaiſers Mißtrauen Klage zu führen: Seine Verbotsbriefe allein ſeien ſchuld, daß aus Kärnten und Krain kaum die Hälfte, aus der Steiermark nur der dritte Teil der Stände zugegen ſei. Sie erklärten auch weiter tagen zu wollen, ob die kaiſerlichen Räte dieſe ihre Antwort entgegennehmen wollten oder nicht. Aber ſchließlich gelang es doch, ſich zu einigen, ja die Herren dahin zu bringen, daß ſie für ſich und die Abweſenden ſowohl betreffs der Wehrhaftmachung der Landſchaften überhaupt, als auch des ſofort nötigen Zuges vor Wien zur Errettung des Kaiſers weitgehende Beſchlüſſe faßten. Herr Erasmus von Stubenberg wurde von den Steiermärkern zum Feldhauptmanne beſtellt und ihm drei Hauptleute beigeordnet, eine allgemeine Steuer bewilligt. Ebenſo thaten die Kärntner und Krainer.[3]

Schon hatten auch des Kaiſers Hauptmann in den ſüdweſtlichen Grenzdiſtrikten, Jan von Wittowetz, dann Georg von Tſchernembl, Hauptmann zu Adelsberg und am Karſt, Andreas Hohenwarter, Hauptmann zu Mödling u. a. ihre Scharen geſammelt und zum Zuge gerüſtet. Ziemlich gleichzeitig mit dem Heerhaufen des böhmiſchen Königsſohnes waren auch die binnenländiſchen Aufgebote zur Stelle.

Nun fühlten ſich die Kaiſerlichen und der Herzog Victorin ſtark

---

[1] Krones a. a. O. 86, 87. [2] Ebendort 85, Nr. 127.

[3] Ebendort 86—89. Die Stände baten auch hinterher noch in demſelben Schreiben, in dem ſie ihre Teilnahme ob ſeiner Erniedrigung ausſprachen und ihren Hilfezug ankündigten, um Vergebung wegen ihrer Eigenmächtigkeit. Ebendort 89. Vgl. übrigens A. Dimitz, Geſchichte Krains I. 276—277. Die übrigen Handbücher (Kärntens, Oberöſterreichs) berühren dieſe Dinge kaum.

genug, gegen die Stadt vorzugehen: Sie wollten stürmen, ließen sie dem Kaiser durch einen der Boten, die ab und zu heraus und hinein gelangten, sagen, falls die äußerste Not vorhanden wäre; dies möge man ihnen durch brennende Reisigbündel und von den Türmen flatternde weiße Fahnen anzeigen; sonst wäre es besser, das böhmische Hauptheer abzuwarten.[1] Schon war eben auch König Georg im Anzuge.

Mit 7000 Mann[2] erreichte er am 14. November Korneuburg.[3] Unablässig strömten die Aufgebote seiner Barone und Ritter ihm nach, so daß das Heer binnen wenig Tagen auf 22000 Mann anschwoll.[4] Den König umgab die Blüte des böhmischen und mährischen Adels: Neben Johann von Rosenberg, dem jetzigen Haupte dieses mächtigen Hauses, und Heinrich von Lipa, Hauptmann zu Mähren, die Herren Heinrich von Platz, Leo von Rosenthal, Heinrich von Michelsberg, Hans, Heinrich und Albrecht von Kolowrat, drei von Guttenstein, zwei von Janowitz und Petersburg, drei von Schönburg, die Brüderpaare Zdenko und Albrecht von Boskowitz und von Postupitz, zwei von Wlaschim, Bodo von Eulenburg (Ilburg), Nicklas von Landstein, Johann Towatschovsky von Zinnenburg (Cimburg) mit seinen Söhnen Johann und Ctibor, Janko von Boskowitz und Tschernahora, Bruder des Olmützer Bischofes Prothas, der Kanzler Prokop von Rabenstein und Ritter Jobst von Einsiedl, des Königes Sekretär, dann die alt erprobten Kriegsmänner und Scharenführer Matthäus von Sternberg, Dobrohost von Ronsperg, Benesch von Weitmühl, Unterburggraf zu Karlstein, Hans Wölfel von Warnsdorf, Hauptmann zu Glatz, und viele andere.[5]

Der Erzherzog war bis jetzt nicht bloß nicht des Königs Gegner, sondern seit jenem Budweiser Vertrage vom März des Jahres aufs neue sein Bündner.[6] Auf die Nachricht vom Heranrücken der Böhmen sandte er Georg von Pottendorff nach Korneuburg, um Verhandlungen einzuleiten. Der König bewilligte bloß eine zweitägige Waffenruhe, während welcher auch das Bombardement der Burg unterbleiben mußte. Zugleich ward bestimmt, daß sich die Fürsten persönlich begegnen sollten.

[1] Beheim 162—164. Gerhard Roo 260. [2] Beheim 154.

[3] Anonymus 181.

[4] Brief eines Unbekannten an Kurfürst Friedrich von Sachsen vom 16. Dezember. Stadt-Enzersdorf in Niederösterreich im Dresdener Hauptstaatsarchiv 9132, fol. 112—113. M. Beheim, Buch von den Wienern 158.

[5] Beheim 154—158.

[6] Es ist sehr bezeichnend, daß der König auch den Herren geboten hatte, nur den Wienern, sonst niemandem, abzusagen. S. sein Schreiben an Johann von Rosenberg vom 5. November im Archiv český, V. 289.

Es geschah am 16. November auf der Donau zwischen Korneuburg und Klosterneuburg. Aber man konnte sich nicht einigen. Deshalb wurde der Friede für weitere zwei Tage zugestanden; doch schon am 17. kehrte Albrecht, der vom Könige die Anerkennung der Budweiser Verpflichtungen nicht zu erlangen vermochte, unwillig nach Wien zurück.[1] Am selben Tage gab der König, der bereits mehrere Abteilungen Fußvolkes zwischen Ort und Fischament über die Donau gesandt hatte,[2] seinem Sohne und den kaiserlichen Befehlshabern die Nachricht, er sei bereit, einen Sturmangriff auf die Hauptstadt mit seinem ganzen Heere zu unterstützen.

Die Österreicher und Böhmen waren am 13. März bis hart vor Wien herangerückt und hatten zu beiden Seiten von Inzersdorf in zwei Lagern derart Stellung genommen, daß sich das kaiserliche Heer bis zum Wiener-Walde ausdehnte, während die Böhmen im Südosten die Stadt umschlossen. Man hatte Matzleinsdorf und alles im Weichbilde bis vor die Thore, Dörfer, Mühlen und sonstige Gebäude niedergebrannt.[3] Man wußte aber auch, daß die Belagerten den Entsatz aufs dringendste begehrten; deshalb wurde auf des Königes Botschaft hin der Angriff unverweilt beschlossen.

Der Plan war: Der König solle am Morgen des 19. November die Brücken über die Donau im Norden der Stadt forcieren, und die Aufmerksamkeit der Städter auf sich lenken; sobald dies gelungen, wird er es durch Feuerzeichen den anderen verkünden; alsbald sollen die verbündeten Scharen, während die Wiener den König abwehren würden, Vorstadt und Stadt stürmen und den Weg zur Burg zu gewinnen suchen; von der Burg aus könne durch Geschützfeuer der Gewaltangriff unterstützt werden.[4]

Der König war damit zufrieden. In der Nacht vom 18. auf den 19. November zogen Herzog Victorin und die Kaiserlichen unter der Oberleitung von Andreas Baumkircher über den Wiener-Wald und lagerten sich im Südwesten der Stadt bei Gumpendorf,[5] während das böhmische Haupt-

[1] Hinderbach 642. Anonym. 181.

[2] Hinderbach 642. Nach dem obigen Schreiben vom 16. Dezember waren es 4000 Mann, während der König 18 000 um sich behielt.

[3] Anonym. 180—181. Ebendorfer 959. Jtinerarium Wolfgangi de Styra apud Pez II. 453. Beheim 104. Hinderbach, col. 642 meldet außerdem von kleineren Gefechten.

[4] Nach dem Briefe vom 16. Dezember. Hinderbach, col. 646—647. Beheim 104.

[5] Beheim l. c. Anonym. 181. Dessen „Gundendorff" weist als „Guntendorf" noch die alte Homann'sche Karte Deutschlands aus. Der Angriff war dem-

heer von Korneuburg herangezogen war und den 18. abends am linken Donauufer Wien gegenüber Stellung genommen hatte.

Aber ein tückischer Zufall brachte die verbündeten Heere um den gehofften Erfolg. Die Wiener hatten entweder von des Königes Anmarsch gehört oder sonst für notwendig befunden, die innere Donaubrücke zum Teile abzuwerfen.[1] Als nun der König am Morgen angriff, gelang es ihm zwar, die Kastelle bei den äußeren Brücken zu nehmen und den Übergang zu erzwingen,[2] aber die Städter trugen jetzt die innere Brücke vollends ab und zündeten zudem den Brückenkopf an, dem Könige so jedes weitere Vordringen unmöglich machend. Das ward verhängnisvoll.

Als die Feuerröte im Nebel des Wintermorgens sichtbar wurde, hielten die kaiserlichen Anführer und Prinz Victorin dies für das verabredete Zeichen,[3] und alsbald begannen sie den Sturm, aber, ob des vermeintlichen Sieges des Königes mit freudigem Ungestüm, ohne sichere Ordnung, „in thörichter, unweiser Form".[4]

Natürlich wurden sie zu ihrer Überraschung hart empfangen. Eine gewaltige Masse von kampffertigen Städtern, die Söldnerscharen, die Reisigen des Erzherzoges und der österreichischen Barone strömten beim Rufe der Sturmglocken[5] nach den Mauern und Wällen, die Angreifer abzuwehren. Auch sonst traf diese mannigfaches Mißgeschick: An diesem Tage war das Erdreich gefroren, nachdem es in den letzten Tagen gethaut hatte; man vermochte auf dem glatten Boden nicht festen Fuß zu fassen; die Sonnenstrahlen, vom jungen Schnee tausendfach zurückgeworfen, blendeten die von Westen her andringenden Sturmkolonnen; gerade dort, wo man durch die Weingärten sich auf die Vorstadt gestürzt hatte, nächst dem Schottenthore, waren Zaun und Mauern am stärksten und der Graben am tiefsten; es fehlte auch durchaus an Leitern und Holzwerk, ihn auszufüllen oder hinüberzukommen. So war alle Mühe vergebens. Ob auch der Ansturm zwei- und dreimal versucht ward, ob auch in glänzender Tapferkeit Böhmen und Österreicher wetteiferten: Geschlagen und wund, mit Zurücklassung von Toten, Verwundeten und Gefangenen mußten die

---

nach auf die Wallstrecke zwischen dem Schotten- und Widmerthor, also in nächster Nähe der Burg gerichtet.

[1] Hinderbach, col. 647 „dubium, an prodito negotio, vel etiam casualiter et in consulto".

[2] Schreiben an Kurfürst Friedrich von Sachsen vom 16. Dezember und Schreiben König Georgs von Böhmen an denselben, Korneuburg 8. Dezember, im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 241, Nr. 4[ah]. Hinderbach, col. 647.

[3] Hinderbach, col. 647. [4] Beheim 172.

[5] Die Bevölkerung war darauf besonders eingeübt worden. Hinderbach 644.

Angreifer weichen.[1] Andreas Baumkircher führte die Scharen erst in das Gumpendorfer Lager zurück, dann, nachdem man hier den Tag und die folgende Nacht geruht und die Verwundeten gepflegt hatte, nahm er wieder die frühere Stellung bei Inzersdorf.[2]

Unsäglich aber war der Jammer in der Burg. Man hatte, als der Sturm begann, Mauern und Türme bestiegen, um dem Kampfe zuzusehen und voreilig durch Aufziehen von bunten Fahnen der Freude, endlich erlöst zu sein, Ausdruck gegeben. Als der Kampf um Zaun und Mauer tobte, hatte der Kaiser durch Geschützfeuer den Angreifenden zu helfen gesucht; er und seine Mannen standen in Rüstung bereit, um aus der Burg hervorzubrechen, sobald die Stadtmauer von den Stürmenden erstiegen wäre. Aber der Angriff stockte, die Geschosse aus der Burg thaten mehr den Freunden als den Feinden Schaden: Da verschwanden nach und nach die Flaggen von den Zinnen und Freude und Hoffnung aus den Gesichtern, und den Anschlag aufgebend, tief betrübt zog sich der Kaiser, als die Niederlage der Seinen entschieden war, in sein Gemach zurück.[3]

Um so größer war der Jubel in der Stadt, wo bereits ebenfalls an Lebensmitteln und Munition Mangel eintrat und in den letzten Tagen der Wunsch nach Friede oft und nachdrücklich zu vernehmen gewesen, wo Holzer in Abwesenheit des Erzherzoges zu dem alten Mittel, kaiserlich gesinnte Bürger zu plündern und den Pöbel zu berauschen, hatte greifen müssen.[4] Doch war sein Versuch, mit hellem Haufen bei Sankt Ulrich hervorbrechend, die Abziehenden zu verfolgen, von Baumkircher mit Entschiedenheit abgewiesen worden.[5]

Die Hoffnung auf sofortigen Entsatz war dahin, die Lage ernst genug. Wohl standen trotz des Verlustes vom 19. November die Heere des Königes und der österreichischen Landschaften schlagfertig und kam ihnen eben noch neuer Zuzug unter Graf Hans von Montfort und Herrn Georg von Teinitz; an dem endlichen Siege war nicht zu zweifeln. Aber war

[1] Maßgebend für obige Darstellung sind die Berichte Beheims 164—182, des Itinerarium Wolfgangi de Styra 463; Hinderbachs, col. 647, Ebendorfers, col. 690 und der erwähnten Briefe vom 8. und 16. Dezember; vergl. noch Pii II. Commentar. lib. II. l. c. Die anderen, wenn auch älteren Meldungen (G. Roos, Fugger-Birkens, Müllers 145—146) gehen wesentlich auf jene gleichzeitigen Aufzeichnungen zurück.

[2] Beheim 183.

[3] Hinderbach 647: „magno maerore". Vergl. ebendort 648 und Beheim 176—177, 185—186.

[4] Hinderbach 647. [5] Beheim 182, 183.

nicht, ehe es gelingen konnte, eine von 11 000 bewaffneten Bürgern, 2000 städtischen Söldnern und den Mannen des Erzherzoges und seiner Helfer verteidigte große Stadt zu bezwingen, längst alles in der Burg Hungers gestorben? Dazu blieb das Frostwetter andauernd und gesellte sich starker Schneefall dazu, litt das Belagerungsheer in dem verheerten Lande schon jetzt unter den Unbilden des Winters.[1] Da bot der König, der sich wieder nach Korneuburg zurückgezogen hatte, dem Erzherzoge abermals Verhandlungen an, die Albrecht, obwohl gleichfalls in gehobener Stimmung ob des errungenen Sieges, nicht zurückweisen wollte.[2] Ihr erstes Ergebnis war eine dreitägige allgemeine Waffenruhe.

Es war die Friedensstiftung keine leichte Arbeit. Nicht bloß, daß die Forderung der österreichischen Brüder und der Wiener schwer vereinbar waren: Der Erzherzog, der sich beim Könige in Korneuburg einfand, hatte daneben das Mißtrauen der Städter, die Umtriebe Holzers zu bekämpfen; vom Kaiser mußte man in wiederholter Botschaft die nötigen Vollmachten, dann doch noch die Absendung besonderer Räte erbitten,[3] wobei die Wiener, das Entkommen des belagerten Reichsoberhauptes und die Einschleppung von Lebensmitteln in die Burg besorgend, Schwierigkeiten aller Art bereiteten; der König hatte die specielle Aufgabe, dem Kaiser als Helfer Land und Freiheit zu sichern und dies mit seinen Verschreibungen an den Erzherzog, ihm Niederösterreich zu verschaffen, in Einklang zu bringen. Erst als von seiten des Kaisers Georg von Volkensdorff, Pankraz von Plankenstein, Sigmund von Sebriach und Georg Kainacher, aus dem Heere Andreas Baumkircher und andere Anführer, als Vertreter der Wiener der Bürgermeister Holzer und mehrere andere in Korneuburg sich um den Frieden bemühten, gelang es ein Ende zu finden. Aber wiederholt war der Stillstand verlängert worden und die argwöhnische, durch mancherlei Gerüchte erregte Wiener Bevölkerung hatte sich erst in den Friedensgedanken gefunden, als Erzherzog Albrecht persönlich in die Stadt eilte und die Versicherung gab, er werde in keiner Weise gestatten, daß der Kaiser bei der Regierung des Erzherzogtumes bleibe, und seinen Leib, und was er besitze und vermöge, dafür einsetzen.[4]

---

[1] Brief vom 16. Dezember aus Enzersdorf an Kurfürst Friedrich von Sachsen.

[2] Hinderbach 648: licet ille animo aliquantulum insolentior factus non (sic!) nihil refragare videretur annuit tamen.

[3] Cum Regi videretur, omnino non sine Caesaris oratoribus placitandum esse. Hinderbach 649. Auf seine Aufzeichnungen basiert sich auch das Vorhergehende. Vgl. Beheim 187—188.

[4] Hinderbach, col. 650—651.

Es ward aber zu Korneuburg eine Vereinbarung, vorbehaltlich der Bestätigung durch den Kaiser, gutgeheißen, die dem diplomatischen Geschicke des Königes und seiner Räte alle Ehre machte: Aller Krieg und Streit, hieß es darin, ist abgethan; der Erzherzog tritt Schlösser, Städte, Land und Leute und Herrschaften, die er in Niederösterreich genommen hat, dem Kaiser ab „ohne Irrung", und empfängt dagegen das Fürstentum Österreich mit allem Zugehör, so wie es einst 1458 dem Kaiser zu teil geworden, „in fürstlicher Regierungsweise" auf acht Jahre, nach welcher Zeit es wieder an den Kaiser oder seine Erben zurückfällt; stirbt der Erzherzog während der acht Jahre, so geschieht dies sofort, jedoch in der Weise, daß für den Rest der Frist von den Landständen eine Regierung bestellt wird; der Erzherzog entrichtet durch diese ganze Zeit dem Kaiser alljährlich 4000 ungar. Gulden; alles, was dem Kaiser und der Kaiserin, ihrem Hofgesinde und den Jungfrauen und getreuen Wienern entfremdet, beschädigt oder zerstört worden ist, soll wiedergegeben und ersetzt werden.[1]

Am Abende des 2. Dezember brachten Johann von Rosenberg, die beiden Kostka von Postupitz, Heinrich von Michelsberg und Hans Wölfel von Warnsdorf, dann die österreichischen Barone Georg von Volkensdorff und Pankraz von Plankenstein den Vertrag in die Kaiserburg.[2]

Es hatte in den letzten Tagen nicht an Beweisen ergebener Treue aus der Mitte der Wiener gefehlt. Trotz der scharfen Wachsamkeit Nanckenreutters, der die Posten um die Burg befehligte, wurden zur Nachtzeit rohes und gekochtes Fleisch, Obst und andere Nahrung, selbst Wildpret, Rebhühner und Fasanen über die Wälle geworfen oder mit Lebensgefahr überbracht.[3] Aber zu halten war die Feste nicht mehr. Der Kaiser untersiegelte den Vertrag,[4] um so mehr, als der König wegen der Ausführungsbestimmungen noch weitere, persönliche Beredungen in Gegenwart des Erzherzoges für bevorstehend erklärte.[5]

Mit Recht schien dies dem Könige notwendig. Dem Frieden, den beide Teile widerwillig aufnahmen, konnte nur eine gänzliche Versöhnung der österreichischen Brüder Dauer geben.

---

[1] Nach der Urkunde vom 2. Dezember. [2] Beheim 187—188.

[3] Hinderbach, col. 651—652.

[4] Gedruckt schon bei Ebendorfer, col. 961—963 und Fugger-Birken 703—706; ferner bei Müller, Reichstagstheatrum II. 147—149. Kurz, Österreich unter Friedrich IV. 232—236, Nr. XXXI. Du Mont, Corps Diplomat. III. 1. 178. Original im Geheimen Hausarchiv zu Wien. Vgl. auch Chmel, Reg. II. 397, Nr. 3951.

[5] Beheim 188.

Noch war, ehe der Friede endgültig und die Aufhebung der Belagerung möglich war, die Zustimmung der Wiener erforderlich. Deshalb ließ der Erzherzog am nächsten Tage die Bürgerschaft in die Stephanskirche berufen und verkündigte da von der Kanzel herab die vereinbarten Bestimmungen.

Man war im allgemeinen des Kampfes satt. Trotzdem erhoben einzelne, besonders Holzer selbst, gegen die Entrichtung einer alljährlichen Steuersumme an den Kaiser und die Wiedererstattung all des dem Kaiser und den Seinen zugefügten Schadens Widerspruch. Aber der energische Fürst brachte die Murrenden rasch zum Schweigen: Niemand von den Landherren, und auch die Abgeordneten der Stadt nicht, seien der Meinung, daß man mehr erreichen könne; alle hätten zugestimmt. Und als Holzer trotzdem Bedenkzeit forderte, rief Albrecht mtt erhobener Stimme: „Hört mich Bürger und nicht ihn allein, denn auch ich bin euer Bürgermeister und mehr noch. — Der Friede, den ihr lange ersehntet, ist da, von mir und den Landherren hier mit schwerer Mühe zustande gebracht. Wählet, was ihr wollt, Krieg oder Frieden! Die den Frieden begehren, mögen Stimme und Hand mit mir erheben; welche den Krieg wünschen, können ihn führen; ich werde mich fernhalten". Damit erhob er die Hand, die Stände mit ihm, die große Mehrheit der Wiener folgte, voller Ingrimm, scheltend endlich auch Holzer und die übrigen.[1]

Am nächsten Tage ritt der Kaiser, von Herzog Victorin und einem glänzenden Gefolge böhmischer Edlen geleitet, vom Könige vor Stadt-Enzersdorf gegenüber Nußdorf empfangen, nach Korneuburg. Die Kaiserin zog mit ihren Frauen und dem Hofgesinde gegen Wiener-Neustadt. Die Burg zu Wien behütete Hans Wölfel von Warnsdorf, Hauptmann zu Glatz.[2]

Acht Tage weilten die Fürsten neben einander in Korneuburg.

Wozu den Kaiser sein dankerfülltes Innere drängte, was dem Könige die eigene sorgenvolle Lage, beiden Fürsten politische Klugheit riet, das wurde in einer Reihe von Verträgen zum Ausdrucke gebracht. Auf das innigste schlossen sich die Herrscher aneinander an. Der Kaiser ehrte den König mit einer goldenen Kette von hohem Werte und übergab ihm für

---

[1] Wesentlich nach Hinderbach, col. 656—658. Was in der Erzählung Palackys (IV. 2. 263—264) czechisch-patriotische Zuthat ist, ist leicht zu erkennen.

[2] Beheim 189—191. Anonym. 183—184. Über die Gemeinheit des Wiener Pöbels, der auch jetzt Kaiser und Kaiserin die schuldige Ehre verweigerte, Hinderbach 662; Ebendorfer, 963—964; Font. rer. Austriac. XX. 286—287, Nr. 293.

seine Gemahlin eine kostbare Krone.[1] Durch kaiserliches Diplom vom 7. Dezember erlangten Podiebrads jüngere Söhne die Erhebung in den Reichsfürstenstand, zu Reichsgrafen von Glatz und Herzogen von Münsterberg.[2] Herzog Victorin, nach dem blöden Boček des Königs Ältester, war bereits gelegentlich des Besuches des Kaisers am böhmischen Hofe 1459 zu Brünn in gleicher Weise ausgezeichnet worden.[3]

Einen noch größeren Beweis seines unbegrenzten Vertrauens und fürstlichen Dankes gab der Kaiser dem Könige am folgenden Tage, indem er ihn für den Fall seines Todes zum Obervormunde des Prinzen Maximilian mit einem Jahresgehalte von 100 000 Dukaten ernannte, und für den Fall, als er und sein Sohn ohne Kinder sterben würden, zum Nachfolger in ihren Hauslanden einsetzte, ein Erbrecht, das von den Miterben aus dem Stamme von Österreich nur mit 100 000 Goldgulden abgelöst werden könne. Unter dem Titel einer Entlohnung für die Hilfe, die der König zugesagt habe bei der Unterwerfung aller, die sich der Landesrenten Niederösterreichs bemächtigt hätten, thatsächlich aber für die Kosten der Befreiungsfahrt vor Wien, verschrieb der Kaiser zugleich König Georg auf Lebenszeit die halbe Wein- und Salzsteuer des Erzherzogtumes.[4] Nicht minder willfährig endlich erwies sich Friedrich III. dem Könige bei dem sehr begreiflichen Verlangen, eine seinen besonderen Interessen zusagende Ordnung der deutschen Verhältnisse zu finden, und vor allem hinsichtlich einer Beilegung von Georgs Zerwürfnissen mit dem römischen Stuhle.

Die Fürsten versprachen sich Hilfe, Rat und Beistand mit all ihrer Macht, ihren Landen und Leuten gegen jedermann, den Papst allein ausgenommen; der Kaiser behielt sich nur vor, „zu diesen Zeiten der Sache halben, die jetzt im Reiche steht", den Markgrafen Albrecht von Brandenburg unterstützen zu dürfen, ebenso der König den Herzog Ludwig von Bayern, „die Sachen Markgraf Albrechten von Brandenburg antreffend".[5]

Aber auch betreffs einer Versöhnung dieser beiden Hauptgegner im Reiche wurde sofort das nötige vereinbart. Der Kaiser willigte ein, ohne

[1] Ebendorfer, col. 964.

[2] Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiae. I. 1077. Chmel, Reg. II. 397, Nr. 3952.

[3] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 103.

[4] Lünig, Cod. Germ. Diplomat. II. 570. Chmel, Reg. II. 397, Nr. 3953.

[5] Sommersberg, Tabulae geneal. ducum Silesiac. etc., Wratislaviae 1724, 125. Palacky, Urkundl. Beitr. Font. rer. Austriac. XX. 284—285, Nr. 290. Vgl. Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 590. Die für Markgraf Albrecht gefertigte Kopie im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 4 (fol. 5—6).

Säumen dem Markgrafen Botschaft zu thun und dafür zu sorgen, daß ihm die Vollmacht zu teil werde, einen Ausgleich mit Herzog Ludwig zu finden; dasselbe wird König Georg bei dem Landshuter erlangen. Der Kaiser überläßt ferner dem Böhmenkönige die gütliche Entscheidung in seinen Streitsachen mit Ludwig von Bayern. Endlich ist der König ermächtigt, einen Friedenstag nach Prag anzusagen, um dort mit den Räten, die der Kaiser zu schicken verspricht, die Wittelsbacher mit den Hohenzollern endgültig auszugleichen.

Der Kaiser erklärte aber, daß er ohne die Stände des Reiches, die ihm in den letzten Kriegsjahren Hilfe geleistet, und vor allem ohne Markgraf Albrecht in keinen Frieden willigen könne,[1] und behielt sich ebenso vor, daß etwaige Abmachungen, die sein Kanzler, der Bischof von Gurk, auf dem jetzigen Friedenstage zu Regensburg getroffen hätte, gültig sein sollten.[2]

Sowie der König nochmals gelobt, dem Kaiser bei der Aufrechterhaltung seines Regimentes und landesherrlichen Ansehens in den Erblanden getreulich beizustehen, so ist es Pflicht des Kaisers dafür zu sorgen, daß der Friede in Böhmen nicht durch Gewaltmaßregeln des römischen Stuhles gestört werde.

Fröhliche Feste, bei denen der Kaiser unter anderen 34 Ritter schlug, der freundschaftlichste persönliche Verkehr der Fürsten mit einander, eine gemeinsame Jagd in der Nähe von Enzersdorf gaben Zeugnis von dem innigen Verhältnisse, welches den Beherrscher Böhmens mit dem Reichsoberhaupte verband. Noch am Tage der Abreise des Kaisers erfreute ihn der König mit einem Verzichtsbriefe auf alle Rechte an die cillysche Erbschaft, die er von der Herzogin Margaretha von Teschen, einer Gebornen von Cilly, erhalten hatte.[3]

Daneben blieb dem Böhmenkönige die Aufgabe, den Kaiser auch mit seinem Bruder völlig zu versöhnen. Man erwartete den Erzherzog gleich nach dem 4. Dezember; aber er kam nicht. Albrecht hatte offenbar längst bemerkt, wie sehr der König gegen alle älteren Vertragspflichten statt seiner den Kaiser begünstigte. Bedachte er dazu die Friedensbedingungen, wie wenig entsprach doch, was er mit solcher Mühe und Gefahr, durch

---

[1] Ist in der Abrede vom 8. Dezember nicht enthalten, ergiebt sich aber aus der Instruktion des zu dem Markgrafen gesandten Wolfg. Forchtenauer vom 30. Januar 1463 im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 4.

[2] Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 589 und Anhang 154—155, Nr. XIV. Kopie im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 22.

[3] Chmel, Reg. II. 398, Nr. 3957; Korneuburg am 13. Dezember.

eine so anstößige Verbindung mit den aufständischen Unterthanen seines Bruders und gegen das Reichsoberhaupt erreicht hatte, den gehegten Erwartungen?

Es kam noch weiteres in Betracht. Als der Anhang Holzers den Kaiser und die Seinen mit all ihrer Habe abziehen sahen, ohne ihnen schaden zu dürfen, da warf er sich, obwohl der Erzherzog ausdrücklich zugesagt hatte, daß Willkür und Gewaltthat nun vorüber seien, in der Nacht des 4. Dezember nochmals auf Häuser und Güter der „Kaiserer“ und plünderte sie so gründlich, daß kein Nagel in der Wand und kein Tropfen Wein im Fasse blieb. Holzer selbst nahm daran Anteil: Auf des Herzoges Vorstellungen antwortete er trotzig, noch sei ein solches erlaubt, da der Friede noch nicht rechtskräftig sei.[1] Es hatten zugleich erzherzogliche Söldner am 4. die gegen Wiener-Neustadt Ziehenden angefallen und von mehreren Wagen alles Gut weggeschleppt.[2] Albrecht besorgte geradezu, der energische König möchte deswegen und seinem Bruder, dem Kaiser, zuliebe sich an ihm persönlich schadlos halten.[3] Er verlangte daher als Bedingung seines Kommens nach Korneuburg, daß ihm zuvor vornehme Geiseln für seine Sicherheit übergeben würden, Graf Ulrich von Schaumburg, Andreas Baumkircher und der von Sebriach seitens des Kaisers, Herzog Victorin, Zdenko von Sternberg und ein Dritter von dem Könige. Das wurde abgewiesen. Der König ließ aber Albrecht erklären, daß sowie er mit des Kaisers Zustimmung in Korneuburg gebiete, er auch allein das Geleite gebe; er nehme, wie den Kaiser selbst, so auch den Erzherzog völlig in seinen Schutz.[4] Aber erst nachdem ein letztes Hindernis überwunden war, der mächtig angeschwollene Donaustrom, der jeden Übergang bei Klosterneuburg unmöglich machte und Albrecht nötigte nach Korneuburg über Wien, wo erst wieder die Brücke hergestellt wurde, zu reiten, fand am 12. Dezember im Beisein des Königes die Begegnung der Brüder statt.[5]

---

[1] Hinderbach 658, 663. Die beiden Meldungen sind miteinander zu verbinden.

[2] Ebendort 663.

[3] Hinderbach, col. 663: Dux . . . rebus suis diffidere, ne forte rex ipsum pro Caesaris gratia esset interempturus aut ad alias pacis conditiones constricturus.

[4] Hinderbach, col. 665—666. Wie groß das allseitige Mißtrauen war, ergiebt sich daraus, daß die Österreicher gleich besorgten, die Böhmen würden Korneuburg, ja das Land nordwärts der Donau nicht wieder herausgeben. Hinderbach 666—667, der hier endet.

[5] Diese Zeitangabe, ganz direkt erwiesen durch Hinderbachs Angabe, col. 664: „sicque ducis transitus usque ad diem septimum, imo octavum dilatus est“, wird

Der Kaiser vermochte die Bitterkeit seines Herzens gegen den Bruder nicht zu bezwingen: Kein Blick, kein Wort ward dem Erzherzoge zu teil, als er sich mit Gruß und Ansprache an ihn wendete. Tief und schmerzlich empfand der Verschmähte diese Behandlung. Die Stimmung wurde auch im Laufe der Verhandlung nicht freundlicher. Abgekehrt am Fenster stehend, würdigte der Kaiser während der ganzen Beredung Albrecht keines Wortes. Für ihn sprach Georg von Volkensdorff, ob auch Albrecht diesem bedeutete, er sei gekommen, um mit seinem Bruder selbst zu reden. Natürlich war von einem Entgegenkommen beiderseits keine Rede. Mit dem Hinweise auf den Wortlaut des Friedensvertrages ließ der Kaiser fordern, daß die entfremdeten Städte und Burgen Niederösterreichs an ihn zurückgegeben und ihm als Landesherrn neuerdings verpflichtet würden, worauf die Übergabe der Regierung an den Erzherzog erfolgen werde. Dagegen machte Albrecht Einwendungen. Er meinte wohl, ein so formeller Akt, der gerade den Wienern und seinen Anhängern unter den Landständen klar machen müßte, das so fest verheißene Ende der kaiserlichen Herrschaft sei doch nicht gekommen, wäre nicht nötig; ohnehin sei für die nächsten Jahre die Regierung durch den Vertrag ihm zugesprochen, während es sich dem Kaiser bloß um die Wahrung und ausdrückliche Betonung des Rechtsstandpunktes handeln könne. Zudem zeigte sich Albrecht besorgt, der Kaiser möchte nach Empfang der Huldigung die Regierung überhaupt nicht abtreten; er verlangte, daß der König von Böhmen sich noch besonders dafür verbürge. Begreiflich, daß Podiebrad eine solche lästige und für den Kaiser beleidigende Zumutung ablehnte, „da er für die Sachen mit ihrer beiden Wissen und Willen einen Frieden vereinbart", den sie „beide untersiegelt hätten, und nun auch halten sollten".[1]

Eine Verständigung ward hier nicht erzielt.

Man hatte ferner in der Vertragsurkunde eine Bestimmung bezüglich der Gefangenen vergessen und verlangte kaiserlicherseits, daß in der gebräuchlichen Form ein Passus über deren Loslassung beigefügt werde. Auch darin erhob der Erzherzog Schwierigkeiten. Da schnitt der König, bereits

---

auch sonst durch den Gang der Ereignisse unumstößlich dargethan. Hier wie betreffs so vieler Daten über die Belagerung ist die bisher allgemein festgehaltene Chronologie unrichtig.

[1] Die Verhandlungen nach dem Briefe vom 16. Dezember an Kurfürst Friedrich von Sachsen, Ebendorfer, col. 963, Beheim 194—198, der hier einer ordnenden Hand fast so dringend bedarf wie Hinderbach. Vgl. Anonym. 184 u. G. Roo 262. Von Enea Silvio und Gerhard Roo angefangen bis auf Müller und F. Kurz ꝛc. ist der Böhmenkönig anläßlich dieses Vertrages der Doppelzüngigkeit beschuldigt worden. Ich darf wohl einfach auf die obige Erzählung verweisen.

ungeduldig, weitere Besprechungen ab: Es sei spät geworden und Essenszeit; der Herzog habe wie der Kaiser ihm Vollmacht gegeben, die Streitpunkte zu ordnen und das habe er gethan und thue er noch; der Herzog möge nun kurz erklären, ob er die Gefangenen losmachen wolle oder nicht. Albrecht that weiter keine Einrede. So wurde die bedingungslose Befreiung aller im Verlaufe des Kampfes in Gefangenschaft Geratener ausgesprochen.[1]

Das war aber auch alles. Am Morgen des 13. Dezember verließ der Kaiser Korneuburg, ohne seinen Bruder nochmals gesehen zu haben.[2] Er war entschlossen, auf der genauen Ausführung jenes ersten Vertragspunktes zu bestehen, geschehe es nicht, das ganze Friedenswerk hinfällig werden zu lassen; auf jeden Fall blieben ja er und die Seinen der Belagerung ledig, die Verstrickten frei. Der König von Böhmen scheint keinen Widerstand dagegen versucht zu haben; wie er die Sache auffaßte, zeigt ein Bericht aus seiner Umgebung aus den nächstfolgenden Tagen an die sächsischen Herzoge: „Meinem Herrn dem Kaiser bleibt das Land als einem Landesfürsten mit dem Regiment; der Kaiser und der König sind mit einander verbunden ewiglich; da baut fest darauf".

Bis Enzersdorf gab König Georg dem Kaiser mit seinem ganzen Heere das Geleite. Noch zwei Tage blieben hier die Fürsten in Freundschaft bei einander.[3] Am 16. morgens zog Friedrich, nachdem er sich mit ungewöhnlicher Herzlichkeit von dem Könige verabschiedet, Wien zur Seite lassend, gegen Bruck an der Leitha, und von da am nächsten Tage nach Wiener-Neustadt.[4] Bis hierher blieben ihm im Auftrage ihres Herrn der Oberstburggraf von Böhmen, Zdenko von Sternberg, Befehlshaber einer reisigen Schar, der Kanzler Prokop von Rabenstein und Jobst von Einsiedl zu Diensten. Auch der König verweilte nun nicht länger in Österreich.[5] Er nahm die Richtung auf Brünn, wo er auch das kommende Weihnachtsfest feierte.[6]

Konnte aus solcher Haltung des Kaisers und Königes ein aufrichtiger

[1] Brief vom 16. Dezember. Anonymus 184. Beheim 196—197.

[2] Beheim 198.

[3] Bei Jagd, Ritterspielen und sonstiger Kurzweil. Beheims Chronologie (198—199) hat Karajan und Palacky ganz irre geführt. Die Zeit ergiebt sich direkt aus jenem Schreiben aus Enzersdorf vom 16. Dezember.

[4] Brief vom 16. Dezember: „Vnd morgen komt myn herre der keyser abgotwil in die Nuwenstat". Anonym. 185. G. Roo 262.

[5] Schwerlich erfolgte sein Abzug bereits am 16., da jener Berichterstatter Zeit fand, noch in Enzersdorf nach Torgau zu schreiben.

[6] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 267.

Friede hervorgehen? Freilich, auch der Erzherzog zeigte sich nicht vertragstreuer. Statt Wien und die übrigen Städte und Schlösser in des Kaisers Pflicht und Gewahrsam zu geben,[1] verlangte er unmittelbar nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt den Treueid der Bürgerschaft für sich und die Auslieferung der Burg, die nach dem Abzuge der kaiserlichen Besatzung[2] am 12. Dezember der böhmische Hauptmann Hans Wölfel dem Rate zu fernerer Hut übergeben hatte. Die Bürgerschaft nahm sich Bedenkzeit, dann einer Ermahnung des Kaisers so wenig achtend wie der Erzherzog, that sie diesem am zweiten Weihnachtsfeiertage die Huldigung.[3]

Albrecht war damit noch lange nicht an seinem Ziele. Überall trat ihm der Kaiser, der jetzt bereits öffentlich erklären ließ, er erachte sich nicht weiter durch den Dezembervertrag verpflichtet, mit seinen Rechtsansprüchen als Landesherr und als Oberhaupt des Reiches entgegen. Auch empfand der Erzherzog rasch genug, wie schwer es sei, ein gespaltenes Land und eine zahlreiche ungezügelte Bürgerschaft in Zucht und Ordnung zu bringen.[4]

Dagegen übte Kaiser Friedrich das freundliche Amt, alle die Helfer und die getreuen Unterthanen zu belohnen, welche zum Teile aus weiter Entfernung zu seinem Dienste herbeigeeilt waren. Geschah es nach seiner sparsamen Art und überbeschränkten Mitteln nur selten mittelst Verleihung von Besitz und Gut oder Renten, so sparte er um so weniger mit den verschiedenen Attributen äußeren Ranges und Glanzes, mit Begnadungen und Befreiungen mancherlei Art, die ihm seine kaiserliche Vollgewalt und sein landesherrliches Recht ermöglichten.

Zunächst eröffnete sich nochmals das Füllhorn kaiserlicher Gnade über den Böhmenkönig, dessen Freundschaft bei der leidigen Aussicht auf neue Kämpfe mit dem Erzherzoge freilich hochwichtig war. Neben besonderen Geschenken für des Königes jüngere Söhne, den Fürstenmänteln und Fürstenhüten, welche der Oberstburggraf und seine beiden Genossen als Geschenke von Wiener-Neustadt brachten zugleich mit der persönlichen Vollmacht der Überbringer, im Namen des Kaisers die jungen Fürsten

[1] Beheim 198, 6—11. Ebendorfer 963—964. Anonymus 185. Daß auch der Erzherzog den Streit nicht für „gerichtet“ ansah, zeigt sein Schreiben an Graf Leonhard von Görz im Diplomat. Habsburg., Font. rer. Austriac. II., Abteil. II. 123, und ebendort 188 das Schreiben des tirolischen Rates Hans Neidegker an Herzog Sigmund vom 27. Dezember.

[2] Beheim 201—204. Auch unser Beheim selbst war darunter und erzürnte sich nicht wenig über den Wiener Pöbel, der die Abziehenden mit Schimpf und Hohn überschüttete.

[3] Anonymus 186—187. Ebendorfer 964. [4] Ebendorfer 967.

damit zu investieren,[1] übersandte Friedrich einen weiteren Brief, der die Privilegien des Königreiches Böhmen vermehren, sein staatsrechtliches Verhältnis zum deutschen Reiche bessern sollte: Der König ist fortan nur dann verpflichtet auf kaiserliche Ladung und unter sicherem Geleite bei den Hoftagen zu erscheinen, wenn diese in Nürnberg oder in Bamberg abgehalten werden; seine Leistung für den Römerzug des Kaisers wird auf die Stellung von 150 Bewaffneten oder die Zahlung von 150 Mark Silbers herabgemindert; er ist berechtigt, die Belehnung mit den Regalien an der Grenze seines Gebietes oder doch einem Orte, der nicht mehr als zehn bis fünfzehn deutsche Meilen von seinem Territorium entfernt ist, zu empfangen. Dagegen darf es kein Hauptmann eines römischen Königes oder Kaisers unternehmen, entgegen den Freiheiten des Königreiches sich in dessen Angelegenheiten zu mischen oder über dessen Unterthanen irgend welche Gewalt auszuüben.[2]

Von des Kaisers eigenen Landschaften hatte sich Krain besonders hervorgethan.

„Das kleine Ländlein und Herzogtum
Thät recht nach allem Preis und Ruhm,
Schier mehr, als es vermochte:
All seine Macht es aufbrachte".[3]

So viel Treue ehrte Kaiser Friedrich, indem er des Landes Wappen besserte,[4] in der Urkunde all der Männer rühmlich gedenkend, die sich durch besondere Verdienste bemerkbar gemacht, dann durch mancherlei Begnadung für den landständigen Adel.

Eine ähnliche Auszeichnung widerfuhr dem Lande Mähren, dessen rot- und weißgeschachteter Adler in einen gold- und rotgeschachteten ver-

---

[1] Brief Jobsts von Einsiedel vom 17. Februar an den Stadtrat von Görlitz. Fontes rer. Austriac. XX. 298, Nr. 299. Er meldet, daß die Investitur „kürtzlich von uns mit grosser zirheit vnd solennitet gescheen wirt".

[2] Item dum per Romanorum regem aut caesarem capitaneus vel capitanei de subditis regis Bohemiae ipsis precipiendo aut mandando contra libertates regni Bohemiae se nullatenus intromittere debebit vel debebunt. Lünig, Reichs-Archiv VI. 2. 84. Vgl. Chmel, Reg. II. 398, Nr. 3958. Das Privileg aus Wiener-Neustadt vom 21. Dezember 1462.

[3] Beheim 168, 10—13.

[4] Das verbesserte Wappen (für perlweiß-blau-rot nun gold-blau-rot) abgebildet bei Valvasor, Ehre des Herzogtums Krain X. 296, wo auch die Urkunde d. d. 12. Januar 1463. Vgl. auch Lünig, Reichs-Archiv VII. 2. 202. Archiv von Mühlfeld und Hohler I. 127. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCXL, Nr. 735. A. Dimitz, Geschichte Krains I. 276—277.

wandelt wurde,[1] und den Donaustädten Krems und Stein, die auch jetzt wieder die alte Treue glänzend bewährt hatten, indem, was vordem den Wienern zu teil geworden war, nun ihnen verliehen wurde: mit dem doppelköpfigen Reichsadler, über dem die edelsteingeschmückte Kaiserkrone schwebt, zu siegeln.[2] Eine ganze Reihe zum Teile wertvoller Handelsprivilegien, deren sich gleichfalls bisher die Bürger der Hauptstadt erfreut hatten, darunter das Münzrecht, wurden ihnen dazu verliehen.[3]

Heimburg wurde jetzt Stapelplatz für das östliche Marchfeld und für alle Warenzüge, die von Mähren, Polen und Böhmen gegen den Neusiedler See hin verkehren würden.[4] Die Bürgerschaft von Ödenburg wurde begnadet, jährlich bis 200 Faß Wein durch Österreich frei nach Mähren führen zu dürfen;[5] den Brünnern gestattet, in Venedig bestellte Ware durch die kaiserlichen Erblande ohne Abgabe zu beziehen, doch unter dem Vorbehalte, daß davon den Wienern nichts zugebracht werde.[6]

Fast noch mehr fühlte sich der Kaiser einzelnen verpflichtet. Für die Auersperge, von denen Engelhard bereits 1455 Oberstkämmerer der Krain- und Windischen Mark heißt,[7] wurde das Erbmarschallamt in diesen Landen neu errichtet[8] und ihnen zudem die Erlaubnis erteilt, in Schönberg eine Burg zu erbauen.[9] Herr Andreas von Hohenwart, Hauptmann in der Mödling, der beim unglücklichen Sturme auf das Schottenthor drei Pfeilschüsse bekommen hatte,[10] erlangte für sich und seine männlichen Erben

---

[1] Hormayr, Archiv für Geschichte IX. 364. Lichnowsky, Regesten zu VII. CCCXXXV. Nr. 683 (mit unrichtigem Datum).

[2] Beheim beschreibt das neue Wappen eingehend 205—208.

[3] Privilegien vom 30. Dezember 1462 betreffs der Führung von allerlei Kaufmannsware, was bisher nur den Wienern gestattet gewesen (Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 596, Chmel, Reg. II. 398, Nr. 3959, womit die Urkunde vom 7. Januar 1463 (bei A. Rauch, Scriptor. rer. Austriac. III. 373) wenigstens sachlich identisch ist), das Recht nach Venedig Waren zu führen und an beliebigem Orte zu verkaufen, mit rotem Wachs zu siegeln, zwischen beiden Städten Häuser zu bauen, vom neuen eine Brücke über die Donau zu schlagen. Vgl. A. Rauch, l. c. 371, 375, 378, 381, 382; Chmel, Reg. II. Nr. 3971, 3979, 4006, 4007, 4009.

[4] Birk, Urkunden-Auszüge, führt die Urkunde zweimal (Nr. 594 und 597) zum 29. und 31. Dezember an. Bedingung: „mewt vnd zoll vorbehalten".

[5] Birk a. a. O. Nr. 616, Urkunde vom 12. Januar. Auch der „mauth vnd zoll allweg vorbehalten".

[6] Chmel, Reg. II. 401, Nr. 3971. Urkunde vom 1. Februar 1463.

[7] Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 89. Urkunde vom 27. April 1455.

[8] Lünig, Reichs-Archiv VII. 201. Collectan. geneal. (Wurmbrand) 294. Vgl. Chmel, Reg. II. 399, Nr. 3962.

[9] Lünig, l. c. 203. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 731.

[10] Beheim 178, 16—18.

das für dasselbe Fürstentum neuerrichtete Erbtruchseßamt;[1] die Brüder Georg und Kaspar von Tschernembl ebenda das Erbschänkenamt.[2] Als dann Georg Tschernembl, der dem Kaiser bereitwillig auch mit einer Geldsumme ausgeholfen, sich bei dem Kampfe um Triest als Hauptmann von Adelsberg und auf dem Karst rasch neue Verdienste erwarb,[3] wurde er am 23. Dezember 1463 nebst anderweitiger Entschädigung mit seinem Bruder „zu rechten Bannerherrn" der kaiserlichen Erblande erhoben.[4] Noch einer ganzen Reihe edler Familien ward früher oder später die gleiche Auszeichnung zu teil, so des Kaisers Rate und besonderem Vertrauten Hans von Rorbach, der nach der in eben jenen Tagen von seinem Herrn um 36000 Dukaten erkauften Herrschaft Neuburg am Inn mit seinen männlichen Nachkommen zu Freiherrn von Neuburg ernannt wurde, und sonst mancherlei Begnadigung für seinen neuen Besitz erwarb;[5] Heidenreich Druchsäß von Staatz, Hauptmann zu Waidhofen an der Thaya, der zum Freiherrn von Grub,[6] Hans Hofkircher, der zum Freiherrn von Kolmünz,[7] Andreas Baumkircher, der zum Freiherrn von Sledming (Schladming) erhoben wurde.[8] Dazu erhielt Hofkircher für seinen Markt „zum Ludweigs" in Österreich gefürstete Freiung,[9] Herr Andreas Baumkircher nebst anderer Entlehnung das wichtige Korneuburg mit dem dortigen Umgelde und allen Renten als Pfand auf 6000 Dukaten, die ihm für treue Dienste, an Sold und Schadenersatz gebührten.[10] Nicht minder bedachte der Kaiser Ulrich von Grafeneck, zum Teile gemeinsam mit Baumkircher, seinem Freunde und Waffengefährten,[11] und den Oberstburggrafen Zdenko von Sternberg, der als Ersatz und Lohn das seinem böhmischen Besitze so wohl gelegene Weitra

[1] Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 603. Vgl. Anhang Nr. XV; wonach die Angabe bei Dimitz a. a. O., es sei 1463 Kaspar Tschernembl Erbtruchseß gewesen, zu berichtigen ist.

[2] Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 706. Die Urkunde gehört in den Anfang des Jahres 1463.

[3] S. unten.

[4] Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 632. Chmel, Reg. Nr. 4044.

[5] Vgl. Chmel, Reg. II. Nr. 3994—3997, 3999—4003 u. s. w. Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 662 u. s. w.

[6] Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 710. Chmel, Reg. Nr. 4048.

[7] Birk, ebendort Nr. 711. Chmel, Nr. 4050. [8] Birk, Nr. 678.

[9] Birk, Nr. 715.

[10] Chmel, Reg. II. 399, Nr. 3966. Vgl. Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 615, 617, 634. Vgl. Anonym. chron. Austriac. 187—188.

[11] Birk, Nr. 604, 611.

als Pfandbesitz gewann,[1] endlich mit Verleihungen von minderem Werte seinen Liebling Herrn Georg von Volkensdorff,[2] die Österreicher Sigmund von Eizing[3] und Pankraz von Plankenstein,[4] die Böhmen Zdenko Kostka von Postupitz,[5] Johann Hase von Hasenburg,[6] Benesch von Weitmühl[7] und Prokop von Rabenstein.[8]

Die schwere Erbitterung des Kaisers gegen die Wiener, die in der Begünstigung von Krems und Stein und Heimburg so deutlich hervortrat, machte sich dagegen schroff genug geltend, wenn Friedrich dem Georg von Ungnad[9] und den Wiener Bürgern Simon Bötel,[10] Ulrich Bermann,[11] Georg Kronberger[12] u. s. w. Ersatz zusprach für den schweren Schaden, den sie seinetwegen erlitten, und sie anwies, sich an der Kommune schadlos zu halten. Auch die Entlohnungen und Verschreibungen für böhmische Rottenführer, Matthäus von Sternberg[13] Hinko Teinfalt[14] von Lutschka, Jan Podmanitzky,[15] Nikolaus Protowetz,[16] den Dampko,[17] Sezima,[18] Moschnow[19] hatten noch nebenher ihre besondere Bedeutung: Es galt sich der Brüderrotten zu sichern für die weitere Aktion in Niederösterreich, die der Kaiser unverzüglich aufzunehmen entschlossen war.

---

[1] Birk, Nr. 620, 621, 627—629 u. s. w. Chmel, Regesten II. 399, Nr. 3967, 3968.

[2] Birk, Nr. 631. [3] Birk, Nr. 757.

[4] Chmel, Reg. II. 399, Nr. 3961.

[5] Chmel, Reg. II. Nr. 4070. Quittung über 4000 fl.

[6] Birk, Nr. 606, 665. Chmel, Reg. Nr. 4052.

[7] Chmel, Reg. II. Nr. 3993.

[8] Chmel, Reg. II. Nr. 4070. Quittung über 300 fl. und 91 Pfund Pfennige.

[9] Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 236. Vergl. Chmel, Regesten Nr. 3965.

[10] Chmel, Reg. II. Nr. 3988. Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 662.

[11] Österr. Archiv von Mühlfeld und Hohler I. 128.

[12] Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 750. [13] Birk 595.

[14] Ebendort 619. [15] Ebendort 626. [16] Ebendort 592.

[17] Ebendort 591. [18] Ebendort 592. [19] Ebendort 600.

Fünfzehntes Kapitel.

Der Friedenstag zu Regensburg. Aussöhnung Markgraf Albrechts mit König Georg von Böhmen. Neuer Streit um Niederösterreich. Die Tage von Wasserburg und Wiener-Neustadt.

Welche Anstrengungen machte das Reich, um sein Oberhaupt aus dringender Gefahr zu erretten?

Zwei Ereignisse, die Eroberung von Mainz durch Erzbischof Adolf und die kaiserlich-päpstliche Partei, dann die Belagerung Friedrich III. in seiner Burg zu Wien durch die Bürger der eigenen Hauptstadt, beherrschten vom Anbeginn den in gewohnter Art weit hinausgeschobenen Regensburger Friedenskongreß, beide in ihrer Art wohl in den Zeitverhältnissen begründet, Episoden aus dem großen Streite zwischen fürstlicher Nobilität und Bürgertum, beide aber doch auch sehr besonderen Anlässen entsprungen und total verschieden nach Verlauf und Erfolg.

Der Pfalzgraf hatte es verstanden, seinen Sieg militärisch und politisch mit rücksichtsloser Energie auszunützen. Er hatte das Gebiet Johanns von Speyer, dessen Ritterschaft bei Seckenheim mitunterlegen war, heimgesucht, Bruchrein verbrannt, Rotenburg erobert, und nebst anderen Zugeständnissen in dem Vertrage, zu dem sich der Bischof rasch herbeiließ, behauptet.[1] Und immer noch mehrte er seine Streitkräfte, unter denen schon bei Seckenheim die Schweizerscharen sich hervorgethan.[2] Dagegen begannen die gefangenen Fürsten infolge der harten Behandlung in des Kurfürsten Haft und weil die Hoffnung auf rasche Erlösung sich nicht erfüllte, mürbe zu werden und sich nach und nach mit dem Gedanken, selbst gegen außerordentlich schwere Zugeständnisse loszukommen, zu befreunden. Umsonst hatten ja Kaiser und Papst ermahnt und gebeten, verheißen und gedroht, war in Nürnberg verhandelt worden, wie man die Gefangenen befreien könne, hatte man sich mit der Aussicht auf burgundische Hilfe getröstet.

Da erhob sich Erzbischof Adolf, mit den eigenen Mitteln den Gegnern einen wuchtigen Streich beizubringen. Ein Überfall auf Mainz ward

[1] Michel Beheims Rheinchronik, in Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte II. 181. Lehmann, Speyersche Chronik 866. Vergl. a. a. Voigt, Enea Silvio III. 291. Stälin, Wirtemb. Geschichte III. 538—539.

[2] Äg. Tschudi, Chron. Helvet. l. c.

vorbereitet und im Einverständnisse mit einer Partei unter der Bürgerschaft mit ganzem Nachdrucke und vollständigem Erfolge ausgeführt: In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober fiel die Stadt durch Sturmangriff in die Hände des Nassauers und seiner Freunde. Kaum, daß Kurfürst Diether mit wenig Begleitern über die Stadtmauer entrann.[1]

Fast noch bedeutsamer war das Nachspiel. Als Adolf von Nassau am folgenden Tage in die durch Mord und Plünderung furchtbar verheerte Stadt eingezogen war, wurden Freiheiten und Privilegien des bisher reichsunmittelbaren Mainz für aufgehoben und vernichtet erklärt, am 30. Oktober die überlebenden Bürger, noch 800 an der Zahl, aus der Stadt gewiesen, ins Elend geschickt.[2] So fiel ein stolzes Glied in der Kette freier Gemeinwesen des Reiches zu Boden, und weil es von einem kaiserfreundlichen Fürsten an Parteigängern der erklärten Reichsfeinde geschah, erhob sich keine berufene Stimme zu seinem Schutze.

Weit und breit erregte das Geschehene Furcht und Entsetzen. Die Päpstlichen und Kaiserlichen jubelten. Aber eine Erhebung zu energischer That für die Sache des Reiches schöpften auch sie nicht daraus. Nur die Territorialität gewann, das Reich ging wieder leer aus, obgleich man unter seinem Banner siegte. Beweis dafür der Verlauf des Regensburger Tages.

Seit Mitte Oktober bemühte sich der Fiskal Hartung Cappel, im Vereine mit dem Marschall von Pappenheim die in Regensburg sich versammelnden Reichsstände zum Einschreiten gegen die Wiener zu bewegen.[3] Umsonst. Es kamen neue Meldungen, daß der Kaiser belagert werde; schon sei sein Schloß zerschossen, man wolle ihm selbst an das Leben gehen:[4] Die wenigen Anwesenden begannen jetzt,[5] um doch etwas zu thun, die Darlegungen über die Friedensbrüche seit Eintritt des Nürnberger Stillstandes. Auch als zu Beginn des November des Kaisers Kanzler Bischof Ulrich von Gurk als Bevollmächtigter für den Tag in Regensburg erschienen war, und den Ständen nachwies, wie vor allem

[1] Zu den bekannten Quellen s. noch das Schreiben Hertnids vom Stein an Herzog Wilhelm von Sachsen von Mitte November 1462 im Weim. Gesamtarchiv a. a. O.

[2] Menzel, Diether von Isenburg 189—194, wo (194, Anm. 67) sich auch das einschlägige Quellenmateriale verzeichnet findet. Vergl. auch Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 314ff.

[3] Müller, Reichstagstheatrum II. 143.

[4] Brief Konrad Kreigs an die Frankfurter vom 31. Oktober a. a. O.

[5] Ebendort: Vnd lyeben hern wist, daz noch nyche yn yst zu vorsten, waz dye hern machen ꝛc.

Trotz und Ungehorsam der Wiener an dem Konflikte schuld seien, weshalb das Reich dies auf keinen Fall dulden könne, blieb alles, auch der eben eingetroffene Markgraf Albrecht von Brandenburg, unthätig.[1]

Da kamen die Boten und Briefe des Königes von Böhmen mit der Meldung, er werde gegen Österreich ziehen und der Aufforderung ein gleiches zu thun. Die kaiserlichen Vertreter und Rudolf von Rüdesheim, Dompropst zu Worms, der als päpstlicher Legat zum Tage gekommen war, brachten selbst in öffentlicher Sitzung die Briefe des Königes zur Verlesung. Da zugleich aus Wien durch einen reitenden Boten die Nachricht einlief, die Gefahr für die kaiserliche Burg sei aufs höchste gestiegen, die Belagerten hätten nur noch auf wenige Tage Lebensmittel, da nahm man wenigstens einen Anlauf, das Reich zur Rettung des Kaisers in Bewegung zu setzen. Die meisten anwesenden Fürsten und Fürstenbotschaften sagten jetzt den kaiserlichen Räten ihren Beistand zu, und ohne Säumen wurden von dem Kanzler von Gurk und Markgraf Albrecht als kaiserlichem Hauptmann auch sämtliche abwesende Fürsten, Herren und Städte des Reiches aufgefordert, ihre Kontingente zur Befreiung des Kaisers auszusenden.[2]

Es ist wahr! Das Regiment des Kaisers bestand seit 1452 fast nur noch in der Theorie, seine Herrscherthätigkeit erschöpfte sich mit Erteilung von Verleihungs- und Bestätigungsbriefen, in Ausschreiben und kaiserlichen Mandaten, einer ziemlich ungeregelten richterlichen Wirksamkeit. Aber auch die Hilfe des Reiches blieb jetzt, so sehr Friedrich III. bedrängt war, auf dem Papier, und eine wirkliche Erklärung für den Kaiser und gegen Wien und den Erzherzog thaten, soviel bekannt, von allen in Regensburg nicht vertretenen Ständen nur die Städte des oberen Schwabens und am Bodensee.[3] Andere, wie die sächsischen Fürsten, begannen doch wenigstens Beratungen, wie sie Hilfe thun könnten.[4] Die meisten rührten sich nicht, und der in Regensburg anwesende Herzog Ludwig von Bayern hatte vom Anfange an jede Leistung in beinahe gehässiger Form versagt;[5] seine Stellung hatte sich ja durch den am 6. Oktober mit Erzbischof

---

[1] Brief K. Kreigs an die Frankfurter vom 15. November bei Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 222—223. Vergl. Müller, Reichstagstheatrum II. 143—144.

[2] Müller, Reichstagstheatrum a. a. O.

[3] Vgl. das Schreiben Markgraf Albrechts von Brandenburg an den Kaiser vom 14. Februar 1463. Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 22.

[4] Darüber eine Reihe von Schriftstücken im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 241.

[5] Urkundl. Beiträge in Fontes rer. Austriac. XX. 286, Nr. 292.

Burckard von Salzburg und Herzog Sigmund von Tirol geschlossenen Bund aufs neue gefestigt,[1] und der Erzherzog war sein vertrauter Freund.

Die für den Gang der Dinge im Reiche immer noch rasche Entscheidung, die dann in Österreich fiel, verhinderte allein, daß Europa erfuhr, welche Streitkräfte das Reich aufzubringen willens sei zur Rettung seines Kaisers.

Aber auch dem Friedenswerke, das zu Regensburg versucht wurde, fehlte jeglicher Erfolg, obwohl die Beteiligten es wenigstens mit Ernst und aufrichtigem Eifer in die Hand genommen hatten. Aber konnte man bei der Fülle von Streitpunkten daran denken, jemals zu einem Ende zu kommen, wenn die Parteien stets nur ihre Forderungen summarisch in den Versammlungen sämtlicher Fürsten und Bevollmächtigten geltend machten, wenn man diese nicht zu allererst genau formuliert der Gegenpartei schriftlich übermittelte, vor allem aber über eine Geschäftsordnung und allen genehme Schiedsrichter sich einigte? Alle sahen dies schließlich ein. Daher wurde beschlossen, in ähnlicher Weise wie im vergangenen Sommer zu Nürnberg die Streitpunkte zu behandeln und Unterhändler zu nominieren; es war ebenso ein Fortschritt, daß man erklärte, die Klagen über die Verletzung des Friedens, die doch zu nichts führen konnten, sollten zunächst dahingestellt bleiben.

Nun gingen jene, welche den Frieden am eifrigsten wünschten, voran. Am 15. November erklärten die kaiserlichen Bevollmächtigten, nachdem sie am vorhergehenden Tage die Rechtgebote Herzog Ludwigs übernommen hatten, den Kardinal Peter von Augsburg und die beiden Herzoge von München als Schiedsrichter „zu unverdingten rechtlichen und billigen Geboten" in den Streitsachen des Reiches und ihres Herrn mit dem Landshuter Herzoge annehmen zu wollen; sie schlugen nur vor, jenen drei „Teidingsherren" den päpstlichen Legaten Rudolf beizugesellen, was Herzog Ludwig geschehen ließ.[2]

Schon früher hatten specielle Verhandlungen über die zwischen dem Herzoge und Markgraf Albrecht von Brandenburg obschwebenden Angelegenheiten begonnen. Der Markgraf lehnte den Vorschlag der bayerischen Räte, über jene drei Artikel, bezüglich der einst die gütliche Entscheidung des Böhmenköniges verlangt worden war, nun durch einen Rechtsspruch

[1] Original im Allgem. Reichsarchiv zu München, „Österreich", fasc. 12. Vergl. Jäger, Streit des Kardinales Nikolaus von Cusa mit dem Herzog Sigmund von Tirol II. 406, Anm. 15.

[2] Die Erklärung der Bevollmächtigten im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.), Nr. 110.

des Kaisers erkennen zu lassen, entschieden ab. Wie könne ihr Herr, wurde brandenburgischerseits bemerkt, da, wo es sich um seine Ehre und sein Gut handele, zu Recht entscheiden lassen, zumal er bei solchem Spruche seinerseits nichts vom Herzoge erlangen könne, nicht von Leistung und Gegenleistung die Rede sei? Aber man erbot sich, auf den Antrag der Bayern, der jedenfalls ein Entgegenkommen bedeuten sollte, insoweit einzugehen, als der Kaiser eine gütliche Entscheidung treffen möchte, ob und wie der Markgraf wegen der gegen den Herzog gebrauchten ungeziemenden Worte diesem die verlangte Genugthuung zu leisten habe. Im übrigen war dessen Standpunkt wie folgt: Es könne über seine verlorenen Städte und Schlösser allein beim Abschlusse des definitiven Friedens zwischen dem Herzoge und Kaiser und Reich entschieden werden, da sie ihm als des Kaisers Hauptmann und im Reichskriege entrissen worden seien.[1]

Man sieht, des Markgrafen Politik blieb unverrückt dieselbe. Noch aber fehlte viel, daß sich die bayerischen Räte diese Anschauung aufdrängen ließen.

Bei den Verhandlungen zwischen Brandenburg-Ansbach einerseits, Bamberg und Würzburg andererseits, zeigte sich der Markgraf nicht nachgiebiger. Mit allem Ernste vertrat er endlich bei den Besprechungen über die Befreiung der gefangenen Fürsten am Rhein die Meinung, es sei des Kaisers und all der Seinen Pflicht, jene zu ledigen. Was schuf dem Markgrafen so trotziges Selbstvertrauen?

Seit langem beobachtete Albrecht scharfen Blickes den Stand der Dinge in den oberen Gebieten des Reiches, in dessen Osten und Westen, und fand ihn nicht gerade ungünstig, trotz der augenblicklichen Bedrängnis des Kaisers. Die Eroberung von Mainz fiel für die rheinischen Dinge schwer in die Wagschale. Albrecht kannte ferner des Böhmenköniges harte Stellung Rom gegenüber, dessen Friedensverlangen, das aus den Mitteilungen Kurfürst Friedrichs, seines Bruders, so deutlich hervorging, und bei allem ungestillten Ehrgeiz Podiebrads seine vorsichtige Schlauheit. Von dort war weitere Anfechtung kaum zu besorgen. Noch mehr aber rechnete der Markgraf auf die mächtigen, kühn emporstrebenden burgundischen Herzoge. Seit dem Spätsommer, nach der Schlacht bei Seckenheim,

[1] Darüber mehrfache Aktenstücke im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Katal.). Des Markgrafen schließliche Rechtserbietungen, etwa vom 20. November, auch im Hauptstaatsarchiv zu Dresden, loc. 9132, fol. 106—109.

[2] Müller, Reichstagstheatrum II. 186—187. Entsendet wurde Franz von Toledo. Sein Brief aus Antwerpen (ex Andorpia) an die Breslauer vom 20. September in Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 135—136. Über die spätere Sendung des

rastlos umworben von Briefen und Gesandten des Papstes[2] und Kaisers[1] und den Fürsten der kaiserlichen Partei im Westen des Reiches, vor allem von Erzbischof Johann von Trier, Graf Ludwig von Nassau und Eberhard von Württemberg,[2] hatte Herzog Philipp vorsichtig gezögert, seine Waffenmacht in die Wagschale des Kampfes zu werfen. So sehr er sich dem von Trier freundlich erwies, und so gastlich Eberhard von Württemberg, seit langem am burgundischen Hofe wohl gelitten, aufgenommen wurde:[3] nur ungewisse Aussichten wurden den deutschen Werbern eröffnet,[4] und allein der höchste Preis schien den Herzog bewegen zu können, den Siegeslauf des Pfalzgrafen in das Gegenteil zu wenden. Der Markgraf glaubte ihn in Aussicht stellen zu können.

Gerade die trostlose Lage des Kaisers, sonst eher ein Moment, das seine Parteigänger im Reiche zur Nachgiebigkeit stimmen konnte, ließ hoffen, daß Friedrich III. auch um außerordentliche Zugeständnisse die burgundische Hilfe nicht zu teuer finden werde. Der Markgraf wartete nur auf Nachrichten Graf Eberhards von Aurach, der im November nach Brüssel gegangen war, um mit seinem Plane hervorzutreten.

Inzwischen gebot die Klugheit, sich in Regensburg von der Sache des Kaisers, dessen Kanzler ernstlich den Frieden anstrebte, nicht scheiden zu lassen. Der Markgraf gab daher schließlich gleichfalls die Erklärung ab, er wolle betreffs seiner Forderungen an Herzog Ludwig, den Pfalzgrafen, Herzog Otto von Neumarkt und die Bischöfe von Bamberg und Würzburg den Legaten Kardinal Peter und die Münchener Herren als „Unterteidinger“ annehmen, wenn ein gleiches auch von der Gegenseite geschehe. Albrecht that zugleich, für den Fall als die Bischöfe dies ablehnen würden, ihnen gegenüber derart weitläufige Rechtserbietungen vor Papst und Kaiser und geistlichen und weltlichen Fürsten und Städten,

bisher in der Mainzer Angelegenheit thätigen Peter Ferrici vgl. Johannis de Los Chron. rer. gestar. ab anno MCCCCLV ad ann. MDXIV in Chroniques Belges inédites, V. (Bruxelles 1845) 16.

[1] Sattler, Geschichte des Herzogtums Württemberg unter den Grafen a. a. O., 20, 22, Beil. Nr. 17, 18.

[2] Brief Graf Eberhards an Markgraf Albrecht vom 27. Dezember im Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 9132, fol. 110—111.

[3] Er rühmt sich dessen im erwähnten Briefe mit großer Genugthuung.

[4] Es war wohl mehr eine Lockung als entsprechende Hilfe, wenn er dem Erzbischofe Adolf im November 1462 eine reisige Schar zusandte. Vergl. Adolfs Brief vom 9. Dezember an Herzog Wilhelm von Sachsen in den „Urkundlichen Mitteilungen zur Geschichte des Erzstiftes Mainz unter der 1. Regierung Diethers von Isenburg“, Nr. 183.

daß er mit Grund die Erwartung aussprechen durfte, „kein frommer Fürst, Graf, Herr, Ritter oder Knecht, Bürger oder Bauer, Edler oder Unedler" würde ihnen, falls sie auch diese verwürfen, „um der göttlichen Gerechtigkeit willen Beistand thun können". Es war freilich bezeichnend, daß er daneben in seinen Forderungen nicht das mindeste nachließ.

Eine Übereinkunft wurde denn auch nicht erzielt, obwohl die Bischöfe es sich an dem ersten Erbieten genügen ließen.[1]

Bezüglich der Forderungen des Kaisers an den Herzog von Landshut und dessen Einwendungen und Gegenforderungen wurden von den Teidingsherren „viele Mittel" vorgeschlagen.[2] Eine Verständigung ließ sich auch da nicht erreichen. Ebenso vergeblich waren die Bemühungen der ganzen kaiserlichen Partei, den Pfalzgrafen durch billige Verheißungen zur Freilassung der in Heidelberg liegenden Fürsten zu bewegen; selbst der lockende Preis, den ihm die kaiserlichen Bevollmächtigten aus der Ferne sehen ließen, die Anerkennung der kurfürstlichen Arrogation durch das Reichsoberhaupt,[3] vermochte ihn nicht zu verleiten, mit den Gefangenen ein so kräftiges Mittel, Land und Leute und Geld zu erwerben, aus der Hand zu geben.[4]

Das Ergebnis des Tages war somit ein durchaus ungünstiges. Man mußte sich begnügen, die Fortdauer der in Nürnberg ausgesprochenen Waffenruhe neuerdings auszusprechen und einen dritten gütlichen Tag anzuberaumen, der zu Georgi 1463 in Nürnberg stattfinden sollte; dort werde man sich auch mit der Beilegung der Mainzer Stiftsfehde beschäftigen und betreffs der gefangenen Fürsten den Bericht über die Botschaft entgegennehmen, welche der Kardinal von Augsburg und die übrigen Vermittler deshalb noch besonders an den Pfalzgrafen thun werden, eventuell auch darüber sich weiter beraten. Am 7. Dezember verließen der kaiserliche Kanzler und Markgraf Albrecht Regensburg.[5] Die Beschlüsse des

---

[1] Des Markgrafen Erbietungen a. a. O. im Bamb. Archiv 1907 (des märk. Kat.), Nr. 63. Weitere Akten, aus denen das Vorgehen der Bischöfe und deren Forderungen und Erbietungen erhellen, im Bamb. Archiv l. c.

[2] Lienhard Radower und Peter Gregk aus Augsburg und A. Ochinger aus Ulm an die Frankfurter am 7. Dezember bei Janssen, Frankf. Reichskorrespondenz II. 225, Nr. 350.

[3] Vgl. das Schreiben des Markgrafen Albrecht an seinen „Kaplan Jörg" vom 24. Januar 1463 im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 143.

[4] Vgl. darüber „Badisch-wirtembergisch werbung vnd rattslag" im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 258.

[5] Schreiben Lienhards Radower u. s. w. bei Janssen a. a. O.

Tages wurden am 11. Dezember von den „Teidingsherren“ den Beteiligten zugefertigt.[1]

In der nächsten Zeit standen die rheinischen Verhältnisse weitaus im Vordergrund politischer Erwägungen. Jene Gesandtschaft der Vermittler an den Pfalzgrafen verzögerte sich zwar bis Ende Januar;[2] sie blieb um so mehr erfolglos, als damals bereits Bischof Georg von Metz den Anfang gemacht hatte, durch große Verschreibungen sich die Freiheit zu erkaufen:[3] Um dieselbe Zeit aber tagten zu Worms die badnischen Brüder, Johann von Trier, Georg von Metz, der eben von Heidelberg kam, und Markgraf Marx, dann Herzog Ludwig der Schwarze von Veldenz, Landgraf Ludwig von Hessen und Graf Emicho von Leiningen, der Bischof von Worms und zahlreiche Grafen, Herren und Ritter. Der Zweck war wieder, den Markgrafen Karl von Baden ledig zu bringen.[4] Und noch günstiger schienen die Aussichten Ulrichs von Württemberg, frei zu werden. Die Berichte seines Vetters Eberhard über die Aufnahme, die er in Brüssel gefunden, klangen wenigstens sehr zuversichtlich. Herzog Philipp, schrieb Graf Eberhard an Markgraf Albrecht, habe versprochen, auf sein Begehren die württembergischen Städte und Schlösser mit Besatzungen zu versehen, und ihm „zu Wettertagen“ Hilfe zu thun mit ganzer Macht; gleiche Erbietungen seien von dem jungen Herzoge, Karl von Charolais, und den mächtigsten Herren des burgundischen Reiches geschehen; Herzog Philipp wolle deswegen die Eidgenossen aufrufen und habe bereits an sie werben lassen.[5]

Der Markgraf wußte wohl, von welcher Seite sonst die Burgunder zur Aktion gedrängt wurden. Der Kaiser hatte sich deswegen mit dem

---

[1] Der Abschied des Tages bei Müller, Reichstagstheatrum II. 157—158. Lünig, Corp. dipl. Germ. I. 458. Du Mont, Corps diplomat. III. 1. 279. Vgl. Palacky, Urkundl. Beiträge in Font. rer. Austriac. XX. 286, Nr. 292. Chmel, Reg. II. 397, Nr. 3956. Zum Tage überhaupt Kremer, Friedrich der Siegreiche I. 325—326. Voigt, Enea Silvio III. 296. v. Stockheim, Albrecht IV. 353.

[2] Sie bestand aus Georg von Pappenheim und Georg von Murach. Ihre Instruktion im Münchener Allgem. Reichsarchiv 156/1 fol. 63—66. Vgl. K. Menzel, Diether von Isenburg 198.

[3] Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 392—393. Abkommen vom 22. Januar 1463.

[4] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 226, Nr. 353. Vgl. Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 323.

[5] Brief Eberhards aus Stuttgart vom 27. Dezember im Dresdener Hauptstaatsarchiv loc. 9132, fol. 110—111. Im übrigen ging Heinz von Seckendorff zwischen dem Markgrafen und Graf Eberhard hin und her.

Papste schon im Herbste verständigt: Die Aussicht, durch das Heer und die reichen Schätze des Herzoges aller Verlegenheiten ledig zu werden, und endlich ein entscheidendes Übergewicht im Reiche zu gewinnen, hatte ihn einen Augenblick bereit erscheinen lassen, dem Herzoge durch päpstliche Vermittelung die Verleihung des Königstitels anbieten zu lassen. Auch von einer Übertragung des Reichsvikariates in den welschen Landen jenseit des Rheines, von der Vermählung der Enkelin Herzog Philipps mit des Kaisers Erbprinzen Maximilian war die Rede gewesen.[1]

Hier wollte der Markgraf anknüpfen, und schon besprach er mit Graf Eberhard die Abordnung einer Gesandtschaft in dieser Angelegenheit an den Kaiser und die Heranziehung anderer Höfe zu gemeinsamer Bemühung darin,[2] als mit der Nachricht von der Errettung des Kaisers durch das böhmische Heer die unerwartete Kunde kam, der Kaiser habe sich mit dem Könige auf das innigste verbunden, er habe mit ihm auch bezüglich der Ordnung der deutschen Angelegenheiten ein Übereinkommen getroffen, ein großer Friedenstag in des Königes Hauptstadt Prag stehe bevor.

Die Nachricht hatte ihre Zuthaten. Der Kaiser schrieb, daß er des Markgrafen halber, da er ihm und seinen „Mitgewandten" in diesen Dingen so hoch verpflichtet wäre, und zumal ohne sein Vorwissen, in nichts habe willigen wollen, und daß er nur im Einverständnisse mit ihm die deutschen Angelegenheiten behandeln werde.[3] Der Markgraf konnte unter solchen Umständen gegen den Kaiser keinen gerechten Tadel finden. Und wenn es in der Korneuburger Abrede, dessen Kopie zugleich überschickt war, hieß, daß der König und die Krone von Böhmen, desgleichen der Markgraf und sein Fürstentum hinfort in Erbeinung und Verschreibung mit einander sitzen sollen, wie sie vordem bei einander gesessen seien, so mochte auch Albrecht des wohl froh und zufrieden sein.[4]

---

[1] Brief des Papstes vom 20. Januar 1463 an Herzog Philipp bei Müller, Reichstagstheatrum II. 186—187: „Caeterum ex ipsis Imperatoris litteris laeto animo accepimus, cum decrevisse, nostra praesertim contemplacione concedere tibi Regalem investituram (super qua in tui favorem saepius ad celsitudinem suam scripsisse meminimus), et non tantum hoc facere deliberasse, sed eciam affinitatem tecum contrahere, ratione filii sui et filiae tui nati, ac tibi Vicariatum Imperii in terris Gallicanis ultra Rhenum concedere statuisse".

[2] Sein Brief an Graf Eberhard aus Kulmbach vom 5. Januar im Weim. Gesamtarchiv, Reg. C, pag. 3, Nr. 3, vol. III. fol. 76—77; ebenso vom 23. Januar im Bamb. Arch. 1908 (des märk. Katal.), sub 22; gedruckt bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. CIL, 656—657.

[3] Brief des Kaisers vom 29. Dezember im Bamb. Arch. 1908 (des märk. Kat.), unter Nr. 22.

[4] Die Abrede selbst ist verloren. Das obige nach den in der Instruktion Stefan

Dagegen gefielen ihm die Korneuburger Abmachungen, soweit sie sich auf seine Ausgleichung mit Herzog Ludwig von Bayern bezogen, durchaus nicht. Der scharfblickende Markgraf erkannte wohl leicht, daß es dem Könige weniger um den Frieden im Reiche und das Interesse der Beteiligten zu thun sei, als um die Mehrung seines Ansehens bei den deutschen Höfen, um die Verstärkung seiner Position Rom gegenüber. Und gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wegen der burgundischen Sache, war Albrecht die böhmische Vermittelung so sehr zuwider. Wie im Vorjahre, so warf sich König Georg zum Friedensstifter zu einer Zeit auf, wo Albrecht nochmals Gelegenheit zu erlangen hoffte, in der ihm vor allem zusagenden Weise, durch Waffengewalt, seine Händel mit dem Herzoge und den Bischöfen auszutragen.

Ähnliche ungehoffte Erregungen spornten Albrecht wie jeder Zeit so auch jetzt wieder zu energischer Thätigkeit. Eiligst wurde Stefan Scheuch zu dem Kaiser nach Wiener-Neustadt gefertigt: Der Markgraf sei bereit, den Frieden mit Böhmen unter den erwähnten Bedingungen anzunehmen; er übertrage die gütliche Entscheidung in seinen Streitigkeiten mit Bayern-Landshut niemandem lieber als dem Kaiser und lasse sich auch die Mitwirkung des Königes gefallen; was er von Herzog Ludwig fordere, sei dem Bischofe von Gurk und den anderen kaiserlichen Räten, die in Regensburg gewesen, wohl bekannt; er hoffe, der Kaiser werde sie eher mehren als mindern; dagegen scheine es ihm unthunlich, bei den eventuellen Schiedssprüchen auf den Streit betreffs des Nürnberger Landgerichtes zurückzugreifen, dessen Gerechtsame nicht von ihm oder dem Herzoge herrührten, sondern eine Angelegenheit des Reiches wären, und da durch die Hereinziehung dieser Sache die Verhandlung nur „vertieft" und „erschwert" würde.

Der Markgraf bat inständig, falls unter diesen Bedingungen eine Vereinbarung zwischen ihm und den Wittelsbachern unmöglich wäre, daß auch der Kaiser dann keinen Frieden oder Waffenstillstand eingehe; denn geschehe dies, so sei es mit dem Reichskriege zu Ende und er stünde allein, außer stande, die Zerstörung seines Fürstentumes und sein gänzliches Verderben zu verhindern.

Scheuch wurde noch besonders beauftragt, dahin zu wirken, daß der Friede zwischen Brandenburg und Böhmen endgültig ins reine gebracht

Scheuchs, der jetzt nach Wiener-Neustadt ging, enthaltenen Angaben. Dies. im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), unter 22.

und die Urkunden darüber ausgefertigt würden; er sollte am kaiserlichen Hofe ankündigen, daß sein Herr und die verbündeten Fürsten wegen der mit Landshut und den anderen Gegnern des Reiches zu pflegenden Verhandlungen besondere Gesandtschaften schicken würden, endlich unverweilt zu dem Markgrafen zurückkehren.[1]

Albrecht selbst eilte hinauf in das Kulmbachische. Angesichts der Friedensaussichten betrieb er um so eifriger die Kriegsrüstungen für das kommende Frühjahr. Noch war sein Vertrauen darauf, daß die Kämpfe ihr Ende erreicht, nicht groß; noch mehr vielleicht aber galt ihm die alte Wahrheit, daß der am besten über den Frieden verhandle, der den Krieg nicht zu scheuen brauche.

Der Markgraf gedachte eben einer früheren Vereinbarung gemäß[2] nach Sachsen zu reiten, um auch die wettinischen Brüder zu energischen Anstrengungen für den neuen Feldzug zu bestimmen, als Stefan Scheuch mit bedeutsamer Kundschaft aus Österreich eintraf.[3]

Der König habe, meldete er, so dringend verlangt, die Friedensstiftung im Reiche möge in seine Hände gelegt werden, und daß dies wo möglich auf einem Tage zu Prag geschehe, daß der Kaiser unter den obwaltenden Verhältnissen dem nicht habe widerstehen können; aber auch er lasse die Friedensbesprechungen nicht gern in der böhmischen Hauptstadt geschehen, und da er auch bezüglich des Ortes sich die ausdrückliche Zustimmung des Markgrafen ausbedungen habe, so sei es noch immer möglich, den Prager Tag zu vereiteln.[4]

Dies zu thun, war der Markgraf rasch entschlossen; nur hatte er so wenig Lust wie der Kaiser, den Unwillen des Königes gegen sich zu erregen, um so mehr, als er bereits in den letzten Jahren ähnliche politische Schachzüge mit der Verheerung seines Gebietes hatte entgelten müssen. Aber um einen Ausweg war Albrecht nicht verlegen. Die rheinischen Fürsten, etwa Kurfürst Adolf von Mainz oder Ludwig der Schwarze von

[1] Instruktion für Stefan Scheuch vom Anfang des Januar im Bamb. Arch. 1908 (des märk. Katal.), a. a. O. Vergl. ebendort den Brief des Markgrafen an den Kaiser vom 24. Januar 1463.

[2] Man vergl. den Brief Herzog Wilhelms an Kurfürst Friedrich vom 31. Dezember 1462 im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 241, Nr. 4[aa].

[3] Am 23. Januar schreibt Albrecht an Graf Eberhard von Württemberg: [Herr Steffan Schewch] . . vff gestern samstag aus dem keiserlichen hofe hieher zu uns komen ist.

[4] Nach des Markgrafen Brief an Kaiser Friedrich vom 24. Januar und W. Forchtenauers Instruktion für den markgräflichen Hof. Stefan Scheuchs Bericht selbst ist verloren, geschah vielleicht nur mündlich.

Veldenz, konnten sehr wohl gegen den böhmischen Vorschlag auftreten; sie waren „so weit von dem Könige gesessen, daß sie von ihm wohl Überzugs vertragen blieben".[1] Wenn dann auf ihre Erklärung hin, Prag sei zu weit entlegen, als daß man dort tagen könne, auch er ihnen beistimmte, wenn sie sich daneben bereit erwiesen, eine Nürnberger Versammlung zu beschicken, so konnte es ihm der König nicht übelnehmen, daß er von seinen Bundesgenossen sich nicht trennen wolle.

Die Sache wurde wirklich so angefaßt. Dem Kaiser, der sich Antwort erbeten hatte, um dem Könige weiter Bescheid geben zu können, schrieb Albrecht, es sei ihm zu schwer, in Angelegenheiten des Prager Tages allein eine Entscheidung zu treffen, er müsse sich erst mit den anderen Reichsständen, die in des Kaisers Hilfe wären, ins Einvernehmen setzen; was dann beschlossen würde, solle durch eine gemeinsame Botschaft aller „Mitgewandten" nach Wiener-Neustadt überbracht werden. Der Markgraf vergaß nicht, neuerdings zu ersuchen, daß der Brief über seine Richtung mit Böhmen schleunigst gesendet werde, „dann mir sunst", schreibt er, „nicht ziemt, um meine Ehre und mein Gut hintergängig zu werden auf meinen entsagten Feind".[2]

Daneben gab es in Albrechts Kanzlei alle Hände voll zu thun. Die Boten, die zu Eberhard von Württemberg und den rheinischen Fürsten gehen sollten, wurden mit Instruktionen versehen, für die Fürsten von Mainz und Veldenz zugleich die Formulare gefertigt für ihre Erklärungen in betreff des Prager Tages und für die Zusage, sich in Nürnberg zu Georgi vertreten zu lassen; andere hatten die Bitte an alle befreundeten Herren zu bringen, unverzüglich für die Botschaften, welche zu dem Kaiser und Könige von Böhmen gehen sollten, ihre Räte zu fertigen: wie Albrecht für die Markgrafen von Brandenburg, so möge Graf Eberhard für das Haus Württemberg und Markgraf Marx für alle Fürsten von Baden schicken.[3]

Wir wissen nicht, ob es zu deren Abordnung kam. Es ist nicht wahrscheinlich; ja vielleicht wurden nicht einmal die Formulare den Adressaten übergeben, da rasch eine Wandlung des Verhältnisses Georgs von Böhmen zu dem Ansbacher Markgrafen dazwischen trat.

Durch Hans von Degenberg, den an seinem Hofe weilenden Ver-

[1] Sein Brief an Graf Eberhard von Württemberg in dieser Sache im Bamb. Archiv a. a. O.

[2] Der mehrerwähnte Brief aus Kulmbach vom 24. Januar.

[3] Die lange Reihe dieser Schriftstücke abschriftlich im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 22.

treter Herzog Ludwigs von Bayern hatte der König die Meldung über das Korneuburger Abkommen, soweit es Ludwig betraf, nach Landshut übermittelt und ersucht, man möge sich seine Schiedssprüche gefallen lassen. Beachtenswert ist, daß Degenberg bei dieser Gelegenheit anzubringen hatte, die Fürsprache des Herzoges bei dem heiligen Stuhle, um die er vordem aus Prag ersucht worden war, möge unterbleiben, da der König die nachdrückliche Verwendung des Kaisers bei Papst Pius erlangt habe. War man am böhmischen Hofe bereits bedacht, auch in Rom die Meinung zu vermeiden, daß die Verbindung des Königes mit den Gegnern des Reichsoberhauptes fortbestehe?[1]

Herzog Ludwig zeigte sich übrigens über die Aussicht auf einen neuen Friedenstag zu Prag so wenig erfreut, wie der Markgraf. Die Erfahrungen der letzten böhmischen Vermittelung standen wohl ihm und seinen Räten in lebhafter Erinnerung. Und so sehr er zum Frieden geneigt war, wie nicht minder auch bereits die kampflustigsten seiner Bündner, Erzherzog Albrecht von Österreich und der Pfalzgraf: der Herzog konnte hoffen, auf anderem Wege, sei es durch direkte Verhandlungen mit dem Kaiser, sei es auf dem bevorstehenden Nürnberger Konvente zum Frieden zu gelangen. Sein neuer Bündner, Erzbischof Burckard von Salzburg, war wenigstens in ersterer Hinsicht eifrigst bemüht.

Herzog Ludwigs Bescheid auf des Königs Mitteilung ging deshalb dahin, er müsse sich erst mit seinen Freunden, von denen er sich nicht trennen könne, verständigen, und habe auch eben zugestimmt, daß Burckard von Salzburg in seinen Angelegenheiten eine Werbebotschaft nach Wiener-Neustadt sende, was bereits vor zehn bis zwölf Tagen geschehen sei; ihre Rückkehr wolle er erwarten und dann, was sie brächte, und welches die Meinung seiner Verbündeten sei, dem Könige seiner Zeit mitteilen.[2] Auch hier also Schwierigkeiten und offenbare Unlust!

Die Folge war eine jener überraschenden Wendungen der böhmischen Politik, durch welche der König in allen Tagen die Selbständigkeit seiner Entschließungen zu bethätigen verstand: die Aussöhnung mit Brandenburg-Ansbach.

Markgraf Albrecht weilte zu Beginn des Februar bei seinen sächsi-

[1] Das obige läßt sich aus der Antwort Herzog Ludwigs an den König und der späteren Rücksendung Degenbergs mit entsprechenden Instruktionen nach Prag erkennen. Die böhmische Botschaft ist bisher nicht aufgefunden.

[2] Das Schreiben in den Urkundl. Beiträgen, Font. rer. Austriac. XX. 295—296, Nr. 296.

schen Vettern in Zeitz,[1] über deren Anteil an eventuellen neuen Kämpfen mit den fränkischen Bischöfen verhandelnd,[2] als im Auftrage König Georgs Herr Heinrich von Plauen sich einstellte und ihm eine königliche Einladung nach Prag überbrachte. Die sächsischen Fürsten rieten sehr, anzunehmen. Albrecht folgte ihnen und die freundliche Aufnahme, die er in der Hauptstadt Böhmens fand, das allseitige Entgegenkommen des Königs in allen Fragen ließen ihn seinen Entschluß nicht bereuen. Mit Leichtigkeit ward eine vollkommene Verständigung erzielt. Schon am 14. Februar wurden die Vertragsurkunden ausgefertigt. Sie enthielten die völlige Wiederaufrichtung der Einung, welche die Fürsten beider Häuser einst in Eger geschlossen hatten; ferner wurden die Gefangenen, deren man auf böhmischer Seite eine weit größere Menge in den Händen hatte, ohne Ersatz ledig; die Fehde gegen den Markgrafen wurde vom Könige gänzlich abbestellt und versprochen, daß man sie bei den Vasallen der Krone, auch bei den Herzogen von Sachsen und Markgraf Friedrich von Brandenburg ausdrücklich widerbieten werde.[3]

Bedeutsamer waren die Vereinbarungen bezüglich eines Friedens des Markgrafen mit Bayern-Landshut. Der König gab nach in allem und jedem: Er stimmte zu, daß die Verhandlungen nicht in Prag, sondern in Nürnberg stattfinden sollten; wenn der Markgraf bewogen wurde, sich Georgs Spruch in allen Streitpunkten mit Bayern gefallen zu lassen, so durfte er dafür dem Könige genau die Bedingungen vorzeichnen, unter denen ihm der Friede annehmbar sei. Er ließ darüber „einen Zettel“ in Prag. Ferner wirkte Albrecht für sich das königliche Versprechen aus, daß er die Märkte und Burgen des Wunsiedler und Arzberger Gebietes, welche die Brüderrotten für Herzog Ludwig von Bayern besetzt hielten, wieder einnehmen dürfe, und zwar wenn es sein müsse, auch mit Gewalt. Der König erklärte endlich, falls man in Landshut seine Vermittelung zurückweisen würde, dem Herzoge nicht weiter gegen Albrecht und seine Bündner zu helfen, und ließ es schon jetzt geschehen, daß Albrecht mit einer

---

[1] Der Tag war schon früher verabredet. Vgl. den Brief Herzog Wilhelms von Sachsen an seinen Bruder vom 31. Dezember im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 241, Nr. 4[aa].

[2] Über den Tag vgl. des Markgrafen Mitteilungen an seinen Bruder Kurfürst Friedrich vom 23. Februar im Bamb. Arch. 1908 (des märk. Katal.), Nr. 38. S. auch Höfler, Kaiserl. Buch 92—93.

[3] Die Urkunden vom 14. Februar nun vollständig bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 649—651, Nr. CXLVI[a—c]. Vergl. Fontes rer. Austriac. XX. 296—297, Nr. 298.; auch den Brief Jobsts von Einsiedel an die Görlitzer ebendort 298, Nr. 299.

Reihe böhmischer Herren Verbindungen anknüpfte. Sie sollten ihm für den Fall des Krieges Hilfstruppen bis zur Höhe von 6000 Mann zuführen; dann mochten die Gegner sehen, wie sie mit den gefürchteten böhmischen Scharen, welche man bisher gegen ihn losgelassen hatte, fertig würden. Soweit die Prager Abmachungen.[1] Sie bedeuteten für die böhmische Politik einen völligen Parteiwechsel, wenigstens im Prinzipe, ein Abschwenken von der wittelsbachischen Seite auf die hohenzollersche.

Wenn es jetzt dem Markgrafen gelang, trotz des raschen und in gewisser Beziehung einseitigen Abschlusses mit Böhmen den Kaiser an seiner Seite festzuhalten, dann war seine Stellung auf dem Friedenstage durchaus günstig und an einem Stillstande nach Wunsch mit Bayern nicht zu zweifeln.

Überschwänglich waren aber auch die Versicherungen seines steten Gehorsames und seiner selbstlosen Treue gegen das Reichsoberhaupt, mit denen er den Bericht nach Wiener-Neustadt über seinen Frieden mit dem Könige begleitete: „Mit wem Ihr gerichtet seid," erklärt er, „da bin ich auch mitgerichtet, mit wem Ihr gerichtet werdet, damit werde ich auch gerichtet; mit wem Ihr krieget, mit dem krieg' ich auch, und richt' mich in all wege nach Euer Gnaden als meinem Herren. Ich gehe auch in Verhandlung mit Niemandem ohne Euer Gnaden, und versorge vor allen Dingen, denselben Euern Gnaden gehorsam zu sein und zu dienen wider Männiglich als meinem Herrn, und thue nimmer anders, des seit ohne Zweifel, dieweil ich lebe."[2]

Weder gelang es dem Markgrafen, jene unbedingte Hingebung des Kaisers für seine Interessen zu finden, noch dem Könige, sich sofort der Führung in den deutschen Angelegenheiten zu bemächtigen: sie fiel dem Kaiser selbst zu. Trotz allem blieb ja er Ursprung und Schlußstein des vorhandenen und sich gestaltenden Rechtszustandes im Reiche, der Ausgangs- und Mittelpunkt aller die Gesamtheit betreffenden Angelegenheiten. Vorsichtig und weitschauend hielt seine Politik, sowenig ihr positive Kräfte zur Verfügung standen, die verschlungenen Fäden der diplomatischen Gänge wohl in Erwägung; zurückhaltend, wo es entschiedene Aktion galt, kam sie sofort zur Geltung, wenn die gegnerischen Bestrebungen sich die Wagschale hielten und der Vermittelung bedurften. Jetzt benützte der Kaiser nicht ohne Geschick die Gunst der Verhältnisse.

[1] Alle obigen Punkte ergeben sich aus weiter unten zu erwähnenden Korrespondenzen oder Thatsachen.

[2] Brief aus Prag vom 14. Februar im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), unter Nr. 22.

Um die Mitte Januar überbrachten Räte Erzherzog Albrechts, Graf Wilhelm von Tierstein und der Kanzler Jörg von Stein, nach Landshut die Aufforderung zur Einberufung eines Tages aller Verbündeten nach Wasserburg; auch aus Innsbruck traf das gleiche Ersuchen ein.

Herzog Ludwig willigte ein. Auch er erkannte, daß ein festes Zusammenstehen aller notwendig sei, da die Gegner ringsum die rüstigste Thätigkeit entfalteten und daß der Abfall des Böhmenkoniges — denn dies sah man doch in seinem Ausgleiche mit dem Kaiser, so sehr man das alte Vertrauen zu dem Könige heuchelte,[1] — zum verderblichsten Beispiele werden konnte. Deshalb gestand er nun zu, was er dem Erzherzoge früher verweigert hatte.

Und war denn bei den fortgesetzten Rüstungen Markgraf Albrechts und dessen enger Verbindung mit Sachsen nicht zu besorgen, daß jetzt auch die fränkischen Bischöfe zu einem einseitigen Frieden die Hand bieten würden?

Am 6. Februar wurden in Anwesenheit Herzog Ludwigs, Sigmunds von Tirol, der Räte des Erzherzoges und des Pfälzer Kurfürsten die Verhandlungen eröffnet. Schon schien es nötig, sich nochmals wechselseitigen Beistandes zu versichern: Es wurde beschlossen, daß „die Fürsten alle bei einander und ungetrennt bleiben" sollten; keiner soll ohne die anderen einen Frieden schließen, alle einträchtig für die gerechten Forderungen eines jeden eintreten; nicht minder sollte jede Partei genau kundgeben, was sie für den Fall gemeinsamer Friedensverhandlungen von den Gegnern fordern müßte.

Dies geschah, und es läßt sich auch nicht sagen, daß die Herrschaften dabei ihr Interesse vergaßen. Alle diese Ansprüche hatte dann der bayerische Kanzler Martin Mair in einem Schriftstücke, das dem Kaiser übergeben werden sollte, in entsprechendem Zusammenhange und schicklicher Form darzulegen.

Ist schon aus dem Gesagten zu erkennen, daß im Grunde doch nur friedliche Neigungen die Versammlung beherrschten, so traten auch noch von außen Friedensmahnungen an sie heran und beeinflußten sie. Die Thatsache, daß auf beiden Seiten die Zahl der Kampfeslustigen sich minderte, war längst unverkennbar: Wie der Böhmenkönig hier zurückgetreten war, so schwankte dort eine Anzahl von Reichsstädten; sie suchten

[1] Schon in dem oben erwähnten Briefe Erzherzog Albrechts an Graf Leonhard von Görz vom 19. Dezember gab der Erzherzog die Schuld an der nicht völlig gelungenen Ordnung der Dinge in Österreich dem Könige von Böhmen. Er hat sicher ähnliche Klagen auch den anderen Verbündeten gegenüber geführt.

mit Herzog Ludwig eine Verständigung auf eigene Faust;[1] während neue Meldungen über brandenburgische Rüstungen, wohl auch über des Markgrafen burgundische Pläne anlangten, bewarben sich die Söhne des gefangenen Grafen Ulrich von Württemberg mit ihrer gesamten Landschaft bei Herzog Ludwig um seine Verwendung bei dem Pfalzgrafen; sie stellten geradezu einen Parteiwechsel in Aussicht.[2] Maßgebend wurden aber die Meldungen, die, jedenfalls über Salzburg, vom kaiserlichen Hofe anlangten: Der Kaiser habe erklärt, daß er durchaus zum Frieden geneigt sei; er habe sich aber bereits als Herzog von Österreich, geschweige denn als Kaiser den Fürsten gegenüber mehr als genug zu gütlichem und rechtlichem Vergleiche erboten. Solchen Eindruck machte diese Botschaft, daß die Versammlung für nötig fand, ihrerseits einen Schritt entgegenzukommen, und daraufhin beschloß, den Kaiser um einen „gütlichen" Tag an seinem Hofe zu ersuchen; und zwar sollten beide anwesende Fürsten um dessen Bewilligung und sicheres Geleite bitten.[3]

So geschah es,[4] und auch die Bischöfe vom Bamberg und Würzburg, deren Räte man zum Tage umsonst erwartet hatte, billigten hinterher den Beschluß.

Auch der Böhmenkönig wurde, wie ihm versprochen worden war, durch Herzog Ludwig von den gefaßten Beschlüssen verständigt. Obwohl er in den Wasserburger Verhandlungen bereits als außerhalb des wittelbachischen Vereines stehend angesehen wurde, glaubte der Landshuter Herzog den mächtigen Nachbar doch einladen zu sollen, den Wiener-Neustädter-Tag gleichfalls zu besuchen. Der Herzog kam schließlich auch

[1] Vgl. die unten folgenden Darlegungen nach den Briefen des Kaiserl. Buches und des Bamb. Archives. Daß man von den Neigungen der Städter schon im Januar 1463 in Wiener-Neustadt Kenntnis hatte, bezeugt die Werbung W. Forchtenauers an Markgraf Albrecht vom 30. Januar. Bamb. Archiv 1908, Nr. 23.

[2] Hierher gehört auch das Bündnis des Pfälzer Kurfürsten mit Straßburg vom 19. Oktober 1462 und sein Abkommen mit Ludwig von Veldenz, 5. Januar 1463 (Menzel, Reg. zur Geschichte Friedrichs des Siegreichen, in Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte II. 388—389; 390—392).

[3] Die obigen Ausführungen über den Wasserburger Tag und einschlägige sonstigen Darlegungen nach der unten zu erwähnenden Werbung des bayerischen Rates Hans von Degenberg an König Georg, und den Akten des Wasserburger Tages im Münchener Allgem. Reichsarch. Neub. Cop. XI. fol. 346 ff. Am ausführlichsten sind dieselben bisher bei K. Menzel, Reg. zur Geschichte Friedrichs des Siegreichen, Quellen und Erörterungen II. 393—398 verwertet.

[4] Die Ersuchen Herzog Ludwigs vom 17., Herzog Sigmunds vom 18. Februar bei Müller, Reichstagstheatrum II. 168—169. Ich fand Kopien im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 241, Nr. 4aa, und Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 22.

auf des Königes Wunsch bezüglich eines Friedenskonventes in Prag zurück. Er erklärte, daß, falls man am kaiserlichen Hofe zu keiner Verständigung gelange, er und seine Freunde gern einwilligen würden, daß in Prag weiter verhandelt werde, und daß dann der König, sei es in Güte, sei es „im Recht", über ihre Forderungen erkenne; Georg möge nur dafür sorgen, daß in diesem Falle auch der Kaiser seine Räte schicke, und zwar mit hinlänglicher Gewalt, damit sie sich hinterher nicht ausreden könnten, ihr Herr habe dies und das nicht gewußt, und sie seien nicht dazu ermächtigt.[1]

Es blieb König Georg nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiele zu machen, und die Absendung einiger Räte nach Wiener-Neustadt zu versprechen.[2]

Kaiser Friedrich hatte angesichts des entschiedenen Widerwillens, den Markgraf Albrecht gegen den Prager Tag zeigte, am 30. Jänner den Dr. Wolfgang Forchtenauer nach Ansbach entsendet.[3] Er sollte darlegen, daß es nicht gut angehe, des Königes Wunsch zu vereiteln; der Kaiser habe auch bereits die Abordnung von Bevollmächtigten nach Prag versprochen; aber seine Meinung sei ganz und gar, daß bei dem Könige nichts endgültig beschlossen werde, so daß dann doch ein neuer Friedenstag angesetzt werden müsse, den der Kaiser an seinem Hofe zu halten wünsche. Forchtenauer brachte die nochmalige Versicherung, man werde kaiserlicherseits ohne den Markgrafen in keinerlei Verhandlung willigen, dazu die Mahnung, es ebenso zu halten und zugleich in Ausführung zu bringen, was Albrecht zu thun im Begriffe stehe.

Der Gesandte traf den Markgrafen nicht in seinem Lande, und ebensowenig erreichte ihn rechtzeitig ein Brief Kaiser Friedrichs vom 12. Februar,[4] der von den über Salzburg an ihn gelangten Erbietungen

[1] Die undatierte Werbung Degenbergs mit zahlreichen einschlägigen Meldungen im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), unter Nr. 22. Sie gehört etwa zum 22. Februar, was der Schluß des Wasserburger Tages (17. Februar), und die Angabe, es sei „heute" von den fränk. Bischöfen auf die Anzeige über die gefaßten Beschlüsse Antwort gekommen, rechtfertigen dürfte. Ich verwende nur die aus der Situation sich ergebenden Hauptpunkte, denn nicht dieser ausführliche Bericht, sondern eine kürzere Mitteilung wurde (nach einem Schreiben Jobsts von Einsiedel von Ende Februar an Markgraf Albrecht) durch Hans Gewolf nach Prag überbracht.

[2] Die Zusage ist verloren Die Gesandtschaft kam aber nach Wiener-Neustadt. S. unten.

[3] Die Beglaubigung und „Informacio pro W. Forchtenawer ad dominum marchionem Brandenburgensem" vom 30. Januar 1463 im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 23.

[4] Schreiben Albrechts an den Kaiser vom 16. März. Bamb. Archiv 1908, Nr. 22.

Ludwigs von Bayern Mitteilung machte, außerdem weitere Kunde versprach.[1] Es blies dies nicht ohne Bedeutung.

Der Markgraf, dem beide Nachrichten auf der Rückreise aus Böhmen und Sachsen am 28. Februar in Zwernitz zukamen, legte auf letztere Bemerkung, so allgemein sie lautete, ein besonderes Gewicht. Oder ging die Weisung des Kaisers, zu thun was er im Sinne habe, nicht deutlich auf die Verhandlungen mit Burgund? Da zugleich in dem Schreiben vom 12. Februar verlangt wurde, die kaisertreuen Fürsten möchten zu Oculi (13. März) ihre Räte nach Wiener-Neustadt schicken, so ordnete Albrecht sofort Stefan Scheuch dorthin ab, die Gesandtschaften anzukündigen und bezüglich der burgundischen Sache deutliche Weisung und Vollmacht zu begehren. Er selbst, an den Prager Abmachungen mit König Georg festhaltend, und ohne Nachricht über das Beginnen der Wittelsbacher forderte kraft seiner Vollmacht im Namen des Kaisers Fürsten und Städte des Reiches auf, den zu Georgi stattfindenden Nürnberger Friedenstag zu besuchen.[2] Wie zerfahren zeigten sich nicht die deutschen Zustände selbst bei der Friedensstiftung, wie bedurfte es vielfältiger Ansätze zur Versöhnung, der Friedensberedungen da und dort, ehe die Grundlage für eine allgemeine Verständigung sich gewinnen ließ!

Der Nürnberger Tag unterblieb übrigens, da auch Albrecht, nachdem er von den Wasserburger Beschlüssen und der zustimmenden Antwort des Kaisers gehört hatte, die ihm[3] zugleich mit der Aufforderung, auch seinerseits vereint mit den „mitgewandten“ Fürsten und Städten zu Ostern oder etwas früher seine Räte in Wiener-Neustadt zu haben, zukam, seine ganze Aufmerksamkeit den dort zu erwartenden allgemeinen Verhandlungen zuwendete.

Der Markgraf zeigte sich rastlos bemüht, seine politische Lage so günstig als möglich zu gestalten. Er verpflichtete sich den König von Böhmen, indem er von den Bestrebungen der Kurie und den Absichten der deutschen Fürstenhäuser, soweit sie den König interessieren konnten, vorsichtige aber formell durchaus vertrauliche Mitteilung machte;[4] er erbat sich geradezu die Sendung Jobsts von Einsiedel, als Vertrauens-

---

[1] Im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), unter Nr. 22.

[2] Nach dem Briefe Stefan Scheuchs vom 22. März an den Markgrafen im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 248.

[3] Brief des Kaisers vom 9. März bei Müller, Reichstagstheatrum II. 169. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 753. Auch im Weim. Gesamtarchiv u. Bamb. Archiv.

[4] Brief vom 24. Februar an Jobst von Einsiedel, Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.).

mannes des Königs, um in allen schwebenden Fragen die Kooperation von Böhmen, Sachsen und Brandenburg zu beraten.[1] Die Reichsstädte wurden auf den 28. März nach Dinkelsbühl berufen, wo ihnen Mitteilung geschah über den Frieden mit Böhmen, der auch für sie gelte, und welchen der König für die Städte schließlich in der von dem Markgrafen gewünschten Form verbriefen mußte.[2] Die Städte wurden ermahnt, im eigenen Interesse jetzt unter sich und mit den Reichshauptleuten fest zusammenzustehen, da man so am leichtesten jede billige Forderung durchsetzen werde. Der Abschied des Tages gebot überdies allen, ihre für den Wiener-Neustädter Tag und für einen Friedensschluß bevollmächtigten Ratsboten am 13. April in Ulm zu haben, wo Albrecht sich persönlich einfinden werde.[3] Ebenso wurden endlich den Fürsten von Baden und Württemberg die günstigen Aussichten auf die erwünschte Erledigung aller Angelegenheiten zugleich mit dem Hinweise auf den böhmischen Frieden, die Haltung von Kaiser und Papst und die zu erwartende Übereinkunft mit Philipp von Burgund mitgeteilt.[4]

Noch mehr aber als bei den verbündeten Mitständen im Reiche gab sich Albrecht stets neue Mühe, den Kaiser von jedem voreiligen oder einseitigen Friedensschlusse zurückzuhalten: Unablässig wurde Scheuch erinnert, in dieser Richtung mit ganzem Nachdrucke thätig zu sein, und oft genug half der Markgraf mit eigenen Briefen an den Bischof von Gurk und den Kaiser selbst nach.

Gerade jetzt auch hielt es Albrecht, indem er nicht unterließ, auf die eigenen Hilfsmittel, seine Abmachungen mit Sachsen und den von seinem Bruder dem Kurfürsten zu erwartenden Beistand hinzuweisen, an der Zeit, nochmals die Verständigung mit Burgund, betreffs der er vergeblich auf neue Befehle des Kaisers wartete, in beredten Worten anzupreisen. Mit Hilfe der burgundischen Macht könne der Kaiser aller

[1] Davon ist in mehreren späteren Schreiben weiter die Rede. Einsiedel kam übrigens nicht oder erst im Juni—Juli.

[2] Darüber fanden noch mehrfache Verhandlungen in Nürnberg statt, zu denen die Städte sechs Vertreter designiert hatten. Vergl. den Abschied vom Tage und das Formular, nach dem dann der König den Frieden mit den Kommunen bestätigte, im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 37.

[3] Der Abschied des Tages im Frankfurter Archiv, Kaiserbriefe V. Nr. 120. (Von Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 305, Nr. 327, irrtümlich mit anderen hierher gehörigen Stücken in das Jahr 1462 gesetzt.) Ein weiteres Ausschreiben des Markgrafen vom 28. März aus Dinkelsbühl im Bamb. Archiv 1908, Nr. 249.

[4] Man vergl. die mehrerwähnten Korrespondenzen mit Graf Eberhard.

Feinde Herr werden, sowohl hier oben im Reiche wie unten in seinen Erblanden; mit Herzog Philipp und dem Könige von Böhmen verbündet, sei es für ihn ebenso leicht, seinen Bruder Albrecht niederzuwerfen, wie den Pfalzgrafen zu demütigen und die gefangenen Fürsten zu befreien; es wäre auch höchst notwendig, daß in letzterer Sache etwas geschehe, denn schon hätten die Fürsten erklärt, wolle man etwas für sie thun, sei es durch den Herzog von Burgund, sei es anderswie, so möge es nur bald geschehen, sonst müßten sie die „Schatzung" des Pfalzgrafen annehmen; immerhin es sei für sie besser, dies zu thun, als länger im Stocke zu bleiben. Der Markgraf erklärte zum Schlusse rundweg, es könne doch kaum fraglich sein, ob dem Kaiser solche Aussichten, die dauernde Sicherung seines Regimentes gegen alle Anfechtungen, die Bestrafung aller Gegner, die sich jetzt ihm trotzig entgegenstellten, nicht mehr wert seien, als die Überlassung des Reichsvikariates jenseit des Rheines an Burgund, ja selbst auch diesseit des Rheines an den König von Böhmen; überdies könne durch die Vermählung des Erbprinzen Maximilian mit der einzigen Tochter des jüngeren Herzogs von Burgund vorgesorgt werden, daß auch dieses Zugeständnis an die burgundischen Herren zur Mehrung der Macht des Hauses Österreich gedeihe.[1]

Natürlich ahnte der Markgraf, der sich unter einem weiter erbot, die notwendigen Verhandlungen mit dem Herzoge zu übernehmen und dafür bezügliche Vollmachten erbat, nicht, daß er hier politische Gedanken entwickelte, deren Verwirklichung einst von gewaltiger Tragweite für das Emporwachsen des habsburgischen Geschlechtes und für die Geschicke von Gesamtdeutschland sein sollten. Jetzt fielen derartige kühne Projekte in Wiener-Neustadt auf durchaus unfruchtbaren Boden: Nicht wie der Markgraf wollte, sondern wie die eigene kühle Beobachtung lehrte, nahm Kaiser Friedrich die Sachlage. Auch handelte er bereits unter dem Einflusse eines Vorfalles, der dem Markgrafen bei Erteilung seiner Ratschläge noch unbekannt sein mußte.

Am 13. März war der greise Dietrich von Mörs, Erzbischof von Köln, gestorben. Am 30. wählte das Kapitel nach mehrtägigen Beratungen Ruprecht von Pfalz-Bayern zu seinem Nachfolger.

Es war für die obwaltenden Verhältnisse ein Ereignis von weittragender Bedeutung. Der Elekt bedurfte der Bestätigung durch Papst und Kaiser. Wie aber war diese zu hoffen, solange sein Bruder, der Pfalz-

[1] Des Markgrafen eingehendes Schreiben vom 16. März im Bamb. Archiv 1906, Nr. 22. Ebendort auch der weitere Brief vom 30. März und die Korrespondenz mit Stefan Scheuch.

graf, und der Landshuter Vetter an der Spitze der Opposition im Reiche und gegen beide Oberhäupter in Waffen standen? Ruprecht war somit, wenn er die Kurwürde gewinnen wollte, der natürliche Vermittler zwischen seinem Bruder und Vetter und dem Kaiser nicht nur in deren besonderen Angelegenheiten, sondern auch in der Sache der gefangenen Fürsten.

Aber auch was den Böhmenkönig betraf, ging des Markgrafen Rechnung fehl: Nur zu gut wußte der Kaiser, wie sehr Podiebrad an seine Fürsprache gewiesen war, und daß er nicht daran dachte, weitere Ansprüche auf Begünstigungen im Reiche zu erheben. Mit den übrigen gegnerischen Kräften im Reiche aber ein Abkommen zu finden, konnte man in Wiener-Neustadt, dank der Thätigkeit der Kirchenfürsten von Augsburg und Salzburg, dann der Münchner Herzoge, zumal seit den Wasserburger Erbietungen, ohnehin mit Sicherheit rechnen, und da in ebenjenen Tagen endlich auch mit Ungarn aussichtsvolle Friedensberedungen begonnen hatten und in Österreich die Stellung des Kaisers momentan günstig war, so waren die Räte Friedrich III. weit entfernt, zu glauben, was Markgraf Albrecht versicherte: man werde ohne das burgundische Bündnis den Gegnern widerstandslos bewilligen müssen, was sie wollten.[1]

Freilich trat, ehe die Verhandlungen am kaiserlichen Hofe begannen, in den österreichischen Verhältnissen wieder eine Veränderung ein.

„Geduldig habe ich bisher“, schreibt der hochbetagte Augenzeuge dieser Dinge, Thomas Ebendorfer, „des Friedens in meinem Vaterlande geharrt, und er ist nicht gekommen. Wie sehne ich mich Gutes für die Zukunft vorherzusehen und siehe da, noch ärgere Verwirrung harrt vor der Schwelle“.[2]

Zu Anfang des Frühlinges 1463 schien aber das Ende aller Zerfahrenheit gekommen, und zwar mit dem gänzlichen Siege des Kaisers. Man meldete ins Reich des Kaisers Fahne werde „in kurzer Zeit fliegen mit solcher Macht, die lange nicht gesehen sei“.[3] Woher aber in so kurzer Zeit dieser Umschwung?

Nachdem der Erzherzog seine Residenz in der Wiener Burg, die

---

[1] In seinem Briefe vom 16. März.

[2] Zu Beginn des V. Buches seines Chronicon Austriacum. Bei Pez, Script. rer. Austriac. II. col. 967.

[3] Schreiben aus Österreich in das Reich von Ende April oder Anfang Mai 1463 bei Chmel, Mater. II. 270.

man in der Eile notdürftig hergestellt,[1] aufgeschlagen hatte, sah er es mit Recht für seine nächste Pflicht an, die fremden Kriegsleute abzulohnen und aus dem Lande zu bringen. Aber die vorhandenen Geldmittel reichten dazu bei weitem nicht, und deshalb schrieb er,[2] des Landes Beihilfe zu erlangen, einen „gemeinen Tag" auf den 5. Jänner 1463 nach Wien aus, der von der ganzen Landschaft beschickt werden sollte.[3]

Sofort erhob sich deswegen neuer Streit zwischen Albrecht und dem Kaiser. Da letzterer den Tag strengstens widersagte, so erschienen neben einer Anzahl Prälaten, Herren und Ritter außer den Wienern nur von drei Städten, aus Klosterneuburg, Tulln und Ybbs Abgeordnete. Trotzdem war aber die Versammlung bereit, nach Kräften beizusteuern, und wurde eine „gemeine Landsteuer", und zwar auf jeden Weingarten ein Pfund Pfennige, dann eine Abgabe von dem liegenden Besitze der Prälaten, dem ständigen Einkommen und Altaristen, ja selbst von der Habe der Dienstleute bewilligt;[4] auch die Bürgschaft für 3000 Dukaten, die der Erzherzog, um den dringendsten Forderungen der Söldner zu genügen, von deutschen Kaufleuten entlehnt hatte, wurde von den Ständen mitübernommen.[5]

Wie sollte aber selbst weitgehende Opferwilligkeit von Erfolg sein, wenn der übrige Teil der Landschaft sich entschieden weigerte, zur Behebung der allgemeinen Landplage entsprechend beizusteuern? Und wie konnte der Erzherzog daran denken, seine Waffenmacht wesentlich zu vermindern, wenn die feindlichen Gesinnungen seines Bruders gegen ihn und die Wiener auf mancherlei Weise grell hervortraten und Stadt und Land in tiefer Erregung blieben? Eben kam ja die Meldung, der Papst habe bei Strafe der Excommunicatio latae sententiae allen Welt- und Ordensgeistlichen verboten, jemanden aus der aufständischen Bürgerschaft außer im Falle der äußersten Todesgefahr[6] die kirchliche Absolution zu er-

---

[1] Beheim 221, 18—19:

Kain bau daran nit wart volfürt,
Mit bretern verslug man es nürt.

[2] Nachdem ein Versuch, die gesamte Landschaft zu Sankt Pölten um sich zu versammeln, mißglückt war; Ebendorfer, col. 968.

[3] Anonym. Chron. Austriac. 186.

[4] Vgl. darüber Ebendorfer, col. 968; Anonymus 186 und die Bewilligungen des nachfolgenden Herbstlandtages bei Chmel, Mater. II. 270—271. Beheim, 282 beziffert die Gesamtsumme der Einläufe auf 300 000 fl.

[5] Der Schuld- und Schadlosbrief vom 10. Januar bei Chmel, Diplomat. Habsburg., in Fontes rer. Austriac. II. 123—124.

[6] Nisi actu in mortis articulo.

teilen,[1] eine Censur, die von der hauptstädtischen Bevölkerung freilich sehr gering geachtet wurde.[2]

„Der Bann gab ihnen zu schaffen klein,
Sie trieben nur ihren Spott dagein."

Und während der Baumkircher von Korneuburg, Ulrich von Grafeneck von Bruck an der Leitha aus an der Spitze starker Mannschaften die Wiener beobachteten, bewog jetzt den Kaiser trotz seiner leeren Taschen die Leidenschaft, Herrn Zdenko von Sternberg, „da die Läufe in Österreich noch für und für besorglich seien", zu seinem obersten Hauptmanne im Donauthale zu ernennen, damit er „den Krieg gegen Erzherzog Albrecht von Österreich, ettliche Landsleute desselben Fürstentumes, die Wiener und andere des Kaisers Feinde an dessen Statt treibe, übe und fürnehme und darin nach seinem Vermögen nicht feiere".[3] Friedrich war bereit, dem neuen Hauptmanne und seinen Scharen die wichtigen Städte Krems und Stein als Pfand für geliehene 5000 Dukaten, zugleich auch als Mittelpunkt für die neue Hauptmannschaft auszuliefern, was aber an dem Widerstande der Bürgerschaft scheiterte.[4]

Alsbald begann der Kampf, indem Sternberg von Weitra aus in Oberösterreich einbrach,[5] die Wiener geradezu in Blokade gehalten wurden, andererseits Georg von Pottendorff und der Stickelberger im Namen des Erzherzoges die Kaiserlichen anfielen.[6] Rasch gesellte sich dazu der Kampf mehrerer unbezahlten Brüderrotten gegen beide Parteien, indem sie sich, ob bisher herzoglich ob kaiserlich, die Hand reichten, die Straßen ebenso gegen Wien wie gegen Wiener-Neustadt sperrten,[7] und unter Franz von Hag, Wenzel Wiltschko, Georg von Lichtenburg und Böttau förmlich einen Staat im Staate organisierten.[8]

---

[1] Breve vom 16. Januar 1463 an den Erzbischof von Salzburg im Bamb. Archiv 1908, Nr. 4, fol. 6. Ebendorfer 971—972 mit irrigem Datum.

[2] Beheim 265—266. Auch Ebendorfer obwohl selbst Kleriker erhebt gegen die Parteinahme des heiligen Stuhles schwere Anklage. Der Erzherzog protestierte gegen die Censuren. Sitzungsberichte der phil. histor. Klasse der Wiener kaiserlichen Akademie V. 659ff.

[3] Birk, Urkunden-Auszüge, Archiv für österr. Geschichte X. Nr. 640—643. Vgl. Chmel, Reg. II. 399—400, Nr. 3667.

[4] Birk a. a. O. Nr. 639. [5] Anonym. Chron. Austriac. 191.

[6] Nach Gerh. Roo 264; Ebendorfer 969; Beheim 291—292; über die Absage gegen den Kaiser ebendort 287—289.

[7] Brief des Kanzlers Ulrich von Gurk an Markgraf Albrecht vom 12. März 1463 im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), unter Nr. 22; auch im Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 241, Nr. 4aa. Anonym. chron. Austr. 194.

[8] Vergl. Chmel, Mater. II. 275: Bericht Friedrich Steinhausers, Pflegers zu

Bald genug kam da Erzherzog Albrecht ins Gedränge. Er besaß durchaus nicht die Mittel, die Söldner auszuzahlen und wieder an sich zu ketten: In ebenjenen Tagen mußte er sogar das wichtige Steyr dem Jörg von Stein, der ihm 14000 Dukaten lieh, versetzen;[1] aus Böhmen schrieb König Georg dem Kaiser, „er wolle das Unrecht, das Albrecht und die Wiener an dem Kaiser thäten, nicht länger leiden, sondern mit aller Macht dazuthun“;[2] der Kaiser warb in Ungarn,[3] er bot die getreuen Krainer nochmals zu ausgiebiger Hilfeleistung auf,[4] und während seine Hauptleute Wien von allen Seiten zusetzten,[5] der Baumkircher von Korneuburg aus alle Zufuhr aus den oberen Landen her sperrte und Kaufmannsgüter, die Freund oder Feind der Stadt zuführten, für gute Beute erklärte,[6] trat Ulrich von Grafeneck mit den revoltierenden Söldnern in geheime Unterhandlung, die rasch hoffen ließ, sie würden insgesamt auf des Kaisers Seite treten.[7] Da konnte man wohl aus dem kaiserlichen Hofe schreiben, daß in Österreich „die Dinge nach Ehre und Nutzen seiner Majestät ausgehen“ würden; es durfte der Kaiser, der des Reiches Acht und Aberacht über die Stadt Wien aussprach und ihr das Recht der Münze und den Blutbann entzog,[8] sich gestatten, am 24. März Bürgermeister, Rat und die gesamte Gemeinde von Wien „all der Gewaltthat und des Unrechtes wegen, die sie an seinen Getreuen, Nicklas Teschler,

Lichtenwörth an Georg von Pottendorff (?) vom 8. März. Vgl. ebendort 279. Noch im Februar galten aber Hag und Wiltschko dem Erzherzoge als Verbündete. Vgl. Diplomat. Habsburg. II. in Fontes rer. Austriac. II. 124—125.

[1] Am 16. März 1463. Diplomat. Habsburg. II. 125—126. Vergl. Beheim 319—321 mit drastischer Schilderung des Widerstandes, den die Bürgerschaft der Verpfändung entgegenstellte, und Preuenhuber, Annales Styrenses 114.

[2] Nach dem Berichte Stefan Scheuchs an Markgraf Albrecht vom 22. März. Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 248.

[3] Vgl. Chmel, Mater. II. 279; „Hofmähr“ aus dem Viertel über dem Manhartsberge.

[4] Brief vom 8. März an Kaspar Melz, Pfleger zu Weichselburg, Georg und Kaspar von Tschernembl bei Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 752.

[5] Chmel, Mater. II. a. a. O.

[6] Scheuchs Brief vom 22. März. Beheim 290ff.

[7] Chmel, Mater. II. 275, und Bericht Scheuchs vom 22. März.

[8] Anonym. chron. 192. Der Zeitpunkt ist unbekannt, aber man wird nicht fehl gehen, die kaiserlichen Censuren mit den päpstlichen zeitlich zusammenzubringen, was auch Beheim 265—266 thut. Die Wirkung der Straffentenzen des Reiches war so groß, wie die der kirchlichen Censuren:

Sie sprachen „Acht und aber acht,
Die bringen wol sechzehen“,
Sie war'n dies all's verschmähen. Beheim 266, 16—18.

Simon Bötel, Hartung Kappel und einer Reihe anderer Wiener Bürger und Ratsherren allein wegen ihres Gehorsames gegen den rechtmäßigen Herrn begangen hätten", binnen 15 Tagen vor seinen Richterstuhl zu laden.[1] Es war nur ein Glück, daß in jenen Tagen, am 10. März, wenigstens die Erstreckung des zu Reminiscere nicht zustande gekommenen gütlichen Tages mit den Eidgenossen auf den 24. Juni durch die Räte des Pfalzgrafen und Herzog Ludwigs von Landshut gelang.[2] Die Vorlande waren ja einem feindlichen Anfalle gegenüber fast wehrlos.

Mehr noch aber sah sich der Erzherzog durch den wachsenden Unmut, die innere Spaltung unter der Bürgerschaft bedrängt. Materielle Bedrängnis war, wenigstens bei der großen Masse der Wiener Bevölkerung, der Hauptgrund gewesen, der sie zu so rücksichtsloser Selbsthilfe bereit machte. Daß die Not auch jetzt statt geringer größer wurde und unter der Herrschaft des Erzherzoges die besseren Tage, auf die man nach den Anpreisungen Holzers mit Sicherheit gerechnet hatte, nicht kamen, erweckte in den Herzen der Städter zornige Reue. Und wie leichtfertig hielt der neue Herr mit dem landesfürstlichen Einkommen Haus, während Stadt und Land unter unerschwinglichen Lasten seufzten!

Man ballte auch bald nicht bloß in der Tasche die Faust. Die eben durchlebte Periode schlimmster Gewaltthaten wirkte noch nach, die Gemüter waren verwildert; sonder Scheu vor der Obrigkeit, vor fremdem Rechte und Besitze übte man in der Stadt Gewalt und fürchtete man sie: Wurde doch der Bürgermeister Holzer, den man nun gewandelten Sinnes als Verführer und als den Urheber dieser letzten Dinge schmähte, vor dem eigenen Hause bedroht[3] und selbst dem Erzherzoge in einem Briefe geradezu der Tod angekündigt. Parteiung und Zwiespalt wuchsen immer mächtiger; in leidiger Selbsthilfe lieh Albrecht Angebern sein Ohr; er überwachte die Bürgerschaft durch Späher[4] und trachtete nach Mitteln, falls es zum äußersten komme und die Bürgerschaft sich völlig von ihm wende, seine Stellung mit gewaffneter Hand behaupten zu können.

Um die Mitte März versammelte der Fürst seine Getreuen um sich. Auch sie erkannten als das einzige Mittel, so bedrohlichen Zuständen in

[1] Bei Birk, Urkunden-Auszüge, Anhang Nr. XVI. (inseriert in Erzherzog Albrechts Brief an den Kaiser vom 4. April).

[2] Diplomat. Habsburg. in Fontes rer. Austriac. II. 125.

[3] Ulrich von Gurk am 22. März: „Es hat auch vor ettlichen tagen einer der namhafftigen burger zu Wienn den Holczer, der sich noch burgermaister nennet, erslahen wöllen vor seinem hawse".

[4] Beheim 280—281. Gerh. Roo 262—264.

der Stadt gegenüber und bei der Haltung des Böhmenköniges und den Fortschritten Sternbergs sich behaupten zu können, wenn Herzog Sigmund von Tirol ausgiebige Hilfe leiste. Der Erzherzog und die Landstände schickten deswegen besondere Botschaften nach Innsbruck.[1]

Mit Recht sah man also in der Wiener Hofburg die Dinge weit anders an, als der Gesandte Markgraf Albrechts, der sich der eitlen Hoffnung hingab, die Fürsten würden durch ihr eigenstes Interesse zur Versöhnung und zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Wiener bewogen werden; „schon sei man ja in der Stadt auch des Erzherzoges überdrüssig, und es werde geradezu gesprochen, man müsse sich an Ungarn anschließen."[2] Des Kaisers Sinn blieb eben hartnäckig auf die Wiedergewinnung der Herrschaft über das ganze Erzherzogtum gerichtet, und als die erwartete Verdrängung seines Bruders aus der Hauptstadt durch die Mittel eines ehrlichen Kampfes nicht erfolgen wollte, da scheute er sich nicht, hinterlistigem Verrate seinen Beifall und seine Unterstützung zu gewähren.

Schon während die Fürsten umsonst in Korneuburg tagten, hatte Wolfgang Holzer scharfen Blickes erkannt, daß, sowie der gegenwärtige Zustand unnatürlich, unhaltbar sei, auch Albrechts Macht und persönliches Ansehen ferner nicht genügen würden, den Kaiser zur Anerkennung seines Regimentes im Lande zu bringen oder auch nur seine Freunde gegen dessen Zorn zu schützen.[3] Zur Sorge gesellte sich der Unmut über das rasche Ansehen des Erzherzoges bei der Volksmenge, und kamen alsbald die Mahnungen niedriger Habgier. Es konnte Holzer nach eigener Rechnung nur dann gelingen, sich im Besitze der seinen Mitbürgern geraubten Habe zu behaupten, wenn er es verstand, auch den Kaiser durch einen wichtigen Dienst zu verpflichten. Was konnte man aber Friedrich III. Größeres verheißen als die Wiedergewinnung der Stadt, die mit Recht als das Herz der österreichischen Stammlande angesehen wurde? Die Stimme des Rechtes, des Gewissens schreckten Holzer nicht.[4] Und that er dem Erzherzoge Schlimmeres an, wenn er die Stadt an den rechtmäßigen Herrn zurückbrachte, als Albrecht soeben selbst seinem Bruder, dem Kaiser, gethan hatte?

Der alte Demagoge besann sich da nicht lange und bot dem Kaiser unter der Hand seine guten Dienste an: Er erklärte, daß er im Namen einer ganzen Partei spreche, mit dieser aber durchaus fordern müsse,

---

[1] Schreiben vom 14. März bei Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 755.
[2] Brief Stefan Scheuchs an Markgraf Albrecht vom 22. März.
[3] Beheim 224. [4] Vgl. die Darlegung des Anonymus 196—197.

daß der Kaiser, von dessen Milde die Wiener leichter Verzeihen und Vergessen des Geschehenen hofften, als von seinen gefürchteten Feldherren, dem Grafenecker und Baumkircher, nicht bloß für sich, sondern auch im Namen beider Kriegsmänner völlige Straflosigkeit zusichere.

Holzer wurde nicht abgewiesen. Nachdem seine Botschaft im geheimen Rate des Kaisers in Erwägung gezogen war, übernahm der Propst von Preßburg, Georg von Schönberg, ein verläßlicher Mann, der einst des Kaisers Kanzler gewesen war[1] und noch eben die Tage der Gefahr in in der Wiener Burg miterlebt hatte, den Auftrag, mit Holzer die Sache weiter zu bereden.

In tiefem Geheim traf er mit dem Bürgermeister und etwa zwanzig seiner intimsten Genossen zusammen und wurden die Einzelnheiten des Planes erörtert. Holzer verlangte aber nicht nur für sich und die Seinen, sondern auch für den Erzherzog und die ihm anhängenden Landstände völlige Amnestie; man solle zudem Albrecht, falls er die Burg zu Wien und die besetzten niederösterreichischen Orte herausgebe, eine Geldentschädigung anbieten; erst wenn er jeden friedlichen Ausweg ablehne, dürfe man Gewalt anwenden, und möge gegen ihn vorgegangen werden, wie noch eben gegen den Kaiser.[2]

Der Propst glaubte zu bemerken, daß Holzer der Bürgerschaft nicht mehr in dem Grade mächtig sei, wie vordem,[3] wurde aber durch die Versicherung beruhigt, daß der Bürgermeister auf alle Ratsherren, Zunft- und Viertelmeister und die Vorsteher der Zechen, etwa sechs Personen ausgenommen, sich verlassen dürfe. Auch so gingen die gestellten Forderungen weit über Schönbergs Vollmachten hinaus. Er eilte die Sache an seinen Herrn zu bringen.

Zu Waltersdorf nächst Baden, noch während des Zuges von Korneuburg und Bruck nach Wiener-Neustadt, hielt der Kaiser am 17. Dezember mit 18 Räten[4] darüber eine Besprechung. Sie alle hatten gegen Holzers Plan

---

[1] Vgl. Ebendorfer, Chron. Austriac. col. 969—970.

[2] Quellen für diese frühesten Verhandlungen ist M. Beheim, Buch von den Wienern 224—229; doch kennt sie auch Roo 265, der zugleich auf mehrere (?) Gewährsmänner verweist. Dem Anonymus und Ebendorfer blieben sie, scheint es, unbekannt. Man vgl. auch den Bericht eines Augenzeugen über die Holzersche Erhebung gegen den Erzherzog an Matthias Schlick von Elbogen (offenbar von seinem Bruder Niklas Schlick, Pfleger auf Greizenstein, ausgehend) bei Th. v. Karajan, Kleinere Quellen zur österr. Gesch., Wien 1859, 16 ff.

[3] Beheim 229, 30—31.

[4] Beheim 232—233. Es waren offenbar die in Wiener-Neustadt weilenden entgegen geritten.

nichts erhebliches einzuwenden, doch beriet man in Wiener-Neustadt weiter. Ausgerüstet mit kaiserlichen Briefen und Vollmachten wurde der Propst von neuem mit der gefährlichen Reise nach Wien beauftragt. Er that sie nicht ohne Bedenken und Zögern.

Als Schönberg gegen das Jahresende in die Stadt kam, hatte man eben dem Erzherzoge geschworen, auch der Bürgermeister und die Seinen. Aufs neue und noch stärker erwachte das Mißtrauen des Unterhändlers. Aber Holzer war sowenig als früher um eine Ausrede verlegen: Der Eid sei nur auf den Vertrag von Korneuburg geleistet; werde dieser, was ja der Fall sei, nicht gehalten, so gelte auch der Schwur der Wiener nichts.

So ging man denn neuerdings an die Verhandlungen. Der Kaiser, so wurde jetzt verlangt, habe den Erzherzog mit 40000 fl. für seine Abtretungen zu entschädigen, ihn zu seinem Hofrichter zu ernennen und überhaupt bei der Regierung des Reiches mit einem geeigneten Wirkungskreise zu versehen; das solle mit Brief und Siegel verbürgt werden. Dafür wollten auch die Wiener sich verschreiben, ja durch einen Eidschwur unverbrüchlich geloben, Friedrich III. wieder als Erbherrn aufzunehmen.[1]

Der Propst war auf solche neue Forderungen nicht gefaßt; er kannte wohl auch seinen Herrn gut genug, um zu wissen, daß die letzte Bedingung, bezüglich einer Teilnahme des Erzherzogs an dem Reichsregimente, nicht zu erreichen sei.

In der That wurde diese Meinung bestätigt, als er in Wiener-Neustadt neue Weisungen erbat; nur war der Kaiser nach seiner Art deswegen noch keineswegs gemeint, die Verhandlungen abzubrechen; er wünschte eine Vereinbarung auf anderer Grundlage. Aber Georg von Schönberg war der gefährlichen Botschafterrolle satt: Er nahm Urlaub und kehrte zu seiner Kirche zurück. Trotz mehrfacher weiterer Anfragen aus Wien vermochten die Verhandlungen bis in den März 1463 hinein nicht wieder in Fluß zu kommen.[2]

Da beschloß der Kaiser, um die so günstige Lage der Dinge zu benützen, seinerseits einen Schritt zu thun. In einer Versammlung der kaiserlichen Räte ward die Sache erörtert; auch der Propst von Preßburg war wieder zugegen: Der Beschluß ging nach des Kaisers Meinung, und wenn auch Schönberg wie zuvor bei der Weigerung blieb, sich ein drittesmal heimlich in die Stadt zu begeben, so war doch auch er für den Anschlag und bereit, ihn sonst mit Rat und That zu fördern. Von der Feste Trautmannsdorf aus gaben er und Ulrich von Grafeneck dem

[1] Beheim 235. [2] Beheim 236, 238—239.

Bürgermeister Holzer die Absicht des Kaisers kund, neue Verhandlungen mit der Stadt einzugehen.

Holzer willigte ein. Seine Stellung als Stadtoberhaupt und zum Herzoge war höchst unbehaglich geworden; schon wurden der Odenacker und andere befreundete Bürger unter der Anschuldigung, sie hätten den Herzog vergiften wollen, in strenge Haft gebracht;[1] das Stadthaupt besorgte wohl mit Recht, daß man bei geeigneter Gelegenheit unter irgend einem Vorwande auch ihm so thun werde. Zudem genügten die kaiserlichen Erbietungen allen, ihn und die Stadt betreffenden, Forderungen, ja für den Fall des Gelingens des Unternehmens wurde ihm noch eine Belohnung von 6000 fl. zugesichert.[2] So ward man eins: Holzer sollte bis zum Samstag vor Ostern nach Möglichkeit die Wiederkehr der kaiserlichen Herrschaft in der Stadt vorbereiten; am Morgen dieses Tages werde der von Grafeneck eine reisige Schar vor dem Stubenthore haben, die der Bürgermeister in die Stadt bringen und ihm den nöthigen Rückhalt bieten sollte gegen die Hofleute des Erzherzoges; sie werden sich beim Einreiten in die Stadt jeder Gewalt enthalten; Ulrich von Grafeneck und andere kaiserliche Hauptleute mögen mit großer Macht nahe bei der Stadt verweilen, um zum Einrücken und allenfallsigen Beistande bereit zu sein.[3]

Am Abende des Charfreitags beschickte der Bürgermeister die Ratsherren und die namhaftesten Männer aus der Gemeine und den Zünften und bat sie zu sich in sein Haus, da er notwendig in der Stadt Angelegenheiten mit ihnen zu reden habe. Es waren einige hundert Personen, kein Wunder, daß es stundenlang dauerte, ehe die Geladenen in der großen Stube Holzers beisammen waren. Sorgfältig hatte man dafür gesorgt, daß eines jeden Begleiter und Diener gleichfalls in einem Gemache blieben, und niemand das Haus verlasse.

Gegen Mitternacht fehlten nur noch fünf, darunter Dr. Hans Kirchheim, seit langem mit Holzer zerfallen, und der Stadtrichter: wohl nicht ganz zufällig eben jene, denen der Bürgermeister mißtraute. Gegen sie erhob Holzer offen die Anklage, sie seien es gewesen, die des Stadtrates

---

[1] Anonym. chron. Austriac. 188—190. Es gelang aber Holzer, sie am 31. März loszubringen, da jene Beschuldigung sich als völlig erdichtet herausstellte.

[2] Anonym. chron. Austriac. 197.

[3] Anonym. chron. Austric. 197. Beheim 240—241. Vgl. über die Stellung Grafenecks den Bericht Stefan Scheuchs an Markgraf Albrecht vom 13. April im Bamb. Archiv 1908, Nr. 4, fol. 6.

Beschlüsse dem Herzoge hinterbracht. Der Hollabrunner, gleichfalls einst mit Kirchheim arg verfeindet,[1] half dem Bürgermeister, forderte ihn geradezu auf, als Haupt der Stadt jene in Strafe zu nehmen: Als sie jetzt bis auf den Liephart sich einfanden, wurden sie sofort abseits gebracht, in eine dunkle Kammer eingeschlossen. Wohl ahnten die Versammelten das Geschehene, aber alle waren es zufrieden; ihre Aufmerksamkeit wurde durch die Eröffnungen Holzers hinlänglich gefesselt: Der Erzherzog habe Söldner in großer Zahl aufgenommen und wolle sie den Bürgern in die Häuser legen; dann sei es um die Selbständigkeit der Kommune geschehen; er, Holzer, habe deshalb einen Vorschlag: In der Nähe stünden 400 Reisige, Deutsche und durchaus verläßliche Leute, die wohl einen oder zwei Monate der Stadt umsonst dienen würden, ihm dies auch bereits zugesagt hätten; sei es nun ihnen recht und gefällig, so werde er sie in die Stadt lassen.[2]

Nun hatten zwar manche darüber Bedenken, wie der Herzog die Sache aufnehmen werde, daß man erst die Gemeinde fragen sollte u. s. w. Den Meisten aber gefiel der Handel wohl, und als der Bürgermeister versicherte, die Treue gegen den Herzog dürfe nicht angetastet werden, und nichts ohne den Willen der Bürgerschaft geschehen, erstarb der letzte Widerstand. Schon graute der Morgen, als man sich trennte; „und war geboten einem jeden, daß er die Sache bei sich behalte, und derer, die um die Dinge wußten, waren wohl auf sechshundert, aber viele waren, die um die Sache nicht wußten und verstunden nicht des Holzers Grund".[3]

Zur festgesetzten Stunde hielten am Morgen des Ostersamstages vierhundert Reisige Grafeneckers vor dem Kärnthnerthore, geführt von dem Ritter Augustin Tristram, in ihrer Mitte Georg von Schönberg. Von der Wache zurückgewiesen, beriefen sie sich auf den Bürgermeister, der auf

[1] Vgl. die oben S. 299 gebrachten Ausführungen.

[2] Die Rede bei dem Anonymus 200—201. Vgl. G. Roo, Annales Austr. 266—268, dem jener, wenn nicht die einzige, so doch die Hauptquelle ist. Über die Gefangennehmung des Kirchheim und seiner drei Genossen vgl. auch die übereinstimmende Angabe bei Karajan, Kleinere Quellen 16—17; der „Haug" heißt hier „Hagner". Die Namen giebt Beheim 264: Brenz, Schönberger, Stadtrichter, Dr. Kirchhaim, Georg Krempel, Haug Kürschner. Ob der Liephard und Jakob Storch etwa noch in der Nacht in die Burg flohen, was Beheim 264—265 meldet, ist nicht zu erkennen. Nach allem wurde aber der Herzog von den Ereignissen des Charsamstages überrascht.

[3] Anonym. chron. Austriac. 202. Er ist für diese Vorgänge die wichtigste und im ganzen sehr gut unterrichtete und verläßliche Quelle.

die Meldung hin rasch zu Pferde herbeieilte, das Thor öffnen ließ, die Reiter in die Stadt führte. Wohl waren sie in schwerer Rüstung; sie hielten Armbrust und Schwerter bereit, aber sie übten kein Unrecht. Staunend, verwirrt sahen die Bürger den Zug. Rasch füllten sich die Gassen mit Bewaffneten, denen Holzers Absichten nicht bekannt waren, und kam der Lärm in die Burg, vor den Herzog.

Albrecht war voller Bestürzung. Wenn der Holzer, was er im ersten Augenblicke besorgte, sofort gegen ihn vor die Feste zog, so war er verloren; nicht einen Tag hatte man hier zu essen.[1] Aber er war entschlossen der Schmach den Tod vorzuziehen. Auch seine Räte sprachen für entschiedene Gegenwehr: Wenn der Fürst die Glocken bei St. Michael läuten und die Gemeinde aufrufen lasse, sie werde zu ihm stehen.[2]

Das geschah, aber ohne Erfolg. Die Menge strömte, schon aus Neugierde zu dem Bürgermeister und den fremden Reitern hin; von Holzer aber kam ein Zettel an den Erzherzog: Stadt und Land zu Nutze seien die Gewaffneten in die Stadt gebracht, sie sollten niemandes Rechten zu nahe treten.[3]

Er hatte die Reiter auf den Hohenmarkt geführt und dort der fragenden Menge, „wohl zehntausend oder mehr", Bescheid gethan, daß sie „an den Dingen allen hatten ein großes Wohlgefallen".[4] Die Räte Erzherzogs Albrechts, Stefan von Hohenberg, Veit von Ebersdorff, Jörg von Stein, die jetzt, um Auskunft zu erhalten und mit der Aufforderung, das fremde Kriegsvolk zu entfernen, erschienen, wurden ebenfalls mit schönen Worten und eitlen Zusagen abgefertigt, auch in die Burg zu kommen hatte der Bürgermeister abgelehnt: Der Herzog möge sich ruhig zu Tische setzen; nach dem Essen werde er bei ihm sein.[5] Der Anschlag schien so gelungen; schon begann man die kaiserlichen Reiter in die Herbergen zu bringen, Boten eilten nach Wiener-Neustadt, dem Kaiser die erfreuliche Kunde zu thun.

Da trat Erzherzog Albrecht in Person in den Streit ein. Er ließ sein Banner bei den Schotten entfalten und die Bürger aufrufen; er selbst trat unter die zuströmenden Männer aus dem Viertel bei Sankt Michael und forderte sie auf, ihm Leib und Gut und Treue und Ehre retten zu helfen; er gewann sie alle, zog rasch auch die Mehrheit

---

[1] Anonym. chron. Austriac. 203.

[2] Anonym. 203—204. Der Ratgeber ist Veit von Ebersdorff.

[3] Beheim 241—242. [4] Beheim 242, 23—24.

[5] Beheim 242—244. Vgl. Karajan, Kleinere Quellen 18.

der übrigen an sich; eine riesige Masse Bewaffneter stürmte gegen den Hohenmarkt.

Alsbald begann der Angriff. Nun versuchten zwar die Reiter, sich fest aneinander schließend, das Stubenthor zu gewinnen, aber das Thor war geschlossen, rasch jede Gasse ringsum mit Ketten gesperrt. Von allen Seiten angegriffen, wurde die kleine Schar trotz tapferer Gegenwehr zersprengt, die einen getötet, andere verwundet, gefangen, eine Abteilung sogar bis gegen die Burg, in den Wallgraben gedrängt, dort entwaffnet. Nur wenige entrannen über die Mauern oder gewannen ein Versteck, unter ihnen der Propst von Preßburg und der Bürgermeister Holzer. Auch der Erzherzog war im Kampfgetümmel in persönliche Gefahr geraten, sein Sieg aber ein vollständiger.[1]

Mit einem furchtbaren Strafgerichte rächte sich der strenge Albrecht an seinen kühnen Widersachern. Dreiundzwanzig Wiener Bürger, die angesehensten Männer der herrschenden Partei, wurden in Haft genommen, ihre Wohnungen und ihr Besitz versiegelt. Ein Gleiches geschah bei jenen fünf, die rechtzeitig geflohen waren.

Holzer hatte trotz allem am 9. versucht, in die Stadt zurückzugelangen; er rechnete wohl noch auf einen Umschlag der Menge zu seinen Gunsten. Als er jedoch die Thore gesperrt fand, gedachte er in dem Schlosse auf dem Kahlenberge Aufnahme zu finden, was ihm aber die Besatzung, da ihr die Sache nicht richtig vorkam, verweigerte. Nun schlich er sich nach Nußdorf hinab, wurde hier, obwohl er Winzerkleidung angelegt hatte, erkannt und am Ostermontage dem Herzoge eingeliefert.[2] Sein Geschick war erfüllt.

Am 15. April wurde Holzer — es war nicht zwei Menschenalter nach der Hinrichtung des Bürgermeisters Konrad Vorlauf —, nach schwerer

---

[1] So weit wird man nach Sichtung der Meldungen des Anonymus 205—206; jenes Berichtes an Matthias Schlick bei Karajan 17—19, Beheims 246—252, des Berichtes eines Unbekannten bei Birk, Urkunden-Auszüge, Anhang XVII. (159—160 des Seperatabdruckes), der Erzählung des Magister Berchhold Gugk aus der Umgebung des Passauer Bischofes in den Sitzungsber. der Wiener Akademie V. 658—659, Ebendorfers, col. 969 (beziehungsweise Roo, Annal. 266—269, Fugger-Birken 713—716) und den Briefen Stefan Scheuchs an Markgraf Albrecht vom 8. und 13. April (Bamb. Archiv 1908, Nr. 4, fol. 5 und 6) in der Darstellung dieser Vorgänge gehen dürfen. Die Zahl der Gefangenen wird verschieden angegeben; nach Karajan, Kleinere Quellen 19, waren im Kärntnerturme 25 und 236, in der Burg 48 untergebracht.

[2] Darüber berichten ziemlich eingehend M. Beheim 254—255, Anonymus 206—207 und jener Brief an Matthias Schlick bei Karajan, Kleinere Quellen 21.

Folterpein gevierteilt, fünf seiner Genossen aus dem Rate, der Ritter Reicholff, der Odenacker, Burghauser, Holderpeck und Ziegelhauser, dann der Anführer der kaiserlichen Söldner Augustin Tristram, der noch unlängst in der bei dem bayerischen Heere stehenden erzherzoglichen Hilfsschar gedient und am Tage der Schlacht von Giengen den Ritterschlag erhalten hatte, enthauptet.[1] Die übrigen gefangenen Wiener kamen auf die Folter; auch sie wurden mit dem Tode bedroht, doch nur, um sie für des Erzherzogs Befehle willfährig zu machen. Nachdem sie dann die Zahlung von 24000 Gulden gelobt hatten, erklärte Albrecht, die Gefangenen hätten zwar durch ihre Verräterei das Leben verwirkt, doch er wolle ihnen in Gnaden vergeben und sie auch wieder in Freiheit setzen. Sie wurden verpflichtet, Wien mit Weib und Kind binnen acht Wochen zu verlassen. Der Erzherzog wies ihnen erst Vöcklabruck in Oberösterreich zum Aufenthaltsorte an, erlaubte aber hinterher, daß sie an einem beliebigen Orte in beiden Herzogtümern sich niederlassen könnten.[2]

Auch jene, die sich treu erwiesen hatten im Momente der Gefahr, wurden nicht vergessen. Der Kanzler Jorg von Stein, Jorg Pelndorffer, der Wiener Ratsherr Jakob Storch „und ettliche mehr" erhielten den Ritterschlag.[3] Holzers Haus und Habe hatten des Erzherzogs Räte unmittelbar nach Beendigung des Straßenkampfes der hilfreichen Menge preisgegeben.[4] Sie hauste drin, wie sie's von ihm selbst gelernt.

Groß war am Charsamstage in Wiener-Neustadt die Freude über „die fröhliche Schrift und Märe", Wien sei nun „wieder des Kaisers" und sein Kriegsvolk „stehe in der Stadt, der Erzherzog sei belagert in der Burg". Aber am Ostermorgen kam die hinkende Botschaft nach von dem Kampfe in den Straßen und der Niederlage der Reisigen und dem völligen Scheitern des Anschlages, da ward „die Freude in großes Leid und Trauern gewendet". Tief empfanden alle, empfand auch der Kaiser

---

[1] Über die Hinrichtung Holzers und der anderen verbreiten sich eingehend der Anonymus 208—213 und Beheim 256—260. Auch der brandenburgische Bote zu Wiener-Neustadt giebt in seinem Berichte vom 20. April (Bamb. Archiv a. a. O.) ein genaues Verzeichnis der Gefangenen und Gerichteten.

[2] Anonym. chron. Austriac. 213—214. Beheim 262—263. Roo 270—271. Fugger-Birken, Spiegel der Ehren 716—717.

[3] Bericht Stefan Scheuchs vom 20. April an Markgraf Albrecht.

[4] Anonymus 206: Und als des Herzogen Räte merckhten, daß das gemain volckh so gar erbarlich gethan hett, da erloubeten sie Sakman zue machen in des Bürgermaisters hauß, vnd was ain jeder begrieff, das trueg er von dannen.

den neuen Schicksalsschlag.[1] Aber an Nachgiebigkeit seinem Bruder gegenüber dachte er so wenig als früher.[2]

Am 4. April hatte Albrecht wegen der Vorladung der Wiener vor das kaiserliche Hofgericht seinem Bruder nach Wiener-Neustadt geschrieben. Er erhob Einsprache und bittere Beschwerde gegen eine solche Schmälerung der Gerechtsame des Hauses Österreich, wie sie durch die kaiserliche Citation der hauptstädtischen Bürgerschaft vor ein nicht landesfürstliches Gericht geschehe; er versuchte nochmals, sein Vorgehen seit 1461 zu rechtfertigen, und, indem er die aufrichtige Neigung, einen billigen Frieden zu gewinnen, entschieden betonte, that er weitgehende Erbietungen zu einer rechtlichen Entscheidung aller Streitsachen. Albrecht erklärte zum Schlusse, daß, falls der Kaiser dies alles mißachten sollte, jederlei Recht und Billigkeit damit verletzt wären, wogegen er feierlich Protest erheben müsse.[3]

Der Erzherzog wurde von dem Kaiser mit bitterem Groll zurückgewiesen. Ein österreichischer Fürst, wie er, schrieb der Kaiser, der sich so schwer an dem Lande unter der Enns und der Stadt Wien vergangen, sie in Schmach und Schande gebracht, erniedrigt und verderbt habe, er, der soeben wieder Wiener Bürger wider Gott und Recht der Habe und des Lebens beraubt habe, sei am letzten berufen, sich der Gerechtsame seines Hauses anzunehmen; er sei aber dazu auch nicht einmal formell berechtigt, da er die Regalien, die vom Reiche herrührten, aufgesagt und noch nicht wieder empfangen habe.[4] Der Kaiser erklärte, daß er Rechtgebote gern annehmen werde, aber nicht früher, als bis der Stillstand von Nürnberg erfüllt, und ihm die entfremdeten österreichischen Städte und Schlösser herausgegeben seien. — Die Wiener erhielten zum Gerichtstage freies Geleite zugesichert.[5]

Aber schon am folgenden Tage wurde vor dem Kaiser, der selbst den Vorsitz führte, die Klage gegen die Wiener vorgenommen, und der Spruch gefällt und aller Welt verkündet, daß die, „welche sich nennen Bürger-

---

[1] Bericht Stefan Scheuchs an Markgraf Albrecht vom 13. April. Bamb. Archiv a. a. O.: „Wann die geschicht zu Wien hat den keyser vnd die, so bey im sein, nicht clein betrübt".

[2] Ebendort: „Vnd dorfften tröstlicher kecker lewt, dodurch die ding alle tröstlich vnd kecklich furgenomen würden".

[3] Schreiben vom 4. April bei Birk, Urkunden-Auszüge, Anhang XVI. (155—159 des Separatabdr.).

[4] Damit erledigten sich auch die aus einem Mißverständnisse hervorgehenden Meldungen, daß der Kaiser seinen Bruder geächtet und ihm die Regalien abgesprochen habe. Vgl. Anonymus 192 (offenbar danach v. Roo, Fugger-Birken, Müller).

[5] Schreiben vom 18. April bei Chmel, Reg. II. Anhang CIL—CL, Nr. 120.

meister, Richter, Genannte, Rat und Gemeinde der Stadt Wien", wegen der Frevel und des schweren Unrechtes, daß sie an so vielen ihrer Mitbürger gethan, ehrlos und in des Reiches Acht und Aberacht gefallen seien.[1]

Aus der Stadt war niemand zugegen gewesen. Um so mehr erhob man Einsprache gegen einen solchen Vorgang; ja die Wiener klagten sogar bei dem päpstlichen Stuhle, es sei das Gericht, welches sie verurteilt habe, kein unparteiisches gewesen, sondern bestellt mit ihren Feinden, man hätte sie nicht genügend mit Geleite versehen, endlich habe der Kaiser am selben Tage, auf welchen der Termin gestellt war, ihre Stadt mit gewaffneter Hand überfallen lassen.[2]

Übrigens glichen die kommenden Dinge im Lande Österreich den vorhergegangenen. Der Kaiser war rastlos bemüht, für neue Werbungen Geld zusammenzubringen,[3] den Wienern neue Feinde zu erwecken.[4] Jetzt wurden die Beredungen mit den von Franz von Hag, Nikolaus Lusitzky, Georg von Lichtenburg und Böttau, Georg und Hans Apfaltrer geführten Brüderrotten vollzogen, die Scharenführer befriedigt und völlig gewonnen.[5] Man meldete, daß Giskra aus Nordungarn 4000 Mann dem Kaiser zu Hilfe abgesendet habe.[6] Im Marchfelde erlangten Achaz Bohunko, der Deutschherrenmeister zu Mailberg, Matthäus von Sternberg, Hans von Teinitz und die anderen kaiserlichen Befehlshaber das entschiedenste Übergewicht über die Erzherzoglichen, besonders nachdem Heinrich von Lichtenstein, Albrechts mächtigster Parteigänger in diesem Striche, am 2. Mai eine solche Niederlage erlitten hatte, daß er mit Mühe selbfünft sich rettete.[7]

[1] Chmel, Reg. II. Anhang CL—CLII, Nr. 121. Vergl. den Bericht Stefan Scheuchs an Markgraf Albrecht vom 20. April, wieder mit ganz zuverlässigen Angaben.

[2] Anonymus 192—193. Der 9. April, an welchem Tage Holzer die Reiter Grafeneckers einließ u. s. w., war in der That der anberaumte letzte Tag des 15tägigen Termines.

[3] Man vergl. Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 656, 659, 661. Chmel, Reg. II. 403, Nr. 3994. Die Borgsummen betrugen bis 18. Mai 47 200 Dukaten.

[4] Stefan Scheuchs Brief vom 20. April über die Rüstungen Baumkirchers und Grafeneckers.

[5] Schon am 28. April war die Übereinkunft da. Vergl. Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 664.

[6] Bericht Stefan Scheuchs vom 20. April. Vgl. Chmel, Mater. II. 279: Item er (der Kaiser) sey auch gericht mit den Vngern; dy werdn im füern als auf XXIIII tausend man, ein halb jar an sold, kosstvmb vnd schade (muß doch wohl heißen: „an sold, vmb kosst vnd schaden"). Jedesfalls haben bei den schwebenden Friedensberedungen mit Ungarn die kaiserlichen Räte die Gewinnung ungarischer Waffenhilfe in Aussicht genommen.

[7] Darüber weitläufig Beheim 298 ff. Vgl. einen Bericht im Bamb. Archiv

Da blieb Albrecht nichts anderes übrig, als doch wieder mit den Brüderbanden des Wenzl Wiltschko und Hinko von Böttau anzuknüpfen, so bestialisch sie das Land ober dem Wiener-Walde von Tulln bis nach Steyr hinauf verheert und gegen 400 arme Weinbauern um Habe und Leben gebracht hatten.[1] Durch Verzichtleistung auf jede Bestrafung der Schuldigen und Erfüllung aller Forderungen bewog sie der Erzherzog, ihm nach Wien zuzuziehen. Sie schlossen mit der Verbrennung von Herzogenburg beim Abrücken ihre Thätigkeit im Tullnerfelde würdig ab.[2]

Daneben dauerte zwischen beiden Brüdern ein Briefwechsel fort, in dem wieder wachgerufen wurde, was zwischen ihnen seit den Tagen der Jugend an Zwist und Groll vorhanden gewesen.[3]

Einen Lichtpunkt bildet neben dem wüsten Kampfgetümmel, das Österreich erfüllte, der Friedensschluß mit Ungarn.

Vier Jahre hatte Kaiser Friedrich trotz aller Mißerfolge und Fährlichkeiten, trotz aller Mahnungen der Kurie mit unverwüstlicher Zähigkeit an dem Gedanken der Erwerbung des ungarischen Thrones festgehalten. Alle Verhandlungen waren gescheitert. Auch der Ausweg, den 1462 der päpstliche Legat Erzbischof Hieronymus von Kreta gefunden hatte, daß der Corvine Reich und Krone behalte, dagegen die Ansprüche des Kaisers auf die ungarische Königswürde theoretisch anerkannt, ihm für die Herausgabe der Stefanskrone eine Entschädigungssumme von 80000 Dukaten gezahlt werde, und die besetzten ungarischen Festungen und Landstriche zum Teile verbleiben sollten, schien eitel, da die ungarischen Edlen den geforderten Geldbetrag ungebührlich hoch fanden und die Annahme der Bedingungen verweigerten.

Aber König Matthias verkannte nicht, wie wichtig für ihn die Krönung und der Empfang der kirchlichen Weihe sei. Besonders so oft ein Anprall der türkischen Heeresmassen gegen die Donaulande zu erwarten war, empfand er die dringende Notwendigkeit, sich durch einen Frieden mit dem

---

1908, Nr. 4, fol. 7 und ein Schreiben Markgraf Albrechts von Brandenburg an Herzog Wilhelm von Sachsen vom 15. Mai im Weim. Gesamt-Archiv. Reg. C, pag. 1, Nr. 4[aa]. Da der anonyme und undatierte Bericht bei Chmel, Mater. II. 279 der Niederlage Lichtensteins bereits gedenkt, ist er etwa auf den 8.—10. Mai zu setzen.

[1] Anonym. chron. Austriac. 195—196. Ebendorfer 969. Gerh. v. Roo, 264.

[2] Die Bedingungen bei dem Anonymus 196 und bei Ebendorfer l. c. Daß der Erzherzog gern Frieden gehabt hätte, bezeugt das erwähnte Schreiben im Bamb. Archiv: Hertzog Albrecht hett gern mit dem keiser frid; es mag nit gesein".

[3] Briefe Albrechts an den Kaiser vom 28. April und 11. Mai und des Kaisers Antwort (ohne Datum) bei Chmel, Reg. II., Anhang CLII—CLIV, Nr. 122. Das Schreiben vom 28. April auch bei Birk, Urkunden-Auszüge, Anhang XVIII. 160—165 und nochmals ein Bruchstück davon bei Chmel, Mater. II. 278, CCXVII.

Kaiser den Rücken zu sichern. Auch jetzt waren infolge innerer Unruhen in Bosnien nicht bloß dieses Reich, sondern zugleich die ungarischen Grenzfesten bedroht, des Königes Anwesenheit in Südungarn höchst erwünscht.

So fand denn der zur Friedensstiftung ins Reich entsendete dritte Legat der Kirche, — Rudolf von Rüdesheim war in den oberen Landen, Hieronymus von Kreta im Nordosten und im Norden thätig, — der Bischof Domenico Domenichi de Torcello in Ofen freundliche Aufnahme, und gern gestattete man ihm den Versuch, den Kaiser mit dem Könige von Ungarn zu versöhnen. Auch während der König an den bosnischen Grenzen die Rüstungen betrieb, dauerten unter des Legaten Vermittlung die Verhandlungen zwischen dem Primas von Ungarn, des Königes gelehrtem Freund Johannes Vitéz von Gran und dem kaiserlichen Bevollmächtigten, Friedrich von Lamberg fort, und nun trug die vorjährige Mühe des Kretenser Erzbischofes doch ihre Früchte, denn auf Grund der von ihm vereinbarten Abmachungen fand man rasch die Einigung.

In dem sorgfältig verfaßten Friedensinstrumente gelobten sich die Fürsten, nie mehr wider einander zu sein; beide sind Könige von Ungarn, „der Kaiser als der Vater, der König als der Sohn"; Kaiser Friedrich nimmt nämlich als König von Ungarn Matthias Corvinus an Sohnesstatt an, und indem er ihn so zum Mitgliede seiner Familie erhebt, überläßt er ihm gewissermaßen auch in seinem Namen die Regierung des Reiches; König Matthias wird sich nicht ein zweitesmal vermählen; stirbt er ohne Erben, so folgen auf dem ungarischen Throne naturgemäß sein Vater und Bruder, der Kaiser und Erzherzog Maximilian; beide Könige werden, weil zu einem Geschlechte gehörig, fortan nicht bloß den Frieden zwischen Ungarn und den österreichischen Erblanden erhalten, sondern der König wird als getreuer Sohn dem Kaiser auch in seinen anderweitigen Anliegen nach Kräften beistehen; die ungarische Krone wird unverzüglich zurückgegeben; als Ersatz für die darauf haftenden Pfandsummen erhält der Kaiser 80000 ungarische Gulden (Dukaten) und den ruhigen Besitz einiger der zur Krone gehörigen Städte und Schlösser, die er bereits innehat.

Soweit dieser erste Entwurf des Definitivvertrages. Am 16. April brachten ihn der Legat und Lamberger nach Wiener-Neustadt, wo man keinen Anstand nahm, ihn in der Hauptsache gutzuheißen. Alsbald sandte der Legat die Artikel dem heiligen Vater zur Kenntnisnahme und weiteren Bekräftigung. Er selbst eilte mit Lamberg nach Ödenburg, um mit der

ungarischen Deputation die definitiven Ordnungen zu veranlassen. Am 9. Mai war alles zu Ende.[1]

Daß man noch die Briefe des heiligen Vaters, die Genehmigung des Friedens seitens der ungarischen Nationalversammlung abwarten mußte, schuf kein Hindernis, sich jetzt dessen rückhaltlos zu freuen.

Auch formell ist der Vertrag nicht ohne Bedeutung. Der hier beliebte Ausweg, Ansprüche verschiedener Fürsten dadurch miteinander in Einklang zu bringen, daß man sie zu einer Familie zusammenthat, wurde nochmals 1491—1492 und 1515 angewendet. Seit 1463 prätendierte das Habsburger Haus, daß es die eigentlich in Ungarn regierende Familie sei, so wie der albrechtinische Zweig das Reich von Sigmund von Luxemburg geerbt und bis 1458 behauptet hatte. Darauf und auf neue Ansprüche vermochte man sich 1526 zu stützen, als der Mannesstamm der böhmisch-ungarischen Jagellonen erloschen war.[2]

Eben jetzt erst, im Mai 1463, begannen die Verhandlungen der deutschen Fürstenboten am kaiserlichen Hofe. Nicht die Wittelsbacher waren die Ursache der Verzögerung. In Landshut hielt, wie bei den fränkischen Bischöfen und den österreichischen Herzogen, die Friedensgeneigtheit vor. Nach jener Verhandlung mit den Eidgenossen zu Konstanz[3] und nachdem am selben Tage (10. März) die zu Beginn des Jahres erfolgte Aussöhnung zwischen dem Pfalzgrafen und Ludwig von Veldenz zu Meisenheim durch einen neuen Vertrag bekräftigt war,[4] erhoben

[1] Der Vertrag zuletzt bei A. Theiner, Monum. diplomat. sac. Hungar. illustrantia, tom. 2, Romae, Paris., Viennae, Pest. 1860, II. 375—378, Nr. 562. Die Bestätigung durch Papst Pius II. vom 22. Oktober 1463 ebendort 382—391, Nr. 567. Vgl. Stefan Katona, Histor. crit. reg. Hungar. stirp. mixtae XII—XIX, (Colotzae 1792ff.) XIV. 569 sq. Ant. Bonfinii rerum Hungaric. decades quatuor cum dimidia, Posonii 1744, 533. Müller, Reichstagstheatrum II. 174—177. Gerh. v. Roo 272—274. Die Berichte Stefan Scheuchs vom 20. April (Bamb. Archiv a. a. O.) und 28. April, in Fontes rer. Austriac. XLII. 354—356, Nr. 266. Über die Bedeutung des Friedens sprechen Pii II. Comment. 327. Bonfinii dec. III. lib. X. 533. Katona, XIV. 580ff. u. s. w. Dagegen gehört Kovachich, Scriptor. rer Hungaric. minores, tom. 2, Budae 1798 sp., II. 26—32 (aus dem Berichte eines apostol. Legaten über die ungarischen Einkünfte zur Zeit des Königs Matthias; vgl. auch J. Chr. v. Engel, Fortsetzung der allgemeinen Welthistorie, Teil 49, 4 Bd. Halle 1798, II. 6—17 [italien.]) nicht hierher oder zu 1462, sondern zum Jahre 1460. Zeitschr. f. d. österr. Gymnasien, 1877, Heft 5.

[2] Von diesem Gesichtspunkte aus scheint mir die in letzter Zeit vielerörterte Abmachung des Jahres 1515 zwischen Kaiser Maximilian und König Wladislaw II. von Ungarn und Böhmen betrachtet werden zu sollen.

[3] Vgl. oben S. 378.

[4] K. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 399.

sich noch im März die Gesandtschaften der verbündeten Fürsten gegen Wiener-Neustadt, unter ihnen für Herzog Ludwig der Kanzler Martin Mair, der edle Thessares von Frauenhofen und Hans Seyboltsdorffer.[1] Am Mittwoch in der Osterwoche (13. April) langten sie in Gemeinschaft mit den Boten Sigmunds von Tirol und Erzbischof Burckards von Salzburg bei dem Kaiser an. Die pfälzischen Räte waren auf besondere Weisung ihres Herrn wieder umgekehrt und heimgeritten.[2]

Noch waren von der Gegenpartei keine Gesandten erschienen. Nicht bloß, daß Markgraf Albrecht erst den Nürnberger Tag widerbieten mußte,[3] am 13. April mit den Städteboten zu Ulm zusammentraf, dann erst die gemeinsamen Boten gefertigt werden konnten: auch im Westen war ja die Friedensaktion, wiederum selbständig, in Gang gekommen, und in hohem Grade beschäftigte den Hohenzoller eben die Mainzer Frage.

Als der Pfalzgraf im Februar sich Mühe gab, zu Oppenheim eine Ausgleichung zwischen beiden Elekten zu vermitteln,[4] konnte Erzbischof Diether merken, daß der Wind anderswoher wehe. Die Kölner Wahl machte den Umschwung der Dinge vollkommen. Nun kompromittierte er gern auf einen gütlichen Schiedsspruch Markgraf Albrechts, der, wenn auch jetzt mit Adolf von Nassau im Bunde, doch vordem lange Zeit zu ihm in den freundlichsten Beziehungen gewesen war. Am Palmsonntage fanden sich die Brüder beider Erzbischöfe zu Ansbach ein,[5] und gegen Ende April kam es zu weiteren Beredungen, die aber, wie es scheint ohne eigentliche Entscheidung seitens des Markgrafen, erfolglos endeten. Nun erst zogen Dr. Georg von Absberg und Heinz Seybot von Rampach, neben denen Stefan Scheuch beglaubigt wurde, zu dem Kaiser.[6] Sie ritten durch Bayern, da ihnen ihr Herr, weil sie Eile hätten, freies Ge-

---

[1] Ihre Beglaubigung vom 25. März im München. Allgem. Reichsarchiv, „Österreich", fasc. XIII. Die Instruktion ist verloren. Scheuch nennt noch den Dr. Friedrich Mauerkircher; er wurde wohl nachgeschickt.

[2] Von Salzburg aus. Brief Stefan Scheuchs vom 20. April. Die salzburg. Räte waren Balthasar Weißbriach, Jorg Ronesyder und der Kanzler Dr. Bernhard. Sigmund von Tirol vertrat Martin Neudegker.

[3] Vergl. den Brief Scheuchs vom 3. April im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 267.

[4] K. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 398.

[5] Vergl. den Brief Markgraf Albrechts an Stefan Scheuch vom 30. März a. a. O.

[6] Der „Gewaltsbrief" für sie im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 244. Die Instruktion ebendort Nr. 270; außerdem Nr. 250 „Fertigung doctor Jorgen von Apspergs vff den tag gen der Newenstat".

leite durch das Landshuter Gebiet erbeten.[1] Ihnen folgte auf demselben Wege Johann von Müllinen, Herr von Barby, als Gesandter Kurfürst Friedrichs von Brandenburg.[2] Die Räte des Böhmenköniges, Erzherzog Albrechts,[3] Württembergs,[4] Würzburgs, und Graf Ulrich von Öttingen in eigener Person waren schon früher am kaiserlichen Hofe eingetroffen. So konnte nach Ankunft der Markgräflichen (am 3. Mai) der Tag eröffnet werden.

Eigentlich freilich stand man schon mitten darin. So wie Scheuch bereits bei der Fahrt zum Kaiser in Landshut mit den bayerischen Räten und besonders Dr. Martin Mair über den Frieden gehandelt hatte, so erörterte er den März und April hindurch in Wiener-Neustadt mit dem Kaiser und dem Kanzler von Gurk alle in Betracht kommenden Fragen. Natürlich betonte der Ansbacher, unermüdet in Winken, Ratschlägen und Bitten, aufs eifrigste das Interesse seines Herrn: Bei jeder Gelegenheit wurde wiederholt, wie ersprießlich und notwendig es sei, fest zusammenzustehen; er riet, der Kaiser möge die Kölner Wahl ja nicht voreilig bestätigen, und ebenso verhindern, daß der Papst es thue, da man so das nachdrücklichste Mittel, auf den Pfalzgrafen zu wirken, in der Hand habe; überhaupt müsse für die gefangenen Herren etwas geschehen; er gedachte immer wieder der burgundischen Sache. Für den Markgrafen begehrte Scheuch, der Kaiser möge die Bestätigung aller dem brandenburgischen Hause erteilten Privilegien auswirken, — das ging auf das Landgericht, — für die im Kriege aufgewendeten großen Kosten soll Albrecht der Fortbezug der Steuer aus den Reichsstädten, des goldenen Zolles zu Würzburg, sollen ihm die Einkünfte aus der strittigen Judensteuer zu Regensburg, soweit sie dem Kaiser zufallen würden, dann aus dem Zolle zu Mainz und der lüneburgischen Sache, die er im Namen des Reiches auszutragen übernommen, überwiesen werden.[5]

Natürlich wollte der zähe Kaiser in alledem nur langsam vorwärts. Die Verwendung beim Papste wurde versprochen, aber der Markgraf war so wenig mit der Form der kaiserlichen Bitte einverstanden, daß er ein besonderes Concept dafür nach Wiener-Neustadt einsandte.[6] Auf alles

[1] Der Markgraf an Herzog Ludwig am 6. April. Bamb. Archiv 1908, Nr. 50.

[2] Derselbe an denselben am 5. Mai. Ebendort 173.

[3] Mich. Beheim, Buch von den Wienern 324.

[4] Herr Veit von Rechperg, in den Briefen Scheuchs ebenso wie der Graf von Öttingen mehrfach erwähnt.

[5] Nach der mehrerwähnten Korrespondenz Stefan Scheuchs mit seinem Herrn.

[6] Kopie im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal), Nr. 4, fol. 3.

Drängen bezüglich Burgunds aber hatte der Kaiser nur die Antwort, „er sehe die Verbindung gerne", oder „er werde mit dem Herzoge verhandeln, wenn dieser Gesandte schicken wolle". Es gab so Ärger hier wie in Ansbach. Auch die bayerischen Räte, denen die Weile gewaltig lang wurde, und die Böhmen machten verdrießliche Gesichter.[1] Der König hatte eben Johann Hase von Hasenburg, Prokop von Rabenstein und Jan Zalta von Steinberg nur beauftragt, zu bewirken, daß am kaiserlichen Hofe nichts Endgültiges beschlossen werde, damit dann ein neuer Friedenstag in der böhmischen Hauptstadt stattfinden könne.[2] Aber trotzdem und obwohl Stefan Scheuch erklärte, er sei mit dem Württemberger Veit von Rechperg und Graf Ulrich hinlänglich bevollmächtigt, in die Verhandlungen einzutreten, verschob sie der Kaiser bis zum Eintreffen Aspergs und seiner Genossen.[3]

Die Eröffnung des Tages war recht förmlich. In der Instruktion der markgräflichen Räte findet sich der Satz, daran zu sein, daß man „vor dem Kaiser nicht stolzer Worte" gebrauche. Auch Martin Mair, der Sprecher der gegnerischen Parteien, erkannte die Situation. Seine Worte waren versöhnlich, voll geziemender Ehrfurcht gegen das Reichsoberhaupt: Ihre Fürsten hätten die Verluste und Kränkungen, die dem Kaiser widerfahren, zu Herzen genommen und, sowie sie nie gern gesehen, daß solche Mißstände in der deutschen Nation einrissen, so wären sie jetzt bereit und hätten dazu ihre Gesandtschaften geschickt, mitzuwirken, daß Einigkeit, Friede und Ruhe von neuem im Reiche gepflanzt würden; sie bäten Seine Majestät demütig, ihnen Mittel und Wege für einen beständigen Frieden vorzuschlagen.

Darauf verkündete Dr. Sigmund Drechsler die kaiserliche Antwort: Wenn das Bedauern der Fürsten aufrichtig sei, so wolle es der Kaiser mit gutem Gefallen aufnehmen; er halte billig dafür, daß, falls sie den Ursprung und die Urheber der Übelstände im Reiche betrachten, sie sich das, soweit sie selbst die Schuld daran trügen, gereuen lassen und bereit seien, das Geschehene gut zu machen; er habe stets nach Ruhe und Einigkeit getrachtet, nur sei seine Friedensliebe mißdeutet und mißbraucht worden; trotzdem wolle er auch jetzt wieder die Hand bieten, wenn Mittel und Wege vorgeschlagen würden, die ihm mit dem heiligen Reiche annehmbar wären.

[1] Brief Scheuchs vom 28. April in Fontes rer. Austriac. XLII. l. c.

[2] Sie kamen am 9. April nach Wiener-Neustadt. Postskriptum zum Briefe Scheuchs vom 8. April. Die Anwesenheit Zaltas ist wohl hinlänglich verbürgt durch Chmel, Reg. II. 403, Nr. 3993.

[3] Nach Scheuchs Briefe vom 14. Mai.

Die Form wurde weiter gewahrt. Einstimmig baten die Fürstengesandtschaften, der Kaiser möge zuerst die Forderungen kundgeben, unter denen er zur Aussöhnung mit ihren Herren geneigt sei.

Das wurde zugesagt, zugleich erklärt, daß, sowie die Schuld der Fürsten verschieden sei, auch die Strafe dafür eine verschiedene sein müsse; der Kaiser werde daher erst mitteilen lassen, welche Ansprüche und Beschwerden er Herzog Ludwig von Bayern gegenüber, der sich am schwersten gegen das Reich vergangen, zu erheben habe.

Es geschah. Es waren die wohlbekannten Klagen über die Mißachtung des Reiches und Reichsoberhauptes, die an Donauwörth und Dinkelsbühl geübte Gewalt, die Fesselung Johanns von Eichstädt an das Haus Bayern, den Eingriff in die vom Reiche rührenden Gerechtsame des Burggraftumes Nürnberg. Auch der Unterstützung, die der Herzog des Kaisers Bruder im Kampfe um Niederösterreich geleistet, seiner Haltung bei den Beratungen über die Reichshilfe auf dem Regensburger Tage, der in seinem Besitze befindlichen österreichischen Kleinode wurde nicht vergessen.[1]

Die bayerischen Räte säumten nicht, ihre kaum minder lange Reihe von Gegenforderungen und Beschwerden vorzubringen. Darüber begannen nun die Verhandlungen, zunächst unter der Vermittlung der Gesandten Burckards von Salzburg, der, obwohl im Bunde mit Bayern, sich nun auch dem Kaiser völlig genähert und soeben am 30. April die Regalien empfangen und den vorgeschriebenen Treueid in die Hände des dazu bevollmächtigten Bischofes Ulrich von Chiemsee geleistet hatte.

In ähnlicher Weise geschahen auch zwischen den anderen Botschaften Erbietung und Begehren:[2] Der Kaiser meinte eben, durch direkte Verständigung mit den einzelnen am ehesten zum Ziele zu kommen. Es mochte ihm ganz recht sein, daß die Böhmen absichtlich jeder Einmengung aus dem Wege gingen; auch die Legaten, der Bischof von Torcello und der Dompropst von Worms, Rudolf von Rüdesheim, blieben unbeteiligt.[3] Die brandenburgischen Räte aber suchte man über die Separatverhandlungen im unklaren zu lassen und, um sie zu beschäftigen, wurden sie aufgefordert, inzwischen „Wege fürzuhalten und zu erkennen zu geben, damit man den

[1] Die Forderungen sowie die obige Darstellung hauptsächlich nach Müller, Reichstagstheatrum II. 170—172.

[2] Wir wissen dies nur bezüglich des Kaisers und Erzherzog Albrechts sicher. S. M. Beheim, Buch von den Wienern 324—325.

[3] Bericht Stefan Scheuchs an Markgraf Albrecht vom 14. Mai: „Es ist aber dem keiser nicht gemeint, die legaten zu den teidingen zu ziehen".

gefangenen Herren an ihrer Schatzung und Verpflichtung zu statten und Hilfe möchte kommen".[1]

Aber die Beredungen kamen rasch ins Stocken. Die bayerischen Ansprüche wurden nicht geringer, als vordem; trotz aller demütigen Worte bestanden Herzog Ludwigs Räte unerschütterlich auf ihrer Anerkennung. Dagegen sah man gleich zu Beginne des Kaisers Forderung, daß dem Reiche für all den erwiesenen Ungehorsam und Schaden gebüßt werde, abgewiesen. Der Herzog wollte „schlechthin, ohne Strafe und Rache gerichtet sein".

Nicht allein die etwa zu entrichtende Pön, das Princip kam hier in Frage. Hatte der Landshuter immer wieder behauptet, daß er aus territorialen Rücksichten die Waffen ergriffen habe, er sei nicht gegen das Reich und sein Oberhaupt, so bestand er jetzt auch beim Friedensschlusse darauf, daß nichts bestimmt werde, das den gegen ihn geführten Krieg als Reichskrieg legitimieren könnte. Aber vermochten umgekehrt der Kaiser und seine „Mitgewandten" im Reiche ihren Standpunkt ehrenhalber aufzugeben? Man beachte, welche Schwierigkeiten schon diese formelle Frage barg!

Und es war doch erst nur eine. Die zweite fand sich sofort, indem trotz der Art und Weise, wie der Kaiser die Verhandlungen eingeleitet hatte, doch rasch genug von gegnerischer Seite erklärt wurde, daß man nur einen Frieden aufnehmen könne, in dem zugleich Herzog Ludwig, die Herzoge von Österreich, der Pfalzgraf und die Herren von Bamberg und Würzburg eingeschlossen wären, worauf endlich auch der Kaiser die Erklärung abgab, daß er nur gemeinsam mit den getreuen Fürsten, Herren und Städten im Reiche abschließen werde.

In welches Wirrsal von Streitsachen und Streitfragen mußte aber jetzt die Verhandlung geraten? Man war ja nicht einmal imstande, hier in Wiener-Neustadt die ganze Reihe der Forderungen zu übersehen, da die Räte des Pfalzgrafen und Bischof Johanns von Würzburg fehlten, die Böhmen teilnahmslos blieben, die bambergischen Gesandten in völliger Unsicherheit schwebten; denn Bischof Georg, der sie gesandt und bevollmächtigt hatte, lag daheim auf dem Totenbette.[2]

Es wurde auch kaum mehr verhandelt als intriguiert. Man versuchte kaiserlicherseits, mit Herzog Ludwig ein Sonderabkommen zu finden, und die Räte von Salzburg mühten sich aufrichtig, dies zu fördern.[3]

---

[1] Ebendort.

[2] Schreiben Markgraf Albrechts an den Kaiser vom 3. Mai im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 4, fol. 2.

[3] Schreiben Stefan Scheuchs vom 14. Mai a. a. O.

Die Brandenburger rieten wieder, die rheinischen Streitsachen von den übrigen zu trennen und durch geschickte Benützung der kölnischen Besetzungsangelegenheit den Pfalzgrafen zu gewinnen: dann müsse auch Herzog Ludwig nachgeben.[1] Es war alles umsonst, obwohl im letzten Augenblicke neben Salzburg auch die beiden Legaten und, offenbar um wenigstens den Schein zu wahren, die böhmischen Räte sich bereit gefunden hatten, zu vermitteln.[2]

Dem Landshuter Kanzler Martin Mair blieb es zugemessen, durch seine Unnachgiebigkeit jede Vereinbarung unmöglich zu machen. In dem Abschiede des Tages vom 21. Mai durfte Kaiser Friedrich erklären, die Verhandiungen seien gescheitert, weil Herzog Ludwigs Räte sich geweigert hätten, die Ansprüche ihres Herrn auf die Donauwörther Pfandschaft von 75000 fl. fallen zu lassen, die Verschreibungen des Bischofes und des Kapitels von Eichstädt herauszugeben nnd ihm und dem heiligen Reiche Genugthuung zu leisten, auch weil er keinerlei Rechtgebote habe aufnehmen wollen. Der Kaiser erklärte, daß er um die Kriege im Reiche nicht neu ausbrechen zu lassen, obwohl er keinerlei Schuld an ihnen trage, auf das Ersuchen der Gesandten des Königes von Böhmen, der mit Herzog Ludwig und dessen Helfern bisher im Bunde gewesen und noch sei, eingewilligt habe, daß der König binnen kurzem einen neuen Friedenstag anberaume, „die Sachen gütlich oder mit Recht hinzulegen“.[3]

Freundlicher gestalteten sich in ebenjenen Tagen die Zustände im Westen des Reiches. Die energische Friedensthätigkeit des neugewählten Kölner Erzbischofes errang rasch Erfolge. Er hatte sich feierlich bei seiner Erhöhung verpflichten müssen, das Erzstift wieder aufzugeben, wenn sein Bruder, der Pfalzgraf, bis zum 24. April die Fehde gegen Adolf von Nassau und seinen Anhang nicht einstelle. Nachdem daher Ruprecht, unterstützt von dem päpstlichen Legaten, dem Auditor Peter Ferrici,[4] den Abschluß eines Waffenstillstandes vom 12. bis 24. April erreicht hatte, erfolgte auf einem Tage zu Oppenheim am 18. April nicht bloß die Verlängerung des Stillstandes bis Martini d. J., sondern auch das Unerwartete, daß der Pfalzgraf ohne besondere Bedingungen erklärte, ihn halten zu wollen.[5] Und wenn es auffiel, daß in seiner Urkunde der Erwerbung

---

[1] Ebendort.

[2] Ergiebt der Wortlaut des kaiserlichen Abschiedes vom 21. Mai.

[3] „Abschied zwischen dem keyser vnd hertzog Ludwigen zur Newenstat“. Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 4, fol. 9.

[4] S. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 226, Nr. 354.

[5] Vgl. Kremer, Geschichte Friedrich I., des Siegreichen, II. (Urk.), 293—297,

mainzischen Gebietes in keiner Weise gedacht war, so wurden alle, die daraus des Pfalzgrafen Bestreben, seinem Bruder zuliebe einzulenken, ableiteten, auch nicht weiter durch die Meldung überrascht, daß die Verhandlungen zwischen Kurfürst Friedrich und den gefangenen Fürsten von Baden und Württemberg dem Abschlusse nahe seien.

Es war wirklich so. Schon zu Beginn des April hatte Kurfürst Friedrich sich entschlossen, seinen Seckenheimer Fang noch rasch zu verwerten, ehe ihn die mächtigen Fürsprecher des Grafen und Markgrafen nötigten, sie ohnehin loszulassen. Darum rief er die an den kaiserlichen Hof ziehende Gesandtschaft zurück und beschleunigte durch einige Nachgiebigkeit den Abschluß der Verträge, die mit Württemberg am 26., mit Baden am 20. April unterzeichnet wurden.

Auch so waren die Zugeständnisse, welche die durch die harte Behandlung mürbe gewordenen Fürsten machten, außerordentlich groß. Je 100 000 Gulden betrug die Summe, die in barem oder als Pfand und Kaufschilling und unter der Bürgschaft von Kaiser und Papst zu entrichten war, und zwar binnen Jahresfrist, widrigenfalls Graf Ulrich neue 10 000 Gulden, Markgraf Karl gar 30 000 zu leisten hätte.[1] — Mochten nun Kaiser und Papst sehen, wieviel sie für die Fürsten noch zu thun vermochten.

Sechzehntes Kapitel.

Die böhmische Religionsfrage. Die Tage zu Brünn und zu Prag. Der Reichsfriede.

Eine drohende Wetterwolke war im Spätsommer 1462 über Böhmen, das sich seit einer Reihe von Jahren leidlichen inneren Friedens und geordneter Zustände erfreute, heraufgezogen. Wenn aber die Breslauer

Nr. 97—99. Vergl. K. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen, Quellen und Erörterungen II. 399.

[1] Die Verträge bei Karl Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 399—402. Jener Markgraf Karls von Baden auch bei Kremer, Urkunden 297—298, Nr. 100, wo auch (298—300, Nr. 101) der Revers der mit ihm gefangenen Edelleute sich findet. Zur Darstellung s. man G. Voigt, Enea Silvio III. 297. Stälin, Wirtemberg. Geschichte III. 543—544. Menzel, Diether von Isenburg 204—206. Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 325—326. v. Stockheim, Albrecht IV. 268—269.

hofften, Enttäuschung und Zorn der Kurie würden sich Schlag auf Schlag über König und Reich entladen, so jubelten sie umsonst. Rom sammelte seine Kräfte. Man überlegte, wie man am sichersten, empfindlichsten treffen könne, aber man bedachte sich aus vielen Gründen.

Der heilige Vater war ein gebrechlicher Greis wenn auch nicht den Jahren so doch dem Körper nach, der Gegner ein durch Macht und Klugheit hervorragender Fürst, der sich auf ein opferwilliges Volk stützte. Und gab es nicht sonst in und für die christliche Herde genug zu schaffen? Es ist sicher: Man nahm in Rom den Konflikt an, weil es das Princip nicht anders duldete. Aber wenn je, kam hier die Gewohnheit der Kurie zur Geltung: Nichts zu vernachlässigen, aber auch nichts zu übereilen. — Der König gewann dabei Wochen und Monate, und man kann nicht sagen, daß er vergaß, sie zu benützen.

Sein Versuch, die katholische Geistlichkeit für die Kompaktaten zu gewinnen, war zwar nicht gelungen, aber er hatte Gelegenheit gefunden, mit vollem Ernste einzuschärfen, wie sehr er den Frieden zwischen beiden Bekenntnissen verlange. Den katholischen Laien ward bei jeder Gelegenheit versichert, nichts habe sich seit jenem Augusttage in des Königes Verhältnisse zu ihnen geändert.[1] Auch die Ersuchen des Königes an Herzog Ludwig von Bayern und den Kaiser, ihn bei dem Papste ihre Fürsprache angedeihen zu lassen, fanden williges Gehör. Freilich mahnten beide, Fantinus sofort freizulassen und alles zu vermeiden, was die Kurie noch mehr reizen könne.[2] Es war bezeichnend, daß derselbe Prokop Rabenstein, der, zugleich mit Fantinus in Strafe genommen, die erlittene unverdiente Haft nur schwer verwinden konnte,[3] wieder als Vertrauensmann des Königes am kaiserlichen Hofe erschien.[4] So kam es, daß, als die Kurie sich bereits zur Aktion erhoben hatte, ja als nach Abschluß der Vorberatungen im Konsistorium und durch eine Kommission von vier Kardi-

[1] Beachtenswert ist, was zum 5. Oktober eine „Zeitung" meldet: Item die Slesier sein in guter einikeit vom konige geritten vnd haben von Bernhardinern vorstanden, das sie in besserm fride nye gewesin sein, denn itzunder". Und ebendort: „Ouch geruchet zu wissen, das die merclichsten hh. der cröne, von Rozinberg, Sternberg, die Hazin vnd ander hh. neben vnserm konige obir der landtaffel gesessin habin." Fontes rer. Austriac. XX. 281, Nr. 286.

[2] Vgl. des Königs Schreiben an den Papst vom 27. Oktober. Politische Korrespondenz von Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 146—147. Vergl. Fontes rer. Austriac. II. XX. l. c.

[3] Vgl. das Schreiben Rabensteins aus Wiener-Neustadt, März 1464, im Manuscr. Sternberg., und Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 299—301.

[4] S. oben und Font. rer. Austriac. XX. 281, Nr. 286.

nälen der Papst bereits den ersten Streich gegen den König geführt hatte, indem der Huldigungstermin der Breslauer auf unbestimmte Zeit, bis auf weitere päpstliche Verfügung verlängert wurde,[1] ein neuer Stillstand genehm sein mußte, denn jetzt trat der Kaiser nach bündigen Abmachungen mit Rabenstein mit seiner ernsten Mahnung, den Frieden und die böhmischen Katholiken nicht unvorsichtig preiszugeben, dazwischen, und jetzt kamen von dem am kaiserlichen Hofe weilenden Erzbischofe von Kreta, der die Nürnberger Friedensnachricht nach Wien überbracht hatte, Meldungen, deren dem kaiserlichen Briefe entsprechenden Inhalt uns seine gleichzeitigen Mahnungen an die Breslauer, mit dem Könige nicht mutwillig anzubinden, leicht erkennen lassen.[2] Auch fand sich wenig später ein besonderer Bote des Kaisers, der Kaplan Gallus ein, neben Darlegungen über des Kaisers bedrohliche Lage in der Wiener Burg und den wachsenden Zwiespalt mit der Kommune zugleich die Bitte, alles zur Hilfe aufzubieten, vor allem nichts Feindliches gegen den König von Böhmen zu thun, zu überbringen; denn er allein sei imstande, die Wiener zu bändigen, den Kaiser im äußersten Falle mit Gewalt zu erlösen.

Und wie rasch sollten neue Nachrichten diese Befürchtungen bestätigen! Wohl mochte Papst Pius tiefbekümmert klagen: „O unglückliche Zeit, die wir erleben, o armes Deutschland, bejammernswerte Christenheit, deren Kaiser nicht anders, als von einem ketzerischen Könige errettet werden kann."

Aber angesichts der dringenden Gefahr mußten alle Bedenken zurücktreten. Der Papst mochte alle Fürsten und Staaten dem Kaiser zu Hilfe rufen; sie mochten ihm willig und bereit gehorchen, kam nicht auch so schon ihr Beistand zu spät? Es blieb nur der eine Ausweg. „So neigten wir denn das Haupt," schrieb Pius II. am 31. Dezember, als er aus einem Schreiben Wolfgang Forchtenauers bereits von dem gelungenen Entsatze der Wiener Burg vernommen, „unterließen deinetwegen die Cen-

[1] Die Suspensionsbulle vom 24. September 1462 bei Theiner, Vet. Monum. Polon. et Lithuan. histor. illust. II. 144, Nr. CLXXXIII; H. Markgraf, Polit. Korrespondenz von Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 136—137, Nr. 113. Vgl. den Brief des Kardinales Franz Piccolomini an die Breslauer vom 15. Oktober ebendort Nr. 119.

[2] Sein Schreiben aus Wiener-Neustadt vom 30. September in der Politischen Korrespondenz von Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 138—140, Nr. 115: „Redivimus ad Cesarem, ut ipsum hortaremur ad illam (sc. pacem) amplectandam et plura communicaremus". Und ferner: „Hortor igitur, ut interim, quo negotia in melius disponentur, quiete fruamini in eaque vos ipsos conservetis, rebus necessariis provideatis, futuro tempori consulatis etc. Bella semper nisi lacessiti differre debemus, quod semper committi possunt, pax vero, quia laboriosior est, conservanda et omni studio custodienda."

suren, die wir gegen den Böhmen im Sinne hatten, gewährten, was Gallus von uns verlangte, ja sicherten ihm es schriftlich zu und verweigerten nichts von allem, was für deine Befreiung ersprießlich zu sein schien."[1]

Dies war der Anteil, den die Kurie hatte an der Errettung des Reichsoberhauptes; die päpstlichen Gebote an Erzherzog Albrecht waren unbeachtet geblieben. Und schon Wolfgang Forchtenauers Brief zeigte, daß weitere Schritte des Kaisers zu Gunsten seines Befreiers bevorstünden: Der Schreiber selbst kündigte sich als den Überbringer der bezüglichen Botschaft an.[2]

Aber auch sonst machte sich mancherlei Teilnahme und Fürsprache, manch günstiges Verhältnis für den König geltend.

Auf die Haltung der Breslauer wirkten die Ereignisse in Österreich direkt zurück. Zwar hatte sich endlich Erzbischof Hieronymus auf den Schauplatz seiner östlichen Mission, nach Schlesien und Polen, begeben, da auf seine Bitte um Substituierung im Reiche[3] Rudolf von Rüdesheim als Legat zum Regensburger Tage abgeordnet worden war, am 15. November hielt er in Breslau seinen Einzug, von der Bürgerschaft mit Jubel und im prunkvollen Aufzuge begrüßt,[4] aber noch mehr als vor Wochen stand der Legat unter dem Eindrucke, daß der Kaiser ohne den König von Böhmen hilflos sei. Da zudem auch jene päpstliche Bulle vom 24. September noch nicht eingelangt war,[5] so vermochten die Vorstellungen der Breslauer bei dem Kretenser Erzbischofe nur soviel, daß er auf Grund seiner ursprünglichen Vollmachten die Fürsten und Städte Schlesiens und die Katholiken der Lausitz und Mährens in einem Rundschreiben auf-

[1] Der Brief vom 31. Dezember in den Fontes rer. Austriac. 2. Abteil. XX. 287—289, Nr. 294.

[2] Nach dem Briefe des jetzigen Geschäftsträgers der Breslauer am römischen Hofe, Nikolaus Merboth, vom 13. Januar 1463 in der Politischen Korrespondenz von Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 155—156, Nr. 130. Postskript.

[3] Brief an die Breslauer vom 30. September l. c.: Supplicavimus s^{mo} domino nostro, ut aliquem nobis istis in partibus substituat, qui presit rebus etc. Der Legat vermied übrigens Böhmen und nahm den Umweg über Sachsen. Am 3. Nov. meldet er aus Leipzig, daß er am 15. in Breslau sein werde. Script. rer. Silesiac. VIII. 147, Nr. 123.

[4] Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 204. Rosicz bei Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. I. 94. Schreiben der Breslauer an den Papst vom 26. November in der Politischen Korrespondenz von Breslau l. c. 148—151, Nr. 125.

[5] H. Markgraf, König Georg von Böhmen und Papst Pius II. 1462—1464, 223; vgl. 225, Anm. 3.

forderte, mit Breslau in der Abweisung jedes Versuches zusammenzustehen, der auf eine Änderung der kirchlichen Verhältnisse ziele, und vor allem nichts ohne besondere Gutheißung des päpstlichen Stuhles zu thun.[1] Schon zwei Tage darauf trat er die Reise nach Polen an.[2] Die Breslauer aber, schwer enttäuscht durch den so unerwarteten Verlauf der Dinge und weil sie, falls nach Ablauf der für die Huldigung zugestandenen Frist ihr Widerstand fortdauere, strenge Maßregeln König Georgs besorgten, gingen mit erneutem Eifer daran, ihre Stadt noch sorgsamer zu befestigen und ihre Verteidigungsmittel zu mehren. Auch Bischof Jost, welcher, den Legaten zu begrüßen, von Neiße heruntergekommen war, gab die Erlaubnis, die Dominsel durch Werke zu schützen, und versprach seinen Beitrag zu den Kosten.[3]

Sonst freilich waren die Breslauer mit ihrem Bischofe sehr wenig zufrieden. Jost ist der bedeutendste Repräsentant jener Mitglieder des vornehmen katholischen Klerus Böhmens, bei denen die Liebe und Anhänglichkeit zu dem eigenen Volke und dessen thatkräftigem Könige ein starkes Gegengewicht bildeten zu der pflichtmäßigen Ergebenheit gegen die Kirche und ihr Oberhaupt. Mit wahrer Seelenangst sahen diese Männer einen Konflikt zwischen dem apostolischen Stuhle und ihrem Vaterlande herannahen, in dem Sieg und Niederlage ihnen gleich schmerzvoll sein mußten. Festhaltend an den oft wiederholten Versicherungen des Königs, daß er zur rechten Zeit alles nur Mögliche thun werde, um die Kirche zu befriedigen und dem Reiche den Krieg zu ersparen, ging deshalb ihr ganzes Streben dahin, den Ausbruch des Kampfes zu verzögern und vor allem jetzt zu hindern, daß ein strenges Einschreiten des heiligen Vaters den Bürgerkrieg im Lande, ehe er unumgänglich notwendig wäre, entzünde.

Aus ihrer Mitte — es gehörten dazu außer Bischof Jost von Breslau noch Prothas, Bischof von Olmütz, Johann von Schwamberg, später Großprior der Deutschherren zu Strakonitz,[4] Johann von Rabenstein, Propst des Wyschehrader Kapitels u. a. — erhob sich mitten im

[1] Breslau am 19. November 1462. Politische Korrespondenz von Breslau 147—148, Nr. 124.

[2] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 277.

[3] Vertrag mit der Stadt vom 6. Januar 1463, Politische Korrespondenz von Breslau l. c. 153—154, Nr. 129. Vgl. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 210—213.

[4] Man vergl. die Rolle, die ihm Joh. von Rabenstein in dem „Dialogus Johannis Rabensteinensis“, Archiv für österr. Geschichte LIV., 2. Heft, anweist. Vgl. auch A. Bachmann, Bemerkungen zu Johannes Rabensteins „Dialogus“, Programm des Prag-Altstädter Realgymnasiums 1877.

Winter 1462—1463[1] der letztere, um persönlich die Kurie zu besuchen. Rabenstein reiste ohne specielle diplomatische Mission, aber er ging mit des Königes Wissen und Willen,[2] sowie ihn denn Georg auch der Signorie von Venedig empfahl.[3] Er fand bei dem Papste, seinem Gönner aus alter Zeit, die freundlichste Aufnahme, und Pius II. zögerte nicht, dem Propste als Privatmann Eröffnungen über das Verhältnis der Kurie zu dem Könige zu machen, die mit neuen Versöhnungsvorschlägen endeten.

Ihr Wortlaut ist uns unbekannt. Offenbar hielt Pius in der Hauptsache fest, was er selbst in Rom, was Fantinus in Prag begehrt hatte, worauf die Kurie später stets bestand.[4] Ebenso sicher ist, daß der Papst wieder zu weitgehenden Zugeständnissen in formeller Beziehung bereit war, und Rabenstein die Vorschläge derart annehmbar fand, daß er Sorge trug, sie schleunigst an seinen Herrn zu bringen.[5]

Sie wurden trotzdem von dem Könige abgelehnt. Aber erst am 3. März, lange nach Johannes Rückkehr, teilte dies der König in einem besonderen Schreiben dem Papste mit: Ohne darin auch nur auf die Rabenstein'schen Anträge weiter einzugehen, und ohne die Gründe ihrer Ablehnung weiter zu entwickeln, begnügte er sich, einfach zu versichern, er habe nicht anders gekonnt, als zu handeln, wie er gethan, die Kurie müsse das nun einmal als unabänderlich hinnehmen.[6]

Glaubte der König wirklich, daß sie dies thun und über die ganze böhmische Kirchenfrage zur Tagesordnung übergehen werde? Oder meinte

---

[1] Am 18. Oktober ist Rabenstein noch in Prag. Fontes rer. Austriac. XX. 281—282, Nr. 287.

[2] Man vergl. auch sonst die Bemühungen des Königs, die Fürsprache der böhmischen Katholiken in Rom zu erlangen.

[3] Die richtige Bedeutung dieses Briefes (vom 18. Januar 1463 bei Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. I. 1030 gegen Voigt und Palacky) hebt bereits H. Markgraf hervor.

[4] Die Bulle vom 29. März 1463 sagt darüber: Sed cum iterum post hec dictus Georgius per alium nostrum nuntium exhortatus, ad cor redire erroresque suos dimittere et ad ecclesiam catholicam reverti et se illius ritui conformare, non curavit et curat, nihil nobis etc. Rabenstein hatte also päpstliche Vollmacht zu weiterer Verhandlung.

[5] Daher die eilige Heimreise des Propstes, von der Merboth nach Breslau am 21. Januar berichtet: Sperabam ipsum (Rabenstein) invenire Venetiis, ut causam reditus sui ita celerem ad plenum intelligerem; verum non eodem itinere ego Venetias accessi et ipse abiit. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 156—157, Nr. 131.

[6] Der Brief findet sich bereits bei Cochläus, Histor. Hussitar. lib. XII. (Moguntiae 1549), 434 und Goldast, Appendix privileg. etc. 200. Zuletzt nach der Kopie Merboths bei H. Markgraf, Polit. Korrespondenz von Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 171—172, Nr. 143.

er bereits ihren Zorn als unschädlich verachten zu dürfen, da die Rücksicht auf den Kaiser dem Papste die Hände band und der junge Friede mit den Markgrafen von Brandenburg ihm neue energische Berater und Freunde im Reiche gewonnen hatte? Es war wohl noch eins maßgebend.

In ebenjenen Tagen traten auch die Fortschritte hervor, die der König bezüglich seines großen Planes, eine Vereinigung der christlichen Fürsten Europas unter seiner und Ludwigs von Frankreich Leitung zu gründen und Papst und Kaiser aus ihrer bisherigen Führerrolle in der christlichen Staatenfamilie zu drängen, gemacht hatte, oder besser gemacht zu haben vermeinte.

Schon der Sommer 1462 brachte den ersten Erfolg, da Antonio Marini über durchaus freundliche Aufnahme in Venedig berichten konnte. Wie sollte auch der Republik, welche die gewaltige Osmanenmacht immer gefahrdrohender anschwellen sah, ein Bund der streitbarsten Völker Mittel- und Westeuropas gegen den Sultan, wie ihn der allgemeine Teil des von Marini vorgelegten Vereinigungsprogrammes enthielt, anders als hochwillkommen sein? Marini ging denn auch sofort weiter, und entwickelte jene Punkte des Entwurfes, welche die Notwendigkeit, den Papst und Kaiser auszuschließen, sowie die Eventualität einer Oberleitung durch die Könige von Frankreich und Böhmen behandelten. Da gab es aber bereits Meinungsverschiedenheiten. Die Nobili wollten die Ersprießlichkeit oder gar Notwendigkeit, den Krieg ohne den Papst zu unternehmen, nicht einsehen: Der heilige Vater sei das Haupt der Christenheit, er könne bei einem Glaubenskriege, wie er beabsichtigt sei, viel nützen, und man habe keinen Grund zu zweifeln, daß er auch dazu bereit sein werde.[1]

Marini hielt für gut, jetzt die Sache nicht weiter zu verfolgen. Der allgemeinen Geneigtheit der Signorie, mit dem Könige von Böhmen und anderen Fürsten zu dem beabsichtigten Zwecke ein Bündnis einzugehen, versichert, eilte er, die Herrscher von Burgund und von Frankreich zu besuchen. Der böhmische Sendbote hat hinterher keinen Anlaß genommen, von besonderen Ehren oder Aufträgen zu erzählen, die ihm am Hofe

[1] Verhandlungen König Georgs mit der Republik Venedig: I. Brief des Dogen an den König vom 9. August 1462 in Fontes rer. Austriac. 2. Abteil. XX. 289—290, Nr. 295. Bezüglich des Papstes sagt der Venetianer: Nam cum sit caput et princeps christianorum, dubitari non debet, quod ejus auctoritas multum conferet huic rei et erit magni momenti his, que agenda erunt. Die Venetianer faßten vom Anfange an das als Hauptzweck auf, was dem böhmischen Hofe bloß Mittel sein sollte. H. Markgraf, Über König Georgs Projekt eines christlichen Fürstenbundes 278—279.

Herzog Philipps zu teil geworden seien. Der Herzog war damals, wie wir wissen, von der bayerischen Partei im Reiche, noch mehr aber von den Sendboten des Papstes und Kaisers umworben. Er vermeinte eben auf dem Punkte angelangt zu sein, durch die Erlangung der Königskrone sowie wichtiger Befugnisse über die Reichslande am linken Ufer des Rheines längst erstrebte Ziele erreichen, seinem Ehrgeize reiche Sättigung verschaffen zu können. Dafür war ein inniges Zusammengehen mit Kaiser und Papst unerläßliche Vorbedingung.

Es zeigt sich hier aber auch sonst, wie leichthin, mit welcher Naivität die phantasiereichen Diplomaten des Prager Hofes mit den großen Gegnerschaften der europäischen Politik in ihrem Entwurfe umgegangen waren. Oder hieß dem burgundischen Herzoge den Eintritt in den Fürstenbund antragen etwas anderes, als ihm die weitgehende Förderung Ludwig XI. von Frankreich zumuten, der trotz aller Abmachungen[1] sein und seines Sohnes gefährlicher Widersacher blieb?[2]

Offenbar wurde Marini in Brüssel völlig abgewiesen, und rasch genug treffen wir ihn am französischen Hofe.

Ludwig XI., der durch sein Schreiben an Papst Pius vom 27. November und die im Frühjahre 1462 nachfolgende Gesandtschaft, welche die Aufgebung der pragmatischen Sanktion von Bourges gelobte, in Rom so große Hoffnungen erweckt, hatte dann sofort wieder umgeschwenkt, als ihm die Unterstützung der Kurie für eine Restauration der Anjou in Unteritalien versagt wurde. Er sah geduldig zu, wie das Pariser Parlament nach wie vor an den Satzungen von Bourges festhielt, und als die Kurie mahnte, für den Türkenkrieg zu rüsten, und Lorenzo von Ferrara als Nuntius sandte, wurde dies rundweg abgelehnt.

Um so freudiger horchte der König auf die Darlegungen Marinis, auf das böhmische Bundesprojekt, in dem ja dem Herrscher Frankreichs die hervorragendste Rolle in dem künftigen Areopage europäischer Fürsten zugewiesen war, und der überdies dem Könige territoriale Vorteile für sein Haus, und so wie im Westen Europas das Übergewicht über die benachbarten Fürsten und Staaten, so auch infolge der engen Verbindung mit dem mächtigen und unternehmenden Böhmenkönige dominierenden Einfluß in Osteuropa in Aussicht stellte. Alsbald wurde Marini mitgeteilt, daß König Ludwig auf die Anträge des böhmischen Hofes eingehe, und,

[1] Gerade im Jahre 1462 machte man von französischer Seite wieder einmal einen Annäherungsversuch, der auch zu einem Vertrage führte.

[2] Über Marinis Aufenthalt am burgundischen Hofe s. Markgraf, Projekt eines europäischen Fürstenbundes 279.

soweit des Königes Klugheit es zuließ, für die Durchführung des Projektes diplomatische Unterstützung versprochen. Ja die französischen Staatsmänner bedauerten nur, daß Marini nicht zugleich Vollmacht besitze, zwischen Böhmen und Frankreich abzuschließen, und daß er nicht auch die formelle Zustimmung Venedigs sofort mitgebracht habe. Im übrigen begreift sich leicht, daß der böhmische Plan eingehend erörtert und, was wohl zu bemerken ist, von den klugen Franzosen noch weiter zu ihrem Vorteile umgemodelt wurde.[1]

Der Entwurf enthielt nach weitschweifiger Auseinandersetzung über die einstige Blüte und den gegenwärtigen Verfall der Christenheit, von deren einstigen 117 Reichen kaum noch 16 übrig wären, und über die von den grausamen Türken drohenden Gefahren folgende Bestimmungen: Die Fürsten, welche in den Bund eintreten, verpflichten sich, niemals gegen einander zu sein, vielmehr Ehre und Wohlfahrt ihrer Personen und ihrer Herrschaft in aufrichtiger Eintracht in jeder Weise zu fördern. Streitigkeiten zwischen den Unterhanen der Verbündeten und ihren Unterthanen werden durch die ordentlichen Gerichte ausgetragen.

Falls ein Mitglied des Vereins, ohne herausgefordert zu haben, von einem auswärtigen Gegner (Nichtmitgliede des Bundes) angegriffen wird, so soll der Bund sich desselben annehmen und, falls gütliche Vermittlung nicht zum Ziele führt, auf eigene Kosten Hilfe leisten. Auch bei den Streitigkeiten zwischen außerhalb des Verbandes stehenden Fürsten

[1] Auf den Entwurf, gedruckt in der Ausgabe der Memoires de Commines von Lenglet du Fresnoy (Londres et Paris 1747) II. 424—434 unter dem Titel: „Traité d'alliance et confederation entre le Roy Louis XI., George Roy de Boheme et la Seigneurie de Venise pour résister au Turc", hat bereits H. Markgraf, Projekt eines europäischen Fürstenbundes hingewiesen (285) und denselben eingehend kommentiert (285—287). Ich möchte sehr glauben, daß jetzt nicht bloß eine Reihe von Zusätzen zu dem etwa von Marini mitgebrachten Vertrage gemacht wurde, was zweifellos ist, sondern der böhmische Botschafter überhaupt erst hier, am französischen Hofe, veranlaßt wurde, die mit seinem Könige vereinbarten allgemeinen Punkte in die bestimmten Formen eines Vertrages zu kleiden. Dafür spricht, daß formell von einem Bunde Frankreichs, Böhmens und Venedigs die Rede ist, was sehr gut dem Stande der Dinge um Dezember 1462 bis Januar 1463 entspricht, während ein böhmischer Entwurf, etwa aus dem Juni bis Juli 1462, doch auch Polen, Ungarn, Burgund daneben benennen müßte. Auch das Datum Reminiscere 1464 für das erste Zusammentreten der Räte der Bundesmitglieder in Basel erscheint für einen im Sommer 1462 verfaßten Entwurf sehr fern. Endlich ist bekannt, wie leichthin Marini seine Instruktionen und Vollmachten handhabte. Jedesfalls repräsentiert das bei Commines gebrachte Aktenstück die etwa im Januar 1463 fertig gestellte französische Redaktion des Vertragsentwurfes.

und Staaten soll derselbe in gleicher Weise einschreiten, überhaupt jede Störung des allgemeinen Friedens nach Kräften hintanhalten.

Als Organ und oberste Bundesbehörde wird ein Bundesrat, und zur Entscheidung der Streitsachen ein Parlament oder Konsistorium eingerichtet. Der Bundesrat besteht aus dem Könige von Frankreich (oder seinem Vertreter) im Namen der übrigen Fürsten Galliens, einem deutschen Fürsten als Mitglied von des Reiches wegen, dem Dogen von Venedig für die Fürsten und Städte Italiens und dem Könige von Castilien als Vertreter der spanischen Nation, alle mit je einer Stimme. Das Bundesgericht soll über alle Klagepunkte, die vor dasselbe gebracht werden, kurz und bündig Recht sprechen, und stets an demselben Orte, an dem der Bundesrat tagt, seinen Sitz haben. Dem Bundesrate steht das Recht zu, neue Mitglieder aufzunehmen, wovon die früheren zu verständigen sind.

Der oberste Zweck der ganzen Vereinigung ist, den Türkenkrieg mit gemeinsamen Kräften und Mitteln zu führen, wobei jeder nach seinem Vermögen beiträgt, und auch die Kirche, die Welt- und Klostergeistlichkeit beisteuern soll. Der heilige Vater möge durch eine feierliche Gesandtschaft eingeladen werden, vermittelst seiner Legaten alle geistlichen Fürsten, — die Aufnahme solcher in den Bund scheint nicht beabsichtigt, — und die Republiken und Dynasten der Apenninenhalbinsel zu veranlassen, daß sie, weil von den Türken unmittelbar bedroht, an der Ausrüstung einer Kriegsflotte gebührenden Anteil nehmen.[1]

Wieviel von den erwähnten Bestimmungen in einem ursprünglichen Entwurfe des böhmischen Hofes bereits enthalten war und was am französischen Hofe hinzugegeben oder erst in präzise Form gebracht wurde, läßt sich nicht unterscheiden. Jedesfalls geschah z. B. die Zuweisung der Stimme für die spanische Nation an den König von Castilien, womit das mächtige Aragonien und die Herrschaft dieses Hauses über Neapel völlig ignoriert erscheint, erst nach dem Wunsche der französischen Diplomaten, da man am böhmischen Hofe schwerlich diese Dinge so genau kannte und würdigte. Auffallend ist ferner, daß völlig unerwähnt bleibt, welche Stelle den Königen von Ungarn und Polen in dem Fürstenbunde zukommen sollte. Oder glaubte man sie in der deutschen Stimme, die natürlich der König von Böhmen beanspruchte, mit vertreten, und hatte Marini dem französischen Hofe glaublich gemacht, daß sein Herr beider Könige bereits völlig sicher sei?

---

[1] Der französische Ursprung dieser Stelle, die, wenn auch noch nicht in dem Grade, als man es in Venedig für notwendig erachtete, die Mitwirkung des römischen Stuhles in Aussicht nahm, ist zweifellos.

Mitte Februar 1463 eilte der Gesandte König Georgs zum zweitenmale nach Venedig, um, ausgerüstet mit einem Schreiben König Ludwigs, das Frankreichs Bereitwilligkeit ausdrückte, in den Fürstenbund einzutreten und an dem allgemeinen Türkenkriege sich zu beteiligen, zunächst über den Abschluß einer direkten Verständigung zwischen Frankreich, Böhmen und der Republik zu verhandeln. Um dieselbe Zeit that er offenbar auch seinem Könige Bericht über den am französischen Hofe erlangten vollständigen Erfolg: Man darf annehmen, daß das Schreiben nach der Art des Mannes enthusiastisch gehalten war, und die Wirklichkeit in manchen Stücken weit übertraf. Jedesfalls nahm die Aussicht auf das Gelingen der Sache auch den König gefangen. Darum wohl in jenen Tagen sein stolzes Selbstbewußtsein, die kurze Abweisung der päpstlichen Vorschläge, die Rabenstein aus Rom gebracht hatte.

Wie rasch erwuchs dem Könige aber auch hier wieder bittere Enttäuschung. Wohl dankten die Venetianer dem Könige von Frankreich in begeisterten Lobsprüchen für die zugesagte Waffenerhebung gegen die Osmanen. Sie gelobten durch die Ausrüstung einer Flotte, so stark sie selbe aufzubringen vermöchten, zur Bezwingung des gewaltigen Feindes das ihre beizutragen. Aber auch jetzt vermochten sie sich nur für diese praktische Seite der Vereinigung zu erwärmen, und lediglich daraufhin zielten ihre Maßregeln. Der Doge sprach die Erwartung aus, daß vor allem mit dem Ungarkönige ein vollständiges Einverständnis betreffs des Krieges erzielt werde.[1] Er war bereit, deswegen eine Gesandtschaft an König Matthias zu schicken und verlangte von den Königen von Böhmen und Polen und dem Herzoge Ludwig von Bayern, sich ebenfalls mit Ungarn zu verständigen; denn alles komme darauf an, daß dieses Königreich in den Stand gesetzt werde, sich gegen die Angriffe des Sultans zu behaupten.[2] Es entsprach ferner solcher Anschauung, wenn der Doge auch jetzt noch die Mitwirkung des römischen Stuhles in bestimmte Aussicht nahm, und sich keineswegs bedachte, dem bei der Republik beglaubigten päpstlichen Gesandten, dem Bischof Lälius von Feltre, von den französisch-böhmisch-polnischen Verhandlungen Mitteilung zu machen, auch darüber dem Papste besonders zu schreiben.[3]

---

[1] Briefe der Signorie vom 17. März 1463 an die Könige von Frankreich und Böhmen in Fontes rer. Austriac. XX. 291—292, Nr. 295 B und C.

[2] Markgraf, Projekt eines europäischen Fürstenbundes 287. Urkundl. Beiträge l. c. S. 292. Zur Sendung nach Ungarn die Instruktion vom 4. Mai ebendort.

[3] In der für Matthias von Ungarn bestimmten Mitteilung heißt es: Quas (id est Marini) oblationes libenter intelleximus nec spernendas esse utile putavimus

Blieb aber nicht damit ausgesprochen, daß die Signorie auch jetzt den eigentlichen Kern des böhmischen Projektes, falls sie ihn überhaupt erfuhr, nicht billige, und so die Mission Marinis in der Hauptsache gescheitert sei?

Monate waren vergangen, seitdem Wolfgang Forchtenauer in Rom seine Ankunft gemeldet hatte. Aber weder ein Bote des Kaisers noch des Königs stellte sich ein. Dafür war man bei der Kurie auf des Königs diplomatische Umtriebe gekommen; man hatte darüber wie aus Venedig so vielleicht bereits aus Burgund bezügliche Mitteilungen erhalten, und das Schreiben Podiebrads vom 3. März bewies, wie trotzig er, statt zu bitten, das Haupt erhob.

Da zähmte der Papst seine und der Kurialen wachsende Erbitterung nicht länger. Die grimmigsten Feinde des Böhmenkönigs, Fantinus de Valle und der Breslauer Sollicitator Merboth, arbeiteten in der Huldigungsangelegenheit Breslaus eine neue Bulle aus, der gelehrte, streiterfahrene Cusa gab ihr die nötige Schärfe: Sie enthielt die gänzliche Verurteilung der Handlungsweise Podiebrads, sie wies nach, wie der Papst gemäß seiner oberhirtlichen Pflicht nicht anders könne, als den treuen Söhnen der Kirche gegen einen solchen König Schutz und Hilfe zu gewähren, da sonst die von ihm gehegte Ketzerei leicht weiter Verderben stifte, sie gipfelte in der Erklärung, daß der Papst die Stadt Breslau mit Namslau in seinen apostolischen Schirm genommen habe; jedermann solle ihnen Beistand thun ohne Rücksicht auf etwa dem Könige geleistete Eide; dagegen werde die Strafe des Bannes alle treffen, die sie an der Seite des Königs anfeinden würden.

Die Erzbischöfe von Kreta und Gnesen wurden beauftragt, die Bulle im ganzen Königreiche Böhmen und in den Nachbarländern bekannt zu machen.[1] Die Breslauer und Namslauer erhielten ein besonders Breve

modo aliquo, sicut et diximus r. d. episcopo Feltrensi, tunc apud nos oratori s. sue, ac etiam scripsimus et dici fecimus per oratorem nostrum b. sue. Non enim inconveniens, imo benefactum esse reputaremus, favorem et presidia omnium potentatuum habere posse contra perfidiam Turci, potentissimi hostis. Und am 23. Juni schreiben sie angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß sich die Türken auf Ungarn werfen würden, und der Notwendigkeit, König Matthias zu unterstützen: Que presidia nulla ex parte ita commode, ita celeriter haberi possunt, nisi ex partibus Polonie, Bohemie ac Germanie. L. c. 292—293, Nr. 295 E.

[1] Die Bulle vom 29. März in der Politischen Korrespondenz von Breslau Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 183—186, Nr. 148. Ebendort 186—187 die Exekutionsbulle dazu. Beides auch bei Theiner, Vet. monum. Polon. et Lithuan. histor. illustrantia, II. 148—151, Nr. 186 und 187. Man vergl. außerdem den

vom 1. April, das ihnen gebot, dem Könige bis auf weiteres jeden Gehorsam zu versagen.[1]

Schon hatte die Kurie auch auf dem Felde der großen europäischen Politik den Wettstreit mit dem Könige aufgenommen. Seit jeher, besonders aber wieder seit 1453 ging ihr Streben auf Vereinigung der christlichen Streitkräfte zur Bekämpfung der Türken. Wie 1459 zu Mantua, so hatte dann im Sommer 1462 Papst Pius bei feierlicher Gelegenheit den Krieg mit den Osmanen neuerdings auf das Banner der Kirche geschrieben,[2] und Verhandlungen mit den christlichen Mächten eingeleitet. Es bewegte sich so die kuriale Aktion von Haus aus parallel mit jener des böhmischen Hofes. Jetzt galt es, diesem den Rang völlig abzulaufen, zugleich des Königes selbstsüchtige Absichten zu entlarven.

Dominikus von Torcello, der auf Ersuchen der kaiserlichen Partei zum angekündigten Nürnberger Reichstage (Georgi 1463) entsendet war, bekam den Befehl, sich erst nach Venedig zu wenden und dort dem böhmischen Plane entgegenzuarbeiten.[3] Er that es mit Erfolg. Der Doge konnte sich mit gutem Gewissen darauf berufen, daß man die Erbietungen der Könige von Frankreich und Böhmen lediglich im Interesse der Bekämpfung der Türken freundlich begrüßt habe; in weitere Abmachungen habe sich die Republik mit Podiebrad nicht eingelassen.[4] Es war jetzt damit auch für die Zukunft vorüber.

Der Legat eilte weiter. Er stellte an den Kaiser und Herzog Ludwig von Bayern, jene Fürsten, die sich für König Georg verwendet hatten, im Namen der Kirche das Verlangen, daran zu sein, daß der König dem Glauben und Ritus der katholischen Lehre sich anbequeme, wie sie es für ihn versprochen hätten; er hatte Befehl, in Nürnberg alle Fürsten, die mit dem Könige verbündet und verschwägert seien, aufmerksam zu machen, daß der Papst entschlossen sei, die Treulosigkeit und Ketzerei desselben nicht länger zu dulden und, wenn es sein müßte, zu den äußersten Mitteln

---

Bericht Nikolaus Merboths nach Breslau vom 15. März ebendort 175—180 und die Schreiben Fantins und Franz' von Toledo vom 13. und 15. März an dieselben 173—174, 174—175, Nr. 144 und 145.

[1] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 187, Nr. 149.

[2] G. Voigt, Enea Silvio III. 676. Vergl. auch H. Markgraf, Projekt eines europäischen Fürstenbundes 290.

[3] Auch der Gesandte der Kurie an König Ludwig von Frankreich, der Bischof von Feltre, nahm seinen Weg über Venedig und arbeitete da gegen das böhmische Projekt. Markgraf a. a. O. 291. Urkundl. Beitr. 299—300, Nr. 301.

[4] Font. rer. Austriac. XX. 292, Nr. 295 D.

zu greifen.[1] Zugleich wirkten an den Höfen von Burgund und Ungarn päpstliche Boten mit erfolgreicher Umsicht gegen Böhmen. Es beweist die Erbitterung der Kurie, deren Entschlossenheit, ohne jede fernere Rücksicht voranzugehen, wenn der Cusaner in jenen Tagen auf eine Bemerkung des Breslauer Geschäftsträgers, die Verbindung des Kaisers mit dem Könige betreffend, mit dürren Worten erklärte, werde der Kaiser weitere Einsprache erheben, so könne man binnen kurzem neben einem neuen Könige von Böhmen auch einen neuen Kaiser haben.[2] Und triumphierend meldet Fantinus nach Breslau, leicht möge über Böhmen ein solcher König gesetzt werden, daß ihr Herz freudig aufjauchzen und ihr Mund ihn jubelnd begrüßen werde.[3]

Die Bullen waren bereits expediert, als endlich am ereignisreichen Abende vor dem Ostertage (9. April) Dr. Forchtenauer in Rom einlangte:[4] Zu spät, so erklärte er, erst im März, hätten königliche Gesandte in Wiener-Neustadt die Aufträge für ihn überbracht. Er bat, ihnen mit Rücksicht auf seinen Herrn freundlich zu entsprechen.

Es hatte der König in seinem Briefe vom 3. März ausdrücklich auf die Eröffnungen des kaiserlichen Gesandten verwiesen, der wohl bereits in seiner Sache bei dem heiligen Stuhle weilen werde.[5]

Soviel wir aber erfahren, brachte Forchtenauer wenig Neues vor; weder unterbreitete er der Kurie neue Erbietungen des Königes, an die sich eine Verhandlung knüpfen ließ, noch machte er besondere Momente geltend, derentwegen der Papst zu fernerer Geduld und Nachgiebigkeit bewogen werden konnte. Der kaiserliche Bote vermochte eben nur abermals mit Nachdruck auf die großen Dienste hinzuweisen, welche der König dem Kaiser erwiesen, und auf die hohen Verpflichtungen zu Gegendiensten, die sein Herr deswegen auf sich genommen.[6]

---

[1] Nach dem Briefe Fantins an die Breslauer vom 13. März a. a. O.

[2] Brief Merboths vom 15. März: Dixit mihi dominus s. Petri, quod si hoc imperator faceret, nihil aliud efficeret, nisi quod infra parvum processum temporis novus imperator et novus rex crearetur.

[3] Fantins Brief vom 13. März a. a. O. 173: Et forte talis in regem proficietur Bohemie, quod cor vestrum gaudebit et lingua exultabit.

[4] Nach dem Berichte Merboths an die Breslauer vom Mai 1463, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 197, Nr. 157.

[5] De his autem lacius ampliusque locuturus orator et nuncius serenissimi domini imperatoris Romanorum etc., affinis nostri, veniet ad sanctitatem vestram, quem nos (das „vos" des Textes ist doch Druckfehler?) jam cum beatitudine vestra esse arbitramur.

[6] Man vergl. dafür, da uns die Instruktion Forchtenauers nicht erhalten ist,

Der Papst wäre wohl auch dann nicht geneigt gewesen, auf die Vorstellungen seines kaiserlichen Freundes einzugehen, wenn sie für die momentanen Aufgaben und Absichten der Kurie eine bessere Handhabe geboten hätten. Da dies nicht der Fall, blieb des Kaisers Fürsprache erfolglos. Die Dinge gingen ihren Lauf.

Pius II. antwortete auf Forchtenauers Werbung in einem Briefe an den Kaiser: Sein heiliges Amt zwinge ihn, gegen den König einzuschreiten, da er in öffentlicher Versammlung sich zu Irrlehren bekannt habe und den Ritus der katholischen Kirche nicht annehmen wolle: die Kurie habe Langmut geübt, weil die früheren Schreiben des Kaisers die Hoffnung gewährt hätten, der König werde seinen Verpflichtungen nachkommen; jetzt sei das einzige, was der Kaiser, da er den König liebe, thun könne, daß er ihn zum Gehorsam gegen den Papst anhalte;[1] was die Breslauer betreffe, so hätten sie zwar geschworen, nach Ablauf von drei Jahren und einen Monat dem Könige zu huldigen, aber nur, wenn er Katholik wäre:[2] Da das letztere nicht der Fall sei, so könne auch jene Verpflichtung nicht gelten, und es sei ebensogut Sache des Kaisers, wie des heiligen Stuhles, sie gegen Anfeindungen zu verteidigen.[3] Und indem der Papst zugleich von dieser Antwort und Abweisung nach Breslau Kunde that,[4] gewährte er am 11. Mai dem Domkapitel für die auf der Dominsel zu errichtenden Bauten und Befestigungen einen Ablaß, den er bereits früher der Stadt bewilligt hatte,[5] und mahnte er in ernsten Worten Bischof Jobst, sich als der Vorsteher der Breslauer Kirche im Eifer für die Sache des Glaubens nicht von seinen Kirchkindern überbieten zu lassen, ihnen vielmehr dabei Führer, Berater und Helfer zu sein, und in ihrer Mitte seinen Sitz aufzuschlagen.[6]

Erzbischof Hieronymus von Kreta, der aus Polen unverrichteter

---

des Papstes Antwortschreiben an den Kaiser und den Bericht Merboths nach Breslau vom Mai 1463. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 195—199, Nr. 157.

[1] Hortamur ergo majestatem tuam, cum Georgium diligas, adhuc ipsum inducere coneris, ut nostris monitis pareat et ad unionem catholice ecclesie redeat.

[2] Sed ut catholico regi.

[3] Der Brief des Papstes vom 16. Mai ist mehrfach gedruckt (Cochläus, Lünig, Goldastus, Chmel in den Sitzungsber. der Wiener Akademie V. 698). Zuletzt von H. Markgraf in der Polit. Korrespond. von Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 193—194, Nr. 156B. Vgl. auch die Anmerkung dazu.

[4] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 195, Nr. 156A.

[5] Ebendort 192, Nr. 154.

[6] Ebendort 195, Nr. 156C. Breve vom 16. Mai.

Sache zurückgekehrt war, befahl jetzt den Kirchenvorständen, die päpstliche Bulle vom 29. März, die bereits am 8. Mai feierlich zu Breslau publiziert worden war, allenthalben bekannt zu geben; schwere Strafen wurden den Säumigen angedroht.[1] Auch sonst schien es endlich ernst geworden; schon verweigerte die päpstliche Kanzlei auf besonderen Befehl des heiligen Vaters Georg Podiebrad den Königstitel.[2]

Als der König von den Schritten des päpstlichen Hofes Kunde bekam, war seine Erregung nicht gering. Welche Wirkung mußte die Bulle bei den Katholiken seines Reiches haben?[3] Und war das die ausgiebige Hilfe, die ihm der Kaiser so feierlich zugesagt hatte? Alsbald that er nach Wiener-Neustadt Botschaft.[4] Sie muß gewichtig genug gewesen sein, da der Kaiser augenblicklich die Abordnung einer neuen Gesandtschaft nach Rom beschloß, die er seinem Fiskalprokurator Dr. Hartung Cappel übertrug.[5]

Der König selbst eilte nach Glatz, wohin er die Bischöfe von Breslau und Olmütz beschieden hatte. Ihm war wohl bekannt, wie treu sie trotz ihrer streng kirchlichen Gesinnung ihm und dem Vaterlande ergeben waren. Er kam der Breslauer willen: Sein von Schmerz und Zorn erfülltes Innere drängte ihn, sich mit vernichtendem Ungestüm auf die verhaßte Stadt zu stürzen, die er für die Ursache alles Unheiles ansah.

Aber die Bischöfe widersprachen dem entschieden, und auch die Stimme der Vernunft gesellte sich dazu. Entzündete der König mit dem Angriffe

---

[1] Breslau am 13. Mai. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 193, Nr. 155. Über die Verbreitung vergl. Rosicz bei Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. I. 94 und H. Markgraf nach der latein. Handschrift P. Eschenloers, Anmerkung zur Kundmachung des Legat. vom 13. Mai: Desuper missi sunt processus . . . omnibus episcopis in Misna, singulis universitatibus Alamanie, episcopis Bambergensi, Ratisponensi, Pataviensi, omnibus principibus electoribus et Bavarie ducibus, civitatibus Nuremberg, Erffort, archiepiscopis Magdeburgensi, Gneznensi, regi Polonie, omnibus communitatibus Slesie, Lusacie, Moravie episcopoque Olomucensi, civitati Wiennensi et Cracoviensi et ibidem universitatibus, omnibus episcopis in Polonia.

[2] Merboth nach Breslau. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 199—202, Nr. 157 B.

[3] Man s. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 208.

[4] Durch den Marschall von Mähren, Heinrich von Lipa. Vergl. den Brief Markgraf Albrechts von Brandenburg an Herzog Wilhelm v. Sachsen vom 15. Mai. Weim. Gesamtarchiv Reg. C, pag. 241, Nr. 4 aa.

[5] H. Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 232—233. Bericht N. Merboths nach Breslau vom 22. Juli 1463. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 252—257, Nr. 177 B: Imperator . . . subito remisit huc dominum Hartungum.

auf Breslau nicht selbst den Glaubenskrieg? Schloß er damit nicht jede Hoffnung auf den Frieden mit der Kirche aus?

So gab er nach, auch der Bischöfe wegen; denn die Stellung der geistlichen Herren, und besonders des Breslauer Oberhirten, war ohnehin höchst unbehaglich. Jost drückten die päpstlichen Ermahnungen, die eben jetzt eintrafen, wenig, und um nichts mehr kümmerte er sich um die Weisungen des Legaten, zu ihm nach Breslau zu kommen und wie es seines Amtes sei bei der Publikation der päpstlichen Bulle mitzuwirken. Aber daß die Bekanntmachung überhaupt erfolgte, erschien ihm an sich mit Recht als schwere Bedrohung des Friedens in den böhmischen Landen.[1] Als deshalb ein neues drohendes Schreiben des Erzbischofes sein Erscheinen in Breslau forderte, so gehorchte er, aber nur, um von dem Kretenser unüberwunden zu verlangen, daß der weiteren Verkündigung der Bulle Einhalt gethan werde; er stehe mit dem Könige in Verhandlungen über die Art, wie den Forderungen der Kirche Genüge gethan werden könne; deren Fortsetzung sei unmöglich, solange die Publikation nicht eingestellt werde; ja er könne leicht persönlich in Gefahr kommen.[2]

Wie mochte der Legat staunen, als ein solcher Fürsprecher und Vermittler, ein Bischof der römischen Kirche, sich noch jetzt für den König erhob! Aber ob er auch erklärte, die Zeit der Verhandlungen sei nun, da der heilige Vater gesprochen habe, vorüber, der Bischof erreichte schließlich doch, daß Hieronymus ihn wieder nach Glatz ziehen ließ, und auch die weitere Bekanntmachung der Bulle zunächst unterblieb.

Wenn nur auch der König die Lage der Dinge richtig erfaßt hätte! Der Breslauer Bischof — Prothas von Olmütz war am Tage nach der Rückkehr Josts nach Glatz wieder abgereist — hatte es aber mit einem Fürsten zu thun, bei dem im Augenblicke mit der zornigen Erregung gegen den römischen Stuhl nur das stolze Bewußtsein seiner günstigen politischen Lage, in der er sich momentan befand, und die sichere Hoffnung, durch das Gelingen seines europäischen Planes den Schachzügen der Kurie für immer ein Halt gebieten zu können, sich messen konnte.

---

[1] Sein nationaler Patriotismus bricht in dem Schreiben vom Ende Mai 1463 an seinen Bruder Johann offen hervor: Que maturius ruminantes tamquam isti, qui ex corde nostri linguagii et corone honorem et commodum desideramus, et quidquid in detrimentum, scandalum, dampna et divisiones incliti regni nostri tendere possit, corde perpendimus et desuper dolemus uti amator rei publice. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 206, Nr. 160.

[2] Nach Markgrafs begründeter Darstellung a. a. O. 233—234. Das Quellenmaterial ist jetzt gleichfalls von Markgraf publiziert.

Des Bischofes Mahnungen und Vorstellungen, nach Möglichkeit nachzugeben, trafen da auf taube Ohren. Im Notfalle meinte der König noch ein äußerstes Mittel gegen den Papst, falls er die Bulle vom 29. März nicht suspendiere, zur Verfügung zu haben: die Berufung an ein allgemeines Konzil in der Glaubenssache und gegen die politische Agitationen des römischen Hofes eine Appellation an die Fürsten Europas.[1] Schließlich erreichte aber Jobst von Rosenberg soviel, daß sich der König den Gedanken an ein offensives Vorgehen gegen die Kirche aus dem Sinne schlug, und in die Einberufung einer katholischen Ständeversammlung aus allen böhmischen Landschaften nach Brünn willigte, auf der man raten und beschließen solle, in welcher Weise in Hinkunft der katholischen Kirche im böhmischen Reiche Friede und Unabhängigkeit gesichert sein sollte.[2]

Man beachte wohl, wie der Bischof thatsächlich allein nachgegeben hatte, wie er dem Standpunkte des Königes weit näher trat, als dem des Oberhauptes seiner Kirche. Von den persönlichen Verpflichtungen Podiebrads ist in den Glatzer Endabmachungen nirgends die Rede; der Bischof vereinigt sich vielmehr mit dem Könige, durch die Sicherung und Befriedigung des Katholicismus in den böhmischen Landen der Kurie eine mächtige Handhabe, gegen den König mit den eigenen Strafmitteln und mit dem Beistande der katholischen Welt vorzugehen, zu entziehen.

Und wenn dies das äußerste war, was der König gewähren wollte, und was vielleicht auch nach der Lage der Dinge thatsächlich in Böhmen geschehen konnte, so war dadurch wohl der sofortige Beginn des Kirchenstreites unmöglich geworden und der Kurie für immer der Angriff erschwert, aber durfte der Rosenberger hoffen, daß man sich in Rom so leicht begnügen werde?

Auch der Erzbischof von Kreta war weit entfernt, dies zu meinen.

---

[1] Über des Königs Gesinnung in jenen Tagen vergl. man die Ausführungen der Breslauer in ihrem Schreiben vom 22. März an den Papst. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 180—182, Nr. 147: Fertur quoque, regem gloriari de liberacione cesaree majestatis, quam tamen suis obrepcionibus ad eam maximam confusionem originaliter retraxit etc. Disseminat enim inter Almanie principes bella, hodie unum crasalium hinc inde juvando, quibus eos cupit deficere et tandem sub se devictos subjicere. Die Stellung der Breslauer zu dem Könige blieb dabei wohl zu beachten.

[2] Über die Glatzer Verhandlungen liegen keine direkten Meldungen vor. Aber obiges ergiebt sich mit innerer Notwendigkeit aus den Anschauungen Bischof Jobsts, wie sie besonders in dem erwähnten Schreiben an seinen Bruder hervortreten, und aus der Entwicklung der Ereignisse.

Er sah, als Bischof Jobst von der Vereinbarung Mitteilung machte, in des Königes Erbietungen für den Frieden leere Ausflüchte, und in den beabsichtigten Versammlungen zu Brünn nur ein neues Mittel, die Kirche hinzuhalten. Dazu erschien es ihm befremdend, ja verletzend, daß Jost, statt zu ihm zurückzukehren, ohne weiteres die Einladungsschreiben zu dem Tage für Margareta, den 13. Juli, erließ. Offenbar wollte der Bischof den Legaten und die Breslauer vor die vollendete Thatsache stellen, da er des Beifalles der Mehrheit unter den Katholiken Schlesiens ohnehin gewiß war.

Aber auch die Breslauer und Erzbischof Hieronymus waren klug genug, des Rosenbergers Absichten zu merken. Die Meinung war allgemein, daß man seitens des Bischofes nicht nur bloß im Stiche gelassen sei.[1] Der Zorn des Kretensers stieg aber aufs äußerste, als Jost, der erst auf den erneuten Befehl, an der Verkündigung der päpstlichen Bulle teilzunehmen, und zwar gegen die Zusicherung freien Geleites am 2. Juni in Breslau erschienen war,[2] statt sich zu rechtfertigen und zu gehorchen, verlangte, daß diese und alle anderen Maßregeln der Kurie gegen den König bis nach jenem allgemeinen Ständetage verschoben werden müßten.

Es kam zwischen beiden Prälaten zu bitterem Meinungsaustausche, ja bis zu Thätlichkeiten.[3]

Aber der energische Bischof behielt die Oberhand. Während die Breslauer in einem neuen Schreiben den Papst aufforderten, aus dem gegen den König gethanen Schritte sofort die weiteren Konsequenzen zu ziehen, ihn abzusetzen und einen neuen zu bestellen, an den dann alle getreuen Söhne der Kirche, auch jene, die sich jetzt aus Furcht zurückhielten, sich getrost anschließen würden, vermochte sich der Erzbischof von Kreta,

---

[1] Vergl. das Schreiben der Breslauer an den Papst vom 22. März, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 180—182, Nr. 147; bes. S. 182.

[2] Zu obigen Ausführungen vergl. wieder Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1461—1464, 235—236. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau 211—213: Also kiefelten sie sich schwerlich mit einander, daß zuletzte Cretensis sagte zu Jodoco: Du bist ein Gift des Vaterlandes und ein Stein der Schande. Darauf antwortete ime Jost den Spruch S. Pauli: „Die Cretenser sind allezeit Lügner, böse Thiere und träge Bäuche.“ Da stund auf Cretensis im Zorne, und schluge mit der Faust nach Josten. Die Fürsten filen dazwischen und redeten nicht, sondern die Ratmanne unterstanden ferrer, daß nichts geschäh und bestalten das Haus, daß kein Geschrei daraus kome ꝛc.

[3] Die Akten über diese Verhandlungen vom 2.—6. Juni in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 207—219, Nr. 161. Des Bischofes Berufung auch im Man. Sternb. fol. 230c (czechisch). Man vgl. Markgraf a. a. O. 236—237. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 278—280.

zumal die in Breslau anwesenden Herzoge von Öls und Ohlau gleichfalls für weiteres Zuwarten ihre Stimmen erhoben, doch nicht entschließen, jenen Brünner Tag durch kirchliche Maßregeln zu verhindern.[1] Zuletzt wurde vereinbart, daß der Legat auf den 29. Juni eine Vorversammlung der Schlesier einberufen solle, um sich eines einträchtigen Vorgehens aller auf der Brünner Hauptversammlung zu versichern. Am 7. Juni erließ der Erzbischof die Einladung.[2]

Man darf nicht übersehen, daß diese Behandlung auch den Absichten des Königes und Bischof Josts entsprach, der es nicht für schwer hielt, hier die Mehrheit von der Notwendigkeit des kirchlichen Friedens und einer Verständigung mit dem Könige zu überzeugen und sie auf den von ihm in Glatz eingenommenen Standpunkt hinüberzuführen. Daß der König in Böhmen ein gleiches versuche, war ebenfalls verabredet, und der Bischof hatte versprochen, dabei mitzuwirken. Darum eilte er jetzt von Breslau nach Prag. Mit den Bürgern seiner Hauptstadt aber hatte er es noch gründlicher verdorben als zuvor. Aufs neue verklagten sie ihn bei dem Papste, und ihre Erbitterung riß sie zu der Beschuldigung fort, der Bischof stehe als Czeche und als rosenbergischer Baron, dessen Familie einen Teil des geraubten Kirchengutes in ihrem Besitze habe, eben auf der Seite des Königes und suche geradezu mit ihm die katholische Restauration des Reiches zu verhindern.[3]

Fand Bischof Jost in Prag die Dinge noch so, wie er sie in Glatz bei dem Könige verlassen? Wohl faßte Georg nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt seine Lage bereits wieder um so vieles ruhiger auf, daß er, noch eben auf Kirche und Papst und Legaten in voller Erbitterung, am 3. Juni, gelegentlich der Einladung zu dem in seiner Hauptstadt abzuhaltenden Friedenskongresse, den Markgrafen Albrecht von Brandenburg ersuchte, sich bei dem Erzbischofe von Kreta, „seinem Freunde," um die Sistierung der kirchlichen Prozesse zu bemühen.[4] Den Bischof von Torcello lud er selbst nach Prag![5]

---

[1] Schreiben der Breslauer vom 24. Mai an den Papst in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 204—206, Nr. 159.

[2] Markgrafs Anmerkung zu Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 217. Der Brief an Johann von Sagan in Font. rer. Austriac. XX. 301—302, Nr. 303.

[3] „Wratislavienses scribunt domino pape Pio contra episcopum Wratislaviensem." Am 17. Juni 1463. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 222—225, Nr. 164. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 213.

[4] Kopie im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 4, fol. 9.

[5] Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 257, 177 B: Involvens (= Georgius) requisivit

Auch sonst hatte sich der König besonnen. Nicht bloß die katholischen Stände, sondern auch eine bedeutende Anzahl utraquistischer Herren tagte um den 10. Juni in Prag.[1] Aber nicht die Beratung über die Art und Weise und die Mittel, wie man ein friedliches Nebeneinanderbestehen beider Bekenntnisse im Lande sichern, beide Parteien darauf verpflichten, der Kirche die Behauptung, der Katholicismus sei in Böhmen bedroht, unmöglich machen könne, sah der König, nach des Rosenbergers getreuem Rate, als seine erste Aufgabe an. Ihm schwebte bereits wieder jenes größere Ziel vor, das er doch auf dem Prager Augusttage des Vorjahres und bei dem katholischen Klerus nicht hatte erreichen mögen, die katholischen Böhmen des Reiches als Unterthanen und Stände der Krone nochmals für sich, das Staatsoberhaupt, und auf die Landesprivilegien, zu welchen auch die Kompaktaten gehörten, zu verpflichten.

Der Grund solcher Sinnesänderung läßt sich wenigstens vermuten. Der König mochte die Vorgänge bei dem Prager Hoftage auf den mächtigen Einfluß des päpstlichen Legaten, die Weigerung der Geistlichen auf die frühere Verabredung und auf ihre Disciplin und Überzeugungstreue zurückführen. Würden die Katholischen es aber auch jetzt, der Gefahr eines Bürgerkrieges gegenüber, wagen, sich gegen ihn zu erklären, jetzt da seine äußere Machtstellung so günstig war? Der König rechnete wohl auf den nationalen Patriotismus, den noch eben der Breslauer Bischof so glänzend bethätigt hatte, auf den Einfluß, den er und die Herren von der utraquistischen Seite in Brünn würden üben können. Schienen ja bei ihnen die Standesinteressen stets mächtiger als die religiöse Überzeugung, und waren sie unter sich doch so vielfach verwandt und verschwägert! Er rechnete endlich auf die Mitwirkung der kaiserlichen Räte, Herzog Ludwigs von Bayern und des Markgrafen Albrecht von Brandenburg, die er mit nach Brünn zu bringen beabsichtigte.[2]

Der König hütete sich aber wohl, seine Endabsicht gleich in der jetzigen Prager Vorversammlung mitzuteilen.[3] Er beteuerte vielmehr, alles thun

dominum legatum Turcellanum, ut Pragam veniret causa tractandi pacem inter principes; papa sibi inhibuit.

[1] Man vgl. die Unterschriften der von der Versammlung ausgehenden Schreiben und den Bericht der eben in Prag weilenden sächsischen Gesandten an Herzog Wilhelm. Weim. Gesamtarchiv Reg. A, fol. 2A, Nr. 8.

[2] Aufs dringendste wurde der Markgraf von dem königl. Sekretär Einsiedel, dem Vertrauensmanne beider Fürsten, gebeten, Ende Juni selbst nach Prag zu kommen. S. unten.

[3] Doch wußte man genau, um was es sich handle, wie der Bericht der sächsischen Räte zeigt. Nur Bischof Jobst vertraute auch jetzt.

zu wollen, um nach dem Rate seiner Getreuen auf dem Wege friedlicher Vereinbarung eine Verständigung mit dem apostolischen Stuhle zu erreichen.[1]

Es gewann auch den Anschein, als ob die Friedenspolitik des Breslauer Bischofs wirklich aussichtsvoll sei. Die versammelten Herren versprachen nicht bloß, den Margaretentag zu Brünn zu besuchen, sondern sie richteten nach des Königs Wunsch ein Schreiben an den Papst, er möge bis nach jenem Tage den Prozessen gegen den König Einhalt thun,[2] und baten den Kaiser[3] und beide Legaten, den Erzbischof von Kreta und den Bischof von Torcello,[4] sich im gleichen Sinne zu verwenden.

Der Breslauer Bischof, der erst nach Schluß der Prager Beratungen (am 16. Juni) eintreffen konnte, war voll froher Zuversicht. Seitdem der König im April 1461 vollen Ernst gezeigt, seinen Verpflichtungen gegen Rom zu entsprechen, war Bischof Jost des festen Vertrauens, daß der König zu gegebener Zeit seine Eide einlösen werde. Dem gab er auch jetzt wieder in einem Schreiben an den Papst Ausdruck, in welchem er sich der Bitte der Prager Versammlung anschließt: Er halte es für das Beste, wenn mit Gottes Hilfe für das Geistige Sorge getragen wird, während der zeitliche Friede unverletzt bleibt; er schreibe dies mit dem Hinweise auf seine früheren Briefe, im reinsten Eifer erglühend für die Ehre Gottes und die Erhaltung des wahren Glaubens, die Ehre des apostolischen Stuhles und Seiner Heiligkeit, aber auch für das Wohl des Vaterlandes, und werde dafür, soweit er es mit Gott und Recht könne, nach seinem Wissen und Vermögen mit des Höchsten Hilfe eintreten.[5]

Als er zugleich erfuhr, daß Domenico von Torcello, der während seines Aufenthaltes in Wiener-Neustadt Einblick in die politische Lage des Reiches gewonnen und die dominierende Stellung König Georgs erkannt hatte, nicht bloß mit dem böhmischen Gesandten freundlich verkehrt, sondern auch dem Könige im versöhnlichen Tone geschrieben habe, so be-

---

[1] Nach dem Wortlaute der Verwendungsbriefe an den Papst, Kaiser und die Legaten.

[2] Brief vom 10. Juni in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 219—220, Nr. 162, A. Von den 58 Unterfertigten sind etwa 20 Utraquisten, unter allen ist ein einziger katholischer Prälat (Johann von Rabenstein).

[3] Ebendort 221, Nr. 162 B.

[4] Ebendort 221—222, Nr. 162 C—D. Über die Antwort des Erzbischofes von Kreta an die böhmischen Stände vgl. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 237, Nr. 169.

[5] Brief vom 18. Juni 1463 in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 226—227, Nr. 165 B. Des Bischofs eben berührte weitere Briefe an den Papst aus jener Zeit in den Fontes rer. Austriac. 2. Abteil. XX. 302—308, Nr. 304 A—C.

grüßte er diese Handlungsweise mit aufrichtiger Freude.[1] Des Legaten Schreiben an den König nahm er mit sich nach Breslau, wohl um es eventuell dem von Kreta als Spiegel vorzuhalten.[2]

Die Breslauer Ständeversammlung vom 29. Juni zeigte wirklich den Bischof und den Legaten in leidlichem Einverständnisse. Hieronymus gab jetzt endlich auf die Bitte des Landtages zu, daß die Publikation der Bulle vom 29. März sistiert und ebenso die Einstellung der kirchlichen Prozesse gegen den König mit Rücksicht auf die in Brünn im Interesse des wahren Glaubens zu gewärtigenden Beschlüsse ausgesprochen wurde.[3] Andererseits begehrte und erlangte er von den Versammelten die ausdrückliche Zusage, an dem allein wahren Bekenntnisse der römischen Kirche festzuhalten und auch hinfort den Geboten des Papstes zu gehorchen.[4]

Der König aber war fern von jenen Vorsätzen, die der Breslauer Bischof bei ihm annahm. Die Willfährigkeit der katholischen Stände in Breslau und Prag war ihm nur die Aufforderung, um so entschiedener in Brünn seinem eigenen Ziele entgegenzustreben. Selbst ohne tiefere religiöse Überzeugung begriff er nicht, welch scharfe Grenzlinie bei anderen, auch bei dem Bischofe Jost, das katholische Bewußtsein selbst den Forderungen des Staatswohles gegenüber zog. Schon jetzt mochte der Bischof wie der heilige Vater, wenn mit den katholischen Herren auch eine lange Reihe von Utraquisten als im Gehorsam seiner Heiligkeit und der römischen Kirche stehend, mit demütiger Bitte sich nahte, darin die ersten Anfänge der so sehr ersöhnten kirchlichen Union erblicken.

In den böhmischen Landen lag im Sommer 1463 wieder einmal die Entscheidung über die weitere Entwickelung der mitteleuropäischen Geschicke. Die Kirche und der König, die Häupter der religiösen Parteien, was um den hussitischen Streit und seine Annexe sich kümmerte in nah und fern, sah mit Spannung dem Brünner Tage entgegen. In Wiener-Neustadt und an den deutschen Fürstenhöfen rüstete man dagegen die Beschickung und

---

[1] Schreiben vom 18. Juni ebendort 225—226, Nr. 165 A.

[2] H. Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 240.

[3] Bischof Josts Rede an die Versammelten in den Fontes rer. Austriac. 2. Abteil. XX. 308, Nr. 304 D.

[4] Am 3. Juli verkündet der Legat das Ergebnis des Landtages den Olmützern, Fontes rer. Austriac. 2. Abteil. XX. 309—310, Nr. 306. Vgl. das Schreiben der Breslauer vom 29. Juni an den Papst, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 237—238, Nr. 170, und die Vorstellungen des Erzbischofs von Kreta an den Bischof von Torcelli vom 9. Juli l. c. 239—241, Nr. 173; endlich eine Mitteilung an die böhmischen Stände vom 7. Juli l. c. 237, Nr. 169.

Vorbereitung des Prager Friedenkonventes. So wenig die Parteien seit dem Schlusse des Wiener-Neustädter Tages einander entgegen gekommen waren — Herzog Ludwig von Bayern hatte sich vielmehr gegen die Ausführungen des kaiserlichen Abschiedes vom Wiener-Neustädter Tage, die ihm das Scheitern der Verhandlungen zur Last legten, ebenso eingehend als entschieden verwahrt[1] —, lag nicht doch auch darin wieder ein Symptom der steigenden Friedensbedürftigkeit, vor der niemand die Schuld an neuen Kämpfen tragen wollte und eine weitere Garantie für das Gelingen des Prager Tages?

Auch sonst meinten die Hauptgegner, gerade jetzt den Frieden schließen zu sollen. Bedrängte den Herzog seine Geldnot,[2] so sprachen andererseits die militärischen Erfolge der Feldzüge für ihn. Der König von Böhmen, der bestellte Unterhändler, war ihm verpflichtet. Graf Ulrich von Württemberg und ein Teil der Reichsstädte[3] warben eifrig, seine Freundschaft wieder zu erlangen. Des Kaisers Friedenssehnsucht war offenbar.

Auch der Markgraf war des Kampfes müde; wenigstens mit Ludwig von Bayern. Ernstlich gebot er seinen Hauptleuten im Kulmbachischen, gegen welche der pfälzische Vicedom zu Amberg Klage geführt hatte, sich jeder Beschädigung der bayerischen und pfalzgräflichen Lande und Unterthanen zu enthalten; er habe nun „genug mit seinen gebornen Freunden gekriegt und möchte hinfort dessen gerne überhoben bleiben".[4]

Auch Albrecht fand seine Lage nichts weniger als ungünstig. Wenn nur der Kaiser festhielt, woran er nicht zweifeln durfte, so konnte er hoffen, seine verlorenen Schlösser und Gerechtigkeiten wiederzuerlangen; er hatte auch so ziemlich entsprechenden Besitz der Gegner in den Händen. Auf die Freundschaft des Königs von Böhmen durfte er, wie wir wissen, mit größerem Rechte bauen als der Bayernherzog: Er wußte, wo man die Hebel ansetzen müsse, um den König gefügig zu machen; das zeigte neuerdings das Ersuchen, sich bei dem Erzbischofe von Kreta zu verwenden.[5] Auch

---

[1] Die Erklärung des Herzogs vom 4. Juni im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 80.

[2] Brief des Markgrafen Albrecht an seinen Bruder Friedrich bei Höfler, Kaiserl. Buch 92—93: Auch des Herzogs Ludwigs gelt ganz versmolzen, dadurch die Söldner gestrayt sind 2c. Schreiben vom 14. Juni 1463. Man vergl. oben und Albrechts Brief vom 4. August an seine Räte (Bamb. Archiv 1908, Nr. 51 und Bruchstück bei Höfler, Kaiserl. Buch 96): „Wer weiß, ob der herzog nach außgang des friden als wenig gelt hett, als itzund".

[3] Vgl. oben und Höfler, Kaiserl. Buch 93, Nr. 30.

[4] Bruchstück dieses Schreibens vom 14. Juni bei Höfler, Kaiserl. Buch 92.

[5] Des Königs Brief vom 3. Juni im Bamb. Arch. 1908 (d. märk. Kat.), Nr. 4, fol. 9.

hatte der Sekretär Jobst von Einsiedel am selben 3. Juni zugleich seines Königs Bitte, der Markgraf möge ja persönlich zu dem Prager Friedenskongresse kommen, ausdrücklich wiederholt; seines Herrn Spruch werde sich richten „nach der gelassen Zedel" des Markgrafen.[1] Schon wurden endlich weitere Entwürfe geplant, die den Abschluß eines billigen Friedens die Vereinigung der jetzigen Gegner im Reiche zu einer neuen Fürstenpartei zur Voraussetzung hatten, deren Mittelpunkte der König und der Markgraf sein sollten.[2]

Des Markgrafen Umsicht in so wichtigem Augenblicke vergaß nicht, die Reichsstädte,[3] die Württemberger Grafen nochmals anzueifern, an der bisherigen Parteistellung bis über den Prager Tag hinaus festzuhalten.[4] Mit den sächsischen Herzogen blieb er fortdauernd in den innigsten Beziehungen:[5] Sie verhandelten eben mit dem Könige über alte Bitzthumische Streitsachen[6] und waren sonst einflußreich. Seinen Bruder Friedrich endlich ermahnte er, durch Abordnung einer Gesandtschaft nach Prag die gemeinsame Sache des Hohenzollern-Hauses zum Siege zu bringen: Jetzt gelte es treu zusammenzustehen, damit „das letzte Irrsal nicht schmählicher werde als das erste", und der gute Glaube an die Macht von Sachsen und Brandenburg, „der jetzt ettlichermaß erloschen" seien, wieder zu Ehren komme.[7]

Aber auch den Fall der Wiedereröffnung des Kampfes faßte Albrecht ernstlich ins Auge. Unablässig arbeitete er daran, seine Landschaften wehrfähig zu machen. Durch den Sekretär Jobst von Einsiedel unterhielt er die Verbindungen mit den böhmischen Herren, die ihm bereits im Februar

---

[1] Schreiben Jobsts im Bamb. Archiv 1908, Nr. 4, fol. 10.

[2] Ergiebt sich aus dem Briefe Jobsts vom 3. Juni an den Markgrafen und dessen Antwort vom 11. Juni. Bamb. Archiv 1908, Nr. 4, fol. 10^{b}. Über den Inhalt dieser Abmachungen, die bereits früher angesponnen waren, s. unten.

[3] Vergl. das Schreiben der Nördlinger an den Markgrafen vom 22. Juni im Bamb. Archiv 1908, Nr. 165.

[4] Ulrich von Württemberg an Markgraf Albrecht am 4. Juli wegen einer persönlichen Begegnung zu Dinkelsbühl. Bamb. Archiv 1908, Nr. 167. Brief des Markgrafen an Ulrich vom 6. Juli im Kaiserl. Buch 95—96 mit bemerkenswerten Einzelheiten.

[5] Auf die bei den sächsischen Herren geführten Beredungen basiert sich Albrechts Schreiben an seine Räte vom 4. August im Bamb. Archiv 1908, Nr. 8. S. übrigens unten.

[6] Ein Bericht der in Prag weilenden sächsischen Gesandtschaft vom 7. Juni im Weim. Gesamtarchiv Reg. A, fol. 2^{a}, Nr. 8; vielfaches Materiale im Hauptstaatsarchiv zu Dresden.

[7] Das oben erwähnte Schreiben vom 14. Juni bei Höfler, Kaiserl. Buch 92—93.

reisigen Zuzug versprochen hatten, und in den Instruktionen für den Prager Tag fanden seine Boten, Herr Heinrich von Aufseß und Dr. Georg von Absberg, die Weisung, mit den Herren weitere Vereinbarungen zu treffen.[1] Und der Bischöfe wegen ritt er noch gegen Ende Juli selbst nochmals zu den sächsischen Herzogen, und die Beredungen, die da zu Zeitz stattfanden, konnten folgenschwer werden: Der Markgraf gab am 27. Juli die Erklärung ab, daß er dem Herzoge Wilhelm von Sachsen ganze Vollmacht erteile, ihn mit den Hochstiftern Bamberg und Würzburg in Güte oder nach Recht „gründlich" zu befrieden, und gelobte die Zahlung von 100000 fl., falls er sich weigern würde, dem Spruche des Thüringer Herrn nachzukommen.[2] Dafür gestanden die Herzoge zu, daß sie, falls die Vermittelung durch Schuld der Bischofe erfolglos bleibe, verpflichtet seien, Albrecht mit 600 Pferden beizustehen, und im Falle der Not mit ganzer Macht.[3]

Wenn der König von Böhmen die Friedensbotschaften zu sich auf den 29. Juni nach Prag berief, obwohl damals bereits die Abhaltung des Brünner Reichstages für den 13. Juli festgesetzt war, so war, wie wir wissen, seine Absicht die, des Kaisers Räte, den Markgrafen von Brandenburg und den Landeshuter Herzog, der gleichfalls um sein persönliches Erscheinen ersucht worden war,[4] zu Brünn an seiner Seite zu haben. Aber diese Rechnung ging fehl. Vor des Königs Abreise zum Tage waren nur die brandenburgischen Boten in Prag eingetroffen.[5] Doch auch sie lehnten es ab mit dem Könige nach Brünn zu reiten: Prag sei der verabredete Kongreßort, und sie hätten in ihrer Instruktion, nichts ohne die kaiserlichen Räte zu thun; auf diese müßten sie hier harren, und erst mit ihnen könnten sie über den Besuch des Brünner Tages schlüssig werden.[6]

So vorsichtig wichen die Brandenburger der Einmengung in den böh-

---

[1] „Fertigung doctor Jorgen von Absperg vnd herrn Heinrichen von Auffes vff den tag gein Brag, Petri vnd Paulj, verramet anno etc. lxiii°," Bamb. Archiv 1908, Nr. 79. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 286ff. schildert diese Vorgänge ungenügend und in gewohnter Art. Er kennt nur einen Teil der Teilnehmer am Kongresse und meint, es sei auch der Markgraf nicht besonders vertreten gewesen.

[2] Kopie der Erklärung im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 69.

[3] Nach dem Briefe Albrechts an die kaiserlichen Räte in Prag vom 4. August 1463 im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.).

[4] Jobst von Einsiedel am 3. Juni an Markgraf Albrecht: „Auch ist hertzog Ludwig besant worden zu komen selbst personlichen; dornach mögt ir euch richten".

[5] Sie sind um den Beginn Juli in Prag.

[6] Ihr Bericht vom 26. Juli an den Markgrafen im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 99.

mischen Kirchenstreit aus. Aber ebenso absichtlich vermied es auch der Kaiser. Die Vollmacht für Hans Freiherrn von Rorbach und Dr. Sigmund Drechsler, seine Gesandten, lag freilich bereits am 14. Juni fertig![1] Aber es dauerte bis zum 25. Juli,[2] bis fast nach Schluß der Brünner Beratungen, ehe sie in Prag anlangten.

Ihre Sendung war überhaupt einen Augenblick fraglich geworden, da der Kaiser wegen der Zustände an der böhmisch-mährisch-österreichischen Grenze und des Königs Haltung dem Treiben der böhmischen Brüderrotten in Österreich gegenüber wieder einmal mit dem Prager Hofe zerfallen war.

Schon im Jahre 1458 hatte der Wiener Chronist die Brüder von Lichtenstein aufgerufen, die unerhörten Greuel zu rächen, die der Hauptmann von Mähren, Heinrich von Lipa, in dem Lande nordwärts der Donau vollführen lasse. „Friedensverträge, die selbst gegen Heiden und Feinde unantastbar sein sollten, würden von den Böhmen und Mährern bei ihren Raubfahrten schamlos immer und immer wieder nach ihrer gewohnten Weise gebrochen, Saaten in Brand gesteckt, Vieh und Habe der Bauern weggeführt, Söhne und Töchter der Armen geraubt und veräußert.“[3]

Jetzt 1463, trieben es Raubgesellen, an den Landesgrenzen gesessen, wie Hinko von Selowitz, Jan von Kreig, der Propst zu Kuenitz, Jorg von Böttau, Albrecht Kostka, ja selbst ein Heinrich von Lipa womöglich ärger als zuvor. Ihnen wurde vor allem auch zur Last gelegt, daß sie falsche Münze verbreiteten und Zölle und Abgaben erpreßten. Alle Klagen der Landschaft und des Kaisers blieben erfolglos. Umsonst auch ließ man mehrere der Münzfälscher in Gewahrsam nehmen. Wenn da König Georg von Böhmen als Landesherr seinen räuberischen Unterthanen nicht Ruhe gebot, traf nicht auch ihn ein Teil der Verantwortung?

Es war dies aber nicht der alleinige Grund, weshalb der Kaiser auf die Böhmen unwillig war. Ungestüm sah er sich immer und immer wieder gemahnt, dem Könige die Kosten der Heerfahrt nach Österreich zu ersetzen, obgleich der Rorbacher bereits die Schuld übernommen hatte. Ebenso erlaubte Georgs Habsucht seinem Einnehmer in Österreich, Stefan

---

[1] Vgl. Chmel, Reg. II. 402, Nr. 4002. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 787.

[2] Nach dem erwähnten Berichte der markgräflichen Räte vom 26. Juli. Die „Avisamenta in dieta Brunnensi“, die sich im Cod. biblioth. univ. Lipsiens. 1328, fol. 113 finden und eine Vermittlung des Kaisers in Brünn voraussetzen, blieben also unverwertet.

[3] Ebendorfer, col. 895.

Eizinger, nicht bloß den ihm aus gleichem Grunde zugestandenen Teil der Abgabe, die auf den Wein gelegt war, zu nehmen, sondern die Hälfte aller Einkünfte sich anzueignen, die von dem auf der Donau hinauf- und hinabgehenden Kaufmannsgute fiel. Man weiß, wie sehr der Kaiser, der auch das Geld liebte, darin empfindlich war! Schon hatten daher die österreichischen Stände dem Kaiser ihren Beschluß mitgeteilt, den König, falls er dem Unwesen nicht steuere und sich selbst enthalte, bei dem Papste und allen Fürsten zu verklagen, als dieser — es war um die Zeit der Prager Verhandlungen mit den Katholiken Böhmens und kurz vor dem Brünner Tage — mit Rücksicht auf diesen sich bewogen fand, einzulenken. Eine böhmische Gesandtschaft überbrachte Ende Juni die Erklärung nach Wiener-Neustadt, der König sei bereit, die Grenzfehde zu beenden, eventuell selbst mit Waffengewalt; sie bat zugleich um nochmalige Verwendung des Kaisers bei dem Papste, was auch der Ungarnkönig und die Fürsten des Reiches zugesagt hätten; endlich um die Abordnung kaiserlicher Räte zum Brünner Tage.

Es war zu spät. Die entschiedene Antwort des Kaisers enthielt in der Hauptsache eine empfindliche Abweisung: Vor allem müsse der König die böhmischen und mährischen Herren und die Söldner, soweit sie seine Unterthanen seien, abfordern, und jene, die wegen Münzfälschung in Haft genommen seien, bestrafen lassen; der anderen hoffe sich der Kaiser mit Hilfe seiner Landstände wohl zu erwehren, wolle aber der König auch da helfen, so komme es ihm zu besonderem Danke. Weiter möge dem von Eizing befohlen werden, nicht nach kaiserlichen Einkünften, die ihm und dem Könige nicht gehören, zu greifen; was ihm gebühre, solle er erhalten wie alle anderen, die Forderungen an den Kaiser oder seine Lande und Leute hätten. Was die Schuldsumme betreffe, so sei dem Könige bekannt, wie der Kaiser sich um die Bezahlung bemüht, und „ein merkliches Schloß“ (Neuburg am Inn) deshalb an Hans von Rorbach gegeben habe; dem Rorbacher sei bereits geschrieben, das Geld dem Könige auszuzahlen und er werde nochmals gemahnt werden; aber derselbe Stefan Eizinger habe dem von Rorbach eine bedeutende Summe, die er nach Prag abliefern wollte, entzogen; diesbezüglich möge sich der König an Eizinger halten.

Was die anderen Wünsche der Gesandtschaft anbetraf, so bewilligte der Kaiser eine Intercession bei dem römischen Stuhle, falls König Matthias von Ungarn, andere Fürsten und die Katholiken des böhmischen Reiches ein Gleiches thun würden, und der König letztere im Gehorsam des Papstes nicht beirre. Dagegen wurde die Abordnung einer Gesandt-

schaft nach Brünn abgelehnt; dies sei unthunlich wegen der großen Unsicherheit der Straßen, auch wohl nicht notwendig, da ja der Kaiser unter den obigen Voraussetzungen am römischen Stuhle selbst für den König eintreten wolle.[1] So zog denn der König allein nach Brünn.

Die dortige Versammlung, zwar als allgemeiner Tag der böhmischen Krone ausgeschrieben,[2] thatsächlich eher eine Notabelnzusammenkunft, bei der kein schlesischer Fürst, keine der großen katholischen Städte der Nebenlande vertreten war,[3] nahm kurz nach der bestimmten Frist die Beratungen auf.

Es war inzwischen kundgeworden, was der König in Wirklichkeit plane. Nicht bloß die katholischen Herren aus Böhmen und der Bischof von Breslau, den diese Erkenntnis gewiß tief und schmerzlich traf, sondern auch der kaiserliche Hof, die Breslauer, die Legaten wußten es. Wenn da Bischof Domenico von Torcello sich beeilte, im Gegensatze zu seinen bisherigen friedlichen Gesinnungen und Kundgebungen in der böhmischen Sache, die ihn auch bis zu einer Fürbitte bei dem heiligen Vater geführt hatten, die Bischöfe von Breslau und Olmütz und alle in Brünn anwesenden Katholiken ernstlich zu mahnen,[4] sich ja zu nichts zu verpflichten, was sie direkt oder indirekt in einen Gegensatz zu dem Vorgehen des apostolischen Stuhles bringen könnte, so war dies überflüssig. Übrigens blieb auch Hieronymus von Kreta nicht zurück.[5] Bischöfe und Laien hatten aber in Brünn von vornherein auf solche Forderungen des Königs nur eine Antwort.

Beachtenswerter sind die Grundsätze, die der Legat bezüglich des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat aufstellte: Wer dem Papste, dem Stellvertreter Gottes auf Erden, Ungehorsam zeigt, und sich widersetzt, der widersetzt sich Gott; wer vermöge aber gegen Gott zu streiten? Man

[1] Die Kenntnis dieser bisher unbekannten Dinge stützt sich auf Chmel, Materialien II. 291—293, s. d. Das Stück gehört in den Juni 1463, ist aber von Chmel zu 1467 gestellt, weshalb es bisher unbeachtet blieb.

[2] Das Einladungsschreiben des Königs an die Schweidnitzer vom 8. Juni im Schweidnitzer Stadtarchiv, Rep. I., Sect. Lit. S, X. 2, sagt: (wir) han mit rate furgenomen auf sand Margerethentag schiersten ein gemein tag in vnnser stat Brün zu halten.

[3] So Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 244, Anm. 1, dem ich aber wenigstens bezüglich der Städte ausdrücklich die Verantwortung überweisen möchte.

[4] Brief nach Brünn vom 12. Juli in den Script. rer. Silesiac. VIII. 241—246, Nr. 174A und B.

[5] Sein Brief vom 3. Juli an die Olmützer; s. oben.

solle sich ja nicht mit der Ausrede hintergehen lassen, es müßten des Friedens halber die apostolischen Gebote unbeachtet bleiben; groß sei der Unterschied zwischen einem wahren und einem falschen Frieden.[1]

Die Beratungen des Tages wurden vom Könige mit einer längeren Ansprache eröffnet. Sie bewegte sich betreffs der kirchlichen Lehre und der Kompaktaten in den Anschauungen, die er im vergangenen August zu Prag verkündet hatte, in Bezug auf die Pflichten der Unterthanen gegen die geistliche und weltliche Obrigkeit enthielten seine Worte den entschiedensten Widerspruch gegen die Lehren des Bischofs von Torcello. Gewiß: es waren neue Lehrmeinungen, freiheitliche Gedanken, die erst die Zukunft verwirklichen konnte, deren Bedeutung an sich im Munde des Königs wenig verlor, daß sie ihm seine bedrängte Lage, in der er moralischen Haltes bedurfte, nicht aber spontane Wertschätzung und Überzeugung diktierte. Aber entsprach, was er von seinem Verhalten erzählte, auch der Wahrheit? Und war nicht die Hörerschaft wohl befähigt, Wirkliches und Vorspiegelung zu unterscheiden?

Der König erklärte: Die Kompaktaten gehörten zu den Privilegien des Landes, es seien einst Ströme Blutes für sie vergossen worden; er habe gelobt und geschworen, sie zu schützen, er habe dies gethan und sei entschlossen, es auch fernerhin so zu halten. Aber obwohl er die Kommunion unter beiden Gestalten empfange, stehe er doch im Gehorsam der Kirche und des Papstes; denn die Kompaktaten seien den Böhmen von dem Basler Konzile bewilligt und vom Papst Eugen IV. bestätigt worden. Unter seinen drei Vorgängern auf dem böhmischen Throne, den Königen Sigismund, Albrecht und Ladislaw, habe man sie beobachtet; es sei also wohl auch billig, daß auch ihm, der doch bloß verlange, wie jene im Genusse der Kompaktaten zu verbleiben, dies gestattet werde. Trotzdem sehe er sich von dem römischen Stuhle angefochten; man verlange von ihm die Aufgebung der Kompaktaten, und der heilige Vater habe, ohne sich hinlänglich zu unterrichten, auf die boshaften Anklagen der Breslauer hin schwere Prozesse gegen ihn ausgehen lassen; könne denn überhaupt ein Papst wieder beliebig aufheben, was der andere gewährt habe? Diese Schritte des Kirchenoberhauptes seien aber eine Bedrohung des Friedens des Vaterlandes, den er geliebt habe, ehe er zur königlichen Würde gelangt, den zu erhalten und zu festigen er seitdem unablässig be-

[1] Zur Kritik dieser Anschauungen, wie sie schon hochstehende katholische Geistliche dieser Zeit übten, s. Johannis Rabensteinensis dialogus, Archiv für österr. Geschichte LIV. 370, 371, 387—388; und „Bemerkungen zu Johannis Rabensteinensis dialogus“ a. a. O. 28, 30.

strebt gewesen sei; ihn zu bewahren, gebe es kein anderes Mittel, als wenn die Stände des Reiches einmütig die kirchlichen Prozesse, die gegenwärtig oder wann immer der Kompaktaten wegen begonnen würden, unbeachtet und die bezüglichen Bullen nicht zur Veröffentlichung und Durchführung gelangen ließen; er müsse ihnen dies geradezu gebieten kraft seiner königlichen Gewalt und Majestät, welcher sie Gehorsam geschworen hätten und gegen die sie verpflichtet wären so gut wie dem Papste, ja noch mehr als ihm; darauf begehre er der Versammelten Beschluß und Antwort.

Die katholischen Herren scharten sich jetzt — es wiederholten sich eben im wesentlichen die Vorgänge des August-Hoftages vom Vorjahre — um ihre Bischöfe, die Utraquisten berieten besonders; diese waren zu sofortiger Zustimmung bereit, jene nur darüber im Zweifel, wie sie dem einmütigen Entschlusse Ausdruck geben könnten, daß sie sich weder irgend wie für die Kompaktaten verpflichten noch sonst etwas thun könnten, was gegen den kirchlichen Gehorsam verstoße. Es galt dabei, den König nicht zu sehr zu erzürnen, und dem eigenen dringenden Wunsche, den Frieden des Heimatlandes nur im äußersten Notfalle zu gefährden, nicht untreu zu werden.

Die Häupter der römischen Partei erkannten leicht, daß die jetzige Forderung des Königs sich von jener des Prager Hoftages nur äußerlich unterscheide, indem an die Stelle positiver Verpflichtung für die utraquistische Sache das Verlangen gemeinsamer Abwehr getreten war.

Trotzdem ließen sie erst noch den Ihren die Mahnbriefe der beiden Legaten vorlesen.

Der König hatte zum Schlusse die katholischen Stände erinnert, sich bei ihrer Antwort nicht an die niederen Geistlichen zu halten, die unverheiratet und auf sich allein bei der Sorge um das Zeitliche gestellt, voller Hochmut nur das Ansehen ihres geistlichen Standes im Auge hätten; sie möchten sich lieber nach den Prälaten und Bischöfen richten und nicht vergessen, daß die Entscheidung ihr Leben und ihr Eigentum, ihre Frauen und Kinder mitberühre. Die Bischöfe empfanden ebenso die versteckte Drohung dieser Worte wie das Gewicht der Verantwortung, die ihnen zufiel. Beide weigerten sich daher, im Namen der römischen Partei zu sprechen: Bischof Jobst, weil die Versammlung im Umkreise des Olmützer Sprengels stattfinde, Prothas, weil der von Breslau der ältere von ihnen sei.

Ohne den inneren Grund der Sache zu erkennen, sahen die utraquistischen Herren lachend auf die streitenden Bischöfe. Als sich diese

aber nicht einigen konnten, bestimmte der König den nächsten Tag für die Antwort.

Für die Anhänger des Kelches ergriff Herr Zdenko Kostka von Postupitz schon heute das Wort: Er und seine Partei empfänden tief die seitens des Papstes und der Breslauer dem Könige und dem ganzen Reiche angethane Schmach; sie erachteten es für die Pflicht aller, die erfüllen wollten, was sie der Krone geschworen, dies nicht zu dulden; sie wollten daher thun, was ihnen Georg gebiete und ihm als ihrem Herrn und Könige mit Gut und Blut beistehen; daran wollten sie festhalten und sich von keinem Kaiser und Papst abwendig machen lassen; aber sie lebten auch des festen Vertrauens, daß der König eine Verletzung der Kompaktaten von keiner Seite dulden werde.[1]

Andern Tages sprach im Namen der katholischen Seite der Bischof von Breslau. Die ganze Bedeutung des Momentes trat aus seinen bewegten Worten hervor, nicht minder aber auch die tiefe Kluft, durch die er sich bereits von dem Könige getrennt sah. Auch ihm und seinen Glaubensgenossen im Königreiche, erklärte er, sei die Eröffnung geistlicher Prozesse gegen den König aufrichtig leid: hätten sie ja doch nach den Eiden, die der König vor seiner Krönung geschworen, ein solches nie und nimmer erwartet; aber noch mehr sei es unbillig, wenn der König den Breslauern nachsage, daß sie an all dem schuld seien, und unbillig seien seine Anklagen gegen den heiligen Vater; er habe geschworen, in die Einheit der christlichen Kirche zu treten und sich in allem und jedem dem heiligen Stuhle gegenüber zu halten, wie andere christliche Könige und Fürsten; in der That könne der Friede des Königreichs und dessen wahres Gedeihen nur gesichert bleiben, wenn es sich im Gehorsam der katholischen Kirche befinde, wie die herrliche Blüte Böhmens in den Zeiten der Glaubenseinheit beweise; wenn also der heilige Vater von dem

[1] Unsere Nachrichten entnehmen wir P. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 214—215 und dem Berichte der Breslauer an den Papst vom 4. August 1463 in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 258—260, Nr. 180. Es ist selbstverständlich, daß der Breslauer Stadtschreiber die Rede Kostkas sowie die nachfolgenden Worte Bischof Josts nicht ad verbum bringen kann. Aber bei seinem lebendigen Interesse für die Sache ist der Inhalt des Gebrachten wohl verläßlich, auch sonst der Situation völlig angemessen. Der Bericht der Breslauer ist insofern unklar und unzureichend, als er die Eröffnungsrede des Königs mit dessen Schlußerklärungen zusammenwirft, und auch sonst um die Entwicklung der Thatsachen sich nicht kümmert; es handelt sich ihnen eben auch nur darum, auf Grund der königlichen Erklärung dessen Verhältnis zum katholischen Glauben und zum römischen Stuhle überhaupt zu charakterisieren. Vergl. übrigens Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 241—244.

Könige die Erfüllung seiner Eide verlange, so wolle er damit dem Königreich den inneren Frieden gesichert sehen. Der Rat der katholischen Stände könne daher nur sein: Der Könige erfülle der Kirche, was er gelobt habe, und wie es seine Pflicht und der Drang der Umstände erfordern; sie wollten ihm dabei mit Gut und Blut getreulich zur Seite stehen.

Der Bischof redete nach dem Zeugnisse Peter Eschenloers „mit trefflichen Worten, die billig einen Heiden, einen Juden oder Ketzer sollten bekehren". Er sprach natürlich vergeblich. Aber wie schwer mußte den König diese Verurteilung seines bisherigen Verhaltens aus so wohlgesinntem Munde treffen?

Es ist unzweifelhaft, daß jener Ausweg, den der Breslauer Bischof in Glatz für ein weiteres Zusammengehen von König und katholischer Partei gefunden hatte, nicht geeignet war, auf die Dauer die Einigkeit im Königreiche zu erhalten; Bischof Jost und seine Freunde mußten auch ohne die Brünner Vorfälle früher oder später merken, daß der König nicht einmal die Absicht habe, seine Zusage zu erfüllen; dann war es mit aller Freundschaft vorbei. Jetzt freilich befand man sich sofort über des Königes wahre Gesinnung im klaren. Weil er zuviel auf einmal erreichen wollte, hatte er nichts erreicht.

König Georg antwortete dem Bischofe wieder selbst. Er suchte den Sturm seines Inneren zu bemeistern, aber man merkte ihm in Wort und Geberde die Erregung an: „So er zorniglich redete", erzählt der Breslauer Stadtschreiber, „pflegte er sitzend beide Hände auf die Kniee zu legen, oder stehend sie in die Seite zu stemmen. Hier that er das gegen den christlichen Teil."

Der König bezeugte erst seine Verwunderung über den eben vernommenen Ratschlag: Sie wären also bereit, so wichtige Freiheiten des Königreichs dem Papste ohne weiteres preiszugeben, Freiheiten, die, obwohl er einst der Kirche Gehorsam geschworen habe, ausgenommen seien, gleich wie das alte Herkommen dieses Königreichs? Und wenn sie die Vereinigung mit der römischen Kirche als notwendiges Erfordernis, dem Lande den Frieden zu erhalten, erklärten: sei ihnen denn nicht bekannt, daß allein durch die Verleihung der Kompaktaten einst das böhmische Reich habe zur Ruhe gebracht werden können?

Im Laufe der Rede wurde der König milder, eindringlicher. Nochmals sprach er sich über die Entstehung und Bedeutung der Kompaktaten aus, die keinen Widerspruch gegen die katholische Lehre enthielten, und die während der Regierung dreier Könige Böhmens ungehindert beobachtet

werden durften, nochmals bat er, ihm beizustehen, damit es auch ferner so bleibe, und trotz der Prozesse des Papstes der religiöse Friede erhalten werde. Der König bot aber zugleich die Hand zu einer weiteren Verständigung auch auf Grund der jetzigen Kundgebungen, indem er versicherte, daß er die Versuche, den heiligen Vater zufrieden zu stellen, nicht aufgebe; es möge auch nicht durch ein Concilium entschieden werden, ob er oder der römische Stuhl im Rechte sei, sondern vermöge der Fürsprache des Kaisers, der einst gelobt habe, mit ganzer Kraft für den religiösen Frieden in Böhmen einzutreten, ja wenn es sein müßte, persönlich deswegen die Reise zum heiligen Vater zu unternehmen, hoffe er die Verständigung mit dem heiligen Vater zu erreichen; eben deshalb möchten auch die Stände Geduld haben.

Fast wurde aber der Eindruck dieser Erklärung wieder verwischt durch die Zwischenrede Zdenko Kostkas, der im Vollgefühle seiner Bedeutung als Führer der königstreuen Partei meinte, nun seinem Groll gegen die Breslauer in argen Schmähungen Luft machen zu dürfen. Es erforderte schon das Parteiinteresse, daß der Breslauer Bischof ihm gebührende Antwort gab auf das, was er den Katholischen „frechlich vorwarf der Breßler wegen".

Dann einigte sich Jost mit den Seinen über die letzte Antwort an den König. Auch sie waren willens, den formellen Bruch zu vermeiden. Der Bischof erklärte also, daß sie mit den Kompaktaten nichts zu schaffen hätten, auch nicht wüßten, wie daraus etwas Gutes kommen möge; aber was der König vermelde von den Schritten, die der Kaiser für seine Aussöhnung mit der Kirche thun wolle, das sei ihnen genehm, und sie bäten ihn, ja daran zu arbeiten; sie selbst würden, soweit sie könnten, gern dabei mithelfen.

Darauf schloß der König mit den Worten: „Wir haben auf beiden Teilen eure Rede und euren Rat verstanden und erkennen an beiden Teilen eure Liebe und Treue, die ihr zu uns traget", die Versammlung.

Es klang so die erste öffentliche Beratung noch im ganzen friedlich aus. Auch folgte keine zweite. In Sonderbesprechungen mit den Bischöfen und den katholischen Herren bemühte sich aber der König noch zehn Tage hindurch vergeblich, seine Wünsche zu erreichen.

Das Ergebnis des Tages waren zwei Schreiben der Landtagsmitglieder, das eine an den Kaiser gerichtet, mit der Mitteilung von dem, was der König bei den Beratungen hinsichtlich einer kaiserlichen Fürsprache in Rom habe hoffen lassen, und mit dem ehrfurchtsvollen Ersuchen, in der That zur Herstellung eines vollkommenen Ausgleiches ihres Herrn

mit dem Papste die Hand zu bieten, vor allem aber die Sistierung der kirchlichen Prozesse zu bewirken.[1] Das zweite[2] enthielt die bezügliche direkte Bitte an den apostolischen Stuhl mit der Versicherung, daß ihnen der König nach reiflicher und treulicher Beratung hier zu Brünn zugesagt habe, er wolle seine Gesinnung und Absichten dem Kaiser Friedrich entdecken, und unter dessen Vermittelung der Kirche alles erfüllen, wozu er verpflichtet sei. Auch die Besorgnis, es möchte der Kirchenkonflikt zu einem inneren Kriege in Böhmen führen, trat bereits unverkennbar hervor, wenn die Stände den heiligen Vater baten, es möchten alle Prozesse in Gnaden abgethan werden, damit das Unheil, das in der Krone entstehen könnte, zum Heile der ganzen Christenheit vermieden bleibe.[3]

Die Bitte der Versammlung war übrigens bereits erhört. Der Papst hatte nochmals nachgegeben. Als Dr. Hartung Kappel, der bei seiner Ankunft in Rom am 9. Juli den Papst nicht mehr in der ewigen Stadt fand, und ihm in die Bäder von Tibur nachgeritten war,[4] im Auftrage des Kaisers auseinandersetzte, daß der König allein mächtig und einflußreich genug sei, um die Erblande und das ganze deutsche Reich zu sicheren Ordnungen zurückzuführen, als der Kaiser mit dem Hinweise auf des Königes Dienste sich nochmals für dessen Vertragstreue verbürgte,[5] da suspendierte Pius II. wirklich die Bulle vom 29. März mit den sich daran schließenden Censuren. Doch wurden die Breslauer und Herzog Johann von Sagan nochmals ausdrücklich in den Schutz des apostolischen

[1] Brünn am 24. Juli 1463. Polit. Korrespond. von Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 257—258, Nr. 178 A.

[2] Ebendort 257, Nr. 178 B.

[3] Igitur . . supplicamus, quatinus b^{do} v. a procedendo contra verenissimum regem nostrum interim supersedere et gratiosam se sibi exhibere regnoque nostro favorabilem, et ut hoc inclitum regnum multis bellis et guerris lacessitum et turbatum in pace et tranquillitate vires resumendo sancte dei ecclesie utilius reddatur. Markgrafs Zweifel, ob auch die katholischen Stände sich an den beiden Schreiben beteiligt hätten (König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 243, Anm. 1), möchte ich nicht teilen, da darin nichts Verfängliches für sie gelegen sein konnte.

[4] Bericht Nikolaus Merboths an Valentin Haunolt in Breslau. Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 252—257, Nr. 177 B.

[5] „Hartungus de Capel, nomine imperatoris supplicans instantissime equitati nomine sue majestatis, ne eum desereret ac dignaretur processus contra involventem (Georgium) suspendere, ac eos, qui nomine devotorum (id est Wratislawiensium) et ducis Balthasaris de Sagano emanassent, cum involvens iterum cum pondere (Caesare) novos tractatus habuisset ac novis promissionibus et juramentis se sibi astrinxisset, se acturum ut catholicum regem ac sibi restituere Wiennam ac interim devotos pacificos dimittere, nec aliquid contra eos attemptare sine consensu pontificis et imperatoris“. Ebendort 252.

Stuhles genommen. Indem der Papst an den Kaiser, nach Breslau und an beide Legaten die Verständigung ergehen ließ, wurde zugleich der Erzbischof von Kreta angewiesen, noch ferner in Schlesien zu verbleiben.[1]

König Georg hatte neben den Verhandlungen mit den Parteien in Brünn gethan, was sich für den kirchlichen Frieden in Mähren thun ließ. Wie vordem in Prag, so versammelte er jetzt in Brünn den altgläubigen Klerus des Landes um sich und verbot ihm in Gegenwart des Bischofes Prothas von Olmütz und zahlreicher Landherren ernstlich, in irgend einer Art durch Predigten über Ketzerei und Ketzer gegen die Kompaktaten und die unter zweierlei Gestalten Komunizierenden den religiösen Frieden zu stören. Er ging hier noch einen Schritt weiter als in Prag: Kraft seiner königlichen Gewalt untersagte er die Weiterverbreitung aller ihn betreffenden päpstlichen Bullen, überhaupt jede Mitwirkung bei deren Promulgation, und bestimmte, daß der Bischof gegen jeden einschreite, der sich in diesen Dingen etwas zu Schulden kommen lasse, wobei die Laienstände ihm Beistand thun sollten.

Der Erzbischof von Kreta, dem ein Predigermönch aus Sankt Moritz zu Olmütz die Nachricht davon klagend hinterbrachte, zürnte nicht wenig über die schwachmütige Haltung des Olmützer Kirchenvorstandes, und mahnte ihn ernstlich an seine oberhirtlichen Verpflichtungen.[2]

Herzog Victorin hatte inzwischen aus Prag gemeldet, daß die eben angelangten kaiserlichen Räte sich weigerten, anderswo, als ihre Sendung bestimmte, zu verhandeln, und daß sie die Eröffnung des Tages forderten, weil ihnen der Kaiser noch weitere Aufträge erteilt hätte. Schon war auch ein ganzer Monat über die festgesetzte Zeit verflossen: Der König eilte, in seine Hauptstadt zurückzukehren.[3] Da auch die Gesandtschaften

---

[1] Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 233. Die Briefe des Papstes an die Breslauer vom 16., an den Kaiser, Bischof Jobst von Breslau und den Erzbischof von Kreta vom 18. Juli in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 247—250, Nr. 175 A, B, C, D. Des Papstes Schreiben an Herrn Johann von Rosenberg vom 8. August als Antwort auf die Bitte des Prager Landtages vom 10. Juni in den Fontes rer. Austriac. XX. 311—312, Nr. 308.

[2] Brief des Erzbischofs an Bischof Prothas vom 8. August in der Politischen Korrespondenz von Breslau, 2. Teil, Scriptor. rer. Silesiac. IX. (edid. H. Markgraf, Breslau 1874), 1—2, Nr. 181.

[3] Bericht der markgräflichen Räte vom 26. Juli im Bamb. Archiv 1908, Nr. 99. Die Nachricht Th. Ebendorfers im Liber Augustalis, die er an des Königs Endbescheid auf dem Brünner Konvente knüpft: „quo dato responso idem Georgius cum filio noctu aliis ignorantibus secessit a loco“ ist danach zu deuten. Von König Georgs Söhnen weilte übrigens keiner in Brünn, da am 26. Juli in Prag

Herzog Ludwigs von Bayern und des Pfalzgrafen, erstere geführt von Dr. Martin Mair,[1] dann die Räte Sigmunds von Tirol[2] und der Bischöfe von Bamberg und Würzburg bereits eingetroffen waren, konnte am 6. August vor dem Könige mit den Beratungen begonnen werden.

Markgraf Albrecht blieb bis zum letzten Augenblicke in Sorgen, es möchte bloß wieder zu einer Verlängerung der Waffenruhe kommen, oder allein der Krieg des Reiches gegen Herzog Ludwig und seine Helfer abgestellt werden. Denn wenn damit auch seine Fehde gegen Bayern aufhörte, so blieben seine Streitigkeiten mit den Bischöfen ungeschlichtet, und leicht konnte der Bayerherzog unter dem Vorwande, jenen nach seinen Verträgen Helfer zu sein, dennoch den Krieg gegen ihn fortsetzen. Deshalb verbrachte Albrecht den Juli und August in unausgesetzten Rüstungen, und waren auch seine Gesandten in Prag für diesen Fall wohl instruiert: Sie sollten wenigstens durchsetzen, daß sich der König von Böhmen verpflichte, mit der gleichen Zahl Mannschaften, als der Bayerherzog den Bischöfen schicke, hinwieder ihm beizustehen.[3]

Aber diesmal sollte es zu einem definitiven Vertrage kommen. Der König von Böhmen, der Herzog von Bayern waren aus den bekannten Gründen entschieden dazu geneigt, und der Kaiser wünschte ihn, um die Unterstützung des Reiches gegen die unbotmäßigen Wiener und seinen Bruder, dann den neuen Feind, der ihm im Süden entstanden war, die Venetianer, in Anspruch nehmen zu können.[4]

Dem Frieden wurden denn auch von allen Seiten Opfer gebracht, und so spröde sich anfangs die Gesandtschaften stellen mochten: der König vermittelte mit soviel Geschick und Nachdruck, bewies solche Selbstüberwindung,[5] daß nach langem Streiten und Feilschen, Beraten und Dispu-

„herzog Victorin mit zweyen seinen brüdern . . . . . zu den keyßerlichen reten in die herberich komen". Bericht der markgräflichen Räte. Vgl. außerdem Herm. Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 244.

[1] Es waren außerdem der Hofmeister Wilhelm Truchtlinger und Wolfgang von Kammer. Ihre Instruktion bei Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 793.

[2] Kaspar von Laubenberg zum Stein und Ritter Hildbrand von Lauffenberg. Vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 284—285.

[3] Vergl. die Instruktion der Räte vom 17. Juni a. a. O., ferner die Schreiben des Markgrafen vom 4. August an die kaiserlichen und eigenen Gesandten in Prag im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 51 und 98.

[4] Man siehe unten und besonders Kap. 20.

[5] Man vergl. den Bericht der brandenburgischen Räte an ihren Herrn vom 12. August im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 276. Stockheim, Urk. und Beil. 682—683, Nr. CLIV. Der vorhergehende Bericht ist hinter diese Nummer zu stellen.

tieren, während die Eilboten aus- und einliefen, um Meldungen bei den Fürsten zu thun, Vollmacht und Zustimmung für die Abgesandten zu begehren, das schwierige Werk endlich doch gelang.[1]

Auch die Hartnäckigsten von allen, die markgräflichen Gesandten, waren mürbe geworden: Als der Böhmenkönig und die kaiserlichen Gesandten ohne ihre Eifersucht weiter zu beachten in besondere Beratung getreten waren, als sie merken mußten, man eile trotz aller scheinbaren Unnachgiebigkeit kaiserlicher- und bayerischerseits zum Frieden, und weil die Forderungen ihres Herrn wenigstens in wesentlichen Punkten gewährt waren, da stimmten auch sie zu, nicht ohne deswegen Fürsprache und Entschuldigung der kaiserlichen Räte bei dem strengen Markgrafen erbeten zu haben.[2]

Am 22. August hatten die Beratungen ihr Ende erreicht und konnten die Urkunden gefertigt werden. Weil die Parteien bis zuletzt zusammenstanden, die Augsburger und anderen Reichsstädter sich ebensowenig von dem Markgrafen scheiden ließen, als die bayerischen Räte die Wünsche der befreundeten Fürsten vernachlässigten,[3] fanden die Streitpunkte ziemlich aller Beteiligten Berücksichtigung.

Am bedeutsamsten bleibt, wie sich der Kaiser mit Herzog Ludwig versöhnte. Aus der Forderung, Ludwig müsse wegen seiner „Vergehen an Kaiser und Reich" volle Genugthuung thun und eine schwere Strafsumme zahlen, oder doch wenigstens durch die Herausgabe der einst von König Ladislaus an Bayern verpfändeten wertvollen Kleinodien büßen, wurde nichts. Wie in Wiener-Neustadt, so verweigerten jetzt in Prag die bayerischen Gesandten durchaus „Pön und Wandel" seitens ihres Herrn dem Reichsoberhaupte gegenüber. Dagegen verpflichtete sich der Herzog, von jener Ersatzansprüchen im Betrage von 300000 Gulden abzugehen, die er wegen der Abgaben auf Eisen, Salz, Wein und andere Ware, welche von bayerischen Unterthanen wegen ihres in Österreich liegenden Besitzes erhoben worden waren, an den Kaiser gestellt, wogegen sich dieser verbindlich machte, die Herzoglichen in Hinkunft bei ihren verbriesten Freiheiten und dem Herkommen in Österreich bleiben zu lassen. Ebenso sollte die Verschreibung von 75000 Gulden, die der Herzog von seinen Vorfahren her

[1] Über den Verlauf der Verhandlungen liegt im Bamb. Archiv eine ganze Reihe von Berichten der markgräflichen Räte. Sie sind zum Teile, freilich mangelhaft, gedruckt bei v. Stockheim l. c.

[2] Das bezügliche Schreiben der kaiserlichen Räte an Markgraf Albrecht vom 25. August im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 140.

[3] Die bezüglichen Belege in den Berichten der brandenburgischen Räte.

auf Donauwörth besaß, „jetzund ruhen", Donauwörth also dem Reiche verbleiben. Der Kaiser verspricht weiter, sobald er wieder im Besitze der Stadt Wien sei, dem Herzoge den Cillyer Hof oder einen anderen von gleichem Werte, den er mit gleichen Gerechtsamen ausstatten will, zu übergeben; dafür entfällt jene Forderung von 3000 Pfund Pfennigen, die Ludwig an den Kaiser hat.

Am schwersten kam das Übereinkommen betreffs des Bistumes Eichstädt zustande. So sehr die kaiserlichen Räte bereit waren, „etwas viel nachzugeben", es blieb doch für das Reichsoberhaupt geradezu Ehrensache, die Stellung der Eichstädter Hochkirche dem Reiche gegenüber wenigstens vor bleibender Schädigung zu bewahren. Es wurden nach langem Streite zwei „Wege" zur Ordnung dieser Angelegenheit vorgeschlagen und, da die kaiserlichen Räte wegen ihrer Nachgiebigkeit hier wie in vielen anderen Punkten doch in Sorge waren, beide in das Friedensinstrument aufgenommen; der Kaiser mochte dann nach Belieben wählen.

Der erste Vorschlag bestimmte: Herzog Ludwig giebt die Verschreibung des Eichstädter Bischofes vom 14. April 1460 heraus,[1] und empfängt dafür eine neue des Inhaltes, daß der Bischof und seine Nachfolger, die sich vor ihrer Wahl dazu ausdrücklich verpflichten müssen, während des Herzoges und seines Sohnes Georg Lebzeiten nicht gegen das Haus Bayern-Landshut sein werden, daß das Stift, solange Ludwig lebe, ohne sein Wissen und Willen mit niemandem in Einung gehe, und auch zu den Zeiten seines Sohnes nur, wenn dabei Herzog Georg ausdrücklich ausgenommen wird. Während dieser ganzen Zeit soll keine Partei die Feinde hausen und hofen und überhaupt irgendwie unterstützen und fördern, vielmehr jede berechtigt sein, ihre Widersacher auch im Gebiete des anderen Fürstentumes zu suchen. Die Unterthanen Bayerns gewähren den Bischöflichen bei sich feilen Kauf und umgekehrt. Wird eine Partei angegriffen, so hilft ihr die andere auf Begehren mit aller Macht; ist sie selbst Angreifer, so erwächst der anderen erst dann die Verpflichtung, Beistand zu thun, wenn die „billigen und rechtlichen" Erbietungen, die sie für den Bündner thut, von dem Gegner abgelehnt werden.

Der zweite Vorschlag lautet: Der Kaiser soll als Kläger dem Herzoge einen Rechtstag benennen vor seinen oder eichstädtischen Räten, die während dieser Verhandlung aus ihrer Pflicht entlassen werden. Der Herzog wird das Gericht annehmen, obwohl er nicht mit Fürsten besetzt ist und ihn nicht als Fürsten vorfordern kann. Falls nun die Räte ent-

[1] Böhmen und seine Nachbarländer 195—196.

scheiden, daß Ludwig den Bischof von Eichstädt vom Reiche abgedrungen habe, so soll er jene Verschreibung wieder herausgeben; wenn nicht, hat sie in Kraft zu bleiben.

Bezüglich der strittigen Judensteuer zu Regensburg kam man überein, daß der Bayerherzog die 8000 fl., welche die Juden dem Kaiser zu verehren schuldig seien, einnehme, davon die Hälfte für sich behalte und 4000 fl. an die kaiserliche Kammer abführe.

Noch leichter fand sich ein Weg, die Helfer und „Mitgewandten“ von beiden Seiten, besonders Graf Ulrich von Öttingen, den Marschall von Pappenheim, die Städte Augsburg und Donauwörth in den Frieden zu bringen. Die Vertragsurkunde besagte darüber: Beide Teile und alle Helfer und Helfershelfer, sie seien Könige, Fürsten, Grafen, Freiherren, Ritter oder Knechte, Reichsstädte, Bürger oder Bauern, haben die Schlösser, Klöster, Märkte, Dörfer, Höfe, Wiesen, Äcker, Waldungen, Holzmarken, Zinsen und Renten, die sie einander in diesem Kriege vor und nach dem Nürnberger Waffenstillstande abgewonnen haben, ohne Entgelt wiedergeben; die Ritterschaften, die zu Eiden, Gelübden oder Verschreibungen gedrängt wurden, sollen davon losgezählt, und ihnen die Briefe wiedergegeben werden; alle Gefangenen sind ledig auf eine „schlechte“ Urfehde; jegliche Schätzung und Brandschatzung, die noch nicht entrichtet wurde, ist aufgehoben; kein Unwille soll ursächlich dieses Krieges zwischen den Parteien weiterbestehen, kein irgendwie gearteter Schadensersatz gefordert und geleistet werden; die Lehen, welche aufgesagt sind, werden den früheren Besitzern aufs neue geliehen, wenn sie binnen eines Vierteljahres darum ansuchen und sich zur gewöhnlichen Lehnspflicht bekennen; zwischen dem Kaiser und dem Herzoge von Landshut tritt das Verhältnis ein, welches vor Ludwigs Lehenaufsage und des Kaisers Bewahrung gewesen ist, und „der Kaiser soll sich gegen Herzog Ludwig, und der Herzog wiederum gegen seine Majestät als ein Fürst des Reiches halten“.[1]

Den Markgräflichen gegenüber durfte sich Dr. Martin Mair eines Erfolges von Bedeutung rühmen. Albrecht hatte wiederholt den Kaiser gebeten und seinen Räten in Prag vielfach eingebunden, daß die Frage nach der Gültigkeit der Sprüche seines Nürnberger Landgerichtes beiseite

[1] Der Vertrag bereits gedruckt bei Chr. Schöttgen und G. Kreißig, Diplomataria et scriptores histor. Germ. medii aevi, tom. III, Altenburg 1753—1760, II. 63. Du Mont, Corps diplomat. III. 1, 288. Das Original ist im Wiener geh. Hausarchive mit dem Datum vom 22. August (Chmel, Reg. II. 407, Nr. 4022), eine Kopie im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 22. Die Bemerkung Kluckhohns über den kaiserlich-bayerischen Frieden, Herzog Ludwig 233, ist richtig.

gelassen werden sollte. Dagegen verlangten die Räte Herzog Ludwigs im Verlaufe der Besprechungen entschieden, daß man nochmals ausdrücklich sage, der Vertrag von Roth stehe in Kraft.[1] Die Parteien stießen dabei hart aufeinander, da beide Fürsten entschlossen schienen, es selbst zum Bruche kommen zu lassen. Der König und die kaiserlichen Sendboten gerieten nicht wenig in Sorge. Endlich gaben die Räte des Markgrafen nach, weil sie sahen, wie sehr das Haupt der kaiserlichen Botschaft, Hans von Rorbach, „eilte mit der Richtung", und er und Dr. Drechsler bei den Verhandlungen sich „weich und kindisch zeigten". Man kam überein, daß die kaiserlichen Gesandten des Kaisers kraft der ihnen verliehenen Vollmacht in einem Beibriefe zur bayerisch-brandenburgischen Friedensurkunde erklären sollten, der Kaiser wolle dem Herzoge Ludwig gegenüber nichts thun, noch durch seine Gerichte oder Kommissarien vorzunehmen gestatten, was gegen die im Felde bei Roth in Sachen des Nürnberger Landgerichtes abgeschlossenen Verträge verstoße.[2]

Im übrigen jedoch durfte der Markgraf zufrieden sein. Der Herzog mußte aufgeben, was ihn ein dreijähriger siegreicher Kampf hatte gewinnen lassen: die Stadt Roth, die Schlösser Stauf, Landeck, Tann und Schönberg mit allem Zugehör; sie sollten binnen Monatsfrist an den Markgrafen „frei und ledig" zurückgegeben werden. Der Herzog verzichtete auf den Ersatz der Kosten und Schäden des Krieges, und gab zu, daß der Kaiser entscheide, wie weit ihm der Markgraf wegen der gebrauchten „unziemlichen" Worte eine Genugthuung schuldig sei. Mit dem Zolle zu Hohentrüdingen solle man es halten nach Inhalt des Briefes, den Herzog Ludwig darüber besitzt. Über die Zugehörigkeit des Deutschordenshauses Messing, von dem Herzog Ludwig behauptete, er habe es nicht im Kriege mit Gewalt sondern auf Ersuchen des Ordensmeisters eingenommen, wird Herzog Otto von Neumarkt, in dem Streite um Wildbahn, Zoll und Geleite werden der Fürsten eigene Räte gemeinsam in Güte, oder wenn dies nicht möglich wäre, nach Recht entscheiden. Betreffs der Ritterschaften, die dem Gegner gehuldigt, der Gefangenen, Lehen, Kriegsschäden und Kontributionen gelten die Bestimmungen, die des Herzoges Vertrag mit dem Kaiser enthält.[3]

Sie erscheinen auch im wesentlichen festgehalten in den Friedbriefen,

---

[1] Bericht der markgräflichen Gesandten vom 19. August. Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 5.

[2] Urkunde vom 23. August. Kopie im München. allg. Reichsarchiv, „Brandenburg", Lit. IX., fol. 7.

[3] Kopie des Vertrages vom 23. August im Bamb. Archiv 1908, Nr. 93.

die König Georg betreffs einer Aussöhnung Markgraf Albrechts mit dem Bischof Johann von Würzburg und mit Kurfürst Friedrich I. von der Pfalz am selben Tage mitteilen ließ; ja der letztere bringt überhaupt nur diese allgemeinen Bestimmungen, mit der Abänderung, daß man wegen des im Kriege gewonnenen feindlichen Gutes die Räte zusammenschicken solle, die Sache gütlich oder rechtlich auszutragen.[1]

In dem Streite des Markgrafen mit dem Würzburger Hochstifte handelte es sich bekanntlich vor allem um einige Stiftslehen, bezüglich derer Albrecht Eigentumsrechte behauptete. Beide Parteien hielten erst starr ihren Standpunkt fest, und hätte der Markgraf nicht besorgen müssen, sich die Bayern auf den Hals zu ziehen, er hätte gerne die ganze Verhandlung abgebrochen, und mit Sachsen verbündet und mit böhmischen Söldnern die Bischöfe weiter befehdet. Als aber jetzt Graf Heinrich von Schaumburg im Namen der geistlichen Herren bei ihm warb, stellten seine Räte in letzter Stunde in Prag ermäßigte Bedingungen.[2]

Sie wurden angenommen. Die Bischöflichen hatten merken müssen, daß man sich ihrer Ansprüche wegen schwerlich lange herumstreiten werde,[3] falls nur der Kaiser, der Herzog und der Markgraf einig würden. Sie hatten sich in Prag der Führung der bayerischen Räte fast willenslos untergeordnet,[4] und nun erlebten sie, wie diese gelegentlich des Streites um den Brief des Eichstädter Bischofes ihren rücksichtslosen Spott trieben mit den „kleinen Bischöfen, die alle Fürsten des Reiches sein wollten neben den Fürsten, und in der Fürsten Stuhl sitzen".[5] Darauf wurden die Bischöflichen „gar gütiger Worte voll",[6] und leicht fand sich die Ausgleichung.

Im Namen Bischof Johannes von Würzburg und Markgraf Albrechts von Brandenburg erklärten der König von Böhmen und die kaiserlichen Räte, sie hätten bezüglich der streitigen Güter einen Lehns- und Revers-

---

[1] K. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen von der Pfalz 404—405. Neuburger Kopialb. Bd. XI. fol. 388ª. Eine Kopie des Entwurfes auch im Bamb. Archiv 1908, Nr. 9.

[2] Entwurf derselben im Bamb. Arch. 1908, Nr. 383.

[3] Bericht der markgräfl. Räte vom 19. August a. a. O.: „Item der bischoflichen gedruckt, alsvil wir es horen, nymandt zu gut ꝛc."

[4] „Die bischofischen . . . stellen sich lessig in den Dingen, dann als vil sie meister Mertein füret vnd übet." Bericht der markgräflichen Räte vom 16. August. Bamb. Archiv 1908, Nr. 271.

[5] Der zweite Bericht der markgräflichen Räte vom 11. August. Bamb. Archiv 1908, Nr. 282.

[6] Bericht der markgräfl. Räte vom 16. August a. a. O.

brief entworfen, nach dessen Bestimmungen der Markgraf die Lehen empfangen und dem Bischofe versichern soll; die bezüglichen Briefe beider Fürsten seien bis Michaelis (29. September) 1463 dem Könige zuzusenden, der ihren Austausch besorgt. Über den Besitz dessen, was man sich gegenseitig im Kriege abgewonnen, entscheidet mit je drei Räten beider Fürsten Bischof Johann von Eichstädt in Güte oder zu Recht. Ebenso wird der Spruch betreffs der Sachen, welche Würzburg und Brandenburg vordem auf Erzbischof Diether von Mainz gestellt haben, dann wie es mit der Summe Geldes zu halten sei, die Bischof Johann von dem güldenen Zolle seit der kaiserlichen Entziehung eingenommen hat, Johann von Eichstädt übertragen. Mit der Fehde zwischen den Fürsten ist endlich auch jene des Bischofs mit den markgräflichen Dienstmannen Johann Rack und Sigmund von Schwarzenberg abgethan.[1]

Man hatte in Prag auch die Aussöhnung des Kaisers mit dem Pfalzgrafen ernstlich ins Auge gefaßt; es wurden die besonderen Bedingungen erörtert, unter denen der Kurfürst wieder mit Gnaden aufgenommen werde könne. Aber zu einem Ende kam man nicht. Auch der Vertrag zwischen dem Markgrafen und Friedrich von der Pfalz blieb zunächst Entwurf: Erst am 7. Oktober 1463 kamen sie zu Mergentheim unter der Vermittelung des Deutschordensmeisters Ulrich von Landersheim zu einer Einigung.[2]

Dafür gewann der Prager Tag eine gewisse Bedeutung für die österreichischen Wirren. Wie Erzherzog Albrecht,[3] so hielt auch Sigmund von Tirol fest an der wittelsbachischen Allianz. Seine Räte wollten jetzt in Prag die besonderen Ansprüche ihres Herrn an den Kaiser verhört und anerkannt wissen, und so wenig angenehm ein solches Zusammenwerfen verschiedener Streitsachen den Herzoglichen sein mochte, das Parteiinteresse gebot, daß Martin Mair die tirolischen Forderungen unterstützte. Die Weigerung der Gesandten des Kaisers, in Verhandlungen über eine nicht auf den Tag gehörige Sache einzugehen, blieb erfolglos.[4]

So übernahm denn der König auch da die Vermittelung, und wurde der Spruch gefällt, daß die Entscheidung über die besonderen Ansprüche

[1] Kopie des Vertrages, d. d. 23. August, im Bamb. Archiv 1908, Nr. 10.

[2] Die Kopie der beiden Friedensinstrumente im Bamb. Archiv 1908. Über die Vereinigung vom 7. Oktober 1463 s. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 406—407.

[3] Seine Sendung vom Anfang Mai an Herzog Ludwig bei Chmel im Diplom. Habsburg., Fontes rer. Austriac. 2. Abteil. II. 307—308.

[4] Bericht der markgräflichen Gesandten vom 12. und 16. August.

der beiden habsburgischen Fürsten an einander dem Herzoge Ludwig von Bayern zustehen solle, der dafür einen gütlichen Tag auf den 21. Dezember des Jahres anzusetzen hat, daß aber, was Sigmunds vertragsmäßigen Anteil an den Einkünften Niederösterreiches betreffe, der Kaiser nur von jenen Landesteilen, die in seiner Gewalt sind, das Drittel zu entrichten habe; gewinne er wieder das ganze Herzogtum, so entrichtet er natürlich wieder vom Ganzen; die rückständige Summe soll bis zum künftigen Sankt Kolomannstag (13. Oktober) beglichen werden. Am 24. August wurde auch dieser Vertrag untersiegelt.[1]

„Der Tag war geleistet."

Siebzehntes Kapitel.

Stand der Verhältnisse im Reiche nach Abschluß des Friedens. Fortgang und Ende des Streites um Österreich. Tod des Erzherzogs. Einungen und Reformversuche im Reiche.

Als sich der Abschluß des Friedens so sehr in die Länge zog, hatte man im Reiche angefangen, sein Zustandekommen überhaupt zu bezweifeln. Den Markgrafen traf die Meldung aus Prag in voller Rüstung: Seine Lande waren von Waffenlärm erfüllt, starke Scharen fremder Völker aus Böhmen und Sachsen bestellt oder doch ihre Verwendung in Aussicht genommen.[2] Jetzt aber legte auch er, der Unermüdliche, das Schwert beiseite und ließ sich gern den Frieden gefallen, den man auch sonst überall willkommen hieß. Schon war ja Graf Ulrich von Württemberg (seit 29. Juni) mit allen seinen Söhnen dem Herzoge von Landshut verschrieben, daß er seine Lebtage aus mit den Seinen nie mehr gegen das Haus Bayern in Fehde kommen wolle, wofür ihm Fürsprache bei den Pfalzgrafen und ein Darlehn gewährt wurde;[3] schon waren Beredungen der Reichsstädte über einen Anschluß an Niederbayern im Gange,[4] schien es unmöglich, die Bündner ferner zusammenzuhalten.

[1] Die Urkunde vom 24. August bei F. Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 238—240, Beil. Nr. XXXII.

[2] Sein Brief vom 26. August an die Räte nach Prag giebt eine umständliche Darlegung seiner militärischen Hilfsmittel und der getroffenen Dispositionen. Bamb. Archiv 1908, Nr. 187. Stockheim druckte ein Bruchstück im Texte ab (282—283).

[3] Der Brief im Münch. allg. Reichsarchiv. Vgl. v. Stockheim, Albrecht IV. 284.

[4] Höfler, Kaiserl. Buch a. a. O. Vgl. übrigens unten.

Fast war man im Reiche der friedlichen Ordnung entwöhnt. Es dauerte lange, ehe neue Beziehungen und verwandte Interessen die so lange hadernden Fürstenhäuser den alten Streit vergessen ließen, ehe Glaube und Vertrauen an die Wiederkehr von Recht und Gesetz die Gemüter beruhigten. Zudem war noch eine Menge von Detailfragen zu lösen; sie hielten die Gegnerschaft, Eifersucht, das Mißtrauen der Parteien noch durch Monate und Jahre lebendig. Und die bisher einträchtig zusammengehalten, sei es des Reiches Hoheit, wie es hieß, unter den kaiserlichen Banner zu schirmen, sei es, was die Gegner ausstreuten, sich gegen den Kaiser in ihrer Libertät zu behaupten, sie begannen nun jene Forderungen auf Ersatz und Entschädigung an einander zu stellen, zu welchen sie nach ihrer Meinung ihr Wechselverhältnis und die Leistungen im Kriege berechtigten. Der Markgraf besonders erwies sich rastlos wie im Kampfe so auch in stets neuen Bitten und Vorschlägen, wie er wenigstens einigermaßen von Kaiser und Reich die aufgewandten, allerdings sehr bedeutenden Kriegskosten hereinbringen könne.[1]

Bedeutendere Dinge gingen noch neben her. Der natürliche Wunsch des Böhmenkönigs, den Frieden im Reiche und Verdienst und Ansehen, die ihm dessen Herstellung erworben, zu benützen, um mit einer Anzahl der Gewalthaber des Reiches in eine engere Verbindung zu treten, eine Verbindung, die wieder in erster Reihe gegen Rom Deckung gewähren sollte, das Bestreben des Kaisers, Bayerns und Brandenburgs, diese Pläne und die Machtmittel des Königs zugleich im Interesse der eigenen politischen Ziele zu verwerten, traten mehr oder weniger in den Vordergrund des öffentlichen Lebens Deutschlands.

Es wollte aber auch Herzog Ludwig von Bayern sich gegen die Wiederkehr eines ähnlichen Krieges mit den von der Reichsgewalt dirigierten Städten durch eine Vereinigung sichern, die in der Weise der Landfriedensbünde Fürsten und Städte in der Nachbarschaft seines Territoriums umfassen sollte. Endlich setzte man auch noch auf jenen europäischen Entwurf des Böhmenköniges, den Türkenkrieg zum Ausgangspunkte einer neuen politischen Ordnung zu machen, da und dort gewisse Hoffnungen.

Aber ebendiese Mehrheit von Projekten, die man gleichzeitig in Angriff nahm, die nach dem Kriege so natürliche Erschlaffung der Sympathien und Antipathien bei den Fürstenhöfen, die überall nur Vorsicht

---

[1] Man vergl. außer den unten zu erwähnenden Archivalien Albrechts Korrespondenz mit seinen Räten am kaiserlichen Hofe im Frühjahre 1464 bei C. Höfler, Fränkische Studien IV. (Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen VII.) 27 ff.

und Mißtrauen lebendig ließen, verhinderte, daß auch nur einer jener Entwürfe rasch vorwärts gedieh. So blieben die Händel der österreichischen Brüder und des Kaisers Krieg mit Venedig doch schließlich die einzigen Punkte, welche in der zweiten Hälfte 1463 die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen.

Die im Mai während des Wiener-Neustädter Tages von Erzherzog Albrecht angestrebte Aussöhnung[1] mit dem Kaiser war nicht geglückt, weil dieser, durch das Strafgericht zu Wien aufs äußerste gereizt, von jedem Zugeständnisse weit entfernt war. Und der Hof teilte die Gesinnung des Herrschers: selbst der gemeine Mann gab in Wiener-Neustadt den erzherzoglichen Boten unverhohlen seine Mißachtung kund.[2]

Bald erfüllte neuer Kampf das Herzogtum. Die kaiserlichen Völker, die gegen Wien selbst nicht vorzugehen vermochten, gewannen wenigstens ringsum stetig an Boden. Sie eroberten Leupoldsdorf,[3] Kalsberg und Münchendorf,[4] errichteten an gelegenen Punkten neue Verschanzungen und hielten von da und von den Schlössern Rauheneck bei Baden, Fischamend, Schweinbart und Ort im Marchfelde und von Korneuburg[5] aus die Hauptstadt aufs neue blokiert. Die Zufuhr war nach wie vor nur unter großen Schwierigkeiten zu beschaffen.

Wohl gelang auch den Leuten des Herzogs und den Wienern, in deren Mitte sich eine förmliche stehende Heeresgenossenschaft organisierte, Bürger und Handwerker, aber auch Bauern und Weinhäuer aus der Umgebung der Stadt umfassend,[6] manch wuchtiger Gegenschlag. Am 7. Juli ward der kaiserliche Hauptmann Schweitzer genötigt, das Schloß Kalsberg und sich selbst in die Hände der belagernden Herzoglichen und Wiener zu geben, nachdem er drei Tage den Stürmen der Gegner Stand gehalten hatte,[7] und noch gegen Ende August machte Graf Wolf-

[1] Über seine Gesandten am Tage s. oben und Beheim, Buch von den Wienern 324. Über Albrechts Friedensliebe spricht der Bericht der brandenburgischen Räte an ihren Herrn von der Mitte Mai 1463, Bamb. Archiv 1908, Nr. 4, fol. 7 u. Beheim 324—325.

[2] S. Beheims bezeichnende Erzählung 325—326.

[3] Heute Leobersdorf halbwegs zwischen Baden und Wiener-Neustadt. Blatt V von Artarias Touristenkarte der Umgebung von Baden-Gutenstein-Mürzzuschlag.

[4] Im Wiener Donauthale nächst Fischamend. Über die Einnahme vergl. man Beheim 304, 307—308; Anonym. chron. Austriac. 214, 215—216. Die Datierung des Anonymus ist jedesfalls die richtigere.

[5] Anonym. chron. Austriac. 215—216. Ebendorfer, col. 974.

[6] Beheim 311—312. [7] Beheim 315—316. Ebendorfer 975.

gang von Schaumburg mit den erzherzoglichen Söldnern einen kühnen Vorstoß gegen Wiener-Neustadt, wobei es ihm gelang, die Kaiserlichen, die alsbald im Felde erschienen, in einen Hinterhalt zu locken und zu schlagen. Die drei Anführer, der kaiserliche Seneschall Johann Preisinger und die fränkischen Herren Klaus von Giech, der Bruder des Bischofs von Würzburg, und Konrad von Giech wurden mit vielen anderen gefangen.[1]

Aber auch dieses „frische Schlagen" brachte keine Entscheidung für das unglückliche Land und keine Erleichterung für den Erzherzog und die Wiener; noch weniger etwa die Wiedereroberung eines verlorenen pottendorffschen Schlosses durch die städtischen Söldner.[2] Mit ungeschwächter Kraft setzten die Kaiserlichen die Bedrängung aus der Hauptstadt fort. Draußen im Lande aber fehdeten die Anhänger beider Parteien wüst durch einander. Andere wieder raubten und brandschatzten auf eigene Faust, wie Hinko von Böttau von der Veste Hollenburg[3] und einem anderen Donauschlosse aus, Stefan Eizinger um Dürrenstein, Pankraz von Plankenstein im Umkreise von Landstein.[4]

In Wien aber „stund es viel jämmerlich".[5] Seit der blutigen Osterwoche war des Herzogs Mißtrauen gegen alle noch gestiegen, den Zuträgern sein Ohr noch leichter offen. Dabei wuchsen mit dem Mangel und der Not die Unsicherheit des Besitzes, die Nichtswürdigkeit der Massen, Falschheit und Untreue, die selbst der Freund und Verwandte übte. Wer heute im Rate saß, den konnte morgen der Verräter in die Schergenstube bringen; wer vor allem sich äußeren Wohlstandes erfreute, der mochte sehen, wie er der Geldgier seiner Mitbürger, der Bedürftigkeit der herzoglichen Kasse, die durch Konfiskationen zu füllen Albrecht schon auf eine Verdächtigung hin bereit war, entrinne.[6]

Erst diente das Ungemach dazu, die Erbitterung der Städter gegen den äußeren Feind zu nähren. Mit zorniger Tapferkeit hielten sie in den Kämpfen aus, stürmten sie auf die gegnerischen Burgen und Verschanzungen, und in blindem Ingrimm schwuren sie, lieber den türkischen Sultan zum Herrn anzunehmen als den Kaiser, der solches Unheil über sie ge-

[1] Anonymus 218—219. Ebendorfer col. 976. Beheim 277ff. G. v. Roo 272—273. Die Erzählung Roos spricht nur von einem Herrn von Giech oder besser von „Gleichen". Vgl. noch das Schreiben Jobsts von Einsiedel an Markgraf Albrecht, s. d. im Bamb. Archiv 1908, Nr. 177.

[2] Anonymus 219. [3] Westlich von Tulln an der Donau.

[4] Ebendorfer, col. 974. [5] Beheim 280, 20.

[6] Die Schilderung Beheims (280—282) ist bei seinem leidenschaftlichen Hasse gegen die Wiener wohl übertrieben.

bracht.[1] Die wütendsten wollten selbst die messelesenden Priester zwingen, aus dem kirchlichen Kanon die Fürbitte für Papst und Kaiser fortzulassen, da man in Wien wahrlich keinen Grund habe, für jene zu beten. Wer da als des Kaisers Freund erfunden ward, fand mit all den Seinen keine Gnade.

Als die Not nach wie vor drängte, wandte sich die Stadt um Hilfe an den Erzherzog. Wenn er sie nur hätte leisten können!

Albrecht hatte so ziemlich in Österreich vergeben und verpfändet, was sich vergeben ließ, Klosterneuburg an Jörg den Rosenhard, Perchtoldsdorf an Graf Sigmund von Pösing, Tulln an Jörg Marschall von Reichenau, Steyr an Jörg vom Stein, die Mauth zu Ybbs den Brüderführern, die Festen Weiteneck und Münchendorf, das aber seitdem die Kaiserlichen weggenommen hatten, an Georg von Pottendorff und Jan Smikowsky.[2] Er hatte die Vermögenssteuer wenigstens eines Teiles des Landes eingenommen, die Straffummen der ausgetriebenen Wiener Bürger dazu, und trotzdem blieb seine Tasche leer.

Schon im Juni griff er da neuerdings nach dem Gute von Familien, die man als kaiserlich gesinnt bezeichnete. Sieben wohlhabende Männer wurden in den Ratsturm gelegt, und ihnen 19000 fl. abgepreßt. Andere, die sich durch die Flucht persönlicher Mißhandlung entzogen, verloren alle ihre Habe, und sahen ihren Frauen und Kinder kaum soviel gelassen, als sie auf dem Leibe trugen.

Der Fürst nahm endlich in seiner Not Geld und Geldeswert, wo er es fand, selbst das Kaufmannsgut aus den Kellern, die geringe Habe des Unbemittelten. Wenn ihn der Dichter sagen läßt:

„Jetzt haben wir die großen Fisch,
Die trägt man uns her zu dem Tisch,
Wenn wir derselben nimmer han,
Dann muß es an die Kleinen gahn:
Wann wir müssen uns laben
Und die Speise also haben",

so zeichnet er zutreffend die Lage der Wiener, die Art des Herzogs.[3]

Daß da die Dinge nicht so bleiben konnten, lag auf der Hand. Auch holte der Kaiser bereits zu einem neuen Schlage gegen seinen Bruder aus. Man verhandelte in Prag noch nicht über den Definitivfrieden, als aus Wiener-Neustadt die ersten Erforderungen an die befreundeten Fürsten ergingen, nun die Hilfe des Reiches für den Krieg um Österreich zu

[1] Beheim, Buch von den Wienern 266.
[2] Beheim 317—318. [3] Beheim 281, 31—32; 282, 1—4.

bewerkstelligen. Nicht bloß Markgraf Albrecht und jene Städte, die an der Fehde gegen Bayern teilgenommen hatten, sondern auch Frankfurt und die rheinischen Kommunen sollten ihre Kontingente gegen die Wiener stellen. Zu Beginn des August empfahl der Markgraf den wegen des neuen Feldzuges in Aussicht genommenen Reichstag auf den 1. September auszuschreiben, und zwar nach Dinkelsbühl, da es inmitten der oberen und niederländischen Städte gelegen sei.[1] Hans Rorbacher war beauftragt, nach Schluß der Prager Verhandlungen die kaiserliche Werbung in Frankfurt noch besonders anzubringen.[2]

Auch Erzherzog Albrecht erkannte das Bedenkliche seiner Lage. Wenn bei dem Abschlusse eines Friedens zwischen dem Kaiser und Herzog Ludwig von Bayern nicht auch seine Forderungen ihre Erledigung fanden, wozu der Herzog freilich vertragsmäßig verpflichtet war, wenn so auch das Bündnis mit Bayern sich löste, wie im Vorjahre jenes mit dem Könige von Böhmen, dann war er, von der Freundschaft mit seinem Vetter zu Innsbruck abgesehen, völlig isoliert und dem zähen Hasse des kaiserlichen Bruders preisgegeben. Am 15. Juli verließ deshalb Albrecht Wien und nahm seinen Weg nach Oberösterreich, während er und zugleich auch Herzog Sigmund von Tirol den Landshuter dringend um eine Zusammenkunft in seiner Hauptstadt ersuchten.[3] „Sollte das nicht geschehen", ließ Albrecht melden, „so müßte er ein Ding thun, das ihm nicht füglich wäre".

Nun ritt zwar Herzog Ludwig, weil in Landshut die Pest wütete,[4] zu Albrecht nach Schärding, wo sich nach einander auch die Herzoge Johann und Sigmund von München und die Bischöfe von Freising und Passau einfanden.[5] Aber Ludwig kam nur, um zu erklären, daß er lange genug gegen den Kaiser in Waffen gewesen sei und mit ihm um der Wiener willen nicht länger in Zwietracht sein wolle. Die Bemühungen

---

[1] Sein Brief an die kaiserlichen Räte in Prag vom 4. August a. a. O.

[2] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 226—400, Nr. 356—357.

[3] Schreiben des Herrn Jörg vom Stein an Parzival von Annenberg vom 28. Juli 1463, Diplomat. Habsburg., Fontes rer. Austriac. 2. Abteil. II. 308.

[4] Ebendorfer, col. 976.

[5] Anonymus 216—217. Ebendorfer l. c. Beheim 322—323 stellt die Sache so dar, als ob der Herzog Albrecht deshalb nicht zu sich nach Landshut ließ, weil er nichts mehr von ihm wissen wollte. Andererseits zeigt sich der Anonymus hier und an anderen Stellen keineswegs als ein „Kaiserer", wie Ottokar Lorenz, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter, 2. Aufl., Berlin 1876, I. 185 meint. Ich werde an anderer Stelle zeigen, wie die Haltung des Anonymus zu verschiedenen Zeiten verschieden war.

der übrigen, auch der Vertreter der Wiener, die zugleich mit dem Erzherzoge gekommen waren,[1] blieben deshalb darauf gerichtet, Albrecht für eine Verständigung mit dem Kaiser zu stimmen. Wirklich gab er nach, und entschlossen, die freundliche Vermittelung des Erzbischofes von Salzburg anzurufen, eilte er, von seinem Kanzler Jörg vom Stein und Herrn Düring von Hallwill, dem Marschall der Vorlande, begleitet, unmittelbar nach Schluß der Schärdinger Versammlung, am 23. Juli Erzbischof Burckard in seiner Hauptstadt zu besuchen.

Aber dieser wich dem Erzherzoge vorsichtig aus. Von Radstadt aus, das zu verlassen er sich weigerte, sagte er jedoch seine Vermittelung im Streite der habsburgischen Brüder zu. Sofort kehrte Albrecht nach Linz zurück.[2]

Die Friedensbotschaften aus Prag, die Bemühungen des päpstlichen Legaten Domenico von Torcello, der sich des glücklich mit Ungarn vereinbarten Definitivfriedens rühmen durfte, die Bitten der Markgräfin Katharina von Baden, die wegen jenes Vertrages ihres Gemahles Karl mit dem Pfalzgrafen vom 20. April an den kaiserlichen Hof gekommen war, und nun alles aufbot, den Kaiser und den Erzherzog, ihre Brüder, zu versöhnen, brachten endlich auch in Österreich eine Wendung zum Besseren hervor.

Mit der Markgräfin vereint, bewog die milde, kluge Kaiserin den Gemahl zur Nachgiebigkeit. Auf Albrecht wirkten neben den Bitten der Schwester und des getreuen Düring von Hallwill[3] noch mehr verschiedene Anzeichen, daß die Stände des Landes sich anschickten, eventuell selbst „aus dem großen Verderben" sich zu erretten, vor allem aber die Kunde,[4] daß selbst seine bedeutendsten Parteigänger in Niederösterreich, wie die Brüder von Ebersdorff, Heinrich von Lichtenstein, Georg von Pottendorff, der Siegelbewahrer Stefan von Hohenberg in ihrer Treue zu wanken begannen,[5] wie denn der Pottendorffer schon am 11. August

---

[1] Anonymus 216.

[2] So viel glaube ich nach Sichtung der sich zum Teile widersprechenden Meldungen über diese Dinge sagen zu dürfen.

[3] Beheim 331—333.

[4] Zeigt Nr. CLXXXV, S. 353 des Copey-Buches der gemein. Stadt Wien, das, ein volles Jahr verstummt, nun wieder anhebt. Die nachfolgenden Meldungen, die wenigstens einigermaßen über die Lücke hinüberzuhelfen bestimmt waren, sind erst in chronologische Ordnung zu bringen. So hat auf Nr. CLXXXIV die Erzählung S. 367 zu folgen, dann die Aufzeichnungen auf 353—358, dann S. 368—377, dann 358—361, dann 377—389 u. s. w. Auch darüber äußere ich mich anderswo.

[5] Albrecht hatte davon Kenntnis, da er keinen dieser Herren zu seinem Vertreter

seinen Frieden mit dem Kaiser machte.[1] Als deshalb dem Erzherzoge hinterbracht wurde, daß der Kaiser mit ihm in Verhandlung treten wolle, und daß er der Markgräfin, dem Legaten und Bischofe Burckard die Bedingungen mitgeteilt habe, unter denen er mit seinem Bruder abschließen wolle, als zugleich der Salzburger Erzbischof vorschlug, in seiner Hauptstadt zu verhandeln, begab er sich Mitte August mit den Herren von Hallwill und von Stein zum zweitenmale dorthin.

Aber die Bedingungen des Kaisers erwiesen sich als unannehmbar. Der Erzherzog kehrte bald unverrichteter Sache nach Linz zurück, willigte hier aber doch auf das Drängen seiner Schwester[2] in eine Waffenruhe, die vom 1. bis 29. September dauern und während welcher beide Fürsten auf einem Landtage des ganzen Erzherzogtums die Herstellung des Friedens versuchen sollten.

Derselbe wurde darauf vom Kaiser in Übereinstimmung mit dem Marschalle von Hallwill, der nach Wiener-Neustadt gekommen war,[3] für den 22. September nach Tulln in Aussicht genommen; die Markgräfin, der Legat und der Erzbischof sollten vermitteln, alle Stände von Ober- und Niederösterreich eingeladen werden.

Schon verbreitete sich im Lande die Nachricht, und sie wurde gern geglaubt, „die Fürsten seien gewißlich geeinet".[4] Der Erzherzog trat dem in einem besonderen Schreiben an die Bürgerschaft und seine Räte in Wien entgegen. Aber er gebot doch ernstlich, den Waffenstillstand zu beobachten.

Am 31. August erließen dann der Kaiser und der Erzherzog die Einberufungsschreiben an die Landschaft;[5] der Kaiser erbat sich noch besonders Räte des Königs von Böhmen.[6]

Schon waren auch die Stände, von der allgemeinen Friedenssehnsucht getrieben, zu selbständigen Maßnahmen geschritten. Am 28. August tagte zu Weißenkirchen in der Wachau[7] eine Versammlung von Herrn

---

in Tulln bestellte. Die Herren waren überhaupt dort nicht anwesend. Vergl. auch Anonymus 238 ff.

[1] Chmel, Reg. II. 406—407, Nr. 4018. Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 683.

[2] Anonymus 217—218. Vgl. das Schreiben des Kaisers an König Georg von Böhmen vom 31. August bei Sommersberg, Script. rer. Silesiac. I. 2029. Lünig, Cod. German. Diplom. I. 1510. Das unrichtige Datum bei Lünig bemerkt schon Chmel, Reg. II. 407, Nr. 4024.

[3] Beheim 333. [4] Anonym. chron. Austriac. 217—218.

[5] Das Schreiben Albrechts an die Wiener im Copey-Buch 368.

[6] Brief des Kaisers an den König vom 31. August.

[7] Die Donauebene auf dem linken Stromufer, dem Tullner Felde gegenüber.

zumeist aus dem Viertel über dem Manhardsberge, darunter Georg von Eckartsau, Rüdiger von Starhemberg, Oswald Eizinger von Eizing, Pankraz von Plankenstein und Heinrich Strein auf Schwarzenau. Es galt eine Fehde zwischen dem Plankensteiner und dem von Seiseneck zu Ende zu bringen. Als dies gelungen war, kamen auch die Landesangelegenheiten zur Sprache. Man beschloß am 14. September zu Hadersdorf einen neuen Ständetag zu halten, zu dem auch die Wiener und die Herren aus dem Gebiete unter dem Wiener-Walde zu laden seien.[1]

Zu gleicher Zeit beriet die „Landschaft“ des Erzherzogtums ob der Enns.[2] Dies und die Beschlüsse, die am 16. September zu Hadersdorf gefaßt wurden, waren für jeden der deutliche Hinweis, daß die Landherren sich das Recht beimaßen, unbeirrt durch den Streit und die Abmachungen der Fürsten über die Geschicke der Heimat mit zu entscheiden.

In Hadersdorf wurden auf zahlreich besuchter Versammlung als Forderungen, welche beide Lande an die Herzoge zu bringen hätten, bezeichnet: 1. Sie sollten ihre Söldner und Gäste ohne Schaden für das Land abfertigen; wer dann, trotzdem er bezahlt ist, im Lande bleibt, der soll mit Hilfe aller gewaltsam entfernt werden. 2. Wer von beiden Erbherren die Herzogtümer erhält, der möge die Stände bei den Ehren, Freiheiten und Würden lassen, die ihre Vorfahren seitens der Landesfürsten genossen haben. 3. Das Landrecht soll seinen unbehinderten Gang haben, Ordnung und Friede überall beschirmt, aber jedem, der sich irgendwie der Fürsten Ungnade zugezogen hat, dies verziehen werden.

Einhellig wurde beschlossen, den Tullner Tag zu besuchen und dazu von beiden Herren freies Geleite zu begehren.[3]

Die Hoffnungen, die man auf diesen Landtag setzte, schienen nicht unberechtigt. Prälaten, Herren und Städteboten, darunter sechs Abgesandte der Hauptstadt,[4] fanden sich in großer Anzahl und ohne Rücksicht auf ihre bisherige Parteistellung ein. Den Kaiser vertraten der öster-

[1] Anonym. chron. Austriac. 247—248. Copey-Buch 353.

[2] Die Herren von Niederösterreich schreiben denen aus dem oberen Lande: „Wir weren gern zu ew komen, so wir vor vnnserm tag ewern tag gewesst“.

[3] Chmel, Reg. II. Anhang CLIV—CLV, Nr. 123, bringt einen Aufsatz, der in folgende Teile zu zerlegen ist: 1. In ein Schreiben der Hadersdorfer Versammlung an die obderennsischen Stände (dies der Schlußabschnitt S. CLV). 2. Die Kopie des Abschiedes des Hadersdorfer Tages. 3. Das Schreiben an den Kaiser mit der Bitte um freies Geleite. 4. Den Entwurf des kaiserlichen Geleitsbriefes, wie man ihn ausgefertigt haben wollte. Nr. 1 ist der Hauptbrief, 2—4 sind dazu Beilagen.

[4] Beheim 338. Copey-Buch 356—357.

reichische Kanzler, Bischof Ulrich von Gurk, Herr Georg von Volkensdorff, Georg von Kainach und Dr. Hartung von Kappel;[1] den Erzherzog, von dessen Nachgiebigkeit man vor allem den Frieden erhoffte und erbat,[2] Graf Wilhelm von Hochberg, Markgraf zu Röteln, die Herren Hartnid von Traun und Christoff von Pottendorff und aus Oberösterreich Stefan Geumann. Von den Vermittlern waren der päpstliche Legat und Bischof Ulrich von Passau persönlich anwesend, für die Markgräfin Katharina Graf Haug von Montfort, für den Salzburger Erzbischof bevollmächtigte Räte.[3]

Die Rede, mit welcher der Legat als der vornehmste der Vermittler die Verhandlungen eröffnete, zeigte sein oratorisches Geschick und war berechnet, die Gemüter über die kleinlichen Hader der Heimat emporzuheben zur Würdigung der großen gemeinsamen Angelegenheit des christlichen Europa. Der Bischof wies auf die stetig wachsende Türkengefahr hin; es sei heilige Pflicht eines jeden, nach Kräften an der Bekämpfung der Ungläubigen teilzunehmen; vor allem aber müßten die inneren Spaltungen in den christlichen Landen aufhören, da durch sie notwendig der heilige Vater in seinen Bemühungen, den Türkenzug vorzubereiten, beirrt würde.

Die kaiserlichen und herzoglichen Räte sowie die Stände beteuerten darauf, wie willkommen ihnen die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Vaterlande wäre, ebenso ihre Bereitwilligkeit, dann auch im Glaubenskriege, soweit es ihnen zukomme, Hilfe zu thun. Die Herren baten den Legaten, gleich selbst geeignete Friedensvorschläge zu thun.

Domenico blieb in seiner Antwort auf dem eingenommenen weiteren Standpunkte: Einen Frieden zu erlangen, gebe es „drei Wege", denselben mit Waffengewalt zu erzwingen, die Streitsachen gewählten Richtern zur Entscheidung nach dem bestehenden Rechte zu überweisen, oder ihre Schlichtung mittels freundschaftlicher Vereinbarung zu finden.

Man beschloß, das letztere Mittel zu wählen. Darauf forderte der Legat die Stände auf, zunächst nachzudenken, wie sie am ersprießlichsten die Aussöhnung der Erbherren fördern könnten, vor allem zu erwägen, ob nicht zur Abfertigung der Söldner, was unbedingt geschehen müsse,

---

[1] Beheim 334—335. Anonymus 220. Ebendorfer, col. 977.

[2] Hierher gehört das „Büchlein, dem Herzog Albrecht VI. von Österreich zugesandt von seinem Capellan", im Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen XIX. (1858) 145—190, herausgegeben von Dr. Georg Zappert. Die historische Einleitung Zapperts ist nicht durch hinlängliche Kenntnis des bezüglichen Quellenmateriales gestützt.

[3] Beheim a. a. O.

eine Landsteuer zu bewilligen sei.[1] Er selbst begann mit den Erzherzoglichen die Beredungen über die besonderen Streitpunkte der Fürsten.

Zur leichteren Beratung wählte die Landschaft je acht Personen aus den Prälaten, den Landherren, den Rittern und Knechten und den Städtegesandten, damit sie als engerer Ausschuß die nötigen Beschlüsse vorbereiteten.

Auch hier wurden nach einander die zwischen den Herzogen schwebenden Streitpunkte in Erwägung gezogen.[2] In der Hauptsache, bezüglich der von dem Kaiser geforderten Rückgabe der niederösterreichischen Landesteile, die der Erzherzog in seiner Gewalt hatte, lehnte man es aber ab, eine Meinung auszusprechen: Der Ausschuß bedauerte die Uneinigkeit der Fürsten, überließ es aber ihnen, deswegen eine Vereinbarung zu treffen.[3] Im übrigen wurde beschlossen:

1. Für den Fall, als die Fürsten sich aussöhnen, sollen allen, die dem Kaiser, Erzherzog oder den Wienern abgesagt haben, die Fehdebriefe wieder herausgegeben werden, und jede Feindschaft und Ungnade deswegen aufgehoben sein; ebenso erlangen alle Verzeihung, die sich zu keiner Partei, sondern an den Bischof von Passau gehalten haben.

2. Alle Befestigungen, die Zdenko von Sternberg, der Hauptmann von Mähren und andere im Lande Österreich errichtet haben, werden beseitigt; ebenso die seit dem Tode des Königs Ladislaw neu aufgelegten Gefälle und Mauten; es darf hinfort keine Steuer und kein Anlehen ohne Zustimmung der Landschaft erhoben werden.

3. Was einer dem andern in diesem Kriege genommen hat, soll er ihm wiedergeben; die Gefangenen sind frei ohne Schatzung; die Lehen kehren an den früheren Inhaber, falls er sie begehrt, zurück; alle erzwungene Huldigung ist außer Kraft. Wer sich dem nicht fügt, den sollen die Fürsten dazu nötigen, und die Stände haben auf landesherrliche Mahnung mitzuhelfen.

4. Es ist Sache der Herzoge, die Söldner abzufertigen und aus dem Lande zu bringen, ferner zu sorgen, daß das Landrecht ordnungsmäßig

---

[1] Dieser letzte Passus findet sich in der Rede des Legaten, wie sie uns aufgezeichnet wurde, nicht. Aber die Forderung ist jedesfalls sofort erhoben worden, da sich die erste Antwort der Stände damit beschäftigt. Möglich, daß etwa nach dem Legaten noch die kaiserlichen Räte besonders das Wort ergriffen und selbst diese Proposition stellten.

[2] Bis hierher wesentlich nach Anonym. chron. Austriac. 219—222. Vergl. Ebendorfer, col. 977 und Beheim, Buch von den Wienern 234—338.

[3] Darüber bloß Ebendorfer, col. 977.

besetzt und jedem sein Recht werde nach dem guten Herkommen. Die Münze soll wiederhergestellt werden. Die Juden werden aus den beiden Herzogtümern entfernt, die Landesämter nur mit Einheimischen besetzt werden. Dagegen bleibt die Einfuhr fremden Weines untersagt, und wird nichts unterlassen, um die Wiener Universität bei ihren Ehren, Würden und Freiheiten zu behalten, und ihr ihre Einkünfte ungeschmälert zu sichern.

Bezüglich der kaiserlichen Proposition, zum Zwecke der Ablohnung der Soldtruppen eine Steuer zu bewilligen, wurde erklärt: Eine solche Forderung sei zwar unbillig; man sei nicht verpflichtet, etwas beizutragen, weil die Söldner ohne Zustimmung der Landschaft in das Fürstentum gebracht wären; doch wolle man überlegen, wie in einer billigen Form, und ohne das Land zu schwer zu belasten, eine Geldsumme bewilligt werden könne.

Die Beschlüsse des Ausschusses fanden die Zustimmung der Stände.[1] Man richtete bei ihrer Mitteilung die Bitte an den Legaten, die Forderungen der Landschaft zu unterstützen und sie den kaiserlichen und erzherzoglichen Räten zuzumitteln.[2]

Der Erzherzog, dem sie von seinen Vertretern nach Wien eingeschickt wurden, hieß sie auch ungesäumt gut.[3] Dagegen ließen sich die kaiserlichen Räte auf eine eingehende Erörterung und Beantwortung der landschaftlichen Forderungen ein. Das Verlangen, ganz Niederösterreich müsse unter die Herrschaft Friedrich III. zurückkehren, wurde wieder an die Spitze gestellt; was als Vorwurf gegen das bisherige Regiment des Kaisers in Österreich betrachtet werden konnte, die Anbringen bezüglich Münze und Gericht, der Kanzleigebühren und Judenschaft wurden aufgeklärt und widerlegt; in den anderen Punkten verwies man auf das alte Herkommen, oder auf die Geneigtheit des Kaisers, alles zu thun, was ihm billig als Landesherrn zustehe: Im ganzen zeigten sich auch die Kaiserlichen möglichst entgegenkommend.

Nur bezüglich der Forderung eines ständischen Beitrages zur Bezahlung der Söldner und der Wünsche nach Abschaffung der neuen

---

[1] Ebendorfer, col. 980: Hos sic avisatos articulos laudavit Patria in una coacta concione.

[2] Die Antwort der „Landschaft" in der ursprünglichen deutschen Form in Anonym. chron. Austriac. 223—232. Er setzt hinzu: „Darnach wurden sie gemacht in Latein und den Legaten geantwortt" (Anonym. 232); lateinisch bringt sie Ebendorfer, col. 977—980.

[3] Anonym. chron. Austriac. 232—233.

indirekten Steuern erklärten sie es für unmöglich, nachzugeben. Jedermann wisse, welche Einkünfte vordem ein Herzog von Österreich gehabt habe und welche er nun beziehe; zudem gingen sie jetzt in drei Teile und es sei allbekannt, welche Kosten die Verwaltung des Landes, die Bezahlung der Schulden, die Besoldung der Reisigen u. s. w. verursache. Auf die Steuer könne also der Kaiser nicht verzichten, außer man biete ihm in anderer Weise einen Ersatz.[1]

Darüber wurde weiter beraten. Auch der Ständeausschuß verkannte nicht, daß es unmöglich sei, zugleich das Umgeld auf Salz, Eisen, Wein u. s. w. aufzuheben, die Söldner zu bezahlen und für die Bedürfnisse der Landesverwaltung aufzukommen. Es war vor allen Rüdiger von Starhemberg, der diese Ansicht vertrat. Ihm stimmten viele zu, und als darauf hingewiesen wurde, daß eine längere Weigerung der Stände zur Auflösung des Friedenstages führen müsse, die man dann ihnen zur Last legen würde, waren es alle zufrieden, daß eine allgemeine Landsteuer bewilligt werde und auch ein Umgeld, aber nur auf Wein, weiter zu zahlen sei: Es sollten von jedem Fuder, das die nächsten zwei Jahre aus dem Lande geführt wird, ein Pfund Pfennige, und von einem Dreilinge sechs Schillinge entrichtet werden.[2]

Bezüglich der Steuer wurde verordnet:

1. Jeder Prälat, Graf, Herr, Ritter, Knecht und jede Stadt mit allen ihren Leuten giebt von den Erbgütern und der fahrenden Habe, wo immer sie sich befindet, von je zwanzig Pfund Pfennigen oder Geldeswert je ein Pfund Denare; zu gleichem sind alle Ordens- und Weltgeistlichkeit, alle Zechen, Spitalleute und Holden, alle Inwohner von Märkten und Dörfern, die keine Erbgüter haben, alle Kaufleute und „Lagerherren" je nach der Größe ihres Geschäftes und Kaufmannschatzes, alle in Städten, Märkten und Dörfern, die Wein- oder Getreidezehnte beziehen, alle Fremden von ihrem im Lande gelegenen Eigentume, es sei Erbgut und -Gerechtigkeit oder fahrende Habe verpflichtet. Pfarrer und Altaristen geben

[1] Die Antwort der kaiserlichen Räte ist mehrfach gedruckt, aber vollständig nur im Copey-Buch 368—373. Chmel druckte ein größeres Bruchstück (ohne die fünf letzten Punkte) in den Reg. II. Anhang CLVI—CLVII, Nr. 124 ab, wie es scheint ohne sich zu erinnern, daß er es in den Mater. II. 271—273 (freilich zum Jahre 1462) gebracht hatte.

[2] Anonym. chron. Austriac. 233—234. Vgl. Chmel, Mater. II. 273—274 und Regesten II. CLVIII. Nr. 124. Doch ist diese auf die Steuer bezügliche Notiz hinterher beigegeben und hat offenbar mit dem Tullner Landtage direkt nichts zu thun. Auch die weiter folgenden Bemerkungen gehören in die Zeit nach dem Korneuburger Tage 1464.

den dritten Teil ihrer „Absenzgebühren“; die solche Einkünfte nicht haben, zahlen nach dem Anschlage, der von dem Bischofe von Passau, seinem Offizial und Dechant gemacht wird. Dienende Priester geben den vierten Pfennig ihres Jahrsoldes, ebenso jeder andere Bedienstete; der Herr hat dafür zu sorgen, daß von seinen Dienern die Steuer eingebracht werde. Man kam weiter überein, für jedes Viertel des Landes zwei kundige Männer zu bestellen, die von Einheimischen und Fremden die Abgabe einzuheben hätten, endlich in jedem Viertel eine dritte Person zu benennen, welche die Gelder von jenen entgegennimmt. Diese Vier dürfen ohne Wissen und Willen der Stände nicht über die Steuer verfügen. Die Erzherzoge sollen sich verschreiben, „nicht mit gewaltiger Hand“ nach den Geldern zu greifen, noch jemandem zu befehlen, dieses zu thun. Dafür möge aus den Überschüssen der Steuer eine Schar von 200 Reisigen, mindestens auf ein Vierteljahr, in Sold genommen werden, um den Landfrieden nachdrücklich zu wahren. Das Geld ist alsbald, und längstens bis zum Tage der heiligen Drei Könige 1464, zu zahlen, und sind bis dahin alle Einläufe nach St. Pölten abzuliefern.[1]

Auch auf die anderen Darlegungen der kaiserlichen Räte wurde von den Ständen repliziert. Sie erklärten bezüglich der abgewonnenen Städte und Schlösser, und überhaupt hinsichtlich aller Punkte, welche die Aussöhnung der Fürsten beträfen, denn in betreff der Bezahlung der Söldner, der Münzprägung, der Besoldung der Wiener Universitätsprofessoren, der Freibriefe für landesherrliche Schulden an ihren früheren Wünschen und Erklärungen festhalten zu wollen; in den anderen Punkten seien sie durch die Antwort der kaiserlichen Räte zufrieden gestellt.[2]

Immerhin waren die Dinge soweit gediehen, daß man gemeinsam an die Ausgleichung der Herzoge und die Versöhnung des Kaisers mit den Wienern schreiten konnte. Da wie dort standen sich die Ansichten schroff gegenüber.

In dreizehn Artikeln legten ferner die Wiener die Bedingungen vor,

---

[1] Vollständig gedruckt im Copey-Buch 375—377. Chmel, Mat. II. 270—271, bietet die Antwort ohne die beiden Schlußbemerkungen (bezüglich der Einhebung und selbständigen Verwaltung der Steuer durch die Stände) und wieder an ungehöriger Stelle (zu 1462). Dafür findet sich die letzte Notiz (Bestimmung des Termins zur Zahlung) bei Chmel, Mat. II. 273.

[2] Vollständig im Copey-Buch 373—375. Ein Bruchstück (die zweite Hälfte) bietet wieder Chmel, Mater. II. 273, ohne zu wissen, was damit anzufangen und mit groben Fehlern („von der land stet vnd gewaltig anlehen“ für „von d. l. stewr u. g. a.“ u. s. w.).

unter welchen sie für sich einen Frieden zwischen den Fürsten zustimmen könnten. Sie gingen darin weit genug, so daß auch die Stände sie mahnten, „die Sache so schwer nicht zu fassen". Die Bürger gaben aber nicht nach: Ihre Notlage dränge sie dazu; auch fügten sie bei, daß sie ohne den Erzherzog keinen Frieden mit dem Kaiser annehmen könnten.[1]

Hier hörten aber die Vollmachten der Unterhändler und des Bischofes von Gurk auf. Auch die Besprechungen mit den Räten des Erzherzogs waren nicht vorwärtszubringen. Nachdem man deshalb bis zum 20. Oktober getagt hatte, gaben alle die Hoffnung auf, in Tulln zu Ende zu kommen, und wurde beschlossen, binnen acht Tagen in Wiener-Neustadt wieder zusammenzukommen, um am kaiserlichen Hofe, wo sich jeden Augenblick die Entschließungen des Herrschers einholen ließen, die Verhandlungen fortzusetzen; der Waffenstillstand möge bis 25. November verlängert werden.

Diese Beschlüsse des Tullner Tages, welche eine Deputation von acht Mitgliedern der „Landschaft", die Prälaten von Melk und Göttweih, die Herren Rüdiger von Starhemberg, Pankraz von Plankenstein, Sigmund von Eizing und Georg von Seussenegg, die Boten von Krems und Stein an den Kaiser brachten, wurden genehmigt.[3]

Volle zwölf Tage dauerten noch in Wiener-Neustadt die Besprechungen. Mit dem Legaten und Georg Ramseider, dem Rate Erzbischof Burckards von Salzburg, gaben sich jetzt auch die Gesandten Herzog Ludwigs von Bayern, die unter der Führung des Kanzlers Martin Mair in Wiener-Neustadt weilten, die beiden Grafen Ulrich und Haug von Werdenberg, die Räte Markgraf Karls von Baden, Graf Adolf der Jüngere von Nassau, der für seinen Oheim, den Erzbischof von Mainz, zu dem Kaiser gekommen war, alle Mühe, eine Aussöhnung herbeizuführen. Der Kaiser hatte überdies den Domdechant von Bamberg, Hertnid vom Stein, und den Rat Markgraf Albrechts, den Ansbacher Chorherrn Stefan Scheuch, ausdrücklich gebeten, ihm zugleich mit den Mainzern mit ihrem Rate beizustehen.[3]

---

[1] Anonym. chron. Austriac. 236—237.

[2] Anonymus 237. Beheim, Buch von den Wienern 339. Es ist selbstverständlich, daß eine ähnliche Ständebotschaft auch bei dem Erzherzoge die Zustimmung zu den Tullner Beschlüssen einholte.

[3] Bericht Stefan Scheuchs an Markgraf Albrecht vom 29. Oktober 1463. Bamb. Archiv 1908, Nr. 102. Die Fürstengesandten weilten am kaiserlichen Hofe, um dessen Unterstützung bei der Ausführung des Details der Prager Verträge zu gewinnen. Bezüglich der markgräflichen und herzoglich-bayerischen s. u.

Aber die anfänglichen Friedenshoffnungen erfüllten sich nicht. War auch der Erzherzog in manchen Punkten zur Nachgiebigkeit bereit, so blieb der Kaiser dabei, daß seine Bedingungen unverändert angenommen werden müßten; ja er verschärfte sogar mehr und mehr die Forderungen. Noch weniger gelang es, seinen Groll gegen die Wiener zu besiegen, und für diese, was sie sehnlich wünschten, völliges Verzeihen und Vergessen zu erreichen. Am 9. November schied man resultatlos auseinander.[1]

Ein unerwartetes Ereignis hatte den plötzlichen Abbruch der Verhandlungen herbeigeführt. Die österreichischen Barone Stefan von Hohenberg, des Herzoges Siegelbewahrer, Heinrich von Lichtenstein, Veit, Albrecht und Reinprecht von Ebersdorff und Christoph von Pottendorff, die mit Ausnahme des letzteren schon vordem eine zweideutige Stellung eingenommen, wurden, als sie bis auf Pottendorff auch vom Tullner Tage fern blieben und überdies dem Erzherzoge mancherlei Umtriebe Hohenbergs im Schoße der Wiener Bürgerschaft kund wurden, plötzlich im Oktober aus ihren Ämtern als herzogliche Räte entlassen. Stolz wies Albrecht, während er bestrebt war, die Treugebliebenen um so fester an sich zu knüpfen,[2] die Versuche des Lichtensteiners und Veits von Ebersdorff, wieder zu Gnaden zu kommen, ab. Da erbaten sich die Barone unter Vermittelung des Grafen Sigmund von Pösing eine Zusammenkunft mit dem kaiserlichen Hauptmanne Ulrich von Grafeneck zu Ebersdorff, und brachten hier die dringende Bitte an ihn, sie mit dem Kaiser auszusöhnen.

Auf einer neuen Zusammenkunft zu Lichtenwörth nächst Wiener-Neustadt gaben darauf der Grafenecker und Andreas Baumkircher im Namen des Kaisers die Erklärung ab, daß die Herren sich persönlich um die kaiserliche Gnade bemühen müßten, und am 8. November ward Friedrich III. die Genugthuung, daß die mächtigsten Anhänger seines Bruders im Lande Niederösterreich sich ihm in Wiener-Neustadt zu Füßen warfen, und seine Verzeihung anflehten für all das, was sie gegen ihn verbrochen hätten; sie würden hinkünftig dafür mit Leib und Gut getreue Dienste thun.

Nun gab der Kaiser zwar nicht sofort eine endgültige Antwort.

---

[1] Zum Tage vergl. man außer dem erwähnten Berichte Scheuchs Beheim, 339—342, der betreffs des Friedenshindernisses mit dem unparteiischen Anonymus 238 zum Teile im Widerspruche steht. Ebendorfer 980.

[2] Die Verleihung des Diembergs mit Umgebung an das Stift Klosterneuburg vergl. Chmel, Material. II. 275; seine Aussöhnung mit Stefan von Eizing, vergl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 823.

Aber immerhin nahm er die Herren freundlich auf und sagte ihnen seine Gnade zu. Es lag darin doch eine Verschiebung der Parteiverhältnisse, welche der Waffenstillstand ausschließen sollte, und das war es, weshalb die herzoglichen und Wiener Gesandten in tiefer Erregung am nächsten Tage den kaiserlichen Hof verließen.[1]

Trotzdem stellten der Bischof Domenico und die Markgräfin von Baden ihre Friedensarbeit nicht ein. Man mußte vor allem anderen dafür sorgen, daß die Waffenruhe verlängert werde. Der Legat begehrte deshalb vom Kaiser nachdrücklichst, daß er die abtrünnigen Herren wenigstens nicht sofort in Gnaden aufnehmen möge,[2] weil sonst von dem Erzherzoge die Verlängerung des Friedens bis zum 2. Februar 1464, wie man wünschte,[3] nicht zu erreichen sei. Als dies zugesagt war, begab sich der Bischof am 15. November persönlich nach Wien, und ihm und den Herren Sigmund Eizinger von Eizing und Georg Seussenecker, welche die Landschaft schickte, gelang es, den Erzherzog und die Wiener für den Stillstand zu gewinnen. Auch die Abhaltung eines neuen Tages der gesamten Landschaft zu Hadersdorf wurde für den 13. Dezember in Aussicht genommen. Nochmals aber hatten es Albrecht und die Bürgerschaft, die durch zwanzig Männer aus ihrer Mitte bei den Verhandlungen vertreten war, für unerläßliche Bedingung erklärt, daß die gegenwärtige Parteistellung nicht geändert werde.

Vom Herzoge bis vor das Stadtthor begleitet und mit dem Propste von Preßburg, der, bald nach dem mißglückten Holzer'schen Anschlage ergriffen und festgehalten, nun endlich frei ward, kehrte der Legat nach Wiener-Neustadt zurück.

Aber es schien, als ob alles sich vereinige, den Frieden in Österreich geradezu unmöglich zu machen. Im neuen Eifer, dem Kaiser zu dienen, hatten der von Lichtenstein und seine Genossen einen Tag nach Ebenfurt angesagt und auch die Wiener hingeladen: Gelang es, auch sie zum Parteiwechsel zu bringen, so war des Erzherzogs Sache im ganzen Lande aussichtslos. Nun wiesen zwar die Bürger die Verhandlung ab und der Tag unterblieb ganz, aber der Kaiser nahm dafür, die Gesinnung der

[1] Anonym. chron. Austriac. 238 ff., der sich hier sehr gut unterrichtet zeigt, auch von nun an eine entschieden kaiserfreundliche Haltung annimmt; Beheim 345—346 u. s. w.

[2] Sein und der anderen Vermittler Brief an den Erzherzog vom 9. November im Copey-Buch 358.

[3] Vgl. des Legaten zweiter Brief vom 23. November 1463, 359.

Herren ehrend, dieselben wirklich zu Gnaden auf,[1] und untersagte zugleich allen Getreuen den Besuch des Hadersdorfer Landtages.[2]

Der Stillstand war so verletzt, ehe er noch eigentlich begonnen, der Erzherzog durchaus im Rechte, wenn er jede weitere Verhandlung verweigerte. Aber seine Geldnot und die Haltung der Wiener gestatten ihm nicht, empfindlich zu sein. Jene war so groß geworden, daß er bereits daran denken mußte, das edle Metall der Kirchen Wiens in die Münze zu schicken,[3] die Bürger aber, noch eben infolge der Verhandlungen mit dem Legaten hoffnungsfreudig, wurden ganz verzagt, als sie von neuen Friedenshindernissen hörten. Sie wären zufrieden, ließen sie dem Fürsten hinterbringen, wie immer er den Frieden abschließe; den Krieg aber vermöchten sie auf die Länge nicht mehr auszuhalten.[4]

Da blieb ihm trotz des Geschehenen keine lange Wahl. Von dem Legaten und seiner Schwester gedrängt, willigte der Erzherzog in eine Waffenruhe bis zum 2. Februar 1464, und am 23. November verkündigte ihm der Bischof von Torcello auch die in sicherer Aussicht stehende Zustimmung des Kaisers, damit Albrecht seinen Pflegern und Hauptleuten rechtzeitig die Fortdauer des Stillstandes mitteile.

Es war voreilig. Dem Bruder gegenüber, der ihn so tödlich verletzt, gegen seine Person und seine Herrscherpläne sich zum Werkzeuge der Gegner gemacht hatte, zeigte der Kaiser jene Unbeugsamkeit und Härte, der kaum die zwingendste äußere Not eine Rücksicht abzunötigen vermag: Solle der Waffenstillstand gelten, so ließ er in letzter Stunde dem Legaten eröffnen, so müsse der Erzherzog sich verpflichten, in der Zwischenzeit auf die in Tulln bewilligte Landsteuer keinerlei Anspruch zu erheben, überhaupt von des Kaisers Parteigängern in Niederösterreich keine Abgabe zu erheben; der Propst von Preßburg muß bis Ostern 1464 auf gebührende Weise betagt werden; alle Gefangenen, die am vergangenen Osterabende[5] in Albrechts Hände gefallen, sind freizugeben.[6]

So unbillig der Bischof diese Forderungen fand, zumal unter den jetzigen Umständen, der Kaiser hielt sie hartnäckig fest. Domenico kam in diesen Tagen gar nicht bei ihm vor.

---

[1] Anonymus 246—247. Brief Hertnids vom Stein an Markgraf Albrecht von Brandenburg vom 23. November im Bamb. Archiv 1908, Nr. 272.

[2] Anonymus 260. [3] Beheim 351—352.

[4] Brief Hertnids vom Stein an Markgraf Albrecht vom 23. November.

[5] Bei Holzers mißglücktem Anschlage.

[6] Nach des Legaten Schreiben an den Erzherzog s. d. (25.—27. [?] November) im Copey-Buch 359—361.

Die letzte schwache Hoffnung, den Frieden zu erlangen, beruhte somit darauf, daß die Markgräfin von Baden, die bei dem jüngeren Bruder in Wien weilte, ihn durch freundliche Zusprache bewege, mit wahrhafter Selbstüberwindung dem zürnenden Kaiser nochmals entgegenzukommen.

Und in der That erfahren wir, daß der Erzherzog am 29. November eine neue Gesandtschaft nach Wiener-Neustadt abordnete. Aber ehe diese noch etwas auszurichten vermochte, wurde der Streit um Österreich anderswo entschieden.

Am 28. November, — es war ein rauher nebliger Wintertag, — klagte Albrecht, von einem Besuche bei der Markgräfin, die er nicht zu Hause gefunden, in die Hofburg heimkehrend, über Frost und Müdigkeit. Doch aß er wie gewöhnlich, ja da ihm frischgebackene „Nespeln"[1] wohlschmeckten, noch mehr als sonst. Eine ruhelose Nacht, heftige Verschlimmerung seines Zustandes waren die Folge.

Trotzdem hielt der Erzherzog seinen Mut aufrecht. Er wollte nichts davon wissen, daß er krank sei, noch weniger von einem Arzte. Erst als ihm eine Beule unter der Achsel aufschoß, sein Leib anschwoll, wurde nach seinem Wunsche der betagte Michael Schrick gerufen. Aber seine geringe Kunst kam zu spät. Am Morgen des 2. Dezember war Albrecht VI. von Österreich eine Leiche.[2]

Man wußte in der Stadt kaum von des Herzogs Erkrankung, als auch schon die Nachricht von seinem Tode durch die Straßen flog. Sinnlos brach die Markgräfin von Baden bei der Meldung zusammen.

Wie gewöhnlich bei plötzlichem Hinscheiden fürstlicher Personen sprach man von einer Vergiftung. Aber der Erzherzog war wohl eines der letzten Opfer jener schrecklichen Seuche, die im vergangenen Jahre in Wien gehaust hatte, und noch immer Bayern und Schwaben, Meißen und Thüringen, Böhmen, Schlesien und Niederdeutschland verheerte.[3]

Mit der Frau von Baden beklagten alle, die um Albrecht gewesen

---

[1] Frische Kuchen in Butter gebacken.

[2] Vor allem nach der getreuen Schilderung des erzherzoglichen Thürhüters Hanns Hierßmann bei G. Th. v. Karajan, Kleinere Quellen zur österreichischen Geschichte 23 ff.

[3] Den ansteckenden Charakter der Krankheit bezeugt, abgesehen von Hierßmanns Angaben, der Umstand, daß die Markgräfin den Bruder während seiner Krankheit nicht besuchte.

waren, und trotz allem auch die Mehrheit der Wiener Bürgerschaft aufrichtig den Verstorbenen.[1]

Der Kaiser hatte eben jetzt ernstlich mit der Gesandtschaft seines Bruders verhandelt. Er wollte Albrecht für die Rückabtretung der in Niederösterreich gewonnenen Städte und Burgen und die Regierung von Oberösterreich 150000 Gulden zahlen, wovon 50000 Gulden durch goldene und silberne Pfänder sichergestellt, 50000 Gulden aus der niederösterreichischen Landessteuer bar bezahlt und der Rest auf die Reichstädte, von denen jährlich 24000 fl. der kaiserlichen Kammer zuflossen, angewiesen werden sollte.[2] Das war jetzt alles überflüssig.

Am Luzientage (13. Dezember) berieten die Stände des Landes unter der Enns zu Hadersdorf, die Oberösterreicher zu Linz über ihr Verhalten bei solcher Veränderung der Sachlage.[3] Zwar hatte der Kaiser zürnend ob der Eigenmächtigkeit der Stände den Hadersdorfer Tag widerboten, und natürlich auch keine Räte geschickt; die Oberösterreicher konnten der Einladung der Linzer Zusammenkunft wegen ebenfalls nicht nachkommen. Aber der Beitritt der Landherren, die zu Tulln gefehlt, zu den Hadersdorfer Beschlüssen,[4] die Bereitwilligkeit aller, den Kaiser als Erbherrn aufzunehmen, was ihm eine besondere Gesandtschaft verkündete, wirkten rasch beschwichtigend.

Dagegen blieben die Verhältnisse in Oberösterreich noch schwankend. Auch Herzog Sigmund von Tirol zeigte sich geschäftig, seine Ansprüche auf das Land zu wahren. Sofort auch, noch ehe er auf die Meldung vom Tode seines Vetters seine Entschlüsse gefaßt, trat sein Rat Hildbrand Rasp, der in den unteren Landen weilte, für den Anschluß an Tirol ein. Doch wurde soviel erreicht, daß beide Herren gemeinsam einen Landtag

---

[1] H. Hierßmann 43ff. Anonymus 255—256. Th. Ebendorfer schließt mit einem Klagegesang auf Herzog Albrecht:

„Austria caute vide, qui post te rite gubernet,
Lux tua jam cecidit, archidux ipse tuus“ etc.

seine Chronik. Die bei Pez 985—986 nachfolgende Passauer Bischofsreihe hat damit nichts zu thun.

[2] Anonym. chron. Austriac. 253—254. Vgl. den Brief Hertnids vom Stein an Markgraf Albrecht vom 23. November im Bamb. Archiv l. c. Die Aussichten auf Verständigung waren danach noch immer sehr gering.

[3] Nach dem Berichte Hildbrand Rasps an Herzog Sigmund von Tirol vom 17. Dezember. Chmel, Mat. II. 276—277.

[4] Dieselben neben mehrfachen Zusätzen abgedruckt im Copey-Buch 382—389. Vergl. Chmel, Reg. II. Anhang CLIX—CLXI mit dem Verzeichnisse der am Tage Anwesenden und Anonymus 261—264.

auf den 2. Januar nach Linz einberiefen. Wenn auch langsam nach des Kaisers Art und nicht ohne mehrfache Störung ordneten sich schließlich auch hier die Dinge zu Gunsten Friedrich III.

Um so ernstlicher konnte er sich dem großen Projekte zuwenden, das allmählich die deutschen Fürstenhöfe zu beschäftigen anfing und, zunächst von Böhmen ausgehend, später besonders vom Landshuter Kanzler Martin Mair gefördert wurde.

Nach Schluß des Prager Tages blieben die Herren im Reiche monatelang den kleinen und kleinsten Obliegenheiten der Territorialmachthaber hingegeben. Über das Geleite und die Wildbahn nächst Lauf, die Gefälle zu Truhending[1] u. s. w. ergaben sich zwischen Markgraf Albrecht von Ansbach und dem Landshuter Herzoge mancherlei Schwierigkeiten. Noch im November stand der Spruch wegen der vom Markgrafen Ludwig gebrauchten Schmähworte beim Kaiser: erst am 26. setzte dieser einen Termin auf den Montag nach Oculi 1464 (25. März) an.[2] Auch die Entscheidungen in den Streitsachen, die dem Bischofe von Eichstädt zugewiesen waren, ließen auf sich warten. In allen diesen Dingen suchten sowohl der Markgraf,[3] der daneben bestrebt war, sein Verhältnis zu Kurfürst Adolf von Mainz und Ludwig dem Schwarzen von Veldenz möglichst innig zu gestalten, als auch Herzog Ludwig und die anderen beteiligten Fürsten Unterstützung bei dem Kaiser. Nicht minder gingen auch die Botschaften in Angelegenheit der bei Seckenheim gefangenen Herren und ihrer Verträge mit dem Pfalzgrafen am kaiserlichen Hofe ab und zu.[4] Von allen Seiten kamen dem Reichsoberhaupte freundliche Erbietungen.

Allmählich gelang es so Kaiser Friedrich, von der Stellung eines Parteihauptes im Reiche, in die ihn die letzten Kämpfe gedrängt hatten, von der engen Allianz mit dem von Bayern bekriegten Markgrafen von Ansbach, seinem Vasallen, sich wieder zur Würde des über den Fürstengruppen stehenden Herrschers zu erheben und auf die Geschicke des Reiches einen beträchtlicheren Einfluß, wenigstens in moralischer Hinsicht, zu üben.

[1] Es mußte darüber, wie eine Reihe von Korrespondenzen des Bamb. Archives zeigt, die Intervention des Königs von Böhmen angerufen werden.

[2] Kopie des kaiserl. Benennungsbriefes für Markgraf Albrecht im Bamb. Arch. 1908 (des märk. Kat.), Nr. 133.

[3] Man beachte die eingehende Instruktion, die er dem nach Wiener-Neustadt ziehenden Stefan Scheuch schon am 6. September zustellen ließ. Bamb. Archiv 1908, Nr. 86. Dort auch die weiteren Korrespondenzen über vielfache von Albrecht erhobene Entschädigungsansprüche.

[4] Man vergl. oben S. 455.

Das ist auch jener Moment, der ihn einen Augenblick hoffen ließ, seine Stellung im Reiche und damit zugleich die Bedeutung des deutschen Königtumes dauernd bessern zu können. War ja der weitsehende Reformplan, der ihm jetzt von den Fürsten beider bisherigen Parteien, wie es schien einträchtigen Sinnes, unterbreitet wurde, wesentlich von Böhmen und Landshut entworfen und gefördert, jenen Häusern, die so lange gegen ihn arge Hinterlist geübt oder geradezu in Waffen gewesen waren.

Der Gedanke einer Konföderation der mächtigeren Fürsten des Reiches mit dem Kaiser, der freilich darin ursprünglich mehr als koordiniertes Bundesglied denn als Reichsoberhaupt erscheint, war nach allem einer der vielen Gegenstände, welche von König Georg und Albrecht von Brandenburg bei dessen Besuche am Prager Hofe im Februar 1463 unter dem Eindrucke ihrer neu geschlossenen Freundschaft erörtert wurden.[1] Es erschien beiden Fürsten als die stärkste Garantie gegen die Wiederkehr von Kriegsstürmen im Reiche, wie die eben bestandenen, wenn die Häupter der hervorragendsten Fürstenhäuser ihre Sonderbestrebungen und Aufgaben in Eintracht regelten, und allen anderen Gewalten im Reiche gegenüber zur gemeinsamen Handhabung der Ordnung sich verbanden.

Schon während des Wiener-Neustädter Tages wurde die Sache zwischen den böhmischen und markgräflichen Boten weiter erörtert, auch von letzteren, wohl nur gelegentlich und vorsichtig, an den Kaiser gebracht. Aber Friedrich III., damals mit den Händeln in Österreich und mit den wittelsbachischen Fürsten belastet, nahm die Sache ungnädig auf. So wurde das Projekt vertagt.[2]

Als aber dann während des Prager Tages der König von Böhmen die Sache selbst in die Hand nahm und die Verhandlungen zum Frieden führten, da ließen sich auch die kaiserlichen Gesandten in Erörterungen über das Reformprojekt ein,[3] während Martin Mair, der Kanzler Herzog Ludwigs, ihn geradezu mit Freuden begrüßte;[4] von jeher waren ja dem Heidelberger Doktor große Entwürfe sympathisch.

---

[1] Ergiebt sich wohl daraus, daß die ansbachischen Gesandten über ihre bezügliche Beredung mit den böhmischen Räten über diese Angelegenheit auf den nachfolgenden Wiener-Neustädter Tage (April—Mai 1463) als von einer bekannten Sache berichten.

[2] Man s. das Schreiben Markgraf Albrechts an Jobst von Einsiedel vom 11. Juni 1463. Bamb. Archiv Nr. 4, fol. 10b, ebenso Kaiserl. Buch 99.

[3] Nach dem erwähnten Briefe des Markgrafen an Jobst von Einsiedel.

[4] Daß aber nicht Martin Mair der Urheber des ganzen Projektes ist, wie man glaubte und es nach der späteren Thätigkeit Mairs am kaiserlichen Hofe annehmen

Den wesentlichen Punkten der böhmischen Reichsreformvorlage war eine Reihe allgemeiner Bemerkungen über den Stand der deutschen Dinge vorangeschickt, die, wenn auch an sich keineswegs als neu, doch unbedingt als zutreffend anerkannt werden mußten. Trotz der Erfolge des jetzigen Prager Konventes, hieß es, bleibe der Reichsfriede gefährdet durch die Weiterungen des Königs von Böhmen mit dem Papste, die Streitsache des Herzogs Sigmund von Tirol und des Kardinals von Brixen, den Kampf um den Mainzer Bischofstuhl. Leicht könnten daraus neuer Krieg und noch größeres Unheil entstehen. Dazu kämen die kleinen Fehden im Reiche, allerlei Selbsthilfe, Raub, Mord und Brand, dadurch herbeigeführt, weil man umsonst Recht bei den Gerichten suche, diese nicht bestellt seien, wie es die Notdurft erfordere. Es erwachse ferner den Unterthanen des Reiches schwerer Schaden aus der geringen Münze, wie sie seit langer Zeit an vielen Orten geschlagen werde. Da zu besorgen sei, daß diese Übelstände gerade jetzt, nachdem man in Prag den Frieden gewonnen, recht schreiend hervortreten dürften, so liege die Erwägung nahe, daß, wenn nicht der Kaiser als des Reiches Oberhaupt auf Gegenmittel sinne, Fürsten und Städte notgedrungen daran gehen würden, Einungen und Landfriedensbünde aufzurichten; schon jetzt verlaute ja hier und da, daß man solches plane und Hauptleute zur Wahrung des Friedens bestellen wolle. Man denke dabei zwar nicht daran, etwas gegen des Kaisers Hoheitsrechte zu thun, aber von selbst werde es sich ergeben, daß dann die Unterthanen des Reiches nicht vor seinem Gerichte und an seinem Hofe, sondern bei jenen Einungen und Friedensbünden ihr Recht suchen und wahren. Dies dürfte dem Kaiser aber sehr unangenehm werden und, selbst wenn er es mit dem Schwerte zu verhindern gedächte, den gänzlichen Verfall seines Ansehens herbeiführen.

Der König stellt deshalb folgende Anträge: Zunächst werden bevollmächtigte Räte des Kaisers, Herzog Ludwigs von Bayern, des Pfälzer Kurfürsten und Markgraf Albrechts von Brandenburg mit den seinigen zu Martini hier in Prag eine geheime Vorberatung pflegen; er wolle da den Versuch machen, die Pfalzgrafen mit dem Kaiser auszusöhnen und die Bestätigung Erzbischof Ruprechts von Köln zu bewirken; dieses könnte etwa in der Weise geschehen, daß der Pfalzgraf und Erzbischof Ruprecht sich verschreiben:

1) In Hinkunft den Kaiser als ihren rechten Herrn und des Reiches Oberhaupt, wie es sich zieme, zu betrachten.

könnte, bedarf bei genauerer Prüfung des ursprünglichen Entwurfes, der so nur von Georg von Böhmen ausgehen konnte, keines Beweises. Vgl. übrigens unten.

2) Nichts zu thun, was gegen des Kaisers Ehre und Würde ist, ihm vielmehr, sobald er zur Ordnung des Gerichtswesens im Reiche und zu sonst notwendigen Reformen sich entschließt, getreulich beizustehen.

3) Ihre Willebriefe umsonst dazu zu geben, wenn der Kaiser etwa dem Herzog von Burgund oder dem von Mailand die Bestätigung erteilen und ihnen ihre Regalien leihen wird.

4) Dagegen möge der Kaiser die Arrogation Pfalzgraf Friedrichs anerkennen, und ihn mit den Regalien und allem ausstatten, was er vom Reiche hat.

Der König gedenke ferner, sobald dies gelungen sei, dafür zu sorgen, daß auch Herzog Ludwig mit dem Kaiser hinsichtlich der verpfändeten Kleinodien aus dem österreichischen Hausschatze, der Stadt Donauwörth und des dort zu errichtenden Zolles sowie betreffs der Verleihung des Erzhofmeisteramtes im Reiche an den Herzog sich ausgleiche. Ist auch dies gelungen, soll „eine freundliche Einigung und Verständigung" zwischen den fünf Fürsten beschlossen, verbrieft und besiegelt werden, und dann möge man einen allgemeinen Reichstag auf Reminiscere 1464 (26. Februar) nach Eger berufen und Sorge tragen, daß er möglichst zahlreich, vor allem auch von dem Herzoge von Mailand besucht werde.

Die Gegenstände, welche in Eger zur Verhandlung gebracht werden sollen, sind auf dem vorhergehenden Prager Martinitage festzustellen. Ja der König erlaubt sich schon jetzt als die Aufgabe der Egerer Reichsversammlung zu bezeichnen:

1) Daß der Kaiser ihn mit dem Papste, den Herzog Sigmund von Tirol mit dem Bischofe von Brixen und der Kirche und die beiden Elekten von Mainz unter einander versöhne; doch möge zuvor der Herzog und die streitenden Bischöfe ausdrücklich verpflichtet werden, der weiter zu beschließenden Reformation im Reiche zuzustimmen. Diese geschieht aber: a) Indem man in Eger einen allgemeinen Landfrieden annehmen lasse. Um diesen möglich zu machen, werden die kaiserlichen Gerichte nach Gebühr besetzt und verhalten, ordnungsgemäß zu fungieren; ihren Urteilen muß ein jeder bei hohen Pönen entsprechen, und der König und die übrigen Fürsten haben die Pflicht, den Kaiser bei Handhabung seiner Gerichte zu unterstützen. b) Um die Auslagen für Gerichte und Landfrieden aufzubringen, wird im ganzen Reiche eine Kopfsteuer erhoben, und zwar zahlt jeder, der über 14 Jahre alt ist, männlich und weiblich, jährlich einen Groschen, jeder Jude, der nicht ein „Schallät-Jude" ist, zwei Gulden, jedes geistliche Gut gleichfalls eine bestimmte Abgabe. Die Fürsten, die in der Einung sind, außerdem etwa die Herzoge von Sachsen, erhalten

von den Groschen, die in ihren Landen eingehen, einen Anteil. Alles Übrige fällt dem Kaiser zu. Die Steuer wird vorerst auf 3 Jahre bewilligt. c) Der Kaiser soll zur Verbesserung der Münze an 30 oder 40 Orten im Reiche ein neues taugliches Geld prägen lassen und dadurch aller Unordnung und Schädigung durch die Münze ein Ende machen. Fürsten und Städte, denen das Münzrecht zusteht, dürfen nur gleichwertige Pfennige schlagen; der König und die anderen Fürsten der Einung werden in den verschiedenen Gebieten des Reiches darüber wachen; jede Fälschung wird hart bestraft. d) Weitere Einkünfte ließen sich gewinnen, wenn man in den Reichsstädten einen Zoll von allen erhebe, die zum Besuche der Jahrmärkte kommen. Auch von diesem Gelde möge den Fürsten, die in der Nähe der Städte sitzen, und dem Könige von Böhmen ein Anteil werden.

Der Entwurf schlägt weiter vor, daß

2) die Einungsfürsten sich verpflichten, bis zum Tage von Eger soviel als möglich im Interesse der Reform thätig zu sein und ihr überall Freunde zu gewinnen. Würde die Reichsversammlung aber trotzdem widerstreben, so solle der Kaiser obige Gesetze von Amts wegen dekretieren, und die Fürsten der Einung sie Hand in Hand mit ihm zur Ausführung bringen. Es sei nicht zu bezweifeln, daß die Mittel der verbündeten Herren dazu ausreichten: Könnte ja wohl die Entziehung des Geleites allein schon genügen, um die Reichsstädte gefügig zu machen.[1]

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Reformentwurf einen neuen Schachzug der böhmischen Politik Rom gegenüber bedeutete. Zur selben Zeit, zu der der König durch die Gründung eines europäischen Fürstenbundes und seines von Kaiser und Papst unabhängigen Bundesrates die Offensive gegen die Kurie ergriff, wollte er sich eine starke Defensiv-

[1] Der Entwurf bei Palacky, Urkundl. Beiträge ꝛc., Font. rer. Austriac. XX. 313—319, Nr. 310. Für den Ursprung des Projektes ist eine direkte Äußerung des Bayerherzogs zu erwähnen, die sich in einer Instruktion für den zu Verhandlungen mit dem Kaiser bevollmächtigten Passauer Bischof findet. Man vergl. v. Stockheim, Urk. u. Beil. 696—700, Nr. CLIX: „So sey durch vnnsern herrn Kunig zu Beheym den Rorbacher vnd maister Marttein Mair ain verzaichnuß zu Prage beschehen, wo die furganck gehabt hette, so ware vnserm herrn dem kaiser ere vnd nutz in dem heiligen reich frid vnd einigkeit dauon entstanden ꝛc., vnd als nun maister Sigmund (Drechsler) seliger die sach an vnnsern herrn kaiser vnd maister Merttein an vnnsern herrn pfaltzgrauen vnd hertzog Ludwigen bracht haben, die herren all daran ein geuallen gehabet, als sich dann auss den briefen, die der kaiser, pfaltzgraue vnd hertzog Ludwig dem kunig zu Peheim geschriben haben, erfindet ꝛc." Auf die ursprüngliche Fassung des Planes hat wenn irgend einer der deutschen Fürsten, so Markgraf Albrecht, Einfluß gehabt, wie die obige Darstellung schließen läßt.

stellung verschaffen. Wie dort der Türkenkrieg, so sollten hier Pazifikation und Reichsreform dazu dienen, um die Beseitigung aller kirchlichen Irrungen in Böhmen als ein wesentliches Interesse der gesamten Christenheit und speciell Deutschlands darzustellen, woraus sich von selbst ergab, daß Kaiser und Reichsstände dafür eintraten. Aber war es nicht doch eigentlich widerspruchsvoll, dort das Haupt des Deutschen Reiches aus der Reihe der dirigierenden europäischen Monarchen förmlich ausschließen zu wollen und hier im Vereine mit ihm an des Reiches Besserung, die auch eine Kräftigung der Obergewalt bringen sollte, zu arbeiten? Und wie unberechtigt und naiv war es, wenn der König seinen Streit mit Papst Pius II. mit der Tiroler Kirchenfehde und dem Kampfe Diethers von Isenburg gegen seinen von der Kurie unterstützten Gegner auf eine Linie brachte! Oder standen sie trotz allem als Verfechter berechtigter staatlicher Interessen und als Widersacher hierarchischer Willkür in ihrem jetzigen Kampfe mit Rom nicht moralisch und persönlich hoch über ihm, der doch nur in den Konflikt geraten war, weil er mit allen Mitteln hinterher verweigerte, was er einst willig zugeschworen hatte?

Natürlich erklärten auf die Mitteilung des Entwurfes im August 1463 zu Prag die kaiserlichen und fürstlichen Gesandten, daß sie für solche Dinge keinerlei Vollmacht hätten; sie wollten aber die Sache an ihre Herren bringen. Bei den Vorteilen, die der Entwurf der fürstlichen Nobilität überhaupt und den fünf Mitgliedern der Einung besonders zudachte, war es ferner begreiflich, daß der böhmische Plan mancherlei Hoffnungen erweckte und eifrig erwogen ward.[1] Wir finden aber nicht, daß man irgendwo besonders rasch zur Ausführung gedrängt hätte.

Der Kaiser äußerte sich nach seiner Weise nur allgemein zustimmend. Aber er willigte, scheint es, doch gleich in die Prager Vorberatung,[2] und später beschied er auf Oculi 1464, weil ein Reichstag zu Eger Widerspruch fand, die Räte Böhmens, Brandenburgs und Bayerns an seinen Hof, da er die Aussöhnung des Königs mit dem Papste bewirken und auch wegen der unziemlichen Worte seinen Spruch thun wolle.[3] Es war seine Absicht, statt zu Eger oder an einem anderen Orte die entscheidende

---

[1] Man vgl. Font. rer. Austriac. XX. 319—322, Nr. 311.

[2] Der Tag stand bereits im September fest, wie die Instruktion der markgräflichen Gesandten dafür im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 87 bezeugt.

[3] Dazu war er aber bereits, wie oben gezeigt wurde, nach früheren Abmachungen mit dem Könige entschlossen. Font. rer. Austriac. XX. 319, Nr. 311. Vergl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 298. Die Ankündigung des Spruches über die „unziemlichen" Worte erfolgte am 26. November. Bamb. Archiv 1908, Nr. 133.

Reichsversammlung in Wiener-Neustadt tagen zu sehen, was dann auch wirklich geschah.

Und gleich vorsichtig war die Haltung des Pfalzgrafen, des Markgrafen von Brandenburg-Ansbach, des Landshuter Herzogs, der nach langen Bemühungen bei den Reichsstädten eben jetzt im Begriffe war, eine weitreichende Vereinigung oberdeutscher Herren und Städte aufzurichten. Sie alle ließen des neuen Planes wegen ihre eigenen Wünsche nicht beiseite.

Schon suchte Markgraf Albrecht nicht bloß Versöhnung, sondern Bündnis und Einung mit den Herren von Bamberg und Würzburg,[1] er unterstützte Baden und Württemberg auch noch jetzt bei den Bemühungen, Erleichterung der mit dem Pfälzer geschlossenen Verträge durch den Kaiser zu erreichen, er wahrte sich des Kaisers Gunst durch Hilfeerbietung gegen die Venetianer,[2] und während er sich einerseits mit Friedrich dem Siegreichen aussöhnte,[3] war er auf der andern Seite geschäftig, nach dem Wunsche König Georgs die alte Verbindung Böhmens mit Kurmainz wieder zustande zu bringen,[4] eine Sache, die um so eher gelang, als der Markgraf für den Fall des Wiederausbruches der Stifsfehde Erzbischof Adolf bewaffnete Hilfe aus Böhmen in Aussicht stellen durfte und wirklich darüber eine Zusage seitens des Königs geschah.[5] Als dann am 5. Oktober unter Vermittelung des Landgrafen Heinrich von Hessen im Felde von Zeilheim ein Separatvertrag zwischen Diether von Isenburg und Adolf von Nassau geschlossen wurde und der erstere gegen bedeutende Besitzungen und Einkünfte aus dem Stiftsgute dem glücklicheren Gegner das Kurfürstentum überließ,[6] konnte man am markgräflichen und böhmischen Hofe um so mehr zufrieden sein: Eine der Vorfragen für die Reichsreform hatte so glücklich ihre Lösung gefunden.

---

[1] Instruktion des zu den Bischöfen gesandten Dr. Peter Knorr im Bamb. Arch. 1908 (des märk. Kat.), Nr. 151.

[2] Stefan Scheuch am 29. Oktober aus Wiener-Neustadt an den Markgrafen im Bamb. Archiv 1908, Nr. 102.

[3] Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 406.

[4] Kaiserliches Buch 93—94. Der Brief gehört in den September 1463, wie die Antwort Jobsts von Einsiedel vom 1. Oktober bezeugt. Diese im Original und Kopie im Bamb. Archiv 1908, Nr. 100 und 84.

[5] Vgl. den vorerwähnten Brief Jobsts von Einsiedel an Markgraf Albrecht vom 1. Oktober 1463.

[6] Den Vertrag bei Joannis, Rerum Moguntin. Scriptor. II. 291 ff. Vergl. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 406. Der Vertrag vom 1. Juni 1463, der den Zeilheimer Abmachungen zu Grunde lag, bei v. Stockheim 671—678, Nr. CLII.

Aber auch der Landshuter Herzog blieb nicht müssig. Man kennt seinen Plan, die Reichsstädte, die ihm im letzten Kriege mit den Waffen begegnet waren, von denen aber ein Teil alte Beziehungen zum Hause Bayern hatte, für den Anschluß an seine fürstlichen Freunde und die Herstellung einer Friedensliga zu gewinnen, die ihm, dem mächtigsten im Bunde, eine maßgebende Rolle im Süden des Reiches zuwenden mußte. Ernstlicher als zuvor wurde nach Schluß des Prager Tages darüber verhandelt; es geschah mit solchem Erfolge, daß der Ansbacher Markgraf in helle Eifersucht geriet. Seine Räte Georg von Absberg und der Kaplan Wenzel Remann, welche Stefan Scheuch gegen die Mitte des September an den kaiserlichen Hof nachzogen, erhielten denn auch neben vielfachen Aufträgen, die sich besonders auch auf den Prager Martinitag bezogen, die Weisung, den Kaiser auf die bayerischen Umtriebe aufmerksam zu machen, und einen Befehl an die Städte, in keine fremde Einung zu gehen, auszuwirken.[1]

Nun erfuhr zwar der Markgraf bald, daß zunächst außer einigen kleineren Orten nur die Städte Ulm und Nördlingen, „an der jeder der kleinen Städtlein eine hängt", mit dem Herzoge eins geworden sein. Aber er schrieb doch neuerdings nach Wiener-Neustadt, daß „Herzog Ludwig nicht aufhöre zu arbeiten", und verlangte, daß der Kaiser nicht säume, einzuschreiten.[2] In der That war aber bereits am 4. Oktober ein kaiserliches Mandat an alle freien Städte des Reiches ergangen. Indem der Kaiser jenen, „die in des Reiches Hilfe gewesen sind", fleißigen Dank sagte für ihre getreuen Dienste, gebot er ihnen und den 22 anderen fränkischen und rheinischen Kommunen, sich ohne sein Wissen und Willen in keinerlei Bündnis, Verständigung oder Gelöbnis mit irgend jemanden einzulassen, da er allein ihr rechter Herr sei, und sie als solcher vertreten und schirmen wolle.[3]

Trotzdem schritt die bayerische Politik siegreich voran. Während wir betreffs des auf Martini nach Prag angesagten Tages nur erfahren, daß Markgraf Albrecht Herrn Heinrich von Aufseß und wieder Dr. Georg von Absberg schickte, während der kaiserlichen und bayerischen Räte keine

[1] Zwei Bruchstücke aus ihrer Instruktion im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 86 und 87. Die Instruktion selbst ist schon am 6. September ausgestellt.

[2] Das Schreiben zum Teile bei Höfler, Kaiserl. Buch 93. Es gehört in den Oktober—November 1463.

[3] Schreiben des Kaisers an „die, so in des Reiches Hülfe gewesen sind", im Bamb. Archiv 1906, Nr. 126[b]. Ebendort das Schreiben an die Aachener 126[a].

Erwähnung geschieht,[1] pfalzgräfliche wenigstens angekündigt waren,[2] während die Brandenburger dem der Pest wegen in Glatz weilenden Könige willig nachritten und, von Podiebrad sehr freundlich aufgenommen, „nach allem Willen abschieden", nachdem beschlossen worden war, die Bündnisangelegenheit neben anderen Dingen auf einem Tage zu Nürnberg zu Oculi 1464 (4. März) ins reine zu bringen,[3] versammelte Ludwig von Landshut einige Wochen später eine Anzahl Fürsten- und Städteboten zu Höchstädt an der Donau um sich, und legte ihnen den Entwurf eines Landfriedens vor, der ungeteilten Beifall fand. Es wollten die verbündeten Fürsten und Städte, hieß es darin, hinkünftig weder selbst gegen einander kriegen, noch den ihren oder anderen irgend welche Schädigung der Einungslande gestatten; etwaige Streitigkeiten zwischen den Teilnehmern werden nach den eingehenden Bestimmungen, die der Vertragsbrief enthält, friedlich ausgetragen; es solle aber mit dem Bunde niemandem an seinen Freiheiten und Gerechtigkeiten Eintracht geschehen; wird ein Mitglied der Einung angegriffen, so haben die anderen auf Ermahnung oder sobald sie das innere werden, unverzüglich zu Hilfe eilen; ausgenommen sind allein Kaiser und Papst, doch will Herzog Ludwig auch den König von Böhmen ausnehmen.

Man beschloß, daß Landshut den Erzbischof von Salzburg, den Pfalzgrafen, die Herzoge von München, Albrecht und Sigmund von Österreich, die Bischöfe von Würzburg und Bamberg, die Grafen Ulrich und Eberhard von Württemberg, die Ritterschaft vom St. Georgenschilde zum Eintritte in den Verein bringen möge, ebenso der Pfalzgraf die von Heilbronn und Wimpfen, dann Ulm die Städte Aalen, Nördlingen, Dünkelsbühl, Ravensburg, Memmingen, Biberach, Donauwörth, Giengen, Bopfingen, Eßlingen, Kaufbeuren, Gemünd, Reutlingen und Schwäbisch-Hall; um die übrigen Städte am Bodensee wolle man sich nicht kümmern; am 1. Januar wird in Ulm oder Lauingen oder Höchstädt, in welchem dieser drei Orte eben die Pest am wenigsten wüte, die Sache weiter beraten werden; jeder soll da seinen endgültigen Entschluß kund thun.[4]

[1] Auch in der oben erwähnten Instruktion für den Bischof von Passau wird einer Teilnahme kaiserlicher Gesandter an dem Martinitage nicht gedacht. Dagegen darf man die Anwesenheit bayerischer Gesandter aus Fontes rer. Austriac. XX. 319, Nr. 311 schließen.

[2] Nach dem Briefe Markgraf Albrechts an Erzbischof Adolf von Mainz vom 10. November im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 7.

[3] Man vgl. darüber den Brief Markgraf Albrechts an seine Räte vom 20. Dezember 1463 im Bamb. Archiv 1908, Nr. 116.

[4] Die „Artikel der verstenntnuß" nach 1908, Nr. 118 u. 119 des Bamb. Arch.

Zu derselben Zeit fanden bereits auch über das böhmische Reformprojekt ernstliche Unterhandlungen statt, aber nicht in Prag, sondern am kaiserlichen Hofe, und nicht auf besonderes Betreiben des Königs, sondern vor allem im Namen Herzog Ludwigs durch dessen Kanzler Martin Mair. Es waren die im Entwurfe in Aussicht gestellten besonderen Vorteile und Auszeichnungen, welche den Herzog lockten, seinen Kanzler trieben noch besondere Gründe.

Martin Mair hatte vor zehn Jahren, als man anfing, die Erhebung eines römischen Königs neben dem Kaiser für das Wohl des Reiches ersprießlich zu finden, sich zum Träger dieser Neuerung gemacht, und schon damals auf die Erwerbung der deutschen Kanzlerwürde seitens des neuen Königs als den Lohn für seine Bemühungen gesonnen.[1] Jetzt schien ihm die Gelegenheit da, durch fleißige Dienste den Kaiser selbst für eine solche Auszeichnung zu gewinnen, und zugleich dem Hause Bayern und seinem Herrn ein unter Umständen wichtiges Reichsamt zu verschaffen. Deshalb sein Eifer.

Als der Doktor zu Anfang Oktober wegen der mannigfachen Fragen, die der Prager Friede noch offen ließ, mit anderen Räten zum Kaiser gefertigt wurde, da besaß er auch Vollmacht zu Ausgleichsverhandlungen zwischen Friedrich III. und dem Pfalzgrafen[2] und vor allem auch den Auftrag, eine neue bayerischerseits kommentierte Vorlage des Reichsreformentwurfes dem Kaiser zur Annahme zu unterbreiten.

Es wünschten nämlich Herzog Ludwig und der Pfalzgraf die Prager Artikel in mehreren, teils unwesentlichen, teils sehr wichtigen Punkten, abzuändern. So sollten die Kurfürsten von Köln, Sachsen und Brandenburg von vornherein in die Einung treten und auch sofort zu dem Prager Martinitage eingeladen werden; statt der Groschensteuer möge man eine Vermögenssteuer erheben, und zwar von je zehn Erwachsenen einen Gulden, wozu sie nach Maßgabe ihres Besitzes beitragen; auch den Grafen, Herren, Rittern und Knechten wird ein Anteil, der Zehnte, an der Steuer zuge-

---

bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 689—693, Nr. CLVII ohne das Datum „Hochsteten an sand Andrentag anno etc. lxiii°," und mit mancherlei bedenklichen Fehlern (S. 691, Z. 15 v. u. „nit" für „mit" u. s. w.). Der Tag war auf den 19. November angesagt, wie v. Stockheim, Albrecht IV. 303 sagt, begann aber jedesfalls bedeutend später.

[1] A. Bachmann, Die ersten Versuche zu einer römischen Königswahl unter Friedrich III., Forschungen zur deutschen Geschichte XVII. (1877), 277ff.

[2] „Copien, wie der pfallczgraf dem keiser versorgknuß tun sol", Münch. allgem. Reichsarchiv, Neuburg. Kopialbuch XI., fol. 388.

sichert; der Landfriede soll von jedermann, der über 16 Jahre alt ist, beschworen werden, für die neue Münze wird die Goldwährung eingeführt;[1] der allgemeine Reichstag hat nicht in Eger, sondern in Nürnberg oder Regensburg stattzufinden.

Vor allem bedeutsam war aber die Forderung der Wittelsbacher, daß die neue Einung der Fürsten mit dem Kaiser sie in keiner Form weiter verpflichten dürfe als bisher, und vor allem die früheren Bündnisse deswegen nicht aufgegeben werden müßten: Es solle der Bund lediglich die Durchführung des Landfriedens und des dazu Notwendigen bezwecken. Dafür geloben sie alle ihre politischen Freunde, den Erzbischof von Salzburg, die Herzoge von Oberbayern-München, den Pfalzgrafen Otto von Neumarkt, den Kurfürsten von Trier, Markgraf Karl von Bayern, einen von Hessen, Eberhard von Württemberg, die Grafen von Veldenz und Sponheim, die Bischöfe von Bamberg und Würzburg für den Reformplan zu gewinnen.[2]

Es genügen die Auseinandersetzungen bezüglich des Verhältnisses der Fürsten zum Kaiser, um erkennen zu lassen, daß die bayerischen Herren den Entwurf sich eben gefallen ließen, soweit er ihnen Vorteil versprach. Wenn sie aber schon dem Reichsoberhaupte gegenüber jede weitere Verpflichtung ablehnten, wie stand es da mit der Endabsicht des Böhmenkönigs, den Bund eventuell für sich, als Deckung gegen Prozesse der Kirche, zu benutzen?

In Wiener-Neustadt wurde übrigens nach des Kaisers Gepflogenheit nichts übereilt. So eifrig Martin Mair die Sache betrieb, besonders wohl, seitdem die Angelegenheiten seines Herrn auch sonst günstig standen, so wenig der Kaiser von Haus aus einen Plan zurückwies, der ihm ohne eigene Gefahr und Mühe Vermehrung von Macht und Ansehen im Reiche und Geld einzutragen versprach, so wurden doch wegen der Verhandlungen mit Erzherzog Albrecht erst in der zweiten Hälfte des November und

---

[1] Item von der münß wegen, das die geslagen werde zu gulden vnd halben gulden, auch grossen vnd halben grossen vnd dieselben groß vnd halbgroß gesetzt werden, das sy dem gold gemeß sein.

[2] „Die maynung durch maister Martein Mair bey dem Romischen kaiser zu handeln, den abschiede zw Brag berürnd." Fontes rer. Austriac. XX. 319—322, Nr. 211. Es sind dies weniger die „Bemerkungen der Wittelsbacher zum vorigen Entwurfe", als die in der Instruktion ihres zum Kaiser ziehenden Gesandten enthaltenen Abänderungsvorschläge. Was die Abfassungszeit betrifft, so ist jener Passus maßgebend, nach dem die Fürsten vor dem Prager Martinitage des Kaisers Entschließungen zu kennen wünschen.

nachdem die markgräflichen Räte heimgeritten waren, darüber ernstliche Beratungen eröffnet.[1]

Selbstverständlich stellte der Doktor die Sache in der verlockendsten Weise dar; er machte geltend, wie man, abgesehen von der Steuer, vermittelst strengerer Handhabung des Fiskalrechtes, der Einziehung verfallener Strafgelder, ja selbst aus einem Verbote des Zwischenhandels deutscher Städte nach Venedig bedeutende Summen gewinnen könne; Mair vergaß nicht dem kaiserlichen Kanzler einen Anteil an dem Gewinn in Aussicht zu stellen und ihn wie vielleicht auch andere Persönlichkeiten am Hofe für die Sache zu interessieren.[2]

So kam es wirklich zu ernstgemeinten Detailberatungen über die Reform und überdies zu geheimen Beredungen, an welchen sich nebst dem Kaiser und Martin Mair nur Bischof Ulrich von Gurk beteiligte.

Daneben suchte der bayerische Diplomat, um auch das Interesse seines Herrn für die Sache möglichst rege zu erhalten, den Kaiser vor allem zur Verleihung der zu creierenden erblichen Erzhofmeisterwürde des Reiches an das Landshuter Haus zu bewegen. Mair legte den größten Eifer an den Tag, Mittel und Wege zu finden, wie Österreich im Kriege gegen Venedig erklecklichen Beistand aus dem Reiche erhalten möge; nicht nur sei sein Herr bereit, sich darin nach Gebühr zu halten, sondern er wolle, wenn der Kaiser den Auftrag erteile, mit Fürsten und Städten des Reiches auf einem Tage zusammentreffen und auch sie zur Hilfeleistung bewegen. Daneben wurde dem Kaiser Hoffnung auf die Wiedererlangung jenes verpfändeten kostbaren Kreuzes gemacht, das er so lebhaft begehrte; den Legaten erfreute der Kanzler mit der Mitteilung, daß Pfalzgraf Friedrich sich mit Erzbischof Adolf von Mainz versöhnt und ihm an der Summe, für welche er in die Wiedereinlösung der Bergstraße willigen wolle, 20000 Gulden nachgelassen habe; er erklärte sich endlich nach dem Wunsche des Kaisers und des Bischofes Domenico bereit, daran zu sein, daß den „geschätzten" Fürsten der Rest des Lösegeldes von dem Pfalzgrafen geschenkt werde.

---

[1] Man beachte, daß erst ein Brief vom 12. Dezember dem Markgrafen von den bayerischen Umtrieben Meldung thut. In seinem Schreiben vom 23. November meldet der Bamb. Domdechant Hertnid vom Stein, daß geheime Beredungen zwischen Mair und dem Kaiser begonnen haben, er weiß aber noch nichts über den Gegenstand und sagt sonst: „Item ich hab noch zur zeyt nicht mogen erlangen genugliche verhorung nach ewer gnad beuelhe mir geben, wann v. h. der keyser dise tege her mit den teydingen zwischen herczogen Albrecht vnd im beladen gewest ist, vnd anders nicht hat handeln wollen." Bamb. Archiv 1908, Nr. 272.

[2] Man darf wohl an den Rorbacher, den Fiskal u. a. denken.

Da der Kaiser sich trotzdem keineswegs beeilte, auf die bayerischen Wünsche einzugehen, glaubte der Kanzler gelegentlich auch mit Drohungen nachhelfen zu sollen: Er sprach von Briefen des Königs von Frankreich und der Venetianer an seinen Herrn[1] und deren Erbietungen zu einem Waffenbunde; er wies auf die alte Freundschaft Herzog Ludwigs mit Philipp von Burgund hin u. s. w. Mair bedachte nicht, daß man all dies in Wiener-Neustadt wie am Ansbacher Hofe als „eitel Verba" betrachten werde,[2] da man da wie dort gut genug wußte, wie Frankreich auf Bayern-Landshut, der Herzog von Burgund auf den Pfalzgrafen schlecht zu sprechen war, daß König Ludwig XI. und sein burgundischer Vetter sich in steter Eifersucht gegenüberstanden.

Wie weit Martin Mair mit alledem Zusagen vom Kaiser erlangte, erfahren wir nicht genau. Sicher ist, daß der Kaiser den böhmisch-bayerischen Reformplan nach entsprechenden Modifikationen im kaiserlich-habsburgischen Interesse nur unter eifersüchtiger Wahrung seiner wenigen praktischen Herrscherbefugnisse im Reiche anzunehmen entschlossen war, daß er mit jenem Mißtrauen, das ihm vom Haus aus eigen war, und womit ihn die egoistischen Hintergedanken aller Reformfreunde bisher mit Recht erfüllt hatten, auch diesmal an die Sache herantrat. Immerhin war er aber bereit, Martin Mair zum römischen Kanzler zu ernennen, nach dessen Anträgen den Bischof von Freising zum kaiserlichen Kommissär für alle Fälle, in denen jemand pönpflichtig geworden, zu bestellen, und dem Kanzler ein volles Drittel, überdies auch dem Bischofe von Gurk einen Anteil an den Kanzleigefällen zuzusprechen. Man erachtete diese Gefälle für so bedeutend, daß Mair von seinem Dritteil jährlich noch 9000 fl. dem Kaiser abgeben sollte, und schämte sich nicht, nach langem Feilschen, da Mair die Summe zu hoch fand, darüber die Entscheidung des Böhmenkönigs in Aussicht zu nehmen.

Schon waren die Vollmachten für den Freisinger Herrn, und waren zahlreiche Ladebriefe in Sachen der beabsichtigten fiskalischen Prozesse in der österreichischen Kanzlei gefertigt, als es dem am kaiserlichen Hofe weilenden, seit langem mit Albrecht von Brandenburg befreundeten Bam-

---

[1] Es waren offenbar das oben berührte Schreiben des Dogen in Angelegenheit des gemeinsamen Türkenkrieges und die von Ludwig XI. an Marini erteilte Vollmacht gemeint. M. Mair gab der Sache freilich ein anderes Gesicht; wenigstens in der französischen Vollmacht war schwerlich von Bayern-Landshut die Rede.

[2] Worte des Markgrafen, schon in seinem Schreiben vom 20. November 1464 an seine Räte gebraucht, noch ehe er von der eigentlichen Verhandlung über das Reformprojekt wußte. Der Brief im Bamb. Archiv 1908, Nr. 116.

berger Domdechanten Dr. Hertnid vom Stein, der mit wachsendem Mißtrauen auf das Treiben der Bayern blickte,[1] gelang, von den Verhandlungen genauere Kunde zu erhalten. Eiligst erstattete er dem Markgrafen Bericht, und that sofort persönlich bei dem Kaiser seine Schritte.

Der Dechant machte ziemlich alles geltend, was sich etwa von brandenburgischer Seite gegen die bayerische Form des Projektes einwenden ließ. Es wies aber auch auf den Eindruck hin, den der ganze Entwurf vor allem bei den Reichsstädten machen müsse: Sie, die noch eben an des Kaisers Seite die Wittelsbacher bekämpft, sollten nun, weil der Herzog es in seinem Interesse fand und dem Kaiser riet, eine so schwere Steuerlast auf sich nehmen; auch verdiene doch der Herzog am allerletzten eine solche Auszeichnung, wie sie die Ernennung zum Erzhofmeister des Reiches bedeute.

Der Kaiser blieb solchen Vorstellungen keineswegs unzugänglich. Er forderte Hertnid auf, dem Markgrafen zu schreiben, daß er seine Aufmerksamkeit dieser Angelegenheit zuwenden möge.[2]

Wenige Tage später, sehr zur rechten Zeit für die Mahnungen des Bambergers, trafen in Wiener-Neustadt Stefan Scheuch und Georg von Wemdingen ein, von dem Markgrafen gesandt, um eine Kopie des Höchstädter Bundesbriefes, die er sich verschafft, zu überbringen, und über die bayerisch-reichsstädtischen Verhandlungen weitere Meldung zu thun. Der Markgraf war zwar deswegen nicht sonderlich erregt, er verschwieg auch nicht, daß noch nichts endgültig beschlossen sei: aber er spornte den Kaiser doch wieder an, das bayerische Bündnis zu vereiteln; es gebe im Reiche Leute genug, die ihm gern alle, die bisher getreu an seiner Seite ausgeharrt hätten, abwendig machten.[3]

---

[1] Man vergl. sein Schreiben an Markgraf Albrecht vom 23. November 1463 im Bamb. Archiv 1908, Nr. 272. Vergl. auch v. Stockheim, Urk. und Beil. 713, Anm. a, wo der auf Martin Mair bezügliche Passus des Briefes mitgeteilt ist.

[2] Das ausführliche Schreiben des Domdechants, für die obige Darstellung die Quelle, findet sich bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 713—717, Nr. CLXVI als „von einem guten gesellen an mein herrn auszgangen". Auszugsweise bei v. Höfler, Kaiserl. Buch 102—106, der auch schon richtig den Dechant als Verfasser des Briefes annimmt. Was das Datum betrifft, so weist nicht bloß der Inhalt auf den Dezember (es findet sich der Tod des Erzherzogs Albrecht [3. Dezember] erwähnt und auf die kommenden Weihnachten hingewiesen), sondern ist auch der zweiten Kopie des Briefes im Bamb. Archiv 1908, Nr. 131 und 304 (die Stockheim und Höfler unbekannt blieb), ein „vff sonntag nach Marie Concepcionis" (12. Dezember) zugeschrieben.

[3] Brief des Markgrafen an den Kaiser vom 17. Dezember im Bamb. Archiv 1908, Nr. 131. Die Instruktion für die Gesandten scheint leider verloren. Das übrige ergeben die angeführten oder noch zu erwähnenden Korrespondenzen im Bamb.

Dafür erregten die Mitteilungen Hertnids vom Stein des Markgrafen ganze Sorge. Am 4. Januar erhielt er den Brief jenes,[1] und noch am selben Tage ging an den Kaiser ein Schreiben ab voll der dringendsten Vorstellungen und Mahnungen: Friedrich möge sich ja nicht von Martin Mair in Händel verwickeln lassen, durch die er seinen Gegnern selbst das Schwert in die Hand drücke, und welche ihm und allen seinen Getreuen zu Verderben gereichen könne; das werde aber geschehen, wenn er Herzog Ludwig übertrage, um was Martin Mair bitte u. s. w.

Der Markgraf hielt es auch nicht für gut, einen Bischof wie den von Freising, zum Fiskalexekutor zu bestellen. Dessen Macht sei zu gering, sich Gehorsam zu erzwingen, und wenn man ihm dann nicht folge, auf wen anders, als auf den Kaiser falle die Schande zurück? Wolle man ja eine Besserung im Reiche, so sei sein Rat, daß der Kaiser seine Gerichte selbst in Ordnung bringe, und dann irgend einen mächtigen Fürsten, etwa den König von Böhmen, mit der Durchführung der Urteile betraue, wofür ihm ein Anteil an den Strafgeldern zu überlassen wäre; am besten sei es aber, er komme selbst hinauf ins Reich; er werde da erfahren, wie gern ihm viele mit Leib und Gut zu getreuen Diensten bereit seien.[2]

Der Markgraf hatte die Nachricht von den Höchstädter Abmachungen auch nach Böhmen gemeldet,[3] und er konnte sich freuen, wie der König sich ebenso entschieden dagegen erklärte, wie die brandenburgischen Vorstellungen gegen die Ausbeutung des Reformprojektes in wittelsbachischem Interesse am kaiserlichen Hofe fruchtbaren Boden fanden. „Der König", schrieb Jobst von Einsiedel am 23. Dezember aus Glatz an Markgraf Albrecht, „nehme die Neuerung Herzog Ludwigs sehr übel auf; durch eine solche Verbindung werde die Obrigkeit der Fürsten gemindert, der Adel unterdrückt, und Fürsten und Städten Ursache gegeben, sich zu

Archiv. Man vgl. besonders Albrechts Brief an Jobst von Einsiedel vom 16. Januar 1463 im Bamb. Archiv 1908, Nr. 303.

[1] Der Markgraf zeigt in einem Schreiben vom 3. Januar an den Kaiser noch keinerlei Kenntnis von den Nachrichten Steins. Der Brief bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 718—719, Nr. CXVII. Der Brief betrifft die Sache der gefangenen Fürsten, bezüglich derer der Markgraf ein entschiedenes Auftreten des Kaisers wünscht; vergl. ebendort 720—721, Nr. CLVII[a] die Formel für ein zu erlassendes kaiserliches Ausschreiben, die Albrecht zugleich einsendet.

[2] Höfler, Kaiserl. Buch 106—108.

[3] Brief an Jobst von Einsiedel vom 17. Dezember im Bamb. Archiv 1908, Nr. 132.

widersetzen. Der König sehe darin keine Ordnung der Reichsangelegenheiten, sondern neue Unordnung; der Plan gefalle ihm ganz und gar nicht, auch deswegen, weil er ohne sein Wissen und Willen unternommen sei."[1] Natürlich, kam der bayerische Verein zustande, so zog er dem Reformprodukte des Königs in einem großen Teile des Reiches den Boden weg!

Der König hat seine Bedenken offenbar auch an den Kaiser gebracht; in jenen Tagen verdiente er sich auch sonst dessen Dank, indem er auf die Bitte der österreichischen Stände bei ihrer Ausgleichung mit dem Kaiser loyale Dienste leistete.[2]

So wiederholte denn Friedrich III. am 26. Januar 1464 Wimpfen, Windsheim und siebenundvierzig anderen Reichsstädten in Franken, Schwaben und am Rheine gegenüber das ernstliche Gebot, sich mit niemandem in Einung und Bündnis zu begeben.[3]

Schon früher hatte die markgräfliche Intercession in Wiener-Neustadt den Abbruch der Verhandlung mit Dr. Mair bewirkt. Der Kanzler merkte wohl, woher der Wind gehe: Es wurden ihm über sein Verhalten in der böhmischen Kirchen- und Reformfrage Äußerungen des Markgrafen überbracht, über die er bittere Beschwerde erhob. Albrecht stellte sie in Abrede.[4]

Aber eine Folge hatte die Verhandlung doch: Bald darauf zogen der Freiherr Hans von Rorbach und der kaiserliche Fiskal Hartung von Cappel ins Reich, um auf den von Martin Mair bezeichneten Wegen für die böhmische Schuld des Kaisers Geld aufzutreiben. Sie sprachen auch in Landshut vor, produzierten eine Vollmacht zu Verhandlungen über die verpfändeten Kleinodien und die Einhebung einer Reichssteuer, und stellten dem Herzoge für seine Willfährigkeit in diesen Dingen ein Reichsamt in Aussicht.[5]

Das waren und blieben aber auch die Punkte, in denen allein der kaiserliche Hof dem böhmischen Reichsreformprojekte eine Interesse abzugewinnen vermochte.

[1] „Zedulä" zum Briefe Jobsts an Markgraf Albrecht vom 23. Dezember 1463 im Bamb. Archiv 1908, Nr. 289.

[2] Brief Jobsts von Einsiedel an Markgraf Albrecht vom 23. Dezember.

[3] Kopie des Mandats im Bamb. Archiv 1908, Nr. 294.

[4] Man vergl. Albrechts Rechtfertigungsschreiben als Beilage zu seinem Briefe an Jobst von Einsiedel vom 10. Jenuar 1464. Bamb. Archiv 1908, Nr. 303.

[5] Brief der Räte Markgraf Albrechts vom kaiserlichen Hofe, d. d. 7. April 1464, und Antwort des Markgrafen vom 30. April 1464 bei C. Höfler, Fränkische Studien im Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen VII. (1851) 27—29, 29—32.

Achtzehntes Kapitel.

Der diplomatische Wettstreit zwischen Rom und Böhmen bis zum Abbruche der Verhandlungen (August 1463 bis April 1464). Böhmische Rüstungen. Scheitern der Reichsreform und des Planes eines europäischen Fürstenbundes. Aufnahme der kirchlichen Prozesse gegen König Georg.

Am 8. September wurde von Bischof Jobst dem Legaten in Breslau die päpstliche Entschließung, die Einstellung der Prozesse gegen den Böhmenkönig betreffend, zugemittelt.[1] Der Erzbischof gehorchte, unterließ aber selbstverständlich nicht, bei der Publikation allenthalben in Mähren, Schlesien und den Lausitzen ausdrücklich auf jene Bedingung des Papstes, daß sich der König jeder Feindseligkeit gegen die Breslauer enthalte, aufmerksam zu machen.[2]

Schon erzählte man sich in Schlesien, der heilige Vater habe den König wieder zu Gnaden aufgenommen. Immerhin trat darin wie auch sonst die Friedensliebe der Landschaft, die Breslauer natürlich ausgenommen, unverhohlen hervor; auch hatte der König neue Frist gewonnen: Es ist bezeichnend für seine Auffassung der Lage, wie er sie benützte.

Noch im Juni hatte Podiebrad die Katholiken seines Reiches ermahnt, den aus Rom kommenden Briefen gegenüber ihrer Unterthanenpflicht eingedenk zu bleiben; wer sich an seiner Treue und Ehre etwas zu Schulden kommen lasse, der werde sehen, was daraus entstehe.[3] Nach den Erfahrungen des Brünner Tages hoffte er von dieser Seite nichts mehr. Er stand sichtlich unter der Empfindung, der Zusammenstoß mit der Kurie und den Anhängern und willfährigen Werkzeugen ihrer Politik innerhalb und außerhalb des böhmischen Reiches sei nur eine Frage der Zeit. Mit allen Mitteln war er daher bedacht, für diese Eventualität gerüstet zu sein, seine Söldner zu mehren, seine Hausmacht, besonders in Schlesien, zu verstärken, die wichtigsten Ämter und Hauptmannschaften verläßlichen Händen anzuvertrauen, offenen Widerstand, wo er sich zeigte, energisch und rücksichtslos niederzuwerfen.

---

[1] Politische Korrespondenz von Breslau 1463—1469 (Script. rer. Silesiac. IX.), 10, Nr. 186.

[2] Ebendort 11—12, Nr. 188. Schreiben des Legaten vom 16. September.

[3] Brief des Königs vom 6. Juni an die Znaimer, Fontes rer. Austriac. XX. 300—301, Nr. 302.

Freilich sah der König seine Auffassung der Sachlage durch mancherlei Vorkommnisse bestätigt. Im Norden und im Süden des Königreiches machte sich eine feindselige Strömung bemerkbar, dort, indem Albrecht Berka von Dauba auf Tollenstein, einer jener Raubgesellen, welche sich durch die vom Könige geschaffene und gehandhabte Ordnung längst beengt fühlten, dessen Zwist mit Rom und die päpstlichen Censuren zum Vorwande nahm, um dem Oberlausitzer Landvogte den Gehorsam aufzukündigen und in Wegelagerung und Gewaltthat jeder Art seine Verachtung des königlichen Willens zu bethätigen;[1] hier, da an der mährisch-österreichischen Grenze der wüste Kampf zwischen den kaiserlichen und erzherzoglichen Parteigängern auch die Grenzfehde aufs neue entzündet hatte. Längst kümmerte sich Hinko von Lichtenburg und Vöttau, ein alter persönlicher Gegner des Königes und des ganzen Geschlechtes der Kunststatte,[2] ebensowenig um den Willen des böhmischen wie des österreichischen Regenten, und wenn auch hier zunächst kein religiöses Moment in den Vordergrund trat, so entbrannte infolge der unklugen Einmischung Heinrichs von Lipa, des Hauptmannes von Mähren, zu Gunsten königlicher Unterthanen[3] ein Kampf von solcher Bedeutung, daß mit dem Ordensmeister von Mailberg, Achaz Bohunko, zuletzt eine Anzahl österreichischer Herren dem Könige und der Krone Böhmen selbst absagten und der Kaiser und die Stände des Erzherzogtumes sich der Sache annahmen.[4] Trotzdem dauerten Fehde und Verheerungszüge bis in das nächste Jahr hinüber.

Dafür griff der König in der Oberlausitz durch. Tollenstein wurde im August 1463 erobert[5] und Albrecht Berka zur Flucht gebracht. Schon

---

[1] Man vergl. das Schreiben des Königs an die Görlitzer vom 29. Juni in den Font. rer. Austriac. XX. 309, Nr. 305 und ebendort 310—311, Nr. 307 die Zuschrift des Landvogtes der Oberlausitz Johann von Wartenberg an Hieronymus von Kreta in Breslau. Man sieht, wie sofort auch der Legat, freiwillig oder gerufen, eine Rolle spielt.

[2] Fontes rer. Austriac. XX. 149—150, Nr. 155. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 322ff.

[3] Über dessen Benehmen in den früheren Grenzfehden s. oben und im Copey-Buch die Berichte über den Tullner und Hadersdorfer Tag. Des Kaisers Räte heben dabei ausdrücklich hervor, daß der Hauptmann eine besondere Fehde führe (369).

[4] Man vergl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 294, Anm. 189, 322—323 und den Brief des Königs vom 9. Dezember 1463 an die Egerer im Egerer Stadtarchiv, Kast. C 1, fasc. III. Die hier erwähnten Absagen etlicher Herren an ihn dürften sich, da sonst im Königreiche Friede war, auf diese österreichischen Händel beziehen.

[5] Die Belagerung begann am 2. Juli. Markgraf in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 10, Nr. 185.

früher waren der Hauptmann von Lähnstein, Johann von Redern, und Hans Zirne zu Bolkenhain aus ihren Ämtern entfernt und durch getreue Utraquisten ersetzt.[1] Im Spätjahre ließ der König Fürstenstein belagern; er gewann es um Neujahr durch Tausch. Dann wurde dem Herzoge Heinrich von Freistadt und Crossen Lüben entrissen.[2] Gelang es dem Könige, der außer Münsterberg, Glatz und Frankenberg[3] bereits auch Troppau, das er dem getreuen Berka von Nasiedlo anvertraut hatte,[4] besaß, der somit fast ganz Ober- und West-Schlesien unmittelbar in seiner Gewalt hatte, noch die Herzoge von Öls zu sich herüberzuziehen, so war Breslau völlig isoliert, von seinen Handelsverbindungen mit der Mark, Sachsen und Norddeutschland, mit Mähren und Österreich ebenso, wie mit Polen und Preußen abgeschnitten,[5] und materiell und in gewisser Hinsicht auch schon militärisch aufs ernstlichste bedroht. Die päpstliche Bedingung der Suspension, daß der König der Stadt nicht zu nahe trete, war somit keineswegs erfüllt, so sehr er sich hüten mochte, direkt gegen sie vorzugehen.

Wie in Schlesien, so that der König anderswo. Die königlichen Burgen wurden verproviantiert und in Verteidigungszustand gesetzt. In Mähren gab das Verhalten Lipas den Anlaß, ihn durch den Prinzen Victorin zu ersetzen,[6] in der Oberlausitz wurde für Herrn Hans von Wartenberg etwas später Benesch von Kolowrat auf Liebenstein Hauptmann, die Niederlausitz und die Hauptmannschaft über die Sechs-

---

[1] Klageschreiben der Breslauer vom 19. Oktober 1463 an den Papst. Scriptor. rer. Silesiac. 17—18, Nr. 195. Vgl. den Brief des Papstes an den Kaiser vom 2. Oktober in den Font. rer. Austriac. XX. 322—324, Nr. 312.

[2] Markgraf, König Georg von Böhmen und Papst Pius II. 1462—1464, 247, 249.

[3] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 43, Anm. 25. Markgraf und Grünhagen, Die Besitz und Lehenurkunden Schlesiens, Abteil. 2.

[4] G. Biermann, Geschichte des Herzogtum's Troppau und Jägerndorf, Teschen 1874, 208, 210.

[5] Die Breslauer sagen in dem erwähnten Schreiben an den Papst: „Nam ille homo (scil. rex) per prefatum castrum Tolenstein et alia, que tenet in Lusacia, loca nobis repagulum eundi in Misnam Marchiam et consequenter in Brawanciam, ubi magne sunt nostre mercancie et operaciones, objecit. Nunc vero ne in Hungariam et Austriam proficisci poterimus et mercari, diligenter obstruit vias, nec hodie nisi unicus nobis liber est exitus videlicet in Poloniam, quem eciam studet precludere" etc. Vgl. das neue Schreiben der Breslauer an den Papst vom 5. Januar 1464, Scriptor. rer. Silesiac. IX. 27, Nr. 207.

[6] Fontes rer. Austriac. XX. 335, Nr. 320. Die Sache verzog sich bis in den Januar 1465. Auch da wird Lipa zwar nicht mehr Hauptmann genannt, aber er übt wohl noch stellvertretende Gewalt.

städte verwaltete als Landvogt der treu ergebene Albrecht Kostka von Postupitz.[1]

Dabei hielt der König stetig an dem Gedanken fest, der ihn bei der Wiedereinlösung des Lausitzer Landes geleitet hatte: es einem seiner Söhne als Fürstentum zuzuweisen,[2] und ebenso wurde im Zusammenhange damit die Nachricht verbreitet, daß die Nachfolge in Böhmen demnächst dem Prinzen Victorin, als dem ältesten[3] Sohne des Königes übertragen werden solle. Der König mehrte auch seine Mannschaften: Eine neue Schar „der Brüder", die in Mähren mit in Sold genommen und mit den königlichen Truppen zu einem kleinen Heere vereinigt wurde, war nach der gewöhnlichen Meinung zur Bekämpfung der Breslauer bestimmt.[4]

Auch sie und der in ihrer Mitte weilende Legat, der Erzbischof von Kreta, hatten es übrigens mit ihrer Haltung gegen den König nicht sonderlich genau genommen. Als die Rüstungen der königlichen Hauptleute in Schlesien und den Lausitzen begannen, untersagte Erzbischof Hieronymus den Schweidnitzern, zum Johannisfeste nach Breslau zu ziehen, damit nicht in ihrer Abwesenheit die Stadt in Gefahr komme.[5] Weil sie ihre Freude über die Aufschiebung ihrer Prozesse unverhohlen kundgegeben, wurde ihnen am 8. Oktober nochmals geboten, in keine Neuerung zu willigen, nichts zuzulassen oder zu beschwören, auch keinerlei neue Huldigung zu thun, es sei denn nach seinem Rate oder mit besonderer Erlaubnis des päpstlichen Stuhles.[6] Der Legat nahm gleichzeitig den ihm vom Papste übertragenen Prozeß wegen der Vertreibung des Herzoges Balthasar von Sagan trotz des heftigen Widerspruches des Bischofes Jobst, der darin mit Recht eine Verletzung der Suspensions-Bulle sah, wieder auf,[7] und unterstützte eifrig die Bürgerschaft Breslaus

---

[1] Th. Schelz, Gesamtgeschichte der Ober- und Niederlausitz 91—92.

[2] Jobst von Einsiedel und Jan von Sleinitz in Saida. A. Bachmann, Die Wiedervereinigung der Lausitz mit Böhmen, Archiv für österr. Geschichte LXIV. 45, 110 (des Separatabdr.).

[3] Nach dem blöden Boczek.

[4] . . . acquirit stante suspensione, qua eciam nunc quosdam sub fucato colore fratres appellatos circa metas Slesie, Hungarie et Moravie in armis congregatos studet in Slesiam dirigere etc. Brief der Breslauer an den Papst vom 19. Oktober.

[5] Schweidnitzer Stadtarchiv, Kap. I. Section II, Lit. S, Div. X. Nr. 3. Brief des Legaten vom 16. Juni.

[6] Schweidnitzer Stadtarchiv l. c. Nr. 8. Orig. Reg. bei Markgraf, Scriptor. rer. Silesiac. IX. 16, Nr. 194.

[7] Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 249. Zu dem Prozesse vergl. man Theiner, Monum. diplomat. histor. Polon. et Lithuan. ill. II.

bei der Sicherung ihrer Stadt, besonders da der König wegen der Pest in Böhmen den ganzen Winter über in Glatz in der Nähe blieb und man, wie einmal wirklich ein Gerücht meldete, einen Anschlag auf Breslau besorgte.[1] Überhaupt benahm sich Hieronymus wie den Schweidnitzern so allen Schlesiern gegenüber, als wäre er ihnen vom apostolischen Stuhle zum Schirmer bestellt: Im Hinblicke auf die Pläne des Königes, die in den neuen Erwerbungen und Besitzveränderungen zu Tage traten, untersagte er am 11. Januar 1464 im ganzen Lande bei Strafe der Exkommunikation, ohne seine Zustimmung irgend eine Stadt oder Feste zu verkaufen, zu vertauschen oder zu verpfänden.[2] Vorstellungen, welche der Breslauer Bischof auch dagegen erhob, blieben wieder unbeachtet, und als Jost appellierte, trat ihm der Legat mit dem Banne entgegen. Diesmal zog jener den kürzeren, da auch die schlesischen Fürsten mit Widerwillen und Besorgnis auf das eigennützige Treiben des Königes blickten und gern das Wort des Legaten gelten ließen.[3]

Auf eigene Faust machte so der Legat in gewisser Beziehung gut, was nach der Ansicht der Breslauer in Rom versäumt ward. Freilich waren sie damit noch lange nicht zufrieden: Wenn nicht schon im Spätsommer 1463 der Glaubenskrieg in Böhmen entbrannte, so war dies gewiß nicht ihre Schuld. Die Aufträge, die jetzt ihr neuer Geschäftsträger bei der Kurie Weinrich — Merboth war ihnen zu wenig energisch und daher selbst des geheimen Verkehres mit dem Könige verdächtig — an den Papst zu bringen hatte, stellten lediglich rücksichtslose Gewalt als das Mittel dar, an welches man noch denken könne. Sie waren Ausfluß jenes ingrimmigen Hasses, der konsequent bis zu brutaler Gewaltthat nicht rastet, so lange der Gegner nicht zerschmettert zu Boden liegt.

Weinrich war am 30. August, kurz nach dem Budweiser Pfarrer Andreas, der den Brief der Brünner Juli-Versammlung und dazu ein neues Schreiben des Kaisers zu überbringen hatte, in Rom eingetroffen. Es gelang ihm infolge einer Empfehlung des Nepoten Franz Piccolomini

145—148, Nr. 185, und Annales Glogovienses apud H. Markgraf, Scriptor. rer. Silesiac. X. (Breslau 1877), 79—80, Nr. 12. Über das Eingreifen des Bischofs Jost s. Eschenloer, Histor. Wratislav., Scriptor. rer. Silesiac. VII. 101, und Scriptor. rer. Silesiac. IX. 23—24, Nr. 203.

[1] Meldung der Breslauer an den Papst vom 5. Januar 1464. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 27, Nr. 207. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 226.

[2] Scriptor. rer. Silesiac. IX. 27—29, Nr. 208. Vgl. H. Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 249. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau 226.

[3] Markgraf a. a. O.

noch vor Andreas eine Audienz bei dem Papste zu erlangen. Der Kern seiner Forderung war kurz: Der Papst möge den König von Böhmen absetzen und einen anderen bestellen; einer der Kardinäle solle als Legatus de latere ausgesandt werden, um das Kreuz gegen die böhmische Ketzerei und alle, die sie schirmen und hegen, zu predigen; das mindeste, was geschehen müsse, sei, daß der apostolische Stuhl alle Gläubigen von den dem Könige geleisteten Eiden entbinde und ihnen den Gehorsam, ja jeden Verkehr mit ihm und seinem Anhange untersage.[1]

Wohl mußte der heilige Vater lächeln über Vorschläge, an deren Ausführung nach der allgemeinen Lage der kirchlichen Dinge jetzt kaum gedacht werden konnte. An seinem Hofe weilten eben burgundische Gesandte, mit denen er den künftigen Kreuzzug besprach; es umwarben ihn die Boten Württembergs und Badens, um Erleichterung für ihre Herren von der schweren pfälzischen Schuld zu erreichen, dann Gesandte des Mainzers wegen seiner Fehde mit Pfalz und Isenburg;[2] den Papst zwang vor allem die Rücksicht auf die Gefahr, in der Ungarn schwebte, und auf die Bitten des Kaisers für den König: letztere stellte er in dem Bescheide an Weinrich in den Vordergrund. „Wir müssen wohl", sagte er, „ein kleines um des Kaisers willen thun, da der Böhme ihm großen Beistand in seiner Not geleistet hat; würde ihm jetzt der Kaiser nicht seinerseits zu Willen sein, er wäre entschlossen, ihm abzusagen; der Kaiser hat aber sonst noch seinen Bruder und viele andere zu Gegnern".[3]

Aber der Breslauer Bote bekam doch Gelegenheit, seine Ansicht über die Art, wie der König zu beseitigen und ein neuer zu bestellen sei, weiter zu entwickeln. Sein Eifer in der Sache regte auch andere an. Als der Papst auf Kasimir von Polen hinwies, meinte der Breslauer, daß dessen Macht wohl hinreichen könnte, die utraquistischen Böhmen zu bezwingen, nur müßte natürlich der König erst mit den Deutschherren versöhnt und aus den Pönen der Kirche sein. Der Papst widersprach dem nicht, aber er warf die Frage auf, ob der Polenkönig auch bereit sein werde, den sicheren Gewinn in Preußen aufzugeben, um den ungewissen Kampf um das böhmische Königreich zu unternehmen. Immerhin blieb die Kandidatur des Polen im Vordergrunde der kurialen Erwägungen, soweit sie geradezu Podiebrads Absetzung betrafen. Auch die Hilfe, deren ein eventueller Prätendent sich seitens der böhmischen Barone und der schlesischen Fürsten

[1] Brief Weinrichs aus Rom vom 7. September 1463. Script. rer. Silesiac. IX. 6—10, Nr. 185.

[2] Weinrichs Bericht a. a. O. S. 6. [3] Ebendort S. 7.

versehen könnte, dann die Haltung des Breslauer Bischofes kamen zur Sprache. Weinrich gestand offenherzig, daß er von den Herren nicht viel erwarte, weil sie aus Besorgnis, die occupierten Kirchengüter zu verlieren, selbst einer katholischen Restauration in Böhmen widerstrebten. Die schlesischen Fürsten bezeichnete er als unverläßlich; man brauche nur an ihr Verhalten nach der Erhebung Podiebrads zu denken. Bezüglich Bischof Josts wich er aus: er zweifle nicht, seine Heiligkeit sei da wohl unterrichtet.

Schließlich befahl der Papst dem Boten, seiner Entschließungen zu harren.

Hinterher gewann die Audienz erst recht Bedeutung.

Man sprach in jenen Tagen an der Kurie wirklich vielfach von des Königes Entthronung. Ein Kardinal wies auf Herzog Ludwig von Bayern als den genehmsten Ersatzmann hin; doch erschien dieser anderen wegen seiner innigen Beziehungen zu König Georg minder geeignet. Noch ungleich mehr Stimmen wurden für Kaiser Friedrich, den langjährigen Freund und Verbündeten des apostolischen Stuhles, laut. „Stürbe der Bube“, schreibt Weinrich, „so wird der Kaiser König und niemand anderer“.[1]

Bei alledem blieb es bei der Suspension der Prozesse gegen Podiebrad. Selbst als Meldungen über seine Maßnahmen in den Lausitzen, Mähren und Schlesien kamen, begnügte sich der heilige Vater, bei dem Kaiser Klage zu führen und ihn zu ersuchen, nun endlich, wie er in Aussicht gestellt habe, ernstliche Vorschläge zur Beilegung des Streites mit Böhmen zu thun.[2]

Der Kaiser und König hatten es damit keineswegs eilig. Es vergingen Monate und nichts geschah. Der König vermochte völlig unbehindert innerhalb und außerhalb der Krone seine Verteidigungsmaßregeln zu treffen. Wenn nur nicht eben jetzt, als es ernstlich an die Durchführung seiner großen Entwürfe gehen sollte, dieselben sich in ihrer Haltlosigkeit gezeigt, und der König in seiner europäischen wie mit seiner deutschen Politik entscheidende Niederlagen erlitten hätte!

Im Frühjahr 1463 war der große Gedanke, an dem Papst Pius II., solange er die Tiara trug, festhielt, der gemeinsame Krieg aller christlichen Mächte gegen die Türken, europäische Notwendigkeit geworden. In gewaltiger Zahl sammelten sich die Scharen Mohammed II. an der unga-

[1] Nach dem erwähnten Berichte Weinrichs.

[2] Der mehrerwähnte Brief vom 2. Oktober, worauf der Papst in dieser Sache trotz alles Drängens der Breslauer und alles Korrespondierens (vgl. Scriptor. rer. Silesiac. IX. v. 1.) der Kurialen in der böhmischen Frage monatelang stillschweigt.

rischen Grenze, und durch wiederholte Botschaften forderte König Matthias die gleichfalls bedrohten Venetianer, dann den Papst zu schleuniger Hilfeleistung auf.[1] Der ungeheuren Osmanengefahr gegenüber, die abzuwehren eine Pflicht der Selbsterhaltung war, erschien die Sorge vor der Ketzerei und den Umtrieben des Böhmenköniges doch von untergeordneter Bedeutung. Sie trat jetzt wirklich in den Hintergrund.

Während der päpstliche Stuhl an den Fürstenhöfen die eifrigste Thätigkeit entfaltete, erging der Ruf an die gesamte Christenheit, das Kreuz zu nehmen und in die Reihen der Kämpfer zu treten; jedem ward ein vollkommener Ablaß verheißen.[2] Pius versprach aus den eigenen Mitteln 1000 Mann zu stellen, und noch weit größere Hilfe für das nächste Jahr.[3]

Aber nicht dadurch oder von den hilfsbereiten Venetianern, die sich mit dem Vertrage vom 12. September dem Ungarkönige zur Ausrüstung einer Flotte von 40 Galeeren und zur Ausschiffung von Fußgängern und Reitern in Morea und Dalmatien verpflichtet hatten,[4] auch nicht durch die Kriegsthaten des tapferen Matthias Corvinus, sondern weil die Türkenflut sich diesmal über Bosnien ergoß, wurde das Donaureich gerettet.

Aber es galt den künftigen Gefahren zu begegnen; und die Dinge ließen sich günstig an, obwohl Frankreich endgültig ablehnte. Herzog Philipp von Burgund gab jetzt, da er von einer schweren Krankheit genesen war, das Versprechen, im Jahre 1464 ausgiebige Hilfe gegen den Sultan zu bringen; seine Gesandten erschienen deshalb in Rom.[5] Im Herbste hatte dann der Papst zu den Botschaftern Venedigs und Ungarns Vertreter der italienischen Staaten um sich versammelt: Nicht bloß bei ihnen,

---

[1] Die Sendung des Propstes von Fünfkirchen und darauf des Elekten von Tine. Vergl. Katona, Histor. crit. XIV. 570, 573. Pray, Ann. Hung. 271. Teleki, Hunyad. Kora XI. 78, 79, 80. G. Voigt, Enea Silvio III. 684ff.

[2] Die päpstliche Indulgenzbulle vom 30. Juni 1463 bei A. Theiner, Vetera Monum. Hungar. histor. illust. II. 378, Nr. 563.

[3] Voigt, Enea Silvio III. 685.

[4] Vertrag von Peterwardein (Sirmio in Waradinopeta) schon bei Raynaldus, Annales ecclesiast. ad ann. 1463, Nr. 50, 51. Katona, Histor. reg. Ungar. stirp. mixtae, XIV. 649. A. Theiner, Mon. Hung. II. 380—382, Nr. 566.

[5] Voigt, Enea Silvio III. l. c. Über die Verhandlungen der Kurie mit dem Herzoge betreffs des Türkenzuges siehe Chronique d'Adrien de But, Chroniques relat. a l'histoire de la Belgique, XII. (ed. Kervyn de Lettenhove, Bruxelles 1873) 440—445: Aufforderung des Papstes. Im Jahre 1463 interveniert hier speciell der bisher in der Mainzer Streitsache verwendete Peter Ferrici. Vergl. Johannis de Los Chronicon rer. Gestarum ab anno 1454 ad ann. 1514, Chroniques de Belges inédites, V. (ed. de Ram, Bruxelles 1845) 16.

die endlich zum Frieden gebracht und selbst in erster Linie bedroht waren, sondern auch in den deutschen Bevölkerungen erwartete man zuversichtlich ein Wiederaufleben des alten Eifers für den Glaubenskrieg, und der enge Bund, der am 19. Oktober zwischen den zumeist interessierten Mächten, Ungarn, Venedig und dem Papste, dann dem Herzoge von Burgund, geschlossen wurde, gab, schien es, allen kriegerischen Vorbereitungen die sichere Basis.[1] Trotz seiner Gebrechlichkeit verhieß Pius II. seine persönliche Teilnahme am Feldzuge, und in glühender Begeisterung ob des Entschlusses des heiligen Vaters kündigte der Ungarkönig, der noch im Spätjahre Bosnien wieder erobert hatte und nun am Weihnachtstage das von Pius geweihte Schwert entgegennahm, seinen Magnaten die Fortsetzung des heiligen Kampfes an.[2]

Die verbündeten Höfe vereinbarten, daß die päpstlich-venetianische Flotte sich bis 1. Juni im Hafen von Ankona versammle, und zu gleicher Zeit König Matthias mit der ganzen Macht Ungarns bereit sein solle; dann werde man den Krieg sofort zu Lande und zur See eröffnen. Auch der Böhmenkönig wurde noch im November 1463 von Venedig aus vom Abschlusse des Waffenbundes gegen die Türken verständigt.[3] Es war eben der Moment, in welchem auch er nach einer bedeutsamen Abschweifung an die Verwirklichung seines europäischen Planes dachte.

Im Sommer 1463 war Marini, nachdem er von dem Verlaufe und Erfolgen seiner diplomatischen Thätigkeit in Venedig, Burgund und Frankreich persönlich Bericht erstattet, an den Hof Ludwigs von Frankreich zurückgeschickt worden. Er brachte jetzt wesentlich neue Aufträge: König Georg bot Ludwig XI. ein Offensiv-Bündnis zwischen Böhmen und Frankreich gegen alle Feinde ohne Ausnahme und für alle Zeiten oder auf eine bestimmte Reihe von Jahren an.

Als gemeinsame Aufgaben wurden bezeichnet: Die Könige demütigen das Frankreich feindliche Burgund und nehmen vor allem Luxemburg in

[1] Vgl. Voigt, Enea Silvio III. 693, Anm. 2. Hertnid vom Stein am 12. Dezember 1463 an Markgraf Albrecht: Item der Cardinal Nicenus, der zu Nurnberg was, hat vnnserm herrn dem kayser geschriben von Venedig, das vnnser heiligster vater der babst, der herczog von Burgund vnd der herczog von Venedig, die wollen alle drey personlich in disem kunftigen sumer zu schife vf den Turcken ziehen. Vnd werden in kurcz legaten geschickt, euch teutschen fursten zu bewegen vnd auch von aller geistlichkait halbe jarnutz aller irer guter einzubringen.

[2] Voigt, Enea Silvio III. 694, wo auch die Quellen angeführt sind.

[3] Schreiben des Dogen vom 4. November in Fontes rer. Austriac. XX. 293—294, Nr. 285 f. Den Hauptinhalt des Briefes bilden übrigens Klagen gegen den Kaiser wegen der Triester Streitsache.

Besitz, über dessen Zugehörigkeit man sich hinterher verständigen wird; Markgraf Albrecht von Brandenburg, der hervorragendste Fürst im Deutschen Reiche, dann etwa auch König Christian II. von Dänemark, der ebenso mit Eduard IV. von England wie dem burgundischen Hause verfeindet war, bleibt der Eintritt in das Bündnis offengehalten; der Markgraf mag dadurch gewonnen werden, daß Frankreich mit böhmischer Hilfe den Pfalzgrafen niederwirft, und so dem Übergewichte der wittelsbachischen Fürsten im Reiche ein Ende macht.

Worauf es Böhmen ankam, enthielt der nachfolgende Absatz:

Ludwig von Frankreich soll, sobald die verbündeten Heere im Felde stehen, ein allgemeines Konzil nach einer französischen Stadt einberufen; dort wird die böhmische Kirchenfrage in Verhandlung genommen und entschieden; die Abstimmung findet nach Nationen statt; die Fürsten verpflichten sich, alle die nicht freiwillig das Konzil beschicken, mit den Waffen in der Hand dazu zu nötigen. Um diese Punkte ins reine zu bringen, möge König Ludwig einen besonderen Bevollmächtigten nach Böhmen schicken.[1]

Man sieht auf den ersten Blick, daß hier plötzlich ein Plan zum Vorscheine kommt, der, weit abweichend von jenen vordem der Vereinigung mit Frankreich, Venedig, Ungarn u. s. w. zu Grunde gelegten und formell auf den Türkenkrieg gerichteten Anschauungen, lediglich beabsichtigt, den König von Frankreich und den Markgrafen von Brandenburg durch große Vorteile zu bewegen, dem Böhmenkönige zu einer günstigen Lösung seines Kirchenkonfliktes die Hand zu bieten. In Verkennung der faktischen Verhältnisse, an innerer Hohlheit gleicht der neue Entwurf den anderen, an denen Podiebrad und seine Ratgeber damals so fruchtbar waren: Es war des Königes Art und Gewohnheit, wenn er hier aus eigenem Antriebe bereit war, an die Stelle der noch immer so lebhaften Beziehungen zu den Wittelsbachern das innigste Zusammengehen mit dem Markgrafen von Brandenburg zu setzen, wenn er zu gleicher Zeit in Prag und Wiener-Neustadt das deutsche Reformprojekt zur Besserung des Reiches vereint mit Herzog Ludwig und dem Pfalzgrafen betrieb und am französischen Hofe sich anheischig machte, König Ludwig wichtige deutsche Interessen, nach allem ein neues Stück des Reichsbodens, zu opfern, wenn er endlich den Pfälzer Kurfürsten der Rache des Markgrafen preisgeben wollte. Aber den Vorzug muß man dem neuen Vertragsentwurfe

[1] Das böhmische Anerbieten und die Antwort der Franzosen in den Memoires de Commines, ed. Lenglet de Fresnoy IV. 78—82. Vgl. über die Zeit der Sendung u. s. w. H. Markgraf, Über König Georgs Projekt eines europäischen Fürstenbundes 2c. 292—293.

zugestehen, daß er endlich des Königes versteckte Ziele unverhüllt zum Ausdrucke brachte. Freilich wurde dies auch sofort verhängnisvoll.

Marini sah sich am französischen Hofe freundlich wie zuvor aufgenommen, und der erste Bescheid auf seine Werbung lautete nicht ungünstig: Ludwig XI. erklärte sich zu einem Bündnisse mit Böhmen und Brandenburg bereit. Als man aber zur Erörterung der einzelnen Punkte schritt, erwies sich die böhmische Mühe verloren. Die französischen Räte waren nicht geneigt, die erst im Vorjahre mühsam gewonnene Einung mit Burgund[1] um so unsichere Aussichten wieder aufzugeben,[2] die Konzilsache wurde rundweg abgeschlagen, und auch die Abordnung eines Gesandten nach Böhmen war nicht zu erreichen.

Man entschließt sich kaum, der Thatsache zu glauben, wenn gemeldet wird, daß der böhmische Diplomat nun sofort die ganze Bündnissache fallen ließ, dafür wieder auf den Türkenkrieg und die Idee eines Fürstenbundes und Fürstenparlamentes zurückgriff, und sich Beglaubigungen und Vollmachten für diese Sache für die Höfe von Polen und Ungarn erbat. Aber es geschah, und daß auch König Georg trotz der Meldungen aus Venedig noch immer glaubte, mit dem Plane etwas erreichen zu können, zeigt, daß seine Kurzsichtigkeit mit dem Leichtsinne seines französischen Agenten sich messen durfte.

Wie viel die Verhandlungen mit Kasimir von Polen ergeben konnten, lehrt der Verlauf des Glogauer Tages. Die böhmische Politik vermochte sich da hinterher keines Erfolges zu rühmen.

Sehr spät, erst im März 1464, als der König eben den Tod seiner Tochter Katharina, der ungarischen Königin, vernommen, brachte Marini die Sache an König Matthias.

Dieses lange Zaudern könnte auffallen. Aber hier meinte man ja jederzeit des Erfolges sicher zu sein: Abgesehen davon, daß der Corvine Georg als Schwiegersohn nahe stand, durfte man annehmen, daß dem ungarischen Hofe ein Türkenkrieg immer und von jeder Seite willkommen sein werde; und selbst auf Matthias' Dankbarkeit machte Podiebrad Ansprüche, wobei er freilich nach seiner Art manches in der Zwischenzeit Geschehene übersah. Endlich darf nicht vergessen werden, daß nach den eigentlichen Intentionen des Prager Hofes der Türkenkrieg Mittel zum Zwecke, das Fürstenparlament und die Vereinigung mit Frankreich die Hauptsache war, daß

---

[1] Johannis de Los, Chron. rer. Gestarum ab anno 1455 ad an. 1514 l. c. 15—16. Vgl. Chronique d'Adrien de But l. c. 440.

[2] Markgraf, Projekt eines europäischen Fürstenbundes 294.

man aber bei dem ungarischen Könige infolge der bedrängten Lage seines Reiches weniger ein lebhaftes Interesse für politische Reformen als für die faktische Bekämpfung der Osmanen voraussetzen mußte. Das der Grund, weshalb man so lange ohne Ungarn in der Sache verhandelt hatte. Es entsprach dem, wenn sich jetzt der böhmische König mit der Vertraulichkeit des enge verwandten und befreundeten Herrschers näherte.

Als der Franzose, der sich weniger als Bote des Böhmenköniges denn als Gesandter Ludwig XI. einführte, seinen Plan vor dem Könige entwickelte, als er die Unterhandlungen mitteilte, die zwischen Böhmen, Venedig und Frankreich stattgefunden, und merken ließ, daß König Georg zugleich auch in Matthias, als seines Schwiegersohnes, Namen, jene Vorschläge bei dem französischen Hofe gemacht habe, da zeigte sich der Ungarkönig wider Erwarten unangenehm berührt.[1] Er sprach seine Verwunderung aus, daß er erst jetzt, nach so langen Beredungen und trotzdem die Sache gerade für ihn von entscheidender Wichtigkeit sein könne, Nachricht erhalte. Noch mehr zeigte er sich empfindlich, daß der König von Böhmen, dem er es nicht verzieh, ihn in den letzten Jahren zum Werkzeuge seiner deutschen Politik gemacht zu haben, nun selbst fremden Monarchen gegenüber sich benahm, als sei er des ungarischen Reiches unbedingt mächtig. Matthias erklärte solches für durchaus unzulässig, denn „sei auch der König der Vater und er der Sohn, so habe er doch ein eigenes Reich mit bestimmten Grenzen, einen besonderen Rat an seinem Hofe, der politische Fragen beurteilen könne, und seine selbständigen politischen Rücksichten".[2]

Im übrigen geschah zu Ofen nichts anderes, als was die Signoria und König Ludwig gethan hatten. König Matthias nahm den Vertragsentwurf im allgemeinen an, weil er ja möglicherweise doch für den Türkenkrieg irgend welche Bedeutung gewinnen konnte; er betonte in seiner Antwort die alten freundlichen Beziehungen Ungarns zu den französischen Königen, und sprach die Geneigtheit aus, auch jetzt mit Ludwig XI. in einen engeren Bund zu treten. Aber Böhmens und seines Herrschers wurde dabei gar nicht gedacht, und für den Kern seines Projektes, das Fürstenparlament und den Bundesrat, jene Momente, um die allein es König Georg zu thun war, erwärmte man sich am ungarischen Hofe so wenig wie in Venedig.

---

[1] Die Werbung Marinis ist nicht erhalten. Die einschlägigen Meldungen bei Pray, Annal. Hungar. III. 305 und Katona XIV. 704—712. Vgl. G. Voigt, Enea Silvio III. 490—491. Markgraf, Projekt eines europäischen Fürstenbundes 295—296.

[2] Markgraf, Projekt eines europäischen Fürstenbundes 295.

Der König erklärte, die bezüglichen Vorschläge des Königes von Frankreich erschienen ihm so wichtig und weittragend, daß er nicht sofort eine bestimmte Antwort geben könne; er müsse sich darüber erst mit seinen Bündnern, den Venetianern, vor allem aber mit Papst und Kaiser beraten. — Man weiß, was eine solche Absicht für die Wünsche des Böhmenköniges und den ganzen Plan bedeutete.

Dagegen sprach sich Matthias über den Frieden zwischen den christlichen Völkern und die gemeinsame Bekämpfung der Türken sofort und sehr deutlich aus: Der Türkenkrieg sei eine Angelegenheit der ganzen Christenheit, und es liege ihm ferne, fremde Hilfe abzulehnen; aber wozu brauche man da noch eines besonderen Vertrages? Es sei bereits zwischen ihm, dem Papste, Venedig und dem burgundischen Herzoge ein Bündnis geschlossen, im kommenden Sommer den Feind mit aller Kraft zu bekriegen; jedem Fürsten stehe es frei, dem beizutreten; was ihn betreffe, so thue er wahrlich seine Pflicht; er halte Frieden mit den Christen, und bekämpfe unablässig die Türken, und weise jedes Abkommen mit ihnen zurück, obwohl es ihm nicht schwer würde, auf Kosten des übrigen Europa ein solches zu erreichen; dächten alle so, so wären die Türken bald aus Europa vertrieben.

Ebenso entschieden waren des Königes Äußerungen, als Marini erzählte, es sei die Berufung eines allgemeinen Konziles angeregt; deutsche Kurfürsten — der Gesandte verschwieg hier vorsichtig, daß die Sache von dem Prager Hofe ausgegangen — hätten deswegen König Ludwig geschrieben. Matthias erklärte, ein Konzil einzuberufen, sei allein Sache des Papstes, denn nur er, der Stellvertreter Gottes auf Erden, könne die Kirche reformieren; was aber die Bedeutung einer Kirchenversammlung an sich betreffe, so sei er durchaus gegen jede Berufung einer solchen; die Konzilien hätten stets nur Zwietracht und Verwirrung gebracht; das wäre gerade jetzt höchst gefährlich, weil so der allgemeine Frieden und die Verteidigung des Glaubens zu Schaden kämen.

Der Franzose setzte, durch des Königes abweisendes Benehmen nicht beirrt, noch längere Zeit die Versuche fort, doch irgend welche Erfolge in Ofen zu erzielen. Er brachte mancherlei, teils im eigenen, teils im Namen des Königes von Frankreich, zur Sprache. Und wenn er sich auch manch derbe Abfertigung holte, so als er dem Könige Ratschläge erteilen wollte für die Verwaltung Ungarns und die Behandlung der inländischen Parteien, oder als er ihm, dessen Gemahlin soeben gestorben war, das An-

erbieten machte, eine neue Heirat zu vermitteln:[1] schließlich war der König doch willfährig, dem Unterhändler eine Beglaubigung für Beredungen über ein ungarisch-französisches Bündnis zu erteilen, und wurde auch ein Grenzvertrag zwischen den Reichen Ungarn und Böhmen zustande gebracht. Derselbe, am 14. April 1464 unterzeichnet,[2] regelte den Verkehr der beiderseitigen Unterthanen in ähnlicher Weise, wie die Beuthener Übereinkunft vom 29. November 1460 jenen zwischen Böhmen und Polen.

Die mehrfachen Zusammenkünfte, welche aus diesen Anlässen stattfanden, brachten denn auch die Parteigänger Roms am ungarischen Hofe in Sorge, der König möchte sich noch weiter von dem französischen Abenteurer umgarnen lassen: Die Bischöfe sollen Marini sogar mit dem Banne bedroht haben.

König Matthias blieb aber fest. Der Plan eines europäischen Fürstenbundes und Fürstenparlamentes war definitiv gescheitert. Des bedeutungslosen, wenn auch prunkhaft-lärmend durchgeführten Nachspieles, des nochmaligen Versuches, eine französisch-böhmische Allianz herzustellen, wird weiter unten zu gedenken sein.

Um dieselbe Zeit fielen in Wiener-Neustadt die Würfel über den Reichsreformplan, an dem die böhmischen Diplomaten arbeiteten.

Der Mißerfolg der letzten Verhandlungen über die bayerische Vorlage hatte, scheint es, den Eifer der Wittelsbacher sehr abgekühlt. Jedenfalls waren, als am kaiserlichen Hofe die Beratungen beginnen sollten (4. März), keine oder höchstens die Vertreter Markgraf Albrechts von Brandenburg, Dr. Georg von Absberg und der Kaplan Wenzel Reman, eingetroffen.[3]

Ihre Instruktion lehrt uns, wie der Hohenzoller jetzt die Sache aufnahm: Die Gesandten sollten Gewalt haben, für ihren Herrn in eine „gleiche Verständigung und Einung" mit dem römischen Kaiser, Herzog Ludwig von Bayern und dem Könige von Böhmen zu treten, und jenen

---

[1] Der König antwortete, er wolle der Sitte gemäß die gebührende Zeit für ein neues Ehebündnis abwarten. Daß dies übrigens nur ein Vorwand war und Matthias sich damals wirklich bereits wieder mit Heiratsgedanken trug, zeigt der Brief der brandenburgischen Gesandten an Markgraf Albrecht aus Wiener-Neustadt vom 20. März 1464 bei Höfler, Fränkische Studien IV., Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen VII. 26—27, Nr. 2.

[2] Bei v. Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. I. 1045. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 303 nennt den Vertrag „einen neuen Freundschaftsbund zwischen Ungarn und Böhmen".

[3] Vergl. unten die Aufschrift zu ihrer Instruktion.

Artikel, der sagt, daß die Fürsten hinfort nicht mehr wider einander sein werden und was sonst in den Bundesbrief zu setzen ist, zu bewilligen; der Markgraf hoffe aber durch die Fürsprache des Kaisers zu erreichen, daß die Verbrüderung des Hauses Brandenburg mit Sachsen und Hessen ausgenommen werde; zum mindesten möge man ihn im Kriegsfalle nicht verpflichten, deren Erblande zu beschädigen; sollte der Verein erweitert werden, so scheine es ihm ersprießlich, daß auch Württemberg und Baden hineinkämen.[1]

Daß die wesentlichste Abänderung der hohenzollerischen Version darin bestand, den Pfalzgrafen, den zweiten Wittelsbacher, vom Bunde auszuschließen, ist nicht gesagt, aber einleuchtend.

Die ersten, welche nach den Markgräflichen ankamen, waren die böhmischen Räte, der Kanzler Prokop von Rabenstein, Zdenko Kostka von Postupitz und Benesch von Weitmühl.[2] Sie entschuldigten ihr Ausbleiben mit der Unsicherheit der Straßen infolge wegelagernder Rotten der Žebraken und der Überschwemmungen, welche die Frühjahrswässer überall angerichtet. Da von den anderen Gesandtschaften noch immer nichts zu hören war, und die Kurie drängte, die Mitteilungen zu vernehmen, welche der Böhmenkönig dem Kaiser zum Behufe seiner Aussöhnung mit dem römischen Stuhle machen wollte, so trat der Kaiser mit den beiden in Neustadt weilenden Legaten, Domenico de Torcello und dem wegen des Türkenzuges ausgeschickten Rudolf von Rüdesheim, Dompropst zu Worms, dann Bischof von Lavant, unverweilt in die Behandlung der böhmischen Frage ein.

Auch in den letzten Monaten hatte das Ringen zwischen Rom und Podiebrad nicht ganz geruht. Den fortgesetzten Bemühungen Antonio

---

[1] „Fertigung doctor Jorgen von Absperg zu vnnserm herrn dem keyser vnd auff den tag Oculi verramet anno etc. lxiiii^to." Orig.-Conc. im Bamb. Arch. 1908, Nr. 234 und 235.

[2] Die Anwesenheit Rabensteins steht fest. Benesch von Weitmül nennt Palacky IV. 2. 298. Seine Anwesenheit in Wiener-Neustadt gegen Ende März ist erwiesen durch den Bericht der markgräflichen Räte vom 7. April 1464 bei C. Höfler, Fränk. Studien IV. a. a. O. 28: „Herr Wenisch". Daß er und sein Bruder (?) Ludwig zu einer solchen Sendung sich vorzüglich eigneten, zeigt Birk, Urkunden-Auszüge Nr. 720 und 735. Chmel, Reg. II. 411, Nr. 4052. Aber auch Zdenko Kostka ist da gewesen, wie nicht bloß Chmel, Reg. II. 402, Nr. 4070 bezeugt, wonach er mit Rabenstein offenbar seine Anwesenheit am kaiserlichen Hofe benützt, um alte Forderungen anerkennen zu lassen, sondern auch die Relatio historica (bei Höfler, Scriptor. rer. Hussitic., Fontes rer. Austriac. 2. Abteil., VII. 219), wo ich das „Hinko Roscha" für „Zdenko Kostka" nehme.

Marinis traten überall an den europäischen Höfen die Diplomaten der Kurie entgegen, sei es mit direkten Anklagen gegen den König, der statt das große Werk des Glaubenskrieges zu fördern, es störe, indem er die Fürsten gegen den Papst hetze, sei es mit dem Hinweise auf seinen Agenten, der, ein unberufener Schwätzer, sich mit gefälschten Kredenzen einführe.[1] Noch mehr! Der Erzbischof von Kreta, der im Dezember beauftragt wurde, im deutschen Norden das Kreuz für den Türkenkrieg zu predigen und die Fürsten aufzurufen, erhielt um dieselbe Zeit Befehl, gelegentlich seines Weilens am brandenburgischen Hofe das Verhältnis zwischen dem Papste und König Georg zur Sprache zu bringen und zu erforschen, ob der Kurfürst geneigt wäre, für den Fall der Absetzung Podiebrads die böhmische Krone anzunehmen. Es war der erste direkte Schritt Pius II. auf der im vergangenen Sommer von den Breslauern angedeuteten Bahn.

Um so mehr mußte der Ausgang der jetzigen Beredungen in Wiener-Neustadt für das künftige Verhalten der Kurie entscheidend werden. Die böhmische Werbung lautete: „Der König versichert dem Kaiser, daß ihm nichts so sehr am Herzen liege, als eine völlige Ausgleichung mit der katholischen Kirche zu treffen und, solange er herrsche, seinem Königreiche zu sichern. Er ersucht daher Kaiser Friedrich, vom heiligen Vater die Absendung eines Legaten zu erwirken, mit dem sich alles beraten und beschließen lasse, was zur Beseitigung des Zwiespaltes und Zurückführung der böhmischen Lande in die Einheit der römischen Kirche dienen könne. Vor dem Legaten hofft der König sich ganz und gar all den Anklagen und Verleumdungen gegenüber, die man in seiner Sache an den Papst gebracht habe, rechtfertigen zu können; vor ihm und seiner kaiserlichen Majestät will er seine Gesinnung ganz entdecken und eine Antwort geben, aus der hervorgehen werde, daß er ein christlicher und katholischer Fürst sei, bereit, alles zu thun, was die Einheit des Reiches mit der römischen Kirche erfordere. Nur die Seuche, die seit Monaten das Königreich verheere und ihn selbst zur Flucht gezwungen hätte, sei der Grund, weshalb der König diese Eröffnungen bis jetzt — nach seiner Rückkehr — verschoben habe“.[2]

---

[1] Fontes rer. Austriac. XX. 299—300, Nr. 301. „Theodori Lelii episcopi Feltrensis orator. apostol. contra Hussitarum perfidiam et Georgium Boemiae regem ejusdem heresis defensorem etc. oratio tercia.“ Vergl. Fantinus an die Breslauer vom 23. Mai 1463 in den Scriptor. rer. Silesiac. VIII. 202, Nr. 158.

[2] Die Werbung in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 49—50, Nr. 230. Deutsch bei Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 235—236.

Dem Legaten klang es fast wie Spott, als der König so die Dinge nun dorthin zurücklenken wollte, wo sie bereits vor Fantins Sendung 1462 gewesen waren. Und hatten die Breslauer und alle die zahlreichen Gegner des Königes am römischen Hofe — Freunde zählte er dort kaum mehr — nicht recht, wenn sie in den Erbietungen und Verheißungen von Wiener-Neustadt nichts als Winkelzüge, Lug und Trug erblickten?

Der Bischof von Torcello war aber ebenso schlagfertig in der Erörterung politischer Streitfragen, als beredt bei wissenschaftlichen Diskussionen. Seine Antwort wies zunächst zurück, was die Böhmen von Verleumdungen bei dem Papste gesagt hatten: Der heilige Vater sei klug genug und habe hinlänglich weise und besonnene Männer zur Seite, um nur nach gewichtigen Gründen zu handeln: die hätten ihm aber bei seinem Vorgehen gegen den König wahrlich nicht gemangelt; der König habe erst bei seiner Krönung geschworen, sein Volk zum Glauben und Gehorsam der römischen Kirche zurückzuführen, und dies nicht gethan; er habe dann neuerdings dem Papste in Gegenwart sämtlicher Kardinäle, als Johann von Rabenstein zur Obedienzleistung nach Rom entsendet war, dasselbe gelobt, und auf eine päpstliche Mahnung, weil er auch jetzt nichts erfüllte, zum drittenmale ausdrücklich anerkannt, daß er sich zur Union verpflichtet fühle und seine Zusage erneuert; trotzdem sei auch dann nichts geschehen; im Gegenteile, der König habe gegen das Völkerrecht den päpstlichen Legaten gefangen gesetzt, und bedrohe die Breslauer, obgleich ihnen zugestanden sei, daß sie ihm nur dann huldigen müßten, wenn er unzweifelhaft katholisch wäre.

Das seien die Gründe, derentwegen der heilige Vater habe einschreiten müssen.

Was nun des Königes jetzige Anträge, speciell die Bitte um Absendung eines Legaten, betreffe, so erkläre er, der Legat, vorbehaltlich der Meinung des Papstes: Einen Legaten zu schicken, sei der römische Stuhl bereit, sobald der König die kirchliche Union nicht bloß verspreche sondern auch ins Werk setze; aber auch da müßte der König erst zurücknehmen, was er gegen die heilige Kirche gesprochen habe, oder, da man diese Reden leugne, wenigstens öffentlich erklären, er halte sich an den Glauben und die Lehrmeinung des apostolischen Stuhles und wolle jetzt wie früher in nichts gegen dieselben sein; aber einen Legaten zu schicken, damit der König ihm seine innere Gesinnung kundgebe, sei unthunlich; dazu sei er da, der König möge sich nur aussprechen; auch der Kaiser sei mit dem Brünner Tage jederzeit bereit gewesen und wäre es noch, des Königes Anliegen zu vernehmen und an den heiligen Vater zu bringen.

Der Bischof deutete an, daß er auch, was man von einer Verhinderung durch die Pest erzählt habe, für leeren Vorwand halte. Er betonte, daß von glaubwürdiger Seite der Kurie überbracht worden sei, die treuen Katholiken würden im böhmischen Königreiche beschwert; sei es nicht der Fall, so werde es ihm zur Freude gereichen. Er nahm den Erzbischof von Kreta gegen die Anklage in Schutz, daß er seine Vollmachten überschreite: was er gethan, möchte wohl notwendig gewesen sein; dabei berühre die Beschwerde über die Wiederaufnahme des Prozesses wegen Vertreibung Balthasars von Sagan eine unter den Umständen wenig bedeutungsvolle Sache und werde leicht beseitigt sein, wenn man erst über die eigentlichen Streitfragen sich verständigt habe. Domenico schloß mit den Drohworten: „Wir raten dem Könige, daß er getreulich zur That werden lasse, was er verheißen, wozu er sich verpflichtet hat. Sonst wird der heilige Vater auch ihm gegenüber thun, wozu ihn seine Pflicht antreibt, und er wird der Welt zeigen, wer er ist und welche Macht er besitzt. Er wird dazu mit Gottes Hilfe Mittel und Wege finden".[1]

Die Antwort des Legaten ließ über die Gesinnung und künftige Haltung der Kurie zu Böhmen keinen Zweifel übrig. Der Eindruck war denn auch ein mächtiger, selbst bei den böhmischen Gesandten: Alle Anwesenden empfanden, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden gekommen sei. In einem Briefe, welchen Prokop von Rabenstein dem Berichte über die Verhandlungen mit dem Legaten beischloß, beschwor er den König, in letzter Stunde einzulenken, die Eintracht mit der Christenheit, den Frieden des Heimatlandes, die Blüte seines Hauses zu wahren; denn es seien solche Mittel gegen ihn beschlossen, daß ihm niemand werde helfen können; da er aber durch sein unkluges Bekenntnis auf dem Prager Tage und durch die ungerechte Härte gegen den päpstlichen Gesandten und ihn, Rabenstein, den Anspruch auf Sendung eines neuen Legaten verwirkt habe, bleibe jetzt nichts übrig, als in demütigen Bitten und werkthätigen Leistungen sein Heil zu suchen.[2]

Auch Bruder Gabriel von Rongoni, seit den Verhandlungen Podiebrads mit der Kurie in den Tagen Calixt III. mit ihm in Verbindung, benutzte die alten freundlichen Beziehungen zu König Georg, um ihm von Wiener-Neustadt aus das drohende Ungewitter anzukündigen, und eindringlichst zuzusprechen, den gerechten Forderungen der Kirche zu genügen.

---

[1] Die Antwort des Legaten in Fontes rer. Austriac. XX. 325—328, Nr. 315.

[2] Brief Prokops im Manuscr. Sternberg. der lobkowitzschen Bibliothek zu Prag, fol. 255. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 298 citiert nach dem zweiten Manuskr. (dem „minus").

Er fand dabei Gelegenheit, auch die Beseitigung mancherlei Beschwerung, die seine Ordensbrüder im Prager Ambrosiuskloster beklagten, zu erbitten.[1]

Diese Bemühungen blieben fruchtlos wie die Drohworte des Legaten. Seit 1461 war es des Königs Überzeugnung, mit den Kompaktaten allein stehe und falle sein Königtum. So gingen denn die Dinge ihren Lauf.

Außerordentlich bedeutungsvoll konnten jetzt für das böhmische Reich die Beredungen zwischen den böhmischen, markgräflichen, wittelsbachischen und kaiserlichen Räten über die Reichsreform werden. Aber mußten nicht auch die Kaiserlichen und Markgräflichen einsehen, daß mit dem jetzigen Stande der böhmischen Kirchenfrage auch die Voraussetzungen der beabsichtigten Besserung des Reiches sich geändert? Und warum war doch noch immer von Gesandten der Wittelsbacher nichts zu hören? Ungeduldig harrten die Ansbacher Boten, und die Böhmen vertrieben sich die Zeit damit, den Kaiser bei der Ausgleichung der letzten brandenburgisch-bayerischen Irrungen entgegenzuarbeiten: Die Zwietracht der deutschen Fürstenhäuser hielten sie bereits wieder dem Interesse ihres Königs angemessener.[2]

Endlich kam aus Landshut Nachricht, aber unangenehme. Herzog Ludwig schrieb „den Tag, darumb denn die Böhmen in Wiener-Neustadt waren", für jetzt gänzlich ab, versprach aber, mit dem Pfalzgrafen und Erbischof Ruprecht von Köln am 1. Mai seine Räte am kaiserlichen Hofe zu haben; die Markgräflichen sollten bis dahin verziehen; den König von Böhmen werde er selbst zur Abordnung einer neuen Botschaft bestimmen.[3]

Es blieb nichts anderes übrig, als sich zu fügen. Mit Rabenstein und Kostka ritt der Freiherr von Rorbach nach Prag zum Könige, die Versicherung zu überbringen, daß der Kaiser auch ferner bereit sei, in Rom zum Frieden mit Böhmen zu mahnen. Es war ein geringer Trost dem doppelten Mißerfolge des Neustädter Tages gegenüber. Und auch der Rorbacher kam vor allem seiner Geldschuld wegen, „darum man ihm

[1] Über die teilweise Wiederherstellung des Katholicismus in Böhmen seit 1459 vergl. man Frind, Kirchengeschichte Böhmens IV. 48—49; 51. Es waren neben St. Ambros in Prag noch Ročow, St. Benigna, die Klöster zu Nepomuk, der Observanten zu Neuhaus u. s. w. Der Brief Gabriels „dan w nowém městě (gegeben in der Neustadt s. d.) im Manuscr. Sternb., fol. 298—299. Vgl. Palacky IV. 2. 298—299, der an diese Stelle und an diese Schreiben nur das Lob der Mäßigung des Königs zu knüpfen weiß!

[2] Schreiben der markgräflichen Räte nach Ansbach vom 7. April bei Höfler, Archiv VII. 27—29, Nr. 3.

[3] Ebendort 27.

hart anlag" von seite des Königs.[1] Des Kaisers Intervention bei Pius II. aber hätte wohl schwerlich länger geholfen, auch wenn sie nachdrücklicher erfolgt wäre, als es wirklich geschah.[2]

„Wiewohl wir gegen die Türken, so Gott will, zuziehen vermeinen, so sind wir gleichwohl auch schuldig den einheimischen Gefahren zu begegnen; denn es wäre unnütz, in der Ferne zu streiten und daheim Schaden zu leiden", sprach Papst Pius zu Beginn seiner Entscheidung in der böhmischen Sache, die am 16. Juni 1464 im Konsistorium der Kardinäle auf Antrag des Seniors des Kollegiums erfolgte.

Erst nach langem Schwanken hatte man sich zu einem Entschlusse aufgerafft, so sehr in den letztverflossenen Monaten der Kampf gegen den ungehorsamen Böhmen erörtert wurde. Während die Legaten des heiligen Vaters von Sicilien bis Schottland, von Portugal bis Ungarn die Völker zum heiligen Kriege aufmahnten, während hier und da die Rüstungen wirklich begannen und Kreuzscharen sich sammelten, blieb man wenigstens auf eine umfassende Defensive auch gegen Böhmen bedacht. Der Legat Rudolf von Lavant, der eigentlich gesandt war, das Kreuz in den südlichen Landschaften des Reiches zu predigen, hatte auch besondere Befehle in der böhmischen Sache.[3] Er war deshalb bei den Verhandlungen zu Wiener-Neustadt zugegen geblieben, und trat unmittelbar darauf mit angesehenen Katholiken des Königreiches in Verbindung.[4] Und während der Kaiser gestattete, die apostolischen Briefe im ganzen Reiche bekannt zu geben, dem Klerus befahl, den geforderten Zehnten zu entrichten und auch aus den Erblanden Hilfe zu thun gelobte, während die Nuntien, Hieronymus von Kreta im Norden, Bischof Rudolf in Franken, der Bischof von Tricarico am Rheine, geschäftig waren, die Unterthanen aufzurufen und die Fürsten zum Beistande zu bewegen,[5] auch wegen der Übernahme des Oberbefehles über die Kontingente des Reiches mit dem Markgrafen Albrecht

[1] Ebendort 29.

[2] Der Kaiser begnügte sich zunächst einen Brief zu schreiben, dessen Überbringer der Bruder Gabriel war. Vgl. Fabian Hanko an den Rat von Breslau am 3. Mai 1464. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 68—71, Nr. 245 (die betreffende Stelle S. 69).

[3] Vgl. schon den Brief Nikolaus Merboths an die Breslauer vom 28. Oktober. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 19—21, Nr. 198: „Affirmavit (sc. card. s^ti^ Petri) omnia se libenter facturum, ut semper fecit, ac velle facere unum memoriale domino episcopo Lavantino, quondam decano Wormaciensi, in facto regni Bohemie et Wratislaviensium etc."

[4] Das Man. Sternb. bringt ein Schreiben Rudolfs an Johann von Rosenberg aus Salzburg, das auf eine weitere Korrespondenz schließen läßt.

[5] Voigt, Enea Silvio III. 704—705.

von Brandenburg und nach ihm, da jeder die Ehre ablehnte, mit dem Herzog Wilhelm von Sachsen, dem Markgrafen Karl von Baden, dem Grafen Ulrich von Württemberg verhandelt wurde,[1] hielten der von Kreta und Rudolf von Lavant den Blick unablässig auf Böhmen gerichtet. Auf seinen Fahrten durch die nördlichen Lande gelang es Hieronymus in Polen, der Mark, Sachsen und Thüringen zwar nicht die Höfe für den Türkenkrieg zu gewinnen,[2] dafür aber um so gewaltiger die Massen zu erregen.[3] Als er zu persönlicher Verhandlung zu dem brandenburgischen Kurfürsten kam, entledigte er sich, wie bereits erwähnt, auch der besonderen Weisung des heiligen Vaters, die eventuelle Wiederbesetzung des böhmischen Thrones betreffend. Der Kurfürst vernahm mit Staunen, daß Papst Pius fest entschlossen sei, den mächtigen Podiebrad zu beseitigen, und man auf die Wiederaufnahme jenes Planes, der schon in den Tagen Papst Martin V. und des ersten Hussitenkrieges eine Rolle gespielt und auf den im Vorjahre eben wieder die Breslauer hingewiesen hatten,[4] sinne, Böhmen in eine Anzahl kleiner Herrschaften zu zerschlagen. Der Legat versprach ihm im Namen des heiligen Vaters weite Gebiete und große Geldsummen, falls er sich entschließen könnte, die Sprüche des Glaubensgerichtes an dem Ketzer zu vollziehen. Der Kurfürst wich aber vorsichtig aus; er wies den Versucher an seinen Bruder, Markgraf Albrecht, bei dem der Erzbischof in der That durch eine Gesandtschaft die Sache anregte. Hier aber begegnete die Sache noch entschiedenerem Mißtrauen und Widerwillen:[5] statt dem Kretenser entgegenzukommen, that Albrecht nach Böhmen heimliche Meldung.[6] Kein Wunder, daß dann der Erz-

[1] Berichte der Räte Markgraf Albrechts an diesen aus Wiener-Neustadt vom 20. März 1464 bei Höfler, Archiv VII. 26—27, Nr. 2.

[2] Über seine Bemühungen, die sächsischen Fürsten zu gewinnen, giebt eine Anzahl Schriftstücke des Weim. Gesamtarchives Reg. B, pag. 319 Aufschluß. Nach vergeblichen Bemühungen des Propstes von Berlin, Franz Steger, kam Hieronymus im April persönlich nach Weimar; ebendort Nr. 19.

[3] Vgl. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 225—226. Detmar, Lüb. Chronik II. 273—275. Über das Benehmen Heinrichs von Mecklenburg und König Christians von Dänemark, der dem Legaten die in den Jahren 1461—1462 gesammelten Kreuzzugsgelder abnehmen ließ, siehe ebendort 270—271 und 238—239. Vgl. Voigt, Enea Silvio III. 714.

[4] Man vgl. die oben erwähnte Werbung Weinrichs.

[5] Brief des Erzbischofs an die Breslauer vom 29. Januar 1464, Scriptor. rer. Silesiac. IX. 33—34, Nr. 215.

[6] Brief Albrechts an Jobst v. Einsiedel vom 24. Februar 1464 bei v. Stockheim, Urkunden und Beil. 654—655, Nr. CXLVIII. Ein Bruchstück bei Höfler, Kaiserl. Buch 94.

bischof, als er von seiner langen nordischen Legation über Franken nach Rom zurückkehrte, es vermied, den Markgrafen in Ansbach zu besuchen. Auch trugen seine Berichte nicht wenig dazu bei, die wachsende Erbitterung der kurialen Kreise gegen den Böhmenkönig zu steigern.

König Georg war inzwischen in seinen Vorbereitungen fortgefahren, allen Fährlichkeiten eventuell mit gewaffneter Hand Trotz bieten zu können. Er hatte sich in den ersten Tagen des Januar 1464 nach Olmütz begeben, wo sich während des mehrwöchentlichen Aufenthaltes des Hofes auch die Bischöfe von Breslau und Olmütz und mehrere schlesische Fürsten einfanden.[1] Es ist unzweifelhaft, daß Jost und Prothas, als der König von hier seine Gesandtschaft nach Wiener-Neustadt abordnete, zu nichts anderem rieten, als vordem in Prag und Brünn. Aber wie sehr unterschied sich doch ihr Benehmen von dem der Breslauer! Drängten diese unablässig zu den Gewaltmitteln hin, so blieben sie noch mit dem Könige im Frieden, als der scharfe Gegensatz zwischen ihrer streng religiösen Überzeugung und der kirchlichen Haltung des Königs offen zu Tage lag. Und warum sollten sie, solange die Kurie für gut fand, die begonnenen Prozesse ruhen zu lassen, nicht einem so verdienten Herrscher gegenüber im Frieden ihrer Unterthanenpflicht genügen?

Der König setzte zu Beginn 1462 die Verhandlungen mit Nikolaus von Oppeln fort, um Brieg zu erlangen; dem Herzoge Konrad dem Weißen von Öls gedachte er das Lehen Auras zu entziehen; auf das feste Striegau wurde ein Anschlag gemacht. Bald machte sich, noch mehr als zuvor, die gebietende Stellung bemerkbar, die er sich in Schlesien geschaffen; schon war auch die Bedrängnis der Breslauer so groß, daß der König sie aufzufordern wagte, mit ihm ein Abkommen zu treffen,[2] und seine Rücksicht auf die Kurie so gering, daß er, als die Stadt entschieden ablehnte, eine Reihe schlesischer Fürsten bewog, ihr die Fehde anzukündigen, wobei Johann von Sagan mutig voranging.[3] Die Olmützer, deren Stimmung anfangs geteilt war, wurden gleich anderen

[1] Bericht der Breslauer an den Papst vom 5. Januar 1464 in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 27, Nr. 207. Vgl. ebendort 54—55: convocacionem statuens in Olmüntz, ubi cum suis duobus et ceteris fautoribus grande concilium collegit, quibus mediis (Wratislavienses) circumducere etc. posset. Vortrag Fabian Hankos vor Papst Pius, März 1464.

[2] Rede v. 16. Juni; s. unten und Scriptor. r. S. IX. 36, Anm. zu Nr. 217.

[3] Brief der Breslauer vom Ende Februar 1464 an Erzbischof Hieronymus von Kreta Scriptor. rer. Silesiac. IX. 41—42, Nr. 224.

katholischen Bürgerschaften[1] bewogen, dem Könige den Ergebenheitseid zu erneuern.[2]

Mit weiteren feindseligen Schritten gegen Breslau ging damals aber der König weit über das Maß dessen hinaus, was klug und notwendig war. Als er auf die Meldung von Unruhen der Utraquistischen in Prag, die wohl die falsche Nachricht von seiner völligen Aussöhnung mit Rom erregte, auf dem Rückwege dorthin nach Glatz kam, entbot er die Getreuen aller Landschaften zu sich, um in ihrer Gegenwart Gericht zu halten über Johann von Wiesenburg, einen verarmten Edelmann, den man beschuldigte, er habe auf Anstiften der Breslauer den König mit seiner ganzen Familie vergiften wollen, und um aller Welt die beispiellose Verruchtheit dieser seiner Todfeinde vor die Augen zu stellen.[3]

Nun war aber der von Wiesenburg sowie sein Genosse Hans von Czirne nach allem unschuldig; die ihm durch die Folter erpreßten Aussagen widerrief er hinterher und beharrte dabei bis zu seiner grausamen Hinrichtung. Um so bedeutender waren die Folgen dieses Vorgehens! War die Breslauer Bürgerschaft schon vordem in Angst und Sorgen, so daß sie um Beistand flehte, wo sie Freunde zu haben vermeinte,[4] so stieg jetzt in der Stadt die Aufregung und Erbitterung aufs äußerste. In Schreiben an den Papst,[5] den Kaiser, die Kurfürsten, die Fürsten von Brandenburg, Bayern, Sachsen und Thüringen, die Bischöfe, Universitäten und Städte des Reiches, ja auch den König und die Bischöfe Polens erhärteten Bürgermeister und Rat ihre Unschuld: Nur die besondere Sendung eines Kardinallegaten, um welchen sie den heiligen Vater dringend baten, schien noch hinreichend, sie gegen die rücksichtslosen Maßnahmen

---

[1] Man vergl. die Meldung über den Tag von Grottau vom 2. Februar 1464. Ebendort 56.

[2] Nach der Anklage, die der Senior des Kardinalskollegiums am 16. Juni im Konsistorium gegen den König erhob. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 80. Man vergl. auch das Schreiben des Erzbischofs von Kreta an die Schweidnitzer vom 8. Oktober 1463 a. a. O.

[3] Schreiben der Breslauer vom 15. März an den Papst und ähnlich an Fürsten, Städte und Universitäten nah und fern; siehe Scriptor. rer. Silesiac. IX. 45—49. Fontes rer. Austriac. XLII. 356—358, Nr. 267. Vgl. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 228—235.

[4] Hierher gehört auch die neue Vermehrung der städtischen Soldtruppen. Ein bezüglicher Vertrag mit Kaspar Nostitz auf Schocham vom 12. März im Breslauer Stadtarchiv, CC 34. Vgl. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 67.

[5] Auch an die Kurialen Franz Piccolomini und den Erzbischof von Kreta.

des Königs und seines Glatzer Hauptmannes, Hans Wölfel von Warnsdorf, zu schützen.

Die Schreiben blieben in Rom nicht ohne Eindruck: Der König hatte von nun an selbst den einflußreichen Carvajal gegen sich; auch befahl der Papst am 3. April dem Dompropst und Domkantor zu Breslau, die Prozesse gegen Johannes von Sagan wieder aufzunehmen.[1] Man war entschlossen zu handeln, sowie eine Aussicht auf Erfolg da war, wenn nur, sobald „man den Pflug ansetzte", sich damit auch „Furchen ziehen ließen".[2] Aber eben ein Vollstrecker des päpstlichen Willens war nirgends zu sehen. Und welche Mühe und Sorge, welche Fülle von Kummer und Enttäuschungen schuf nicht dem heiligen Vater der in Vorbereitung begriffene Kreuzzug![3] Und mahnte ihn nicht sein siecher Körper, mit dessen Kraft es zur Neige ging, zum Frieden?

So griff man denn nochmals, da inzwischen ein Bote des Bischof Jost auch Carvajal wieder einigermaßen besänftigte,[4] nach der letzten Möglichkeit, weiter zuzuwarten, indem man dem Berichte des Bischofs von Torcello gegenüber sich doch wieder Miene gab, den thatsächlich von niemandem geteilten Beteuerungen des Kaisers, daß der König von Böhmen doch noch thun werde, was man ihm heiße,[5] zu glauben. Das einzige, was geschah, war, daß der Kardinal von Spoleto zum Sachwalter der Breslauer bestellt, und die Kardinäle Cusa und Berardo Erolo beauftragt wurden, in der böhmischen Sache Richter zu sein.[6] Doch versicherte schon am 3. April der Kardinal von St. Angelo dem Breslauer Geschäftsträger voller Erregung, „könntet ihr mir nur einen Fürsten nennen, der die Sache anfassen wollte, morgen müßte sie anheben".[7]

---

[1] Scriptor. rer. Silesiac. IX. 61—62, Nr. 235.

[2] Fabian Hankos Bericht nach Breslau vom 29. März. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 58, Nr. 233.

[3] Vergl. Voigt, Enea Silvio III. 703, 707 ff. Wie sehr der Papst die Geduld verlor, zeigt Hankos Erzählung über die Art, wie ein ungarischer Bischof abgefertigt wurde. Bericht vom 3. Mai, Scriptor. rer. Silesiac. IX. 69—71, Nr. 245.

[4] Markgraf, König Georg und Pius II. 1462—1464, 255. Fabian Hanko am 3. Mai nach Breslau (Scriptor. rer. Silesiac. IX. 69—71, Nr. 245): Ich clags gote, das der cardinal s. Angeli, dem ich bevolhen ward außzurichten, gantz grosser freund ist ewres bischoffs, und mag nicht hören, das ich sein übel gedenke.

[5] Scriptor. rer. Silesiac. IX. 70, Nr. 245.

[6] Am 23. April 1464; Scriptor. rer. Silesiac. IX. 65—66, Nr. 241. Vergl. auch Nikolaus Gleiwitz am 10. März an den Breslauer Rat. Script. rer. Silesiac. IX. 44—45, Nr. 229.

[7] Bericht Hankos vom 5. April, Scriptor. rer. Silesiac. IX. 62—63, Nr. 236.

Auch das ward überwunden. Während der König, der in Prag rasch die Ruhe hergestellt, mit Bischof Jost und zahlreichen schlesischen Fürsten, die ihn in Prag besuchten, die Erhaltung des jetzigen Friedenszustandes im Königreiche beriet[1] und Rokyzana und der katholische Klerus nochmals aufs strengste gemahnt wurden, sich jeder Herausforderung zu enthalten, während man auch des Türkenkrieges wegen neue lange Frist erreicht zu haben meinte, erhob sich plötzlich die Kurie zur That. Die Berichte der Breslauer voll Klagen und Beschuldigungen,[2] die Darlegungen des in Rom angelangten Erzbischofes von Kreta,[3] die doch einige Hoffnung erregten, es würden sich, falls die Kurie nur energisch gegen die böhmische Ketzerei vorgehe, der eine oder der andere der Fürsten für die Vollstreckung der Mandate gewinnen lassen, die neue Botschaft des Kaisers, welche, von dem Bruder Gabriel von Verona überbracht, die Absendung eines Legaten nach Böhmen zum Gegenstande hatte, aber eben nur wieder leere Worte als Gegengabe bot,[4] hatten erst Papst und Kardinäle in neue Zweifel und Sorgen gestürzt, dann aber den heiligen Vater zu entschlossener That fortgerissen.

Am 16. Juni erteilte Papst Pius II. im großen Konsistorium bei Anwesenheit sämtlicher Kardinäle und Kurialen, der Senatoren der Hauptstadt, der fremden Fürsten und Städtegesandtschaften und einer großen Anzahl neugieriger Römer dem Senior des Kollegiums das Wort in der böhmischen Angelegenheit.[5]

Er meldet als Worte des Papstes: Videbitis cito fulmina et tonitrua de celo descendencia, que extirpabunt illam heresim maledictam domino donante. Ebendort 63.

[1] Die Breslauer freilich witterten wieder Anschläge auf ihre Stadt. Ihr Brief vom 7. Mai an den Erzbischof von Kreta, Scriptor. rer. Silesiac. IX. 71—72, Nr. 246. Es waren damals mit dem Bischofe sicher Nikolaus von Oppeln, Friedrich von Liegnitz, Johann von Sagan und Konrad der Schwarze von Öls in Prag.

[2] Zu den erwähnten Berichten siehe noch Scriptor. rer. Silesiac. IX. 76, Nr. 251, A, B, C, vom 7. Juni.

[3] Man vergl. das Breve vom 2. Juni an die Breslauer, mit der Mitteilung, daß der Schutz der Stadt vorläufig dem Könige Kasimir von Polen und dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg übertragen sei. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 75—76, Nr. 250.

[4] Markgraf, König Georg und Papst Pius II. 1462—1464, 256.

[5] Die „Aktenstücke betreffend die Vorladung des Königs Georg nach Rom“ in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 77—87, Nr. 253. Vergl. Hankos Bericht über das Konsistorium, Rom am 18. Juni, ebendort 87—90, Nr. 254, und besonders auch Markgrafs Bemerkungen 86—87 zu Nr. 253. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 243—252 bringt eine zweite Version der Citation, die Palacky, Geschichte

In langer Rede behandelte dieser den ganzen Fall. Er suchte zu erweisen, daß Georg, der sich in Böhmen ins Königtum eingedrängt, zum Mittelpunkte aller Bestrebungen gegen die Einheit der Kirche geworden sei. Von der Thronbesteigung angefangen, die nur durch die verbrecherische Beseitigung seines Vorgängers, des Königs Ladislaus, möglich geworden, bis zum jetzigen Augenblicke stelle Podiebrads Regierung eine lange Reihe Vergehen dar, und da er seine Eide gebrochen und sich selbst öffentlich zur Ketzerei bekannt habe, so habe er sich auch jeder weiteren Schonung seitens des heiligen Vaters begeben; es sei vielmehr dessen Pflicht, rücksichtslos die Prozesse gegen Georg wieder zu eröffnen, und wenn es auch bedenklich erscheine, einen so bedeutenden Gegner anzugreifen, die Wahrheit werde doch den Sieg davontragen.

Redner beantragte, daß der Papst gegen den Böhmen als rückfälligen Ketzer die Citation in strengster Form erlasse, für den weiteren Prozeß Kommissäre bestelle, den Breslauern und den anderen Katholiken des böhmischen Reiches jede mögliche Hilfe gewähre.

Der Papst vergaß der Hinfälligkeit seines Körpers, als er, der Geschichtschreiber Böhmens auf dem Throne, den Verlauf des Streites mit dem Könige von den Verhandlungen bei der Prager Krönung 1458 bis zum gegenwärtigen Augenblicke charakterisierte. Man könne sich, fügte er hinzu, der Erkenntnis nicht länger verschließen, daß die Erbietungen Podiebrads nur den Zweck hätten, neue Frist für seine List und Bosheit zu gewinnen; seine Grausamkeit wachse von Tag zu Tag; er gehe lediglich darauf aus, die Katholiken seines Landes niederzuwerfen. Der Papst wies auf die Langmut hin, die nun seit Jahren vom römischen Stuhle geübt worden: man habe zugewartet, bis allenthalben offenbar geworden, daß man von diesem Manne nichts Gutes hoffen könne; er sei ganz und gar verlogen, ebenso hinterlistig und heimtückisch wie böswillig, im hohen Grade gefährlich. Darum sprach Pius II. schließlich in striktester und strengster Form die Citation des Königs aus, und übertrug die Fortführung des Prozesses den Kardinälen von St. Peter[1] und St. Sabina.[2] Mit erhobener Stimme gab der Glaubensprokurator Antonio da Gubbio den Anwesenden die Entscheidung des heiligen Vaters kund.

Andern Tages in der Morgenfrühe begab sich Pius II. in die Peters-

---

von Böhmen IV. 2. 314 und G. Voigt, Enea Silvio III. 500 zur Grundlage ihrer Darstellung diente.

[1] Nikolaus Cusa, Bischof von Brixen.

[2] Isidoros, Patriarch von Konstantinopel und Bischof von Negroponte.

kirche, um vor dem Altare der Apostelfürsten sein Gebet für das Gelingen der christlichen Heerfahrt zu verrichten. Dann, nachdem er sich feierlich das Kreuz an die Schulter geheftet, zog er aus der heiligen Stadt in den Türkenkrieg.[1]

Neunzehntes Kapitel.

Herstellung der kaiserlichen Herrschaft im Lande ob und unter der Enns. Aussöhnung des Kaisers mit Herzog Sigmund von Österreich-Tirol und Ausgang der Tiroler Kirchenfehde. Die Ausläufer des Reichsreformversuches und des Mainzer Bischofsstreites.

Sowie der Ständetag zu Hadersdorf in Niederösterreich trotz seiner sonstigen Unfruchtbarkeit doch den bedeutsamen Beschluß herbeiführte,[2] den Frieden im schwer geprüften Heimatlande mit der Anerkennung des Kaisers als rechten Erbherrn anzubahnen, so beseitigte Erzherzog Albrechts jähes Hinscheiden auch im leicht beweglichen Wien das wichtigste Hindernis einer Verständigung mit dem Herrscher. Noch am Todestage Albrechts beschloß die Bürgerschaft nun unter sich in Eintracht und Frieden zu bleiben, vor allem die Schimpfnamen der Parteien gegen einander abzuthun.[3] Das Ausschreiben des Kaisers vom 8. Dezember, worin die Hauptstadt und alle Landstände ohne Ausnahme aufgefordert wurden, ihm als geborenem Landesfürsten gehorsam zu sein und sich dafür seiner väterlichen Fürsorge versichert zu halten,[4] machte guten Eindruck. Beschloß auch der Rat, sich an den Hadersdorfer Verhandlungen zu beteiligen, wohl schon um keinen neuen Gegensatz im Schoße der Landschaft aufkommen zu lassen, so wollte er doch „daselbst nichts anderes vorgenommen" wissen, als „was für seine Gnade, Land und Leute ersprießlich sei".[5]

---

[1] Voigt, Enea Silvio III. 715.

[2] Über die Beratungen des Tages s. Copey-Buch 377—382. Chmel, Reg. II. Anhang CLVIII—CLXI. Der Tag begann „am pfincztag nach Lucie" (Chmel, Reg. a. a. O.) und dauerte bis zum 23. Dezember. Anonym. chron. Austriac. 263. Man hatte die Oberösterreicher und kaiserliche Räte umsonst erwartet.

[3] Anonym. chron. Austriac. 256—257.

[4] Anonym. chron. Austriac. 257—258.

[5] Anonym. chron. Austriac. 258.

Gern willigte dann die Stadt ein, daß nach Schluß des Tages mit dem Propste von Klosterneuburg oder zu Sankt Dorothea in Wien, mit Herrn Stefan von Hohenberg und Herrn Bernhard von Tehenstein[1] als Abgesandten der Prälaten, Herren und Ritter ihre Ratsbotschaft im Namen der Städte die Erbietungen und Bitten der Versammlung von Hadersdorf dem Kaiser überbringe.[2]

Die Markgräfin von Baden und der päpstliche Gesandte, der Bischof von Torcello, an welche sich die Hadersdorfer wie die Stände Oberösterreichs zugleich um Vermittelung wandten, hatten jetzt geringe Mühe: Der Kaiser war bereit, den reuigen Österreichern auf mehr als halbem Wege entgegen zu kommen.[3] Ihn bestimmten vor allem die willigen Erbietungen der Wiener Bürgerschaft.

Bereits Mitte Dezember, ehe der Hadersdorfer Beschluß gefaßt war, hatte die Stadt Gesandte nach Wiener-Neustadt geschickt. Man war jetzt bereit, in allem nachzugeben; eine unbezähmbare Friedenssehnsucht, die alle Gemüter erfüllte, wohl auch die Forderungen Ulrichs von Grafeneck und Bertholds von Ellerbach, dann die drohende Haltung der erzherzoglichen Soldtruppen, welche die von Albrecht nicht geleisteten Zahlungen nun ohne weiteres von der Stadt verlangten, wirkten zusammen. Die Bürger baten nur, der Kaiser möge das Geschehene verzeihen und ververgessen und auch bei dem heiligen Vater sich verwenden, daß sie aus den Censuren der Kirche kämen; bezüglich der zur Zeit des Erzherzoges gegen ihre Stadt ergangenen Rechtssprüche und der voraussichtlichen Rückkehr der verjagten und geflüchteten kaiserlichen Anhänger hofften sie, daß der Kaiser gnädig im Einverständnisse mit Bürgermeister und Rat vorangehen werde.[4]

Nun ließ zwar Friedrich III. sein theoretisches Herrscherrecht auch diesmal nicht außer acht. In feierlicher Versammlung seiner Räte und Edlen, in Gegenwart der beiden päpstlichen Legaten, der Bischöfe von Gurk und Triest und der Räte Herzog Ludwigs von Bayern erklärte erst der Kanzler Ulrich von Gurk, dann nochmals der Kaiser persönlich, daß

[1] „Pernhart Tachensteiner". Copey-Buch 389.

[2] Copey-Buch a. a. O. Chmel, Reg. II. Anhang CLXIII. Vgl. Anonym. chron. Austriac. 263.

[3] Die bezüglichen Schriftstücke, das Ersuchen an den Kaiser um Geleite, das Schreiben an den Bischof u. s. w. bei Chmel, Reg. II. Anhang CLXI—CLXII; CLXIII, CLXIV. Anonym. chron. Austriac. 263—264. Michel Beheim, Das Buch von den Wienern 359.

[4] „Anbringen" an den Kaiser vom 10. Januar 1464. Copey-Buch 390—392.

ihn die Sprüche und Verleihungen seines Bruders nicht verpflichteten und er seine Hoheitsrechte zu wahren und „seine Oberkeit bei sich zu halten vermeine". Daneben wurde aber den Wienern die freundlichste Behandlung zu teil und ihnen jede Art von Berücksichtigung, vor allem völliges Vergeben des Vergangenen zugesichert. Voll Freude eilten sie, ihren Mitbürgern Meldung zu thun.[1]

Erst acht Tage nach ihrem Abscheiden, am 17. Januar, langte die Botschaft der Stände in Neustadt ein: Seit Ende Dezember hatte sie in Wien vergeblich auf das kaiserliche Geleite geharrt.[2] Auch den Ständeverordneten wurde auf die zu Tulln und Hadersdorf verfaßten Artikel[3] und die Bitten, die sie sonst mündlich vorbrachten,[4] entweder eine direkte Zusage oder doch das Versprechen zu teil, der Kaiser wolle sich darin halten nach dem guten Herkommen und seiner Pflicht als Landesherr.[5] Auch sie waren befriedigt, und indem sie den Mitgliedern der Landschaft des Herrschers Gunst und Gnade verkündigten, wurde allen auch sein ernstlicher Vorsatz mitgeteilt, mit ihrer Hilfe „Ruhe, Frieden und Gemach im Erzherzogtume zu besorgen".[6]

Die Hauptstadt eilte um so mehr, wieder ganz zu Gnaden zu kommen. Nach neuer Verhandlung langten am 3. Februar mit den städtischen Boten die beiden Legaten, dann die kaiserlichen Räte Georg von Volkensdorff, Haidenreich Druchsäß, Hans von Mülfeld, Meister Harttung von Kappel und Hans Pellendorffer in Wien an. Noch stand es ringsum so friedlos, daß streifende Žebraken ihnen durch acht Tage die Wiener Straße versperrt hatten. Alsbald wurde die Gemeinde in den großen Propsthof beschieden und begannen die Verhandlungen, natürlich bereits weniger über noch etwa strittige Punkte als über die Form der Aussöhnung. Drei Tage später war man eins. Beide Teile sprachen die Gefangenen ohne Entgelt ledig; die Wiener gelobten, dem Kaiser das zerschossene Schloß wieder zu bauen und den vertriebenen Mitbürgern die genommene oder vernichtete Habe zurückzustellen und zu ersetzen. Dafür wurde ihnen gänzliche Verzeihung und die Bestätigung der alten Freiheiten der Stadt zugesichert. Nachdem dann alle mit erhobenen Händen geschworen, dem Kaiser und seinen Nachkommen als rechten, natürlichen Herren und Landesfürsten,

---

[1] Copey-Buch 392—395. Anonym. chron. Austriac. 269.

[2] Ebendort 390. [3] Copey-Buch 382—384.

[4] Man vgl. darüber Copey-Buch 388—389.

[5] Die kaiserliche Antwort im Copey-Buch 384—389.

[6] Man vergl. das Schreiben an den Burggrafen Michel von Maidburg vom 23. Januar 1464. Copey-Buch 389.

treu und gewärtig zu sein, wurde feierlich ausgerufen, daß der Herrscher die Stadt wieder zu Gnaden aufnehme und des Reiches Acht und Aberacht aufgehoben sei. Die Legaten verkündeten nun ebenso die Lossprechung von Bann und Interdikt des Papstes und Aufhebung aller kirchlichen Censuren.[1]

„Und als die Sachen nun alle ein Ende hatten, da hieß man Arm und Reich mit den Legaten in die St. Stefanskirche ziehen. Daselbst hub man an mit der Orgel, und wurde das Te deum laudamus gesungen, und es wurden alle Glocken geläutet zu St. Stefan und in den anderen Pfarrkirchen und Klöstern, und in der Stadt allenthalben vor den Häusern Freudenfeuer angezündet, Gott zum Lobe und dem Kaiser zu Ehren, damit Gott der Herr verleihe einen seligen Frieden, ihm zum Preise und Arm und Reich in ihrer Trübsal zur Tröstung.“[2]

Am 11. März erklärte der Kaiser noch in einem besonderen Briefe die Absage der Wiener für tot und nichtig, nachdem er die Stadt wieder in Eid und Gehorsam genommen habe.[3]

In ebenjenen Tagen erlangten Haidenreich Druchsäß von Staatz, Hans Hofkircher und sein Sohn Lorenz die obberührte Erhebung in den Freiherrnstand[4] und sonstige Zusicherungen und Verleihungen;[5] etwas später wurden die Grafen Ulrich, Sigmund und Wolfgang von Schaumburg,[6] Herr Christoph von Pottendorff,[7] der Mailberger Ordensmeister Achaz Bohunko,[8] Hans Freiherr von Rorbach mit seinen Brüdern Jörg und Hieronymus,[9] der getreue Kärntner Konrad von Kreig[10] und Herr Sigmund von Eizing[11] begnadet, der und jener noch mit dem Hinweise auf die treuen Dienste, die er dem Kaiser im Kampfe mit den Wienern geleistet. Eine Anzahl hauptstädtischer Bürger endlich gewann

---

[1] Michel Beheim, Buch von den Wienern 257—260. Anonymus 270—279. Die Angelobungsformel der Wiener im Copey=Buch 397—398.

[2] Anonym. chron. Austriac. 279—289. Betreffs des Anzündens von Freudenfeuern in den Straßen vgl. man Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 343.

[3] Birk, Urkunden=Auszüge 97, Nr. 727.

[4] Vgl. oben Kap. 14, wo auch auf die bezüglichen Quellen verwiesen ist.

[5] Birk, Urkunden=Auszüge 94, 95, Nr. 712, 714, 715. Vgl. Chmel, Reg. II. 411, Nr. 4050.

[6] Birk, Urkunden=Auszüge 97, 98, Nr. 728, 729, 733, 734.

[7] Ebendort 93, Nr. 707. [8] Ebendort 98, 99, Nr. 738—740.

[9] Ebendort 97, Nr. 732.

[10] Ebendort 99, Nr. 741. Dimitz irrt, wenn er Kreigs amtliche Stellung in Krain sucht.

[11] Birk, Urkunden=Auszüge 101, Nr. 757.

für schwere Verluste, erlitten infolge treuen Ausharrens bei dem rechtmäßigen Landesherrn, erwünschte Entschädigung.[1]

Natürlich waren auch die Magister und Studenten der Universität der allgemeinen Amnestie teilhaftig geworden. Gegen Erwarten gestand der Kaiser sogar zu, daß den Professoren eine neuerliche Huldigung erlassen werde, ohne freilich die dafür geltend gemachten Gründe der Hochschule, die Berufung auf die ihr nach dem Muster der Pariser Universität zustehende Autonomie, stichhaltig zu finden. „Er erwarte", ließ der Kaiser sich vernehmen, „daß ähnliche Zustände wie in letzter Zeit an der Universität nicht wiederkehren würden; man möge sich in Hinkunft ganz und gar den Studien, wozu man ja da sei, widmen und der Regierung in allen Stücken treue Anhänglichkeit beweisen."[2] Übrigens war die Sache damit noch immer nicht völlig abgethan. Fakultäten und Magister empfanden noch wiederholt, wie wenig ihr Verhalten in der letzten Kampfesperiode den Voraussetzungen des Kaisers entsprochen hatte.[3]

Langsamer und schwieriger schien sich die Rückkehr Oberösterreichs zur alten Vereinigung mit dem Lande unter der Enns gestalten zu wollen. Freilich mutete man erst dem Kaiser Absichten auch betreffs der Einziehung der vorderösterreichischen Stammlande zu. Auf die erste Kunde von des Erzherzogs Tode hatte wenigstens Albrecht von Brandenburg nach Wiener-Neustadt geschrieben, und den Kaiser zu schleuniger Besitzergreifung des schwäbischen Österreich aufgerufen: Im Besitze der Hausgebiete dies- und jenseit des Rheines, gestützt auf Baden, Württemberg und die getreuen Reichsstädte werde Friedrich ganz Schwaben in seiner Hand halten, das allein zweimal so mächtig sei als das Bayerland.[4] Aber gehörte nicht Vorderösterreich zu den Verwaltungsgebieten der tiroler Habsburger? Und lagen die Lande nicht wirklich weit mehr in Herzog Sigmunds Machtsphäre? Man mochte lieber kaiserlicherseits sehen, daß dem kaum beendeten Streite mit dem Bruder nicht ein Konflikt mit dem tiroler Vetter nachfolge; denn weit entfernt, an dem

---

[1] Birk, Urkunden-Auszüge 100, 102, Nr. 750, 765.

[2] Aschbach, Geschichte der Wiener Universität 239—241.

[3] Cuspinian, Vita Friderici III. in Vit. Caesarum DCXI. Der bestgehaßte Geschichtschreiber und Theolog Professor Ebendorfer entzog sich jeder Ungnade durch seinen Tod am 8. Januar 1464, also kaum 5 Wochen nach dem Tode Erzherzog Albrechts, den er so schmerzlich beklagt. Vergl. Birk, Scriptor. Concil. Basiliens. I. praefatio XXXIX. Vgl. Aschbach a. a. O. 241.

[4] Brief des Markgrafen vom 16. Dezember 1463 bei Höfler, Kaiserl. Buch 101. Vgl. dessen Schreiben an seine Räte vom 20. Dezember im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 116.

Rückfalle der Lande vor dem Arlberge an sein Fürstentum zu zweifeln, that Herzog Sigmund sofort auch Schritte, Oberösterreich zu erlangen.

Der Herzog hatte ziemlich spät den Tod Albrechts erfahren.[1] Sofort ordnete er die Herren Ulrich von Frundsberg, Balthasar von Lichtenstein und den Doktor Lorenz Blumenau nach Linz ab, seine Rechte und Ansprüche an das Erbe zu wahren.[2] Ohnehin befanden sich bereits zwei seiner Räte, Martin Neidegker, der sich an den letzten Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem verstorbenen Erzherzoge beteiligt hatte, und Hildbrand Rasp, abgesandt, um das infolge des Prager Friedens von dem Kaiser neuerdings für den tiroler Herrn bewilligte Drittel der niederösterreichischen Einkünfte einzuheben, in den Donaulanden.[3] Es fehlte in Oberösterreich auch nicht an einflußreichen Männern, die den Herzog zum Landesherrn wünschten, während die Inhaber der bedeutendsten Ämter und Pflegschaften, wie der Landeshauptmann Wolfgang von Wallsee,[4] Wilhelm Graf von Tierstein auf Freistadt, der Kanzler Jörg von Stein zu Steyr[5] und Ortolf Geumann, Pfleger zu Tretteneck, Neu-Attersee und des Kogelschlosses,[6] sich durch die Untersiegelung des Erbvertrages, den ihr verstorbener Herr mit Sigmund von Tirol vor drei Jahren zu Innsbruck geschlossen, für gebunden erachteten.[7] Andere, und besonders die Dienstleute aus dem Hofhalte des verstorbenen Fürsten, dann die Führer der erzherzoglichen Söldner gaben gleichfalls dem tirolischen Dienste den Vorzug vor dem kaiserlichen.[8] In Vorderösterreich stand der einflußreichste Beamte, der Marschall Düring von Hallwill, vom Anfange an unerschütterlich zu Herzog Sigmund.[9]

---

[1] Die Wiener schrieben ihm gleich am 2. Dezember (Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 837); Ortolf Geumann am 10. Dezember. Aber beide Briefe kamen erst am 16. Dezember nach Innsbruck, als der Herzog eben bereits anderweitig die Nachricht erhalten hatte.

[2] Am 15. Dezember. Regesten bei Lichnowsky, VII. Nr. 836, 837.

[3] Schreiben Hildbrand Rasps an den Herzog vom 11. Dezember bei Chmel, Materialien II. 276.

[4] Bericht H. Rasps vom 11. Dezember a. a. O. und vom 17. Dezember ebendort 277.

[5] Seine Erbietungen an die herzoglichen Räte vom 22. Dezember im Diplom. Habsburg., Fontes rer. Austriac. II. 309. Vgl. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 844 und 849.

[6] Vgl. sein oben erwähntes Schreiben vom 10. Dezember, und seinen Brief an Herzog Sigmunds Räte vom 23. Dezember bei Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 847.

[7] Vgl. oben Kap. 2.

[8] Brief Herzog Sigmunds an seine Räte vom 22. Dezember bei Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 842.

[9] Ebendort Nr. 849.

Trotzdem war die Stimmung der von dem Landeshauptmanne Wallsee auf den 15. Dezember zu einer Beratung nach Linz gerufenen Landschaft im ganzen für den Kaiser günstig. Georg von Volkensdorff konnte ebensosehr auf dessen Erbrecht nach seinem Bruder wie auf die Gefahren einer verzögerten Beschlußfassung in so wichtiger Sache, welche leicht die böhmischen Grenznachbarn zu einem verwüstenden Einfalle ins Land ermuntern könnte, hinweisen. Der Vertreter Sigmunds, Hildbrand Rasp, der dagegen zu sprechen versuchte, war ohne Beglaubigung, des Herzogs eigentliche Botschaft noch nicht angelangt; von der Verschreibung der beiden Herzoge für den Todesfall wollten zudem die Stände nichts wissen: Als der Landeshauptmann erklärte, daß er sie bezüglich des Linzer Schlosses gelten lassen werde, wurde er mit Entziehung des Schlosses und seines Amtes bedroht. Erst als Ortolf Geumann die in seinen Händen befindliche Kopie des Innsbrucker Erbvertrages verlesen ließ, und Jörg von Stein von beabsichtigten Gewaltmaßregeln des Kaisers, zunächst gegen seinen Pfandbesitz Steyr, erzählte, die er aus einem aufgefangenen Befehle an Georg von Reinach erkannt habe, wurde ein Teil der Anwesenden schwankend.[1]

Der Kaiser hatte für jetzt unterlassen, seinen Rat bezüglich der Herausgabe der Fehdebriefe an jene, die ihm in den vergangenen Kriegsjahren aus dem Lande ob der Enns abgesagt, besonders zu instruieren. Volkensdorff vermochte daher die Verdächtigungen Steins nicht direkt zu widerlegen. Auch fehlte in der kaiserlichen Erbietung die Zusage, daß die Freiheiten und das gute Herkommen aller Stände bestätigt werden sollten. Aus diesen Gründen endete der Tag mit dem Beschlusse, es sollte, da eine beträchtliche Anzahl der Herren und Städteboten nicht zugegen, am 2. Januar 1464 ein neuer Landtag stattfinden.[2]

Hier erzielte aber Volkensdorff einen vollständigen Erfolg, obwohl neben den genannten Räten auch wieder Hildbrand Rasp, dann Heinrich von Freyberg, Landkomtur des Deutschherrnordens im Lande an der Etsch, Herzog Sigmunds Sache führten. Nachdem sich die Stände

---

[1] Alles Bisherige nach dem erwähnten Schreiben Hildbrand Rasps vom 17. Dezember.

[2] Als endgültige Antwort der Stände erkenne ich das Schriftstück Nr. XVIII. im Diplomat. Habsburg. 310—312, das deshalb auf den 15. Dezember 1463 zu setzen ist. Vgl. ferner den Bericht Ort. Geumanns vom 25. Dezember ebendort 310, Nr. XVII. Der Zweifel Jägers, Streit des Kardinals Nikolaus Cusa mit Herzog Sigmund von Tirol I. 412, Anm. 36 wegen des Datums des Tages ist danach ungefertigt und speciell der angeführte Grund belanglos.

„auf das höchste und fleißigste beraten", sprachen sich sämtliche Städte und die Mehrheit der Pfleger, darunter auch der Landeshauptmann, für die Anerkennung des Kaisers aus. Sofort wurde den Tiroler Boten bedeutet: „Die Landschaft fühle sich in ihrem Gewissen verpflichtet, den Kaiser, der als ihres verstorbenen Herrn leiblicher Bruder dem Erbe näher stehe als Herzog Sigmund, sein Vetter, als Regenten des Landes anzunehmen, in voller Zuversicht, er werde dem Herzoge leisten, was ihm gebühre, sich auch gegen sie halten, wie er als Landesfürst schuldig sei und Herr Jorg von Volkensdorff in seinem Namen versprochen habe."[1]

Wohl war damit die Sache nicht beendigt. Der ränkevolle, stets eigennützige Jörg von Stein, Graf Wilhelm von Tierstein, Ortolf Geumann und mehrere andere hielten, stets auf jene Erbverschreibung sich berufend, auch jetzt noch an dem Tiroler Herzoge fest, und dessen Räte sagten ihnen nicht bloß Unterstützung zu, sondern nahmen auch wirklich mehrere der Amtleute und Truppenführer Erzherzog Albrechts, wie Wilhelm von Polheim, Jörg Marschall von Reichenau, den Ranckenreutter, in ihres Herrn Sold und Dienst.[2] Jörg von Stein eilte hinterher noch persönlich nach Innsbruck und brachte von dort den tirolisch Gesinnten die Zusicherung von Schadensersatz und Lohn und ausreichender Unterstützung.[3]

Aber die Oberösterreicher sahen solchem Trotze einer kleinen Fraktion nicht lässig zu. Ortolf Geumann wurde sofort angegriffen. Den Grafen von Tierstein belagerten kaiserliche Truppen im Schlosse zu Freistadt, wobei die Bürgerschaft wacker mithalf; er kam rasch genug ins Gedränge. Auch die Steyrer lauerten nur auf eine passende Gelegenheit, sich ihres Gewaltherrn zu entledigen.[4] Dagegen harrten jene umsonst auf Hilfe aus Tirol. Bald genug ging auch die Rede, der Herzog habe mit der Sache überhaupt nichts zu thun und die Herren gebrauchten seinen Namen nur, um die Schlösser und Pflegen für sich behalten zu können.[5]

---

[1] Chmel, Reg. II. 410, Nr. 4045. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 860. Der Tag endete schon am 2. Januar. Vergl. Pritz, Geschichte des Landes ob der Enns II. 149—150.

[2] Hierher gehört das Verzeichnis im Diplomat. Habsburg. II. 315, Nr. XXII, das also in den Januar 1464 zu setzen ist.

[3] Diplomat. Habsburg. 315—316, Nr. XXIII. Das Schriftstück gehört nach allem in den Januar 1464.

[4] Schreiben Jörgs von Stein an Parzival von Annenberg vom 1. Februar und an Herzog Sigmund vom 6. Februar 1464 im Diplomat. Habsburg. 212—213, 189—190.

[5] Nach dem erwähnten Briefe Steins an Herzog Sigmund vom 6. Februar.

Freilich war dem nicht so. Aber alle Mahnungen Jörgs von Stein vermochten Sigmund nicht zum thätigen Eingreifen in Oberösterreich zu bewegen.

Den Grund dafür bildete die Tiroler Kirchenfrage.

Als sich die Kurie im Sommer 1461 mit der Konstanzer Richtung zwischen den österreichischen Herzogen und den Eidgenossen vom 1. Juni 1461 trotz ihrer Erfolge in Deutschland die Möglichkeit entzogen sah, mit den Waffen der Schweizer den kirchlichen Censuren gegen Sigmund von Tirol Nachdruck zu verleihen, willigte Papst Pius nicht ungern in die Vermittlung, zu welcher sich Graf Peter von Schaumburg, Kardinalbischof von Augsburg, der Bischof Ulrich von Passau und Herzog Ludwig von Bayern erboten hatten: Wenn der Herzog dem Brixener Bischofe Ersatz leisten und sich bezüglich der anderen Streitpunkte einem Schiedsspruche, eventuell des Herzogs Ludwig von Bayern und des Bischofes von Eichstädt, unterwerfen wolle, so sei der Papst willens, von ihm und seinem Lande die Kirchenstrafen zu nehmen, wobei er sich jedoch die Absolvierung Sigmunds und die Auflegung einer Buße vorbehalte.

Ebendeshalb verwarf aber Sigmund den Vergleich: Seine Gesandten erklärten, ihr Herr werde nie zugestehen, daß er wirklich in die Censuren gefallen sei, und daher nie um Lossprechung bitten oder sie annehmen.

Man beachte, wie hier der Tirolerfürst im Streite mit der geistlichen Obrigkeit denselben Standpunkt festhielt, auf den sein Verbündeter, Ludwig von Landshut, nachher sich zu dem Kaiser stellte: Voll fürstlichen Hochgefühles weigerten sich beide, auch nur formell eine Verletzung der höheren Autorität zuzugestehen. Und da wie dort wurde eine Genugthuung mehr erbeten als erzwungen!

Solcher Kundgebung des Herzogs gegenüber wies der römische Stuhl den Antrag der Unterhändler, die ganze Streitsache vor Schiedsrichter zu bringen, entschieden zurück. Vom neuen, womöglich noch heftiger als vordem, entbrannte der Streit.[1]

---

[1] Man vergl. A. Jäger, Der Streit des Kardinals Nikolaus von Cusa mit Herzog Sigmund von Österreich II. 217 ff., wo sich auch die einschlägige Litteratur verzeichnet findet. Voigt, Enea Silvio III. 410 ff. Das Breve an den Kardinal von Augsburg bei F. A. Scharpff, Der Kardinal und Bischof Nikolaus von Cusa, 2 Teile, Mainz 1843 (s. a. Tübingen 1871), 354. Das Kompromiß der Parteien vom 13. Juli 1461 bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 384—387, Nr. LXXXXII[a] ohne Datum (dieses bei Voigt a. a. O. 410, Anm. 3). Das Schreiben Herzog Ludwigs von Bayern vom 22. Juli 1461 in dieser Sache bei Öfele, Scriptor. rer. Boicar. II. 243. Cod. lat. Monac. 215 lag auch mir vor.

Es war in Landshut auch die Rede davon gewesen, am ehesten wäre wohl der Streit zu beenden, wenn Cusa auf dem Brixener Stuhle durch einen bayerischen Prinzen ersetzt würde. Besorgnis und Rachedurst bewogen ihn nun, um so mehr die Anwendung der schärfsten Mittel gegen den Herzog wie gegen Kapitel und Klerus von Brixen zu betreiben.[1] Andererseits ließ Gregor Heimburg im August 1461, als Erzherzog Albrecht endlich jenen raschen Siegeszug durch Niederösterreich bis vor die Thore von Wien durchgeführt, „aus dem glücklichen Feldlager vor Wien" seine Antwort auf die Anklageschrift des Kardinals los, welche, Punkt für Punkt dessen Ausstellungen widerlegend, zugleich die zahlreichen Gebrechen der kirchlichen Ordnung und des kurialen Regimentes mit beißender Schärfe und eindringender Gelehrsamkeit, aber auch mit jener erschrecklichen Rücksichtslosigkeit, jenem Ungestüm, die eben nur Heimburg eigen waren, bloßstellten und geißelten.[2] Tief bekümmert über den Fall, der ihm persönlich so gründlich zuwider war, blieb Pius II., um das Ansehen der beleidigten Kirche nicht ungestraft antasten zu lassen, nichts anderes übrig, als nach langen Bedenken und Zweifeln am 12. Februar 1462 nochmals den Bann über alle Widerspenstigen in Tirol auszusprechen und sie ein letztesmal nach Rom zu citieren. Die Folge war freilich nur die, daß der Herzog und alle Betroffenen wieder appellierten und Gregor Heimburg in neuen heftigen Angriffen gegen den päpstlichen Stuhl dem alten Unmute Erleichterung gewährte.

Jedenfalls war damit aber weder dem Herzoge noch der Kirche gedient, sowie denn unleugbar ist, daß, trotz aller Bedeutung und des hohen Wertes, den Heimburgs Schriften als Denkmal des Sinnens und Denkens eines der hervorragendsten und fortgeschrittensten Geister des deutschen Volkes in jenen Tagen über die Zustände der Kirche beanspruchen dürfen, jede Streitsache in der Hand eines so leidenschaftlichen Mannes zum gefahrdrohenden Feuerbrande wurde, der ebenso die eigene Habe wie die Mittel der Gegner verzehrte.

Und doch war das Verlangen nach einer Verständigung in Rom und an der Etsch gleich groß. Nur einen Augenblick hatte Papst Pius

[1] Sein Schreiben an den Papst vom 23. August 1461 bei Scharpff 355—358. Vgl. Jäger II. 228—230.

[2] Die vielerwähnte „Invectiva Gregorii Heimburg in Nicolaum de Cusa cardinalem" vom 15. August 1461 bei M. Goldastus, Monarchia Romani imperii part. 3, Han. Francof. 1611—1614, II. 1624 sq. Vgl. Voigt, Enea Silvio III. 409, Anm. 2.

daran gedacht, mit Hilfe der Venetianer den Trotz des Tiroler Herrn zu brechen.[1] Als man ihm aber hier statt bewaffneter Hilfe nur freundliche Vermittlung anbot, da bedachte er das große Ziel seiner Politik, auf das wohl auch die Weigerung des Dogen hinwies, den Türkenkrieg, und ließ sich die Signorie als Unterhändlerin gefallen.[2] Sie ging dabei rüstig voran, besonders seitdem der neue Doge Christoforo Moro die Geschicke der Lagunenstadt leitete. Im Sommer 1462 wurde über den Cusaner Streitfall in Brixen, den nachfolgenden November zu Venedig verhandelt und darin nach Suspension der kirchlichen Prozesse bis 1. Januar 1463 weitergearbeitet: Kam es auch zu keiner Einigung, da der Starrsinn des Herzogs auch jetzt jede Art von Abbitte, Ersatz und Buße entschieden abwies, und infolgedessen am 24. Februar 1463 zur Neuverhängung der Kirchenstrafen, so war doch von einer kräftigen Fortführung des Strafverfahrens keine Rede, und schon im März bewilligte der Papst dem Dogen eine neue Vermittlung. Doch gab Morisini nach vergeblichen Bemühungen im Mai 1463 und weiterer schriftlicher Verhandlung während der folgenden Monate schließlich (im September 1463) seine Mühe verloren. Es hatte sich eben ein zweiter Unterhändler eingestellt und den Beifall beider Parteien gefunden, der Kaiser, mit dem sich die Inselrepublik damals zu einem ernstlichen Waffengange Triests wegen anschickte.

Nachdem sich im Sommer 1463, weil in Prag alles zum Frieden drängte, auch Herzog Sigmund mit dem Kaiser ausgeglichen hatte, wurde dieser von dem Tiroler Vetter bestimmt, bei der Kurie seinen Einfluß für die Beendigung des Tiroler Kirchenstreites geltend zu machen. Aber nicht nach Rom, sondern nach Venedig war der kaiserliche Bevollmächtigte, der Dompropst von Trient, Johannes Hinderbach, entsendet worden: Es galt, den stolzen Freistaat nicht durch willkürliche Einmischung in eine Sache, deren Ordnung er übernommen hatte, vor den Kopf zu stoßen. Und der Doge hatte den Schritt des Kaisers mit aufrichtiger Befriedigung begrüßt: Wenn irgend jemand, erklärte er, so sei vielleicht noch der Kaiser imstande, den hartnäckigen Streit zu schlichten.

In der That ging Kaiser Friedrich, obwohl vielfach gehindert durch die österreichischen Zustände, sofort ans Werk. Kardinal Cusa hatte, als er die Hoffnung auf die Intervention Venedigs gescheitert sah, neuerdings die Eidgenossen angeeifert, die Sprüche des heiligen Vaters zu vollziehen; am 23. Juni 1463 war der Herzog wirklich von ihnen erinnert worden, die gerechten Forderungen des Brixener Bischofes zu erfüllen. Ihre

[1] Jäger, Streit des Kard. Cusa ꝛc. II. 255. [2] Voigt, Enea Silvio III. 414—415.

Geneigtheit, neuerdings über die habsburgischen Vorlande herzufallen, war unverkennbar.[1]

Hier mußte der erste Schritt geschehen. Daher erließ der Kaiser am 26. November an Bischof Ortlieb von Chur und alle eidgenössischen Kantone die ernste Mahnung, sich von niemandem, er sei wer immer, gegen seinen Vetter Herzog Sigmund von Tirol aufreizen zu lassen; er selbst werde dessen Streit mit dem Kardinal von Brixen in Güte beilegen. Dazu war Friedrich auch entschlossen. Aber ehe ein weiterer Schritt gethan war, kam der Tod seines Bruders, des Erzherzogs, dazwischen, und störte die Bewerbung Sigmunds um die Nachfolge in Oberösterreich die junge Eintracht der beiden Habsburger rasch und gründlich.

Konnte es aber der Herzog wirklich deswegen zu einem Konflikte kommen lassen? Hatte er irgend welche Aussicht, das Land zu erringen? Alles lag ungünstig! Wie mit dem Mainzer Kirchenstreite die kirchliche Opposition im Reiche zu Ende gegangen war, so hatte der Prager Friedenstag den Kaiser von den Angreifern der fürstlichen Territorialität befreit. Schon vordem suchte ja der Böhmenkönig ernstlich des Kaisers Gunst; nun folgte ihm Herzog Ludwig von Bayern nach; selbst der Pfalzgraf strebte aufrichtig nach einer Verständigung mit dem Wiener-Neustädter Hofe. Naturgemäß wurden jetzt auch die Fürsten der kaiserlichen Partei aus maßgebenden Verbündeten wieder treu ergebene Vasallen, welche die Erinnerung an die geleisteten Dienste durch neue Willfährigkeit wach zu halten suchten. Seitdem endlich Erzherzog Albrecht gestorben, stand Herzog Sigmund auf dem Punkt, sich politisch ebenso vereinsamt zu sehen, wie er es kirchlich war, in dem Kaiser sich einen zäheren, gefährlicheren Gegner auf den Hals zu ziehen, als es Papst Pius bei seiner alten Vorliebe für die habsburgischen Fürsten war.

Da lenkte der Herzog ein. Wir wissen nicht, unter wessen Vermittlung sich die Annäherung und Verständigung vollzog: Aber Ende Januar 1464 ist sie erfolgt, und ihre unverkennbaren Abmachungen umfassen eine vorläufige Einigung über die Erbschaft des verstorbenen Albrecht und die Beendigung der Brixener Fehde.

Dem Kaiser blieb das Land ob der Enns; der Herzog sollte dagegen das Land Vorderösterreich wieder zu seinen Handen nehmen und auch ferner den dritten Teil der Einkünfte beider österreichischen Herzogtümer erhalten. War so der Kaiser bereits entschieden im Vorteile, da er seines

[1] Jäger, Streit des Kardinals Cusa ꝛc. II. 409 ff.

Bruders Land und Drittel aus den Renten gewann, während die Vorlande wie bemerkt zum tiroler Verwaltungsgebiete zählten, so ließ überdies der Tirolerfürst wohl schon jetzt hoffen, daß er gegebenen Falls auf sein österreichisches Einkommen völlig verzichten werde. Der Preis für all diese Nachgiebigkeit war die Zusage des Kaisers, den unheilvollen Kirchenstreit seines Vetters zu Ende zu bringen.[1]

Schon am 2. Februar schrieb Friedrich an den Papst und den Brixener. Pius II. konnte danach über der Gesinnung des Kaisers nicht länger zweifelhaft sein: Schon lange habe er mit Schmerz gesehen, sagt Friedrich, daß sein Vetter, der erlauchte Herzog Sigmund von Österreich, mit dem heiligen Stuhle und dem Kardinal von St. Peter in so schwere Zwietracht geraten sei; er habe ihn deshalb oft aufgefordert und auffordern lassen, demütig zum Gehorsam gegen die römische Kirche zurückzukehren, und der Herzog sei auch bereit, dies zu thun, wenn es ohne Schmach geschehen könne; im Hinblicke auf die Zeitverhältnisse scheine es wirklich auch geraten, diese Sache beizulegen, und etwas von der Strenge der Maßregeln nachzulassen; allzusehr verliere durch solche Händel die Auktorität der Kirche an Achtung. Der Kaiser bittet daher den Papst, er möge, da demnächst die Gesandten vieler Fürsten in Wiener-Neustadt sich einfinden würden, gestatten, daß man da auch die tiroler Streitsache vornehme, und entweder einen besondern Legaten schicken, oder den Bischof von Lavant und den ihn begleitenden Doktor dafür bevollmächtigen; er sei bereit, sobald man über Ersatz und Restitution einig geworden, im Namen seines Vetters und für ihn feierlich und demütig um die Aufhebung der kirchlichen Strafen zu bitten.[2]

Der Kardinal wurde kurz ersucht, zu den Verhandlungen, die in seiner Angelegenheit mit dem Tirolerherzoge stattfinden sollten, am 11. März Bevollmächtigte am kaiserlichen Hofe zu haben.[3]

Nun fiel zwar des Papstes Erwiderungsschreiben keineswegs ermutigend aus: Pius II. ließ das Anerbieten des Kaisers, an Sigmunds Stelle um Verzeihung zu bitten, ganz unbeachtet, und verlangte dafür um so ernstlicher, daß der Herzog die Vergebung der begangenen Frevelthaten selbst nachsuche. Aber es hieß dies offenbar alles fordern, um

[1] Der Inhalt der Abmachungen ergiebt sich aus den nachfolgenden Thatsachen. Der Zeitpunkt aus dem Wiederbeginne der kaiserlichen Vermittlung, welche die Schreiben an den Papst und Cusa vom 2. Februar einleiten.

[2] Das Schreiben im Auszuge bei Jäger II. 413—415 nach dem Cod. Cusan. p. 546. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 876.

[3] Jäger a. a. O. Cod. Cusanus p. 547.

sicher etwas zu erhalten. Auch war schon das Breve an den Legaten Rudolf wesentlich milder, indem ihm die Vollmacht erteilt wurde, den Tirolerfürsten und die an seiner Seite am Streite Beteiligten von dem Banne und den sonstigen Kirchenstrafen loszusagen, sobald sie oder ein anderer in ihrem Namen dies durch reumütige Abbitte verdient hätten, und falls der Legat sich die Überzeugung verschaffen würde, daß an einer Verständigung mit dem Kardinal von St. Peter hinsichtlich des ihm Entrissenen nicht zu zweifeln sei.[1]

Darauf begannen die Legaten zur bestimmten Zeit gemeinsam mit den kaiserlichen Räten, den Bischöfen von Passau und Gurk als Vorstehern der deutschen und österreichischen Kanzlei, die Vermittlung zwischen den Räten des Herzogs und den Gesandten des Brixener Kapitels einerseits, den Vertretern Cusas andererseits. Sie bewiesen bei dem so mühevollen und langwierigen Geschäfte so viel Geschick und Ausdauer, daß schließlich auch wirklich eine Verständigung erzielt und, nachdem mehrere Entwürfe gefallen waren,[2] am 12. Juni eine letzte Vorlage, von den kaiserlichen Räten verfaßt, angenommen wurde.

Nun war zwar der Kardinal mit den Bedingungen nicht einverstanden: Er erhob deswegen sofort Beschwerde. Aber die neuen Störungen, die so zu entstehen drohten, fanden ihren jähen Abschluß, da Cusa am 11. August 1464 auf der Reise nach Livorno, wo er im Auftrage des Papstes das Auslaufen der päpstlichen Flotte betreiben sollte, plötzlich starb, ein Mann, der zu den bedeutendsten Gelehrten und Staatsmänner seiner Zeit zählt, dem vieles gegeben war, nur nicht Selbstbeherrschung und Charakter.

Dagegen hatte Herzog Sigmund am 27. Juli seine Zustimmung zu dem Vertrage gegeben.[3] Auch der Kaiser trug kein Bedenken, am 25. August trotz des Hinscheidens des Kardinals und dessen letzten Äußerungen das Abkommen zu ratifizieren.[4]

Schon früher hatten die gemeinsamen Bemühungen beider österreichischer Herren im Interesse des einen zu weiterer freundschaftlicher Verständigung auch in den anderen Angelegenheiten des Hauses geführt.

---

[1] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLIII. Nr. 876. Breve vom 1. März.

[2] Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 888: Articulj dati per me Symonem pro parte rev^{mi} dom. Cardinalis. Vom 27. April. Vergl. ebendort 890, 892, und Jäger a. a. O.

[3] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLV. Nr. 909.

[4] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLVI. Nr. 913, wo auch auf die anderen Stellen (Sinnacher, Chmels Reg.) verwiesen ist.

Ohne zu große Schwierigkeiten war zur That geworden, worüber man sich Ende Januar verständigt hatte. Gleich in den ersten Februartagen erfolgte die Verkündigung des Regimentes Herzog Sigmunds in Vorderösterreich. Am 9. Februar huldigte Waldshut, am 10. Seckingen und Laufenburg, am 11. April folgten auch die Waldleute: Alle versprachen, auch nach des Herzogs Tode bei dem Hause Österreich, als ihrem angestammten Fürstengeschlechte, bleiben zu wollen. Herr Düring von Hallwill empfing an des Herzogs Stelle das Gelöbnis der Treue und des Gehorsams,[1] und alsbald begann Sigmund in Frieden die Herrschaft über das Land zu üben.[2]

Etwas mehr Sorge schuf Kaiser Friedrich immer noch die Besitzergreifung des Landes ob der Enns. Obwohl sofort nach Abschluß der Verständigung Hildbrand Rasp den Tiroler Parteigängern befohlen hatte, die Waffen niederzulegen und sich zu unterwerfen,[3] machten mehrere, besonders Graf Wilhelm von Tierstein und Jörg von Stein, noch lange Schwierigkeiten: Nur mit Gewalt konnte der Tiersteiner aus Freistadt gewiesen werden.[4] Zugleich mußte man befürchten, daß die Bruderscharen, gegen welche der Kaiser eben jetzt in Niederösterreich ein allgemeines Aufgebot erließ,[5] den unzufriedenen Herren zuziehen und so einen Kampf von größerem Belange herbeiführen könnten. Daher beschloß man am Hofe die Widerstrebenden möglichst rasch und durch gütliche Verhandlung zur Anerkennung der kaiserlichen Herrschaft zu bringen, was denn auch glücklich gelang.

Erst fügten sich die Brüder Geumann. Am 6. April wurde Ortolf mit der Hälfte des Schlosses Tretteneck belehnt, ihm auch die Pflege von Neuattersee mitsamt dem Amte und der Burghut, wie er sie unter Erzherzog Albrecht besessen, gelassen.[6] Ebenso blieb sein Bruder Stefan im Besitze des Schlosses Frankenburg.[7] Die Feste Freistadt übernahm zugleich mit dem Landgerichte, der Burghut und Pflege der getreue Pilgrim

---

[1] Diplomat. Habsburg. in Font. rer. Austriac. II. 317.

[2] Man vergl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 889 und 894, letzteres die Anweisung von 40 fl. rhein. an die Freiburger Universität statt der ihr von Erzherzog Albrecht verliehenen Pfarre Winterthur.

[3] Nach dem Schreiben Jörgs von Stein im Diplomat. Habsburg. II. 192.

[4] Zu den oben erwähnten Berichten siehe noch Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLII. Nr. 866, Schreiben Tiersteins vom 22. Januar.

[5] Am 27. März 1464. Chmel, Mater. II. 280. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 880.

[6] Chmel, Reg. II. 411, Nr. 4060; Geumanns Revers ebendort 412, Nr. 4062.

[7] Chmel, Reg. II., 417, Nr. 4103.

Walch.[1] Mit Jörg von Stein traf der Kaiser unter Vermittlung von Tiroler Räten am 25. April 1464 ein Abkommen dahin, daß Stein von der Pfandsumme von 14000 Dukaten 6000 nachlassen, 6000 bar erhalten und für den Rest das verpfändete Steier, aber ohne die Lehengerechtigkeit, noch ein Jahr besitzen sollte; dann sei es anstandslos zurückzustellen.[2] Zwar war der treulose Geselle auch jetzt noch bereit, bei günstiger Gelegenheit sich der Vertragspflicht wieder zu entledigen, aber die Aussicht dazu schwand bald völlig; denn auch Jörg Marschall von Stuntzberg wurde kurz darauf durch den Pfandbesitz des Schlosses Wilhelmsburg,[3] verbunden mit der Barzahlung von 600 Gulden, vom Kaiser befriedigt.[4] Schon gehorchte diesem ganz Oberösterreich bis auf das Schloß am Struden.

Inzwischen war am 3. Mai in Wiener-Neustadt ein neuer bedeutsamer Vertrag zwischen den beiden Habsburgern zustande gekommen, der für ein mehrjähriges freundschaftliches Zusammengehen derselben den Grund legen sollte. Herzog Sigmund, hieß es darin, habe sich entschlossen, angesichts der schweren Schuldenlast, die der Kaiser nach seinem Bruder übernommen, und des traurigen Zustandes der österreichischen Landschaften auf sein Dritteil der Einkünfte aus denselben sowie auf jeden Anspruch auf die cillysche Erbschaft zu verzichten. Dafür verspricht ihm der Kaiser, auch seinerseits alle Forderungen an ihn, „die groß und merklich seien", aufzugeben, bei dem Papste die Zustimmung zu einer Besteuerung der Geistlichkeit in den Vorlanden, dann die Zuweisung eines Teiles der dort fallenden Türkengelder zu erwirken, bei den Straßburgern und Baslern sich zu verwenden, daß dem Herzoge für die Bezahlung der nach seinem Vetter Albrecht übernommenen schwäbischen Schuld eine längere Frist gewährt werde, ferner den Herzog mit Eberhard Truchseß von Waldburg auszugleichen, und ihm die Einlösung der Landvogtei in Schwaben zu gestatten. Sigmund wird endlich bei der Befestigung und Ordnung seines Regimentes in den oberen Landen bei dem Kaiser jeden Beistand finden und bei Erledigung von Einkünften im Reiche thunlichst berücksichtigt werden. Beide Fürsten gelobten sich, hinkünftig in allen Dingen freundschaftlich zusammenzustehen.[5]

---

[1] Chmel, Reg. II. 412, Nr. 4061 Walchs Revers vom 9. April 1464.

[2] Ebendort 412, Nr. 4069. Vgl. Preuenhuber, Annal. Styrenses 116.

[3] Birk, Urkunden-Auszüge 99, Nr. 747. Vertrag vom 8. Mai 1464.

[4] Ebendort Nr. 746. Das Geld borgte der Kaiser bei den Äbten zu Melk, Göttweih, Lilienfeld, Mariazell, dem Propste zu Sankt Pölten und dem Prior von Gaming.

[5] Bei Chmel, Reg. II. 413, Nr. 4072.

In der That gebot der Kaiser noch am selben Tage den Eidgenossen, welche bereits, wie man meldete, ein Aufgebot für den neuen Angriff auf Österreich-Tirol erlassen hatten, ernstlich und unter Androhung seiner schweren Ungnade, sich jeder Beschädigung seines Vetters zu enthalten.[1]

Nun schienen dem Herzoge zwar die Bedingungen des Vertrages ungleich, und er zögerte, sie zu bestätigen. Als aber der Fortgang der Neustädter Verhandlungen in der Brixener Angelegenheit ebenso des Kaisers aufrichtiges Bemühen wie die Bedeutung seiner Vermittlung darlegten, nahm Sigmund am 4. Juli die Übereinkunft an,[2] und indem er die Wiener und österreichischen Landstände von den ihm geleisteten Eiden entband, rief er zugleich seinen Rat Neidegker, welcher die Einkünfte aus Österreich verwaltete, ab; Reimprecht vom Graben,[3] dem Pfleger auf Struden, wurde befohlen, das Schloß an den Kaiser abzutreten.[4] Damit waren die albrechtinischen Lande vollends im Alleinbesitze Friedrich III.

Um jene Zeit hatten in Wiener-Neustadt bereits auch die Verhandlungen über das deutsche Reformprojekt die entscheidende Wendung genommen. In mancherlei Weise hatten sich die harrenden brandenburgischen Boten die Langeweile gekürzt. Sie betrieben eifrigst die Anliegen des Markgrafen, vor allem seine Geldforderungen an den Kaiser, womit sie diesem, wie leicht begreiflich, wenig Freude machten. Kaiser und Markgraf rechneten sich vor, was sie für einander gethan, wie wenig sie dafür entlohnt wären; nach der Weise Albrechts mangelte es seinerseits nicht an drastischen Darlegungen und Mahnungen. Außerdem beschäftigten sie sich mit dem Projekte einer Vermählung des Ungarnkönigs mit einer der Töchter ihres Herrn. Es war diese Sache wohl gelegentlich der Einladung zur glänzenden Krönungsfeier von dem Könige an den Kaiser gebracht worden; trotz der Bestimmungen des Friedensvertrages vom Vorjahre, machte dieser dazu gute Miene. Sie berichteten endlich eingehend über den Stand der Dinge in Nähe und Ferne.[5]

Endlich kamen die Boten Bayerns, wieder unter der Führung Martin Mairs, dann Kölns, Böhmens, aber, wie es scheint, nicht auch des Pfälzers. Die Verhandlungen konnten beginnen.

---

[1] Chmel, Reg. II. 412—413, Nr. 4071.

[2] Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 240.

[3] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 901—904.

[4] Copey-Buch 399—400; Befehl des Kaisers vom 9. September 1464.

[5] Obige Angaben nach der Korrespondenz Markgraf Albrechts mit seinen Räten bei Höfler, Fränkische Studien, Archiv für österr. Geschichte VII. 26ff. Vergl. auch den Brief Jobsts von Einsiedel an Markgraf Albrecht vom 4. Juli ebendort 37.

Selbst wenn unsere Nachrichten über die nachfolgenden Beredungen vielfältiger und vollständiger wären, würde es genügen, den Gang der Ereignisse übersichtlich zu zeigen. Der Markgraf, anfänglich im ganzen bereit, die Einung gut zu heißen, wie man sie entworfen, und noch im Februar dazu entschlossen, war mit einem Male anderer Meinung geworden. Er mußte eben bemerken, wie Herzog Ludwig seine Bemühungen für ein engeres Bündnis mit den Reichsstädten, mit der Ritterschaft vom St. Georgenschilde und einer Anzahl Herren im Süden des Reiches fortsetzte, und thatsächlich mehrere derselben, darunter den Bischof von Augsburg, für seine Absichten gewann.[1] Daneben ersah er aus den Berichten seiner Räte, daß die Gewinnung von Donauwörth, etwa gegen Herausgabe der verpfändeten Kleinode, immer noch der Gegenstand von Verhandlungen Landshuts mit dem Kaiser bildete, und auch die Sache der Ernennung des Herzoges zum Erbhofmeister des Reiches keineswegs abgethan sei.

Schwer bedauerte Albrecht nochmals, daß der Kaiser nicht die Vorlande an sich genommen habe, denn dann müßten die Reichsstädte in Schwaben „ein Auffsehen auf ihn haben" und er wäre „Herr aller Herren und möchte wohl prächtig regieren im Reiche, es wäre jedermann lieb oder leid".[2] Vor allem aber war ihm der „Handel mit Werde" zuwider; dort sei die wichtige Brücke über die Donau, der Vereinigungspunkt für die Städte nord- und südwärts des Stromes, und da vorbei führten die besuchtesten Straßenzüge, die Post des Reiches aus Schwaben und Franken nach Bayern hinein. Auch das Hofmeisteramt verlangte Albrecht, wenn es der Kaiser schon jemandem geben wolle, für sich selbst als einen Burggrafen von Nürnberg, denn „er habe es um seine Gnade wohl besser verdient als Herzog Ludwig und gebe das Amt keinen Nutzen, so achte er auch die Ehre hoch und wolle sie auf seine Kinder bringen, damit sie sähen, daß er nicht umsonst in des Reiches Anliegen gearbeitet".[3]

Zumal seitdem der Markgraf erfahren hatte, daß auch Kurfürst Ruprecht von Köln in die Einung wolle, war er überzeugt, daß aus dem Reformentwurfe leicht eine ungebührliche Machtsteigerung der Wittelsbacher hervorgehen könne; denn, schreibt er, „sollen die drei Herren von Bayern in die Einung kommen, so haben sie die Mehrheit in der Einung; darum ist gut zu bedenken, daß das letzte Irrsal nicht größer werde als

[1] Brief Albrechts vom März a. a. O. Höfler, Kaiserl. Buch 102.
[2] Sein Brief vom 20. März 1464.
[3] Brief Albrechts an seine Räte vom 30. April bei Höfler, Archiv VII. 29—32.

das erste".[1] Nur unter beträchtlichen Abänderungen des Vertragsentwurfes war er noch bereit, überhaupt darein zu willigen: Es sollten je zwei von Österreich, von Böhmen, Bayern, Sachsen und Brandenburg in den Bund Aufnahme finden, der Kaiser nämlich und Herzog Sigmund, König Georg und Prinz Victorin, Herzog Ludwig und der Pfalzgraf, Kurfürst Friedrich und Herzog Wilhelm und er selbst mit seinem Bruder Friedrich II.; dann brauche man niemanden auszunehmen, und die anderen im Reiche müßten sich einfach fügen; von dem Erträgnisse der Steuer außerhalb der Lande der Einungsfürsten sollte nur die Hälfte direkt für den Kaiser, die andere für die Reichsregierung bestimmt bleiben.[2]

Freilich trug der Markgraf seinen Räten auf, diese Dinge nur so, als wenn sie ihre eigene Meinung aussprächen, an den Kaiser zu bringen. Um so entschiedener sollten sie aber der Annahme der bayerischen Proposition entgegenarbeiten.

Gewiß verfehlten ihre Vorstellungen ihre Wirkung bei dem Kaiser nicht. Aber auch die böhmischen Räte widerstrebten dem Plane der Landshuter: Weit entfernt, sich im bayerischen Interesse von Dr. Martin Mair führen zu lassen, suchten sie vielmehr den ursprünglichen Entwurf zu Ehren zu bringen. Dem Könige handelte es sich ja um eine enge Verbindung mit wenigen, und zwar den bedeutendsten Fürsten des Reiches, Reform und Einung waren ihm bloß Vorwand und Mittel für seinen besonderen Zweck, Deckung gegen die Angriffe Roms zu finden; je größer aber die Zahl der Teilnehmer am Bunde war, desto loser wurde bei den vielfach widerstreitenden Interessen derselben naturgemäß das Gefüge der Vereinigung, und desto weniger vermochte sie seinen Absichten zu dienen.[3]

Der vereinigte Widerstand Brandenburgs und König Georgs von Böhmen brachte darauf zunächst die bayerische Form des Entwurfes zum Scheitern. Einen Augenblick hatten jetzt die Böhmen Oberwasser und die Durchführung des ersten Entwurfes wurde die Grundlage der Besprechungen; zu gleicher Zeit war für denselben des Königes Rat und Sekretär Einsiedel bei dem einflußreichen Markgrafen in Ansbach thätig.

[1] Sein Schreiben vom 27. Mai an seine Räte in Wiener-Neustadt bei Höfler, Archiv VII. 32—35. Es wurde, wie es scheint, durch Heinz Seybot, den der Markgraf im Mai den anderen nachsandte, überbracht. Ebendort 29.

[2] Brief Albrechts vom 13. März an seine Räte im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Katal.), Nr. 228. Ein Bruchstück bei Höfler, Kaiserl. Buch 101—102.

[3] Ich weise hier auf A. Kluckhohns divergierende Ansicht (Ludwig der Reiche 246) hin.

Man kam soweit, daß die Reform principiell beschlossen wurde, und zwar wollte man, um auch den Bayer festzuhalten, ihn wirklich zum Reichserzhofmeister ernennen, während den anderen beteiligten Fürsten, dem Pfalzgrafen etwa das Amt eines Reichserzhauptmannes, dem Markgrafen das des Reichserzrichters zukommen sollte. Schon hatten die Parteien ihre Zustimmung gegeben, war man auch bezüglich der Einhebung der Reichssteuer einig geworden und wurde über den Termin, auf den die entscheidende Reichsversammlung einberufen werden sollte, verhandelt,[1] als der Kaiser plötzlich die ganze Sache, soweit sie wenigstens die Reichsreform als einschneidende Verfassungsänderung betraf, fallen ließ.

Welche Gründe Friedrich III. dabei leiteten: wir haben dafür nur Vermutungen. Aber es dürfte unschwer sein, der Wahrheit nahe zu kommen. Sicher hatte der Kaiser aus all den verschiedenen Vorschlägen der Fürsten als Hauptmotiv den Eigennutz herausgefunden: So wie die Dinge zuletzt standen, war eine Steigerung des Ansehens einzelner Dynastenhäuser mit der Annahme der Reform ebenso gesichert, wie die gehoffte Kräftigung der kaiserlichen Obergewalt von den Fürsten beiseite gelassen. Sollte er da allein einer Steuersumme wegen die Bahn von Reformen beschreiten, deren Ende sich nicht absehen ließ, zumal er hoffen mochte, das Geld auch noch auf anderem Wege hereinzubringen?

Es kam offenbar noch ein weiteres dazu. In jenen Tagen flog die Kunde durch Deutschland, Ludwig von Frankreich habe den Metzern abgesagt, da sie ihm die geforderte Huldigung verweigert hätten; er sei mit Herzog Philipp von Burgund in eine Abrede gegangen, erst gemeinsam mit ihm Luxemburg zu sichern, dann mit 100000 Mann den Zug nach Italien anzutreten und die römische Krone zu erwerben; schon habe er sich auch darüber mit dem Burgunder sowie mit Franz Sforza von Mailand verständigt: dieser solle die Investitur mit seinem Herzogtume, jener das Reichsland Luxemburg erhalten.[2] Thatsache ist, daß die alten Rheinlandsgelüste der französischen Könige wieder einmal nicht bloß den Westen des Reiches allein in Aufregung versetzten.[3] Kein Wunder, daß der Kaiser vermeinte, der jetzige Zeitpunkt sei für Verfassungsreformen

---

[1] Soviel ergiebt sich aus Markgraf Albrechts Briefe vom 10. Juli 1464 bei Höfler, Archiv VII. 38—40.

[2] Vergl. den Brief Jobsts von Einsiedel vom 4. Juli bei Höfler, Archiv VII. 37—38.

[3] Man siehe J. Janssen, Frankreichs Rheingelüste und deutsch-feindliche Politik in früheren Jahrhunderten, 2. Aufl., Freiburg 1883, 7, 12, wo aber des obigen angeblichen Anschlages nicht gedacht wird.

nicht geeignet. Im besonderen wird als Ursache des Abbruches der Wiener-Neustädter Verhandlungen die Forderung der Wittelsbacher, daß der Kaiser vor allem die Arrogation des Pfalzgrafen bestätige, bezeichnet werden dürfen, so sehr dies wohl mehr der Vorwand als der eigentliche Grund war. Denn läßt sich behaupten, daß die Anerkennung des Pfälzers von Kaiser Friedrich unter keiner Bedingung zu erlangen war, solange die Reichsreform bloß in Aussicht stand, so bleibt höchstens die Möglichkeit bestehen, daß der Kaiser nach einer seinen Wünschen entsprechenden Ordnung der Reichsangelegenheiten auch dazu bereit war; er hatte ja bereits einmal, als es sich um die Befreiung der rheinischen Fürsten handelte, sich einen Moment den Anschein gegeben.

So löste sich im Juli 1464 der langwierige Wiener-Neustädter Tag auf. Seine Ergebnisse waren, soweit sie den Böhmenkönig und die Reichsreform betrafen, durchaus negative. Den Räten Ludwigs von Bayern wurde zwar von dem Kaiser noch ein Abschied nachgesendet, und thatsächlich dauerten hier unter der Vermittlung des Bischofes Ulrich von Passau die Verhandlungen noch viele Monate fort;[1] war man auch wohl am kaiserlichen Hofe geneigt, um einen wohlklingenden Titel die verpfändeten Kleinode aus des Herzoges Händen zurückzuerhalten: Eine Einigung aber wurde jedoch erst sehr spät und da zum Teile auf anderer Grundlage erzielt.

Schon früher sehen wir geordnete Zustände auch in den Rhein- und Mainlanden zurückgekehrt. Seitdem Diether von Isenburg, durch die schwankende Haltung des Pfalzgrafen an diesem irre geworden, sich am 5. Oktober 1463 mit seinem glücklicheren Gegner Adolf von Nassau geeinigt und ihm gegen Überlassung der Städte, Schlösser und Herrschaften Steinheim, Höchst und Dieburg und andere Bewilligungen das Erzbistum zugestanden hatte,[2] nahm die Friedensaktion, gefördert von den päpstlichen Legaten und durch die Gunst der Verhältnisse, ihren Lauf. Es folgte die Aussöhnung Markgraf Albrechts mit dem Pfalzgrafen zu Mergentheim,[3]

[1] Die bezüglichen Korrespondenzen &c. bei v. Stockheim, Urk. u. Beil. 694—700; 702—712, Nr. CLVIII und CLIX; dann CLX^{a}—CLXV^{a}.

[2] Das Resultat der früheren Verhandlungen bezeichnet das „Verzeichnus einer richtung zwischen baiden herrn von Menntz“ vom 1. Juli 1463 bei v. Stockheim, Urk. und Beil. 671—678, Nr. CLII. Der Vertrag vom 5. Oktober bei K. Menzel in den „Annalen zur rhein. Geschichte und Altertumskunde“ X. 4ff. gedruckt. Vergl. Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 406 und Diether von Isenburg 213—215. Die kaiserliche Bestätigung vom 13. Februar 1465 bei Chmel, Reg. II. 423, Nr. 4147.

[3] Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 406—407.

des Pfälzers mit dem Herzoge von Veldenz zu Alzey.[1] Dann versammelte sich Ende Oktober die Mehrheit der rheinischen Fürsten mit besonderem Gepränge zu Frankfurt. Tief bewegt legte da in feierlicher Zusammenkunft Diether von Isenburg das kurfürstliche Schwert ab, und empfing gesenkten Hauptes für sich und seine Anhänger von dem Legaten Pietro Ferrici die Lossprechung vom Kirchenbanne.[2] Zugleich aber stellte Erzbischof Adolf eine Urkunde aus, in der er sich ausdrücklich verpflichtete, niemals ohne Wissen und Willen des Kaisers irgend etwas zu thun, noch jemandem anderen zu thun gestatten, vor allem nie eine Versammlung der Kurfürsten und anderer Fürsten ohne kaiserliche Genehmigung zu berufen oder berufen zu lassen.[3] Damit kam der für die damaligen Verhältnisse gleich glänzende wie vollständige Sieg der kaiserlichen und päpstlichen Politik vor aller Welt zum Ausdrucke.

Auch der Pfalzgraf, wenn auch anfangs sehr unangenehm berührt durch die hinter seinem Rücken getroffene Abmachung, fügte sich dem Drängen seines Bruders, des Elekten von Köln. Schon am 1. November erklärte er, den von Ruprecht zugestandenen Waffenstillstand bis Martini halten und in weitere Verhandlungen mit Erzbischof Adolf eintreten zu wollen;[4] am 7. gab er dann die kurze Erklärung ab, daß seinerseits alle Fehde gegen den neuen Erzbischof von Mainz und seine Freunde abgestellt sei.[5] Das Ergebnis war, daß am 27. November Kurfürst Adolf dem Pfälzer nach längeren Verhandlungen in Heidelberg den Besitz von Starkenburg, Heppenheim, Bensheim und Wörlenbach als Pfandschaft für die Summe von 100 000 Gulden zugestand,[6] von welcher Summe aber der Pfalzgraf im Wormser Vertrage vom 13. März 1464 „dem heiligen Vater, dem Papst zu Ehren“ und „von der Absolution wegen“, die ihm durch die Legaten, den Bischof Honofrius und Canonicus Pietro Ferrici, zwei Tage zuvor in Worms zu teil geworden sei,[7] noch mehr aber jedenfalls deshalb, weil er mit dem neuen Nachbar freundliche Beziehungen wünschte, 20 000 Gulden nachließ.[8]

---

[1] Menzel, Reg. zur Gesch. Friedrich d. Siegr. 407—409. Vertrag vom 17. Oktbr.

[2] Menzel, Diether von Isenburg a. a. O.

[3] Vgl. Chmel, Reg. II. 408, Nr. 4030. Der Revers vom 31. Oktober 1463. Menzel, Reg. 409—410.

[4] Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 410—411.

[5] Ebendort 411. [6] Ebendort 412.

[7] Ebendort 417. Die Urkunde des Legaten vom 13. März bei Kremer, Urkunden 327—335, wo auch die päpstliche Absolution, quarto Idus Junii 1464, 335—337. Vgl. Speyersche Chronik bei Mone, Quellensammlung I. 488.

[8] Menzel, Regesten 417.

Damals war auch des Kurfürsten Aussöhnung mit dem Kaiser bereits erfolgt. Am 14. Februar 1464 erschienen Graf Heinrich von Pappenheim und Markgraf Albrecht von Brandenburg als kaiserliche Gewaltboten auf dem Tage zu Öhringen, wo zugleich Adolf von Mainz und Graf Ulrich von Württemberg einen neuen Vertrag eingingen. Nachdem hier der Pfälzer Kurfürst erklärt hatte, er wäre in dem vergangenen Kriege ohne Absicht Kaiser und Papst ungehorsam und widerwärtig gewesen und wolle sich künftighin gegen das Reichsoberhaupt als treuer und gehorsamer Fürst erweisen, wurde die Zustimmung Kaiser Friedrichs zu dem Frankfurter Frieden und seine Wiederaussöhnung mit dem Pfalzgrafen feierlich verkündet.[1]

Es war Papst Pius II. inmitten der Sorgen des Kreuzzuges und des böhmischen Konfliktes nicht vergönnt, sich der Wiederherstellung des kurialen Ansehens in Deutschland zu freuen: Kaum daß er noch das Ende des Brixener Handels sah. Wenige Wochen nach Schluß des Wiener-Neustädter Tages verbreitete sich durch die christlichen Lande die Nachricht, der heilige Vater sei am 14. August im Angesichte der Flotte, die aus dem Hafen von Ankona zur Bekämpfung der Türken aufbrechen sollte, gestorben.[2]

Zwanzigstes Kapitel.

Bedeutung des Hinscheidens Papst Pius II. für den Böhmenkönig und den Kaiser. Kampf Österreichs mit Venedig. Bemühungen im Reiche um Sicherung des Landfriedens. König Georg und Papst Paul II.

Trotz der Erklärung des Papstes vom 16. Juni hatte der Breslauer Prokurator nur nach vieler Mühe endlich am 12. August die Ausfertigung der Citationsbulle gegen Georg von Böhmen erwirken können: Nur allzusehr drängten die Geschäfte und Sorgen des Krieges alles andere in den

[1] Menzel, Reg. zur Gesch. Friedrich des Siegreichen a. a. O. Kremer, Urk. 324—327. Infolgedessen legte der Pfalzgraf auch der Einhebung der Judensteuer in seinem Gebiete, die er bisher gewehrt hatte (die Korrespondenz darüber im Bamb. Archiv 1908 [des märk. Katal.]) kein weiteres Hindernis in den Weg. Menzel, Reg. 417—418.

[2] G. Voigt faßt in seiner trefflichen Biographie Enea Silvios diese Eindrücke in ebenso schöne wie bezeichnende Worte (Enea Silvio III. 722—724).

Hintergrund. Eifrig begann nun Hanko Kopien zu fertigen und Notare zu bestellen, welche in Rom und überall in Deutschland für die rechtskräftige Verkündigung der Bulle Sorge tragen sollten. Da starb der Papst, und alle Mühe war vergebens.[1]

Gerade im jetzigen Momente mußte das Hinscheiden des heiligen Vaters bei den christlichen Völkern einen mächtigen Eindruck hervorrufen. Bedeutete ja in mehr als einer Hinsicht der Tod des klugen, gelehrten, diplomatisierenden Piccolomini eine Wandlung der Dinge.

Wie mochte der Böhmenkönig, von seinem menschlichen Bedauern abgesehen, erleichtert aufatmen bei dieser Todesnachricht! Nicht daß damit sein Streit mit der Kurie zu Ende war; deren Politik hing ja nie von Leben und Sterben eines Menschen ab. Aber jene moralische Verpflichtung, jene wohlverdiente Rücksichtnahme, die den König seit dem Tage von Beneschau (1454), dann von seiner Krönung und dem Frieden mit den Breslauern her Enea Silvio gegenüber band, fielen nun völlig hinweg. Und war denn nicht doch die Möglichkeit da, daß der neue Papst milde und versöhnlich, ein wahrer Friedensfürst, die Kompaktaten ferner duldete, dem Könige verzieh, was er gefehlt, es nicht auch zugleich ein unschuldiges Volk entgelten ließ? Aber selbst wenn er noch so entschieden das kuriale System, die Forderungen des römischen Stuhles, wie man sie von den Krönungszusagen herleitete, vertreten mochte, er war doch nicht persönlich getäuscht, durch Langmut ermüdet, voll Mißtrauen und Erbitterung, wie zuletzt Pius II.

Dafür mochte der Kaiser des Papstes Ableben doppelt schwer empfinden. Niemals hatte ja der Piccolomini vergessen, was ihm an Förderung und Wohlwollen von Friedrich III. zu teil geworden war. Sowie Enea das jetzige System, das Zusammengehen von Kaisertum und Papsttum, hatte begründen helfen, so sah ihn jeder Ansturm gegen den Kaiser sofort an dessen Seite, zu eifriger Abwehr bereit: Auch im Schmucke der dreifachen Krone blieb Pius II. mehr des Kaisers Freund und Gehilfe, als der Machtgenosse oder gar höhere Würdenträger, und sein apostolisches Amt konnte ihn eben nur ermutigen, sich entschiedener und rückhaltsloser für das auszusprechen, was ihm im wahrsten Interesse des weltlichen Hauptes der Christenheit notwendig zu sein schien.

Von den deutschen und ungarischen Händeln abgesehen, war aber im Vorjahre des Papstes Freundschaft dem Kaiser besonders für die Streitig-

[1] Markgraf, König Georg von Böhmen und Papst Pius II. 1462—1467, 257 wesentlich nach Fab. Hankos Bericht vom 15. August 1464.

keiten und daraus sich entspinnenden Kämpfe mit Venedig bedeutsam geworden, und auch jetzt, im Sommer 1464, standen die Dinge so, daß der Kaiser eine kuriale Vermittlung nur wünschen konnte.

Seitdem einst mit Meinhard III. Söhnen, Meinhard IV. und Heinrich, das Haus Görz sich in zwei Linien gespalten, schienen Thatkraft und glücklicher Erwerb nur noch dem Tiroler Zweige eigen zu sein. Den Görzer Grafen traten hingegen im 14. Jahrhunderte bei jedem Versuche, sich nordostwärts auszubreiten, die habsburgischen Herzoge in den Weg, ja diese wurden bald übermächtige Nachbarn, besonders nachdem es ihnen gelungen war, auch das tirolisch-kärnthnische Haus (1335 und 1363) zu beerben.

Zu gleicher Zeit war das Aquilejer Patriarchat, eben von seinen Görzer Vögten vordem an der Abrundung des hochstiftlichen Besitzes und der Bildung eines festgeschlossenen fürstlichen Territoriums gehemmt, bereits auch den Görzern eine durchaus unzulängliche Schutzmauer gegen den Westen, die Venetianer, geworden. Nachdem diese im Streite zwischen den Patriarchen Antonio II. da Panciera und Antonio da Porta (1408—1411) sich in die Angelegenheiten des Erzstiftes gemischt und das Schisma erfolgreich für sich ausgenützt hatten, besetzten sie während ihres Krieges mit König Sigmund von Ungarn und Deutschland (1418 bis 1422), da sich der Patriarch, Herzog Ludwig von Teck, auf des Königs Seite gestellt hatte, fast das ganze Aquilejer Stiftsgebiet. Durch die schonendste Behandlung der neuen Unterthanen, durch kluge Rücksicht auf ihre Rechte und Gewohnheiten wußte sich der mächtige Freistaat allseitige Sympathien zu erwerben und, zähe festhaltend an dem einmal Occupierten, endlich am 10. Juli 1445 durch einen Vertrag mit dem Patriarchen Scarampo auch den rechtlichen Besitz Friauls und Istriens zu sichern. Ihm blieb nur eine beschränkte Hoheit über die Stadt Aquileja und die Ortschaften San Daniele und San Vito im Friaulischen, dann ein Jahresgehalt von 5000 Dukaten.[1]

Andererseits war 1282 Triest in den Besitz Österreichs gekommen, hatten sich dann die Herzoge nach und nach des nordöstlichen Istrien, soweit es jenseit des Schneeberges lag, und des oberen Wippachthales bemächtigt, woraus im Vereine mit dem kärnthnischen Krain das heutige Herzogtum dieses Namens entstand, und war endlich 1456—60 durch die Erlangung der reichen cillyschen Erbschaft ihre Machtstellung im Südwesten des alten Stammgutes außerordentlich befestigt worden. Neben

[1] Fr. von Czörnig, Görz, Österreichs Nizza 347 ff.

großen Besitzungen in Steiermark, Österreich, Ungarn, Kroatien, Slavonien gehörten ja auch wichtige Allode und Lehenschaften in Kärnthen, Tirol, Krain, Istrien und Friaul zu dem Eigen derer von Cilly. Mit den Habsburgern war aber den Venetianern hier ein Gegner erwachsen, der ihrer Machtzunahme Schranken zu setzen verstand, und es dauerte auch nicht lange, und die Republik stieß am Karst und Isonzo, wie vordem im Süden Tirols und an der Piava und Brenta, mit Österreich feindlich zusammen.

Schon 1463 kam es zum Streite, nachdem Venedig eben erst einen kurzen Strauß mit Leonhard von Görz ausgefochten hatte, dessen Unterthanen die Signorie, angeblich als Rechtsnachfolgerin der Patriarchen, zu den öffentlichen Arbeiten im Friaulschen heranzuziehen versuchte.[1] Auch bei der Irrung mit Österreich waren Übergriffe Venedigs die hauptsächlichste Veranlassung des Streites.

Um nämlich das Aufblühen Triests zu verhindern, das der Republik seit seinem Abfalle ein Dorn im Auge war, suchten die Venetianer einen ihrer nördlichen Hafenplätze in Istrien, Capo d'Istria, auf alle Weise emporzubringen, namentlich den Zug der deutschen und innerösterreichischen Kaufleute und damit den Ausfuhrhandel Triests dorthin zu lenken. Umsonst verbot der Kaiser allen Händlern, welche aus seinen Landen Ware nach Italien führten, anders als über Triest zu ziehen. Gerade der Zwang, dann der Zoll, welcher in Triest eingehoben wurde, reizte zum Ungehorsam, und immer wieder nahm nicht bloß der deutsche, sondern auch der krainische Kaufmann den Weg nach Capo d'Istria. Da endlich erneuerte der Kaiser seinen Befehl auf das strengste, und der Rat von Triest ließ die Straße nach Capo d'Istria von bewaffneten Scharen geradezu absperren.[2]

Die Capodistrier allein zu schwach, etwas dagegen zu thun, wandten sich nach Venedig um Beistand, das sich denn auch ihrer mit ganzem Ernste annahm. Man versuchte die Sache erst in Güte auszugleichen: Die Venetianer ließen in Triest darauf hinweisen, daß zu allen Zeiten auf dieser Straße Lebensmittel und Handelsgut an die Küste geschafft worden seien. Die Triester aber blieben, offenbar im Einverständnisse mit dem Kaiser, weit entfernt, jenen Vorwand gelten zu lassen: Die Straße wurde nicht freigegeben.

---

[1] Czörnig, Görz 564, 565.

[2] H. Megiser, Annales Carinthiae, 2 tom. Lipsiae 1612, 1185. Man vergl. die amtliche Darstellung der Venetianer in einem Briefe an den König von Böhmen vom 4. November 1463 in den Fontes rer. Austriac. XX. 293—294, Nr. 295 F.

Da ergriff der Doge Repressalien. Hielt der Rat von Triest Capo d'Istria von dem Verkehre mit dem Hinterlande ab, so erschienen jetzt im Frühjahre 1463 venetianische Kriegsschiffe in der Bucht von Muggia, allen Triester Seefahrern das Auslaufen verwehrend. Zugleich hatte ein Condottiere, Santo Gavardo aus Brescia, den Auftrag übernommen, mit seiner von der Republik besoldeten Schar die Verbindung Capo d'Istrias zu Lande offenzuhalten.

Mit großen Worten, mit der Drohung, bei Fortsetzung der Feindseligkeiten Triest in Schutt und Asche zu verwandeln, leitete Gavardo seine Aktion ein. Als er aber bald darauf wirklich binnenländische Händler mit ihren Waren nach Capo d'Istria geleiten ließ, überfielen die Triestiner den Zug, töteten die Geleitsmannschaft und zwangen die Kaufleute, den Weg über Triest zu nehmen.

Das war das Signal zum offenen Kriege. Sofort drang der Condottiere mit einer Reiterschar verwüstend in das Triester Stadtgebiet ein, während eine zweite venetianische Abteilung, an anderer Stelle landend, gleichfalls die nach Triest gehörigen Dörfer plünderte und niederbrannte. Aber auch jetzt trieben die Triester Gavardo mit Verlust zurück und wurden jene gezwungen, sich einzuschiffen. Um so mehr warf sich die zornerfüllte Republik in umfassende Rüstung. Der alte Haß gegen die einstige Dienerin und erfolgreich aufstrebende Rivalin, wohl auch die Hoffnung, bei der schwierigen Lage der Dinge in Österreich sich Triests wieder bemächtigen zu können, spornte den Eifer an. Schon kam ja die Waffenehre Venedigs ins Spiel.

Mitte Juni 1463 umschlossen 10000 Fußgänger und 1400 Reiter unter Anführung des Antonio Mariano, Bernardo del Montone und anderer erfahrener Offiziere die Stadt, während die Flotte sich abermals vor den Hafen legte. Alsbald begann die Belagerung.

Kaiser Friedrich war aber nicht gemeint, bei so schwerer Gefahr, die dem wichtigen Seeplatze drohte, unthätig zu bleiben. Während er des Reiches Hilfe in Aussicht nahm, mit Brandenburg, Böhmen und den Reichsstädten verhandelte, den Reichskrieg zu eröffnen gedachte,[1] drängte er noch ernstlicher seine Hauptleute in Innerösterreich zu eiliger Hilfeleistung. Es geschah auch. Und war es auch keine große Macht, — kaum 1000 Reisige, — welche da Ende Juni den Triestern zu Hilfe eilten,[2] so kamen sie doch gar sehr zu guter Stunde.

[1] S. oben S. 446 u. Markgraf Albrechts Brief an die Räte in Prag vom 4. August 1463 a. a. O.

[2] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 803 u. 815. Man vgl. den Brief Hertnids

Die Venetianer hatten seit Beginn der Einschließung ihr Heer noch bedeutend mit Friauler Mannschaft verstärkt und die Belagerungsarbeiten rüstig fortgesetzt. Besonders seitdem der energische Vitale Lando den Oberbefehl übernommen hatte, wurde Triest hart umstritten. Noch ein gefährlicherer Gegner aber bedrängte die Belagerten innerhalb der Mauern, der Hunger. Nur der Haß gegen die hochmütigen Bedränger, die Hoffnung auf Entsatz spornte da die Bürgerschaft zu mutigem Ausharren.

Da kamen die kaiserlichen Reiter. Es gelang ihnen, durch einen Scheinangriff die Venetianer zu täuschen und, da sich zugleich einer der feindlichen Unterbefehlshaber ein grobes Versehen zu Schulden kommen ließ, mit ihren Vorräten glücklich die Stadt zu erreichen. Schon das belebte den Mut der Belagerten ganz außerordentlich. Eine Reihe kleiner Erfolge steigerte die Kampfeslust noch mehr. An Reisigen den Gegnern zum mindesten gewachsen, bestritten Triester, Krainer und Kärntner in stets erneuten Ausfällen, die, nicht selten siegreich, den Gegnern jedesmal empfindliche Verluste bereiteten, die Venetianer, warfen dann, als Lando voll Erbitterung, jedoch mit einem bereits auch durch das schlimme Herbstwetter decimierten Heere, zu Beginn November einen Sturmangriff versuchte, ihn unter schweren Verlusten zurück und brachen wenige Tage später, am 10. November, durch die Laufgräben der Gegner in ihr Lager ein, wo sie ein wildes Gemetzel anrichteten. Nun gab der Oberfeldherr die Hoffnung auf, die Stadt zu gewinnen.

Um den Frieden zu vermitteln, hatte Papst Pius II., des Türkenkrieges wegen und als Freund des Kaisers und ehemaliger Bischof von Triest tief bekümmert über diese Fehde, gleich nach Beginn der Belagerung den Kardinal Bessarion als Legaten nach Venedig geschickt. Dessen Mahnungen, erst von der Signorie mißachtet, fanden nun, nach der Niederlage, Gehör. Am 14. November wurde ein Friede unterzeichnet, demzufolge das Heer der Republik von Triest abzog, aber die Schlösser Mocco, San Servolo und Castelnuova an Venedig kamen, und die Triestiner auf die Ausfuhr von Salz zur See verzichteten. Es war ein Friede, der weder den Wünschen der Venetianer noch den Absichten des Kaisers entsprach, der von Anfang an keine Dauer verhieß.[1]

---

vom Stein, Domdechant zu Bamberg, an Markgraf Albrecht von Brandenburg vom 29. Oktober. Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 102.

[1] Nach den erwähnten Quellen und Simoneta bei Muratori, Scriptor. rer. Italic. XXI. LXXIX. Ebendort Istoria Bresciana 897. Der jüngere Zeitgenosse Malepiero richtet den Blick nur auf die gleichzeitigen Kämpfe der Republik im Osten (Annali Veneti im Archivio storico italiano VII, 614—615). Vgl. J. Löwenthal,

In der That begann die Republik inmitten der Vorbereitungen für den Kreuzzug den Streit von neuem. Man beschuldigte die Triester, die Salzausfuhr zu Schiffe fortgesetzt, damit also den Frieden gebrochen zu haben, und als dies nichts half, rückte im Juli 1464 abermals eine venetianische Heeresabteilung in das Stadtgebiet, zog sich jedoch nach Zerstörung der Salinen im Thale von Zaule wieder zurück.[1]

Ein weiterer Kampf mußte des Türkenkrieges wegen unterbleiben. Auch wäre der Kaiser jetzt in der Lage gewesen, für die gefährdete Hafenstadt besseres zu thun als im Vorjahre. Er verlieh ihr zum Lohne für die bewiesene Treue und als Zeichen seiner Huld ein neues Wappen.[2]

Schon waren auch die letzten Irrungen mit den Wienern beseitigt. Eine feierliche Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister und etlichen Ratsherren, dann angesehenen Vertretern der Geistlichkeit, Universität, der Bürgerschaft und Gewerke, kam zu Ende April nach Wiener-Neustadt und erneuerte knieend vor dem Kaiser die Bitte um Vergessen des Geschehenen und das Gelöbnis der Treue und des Gehorsames. Damit erst schien der beleidigten Majestät im ganzen Umfange Genüge gethan. Hierauf versicherte auch der Kaiser nochmals durch den Mund Bischofs Ulrich von Passau, er wolle die Stadt wieder gnädig in seinen Schutz und Schirm nehmen, und wurde ihr auch das 1461 verliehene, dann infolge der Empörung wieder entzogene, Wappen mit dem Reichsadler von neuem zu teil.[3]

Was die Bürger betrifft, welche mit dem Rate in Prozeß lagen, so war bereits im März der Spruch erneuert worden. Es mußte ihnen für jede Beschädigung an ihrem Gute während und nach der Belagerung der Burg, soweit sie dieselbe wegen ihrer loyalen Gesinnung erlitten, voller Ersatz werden; wer sein Gut freiwillig verkauft hätte, solle es um denselben Preis wieder erwerben dürfen; die Mittel dazu habe ihm die Stadt zu gewähren; bis zum 1. September sollten alle diese Ansprüche befriedigt sein.[4] Auch Ulrich von Grafeneck[5] und Andreas Baumkircher[6] erhielten bei ihren Forderungen gegen die Wiener das Recht.

Geschichte der Stadt Triest, Triest 1857, 67—70. Herrmann, Gesch. des Herzogtum Kärnten I. (Klagenfurt 1860), 174—175. Dimitz, Handbuch d. Gesch. Krains I. 278—927.

[1] Löwenthal, Geschichte der Stadt Triest 70.

[2] Meinati, Cronic. di Trieste II. 150.

[3] Anonym. chron. Austriac. 303—305.

[4] Ebendort 280—284. Bernard Pez, Codex diplomaticus histor. epistol. (Thes. anecdot. noviss., Aug. Vindel. 1721—1729, VI.) III. 395.

[5] Anonym. chron. Austriac. 298—300. Chmel, Reg. II. 420, Nr. 4122.

[6] Chmel, Mat. II. 327—328.

Nun war freilich die Ersatzleistung der Stadt sehr beschwerlich; auch vielen Privaten schien die Herausgabe des leicht erworbenen Besitzes durchaus unbillig; es kam darob noch zu vielfachen Weiterungen und Umtrieben. Als aber der Kaiser durch die Herren Georg von Volkensdorff und Albrecht von Ebersdorff Bürgermeister und Rat darin ernstlich zur Rede stellen ließ, wurden die Unruhestifter verhaftet und die gerichtlichen Erkenntnisse durchgeführt. So erlangten die vertriebenen Simon Bötel, Niklas Teschler, der Kanstorfer und andere ihr Gut, soweit es noch vorhanden war, zurück, und überdies beträchtliche Ersatzgelder im Gesamtbetrage von 40 000 Gulden. Auch die übrigen Forderungen an die Stadt wurden beglichen.[1]

Mit Ernst gingen in jenen Tagen die österreichischen Landschaften daran, jeden Anlaß zu weiterer Unordnung zu beseitigen, besonders dem langjährigen Söldnerunwesen zu steuern. Die Stände der Steiermark waren deswegen am 17. März 1464 in Gratz, jene Niederösterreichs um dieselbe Zeit in Korneuburg versammelt. Die Steirer sollten wegen der mit Heinrich Smikowsky, Konrad Weitracher und anderen drohenden Fehde,[2] die Österreicher gegen die trotzigen Söldner, die Zebraken und sonstige Unruhestifter energische Beschlüsse fassen.

Aber der Korneuburger Tag war wenig besucht, da bereits wieder eine Anzahl österreichischer Barone mit einander in Fehde lag. Der Kaiser mußte sie erst durch seine Räte zu versöhnen trachten. Als er dann Ende März ein allgemeines Aufgebot gegen Wenzel Wiltschko, Jan von Böttau, Wenzel Podmanitzky u. s. w. erließ,[3] gelang es doch nicht, obwohl die Wiener Oberlaa eroberten,[4] „die Söldner aus dem Lande zu bringen". Der Kaiser suchte deswegen auf gütlichem Wege die Auflösung der Rotten herbeizuführen, indem er die schuldigen Summen nach Möglichkeit beschaffte. Es wurden auch thatsächlich an die Brüder-Hauptleute Podmanitzky, Wiltschko, Eberhard Seebacher, Kaspar von Machwitz, Jan von Böttau, Wilhelm Pirkheimer nach und nach gegen 30 000 Gulden

[1] Anonym. chron. Austriac. 296—298. Vergl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 929, 930, 1030. Chmel, Reg. II. 419, Nr. 4117, 4118.

[2] „von vnpillicher unordnung, so sy von weylent hertzog Albrechts wegen zu uns setzen." Schreiben des Kaisers vom 28. Februar 1464 an den Seckauer Propst Andreas. Krones, Vorarbeiten für die Geschichte des Landtagswesens der Steiermark, Beiträge zur Kunde steiermärkischer Geschichtsquellen, 6. Jahrg. 67, Nr. 11.

[3] Am 27. März. Chmel, Mat. II. 280. Dem Ausschreiben entnehme ich auch die voranstehenden Daten.

[4] Anonym. chron. Austriac. 300—301.

ausgezahlt,[1] ohne daß jedoch alle, besonders der Wiltschko, befriedigt worden wären. Zugleich sah sich der Kaiser von dem böhmischen Oberstburggrafen Zdenko von Sternberg wegen mehrfacher, zum Teile unbilliger Forderungen von Weitra und Sternbergs böhmischen Grenzburgen aus in Ober- und Niederösterreich angegriffen, ohne daß sich eine gütliche Vereinbarung erlangen ließ. Während nämlich der Oberstburggraf behauptete, alle seit der Verschreibung von Krems und Stein fällig gewordenen Renten dieser Ämter hätten ihm zuzufallen, wurde von Kaiser Friedrich nur sein Anspruch auf die Pfandsumme, für die ihm Krems und Stein zugewiesen waren, anerkannt, da Sternberg die an die Verleihung der beiden Städte geknüpfte Bedingung, den Krieg mit Erzherzog Albrecht zu führen und mit diesem keinen einseitigen Frieden zu schließen, nicht erfüllt habe.

Zur Ordnung der österreichischen Zustände berief deshalb Kaiser Friedrich nochmals die österreichische Landschaft auf den 23. Juli zur Beratung nach Korneuburg; in dem Streite mit Sternberg aber nahm er die Vermittelung König Georgs von Böhmen in Anspruch, der den Parteien sowie den anderen an der Grenzfehde Beteiligten auf Bartholomäi eine Tagefahrt nach Znaim ansetzte.[2]

Trotzdem die Korneuburger Versammlung nicht sehr zahlreich war, so ging sie doch eifrig an die Lösung ihrer Aufgaben: Die Beseitigung aller neu errichteten Befestigungen und jeder erzwungenen Huldigung, die Herstellung der Münze, die Ordnung des Gerichtswesens wurden nochmals beschlossen. Da aber eben viele Stände nicht zugegen waren und in Anbetracht des bevorstehenden Znaimer Tages doch eine neue Zusammenkunft nötig war, so einigte sich die Versammlung zuletzt dahin, sich bis zum 27. September zu vertagen, dann aber womöglich in Gemeinschaft mit den Mitgliedern aller vier Stände nach gänzlicher Abführung der Soldtruppen aus dem Lande mit der Wiederbesetzung des obersten Landesgerichtes und dem Verbote jeglicher Selbsthilfe die Befriedung des Herzogtumes zu vollenden und einen allgemeinen Landfrieden zu schaffen.[3]

Zu Znaim verhörten am 24. August die Räte des Böhmenkönigs die in die Grenzfehde verwickelten österreichischen und böhmisch-mährischen Anführer und Edlen, dann Boten des Kaisers und Sternbergs gegen

[1] Genau 27 248 Gulden und 972 Pfund Pfennige. Chmel, Reg. II. 416, Nr. 4100.

[2] Diese Angaben nach den zerstreuten Meldungen über die nachfolgenden Verhandlungen.

[3] Nachrichten über diesen Tag im Copey-Buch 402—407.

einander. Letztere hielten aber gleich sehr an ihren Ansprüchen fest, und da die Böhmen nur zu gütlicher Vermittelung Vollmacht hatten, so vermochte man keine Verständigung zu erzielen. Doch erreichte der Kaiser hinterher, daß der König es auf sich nahm, die Sache durch einen Schiedsspruch zu entscheiden, und auch den Sternberg zu bewegen, auf ihn zu kompromittieren. Kaiser und König verkündigten dann die Herstellung freundnachbarlicher Beziehungen an den Grenzen ihren Unterthanen und verboten ernstlich jede neue Ruhestörung.[1]

Eine der Voraussetzungen für den Korneuburger Friedenstag war trotzdem hinfällig geworden, da man auch mit mehreren Söldnerhäuptlingen bis Ende September noch nicht ganz eins war. Doch enthielten sie sich grober Übergriffe. Deshalb meinte die zu bestimmter Frist zusammentretende Landschaft, ihre Beschlüsse nicht vertagen zu sollen. Jedem Inoder Ausländer wurde jetzt nochmals untersagt, neue Befestigungen im Lande Österreich zu errichten oder auf seinem Besitze errichten zu lassen; was dem Kaiser von den Söldnern entrissen war, ward ihm wieder zugesprochen. Reisige und Fußknechte, die auf Kriegsdienste warteten, waren jetzt, falls sie nicht in den Städten sich aufhielten, gezwungen, auszuwandern. Dagegen erklärte man, daß Kaufleute und Händler sicher mit Leib und Gut alle Straßen des Landes zu Wasser und zu Lande ziehen könnten, und, falls Räuber über die Grenze brechen sollten, die ganze Gegend und jeder einzelne zur Abwehr verpflichtet sei. — Dies alles durchzuführen, wollten die Stände getreulich und in jeder Weise dem Kaiser Beistand thun, wogegen er sie bei ihren Rechten und Freiheiten handhaben möge.[2]

Die Beschlüsse wurden vom Kaiser schon am 29. September zu Wiener-Neustadt bestätigt, und am 9. Oktober ihre Durchführung im ganzen Fürstentume anbefohlen.[3] Freilich war es, sollten sie Erfolg haben, auch notwendig, die letzten einheimischen und fremden Ruhestörer irgendwie zu beseitigen, was noch Mühe genug kostete.

König Georg hatte schließlich, so sehr Zdenko von Sternberg Schwierigkeiten machte, erklärt, daß seine Räte am 30. November zu Znaim über die Kremser Forderungen Sternbergs an den Kaiser und das Land Österreich entscheiden würden. Erst im letzten Augenblicke, am 29. November, gab jener seine Zustimmung.[4]

---

[1] Das Ausschreiben des Kaisers vom 10. Sept. 1464 im Copey-Buch 398 – 399.
[2] Bei Chmel, Mat. II. 280—282.
[3] Das kaiserliche Ausschreiben im Copey-Buch 400—401.
[4] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 941.

Darauf fällten in Gegenwart des Grafen Schaffried von Leiningen und des Dr. Johann Gelthaus als Vertreter des Kaisers[1] und der sternbergschen Bevollmächtigten drei österreichische und drei böhmische Herren, Oswald Eizinger von Eizing, Heidenreich Druchsäß und Pankraz von Plankenstein, dann Heinrich von Kolowrat, Karl von Waschim und der Ritter Benesch von Weitmühl den Spruch, daß der Oberstburggraf aus den Einkünften von Krems und Stein nur die dem Kaiser geliehenen 5000 ung. Gulden zu verlangen berechtigt sei.[2]

Nun hatte der Kaiser diese Summe bereits im Oktober zur Auszahlung an Herrn Georg von Volkensdorff, dann den Schottenabt und den Propst von Sankt Dorothea in Wien überwiesen.[3] Die Sache schien also erledigt. Dafür erhoben aber Sternbergs Boten neue Ansprüche. Ihrem Herrn, legten sie dar, gebühre auch Schadensersatz für alles im Kampfe mit dem Erzherzoge und während der Waffenruhe Verlorene; schon Albrecht selbst habe die Gerechtigkeit dieser Forderung anerkannt und Herrn Johann von Rosenberg ersucht, die Höhe der Summe auszusprechen, was aber nicht geschehen sei; der Kaiser als des Erzherzogs Erbe habe auch dafür aufzukommen. Obwohl nun die Schiedsrichter erklärten, diese Ersatzansprüche seien nicht auf dem Bartholomäitage zu Znaim angemeldet, sie könnten also auch nicht darüber entscheiden, wurden die Forderungen nicht zurückgezogen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als einen dritten Tag auf den 10. März 1465 anzuberaumen; doch enthielt sich Herr Zdenko in der Zwischenzeit wenigstens neuer Gewaltthaten. Als auch die Märzverhandlungen wieder erfolglos blieben, die Grenzfehde wirklich im Sommer 1465 wieder anhob,[4] schwand die Gefahr für Österreich doch rasch dahin, da Sternbergs wachsender Zwist mit dem eigenen Landesherrn ihn nötigte, von den ungerechten Ansprüchen an den Kaiser zu lassen.[5]

Schon früher war auch mit Wenzel Wiltschko, der allein noch mit einer starken Schar trotzig in den Waffen stand, zu Eggenburg ein Ab-

[1] Sie wurden am 26. November vom Kaiser bevollmächtigt. Vergl. Chmel, Reg. II. 421, Nr. 4127.

[2] Schiedsspruch vom 13. Dezbr. bei Chmel, Reg. II. Anhang CLXVI—CLXIX, Nr. 127. Die Darlegungen des Spruchbriefes bilden die Grundlage für die obige Erzählung.

[3] Schreiben des Kaisers an Herrn Georg von Volkensdorff vom 21. Oktober 1464 im Copey-Buch 401—402.

[4] Lichnowsky, Reg. zu VII., Nr. 986.

[5] Chmel, Reg. II. 440, Nr. 4262. Lichnowsky, Reg. zu VII., Nr. 1007.

kommen getroffen worden,[1] noch eher Graf Wilhelm von Tierstein wieder zu Gnaden gekommen,[2] worauf am 16. Juli 1465 Jörg von Stein sich definitiv der Hoffnung, jemals an dem Tiroler Herzoge einen Rückhalt zu finden, entschlug.[3]

So war endlich den österreichischen Landen der Friede zu teil geworden. Er konnte von Dauer sein, wenn sich des Kaisers Regiment vorsorglich und gerecht genug erwies, den Unterthanen bei Beobachtung der Gesetze Schutz zu gewähren, wenn es andererseits energisch und stark genug war, frevle Eigenhilfe und fremde Eingriffe abzuwehren. Noch blieb auch die Besetzung des obersten Landesgerichtes übrig. Alle diese Dinge nach Möglichkeit zu ordnen, berief der Kaiser auf den Montag nach Lorenzi (12. August) 1465 einen Landtag nach Tulln.[4]

Auch das Reich kam nach den großen Kämpfen des Jahres 1462 und der Beilegung so vielfacher Feindschaften auf den Fürstentagen 1463 und 1464, abgesehen von lokalen Händeln, die damals nie ganz fehlten, allmählich zur Ruhe. Die Landschaften fingen an, sich finanziell wieder zu erholen. Die Fürsten gewannen wieder mehr Interesse an politischen Dingen; aber sie wandten die neuerwachende Thatenlust doch zunächst der friedlichen Sicherung ihres Besitzes und ihrer Stellung zu.

Allen ging da der Kaiser voran, eifrig bemüht, dem Tiroler Vetter nach seiner vertragsmäßigen Verpflichtung die versprochenen Vorteile zuzuwenden. Er befahl den Fürsten und Städten und allen Unterthanen des Reiches, jenen, die sich an Herzog Sigmund vergehen würden, wes Standes immer sie wären, in keiner Weise Vorschub zu leisten, vielmehr derlei „Verächter der Billigkeit und Frevler“ unschädlich zu machen.[5] Herzog Sigmund erlangte das Recht, die Landvogtei Schwaben von dem Truchseß von Waldburg um die Pfandsumme an sich zu lösen,[6] und ebenso die Anwartschaft auf alle während der nächsten drei Jahre im Reiche sich

[1] 16. Juni 1465. Chmel, Reg. II. 431, Nr. 4200.

[2] Birk, Urkunden-Auszüge 107, Nr. 801, 802 vom 6. Februar 1465. Vergl. ebendort Nr. 803 und 804, und Preuenhuber, Annal. Styrens. 114.

[3] Diplomat. Habsburg. 190—192. Schreiben Steins an Herzog Sigmund.

[4] Chmel, Reg. II. 436, Nr. 4228. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 996. Einladung des Kaisers vom 16. Juli an Gamaret Fronauer.

[5] Am 3. September 1464. Chmel, Reg. II. 418, Nr. 4107.

[6] Am 2. September. Vgl. Lünig, Cod. German. Diplom. II. 895. Ebendort 898 die betreffende Erforderung an die Truchseß. Sie behielten übrigens, da der Tirolerherzog die Pfandsumme nicht aufbrachte, die Landvogtei jetzt ebenso, wie vor 18 Jahren dem Erzherzoge Albrecht gegenüber (darüber mehrfache Korrespondenzen im Münch. allgem. Reichsarchive).

ergebenden Heimfälle.[1] Dagegen erklärte der Kaiser alle eigenen Forderungen, die er während der letzten Streitigkeiten erhoben, für null und nichtig,[2] und blieb dem Herzoge sein Beistand für die Regelung der Beziehungen zu Rom sowie in allen vorderösterreichischen Angelegenheiten.[3]

Ähnlicher Berücksichtigung seitens des Reichsoberhauptes erfreuten sich nach wie vor die Häuser Baden und Württemberg und bald auch der junge Herzog Sigmund von Bayern-München, auf dessen Politik der Kaiser sich schon infolge der Erhebung der Räte Hans von Degenberg zu Alten-Nußberg, derer von Preisingen, der Frauenhofer zum Hag, der Brüder von Staufen zu Reichsfreiherren dauernden Einfluß sicherte.[4] Da auch die Beziehungen zu Ludwig von Landshut günstiger wurden, die Ergebenheit Salzburgs vorhielt[5] und der Regensburger Bischof mit allem Stiftsgute endlich belehnt und zum Rate des Kaisers ernannt wurde,[6] so stand um die Wende 1464 auf 1465 Friedrich III. im Süden des Reiches besser als seit langen Jahren.

Aber auch der mittel- und norddeutschen Fürstenhäuser, die noch Anteil nahmen an den Geschicken des Gesamtreiches, vergaß die kaiserliche Politik nicht. Herzog Wilhelm von Sachsen-Thüringen wurde durch die Anerkennung seiner Ehe mit Katharina von Roßla und einer Verschreibung von 40 000 fl. als Mitgift und Leibgut für dieselbe auf einige Reichsherrschaften hoch verpflichtet.[7] Der junge Kurfürst Ernst von Sachsen, der ältere Sohn des am 7. September 1463 verstorbenen Friedrich des Sanftmütigen und der Habsburgerin Margaretha, der Schwester des Kaisers, war schon durch seine Mutter zur Treue und Ergebenheit gegen den kaiserlichen Oheim gewiesen.[8] Er und sein Bruder Albrecht gelobten Friedrich III. beim Empfange der Regalien Treue und Unterwürfigkeit

[1] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 919.

[2] Chmel, Reg. II. 418, Nr. 4110.

[3] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 975, 980.

[4] Chmel, Reg. II. 424, Nr. 4157—4162. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 965.

[5] Der Kaiser that ihm dafür Beistand im Streite mit mehreren widersässigen Vasallen. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 934.

[6] Chmel, Reg. II. 419, Nr. 4116, 4119.

[7] Chmel, Reg. II. 421, Nr. 4130. Kaiserl. Brief vom 17. Dezember 1464. Vgl. ebendort 441, Nr. 4269 und 4270: Verleihung der Regalien und Bestätigung der Besitzungen, Privilegien und Gerechtsame für Herzog Wilhelm und sein Haus vom 27. u. 30. September 1465.

[8] Die Kurfürstin zog eben jetzt über Prag zu ihrem Bruder, dem Kaiser, nach Wiener-Neustadt, wo sie bis in das folgende Jahr hinüber blieb. Vergl. Fontes rer. Austriac. XX. 332, Nr. 317. Königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden, loc. 8023, fol. 49—50.

ihr Leben lang.[1] Auch das mächtige brandenburgische Haus, seit zwei Jahrzehnten beflissen, „zu sterben und zu genesen bei kaiserlicher Majestät", empfand eben jetzt das Bedürfnis, den Kaiser zum Freunde und Förderer zu haben, doppelt lebhaft, da mit dem Tode Herzog Ottos von Pommern am 11. September 1464 die Aussicht auf wertvolle Vergrößerung der märkischen Lande eröffnet war:[2] In der That zeigte sich Friedrich III. bereit, das Herzogtum Pommern und Stettin den Markgrafen Friedrich und Albrecht zu verleihen.[3] Es kam dazu, daß der König von Böhmen nach wie vor angewiesen blieb, in freundschaftlichen Beziehungen zu dem Kaiser Unterstützung gegen seine aufrührerischen Unterthanen und eine Deckung gegen die Maßregeln Roms zu suchen, daß die Kurfürsten von Mainz und Trier wesentlich dem Kaiser die Erhebung auf den Erzstuhl verdankten, der von Köln als Reichsstand durchaus seiner Pflicht gegen das Reichsoberhaupt entsprach. Wenn endlich in jenen Tagen der Markgraf von Montferrat im lombardischen Tieflande[4] und die Bischöfe David von Utrecht,[5] Ulrich von Passau[6] und Johann von Münster,[7] Wilhelm der Elekt von Eichstädt[8] und das mächtige Nürnberg[9] durch Belehnungen und Begnadigungen dem Reiche verpflichtet wurden, so lassen sich die momentan günstigen Aussichten der kaiserlichen Friedenspolitik nicht verkennen. Daß damals Ulrich von Friesland die Erhebung seines Territoriums zu einer Reichsgrafschaft und sonstige Verleihungen erlangte, wofür er dem Kaiser einen Gehorsams- und Lehensrevers ausstellte,[10] war dafür natürlich nicht von Belang; aber immerhin kam so auch in diesem fernen Winkel deutscher

---

[1] Chmel, Reg. II. 435, Nr. 4222—4223. Vgl. 433, Nr. 4212; 434, Nr. 4218. Lichnowsky, Reg. zu VII. 993.

[2] Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1. 221—222; 228ff. Riedel, Cod. Diplomat. Brandenb. II. 571ff. Vgl. Detmar, Lüb. Chronik bei Grautoff II. 279ff.

[3] G. W. de Raumer, Cod. Diplomat. Brandenb. contin., 2. vol. Berlin 1831—1833, I. 258 sq.; vgl. auch 288. Chmel, Reg. II. 425, Nr. 4163, 4164.

[4] Lünig, Cod. jur. Diplomat. I. 1377, 1379. Chmel, Reg. II. 414, Nr. 4075, 4076.

[5] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 927.

[6] Chmel, Reg. II. 424, Nr. 4155. [7] Chmel, Reg. II. 419, Nr. 4115.

[8] Chmel, Reg. II. 422—423, Nr. 4138, 4142, 4143.

[9] Ebendort II. 414, Nr. 4078—4085; 415, Nr. 4097; 421, Nr. 4134; 422, Nr. 4137.

[10] Man vergl. darüber die Abhandlung Herquets in den Jahrbüchern der Gesellschaft für vaterländische Altertümer ꝛc. zu Emden, 1882, Band V, Heft 1. Chmel, Reg. II. 421, Nr. 4131—4133.

Erde das Gefühl der Zugehörigkeit zum Reiche lebendiger zum Ausdrucke als seit langem.

Ähnlich wie der Kaiser wahrten auch die Fürstengruppen, welche „noch ein Aufsehen hatten" auf den Gang der Reichsgeschichte, die Brandenburger im Norden und die Wittelsbacher im Süden, die Wettiner und Hessen und die kleineren schwäbischen und rheinischen Fürstenfamilien in der Mitte des Reiches im friedlichen Anschlusse an Verwandte und Freunde die Interessen ihrer Territorien und ihre politischen Aufgaben.[1]

Markgraf Albrecht hatte sich endlich auch mit Würzburg und Bamberg völlig ausgesöhnt; er saß nun mit allen Nachbarn in Frieden.[2] Fast war der Unermüdliche solcher Ruhe entwöhnt; doch auch ihm behagte es schließlich, „mit Gottes Hilfe stillen Fried zu haben, nach der alten Gewohnheit die Säcke wiederzufüllen," „damit Gold und Kleinodien bald wieder zusammenzubringen, wie er vordem gehabt habe".[3] Freilich bedauerte Albrecht gar sehr, daß die Sache mit dem Nürnberger Landgerichte mißlungen, denn „hätten wir", schreibt er, „das Landgericht gegen Bayern freigemacht, wären wir der alte Markgraf und Burggraf wieder, der wir vor gewesen sein". Bald beschäftigte übrigens auch ihn fast ebensosehr wie die märkischen Brüder die pommersche Angelegenheit.

Energischer noch strebten die Wittelsbacher in friedlicher Thätigkeit vorwärts. Sie hielten fest zusammen und schlossen neue Freundschaften: In Heidelberg versöhnte Herzog Ludwig die Württemberger Grafen mit Kurfürst Friedrich;[4] sie wahrten die alten Beziehungen zu Bamberg und Würzburg,[5] und suchten den wetterwendischen Veldenzer Herrn festzuhalten;[6] vor allem aber blieb jene Vereinigung oberländischer Städte und Fürsten, an der man seit 1462 arbeitete, das Ziel Ludwigs von Landshut. Er erreichte auch, daß Fürsten und Städte auf seine Einladung im Januar 1465 in Ulm zu einer Beratung zusammentraten.[7]

---

[1] Über die Verbindungen und Einungen der Württemberger 1464 u. 1465 siehe Stälin, Württemberg. Geschichte III. 552.

[2] Höfler, Archiv VII. 36—37. Bamb. Arch. Kast. 28, fasc. III. Nr. 127.

[3] Der Markgraf an seine Räte in Wiener-Neustadt am 22. Juni 1464. Höfler, Archiv VII. 35—37.

[4] Die Urkunde bei v. Stockheim, 702, Nr. CLXa. Vgl. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 251 mit weiteren Meldungen über den Heidelberger Tag.

[5] Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 420—421, Brief vom 6. Januar 1465; 421, Tag zu Nürnberg, 3. März 1465, wo sich die Wittelsbacher um die Ausgleichung der bamberg-würzburg. Zwistigkeiten bemühen. Vgl. v. Stockheim, Urk. a. a. O.

[6] Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 413—415.

[7] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 250.

Aber auch der Kaiser gedachte die momentane Gunst der Verhältnisse im Reiche nicht unbenützt zu lassen. Zwar auf durchgreifende, den ganzen Verfassungsorganismus berührende Reformen, die allein noch ausreichende Besserung hätten bringen können, dachte Friedrich III. auch jetzt nicht: Wir wissen, wie so ganz fremd seinem Wesen das Abgehen von der Regel, das Aufgeben des Altgewohnten war, wie zuwider ihm plötzlicher Wandel, jäher Umsturz im kleinen und großen. Aber das freundliche Einverständnis, in dem er sich zu seinem Vetter von Tirol und den mächtigsten Reichsständen sah, das auch diese momentan unter einander verband, zur Schöpfung großer Landfriedensbünde zu benützen, und so die Sicherung der allgemeinen Ordnungen durch Vertragsverhältnisse zu bewirken, bei denen der kaiserlichen Gewalt ihre theoretische Machtfülle und die eigene stets konsequente Politik von selbst die führende und ausgleichende Rolle zuteilten, das war es, was des Kaisers Innere erfüllte. Herrschte nur im Reiche das Gesetz, dann empfand man auch wenig oder gar nicht, wie sehr dem Reichsoberhaupte die reale Macht abging, sich geltend zu machen und das Ganze zu regieren.

In den schwäbischen Landen, die der eigenen und tiroler Machtsphäre am nächsten lagen, wurde der Anfang gemacht. Seit Oktober 1464 arbeitete hier Herzog Sigmund von Tirol an der Beilegung der Fehden. Er hatte die Rechberg mit den Klingenberg,[1] den Kardinal von Augsburg, Peter von Schaumburg, den Grafen Hugo von Montfort und die Stadt Kempten mit denen von Heimenhofen ausgeglichen,[2] dann erreicht, daß ihm die Grafen Ulrich und Eberhard von Württemberg, Johann Eberhard und Jörg von Werdenberg, Graf Johann zu Sonnenburg, auch Markgraf Karl von Baden und die Gesellschaft des Sankt-Georgenschilds die Vollmacht erteilten, auf einem Tage zu Biberach ihre Feindschaft und Fehde mit den fünf Herren von Klingenberg durch einen Schiedsspruch zu enden;[3] er hatte daneben Besitz- und Lehenverhältnisse im habsburgischen Schwaben in feste Ordnung zu bringen gewußt.[4] So konnte jetzt in Erfüllung gehen, wozu seit dem Tode des Erzherzoges Albrecht der Markgraf von Ansbach wiederholt geraten.

[1] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 937. Bregenz am 26. November 1464. Die Klingenberger Heinrich und Eberhard werden darauf des Herzogs Diener. Lichnowsky, Reg. zu VII. 958.

[2] Ebendort Nr. 939.

[3] Geschah zu Biberach am 28. Januar 1465. Lichnowsky, Reg. zu VII. 960.

[4] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 912, 921, 922, 933, 936, 942, 943, 945—948, 950—954, 956 u. s. w.

Der Landfriede schien aber auch der Boden geworden, auf dem das bayerische und das kaiserliche Interesse sich berührten. Am 22. Januar wurde zu Ulm nach dem Wunsche Herzog Ludwigs von Landshut ein dreijähriger Landfriede zwischen ihm, Herzog Sigmund von Tirol und den Herzogen von München, dem Kardinal von Augsburg, Graf Eberhard von Württemberg und den Städten Augsburg, Ulm, Aalen, Giengen und Memmingen vereinbart.[1] Am 2. Februar traten dann auf den Ruf des Kaisers Fürsten, Herren, Prälaten, Ritterschaft und Städteboten von Schwaben mit Herzog Sigmund und kaiserlichen Bevollmächtigten gleichfalls zu Ulm zusammen, und wurde die Ausdehnung jenes Landfriedensbundes über die ganze Landschaft beantragt,[2] was auch nach längerer Verhandlung am 24. April auf einem neuen Ulmer Tag geschah.[3] Natürlich fiel die Führung jetzt Österreich zu.

Das Streben des Kaisers ging dahin, die Herstellung ähnlicher Vereinigungen auch in den übrigen Regionen oder den ehemaligen Herzogtümern Deutschlands zu versuchen; zunächst wurde aber die Frankfurter „Reformation" vom 14. August 1442, deren Erneuerung man schon vor drei Jahren, inmitten des Kriegslärms, versucht hatte,[4] am 18. Juli 1465 von Wiener-Neustadt aus nochmals als Reichsgesetz verkündet.[5] Es war nur vom Schaden, daß die Verhältnisse des Reiches so schwer zu übersehen, des Kaisers Umsicht und Energie so gering waren: Man kam so viel zu langsam voran, und als endlich anfangs 1466 über die Aufrichtung eines Landfriedens durch das ganze südliche Deutschland verhandelt werden konnte, da lagen die Dinge allenthalben bereits wieder weit weniger günstig für die Herstellung allgemeiner Ordnungen, da war in Österreich der innere Friede von neuem bedroht und hatte in Böhmen der Streit des Königes mit der Kurie und der seit Jahren latente Zwist mit einer Anzahl mächtiger Herrengeschlechter solche Fortschritte gemacht, daß auch die Nachbarländer in Aufregung geraten mußten.

---

[1] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 250.

[2] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 961. Vgl. ebendort Nr. 981.

[3] Lichnowsky, Reg. Nr. 981. Chmel, Reg. II. 423, Nr. 4146; Müller, Reichstagstheatrum II. 197 ff., worauf sich Chmel bezieht, gehört aber zu 1466.

[4] Ein bezügliches Ausschreiben des Kaisers vom Ende Januar 1461 im Bamb. Archiv.

[5] Chmel, Reg. II. 436, Nr. 4229. Die Reformation gedruckt bei Chmel, Mater. I. Dieselbe von G. v. Böhmer ins Neuhochdeutsche übertragen, Göttingen 1818. Vgl. noch E. W. Fischer, Einige Bemerkungen über die sogenannte Reform Kaiser Friedrich III., Hamburg 1858. Auch Homeyer, Sitzungsber. der phil.-histor. Klasse der Wiener Akademie 1856, Juniheft.

Auch König Georg von Böhmen hatte die Friedenszeit 1464 auf 1465 nicht unbenützt vorübergehen lassen. Der deutsche Reformplan zwar erscheint nach den Verhandlungen von Wiener-Neustadt aufgegeben und jenes Projekt einer europäischen Vereinigung war schon früher mit der Weigerung des Ungarköniges gefallen. Summierte Georg das Ergebnis all der großen Entwürfe der letzten Jahre, so blieb nur ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich übrig, das sich vielleicht in ein engeres Bündnis mit Ludwig XI. ausgestalten ließ. Dem Könige mußte auch ein solches unter Umständen sehr nützlich werden, und da seine Interessenpolitik durch keinerlei Rücksicht auf frühere Verbindungen oder die bedrohten deutschen Westlande sich binden ließ, so wurde wirklich eine neue Annäherung an den französischen König versucht.

Im Mai 1464 zog unter der Anführung Albrecht Kostkas von Postupitz und Antonio Marinis eine böhmische Gesandtschaft über Ansbach, bis wohin Jobst von Einsiedel in ihrem Geleite folgte,[1] dann über Stuttgart, Baden, durch den Elsaß an den französischen Hof, wo sie, unterwegs besonders von Heinrich von Anjou gefördert, der von einem französisch-böhmischen Bunde die Durchführung seiner Ansprüche auf Neapel erwartete, Ende Juni glücklich anlangte.

Schon bei der ersten Audienz am 30. Juni begann man mit Zustimmung des Königes die Bündnis-Verhandlungen. Marini wagte es dabei, noch immer zugleich als der Vertreter der Könige von Ungarn und Polen aufzutreten. Thatsächlich war aber ein weiterer Bund der drei östlichen Königreiche mit Frankreich keineswegs beabsichtigt; der Gesandtschaft fehlte dafür jegliche Vollmacht. Man hielt es übrigens auch bald für besser, diese Sache fallen zu lassen, da zu bemerken war, wie entschieden die geistliche Umgebung des Königes, der Kardinal de la Balue, Bischof von Evreux, der Patriarch von Jerusalem u. s. w., das Projekt bekämpften, und als Warnungen selbst aus Böhmen einliefen, der König möge sich vor Anträgen hüten, die nur dahin zielten, Ketzern gegen den heiligen Vater zu helfen.[2]

Trotzdem war Ludwig XI. entschlossen, mit dem Könige von Böhmen ein Freundschaftsbündnis einzugehen. Er nahm Herrn Albrecht Kostka und den Bischof Jost von Breslau zu königlichen Räten auf und befahl die Ausfertigung eines Vertragsentwurfes. Die Frage war nur, und

---

[1] Höfler, Archiv für österr. Geschichte VII. 37.

[2] Die Breslauer sahen ebenfalls in der Gesandtschaft nach Frankreich einen gegen sie gerichteten Akt Podiebrads. Vgl. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 76, Nr. 251.

davon hingen Wert und Bedeutung der ganzen Negotiation ab, wie weit der Franzosenkönig sich verpflichten wolle, Georg von Böhmen gegen die Kurie und ihre Mandatare zur Seite zu stehen, und welchen Preis er dafür fordere.

Die Sache war nicht leicht. Die klerikale Hofpartei bekämpfte derartige Zusagen in jeder Form. Aber auch die anderen königlichen Räte waren weit entfernt, etwa in der gemeinsamen Besitzergreifung von Luxemburg, wie im früheren Vertrage beantragt war und nun, wie es scheint, wieder vorgeschlagen wurde, die Basis für das Bündnis zu erkennen, da man aufrichtig wünschte, die jetzigen freundlichen Beziehungen zu dem burgundischen Hofe zu erhalten. In dem Entwurfe, den die Franzosen vorlegten, war deshalb geradezu betont, es solle die Verständigung zwischen Frankreich und Böhmen in keiner Weise gegen Herzog Philipp, als den jetzigen Inhaber Luxemburgs, gerichtet sein, und sie nahmen es damit so genau, daß selbst die Beseitigung des Titels „Herzog von Luxemburg", den der König wie sonst, so auch in dem vorliegenden Schriftstücke führte, verlangt wurde.

Mit Mühe bewog Kostka die Franzosen, jenen Passus, der den Burgunder assekurierte, wegzulassen, indem er hinterher geltend machte, er habe wegen Luxemburgs keine Vollmacht. Bezüglich des Titels blieb ihm nichts anderes übrig, als nachzugeben: Man beschloß aber, alle Nebentitel fortzulassen, so daß Georg als König von Böhmen, Ludwig als König von Frankreich schlechthin angeführt war.

Aber auch die römische Partei setzte ihren Widerstand betreffs jener Vertragspunkte, die sie interessierten, fort bis zum endlichen Siege. So war das Ergebnis des ganzen Handels ein ziemlich nichtssagender Vertrag: „Zur Ehre des allmächtigen Gottes, zum Vorteil und Nutzen des katholischen Glaubens und der ganzen christlichen Staatenfamilie, zur Erhaltung ihrer beiderseitigen Reiche und Untergebenen erklären die Könige, Brüder, Freunde und Verbündete sein zu wollen für alle Zeiten."

Wenn aber in einem Passus der Urkunde der König von Böhmen, abweichend von der Darstellung Ludwigs von Frankreich, als Zweck des Bündnisses darstellt, „er habe sein Reich mit dem des allerchristlichen Königes verbunden, damit es den Feinden der christlichen Religion desto leichter widerstehen könne",[1] so war damit wenigstens soviel erreicht, daß Georg Podiebrad neben dem katholischen Könige des französischen Reiches,

---

[1] Der Vertrag bei M. Goldast, Appendix privilegiorum Bohemie, Francof. 1714, 191. Memoires de Commines, ed. Lenglet du Fresnoy II. 424—434.

das bei aller gelegentlichen Opposition gegen Rom und mannigfachen kirchlichen Reformversuchen doch niemals gegen die apostolische Gewalt des heiligen Stuhles sich erhoben, in feierlichem Vertrage seinen gleichen Eifer für den wahren Glauben und den Frieden und die Sicherheit der christlichen Welt zum Ausdrucke brachte. Es gewann so das Bündnis, was den Gegnern keineswegs entging, doch auch eine gewisse moralische Bedeutung für den kirchlichen Streit in Böhmen. Bis zum letzten Augenblicke suchten sie daher das Abkommen zu vereiteln, und nur auf den strikten Befehl des Königes war endlich die Ratifizierung der Vertragsbriefe zu erreichen.[1]

Am 22. Juli trat die böhmische Gesandtschaft die Heimreise an; auf weitem Umwege, über Rouen, Paris, Orleans, die Schweiz, Tirol, Bayern ziehend, traf sie erst am 14. Dezember bei König Georg ein, der eben in Brünn weilte. Ob auch Marini zugleich wiederkehrte, ob er in Frankreich blieb, ist unbekannt; von nun an bleibt er uns verschollen.[2]

Auch sonst hielt König Georg damals den politischen Gedanken fest, der in dem Vertrage mit Frankreich enthalten war. Während er im Juni (1464) seinen Schwiegersohn, Herzog Albrecht von Sachsen,[3] und dessen Mutter, die verwitwete Kurfürstin und Schwester des Kaisers in Prag bewirtete,[4] überhaupt die Verbindung mit den Höfen von Sachsen und Brandenburg gleich innig blieb und namentlich Wilhelm von Thüringen für die rückhaltslose Billigung seiner Ehe mit „Frau Käthe" von Roßla dem Könige freudigen Dank wußte,[5] wurde mit Erzbischof

[1] Wie sehr die Dinge übertrieben wurden, zeigt eine Bemerkung F. Hankos, des Breslauer Prokurators in Rom, in seinem Schreiben nach Hause vom 29. September 1464: Und got füget mir eben, das ein doctor, der ist official domini archiepiscopi Treverensis . . . . weiste mir copien der bünde und vorschreibung, die der konig Francie mit dem ketzer getan hat, darinn wol X adir mer artickel sein, die ganz wider die heiligen kirchen sein. Solche copia hatt er zu Genff gehabt von einem des koniges rate. Dieselben hab ich lassen VIII mal abschreiben, und hab sie den cardinalen geantwurt, und der her cardinal Nicenus hat sie selbst dem pabst gelesen ꝛc. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 97.

[2] Die Grundlage der Erzählung bildet das Tagebuch eines Mitgliedes der böhmischen Botschaft, des Ritters Jaroslaw. Časopis českého musea 1837, ed. F. Palacky. Vgl. sonst Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 305 ff.; H. Markgraf, Über Georgs von Podiebrad Projekt eines europ. Fürstenbundes 297 ff.

[3] Fontes rer. Austriac. XLII. 359, Nr. 269. Königl. sächs. Hauptstaatsarchiv zu Dresden loc. 8023: „Irrungen zwischen Sachsen und Böhmen", fol. 49ᵃ—50ᵇ.

[4] Font. rer. Austriac. XX. 329—332, Nr. 317. Ferner Jobst von Einsiedel an Markgraf Albrecht vom 4. Juli 1464; ebendort 333—334, Nr. 318; auch bei Höfler, Archiv für österr. Geschichte VII. 37—38.

[5] Vgl. das Schreiben Markgraf Albrechts an Jobst v. Einsiedel vom 7. Dezember

Adolf und dem Mainzer Erzstifte die alte Erbeinung erneuert,[1] kam Johann von Würzburg dem Könige bei Abstellung der Fehde beiderseitiger Vasallen als Freund und Verbündeter entgegen[2] und sah Pfalzgraf Otto von Neumarkt-Mosbach endlich seine Wünsche bezüglich Anerkennung gewisser Ansprüche auf die böhmischen Lehen in der Oberpfalz erfüllt.[3] In Prag aber gingen die katholischen Fürsten Schlesiens wie zuvor ab und zu,[4] und war die Freundschaft zwischen dem Könige und dem Breslauer Bischofe wieder so groß, daß sie beide in einem Wagen der Kurfürstin von Sachsen beim festlichen Empfange entgegenfuhren.[5] Nochmals begann der wackere Rosenberg zu glauben, was er so sehr wünschte: Der König werde zur rechten Zeit doch sein Wort einlösen. Andererseits freilich genügte Georgs vorsichtig reservierte Haltung und daß er sich dieses Jahr von der utraquistischen Fronleichnamsprozession fern hielt, während die katholischen Herren in der ihren demonstrativ mitzogen, um den Pfarrer am Tein, Johannes Rokyzana, sofort zu Klagen über Vernachlässigung und die Verminderung seines Ansehens zu veranlassen.[6]

Es ist nicht zu leugnen, daß der lebendige Eifer und die unbezähmbare Herrschsucht dieses Mannes zum guten Teile zerstörte, was des Königes Klugheit für den Frieden gethan hatte. Seit 1462, seitdem der Herrscher mit dem heiligen Stuhle offenkundig zerfallen war und damit die Utraquisten wie vor 1458 als die eigentlichen Stützen der podiebrad'schen Macht erschienen, war das Ansehen Rokyzanas, dem eine zahlreiche Geistlichkeit unbedingt gehorchte, wieder mächtig gestiegen. Aber eben im Bewußtsein seiner Bedeutung und Unentbehrlichkeit zeigte er auch die alte Unverträglichkeit und Rücksichtslosigkeit. Während der König überall in den böhmischen Landen streng darauf sah, daß über Hussitismus und Katholizismus nicht gepredigt und so der herrschende Gegensatz nicht durch

1463 und dessen Antwort vom 23. Dezember im Bamb. Archiv 1908 (des märk. Kat.), Nr. 292 und 289.

[1] Font. rer. Austriac. XLII. 358, Nr. 268.

[2] Ebendort 359—363, Nr. 270—275. Vergl. das „Würzburger Haderbuch", königl. Kreisarchiv zu Würzburg a. m. O.

[3] Fontes rer. Austriac. XX. 362, Nr. 335.

[4] Bericht der Breslauer an den Erzbischof Hieronymus von Kreta vom 7. Mai 1464. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 71—72, Nr. 246: Hic episcopus (Jodocus Wratislaviensis) secum duxit juvenem ducem Fridericum Legnicensem, ducem Nicolaum Oppoliensem, ducem Conradum Nigrum, ducem Johannem Saganensem.

[5] Fontes rer. Austriac. XX. 329.

[6] Fontes rer. Austriac. XLII 330—331. Vgl. königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden a. a. O.

zankende Priester verschärft werde,[1] trat Rokyzana auf dem Februarlandtage 1464 mit dem Prager Domherrn Dr. Hilarius in einen religiösen Streit ein, welcher die Gemüter so sehr erhitzte, daß der König die Disputation plötzlich abbrechen ließ. Trotzdem wurde das Gespräch als glänzender Sieg des hussitischen Magisters über den Unverstand des Gegners gefeiert.[2]

Die Nachricht von dem Tode des Papstes erhöhte bei den Utraquisten das Gefühl der Sicherheit noch mehr. In einem neuen Religionsgespräche, das der König dem Pfarrer am Tein mit dem Domherrn Wenzel Kržischanowsky, einem der heftigsten Eiferer für die römische Sache, gestattete,[3] schalt Rokyzana den Gegner Lügner und Betrüger, und als dieser mit scharfer Zunge antwortete, warf sich der anwesende hussitische Pöbel unter wüstem Geschrei auf ihn, bereit, den Gründen seines Führers mit den Fäusten entsprechenden Nachdruck zu geben: Mit Mühe hinderten es des Königes Amtleute.[4] Damals wurde am Hauptportale der Teinkirche auf Rokyzanas Gebot ein riesiger Kelch aufgerichtet, den ein Mann in königlichem Schmucke, das Schwert in der Rechten gleichsam zum Schutze erhebend, mit der Linken festhielt. Auch sonst kam es, schlimmer noch als in den wild erregten Augusttagen des Jahres 1462, auf mancherlei Weise zu Beschimpfung und Beleidigung der Katholischen.[5]

Aber auch das Gegenstück fehlte nicht: Mit nie zu erschöpfendem Zorne hetzte drüben in Breslau eine fanatische Priesterschaft gegen „Girsik und Rokyzan“; keinen Stillstand, keinen Frieden dürfe man mit den Ketzern haben; mit dem Schwerte seien sie wegzutilgen.[6] — Wie furchtbar mußte ein Krieg werden, bei dem solche Leidenschaft den Untergrund bildete? Und schon stehen wir vor dem letzten Versuche einer friedlichen Ver-

---

[1] S. oben und Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau I. 260.

[2] Disputacio capituli ecclesiae Pragensis cum Rokycana de Hussiticis controvers. bei H. Canisius, Lectiones antique (ed. Basnage, tom. IV, edit. II., Anto. 1725 sq.), IV. 753—775. Raynaldus, Annal. eccles. ad annum 1464, Nr. 26—44. Vgl. Palacky, Gesch. v. Böhmen IV. 2. 235—236.

[3] Man vergl. das Memoire des Bischofs Jost von Breslau im Manuskr. der Prager Universitätsbibliothek XVII. F 2. Das Manuskr., früher schlecht aufbewahrt, ist aber gänzlicher Zerstörung nahe. Vergl. auch Annales Zittavienses (Joh. von Guben), Script. rer. Lusat. I. 83, wo der Sieg der kathol. Partei zugesprochen wird.

[4] Bericht Kržischanowskys an Bischof Jost von Breslau vom 17. September 1464 in den Fontes rer. Austriac. XX. 334—335, Nr. 319.

[5] Vergl. besonders Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau I. 259—260. Ein etwas späteres Schmähgedicht auf den Pilsner teilte ich Fontes rer. Austriac. XLII. 393—394, Nr. 283 mit.

[6] Eschenloer, ebendort 260.

ständigung, auch er nur noch ermöglicht durch den Personenwechsel auf dem päpstlichen Stuhle![1]

Am 30. August, sechzehn Tage nach der Erledigung des Pontifikates, wurde der Kardinal von San Marco, Peter Barbo, aus angesehenem venetianischen Geschlechte, mit seltener Einstimmigkeit zum Papste gewählt.

Wie sehr änderten sich jetzt alsbald die Zustände an der Kurie! Das neue Haupt der Christenheit, ein schöner Mann, noch in rüstigem Lebensalter, stand nach geistiger Bildung und Kenntnissen tief unter seinem Vorgänger. Den ungemessenen Stolz auf seine Würde milderte nicht die Erinnerung an einstiges Emporstreben aus schwierigen Verhältnissen; voll Leidenschaftlichkeit, zu durchgreifender Strenge, ja Härte rasch bereit, bot er den schärfsten Gegensatz zu Pius II. Milde und stete Geneigtheit, Rücksichten und Humanität walten zu lassen. Nun wurde am römischen Hofe auch das äußere Herrschergepränge wieder in den Vordergrund gestellt; bald waren Sitte und Ceremoniell strenger, in erhöhtem Maße empfand man den Druck eines rücksichtslosen Günstlingswesen, die Anmaßungen der Offizianten und des kurialen Regimentes, das zugleich mechanischer und kostspieliger[2] wurde.

Aber wenn Papst Paul in dem Besitze des obersten Kirchenamtes den Grund höchster eigener Wertschätzung fand, so konnte es andererseits um so weniger in dem Sinne des einseitigen, starrköpfigen Pontifex gelegen sein, in die festen Überlieferungen seiner oberhirtlichen Vollgewalt irgendwie störend einzugreifen oder aus persönlichen Rücksichten Angriffe auf seine kirchliche Würde zu dulden. Der beweglichen, biegsamen und nachgiebigen Art Enea Silvios gegenüber gewann jetzt die päpstliche Politik jenen Zug von Unbeugsamkeit und Konsequenz, der ebenso oft geistiger Beschränktheit wie tiefernster Überzeugung entspringt.

---

[1] Die Meinung Palackys, Geschichte von Böhmen IV. 2. 314, daß der Kaiser „sich zu unerhörter Kühnheit ermannte" und die Citationsbulle vom 16. Juni einfach nach dem Tode des Papstes unterdrückte (siehe auch H. Ermisch, Studien zur Gesch. der böhmisch-sächsischen Beziehungen 1464—1471, Dresden 1881, 5 Anm. 4), hat schon Markgraf, König Georg v. Böhmen und Papst Pius II. 1462—1464, 257 Anm. 3 widerlegt. Vergl. auch Relatio histor. apud Höfler, Fontes rer. Hussiticarum III. (der Fontes rer. Austriac. Band VII) 220—221.

[2] Man vergl. vor allem die Berichte des Breslauer Prokurators Fabian Hanko, so z. B. vom 21. Oktober 1464 in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 100—102, Nr. 263, und vom 29. September 1464 ebendort Nr. 261. Bezüglich der Kurialen schreibt Hanko: Item es war sere not, das ich hette etliche geschenke von taschen, belgen adir ringen, domit ich die newen secretarios, cubicularios vnd andir mer zu freunde machte, wann is ist nu so gestalt, das man nymands nicht achtet, der so ledig kömmet.

In der böhmischen Streitsache war aber Paul II. vorerst weit entfernt von eilfertiger Strenge. Nicht bloß, daß es ihm widerstrebte, sein Pontifikat mit einem so weitsehenden Prozesse zu eröffnen, der, aus den schwersten Anklagen gegen den anerkannten König eines mächtigen Reiches hervorgegangen, der Kurie bereits nur noch die härtesten kirchlichen Strafmittel übrig zu lassen schien:[1] Aber wenn sein Vorgänger auf dem heiligen Stuhle, nachdem er langjährige Geduld gezeigt, dann im erwachenden Zorneseifer nach den geistlichen Censuren gegriffen hatte, waren nicht vielleicht doch Fehlgriffe geschehen? War nicht vielleicht auch die Person des Papstes, des einstigen Sekretärs zu Basel und Offizialen der kaiserlichen Kanzlei, ein Hindernis gewesen, daß der selbstbewußte Hussitenkönig sich vor der Auktorität der dreifachen Krone beugte?

Papst Paul anerkannte den principiellen Gegensatz zwischen der Stellung des böhmischen Herrschers, als des geschworenen Vertreters der Kompaktaten und was sich hinter ihnen barg, ebensowenig, als der König die grundsätzliche Unnachgiebigkeit der Kurie begriff. Den Venetianer ließ seine Eitelkeit wohl hoffen, er werde erreichen, was dem verstorbenen Papste nicht gelungen war.

Noch weilte der Maltheserritter Thomas im Auftrage seines Großpriors, des Bischofes Jost von Breslau, in Rom, um auf die Kunde von den Vorgängen im Kardinalkonsistorium vom 16. Juni nochmals um Aufschub des Strafverfahrens zu bitten. Durch Theodor Lälius, Bischof von Feltre, den damals einflußreichsten Ratgeber des Papstes, brachte Thomas seine Sache vor diesen und fand ihn bereit, der Bitte zu willfahren. Nachdem die Kardinäle Carvajal, Bessarion und Wilhelm von Ostia die Antwort beraten und begutachtet, erhielt der Bote, freilich unter den bekannten Bedingungen und nicht ohne Drohungen im Falle weiteren Ungehorsames des Königes, günstigen Bescheid.[2]

Bald gestalteten sich die Verhältnisse an der Kurie für die böhmische Streitsache noch aussichtsvoller. Die kaiserliche Obedienzgesandtschaft, Hans Freiherr von Rorbach und Propst Johannes Hinderbach, brachte

---

[1] Man vergl. die bezeichnenden Worte des Erzbischofs von Kreta aus Venedig an die Breslauer vom 25. Oktober 1464 in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 102, Nr. 264.

[2] Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 325—326 nach den auch mir vorliegenden Aufzeichnungen des Manuscr. Sternberg. Der Erzbischof von Kreta meldet am 29. September 1464 nach Breslau (Scriptor. rer. Silesiac. IX. 99, Nr. 262): Huc applicuit dominus Thomas crucifer, cum ipso fuimus, que optat non nobis officiunt, et omnia spero bene succedent.

zugleich neue Fürsprache für den König von Böhmen: der König sei bereit, dem heiligen Stuhle zu erfüllen, was er versprochen habe; seine Gesandtschaft, die er demnächst zur Bezeugung des Gehorsams senden wolle, werde darüber noch besondere Mitteilungen machen; unzweifelhaft könne es aber gelingen, die Sache mit dem Könige friedlich zu ordnen, wenn der Papst einen Legaten nach Böhmen schicken wolle.

Der Papst war voll Anerkennung für des Königes vielfache Verdienste und Tugenden; er zeigte sich bereit, ihm jegliche Nachsicht zu beweisen und jeden Wunsch zu erfüllen, ja Georg Freund und Bruder zu sein, wenn er seinen Verpflichtungen gegen die Kirche nachkomme: Schon habe er, um die Versöhnung einzuleiten, die Einstellung aller Prozesse in der böhmischen Kirchenfrage verfügt; bezüglich der Sendung eines Legaten in das Königreich wolle er sich mit den Kardinälen beraten. Wenn ja ein persönlicher Zug in diesem Bescheide des Papstes auffällt, so ist es der lebhafte Eifer, als Friedensstifter zwischen Rom und Böhmen zugleich seine apostolische Eignung zu erhärten.

Aber Woche auf Woche verging, eine ganze Reihe von Fürstenbotschaften war in Rom erschienen, dem Papste zu huldigen,[1] aber aus Prag kam niemand. Dafür schrieben die Breslauer, die Citation allein helfe nichts, es sei nötig einen Kardinallegaten zu entsenden, der die wirkliche Exekution der Prozesse gegen den Ketzer und seinen Anhang in die Hand nehme.[2] Von mehr als einer Stelle kamen neue Klagen über des Königes Übergriffe und feindliche Absichten.[3] So gewann die Meinung der Mehrheit des Kardinalskollegiums doppeltes Gewicht: Die Entsendung eines Gesandten bedeute nichts als eine weitere Verschleppung der böhmischen Angelegenheit; eine friedliche Ordnung derselben sei überhaupt nicht mehr zu erwarten. Erst nach wochenlangem Streite und vielfacher Beratung, als Hans von Rorbach bereits ungeduldig nach einem Bescheide drängte, wurde man einig. Das Konsistorium stimmte zu, daß der heilige Vater seinen Willen vollende und nochmals zu friedlicher Verhandlung mit dem Hussitenkönige die Hand biete. Aber nicht in Prag, sondern am kaiserlichen Hofe sollte der designierte Legat, der bereits in diplomatischer Thätig-

---

[1] Fabian Hanko an den Breslauer Rat vom 21. Oktober 1464 in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 100—102, Nr. 263: „Es wirt adir ytzund gar sere vorhindert durch die ambasiatores, die alle tage komen zum newen pabst".

[2] Script. rer. Silesiac. IX. 95—96, Nr. 260. Brief vom 3. Septbr., natürlich noch an Pius II. gerichtet.

[3] Hinko von Böttau, Balthasar von Sagan.

keit erprobte Bischof von Lavant, die Anträge des Königs entgegennehmen.[1] Auch wurde ihm die Weisung zu teil, als unerläßliche Vorbedingung der Ausgleichsberedungen die Einstellung der Feindseligkeiten gegen den katholischen Baron Hinko von Böttau und vor allem die Aufhebung der Belagerung von dessen Burg Zornstein zu begehren.

Gerade das aber gab der Friedensgeneigtheit des Papstes ihren besonderen Charakter. Rücksichten auf Papst und Kaiser hatten König Georg nur allzulange bestimmt, den frechen Trotz des Böttauers, der jetzt schlau genug den alten Haß gegen den König unter der Maske des Ketzerabscheues und strengkatholischer Gesinnung verbarg,[2] zu übersehen. Durch seinen Bund mit Achaz Bohunko von Mailberg, dem treuen Parteigänger des Kaisers, und als entschiedener Gegner des Erzherzogs besaß Hinko, abgesehen von der günstigen Lage seines Besitzes an der äußersten oft umkämpften Peripherie der mährisch-österreichischen Landschaften, an Friedrich III. einen steten Rückhalt. Als aber nach Albrecht VI. Tode das Kampfgetümmel in Österreich verstummte, Achaz Bohunko und der von Starhemberg auf dem Korneuburger Landtage (Frühjahr 1464) eidlich verpflichtet wurden, den Friedenstag zu Znaim (24. August) mit Böhmen zu beschicken, und dort thatsächlich ihre Ausgleichung mit dem Könige und den mährischen Landsassen, auch Heinrich von Lipa, erfolgt war, da stand der von Lichtenburg allein. Da er seinen Ungehorsam und Hochmut dennoch nicht aufgab, wurde ihm nach dem mährischen Landrechte der Prozeß gemacht. Man sprach ihn schuldig. Alsbald entsandte der König, dem das Ableben Pius II. dabei doppelt freie Hand zu gewähren schien,[3] das Aufgebot der Markgrafschaft gegen den unbotmäßigen Vasallen, und Katholiken und Utraquisten, auch der Bischof von Olmütz[4] und die Städte, säumten nicht, ihrer Pflicht nachzukommen. So wurde der Böttauer gedemütigt, unter der Anführung Herzog Victorins seine Hauptfeste Zornstein von einer starken Macht belagert. Mit Mühe entkam er selbst im Spätjahre 1464 aus der Burg und eilte nach Rom. Derselbe Rudolf

---

[1] Das obige nach dem Berichte Rorbachers an den böhmischen Kanzler Prokop von Rabenstein vom 18. Februar 1465 in den Fontes rer. Austriac. XX. 337—340, Nr. 322.

[2] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 322—323.

[3] Noch am 15. August hatte der König in einem Schreiben an Herrn Johann von Rosenberg erklärt, daß es diesmal von dem Kriege gegen Hinko sein Abkommen habe. Palacky, Gesch. v. Böhmen IV. 2. 325.

[4] Der Legat machte darüber dem Bischofe am 21. Januar harte Vorwürfe. Fontes rer. Austriac. XX. 336—337, Nr. 321.

von Rüdesheim, der jetzt die Legation für Böhmen empfing, war sein alter Freund, und bei der Kurie ein eifriger Fürsprecher.

Und wenn jetzt der Papst die Bitten des Böttauers erhörte, merkte er im stolzen Bewußtsein seiner Allgewalt nicht, wie schnöde der treulose Baron den großen Konflikt der Kirche mit König Georg in seinem Interesse zu mißbrauchen suchte, welch gewaltsamen Eingriff in die staatlichen Ordnungen des Königreiches jene Bedingung rücksichtlich des Zornsteins bedeutete?

Und ist es nicht bezeichnend für Paul II. geistige Bedeutung und sein Pontifikat überhaupt, wenn er auch dann nicht einlenkte, als ihm König und Königreich am 7. März 1465 ebenso ehrfurchtsvoll und gemessen als nachdrücklich den wahren Hergang des Streites, die Bedeutung des beabsichtigten Schrittes darlegten,[1] als der König mit der Bitte, ihm die Nichtsendung einer Beglückwünschungsbotschaft zu vergeben, den klaren Nachweis verband, der Lichtenburger sei sein Gegner noch aus den Tagen König Ladislaws her, er allein habe ihm nach seiner Erhebung zur königlichen Würde Treueid und Anerkennung geweigert, dagegen offen und heimlich der Krone und den Unterthanen Schaden zugefügt oder zu bereiten getrachtet; wenn daher jetzt nach dem mährischen Landrechte gegen ihn vorgegangen werde, so habe dies mit der Religion durchaus nichts zu schaffen.

König Georg war entschlossen, in diesem Punkte nicht nachzugeben, und er konnte es auch nicht. Ja er ging noch einen Schritt weiter. Befand er sich nicht Breslau gegenüber in ähnlicher Lage? Deckten nicht auch sie politischen Ungehorsam mit dem Mantel ihrer katholischen Überzeugung? Es geschah in einem Momente alten stolzen Selbstgefühles und wohl in der sicheren Hoffnung, die Friedensbedürftigkeit der Kurie werde mit gegebenen Thatsachen vorlieb nehmen müssen, wenn Georg sich jetzt entschloß, auch mit Breslau ein Ende zu machen.

Auf dem Lichtmeßlandtage 1462 zu Prag, an dem auch Vertreter der Nebenlande teilnahmen, erreichte es der König, seine Überzeugung, die Breslauer wären das Haupthindernis eines allgemeinen religiösen Friedens im Königreiche, nicht bloß von den Utraquisten, sondern auch von Mährern, Schlesiern und Lausitzern geteilt zu sehen. Man beriet über die Anwendung von Gewalt gegen die Stadt, ohne aber, scheint es,

[1] Das Schreiben in den Fontes rer. Austriac. XX. 340—342, Nr. 323. Man vergl. ebendort das Aufklärungsschreiben des Bischofs Protas an den Legaten vom 27. März, 344—345, Nr. 325, und des Königs an den Legaten vom 1. April, 345—346, Nr. 326.

einen endgültigen Beschluß zu fassen. Freilich hinderte dies nicht, daß sofort in Breslau gesagt wurde, ganz Mähren, Schlesien und die Lausitzer hätten Hilfe zugesagt und wollten sich davon auch nicht durch apostolische Mandate abbringen lassen. Wieder gingen gemeinsame Bitten und Klagen von Domkapitel, Rat und Gemeinde nach Rom.[1] Bald auch meldeten sie von wirklichen Feindseligkeiten gegen die Ihren,[2] von der Verfolgung der Katholiken in Böhmen, wo in Prag und anderen Städten kein Bürger oder Gewerbsmann Aufnahme finde, außer er verpflichte sich zum Schutze des Kelches.[3]

Der König mochte sehen, ob er klug handelte. Oder mußte infolge der Bedrohung Breslaus nicht rasch wieder die bisher so nüchterne Verhandlung mit dem neuen Papste in jene leidenschaftliche Bahn geraten, die zuletzt Papst Pius II. eingeschlagen? Und war es gut, die lichtenburgsche Frage, in welcher der König so unzweifelhaft recht hatte, mit der doch keineswegs so einfachen Breslauer zu vermengen?

Darüber gaben die Vorfälle zu Wiener-Neustadt rasch Gewißheit. Die ganze Schärfe der Gegensätze trat hervor. Während der Legat noch von Rom aus oder unterwegs die Stände des böhmischen Reiches mahnte, von der Belagerung des Zornsteines zu lassen,[4] überbrachte Benesch von Weitmühl im Namen des Königs dem Kaiser die Erklärung, er könnte für die Verhandlungen mit dem Legaten nicht eher Gesandte schicken, als bis die der Böttauer Sache wegen gegen ihn eingeleiteten kirchlichen Prozesse aufgehoben seien, ja bevor ihm der Kaiser selbst die Versicherung gegeben, die Kirche werde sich in jenen Streit mit seinem Unterthan nicht weiter mischen. Der Legat gab einen Beweis seiner Friedensliebe, wenn er gegen seine Instruktion unter dem Vorwande, neue Vollmacht in Rom einholen zu wollen, dem Begehren Rechnung trug. Um so ent-

---

[1] Schreiben vom 14. Februar 1465. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 112—114, Nr. 276. Vergl. das Schreiben vom 23. Februar an den Legaten ebendort 114, Nr. 277.

[2] Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 261—262. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 117, Nr. 280.

[3] Schreiben vom 8. April an den Legaten. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 117 Nr. 280.

[4] Sein Schreiben vom 21. Januar 1465 an Bischof Prothas siehe oben. Jenes an Diepold von Riesenburg und Johann von Rosenberg bei Chmel, Mater. II. 259 (das unrichtige Datum korrigiert schon Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 330). Das Schreiben an die Budweiser im Manuscr. Sternberg. Vgl. Font. rer. Austriac. XX. 342—344, 348—349, Nr. 334 und 327.

schiedener ließ er aber den Frieden für Breslau verlangen. Als jedoch der von Weitmühl darauf nichts zu antworten wußte, als, falls der Kaiser sehr ernst an den König schreibe, so könne er vielleicht etwas für die Breslauer erlangen, da brach Rudolf die Verhandlung kurzweg ab und that seinen Bericht an die Kurie.[1] Die Hauptverhandlung unterblieb daraufhin völlig. Dem Kaiser gegenüber schien es aber ein neuer hinterlistiger Streich des Böhmen, daß in denselben Tagen, in welchen er sich für den König in der Verhandlung mit Rom mühte, dessen erster Beamter, der Oberstburggraf von Sternberg, wegen der Kremser Sache mit zahlreichen Genossen von neuem absagte.[2] Konnte dies geschehen ohne Einwilligung des Königs, der thatsächlich den Žebrakenführer Wenzel Wiltschko in Österreich in seinem Schutze behielt? Zornig zog sich jetzt auch Friedrich III. von seiner Vermittlerrolle zurück.

Es war übrigens zu spät damit. Bischof Jobst von Breslau, der vielleicht deswegen den Legaten zu seinem Bruder nach Krumau zu kommen bat,[3] wurde von Rudolf aufgefordert, seinerseits nach Passau zu reiten; es sei ihm als Legaten des heiligen Stuhles unthunlich, die böhmischen Grenzen zu überschreiten.[4] Sein Sinn war bereits darauf gerichtet, bei den deutschen Fürsten eine Waffenerhebung gegen den ketzerischen König, den Feind der Kirche, zu betreiben, und der erbitterte Kaiser hatte nicht übel Lust, dabei mitzuhelfen.[5]

Auch Papst Paul II. dachte nur noch an Strafe und Vernichtung. In einem Breve vom 13. Mai 1465, das als Antwortschreiben auf den Brief vom 7. März, aber nicht an den König, sondern an die böhmischen Stände, gerichtet war, erklärte der heilige Vater nochmals die Sache Hinkos von Böttau als Gegenstand seiner Pflicht und Sorge, dagegen wurde des Königs Entschuldigung wegen Ausbleibens seiner Obedienzgesandtschaft hart abgewiesen, der Entschluß, die kirchliche Union in Böhmen durchzuführen, bestimmt angekündigt.[6] Nun nahm Legat Rudolf die

---

[1] Der Bericht vom 17. April in den Fontes rer. Austriac. 349—353, Nr. 328.

[2] Der Kaiser am 7. Mai an Johann von Rosenberg 353—354, Nr. 329. Hierher gehört auch Font. rer. Austriac. XLII. 323—324, Nr. 237. Vgl. auch Rüdesheims Bericht vom 17. April.

[3] Vgl. Rüdesheims Bericht vom 17. April.

[4] Sein Brief an Jobst vom 21. Juni in den Fontes rer. Austriac. XX. 359—360, Nr. 333.

[5] Bericht des Legaten vom 17. April.

[6] Fontes rer. Austriac. XX. 354—356, Nr. 330.

Breslauer unter den apostolischen Schutz und verbot weit und breit jede Feindseligkeit gegen sie.[1]

Der Papst aber überwies am 28. Juni in feierlichem Konsistorium die böhmische Angelegenheit einer Kommission von drei Kardinälen, Bessarion, Carvajal und Bernardo von Spoleto, zur Berichterstattung, und nachdem sie des Amtes gewaltet, wurde am 2. August 1465 „Georg von Podiebrad, der sich König von Böhmen nennt," aufgefordert, sich binnen 180 Tagen vor dem heiligen Stuhle zu stellen und wegen Ketzerei und Rückfall in dieselbe, Meineid, Kirchenraub und Gotteslästerung zu verantworten.

Daß der König einlenken werde, glaubte niemand mehr. Papst Paul bedachte sich deshalb nicht, sofort noch einen weiteren Schritt zu thun und am 6. August den Legaten Rudolf zu bevollmächtigen, im Namen des apostolischen Stuhles Podiebrads Unterthanen von ihm abzurufen, seine Verbindungen mit den christlichen Fürstenhäusern für gelöst zu erklären und jeden mit dem Banne zu bedrohen, der ihm dienen oder gar gegen die Katholiken seines Reiches Hilfe leisten würde.[2]

Schon war das verderbliche Wort der Kirche gesprochen. Es war nur die Frage, ob der geschleuderte Blitz auch zünden werde.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die Stellung des böhmischen Herrenadels zu Podiebrad 1458—1465. Die Bildung des Herrenbundes. Ausbruch des Kampfes zwischen Rom und Böhmen. Der Versuch Bayerns zu intervenieren. Der König gebannt. Völliger Abfall des Herrenbundes.

Das Kriegsgewitter, welches die Breslauer im Frühjahre 1465 gegen ihre Stadt heranziehen sahen, entlud sich keineswegs, auch dann nicht, als der Zornstein nach neunmonatlicher Belagerung im Juni gefallen war. Aber nicht die energische Verwendung des Kaisers und der dräuende Zorn des heiligen Vaters, auch wohl nicht bessere Überlegung hemmten des

---

[1] Fontes rer. Austriac. XX. Nr. 331 und 332, Schreiben an die Lausitzer vom 1. Juni und die Herzoge von Öls vom 5. Juni.

[2] Die Bulle vom 2. August zuletzt bei Markgraf in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 135—139, Nr. 303.

Königs erhobenen Arm, sondern heimischer Zwiespalt in Böhmen, der gefährlicher schien, als jede äußere Gegnerschaft. Es gesellt sich zum kirchlichen Streite das feindselige Auftreten der Mehrheit der großen Herrengeschlechter des Reiches gegen das selbstgewählte Oberhaupt.

Georg Podiebrad, seit 1444 Führer der utraquistischen Volkspartei, deren Kern die Bürgerschaften Prags, Kuttenbergs und der meisten Städte Böhmens, dann die zahlreiche hussitische Ritterschaft bildeten, hatte es frühzeitig verstanden, auch einen Teil der katholischen Herrenfamilien an sich zu ketten.[1] Da sie mit Ausnahme der Rosenberg meist auch mit ihm in näherem oder fernerem Grade verwandt waren,[2] durften sie von der Freundschaft mit dem ersten Würdenträger des Königreiches um so mehr neue Gelegenheit, ihren Besitz zu vermehren, erwarten.[3] Als dann der Gubernator nach der Krone griff, waren auch die meisten der Barone bereit, ihn zu fördern oder doch sich ihn gefallen zu lassen; mancher, und besonders des Königs vertrauter Parteigenosse, der Oberstburggraf Zdenko von Sternberg, dachte wohl an kommende herrliche Zeiten baronialer Macht und Größe neben einem Könige, der, noch eben Standesgenosse, durch die Zustimmung der Herren den Thron erworben hatte.[4] Die wenigen, welche anders gesinnt waren, hatte man nicht gehört oder durch Furcht und Einschüchterung zum Schweigen gebracht.[5] So war am 2. März 1458 Georg von Kunstatt König von Böhmen geworden.

[1] Welche Mittel dies waren, bezeichnet sehr drastisch Propst Johann von Rabenstein in seinem „Dialogus", Archiv für österr. Geschichte LIV. 359 und 364, wo es unter anderm von Zdenko von Sternberg heißt: „Post auctore Georgio monasteriorum et ecclesiarum dos per te distracta est, hereditas dominorum de Nova domo, tuorum patruorum Sternbergensium, itemque illorum de Smirzicz expilata est". Anrede Wilhelms von Schwamberg an Zdenko von Sternberg.

[2] Man vgl. H. Markgraf, die Bildung der katholischen Liga gegen König Georg von Podiebrad, v. Sybels Histor. Zeitschr. Band 38 (1877), 56 ff.

[3] Man vgl. über den Sternberg nach Dialog. Rabenst. l. c. 358—359, sowie ihre Versuche in der Lausitz und in Niederösterreich Wurzel zu fassen, die ähnlichen Versuche der Rosenberge in Schlesien, sowie die Stadt Budweis zu gewinnen u. s. w.

[4] Dialogus Rabenst. 359 sagt von den Verhältnissen vor Podiebrads Erhebung, S. 358: Unus animus, una manus, unum consilium omniaque communia Zdenkoni et Georgio fuerunt. Und bezüglich der Haltung Sternbergs (ebendort 359): Sicque Georgius et Zdenko preda ditati . . .; Georgius Ladislaum (regem), Zdenko Georgii voluntatem gubernabat . . . Quid enim non quereret, cum omnia potens jure amicicie sue dicioni subditus esset?

[5] Audita tunc fuisset multorum (?) catholicorum vox, aliud publice clamans et oculte inter amicos susurrans, — — sed cum potenciam electi et eligentis considerarent, timore et minis perculsi tacere compellebantur. Ebendort 360.

Sehr bald erlebten aber jetzt die Herren Enttäuschungen mancherlei Art. Des neuen Herrschers erste Sorge stand auf Herstellung und Wahrung der Ordnung und Sicherheit im Lande und die Herstellung geregelter Beziehungen zu den fast durchaus feindlich gesinnten Nachbarfürsten. Unnachsichtlich zwang er jeden, sich in den Schranken seines Rechtes und Besitzes zu halten und aller Eigenmächtigkeit zu entsagen. Die Streitfragen mit den deutschen Fürstenhäusern und dem Kaiser wurden durch den raschen Feldzug des Königs nach Mähren und Österreich (Sommer 1458) und kriegerische Drohungen gegen Sachsen und Bayern-Landshut (1458 und 1459), noch mehr aber vermittelst einer langen Reihe ebenso verwickelter als geschickt durchgeführter diplomatischer Maßnahmen, durch Einungen und Bündnisse, Teidungen und Schiedssprüche, Verlobungen und Heiraten, geordnet. Immer wieder mußte da der König an die Stände seines Reiches und in erster Reihe an die böhmischen Barone mit der Forderung, ihn materiell und militärisch zu unterstützen, mit der Bitte um getreue Dienstleistung für seine Person und an seinem Hofe oder als Gesandte bei fremden Fürsten und auf den zahlreichen Tagen herantreten, und bald genug hielten sich die Herren dadurch über Gebühr beschwert. Als der König nach der Rückkehr aus dem österreichischen Feldzuge eine allgemeine und zwar höhere Landsteuer verlangte, als dem Könige nach der Krönung entrichtet zu werden pflegte, erhoben bereits einzelne Widerspruch: Sie hätten wohl gehofft mit dieser Steuer diesmal verschont zu werden, da doch einer aus ihrer Mitte König geworden sei; auch wäre seitens der Stände mit der Teilnahme an dem Kriege gegen den Kaiser ohnehin mehr geschehen, als ihre Pflicht besage. Da der König, welcher das Geld brauchte, auf seiner Forderung bestand, so wurde zwar schließlich die Steuer zugestanden, aber, hieß es in dem Beschlusse, „mit gutem Willen, doch nicht vom Rechten sei die Verwilligung geschehen".[1]

Bei dem Unwillen, der bald darauf wegen des Königs schlechter Münze die Gemüter durch ganz Böhmen erregte, standen abermals die so reich begüterten Herrenfamilien in wirklich gehässiger Opposition gegen die königlichen Verordnungen voran, indem sie darauf bestanden, nur in guter alter Münze von ihren Unterthanen Zahlungen anzunehmen.[2]

Doch besserten sich die Verhältnisse. Die steigende Macht des volkstümlichen Königs, all die Fülle von Ehre, Ansehen und Einfluß, welche auf den vielen glanzvollen Fürstentagen auch den böhmischen Herren als

[1] Fontes rer. Austriac. XX. 172—173, Nr. 177.
[2] Staří letopisowé čeští in den Scriptor. rer. Bohemic. III. 175.

des Königs Räten und Begleitern zu teil wurde, schienen in den nächsten Jahren die Mehrheit derselben mit den unabänderlichen Thatsachen zu versöhnen. Hier und da brachte wohl auch diplomatische Thätigkeit klingenden Gewinn. Aber von einem direkten Einflusse auf den Gang der königlichen Politik, wie von der erträumten Mitregierung im Königreiche sahen sie sich je länger, desto mehr ausgeschlossen. Es entsprach eben der durchgreifenden Art des Königs, seiner Vergangenheit, dem ganzen Wesen des podiebradschen Königtumes, daß er lieber auf den Rat ihm persönlich befreundeter Männer von erprobter Ergebenheit, auch wenn sie geringeren Standes waren, hörte, als auf die Meinungen und Wünsche der „geborenen Räte" der Krone, der stolzen Landesherren. Eine nicht große Zahl katholischer oder utraquistischer Herren und Ritter,[1] dann deutsche Patrizier und Hofbeamte aus den böhmischen Landschaften herstammend,[2] und auch wohl geliehene Diplomaten und Fürstenräte[3] und gewandte Abenteurer aus der Fremde[4] galten insgemein bei dem Könige mehr, als die einheimischen Barone mit ihrer steten Eifersucht betreffs Wahrung der eigenen Gerechtsame und der unersättlichen Begehrlichkeit.[5] Nicht ohne Grund durften sich die Herren auch beschweren, daß die Bedeutung des Landrechtes vor dem königlichen Hofgerichte zurücktrete und auf den Landtagen nach der Meinung und der Rechte der Stände viel weniger gefragt werde, als nach den Wünschen und Geboten des Königes.

Wohl mit noch größerem Unwillen mochte den Hochadel das Gebahren des Königes in allem, was Geld und Gut betraf, erfüllen. Daß Georg zu einer Zeit, in der Privat- und Staatseinkommen der Krone sich keineswegs scharf scheiden ließen, nicht vergaß, für sich und sein Haus zu sorgen, ist erklärlich, auch wenn er von Haus aus weniger Liebe zum Gelde besessen hätte, als ihm eigen war. Nun hatte Podiebrad schon als Gubernator den Grund gelegt zu außerordentlich reichem Besitze, groß

---

[1] Wenzel Czarda von Petrowitz, Johann Zalta von Steinberg, Burggraf auf Rabenstein (in Böhmen), Burian Trczka von Lipa, Samuel Hradek von Waleczow gehörten insgesamt dem Ritterstande an, ebenso ursprünglich die baronisierten Albrecht und Zdenko Kostka von Postupitz.

[2] Jobst v. Einsiedel, Kaspar Junker von Seeberg, Jungel Thoß, Paul Rudusch sind allein die aus dem Egerer Gebiete stammenden.

[3] Gregor Heimburg und Martin Mair; dann Johannes Vitéz, Hans von Rorbach, Heinrich von Aufseß, Hans Späth, Hans Metsch.

[4] Antonio Marini aus Grenoble.

[5] Während die rosenbergische Hauptmannschaft über Schlesien wieder einging (1460), erscheinen nach und nach alle Ämter nur durchaus treu ergebenen Anhängern des Königs zugeteilt. S. oben S. 479–480.

genug daß davon seine Söhne Würde und Namen von Reichsfürsten führen konnten, und als König hat er noch weniger je etwas umsonst gethan.

Wenn Gregor Heimburg sich später beklagte, daß der König je älter desto kärger werde, so hatte Georg auch schon 1454 bei den Verhandlungen mit Sachsen die Befriedigung seiner privaten Ansprüche höher gestellt, als jene des Staates. Dem Herzoge Nikolaus von Oppeln wurden 1460 jener Teil Troppaus, den er von seinem Bruder Boleslav geerbt hatte, und die Briefe über zwei weitere Anteile dieses Fürstentums abgenommen, worauf die Sache nach mehrjährigem Streite dahin geordnet wurde, daß der König Herr von ganz Troppau blieb.[1] Daß der Lausitzer Handel mit Brandenburg 1461—1462 nur deshalb so schwierig und langdauernd wurde, weil der König Kurfürst Friedrich einige tausend Schock an der Pfandsumme abdrücken wollte, ist berichtet worden, ebenso, daß der Kaiser für die Befreiung aus der Wiener Burg, abgesehen von mancherlei politischen Zugeständnissen, schwere Summen Geldes zu bezahlen hatte.

Nicht dieses Streben an sich, sondern noch mehr die Art, wie es sich geltend machte, und daß der König dabei auf die Wünsche und Interessen der Herren so wenig Rücksicht nahm, empörte sie in hohem Grade. Kam es da zur Erledigung von Lehenschaften, so machte Podiebrad das höhere Recht der Krone geltend, um sie einzuziehen und hinterher den eigenen Söhnen zuzuweisen. Gab es Vormundschaften zu führen, bei denen nach altböhmischem Rechte der Vormund eventuell als Erbe des Mündels eintrat, so gestattete der König den Baronen die Übernahme der Tutel mehrfach selbst dann nicht, wenn sie die nächsten Verwandten waren. Daß schließlich das Interesse des einzelnen ohne Bedenken beiseite gesetzt wurde, wenn der Krone und dem Lande daran gelegen war, liegt bei einem Könige, wie Podiebrad, auf der Hand: So mußte Zdenko von Sternberg Kottbus hergeben trotz aller Gerichtssprüche und der eben erlangten königlichen Belehnung; doch wurde er damals hinlänglich entschädigt und so beschwichtigt.

Immerhin ist ersichtlich, daß das Verhältnis der Krone zu den Herren kein freundschaftliches war und blieb. Eben weil hier die Keime zu mannigfachen Zerwürfnissen verborgen lagen, ließ jeder geringfügige Anlaß den verhaltenen Unmut in unerwarteter Heftigkeit hervorbrechen. Daß es aber an Streitgründen nicht mangelte, dafür sorgte der seit 1461 immer ent-

[1] Biermann, Geschichte der Herzogtümer Troppau und Jägerndorf 210—211. Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 372, Nr. 341.

schiedener in den Vordergrund tretende religiöse Zwist, bei welchem die Barone als Katholiken dem Könige und seinem utraquistischen Anhange immer mehr als geschlossene Partei, freilich zunächst nur in Glaubenssachen gegenüber traten! Nur sehr glückliche Vorkommnisse konnten verhindern, daß ein solcher kirchlicher Widerstand so ganz ohne politische Folgen blieb. Aber trafen solche auch ein?

Der Vorfälle des Jahres 1461, jener landesverräterischen Haltung eines Teiles der böhmischen Nobilität, wurde bereits gedacht. Auf dem Hoftage 1462 war der Oberstburggraf Sternberg, bisher in allem des Königs rechte Hand, nicht bloß einer der Wortführer in der Kompaktatenfrage, sondern aus seinem Munde vernahm der König den Vorwurf, daß er bei den wichtigsten Beschlüssen der Krone und in der Regierung des Landes den Rat der Barone hintansetze. Die Tage von Prag (Juni 1463) und zu Brünn (Juli 1463) eröffneten dann für den König zuerst die unheilvolle Perspektive eines Kampfes mit dem römischen Stuhle, bei dem nur zu sehr zu besorgen stand, daß die Katholiken des Reiches dem Rufe des heiligen Vaters entsprechend die Waffen gegen den Landesherrn kehren würden. Seitdem hielt der König jede Steigerung des Besitzes und Einflusses des katholischen Adels für Mehrung der Macht der Gegner, ging er noch rücksichtsloser voran bei der Befestigung der eigenen Stellung, wurde aber naturgemäß die Entfremdung der Herren von ihm schärfer und persönlicher und die Zahl der Klagepunkte und Klageführenden bedeutend größer. Bald bildeten so fast in noch höherem Maße politisch-ständische, als religiöse Beschwerden den Gegenstand gereizter Auseinandersetzungen und Konflikte.

In jenen Tagen wurde das wichtige Pürglitz, bisher als Kronlehen im Besitze der Holicky von Sternberg,[1] der Vettern des Oberstburggrafen, trotz des Widerspruches der Familie eingezogen und des Königs zweitem Sohne, dem Prinzen Heinrich, gegeben.[2] Infolge der in Böhmen 1463—1464 hausenden Pest kam es damals häufiger als sonst zur Vergebung einträglicher Vormundschaften, wobei der König den Herren nach Möglichkeit in den Weg trat, so daß die mächtigen Guttensteine und wiederum Zdenko von Sternberg heftige Beschwerde erhoben.[3] Heinrich

[1] Alscho von Sternberg, von dem es sein Sohn Peter übernahm, beide einst Podiebrads Parteigenossen.

[2] Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 64.

[3] Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 262. Vergl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 317—318. H. Markgraf, Die Bildung der katholischen Liga 56.

dem Älteren von Plauen vorenthielt Podiebrad in einem Streite mit der plauener Mannschaft die Entscheidung bis in das dritte Jahr, um so den mächtigen Vasallen noch mehr von sich abhängig zu halten.[1] Boleslav von Schwanberg zürnte, daß ihm seitens der Krone die einträgliche Vogtei über das benachbarte Prämonstratenserstift Tepl bestritten wurde;[2] und alle Herren am südwestlichen Böhmerwalde empfanden es als unerträgliche Bevormundung von seiten des Königs, daß er in ihrer Fehde mit würzburger Vasallen nach dem Wunsche Bischof Johanns energisch zum Frieden mahnte.[3]

Noch eines kam dazu. Es ergab sich von selbst, daß, sowie ein Zusammenstoß zwischen dem immerhin sehr von der Bevölkerung hochgehaltenen Könige und den stolzen Herren sichtbar wurde, die große Anzahl der minderen Adeligen, sowie das Bürgertum und die Bauernschaften sich auf seine Seite stellten und in alter Gehässigkeit gegen jene zu durchgreifenden Maßregeln riet. Bald genug wurde die Frage erörtert, ob es nicht notwendig wäre, den Herrenstand überhaupt unschädlich zu machen,[4] und an den Erfahrungen ihrer Standesgenossen, des Albrecht Berka von Duba und des Hinko von Böttau, mochten die Barone erkennen, welches Schicksal ihrer harre, falls der König gegen sie eine hinlängliche Handhabe zu gewaltsamem Einschreiten gewinne.

Die Spannung zwischen dem Könige und seinen mächtigsten Landständen hatte somit bereits einen sehr hohen Grad erreicht, als die tumultuarischen Vorgänge auf dem Prager Februarlandtage 1465, des Königs Vorbereitungen zu einem Kriegszuge gegen Breslau und jene aufregenden Religionsgespräche zwischen Rokyzana und den Domherren den unmittelbaren Ausbruch des Kampfes mit der Kirche herbeizuführen schienen.

---

[1] Ermisch, Studien zur Geschichte der sächsisch-böhmischen Beziehungen 10 ff. Fontes rer. Austriac. XLII. 372—374, Nr. 279 findet sich dessen Beschwerdeschrift gegen den König und den Kurfürst Ernst von Sachsen vom 2. April 1466. Vgl. auch Jordan, Das Königtum Georgs von Podiebrad 432 ff.

[2] Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 374—375, Nr. 343.

[3] Die bezüglichen Korrespondenzen und Akten in Fontes rer. Austriac. XLII. 359—363, Nr. 270—275, und das „Würzburger Haderbuch“, fol. 402—406 des kgl. Kreisarchives zu Würzburg. Die Herren widersetzen sich schließlich der königl. Intervention geradezu, und König Georg selbst erkennt, daß er die Sache aus der Hand geben müsse, wenn nicht größere Wirren entstehen sollten.

[4] Man vergl. das Memorandum des Bischofs Jost von Breslau an den König vom Jahre 1465; s. unten. Ferner die Relatio historica bei Höfler, Scriptor. rer. Hussitic. III. 221. Jenes Spottlied auf die Pilsner und die Barone, das sich Fontes rer. Austriac. XLII. 394 findet, fordert den König geradezu auf, mit Hilfe der „Knappen“, Bürger und Bauern die Herren aus dem Lande zu jagen.

Andererseits grollte der Oberstburggraf dem Könige aufs neue, weil er ihn gezwungen, sich in seinem Streite mit dem Kaiser um die Einkünfte von Krems und Stein einem Schiedsspruche zu unterwerfen, und erhitzten sich die Gemüter der Barone auf eine Meldung von des Königs Absicht, seinem zweiten Sohne Heinrich die Nachfolge auf den Thron zu verschaffen. Jetzt gelang es Sternberg, sie zu überzeugen, daß der günstige Augenblick für die Geltendmachung der ständischen Forderungen an die Krone gekommen sei, und sobald dies geschehen, trug er auch kein weiteres Bedenken, ohne jede Rücksicht auf den Landesherrn und dessen Beziehungen zu dem Kaiser diesem und dem Lande Österreich mit seinen Freunden wegen der Kremser Streitsache abzusagen.[1] Man weiß, wie wohl der Streich gelang, den er damit dem Könige spielte.

Noch waren die Herren offenbar weit davon entfernt, zu bewaffneter Opposition gegen die Krone ihre Zuflucht zu nehmen. Wie konnten auch Sternberg und seine Mannschaft dem Kaiser die Fehde ankündigen, wenn er den eigenen König angreifen wollte? Aber der rasche Fluß der Dinge, der nun einmal infolge des Scheiterns der letzten Verhandlungen mit Rom und der Ergebnisse jenes verhängnisvollen Prager Februarlandtages in die so lange stagnierende böhmische Streitfrage gekommen schien, schuf ihnen bald neue Aussichten und unerwarteten Beistand.

Man kennt Jost von Rosenberg, den charakterfesten, klugen Breslauer Bischof. Immer wieder hatte ihn der König von der Redlichkeit seiner Absichten zu überzeugen gewußt und in der That, solange noch ein Schein von Hoffnung blieb, daß Georg das der Kirche verpfändete Wort einlösen werde, hielt der wackere Prälat, durch keine Schmähung und Verdächtigung seitens der Breslauer, keinerlei Tadel und Ermahnung seiner kirchlichen Oberen beirrt, an des Königs Seite aus. Jetzt aber war ihm sein guter Glaube endgültig zerronnen, und ganz und voll faßte er, sowenig als ein anderer in jener Zeit zu echter Duldung sich erhebend, seine Pflicht und Aufgabe als der Diener seiner Kirche und der Vertreter der katholischen Interessen im böhmischen Königreiche ins Auge.

Bischof Jost war im Mai 1465 nach Böhmen gekommen.[2] Aber

---

[1] Man vgl. des Kaisers Beschwerdeschrift an den König vom 5. Mai 1465 bei Chmel, Reg. II. 428—429, Nr. 4186. Die in der Absage an den Kaiser liegende Rücksichtslosigkeit gegen König Georg, die in der That auf die eben schwebenden kirchlichen Verhandlungen und die Beziehungen zwischen Österreich und Böhmen störend einwirkte, darf man mit den Entschlüssen der Herren in Verbindung bringen.

[2] Urkundliche Beiträge in den Fontes rer. Austriac. XX. 359—360, Nr. 333. Polit. Korrespondenz von Breslau, Scriptor. rer. Silesiac. IX. 118—119, Nr. 281.

nicht sofort fand der für sein Vaterland und Volk warm empfindende Mann den Weg zur rückhaltlosen Vertretung der extrem-kurialen Forderungen und zum Anschlusse an die Herren. Seine Bitte an den Legaten Rudolf, mit ihm in Krumau zusammenzutreffen, entsprang sicher weniger der Absicht, gemeinsame Maßregeln gegen den König zu bereden, als selbst jetzt noch die Schwierigkeiten eines entschiedenen und vor allem eines übereilten Vorangehens der Kurie in der böhmischen Frage zu betonen.[1] Und nicht zornerfüllt, voll Verlangen nach Rache und kriegerischer Sühne, sondern voll Trauer über das gewaltige Unheil, das er kommen sah, immer noch mahnend, warnend trat der Bischof von der Freundschaft mit dem Könige zurück. Jenes Memorandum, das er in diesen Tagen über die gegenwärtige Lage an ihn sandte, faßte noch einmal alle die Momente zusammen, welche Georg zur Nachgiebigkeit, zum Eingehen auf die Wünsche der Kirche bewegen konnten. Als aber dieser, wenn je einmal, so in diesem Momente an der principiellen Verschiedenheit des beiderseitigen Standpunktes gemahnt, fest blieb, da war des Bischofs Haltung entschieden.

In Strakonitz, dem Besitze der Maltheserritter, deren Großprior er war, nahm Jost die Beredungen mit den Herren auf. Mit ihnen traf er dann zu neuen Vereinbarungen bei seinem Bruder Johann in Krumau zusammen. So sehr mit dem Bischofe ein neues Element in den oppositionellen Kreis eintrat: Es waren durchaus ständische Anliegen, deren Erledigung darauf die Barone von dem Könige verlangten. Aus diesem Anlasse schrieb Georg am 17. August einen allgemeinen Landtag nach Prag aus.[2]

Es war dies nicht die einzige Folge des drohenden Vorangehens der Landherren. In jenen Tagen, noch ehe man von der neuen Citation des Königs Kunde besaß, vergegenwärtigte man sich in Prag die ganze Gefährlichkeit der neuen Verwickelung: Der Bund der Herren, politischer und in gewissem Sinne religiöser Natur zugleich, mußte zum Brennpunkte werden für alle Elemente innerhalb des Krongebietes, die aus irgend einem Grunde auf Abfall sannen; ihm schien einerseits die machtvolle Unterstützung Roms ebenso sicher, als die Kurie dadurch ein erstes gefährliches Werkzeug für die Durchführung ihrer Absichten gewinnen konnte. Und

[1] Nach der allein noch erhaltenen Antwort des Legaten, Urk. Beitr. 359—360, Nr. 333 vom 21. Juni läßt sich dies nicht erkennen. Daß der Legat eine neue Fürsprache des Bischofs erwartete, ist bei der Sachlage und nach dem bisherigen Verhalten Josts begreiflich, und daher nicht maßgebend.

[2] Auf den 23. September, Palacky, IV. 2. 339 ff. Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 58—59. Bei Palacky auch das Quellenmateriale.

war jede der beiden Gegnerschaften an sich bedenklich genug, so blieben aus einem einträchtlichen, einheitlichen Vorgehen der Kurie mit den aufständischen katholischen Elementen des Reiches die schwersten Gefahren zu befürchten.

Das zu verhindern gab es zwei Wege: Den Widerstand der Herren, noch ehe sich jene unheilvollen Verwickelungen herausgestalteten, mit Gewalt niederzubrechen, oder durch Nachgiebigkeit und Aussöhnung mit einer der feindlichen Mächte zugleich die andere minder furchtbar zu machen. Man fand aber im königlichen Rate, daß ersteres, so sehr hier die einfachste Lösung zu finden schien, nicht angehe. Die Macht der Herren, über die Landesgrenzen nach Österreich, dem Voigtlande, Schlesien reichend, war zu groß, um damit rasch ein Ende zu machen. Für den König selbst waren die Tage der Einnahme Prags, des Strakonitzer Bundes 1449—1450, an welche man sich jetzt lebhaft erinnern mochte, längst vorbei; er war in Mühen und Sorgen früh gealtert, schwerfälligen, unbehilflichen Körpers geworden; sein Verlangen stand nach Frieden.

Aber wie ihn zu finden? Daß man den beabsichtigten Angriff auf Breslau aufgab, bedeutete noch nicht mehr, als Zdenko von Sternbergs Ritt zu dem Kaiser nach Wiener-Neustadt, wo er seine Ansprüche an die Kremser Pfandschaften u. s. w. aufgab[1] und im übrigen gewiß nicht beitrug, die Freundschaft Friedrich III. mit dem Könige zu vermehren:[2] Man nahm eben beiderseits Bedacht, die Kräfte für den Hauptkampf verfügbar zu erhalten. Der König mußte vielmehr wählen zwischen direkten Verhandlungen mit den Herren oder mit der Kirche, und er entschied sich für letztere.

So sehr es dem Gefühle des Königs Ehre macht, sich nicht von hochmütigen Unterthanen Zugeständnisse abtrotzen zu lassen, so sehr er für das Beginnen der Barone böswilligen Ungehorsam, nicht rechtmäßige Notwehr als Motiv sehen mochte, klug war solche Politik nicht, und eine Verständigung doch allein mit den Herren möglich.

[1] Vergl. oben. Über den Krieg Sternbergs gegen das Land Österreich im Jahre 1465 finden sich noch Notizen in dem Briefe des Kaisers an Herrn Johann von Rosenberg vom 7. Mai (Fontes rer. Austriac. XX. 353—354, Nr. 329), des Legaten Rudolf von Lavant an Bischof Jost von Breslau vom 21. Mai im Manuscr. Sternb. fol. 235—236, und einem Schreiben des Erasmus Ottenberger, bayerischen Pflegers zu Spitz, nach Landshut vom 25. Juli im Münch. allgem. Reichsarchive, Lehensachen, S. XXI. K/3 n—5.

[2] Man erzählte darüber sehr bald die gehässigsten Dinge. Vgl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 353.

Und wer sollte denn die Vermittelung mit der Kurie übernehmen, da auf den Kaiser nach dessen langjährigen so wenig fruchtbaren Bemühungen und bei den jetzigen gespannten Verhältnissen nicht gut zu rechnen war? Man entschied sich für die Höfe von Ungarn und Bayern-Landshut. Zugleich richtete der König ein persönliches Schreiben an den einflußreichen, so lange für seine Vertragstreue kämpfenden Kardinal Carvajal mit Versicherungen seines aufrichtigen Wunsches nach friedlicher Verständigung und Eröffnung neuer Aussichten.[1]

Carvajals Antwort zeigte aber bald, daß ein solcher Schritt ohne den kurialen Wünschen entsprechende Erbietungen gerade an dieser Stelle ohne jede Aussicht war. Bei dem Könige von Ungarn hatte sich das alte Gefühl der Freundschaft für den böhmischen Herrscher längst in Gleichgültigkeit, ja Abneigung umgewandelt. Wenn Ludwig von Bayern bereitwillig auf die Wünsche des Prager Hofes einging, so hatte jedenfalls die unruhige Thatenlust seines Kanzlers Martin Mair wesentlich Einfluß darauf.

Übrigens verstand man sich jetzt von seiten König Georgs für die Aussöhnung mit dem päpstlichen Stuhle zum erstenmale zu wirklich positiven Vorschlägen, ein neuer Beweis, wie bedenklich man in Prag die Lage fand. Auch gingen die böhmischen Anträge thatsächlich bis an die Grenze dessen, was Podiebrad, wollte er sich nicht auf der anderen Seite mit den Utraquisten verfeinden, gewähren konnte, und wurde dem Könige von der Kirche ein geringeres verweigert, als man 1561 willig zugestand.

Auch so bleiben diese Vorschläge für die böhmischen Dinge von großem Interesse. Es war auch jetzt die Forderung aufrecht gehalten, daß in Böhmen der Gebrauch der Kompaktaten und vor allem die Communio sub utraque gestattet sei. Aber von einer ausdrücklichen Bestätigung derselben ist keine Rede, man begnügte sich mit bloßer Duldung, nur die Bitte schloß sich daran, der heilige Vater möge dem Lande einen Erzbischof, der ein geborener Böhme oder Mährer sei, geben, welchem der gesamte Klerus unterthänig sein und der auch die Priester beider Bekenntnisse weihen solle. Dafür erbot sich der König, das eingezogene Gut, jedoch gegen Entschädigung der jetzigen Inhaber, an die Kirche zurückzubringen; nur der Ritterschaft solle, was sie davon im Besitze hatte, hinfort als Erbgut gehören; über die Entschädigung werde man sich fried-

[1] Das Schreiben des Königs ist verloren. Wir ersehen seinen Inhalt aus Carvajals Antwortschreiben vom 28. September, gerichtet an Prokop von Rabenstein, im Manuscr. Sternb. fol. 234—235.

lich einigen, am besten im Wege einer angemessenen Teilung der streitigen Besitzungen zwischen den früheren und jetzigen Herren. Die Kirchenzehnten sollen, wie in früherer Zeit, wieder entrichtet werden; andererseits ist es eine wesentliche Pflicht des neuen Oberhirten, im Schoße der der untergebenen Geistlichkeit den religiösen Frieden zu erhalten.

Zweierlei ist da hervorzuheben: daß der König offenbar der Meinung war, die Barone, bisher wegen zähen Festhaltens an dem occupierten geistlichen Gute ein Haupthindernis der kirchlichen Union, seien nun ohne Umstände beiseite zu schieben: ihnen das Kirchengut nehmen, heiße bereits, die Macht einer der Krone feindlichen Körperschaft verringern, während die utraquistischen Ritter, des Königes Freunde, im Besitze ihres Anteiles bleiben sollten. Andererseits war ein Anerbieten, wie es die Bitte um einen Erzbischof bedeutete, doch nur möglich, wenn Rokyzana zustimmte. Die Erklärung liegt hier darin, daß die oberpriesterliche Würde einem der Söhne des Königes zugedacht war, unter welchem dem Pfarrer am Tein die alte Herrschaft über die utraquistische Kirche verbleiben konnte.

Kardinal Carvajal hatte, wie erwähnt, auf die Bitte um Fürsprache bei dem heiligen Vater ablehnend geantwortet, da was der König thue, nicht danach angethan sei, entschuldigt zu werden, und ganz offen gedroht, der apostolische Stuhl sei entschlossen, ihm das Königtum zu entziehen, wenn er nicht baldigst einlenken würde. Nun erwies sich auch die vom ungarischen Hofe erbetene Vermittelung als aussichtslos, ja sie verlief selbst nicht ohne geringschätzige Behandlung des Böhmenköniges!

Im August hatte König Georg in Ofen um das einflußreiche Fürwort seines gewesenen Schwiegersohnes bei Papst Paul II. ersucht und zugleich den Wunsch ausdrücken lassen, daß der König zu eingehender Beredung der kirchlichen Frage und mehrfacher Grenzangelegenheiten mit ihm in Böhmisch-Skalitz zusammentreffe.[1] König Matthias, in rücksichtslosem Egoismus dem böhmischen Herrscher völlig gleich, an Klarheit des ganzen Wesens, Energie und Thatkraft ihm weit überlegen, spähte schon damals nach günstiger Gelegenheit, seine Herrschsucht, seinen kühnen Ehrgeiz auf Kosten der Grenznachbarn zu befriedigen. Über die böhmischen Wirren dachte er durchaus anders, als man in Prag voraussetzte, und durch seinen Gesandten in Rom, den berühmten Dichter und Humanisten Janus Pannonius vom Stande der böhmischen Angelegenheit wohl unterrichtet,[2] und daher dem Bruche zwischen der Kurie und Böhmen entgegen-

---

[1] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 359.

[2] Man vergl. Teleki, Hunyadiak kora XI. 125.

sehend, glaubte er sicher, auch bei ernstlichem Bestreben seinerseits, an keinen Erfolg einer Vermittlung für Podiebrad. Deshalb ließ er nach Prag erwidern, daß er, im Begriffe gegen die Türken ins Feld zu ziehen, außer stande sei, sich an die ungarisch-mährische Grenze zu begeben. Einer Verwendung in Rom wurde in der Antwort gar nicht gedacht. Erst hinterher erbot sich der Erzbischof von Gran, Johannes Vitéz, der bedeutendste Staatsmann Ungarns und Matthias' Vertrauter, zu König Georg und dem Olmützer Bischofe in das näher gelegene Tyrnau zu kommen, und in der That kam es hier, — der böhmische König vermochte sein Fernbleiben mit dem bevorstehenden Prager Landtage zu entschuldigen, — zwischen beiden Prälaten zu Erörterungen über den böhmischen Kirchenstreit, infolge deren sich Vitéz bereit erklärte, die Anträge des böhmischen Hofes durch seinen Herren mit einer nachdrücklichen Fürbitte desselben an Papst Paul zu leiten.

Inzwischen war aber König Matthias auf die Nachricht von der neuerlichen Citation des Königes von Böhmen und infolge eines Briefes des Papstes, der König möge der Kirche wie gegen die Türken so auch wider die böhmischen Ketzer mit seinen siegreichen Waffen beistehen, bereits entschlossen, um den Preis der böhmischen Krone die Vollstreckung der geistlichen Censuren auf sich zu nehmen. Dies änderte natürlich auch die Haltung des Erzbischofes von Gran, welchen der eben in Ofen angelangte Erzbischof von Kreta überdies über den Stand des böhmischen Kirchenstreites belehrt hatte.[1] Vitéz' Schreiben an Bischof Protas vom 17. Oktober[2] enthielt nur mehr Klagen über König Georgs halsstarrigen Sinn, und als lange nachher, da sich keine Frucht der ungarischen Vermittlung zeigen wollte, der Olmützer Bischof um Aufklärung schrieb, konnte der Graner nur erwidern, er habe ganz gewiß die Tyrnauer Abrede in die Hände Kardinal Carvajals gelangen lassen.[3] Dort blieb sie wirkungslos, wie vordem Georg Podiebrads persönliches Schreiben.

Matthias von Ungarn hatte aber am 2. Oktober 1465 unter anderem dem Papste gemeldet:

„Euer Heiligkeit gebietet mir schriftlich, den apostolischen Prozessen gegen Georg, den „sogenannten" König von Böhmen, Gunst und thätigen

---

[1] Bereits am 29. September 1464 war Erzbischof Hieronymus des Türkenkrieges wegen zum apostolischen Legaten für Ungarn und die angrenzenden Gebiete ernannt worden. A. Theiner, Mon. Diplomat. Hung. II. 398—399, Nr. 572.

[2] Teleki Hunyadiak kora XI. 145 und Font. rer. Austriac. XX. 369—370, Nr. 338.

[3] Teleki, Hunyadiak kora XI. 153.

Beistand zuzuwenden und deren Aufrechterhaltung und Durchführung in meinen Landen zu fördern. Ich habe, heiliger Vater! mich und mein Reich ein für allemal und unbedingt der heiligen römischen Kirche und Eurer Heiligkeit geweiht. Es kann mir nichts so schwieriges, nichts so gefährliches von dem Statthalter Gottes auf Erden, gleichwie von Gott selbst aufgetragen werden, das ich nicht als fromm und heilsam ansehen, dem ich mich nicht mit aller Thatkraft unterziehen möchte, insbesondere wo es der Befestigung des katholischen Glaubens und der Vernichtung des Unglaubens böser Menschen gilt. Keineswegs halten mich alte Verträge zurück, welche die Not des Augenblickes zusammenfügte, und die, wie ich weiß, die apostolische Auktorität alle zu lösen vermag, und noch weniger schreckt mich irgend eines Menschen Macht. Habe ich mich doch auf Eurer Heiligkeit und Ihrer Vorgänger Geheiß schon viel mächtigeren Feinden entgegengestellt, als es die Böhmen sind. Daher: ob es gegen die Böhmen, ob es gegen die Türken gilt, immer sind Matthias und seine Ungarn bereit, und so weit meine und meines Reiches Kräfte reichen, bleiben sie Eurer Heiligkeit und dem apostolischen Stuhle vor allem ergeben." [1]

Aussichtsvoller gestalteten sich die Verhandlungen mit dem Landshuter Hofe. Aber ehe hier noch irgend welches Ergebnis gewonnen war, kam die päpstliche Citationsbulle ins Reich und nach Böhmen, und saßen die Landstände zu Prag mit dem Könige über die Beschwerden der Herren zu Gerichte.

Die Aussichten des Tages waren nicht erfreulich. Blieb König Georg hier entschlossen, auf keinen Fall zurückzugehen, so dachten auch die Unzufriedenen mit nichten an Nachgiebigkeit. Einmütig hielten sie sich von dem Tage fern. Nur Johann von Hasenburg auf Kost und Jaroslav von Sternberg, des Oberstburggrafen Ältester, brachten ihre Beschwerden an die Versammlung. Die Hauptpunkte waren:

1) Der König führe die Regierung ohne den Rat der Barone, obwohl ihnen das Heil des Landes am Herzen liege. Statt dessen fasse er seine Beschlüsse mit wenigen Personen und bedrohe dann mit seiner Ungnade jeden, der sich weigert, sie anzunehmen oder auch nur Bedenkzeit begehrt.

2) Seine Absicht, gegen die Stadt Breslau vermittelst der Brüderrotten Gewalt zu gebrauchen, hielten sie für verderblich.

---

[1] Über dieses von Janus Pannonius verfaßte Schreiben vergl. man Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 361—362 und Anm. 229.

3) Des Königs Plan, einen seiner Söhne zum Nachfolger auf dem Throne wählen zu lassen, verstoße gegen ihre Freiheiten; sie seien ihm als ihrem Könige zu allem erbötig, wollten aber nicht zwei Herren zu gleicher Zeit haben.

4) Schon zweimal sei dem jetzigen Könige eine Steuer zu nicht geringer Beschwerung des Landes und der Unterthanen entrichtet worden; sie bäten daher, daß solches hinfort nicht mehr geschehe und die unter König Ladislav angelegten Steuerregister verbrannt würden.

5) Ebenso hätten sie auf Kriegszügen, die ohne ihre Zustimmung unternommen wurden, Heeresfolge gethan und gedächten dies in Zukunft nicht mehr zu thun.

Weitere Beschwerden bezogen sich auf des Königs Gepflogenheit, heimgefallene Güter nicht wieder, wie dies von alters Gewohnheit sei, zu vergeben, ja auch freies Gut wie Lehenbesitz zu behandeln, und auf die Übergriffe Rokyzanas und des utraquistischen Klerus den Katholischen gegenüber. Endlich klagten die Herren, daß das Reichsarchiv und die Kroninsignien nicht in herkömmlicher Weise gehütet würden, und schlossen mit der Bitte, der König möge sie im Genusse ihrer alten Gerechtsame lassen; was die früheren Herrscher, obwohl Ausländer, gethan, glaubten sie von ihm als Böhmen um so sicherer erwarten zu dürfen.

Die anwesenden Stände, Ritter, Städteboten und einige Barone von des Königs Partei, wurden aufgefordert, ihre Ansicht über die vernommenen Klagepunkte kundzugeben.

Sie antworteten nach kurzer Bedenkzeit, es sei ihnen von den gerügten Übelständen nichts bekannt; auf jeden Fall hätten aber die klageführenden Herren nicht ohne sie in einer solchen Sache vorangehen sollen. Dafür besprach der König die Beschwerden Punkt für Punkt. Er betonte dort, wo er nach seiner Auffassung im Rechte war, wie hinsichtlich der Heimfälle, der Lehenregister und Landsteuer, der getreuen Sorge für die Erhaltung des religiösen Friedens, der Bestellung seines Sohnes, des Prinzen Victorin, zum Burggrafen von Karlstein und obersten Hüter der Kronschätze, seine Befugnis; in den anderen Fragen, bei welchen die Klagen der Herren nicht wohl des Grundes entbehrten, suchte er sein Vorgehen mit Rücksichten für das Landeswohl zu erläutern, auch wohl die Beschwerden einzuschränken, zu umgehen und geradezu abzuleugnen. So behauptete er, nur einmal, als es sich um die Errettung des von den Wienern in seiner Burg belagerten Kaisers handelte, aus eigenem Antriebe und weil keine Zeit war, die Landschaft zu befragen, eine Heerfahrt

angesagt zu haben; daraus sei aber dem Lande Böhmen hohe Ehre und reicher Vorteil erwachsen.[1]

Ein solches Vorgehen des Königs war übrigens nur möglich, weil die Ankläger nicht zugegen waren und die versammelten Stände sich von vornherein auf seine Seite gestellt hatten. Sie billigten denn auch ausdrücklich und ohne weitere Motivierung den königlichen Bescheid. Immerhin erweiterte ein so schroffes Verfahren gar sehr die Kluft zwischen dem Herrscher und einer Reihe mächtiger Landherren. Auch König Georg scheint dies hinterher empfunden zu haben: Zuletzt ließ er nämlich doch verkündigen, daß, falls er sich irgendwie gegen die Freiheiten und das Herkommen des Landes vergangen, er dies gut machen wolle, und wurde der Beschluß gefaßt, daß man darüber auf dem nächsten ordnungsmäßigen Landtage (19. Dezember) eingehend und gemeinsam mit den Baronen beraten wolle, weshalb jene um so dringender zu dessen Besuche eingeladen werden sollten.[2]

Die Herren waren aber weit entfernt, über ihre Anliegen von einem königlich gesinnten Landtage entscheiden zu lassen. Besonders zürnte Zdenko von Sternberg, als er durch Bischof Protas von Olmütz erfuhr, man beschuldige ihn bei Hofe geradezu verbrecherischer Anschläge gegen das Leben des Königs, für welchen seiner Abrede mit dem Freiherrn von Rorbach gemäß der Kaiser oder sein Sohn Maximilian König von Böhmen werden solle. Am 18. November schlossen Bischof Jost von Breslau, Zdenko von Sternberg und seine Söhne Jaroslav und Johann, Heinrich von Plauen,[3] Johann von Rosenberg, Johann Hase von Hasenburg und sein Bruder Ulrich, Wilhelm von Hasenburg, Burian von Guttenstein, Linhard von Guttenstein auf Klenau, Bohuslav Kruschina von Schwamberg, Johann von Hradek, Wilhelm von Ilburg auf Budin, Wilhelm von Riesenberg, Diepold von Riesenberg auf Welhartitz, Dobrohost von Ronsperg auf Bischofteinitz und andere in Gegenwart des noch unschlüssigen Bischofs von Olmütz auf Sternbergs Schlosse Grünberg nächst Nepomuk

---

[1] Der König sprach auch von einer Auslieferung der auf die Erbrechte der Habsburger an die böhmische Krone bezüglichen Urkunden, wovon aber oben nichts zu melden war, und wozu der Kaiser für sich allein nicht einmal berechtigt gewesen wäre.

[2] Die Akten über die Verhandlungen des Prager Septemberlandtages und die nachfolgenden Tage zwischen dem Könige und den Herren im Archiv český IV. 102—164. Die Beschwerden der Herren (in gleichzeitiger deutscher Übersetzung) bei v. Stockheim, Urk. u. Beilagen 734—737, Nr. CLXX[a].

[3] Seine Gegenwart nach den Staří letopisowé 181—182. Vergl. Fontes rer. Austriac. XX. 371—372, Nr. 340.

ein Bündnis auf fünf Jahre, das jedem von ihnen, falls er vom Könige angegriffen würde, den Beistand aller mit ganzer Macht sicherte.[1] Der Bund that nicht bloß nach Rom Meldung, sowie denn Zdenko von Sternberg schon nach den Krumauer Beredungen einen vertrauten Geistlichen, den Pfarrer Elias von Neuhaus, damals Administrator des leitomyschler Bistums, an die Kurie entsendet hatte,[2] sondern wandte sich zugleich in ausführlichen Schreiben an den Kaiser, die deutschen Fürsten und ihre böhmischen Mitstände, klagend über vom Könige erlittene Gewalt und wie man durch böswillige Ausstreuungen ihre Ehre antaste, endlich mit der Bitte um Beistand.[3]

Zum Dezember-Landtage kamen die Herren wieder nicht. Dafür brachten einige ihre Diener ein an die Stände des Königreiches gerichtetes Schreiben, in dem die früheren Beschwerden, nur noch ausführlicher und in schärferen Ausdrücken, wiederholt und neue Klagepunkte hinzugefügt wurden: Der König verhindere die Herren an der Eintragung von erkauften Bauerngütern in die Landtafel, obwohl sie dazu berechtigt wären und keiner Erlaubnis bedürften; dagegen richte er neue Mauten und Zölle ein, und verleihe sie weiter, wie an Gamaret Fronauer und andere; die Krone möge sie auch da bei ihrem alten Herkommen lassen, damit der Adel sich mehre.

Die Verbündeten erklärten, daß es ihnen unmöglich sei, den Landtag zu besuchen; oder wie sollten sie dem Könige nahen, wenn er sie verdächtige, die schlimmsten Vergehen gegen ihn im Schilde zu führen?[4]

Wollte der König die Verhandlungen nicht sofort abbrechen, so blieb ihm nichts Anderes übrig, als den anwesenden Ständen Beschlüsse zu unterbreiten, welche ein Nachgeben seinerseits bedeuteten. In der That wurden aus Rittern und Städtegesandten Personen erwählt, welche am 1. Februar 1466 mit den Baronen je nach deren Wunsche in Pilsen, Klattau oder Budweis verhandeln sollten. Es zeigte so des Königs Verhalten dem Herrenbunde gegenüber vom Anfange an jetzt wenig ent-

[1] Die Urkunde mit 16 Unterschriften im Archiv český IV. 110—114. Deutsch bei Tanner, Die Helden von Sternen 318—323.

[2] Man siehe darüber Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 356 u. Anm. 226.

[3] Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 63—64.

[4] Die Beschwerdepunkte der Herren im Archiv cesky l. c. und deutsch bei v. Stockheim, Urkunden und Beil. 738—745, Nr. CLXX[b]. Das Schreiben vom 30. November 1465 an den Legaten, der den Bischof von Olmütz hart tadelte, in Fontes rer. Austriac. XX. 371—372, Nr. 340. Vergl. ebendort 372—374, Nr. 342.

schiedene Gegnerschaft, welche aber die Entfremdung und Verbitterung vermehrte, dann wieder Nachgiebigkeit, die als Schwäche erschien.

Übrigens blieb das Beginnen der Herren zunächst ohne Erfolg, so sehr auch der Legat Sorge trug, die päpstlichen Censuren gegen den König überall bekannt zu thun und auf ihre Durchführung zu dringen;[1] nur der Kaiser beschwerte sich bei dem Könige am 21. Dezember, daß man in Böhmen seine Haltung ohne Grund verdächtige und wenn bald darauf die Pilsener gemeinsame Sache mit den Unzufriedenen machten, so war in erster Reihe der König selbst daran schuld. Sowie die Egerer[2] gedachten nämlich die von Pilsen von dem Könige zu erreichen, daß sie für den Fall eines Glaubenskrieges neutral bleiben dürften. Es gab aber in der Stadt eine Anzahl Bürger, welche entschiedene Parteinahme für den König begehrten, und als sie, nicht ohne Anwendung von Gewalt, von den Katholiken zur Ruhe gebracht wurden, erachtete der König den Zeitpunkt für günstig, den wichtigen Platz von einer Truppenabteilung besetzen zu lassen. Der Anschlag wurde aber vereitelt, und indem die Stadt laute Klage in Nah und Fern über des Königes Hinterlist und Gewaltsamkeit erhob, suchte sie zu fernerer Deckung die Unterstützung des Herrenbundes und des römischen Stuhles.[3]

Ganz abgesehen von den öffentlichen Kundgebungen der Streitenden erregte bereits die wachsende Bewegung in Böhmen die Aufmerksamkeit Europas. Die großen Kämpfe, welche in den letzten Jahren Deutschland, Preußen und Polen, Italien und England erschüttert, hatten ausgetobt oder nahten ihrem Ende; auch das kaum erwachte Interesse an dem Türkenzuge begann bereits wieder zu verblassen.[4] Um so mehr trat so der böhmische

---

[1] Vergl. Fontes rer. Austriac. XX. 375—377, Nr. 344, ebendort 374—375, Nr. 343, und das Schreiben an die Schweidnitzer vom 2. Nov. im Schweidn. Stadtarchiv a. a. O. Nr. 12.

[2] Die bezüglichen Korrespondenzen Egers mit dem Könige im Egerer Stadtarchiv Kast. CI, fasc. 3. Am 23. April 1466 bewilligt ihnen der König, stillsitzen zu dürfen, es sei denn, daß er mit dem Aufgebote des Königreiches die Schlösser Petschau und Königswart zu gleicher Zeit belagere.

[3] Das Klageschreiben der Pilsner an Herzog Wilhelm von Sachsen, der es an König Georg schickt, und die bezügliche Korrespondenz des Königs und Herzogs darüber im Weim. Gesamtarchiv Reg. B, pag. 320, Nr. 21. Auf anderes Materiale über die Genesis des Pilsener Aufstandes verweist Palacky (IV. 2. 384, Anm. 245), dessen Darstellung ich aber in obiger Weise modifizieren zu müssen glaubte.

[4] Doch begann auch in dieser Beziehung Papst Paul II. schon zu Beginn 1465 neue Verhandlungen. Man vgl. die Aufträge des Legaten Rudolf für die brandenburgischen Höfe vom 16. und 20. Januar 1465 im München. allgem. Reichsarchiv.

Streit in den Vordergrund, und jene Männer, die in der großen Schule der kirchlichen und politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte herangereift waren und in energischer Parteinahme darin ihre Lebensaufgabe erblickten, vermochten auch dem Wettkampfe zwischen dem Kelche und der dreifachen Krone nicht fern zu bleiben. Von ihnen betonte der eine, Gregor Heimburg, noch mehr als der Landshuter Kanzler Martin Mair die politische Seite des Konfliktes, seine Bedeutung für das internationale Recht. Noch im Spätjahre 1465 begannen diese Männer hier eine Rolle zu spielen. Von Würzburg aus richtete Heimburg an Kardinal Carvajal am 8. September 1465 eine Art Memorandum über den Streit der Kirche mit den Hussiten,[1] und mit Erlaubnis seines Herrn übernahm Doktor Mair in Prag selbst für einige Zeit die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Aber sehr bezeichnend ist es, daß weder sie noch sonst jemand das formelle Recht der Kurie für ihr Vorgehen bestritten, daß selbst Heimburg, der alte Kämpe für geistige Freiheit, den Utraquismus mit keinem Worte verteidigte, und zunächst sogar Ratschläge für die Herstellung des Friedens der Kurie, nicht aber dem Böhmenkönige übersandte.

Dieser hatte im Oktober auch versucht, wieder mit dem Papste in direkten Verkehr zu treten, indem er einen Ritter aus seiner persönlichen Umgebung, Namens Jaroslav,[2] mit einem Schreiben nach Rom sandte. Daneben blieb seine Aufmerksamkeit der Thätigkeit Martin Mairs zugewendet, der sich zu umfassender diplomatischer Aktion erhoben hatte. Indem Mair dem eigentlichen Anlasse zum Streite, der Nichterfüllung jener Krönungsverpflichtungen des Königs und allen dogmatischen Erörterungen sorgsam aus dem Wege ging, fand er Gründe genug, ein gewaltsames Vorgehen der Kurie gegen Böhmen als durchaus unzeitgemäß und wegen der Verdienste des Königs und nach der Entwickelung der kirchlichen Dinge im Königreiche als gänzlich unbillig hinzustellen. Der König habe sich zwar, führte Mair in mannigfachen Schriftstücken aus, Rom gegenüber verpflichtet, das katholische Bekenntnis in seinen Landen zu pflegen, aber auch den Utraquisten gleich seinen Vorgängern Sigmund, Albrecht und Ladislaus Schutz versprochen; die römische Kirche selbst habe einst diesen gewisse Besonderheiten zugestanden und die Kurie sie

---

Päpstl. Privil. und Bullen 12, 13, 14, und dessen Bemühungen bei den sächs. Fürsten. S. unten S. 577 ff.

[1] Fontes rer. Austriac. XX. 366—369, Nr. 337.

[2] Wohl derselbe, von dem wir die Beschreibung der Reise Kostkas nach Frankreich (1464) haben. Das Schreiben ist vom 21. Oktober datiert. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 373.

während der Regierung dreier Könige geduldet, warum wolle man ihre Duldung seitens des jetzigen Herrschers plötzlich zur Ketzerei stempeln, schwere Prozesse gegen ihn beginnen und den Frieden des Königreiches, um den er sich wahrhaft verdient gemacht habe, zerstören? Daß der König auf dem Laurenzitage zu Prag 1462 die Communio sub utraque als für das Seelenheil notwendig erklärt habe, wurde nicht direkt geleugnet; aber habe der König gefehlt, so sei er bereit, es wieder gut zu machen, und sich vor dem kompetenten Richter zu verantworten; freilich nicht in Rom, wohin er nicht kommen könne, sondern in seinem Lande oder doch in der Nähe Böhmens, und zwar vor Legaten und Kardinälen des heiligen Stuhles, dem Kaiser und den Königen und Fürsten der Christenheit; ein solches Gericht dürfe der König nach seiner hohen Würde verlangen und bitte er auch zu bestellen, bis dahin aber alle kirchlichen Prozesse gegen ihn einzustellen.

Schreiben dieses Inhaltes wurden an den Kaiser, König Ludwig von Frankreich, Herzog Wilhelm von Sachsen und den Markgrafen von Ansbach gerichtet, ihnen und zugleich den katholischen Ständen des Königreiches sofort auch Formulare für an den heiligen Vater zu richtende Fürbitten und für die Instruktionen der betreffenden Gesandten zugemittelt, den Utraquisten und Katholiken Böhmens sorgsam gefaßte Adressen an den König in Sachen des Kirchenstreites nahe gelegt.[1]

Bedeutsamer war, daß Mair seinen Herrn, den Landshuter Herzog, bestimmte, den Dr. Valentin Bernbeck noch besonders nach Rom zu entsenden, um dort in ähnlichem Sinne, wie man es seitens des ungarischen Hofes erwartete, für des Königs Aussöhnung mit der Kirche zu wirken.

In der That liegen wesentlich die Tyrnauer Punktationen den Anträgen Bernbecks an den heiligen Stuhl zu Grunde, nur daß Podiebrad bei der steigenden Gefährlichkeit seiner Lage und der wachsenden Sehnsucht nach kirchlichem Frieden seine Anerbietungen noch steigerte. Der König erbot sich nämlich jetzt, nicht nur sofort mit seiner ganzen Familie den katholischen Ritus anzunehmen, sondern den Türkenkrieg mit der ganzen Macht seines Königreiches und seiner Verbündeten aufzunehmen und bis zur Einnahme von Konstantinopel durchzuführen.

Es war aber verhängnisvoll, daß Georg und sein sanguinischer Ratgeber diese Zugeständnisse bereits für mehr als hinlänglich erachteten, die Kurie zu befriedigen. Anstatt sich daher zunächst dieser Hauptsache zu

[1] Die bezüglichen Schriftstücke führt Palacky, Geschichte v. Böhmen IV. 2. 307 an, wozu man Font. rer. Austriac. XX. 384—387, Nr. 347 vergleiche.

versichern, verführte des Königs Begehrlichkeit und Mairs Plänemacherei zur Aufstellung von Gegenforderungen, welche den Eindruck und Wert jener nur mindern und stören konnten: Der Papst solle den König zum Kaiser von Konstantinopel ernennen, den einen seiner Söhne als Nachfolger auf den böhmischen Thron anerkennen, den andern als Erzbischof über das Königreich setzen.

Wie konnte man aber für den Fall der Wiedereinnahme der griechischen Hauptstadt bei der Stellung des apostolischen Stuhles zu Ungarn Paul II. zumuten, einem andern als König Matthias die Kaiserwürde zu übergeben? Und ließ sich erwarten, daß dieser selbst jemals in eine solche Erhebung eines anderen Fürsten willigen würde? Entscheidend blieb aber doch, daß König Georgs jahrelange Winkelzüge ihn um jeden Glauben in Rom gebracht hatten, so daß gerade jene Männer, die früher fest auf sein Wort gebaut, sich jetzt im bittern Gefühle der Enttäuschung abwandten und um so energischer zu verhindern suchten, daß man den alten Fehler neuerdings begehe.

Als Bernbeck in Rom einritt, hatte der Bischof von Lavant bereits als apostolischer Legat seinen Sitz in Breslau aufgeschlagen, um von dort aus die Bewegung gegen den König im Gange zu erhalten,[1] und der Papst soeben die Bulle vom 6. August feierlich erneuert mit dem ausdrücklichen Gebote, Georg Podiebrad als erklärten Ketzer, solange er nicht mit der Kirche versöhnt sei, keinerlei Treue und Gehorsam zu leisten, ihm keine Abgaben zu entrichten und von ihm einberufene Versammlungen nicht zu besuchen.[2] Als in jenen Tagen der Ritter Jaroslav, weil er am Hofe keinen Fuß fand, sich seines Auftrages zu entledigen, dem heiligen Vater in der Kirche nahete, um hier, ungeschickt genug, den Brief des Königs zu überreichen, da nahm der Papst zwar erst das Schreiben entgegen, warf es aber, als er die Botschaft erkannte, in heftigem Zorne und unter schweren Scheltreden gegen den Boten und seinen Herrn auf die Erde.[3]

Danach läßt sich auch der Erfolg von Dr. Bernbecks Sendung ermessen. Der Papst nahm sie dem Bayerherzoge nicht übel, aber mit

[1] Vergl. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 143—145, Nr. 308: Rudolf macht alle Bewohner des Königreiches Böhmen mit den ihm verliehenen Vollmachten bekannt, und Font. rer. Austriac. XX. 370—371, Nr. 338.

[2] Script. rer. Silesiac. IX. 147—149, Nr. 311.

[3] Bericht F. Hankos nach Breslau vom 16. Dezember und 3. Januar in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 150, Nr. 312 und Klose, Dokum. Gesch. von Breslau III. 1. 352, 359. Vergl. Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 373, wo es Zeile 10 von unten natürlich „der Papst“ für „der Kaiser“ heißen muß.

unerhörter Rücksichtslosigkeit, um ja keinen Zweifel an seinem ganzen Ernste aufkommen zu lassen, erörterte und verwarf er die Erbietungen des Königs von Böhmen und besprach er dessen Lage. Er lobe es, erkärte Paul II., daß der Herzog sehnsüchtig wünsche, den böhmischen Streit ohne Blutvergießen und ohne Nachteil für die christliche Republik beizulegen, er begreife es auch, wenn Ludwig rate, den König durch Lohn und Verheißungen zur Aussöhnung mit der Kirche zu locken und darauf bezügliche Artikel überschickt würden: Der Herzog möge nur zusehen, ob er nicht von dem Könige getäuscht worden sei. Der König verspreche, selbst mit seiner Frau und seinen Kindern sich nach dem Brauche der römischen Kirche zu halten. Aber was liege ihr denn an dem Übertritte Eines, Zweier und Dreier, zumal dies um den Preis eines Königreiches geschehen solle und damit Tausende um so sicherer in dem Irrtum verharren und des ewigen Lebens verlustig werden? Und habe Georg nicht schon vordem weit mehr gethan, als er vor seiner Krönung sich im geheimen von allem eidlich lossagte, was Irrtum sei, als er Papst Pius II. den Gehorsam für das ganze Königreich erklären ließ? Sehr bezeichnend sei es, daß der König verheiße, einen Erzbischof in sein Land einzuführen und daneben begehre, daß diese Würde einem seiner Söhne zu teil werde. Es sei dies ein kaum zwanzigjähriger junger Mensch, unter den Gebrechen und Listen seines Vaters herangewachsen, zugleich der Kenntnis des göttlichen und menschlichen Rechtes völlig entbehrend. Wie könne ein solcher als Hirt bestellt werden über eine Herde, welche so vielfach von Ketzerei bedroht sei? Und gehe es an, jemanden, der noch eben Ketzer gewesen, gleich zum Bischofe zu erheben? Übrigens werde durch diese Forderung des Königs weiteres Versprechen, für die Rückgabe des Kirchengutes Sorge tragen zu wollen, erst in das rechte Licht gestellt: Nicht um die Kirche handle es sich ihm, sondern um seine Familie, der jene Besitzungen zugute kommen sollen. Die verlangte Absendung eines Glaubensinquisitors nach Böhmen, welcher gegen jede Abweichung von der kirchlichen Lehre, sobald sie über die Grenzen der Kompaktaten hinausgehe, einzuschreiten habe, sei sehr schlau ausgedacht; denn heiße das nicht in versteckter Weise aufs neue die Bestätigung der Kompaktaten verlangen? Es sei aber ebenso ausgemacht, daß das Basler Konzil die vier Artikel nur den damals lebenden Bewohnern des Königreiches gewährt habe, wie daß die daran geknüpften Bedingungen nicht gehalten worden seien. Unthunlich sei es, dem Sohne des Königs die erzbischöfliche Gewalt in Spiritualibus zu erteilen, und die freie Predigt des Wortes Gottes im Lande zu gestatten; schon seit den Zeiten der Apostel sei dazu die rechtmäßige Ordination durch die Oberen

erforderlich. Und wenn der König für solche Anträge die weitgehendsten Belohnungen, einen höheren Titel, das erbliche Königtum von Böhmen, die Schutzgewalt über die Kirchen, den Vorrang unter den Gläubigen, die Führung des christlichen Heeres als entsprechende Gegenleistungen fordere, müsse dies nicht dem apostolischen Stuhle als unerträgliche Vermessenheit, als reiner Wahnsinn erscheinen? Ihm, dem Ketzer, solle man die christlichen Streiter anvertrauen und in seine Hände alle die Kriegsmittel legen, während es doch bekannt sei, daß er nach der Beschaffenheit seines Leibes nicht einmal imstande sei, das Schwert zu führen! Auf solche Bedingungen einzugehen, sei also der römischen Kirche unmöglich, da ja nicht „das Licht der Finsternis, der Glaube dem Unglauben, die Hoffnung der Verzweiflung, die Wahrheit der Lüge, Christus dem Antichrist unterliegen dürfe“.[1]

So wurde Ludwig von Bayern abgewiesen. Schon früher hatte Martin Mair seine Thätigkeit in Prag aufgegeben. Aus Scheu vor größerer Verwicklung hielt sich der Herzog von nun an von eifriger Förderung böhmischer Sachen fern.[2] Der König hatte übrigens schon zuvor durch ein Schreiben aus Rom von der Verwerfung auch seiner letzten Vergleichsvorschläge Kunde erhalten.[3]

Die Kurie war offenbar, auf die Meldungen von der inländischen Bewegung gegen den König hin, entschlossen, mit den ernstlichsten Maßnahmen nicht länger zu zögern. Zu Beginn Dezember 1465 wurde deswegen Rudolf von Lavant zu genauer Berichterstattung nach Rom berufen.[4] Derart rasch aber entwickelten sich die Dinge in Böhmen keineswegs, so wenig erfreulich sich auch Podiebrads Lage gestalten mochte.

Inmitten der beiden religiösen Parteien, der Kirche und dem starren Hussitentum, deren jedes begehrte, daß der König ganz und voll der Ihre sei, zeigte sich dieser der Situation doch viel weniger gewachsen, als man

[1] Der ursprüngliche bayerische Antrag ist verloren. Man vergl. aber über die Originalpunkte die Tyrnauer Abrede im Manuscr. Sternb. fol. 257 a—b (czechisch); ferner Höfler, Böhmische Studien, Archiv für österr. Geschichte VII. 40 und Script. rer. Hussitic. III. in Font. rer. Austriac. 1. Abteil. VII. 223 („Relatio historica“); endlich die Instruktion für die Gesandtschaft in Font. rer. Austriac. XX. 384—387, Nr. 347.

[2] Man vergl. seine Haltung auf dem nachfolgenden Nürnberger Reichstage und gegenüber dem brandenburgisch-sächsischen Vorschlage einer gemeinsamen Sendung an den Papst zu Beginn 1467. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 265 ff.

[3] Schreiben vom 12. Januar (Antwort des Papstes auf des Königs Brief vom 21. Oktober) in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 150—154, Nr. 313.

[4] Am 5. Dezember. S. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 146—147, Nr. 310.

zu behaupten pflegt, kaum mehr als der umsichtige, erfahrene Berater im kleinen, geschweige denn als großer Politiker. Jetzt sann er auf Vermittlung in Rom im Wege der sächsischen Höfe und doch war, was Kurfürst Ernst dem Legaten anbieten sollte, kaum so viel, als eben der Papst dem Bayerherzoge abgeschlagen hatte; er trachtete in neuen Verhandlungen mit dem Herrenbunde eine Verständigung zu finden, und doch wußte er seinen mächtigen Groll gegen dessen Glieder nicht zu zähmen, und schuf er sich die Herren von Plauen zu Todfeinden.

Der alte Streit nämlich zwischen Heinrich Reuß und seinen Plauener Vasallen war nun endlich der Entscheidung zugeführt und auf Grund eines Magdeburger Schöppenspruches ersterer zu Geldentschädigung und sonstiger Sühne verurteilt worden. Als der Plauener den Spruch, weil an unrichtigem Orte gefällt, mißachtete, erklärte ihn der König wegen Trotzes und Ungehorsams aller Lehen der Krone verlustig, und überwies diese, vor allem das wichtige Plauen selbst, am 9. März an seinen Schwiegersohn, Herzog Albrecht von Sachsen, worauf dieser und Kurfürst Ernst sich sofort der ganzen Plauener Herrschaft bemächtigten.

In Nähe und Ferne, bei geistlich und weltlich erhob der Vertriebene die heftigste Klage über die an ihm verübte Gewalt, vor allem nicht ohne Erfolg bei der Kurie. Nachdem schon früher auf Herrn Heinrichs Betreiben der Legat in den Streit sich gemischt, und durch den Komtur von Plauen die Exkommunikation über die ungehorsame Mannschaft hatte verhängen lassen, zog jetzt Papst Paul geradezu auch die sächsischen Herzoge wegen ihrer Verbindung mit dem ketzerischen Böhmen und der widerrechtlichen Besitzergreifung des reußischen Gutes zur Verantwortung.[1] Man erkennt so, wie wenig gerade die Wettiner befähigt waren, jetzt durch ihre Fürbitte die Kurie zur Nachgiebigkeit gegen König Georg zu stimmen!

Trotzdem wurde sie versucht, und da Legat Rudolf trotz des Plauener Zwischenfalles im Mai oder zu Beginn Juni 1466 in Meißen erschien, um sich betreffs des beabsichtigten Türkenkrieges, dann für seine Aufträge in Böhmen und Polen der Unterstützung der Wettiner zu versichern,[2] so fand sich auch die Gelegenheit dazu. Im Juni 1466 zogen Gesandte aller sächsischen Herzoge zu dem Bischofe von Lavant nach Breslau, der Form nach, auf des Legaten Werbung die Antwort zu bringen, thatsächlich, um neue Erbietungen des Königs von Böhmen zu übermitteln.

[1] Über den Plauener Streit zuletzt H. Ermisch, Studien zur Gesch. der sächsisch-böhmischen Beziehungen 1464—1471, 10—15, wo auch das einschlägige Materiale sorgsam verzeichnet ist.

[2] Ermisch, Studien 24—25.

Die Gesandten betonten sehr nachdrücklich die Gefahren, die für alle Nachbarländer und besonders für ihr Heimatland aus einem Kriege mit dem waffengewaltigen Hussitenkönige erwachsen müßten, dann dessen schädlichen Einfluß auf den so nötigen Türkenzug, die Verpflichtungen ihrer Herren gegen den König: Trotzdem hätten sie in echt kirchlicher Gesinnung die Verkündigung der päpstlichen Censuren auch in ihren Gebieten geduldet; eine Verständigung auf gütlichem Wege sei aber dringend geraten, und nach dem Gutachten der gelehrten Männer an den hohen Schulen zu Leipzig und Erfurt auch wohl möglich.

Der Legat bemerkte, daß er zwar für solche Verhandlungen keinerlei Vollmacht habe, da sich aber so viele Rechtskundige für dieselbe günstig geäußert, wolle er die Anträge der Räte entgegennehmen. Es waren im wesentlichen die Artikel, welche bereits durch die Höfe von Ungarn und Bayern der Kurie zugekommen waren. Rudolf verhieß, darüber an den heiligen Vater zu berichten; seine eigene Meinung sprach er unumwunden dahin aus, daß er in solchen Anträgen keinen Weg der Versöhnung zu erkennen vermöge und fast besorge, die Herzoge und alle, die damit zu thun gehabt hätten, würden von dem heiligen Vater darum übel angesehen werden.

Die Gesandten baten noch, es möchte auf einer großen Versammlung der Kurfürsten und anderen Stände des Reiches vor den Vertretern des Papstes und des Kaisers über die böhmische Kirchenfrage verhandelt und von Reichs wegen ein gemeinsamer Beschluß gefaßt werden, damit nicht später die Fürsten darin verschiedene Politik trieben. Natürlich war damit die Aufschiebung der Prozesse bis zu jenem Reichstage gefordert. Sie wandten sich auch an den Rat von Breslau mit dem Ersuchen, in ähnlichem Sinne bei dem römischen Hofe thätig zu sein. Die Einstellung der Censuren lag aber, wie wir wissen, ohnehin in den Absichten der Kurie; die Breslauer lehnten jede Verwendung kurz und kühl ab.[1]

Auch sonst erwies sich die Hoffnung auf Unterstützung, welche König Georg von dem sächsischen Kurhause kommen sollte, als eitel. Als Herzog Albrecht, des Königs Schwiegersohn, zu Prag im Mai 1466 für sich und seinen Bruder Ernst bezügliche Zusagen machte, war man darüber in den wettinischen Landen nichts weniger als erfreut, ja die meißnischen Stände

[1] Die Werbung der Räte und die Antwort des Legaten in Fontes rer. Austriac. XLII. 376—391, Nr. 281 und Jordan 435ff.; an die Breslauer bei Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau I. 313—314. Vgl. Script. rer. Silesiac. IX. 173—175, Nr. 325. Man siehe noch H. Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 252—253; H. Ermisch, Studien 25—29.

gedachten geradezu, gegen die Verbindung mit den Hussiten auf einen gemeinsamen Tage zu Leipzig zu protestieren.[1] Am Hofe des Kaisers, wo wir gleich darauf Herzog Albrecht finden, mochte er rasch selbst andere Anschauungen über den Streit zwischen dem römischen Stuhle und Georg Podiebrad gewinnen, und wenn ihm auch ein Verdienst um die Ankündigung jenes Reichstages nach Nürnberg auf Martini 1466 zukommen mag, von einer sächsischen Waffenhilfe für den Böhmenkönig konnte bereits im Ernste so wenig die Rede sein, wie von jener Brandenburgs.[2]

Aber auch so unterblieben die strengen Maßregeln, zu denen die Kurie um die Jahreswende gegen Georg Podiebrad bereit schien. Der Bericht des Kurialen Balthasar von Piscia, den Legat Rudolf an seiner Stelle nach Rom entsendet hatte, bewies dem Papste, daß man sich über die Bedeutung und den Fortgang der aufständischen Bewegung in Böhmen durchaus unrichtigen Anschauungen hingegeben hatte; der Legat fügte rasch das Ergebnis der neuen Erfahrungen und Beobachtungen hinzu, die er namentlich soeben auf einem Breslauer Tage der Katholiken des Königreiches gesammelt (Februar 1466). Zum Schlusse riet er weiteres Zuwarten an. Man sah in Rom keinen anderen Ausweg.

Dies war auch die Parole des Herrenbundes. So eifrig die Barone bei der Kurie Geldunterstützung und Empfehlungen an den Kaiser, den König von Polen und die benachbarten deutschen Fürsten verlangten, so sehr hüteten sie sich, des Königs Zwiespalt mit dem Kirchenoberhaupte und die geistlichen Gebote als Ursache ihres Widerstandes hinzustellen oder auch nur neben ihren politischen Beschwerden geltend zu machen. Die Herren besorgten eben, sobald jenes geschähe, zum bloßen Werkzeuge der Kurie herabzusinken. Auch Bischof Jost, im Bunde der natürliche Vertreter der kirchlichen Interessen, war viel zu patriotisch und ständisch gesinnt, als daß er nicht zur Erhaltung des Friedens, oder um wenigstens den vorzeitigen Ausbruch des Kampfes zu verhindern, die Selbständigkeit des Herrenbundes gewahrt wissen wollte. Sein Plan ging dahin, jetzt alle Katholiken des Königreiches zu einer großen Liga zu vereinigen und ihr mächtige auswärtige Unterstützung zu sichern; dann erst, wenn man des Erfolges sicher wäre, sollte der Krieg unternommen werden; fügte sich,

---

[1] Ermisch, Studien 19.

[2] Um die Zeit des Aufenthaltes Herzog Albrechts von Sachsen fanden in Prag Verhandlungen über die Vermählung des Prinzen Heinrich mit Markgraf Albrechts Tochter Ursula statt; vergl. Urkundliche Beiträge in den Fontes rer. Austriac. XX. 402—403, Nr. 354. Zum späteren Zuge gegen Breslau versprach Kurf. Friedrich II. von Brandenburg Waffenhilfe. Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 403.

was Jost immer als das erste Ziel seiner Politik festhielt, der König, ehe es zum äußersten kam, dann stand es desto besser. Natürlich berechnete der Rosenberg wohl, daß bei solcher Politik der Herren auch Papst Paul sein Racheverlangen bis zum geeigneten Momente werde verschieben müssen; Rom blieb von der Liga abhängig, nicht umgekehrt.[1]

Man erkannte aber bei der Kurie unschwer, daß die Herren sich den Weg zum Frieden mit dem Könige noch offen hielten. Er brauchte nur ihre ständischen Ansprüche zu befriedigen, und je entschiedener der apostolische Stuhl für den Bund Partei nahm und Podiebrads Verlegenheiten mehrte, desto eher war es auch vorauszusehen. Sich einer solchen Eventualität auszusetzen, war der Papst keineswegs geneigt. Der Gesandte des Bundes erhielt daher die erbetene diplomatische Unterstützung zugesagt, aber kein Geld; nur die Pilsener bekamen eine mäßige Summe.[2] Böhmen gegenüber wurde beschlossen zuzuwarten, obwohl die Frist von 180 Tagen zu Anfang Februar abgelaufen war, und wurde gut geheißen, was der Legat in Breslau bezüglich neuer Suspendierung der Prozesse aus eigenem Antriebe bereits im März verfügt hatte.[3]

Während der Prager Februarlandtag seitens des Herrenbundes unbesucht blieb, tagten Vertreter der Katholiken aller Nebenländer vom 15.—19. Februar 1466 zu Breslau. Die Anschauungen Bischof Josts und anderer Einsichtiger, besonders auch des Olmützer Bischofs und der schlesischen Fürsten, beherrschten die Versammlung: die Macht des Königs sei jener der Katholiken des Reiches zu sehr überlegen, als daß man sofort mit Aussicht auf Erfolg gegen ihn die Waffen erheben könne; nur wenn ein mächtiger, auswärtiger Fürst zu Hilfe komme, sei dies zu versuchen.[4]

Der Legat setzte darauf die päpstlichen Bullen vom 6. August und 8. Dezember 1465 nochmals für unbestimmte Zeit außer Kraft, doch mit dem Beifügen, daß niemand mit dem Könige in neue Einung treten oder

---

[1] Vgl. H. Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 76—77, 82.

[2] Des Papstes Breve an den Herrenbund vom Ende Mai 1466 (Scriptor. rer. Silesiac. IX. 173, Nr. 324) sagt darüber: eosdem pro nostra possibilitate nonnullis auxiliis temporalibus consolati sumus.

[3] Man vgl. die Excerpte aus F. Hankos Berichten vom 1. März bis 20. Mai 1466 in den Script. rer. Silesiac. IX. 164—165, Nr. 318. H. Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 82.

[4] Eschenloer, Historia Wratislaw. (Scriptor. rer. Silesiac. VII.) 111—115; Gesch. der Stadt Breslau I. 300—308. Vgl. Markgraf a. a. O. 79—81. Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 380—382.

ihn irgendwie unterstützen dürfe.[1] Auch der Bericht über den Tag, den Prothas von Olmütz dem Könige einsandte, gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich durch Klugheit und Nachgiebigkeit der Friede werde erhalten lassen.

Wenige Tage später begannen in Budweis zwischen der ständischen Deputation und den verbündeten Baronen die Beredungen, zu welchen sie der letzte Landtag nochmals eingeladen hatte. Der König zeigte weitgehende Nachgiebigkeit. Die Vertreter des Landtages versicherten, er werde gut machen, was irgendwie gefehlt worden sei; selbst die Forderung, der Karlsstein solle mit der Reichskrone und den Insignien einem der Herren anvertraut und dieser dafür dem Könige und dem Lande vereidigt werden, wurde zugestanden. Die Verbündeten konnten darauf nicht umhin, den Besuch eines Landtages, der zu Georgi in Prag stattfinden sollte, zuzusagen.

Aber gleich darauf that der König, da sich seine Verhältnisse allseitig günstiger gestalteten, wieder einen Schritt zurück, indem er, statt jene Zusage betreffs Karlssteins zu erfüllen, einfach Herzog Victorin, der ja auch Landherr sei, nochmals in Eid und Pflicht nehmen ließ. Andererseits war das persönliche Zerwürfnis zwischen dem Könige und den Seinen und den Sternbergen so groß geworden, daß sich die Erbitterung bereits in Schmähbriefen Luft machte.[2] So kam es, daß allein Johann von Rosenberg, zwar der angesehensten Familie des Landes angehörig, aber persönlich wenig bedeutend, zum Georgitage nach Prag kam, wo er sich auch mit dem Könige völlig versöhnte. Die übrigen Herren, darunter Bischof Jost, traten dagegen auf dem sternbergischen Schlosse Raudnitz zusammen, fest entschlossen, den Widerstand gegen die Krone bis zum völligen Siege fortzusetzen oder es zum Bruche kommen zu lassen. Doch fanden zwischen Prag und Raudnitz lebhafte Verhandlungen statt und in der That vermochte Prothas von Olmütz, der auch jetzt zu vermitteln beflissen war, den Abschluß eines Waffenstillstandes bis zum 16. Oktober zu erreichen, in welchem nach langer Weigerung des Königs auch das bereits von einem königlichen Heere belagerte Pilsen eingeschlossen wurde. In der Zwischenzeit, am 4. Juli, wollten Bischof

[1] Befehl an alle Bischöfe und anderen Geistlichen Deutschlands vom 29. März. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 166—167, Nr. 319.

[2] Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau I. 340. Ein Schmähbrief Zdenkos von Sternberg gegen das podiebradsche Haus (an Victorin von Zweiling) im Archiv des Metropol.-Domkapitels zu Prag.

Jost und Zdenko von Sternberg behufs völliger Einigung am königlichen Hofe sich einfinden.[1]

Es war ein verhängnisvoller Irrtum des Königs, wenn er sich nach dem Wunsche des schlauen Breslauer Bischofes zu neuer Verlängerung des Stillstandes bewegen ließ, wenn er nochmals auf Erhaltung des Friedens rechnete. Freilich war dies andererseits eben nur die weitere Konsequenz früherer Halbheiten und widerspruchsvollen Handelns. Und standen denn seine Sachen augenblicklich, im Mai—Juni 1466, nicht wirklich zufriedenstellend? Rom war von dem Angriffe zurückgewichen und der Herrenbund offenbar froh, wenn er in Ruhe bleiben konnte. Und während die Kurie keinen mächtigen Arm gegen die hussitischen Böhmen zu finden vermochte, glaubte der König auf die Freundschaft der deutschen Fürstenhäuser und besonders Sachsens, auf die neue Fürsprache des Kaisers, der jetzt auch die Berufung eines Reichstages zusagte, rechnen zu dürfen, und stellte sich, von Albrecht von Sachsen nach Prag geleitet,[2] nun in Gregor Heimburg der genialste, energischeste, berühmteste deutsche Staatsmann und Diplomat in jenen Tagen als Anwalt in dem geistigen Wettkampfe gegen die Kurie zur Verfügung. Wir begreifen daraus und bei der sanguinischen Art des wenig weitblickenden Herrschers, wenn er am 3. Juni an seinen Sohn Victorin schrieb, daß ihm „alles, Gott sei gedankt, glücklich von statten gehe“,[3] ja wenn er, zur Offensive übergehend, die Kurie durch einen kriegerischen Anschlag auf Breslau und ein neues Manifest an die Fürsten und Völker Europas aus der scharfen Feder Gregor Heimburgs herausforderte, und die Barone während des Stillstandes bei den Fürsten von Sachsen und Brandenburg verklagte.

Und doch täuschte sich der König kaum jemals so sehr wie jetzt über seine Lage, und gab es für ihn kaum einen weniger angemessenen politischen Berater als Heimburg. Wohl versuchte es Gregor noch mehr als Martin Mair, die Sache des Königs auf das internationale Gebiet hinüberzuführen, bewährte er gleich in seinem ersten Schreiben, einem Memorandum über die Genesis des böhmischen Kirchenstreites, adressiert an König Matthias von Ungarn, thatsächlich aber an alle Fürsten Europas gerichtet, um sie zum Eintreten für gemeinsame staatlich-politische Rechte und Principien zu vermögen, seine alte juridische Schärfe und tiefe Ge-

[1] Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 384ff. Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 81.

[2] Ermisch, Studien 21 und Anm. 44.

[3] Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 389—390.

lehrsamkeit;[1] wohl versah er auch sonst sein schweres Amt mit ganzem Nachdrucke und voller Kraft, wie die zahlreichen Schriftstücke, die in jenen Tagen aus der böhmischen Kanzlei hervorgingen, seine vielseitigen Korrespondenzen beweisen. Mit der Schenkung der Herrschaft Chwatěrub und des Gutes Mühlhausen lohnte ihm der König die treu geleisteten Dienste.[2] Aber hieß Gregor Heimburg in seine Dienste nehmen nicht für Podiebrad, auf jeden Ausgleich mit der Kirche verzichten, war und blieb er nicht jener gefürchtete Streiter, der die Kurie stets dort traf, wo sie am verwundbarsten war, der ebenso kühn und geistvoll, wie leidenschaftlich und rücksichtslos, ihre Gebrechen und Fehler aufs schonungsloseste offenlegte und die Erbitterung maßlos steigerte? Und es war dies nur eines von mehreren Momenten, die Heimburgs Thätigkeit in Prag verhängnisvoll gestalteten.

Dem Könige selbst wird man aber diesen Fehlgriff am ehesten verzeihen. Für ihn, der keine weitere Bildung genossen, war es genug, wenn er erkannte, der große Streit mit Rom müsse auch auf dem Gebiete des Geistes durchgefochten werden. Der Utraquismus, für den er eintrat, die czechische Universität, Rokyzana und seine Priester, deren Dogmen er mit dem Schwerte zu verteidigen berufen war, die hussitischen Bürger und Ritter versagten ihm da die stützende Hand. Wie hatte einst und noch zu Beginn des Jahrhundertes an der Hochschule der Wettkampf heimischer und fremder Magister die Forschung gefördert, war der Lehrer in der eigenen Thätigkeit dem Jünger zum Musterbilde geworden und in Tausenden aus nah und fern der schlummernde Funke des Genius erwacht! Und wie jämmerlich ging es rückwärts mit der Blüte der Universität, seit einst nationale Unduldsamkeit in blindem Haß und Hochmut den zugewanderten Professoren die alte Stätte des Wissens verschlossen, seitdem die Böhmen selbst sich vom belebenden Verkehre mit den deutschen Nachbarn zurückgezogen hatten, und dies zur Zeit, als der Humanismus seine segensvollen Wirkungen zu üben begann. Sowie der reformatorische Gedanke in der Kelchnerlehre verkümmert und deren Merkmale zur gehaltlosen Äußerlichkeit geworden, so war auch in der czechischen Nation der wissenschaftliche Geist erloschen und jene Reihe von Männern längst

[1] Vom 28. Juli. Gedruckt schon bei G. Dobner, Monum. histor. Bohem. II. 418—429; in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 181—190, Nr. 329; Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau I. 316—326. Vgl. darüber Müller, Reichstagstheatrum II. 250—258 und Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 393—395, und Anm. 254.

[2] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 392—393. Schenkung vom 1. Juni 1469.

ausgestorben, die als Theologen und Philosophen, als Historiker und Diplomaten, als Lehrer und Künstler auf die Geschicke des Staates und Volkes wohlthätigen Einfluß genommen hatten. Kaum besaß noch jemand in den Tagen König Georgs Geschick und Neigung, sich um die großen Zeit- und Streitfragen zu kümmern, und neben Priestern, welche in beschränktem Hochmute vermeinten, daß sie, nach den Worten des Breslauer Stadtschreibers, allein Gottes Wort richtig verstünden, und sich mit mäßiger Bibelkenntnis und einer gewissen Übung in Streit- und Predigerberedsamkeit begnügten, gab es durch fast drei Menschenalter in Böhmen kaum eine Pflege der Geschichtschreibung, der Kunst und schönen Litteratur. Und auch die wenigen, die eine Ausnahme bildeten, waren ziemlich durchweg Katholiken, Geistliche und Weltliche,[1] und hatten, was sie kannten, in der Fremde gelernt.

Für Gregor Heimburg waren die böhmischen Zustände zu neu und verwickelt, als daß er trotz der Schärfe seines Geistes Fehlgriffe zu vermeiden gewußt hätte; zudem bestimmte ihn oft genug heißes Empfinden nicht minder als den König. So suchte er Allianzen, wo sie nicht zu finden waren: In der Freiheitsliebe der europäischen Völker und der Neigung der Fürsten zu staatlicher Selbständigkeit den Übergriffen der Kurie gegenüber, dann bei Ungarn,[2] wo er mit gewesenen Sympathien für Böhmen rechnete, bei dem Dogen von Venedig, an den ihn frühere persönliche Beziehungen knüpften.[3] Der Ungarkönig sah aber in dem böhmischen Manifeste wenig mehr als hohle Phrasen; erzürnt auf König Georg wegen der Verwüstung seines nordwestlichen Grenzgebietes durch die Žebraken, für deren Beginnen er ebenso wie der Kaiser den böhmischen Herrscher verantwortlich machte, ließ Matthias sich schon im Spätjahre 1466 nur durch den deutlichen Wunsch der Kirche, seine Kraft für den Türkenkrieg zu sparen, und durch die gefahrdrohenden Vorfälle an der Südgrenze

---

[1] Neben den beiden Rabenstein, Prokop und Johannes, dann Jost von Rosenberg, Wilhelm von Riesenburg und Rabie, Paul Žídek, dem späteren Bohuslav von Lobkowitz und Hassenstein, stehen für diese Zeit etwa Rokyzana, Ctibor Towatschowsky und die Verfasser der Staří letopisowé.

[2] Abgesehen von dem Manifeste vom 28. Juli vergl. man Heimburgs Korrespondenz mit Johannes Vitéz, die auch wegen des heftigen Tones gegen den Kaiser beachtenswert wird.

[3] Daß er diese Beziehungen sofort zu verwerten strebte, zeigt das Postskript zu dem Schreiben, das er am 18. Juli an den in Mähren weilenden König sandte. Font. rer. Austriac. XX. 409, Nr. 360. Eine Reihe von Korrespondenzen mit Venedig aus etwas späterer Zeit im Manuscr. Sternb.

seines Reiches vom Angriffe auf Böhmen zurückhalten.[1] In Venedig fehlte jetzt und später alle Lust, sich der Hussiten wegen mit dem Papste zu veruneinigen.

Dagegen verleitete Heimburg, erfüllt von alter Abneigung gegen den Kaiser, seinen Herrn zu neuer Verletzung seines defensiven Systemes, indem er dessen Abneigung gegen Friedrich III. bei jeder Gelegenheit nährte und ihn auch bald wieder dahin brachte, mit den Aufrührern in Oberösterreich in nur zu bedenkliche Beziehungen zu treten.

So bildete das Ersuchen von fünf schlesischen Fürsten, Heinrichs von Glogau-Crossen, Konrad des Älteren und Konrad des Weißen des Jüngeren von Öls-Kosel, Nikolaus von Oppeln, Prschemysls von Ausch-witz-Tost und Friedrichs von Liegnitz, der Papst möge dem Könige nochmaliges Gehör vergönnen, den einzigen sichtbaren Erfolg von Heimburgs Thätigkeit.[2] Denn wenn der Kaiser, trotz allem der einflußreichste und seit langen Jahren für den König thätigste Bundesgenosse, im Juli 1466 wieder dem Papste schrieb, es möchte den Prozessen gegen Böhmen noch bis zum Fasching 1467 Einhalt gethan werden,[3] so war dies gewiß nicht das Verdienst der böhmischen Diplomatie. Die Kurie aber verfolgte mit nicht geringer Sorge gerade auch das Benehmen des Reichsoberhauptes, zumal da im August wirklich die Ausschreibung jenes allgemeinen Reichstages nach Nürnberg erfolgte:[4] Schon wurde der Herrenbund aufgefordert, zum Zwecke weiterer Vereinbarungen einen Vertreter nach Rom zu entsenden und, um weiteren Verwickelungen vorzubeugen, die Fortsetzung des Rechtsverfahrens gegen Podiebrad nach den kurialen Ferien beschlossen; bis dahin, so hoffte man, konnte auch der Friede zwischen Polen und dem Deutschherrenorden zustande gebracht sein, für den man jetzt den Hochmeister außerordentliche Opfer bringen lassen wollte.

In Böhmen gingen die Hoffnungen, welche der König auf persönliche Beredungen mit den Häuptern des Herrenbundes gesetzt, nicht in Erfüllung. Die Herren kamen nicht nach Prag. Schon hatte die große Masse gegen sie allenthalben in ihrer Weise Partei ergriffen: es ergoß

[1] Das Quellenmateriale dafür bei Jos. Graf Teleki, Hunyadiak kora Magyarországon XI. 164—251. Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 406ff.

[2] Vom 1. September 1466. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 192—195, Nr. 333. Vgl. dazu auch H. Markgrafs Anmerkung S. 195.

[3] Nach dem Schreiben des Papstes vom 4. August an die Breslauer. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 191, Nr. 330.

[4] Schreiben Papst Pauls an den Kaiser vom 2. Oktober. Script. rer. Siles. IX. 197, Nr. 335. Der Papst sprach die Hoffnung aus, man werde von ihm nichts Unrechtes begehren.

sich über sie eine Flut von Spott und Schmähungen. Die Barone erfuhren zudem, daß sich der König eben in letzter Zeit mit Klagen über sie und der Bitte um die vertragsmäßige Hilfe an die befreundeten deutschen Fürstenhöfe gewendet habe. Deshalb lud Zdenko von Sternberg auf Margareta (13. Juli) seine Gesinnungsgenossen wieder zu sich nach Grünberg, wo nun auch die Herren die Absendung neuer Hilfegesuche ins Reich beschlossen. Sie legten den Briefen ein Spottlied bei, das sich in unflätigen Schmähungen gegen sie und die Pilsener, gegen den Papst und die katholischen Geistlichen erging.[1] Ebenso erließen die Pilsener neue Ausschreiben.[2]

Bald genug erkannten die Unzufriedenen, daß ihre politische Opposition hoffnungslos, eine Erstarkung durch den Anschluß der katholischen Mährer, Schlesier, Lausitzer und auswärtige Hilfe nur dann zu erwarten sei, wenn sie die Verteidigung des Glaubens und der Rechte der Kirche auf ihre Fahne schrieben, daß es für sie, wollten sie nicht einzeln das Schicksal des Plauener Herrn über sich ergehen lassen, keinen anderen Weg gebe, als Unterwerfung oder Anschluß an Rom. So wurde denn die folgenreiche Umwandlung der Grünberger Vereinigung zum Schutze ständischer Rechte in eine religiöse Liga beschlossen und dafür ein neuer Tag in Aussicht genommen. Der Pfarrer von Neuhaus, Dr. Elias Pfann, ging zum zweitenmale nach Rom.[3]

Am 8. September tagten mit Katholiken der Nebenlande der Krone die Mitglieder des Herrenbundes zu Zittau. Schon der Versammlungsort beweist, wo man zunächst auf Unterstützung rechnete. Als Stellvertreter des Legaten erschien der kluge, welterfahrene Minorit Bruder Gabriel von Verona. Aber nicht er, sondern der Breslauer Bischof beherrschte die Versammlung, und seinem Rate stimmten alle zu, man könne „allein ohne merkliche Hilfe mit Girsik nicht kriegen"; die Fehde dürfe also keineswegs sofort begonnen werden; man wolle vielmehr „die Sache aufs längste hinausziehen" und sich von dem Könige den Waffenstillstand verlängern lassen, währenddessen die Herren „auf Rat und Hilfe überall gedenken"

[1] Das Schreiben an Herzog Wilhelm von Sachsen in den Font. rer. Austriac. XLII. 391—393, Nr. 282. Das Spottgedicht ebendort 393—394, Nr. 283.

[2] Am 11. Juli. Original im Weimar Gesamtarchiv, Reg. B, pag. 320, Nr. 21. Der Brief, an Herzog Wilhelm von Sachsen gerichtet, wurde wieder dem Könige nach Prag zugesandt. Dessen Antwort vom 12. Oktober bei Ermisch, Studien 107—108, Beilage Nr. 1.

[3] Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 313. Johannis Rabensteinensis dialogus im Archiv für österr. Geschichte LIV. 376.

sollten. Aber Zdenko von Sternberg wurde zum obersten Bundeshauptmann bestellt und die Katholiken des Königreiches aufgefordert, der Liga, die zum Schutze der Religion geschlossen sei, beizutreten.[1] Die Breslauer waren im August wirklich von bewaffneten Feindesscharen bedroht, indem Stibor Towatschowsky von Zinnenburg (Čimburg) und andere Hauptleute des Königs, die an der Spitze von etwa 4000 Brüdern aus Mähren herangezogen waren, zugleich aber auch die Vögte der Ober- und Niederlausitz und fast die gesamte Mannschaft der beiden Markgrafschaften die Fehdebriefe übersandten, ohne daß es aber zu ernstlichen Kämpfen kam;[2] sie zeigten sich sehr ungehalten, daß die Zittauer Versammlung auf ihre Bitte um Beistand wieder nur Vertröstungen für die Zukunft hatte.

Bei allem war in Zittau die Sorge übrig geblieben, daß der König die Absicht der Herren durchschauen und die Fortdauer des jetzigen Zustandes erweitern würde. Man hatte für diesen Fall vereinbart, einen Reichstag des gesamten Königreiches nach Brünn oder Olmütz in Vorschlag zu bringen; bis dahin mußte dann der Friede aufrecht bleiben und konnte die Liga die notwendige Ausgestaltung und den auswärtigen Rückhalt erlangen.[3]

In der That widersprach König Georg jeder Verlängerung der Waffenruhe auf das entschiedenste: Die Herren sollten ihm als ihrem Könige gehorsam sein, oder sich seiner Fehdeansage versehen. Auch die Fürsprache des Olmützer Bischofes wollte nicht verfangen. Ohnehin nahte auch bei Prothas der Moment, in welchem ihn seine kirchliche Würde zum Anschlusse an die katholische Partei drängen mußte; befand er sich doch bereits mit dem Oberhaupte der Kirche in argem Konflikte, so daß in Rom die Sperrung der Temporalien und die Verhängung noch schärferer Strafen über ihn beraten wurde.[4]

---

[1] Wesentlich nach Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau I. 339—340. Markgraf, Die Bildung der katholischen Liga 258—260 stellt die Vorgänge des Tages zum Teile anders dar.

[2] Zahlreiche Fehdebriefe (von 96 Herren, Rittern, Knechten und Hauptleuten mit ihren Freunden und Gefolgsmannschaften) im Breslauer Stadtarchive. Vgl. über diese Ereignisse Eschenloer, Geschichten I. 337; das Schreiben des Legaten Rudolf vom 20. August an die polnischen Bischöfe in den Scriptur. rer. Silesiac. IX. 191—194, Nr. 322. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 401—402.

[3] Gegen Markgraf a. a. O. möchte ich daran festhalten, daß die Bischöfe in erster Linie auch mit dem allgemeinen Landtage nichts weiter als Zeit gewinnen wollten.

[4] Die Sperrung der Temporalien wurde wirklich ausgesprochen. Vgl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 415 und Anm. 269; ferner Font. rer. Austriac. XX. 404—406, Nr. 357 und 358.

So mußte der Herrenbund sich schließlich dazu verstehen, daß der König die Waffenruhe zwar bis Georgi (24. April) 1467 verlängerte, jedoch unter der Bedingung, daß bis dahin die beiderseitigen Ansprüche und Beschwerden endgültig durch ein Schiedsgericht beigelegt würden; Bischof Prothas und der Oberstlandrichter Johann von Hasenburg sollten als Vertreter der Herren mit dem Herzoge Konrad dem Schwarzen von Öls und Zdenko Kostka von Postupitz als den königlichen Räten zu Lichtmeß 1467 in Neuhaus zusammentreten und den Spruch thun.[1]

So schien dem Könige die endliche, friedliche Verständigung mit seinen mißvergnügten Unterthanen in befriedigende Nähe gerückt. Bis dahin hoffte er, daß es auf dem Nürnberger Reichstage dank der Förderung des Kaisers und seiner engen Freundschaft mit den mächtigsten Fürstenhäusern, dann bei dem gemeinsamen Interesse, das ja die weltlichen Mächte zwingen mußte, die Übergriffe der geistlichen Gewalt abzuwehren, endlich infolge der dringenden Notwendigkeit eines Türkenzuges, welchen jeder Streit im Schoße der christlichen Staatenfamilie störte, zu Beschlüssen kommen werde, welche den römischen Hof wenigstens für die nächste Zeit zur Einstellung der Feindseligkeiten nötigten.

Der Verlauf des Nürnberger Martinitages rechtfertigte jedoch diese Erwartungen nicht. Damit in der böhmischen Sache nichts versäumt werde, hatte die Kurie des Königs unermüdlichsten und giftigsten Feind als Legaten dahin entsendet, den Dalmatiner Dr. Fantinus. Die Sendboten aus Böhmen, der Lausitzer Landvogt Albrecht Kostka und Benedikt von Weitmühl, hatten auch noch kaum das Weichbild der alten Reichsstadt betreten, als Fantinus gegen sie als eines Ketzers Diener und Helfer die Bulle vom 6. August 1465 in Anwendung brachte, allen Gottesdienst in Nürnberg einstellte und gegen die Zulassung der Böhmen zu den Verhandlungen des Reichstages Protest erhob. Die kaiserlichen Gesandten, Ulrich Freiherr von Grafeneck, Graf Ulrich von Sulz, der Reichsmarschall Heinrich von Pappenheim und Hans der Ältere von Schaumburg, waren offenbar auf diesen Zwischenfall nicht vorbereitet und wagten keine Entscheidung. Von den anwesenden Fürsten, Markgraf Albrecht von Brandenburg, Herzog Otto von Bayern-Neumarkt, Graf Eberhard von Württemberg und Bischof Georg von Brixen, sprachen sich wohl die einen, unterstützt von einer Anzahl kurfürstlicher und fürstlicher Gesandten, für die Zulassung der böhmischen Botschaft aus, aber andere und natürlich die

[1] Die Belege im Archiv český IV. a. a. O. Eschenloer, Geschichten I. 340—341. Vgl. Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 413—414.

geistlichen Fürsten und Fürstenräte[1] insgesamt stellten sich auf die Seite des Legaten.

Dessen harten Sinn zu beugen blieb unmöglich. Als Kostka und der Weitmühler am 19. November in der Sitzung erschienen, entfernte sich Fantinus sofort und das gleiche wiederholte sich, so oft die Böhmen versuchten, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die kaiserlichen Gewaltträger thaten gegen alle Erwartung und des Königs Voraussetzung nichts, ihnen zu ihrem Rechte zu verhelfen, und die Hilfe, welche sie seitens der befreundeten Fürsten und Räte von Sachsen und Brandenburg erlangten, erwies sich als unzureichend.[2] Die königlichen Abgesandten mußten sich begnügen, in einer Denkschrift[3] an die Reichstagsversammlung auf den lebendigen Eifer ihres Herrn für das Zustandekommen des Zuges, die Verdienste, die er vordem bereits in dieser Hinsicht sich erworben und seinen Entschluß, im Falle der Not dem Ungarkönige rascher und ausgiebiger als jeder andere christliche König und Herrscher Beistand zu thun, hinzuweisen. Zu Worte kamen die Böhmen nach allem auf dem Tage ebensowenig, als eine Abstimmung über die Sache ihres Königs stattfand. Es blieb den sächsischen und brandenburgischen Fürsten nichts anderes übrig, als, falls überhaupt etwas aus dem Reiche für den befreundeten böhmischen Herrscher unternommen werden sollte, dies allein zu thun. Sie beschlossen auch, Räte nach Rom zu senden, welche unterwegs in Wiener-Neustadt die Teilnahme und Förderung des Kaisers erbitten sollten.[4] Darüber setzte man sich auch mit dem Prager Hofe in nochmalige Verbindung.

[1] Vgl. Gemeiner, Regensburger Chronik III. 410, wo sich der König bei der Stadt Regensburg über die Haltung ihres Bischofes beschwert.

[2] Sowie Markgraf Albrecht sich durch nichts beirren ließ, die Vermählung seiner Tochter mit Heinrich von Böhmen zu betreiben, so stand auch Kurfürst Friedrich von Brandenburg mit dem Könige seit 1463 auf freundschaftlichstem Fuße. Noch im Juni—Juli hatte er versprochen, dessen Angriff auf Breslau zu unterstützen (Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 403) und unmittelbar vor Beginn des Reichstages mit Ernst von Sachsen zu Jüterbogk ein gemeinsames Vorangehen zu Nürnberg vereinbart. Ermisch, Studien 36 und Anm. 81. Der Tag ist erwiesen durch Ludewig, Reliquiae manuscr. X. 582.

[3] Daß es eine Denkschrift und nicht wie Palacky meinte eine „Ansprache an die versammelten Stände" sei (Überschrift zu deren Abdrucke in den Font. rer. Austriac. 415—418, Nr. 366) zeigt neben vielem anderen der Schlußsatz: In cujus rei testimonium signacula nostra presentibus sunt impressa.

[4] Daß die Sachen so verliefen und von Reichs wegen also nichts geschah, ist mir völlig klar und ergiebt sich auch daraus, daß der Kaiser die Fürstengesandten hinterher bloß „als Sendboten, so von Herzog Ernsts, Herzog Wilhelms von Sachsen und Mark-

Der König hatte sich noch kaum von dem so durchaus unerwarteten und ungünstigen Ausgange des Nürnberger Reichstages erholt, als ihn ein neuer Schlag traf, gewaltiger, vernichtender als alle früheren.

Man hatte in Rom den Vorgängen in Böhmen und den Nachbargebieten mit steigender Besorgnis zugesehen. Daß Breslau ernstlich von einem königlichen Heere bedroht wurde und dabei von dem Zuzuge brandenburgischer und meißnischer Scharen die Rede war, die befremdliche Haltung Bayerns, das noch eben Fürbitte für den böhmischen Ketzer eingelegt hatte, die Unbotmäßigkeit Sachsens und Albrechts von Brandenburg gegen die römischen Gebote in der plauenschen und der Heiratsangelegenheit,[1] das Zurückweichen des Herrenbundes, die Einberufung des Nürnberger Reichstages waren Momente, wohl geeignet, die unbehagliche Stimmung in Rom noch gedrückter zu machen. Mit Sehnsucht harrte Papst Paul seit Beginn Oktober auf die Nachricht von dem Abschlusse des Friedens zwischen Polen und Preußen, auf eine Erklärung König Kasimirs, nach dem Wunsche des heiligen Stuhles und aus Erkenntlichkeit für die Förderung seines Interesses in der preußischen Sache, die kirchlichen Censuren gegen Böhmen mit dem Schwerte vollstrecken zu wollen. Schon hatte er auch in sicherer Erwartung eines solchen Entschlusses des Polen dem Kaiser die unverzügliche Durchführung der Prozesse angekündigt[2] und die Breslauer damit getröstet,[3] schon wurden die Bitten der fünf schlesischen Herzoge fast ungnädig zurückgewiesen[4] und auf die Ausschreiben Heimburgs eine scharfe

---

graf Albrechts von Brandenburg wegen hier gewesen sind", bezeichnet. Ihr Anbringen an den Papst nach dem auf die Teilnahme auch der anderen kurfürstlichen Häuser berechneten Entwurfe Gregor Heimburgs a. a. in den Font. rer. Austriac., XLII. 363—370, Nr. 276. Daß die Fürsten ihre Räte über Wiener-Neustadt zu schicken beschlossen, zeigt, daß sie die Haltung der kaiserlichen Räte in Nürnberg doch ganz anders ansahen, als dies in Prag geschah. Über die Haltung Ludwigs von Bayern, der noch 1467 einen schwachen Versuch zu vermitteln unternahm, vergl. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 263—266.

[1] Des Papstes letzte Ermahnung vom 10. Oktober 1466 in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 198, Nr. 337 C. Ein bezügliches Schreiben (wohl vom selben Tage) an den Bischof von Eichstädt in der „Kanzlei des Königs Georg von Böhmen," registriert v. H. Markgraf im Neuen Lausitzschen Magazin, Bd. 47 Heft 2 (Görlitz 1870) 214ff., Nr. 38.

[2] Schreiben vom 2. und 10. Oktober. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 197, 198. Nr. 335 und 337 B.

[3] Ebendort 198, Nr. 337 A. Der Papst schreibt: Instruitur continuo processus adversus eum, edicta publicantur variis in locis, citatur solemniter ad ea, que singulis diebus aguntur, et nihil eorum usque ad finem omittitur, que ad celerem et bonam expeditionem pertinere putentur.

[4] Rom am 5. November. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 198, Nr. 338. Jacobi

Gegenschrift aus der Feder Carvajals verbreitet.[1] Aber der polnische König sah in der Krone Böhmens, welche der Legat für ihn oder einen der Söhne als Preis der Exekution in Aussicht stellte, weniger einen Zuwachs an Macht und Ehre, als den Anlaß zu langwierigen und gefahrvollen Kämpfen. Als daher der Bischof von Lavant nach Beendigung der Friedensgeschäfte die böhmische Sache zur Sprache brachte, ließ sich Kasimir durch das lockende Anerbieten nicht verblenden, auch dann nicht, als ihm der Legat den sofortigen Anschluß Schlesiens und der Lausitzen und des heiligen Vaters höchste Gunst auch in anderen Angelegenheiten versprach. Mit der Ausflucht, seine Räte seien nach den Mühen der letzten Verhandlungen und der Pest wegen nicht mehr so lange, als die Beratung dieses wichtigen Gegenstandes erfordere, in Thorn zurückzuhalten, beschied er Rudolf auf den Landtag von Petrikau (Mai 1467); dort solle ihm endgültig Antwort werden. Das war unter den obwaltenden Umständen fast soviel, wie eine Abweisung, welche die Kurie nur schwer ertrug. Es half auch nichts, daß dem Könige seitens des Papstes die Übernahme der Exekution gegen Böhmen als Bedingung der Bestätigung des Thorner Friedens hingestellt wurde.[2] Sowie König Kasimir noch eben den böhmischen Nachbar zur Begleichung der Irrungen, welche die auch im polnischen Grenzlande verübten Räubereien der Brüderrotten hervorgerufen, bereitwillig die Hand geboten hatte,[3] so erhärtete er auch jetzt die Absicht, mit Böhmen im freundlichen Einverständnisse zu bleiben, indem er seiner wegen des Friedens nach Rom ziehenden Gesandtschaft aufgab, in Prag eine beruhigende Erklärung abzugeben.[4]

Aber die Berichte Fantinus' über die Vorgänge auf dem Nürnberger Reichstage, welche die Sachlage im Reiche, wo das Gift der Ketzerei

card. Piccolom. comment. schreiben über alle diese Dinge p. 437: Caesar per id tempus ad Georgii gratiam, qui ea de re legatos ad se miserat, cum Pontifice agit, ut in tercium adhuc mensem sententia differatur, spem sanitatis ablatam ostendens. Pontifex vana omnia reputans dilationibus non esse amplius locum respondet, ab omni humanitate catholicorum auxisse illum dicit improbitatem, perdendum amodo esse, quod tam longo spatio sanari haud quaquem potuerit. Hortatur etiam illum Theutonesque alios ad tuenda Romanae sedis decreta.

[1] Gedruckt in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 203—209, Nr. 344. Über die gleichzeitige Kundgebung des Legaten Rudolf vergl. ebendort Markgrafs Anmerkung S. 206—210.

[2] Hauptquelle dafür ist Dlugoš, Histor. Polon. lib. XIII. 374—376. Vergl. auch Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau I. 339. Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 258.

[3] Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2. 402—403.

[4] Palacky a. a. O. 405.

immer mehr um sich greife, im schwärzesten Lichte malten, schienen andererseits zu fordern, daß der heilige Stuhl ungesäumt einschreite. Die Kurie schwankte und beriet in großer Verlegenheit und Sorge. Da gab, als alle zauderten, der greise Carvajal den Ausschlag: „Warum messen wir," rief er, „alles nach menschlicher Einsicht? Sollen wir in wichtigen Dingen Gott keinen Anteil überlassen? Hilft uns weder der Kaiser, noch der Ungar, noch der Pole, dann, dafür stehe ich, hilft uns Gott aus seiner heiligen Höhe und stürzt das gottlose Haupt! thuen wir nur unsere Pflicht, das übrige wird er schon vollziehen."[1] Die mutigen Worte des verdientesten, angesehensten Mitgliedes der Kurie rissen auch die anderen mit fort. Sofort (21. Dezember) beschloß das Konsistorium, an die Publikation des Endurteiles zu schreiten.

Zwei Tage darauf war eine vieltausendköpfige Menge wie selten versammelt, als vor dem Papste die feierliche Verhandlung begann über die böhmische Ketzerei und die Schuld, die darin Georg Podiebrad treffe. Der General-Advokat de Varencellis schilderte die Gefährlichkeit des Hussitentums und die Vergehen des Königs, der sie hege und pflege. Darauf erhielt der Glaubensprokurator da Gubbio das Wort: „Die Kirche habe", erörterte er, „solchen Dingen nicht ruhig zugesehen; vor langer Zeit sei der König vor ihren Richterstuhl geladen, man habe genau geprüft, wie weit Georg ein Verschulden treffe, ob er seinen Eiden und dem geleisteten Gehorsame Genüge gethan, ob nicht. Die Kommission, welcher der Richterspruch zugewiesen sei, habe ihre Arbeiten vollendet, alles liege bereit, das Urteil zu fällen."

Daß der Angeklagte nicht erschienen war und keinerlei Verteidigung stattgefunden hatte, hinderte den Gang des Verfahrens nicht. Aber man wahrte die Form. Ein Erzbischof und drei Bischöfe traten vor die Thür des Sitzungssaales, um nochmals die Vorladung zu verkündigen und, falls Georg oder ein Vertreter zugegen wäre, ihn in die Versammlung zu geleiten. Selbstverständlich erfolglos! Nun ergriff Papst Paul selbst das Wort, und nachdem er in langer Rede das Vorgehen des apostolischen Stuhles gerechtfertigt, das Verhalten des Angeschuldigten der schärfsten Kritik und Verurteilung unterzogen, auf die Notwendigkeit von Strafe und Buße hingewiesen hatte, befahl er, das Endurteil kund zu geben. Es geschah durch den Mund des Kardinal-Vicekanzlers: Georg oder Jersik von Kunstatt und Podiebrad, der sich das Königreich Böhmen anmaße, sei ein rückfälliger Ketzer und Ketzerbeschützer, ein Verfolger und

[1] Cardin. Papiens. comment. 437.

Unterdrücker der wahren Christen, ein Meineidiger und Kirchenräuber und darum in alle Strafen verfallen, die von Alters auf solchen Vergehen stünden. Darum sei er der königlichen, markgräflichen, herzoglichen und jeder anderen Würde verlustig und entsetzt, und sind ihm solche zu entziehen. Er und alle seine Nachkommen sollen zu allen Würden auf ewig untauglich sein, alle Bannerherren, alle Städte und Unterthanen und alle anderen, die sich mit ihm in Verbindung gesetzt, sie seien in dem Königreiche oder anderswo gesessen, sind von solcher Verbindung, von Eid, Gehorsam und jeder anderen Pflicht, die sie jetzt oder später an ihn knüpfen möge, gelöst und davon entbunden.[1]

Die Folgen dieser Vorgänge waren groß. Nun war jeder Halbheit, jedem Schwanken ein Ziel gesetzt: in den Nachbarlanden wie im Königreiche galt es, sich zu entscheiden für den König oder für Rom. Und ruhig konnte jetzt der gläubige Katholik seine Bedenken und Zweifel der Einsicht und dem Machtgebote Roms unterordnen, das ihn mit der Pflicht des Gehorsams von der Seite des Königs rief.

Aller Widerstand war freilich auch damit nicht geschwunden. Es fehlte in Böhmen nicht an patriotisch gesinnten Männern, deren religiöse Anschauungen jene milde Toleranz atmen, welche sich erst die späteren Zeiten nach harten Kämpfen zu erringen vermochten, die nicht begriffen, warum die Kurie, an die persönliche Verpflichtung eines treulosen Mannes sich klammernd, die Mehrheit eines ganzen Volkes ächtete und unsägliche Leiden über bisher blühende Landschaften brachte; an den Hochschulen zu Leipzig und Erfurt stritt man über Rechtmäßigkeit und Verwerflichkeit des Schrittes des Papstes;[2] andere in- und außerhalb der Krone gedachten mit Schrecken der Leiden des ersten Hussitenkrieges, der überlegenen Macht des Königreiches den benachbarten Territorien gegenüber, des Königs Energie und Kriegskunde; sie suchten in dem beginnenden Kampfe eine Art von kirchlich-politischer Selbstbestimmung zu üben, die ebenso dem Könige unbequem war, wie sie die ganze Entrüstung der Kurie erregte.[3]

Andererseits trat der ganze Gegensatz, in dem sich nicht ohne Schuld der Utraquisten ihr Glaube und kirchliches Wesen zu jenem der katholischen

---

[1] Die Schlußsentenz und Exekutionsbulle zuletzt in den Scriptor. rer. Silesiac. IX. 211—214. Nr. 345 A und B. Vgl. ferner Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 420, Anm. 271.

[2] Johannes von Rabenstein, Johann von Schwamberg, Nachfolger Bischof Josts im Großpriorate von Strakonitz, Wilhelm von Riesenburg zeigen solche Gesinnungen in dem mehr erwähnten „Dialogus Rabensteinensis“.

[3] Auf das Beispiel der Egerer habe ich bereits oben hingewiesen.

Nachbargebiete befand, trat die ganze Abneigung gegen die national-gehässige Richtung der böhmischen Bewegung des XV. Jahrhunderts aufs neue hervor. Es verfehlten die Bannflüche des Papstes ihrer Wirkung nicht: In den großen Massen der Bevölkerungen rings um Böhmen, in den Herzen der leicht entzündbaren akademischen Jugend flammte das Begehren auf, in gemeinsamer Kriegsfahrt nach Böhmen die Ketzer zu vertilgen und die christliche Gesellschaft von solchen Schädlingen zu säubern. Noch greifbarer trat ihre Wirkung natürlich dort hervor, wo sie den Deckmantel abgeben konnten für egoistische Sonderbestrebungen und persönlichen Haß gegen den König.

Zur bestimmten Zeit fanden sich die Parteien in Neuhaus ein, und zwar von seiten König Georgs außer Konrad von Öls und Zdenko Kostka noch der Kanzler Prokop von Rabenstein, Johann von Rosenberg, Wilhelm von Riesenburg und Rabie und andere Räte,[1] dann mit ihren Schiedsmännern sämtliche Mitglieder des Herrenbundes mit Ausnahme des Breslauer Bischofes. Mit allem Ernste gingen die Königlichen an die Sache. Sie legten vor, was sich im Karlssteiner Kronarchive über die Rechte und Freiheiten der Landschaft vorgefunden, sie versicherten nochmals, der König sei bereit zu thun, wozu immer man ihn verpflichtet finde. Als Zdenko Sternberg, der von seiten der Gegenpartei das Wort führte,[2] dem gegenüber die Forderungen der Bündner im ganzen Umfange aufrecht erhielt,[3] produzierte auch Johann von Rosenberg aus seinem Archive, dem, als der ersten Herrenfamilie des Landes gehörig, seit langer Zeit Abschriften aller wichtigen öffentlichen Urkunden einverleibt wurden, alle vorhandenen Briefe, welche die Streitpunkte berühren konnten. Die königlichen Räte machten darauf gestützt gegen Sternberg Einwendungen mancherlei Art,[4] besonders als er verlangte, daß, um die Wiederholung ähnlicher Übergriffe der Krone zu vermeiden, die Freiheiten der Stände noch erst von dem Kaiser, als Oberherrn auch des böhmischen Königs, bestätigt und dieselben mit dem Landesarchive einem der Herren in getreue Obhut übergeben sollten. An-

[1] Johannis Rabensteinensis dialogus l. c. 365: Pro bono autem publice utilitatis in oppido Nove domus ego (Wilhelmus de Riesenburg) cum pluribus ibi te convenimus. Inter collegas aderat nostri Johannis germanus Procopius Rabensteinensis etc,"

[2] Dialog. Rabenst. l. c.: „Consilio inito tu pro tua consuetudine pro aliis concionandi provinciam is ingressus" sagt Wilhelm von Riesenburg zu Zdenko von Sternberg.

[3] Ea quoque supradicta [sc. in regno emendanda] contra Georgum tunc regem cum non mediocri ampulositate adducta sunt. Ebendort.

[4] Ebendort: Que cum omnia nos emendacioni subdita profiteremur etc.

dererseits wiesen Zdenko und seine Freunde jeden Ausgleich auf anderem Wege, als ihre Ansprüche vorschrieben, entschieden zurück, so daß die Verhandlungen scheiterten. Obwohl Sternberg auf die spöttische Frage eines der Königlichen, daß ihn wohl die päpstlichen Censuren in seiner Unnachgiebigkeit bestärkten, öffentlich erklärte, es sei des Papstes und nicht seine und der Seinen Sache, den Glauben zu schützen,[1] so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Mitteilungen des Legaten über die Maßregeln der Kurie, die während des Tages einlangten, dessen Mißlingen verschuldeten.[2] Schon am 27. Februar wurde in Pilsen und Umgebung die Bannbulle feierlich promulgiert.[3]

Unmittelbar darauf erhob sich Dobrohost von Ronsperg, um unter den geänderten Verhältnissen die Kurie zu ersuchen, die ganze Summe ihrer Machtmittel den Herren als Vollstreckern des apostolischen Willens zur Verfügung zu stellen.[4] Er konnte sich überzeugen, daß man in Rom auch jetzt nur dann dazu geneigt war, wenn sie sich dessen Führung und Zwecken völlig unterordneten, so wie sich auch in Böhmen sofort offenbarte, daß eine bloß politische Opposition nirgends, auch nicht einmal in Breslau, als hinlängliche Grundlage erkannt wurde, mit den Herren gemeinsame Sache zu machen.

Reißend schnell drängten sich nun die Ereignisse. Was da auf dem Prager Landtage (24.—27. Februar) beschlossen wurde: Weitere Verhandlungen mit den Baronen zu versuchen, durch die Katholiken des Landes neue Fürbitte bei dem Papste einlegen zu lassen, es blieb bedeutungslos.[5] Erscheinen die Zugeständnisse, welche der König machen wollte, so bedeutend, daß sie früher die Herren wohl befriedigt hätten, so verfehlten sie nun ihre Wirkung. Wie sollte auch da ein Erfolg sein, wo nach wie vor jede Konsequenz mangelte? Wenn der König noch eben inmitten seiner Stände in vielfachen Anklagen alle Schuld an den jetzigen Verwicklungen, ja selbst an den päpstlichen Prozessen auf die Herren schob, wenn er gegen

[1] Dialog. Rabenst. 366.

[2] Über den Tag und seine Konsequenzen vergl., abgesehen von dem Dialogus, noch Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau I. 124, 125. Archiv český IV. 134. Fontes rer. Austriac. I. VII. 224 (Relatio historica) und II. XX. 433, Nr. 276. Von Darstellungen Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2. 425—427. Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 261—262.

[3] Font. rer. Austriac. XX. 434, Nr. 377.

[4] H. Markgraf, Die Bildung der kathol. Liga 79 Anm. 1 und 266.

[5] Vgl. die Aufzeichnung über die Verhandlungen in Font. rer. Austriac. XX. 428—434, Nr. 376.

sie bei den Nachbarn bewaffneten Beistand forderte,[1] wie konnte er da hoffen, daß Zdenko Sternberg gleich darauf die Bedingungen annehmen werde, die er ihm durch Heinrich von Lipa und nochmals unter Vermittlung seiner Gemahlin Johanna anbot? Und wie sollte die Kurie auf die Vorstellungen der böhmischen Katholiken harren, wenn die Appellation gegen die Bulle vom 23. Dezember, welche der König nach Heimburgs Entwurf am 14. April veröffentlichte, den heftigen Paul den Zweiten persönlich angriff, wenn sie ihn beschuldigte, den Weg des Rechtes verlassen und dafür Haß und Zorn Raum gegeben zu haben, wenn sie die Entscheidung durch ein allgemeines Konzil anrief, dessen Berufung bisher durch die Fahrlässigkeit des Papstes unterblieben sei?[2]

Am 20. März 1467 wurde Zdenko von Sternberg von der Kurie als Hauptmann des Herrenbundes bestätigt, worauf er mit seinen Freunden zu Grünberg die Vereinigung erneuerte. Bischof Jobst brachte jetzt die Breslauer und den Prager Dompropst Hans von Kolowrat zum Anschlusse; mit dem Schreiben vom 4. März 1467 stellte sich auch Prothas von Olmütz auf den rein kirchlichen Standpunkt;[3] der Beitritt der Lausitzer, Schlesier und der deutsch-katholischen Städte Mährens zum Bunde stand bevor; man rechnete auf baldige Hilfe aus Polen und den Zuzug von Kreuzerscharen aus dem Reiche. Nachdem der König und die Herren die Fehdebriefe gewechselt, begann auch sofort der Krieg und Georgs heißblütige Art sorgte dafür, daß er rasch an Ausdehnung und Gefahr gewann.[4]

[1] Schreiben vom 2. März an Markgraf Albrecht v. Brandenburg. Font. rer. Austriac. XX. 434, Nr. 378. Über das gleiche Ersuchen an Ernst v. Sachsen vergl. J. Pažout, König Georg v. Böhmen und die Konzilfrage 1467, Arch. f. österr. Gesch. XL. (1869) 352 ff., Font. rer. Austriac. XLII. 402—404, Nr. 294—295; an Kurfürst Friedrich v. Brandenburg: Font. rer. Austriac. XX. 453—454, Nr. 392.

[2] Die Appellation in Font. rer. Austriac. XX. 454—458, Nr. 393.

[3] Als Antwort auf ein von Heimburg verfaßtes Schreiben des Königs vom 25. Februar. Pešina, Mars Morawicus 791. Vergl. Jordan, Das Königtum Georgs von Podiebrad 515—518.

[4] Palacky, Gesch. v. Böhmen IV. 2. 432, 434 ff., Markgraf, Die Bildung der kath. Liga 263—264.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Die Bemühungen im Reiche um den Landfrieden und den Türkenkrieg (1465—1468). Umschwung der Reichspolitik. Ergebnisse. Zustände in Österreich. Der Kaiser und Georg von Böhmen. Matthias von Ungarn das Schwert der Kurie gegen die Hussiten.

Bei den eigenartigen Verhältnissen Deutschlands in diesen Tagen war es, falls die wohlgemeinten Bemühungen des Kaisers für die Sicherung des inneren Friedens gelingen sollten, unumgänglich notwendig, überall das allgemeine Interesse zu betonen und thatsächlich zu wahren, in Anbetracht der steten Eifersucht der Wittelsbacher und Hohenzollern die strengste Parteilosigkeit zu beobachten, vor allen selbst rüstig voranzugehen. Waren aber diese Eigenschaften vereint in dem Regimente Friedrich III. zu finden?

Noch zeigt sich im Sommer 1465 der Friedensgedanke im Fortschreiten begriffen. Hatten die bündnerischen Bestrebungen Ludwigs von Bayern die Abschließung des Ulmer Vertrages vom 23. April 1465 erleichtert, so erbot sich jetzt auch Albrecht von Brandenburg, Einsicht und Einfluß für die Verwirklichung der kaiserlichen Absichten in die Wagschale zu legen. Und war es denn nicht ursprünglich sein Gedanke, daß der Kaiser, gestützt auf den schwäbischen und rheinischen Besitz seines Hauses, die Stände oben im Reiche fester zusammenfasse? Jetzt schien der Moment gekommen, die Ordnungen, die man jüngst für die schwäbischen Lande aufgerichtet, auszuweiten, so daß sie alles deutsche Land bis an den Main und die Mosel umschlossen, der Augenblick da, in welchem die Häupter der beiden großen Fürstengruppen sich nach den Absichten des habsburgischen Kaisers die Hand boten für das allgemeine Wohl. Bald aber änderte sich dies. Der Brandenburger Markgraf übernahm mit Zustimmung des Kaisers in dieser so wichtigen Angelegenheit die Führung, Grund genug, um die bayerischen und pfälzischen Fürsten zu doppelter Wachsamkeit auch den Schritten des Reichsoberhauptes gegenüber zu veranlassen. Und rasch war auch Friedrich III. mit Ludwig von Landshut und dem Pfalzgrafen wieder in mehrfache Irrungen geraten.

Von Herzog Ludwig ließen sich die Kleinode aus dem österreichischen Schatze und die Schuldbriefe, die er von König Ladislaw besaß, durch alle Bemühungen des Kaisers nicht herausbringen. Ludwig sah eben in dem Versprechen, daß ihm „um die Schuld nach Billigkeit Genüge geschehen sollte“, und der Aussicht auf eine „gründliche Einung und Ver-

ständigung" zwischen Bayern und Österreich keine hinlängliche Gegenleistung, noch weniger in dem weitern Artikel des Vertragsentwurfes, daß „alsdann alle Ungnade und aller Unwille, die sich von vergangenen Sachen bis auf den heutigen Tag begeben und verlaufen" haben, „ab und tot" sein sollten.[1] Das habe, schrieb er, der Kaiser schon im Prager Frieden in Aussicht genommen.[2] Trotz einer vertraulichen Mahnung des Unterhändlers, des Bischofs Ulrich von Passau, war Ludwig zu keiner Nachgiebigkeit zu bewegen.[3]

Noch größer war der Unwille mit dem Pfalzgrafen. Derselbe hatte sich gleich nach dem Tage von Öhringen mit dem Freiherrn von Rorbach in Verbindung gesetzt[4] und auf dessen Ermunterungen hin seinen Marschall Bernhard von Bach und den Protonotarius Heinrich Jäger nach Wiener-Neustadt entsendet, ihn im Sinne des Prager Friedens mit dem Reichsoberhaupte gütlich zu vereinigen, auch „mit seinen kaiserlichen Gnaden in sonderliche Verständnis und Einung zu bringen", vor allem die Bestätigung der Arrogation, Regalien und Lehen nachzusuchen.[5] Aber der Kaiser war weit entfernt, diese Dinge als direkt zusammengehörig zu betrachten. Für ihn bildete die Arrogation einen Gegenstand besondern Widerwillens und besonderen Preises, den zu gewähren die Botschaft keine Vollmacht hatte. Jenen Weg, den man andeutete, eine beträchtliche Summe Geldes dafür zu zahlen, wies Kurfürst Friedrich mit Entrüstung von sich, da ihm nicht zustehe zu kaufen, was ihm nach Recht und Billigkeit gebühre.

Die Verwendung des Kurfürsten Ernst von Sachsen hatte so nur den Erfolg, daß der Kaiser eine Botschaft nach Heidelberg schickte, die Gesinnung des jungen Pfalzgrafen Philipp, dem die Kurwürde zustand, zu erforschen. Als sich hier kein Hindernis ergab und Kurfürst Friedrich zur endgültigen Ordnung der Angelegenheit den Bischof Matthias von Speyer und Dietrich von Sickingen zum Kaiser sandte, erhielten sie nicht

---

[1] „Vermerckt, daß zwischen unseren Allergnedigisten herrn dem Römischen kayser und Herczog Luduigen 2c. ain sölhe abred am Freitag vor Oculi (15. März) furgenomen ist." v. Stockheim, Urk. u. Beil. 706—707, Nr. CLXIII.

[2] Ebendort 707— 708, Nr. CLXIV.

[3] „Zedula inclusa scripta man upropria domini Pataviensis." Ebendort 712, Nr. CLXV[a]. April 1465.

[4] Vergl. des Pfalzgrafen Briefe an den Kaiser vom 15. März 1466 bei Müller, Reichstagstheatrum II. 202—203.

[5] Die Instruktion vom 3. April 1464 bei Menzel, Reg. zur Gesch. Friedrich des Siegreichen 418.

einmal eine Antwort.[1] Es war offenbar, daß es da dem Reichsoberhaupte an gutem Willen fehlte, und als bald darauf der Pfälzer die Gefangennahme des Grafen Schaffried von Leiningen durch einen seiner Vasallen, obwohl der Graf unter kaiserlichem Geleite zog, benutzte, um ihn für die Freilassung große Verschreibungen abzupressen, trat Friedrich III. entschieden für seine Gerechtsame ein und förderte bei dem Kammergerichte die Einleitung eines Prozesses gegen den Kurfürsten.[2]

Das alles hätte wohl auf den Gang der Dinge im Reiche nicht störend eingewirkt, auch nicht, daß die Wittelsbacher, unbekümmert um des Kaisers Landfriedenspläne fortfuhren, ihre Stellung durch Einungen und Verbindungen zu stärken. Ebenjenen Matthias Ramung, Bischof von Speyer nahm der Pfalzgraf in seinen besonderen Schirm.[3] Der Bund mit Herzog Johann von Calabrien und Lothringen und dessen Vater Reinhard,[4] dann dem Bischofe Ruprecht von Straßburg[5] folgte nach, ebenso eine Verständigung mit Hagenau, Kolmar, Schlettstadt, Weißenburg, Kaisersberg, Oberehenheim, Mülhausen, Münster im Gregorienthale und Roßheim, wenn auch zunächst nur zu speciellem Zwecke.[6] Da sich der Kurfürst schon früher mit Straßburg, Speyer und Wimpfen verbündet, da alle Wittelsbacher zu München, Landshut, Neumarkt, Heidelberg und Köln unter einander, und zudem mit den Herzogen von Burgund und Sigmund von Österreich, den Bischofen von Bamberg und Würzburg, einer Linie von Hessen und dem Grafen von Katzenellenbogen seit längerer und kürzerer Zeit in Freundschaft und Einung waren, da endlich auch die jüngeren sächsischen Herzoge sich näherten, so konnte dies die Eifersucht Markgraf Albrechts von Brandenburg und wohl auch des Kaisers erregen.

Aber auch dadurch ließ sich Friedrich III. nicht in seiner Haltung beirren, um so weniger, als die Bündnisse des Pfalzgrafen überall die Rücksichten auf Kaiser und Reich wahrten, überall das Oberhaupt aus-

[1] Alles nach dem Schreiben des Pfalzgrafen an den Kaiser vom 15. März bei Müller a. a. O. Vergl. Menzel, Reg. 427—429. Kremer, Gesch. Friedrich des Siegreichen I. 370, Anm. 2, Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1033.

[2] Lünig, Reichsarchiv XXII. 404. Chmel, Reg. II. 445, Nr. 4300. Michel Beheims Rheimchronik in Quellen und Erörterungen III. 185. Vgl. die Darstellung des Pfalzgrafen in seinem Briefe an den Kaiser vom 15. März.

[3] Menzel, Reg. 419. Heidelberg am 25. Juni 1464.

[4] Ebendort 420. Hagenau am 26. Oktober 1464.

[5] Ebendort 423—424. Urkunde vom 30. September 1465.

[6] Es galt, den Grafen Hans von Lupfen zu strafen. Menzel, Regesten 421. Abkommen vom 3. Juli 1465. Mich. Beheims Rheimchronik, Quellen und Erörterungen III. 183—184.

genommen war. Entscheidend wurde, daß die Wittelsbacher sich damit nicht begnügten, daß sie gegen Ende 1465 an die Durchführung eines Planes gingen, den man als die einseitige Fortbildung des im Vorjahre von Markgraf Albrecht und vom Kaiser zum Falle gebrachten böhmischen Reichsreformprojektes betrachten darf, nach allem von Martin Mair während seines Weilens in Prag mit König Georg ausgeheckt.

Sind auch die Nachrichten über den neuen Entwurf dürftig, so lassen sich die Erwägungen, die zu Grunde lagen, doch unschwer erkennen. Wenn das langsame zähe Reichsoberhaupt nicht für die Reform zu gewinnen war, was hinderte denn die Fürsten, unter sich eine solche Vereinigung zu treffen, daß in bestimmten Fällen das Interesse des einzelnen von allen gefördert wurde, daß sie, statt durch stete Gegnerschaft wechselseitig ihre Kräfte zu binden, nun in Eintracht jenen Einfluß und jene Bedeutung erlangten, der ihnen nach ihrer Würde und der Größe ihrer Territorien zukam? Demgemäß war beabsichtigt, daß je zwei Fürsten von Bayern, Sachsen, Brandenburg, Hessen und Böhmen alle früheren Einungen aufgeben und mit einander in einen engen Bund treten sollten, bei dem Kaiser und Papst nicht ausgenommen wären. Die Einungsfürsten werden sich in allen Streitfragen friedlich verständigen, zur Besorgung ihrer Anliegen und, um Friede und Sühne im Reiche zu machen und zu wahren, alle Jahre einmal in Nürnberg zur Beratung zusammentreten und auch sonst oft ihre Räte zusammenschicken, „gute Regierung im Reiche zu setzen“.[1]

Daß der Böhme auch bei diesem Verbande sein Verhältnis zu Rom im Auge hatte, unterliegt nach allem keinem Zweifel. Oder war es nicht offenbar seine Forderung, daß auch der Papst nicht ausgenommen werden sollte?[2] Nicht minder ist aber die Willfährigkeit der Bayern begreiflich. Denn sollte auch der alte Gegner, Brandenburg, in den Verein kommen, so war ihr Einfluß bei der eben jetzt so innigen Verbindung mit Böhmen, infolge der wittelsbachischen Gesinnung des sächsischen Kurfürsten und dessen, sowie des Pfalzgrafen, Beziehungen zu Ludwig von Hessen jedenfalls maßgebend.

Eben das war aber der Grund, weswegen der scharfsichtige Albrecht von Brandenburg die Sache nur sehr bedächtig angriff. Als ihm Wilhelm

[1] Nach dem Briefe des Markgrafen Albrecht von Brandenburg an Graf Haug von Werdenberg vom 24. Februar 1466 im Münchener königlichen Reichsarchiv, Brandenburg.-Ansbach.-Reichstagsakten Bd. V.

[2] Daß in dem Anbringen Herzog Wilhelms von Sachsen an Markgraf Albrecht der Böhmenkönig noch als außerhalb der Abmachungen stehend erscheint, ist mir kein Gegenbeweis. Es galt die Sache so unverdächtig als möglich zu machen.

von Sachsen-Thüringen, der jetzt noch mehr als früher eine vermittelnde Stellung zwischen beiden rivalisierenden Häuptern einnahm, den Vertragsentwurf zumittelte, begehrte er vor allem die „Verschreibung", die ursprüngliche Übereinkunft zwischen Bayern und Sachsen, zu sehen. Das wurde abgelehnt. Um so mehr fand er den Handel verdächtig, war er dagegen.

Noch größern Anstoß erregte das Projekt bei dem Kaiser. Oder hieß die Bildung eines solchen Vereines nicht einen Staat im Staate schaffen, den Einfluß des Reichsoberhauptes durch eine fürstlich-ständische Körperschaft, der von selbst die maßgebende Stimme auch in den allgemeinen Angelegenheiten zufiel, lahmlegen, die Kaisergewalt durch eine Art willkürlichen Reichsregimentes förmlich von der Oberleitung ausschließen? Man begreift, daß sich Friedrich III. durchaus gegen den Plan, als ihm die ersten unklaren Andeutungen zukamen, aussprach, und daß er sich mit allen Mitteln dagegen setzte, als die Durchführung versucht wurde. So kam es, daß er dem Markgrafen, der sich so willig für den Landfrieden erboten hatte, nun auch freie Hand ließ, „unter diesem Scheine" eine neue Reichspartei zu bilden und daneben selbst mit Coërcitivmaßregeln gegen die Wittelsbacher voranging.

Die Markgrafen drängte übrigens ihre eigene, nicht besonders tröstliche Lage zu erhöhtem Eifer. In der pommer'schen Erbsache kamen sie nicht vorwärts; sie mußten sehr froh sein, daß der Vertrag von Soldin (Januar 1466) wenigstens die Anerkennung der märkischen Lehenshoheit über das Stettiner Land enthielt, mit der Bestimmung, daß hier den Hohenzollern Erbhuldigung geleistet werden müsse;[1] es blieb übrigens auch dabei nicht. Im Reiche oben standen sie intimer nur mit Baden und Württemberg: für den jüngeren Grafen Eberhard warb damals Markgraf Albrecht um des Kaisers ältestes Töchterlein Kunigunde.[2] Dafür näherte sich Kurfürst Adolf von Mainz dem Pfalzgrafen,[3] und wurden die bisher so freundschaftlichen Beziehungen zu Kursachsen, wohl infolge der Vermählung des Kurfürsten Ernst mit Elisabeth von Bayern und des erwachenden Selbständigkeitsgefühles der beiden jungen sächsischen Herzoge, dem Einflusse Markgraf Albrechts gegenüber so kühl, daß die Wettiner bereits auch der Wiedererneuerung der brandenburgisch-sächsisch-hessischen Erbverbrüderung von 1457 mancherlei Schwierigkeit in den Weg

[1] Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1. 229.

[2] v. Stockheim, Urk. und Beil. 746—748, Nr. CLXXI. und CLXXI[a]. Schreiben und Instruktion für seine Räte vom 21. und 25. September 1465.

[3] Bund beider vom 3. März 1466, nachdem Adolf schon in der Einung des Pfalzgrafen mit Ruprecht von Straßburg (30. September 1465) von ersterem ausgenommen war. Menzel, Reg. 425.

legten.[1] So wirkten des Kaisers Sorge vor Umsturzgelüsten seiner Fürsten und vielfache territoriale Interessen in gleichem Grade störend ein auf die Lösung der großen Aufgabe der Reichspolitik in diesen Jahren.

Indem Markgraf Albrecht am Landfriedens-Bunde arbeitete, der alle „reichstreuen" Stände des südlichen Deutschlands umfassen sollte, gewann das „reichstreu" noch die besondere Nebenbedeutung von „hohenzollerfreundlich". Und wenn Ludwig von Landshut und der Pfalzgraf eben deswegen besorgten, der Landfriede werde weniger im Interesse des allgemeinen Wohles als zur Förderung brandenburgischer Zwecke gesucht, so hatten sie dabei in einer Hinsicht nicht unrecht.

Die Verhältnisse klärten sich rasch, da der Markgraf bereits auf Lichtmeß 1466 die Fürsten, Städte, Stifte und freien Ritterbünde zwischen dem Oberrhein und Thüringerwald in Sachen des Landfriedens nach Ulm einlud, wobei allein an Ludwig von Bayern-Landshut, den Pfalzgrafen und den Bischof von Würzburg keine Aufforderung erging. Damit waren diese bereits in gewisser Beziehung als Gegner des Kaisers bezeichnet, bekam aber auch das Landfriedenswerk den ersten klaffenden Riß. Gleich der Verlauf der Ulmer Versammlung sollte dieses erhärten.

Die Geladenen waren bis auf die Bischöfe von Regensburg und Basel und Herzog Ludwig von Veldenz insgesammt erschienen; und auch jene versicherten in vorhinein schriftlich ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Tages. Elf Bischöfe, darunter die von Mainz und Trier, die Herzoge von Tirol und Bayern-München, die Markgrafen Albrecht von Brandenburg und Karl von Baden, die Grafen von Württemberg, Montfort, Hohenberg, Kirchberg, Werdenberg, Zorn, Öttingen, Tübingen, Fürstenberg, Helfenstein, Hohenlohe, Lupfen, die Hauptleute der Bünde vom St. Georgenschilde an der Donau und im Hegau, vier Äbte waren persönlich zugegen oder hatten mit 37 Reichsstädten ihre Boten geschickt.

Die Landfriedensvorlage des Kaisers, „der Begriff", wie man sie nannte, ging aus von den unheilvollen Zuständen im Reiche, die nicht gestatteten, daß man, „nachdem das heilige Reich groß, weit und in treffenliche Glieder ausgeteilt" sei, die Ordnung überall zugleich aufrichte; der Kaiser wolle dies also zuerst an einem Orte versuchen, und da die anwesenden Fürsten und Stände jederzeit „des Reiches Bürde williglich tragen halfen," und „getreulich neben seinen Gnaden gehandelt hätten", so solle mit ihnen der Anfang gemacht werden. Sie möchten daher nachfolgende Artikel gutheißen:

---

[1] Ermisch, Studien 17—18. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 255.

1. Alle, die in den Landfrieden gehören, enthalten sich jeder Fehde und Feindschaft gegen einander und aller Unterstützung und Förderung der wechselseitigen Widersacher.

2. Im ganzen Umfange ihrer Gebiete werden die Straßen und der Kaufmann gesichert und wird der Räuberei gewehrt von jedem allein und von allen mit vereinter Kraft, je nachdem es nötig ist und einer den andern dazu ermahnt.

3. Streitigkeiten derer, die im Landfrieden stehen, oder ihrer Unterthanen mit einander werden durch Schiedsrichter oder nach dem Rechte entschieden. — Der „Begriff" enthält darüber eine lange Reihe eingehender Bestimmungen.

4. Wer außerhalb des Landfriedens sich befindet und zu einem, der darin „verwandt" ist, zu „sprechen" hat, dem wird das Recht gewährt, wie jedem Mitgliede des Friedensbundes. Ist er damit nicht zufrieden, so wird er von jenen, die zur Handhabung des Friedens „gekoren sind", ermahnt, sich damit zu bescheiden; thut er es nicht und hebt er an mit Gewalt und Krieg, so soll man ihm gemeinsam wehren, solange und sooft als jene erkennen und es notthut.

5. Wer in dem Landfrieden „verwandt" ist und ihn verletzt, der soll nach dem Spruche jener, die den Frieden handhaben, zur Verantwortung gezogen und gestraft werden.

Der Kaiser werde, heißt es schließlich, den Friedensbund bestätigen; in seinem Namen sollen Hilfeleistung und Straferkenntnis geschehen; den Bundesverwandten wird die Führung des kaiserlichen Paniers verliehen als der Vereinigung jener, „die in alle Wege ein Aufsehen haben" auf das Reichsoberhaupt „als den römischen Kaiser und ihren rechten Herrn".[1]

Nun waren zwar die Anwesenden mit der kaiserlichen Proposition im wesentlichen einverstanden und, was man dagegen vorschlug, wie die Aufnahme von Bestimmungen über die Beilegung alter Händel zwischen den Mitgliedern des zu bildenden Vereins, über die Fehme nach dem Muster der kaiserlichen Reformation von 1442, über die Dauer des Landfriedens u. s. w. wurde von den Bevollmächtigten Friedrich III. gutgeheißen:[2] man kam trotzdem nicht vorwärts, da sich gegen die parteiische Haltung des Kaisers und des Markgrafen die energische Opposition der Wittelsbacher geltend machte.

[1] Der „Begriff" bei Müller, Reichstagstheatrum II. 199—201. Vgl. Chmel, Reg. II. 451, Nr. 4366.

[2] „Die Einrede, so etlich uf ir Gutbedincken in dem obgedachten Begrife gethan haben ꝛc." bei Müller a. a. O. 201—202.

Beide Fürsten hatten ihre Boten nach Ulm geschickt. Herzog Ludwig ließ darauf hinweisen, wie wichtig es sei, daß auch Landshut, Pfalz und Würzburg in den Frieden kämen. „Denn wolle man von Schwaben in das Niederland und gen Frankfurt ziehen, so müsse man durch des Pfalzgrafen Land; von Regensburg und Nürnberg nach Frankfurt bedürfe man des Friedens im Stift Würzburg; wer aber von Franken und Schwaben nach Österreich wolle, könne Bayern nicht umgehen. Dazu komme, daß die Städte mit Bayern selbst lebhaften Handel trieben, so daß sie des Friedens wohl bedürften.“[1]

Solchen wohlbegründeten Ausführungen gegenüber hatte der Markgraf einen schweren Stand. Das Bundesprojekt der Bayern gegen sie auszuspielen, wagte er doch nicht; noch war ja unentschieden, ob es fallen oder Fortgang gewinnen werde, und mit allgemeinen Anklagen, wie der Herzog sei mit dem Kaiser noch nicht gründlich gerichtet, es müßte seiner Majestät schwer fallen, ihn mit anderen gehorsamen Unterthanen in seinen Landfrieden kommen zu lassen,[2] war nicht durchzubringen. Das hergebrachte Zögern und Mißtrauen der Reichsstädter sah in dem Handel so viel Unklares, daß für die endgültige Beschlußfassung ein neuer Tag nach Nördlingen auf den 16. März angesetzt werden mußte.

Noch früher, am 26. Februar, fanden sich die Städteboten in Ulm zu besonderer Beratung ein.[3]

Der Herzog und der Pfalzgraf beeiferten sich gleichmäßig, die Kommunen von feindlichen Schritten abzuhalten. Kurfürst Friedrich that dies mit der Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit, die ihm in wichtigen Dingen eigen waren: Würde es sich wirklich um die Schaffung eines gemeinen Friedens handeln, ließ er durch seinen Rat Dietrich von Caub erklären,[4] so wollte er dies mit Freuden begrüßen und ihn gern annehmen. Aber mehr als verdächtig sei es, daß Markgraf Albrecht, der noch bei allen großen Kriegen Anstifter, Hetzer und Beförderer gewesen sei, sich jetzt als Friedensprediger hervorthue. Man dürfe da wohl annehmen, daß es sich bei der Vereinigung für ihn um besondere Zwecke handle, und jene, die sich mit ihm verbinden wollten, möchten wohl darauf achten,

---

[1] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 252.

[2] Ebendort 252—253, wo auch die Quelle genannt ist.

[3] Nach Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 424—425. Schreiben des Pfalzgrafen an die Städte, und Instruktion für seinen Gesandten zum Ulmer Städtetage, Mittwoch nach Cathedra Petri.

[4] Seine Instruktion vom 22. Februar 1466 bei Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrich des Siegreichen a. a. O.

welches das Ende der Dinge sein werde, zu denen sie jetzt Albrecht einfädele.

Das genügte, um die Städte zu dem Beschlusse zu bringen, jede Sondervereinigung abzulehnen; kaum daß sie noch den Nördlinger Konvent beschickten. Dafür war alle Mühe, sie hier zur Annahme des Friedensentwurfes zu bringen, umsonst, obwohl in demselben sorgsam auf die in Ulm vorgebrachten ständischen Wünsche Rücksicht genommen war.[1] Der Abschied des Tages vom 22. März enthielt die Klausel, daß am 18. Mai ein neuer Tag der beteiligten Stände zu Nördlingen stattfinden sollte.[2]

Diese Versammlung kam entweder gar nicht zustande oder sie wurde nach Donauwörth verlegt, wo man thatsächlich zu Beginn Juni tagte. Ein Erfolg ergab sich nicht. So wenig entsprach die Haltung der Städte den Wünschen Markgraf Albrechts, daß er erklärte: „Sollte ich euere Antwort an unsern Herrn und Kaiser bringen, so möchte seine Gnade gedenken, es wäre eure Antwort aus der bayrischen Kanzlei ausgegangen.“ Er machte nun zwar einen dritten Versuch; indem er sich bereit zeigte, auch dem Herzog und dem Pfalzgrafen, letzteren jedoch nur als Vormund des Kurprinzen Philipp oder als einen Herrn von Bayern, in den Frieden kommen zu lassen, berief er befreundete Fürsten und Städte nach Ansbach zu besonderen Beredungen. Aber eine Vereinigung kam auch da nicht zustande.[3]

Wollte der Kaiser nicht das ganze Friedensgeschäft im Sande verlaufen lassen, so blieb nichts anderes übrig, als mit Aufgebung des eingeschlagenen Weges in alter Weise auf einem Reichstage für ganz Deutschland den Landfrieden beschließen zu lassen.

Neben dem Türkenzuge und der böhmischen Frage stand denn auch die Beschlußfassung über die Herstellung fester Ordnungen im Innern auf der Tagesordnung der kommenden Nürnberger Reichsversammlung.

Bis dahin hatte sich längst auch das Schicksal des geplanten Fürstenvereins erfüllt. Wo Markgraf Albrecht Einfluß besaß, hat er ihn mit ganzem Nachdrucke dagegen geltend gemacht. So wurde der Beitritt des Hauses Brandenburg abgelehnt, der Kaiser aufgefordert, seinem Neffen Ernst von Sachsen jedes Sonderbündnis mit den Wittelsbachern ohne seine Zustimmung zu untersagen,[4] offenbar auch Wilhelm von Sachsen,

[1] „Landfriedens-Projekt ad modum eines Abschiedes“ bei Müller, Reichstagstheatrum II. 206—210.

[2] Müller, a. a. O. 210.

[3] Müller a. a. O. 210, 233. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 255.

[4] Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1. 226.

Hessen und Böhmen[1] in ähnlichem Sinne bearbeitet. Gewiß hat auch der Kaiser nichts versäumt. Zu Beginn Mai war die ganze Angelegenheit abgethan.

Der Markgraf hatte durch Jahre als kaiserlicher Hofmeister und Feldhauptmann das eigene Interesse emsig gesucht; bei manchem gewundenen Handel war ihm das Reich Vorwand und Deckung gewesen. Was er aber jetzt gethan, begründete, wie einst die Vereitlung der deutschen Königspläne Georgs von Böhmen, ein wahres Verdienst um die Nation, welcher so eine schwere Störung in der freilich ungemein schwerfälligen Entwicklung seiner Verfassungsverhältnisse erspart blieb. Es war zugleich ein neuer Beweis loyaler Gesinnung gegen das Reichsoberhaupt, dessen er sich freuen durfte. Er that es aus ganzem Herzen. „Wo der Kaiser hinfährt", schreibt er an seinen Bruder, den Kurfürsten, „mitsamt uns und anderen, die er neben sich zieht, da liegen wir mit ihm ob und unten und bitten desgleichen E. L. und alle unsere Freunde auch zu thun. Das ist das länger göttlichst und ehrlichst Leben und bringt uns niemand aus der Häut ob Gott will, dieweil wir leben, und E. L. und wir wollen es ob Gott will auf unsere Kinder erben, daß wir nie anderst an Papst und Kaiser, unsern rechten Herrn und obersten Häuptern, auch an andern unsern gebornen Freunden, Bundesgenossen und Zugewandten gethan haben, denn frommen Fürsten wohl ansteht".[2]

Der bayerische Reformplan war der letzte ähnliche Versuch, der von Reichsfürsten gegen den Kaiser unternommen wurde, ebenso auf Jahre hinaus der letzte, mit dem sich begehrliche Nachbarn trugen. Seit 14 Jahren hatte Friedrich III. Projekt auf Projekt zum Falle gebracht: Erst war eine ganze Reihe hochstrebender Fürsten aufgestanden, als ihrem Ehrgeize die römische Königskrone neben oder gegen den Kaiser zu winken schien (1453—1461); dann begann, dadurch angestiftet und gefördert, die Territorialität in trotzigem Selbstbewußtsein das Reichsoberhaupt zu mißachten; von Böhmen, Bayern, Ungarn, ja von Oberösterreich aus durch des Kaisers eigenen Bruder schien die völlige Niederwerfung des Trägers der Reichskrone bevorstehend, schien der Kaiser, in Deutschland verachtet und verschollen, zu Zeiten förmlich in seine von inneren Kämpfen zerrissenen Erblande gewiesen. Und trotzdem und bei allen Mißgriffen und Unfällen, die in diesen Jahren nicht ausblieben, hatte Friedrich III. sich nicht bloß

[1] Mit König Georg kam er eben jetzt über die demnächstige Vermählung ihrer Kinder ins reine.

[2] Schreiben vom 28. April bei Riedel, Cod. diplomat. Brandenb. III. 3. 76.

über Wasser erhalten, sondern auch um beide Österreich, die cillyschen Lande und görzisches und ungarisches Gebiet seinen Eigenbesitz erweitert, und im Reiche draußen, abgesehen von jener bedeutungsvollen Vereinigung der schwäbischen Landschaft, wenigstens an moralischem Einfluß gewonnen. Nun endlich machte sich hier überall und unwiderleglich die Meinung geltend, den Kaiser beiseite zu schieben sei unmöglich, alles Anstürmen gegen ihn eitel, er in allem und jedem doch zuletzt maßgebend; nun endlich, als der innere Widerstand aufgehört, gewann das Reichsoberhaupt auch wieder nach außen jenes bescheidene Maß von Aktionskraft, welches die leidigen Territorialverhältnisse gestatteten.

Im Sommer 1466 suchte Friedrich III. die Stellung über den Parteien aufs neue zu bethätigen, die er zu Beginn des Jahres im Drange der Not aufgegeben. Er betraute am 2. Juli den sächsischen Kurfürsten mit der Vollstreckung der Reichsacht gegen die Stadt Lüneburg,[1] sowie er ihn und seinen Bruder Albrecht noch im Januar begnadet hatte.[2] Dem Prozesse gegen Pfalzgraf Friedrich in Sachen des Grafen von Leiningen wurde freier Lauf gelassen: Am 14. August erfolgte der Spruch zu Gunsten des Grafen[3], und zwei Tage später wurde Bischof Matthias von Speyer, des Pfälzers Rat und vertrauter Freund, wegen Übergriffe gegen die speyerische Bürgerschaft hart bedroht.[4] Während Herzog Ludwig von Bayern am 19. Mai 1466 als Obmann in den Streitigkeiten des Hauses Österreich mit den Eidgenossen seinen Spruch that auf Verlängerung der Waffenruhe, binnen welcher ein endlicher Friede gesucht werden sollte,[5] während er sich auch sonst den Habsburgern willig erwies, erging am 15. Oktober ein Mandat an die Pommerherzoge, worin kraft kaiserlicher Auktorität alles, was bisher im Streite mit den Markgrafen von Brandenburg um Stettin geschehen, also auch der Vertrag von Soldin, für ungültig erklärt wurde, weil dieses Land unmittelbares Reichslehen sei und niemand sich unterstehen dürfe, es des Reiches Obrigkeit zu entziehen.[6] Die Klagen und Beschwerden der Markgrafen blieben da ebenso fruchtlos wie

[1] Chmel, Reg. II. 467, Nr. 4544. Vergl. ebendort 455, Nr. 4395.

[2] Ebendort 451, Nr. 4358, und 474, Nr. 4605: Bestätigung des Leipziger Neujahrsmarktes und Verleihung des Schlosses Möringen mit den Bergwerken, die dort die Grafen Mansfeld und Stolberg vom Reiche hatten.

[3] Lünig, Reichsarchiv XXII. 406. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLXIX, Nr. 1065.

[4] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLXIX, Nr. 1066.

[5] Lichnowsky a. a. O. Nr. 1044. Vgl. CCCLXXIII, Nr. 1112.

[6] Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1. 229.

in der leiningenschen Sache die pfälzischen Einwendungen gegen das Urteil des Kammergerichtes.

Es ist ein Beweis für die verhältnismäßig erstarkte Reichsgewalt, wenn der Kaiser in diesen Tagen dem Georg von Fronhofen befahl, zu untersuchen, welche Reichslehen heimgefallen[1], und dem Reichskammerprokurator-Fiskal Jörg Ehinger auftrug, die Bestrafung der Reichsächter und Aberächter zu veranlassen.[2] Und fuhr Markgraf Albrecht fort, den Kaiser mancherlei Umtriebe wegen zu warnen und sich ihm als der treu gehorsame Fürst zu empfehlen,[3] so konnte Dr. Peter Knorre ebenso seinem Herren betreffs des Pfalzgrafen berichten: So stolz er ist und so großen Anhang er hat, so wird doch des Kaisers Gunst von ihm großlich und fleißig gesucht.[4]

Auch der Nürnberger Reichstag, obwohl er erfolglos blieb betreffs der böhmischen Angelegenheit und für den Türkenkrieg, wurde insofern bedeutsam, als wenigstens die Landfriedenssache, woran dem Kaiser aufrichtig gelegen war, vorwärts ging. Daran änderte nichts, daß die Initiative diesmal von den Ständen ausging, indem die Kurfürsten- und Fürstengesandtschaften auf die Abschließung eines fünfjährigen allgemeinen Landfriedens antrugen, den der Kaiser im ganzen Lande unter Androhung der Anklage auf Majestätsbeleidigung (crimen laesae majestatis) und des Reiches Acht und Aberacht gegen jede Art von Selbsthilfe und Unterstützung und Förderung bei solcher verkündigen, den „zu mehrerer Befestigung der heilige Vater bestätigen und gleichfalls bei hohen und schweren geistlichen Pönen zu halten gebieten solle.“[5]

Die Beschlußfassung wurde auf den neuen Reichstag verschoben, der am 19. Juni 1467 zu Nürnberg abgehalten werden sollte.[6] Wirklich blieb es trotz der weitläufigen Erörterungen des Türkenzuges, für den man diesmal sogar zur Abfassung einer Beitragsmatrikel kam, das einzige wirkliche Ergebnis dieser Beratungen, daß die Herstellung des inneren Friedens im Reiche mittels Aufrichtung eines Landfriedens ernstlich vorgenommen, ja auch bereits an die Schaffung eines gesonderten kaiserlichen Kammergerichtes gedacht wurde.[7] Zuletzt sah man die auf dem früheren Tage gestellten

[1] Chmel, Reg. II. Nr. 4460. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1037.
[2] Chmel a. a. O. Nr. 4462.
[3] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 256.
[4] Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1. 231.
[5] Müller, Reichstagstheatrum II. 233.
[6] Ausschreiben vom 20. Februar 1467. Müller, Reichstagstheatrum II. 260.
[7] Müller, a. a. O. 291—292.

Anträge betreffs des Friedens im wesentlichen zum Beschlusse erhoben, worauf sie der Kaiser am 20. August 1467 von Wiener-Neustadt aus feierlich verkündigte.[1]

Es war natürlich erstes Erfordernis für das Gedeihen des begonnenen Werkes, daß man auch ferner rüstig voranschritt, und vor allem für eine angemessene Handhabung der neuen Ordnung sorgte. Dafür gestalteten sich aber die Zustände in Österreich und die Beziehungen des Kaisers zu Böhmen wenig tröstlich.

Man hatte in Niederösterreich an der Befestigung der öffentlichen Verhältnisse rüstig fortgearbeitet. Auf den 10. August 1465 war ein Landtag nach Tulln angesagt.[2] Offenbar sollte die Fehde mit Zdenko von Sternberg und die Aufbringung der Soldgelder, welche nach dem Eggenburger Vertrage den Žebraken zu zahlen waren, die Landschaft beschäftigen. Wie es scheint, kam der Tag nicht zustande. Trotzdem dann Sternberg von allen Ansprüchen und Forderungen zurücktrat,[3] berief der Kaiser die Vertreter der vier Stände auf den 30. November nach Korneuburg, wohin sich für ihn Herzog Albrecht von Sachsen, Bischof Ulrich von Passau und eine Anzahl anderer Räte begaben. Bis gegen Weihnachten wurde getagt, und was dem Lande frommte, freilich mit mehr Ernst und Eifer als Erfolg, vorgenommen.

Die an Wenzel Wiltschko schuldigen 18000 Gulden waren rasch aufgebracht, indem der Adel 10000 Gulden auf sich nahm, worauf 4000 auf die Geistlichen, der Rest auf die Städte geschlagen wurde. Die Kaiserlichen verlangten dabei gleich weitere Maßregeln, vor allem die Aufstellung einer ständischen Landwehr von 200—300 Reisigen unter fünf Hauptleuten, da die Brüderrotten sonst das Geld nehmen, dann aber, statt abzuziehen, eben nur neue Forderungen erheben würden. Dagegen brachte die Landschaft eine Anzahl Wünsche vor, wie bezüglich der Ernennung eines Landmarschalles, der Besserung der Münze, der Fortdauer der Landesumlagen („Aufschläge") u. s. w. Insbesondere wurde begehrt, daß man hinfort das zwanzigste Pfund von Gästen und fremden Kaufleuten nicht mehr nehmen, da sie sonst das Land meiden würden, daß man die neue Abgabe vom Wein im Viertel unterhalb des Wienerwaldes abthue, und die Söldner in Perchtoldsdorf bezahle: Gegenstand

[1] Du Mont, Corps diplomat. III. 1. 377. Vergl. Müller, Reichstagstheatrum II. 285ff. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLXX. Nr. 1189 und 1190.

[2] Das kaiserliche Einladeschreiben an Gamaret Fronauer vom 16. Juli bei Chmel, Reg. II. 436, Nr. 4228.

[3] Siehe oben S. 563. Sein Revers v. 20. Sept. bei Chmel, Reg. II. 436, Nr. 4262.

gemeinsamer Sorge war es, einen Weg zu finden, wie man die verpfändeten Einkünfte von den jetzigen Inhabern, dem von Stahremberg, von Seissenegg, Jörg von Stein, von Wallsee, von Schaumburg einlöse und so die Landkammer wieder kräftige. Endgültig erledigt wurde jedoch nur ein Punkt, bezüglich der Straßenräuber, die für friedlos erklärt wurden, so daß sie jeder überall festnehmen und ihrer Bestrafung zuführen könne. Alles andere blieb, da doch eine Anzahl Herren nicht anwesend war, einem neuen Landtage vorbehalten, den der Kaiser auf den 19. Januar ausschreiben sollte.[1]

Wir hören aber nicht, daß ein solcher zu der Zeit stattfand. Dafür läßt sich aus den Klagen, die König Matthias von Ungarn über verheerende Einfälle der Brüderrotten aus Österreich in sein ödenburgisches Grenzgebiet schon Ende 1465 erhob, erkennen, wie sehr eine gründliche Beseitigung dieser Landplage auch im Interesse des Friedens mit den Grenznachbarn lag.[2] Schon am 12. April mußte der Kaiser ein Aufgebot an die Stände und Unterthanen im Viertel ob dem Wienerwalde erlassen, damit den Brüdern, welche in großer Anzahl über die Donau nach dem Wiener-Neustädter Gebiete gedrungen und Pütten besetzt hätten, Widerstand geschehe; auch König Matthias von Ungarn sei in Rüstung.[3] In der That war es mit dem Treiben dieser räuberischen Scharen zu Ende. Von den Österreichern und Ungarn bedrängt, wandte sich die Hauptmasse derselben nach Mähren, wo aber Herzog Victorin als Landeshauptmann ihnen gleichfalls hart zusetzte. Nochmals im Juni brachen zahlreiche Rotten ins Niederösterreichische vor, so daß sogar das Land ob der Enns um Hilfe ersucht werden mußte;[4] sie wurden jedoch rasch wieder verdrängt. Zu Beginn Juli kam König Georg von Böhmen selbst nach Mähren; und nach neuen Kämpfen nahm er die Hauptmasse der Söldner, darunter auch die Rotten des berüchtigten Wiltschko in seinen Dienst, die anderen wurden zum Abzuge über die ungarische Grenze gebracht, wo sie zu Beginn des nachfolgenden Jahres ihr Schicksal ereilte.[5]

Kaum schien so der Anlaß zu den größten Übeln beseitigt, als des

---

[1] Einen eingehenden Bericht über diesen bisher unbekannten Landtag fand ich in Cod. German. 703, fol. 1—8 der Münchener kgl. Hof- und Staatsbibliothek.

[2] Man vergl. dazu Pray, Annales IV. 18; Chmel, Reg. II. 450, Nr. 4342 und 4343; Lichnowsky, Reg. zu VII. 1021 und 1022.

[3] Chmel, Reg. II. 458, Nr. 4440. Lichnowsky a. a. O. 1034.

[4] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1049. Aufgebot v. 16. Juni.

[5] Palacky, Gesch. v. Böhmen IV. 2. 400—405. Auch Anonym. chron. Austriac. 315 gehört hierher.

Kaisers Lässigkeit und der Übermut der österreichischen Barone neue Gefahren heraufbeschworen, welche der in Böhmen entbrennende Bürgerkrieg um so bedenklicher machte. Als Jörg von Stein nach Ablauf der bedungenen Frist Steyr herausgeben sollte, weigerte er sich, da ihm die bedungene Barsumme nicht bezahlt worden war. Als man den Ernst versuchte, setzte er Gewalt entgegen. Mit ihm verband sich Wilhelm von Puchheim, erbittert darüber, daß ihm die kaiserlichen Hauptleute sein Schloß Rauheneck zerstört und die Seinen, welche man dort ergriffen, gefangen hielten. Freilich hatten sie in frechem Übermute versucht, die Kaiserin und ihr Gefolge auszuplündern, als sie nach dem Gebrauche der warmen Quellen zu Baden gegen Neustadt fuhr.[1] Verwegene Gesellen fanden sich zu jenen als bereitwillige Helfer. Noch im Spätjahre 1466 wurde in Oberösterreich und des benachbarten Striches des Landes unter der Enns gekämpft,[2] beiden Fürstentümern schwerer Schaden gethan.

Gefährlich wurde der Streit aber erst durch die Einmischung des Königs von Böhmen. Unsere Nachrichten melden nicht, ob sich im Sommer 1466 der frühere diplomatisch-freundliche Verkehr zwischen dem Kaiser und König Georg wiederherstellen ließ. Thatsache ist aber ebenso, daß sich der Kaiser, vielleicht auf Betreiben Albrechts von Sachsen, wiederum in Rom für den König verwendete[3] und zur Intervention des Reiches durch die Berufung des Nürnberger Tages die Hand bot, wie daß der leitende böhmische Staatsmann, Gregor Heimburg, nach wie vor der heftige Gegner jeder Gemeinschaft mit dem Reichsoberhaupte blieb und seinem Hasse und Mißtrauen gegen Friedrich III. bei jeder Gelegenheit Luft machte.[4]

Die Haltung der kaiserlichen Bevollmächtigten auf dem Nürnberger Reichstage führten den offenen Bruch herbei. Mit Gregor glaubte nun auch der König seine Sache vom Kaiser verraten, absichtlich des Reiches Intervention in dem Kirchenstreite gelähmt, die alten Verträge und Verpflichtungen zerstört. Ein Schreiben voll Schimpf und Beleidigungen,[1] die

---

[1] Anonym. chron. Austriac. 314–315. Kurz, Österr. unter Friedrich IV. 74—75.

[2] Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLXXIV, Nr. 1125. Befehl des Kaisers vom 8. Dez. an die Brüder von Schaumburg in Verein mit der obderennsischen Landschaft den Krieg mit Jörg von Stein und Genossen zu Ende zu bringen.

[3] Cardin. Papiens. comment. 437. Vergl. oben.

[4] Man vergl. seinen Brief an den Graner Erzbischof bei Teleky, Hunyadiak kora XI. 164, fehlerhaft übersetzt in C. Brockhaus' schwacher Arbeit „Gregor von Heimburg", 281—283.

[5] Bei Lünig, Cod. German. diplom. I. 1519. Manuscr. Sternberg. min. fol. 289 und (böhm.) 292. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLXXIV, Nr. 1126.

Aufnahme der rebellischen österreichischen Herren zu des Königs Dienern und in dessen Schutz und Schirm[1] waren die Folgen.

Es war ein Vorgehen ebenso unbillig wie unklug. Wohl entspräche es unserer Meinung und Empfindung, wenn Friedrich III., in religiösen Dingen über die Intoleranz seiner Zeit sich erhebend und unbeirrt durch des Königs privaten Zwist mit der Kurie, mit ganzem Nachdrucke für den Reichsfrieden, also auch die Erhaltung desselben in den böhmischen Ländern, eingetreten wäre. Und schien er nicht wirklich lässig, wenn er da die Mitwirkung verweigerte, wo die Häuser Brandenburg und Sachsen zum Vorgehen entschlossen waren? Aber handelten etwa diese aus andern als territorialen, dynastischen Interessen, wie sie die Lage ihrer Gebiete, die Verbindungen mit dem böhmischen Königshause brachten? Und konnte Friedrich III. nach sechsjähriger immer wiederholter Verwendung, nach so vielfacher Abweisung bei dem jetzigen Stande der Dinge etwas von neuer Vermittelung erwarten? Auch für seine religiöse Überzeugung gab es, wie für Ludwig von Bayern und die Bischöfe von Olmütz und Breslau eine Grenze, über die hinaus eine Gemeinschaft mit dem gebannten Herrscher Böhmens unmöglich war.[2] Sie hatte des Papstes Brief vom 2. Oktober angekündigt und mit dem Bannstrahle vom 23. Dezember war sie da.

In Ansehung des von Böhmen her drohenden Sturmes hatte Kaiser Friedrich zu rascher Beendigung der inneren Unruhen einen Landtag nach Linz auf den heil. Drei-Könige-Tag ausgeschrieben, und da ihm die Haltung der brandenburgischen und sächsischen Höfe nichts weniger als behagte, sich Ludwig von Landshut zu nähern gesucht. Er selbst fand sich am 20. Januar in Linz ein,[3] es war seit seiner Romfahrt 1452 abgesehen von dem kurzen Zuge nach Brünn 1459 das erstemal, daß Friedrich außer Steiermark und das östliche Niederösterreich seinen Fuß setzte, und geschah in dem Momente, in welchem seine neue Reise nach dem Süden beschlossene Sache war.[4] Da aber bis dahin die Unterdrückung des Aufstandes nicht gelungen war und sich nur wenige Landstände in der Haupt-

---

[1] Anonym. chron. Austriac. 324.

[2] Hat sich doch damals selbst der treue Jobst von Einsiedel zurückgezogen. Vergl. F. Kürschner, Jobst von Einsiedel und seine Korrespondenz mit der Stadt Eger, Arch. f. österr. Gesch. XXXIX. (1867), 36ff. (des Separatabd.).

[3] Anonym. chron. Austriac. 324.

[4] Vergl. Chmel, Reg. II. 493, Nr. 4852. Geleitsbrief des Dogen von Venedig für den Kaiser und sein Gefolge v. 5. Januar 1467. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1131.

stadt eingestellt hatten, so wurde, während die Kämpfe fortdauerten,[1] die Eröffnung der Beratungen auf den 15. Februar verschoben, zu dem auch Jörg von Stein unter der Zusicherung freien Geleites gerufen wurde.

Aber nicht die Verhandlungen mit den Aufständischen, sondern was zwischen dem Kaiser und der Botschaft des Königs von Böhmen, Johann von Rosenberg, Axel Vitztum und Benesch von Weitmühl, die sich noch vor Beginn des Tages[2] einfanden, vorging, ist in erster Reihe von Interesse. Neben einer Reihe anderer Forderungen verlangten sie drohend die Bezahlung der Geldsummen, die der Kaiser ihrem Herren noch vor der Befreiung aus der Wiener Burg her schulde, und um die er, so deutlich die Verschreibung laute, bisher so oft vergeblich gemahnt worden sei, ebenso Gerechtigkeit für Jörg von Stein, dem man das Schloß Steyr habe absteigen wollen, und welchen der König „nach Inhalt der Freiheit des Königreiches Böhmen und nach seiner kaiserlichen Gnaden Geldbrief" „zu seinem Diener und Rat und mitsamt dem Schlosse in seinen Schirm genommen." Als der Kaiser in allen Punkten abweisenden Bescheid gab,[3] zeigten die Böhmen ungemessene Erbitterung. Unter mancherlei umziemlicher Rede weigerten sie sich, auch nur eine schriftliche Antwort des Kaisers anzunehmen, so daß endlich selbst der so geduldige und langmütige Herrscher in eine bei ihm ganz ungewöhnliche Erregung geriet. In großer Versammlung der anwesenden Landschaft und der fremden Herren und Fürstengesandten ließ er den Bescheid vorlesen, den er den Böhmen erteilt, und indem er ihren Rat und Beistand verlangte, erklärte er, er wolle solchem Übermute widerstehen und darin Leib und Gut nicht sparen, und seine guten Freunde und alle christlichen Fürsten anrufen, solchem Hochmut mit Macht zu widerstehen.[4]

So trat im selben Momente, in dem des Königs Kampf auf Leben und Tod mit der Kurie begann, auch der Bruch mit dem Kaiser ein, so wenig Friedrich III. gerade in der Sache Lust hatte, mit Rom gemeinsame Sache zu machen. Und hinderten auch den böhmischen Herrscher noch durch Monate das wachsende Kampfgetümmel im eigenen Königreiche, den

[1] Vergl. Anonym. chron. Austriac. 325ff. Preuenhuber, Annal. Styr. 117ff. Chmel, Reg. II. Nr. 4876, 4877, 4881—4891 u. s. w. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1134—1143 u. s. w. Vergl. Kurz, Österr. unter Friedrich IV. 2. 78ff.

[2] „Vermerkt die verkundung ꝛc. beschehen hie zu Lincz an dem Aschermitwochen anno domini etc. lx. vii." (11. Febrrar). J. Pažout, König Georg von Böhmen und die Konzilfrage im Jahre 1467, Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen Bd. XL. 19 (des Separatab.), Beilage Nr. I.

[3] Pažout a. a. O. 22—29. Anonym. chron. Austriac.

[4] Anonym. chron. Austriac. 333.

Kaiser die inneren Wirren in den Erzherzogtümern und die alte Ohnmacht und geringe Energie am direkten Beginnen der Feindseligkeiten, an offener Absage: daß man sich im Kriegszustande befand und in solchem fühlte, ist unzweifelhaft. Noch in Linz, am 20. Februar, anerkannte der Kaiser den Herrenbund, für den sich Burian von Guttenstein eingefunden hatte, als kriegführende Macht, und ermächtigte ihn, in Pilsen nach böhmischem Korn zu münzen,[1] ein Privileg, das er dann am 13. Mai auf 10 Jahre verlängerte,[2] worauf die Bündnißverwandten am 11. August ihm wider den Ketzer Girzek von Podiebrad ihren Beistand gelobten;[3] an Friedrich III. wandten sich die abgefallenen mährischen Städte; mit ihm beriet die Kurie die Bestellung eines neuen Königs von Böhmen, in erster Reihe die Berufung Karl des Kühnen von Burgund.

Andererseits hielten nur die kriegerischen Ereignisse im eigenen Reiche König Georg ab, sofort den Kampf gegen das verhaßte Reichsoberhaupt und Österreich zu eröffnen, und kaum war er über die nächsten Gefahren hinweg, so erfolgte auch wirklich die Absage seines Sohnes, der Vorbruch seiner Scharen nach dem Nordufer der Donau. Weil der Brandenburger, und kein anderer Fürst aus den großen Familien des Reiches zum Schwerte der Kirche gegen die Hussiten werden wollte, riefen nun Papst und Kaiser nach Matthias von Ungarn.

Des Corvinen ehrgeiziges Emporstreben und die Rücksicht auf die Macht und Pläne des Burgunderherzoges bilden neben den böhmischen Dingen für das nachfolgende Jahrzehnt die Pole für die kaiserliche Politik und für die Entwickelung der großen gemeinsamen Angelegenheiten. Sie erfordern ihre besondere Darstellung an anderem Orte.

---

[1] Chmel, Reg. II. 499, Nr. 4909. Lichnowsky, Reg. zu VII. CCCLXXVII, Nr. 1156. Guttensteins Revers bei Chmel, Nr. 4910; Lichnowsky, Nr. 1157.

[2] Chmel, Reg. Nr. 4986. Lichnowsky, Reg. Nr. 1172.

[3] Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 92. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1185.

Personen- und Ortsregister.

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.